

Ein Taschen- und Nach-

*SBZ*

schlagebuch über die

*von*

Sowjetische Besatzungs-

*SBZ*

Zone Deutschlands

## Geographische Daten

Fläche	Das Gebiet der SBZ umfaßt 107 431 qkm Bodenfläche.	
Grenzen	zur Bundesrepublik 1381 km; zu den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung 456 km; zur Tschechoslowakei 430 km.	
Flüsse	Elbe	566,3 km
		von 1165 km Gesamtlänge
	Oder	161,7 km
		von 912 km Gesamtlänge
	Lausitzer Neiße	188 km
		von 256 km Gesamtlänge
	Saale	427 km
	Spree	398 km
	Havel	341 km
	Mulde	252 km
	Weißer Elster	247 km
Kanäle	Oder-Havel-Kanal	74 km
	Mittellandkanal	66,4 km SBZ-Anteil
	Oder-Spree-Kanal	64,8 km
	Elbe-Havel-Kanal	55 km
	Havel-Kanal	34,9 km
	Finow-Kanal	31,9 km

Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite

Diese Ausgabe enthält auf den Seiten 473 bis 487 eine Zeittafel der politischen Ereignisse in der SBZ von 1945-1960. Außerdem liegt ihr eine Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 bei. Die Karte ist nicht einzeln erhältlich.

Fortsetzung von der 2. Umschlagseite

Seen a) Märkische Seen			
	Scharmützelsee	13,8 qkm	
	Schwieblochsee	11,7 qkm	
	Ruppiner See	8,5 qkm	
	Schwielowsee	8,5 qkm	
	Werbellinsee	8,1 qkm	
	Gr. Müggelsee	7,5 qkm	
	Arendsee	5,4 qkm	
b) Mecklenburgische Seen			
	Müritz	116,8 qkm	
	Schweriner See	63,4 qkm	
	Plauer See	38,7 qkm	
	Kummerower See	32,6 qkm	
	Kölpinsee	20,7 qkm	
	Tollensesee	17,4 qkm	
	Kraker See	15,9 qkm	
	Malchiner See	14,3 qkm	
Inseln			
	Rügen	926,4 qkm	
	Usedom	354,2 qkm	
		von 445 qkm Gesamtlänge	
	Poel	37 qkm	
	Ummanz	19,7 qkm	
	Hiddenensee	18,6 qkm	
Berge			
	Fichtelberg	im Erzgebirge	1214 m
	Brocken	im Harz	1142 m
	Auersberg	im Erzgebirge	1018 m
	Gr. Beerberg	im Thür. Wald	982 m
	Schneekopf	im Thür. Wald	978 m
	Gr. Rammelsberg	im Erzgebirge	963 m
	Inselsberg	im Thür. Wald	916 m
	Kahleberg	im Erzgebirge	901 m
	Kieferle	im Thür. Wald	868 m
	Kickelhahn	im Thür. Wald	861 m
	Pöhlberg	im Erzgebirge	832 m
	Geising	im Erzgebirge	824 m



## Die sowjetische Besatzungszone

ist die Mitte unseres dreigeteilten Vaterlandes, zwischen der Bundesrepublik und den Ostgebieten unter polnischer Verwaltung • sollte darum niemals als „Ostzone“ bezeichnet werden • gliederte sich bis 1952 in die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen • wurde dann – zum Zwecke wirkungsvollerer Sowjetisierung – in vierzehn Bezirke aufgeteilt • wird von der herrschenden SED mit allen Mitteln zu einer „Volksdemokratie“ im Schlepptau der Sowjetunion umgestaltet

# SBZ VON A BIS Z

Ein Taschen- und Nachschlagebuch  
über die  
Sowjetische Besatzungszone  
Deutschlands

Herausgegeben  
vom Bundesministerium für  
gesamtd Deutsche Fragen

Sechste, überarbeitete  
und erweiterte Auflage

BONN 1960

DEUTSCHER BUNDES-VERLAG

**DIESES BUCH ENTSTAND**

im Zusammenwirken der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen mit dem Büro Bonner Berichte und einer grossen Zahl von Mitarbeitern aus Wissenschaft und Praxis. Die Redaktion besorgte Günter Fischbach.

---

November 1960

Gedruckt im Druckhaus Tempelhof, Berlin

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

## VORWORT ZUR SECHSTEN AUFLAGE

Zum sechsten Male geht das Taschenbuch «SBZ von A bis Z» hinaus, und wiederum ist es in allen Teilen durchgesehen, grundlegend überarbeitet und erheblich erweitert worden. An der bewährten Form des Buches wurde nichts geändert, obschon vereinzelt Leser meinten, dazu raten zu sollen. Insbesondere bestand kein Zweifel darüber, dass Grundanlage, Format und typographische Gestalt beizubehalten waren.

Die Neuauflage ist jedoch in verschiedener Hinsicht wesentlich bereichert worden:

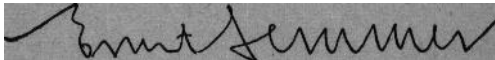
1. Sie enthält eine mehrfarbige Karte Deutschlands in den Grenzen von **1937**, nach der sowohl von den Benutzern des Taschenbuches wie auch sonst in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen immer wieder verlangt wurde.
2. Auf den Innenseiten des Umschlages findet der Leser einige der wichtigsten geographischen Daten über die SBZ (Bodenfläche, Grenzen, Flüsse, Kanäle, Seen, Inseln und Berge), die bisher in unserem Taschenbuch vielfach vergeblich gesucht wurden.
3. Dem alphabetischen Teil folgt eine chronologische Übersicht «SBZ von **1945** bis 1960», die ebenfalls von vielen Lesern gewünscht worden war.
4. Das Literaturverzeichnis ist nach Sachgebieten neu geordnet und gründlich durchgesehen worden.

Die Zahl der Zuschriften und Anregungen aus dem Leserkreis war im ablaufenden Jahr grösser als je zuvor. Die Beigabe einer gedruckten Postkarte hat sich offensichtlich bewährt und wird beibehalten werden. Auch für den Text erhielt die Redaktion zahlreiche brauchbare Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge, die der Zuverlässigkeit des Nachschlagebuches zugute gekommen sind.

Die biographischen Artikel wurden nicht vermehrt; das vom Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen bearbeitete biographische Nachschlagebuch «Wer ist wer in der SBZ?» wird gegenwärtig durchgesehen und soll 1961 unter neuem Titel und in der Ausstattung dieses Taschenbuches wieder vorliegen.

Obschon die Redaktion der sechsten Auflage im allgemeinen am 31. August abgeschlossen wurde, konnten einige bedeutendere Ereignisse der Folgezeit, wie z. B. die Einrichtung des «Staatsrates», bei den Korrekturen noch berücksichtigt werden. Der Redaktion und den Mitarbeitern aus Wissenschaft und Praxis, die dieses Instrument der politischen Bildung von Auflage zu Auflage zu vervollkommen bemüht sind, habe ich wiederum Dank zu sagen. Die Sammlungen und Unterlagen des Archivs für gesamtdeutsche Fragen und des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen standen ihnen zur Verfügung.

Möge das Taschenbuch wie bisher der Verbreitung des Wissens um die Daseinsbedingungen unserer Landsleute jenseits des Eisernen Vorhanges und damit der Wiedervereinigung Deutschlands dienen !

A handwritten signature in black ink on a light background. The signature is written in a cursive style and appears to read "Ernst Janner".

## HINWEISE – VOR DEM GEBRAUCH ZU LESEN

Dieses Taschenbuch soll westdeutschen Lesern über die Lebensverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und über das dort herrschende Regime knappe, aber möglichst erschöpfende Auskunft geben.

Alphabetische Anordnung des Stoffes, Vermeidung jeglicher Wiederholung, handliches Format und ein kleiner Schriftgrad waren also geboten, um einen so umfassenden Stoff auf engem Raum darzubieten.

Grössere Zusammenhänge werden in einigen Hauptartikeln dargestellt, die durch breiteren Satz und eine Umrahmungslinie herausgehoben sind; sie beginnen stets am Kopf einer Seite, soweit dadurch die alphabetische Anordnung durchbrochen ist, wurde an entsprechender Stelle der Stichwortfolge eine Verweisung eingeschaltet.

Für die Einordnung zusammengesetzter Begriffe war nicht immer das erste Hauptwort massgebend; vielmehr wurden solche Begriffe dort eingeordnet, wo der Benutzer sie voraussichtlich suchen wird; also zum Beispiel:

**Amt für Information** unter: **Information, Amt für;**

**Wirtschaftliche Rechnungsführung** unter: **Wirtschaftliche R.;**

**Abteilung für Arbeit** unter: **Arbeit, Abteilung für;**

**Held der Arbeit** unter: **Held d. A.;**

**Sowjetische Handelsgesellschaften** unter: **Sowjetische H.;**

**Kommunale Selbstverwaltung** unter: **Selbstverwaltung, Kommunale.**

In Zweifelsfällen wird der Benutzer gut daran tun, an mehreren Stellen nachzuschlagen.

Bei Verweisungen bezeichnet im übrigen ein Pfeil -> jeweils das Stichwort, unter dem der betreffende Artikel zu finden ist.

Einzelne Begriffe werden nicht unter dem eigenen Stichwort, sondern im Zusammenhang eines anderen Artikels erklärt; in diesem Falle sind sie innerhalb dieses Artikels durch Fettdruck hervorgehoben (so z. B. der Begriff **Versöhnlerum** in dem Artikel **Abweichungen**). Abkürzungen, die in der Sowjetzone allgemein gebräuchlich sind (wie z. B. TAN, WB, SED usw.), sind an entsprechender Stelle eingeordnet und werden dort erklärt.

Im Text werden im übrigen noch folgende Abkürzungen verwendet:

Abk.	=	Abkürzung
DB	=	Durchführungsbestimmung
GBl.	=	Gesetzblatt der «Deutschen Demokratischen Republik»
Pi.	=	Parteijargon
SBZ	=	Sowjetische Besatzungszone
SU	=	-Sowjetunion
UdSSR	=	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VO	=	Verordnung

Zu der Abkürzung Pj. ist folgendes zu bemerken: In der Sprache der Öffentlichkeit in der Sowjetzone gibt es eine Fülle von Ausdrücken, die dort in einem völlig anderen Sinn verwendet werden, als er uns vertraut und in der westlichen Welt üblich ist. Eine zweite, grössere Gruppe von Ausdrücken ist aus den Bedürfnissen der kommunistischen Propaganda entstanden und für westdeutsche Leser nicht ohne weiteres verständlich. Diese Begriffe sind zum grossen Teil aus dem Russischen des Sowjetregimes übernommen und versinnbildlichen daher auf die eindrucksvollste Weise die sklavische Anpassung aller Lebensordnungen an das sowjetische Vorbild,



Die Mitarbeiter dieses Buches mussten sich immer wieder vor Augen halten, dass alle diese Ausdrücke für den westdeutschen Leser, der die SBZ und das dort herrschende Regime nicht kennt, der Erläuterung bedurften; zugleich ober mussten sie sich und den Leser davor bewahren, diese Ausdrücke in den eigenen Wortschatz aufzunehmen und damit der Infiltration kommunistischer Gedanken Vorschub zu leisten. Darum sind alle diese Begriffe, soweit sie als Stichwörter erscheinen, durch die Spitzmarke «Partei-jargon» (Pj.) gekennzeichnet; diese Spitzmarke soll zugleich andeuten, dass der Kommunismus sowjetischer Prägung selbst die Sprache zum politischen Instrument herabwürdigt und dass eine Fülle uns geläufiger und dem Anschein nach völlig neutraler Ausdrücke mit Wertvorstellungen belastet und zu «trojanischen Pferden» der kommunistischen Propaganda geworden sind. Das Literaturverzeichnis – das selbstverständlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – ist wiederum im Anhang untergebracht. Der Leser findet am Fusse der Artikel **Ziffern in eckigen Klammern, die auf dieses Literaturverzeichnis verweisen**. Anregungen zu dessen Ergänzung sind der Redaktion für künftige Auflagen willkommen, doch sind auch hier der Erweiterung des Umfanges Grenzen gesetzt.

Eine so gedrängte Darstellung wie die dieses Taschenbuches darf nicht in dem Sinne als amtlich verstanden werden, dass jeder Satz in ihr verbindliche Interpretation darstelle; wo es einer solchen bedarf, wird der Leser auf Quellen zurückgreifen müssen, die das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen auf begründete Anfrage nachweisen oder zugänglich machen kann.

**Redaktionsschluss: 31. August 1960**

## A

**ABF** s. Abk. für -\* **Arbeiter- und Bauernfakultät**.

**ABGABEN:** Nach dem A.-Gesetz vom 9. 2. 1950 bestehen die A. der Republik aus -> **Zöllen**, -\* **Steuern** und sonstigen A., wobei man unter «sonstigen A.» die Gewinnabführungen und sonstigen Leistungen der-\* **VEW** und der öffentl.-rechtl. Körperschaften, die durch die Haushaltspläne festgestellt werden, sowie die durch die Wirtschaftsplanung bedingten Aufschläge versteht. In neuerer Zeit gebraucht man grundsätzlich den Begriff A. nur für die Zahlungen der **VEW**, der Begriff **Steuern** wird für die herkömmlichen Steuern verwendet.

**ABGABENVERWALTUNG:** Besteht im Sinne des Abgabengesetzes vom 9. 2. 1950 nicht mehr, da ihre Aufgaben vom Finanzministerium bzw. den Abt. Finanzen der -\* **Bezirke** und -> **Kreise** übernommen wurden. Im Unterschied zur Bundesrepublik ist die Finanzverwaltung zu einem Teil der allgemeinen Exekutivorgane geworden. (-> **Finanzamt**)

**ABLIEFERUNGSPFLICHT:** Die gesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe, ihre Erzeugnisse nach vorgeschriebenen Arten, Mengen und Terminen an die staatlichen Erfassungsorgane (-\* **Volkeigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe**) abzuliefern (**Ablieferungssoll**). Der A. unterliegen praktisch alle Arten pflanzlicher und tierischer Produkte einschliesslich Neben- und Abfallprodukte (Häute, Felle, Tierhaare, Federn usw.).

Zum System der staatlichen Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gehören zwei Formen der A's Nach dem Ablieferungsbescheid, der von den staatlichen Organen ausgehändigt wird, werden Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Olsaaten, Speisehülsenfrüchte, Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eier und Wolle erfasst; auf der Grundlage von Verträgen, die die Wirtschaftsorgane des Staates mit den Erzeugern abschliessen, erfolgt die Erfassung von Spezial- oder Sonderkulturen (sog. technische Kulturen), wie Zuckerrüben, Faserpflanzen, Tabak, Obst, Arznei- und Gewürzpflanzen, Korbweiden, Mohnkapeln. Die Ablieferungsmengen (Normen) werden je Flächeneinheit festgesetzt (Hektarveranlagung). Trotz gewisser -> Differenzierung wird dies weitgehend schematisch durch-

geführt. Durch die besondere Stafelung der Normen, die im «privaten Sektor» der -> **Landwirtschaft** mit der Betriebsgrösse, und zwar bei pflanzlichen und tierischen Produkten progressiv ansteigen, was im Gegensatz zu den normalen wirtschaftlichen Leistungsverhältnissen steht, wurde zusammen mit dem -\* **Agrarpreissystem** ein wirksames wirtschaftspolitisches Steuerungsmittel des -\* **Klassenkampfes auf dem Lande** ausgebaut - zumal Nichterfüllung der A. strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht (-\* **Wirtschaftsstrafverordnung**), das mit der -> **Kollektivierung** sein Ziel erreicht haben dürfte. Gegenüber den einzelbäuerlichen Wirtschaften ist das Ablieferungssoll der-▶ **LPG** stark ermässigt, während das der -> **VEG** gesondert festgesetzt wird. An diesem System der A. hat sich auch nach vollzogener -> **Zwangskollektivierung** nichts geändert, doch zeichnet sich bereits ab, dass in der «sozialisierten» Landwirtschaft mit der Veranlagung der -> **Marktproduktion** die A. eine neue Form erhalten wird. [755]

**ABLIEFERUNGSSOLL:** -> **Ablieferungspflicht**.

**ABSATZABTEILUNGEN:** Abt. der 1958 aufgelösten -> **Produktionsministerien**, deren Abgabe es war, den -> Direktverkehr zwischen Herstellbetrieben unter Ausschaltung des Grosshandels anzuleiten. Die A. wurden im Laufe des Jahres 1958 zusammen mit den 1958 ebenfalls aufgelösten zentralen Leitungen der Deutschen -> **Handelszentralen** (DHZ) unter der Bezeichnung -\* **Staatliche Kontore** in neue zentrale Versorgungs- und -\* **Absatzorgane** für die -> **Industrie** umgebildet.

**ABSATZORGANE, STAATLICHE:** Bezeichnung sowohl für die verschiedenen staatlichen Anleitungsorgane für den Grosshandel als auch für die Grosshandelsorgane. Zu unterscheiden sind:

1. Lenkungsorgane für den Absatz- und Versorgungsgrosshandel der Industrie: die -\* **Staatlichen Kontore**.
2. Absatz- und Versorgungsgrosshandel mit Produktionsmitteln für industrielle Verbraucher durch Leitkontore, -> **Versorgungskontore** und örtliche **Deutsche -> Handelszentralen**.
3. Versorgungsgrosshandel für die -\* **Landwirtschaft** durch Bezirkskontore für Landmaschinen und Ersatz-

teile und staatliche -> Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf.

4. Konsumgütergrosshandel durch die -> Grosshandelsgesellschaften. (-> Handel)

**ABSCHNITTSBEVOLLMÄCHTIGTER:**

**ABV**, Funktionär der -> **Volkspolizei**, meist im Offiziersdienstgrad, der einen «Abschnitt» leitet. Mit Ausnahme der Grossstädte und des Sowjetsektors von -> **Berlin** nehmen seit 1958 die Abschnitte die Stelle der vormaligen Reviere ein. Der ABV ist ausser in den Grossstädten, einerseits Leiter eines kleinen Reviers neuer Art, führt aber andererseits jene politischen Aufgaben weiter, die er bis 1958 (als örtlicher Gehilfe der vormaligen Reviere) ausschliesslich hatte (und in Grossstädten noch hat). Kümmert sich z. B. um Ernteeinbringung, Führung des -> **Hausbuches**, Besuche usw. Nimmt Denunziationen entgegen und veranlasst polizeiliche Massnahmen, wo er sie für erforderlich hält. Der ABV soll «jedes und jeden» in seinem Abschnitt kennen und der VP und dem -> **SSD** ihre Tätigkeit erleichtern. «Ein ABV ist überall», so betont z. B. die «Freiheit» (SED) am 1.7. 1957; wie sie feststellt, rührt er auch für die -> **Nationale Front** «politische Aussprachen in den Hausgemeinschaften durch».

Der Posten des ABV wurde im Okt. 1952 nach dem Vorbild der sowjetischen Kommissare eingerichtet; er ist praktisch ein ausgebildeter Spitzel mit amtlichen Vollmachten. Wird bei seiner Tätigkeit von **Volkspolizeihelfern** unterstützt. (-> **Spitzelwesen**)

**ABSCHREIBUNGEN:** In der -> **volkeigenen Industrie** werden die A. für Anlagen und Einrichtungen ebenso wie im «kapitalistischen» Wirtschaftssystem vorgenommen. In der «volkeigenen\*» Wirtschaft gab es bis Ende 1955 für die verschiedenen Wirtschaftszweige allgemeinverbindliche A.-Sätze. Sie wurden ab 1. 1. 1956 durch globale A.-Normen, die auf betrieblicher Ebene zu ermitteln waren, ersetzt. (-^ **Amortisationen**, -> **Gewinnverwendung**)

**ABTREIBUNG:** -> **Schwangerschaftsunterbrechung**.

**ABUSCH, ALEXANDER:** \*14.2.1902 in Krakau als Sohn eines Kutschers, Kaufmännischer Angestellter. 1918 -> **KPD**. 1918 bis 1923 Teilnahme an kommun. Aufstandsaktionen. 1920 und 1922 Anklage wegen Hochverrats. 1921 bis 1933 Redakteur an kommun. Zeitungen. 1933 Emigration nach Frankreich, journalistische Tätigkeit im Saargebiet und in der CSR. 1939 Emigration in die USA. Mit **Paul** -> **Merker** Begründer des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland** in Mexiko.

1946 Rückkehr nach Deutschland. 1946 Bundessekretär und Mitgl. des Präsidialrates des -> **Kulturbundes**. 1948 Mitgl. der -> **DWK**. 1948 bis 1950 Mitgl. des Parteivorstandes der -> **SED**. 1950 im Zusammenhang mit der Merker-Affäre zeitweilig aller Funktionen enthoben. 1954 bis 1958 Stellv. des Ministers, später auch Staatssekretär im Ministerium für Kultur, seit 8. 12. 1958 als Nachfolger von J. R. -> **Becher** Minister für Kultur. Am 1.2. 1957 in das -> **ZK** kooptiert, auf dem V. SED-Parteitag 1958 als Mitglied des ZK bestätigt. 1958 Mitgl. der -> **Volkskammer**. Seit 1952 Mitgl. des Hauptvorstandes des **Deutschen -> Schriftstellerverbandes**, Mitgl. der **Deutschen -> Akademie der Künste**. Veröffentlichungen: «Der Irrweg einer Nation», «Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation», «Schiller, Grösse und Tragik eines deutschen Genius» u. a.

**ABV:** Abk. für -> **Abschnittsbevollmächtigter**.

**ABWEICHUNGEN:** Stehender Begriff des Pj. für Auffassungen, die nicht der als «Generallinie» vom **ZK** der -> **KPdSU** in Moskau verkündeten Lehre des -> **Marxismus-Leninismus** und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit -> **Lenin** auf das schärfste bekämpft. A. gelten nicht nur als Verstoß gegen die -> **Parteidisziplin**, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklasse, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden. Je nachdem, ob die A., gemessen an der jeweils gültigen «Parteilinie», zum Radikalismus oder zur Mässigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen (-> **Sektierer**, -> **Dogmatismus**), Rechtsabweichungen, **Versöhnlerum** oder -> **Opportunismus** brandmarkt. Darunter fiel, und fällt auch die als -> **Revisionismus** und als «Paktieren mit dem Klassenfeind» verdamnte Lehre der deutschen Sozialdemokratie (-> **Sozialdemokratismus**) seit **Bernstein** und **Kautsky**. Da der -> **Bolschewismus** vorgibt, alle Natur- und Lebenszusammenhänge endgültig und eindeutig wissenschaftlich erkannt zu haben, wird das abendländische Bestreben, die Wahrheit über die Natur- und Lebenszusammenhänge durch empirische Beobachtung und selbständiges Denken frei von Vorurteilen objektiv zu erkennen, als -> **Objektivismus** gefürchtet und verfolgt. Infragestellung der vom Bolschewismus behaupteten zwangsläufig wirkenden Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung (-> **Marxismus-Leninismus**) wird als -> **Subjektivismus** bekämpft. Die seit Jahren in der SBZ in breitesten Kreisen bis in die Parteimitglied-

schaff hinein bestehende Hoffnung auf einen Ausgleich zwischen beiden Teilen Deutschlands und die damit verbundene Ablehnung einer «kämpferischen» Haltung gegenüber der Bundesrepublik unter gleichzeitiger Einschätzung des bolschewistischen Regimes der SBZ als eines blossen Provisoriums wird von den Bolschewisten schärfstens als «Theorie vom Dritten Weg» (-> **Dritter Weg**) bekämpft. Zur Bekämpfung aller A. wird immer wieder die **revolutionäre -> Wachsamkeit** der Parteimitglieder aufgerufen.

A. innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der -> **Kritik und Selbstkritik** ausgemerzt. In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluss die Folge; ausserdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren. (-> **Stalinismus**)

**ABWERBUNG:** Bezeichnung für die Verleitung zur -> **Republikflucht**, im Dezember 1955 durch **Hilde -> Benjamin** erstmalig in diesem Sinne gebraucht. Seitdem wurde die A. als eine Erscheinungsform der -> **Boykotthetze** im Sinne des Art. 6 der -> **Verfassung** angesehen und als -> **Staatsverbrechen** mit schweren Strafen geahndet. Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. Am 27. 1. 1956 wurden der Techniker W. Heidt und der Elektriker W. Rudert vom OG der «DDR» wegen A. zum Tode verurteilt. Der einmütige Protest der freien Welt veranlasste -> **Pieck** später, die Strafe in lebenslängliches Zuchthaus umzuwandeln. Durch das -> **Strafrechtsergänzungsgesetz** vom 11. 12. 1957 (GBl. S. 643) wurde der Tatbestand der «Verleitung zum Verlassen der DDR» gesetzlich festgelegt. Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden; wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der «DDR» zu verleiten. Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne «sonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen (z. B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der «DDR» zu verleiten. Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Ver-

lassen des «Abgeworbenen» auf legalem Wege oder durch «Republikflucht» erfolgen soll. Als Methode der A. erwähnt Jahn schon «die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge des Lebens im Westen hinweisen» (in «Neue Justiz» 1958, S. 844). Für das künftige -> **Strafgesetzbuch** wird eine Erweiterung des Tatbestandes der A. vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykottthetze bedeutet. «Die Abwerbung ... muss generell für strafbar erklärt werden ... gleich, gegen welche Personen sie sich richtet.» Die gefährlichen Formen der A. sollen in einem «schweren Fall» zusammengefasst werden («Neue Justiz» 1959, S. 631).

**ACKERMANN, ANTON:** \* 25.12.1905 in Thalheim (Erzgeb.), richtiger Name: Eugen Hanisch, Strumpfwirker. 1919 Freie Sozialistische Jugend, 1926 KPd, verschiedene Parteifunktionen, 1932 Mitarbeiter der Deutschland-Abteilung der -> **Komintern**. 1933 Leiter der illegalen KP-Organisation für Gross-Berlin; seit Oktober 1935 Mitglied des ZK und Politbüros der -> **KPD**. 1936/37 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, anschliessend in der SU. Leitete im Kriege als Mitglied des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland** den Moskauer Sender «Freies Deutschland». 1945 Rückkehr nach Deutschland. 1946 Mitgl. des Zentralsekretariats der -> **SED**, 1950 Mitglied des **ZK** der **SED** sowie Kandidat des -> **Politbüros**.

Von 1946 bis zu seiner -> **Selbstkritik** 1948 vertrat A. die Theorie vom «besonderen deutschen Weg zum Sozialismus» (-> **Sonderwege zum Sozialismus**).

Im Oktober 1949 Staatssekretär im Aussenministerium, im April 1953 ausserdem Direktor des -> **Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts**. Wegen Unterstützung der «partei-feindlichen Fraktion» -> **Zaisser- -> Herrstadt** im Sommer 1953 nach und nach seiner Parteiämter entzogen und im Oktober 1953 als Staatssekretär durch **Georg -> Handke** ersetzt.

Am 23. 1. 1954 erhielt A. vom ZK der SED eine «strenge Rüge» und wurde aus diesem Gremium ausgeschlossen. Durch Beschluss des ZK vom 29. 7. 1956 im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert.

Von 1954 bis 1958 Leiter der Hauptverwaltung Film im Ministerium für Kultur, seit 19.2. 1958 Mitgl. der **Staatl. -> Plankommission** und Leiter der Abt. Kultur und Volksbildung, Gesundheit.

**ADMINISTRIEREN:** Im Pj. Bezeichnung für einen solchen Verwaltungsstil, bei dem die verwaltenden

Organe ihre Massnahmen «vom Schreibtisch aus» ohne hinreichende Kenntnis der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und ohne «Kontakt mit der Basis», d. h. mit Betrieben, Gemeinden und insbesondere örtlichen Parteileitungen, treffen. Wird als Äusserungsform überlebten bürgerlichen Verwaltungsdenkens abgelehnt. (-> **Bürokratismus**, -> **Brigade**, -> **Instrukteurwesen**, -> **Demokratischer Zentralismus**)

**ADN:** Abk. für Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, als GmbH im Oktober 1946 als angeblich unabhängiges Nachrichtenbüro gegründet, stand von Anfang an unter entscheidendem Einfluss der SED, die mit Georg Wilhelm Hansen (alias Willi Leitner) den Geschäftsführer und Chefredakteur stellte, Anfang 1953 durch Frau Deba Wieland (SED) abgelöst. Seit 1950 besitzt ADN in der SBZ das Nachrichtenmonopol, seit dem 1.5. 1953 ist ADN offiziell «staatliche Institution» und «unterliegt dem Weisungsrecht des Ministerpräsidenten, das durch das -> **Presseamt beim Ministerpräsidenten** ausgeübt wird». ADN treibt nach den täglichen Weisungen aus dem -> ZK der SED eine einseitige, an den jeweiligen Zielen der SED-Politik orientierte -> **Nachrichtenpolitik**. Er unterhält Redaktionen in allen Bezirkshauptstädten der SBZ, und ständige Korrespondenten in Moskau, Peking, den Hauptstädten der Volksdemokratien sowie in Bern, Bonn, Genf, Kopenhagen, London, Paris, Rom, Stockholm, Wien, Kairo und Damaskus. (-> **Presse**, -> **Parteipresse der SED**)

**AE:** Abk. für -> **Arbeitseinheit**.

**AEROCLUB:** Von Okt. 1953 bis Jan. 1956 Tarnbezeichnung für die Luftwaffe der SBZ; vorher: VP Luft. Jetzt: Luftstreitkräfte der -> **Nationalen Volksarmee**. (-> **Kasernierte Volkspolizei**)

**Affl: Abk. für Amt für information.**  
**AGENTENTÄTIGKEIT:** Bis zum 1. 2. 1958 eine der unter -> **Boykothetze** fallenden Erscheinungsformen im Klassenkampf; mit Inkrafttreten des -> **Strafrechtsergänzungsgesetzes** selbständiger Straftatbestand in den §§ 15 und 16 dieses Gesetzes. Die Sammlung oder Übermittlung von Nachrichten, «die geeignet sind, die gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit anderer Staaten, Organisationen oder Gruppen zu unterstützen», wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Worin dieses «geeignet sein» bestehen muss, wird nicht definiert, sondern der Rechtsprechung überlassen. Wer keine Nachrichten sammelt oder übermittelt, wer aber mit «Staaten, Organisationen oder Gruppen, die Gegner der Arbeiter-

und-Bauern-Macht sind», in Verbindung tritt, kann unabhängig vom Grund und Inhalt dieser Verbindung mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden, denn «die Erfahrungen unseres über ein Jahrzehnt währenden Kampfes gegen die verbrecherische feindliche Wühl-tätigkeit haben erwiesen, dass bereits solche Handlungen, mit denen der Täter sich und sehr oft auch andere Bürger, seine Familie, seine Arbeitskollegen den feindlichen Agenten ausliefert, einen ersten Schritt zu grösseren Verbrechen gegen unsere Republik und damit eine ernste Gefahr für die volksdemokratische Ordnung und die Lebensinteressen ihrer Bürger darstellen» (Renneberg in «Neue Justiz» 1958, S. 9).

**AGENTURVERTRÄGE:** Verträge zwischen der -> HO und privaten Einzelhändlern oder Gaststätten, wonach letztere den Vertrieb von Waren zu HO-Preisen übernehmen. Der Agenturhändler erhält dafür einen relativ niedrigen Provisions-satz, aus dem er seine gesamten Handelskosten bestreiten muss. Im Gegensatz zum -> **Kommissions-vertrag** schliesst die Unterzeichnung eines A. Geschäfte auf eigene Rechnung des Einzelhändlers nicht aus. A. wurden vornehmlich in solchen Wohngegenden abgeschlossen, wo die HO noch keine eigene Verkaufsstelle unterhielt. Viele private Einzelhändler hofften, durch Abschluss eines A. ihre Existenz erhalten zu können. Die A. gelten heute als «überholte Form» der Einbeziehung des privaten -> **Handels** in die «sozialistische Wirtschaft» und sollen deshalb durch Kommissionsverträge und -> **Staats-beteiligungen** ersetzt werden. (-> **Wirtschaftssystem**)

**AGITATION:** im Pj. «eine politische Tätigkeit, die auf das Bewusstsein und die Stimmung der breiten Massen durch die Verbreitung von bestimmten Ideen und Lösungen gerichtet ist» («Grosse Sowj. Enzyklopädie», Bd. 1, S. 295; «Einheit», Ost-Berlin, 1951, S. 668). A. ist also nach landläufiger Vorstellung **Propaganda** im Dienste einer Partei oder Weltanschauung. Die ZK der KPdSU und der SED geben anlässlich politischer Kongresse oder Feiertage Kataloge von Losungen heraus, die sich teilweise stereotyp wiederholen, teilweise aber auch auf den besonderen Anlass oder auf politische Nahziele abgestellt sind. Diese Losungen und die Programmreden der Parteiführer geben der A. Richtung und Stoff. Die A. bedient sich aller bekannten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und stellt auch die Gattungen der Kunst in ihren Dienst; da emotionale Wirkungen bezweckt werden, werden vor allem das Bild, die -> **Kari-**

**atur, der Film, das** -> **Kabarett**, das Lehrstück, der Sprechchor, das Lied und die **Sichtwerbung** agitatorisch eingesetzt. (-> **Agitprop-Gruppen**) [225]

**AGITPROP:** Abk. für -> **Agitation** und -> **Propaganda**.

**AGITPROP-GRUPPEN:** Ausdruck des Pj. (abgekürzt aus Agitation und Propaganda) für kleine Gruppen von Laien-»Künstlern«, die mit den Mitteln der -> **Volkskunst** (Rezitation, Sorechor, Dialog, -> **Kabarett**, Kurzszene, Song) tagespolitische -> **Agitation** im Geiste **bolschewistischer** -> **Parteilichkeit** treiben. Als Instrument der Massenbeeinflussung fassen die AG. auf kommun. Traditionen der zwanziger Jahre.

**AGL:** Abk. für Abteilungsgewerkschaftsleitung; -> **BGL**.

**AGROBIOLOGIE:** Lehre von den Lebenserscheinungen in der-> **Landwirtschaft**. Ausgehend von den Grundsätzen des -> **DIAMAT** wird in der A. die Meinung von der möglichen Einflussnahme des Menschen auf evolutionäre Naturveränderungen behauptet und der Glaube an eine planmäßige Änderung vererbbarer Eigenschaften der Organismen durch Umweltgestaltung vertreten. Der Begriff A. wurde aus der SU übernommen, wo ihn -> **Mitschurin** und -> **Lyssenko** eingeführt und als These gegen die Forschungsergebnisse der «formalen Genetik» gesetzt haben. In der SBZ als Schlagwort im «Kampf um die Produktionsverbesserung» im Zusammenhang mit den verschiedenen -> **Neuerer Methoden in der Landwirtschaft** und der «Erfüllung agrobiologischer Termine» benutzt. (-> **Naturgemässe Viehhaltung**, -> **Tropolnajasystem**)

**AGRARKOMMISSION DER NATIONALEN FRONT:** Funktionärsgruppe im Nationalrat der -> **Nationalen Front** (NF), die sich seit der Fusion zwischen -> **VdgB**, -> **DBD** und NF mit der Verbindung zu den entsprechenden Organisationen und mit der Formulierung der «nationalen Aufgabe» der Landwirtschaft seit der -> **Zwangskollektivierung** beschäftigen soll. (-> **Nationale Bauernpoliik**, **Deutscher Bauernkongress**)

**AGRAROKONOMIK;** Sozialwissenschaftliche Disziplin, Agrarpolitik und Landw. Betriebslehre zusammenfassend. In Amerika seit 1900 bekannter (Agricultural Economics), in Europa erst im letzten Jahrzehnt gebräuchlicher Begriff ohne klare Efnition. Im **Ostblock** wird A. fiarteiamtlich ausgelegt und sozialistisch gedeutet. Dem liegt die marxistische Auffassung zugrunde, dass die Existenz kapitalistischer Betriebe einen Klassenkampf be-

dingt, der die Umwandlung des privaten in «sozialistisches», d. h. kollektives Eigentum an Produktionsmitteln «zwangsläufig» herbeiführt und damit in der Landwirtschaft die Verelendung des kleinen Bauern beendet. In der SBZ steht die A. ausschliesslich im Dienste der «sozialistischen genossenschaftlichen Grossproduktion» (-> **LPG**), wobei die «Umwandlung des Bewusstseins» mit dem Ziel der «Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung» zentral aktiviert werden muss, anstatt den Endzustand eines ökonomischen Prozesses zu bilden. In diesem Sinne werden neutrale, allgemeine ökonomische Begriffe und Probleme parteiamtlich umgedeutet und sprachlich verwind dargestellt. (S. «Zeitschr. f. A.» der -> **DAL**)

**AGRAPREISSYSTEM:** Die Landwirtschaft unterliegt wie die übrigen Wirtschaftszweige der autoritären staatl. Preisfestsetzung. Das seit 1945 aufgebaute System des doppelten Preisniveaus bedeutet für die landwirtschaftliche Erzeugung niedriger **Erfassungspreis** für die im Rahmen der -> **Ablieferungspflicht** und relativ hoher -> **Aufkaufpreis** für die über die Zwngsablieferung hinaus als -> **Freie Spitzen** verkauften Mengen. Dieses Preissystem dient dem Bestreben, auch das Letzte aus dem einzelnen Betrieb herauszuholen. Erst der durch sehr hohe «Aufkaufpreise» (je nach Produkt das 1/2- bis 1/3-, vor 1956 sogar bis 5fache des «Erfassungspreises») gegebene Anreiz lockt mehr Produkte auf den Markt, als die Ablieferung verlangt, zumal eine wirtschaftliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe aus den Einnahmen für die Pflichtablieferungsmengen allein bei den bestehenden hohen Ausgabenbelastungen vollkommen unmöglich ist. Das Zusammenwirken von A. und Ablieferungssystem bildete das Kernstück wirtschaftspolitischer Einflussnahme im -> **Klassenkampf auf dem Lande**, die mit der -> **Zwangskollektivierung** ihr Ziel erreicht haben dürfte. Da mit der Betriebsgrösse bei Privatbetrieben die Ablieferungsnormen je Hektar progressiv ansteigend gestaffelt waren, nahm vom Kleinstbetrieb zur Grossbauernwirtschaft hin die Möglichkeit, Freie Spitzen zu verkaufen und damit in den Genuss hoher Aufkaufpreise zu gelangen, ab. Das war die Ursache dafür, dass viele Mittel- und Grossbauern wirtschaftlich zugrunde gingen, sofern sie es nicht vorzogen, wie die in Abhängigkeit von den MTS gehaltenen kleineren -> **Einzelbauern**, ihre Selbständigkeit mit der Kollektivarbeit in den -> **LPG** zu vertauschen oder aber der -> **Republikflucht** anheimzufallen. Für die -> **VEG** besteht seit 1955 ein gesondert von der

übrigen Landwirtschaft festgesetztes drittes Preisniveau, das, in seiner Höhe im allgemeinen zwischen den Erfassung- und Aufkaufpreisen liegt. Es ist anzunehmen, dass mit der totalen -> **Kollektivierung** und der Veranlagung der Ablieferungspflicht als -> **Marktproduktion** auch für die Landwirtschaft ein einheitliches Preisniveau angestrebt wird. (-> **Preispolitik**, -> **Landwirtschaft**)

**AGRARSTATISTIK:** Die amtliche A. hat in der SBZ einen so grundlegenden Wandel erfahren, dass sie nicht ohne weiteres mit derjenigen der Vorkriegszeit und der BRD vergleichbar ist. Sie unterscheidet sich in wichtigen Grundsätzen, Erhebungsmethoden und Begriffen sowie in der Aufbereitung und Klassifizierung des Zahlenmaterials. Weitgehend steht sie im Dienste propagandistischer Zwecksetzungen. Ohne eine kritische Prüfung des Aussagewertes der sowjetzonalen A. im einzelnen ist eine sachgerechte Auswertung nicht möglich. Eine Prüfung stößt allerdings auf grosse Schwierigkeiten, da erhebliche Lücken im veröffentlichten Zahlenmaterial die Einsicht erschweren. Das gilt vor allem für die landwirtschaftliche Produktionsstatistik und den -> **Pro-Kopf-Verbrauch** bei Nahrungsmitteln. Geeignete Massstäbe für die Beurteilung der sowjetzonalen Erntestatistik bietet die besondere Ernteermittlung der BRD. Wenn man die amtlich bekanntgegebenen Ernterträge der SBZ mit denen der BRD vergleichen will, muss man sie vorerst je nach Fruchtart um verschiedene hohe Prozentsätze kürzen.

**AGRARWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT, DEUTSCHE:** 1960 gegründete Organisation, die - entsprechend der DLG in Westdeutschland - «Mittler zwischen Wissenschaft und Praxis» sein soll, vor allem aber die **sozialistische -> Gemeinschaftsarbeit** fördern, -> **Neuerer** und -> **Rationalisatoren** in der Landwirtschaft unterstützen soll. Die DAG übernimmt damit einen Teil der Funktionen der -> DAL, die dieser bei ihrer Gründung 1951 zugedacht waren.

**AGRONOM:** Als «Spezialist» ausgezeichnete Fachmann des Acker- und Pflanzenbaus, der in planender und beratender Funktion den «sozialistischen Sektor» der -> **Landwirtschaft** fördern soll. Früher den -> **MTS** zugeordnet, sollen die A. künftig direkt in den Dienst der -> **LPG** treten, wo sie z. T. auch die Arbeit des -> **Zootechnikers** zu übernehmen haben. Spezialhochschulen zur Ausbildung von Diplom-A. in Bernburg (Institut für Agrarökonomie) und Meissen (Hochschule für LPG). Auch Dipl.-Landwirte werden als A. und Ober-A. eingesetzt; die Be-

zeichnung ist jedoch an keine bestimmte Ausbildung geknüpft. Es wird zugegeben, dass zahlreiche A. noch keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen. [755]

**AGROSTADT:** Kommun. Idealbild einer ländlichen Grossgemeinde, gegliedert in ein sozialistisches Grossproduktionszentrum und in ein Wohnzentrum, das mit allen modernen Errungenschaften der Zivilisation ausgerüstet ist. Die A. in der SU zu verwirklichen, war das Ziel -> **Chruschtschows** bereits zur Zeit -> **Stalins**; dahinter steht das Motiv, den Kolchosbauern auch von den Resten seiner Privatwirtschaft zu trennen und völlig zu proletarisieren, sowie auch das Bestreben, den negativen Unterschied zwischen den Lebensformen in Stadt und Land zu beseitigen. In der Idealform ist die A. auch in der SU noch nicht erreicht worden, geschweige denn in der SBZ, wo die Bildung von Gross-LPG ein winziger, rein produktionstechnischer Schritt in diese Richtung ist. (**Persönliche -> Hauswirtschaft**, -> **Gemeinschaftsküche**)

**AGROTECHNISCHE TERMINE:** Begriff für die Zeitabschnitte, innerhalb deren die Bodenbearbeitung, Aussaat, Pflege oder Ernte dank eines günstigen Zustandes von Boden oder Pflanze (klimatisch biologisch) den besten Erfolg versprechen. «Ausnutzung der AT.» wird zu einer Forderung an die -> **MTS**, eine bessere «Kampagneplanung» vorzunehmen, gleichzeitig aber zum Eingeständnis ihrer organisatorischen Missstände (-> **Schönebecker Methode**). Analog: «Agrobiologische Termine», auf die Tierhaltung und -pflege bezogen. (-> **Agrobiologie**, -> **Landwirtschaft**) [755]

**AKADEMIE DER KÜNSTE, DEUTSCHE:** Die am 24. 3. 1950 gegründete DAdK ist nach -> **Grotewohl** als Forum gedacht, «das, anknüpfend an beste fortschrittliche Traditionen deutschen Geisteslebens, dazu berufen ist, die Regierung in Fragen der schöpferischen Kunst zu beraten und der weiteren Entwicklung neue Impulse zu geben». Die DAdK dient jedoch mit ihren Sektionen Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Dichtkunst und Sprachpflege, Musik vor allem repräsentativen Aufgaben und dem kunstwissenschaftlichen Materialaustausch mit dem Ausland. Sie unterstand bis Herbst 1952 der die -> **Kunstpoltik** bestimmenden -> **Kunstkommission**, seitdem unmittelbar dem Ministerpräsidenten. Präsident: Prof. **Otto -> Nagel** (Maler); Vizepräsidenten: **Walter -> Felsenstein** (Regisseur), **Willi -> Bredel** (Schriftsteller), **Paul -> Dessau** (Komponist); Verlag: VEB Verlag der Kunst; Zeitschrift: «Sinn und Form».

## 15 AKADEMIE FÜR STAATS- U. RECHTSWISSENSCHAFT

### AKADEMIE DER LANDWIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN, DEUTSCHE (DAL):

Spitze der Land- und Forstwissenschaft in der SBZ nach sowjetrussischem Vorbild, errichtet am 1.1.1951 als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zielsetzung: «Die Entwicklung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft, insbesondere die Aufgaben, die der Fünfjahrplan der Landwirtschaft stellt, erfordern, dass die Agrarwissenschaft und -forschung gefördert, breit entfaltet und weiterentwickelt werden, dass ihre Aufgabenstellungen geplant und koordiniert und ihre Ergebnisse allen landwirtschaftlichen Produzenten schnellstens zur Verfügung gestellt werden.» (GBl. 7/51) Der DAL unterstehen zur Zeit 28 Institute, 8 Forschungsstellen und 19 landw. Versuchsbetriebe. Der politische Charakter dieser gut dotierten und wissenschaftlich sehr ergiebigen Organisation veranlasst die westlichen Agrarwissenschaftler ihr gegenüber zu einer gewissen Zurückhaltung. – Direktor: Prof. Dr. Plachy – Präsident: Prof. Dr. Hans

→ **Stubbe**. (Deutsche Agrarwissenschaftliche Gesellschaft)

### AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN, DEUTSCHE:

Die 1700 gegründete «Preussische Akademie der Wissenschaften» zu Berlin wurde 1946 in «Deutsche Akademie der Wissenschaften» umbenannt. Während die Akademie früher vorwiegend auf geisteswissenschaftlichem Gebiet gearbeitet hatte, nehmen heute – nach sowjetischem Vorbild – naturwissenschaftliche und technische Aufgaben wesentlich breiteren Raum ein. 1959 unterstanden der I DAdW. über 80 naturwissenschaftliche und «gesellschaftswissenschaftliche» Institute, Arbeitsstellen, Kommissionen und Gesellschaften; sie zählte (1958) 131 ordentliche und 161 korrespondierende Mitglieder. Die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute wurden im Mai 1957 zu einer **Forschungsgemeinschaft** zusammengefasst, die über deren Arbeits-, Haushalts- und Investitionspläne zu beraten und zu beschliessen und die Durchführung der Pläne zu überwachen hat und «die Ergebnisse der Institute für unsere Volkswirtschaft unmittelbar nutzbar machen» soll, über Forschungsgemeinschaft und **Deutschen** → **Forschungsrat** ist die DAdW. mit ihren Instituten auch Teil des Planungsapparates geworden. Der Sowjetisierungsprozess bei der DAdW. ist sehr weit fortgeschritten; die Durchdringung der Fachwissenschaften mit Parteideologie, das Programm des Aufbaus eines neuen bolschewistischen Wissenschaftssystems (→ Wissenschaft) und die allmähliche Ablösung der letzten Generation «bürgerlicher»

Gelehrter durch die → **Kader** eines politisch geschulten Forschernachwuchses lassen immer weniger Raum für die Traditionen der angesehenen Körperschaft. Seit 1955 wird der Einfluss der wissenschaftlichen Gremien, denen auch noch westdeutsche Gelehrte angehören, mehr und mehr zugunsten des von SED-Mitgl. oder -Hörigen beherrschten Verwaltungsapparates beschränkt; auf Kongressen und bei grossen wissenschaftlichen Unternehmungen werden Nichtkommunisten zunehmend nur noch vorgeschoben, um die internationale Geltung der DAdW. zu erhalten. Doch werden auch heute noch mit erheblichem Aufwand grosse wissenschaftliche Aufgaben (wie das vor dem Abschluss stehende Grimmsche Wörterbuch) und spezialwissenschaftliche Publikationen (im Deutschen Akademie-Verlag) gefördert, in denen die politische Manipulierung des Wissenschaftsbetriebes der SBZ wenig oder gar nicht in Erscheinung tritt. – Seit 1958 erscheinen «Monatsberichte der DAdW.». – Präsident der DAdW. ist seit Oktober 1958 der Latinist Prof. Dr. **Werner** → **Hartke**.

### AKADEMIE FÜR SOZIALHYGIENE, ARBEITSHYGIENE UND ÄRZTLICHE FORTBILDUNG: 1948

auf Befehl Nr. 78 der → **SMAD** als «Zentralinstitut» in Berlin-Lichtenberg eingerichtet, 1954 zur «Akademie» mit Hochschulrang erhoben, das zugesprochene Promotionsrecht infolge Ausstehens der Satzung jedoch nicht realisiert. Aufgaben: Wissenschaftliche Bearbeitung von Sozialhygiene, Arbeitsphysiologie und -hygiene, Berufskrankheiten sowie Organisation des Gesundheitsschutzes, ausserdem Ausbildung von → **Ärzten** für den → **Öffentlichen Dienst** und Fortbildung von Ärzten für Spezialaufgaben. Lehrgangsteilnehmer müssen (wie bei allen sowjetischen Akademien) abgeschlossene Hochschulausbildung nachweisen. Personell und sachlich mit wissenschaftlichen Arbeitsmitteln vorzüglich ausgestattet, dem Gesundheitsminister unterstellt, konnte durch befähigte Mitarbeiter von der A. manches an gesundheitlichen Gesichtspunkten durchgesetzt werden. Es ist das einzige Institut so umfassender Art im deutschen Sprachgebiet.

Jetzt soll eine «Akademie für Ärztliche Fortbildung» herausgegliedert werden, der u. a. die «methodische» Leitung der Ausbildung der → **Fachärzte** zukommt. Aus den übrigen Abteilungen soll ein «Institut für Arbeitshygiene und Berufskrankheiten» gebildet werden.

### AKADEMIE FÜR STAATS- UND RECHTSWISSENSCHAFT «WALTER ULBRICHT», DEUTSCHE:

Gebildet durch Ministerratsbeschluss vom



11.12.1952 (Min.Bl. S. 223) durch Zusammenlegung der 1948 gegründeten «Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“» und der «Deutschen Hochschule der Justiz» (die ihrerseits aus den Volksrichterlehrgängen der einzelnen Länder und der Zentralen Richterschule entstanden war). In ihrer heutigen Struktur kann die A. als 5. juristische Fakultät neben denen der Universitäten Halle, Jena, Leipzig und Berlin bezeichnet werden. Das Reifezeugnis einer -> **Oberschule** oder die Abschlussprüfung an einer -> **Arbeiter- und Bauernfakultät** sind allerdings nicht Voraussetzung zur Zulassung, sondern können durch eine Aufnahmeprüfung ersetzt werden. Die A. ist in Institute aufgeteilt, in deren Rahmen die Fachvorlesungen, Übungen und Seminare abgehalten werden. Wichtigste Institute: I. für Staats- und Verwaltungsrecht, I. für Strafrecht, I. für Zivilrecht, I. zum Studium der Theorie des Staates und des Rechts, I. zum Studium der Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Eine Sonderstellung nimmt das «Institut für Außenpolitik und Internationale Beziehungen» ein. Es umfasst nur 90-100 Studenten, die dazu auseinander sind, einmal im auswärtigen Dienst der SBZ tätig zu werden. Studienplan und Prüfungsordnung entsprechen denen der juristischen Fakultäten (-> **Rechtsstudium**), so dass es heute also keinen Unterschied mehr zwischen akademischer Ausbildung und -> **Volksrichterlehrgängen** gibt. Die A. hat Promotionsrecht. Zulassung zur **wissenschaftlichen** -> **Aspirantur** erfolgt durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen. Die wissenschaftliche Aspirantur schliesst nach dreijähriger Dauer mit der Promotion ab, wonach die Möglichkeit zur Habilitation besteht. An der A. wird ein -> **Fernstudium** durchgeführt, an dem viele jener Volksrichter teilnahmen, die bis Ende 1960 ihr Staatsexamen nachholen mussten. Schliesslich finden Qualifikationslehrgänge von ein- bis dreijähriger Dauer für Verwaltungsfunktionäre statt, die der politischen Festigung und fachlichen Weiterbildung der -> **Kader** dienen sollen. Am Schluss eines solchen Lehrgangs steht nicht das juristische Staatsexamen, es wird lediglich eine Abschlussprüfung abgelegt, über deren Bestehen eine Bescheinigung ausgestellt wird. Rektor der A. ist Professor Dr. **Herbert** -> **Kröger** (SED), dem der Prorektor für Stuaentenangelegenheiten, der Prorektor für Lehre, Forschung und wissenschaftliche Aspirantur und der Prorektor für das Fernstudium zur Seite stehen.

**AKADEMIEN, WISSENSCHAFTLICHE:**  
Neben der Deutschen -> **Akademie der Wissenschaften** bestehen in der

SBZ fort die Deutsche Akademie der Naturforscher (Leopoldina) in Halle und die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig. Auch diese Akademien betreiben noch ältere und neue Forschungsaufgaben im Geiste reiner Wissenschaft und erhalten in gewissen Grenzen internationale wissenschaftliche Beziehungen aufrecht.  
- Die **Deutsche** -> **Bauakademie** und die erst 1951 gegründete -> **Akademie der Landwirtschaftswissenschaften** (beide in Ost-Berlin) dienen dagegen vornehmlich planökonomischen Aufgaben und unterliegen daher der politischen Steuerung durch Partei und Staat, während die -> **Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft** «Walter Ulbricht» überhaupt keine wissenschaftlichen Aufgaben hat, sondern die leitenden -> **Kader** für Verwaltung und Justiz ausbildet oder schult.

**AKADEMISCHE GRADE:** Fakultäten der Universitäten, wissenschaftliche -> **Hochschulen** und ihnen gleichgestellte Einrichtungen erteilen folgende AG.: 1. Grad eines Doktors, 2. eines habilitierten Doktors, 3. des Doktors ehrenhalber. Voraussetzung der Zulassung zur Promotion ist in der Regel das Diplom einer Fachrichtung, das ebenfalls als AG. verliehen wird. Zur Promotion gehört die Verteidigung der Dissertation.

**AKTION ROSE:** Nachdem Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED (1952) den -> **Aufbau des Sozialismus** proklamiert hatte, bemängelte er auf einer Besichtigungsreise durch die Insel Rügen, dass die Hotels, Pensionen und Fremdenheime an der Ostseeküste noch immer Privatunternehmen waren. Um dem abzuhelfen, wurde im Februar 1953 schlagartig eine Aktion durchgeführt, die unter der geheimen Bezeichnung «Aktion Rose» lief. Innerhalb weniger Tage wurde wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen in den bekannten Badeorten an der sowjetzonalen Ostseeküste eine grosse Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Hausdurchsuchung, - die meistens keine Ergebnisse erbrachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow - Dreierbergen verbracht. Hier waren eigens für diesen Komplex eingerichtete Sondergerichte tätig, die die Verhafteten in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögensziehung verurteilten. Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wurden, blieb die Vermögensziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privat-hand in Volkseigentum übergegangen.

**AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE:** Im Pj. Grundprinzip der bolschewistischen Taktik zur Durchsetzung der proletarischen Revolution in «kapitalistischen» Ländern, insbesondere in der Form der Zusammenarbeit der komm., demokratisch – sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik und der übrigen westeuropäischen Staaten angestrebt. Die Mitgliedermassen sollen dabei unter komm. Initiative und mit Unterstützung der bolschewistisch geleiteten Staaten («DDR») die «Einheitsfront» auch gegen die Widerstände der Führungen der übrigen Arbeiterorganisationen erzwingen. Die A. wird von der SED-Führung als Hauptinstrument für die politische Unterwanderung der Bundesrepublik in Gang zu setzen versucht. (-> **Blockpolitik**, -> **Antifaschistisch – demokratische Ordnung**)

**AKTIV:** 1. Pj. für kleine, **aus->Funktionsären** und -> **Aktivisten** bestehende Gruppe, zu der auch Angehörige der technischen -> **Intelligenz** treten können, zur Lösung bestimmter Aufgaben in Kollektivarbeit. Technische A. werden gebildet vor allem zur Steigerung der -> **Arbeitsproduktivität** und zur Senkung der -> **Selbstkosten**, insbesondere des Materialverbrauchs. (-> **Materialverbrauchsnormen**, **Gewerkschaftsaktiv**, -> **Parteiaktiv**, **Zentrales Aktiv für -> Arbeitsnormung**)

A. bestehen auch innerhalb der Verwaltung zur Lösung bestimmter Verwaltungsaufgaben, z. B. im -> **Wohnungswesen** und bei der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. (-> **Landwirtschaft**)

2. Zur Unterstützung der ständigen -> **Kommissionen** der örtlichen Volksvertretungen sind A. «von Bürgern zu schaffen, die befähigt und interessiert sind, die ständigen Kommissionen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen» (§ 18 Abs. 2 des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18.1.1956 – GBl. I S. 65). Durch die A. soll eine lebendige Verbindung zwischen -> **Volksvertretung** und Bevölkerung geschaffen werden. In der Praxis wird die Bildung der A. sehr oft unterlassen, weil kaum ein Interesse der Bevölkerung an den fiktiven Aufgaben der sowjetzonalen Volksvertretungen besteht.

**AKTIVIST:** Pj. Arbeiter, dessen Leistungen vorbildlich für andere sind. Als Aktivistenleistung gelten insbesondere die Übererfüllung der -> **TAN**, Erfolge im **sozialistischen Wettbewerb**, die Einführung **neuer-> Arbeitsmethoden**. (-> **Neuerer**, **Aktivistenbewegung**, -> **Aktivistenplan**, -\* **Aktivist des Fünfjahresplanes**, **verdienter -> Aktivist**, ->

**Held der Arbeit**, -> **Auszeichnungen**, -> **Arbeitspolitik**)

**AKTIVIST DES FUNFJAHRSPLANS:** Ehrentitel, der an Arbeitnehmer verliehen wird, die im sozialistischen Wettbewerb hervorragende Leistungen zur Entwicklung der Produktion vollbringen. Dazu gehören eine Medaille, eine Urkunde und (an Stelle einer Geldprämie) ein Pass (Aktivistenpass). Seit 1.5.1960 heisst der Ehrentitel **Aktivist des Siebenjahresplanes**. [-> **Auszeichnungen**, -> **Arbeitspolitik**)

**AKTIVIST DES SIEBENJAHRSPLANS:** -> **Aktivist des Fünfjahresplans**.

**AKTIVIST, VERDIENTER:** Ehrentitel, der an Arbeiter und Angestellte für besondere Leistungen bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und der Entwicklung der -> **Arbeitsproduktivität** verliehen wird. Dazu gehören eine Medaille, eine Urkunde und eine Prämie bis zu 1'000 DM. (-> **Arbeitspolitik**, -> **Auszeichnungen**)

**AKTIVISTENBEWEGUNG:** Pj. Die angeblich freiwilligen, in Wahrheit von -> **SED** und -\* **FDGB** gelenkten, gemeinsamen Bemühungen von -> **Aktivisten** zur Erzielung bestimmter wirtschaftlicher Erfolge, vor allem zur Steigerung der -> **Arbeitsproduktivität**, zur Senkung der -> **Selbstkosten** und zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Die Mittel hierzu sind vor allem angeblich **neue -> Arbeitsmethoden**. Eine A. wird jeweils eingeleitet durch die besondere Leistung eines einzelnen, eines sogenannten -> **Neuerers**, selten einer Gruppe (-> **Aktivistenbrigade**). Für diese meist auch vom Neuerer nur einmal vollbrachte Leistung werden vorher besonders günstige Arbeitsbedingungen geschaffen. Diese einmalige Leistung wird indessen stets einer neuen Arbeitsmethode zugeschrieben und mit grossem Propagandaaufwand (-> **Produktionspropaganda**) zum Vorbild für alle anderen Arbeiter gemacht, dem nachzueifern innerhalb von **sozialistischen -> Wettbewerben** oder im Rahmen von -> **Selbstverpflichtungen** die Pflicht aller ist. A. und Wettbewerbsbewegung gehören deshalb eng zusammen.

ie A. nahm in der SU ihren Ausgang mit der Leistung des Bergarbeiters -> **Stachanow**, in der SBZ mit der von -> **Hennecke**. Ihm folgten zahlreiche andere nach. Im Vordergrund stehen jetzt zur Vermeidung von nur vereinzelt Höchstleistungen die Bewegung zur Aufschlüsselung der -> **Betriebspläne** und ihrer täglichen Erfüllung und Übererfüllung (**Christoph -> Wehner-Methode**) und die Bewegung zur restlosen Ausnutzung der Arbeitszeit durch Beseitigung von Stillstands- und -> **Wartezeiten** (-> **Seifert-Methode**).

**AKTIVISTENBRIGADE:** Pj., -> **Brigade** von -> **Aktivisten**. (-> **Komplexbrigade**)

**AKTIVISTENPLAN:** Der A. enthält die -> **Selbstverpflichtungen** und die Wettbewerbsverpflichtungen der Angehörigen eines Betriebes zur Erfüllung und Übererfüllung des -> **Betriebsplanes** durch Steigerung der **Arbeitsproduktivität** und Senkung der -> **Selbstkosten**.

**AKTIVISTENSCHULE:** Pj. Praktischer Lehrgang zur Propagierung **neuer** -> **Arbeitsmethoden** durch -> **Aktivist** und -> **Neuerer**.

**AK-VERFAHREN:** -> **Verrechnungsverfahren**, wonach Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung verrechnet werden. Akkreditivstellung muss in diesen Fällen durch den Käufer erfolgen.

**AKZISE:** Darunter versteht man «a) die Verbrauchsabgaben oder Teile von Verbrauchsabgaben für Nahrungsmittel (ausser Käse und Milch), für die neben dem allgemeinen gültigen Verbraucherpreis ein ermäßigter Verbraucherpreis für den Verkauf der Erzeugnisse auf Lebensmittelpunkten (Kartenpreis) besteht, und

b) die Teile der Verbrauchsabgaben auf Vergaserkraftstoff, Dieselmotorkraftstoff, Motorenöl und Braunkohlenbriketts, die dem Unterschied zwischen dem Verbraucherpreis für bewirtschaftete und dem Verbraucherpreis für frei verkäufliche Erzeugnisse entsprechen» (GBl. 1955, S. 772). Die Höhe der A. wurde seit der Errichtung der -> HO im Jahre 1948 für die einzelnen Waren unterschiedlich festgelegt; man differenzierte im Hinblick auf das Verhältnis zur kaufkräftigen Nachfrage. Durch Aufhebung aer -> **Lebensmittelpunkten** und Einführung der -> **PDA** haben die A. an Bedeutung verloren. (-> **Steuerwesen**, -> **Haushaltsaufschlag**, -> **Staatshaushalt**, -> **Verbrauchsabgaben**)

**ALLGEMEINES VERTRAGSSYSTEM:** Gesetzliche Regelung der Warenverkehrsbeziehungen zwischen Produktionsbetrieben untereinander sowie zwischen Produktionsbetrieben und Handelsorganen. (\* **Vertragssystem**) [781]

**ALT, ROBERT;** \* 4. 9. 1905 in Breslau als Sohn eines Handwerkers. Volksschule und Oberschule, Pädagogische Akademie. Vor 1933 Lehrer an der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln. 1933 aus russischen Gründen aus dem Schuldienst entlassen, zeitweilig Privatlehrer. 1941-1945 KZ Auschwitz. Nach 1945 SPD, -> **SED**; Dozent und Leiter der ersten Ausbildungskurse für Neulehrer. Promotion zum Dr. phil. 1947-1948 Lehrbeauftragter, seit 1948 Professor für Pädagogik und Geschichte der Pädagogik, 1958 Dekan der Pädagogischen Fakultät der

Humboldt-Universität in Ost-Berlin. 1954-1958 Mitgl. des ZK der SED. Gründungsmitglied der -> **Gesellschaft zur Verbreitung Wissenschaftl. Kenntnisse**. Mitgl. des Zentralen Ausschusses für die Jugendweihe. Seit 1952 Präsident der -> **Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland**.

**ALTENBURG:** Stadt im sächsischen Bezirk -> **Leipzig**, Kreisstadt, am Südrand der Leipziger Tieflandsbucht, an der Pleisse, mit 47 060 Einwohnern (1959); Schloss (11./19. Jh.); bedeutender Gartenbau und vielseitige Industrie: Nähmaschinen, Nahrungsmittel, Spielkarten, Metallwaren, Textilien.

Von 1603-1672 und von 1826-1918 war A. Residenz der Fürsten und Herzöge von Sachsen-A., seit 1920 gehörte es zu -> **Thüringen**, 1952 wurde es in den Bezirk Leipzig einbezogen.

**ALTENTEIL:** Tritt ein Bauer, der zur Gewährung eines A. verpflichtet ist, in eine **Landwirtschaftliche -> Produktionsgenossenschaft**, so bleibt das A. bestehen. Praktisch ist die Erfüllung jedoch in Frage gestellt. Der Rat des **Kreises** kann indessen in Ausnahmefällen nach Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Altenteilsverpflichteten und des Altenteilsberechtigten für eine Übergangszeit eine staatliche Beihilfe gewähren, in die auch kostenlose ärztliche Behandlung (einschliesslich der Gewährung von Medikamenten) wie an Familienangehörige durch die Sozialversicherung (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) einbezogen ist. (§ 25 des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. 6. 1959, GBl. I, S. 577; Anordnung über die Gewährung von staatlichen Beihilfen für die Erfüllung von Altenteilsverpflichtungen vom 27. 10. 1959, GBl. I, S. 848)

**ALTERSVERSORGUNG:** Wegen der grossen Ausdehnung der Versicherungspflicht wird im Alter der weit aus grösste Teil der Bevölkerung durch die Sozialversicherung versorgt (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Die Altersrenten liegen im Durchschnitt unter denen des Bundesgebietes. Durch die Gewährung von Mindestrenten (-> **Renten**) wird zwar in jedem Fall ein bestimmter Festbetrag gewährt, der indessen die Existenz nur ungenügend sichert. Eine weitaus bessere A. wird der Intelligenz gewährt, die dem System, nützlich erscheint. Eine bessere A. erhalten ferner seit längerem Bergleute (-> **Bergmannsrenten**) sowie Eisenbahner und Angestellte der Post. Eine Staffelung der Altersrenten der Arbeiter und Angestellten nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Industriezweige ist geplant. Eine

zusätzliche Versorgung in Höhe von 5 v. H. des monatlichen Nettoverdienstes im Durchschnitt der letzten 5 Jahre gibt es in einigen ausgewählten Industriezweigen schon nach 20jähriger Betriebszugehörigkeit. Sie wird vom Betrieb gezahlt. Zweck dieser gestaffelten Leistung ist, die Fluktuation der Arbeitskräfte einzuschränken. Eine besondere A. für ehemalige Beamte gibt es nicht. Diese werden nach den Bestimmungen der Sozialversicherung von dieser versorgt. (-> **Beamtenversorgung**)

Für die Angehörigen der technischen -> **Intelligenz** in den -> **VEB** ist durch VO vom 17. 8. 1950 (GBl. S. 844) eine zusätzliche A. eingeführt worden, die durch eine Versorgungsversicherung bei der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** gewährleistet wird. Die Beiträge für diese Versicherung sind von den VEB aufzubringen. Zum Kreise der Versorgungsberechtigten gehören Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Techniker sowie Personen, die auf Grund eines -> **Einzelvertrages** Anspruch auf die A. haben. Auch auf andere leitende Angestellte kann die A. ausgedehnt werden. Durch die zusätzliche A. wird ab 65. Lebensjahr eine monatliche Rente in Höhe von 60 bis 80 v. H. des im letzten Jahre bezogenen Bruttogehalts gezahlt. Die gleiche Rente wird gewährt beim Eintritt vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit. Der überlebende Ehepartner erhält 50 v. H. der Rente; Waisen, Halbwaisen und Personen, für die der Versicherte unterhaltspflichtig war, bis zur Vollen dung des 18. Lebensjahres oder solange sie sich in der Ausbildung befinden, 25 v. H. der Rente.

Durch VO vom 12. 7. 1951 ( GBl. S. 675) ist für die Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen pädagogischen und medizinischen Einrichtungen eine A. mit den gleichen Leistungen eingeführt worden. Dazu gehören auch Lehrer. Für selbständige Ärzte ist seit 1.1.1959 eine besondere A. in Kraft. Durch die Schaffung der zusätzlichen A. für die Intelligenz will das Sowjetzonenregime die Abwanderung von Kräften verhindern, die ihm entweder für die Steigerung der Produktion oder für die Wahrung eines gewissen Kultur niveaus wichtig erscheinen. Ausserdem hat das Regime es in der Hand, mit der zusätzlichen A. verdiente Funktionäre zu belohnen. Das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht wird so gefördert. [425, 520]

**ALTGUTHABEN:** A. sind Sparguthaben aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945, die gern, der Anordnung über die -> **Altguthaben - Ablösungsanleihe** der DWK vom 23. 9. 1948 (ZVOBl. 1948, S. 475) umzuwerten sind. (-\* **Uraltguthaben**)

**ALTGUTHABEN - ABLÖSUNGSANLEIHE:** Die A. wird lt. Anordnung vom 23. 9. 1948 (ZVOBl. 1948, S. 475) in Höhe der Beträge ausgegeben, die bei der Umwertung der -\* **Altguthaben** festgestellt werden. Die jährliche Verzinsung beträgt 3 v. H., «eginnend mit dem 1.1. 1949. Tilgung in 25 gleichen Jahresbeträgen ab 2. Januar 1959. Die Zinsen werden am 2.1.1952, 2.1.1955 und 2. 1. 1958 jeweils für die abgelaufenen drei Jahre und vom 2. 1. 1959 ab jeweils für das abgelaufene Jahr bezahlt. Für die Veräußerung und Verpfändung der Anteile gilt eine Sperrfrist bis 31. 12. 1954. Personen, die die SBZ ohne Genehmigung verlassen haben oder verlassen, können Ansprüche aus Anteilsrechten an der A. nicht geltend machen.

**AMBULATORIUM:** Im System der ambulanten ärztlichen Versorgung (-> **Gesundheitswesen**) bildet das A. die mittlere Einheit, als Betriebs-A. (-> **Betriebsgesundheitswesen**) wie als Stadt-A. und Land-A. Diese sollen für je 10'000 Einwohner Zentren der ärztlichen Versorgung sein mit Gemeinschaftsarbeit von je etwa 4 **Praktischen -> Ärzten** und -> **Zahnärzten**, daneben Kinderärzten und den -> Fachärzten der übergeordneten -> **Poliklinik**. Ihre «Versorgungsbereiche» werden je nach Wöhdichte durch -\* **Staatliche Praxen** und Zahnarztpraxen in «Arztbereiche» untergliedert. Gemeindefachschwestern und Hebammen werden ihnen zugeordnet. [440]

**AMNESTIE:** A.-Gesetze im technischen Sinne sind nur bis 1949 ergangen: 1. Verordnungen über die Gewährung von Straffreiheit in den einzelnen Ländern der SBZ (z. B. in Brandenburg am 29. 11. 45), 2. Befehl Nr. 228 der -> **SMAD** vom 30. 7. 46 («Nichtigkeit von Urteilen in politischen Sachen und die Einstellung von Strafverfahren in Fällen bestimmter strafbarer Handlungen, die vor dem 8. Mai 1945 begangen sind»), 3. Befehl Nr. 43 der SMAD vom 18. 3. 48 (Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr - Ausnahmen: «Spekulant und Schieber»), 4. Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 11. 11.49 (GBl. I, S. 60) (Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten und Geldstrafen bis zu 5'000,- DM Ost - Ausnahmen: politische Urteile nach Art. III A III der Kontr.Rat-Dir. 38 und Art. 6 der Verfassung), über die Einstellung anhängiger Verfahren entschieden in den zu 3) und 4) erwähnten A. besonders gebildete A.-Kommissionen.

Seit 1949 wurden keine A.-Gesetze mehr erlassen. Einige «Gnadenaktionen» wurden durchgeführt: 1. Gnadenaktion des Staatspräsidenten am 7. 10. 51 (Freiheitsstrafen bis zu 1 Jahr ganz, Freiheitsstrafen von 1 bis 3 Jahren zur

Hälfte, Geldstrafen bis zu 5'000,- DM Ost – Ausnahmen: politische Verfahren), 2. Gnadenlasse für Waldheim-Verurteilte (-> **Kriegsverbrecherprozesse**) in den Jahren **1952, 1954, 1956**, 3. Ministerratsbeschluss vom 22. 12. 55 über die vorzeitige Haftentlassung von 2616 Verurteilten (-> **Sowjetisches Militärtribunal**), 4. Gnadenaktion **1956** (Überprüfung aller Urteile aus der Zeit vor dem 1.4.56 bis zu 1 Jahr Freiheitsstrafe und aller noch nicht abgeschlossenen Verfahren – Ausnahmen: politische Delikte, Sittlichkeitsdelikte an Kindern und vorsätzliche Brandstiftungen. Auf Grund dieser Gnadenaktion wurden nach einer Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten vom 21. 6. 56 19 064 Verurteilte vorzeitig aus der Haft entlassen.).

Bei allen erwähnten Gnadenaktionen trat die Straffreiheit oder Haftentlassung nicht automatisch wie bei einem A.-Gesetz ein, sondern es war in jedem Einzelfall ein besonderer Begnadigungsakt erforderlich. Es war also möglich, die Haftentlassung einzelner Personen zu verhindern, selbst wenn die allgemeinen Richtlinien der jeweiligen Aktion auf den Einzelfall zuträfen.

**AMORTISATIONEN:** Ab **1958** wird für die amortisationspflichtige -> **VEW** die Trennung des Investitionsplanes in einen Plan der Erhaltung der Grundmittel (er umfasst: Generalreparaturplan, Ersatzinvestitionen, Rekonstruktionsmassnahmen, in Ausnahmefällen Erweiterungsmaßnahmen) und einen Plan der Erweiterung der Grundmittel festgelegt. Den Betrieben wird das Amortisationsaufkommen zur eigenverantwortlichen Verwendung der Finanzierung des Planes der Erhaltung der Grundmittel belassen. Eine in Ausnahmefällen notwendige Umverteilung von Amortisationsteilen wird durch die übergeordneten Organe festgelegt.

Bestimmte Betriebe können von den Massnahmen zur Erhaltung von Grundmitteln z. B. dann ausgeschlossen werden, wenn die volkswirtschaftliche Notwendigkeit für die Erhaltung der Kapazität nicht vorliegt. (-\* **Gewinnverwendung**,

-> **Investitionen**, -\* **Abschreibungen**)  
**AMT FÜR ERFINDUNGS- UND PATENTWESEN:** -> **Patentrecht.**

**ANBAUPLANUNG:** Die A. in der -> **Landwirtschaft** erfolgte bis **1957** durch einen besonderen Anbauplan. Er wurde als Teilstück der Wirtschaftspläne zentral erstellt, über Bezirke, Kreise und Gemeinden auf die Betriebseinheiten umgelegt und diktierte Art und Umfang der jährlich anzubauenden Kulturpflanzen. Zusammen mit der -> **Viehhalteplanung** und der -> **Ablieferungs-**flicht diente er der Steuerung der andwirtschaftlichen Produktion. Im

Zuge der **1957** einsetzenden Reform des Plan- und Verwaltungssystems (-> **Planung**, -> **Wirtschaftssystem**) im Sinne einer Entbürokratisierung ist zwar der Anbauplan generell fortgefallen, der Anbauzwang wirkt aber in alter Schärfe weiter, weil er nunmehr von der Ablieferungsaufgabe bestimmt ist, die unverändert weiterbesteht. Staatliche Anbaupläne bestehen z. Z. noch für Gemüse und technische Kulturen (Zuckerrüben, Faserpflanzen, Obst, Tabak usw.). Mit dem Umfang der Vertragsauflagen an technischen Kulturen werden zwangsläufig die Anbauflächen der übrigen Kulturpflanzen eingeschränkt, so dass deren in unveränderter Höhe verlangte Ablieferungsmengen von kleineren Flächen aufgebracht werden müssen. Dadurch hat die propagandistisch als grosse Erleichterung gepriesene Aufhebung des Anbauplanes praktisch zu einer verschleierten Erhöhung der Ablieferungsforderungen geführt. [755]

**ANGESTELLTE:** A. sind den Arbeitern arbeitsrechtlich gleichgestellt (-> **Kündigungsrecht**, -> **Urlaub**, **arbeitsrechtliche** -> **Mantelbestimmungen**, -> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Den Angestellten wird das Gehalt monatlich gezahlt, während Arbeiter wöchentlich oder dekadewise entlohnt werden. Bessere arbeitsrechtliche Bestimmungen gelten für die Angehörigen der technischen -> **Intelligenz** auf Grund des -> **Einzelvertrages**.

**ANGLEICHUNGSVERORDNUNG:** Durch die VO zur Angleichung von Verfahrensvorschriften auf dem Gebiet des Zivilrechts an das Gerichtsverfassungsgesetz vom 4. 10. **1952** (GBl. S. 988) sind die Verfahrensvorschriften des -> **Zivilprozesses** den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 2. 10. **1952** (-> **Gerichtsverfassung**, -> **Rechtswesen**) angepasst worden. An Stelle der früheren Amts- und Landgerichte ist in Zivilsachen in erster Instanz grundsätzlich das Kreisgericht zuständig. Die Funktionen des ehem. «Urundsbeamten der Geschäftsstelle» sind dem Sekretär übertragen worden, dessen Befugnisse vor allem in der -\* **Zwangsvollstreckung** erweitert worden sind.

Alle in der SBZ zugelassenen Rechtsanwälte dürfen nach der A. vor allen sowjetzonalen Gerichten auftreten. (-> **Rechtsanwaltschaft**)

**ANHALT:** Land des Deutschen Reiches, **1945/1947** mit der preussischen Provinz Sachsen zu dem Land -> **Sachsen-Anhalt** vereinigt; 2326 qkm, 0,4 Mill. Einwohner (**1939**); Hauptstadt: Dessau, Landesfarben: Rot-Grün-Weiss.

Hervorgegangen aus der Grafschaft Askanien, wurde A. 1218 Fürstentum. Im Laufe seiner Geschichte wurde es mehrfach geteilt und zu

neuen Teillfürstentümern vereinigt. 1866 trat A. dem Norddeutschen Bund bei; seit 1871 gehört das Land zum Deutschen Reich. A. wurde 1918 Freistaat, der nach 1933 im Zuge der sog. Reichsreform seine Eigenstaatlichkeit verlor und bis 1945 mit Braunschweig einem gemeinsamen Reichsstatthalter unterstand. In den letzten Wochen des 2. Weltkrieges wurde A. von amerikanischen und sowjetischen Truppen besetzt; am 1. 7. 1945 fielen auf Grund der alliierten Abkommen über die Zoneneinteilung auch die westlich der vorläufigen Demarkationslinie gelegenen Landesteile an die Sowjets. Wenige Tage später befahl die -> **SMAD** die Einbeziehung des Landes in die preussische Provinz Sachsen, aus der nach der Auflösung Preussens durch den Alliierten -> **Kontrollrat** im Juli 1947 das Land Sachsen-Anhalt hervorging.

**ANLEITUNG:** Pj., eine wesentliche Funktion der politischen Führung, insbesondere der Parteiorgane auf allen «Ebenen», die den Massen und den nachgeordneten Organen die politische-<sup>\*</sup> Linie aufweisen und die ihnen gestellten konkreten Aufgaben aus dieser ableiten sollen. (-<sup>\*</sup> Kontrolle)

**ANTIFASCHISTISCH – DEMOKRATISCHE ORDNUNG:** Im Pj. Bezeichnung für den politischen Zustand in der SBZ bis zur Verkündung des -> **Aufbaus des Sozialismus**. Nach dem offiziellen Lexikon der SBZ: «Durch die demokratischen Kräfte ... mit Hilfe der Besatzungsmacht» auf den Grundlagen der interalliierten Vereinbarungen entwickelte Staatsordnung, in der die Reste des Faschismus und Militarismus liquidiert, Monopole und Grossgrundbesitz enteignet wurden («Lexikon A-Z», Bd. I, S. 76). – Tatsächlich wurde die ADO. von den Sowjetrussen und den Kommunisten der SBZ bewusst als Instrument zur Vorbereitung der Bolschewisierung gehandhabt. (-> **Blockpolitik**, -> **Periodisierung**) – Die bolschewistischen Vorstellungen hinsichtlich der **Wiedervereinigung** Deutschlands sehen mit der Forderung der Einführung der «demokratischen -> **Erungenschaften**» in der Bundesrepublik grundsätzlich vor, dass auch hier die ADO. errichtet werden soll.

[311,319]

**ANTISEMITISMUS:** Hinter der Behauptung, die Bundesrepublik lasse den A. nicht nur zu, sondern suche ihn wieder ins Leben zu rufen, will die SED über ihren eigenen A. hinwegtäuschen. Sie hat es bis heute schweigend hingenommen, dass der Stalinismus in der SU 1934-1938 und 1948-1953 viele Zehntausende von -> **Juden** als angebliche Kosmopoliten und zionistische Staatsfeinde hinrichtete und einkerkerte und ihnen Bildungs- und Kultureinrich-

tungen nahm. Auch die «Zionisten»-Prozesse der Satelliten, die 1949 bis 1952 einige Todesopfer und manche Zuchthausurteile forderten, hat die SED bis heute noch in keiner Weise verurteilt.

Das ZK der SED nahm die Todes- und Kerkerurteile gegen die «zionistische» Slanskygruppe zum Anlass, gegen jüdische Spitzenfunktionäre scharf vorzugehen, da sie angeblich Agenten des Zionismus und damit des amerikanischen Monopolkapitalismus seien: So mussten **Paul -> Merker** und Erich Jungmann auf Jahre in Haft. Am 20. 12. 1952 warf das ZK Merker vor, dass er «als Garantie gegen die Assimilation der Juden die national-kulturelle Autonomie forderte». Jungmann, so rügte das ZK, habe «gefordert, dass alle den deutschen Juden zugefügten Schäden vom deutschen Volk und bevorzugt vor allen anderen Schäden wiedergutmacht werden». Merker wurde angegriffen, weil er auch jene Juden entschädigt sehen wollte, «die im Ausland bleiben wollen». Bis heute weigert sich das Regime der SBZ, die besonders schweren Blut- und Besitzopfer, die der Hitlerismus den Juden auferlegt hat, annähernd zu erstatten (-> **Wiedergutmachung**). Das Regime zahlt nur die sehr mässige allgemeine Unterhaltsrente, die alle Hitleropfer beziehen. Diese Verweigerung eines Schadensausgleiches, eine schwerwiegende Form des A., wird schroff aufrechterhalten: So erklärte der im Staatssekretärsrang stehende **Albert -> Norden** am 2. 2. 1960 (laut dpa) in einer Pressekonferenz, die «DDR» sei nicht bereit, «eine Wiedergutmachung an Israel zu zahlen». Vielmehr habe sie «eine tatsächliche Wiedergutmachung» an Juden in der Form vollzogen, dass die jüdischen Mitbürger ruhig leben können wie alle anderen auch.

Weit bedrohlicher als diese finanzpolitische Form des A. war und ist die Gefahr, dass Juden in der SBZ bezichtigt werden, dem vermeintlich staatsfeindlichen Zionismus anzuhängen oder ihn zu fördern. Die Sorge, derart verdächtigt zu werden, nötigte allein Anfang 1953 635 Juden zur Flucht, u. a. den Präsidenten des Verbandes der Jüdischen Gemeinden, Julius Meyer, und die Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Erfurt, Leipzig und Dresden. Prof. Dr. Leo Zuckermann, Staatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten Pieck, war schon vorher geflüchtet. Aus dem gleichen Grunde sind auch seither weitere Juden geflohen.

Schon diese Form des A. widerspricht dem einschlägigen Teil des Art. 6 der -> **Verfassung** («Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerrass . . . und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die

Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches\*). Noch verwerflicher und ebenso verfassungswidrig sind: 1. die Nichtzulassung jüdischer Schulen, Bildungseinrichtungen und Kultur-Organisationen; 2. die Einstellung der bis 1952 gezahlten Zuschüsse an die Synagogengemeinden. Ferner trifft die atheistische Linie des gesamten Unterrichtswesens auch die jüdische Konfession.

Dieser A. des Regimes wiegt wohl schwerer als gewisse Schmierereien. «Neues Deutschland» muss z. B. am 7. 1. 1959 berichten, dass in der SBZ «jüdische Bürger . . . Schreiben mit antisemitischen Sudeleien» erhielten; fadenscheinig klingt die Behauptung, sie seien «durch Beauftragung von Westberliner Agentenzentralen aufgegeben worden».

**APEL, ERICH:** \* 3. 10. 1917 in Judenburg, Kreis Sonneberg, als Sohn eines Arbeiters. Oberschule, ab 1932 bis 1935 Werkzeugmacherlehre, 1937 bis 1939 Studium an der Ingenieurschule Ilmenau. Kriegsdienst. Von 1946 bis 1952 in der SU als Mitarbeiter eines Ingenieur-Kollektivs. 1953 stellv. Minister für Maschinenbau, vom 15. 4. 1955 bis 19. 3. 1958 Minister für Schwermaschinenbau. Seit 6. 2. 1958 Leiter der Wirtschaftskommission beim \* **Politbüro** des ZK der -> **SED**. Seit 1958 Kandidat des ZK, 1958 Mitgl. der -> **Volkskammer**, Vors. des ständigen Ausschusses der Volkskammer für Wirtschafts- und Finanzfragen, Vors. des Wirtschaftsausschusses der Volkskammer.

**APOTHEKEN:** Alle A. wurden durch VO der -> **DWK** vom 22. 6. 1949 (ZVBl. S. 487) enteignet, alle Realrechte für erloschen erklärt. Eigentümer, die selbst Apotheker sind, sollten für die Person auf Lebenszeit berechtigt sein, den Betrieb weiterzuführen, nicht aber durch andere (Pächter, Erben) führen zu lassen. Eigentümer ohne Betriebsberechtigung wurden aus «Betriebsabgaben» der «A. in Privatbesitz» entschädigt mit 30 bis 50 v.H. des durchschnittlichen Jahresumsatzes, einem Bruchteil des früheren Handelswertes, auszahbar in fünf Jahresraten, unter Einbehaltung von Forderungen an die A.

Das A.-wesen wurde 1958 gesetzlich geregelt. Es soll nur noch «Staatliche A.» geben, die als öffentliche A. von den Kreisen geführt werden (daneben Krankenhaus-A., Tierärztliche A. und nichtöffentliche A. für besonderen Bedarf staatlicher Einrichtungen, insbesondere der -> **Nationalen Volksarmee**). Bisherige «A. in Privatbesitz» (Anfang 1960 noch 159 von insgesamt 1513 A.) und verpachtete «Staatliche A.» gehen mit dem Abgang des Besitzers automatisch in die Führung

des Kreises über; dieser kann Einrichtung und Vorräte gegen Entschädigung übernehmen, muss es aber nicht

Für je 10'000 Einwohner soll eine A. «angestrebt» werden. Es fehlen demnach 56 Apotheken. In Betrieben und in dünnbesiedelten ländlichen Gebieten soll die -> **Arzneimittelversorgung** erleichtert werden durch «Zweig-A.» (1960: 94) und A.-Nebenstellen (Arzneimittelabgabestellen - 1960: 147), die den «Staatlichen A.» nachgeordnet sind.

Die Führung der «Staatlichen A.» und die Aufsicht über die übrigen liegt bei der Abt. Gesundheits- und Sozialwesen des Rates jedes Kreises in der Hand des Kreisapothekers. Das Rechnungswesen ist unter grossem Verwaltungsaufwand zentralisiert. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**APOTHEKEN ASSISTENTEN;** Der starke Abgang voll ausgebildeter Apotheker gab Gelegenheit, seit 1951 nach Sowjet. Muster die Berufsgruppe der A. als Mittleres -> **Medizinisches Personal** einzuführen. Sie werden in der Pharmazieschule in Leipzig (-> **Fachschulen**) ausgebildet. Dort können auch Apothekenhelfer mit rein praktischer Lehrausbildung durch -> **Fernstudium** sich zu A. ausbilden. (\* **Gesundheitswesen**)

**APPARAT:** Bezeichnung für die Gesamtheit der von hauptamtlichen Funktionären besetzten, hierarchisch gegliederten Dienststellen der -> **SED** (Partei-A.), der Staatsverwaltung (Staats-A.) und der -> \* **Massenorganisationen** (z. B. **FDJ-A.**). Die Untergliederung der A. in Büros, Sekretariate, Abteilungen und Sektoren orientiert sich in den Massenorganisationen am Vorbild des Partei-A. Die Gliederung des Partei-A. erfolgte u. a. zum Zweck einer möglichst effektiven \* **Kontrolle** und «Anleitung» des -> **Staats-Apparates**.

**APPARATSCHIK:** Abfällige Bezeichnung für -> **Funktionäre**, die ohne Rücksicht auf Umstände und Verhältnisse die Weisungen des -> **Apparates** durchzusetzen suchen. Im Pj. gelten die Funktionäre als A., die ausschliesslich mit bürokratischen Mitteln die jeweilige politische Linie verwirklichen wollen. In der Bevölkerung werden als A. alle bezeichnet, die unter Missachtung der Interessen der Bevölkerung die Massnahmen der -> **SED** durchführen.

**ARBEIT, ABTEILUNG FÜR:** Durch Regierungsanordnung vom 15. 5. 1952 (MinBl. S. 57) wurden in den -> **Produktionsministerien**, -> **Staatssekretariaten mit eigenem Geschäftsbereich**, Hauptverwaltungen, Generaldirektionen des Ministeriums für Verkehr und in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben

AfA. gebildet. Sie hatten u. a. die Arbeitsorganisation zu verbessern, die **TAN** auszuarbeiten, alle Lohnfragen (**-> Zeitlohn, -> Leistungslohn, -> Prämienwesen**) zu behandeln, die **-> Betriebskollektivverträge** auszuarbeiten und zu kontrollieren, die Arbeitskräfte im Betrieb zweckmässig zu verteilen, **-> Wettbewerbe** zu organisieren, bei der Einführung der **-> Materialverbrauchsnormen** und **-> persönlichen Konten** mitzuarbeiten, die Werk-tätigen zu qualifizieren (**-> Qualifizierung**), Erfindungen und **-> Verbesserungsvorschläge** auszuwerten, die Verwendung des **-> Lohnfonds** zu kontrollieren sowie «die kulturellen und sozialen Belange der Werk-tätigen zu sichern».

Nach der Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung **1958 (Staatliche -> Plankommission)** ist für Grundsatzfragen das **Komitee für -> Arbeit und Löhne** zuständig. Bei den **-> WB** und in den **-> volkseigenen Betrieben** bestehen weiter AfA. In den grösseren volkseigenen Betrieben werden sie vom **-> Arbeitsdirektoren** geleitet. Im Februar **1958** wurden die **Abt. für Arbeit und Berufsausbildung** bei den Räten der **-> Bezirke** und der **-> Kreise** in AfA. oder Referate f. A. umbenannt.

**ARBEIT, GESETZ DER:** Kurztitel für «Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter\* vom 19. 4. **1950** (GBl. S. 349), wird von der kommun. Propaganda als das arbeitsrechtliche Grundgesetz bezeichnet. In Wahrheit enthält es in offener oder versteckter Form einen weitgehenden Abbau sehr alter Rechte der Arbeiterschaft. In Teil I «Recht auf Arbeit» wird u. a. bestimmt, dass jedem Bürger ein seinen Fähigkeiten entsprechender Arbeitsplatz nachgewiesen werden muss (§ 1), gleichzeitig wird jedoch die **-> Arbeitskräfteelenkung** angeordnet. In dem die zuständigen Ministerien zur Aufstellung eines **-> Arbeitskräfteplanes** verpflichtet werden, so dass das Recht auf Arbeit zur Pflicht zur Arbeit wird. Teil II behandelt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten. Dieses Recht wird praktisch verneint, da es bei der Führung der Wirtschaft durch die staatlichen Organe und in den Betrieben an Stelle von frei gewählten Betriebsräten von den betrieblichen Organen des **FDGB (-> BGL)**, also des verlängerten Arms der Staatspartei, wahrgenommen werden soll. Teil III ordnet Massnahmen zur Steigerung der **-> Arbeitsproduktivität** an: Abschluss von Betriebsverträgen (**-> Betriebskollektivverträge**), Einführung von **-> TAN, des -> Leistungslohnes, der**

**-> Lohngruppenkataloge**, weitgehende Differenzierung der Löhne (**-> Lohnsystem**). Teil IV beschäftigt sich mit der Förderung der **-> Aktivistin- und -> Wettbewerbsbewegung**. Teil V gibt nähere Bestimmungen zur Arbeitskräfteelenkung, wobei insbesondere die Pflicht zur Einstellung weiblicher Arbeitskräfte betont wird. Teil VI behandelt die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs (**-> Berufslenkung**) und der **-> Qualifizierung** der Arbeitskräfte, insbesondere von Frauen. Es folgen Rahmenbestimmungen für den **-> Urlaub** (Teil VII) und das **-> Kündigungsrecht** (Teil VIII). Teil IX bringt Rahmenbestimmungen über den **-> Arbeitsschutz (-> Arbeitszeit)**, Teil X solche über Werkkuchenessen, bevorzugte Belieferung der **-> Schwerpunktbetriebe** mit Nahrungsmitteln und ähnlichem, das mit «Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Werk-tätigen» bezeichnet wird. Im GdA. zeichnen sich mit aller Deutlichkeit die Grundzüge der sowjetzonalen **-> Arbeitspolitik ab. [418, 424]**

**ARBEIT UND BERUFSAUSBILDUNG, ABTEILUNG FÜR:** Seit der Reform der Wirtschaftsverwaltung im Febr. **1958** führen diese Abt., die **1951** den grössten Teil der Aufgaben der **-> Arbeitsämter** übernommen hatten und **1952** auch bei den Räten der Bezirke gebildet waren, wieder die Bezeichnung **-> Abteilung für -> Arbeit** oder Referate für Arbeit. Sie sind als Fachorgane den **-> Wirtschaftsräten** bei den Räten der **-> Bezirke** und den **-> Plankommissionen** bei den Räten der **-> Kreise** eingegliedert. Sie haben alle Massnahmen auf dem Gebiet der Arbeit und Löhne zu koordinieren... insbesondere für die **-> Arbeitskräfteelenkung** zu sorgen und die Einhaltung der einschlägigen Gesetze und Bestimmungen zu überwachen. (**-> Arbeitspolitik**)

**ARBEIT UND LOHNE, KOMITEE FÜR:** Nach Auflösung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung bei der Reform der Wirtschaftsverwaltung im Febr. **1958** wurde als Organ des **-> Minister-rates** dieses Komitee gebildet. Es setzt sich zusammen aus leitenden Funktionären der wichtigsten Wirtschaftszweige und der Gewerkschaften, die vom Ministerpräsidenten berufen werden. Der Vors. ist M.itg.l. der **Staatlichen -> Plankommission**. Das KfAuL. hat die Aufgaben des ehemaligen Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung auf den Gebieten der **-> Arbeitspolitik**, insbesondere zur Steigerung der **-> Arbeitsproduktivität** und zur **-> Arbeitskräfteelenkung**, der **Vorbereitung** der Gesetzgebung und auf dem Gebiete des **-> Arbeitsrechtes** und des Rechts der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten



und der Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiete der **Arbeitsökonomik** und des **Arbeitsschutzes** übernommen. Für die **Berufsausbildung** wurde das Ministerium für Volksbildung zuständig, für die **Sozialfürsorge** das Ministerium für Gesundheitswesen. Die Kontrolle über den betrieblichen Arbeitsschutz ist auf den **FDGB** übergegangen.

**ARBEIT UND LÖHNE, KOMMISSION FÜR:** In den **VEB** bildet die **BGL** diese Kommission. Nach der Richtlinie des **FDGB** sind ihre Aufgaben vor allem: Kontrolle der im **Betriebskollektivvertrag** eingegangenen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Entlohnung, der Ausbildung und **Qualifizierung** der Arbeitskräfte sowie der Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und der richtigen Eingruppierung der Arbeiter und Angestellten in die Lohn- und Gehaltsgruppen. Sie hat weiter Vorschläge für die Erhöhung des Anteils der Leistungslohnarbeiter auf der Grundlage von TAN, zur Verbesserung der bestehenden und zur Entwicklung neuer Prämien-systeme (-> Prämienwesen) zu machen. Ferner hat sie die Steigerung der **Arbeitsproduktivität**, die Einhaltung des **Lohnfonds** und des **Arbeitskräfte- und Stellenplans** zu überwachen und für die sozialistische **Arbeitsdisziplin** zu kämpfen». Die KfAUL nimmt demnach nicht die Interessen der Arbeitnehmer wahr, sondern ist ein Instrument zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Planziele des sozialistischen Regimes. (-> **Arbeitspolitik**)

**ARBEITERFESTSPIELE:** Als «grösstes kulturelles Ereignis des Jahres» fanden im Juni **1959** in Städten des Bezirkes Halle die 1. «A. der DDR» statt; im Jahre **1960** war der Bezirk Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) Schauplatz der 2. A. mit 150 «zentralen Veranstaltungen». Die meisten Veranstaltungen der A. werden von Laien-Ensembles aus den Betrieben bestritten, doch sind auch führende Theater, Balletts usw. beteiligt. **-> Kulturelle Massenarbeit, -> Ringfestspiele)**

**ARBEITERKOMITEE:** Unter dem Eindruck der revolutionären Vorgänge in Polen und Ungarn begannen die Machthaber, eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts in den **VEB** zu erörtern. Das 29. Plenum des **ZK** der **SED** schlug im November **1956** vor, in den VEB Organe zu bilden, die A. oder ähnlich genannt werden sollten. Von vornherein war indessen nicht an einen grundsätzlichen Wandel gedacht, die Befugnisse der A. sollten sich nämlich nicht wie die der Arbeiter-räte in Jugoslawien auf die Führung

der Betriebe erstrecken, sondern nur darauf, zum **Betriebsplan**, zu neuen technischen Verfahren, zur Verbesserung der Arbeitsorganisation, zur Senkung der **Selbstkosten** und zur Rentabilität der Betriebe u. ä. Stellung zu nehmen. Sie sollten im wesentlichen also eine beratende Funktion haben, während die **BGL** sich ausschliesslich der Wahrung der Interessen der Belegschaften widmen sollten. In 18 ausgesuchten Betrieben verschiedener Industriezweige wurden A. gebildet, über ihre Tätigkeit herrschte in der sozialistischen Publizistik Schweigen, so dass der Verdacht verstärkt wurde, dass man es mit diesem Ansatzpunkt einer echten Mitbestimmung unter gleichzeitiger Trennung von der Interessenvertretung der Belegschaften gar nicht ernst gemeint hatte. Anfang **1958** wurden die A. aufgelöst und ihre Aufgaben gewerkschaftlichen Organisationen, den Ausschüssen für **Produktionsberatungen** übertragen.

**ARBEITERKONTROLLE:** Unter Anleitung des **FDGB** arbeitende, aus Arbeitern der Produktionsbetriebe bestehende Kommissionen, die Geschäfte der **HO**, des Konsums und des Privathandels auf «Verkaufskultur», Reichhaltigkeit des Sortiments, Sauberkeit usw. überprüfen. Die Einrichtung der A. wird offiziell damit begründet, die Arbeiter als Erzeuger der Konsumgüter hätten das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, dass «die ständig steigende Produktion» auch wirklich an die Verbraucher herangebracht und nicht im Getriebe der staatlichen Verteilerorganisationen fehlgeleitet wird. Die Existenz der A. bestätigt die Unfähigkeit, das knappe Warenangebot einermassen gerecht zu verteilen. Private und staatliche Verkaufsstellen lehnen die A. wegen ihrer Einmischung ab.

**ARBEITER- UND BAUFRAKULTÄT (ABF):** Seit **1949** bestehen an allen Universitäten der SBZ und an einer Reihe weiterer **Hochschulen** ABF. Zum grossen Teil aus Vorstudienanstalten hervorgegangen, sollen sie einen nach klassenkämpferischen Gesichtspunkten ausgesuchten Bevölkerungsteil ausserhalb des normalen Schulweges zur Hochschulreife führen. Zugelassen werden **Arbeiter- und Bauernkinder** sowie Kinder der «werkstätigen Intelligenz», die über eine abgeschlossene Grundschul- und Berufsausbildung verfügen, sich durch hervorragende Arbeitsleistung in der Produktion, insbesondere durch Erfüllung und Übererfüllung der Arbeitsnormen auszeichnen. Bevorzugt werden Personen, die von «sozialistischen» Betrieben vorgeschlagen und delegiert werden. Die

sorgfältig ausgewählten und in Internaten untergebrachten Studenten werden von der ABF in ein- bis dreijährigen Lehrgängen auf die Reifeprüfung vorbereitet.

Zahl der ABF-Studenten 1954/55: 12 427; sie ist in den folgenden Jahren auf 6287 (1958) gesunken. (-> **Erziehungswesen**) [519, 522]

**ARBEITER- UND BAUERNKIND:** Pj., Kategorie der Auslese für die gehobene Schul- und Berufsausbildung. «Kinder von Arbeitern und werktätigen Bauern» werden bei der Auswahl der Oberschüler sowie bei der Zulassung zu Hoch- und Fachschulen bevorzugt. (\* **Hochschulen**, \* **Arbeiter- und Bauernfakultäten**, -> **Erziehungswesen**)

Nach den Richtlinien vom 2. 12. 1958 gelten als Angehörige der Arbeiterklasse 1. alle Personen, die mindestens fünf Jahre als Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Handwerk tätig sind; 2. Personen, die Arbeiter waren und jetzt Funktionen in der -> **SED**, den -> **Massenorganisationen**, den «bewaffneten Kräften», der staatlichen Verwaltung und der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft bekleiden.

Als werktätige Bauern gelten Mitgl. der **Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften**, bisher auch Einzelbauern, deren Wirtschaftsgrösse 20 ha nicht übersteigt. Einzelfischer und Gärtner sind ihnen gleichzustellen, wenn ihre Betriebe eine angegebene Grösse nicht überschreiten.

Als Bevorzugte zweiter Ordnung gelten sog. «Kinder von Werktätigen». Hierunter fallen Kinder von Personen, die Funktionen im Staatsapparat bekleiden und zur technischen, wissenschaftlichen und freischaffenden -> **Intelligenz** gehören, falls sie ein positives Verhältnis zur DDR aufweisen. Ausserdem werden erwähnt: Angestellte der «bewaffneten Kräfte», der demokratischen Parteien und Massenorganisationen, der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft, der Produktionsgenossenschaften des Handwerks, von wissenschaftlichen, medizinischen und ähnlichen Einrichtungen und Personen, die-\* **Auszeichnungen** erhalten haben. [505]

#### **ARBEITER-UND-BAUERN-MACHT:**

Selbstdeutung der bolschewistischen Staaten, wonach in diesen die durch die bolschewistische Partei repräsentierte Arbeiterschaft im «Bündnis» (-> **Bündnispolitik**) mit der «neuen Klasse der Genossenschaftsbauern» (bis 1960: «mit den werktätigen Bauern») und der «werktätigen Intelligenz» die Macht ausübe. Der Begriff ist völlig unmarxistisch, da die proletarische Revolution nach -> **Marx** nur auf die Arbeiterschaft, nicht aber auch auf die Bauern bezogen war. Die beson-

dere Lage des industriell unterentwickelten zaristischen Russland veranlasste -> **Lenin**, seine Revolution zugleich auch auf die Masse der armen Bauern als Mitträger auszudehnen. Dabei wird aber die eindeutige Führungsrolle der «Arbeiterpartei» festgelegt. Doch ist diese bemüht, auch unter den Bauern (**Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften**) Mitglieder zu gewinnen. Die Tatsache, dass die SBZ und einige andere der nach 1944 errichteten -> **Volksdemokratien** wie die CSR ausgesprochene Industrieländer sind und die Bauern mithin als sozialer Faktor längst nicht die Rolle wie in Russland spielen, hat zu keiner Modifizierung der Theorie geführt.

In der SBZ ist der Begriff zur Kennzeichnung der Staatsstruktur seit 1952 - Beginn der Agrarkollektivierung und des -> **Aufbaus des Sozialismus** - eingeführt worden. Er besagt nicht das mindeste über die wirklichen Machtverhältnisse.

**ARBEITERVETERANEN:** -> **Partei-veteranen**.

**ARBEITERWOHNUNGSBAU:** Genossenschaftlicher Wohnungsbau durch die gemäss VO vom 10. 12. 1952 errichteten «A.-Genossenschaften», die insbesondere durch die Beschäftigten von Grossbetrieben gebildet werden. Auch bei mittleren und kleineren Betrieben einschl. dem Gross- und Einzelhandel sind A.-Genossenschaften gestattet, und auch zwischen mehreren kleineren Betrieben können entsprechende Abkommen getroffen werden. Ferner sind staatliche Verwaltungen, Universitäten, Institute usw. zum A. zugelassen. Die «Betreuung» der A.-Genossenschaften obliegt den Vorständen der Industriegewerkschaften. Durch den A. wird kein privates Eigentum für die Mitglieder der A.-Genossenschaften geschaffen. Die erstellten Wohnungen bilden einen «unteilbaren Fonds». Die Mitglieder der A.-Genossenschaften behalten nur die beigesteuerten persönlichen finanziellen Leistungen als privates Eigentum. Nach einer VO vom 14. 3. 1957 erhalten die A.-Genossenschaften aus dem -> **Staatshaushalt** ein zinsloses Darlehen bis zu 85 v. H. der Baukosten. Höchstbetrag des Darlehens ist nach dem Kostenstand von 1957 der Betrag von 24'000 DM Ost je Wohnungseinheit. Die als Eigenmittel aufzubringenden Genossenschaftsanteile der Wohnungsinteressenten betragen für eine H/-Zimmer-Wohnung 1500 DM, für eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung 2100 DM. Die Anteile sind innerhalb von zehn Jahren in monatlichen Raten zu je mindestens 20 DM einzuzahlen. Baugelände sollen die örtlichen Verwaltungsorgane unentgeltlich stellen. Die Verteilung fer-

tiggestellter Wohnungen soll in der Reihenfolge des Eintritts in die A.-Genossenschaft und nach der persönlichen finanziellen und Arbeitsleistung des Genossenschaftsmitgl. erfolgen. Seit 1958 werden im A. keine Ein- oder Zweifamilienhäuser mehr gebaut, sondern nur noch Reihenhäuser in Typenbauweise. Die Wohnungsgrösse darf 55 qm nicht überschreiten. Der Anteil der im A. erstellten Wohnungen betrug 1959 etwa 40 v. H. des Gesamtzugangs an Wohnungen. (-> **Wohnungsbau**, -> **Bauwirtschaft**, -> **Nationales Aufbauwerk**) [762]

**ARBEITSAMT:** Nach dem Zusammenbruch nahmen die A. ihre Tätigkeit als Sonderbehörden wieder auf und setzten die Bewirtschaftung von Arbeitskräften fort. Sie machten bis 1948 vom Mittel der -> **Arbeitsverpflichtung** weitgehend Gebrauch. Später war ihre Tätigkeit vor allem vermittelnder Natur. Sie waren deshalb auf die Dauer für die Bedürfnisse der Zwangswirtschaft nicht geeignet und wurden durch Verordnung vom 12. 7. 1951 (GBl. S. 687) aufgelöst. Ihre Aufgaben, insbesondere die -> **Arbeitskräftelebung**, wurden von den neugeschaffenen Abteilungen für Arbeit bei den Räten der -\* **Kreise (Abteilung für -> Arbeit und Berufsausbildung)** übernommen. [418]

**ARBEITSBEFREIUNG:** An die Stelle der einfachen ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsklärung der deutschen Krankenversicherung wurde 1947 durch Befehl Nr. 234 der -> **SMAD** das Prinzip der A. gesetzt: Der behandelnde Arzt darf sie jeweils nur für 3 und insgesamt für 10 Tage aussprechen, jede weitere A. bedarf der Zustimmung einer ihm vorgesetzten Ärztekommision. Solche wurden bei den -> **Polikliniken** und Einrichtungen gebildet; für ihre Tätigkeit ist der **des Betriebsgesundheitswesens** zuständige Kreisarzt verantwortlich. Die anfänglich vorgeschriebene Kontrolluntersuchung aller Arbeitsunfähigen hat sich infolge des Mangels an -> **Ärzten** als unmöglich erwiesen; seit 1958 nur noch gezielte Auswahl, trotz unverändert **hohem -> Krankenstand**. Indirekt ist durch die A. eine Ausweitung des Arbeitsvertrages in eine öffentlich-rechtliche Arbeitspflicht gesetzt, ohne gesetzliche Grundlage und entgegen dem Wortlaut der -> **Verfassung**. (-> **Gesundheitswesen**) [418]

**ARBEITSBUCH:** Das A. wurde durch VO über die Wiedereinführung eines A. und die Einführung einer Kontrollkarte in der SBZ vom 4. 2. 1947 mit der Änderung vom 21. 2. 1950 (GBl. S. 143) von neuem eingeführt. A.-pflichtig sind jeder unselbständig Beschäftigte und die

mithelfenden Familienangehörigen mit Ausnahme der Ehefrau und der minderjährigen Kinder. Das A. dient als Mittel zur -> **Arbeitskräftelebung**. [418]

**ARBEITSDIREKTOR:** Funktionär in «volkseigenen» Betrieben im Range eines zweiten Vertreters des Werkleiters. Der A. ist der Leiter der **Abteilung für -> Arbeit**, die wie folgt gegliedert ist: Betriebsorganisation, Wettbewerbe und -> **Neuerbewegung**, **Arbeitskräfte**, **Löhne** und **Sozialwesen**, -> **Arbeitsschutz** und -> **Berufsausbildung**. Seit etwa 1955 ist der A. auch für die -> **Arbeitsnormen** zuständig.

**ARBEITSDISZIPLIN:** Das -> **Wirtschaftssystem** und die -> **Arbeitspolitik** der SBZ verlangen die bedingungslose Unterwerfung von Arbeitern und Angestellten unter die Befehle der Wirtschaftsfunktionäre. Ohne rigorose A. können die wirtschafts- und arbeitspolitischen Massnahmen des Regimes nicht durchgesetzt werden. Schon 1947 wurde deshalb durch den Befehl Nr. 234 für die Betriebe eine Musterdisziplinarordnung geschaffen, die der Werkleitung eine autonome Disziplinargewalt übertrug. Auch für die Verwaltung wird eine strenge A. verlangt. Heute bestehen Disziplinarordnungen a) für Angestellte und Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung (Disziplinarordnung vom 10. 4. 1955, GBl. S. 217), b) für Richter (vom 19. 3. 1953, GBl. S. 467), c) für Arbeitsrichter (§ 17 der VO über die Neugliederung und Aufgaben der Arbeitsgerichte vom 30. 4. 1953, GBl. S. 694), d) für Seeleute (Seemannsordnung) vom 16. 4. 1953, GBl. S. 583), e) für Angehörige der «Reichsbahn\* (Eisenbahner-VO in der Fassung vom 23. 6. 1960; GBl. I 1211/56; GBl. I S. 421/60). In den -> **volkseigenen Betrieben** gelten -> **Arbeitsordnungen (-> Disziplinar-massnahmen)** [418, 703]

**ARBEITSEINHEIT:** Abk. **AE**, dient zur Bewertung der Arbeit jedes Mitgl. einer -> **LPG**. Zu diesem Zweck werden die einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitsarten in Bewertungsgruppen eingestuft. Dabei soll körperliche Anstrengung, Kompliziertheit, Grad der Verantwortung und Bedeutung der Arbeit für die genossenschaftliche Produktion berücksichtigt werden. Die Bewertungsgruppe gibt an, wieviel **AE** für die jeweilige Arbeit bei Erfüllung einer Tagesarbeitsnorm (TN) (-\***TAN**) anzurechnen sind. Eine **AE** ist also nicht identisch mit einem Arbeitstag. Anhaltspunkt für die Bewertung ist der amtliche «Katalog der Musterarbeitsnormen», auf deren Grundlage jede Genossenschaft, auf ihre Verhältnisse abgewandelt, die gültigen Tagesarbeitsnormen und **AE** beschliesst.

Bei 100%ig erfüllter TN werden z. B. angerechnet:

- Bew. Gr. I: 0,8 AE für Hofkehren, Steine sammeln;
- « « II: 1,0 AE für Garben aufstellen, Stallung breiten;
  - « III: 1,2 AE für Rüben ziehen, Eggen;
  - « « IV: 1,4 AE für Pflügen, Dünger streuen;
  - « « V: 1,6 AE für Einlegen beim Drusch, Pferde beschlagen.

Schlechte Arbeit, Nichterfüllung der Norm bedeuten Kürzung der AE und umgekehrt. Bestimmte Leistungen des Brigadiers werden durch zusätzliche AE prämiert. Die gutgeschriebenen AE sind für jeden Arbeitenden die wichtigste Grundlage für die Geld- und Naturalentlohnung bei der Verteilung der Einkünfte der Produktionsgenossenschaften. Die anzurechnenden AE je LPG-Mitglied und der Geldwert der AE errechnen sich nach den Formeln: Anzurechnende AE =

$$\frac{\text{Leistung } x \text{ AE für eine TN}}{\text{TN}}$$

Geldwert der AE =

Geldüberschuss der LPG in DM

Summe aller geleisteten AE  
Beim Typ III war bis Frühjahr 1960 ein Mindestlohn von 7 DM je AE garantiert. Wenn hierzu die Eigenmittel der LPG nicht ausreichten, wurde der Fehlbetrag vom Staat zugeschossen. Neuerdings sollen die LPG III über die -> **Produktionshilfe** in den Stand gesetzt werden, mindestens 7 DM Ost pro AE bezahlen zu können. Das Gesamteinkommen der LPG-Mitglieder hängt weitgehend von der Möglichkeit ab, die Naturalbezüge pflanzlicher Produkte zur Erstellung -\*- **Freier Spitzen** in der tierischen Produktion der **persönlichen -> Hauswirtschaft** zu verwerten. Deshalb besteht ein Anreiz, möglichst hohe AE und damit grosse Mengen natürlicher Futtermittelinkünfte zu erzielen. Im Durchschnitt aller LPG III dürften die pro Mitglied jährlich erreichten AE zwischen 250 und 350 AE liegen. Bei den LPG Typ I und II kann selbst bei voller Pflichterfüllung des Arbeiters, also hoher Gutschrift an AE, sein Arbeitseinkommen unter das Existenzminimum sinken, wenn z. B. Fehldispositionen des Leiters, Nichtbelieferung mit Produktionsmitteln, Missernten oder Naturkatastrophen einen Ertragsausfall der Produktionsgenossenschaft nach sich ziehen. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo die Mitglieder trotz Erfüllung der von ihnen geforderten AE bei der Jahresabrechnung Schuldner ihrer LPG waren. [755]

**ARBEITSGEMEINSCHAFT EHEMALIGER OFFIZIERE:** Am 11. 1. 1958

von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen und -Offizieren in der SBZ gegründet, will propagandistisch und kriegsgeschichtlich «der Wiedergeburt eines friedliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Deutschland» dienen, nicht aber «eine Offiziersvereinigung alten Stiles» sein. Den 1. Vors. der AeO., Generalmajor a. D. Dr. **Otto Korfes** (NDP), die stellv. Vors. -> Steidle (CDU); stellv. Vors. der NDP **Heinrich -> Homann**; Generalmajor a. D. Martin Lattmann (NDP) und Bernt von Kugelgen (SED), Chefredakteur des «Sonntag» und Mitbegründer der AeO., kennzeichnet eines: Sie wirkten sämtlich im -> **Nationalkomitee Freies Deutschland** und in dem ebenfalls kommunistisch gelenkten -> **Bund deutscher Offiziere** mit. Die von der -> **SED** gelenkte AeO. erfasste anfänglich nur Offiziere der ehemaligen Wehrmacht, soll ab 1959 auch jüngere Offiziere und Reserveoffiziere der **Nationalen Volksarmee sammeln**, um sie für die scheidemokratische und schein nationale Politik der SED zu gewinnen. Zugleich soll sie ihre Mitglieder dafür schulen, ehemalige Kameraden in der Bundesrepublik für die angeblich patriotischen und friedliebenden Ziele der «DDR» einzuspinnen. Eine Fühlungnahme mit Offizieren in der Bundesrepublik soll dadurch erleichtert werden, dass die AeO. beabsichtigt, «ernste Untersuchungen über entscheidende militärische Ereignisse in den letzten beiden Kriegen anzustellen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen». Die AeO. wird seit Anfang 1959 dazu benutzt, um ehemalige Wehrmachtsoffiziere für die Ausbildung der -> **Kampfgruppen** zu gewinnen. Seit Juli 1958 erscheint monatlich das «Mitteilungsblatt der AeO.» im «Kongress-Verlag» der -> **Nationalen Front**.

**ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, SOZIALISTISCHE:** Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit, seit Anfang 1959 eingeführte Form der Zusammenarbeit zwischen technischer -> **Intelligenz** und Produktionsarbeitern mit der Zielsetzung, im Interesse der Beschleunigung des Tempos der **sozialistischen -\*- Rekonstruktion** die innerbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit genauer auf die betrieblichen Erfordernisse und Gegebenheiten abzustimmen Die SA. wurden zunächst im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld gegründet, dann aber schnell auch in allen übrigen Wirtschaftszweigen eingeführt. Es soll bereits (Juli 1960) über 36'000 SA. mit rd. 300'000 Mitarbeitern geben, die z. T. miteinander im Erfahrungsaustausch stehen und teilweise auch

betriebsexterne Kräfte, z. B. von örtlich benachbarten Hochschulen, einbezogen haben. (-> **Brigaden der sozialistischen Arbeit**)

**ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, STÄNDIGE: Sozialistische -> Arbeitsgemeinschaft** auf dem Lande als Vorform und zur Unterstützung der -> **LPG** höheren Typus.

**ARBEITSGERICHT:** Die A. bestehen als Kreis- und Bezirks-A. zur Entscheidung von Streitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen. Die Bezirks-A. entscheiden in zweiter Instanz und in Sozialversicherungsstreitigkeiten, wenn die Entscheidung einer Kreisbeschwerdekommission angefochten wird (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Das **Oberste Gericht der SBZ (-> Gerichtsverfahren)** entscheidet über -\* **Kassation** von Urteilen der A. Das A. darf in Arbeitsstreitigkeiten aus Betrieben, in denen eine -\* **Konfliktkommission** besteht, nur tätig werden, wenn diese sich vorher mit dem Streit befasst hat. (-> **Arbeitsrecht**)

**ARBEITSGESETZBUCH:** Der Erlass eines A. ist seit langem geplant. Bereits für den Herbst **1959** war die Vorlage eines Entwurfs angekündigt. Indessen sind die Vorarbeiten nur so weit gediehen, dass eine Gliederung in grossen Zügen erkennbar ist. Der erste Abschnitt soll die ökonomischen und politischen Grundlagen der «sozialistischen» Arbeitsgesetzgebung und die Grundlagen der «sozialistischen» Organisation der Arbeit enthalten. Darin soll insbesondere der erzieherische Charakter des neuen Arbeitsrechts seinen Ausdruck finden (-\* **gesellschaftliche Erziehung**). Die Grundrechte und die Grundpflichten, insbesondere die Pflicht zur unbedingten Wahrung der Arbeitsdisziplin sollen in diesem Teil ihren Platz finden. Im zweiten Abschnitt sollen die Bestimmungen über **Kollektivverträge (-> Arbeitsrecht, -> Betriebskollektivvertrag, -> Rahmenkollektivvertrag)**, die Stellung der Gewerkschaften (-> **FDGB**) und die Grundsätze der «Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung und Leitung der Betriebe» (-> **Mitbestimmungsrecht, -> Arbeiterkomitee**) aufgenommen werden. Der dritte Abschnitt soll besondere arbeitsrechtliche Bestimmungen für die Privatbetriebe enthalten. Der vierte Abschnitt wird die Bestimmungen über die Sozialversicherung (-\* **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) zum Inhalt haben. Im fünften Abschnitt werden die Normen über die Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten (-> **Arbeitsgericht, Konfliktkommission**) zu finden sein.

**ARBEITSHAUS: Heim für soziale Betreuung.**

**ARBEITSKRAFT:** Förderung von A. und Leistungsfähigkeit wird unumwunden als eigentliche Aufgabe der Medizin proklamiert, als Zweck von Pflege, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit in jedem Lebensalter. Die medizinische Wissenschaft hat durch physiologische und hygienische Erkenntnisse «zu helfen, weitgehend alle Faktoren auszuschalten, die eine Leistungsminderung oder unnötige Beanspruchung verursachen\* (Perspektivplan, S. 19/20). (-> **Gesundheitswesen**)

**ARBEITSKRÄFTEBILANZ:** Zusammenstellung der verfügbaren und der zur Durchführung der Wirtschaftspläne erforderlichen Arbeitskräfte durch die **Staatliche Zentralverwaltung für -> Statistik**. Die A. ist die Grundlage für den zentralen -> **Arbeitskräfteplan (Komitee für -> Arbeit und Löhne, Staatliche Plankommission)** und für die Arbeitskräfte lenkung durch die mittleren Verwaltungsorgane (**Abteilungen für -> Arbeit** bei den Räten der -> **Bezirke** und -\* **Kreise**).

**ARBEITSKRÄFTELENKUNG:** Die A. ist ein wesentlicher Teil des -> **Wirtschaftssystems**. Das System der -> **Arbeitsverpflichtungen** wurde bald nach dem Zusammenbruch auf Grundlage des Kontrollratsbefehls Nr. 3 fortgesetzt. Am 2. 6. **1948** wurde die VO über die Sicherung und den Schutz der Werktätigen bei Einweisungen von Arbeitskräften (ZVOBl. S. 258) erlassen, auf Grund deren in Verkehrung ihres Titels ins Gegenteil zahlreiche Arbeitsverpflichtungen besonders für den **ranbergbau** ausgesprochen wurden. Mit Beginn des ersten Fünfjahresplanes wurde die A. umfassend. Gesetzliche Grundlage sind das **Gesetz der -> Arbeit** und die VO über die Aufgaben der Arbeitsverwaltung und die Lenkung der Arbeitskräfte vom 12. 7. **1951** (GBl. S. 687). Die **Abteilungen für -> Arbeit** in den Bezirks- und Kreisverwaltungen haben danach die -> **Arbeitskräftereserven** zu erfassen und gemäss dem -> **Arbeitskräfteplan** zu verteilen. Die Mittel hierzu sind: a) die Auflage an Betriebe (§ 6 der VO vom 12. 7. **1951**), Arbeitskräfte an andere Betriebe abzustellen, der mittels wirtschaftlichem und politischem Druck auf die Abzustellenden nachgekommen wird; b) die Verfügung einer Einstellungssperre für Betriebe, deren Arbeitskräftezahl die im Betriebsplan vorgesehene Zahl erreicht hat; c) Werbemassnahmen zur Gewinnung neuer Arbeitskräfte aus der Arbeitskräftereserve; d) Verbot der gegenseitigen Abwerbung von Arbeitskräften in der «volkseigenen» Wirtschaft; entsprechende Zeitungsanzeigen bedürfen der behördlichen Genehmigung; e) Einstellungssperre für Arbeitskräfte aus

landwirtschaftlichen und Bauberufen in Betrieben anderer Wirtschaftsbereiche (praktisch bedeutet das die Aufhebung der Freizügigkeit für Bau- und Landarbeiter). Arbeitsverpflichtungen sind nicht mehr möglich, nachdem die VO vom 2. 6. 1948 durch eine VO vom 30. 9. 1954 (GBl. S. 828) aufgehoben wurde. Individuelle Arbeitseinweisungen erschienen nicht mehr notwendig, nachdem sich das System der Auflagen an die Betriebe eingespielt hatte. Durch die Aufhebung der genannten VO wollte die Zonenregierung sich mit Rücksicht auf die Untersuchungen der UN über Zwangsarbeit vom Vorwurf entlasten, in der SBZ bestünde ein solches System. Infolge der A. ist die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufes (**-> Berufslenkung**) stark eingeschränkt. Wegen der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte wird die jetzige gesetzliche Grundlage für die A. nicht mehr als ausreichend angesehen. (**-\* Arbeitspolitik, -> Arbeitskräfteproblem**) [418]

**ARBEITSKRÄFTEPLAN:** Teile des **-> Volkswirtschaftsplans** und des **-> Betriebsplans**. Auf der Grundlage der **-> Arbeitskräftebilanzen** und des A. der verschiedenen Staats- und Wirtschaftsverwaltungsstellen koordiniert die Abteilung **Arbeitskräfte der Staatlichen -> Plankommission** die Arbeitskräfteanforderungen und legt für jeden Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich die Zahl der Arbeitskräfte fest. Die **Räte der -> Bezirke und -> Kreise** haben den zentralen A. durchzuführen (**-> Arbeitskräfteleitung**). Der A. steht sowohl im Volkswirtschaftsplan als auch im Betriebsplan in sehr enger Beziehung zu anderen Positionen der Planung, z. B. zum **-\* Lohnfonds**, zum Plan der **-> Berufsausbildung**, zum Plan der **-> Arbeitsproduktivität**, zur **-> Qualifizierung** der Arbeitskräfte usw.

**ARBEITSKRÄFTEPROBLEM:** Die Arbeitskräftereserven in der SBZ sind Praktisch ausgeschöpft. Unter den rd. 1 Mill. Beschäftigten befinden sich bereits über 560'000 Empfänger von Altersrenten, und der Anteil der berufstätigen Frauen liegt mit 44,8 v. H. weit über dem Anteil berufstätiger Frauen an der Gesamtzahl der berufstätigen Unselbständigen in der Bundesrepublik (BRD 1958 = 33,9 v. H.). Die ungünstige biologische Bevölkerungsstruktur wird bis 1965 einen Rückgang von Personen im arbeitsfähigen Alter um etwa 650'000 zur Folge haben. Mit der weiteren Abwanderung unersetzbarer Arbeitskräfte nach der Bundesrepublik ist zu rechnen. Diese Situation dürfte ein entscheidender Anlass für die im **-> Siebenjahrplan** vorgesehenen

Massnahmen zur Steigerung der **-> Arbeitsproduktivität sein. (Sozialistische -> Rekonstruktion, -\* Qualifizierung, -> Lohnpolitik, -> Arbeitsnormen, -> Seifert-Methode, Sozialistische -> Gemeinschaften, -> Arbeitspolitik)**

**ARBEITSKRÄFTERESERVE:** Zur A. zählen: bisher nicht berufstätige Frauen; durch betriebliche Massnahmen freiwerdende Arbeitskräfte; arbeitsfähige Rentner; Zuziehende oder Rückkehrer aus der Bundesrepublik. Die inneren A. der SBZ sind praktisch bereits ausgeschöpft. (**-> Arbeitskräfteproblem**)

**ARBEITSKREIS FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, GESAMTDEUTSCHER:** Anfang 1950 auf Veranlassung des **-> Politbüros** der **-\* SED** gegründete Vereinigung von Fachleuten aus beiden Teilen Deutschlands. Durch Heranziehung führender Persönlichkeiten auf Tagungen in Schierke, Eisenach, Frankfurt/M., Leipzig und Hannover wurde der Anschein echter Begegnung erweckt; die zunehmende komm. **-> Propaganda** bei den Veranstaltungen des GfLuf. führten zum Nachlassen der westlichen Beteiligung und 1956 zu seinem Verbot im Bundesgebiet.

**ARBEITSLOSENVERSICHERUNG;** Rechtsgrundlage der A. ist die Verordnung über die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit vom 28.1.1947 («Arbeit und Sozialfürsorge», Ost-Berlin, S. 103/1949). Träger der A. ist die Verwaltung der Sozialversicherung des Bundesvorstandes des **-\* FDGB**.

Versichert sind alle Personen, die in einem entgeltlichen Arbeitsverhältnis stehen. Vs der Sozialversicherungsbeiträge dieser Personen soll dem Zwecke der A. zugute kommen (§ 6 der VO vom 28. 1. 1947). Voraussetzung für eine Leistung ist eine Beitragszahlung zur Sozialversicherung für 26 Wochen in den letzten 12 Monaten vor Beginn der Arbeitslosigkeit. Sie wird gewährt vom 8. Tage der registrierten Arbeitslosigkeit ab für die Dauer von 26 Wochen. Sie wird u. a. nicht gezahlt, wenn der Versicherte eine Arbeit ablehnt, die ihm zugewiesen wird, oder wenn er eine Arbeit «eigenmächtig» aufgegeben hat, wenn er ein eigenes Einkommen hat, das nicht niedriger als die Unterstützung ist, oder wenn der Arbeitslose im Haushalt seiner Verwandten wohnt, die in der Lage und verpflichtet sind, ihn zu unterstützen. Wegen der Vielzahl der Ausschlussgründe erhalten nur sehr wenige Arbeitslose eine Unterstützung. Die Höhe der Unterstützung beträgt bei einem täglichen Einkommen bis zu 6,53 DM Ost 1,20 DM Ost täglich und steigt bei einem täglichen Verdienst über 9,49 DM Ost auf höchstens 2 DM

Ost täglich. Familienzuschläge werden für Kinder bis zu 15 Jahren oder bis zu 18 Jahren, wenn sie eine Schule besuchen, für Ehefrauen und Lebenskameraden mit 1 Kind bis zu 3 Jahren oder 2 Kindern bis zu 8 Jahren, oder im Alter über 60 Jahre und für unterhaltsberechtigten Verwandten, die vom Arbeitslosen unterhalten werden, in Höhe von 0,35 DM Ost täglich gezahlt. Wohnungsgeld wird in Städten über 100'000 Einwohner in Höhe von 12 DM Ost, in den übrigen Orten in Höhe von 10 DM Ost monatlich gezahlt, wenn der Arbeitslose eine eigene, von ihm bezahlte Wohnung hat. Das Einkommen des Ehegatten wird auf die Unterstützung eines Arbeitslosen angerechnet, soweit es 35 DM Ost wöchentlich übersteigt. Die Unterstützung wird seit Auflösung der -> Arbeitsämter von den Aussenstellen der Verwaltung der Sozialversicherung (SVK, -> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) ausbezahlt. [425]

**ARBEITSLÖSIGKEIT:** Zur Zeit gibt es in der SBZ keine A. (-> **Arbeitskräfteproblem, Arbeitspolitik**)

**ARBEITSMETHODEN, NEUE:** NA sollen die -> **Arbeitsproduktivität** steigern, die -> **Selbstkosten** senken sowie die Qualität der Produktion erhöhen. Sie beziehen sich auf die bessere Organisation der Arbeit, zweckmässiger Verwendung der Arbeitskraft, Anwendung neuartiger Handgriffe, bessere Maschinenpflege, sorgsameren Umgang mit Rohmaterialien und Hilfsstoffen, restlose Ausnutzung der Arbeitszeit u. a. mehr. Sie haben einen -> **Neuerer** zum Initiator und werden durch die -> **Aktivistebewegung** mit grossem Propagandaaufwand allen Arbeitern zur Anwendung empfohlen. Der Verbreitung dienen der **sozialistische -> Wettbewerb** und -> **Selbstverpflichtungen**; die NA. werden in Aktivistenschulen gelehrt. Sie sind in den wenigsten Fällen wirklich neu, oftmals gehören sie anderswo zu lang geübten Gewohnheiten, deren Übernahme man in der SBZ jedoch aus der SU ableitet und als überragenden Fortschritt feiert. [434, 703]

**ARBEITSMORAL, SOZIALISTISCHE:**

Die -> **SED** fordert von Arbeitern und Angestellten eine «neue Einstellung» zur Arbeit, die sich angeblich von der unter dem Kapitalismus herrschenden dadurch unterscheidet, dass jeder freiwillig seine Arbeit so gut, in so grosser Menge und so pünktlich wie möglich leiste, weil dies in eigenen Interesse liege. Das 7. Gebot der sozialistischen Moralgesetze (**Sozialistische -> Moral**) lautet: «Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.» Das 4. Gebot lautet: «Du

sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.» Die SA. soll das Kernstück des sozialistischen Lebens sein, das die Menschen mit sozialistischem Bewusstsein führen. Die Einheit von Arbeit, Leben und Lernen auf der Grundlage der sozialistischen Moral soll durch die -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit** verwirklicht werden. **ARBEITSNORM:** Menge von Produkten, die in einer bestimmten Zeiteinheit erarbeitet werden muss. Sie bildet eine Grundlage des -> **Stücklohnes**. A. können Erfahrungsnormen, die der durchschnittlichen Arbeitsleistung entsprechen, vorläufige oder technisch begründete Arbeitsnormen sein (-> **TAN**). Erstere sind unerwünscht, da sie dem Leistungsprinzip widersprechen, das nur durchgesetzt wird, wenn die A. über der durchschnittlichen Arbeitsleistung liegt. Die meisten A. sind zur Zeit noch vorläufige A. (-> **Arbeitseinheit**) [418, 703]

**ARBEITSNORMUNG, ZENTRALES AKTIV FÜR:** Mitte 1959 unter Leitung des Komitees für -> **Arbeit und Löhne** gebildete Institution «zur Koordinierung der Grundsatzfragen der Arbeitsnormung» (-> **TAN**). Mitglieder sind Vertreter der Staatl. Verwaltung, der Gewerkschaften, der **Kammer der -> Technik**, wissenschaftlicher Institute, der Hochschulen und Betriebe. Das ZAfA. soll sich auch mit der Ausbildung der Normenbearbeiter in den Betrieben und bei den -> **WB** beschäftigen.

**ARBEITSÖKONOMIK:** PL und Tarnbezeichnung für -> **Produktionspropaganda**. Als Arbeitsgebiete der A. werden genannt: Organisation der Arbeit; Ausbildung, -> **Qualifizierung** und ökonomischer Einsatz der Arbeitskräfte; Arbeitsleistung und Löhne; -> **Arbeitsnormen**, -> **Arbeitsschutz**, -> **Wettbewerbs-**, -> **Aktivisten-** und -> **Neuererbewegung**. - Das «Institut für A. und Arbeitsschutzforschung in Dresden und das «Institut für A.» an der Universität Leipzig haben die Aufgabe, die arbeitspolitischen Absichten der -> **SED** pseudo-wissenschaftlich zu stützen. Das Institut in Leipzig bildet «Diplomwirtschaftler der Fachrichtung A.» in vierjährigem Studium aus. In Halle besteht eine Fachschule für A. mit dreijähriger Lehrdauer, deren Absolventen als «Arbeitsökonom» in den Wirtschaftsverwaltungen, beim -> **FDGB** und in den Betrieben eingestellt werden.

**ARBEITSORDNUNG:** In den **volkseigenen Betrieben** bestehen A., die nach einem Muster zunächst vielfach von den Werklern einseitig verfügt waren, später aber  
Fortsetzung Seite 33

**ARBEITSPOLITIK**

Die A. geht von der Vorstellung aus, dass durch die Überführung der  
 -► **Produktionsmittel** in -> **Volkseigentum** die natürlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben seien und die Interessen des Staates, der als Eigentümer der Produktionsmittel gleichzeitig Arbeitgeber ist, mit denen der Arbeitnehmer identisch seien. In Wahrheit werden die Interessen der Arbeitnehmer bedingungslos den Interessen des staatlichen Arbeitgebers untergeordnet. Die A. ist zur Funktion der Wirtschaftspolitik geworden. (-> **Wirtschaftssystem**) Ihr Hauptziel ist wirtschaftlicher Natur. Die Produktion soll mit allen Mitteln erhöht werden. Der Fürsorgegedanke, im Pj. «die Sorge um den Menschen», ist zwar nicht ganz ausgeschaltet, und je nach der politischen Situation und vor allem je nach der Stimmung der Arbeiterschaft wird er mehr oder weniger betont, aber die Fürsorge wird nicht wegen des Eigenwertes des Menschen betrieben, sondern nur wegen seines Wertes als Produktionsfaktor. So wird der arbeitende Mensch auch dort, wo ihm Fürsorge zuteil wird, stets nur als Objekt der A. behandelt.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die arbeitenden Menschen ihrer Interessenvertretung beraubt worden. Die -> **Betriebsräte** wurden im Jahre **1948** abgeschafft und an ihre Stelle die Betriebsgewerkschaftsleitungen (-> **BGL**), also die unteren Organe des -> **FDGB**, gesetzt. Da die BGL an die Weisungen der oberen Organe des FDGB gebunden sind und diese sich satzungsgemäss und wegen ihrer personellen Zusammensetzung in völliger Abhängigkeit zur SED befinden, sind sie keine Interessenvertretung, sondern dienen der Transmission des Willens der Staatspartei auf die arbeitenden Menschen. Damit hat der staatliche Arbeitgeber nicht nur freie Hand bei der Verfolgung seiner A., sondern findet sogar noch Unterstützung bei der angeblichen Interessenvertretung. Das Streikrecht wird verweigert. (-> **Streik**)

Dementsprechend besteht ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Führung der Wirtschaft nicht. Nach § 4 des **Gesetzes der -\* Arbeit** soll sie durch die «demokratischen staatlichen Organe» verwirklicht werden, also praktisch durch den Arbeitgeber selbst. In einem System ohne echte Interessenvertretung der Arbeitnehmer hat ein autonomes kollektives Arbeitsrecht keinen Platz. Das nach **1945** auch in der SBZ aufgebaute Tarifvertragssystem hat für den Bereich der volkseigenen Wirtschaft nahezu aufgehört zu bestehen. An seine Stelle sind Gesetze und Verordnungen getreten. Gesetzlich geregelt sind: das Urlaubsrecht (-► **Urlaub**), das -► **Kündigungsrecht**, also nicht nur der Kündigungsschutz, die -> **arbeitsrechtlichen Mantelbestimmungen**, für die volkseigene Industrie ferner die Lohnsätze sowie die Bestimmungen zur Festsetzung der technisch begründeten Arbeitsnormen (-► **TAN**). In manchen Zweigen der volkseigenen Wirtschaft (z. **B.** im -> **Handel**) sowie in der Verwaltung bestehen Tarifabkommen, die zwischen dem FDGB und den staatlichen Verwaltungen abgeschlossen sind. In den volkseigenen Betrieben werden alljährlich -► **Betriebskollektivverträge** (BKV) abgeschlossen. Sie haben keine arbeitsrechtliche Bedeutung, sondern enthalten vor allem Verpflichtungen von Werkleitung und BGL zur Erhöhung der Produktion. Sie werden für ein wichtiges Mittel der A. gehalten. Indessen haben sie wegen der Interessenslosigkeit der Arbeiter nicht den von den Funktionären gewünschten Erfolg.

Der Erhöhung der Produktion dienen: a) die Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte, b) ihr zweckmässiger Einsatz und c) vor allem die Erhöhung der **Arbeitsproduktivität**.



a) Zur Vermehrung der Arbeitskräfte sollen alle -> **Arbeitskraftreserven** erschlossen werden. Zu ihnen zählen vor allem die Frauen, weshalb die Zahl der arbeitenden Frauen ungewöhnlich hoch ist (-\* **Frauenarbeit**). Die Leistungen aus der Sozialversicherung (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**, -> **Renten**) und die -> **Sozialfürsorge** sind so geregelt, dass nur erwerbsunfähige Witwen und Invaliden Renten erhalten, damit alle anderen gezwungen sind, Arbeit aufzunehmen. Arbeitslose erhalten entweder gar keine oder nur sehr ungenügende Unterstützung (-> **Arbeitslosenversicherung**). Indessen sind die Reserven an Arbeitskräften **jetzt** wegen des Heranwachsens der geburtenschwachen Jahrgänge und der Überalterung der Bevölkerung sowie der andauernden Fluchtbewegung in die Bundesrepublik erschöpft, so dass mit einer Vermehrung nicht mehr zu rechnen ist.

b) Um so grössere Bedeutung bekommt die planmässige Lenkung der Arbeitskräfte (-> **Arbeitskräftelenkung**). Vor allem der Lenkung des Berufsnachwuchses wird grosse Bedeutung zugemessen (-> **Berufslenkung**). Die kurzen Kündigungsfristen (nur 14 Tage) dienen dem Ziele, kurzfristig Entlassene an andere Arbeitsplätze vermitteln zu können. Indessen fehlt für eine wirklich straffe Arbeitskräftelenkung zur Zeit die gesetzliche Grundlage, die zu schaffen deswegen erwogen wird. (-> **Arbeitskräfteproblem**)

c) Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird als das beste Mittel zur Erhöhung der Produktion angesehen, weil sie diese ohne Vermehrung der Arbeitskräfte ermöglicht und gleichzeitig die Gestehekosten sich nicht erhöhen, sondern sogar vermindert werden. Der Erhöhung der Arbeitsproduktivität gelten daher alle Anstrengungen der A. Ihr hat vor allem das -> **Lohnsystem** zu dienen. Unter Ausnutzung des Strebens von Menschen, möglichst viel zu verdienen (-> **materielle Interessiertheit**), wird der Lohn von der Leistung abhängig gemacht (-> **Leistungslohn**, -> **Stücklohn**, -> **Prämienzeitlohn**, -> **Prämienstücklohn**, -> **Objektlohn**). Die Löhne werden ergänzt durch Prämien für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne und besondere Leistungen (-> **Prämienwesen**). Bei Bezahlung im Stücklohn soll die Erhöhung der -> **Arbeitsnormen** zu grösseren Leistungen zwingen, da nach Erhöhung der Arbeitsnormen nur die Wahl zwischen geringerem Lohn oder Mehrleistung bleibt. Aufgabe von -> **Aktivisten** und -> **Neuerern** ist es, die Normen in die Höhe zu treiben. Ihre Leistungen werden für die anderen Arbeitnehmer als vorbildlich hingestellt. Eine grosse, erst in den letzten Jahren etwas verkleinerte Differenzierung der Löhne, sowohl zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen als auch innerhalb der Wirtschaftszweige zwischen den einzelnen Lohngruppen (-> **Wirtschaftszweiglohngruppenkatalog**, -\* **Lohngruppe**), soll ebenfalls einen Anreiz zu höheren und besseren Leistungen geben. Sie führt zur Favorisierung einzelner Gruppen. Bessere und höhere Leistungen sollen auch durch die -> **Qualifizierung** der Arbeitskräfte erreicht werden. Auch die menschliche Eitelkeit wird in den Dienst der A. gestellt. Durch **Auszeichnungen** werden diejenigen belohnt, die sich durch besondere Leistungen hervorgetan haben. Mit dem **sozialistischen** -> **Wettbewerb** wird die Neigung von Menschen, ihre Kräfte und ihr Können zu messen, in den Dienst der A. gestellt. Eine scharfe -> **Arbeitsdisziplin** soll dafür sorgen, dass die Ziele der A. erreicht werden. Die wichtigste Aufgabe von -> **Meistern** und -> **Brigadieren** ist, ihre Kollegen zu hohen Leistungen anzutreiben. Durch die -> **Produktionspropaganda** sollen die Arbeiter beeinflusst werden, ihre Arbeitskraft restlos in den Dienst des Regimes zu stellen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet in der Regel eine Erhöhung der Arbeits-

intensität, besonders weil die Möglichkeiten, moderne Ausrüstungen und eine bessere sstrieborganisation zu schaffen, im allgemeinen nur gering sind und im Kampfe gegen Stillstands- und -> Wartezeiten (\* **Seifert-Methode**) stets die Gefahr besteht, dass auch arbeitsphysiologisch notwendige Ruhepausen beseitigt werden. Die A. geht darauf aus, die körperlichen und geistigen Kräfte der schaffenden Menschen immer mehr zu beanspruchen. Die Arbeitszeitverkürzung um 3 Stunden in der Woche (-> **Arbeitszeit**) ist nur eine ungenügende Kompensation.

Die Löhne zeigen im Durchschnitt einen Trend nach oben. Das Verhältnis zwischen dem Ansteigen der Arbeitsproduktivität und dem Anwachsen der Löhne ist nach offiziellen sowjetzonalen Angaben seit 1953 insofern ungünstig geworden, als die Löhne oft schneller anwachsen als die Arbeitsproduktivität. Wiederholte Versuche, das Verhältnis umzukehren, waren nur wenig erfolgreich, weil die Arbeiter der Erhöhung der Arbeitsnormen erheblichen Widerstand entgegengesetzten und die Funktionäre dem desto mehr Rechnung trugen, je näher sie dem Betrieb standen. Anwachsen der Arbeitsproduktivität und Steigen der Durchschnittslöhne halten sich zur Zeit etwa die Waage. So verlangt die A. erhebliche Opfer von den Arbeitern, ohne dass dadurch die permanenten Schwierigkeiten der sowjetzonalen Wirtschaft behoben werden können.

[417, 418, 424, 425, 434, 520, 703]

zwischen diesen und den -> **BGL** «vereinbart» wurden. Die A. zählen die Pflichten des Werktätigen auf. Er soll seine Fähigkeiten und Kenntnisse voll zur Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben einsetzen, das sozialistische Eigentum schützen und wahren, die ihm obliegenden Arbeiten gewissenhaft und sorgfältig ausführen, die Arbeitszeit einhalten und sie voll und rationell ausnutzen (-> **Wartezeiten**), Betriebsstörungen und **Ausschuss in der Produktion** vermeiden, die Arbeitsschutzvorschriften (\* **Arbeitsschutz**) einhalten, die Anweisungen und Anordnungen der Funktionäre befolgen und sich im Betrieb politisch tmd moralisch (**sozialistische -> Moral**) einwandfrei und kameradschaftlich verhalten. Verstöße gegen die A. werden mit -\* **Disziplinarmaßnahmen** geahndet, die erzieherisch wirken sollen. (-> **gesellschaftliche Erziehung**, -> **Konfliktkommission**)

**ARBEITSPOLITIK:** s. Seite 31.

**ARBEITSPRODUKTIVITÄT:** Die A.

(Marx verwandte den Ausdruck «Produktivkraft der Arbeit») ist «der Wirkungsgrad zweckmässiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum» (Karl -> **Marx**, «Das Kapital», Bd. I, 4. Aufl., Ost-Berlin, S. 51). Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die A. als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der -> **Arbeitspolitik** die Steigerung der A., da nur so die Werte geschaffen werden könnten, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität

notwendig seien. Die Mittel zur Steigerung der A. sind vor allem die -> **Aktivistenbewegung**, die **Wettbewerbsbewegung**, die -> **Leistungslohne**, die Einführung und ständige Erhöhung der **TAN**, die weitgehende Differenzierung der Löhne (> **Lohnsystem**) und die -> **Qualifizierung** der Arbeitskräfte. Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der A. zu einer dauernden -\* **Ausbeutung** der Arbeiterschaft, über die Messung der A. herrschen in der SBZ Unklarheit und Meinungsverschiedenheiten. Meist wird die Kopfleistung bezogen auf die Bruttoproduktion gemessen. [418]

**ARBEITSRECHT:** Das A. hat in erster Linie nicht ordnenden, bewahrenen oder schützenden Charakter, sondern dient dazu, die sozialistischen Arbeitsverhältnisse weiterzuentwickeln. Sein wichtigster Zweck ist, die Erfüllung der wirtschaftspolitischen Ziele sicherzustellen. Der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel ist gleichzeitig Arbeitgeber und Gesetzgeber. Ihm steht keine Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber, da der -> **FDGB** keine echte Gewerkschaft, sondern nur ausführendes Organ der -> **SED** ist. Deshalb finden die individuellen Belange der Arbeitnehmer nur unvollkommene Berücksichtigung. (-> **Arbeitspolitik**, -> **Ausbeutung**)

**ARBEITSRECHTLICHE MANTELBESTIMMUNGEN:** Die Arbeitsbedingungen, die in der Bundesrepublik Gegenstand tarifvertrag-

licher Vereinbarungen sind, sind in der SBZ durch Gesetz oder Verordnung geregelt (-> **Kündigungsrecht**, -> **Urlaub**). Durch die VO über die Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20. 5. 1952 (GBl. S. 384) sind ferner geregelt: 1. Die äussere Ordnung der Lohnzahlungen (Zahlung im Betrieb und innerhalb der Arbeitszeit, Zahltag, Berechnung auf Lohnzetteln, Führung von Lohnbüchern usw.). 2. Bezahlung von **Überstunden**. 3. Entlohnung an gesetzlichen Feiertagen. 4. Zuschläge für Arbeit an Sonntagen (50 v. H., wenn Sonntagsarbeit nicht regelmässig ist), für Nachtarbeit (10 v. H. für planmässige, 50 v. H. für nicht planmässige Nachtarbeit), für schwere, gefährliche oder gesundheitsschädigende **Arbeiten** (-> **Erschwerungszuschläge**). 5. Bezahlung bei Betriebsstörungen (Verpflichtung, jede zumutbare Arbeit zu übernehmen, 90 v. H. des Zeitlohnes, wenn keine Arbeit zugewiesen wird). 6. Entlohnung bei Arbeiten in verschiedenen Gehalts- und -> **Lohngruppen**. 7. Entlohnung bei -> **Ausschuss in der Produktion**. 8. Bezahlung bei Betriebsunfällen, bei Krankheit und Quarantäne (-> **Lohnausgleich**). 9. Entlohnung bei Wahrnehmung «staatspolitischer Funktionen» während der Arbeitszeit (Zahlung des Durchschnittslohnes). 10. Freizeit zur Wahrnehmung persönlicher Interessen. 11.

-> **Hausarbeitstag für Frauen**. [418]

#### ARBEITSSANITÄTSINSPEKTION:

1953 durch VO geschaffen, aber erst 1956, nach schwerem Kompetenzkonflikt zwischen den Regierungsressorts, bei dem Rat jedes -> **Bezirk** gebildet, unterstehen die A. bisher noch dem Gesundheitsministerium unmittelbar. Künftig sollen sie in die Bezirks-Hygiene-Institute als Abteilungen eingegliedert werden. Aufgabe ist die Überwachung der arbeitshygienischen Verhältnisse in den Betrieben (von Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft) und des Gesundheitszustandes der Beschäftigten (-> **Reihenuntersuchungen**) sowie Anleitung zur Bekämpfung der Gesundheitsgefahren und zur medizinischen Vorbeugung, besonders bei den mit körperlich schweren und mit gesundheitsgefährdenden Arbeiten Beschäftigten. Die praktische Durchführung liegt beim **Betriebsgesundheitswesen**. Gegenüber den Aufgaben der herkömmlichen Gewerbeärzte sind die Funktionen der A. also stark erweitert. Doch kommt auch der A. eine eigentliche Exekutive nicht zu. (-> **Gesundheitswesen**, -> **Hygiene-Inspektion**)

**ARBEITSSCHUTZ:** Die VO zum Schutze der Arbeitskraft vom 5. 10. 1951 (GBl. S. 957) mit Durchführungsbestimmungen, zahlreiche Arbeits-

Schutzbestimmungen sowohl allgemeiner als auch spezieller Art sowie verschiedene Richtlinien über die Organisation der Sicherheit in den Betrieben bilden an sich eine ausreichende gesetzliche Grundlage für den A., wenn man vom Schutz für Frauen und Jugendliche abieht. Der ständige Druck zur Erhöhung der -> **Arbeitsproduktivität**, insbesondere aber die -> **Aktivisten-** und -> **Wettbewerbsbewegung**, haben sehr häufig zur Folge, dass die gesetzlichen Bestimmungen verletzt werden. Dazu kommt der Mangel an Material, der verhindert, dass A.-Einrichtungen geschaffen werden, und der die Versorgung mit A.-Kleidung gefährdet. (^> **Arbeitspolitik**)

**ARBEITSSCHUTZ, BEVOLLMÄCHTIGTER FÜR:** Der BfA. wird von der -> **Gewerkschaftsgruppe** gewählt. Nach den Richtlinien des -> **FDGB** hat er die Durchführung aller gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des -> **Arbeitsrechtes** durch den -> **Meister** und die -> **Brigadiere** zu kontrollieren und die Kollegen der Gewerkschaftsgruppe zur Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen anzuhalten.

**ARBEITSSCHUTZOBMANN:** Bevollmächtigter für -> **Arbeitsschutz**.

#### ARBEITSSCHUTZVEREINBARUNG:

Die A. wird zwischen Werkleitung und -> **BGL** als Anlage zum **Betriebskollektivvertrag** abgeschlossen. Sie fasst die Massnahmen im Betriebe zusammen, die im Planjahr für den -> **Arbeitsschutz** getroffen werden sollen, über ihre Verletzung wird häufig geklagt.

**ARBEITSSSTIL, OPERATIVER:** Im Pj. der von den Bolschewisten, angestrebte, dem -> **Bürokratismus** entgegengesetzte Stil der Leitung und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Organe der Partei und des Staatsapparats. Wesentliche Kriterien: enge Verbindung der leitenden Funktionäre mit der Praxis, in der sie möglichst die Hälfte ihrer Arbeitszeit verbringen sollen; Erstellung modellhafter Beispiele zur Lösung von Schwierigkeiten; Ankurbelung des «Erfahrungsaustausches» zwischen gleich oder ähnlich gelagerten Betrieben durch die parteiischen und staatlichen Leitungsorgane, damit brauchbare, in der Praxis gewonnene Verfahren schnell Allgemeingut der Volkswirtschaft werden; Orientierung an dem Grundsatz, dass leitende Tätigkeit in erster Linie nicht «Verwaltung von Sachen», sondern «Arbeit mit Menschen» ist. Der OA. soll den Gefahren entgegenwirken, die mit dem bolschewistischen System der totalen Planwirtschaft infolge des Fehlens der freien Konkurrenz und des freien Marktes gegeben sind. (-> **Wirtschaftssystem**, -> **Arbeitspolitik**)

**ARBEITSSTUDIE:** Zur Ermittlung der -> **TAN** sind von den Normenbearbeitern in kollektiver Arbeit mit den -> **Brigadieren**, den -> **Aktivisten** und anderen Arbeitern unter Mitwirkung von Ingenieuren A. durchzuführen. Jeder Arbeits-?iang ist dabei aufzugliedern, und ür jeden einzelnen Teil ist die verwendete Zeit durch Messung festzustellen (-> **Zeitnormativ**). Die A. sollen Fehler und Mängel der Arbeitsorganisation und der Materialversorgung aufdecken, den Zustand der Ausrüstung des Arbeitsplatzes und seine Ausnutzung sowie die Ausnutzung des Arbeitstages überprüfen und festgestellte Fehler und Mängel beseitigen (§ 5 der Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 20. 5. 1952, GBl. S. 40). (-> **Arbeitspolitik**)

**ARBEITSVERPFLICHTUNG:** Individuelle A. konnten durch die -\* **Arbeitsämter**, später die **Abteilungen für -> Arbeit und Berufsausbildung** bis 30. 9. 1954 vorgenommen werden. Seitdem sind individuelle A. nicht mehr möglich, wohl aber noch die -> **Arbeitskräftelenkung**. [418]

**ARBEITSZEIT:** Nach § 40 des **Gesetzes der -> Arbeit** betrug die A. 8 Stunden täglich, für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 7<sup>2</sup> und für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 7 Stunden täglich. Durch Gesetz vom 19. 1. 1957 (GBl. I, S. 73) wurde, beginnend mit dem 1. 3. 1957, in der volkseigenen und ihr gleichgestellten Industrie sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (also nicht in der Verwaltung, im Handel und in der Landwirtschaft) die A. auf 45 Stunden wöchentlich durch Verringerung der täglichen A. um V2 Stunde verkürzt. Ein freier Sonnabend wird nicht gewährt, so dass die A.-Verkürzung von der Arbeiterschaft nicht als Vorteil empfunden wird. Sie kann die starke Arbeitsintensität, zu der die Arbeiter infolge des -> Lohnsystems gezwungen sind, nicht kompensieren. **Überstunden** müssen von der Gewerkschaft genehmigt werden, mehr als 120 Überstunden im Jahr dürfen an sich nicht geleistet werden. Diese Bestimmung wird jedoch vielfach missachtet, da wegen der ungleichmässigen Belieferung mit Material insbesondere an Quartalsenden mehr gearbeitet werden muss, um das Produktionssoll zu erfüllen. Die A.-Verkürzung wird ferner sehr oft dadurch aufgehoben, dass die -> **Produktionsberatungen** ausserhalb der A. stattfinden und «freiwillige» Sonderschichten für das -\* **Nationale Aufbauwerk** zu leisten sind. [418]

**ARCHITEKTUR:** Da die A. mehr als andere bildende Künste berufen erscheint, die «gesellschaftliche» Entwicklung zugleich zu beeinflussen und zu repräsentieren, nahm sich die -> **Kunstpolitik** der SBZ nach einer kurzen Periode der Unsicherheit ihrer mit besonderem Eifer an und drückte ihr bald den Stempel der herrschenden Kunst- richtung auf (Sozialistischer -> **Realismus**). - Die **Deutsche -\* Bauakademie** als Organ der Kunstpolitik des Regimes diktierte einen Baustil, der in der Nachfolge Hitlers pseudo-klassizistische Elemente in bombastischer Fülle aufwies. Der Fassade wurde überall der Vorrang vor dem Grundriss gegeben; die Auflösung der Städte in Eigenheimsiedlungen wurde als «Isolierung der Menschen und ein Hindernis für die Entwicklung» (Ulbricht) abgelehnt; neuerdings wird der «sozialistische Wohnkomplex», das sowjetische «Quartal», als Ausdruck der «Parteilichkeit in der A.» herausgestellt (**bolschewistische -\* Parteilichkeit**); lange Zeit waren Prunkstrassen, wie die Ost-Berliner -\* **Stalinallee**, sog. Kulturhäuser und andere Bauten «gesellschaftlichen» Charakters mit grossem Aufwand gefördert worden, während die eigentlichen städte- und vor allem wohnungsbaulichen Aufgaben aus Mangel an Mitteln und Baustoffen und infolge des sterilen -\* **Bürokratismus** des Projektierungsapparates brachlagen (-> **Wohnungsbau, -> Wohnungswirtschaft**).

Nachdem 1955 -> **Chruschtschow** die Baupolitik der SU scharf kritisiert und ihr Einfachheit, Strenge der Formen und Sparsamkeit als neue Grundsätze anempfohlen hatte, forderte die Deutsche Bauakademie für die SBZ zwar auch Berücksichtigung der Funktion des Bauwerkes, betonte aber, dass das deutsche Bauwesen in der Pflege des klassischen Kulturerbes hinter dem sowjetischen zurückstehe und sich den neuen Richtlinien der SU daher noch nicht in vollem Umfange anschliessen könne. In der Formgebung herrscht daher auch heute noch ein Stil-Eklektizismus, der seine Anleihen vo/ allem in der SU und in der spätwilhelminischen Ära macht; von einem revolutionären Zeitstil ist weit und breit nichts zu sehen und für avantgardistische Einzelleistungen kein Raum. Die bautheoretischen Erörterungen um die nicht vorhandene «sozialistische A.» verschleiern schlecht das Bemühen der Architekten, die eigentlich zeitgemässen Elemente westlichen Bauens zu rezipieren und dies irgendwie mit der Ideologie in Einklang zu bringen.

Dem Wohnungsbau wird neuerdings grössere Beachtung geschenkt, und der Hemmnisse, die einer wesent-

lichen Steigerung entgegenstehen, will man durch neue Bauweisen, vor allem durch Einführung des industriellen Bauens (Ulbricht auf der III. Baukonferenz der SED, Mai 1959), Herr zu werden suchen. - Alle grösseren Bauaufgaben, unter denen militärische und schwerindustrielle Objekte nach wie vor den Vorrang haben, werden von den staatlichen Projektierungsbüros bearbeitet, die die grosse Masse der freien Architekten an sich gezogen haben. Mit den privaten Bauherren sind auch die Existenzmöglichkeiten eines selbständigen Architektenstandes dahingeschwunden. (-> **Bildende Kunst, Funktionalismus, Konstruktivismus**)

[503, 762]

**ARCHIVE:** -> Staatsarchiv.

**ARDENNE, MANFRED VON:** \* 20. 1. 1907. Arbeitete in den zwanziger Jahren auf dem Gebiet der Rundfunk- und Fernsehtechnik, später auf dem Gebiet der Elektronen- und Ionenphysik tätig. 1945 bis 1955 als Atomphysiker in der SU. Seit 1955 Leiter des «Manfred-von-Ardenne-Forschungsinstituts» in Dresden, Professor für elektrotechnische Sonderprobleme der Kerntechnik an der TH Dresden. Mitglied der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin und des Wissenschaftlichen Rates für friedliche Anwendung der -> **Atomenergie** beim -> **Ministerrat** der «DDR». 1953 Stalin-Preis.

**ARMENRECHT:** Die Gerichte dürfen Flüchtlingen das A. für die Durchführung von -> **Zivilprozessen** nicht gewähren, weil «die Werktätigen nicht bereit sind, die in der Republikflucht sekundete offene Feindseligkeit gegenüberden für Frieden und Wohlstand kämpfenden Bürgern der DDR noch dadurch zu be-uhnen,dass sie die für einen Prozess erforderlichen Mittel bewilligen».

**ARZNEIMITTEL-VERSORGUNG:** Überführung der grossen chemischen Werke in -> **SAG** und Demontage der wenigen vorhandenen Fabriken haben die AV. nach Aufbrauch der Wehrmachtsbestände in einen katastrophenhaften Notstand geraten lassen. Erst um 1950 begann ein planmässiger Aufbau eigener Produktion. Mangel an qualifizierten Fachkräften und Fehlen ausreichender Erfahrungen bei den (gegenüber privater Initiative stark begünstigten) -> **VEB** haben schwere Gesundheitsschäden verursacht. Die Schwerfälligkeit der zentralen Kommandowirtschaft musste sich auf dem subtilen Gebiet der AV. besonders ungünstig auswirken. Verstaatlichung und Zentralisation des Grosshandels [seit 1952 -> **DHZ** Pharmazie und Krankenhausbedarf] haben durch unzulängliche Markt- und Bedarfsanalyse schwere Fehlplanungen be-

wirkt und bewirken sie noch immer. Das führte zwar zu dem Auftrag an die -> **WB Pharmazeutische Industrie**, ein wissenschaftlich-technisches Zentrum zur Koordinierung der Forschung und zur Standardisierung der Präparate einzurichten. Aber selbst bei den wichtigsten Arzneimitteln konnten die Mängel und Gefahren nur langsam und bisher unvollständig überwunden werden. Die Produktion ist auch jetzt noch, vor allem infolge unregelmässiger Rohstoffversorgung, lückenhaft; trotz bedenkenloser Imitation westdeutscher Präparate ist die AV. für viele Spezialgebiete auf Import angewiesen und daher ungleichmässig. Andererseits werden Arzneimittel jetzt in einem recht erheblichen Ausmass exportiert.

Auf Grund des (aus einem Entwurf der Reichsregierung entwickelten) 1948 länderweise erlassenen Arzneimittel-Gesetzes ist der Verkehr mit Arzneimitteln auch ausserhalb der -> **Apotheken** genau geregelt und auf dem Lande praktisch den -> **Konsumgenossenschaften** vorbehalten. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**ARZT DES VOLKES, VERDIENTER:** Ehrentitel für Ärzte und Zahnärzte. Voraussetzung ist «neben hervorragender ärztlicher Tätigkeit die aktive Teilnahme an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben des Volkes». Hieraus wird deutlich, dass bei der Verleihung politische Erwägungen eine erhebliche Rolle spielen. Zum Ehrentitel gehören eine Medaille, eine Urkunde und eine Prämie bis zu 8'000 DM Ost.

**ARZT, PRAKTISCHER:** Die Spezialisierung der -> **Ärzte** in zahlreiche Sparten von -> **Fachärzten**, seit 1951 nach dem Modell der SU vorangetrieben, liess für den PA. keinen Raum. Die in der Ausbildung befindlichen Ärzte, naturgemäss von den tarifgebundenen Verdienstaussichten bestimmt, fügten sich in die Spezialisierung. Nach langen parteiinternen Auseinandersetzungen wurde 1958 die Zweckmässigkeit eines PA. bejaht, «ausgehend von den Bedürfnissen der medizinischen Betreuung der Bevölkerung, aufbauend auf guten Traditionen und in Auswertung der Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer» (Perspektivplan, S. 41). Das Konzept des -> **Gesundheitswesens** setzt für das Grundgefüge der ambulanten Behandlung, also -> **Staatliche Praxen**, -> **Ambulatorien** und -> **Betriebsgesundheitswesen**, voraus, dass ein beträchtlicher Teil der Ärzte als PA. tätig bleibt. Allerdings macht ein festes «Berufsbild mit dreijähriger Ausbildungsdauer» (nach Erlangung der Approbation) auch den PA. zu einer besonderen Art von Spezialisten innerhalb des Gesundheitswesens.

**ÄRZTE:** Niederlassung von Ä. in freier Praxis wurde **1949** auf seltene Ausnahmefälle beschränkt. Man versuchte, den Ä. durch finanzielle Zugeständnisse, besondere Alterssicherung und mancherlei Privilegien haupt- und «nebenberufliche» Tätigkeit in **-> Polikliniken und -> Ambulatorien** schmackhaft zu machen. Anfang **1960** waren von rd. 10'000 Ä. noch rd. 2100 in eigener Praxis niedergelassen, davon etwa die Hälfte über 65 Jahre alt, fast alle daneben an Staatlichen Einrichtungen, vor allem im **-> Betriebsgesundheitswesen**, tätig. Der Anteil der freien Praxen an den Behandlungsfällen betrug aber noch **1958** mehr als 50 v. H., mit der Folge höchster Anspannung der Arbeitskraft der Ä. Schwinden der beruflichen Unabhängigkeit, Schwierigkeiten in der Erziehung der eigenen Kinder, aber auch das relativ grosse Aufnahmevermögen der BRD führten trotz guten Einnahmeverhältnissen zu zunehmender Abwanderung von Ä. besonders seit **1957** und damit Ende **1958** zu krisenhaften Schwierigkeiten in der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, vor allem in ländlichen Gebieten. Seit **1950** ist die Zahl der Zulassungen zum Medizinstudium schrittweise von 500 auf (T959) 2500 jährlich erhöht worden, unter Schaffung neuer klinischer Ausbildungsstätten (**-> Medizinische Akademien**) und zusätzlicher Entsendung zum vor-klinischen Studium in andere Satellitenländer. Aber die Zahl der Neuapprobationen betrug, infolge des Ausscheidens Ungeeigneter und der Abgänge in die BRD, im Jahre **1959** nur 1300. Der durch Ausweitung der Aufgaben steigende Bedarf an Ä. konnte bei weitem nicht gedeckt werden. Nur in den Krankenhäusern trat zeitweilig eine Entspannung ein. Die Tätigkeit in der ambulanten Behandlung wurde von den jungen Ä. gemieden. Auch die Heranziehung von Ä. aus der CSR, Ungarn und Bulgarien brachte keine wesentliche Entlastung. Im November **1958** entschloss sich das **-> ZK**, die Linie der ausschliesslichen Zentralisation ambulanter ärztlicher Behandlung in **-> Polikliniken** und **-> Ambulatorien**, die dem Modell der SU entsprach, preiszugeben und, ähnlich der CSR, die Tätigkeit der Ä. in den seit **1956** erprobten **-> Staatlichen Praxen** (besonders auf dem Lande) stark aufzulockern. Damit kann auch den niedergelassenen Ä. eine vergleichsweise selbständige Tätigkeit belassen und statt der Festanstellung mit Tarifgehältern die Vergütung nach der Zahl der Krankenscheine bestehenbleiben. Die Tätigkeit der Ä. soll sich künftig in einem System festabgegrenzter «Versorgungsbereiche» vollziehen

(**-> Bereichsarztssystem**), die ambulante Behandlung in Staffellung von Staatlichen Praxen über **-> Ambulatorien** zu übergeordneten **-> Polikliniken**, unter der zentralen Steuerung und Überwachung durch zentrale Bezirkspoliklinik und **-> Betriebspoliklinik. (-> Gesundheitswesen)** [440]

**ÄRZTEBERATUNGSKOMMISSION:** Bereits **1949**, mit der Neuregelung der **-> Arbeitsbefreiung**, wurde die Kontrolle der Arbeitsunfähigkeit im Krankheitsfalle Ä. (an Stelle der herkömmlichen Vertrauensärzte) übertragen. Der Versuch, diese Kontrollen mit «kollektiver» Beratung der behandelnden Ärzte zu verbinden, ist trotz mehrerer Ansätze, zuletzt **1958**, unverwirklicht geblieben. Überlastung der **-> Ärzte** einerseits, ihre passive Resistenz andererseits haben das Kontrollsystem vorerst zum Erliegen gebracht. Praktisch wird die Kontrolle der «Arbeitsbefreiung» wieder von einzelnen Ärzten allein ausgeführt, wie auch die «Gutachterkommissionen» für Renten der Sozialversicherung tatsächlich aus einzeln arbeitenden Ärzten bestehen. (**-> Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**)

**ARZTHELFER:** Zunehmender Mangel an **-> Ärzten** gab **1951** Gelegenheit, zu ihrer Entlastung nach sowjetischem Muster («Feldscher»! Ä. mit Fachschulausbildung des Mittleren **-> Medizinischen Personals** einzuführen. Zunächst wurden sie aus Krankenpflegepersonal ausgewählt und in einjährigen Lehrgängen zusätzlich ausgebildet. Sie sollen in **-> Polikliniken**, im **-> Betriebsgesundheitswesen** und vor allem in ländlichen Gebieten Untersuchungen für Vorbeugung und in Krankheitsfällen vornehmen und die von Ärzten eingeleitete Behandlung weiterführen, dürfen dabei auch starkwirkende Arzneimittel verordnen und seit **1957** auch **-> Arbeitsbefreiung** aussprechen. Der Perspektivplan für das **-> Gesundheitswesen** zielt nunmehr auf ihre «Qualifizierung als Mitarbeiter des Arztes für die prophylaktische Tätigkeit im Betriebsgesundheitswesen, der Arbeitshygiene und der Anästhesiologie». Die Entwicklung ist auf starken Widerstand bei den Ärzten gestossen. **1959** wurden keine neuen Ä. zugelassen.

**ASPIRANTUR, WISSENSCHAFTLICHE:** Bezeichnung für die organisierte Forderung des «wissenschaftlichen Nachwuchses» zur Überwindung des Mangels an Hochschuldozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern von Forschungsinstituten. Die WA. ist schon **1947** eingerichtet worden, erhielt jedoch erst nach der **1951** einsetzenden Hochschulreform (**-> Hochschulen**) einen

festen institutionellen Rahmen. Die auf Grund einer eingehenden Überprüfung zur WA. zugelassenen Absolventen der verschiedenen Hochschulen bereiten sich nach individuellen Plänen auf die Promotion oder – nach der Promotion – auf die Habilitation vor. Planmässige Aspiranten sind von jeder weiteren Arbeit freigestellt und erhalten ein relativ hohes Stipendium und weitere materielle Zuwendungen. Ausserplanmässige Aspiranten bereiten sich neben ihrer Berufstätigkeit auf die Promotion bzw. Habilitation vor. Neben seinem Spezialgebiet hat der Aspirant den → **Marxismus-Leninismus** zu studieren und seine fremdsprachlichen Kenntnisse (Russisch ist Pflichtfach) zu verbessern. Die Leitung der WA. obliegt dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, an der Universität dem Prorektor für «Wissenschaftlichen Nachwuchs» (vorher «für die WA.\*»). Er kontrolliert auch die Vorbereitung der Assistenten und Oberassistenten, die ebenfalls als wissenschaftlicher Nachwuchs behandelt werden, auf die Promotion und Habilitation. Zahl der WA. 1957: 1285, der Assistenten und Oberassistenten 6199. [505]

**ATHEISMUS:** Nach der kommun. Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten. «Religion ist Opium für das Volk. Religion ist eine Art von geistigem Getränk, in dem die Sklaven des Kapitals ihre menschliche Gestalt und ihren Anspruch auf ein würdiges menschliches Leben ertränken.» Dieser Ausspruch von **Karl Marx** (Kritik der Hegel- sehen Rechtsphilosophie) ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten. Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe. An Stelle einer «religiösen Vorstellung» setzt der Kommunismus jedoch ein pseudo-religiöses Glaubenssystem, ein kommun. Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, \* **Engels**, → **Lenin** und → **Stalin** sind und dessen «Kirche» der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteiausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam. Auch wenn sich bestimmte Perioden der «Duldsamkeit» gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.

Der kommun. A. hat seine Wurzeln in der philosophischen Auffassung des → **Dialektischen** und → **Historischen Materialismus** und fand seine erste taktische Anwendung durch Lenin und Stalin in der SU.

Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer «Verstaatlichung» der religiösen Körperschaften. Während in den südlichen Satellitenstaaten die Eingliederung in den kommun. Plan keine grossen Schwierigkeiten bereite, sind die Probleme in den Ländern grösser, die in einer engen religiösen Verbindung mit dem Westen stehen.

In der SBZ ist das zahlenmässige Verhältnis der Zugehörigkeit der Bevölkerung zur evangelischen oder katholischen Kirche etwa 6:1. Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmässig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Kirchlicher Besitz wird enteignet. Die Schule steht unter parteilicher Kontrolle. Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der «DDR» mit dem Ziel, die Gemeindeglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.

Dass im kommun. Plan eine Auslöschung beider grossen Kirchen enthalten ist, zeigen u. a. die Gewaltakte gegen die **Zeugen -> Jehovas** im Jahre 1951. In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und der politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.

1959 erschien erstmalig unter dem Titel «Vom Jenseits zum Diesseits» der I. Band eines «Wegweisers zum Atheismus» (243 S., Urania-Verlag, Leipzig/Jena), Herausgeber: Günter Heyden, Karl A. Mollnau und Horst Ullrich. Darin heisst es in dem Kapitel «Arbeiterpartei und Religion» eindeutig: «Die Partei er-

klärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat. Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache.“ Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchnaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: «Die Erkenntnis, dass die Lehren der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muss bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur Ablehnung der religiösen Anschauungen führen.» (→ **Kirchensteuer**, → **Kirchenpolitik**) [1, 24, 35, 48, 123, 607]

**ATOMENERGIE:** Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der A. begannen in der SBZ Ende 1955. Beim → **Ministerrat** wurde ein «Amt für Kernforschung und Kerntechnik» errichtet. Wissenschaftler und Ingenieure mit speziellen Erfahrungen eilten zunächst. In der neugegründeten Fakultät für Kerntechnik an der Technischen Hochschule Dresden, an den Universitäten Leipzig, Rostock, Jena und Ost-Berlin wurden Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen. Die **Kammer der Technik** gründete einen «Arbeitskreis Kernpraxis», der Kurse und Vorträge für interessierte Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte und Lehrer durchführt. Seit Anfang 1957 haben sozietonale Wissenschaftler eine zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit durch Teilnahme an der Arbeit im «Vereinigten Institut für Kernforschung» in Dubna (SU). Mit Unterstützung durch die SU wurde nach 1/2-jähriger Bauzeit in Rossendorf bei Dresden Mitte Dezember 1957 der erste Forschungsreaktor in Betrieb genommen. Das gleiche Institut erhielt 1958 ein Zyklotron mit 120 t Magnetgewicht. Das besondere Interesse der Sowjetzonenverwaltung gilt angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in der → Energieerzeugung der Ausnutzung der A. für die Erzeugung von Kraftstrom. Das ständige Zurückbleiben der Elektroenergieerzeugung hinter dem steigenden Bedarf der Industrie erfordert nach sozietonalen Angaben bereits im Jahre 1970 Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 3'000 Megawatt. (Vergleich: die Kapazität aller Kraftwerke der SBZ betrug 1958 6492 Megawatt Engpassleistung.)

Ende 1957 wurde nördlich von Berlin bei Neugloßen (Uckermark) der Bau eines ersten A.-Kraftwerkes mit einer Leistung von 70 Megawatt begonnen. Der Betrieb sollte nach den ursprünglichen Plänen bereits 1960 aufgenommen werden. Weitere 5 A.-Kraftwerke sind geplant.

Es ist bisher nicht gelungen, die Wirtschaftlichkeit solcher A.-Kraft-

werke nachzuweisen. Gleichwohl wird an der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung weitergearbeitet. Dabei sind, ausser dem weisunggebenden «Amt für Kernforschung», beteiligt: das Zentralinstitut für Kernphysik in Dresden (mit dem Forschungsreaktor in Rossendorf), die Fakultät für Kerntechnik der Techn. Hochschule Dresden mit verschiedenen Instituten und das wissenschaftlich-technische Büro für Reaktorbau in Berlin. [744]

**AUFBAU DES SOZIALISMUS:** In der bolschewistischen Theorie die Übergangsperiode nach dem revolutionären Sturz des Kapitalismus bis zum vollendeten System des Sozialismus, der dann die Überleitung zum Kommunismus ermöglichen soll. In der bolschewistischen Praxis nach 1945 in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in der SBZ trat jedoch an Stelle einer undurchführbaren echten, explosiven Revolution die von der SU gesteuerte allmähliche «Revolution von oben», in den Satellitenländern als «Schaffung der Grundlagen für den AdS.», unter den Bedingungen der SBZ zunächst als → **antifaschistisch-demokratische Ordnung** bezeichnet. In ihrer «letzten Etappe» sollte die bürgerliche Revolution schrittweise in eine proletarische Revolution umgewandelt werden. Dieses Stadium wurde ab 1950, insbesondere nach der II. Parteikonferenz der SED (1952), durch die Periode des «beschleunigten AdS.» abgelöst. Nach dem Zeitplan des ZK soll der AdS. mit dem Ende der Siebenjahrplan-Periode (1965) abgeschlossen sein. Der zwischen Januar und April 1960 erfolgten Zerschlagung des bauerlichen Privateigentums (→ **Zwangskollektivierung**) soll bis dahin die Vernichtung der Reste von privatem Handel, Einzelhandwerk und Privatindustrie folgen. Wenn in der Bundesrepublik nach den bolschewistischen Plänen zunächst nur eine bürgerliche Revolution durchgeführt werden soll, so muss diese dennoch nach bolschewistischem Denken zwangsläufig in den AdS. einmünden, so dass auch hier die Bolschewisierung am Ende stände. (→ **Volksdemokratie**, → **Arbeiter-und-Bauern-Macht**, → **Periodisierung**) [311, 319, 332]

**AUFBAUGESETZ:** Nach dem «Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und der Hauptstadt Deutschlands» vom 6. 9. 1950 (GBl. S. 965) kann die Regierung Städte, Kreise und Gemeinden oder Teile hiervon zu Aufbaugebieten erklären. Durch die Durchführungsverordnung vom 7. 6. 1951 (GBl. S. 552) ist das generell erfolgt für die zentralen Bezirke der Städte → Dresden, → Leipzig, → Chemnitz, → Magdeburg, → Dessau, → Rostock, Warnemünde und Nordhausen. Weitere Städte,



Kreise und Gemeinden sind seitdem zu Aufbaugebieten erklärt worden. Die im Aulooagebiet liegenden bebauten und unbebauten Grundstücke können für den Aufbau in Anspruch genommen werden. Mit der Inanspruchnahme gehen sie in -> **Volkeigentum** über. Gleichzeitig erlöschen die dinglichen Rechte sowie die Rechte aus Miet-, Pacht- und anderen Nutzungsverträgen. Ein Rechtsmittel gegen die Inanspruchnahme gibt es nicht. Das **1950** im A. angekündigte Entschädigungsgesetz ist erst am 25. 4. **1960** ergangen (GBl. I, S. 259). Die grundsätzlich in Geld zu leistende Entschädigung tritt für Gläubiger, deren dingliche Rechte erloschen sind, an die Stelle des in Anspruch genommenen Grundstücks. Soweit die Gläubiger aus dieser Entschädigung nicht befriedigt werden, haftet der frühere Eigentümer des Grundstücks mit seinem sonstigen Vermögen. Etwa 90 v. H. der in Anspruch genommenen Grundstücke sind Trümmergrundstücke, deren Eigentümer nur den Zeitwert, also nur einen Bruchteil des früheren Wertes des Grundstücks erhalten. Demgegenüber sind die alten Reichsmarkhypotheken im Verhältnis 1:1 in DM Ost umgewertet worden. Diese Belastungen übersteigen deshalb in der Regel weit die Entschädigungen. Praktisch erhält also nicht der Grundeigentümer, sondern der Hypothekengläubiger das Geld. Er kann sich ausserdem wegen des Restes der nicht durch die Entschädigung gedeckten Forderung an das sonstige Vermögen des Hypothekenschuldners halten. Der Nutzniesser dieser unbilligen Regelung ist der Staat, dem über 80 v. H. der Hypothekenforderungen zustehen. Der Staat kassiert nicht nur den grössten Teil der endlich festgesetzten Entschädigung für die von ihm enteigneten Grundstücke; er behält sich ausserdem wegen des nichtgetilgten Restes der Hypothekenforderungen, deren Gläubiger der Staat ebenfalls nur durch entschädigungslos -> **Enteignung** der früheren Kreditinstitute geworden ist, den Zugriff auf das sonstige Vermögen des früheren Grundstückseigentümers vor. Diese Restforderung des Staates kann allerdings erlassen werden.

In den anderen Fällen, in denen die Entschädigung nicht dem Hypothekengläubiger, also in der Hauptsache dem Staat, zufliesst, erhalten die enteigneten Grundstückseigentümer das Geld nicht etwa sofort. Für die Entschädigungsansprüche werden durch die für den Rat des Kreises zuständige Schuldbuchstelle Einzelschuldbuchforderungen und für Ansprüche bis zu 10'000 DM, die Bewohnern der SBZ zustehen, Sparguthaben begründet. Über die

. Schuldbuchforderungen und Sparguthaben können die Berechtigten ab **1960** jährlich bis zu 3'000 DM verfügen. Handelt es sich um Guthaben aus einer Entschädigung für ein Trümmergrundstück, sind diese Verfügungen erst ab 2. 5. **1965** möglich. Soweit die verfügbar werdenden Beträge Bewohnern West-Berlins oder der Bundesrepublik oder Ausländern zustehen, gelten die Verfügungsbeschränkungen des Gesetzes zur Regelung des innerdeutschen -> **Zahlungsverkehrs** und des Devisengesetzes. (-> **Devisen**)

**AUFBAUGRUNDSCHULD:** Die Wiederinstandsetzung und der Wiederaufbau beschädigter oder zerstörter Wohnhäuser können von den sowjetzonalen Behörden gegen den Willen der Eigentümer durchgesetzt werden. Die Grundlagen hierfür sind die Anordnungen über die Kreditgebung für die Wiederinstandsetzung bzw. den Wiederaufbau privater Wohnungsbauten vom 2.9.1949 (ZVOBl. S. 714) und dieVO über die Lenkung des Wohnraums vom 22. 12. **1955** [GBl. **1956**, S. 3] in Verbindung mit der Anordnung vom 1. 8. **1956** über die Kreditgewährung bei Um- oder Ausbau bzw. Wiederherstellung von teilweise zerstörtem Wohnraum (GBl. I, S. 619). Die Kosten der Bauarbeiten hat der Hauseigentümer zu tragen. Die zwangsweise gegebenen Kredite für die Baumassnahmen sind durch A. zu sichern. Diese A. hat vor allen anderen Lasten den Vorrang. Die Geldforderungen aus diesen anderen dinglichen Belastungen sind während der Dauer des Kredits gestundet. Aus den etwa verbleibenden Überschüssen, die nach Zahlung der für die A. zu entrichtenden Leistungen verbleiben, sind aber zunächst die Zinsforderungen der Gläubiger der zurücktretenden Lasten zu tilgen. Die VEB Kommunalen Wohnungsverwaltungen machen von der Möglichkeit, die von ihnen verwalteten Grundstücke, deren Eigentümer im Westen leben, durch A. zu belasten, gern Gebrauch. (-> **Flüchtlingvermögen**)

**AUFENTHALTSGENEHMIGUNG:** -> **Interzonenverkehr.**

**AUFKAUFPREIS:** -> **Agrarpreissystem.**

**AUFKLÄRUNG:** Bezeichnung für Erkundungs- und Spionagetätigkeit der sowjetzonalen Sicherheitsorgane ausserhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Für Spionageaufgaben aller Art, insbesondere für politische Erkundungen und Wirtschaftsspionage, wurde im Jahre **1956** aus der Hauptabteilung XV des -> **Ministeriums für Staatssicherheit** die «Hauptverwal-

tung Aufklärung» (HVA) gebildet. Sie ist dem Minister für Staatssicherheit unmittelbar unterstellt. Ihr Leiter ist der Generalmajor Markus Wolf, dem etwa 800 hauptamtliche Angestellte unterstehen. Die HVA stützt sich bei ihrer Spionagetätigkeit auf teils legale, teils illegale «Residenturen» (= Spionageköpfe). Diese «Residenturen» der HVA arbeiten konspirativ (streng verdeckt): 1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen; 2. in allen Organisationen und Einrichtungen, die durch -\* **Kontakte** auf dem Wege der -> **Infiltration** in die Bundesrepublik hinein wirken; 3. in vielen Stellen und Einrichtungen der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung ausserhalb der SBZ.

Das Ministerium für Staatssicherheit selbst betreibt in geringem Umfang ebenfalls A. mit seiner Hauptabteilung II, jedoch handelt es sich hierbei um sogenannte Gegenspionage. Die HA II ist beauftragt, in westliche Abwehrorganisationen und Nachrichtendienste einzudringen, um Informationen über deren Organisation, personelle Zusammensetzung und Aufgaben zu sammeln. Die HA II schickt im Zusammenwirken mit den gleichartigen Abteilungen der Bezirksverwaltungen des MfS Agenten nach West-Berlin und in die Bundesrepublik, die dort meist nur Beobachtungen anstellen sollen, um die westliche Abwehrkapazität zu testen oder durch Ablenkung zu fesseln. Schliesslich hat auch die sowjetzonale **deutsche -> Grenzpolizei** einen Spionageapparat in Form der «Aufklärungsabteilung der Deutschen Grenzpolizei», die sich im Hauptquartier des Kommandos der Grenzpolizei in Paetz/Königs Wusterhausen bei Berlin befindet. Ihr obliegt die spezielle A. über uniformierte Kräfte in einem 50 km tiefen Gebiet der Bundesrepublik entlang der Zonengrenze und über die Schutz- und Bereitschaftspolizei in West-Berlin. (-> **Koordinierung**)

**AUFKLÄRUNGSLOKAL:** Von der -> **Nationalen Front** eingerichtetes Lokal, in dem Besucher durch Zeitschriften, Broschüren, Diskussionen und -> **Sichtwerbung** über den kommun. «Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands» «aufgeklärt» werden sollen.

**AUFSICHT, ALLGEMEINE:** -> **Staatsanwaltschaft.**

**AUFSICHTSAMT FÜR DAS VERSICHERUNGSWESEN, DEUTSCHES:** Das Amt übte nach dem Gesetz vom 8.8.1950 (GBl. S. 831) über alle Versicherungsunternehmungen, mit Ausnahme der Sozialversicherung und der -> **Schwarzmeer und Ostsee, Allgemeine Versicherungs-AG.**, die Aufsicht aus. Es konnte

u. a. verbindliche Anordnungen bezüglich des Geschäftsbetriebes, des Geschäftsplanes, der -> **Rückversicherung** sowie der Vermögensanlage der Versicherungsunternehmen erlassen und leitete damit praktisch das gesamte Sach- und Personerversicherungswesen der SBZ. Nach Erlass der «VO über die Errichtung der Deutschen Versicherungsanstalt» vom 6. 11. 1952 ist das Amt zur Hauptverwaltung der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** umgebildet worden. [426]

**AUFTRAGSFORSCHUNG: Deutscher -> Forschungsrat. (Wissenschaftl.-technische -> Forschung)**

**AUSBEUTUNG:** Als «A. des Menschen durch den Menschen» gilt in der marxistischen Theorie das Missverhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsleistung, die zu geringe Entlohnung des Proletariats durch den Kapitalisten, der sich den «Mehrwert» ausbeuterisch aneignet; A. wird von -> **Marx** allein auf das «Privateigentum an den Produktionsmitteln» zurückgeführt. Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die das Proletariat automatisch von der Ausbeutung befreien und eine gerechte Entlohnung ermöglichen soll, ist eine der Kernforderungen des Marxismus und in der SU seit 1917 theoretisch verwirklicht.

Dabei hat sich ergeben, dass zwar alles Privateigentum in -> **Volkeigentum** verwandelt und der durch Planung wirtschaftende Sowjetstaat praktisch zum alleinigen Besitzer aller Produktionsmittel werden konnte, dass aber der gleiche Staat als einziger Kapitalist oder Unternehmer ein neues System der A. durch den **Sozialistischen -> Wettbewerb** und eine Fülle weiterer Druck- und Zwangsmassnahmen entwickelt hat. An Stelle der Einzelunternehmer verfügen im Bolschewismus die vom Staat eingesetzten Funktionäre (Manager der -> **Kombinate** und Fabriken oder -> **Kolchose**, -> **Brigadiers** und Parteikontrolleure usw.) über Machtvollkommenheiten, die kein Privatunternehmer in irgendeinem kapitalistischen Land besitzt. Ihnen obliegt es, die Übererfüllung der staatlich festgesetzten hohen Leistungsnormen bei jedem Arbeiter zu erzwingen und damit ein neues System der A. des Menschen durch den Staat und seine Funktionäre zu verwirklichen. (-> **Arbeitspolitik, Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus**) X [7031]

**AUSFALLZEITEN;** Die Arbeitszeitverluste sind ein ernstes Problem der sowjetzonalen Wirtschaft. Ihre Ursachen sind sehr verschiedenartig. Es werden vermeidbare und unvermeidbare A. unterschieden. Als vermeidbare Arbeitszeitverluste gelten A. a) durch politische Bean-

sprechung, soweit sie 10 Stunden pro Produktionsarbeiter im Jahr übersteigen, b) durch Krankheit, sofern sie über 4 v. H. der Kalenderarbeitszeit liegen (-> **Krankenstand**), c) durch Stillstands- und Wartezeiten, d) durch sonstiges Fehlen. Der Rest gilt als unvermeidbare A., darunter A. durch **Urlaub**, Krankheit, sofern sie unter 4v. H. der Kalenderarbeitszeit liegt, sowie durch Kurzarbeit. Etwa die Hälfte der A. beruht auf Krankheit. Einen wesentlichen Anteil an den A. haben die Stillstands- und -> **Wartezeiten**, die durch schlechte Arbeitsorganisation, durch Mangel an Rohstoffen oder Reparatur überalterter Maschinen entstehen. (-> **Seifert-Methode**)

**AUSGEZEICHNETE LEISTUNGEN, MEDAILLE FÜR:** Die MfA. wird

a) für «ausgezeichnete Leistungen auf dem Gebiete der Verwaltungsarbeit» verliehen. Zu ihr gehören eine Urkunde und an Stelle einer Geldprämie ein Pass.

b) die MfA. in den bewaffneten Organen des Ministeriums des Inneren wird für «ausgezeichnete Leistungen bei der Erfüllung der den bewaffneten Organen des Ministeriums des Inneren. (-> **Volkspolizei**) und dem Amte für -> **Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs** gestellten Aufgaben zur Stärkung und Festigung der «DDR\* an Volkspolizisten (nicht an Angehörige der **Deutschen -> Grenzpolizei**), freiwillige Helfer der Volkspolizei und sonstige Personen verliehen. Zu ihr gehört eine Urkunde. (-> **Auszeichnungen**)

**AUSLANDSPROPAGANDA:** Ziel der A. ist, die nichikommun., vor allem die sog. neutralen Staaten durch Herabsetzung der Bundesrepublik und Propagierung der -> **Errungenschaften** der SBZ von der angeblichen staatsrechtlichen Gleichwertigkeit der «DDR\* zu überzeugen und eine Anerkennung der «DDR\* zu erreichen. Dafür wendet die Regierung der SBZ beträchtliche finanzielle, personelle und publizistische Mittel auf. Zu diesem Zwecke sind besonders die -> **Handelsvertretungen** der SBZ im afroasiatischen und lateinamerikanischen Raum unverhältnismässig stark besetzt.

Institutionell sind für die A. die Abteilung «Internationale Verbindungen» des -> **ZK** der -> **SED**, das -> **Ministerium für auswärtige Angelegenheiten**, das -> **Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel**, das -> **Presseamt beim Ministerpräsidenten**, das Staatliche Rundfunkkomitee (-> **Rundfunk**), die -> **Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland** u. a. zuständig. Publikationen, die der A. dienen, sind u. a. die in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch,

Schwedisch, Finnisch und Arabisch monatlich erscheinende «DDR-Review», der vierzehntäglich erscheinende «Democratic Germany Report», die monatlich herausgegebene «Voix d'Allemagne».

Vom Staatlichen Rundfunkkomitee wird ein «Auslandsdienst des Deutschen Demokratischen Rundfunks\* (seit Mitte **1959** «Radio DDR International» genannt) betrieben. Seit dem 15. 6. **1959** werden täglich je drei Sendungen in Englisch, Französisch und Dänisch und zwei vierstündige Sendungen in Arabisch ausgestrahlt. Der A. dienen weiter die Vergabe von Stipendien an Ausländer zum Studium in der SBZ, offizielle und inoffizielle Reisen von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Partei- und Staatsfunktionären ins Ausland sowie besondere Veranstaltungen, wie die «Ostseewochen\* **in -> Rostock**.

**AUSSCHUSS FÜR DEUTSCHE EINHEIT:** Eine im Range eines selbständigen Staatssekretariats stehende Propagandastelle des -> **Ministerates**, gegründet am 7. 1. **1954**. Obwohl überparteilich aufgemacht, hat sie die Linie der -> **SED**, und damit der Regierung der SBZ, zu den Fragen der -> **Wiedervereinigung** Deutschlands und zu einem Friedensvertrag agitatorisch und publizistisch zu vertreten - vor allem auch bei der Bevölkerung der Bundesrepublik. Ferner versucht der A., mit teils gefälschten, teils verzerrten «Dokumentarveröffentlichungen» u. ä. den Bundestag und die undesregierung bei den Deutschen östlich und westlich der Zonen-grenze verächtlich zu machen.

Bei Propagandafeldzügen gegen die Verteidigung der freien Völker richtet der A. «Aufrufe an das deutsche Volk\* oder «an den Bundestag». Er ist ständig bemüht, mit radikalpazifistischen und oppositionellen Gruppen in der Bundesrepublik Führung zu gewinnen und eine -> **Aktionseinheit** im Sinne der SED und KPD vorzubereiten. Nominell lag der Vorsitz stets bei Dr. **Hans -> Loch** (LDPD). Kurz nach dessen Tod wurde am 28. 7. **1960** zum Vors. des A. ernannt: Dr. Max Suhrbier, Stellv. des Ministers für Finanzen und seit 19. 6. **1960** geschäftsführ. Vors. der LDPD. Die eigentliche Leitung hatte und hat jedoch der Sekretär des A., der Staatssekretärsrang hat. Bis zum 15. 4. **1955** war dies **Albert -> Norden** (SED), danach Dr. **Wilhelm -> Girnus** (SED). Seit Girnus im Februar **1957** das Staatssekretariat für Hochschulwesen übernahm, ist **Adolf -> Deter** (SED) als Stellv. des Sekretärs des A. tätig.

**AUSSCHUSS IN DER PRODUKTION:** Wegen der Arbeitsetze als Folge des Zwanges zur Normerfüllung (-> **TAN**) leidet die -> **Qualität der**

**Erzeugnisse**, und Produktion von A. ist sehr häufig. Zur Verminderung des A. wurden -> **Aktivistenbewegungen** inszeniert, deren Initiatoren Paul Simon und **Luise** -> **Ermisch** sind. Bei Nichtverschulden des Arbeiters wird die A.-Arbeit nach dem Grade der Brauchbarkeit, jedoch mindestens mit dem Leistungsgrundlohn (-> **Leistungslohn**) oder dem -> **Zeitlohn**, bei Verschulden nach dem Grade der Brauchbarkeit, jedoch höchstens mit 90 v. H. des Leistungsgrundlohnes oder des Zeitlohnes, mindestens aber mit 0,50 DM Ost je Stunde bezahlt (§ 21 der VO vom 20. 5. 1952, GBl. S. 347). -> **Arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**)

**AUSSENHANDEL**: Der A. kam auf Betreiben der Besatzungsmacht, die damit die Leistungsfähigkeit der SBZ für die Reparationslieferungen zu steigern beabsichtigte, bereits Ende 1946 wieder in Gang. Die **SMAD** behielt sich die vollständige Kontrolle vor. Abwicklungen liefen nur über die -> **Garantie- und Kreditbank**. Erst seit 1. 9. 1949 wurde die **Deutsche -\* Notenbank**, später das -> **Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI)** eingeschaltet. Im Jahre 1946 waren die A.-Umsätze noch bescheiden, nahmen aber seit 1947 und 1948 beträchtlich zu. Seit 1949 ist der A. der SBZ bewusst in die Wirtschaftsplanung der Sowjetblockländer einbezogen. Da die vorher mit westlichen Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen als Folge der Nichtanerkennung der «DDR» durch die westlichen Staaten nicht erneuert werden konnten, liefen diese Verträge ab. Ziel der Wirtschaftsplanung der SBZ und der Sowjetblockstaaten (-> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe**) wurde die Errichtung einer weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie des Sowjetblocks. Entsprechend dem -> **Wirtschaftssystem** besteht in der SBZ ein staatliches A.-Monopol, das nachträglich gesetzlich fixiert wurde (Gesetz v. 9. 1. 1958). Als A.-Organ wurde Mitte 1949 durch die -> **DWK** die Anstalt öffentlichen Rechts «Deutscher Aussenhandel»

(abgekürzt DAHA) mit dem Sitz in Berlin gegründet, die bis Ende 1950 zwölf Fachanstalten errichtete. Ab 1. 9. 1951 wurde die DAHA als selbständige A.-Organisation aufgelöst und mit allen ihren Fachanstalten in die neue Organisation **Deutscher -> Innen- und Aussenhandel (DIA)** eingegliedert. Aus den bisherigen zwölf DAHA-Fachanstalten entstanden 17 (heute noch 12) «Volkseigene Handelsunternehmen Deutscher Innen- und Aussenhandel\* (VEH-DIA) als Organe des Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI). Neben den VEH-DIA bestanden Anfang 1959 weitere zwölf A.-Gesellschaften in GmbH.-Form, die zu den staatlichen A.-Unternehmen gezählt werden müssen. Sie entstanden teils als Neugründungen aufgelöster, teils durch Herausnahme bestimmter Warenbereiche aus noch bestehenden DIA-Anstalten. Zum Import von Vorbehaltsgütern aus dem westlichen Ausland werden ausserdem noch **Staatliche -> Tarnfirmen eingesetzt**.

Um den A. beweglicher zu gestalten, besteht seit Anfang 1954 für staatliche und private Industriebetriebe sowie Handwerker die Möglichkeit, sog. Eigengeschäfte mit westlichen Kunden über bestimmte Waren abzuschliessen. Derartige Geschäfte müssen jedoch vom MAI bzw. dem zuständigen A.-Unternehmen genehmigt werden. Der private A. hat im übrigen keine Entfaltungsmöglichkeiten mehr. Der sowjetzonale A. wird im Rahmen der Vereinbarungen abgewickelt, die vom MAI oder sonstigen Institutionen mit den Partnerländern getroffen werden. Während zwischen der SBZ und den Sowjetblockländern möglichst langfristige Handels- und Zahlungsabkommen (-> **Fünfjahrplan**) auf «Regierungsebene» abgeschlossen werden, bestehen mit dem westlichen Ausland überwiegend -> **Kammerabkommen**, -> **Bankenabkommen** oder -> **Kompensationsabkommen**.

Das A.-Volumen entwickelte sich nach sowjetzonalen Angaben seit 1950 wie folgt (in Mill. Rubel):

Aussenhandel der Sowjetzone nach Weltmärkten<sup>1)</sup>  
1950 und 1955 bis 1958

Jahr	Gesamter Aussenhandelsumsatz		davon:			
	Mill. Rbl.	v. H.	Mill. Rbl.	v. H.	Mill. Rbl.	v. H.
1950	3 502,7	100	1 624,1	100	1 878,6	100
1955	9 803,5	100	5 112,6	100	4 690,9	100
1956	10 963,9	100	5 629,0	100	5 334,9	100
1957	13 704,9	100	2 243,0	100	6 461,9	100
1958	14 278,1	100	7 558,6	100	6 719,5	100
1959	16 455,1	100	8 485,6	100	7 969,5	100

Jahr	Gesamter Aussenhandelsumsatz E		davon:			
	Mill. Rbl.	v. H.	Export		Import	
	Mill. Rbl.	v. H.	Mill. Rbl.	v. H.	Mill. Rbl.	v. H.
	Anteil der «sozialistischen» Länder					
1950	2 533,2	72,3	1 107,6	68,2	1 425,6	75,9
1955	7 073,7	72,2	3 760,8	73,5	3 312,9	70,6
1956	8 023,9	73,2	4 170,5	74,1	3 853,4	72,2
1957	10 064,0	73,4	5 438,3	75,1	4 625,7	71,6
1958	10 567,0	74,0	5 801,8	76,8	4 765,2	70,9
1959	12 524,0		6 554,5		5 969,5	
	davon: Anteil der Sowjetunion					
1950 <sup>2)</sup>	1 391,0	39,7	613,9	37,8	777,1	41,4
1955	3 751,1	38,3	2 062,7	40,3	1 688,4	36,0
1956	4 505,5	41,1	2 277,2	40,5	2 228,3	41,8
1957	6 182,7	45,1	3 238,8	44,7	2 943,9	45,6
1958	6 160,4	43,1	3 383,8	44,8	2 776,6	41,3
	Anteil der «kapitalistischen» Länder					
1950	409,0	11,7	199,2	12,3	209,8	11,2
1955	1 659,7	16,9	806,1	15,8	853,6	18,2
1956	1 739,2	15,9	842,5	15,0	896,8	16,8
1957	2 086,9	15,2	986,2	13,6	1 100,7	17,0
1958	2 105,4	14,7	911,6	12,1	1 193,8	17,8
1959	2 097,8		1 012,2		1 085,6	
	Anteil des Interzonenhandels					
1950	560,5	16,0	317,3	19,5	243,2	12,9
1955	1 070,2	10,9	545,7	10,7	524,4	11,2
1956	1 200,8	10,9	616,0	10,9	584,7	11,0
1957	1 554,1	11,4	816,6	11,3	735,5	11,4
1958	1 605,7	11,3	845,2	11,1	760,5	11,3
1959	1 833,3		918,9		914,3	

1) Die angeführten Rubelwerte können in DM Ost (Goldparität) umgerechnet werden. Dabei gilt für 1950 ein Verhältnis von 100:160, für 1951 bis 1953 ein Verhältnis von 100:120 und für 1954 bis 1958 ein Verhältnis von 100:180.  
Das Umrechnen von Verrechnungseinheiten (Interzonenhandel) bzw. DM West auf Rubel und auf DM Ost erfolgte über die Goldparität: 100 DM West = 95,24 Rubel bzw. 52,91 DM Ost.

2) Einschliesslich der von der Sowjetunion über das Handelsabkommen hinaus gelieferten Lebensmittelmengen.

Abgesehen von Kalisalzen und Rohstoffvorkommen. Als hochindustrialisiertes Verarbeitungsland ist Braunkohle (-> **Kohlenindustrie**) nur über geringe sie deshalb sehr importabhängig.

Die Warenstruktur im A. hat sich seit 1950 wesentlich verändert:

	Anteil am Import in v. H.			Anteil am Export in v. H.		
	1950	1955	1958	1950	1955	1958
Metallverarb. Industrie	8	5	12	32	60	52
Grundstoff-Industrie	45	38	42	43	29	31
Leicht- u. Nahrungsmittelind., Land- und Forstwirtschaft	47	57	46	25	11	17

Als zweitgrösster Maschinenlieferant hat die SBZ besondere Bedeutung innerhalb des Sowjetblocks für die Wirtschaft der SU.

Ausfuhr der SBZ in die SU in v. H.:	1950	1953	1956	1957	1958
Maschinen u. Ausrüstungen	28,2	67,7	76,3	72,7	70,6
Rohstoffe u. Halbwaren	61,7	26,8	20,0	12,0	18,9
Lebensmittel u. Konsumgüter	10,1	5,5	3,7		
Einfuhr der SBZ aus der SU in v. H.:					
Maschinen u. Ausrüstungen	4,0	2,5	1,6	1,4	3,5
Rohstoffe u. Halbwaren	60,8	59,5	70,8	64,9	69,4
Lebensmittel u. Konsumgüter	35,2	38,0	27,6	33,7	27,1

Die offiziell bekanntgegebenen Zahlen vermitteln kein vollständiges Bild der A.-Leistungen der SBZ, da ein grosser Teil der Produktion als gegenwertlose Reparationsleistungen (-► **Reparationen**) von der Sowjetunion abgezogen wurde und nicht in der A.-Statistik erscheint. Auch die Aufkäufe der **Sowjetischen Handelsgesellschaften** erschienen nicht als A.-Umsätze. Ferner erschienen in den Statistiken nicht die sog. Befehlexporte, die ausserhalb der Exportpläne in sowjetischem Interesse durchgeführt wurden und **1951** z. B. mindestens 100-120 Mill. DM Ost ausmachten. Der sowjetzonale A. erfordert laufend beträchtliche Zuschüsse aus dem -► **Staatshaushalt**, die als Preisausgleich bezeichnet werden. Der Preisausgleich wird durch staatliche Subventionierung der Exportwaren, deren Gestehungskosten häufig weit über Weltmarktpreisen liegen, und Belastung der Importgüter mit Steuern und Preisaufschlägen vorgenommen (-\* **Preispolitik**). Neuere Zahlenangaben über die Höhe der Preisausgleichszahlungen liegen nicht vor.

Die Preisgestaltung im A. mit den Ländern des Sowjetblocks erfolgte bis zum Jahre **1955** unabhängig von Weltmarktpreisen. Bei Abschluss langfristiger Handelsabkommen wurden Preisbasen für die wichtigsten Import- und Exportgüter vereinbart, die für die Dauer des Abkommens galten und bei bestimmten Gütern weit unter Weltmarktpreisen, zum Teil sogar unter Selbstkosten lagen. Hauptnutznießer war die SU, die so Industrieausrüstungen, Maschinen u. a. ausserordentlich billig einkaufen konnte. Polen gab den Anstoss, dass ab **1956/57** Weltmarktpreise als Grundlage zur A.-Preisbildung innerhalb des Sowjetblocks herangezogen werden. Die A.-Planung der SBZ geht wie an allen Sowjetblockstaaten stets vom Importbedarf aus. Exporte erfolgen mit dem Ziel, für die geplanten Importe die erforderlichen Devisen hereinzubekommen. Häufig werden deshalb unrentable Exporte in Kauf genommen, die die

Verlustwirtschaft des sowjetzonalen A. noch vergrössern. Ziel des A. ist es, in verstärktem Masse in den afro-asiatischen Raum einzudringen. [722]

#### AUSSENHANDEL, KAMMER FÜR

(KfA): Im November **1952** zur Förderung und Intensivierung des Handels mit dem Ausland, insbesondere den westlichen Ländern, errichtet. Sie arbeitet unter Aufsicht des -► **Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel**. Organe: Mitgliederversammlung, Präsidium und Revisionskommission. Aufgabenbereich der KfA nach § 4 der Satzung:

a) Anknüpfung, Vertiefung und Pflege von Wirtschaftsbeziehungen zu auswärtigen Handels- und Wirtschaftsorganisationen, insbesondere Handelskammern, Export- bzw. Importinstituten, -verbänden sowie Handelsfirmen;

b) Beratung der am Aussenhandel der DDR Beteiligten in allen Fragen der Anknüpfung von Aussenhandelsbeziehungen und der Durchführung von Aussenhandelsgeschäften;

c) Empfang auswärtiger Handels- und Wirtschaftsdelegationen und Entsendung von Handels- und Wirtschaftsdelegationen in das Ausland;

d) Herausgabe von Informationsmaterial und Nachschlagewerken über den Handel und das Wirtschaftsleben des Auslandes für die Wirtschaftsorgane der DDR sowie Material über die DDR für Wirtschaftsorgane des Auslandes;

e) Anleitung und Koordinierung der wirtschaftlichen Werbung im Ausland;

f) Organisation von Messen und Ausstellungen in der DDR und Organisation der Beteiligung an ausländischen Messen und Ausstellungen;

g) Ausstellung von Zertifikaten und Gutachten über Ursprung, Qualität und Menge und sonstige notwendige und im Handel übliche Gutachten oder die Benennung von Gutachtern; Beglaubigung von Rechnungen und sonstige im internationalen Handelsverkehr übliche Beglaubigungen;

h) Schaffung einer Arbitrage zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Aussenhandelsorganisationen der DDR und ihren Partnern;

i) geeignete Massnahmen zur qualitativen und geschmacklichen Verbesserung des Angebots von Konsumgütern der DDR.\*

Aussenstellen (jetzt Auskunfts- und Siegelstellen genannt) bestehen in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Erfurt, Jena, Halle, Magdeburg und Schwerin. (-\* **Aussenhandel**) [722]

**AUSSENHANDELSWERBEGESELLSCHAFT m. b. H.:** Werbeunternehmen für den **Aussenhandel** und **Interzonenhandel**. Der A. obliegt die Vermittlung von Werbeaufträgen aller Art nach und von dem Ausland, Vermittlung zur Herstellung von Werbemitteln.

Die A. fungiert als Verbindungsstelle zu allen Handelsmissionen der SBZ im Ausland sowie zu den massgebenden Werbeunternehmen des Auslandes einschl. Verlagen, über die **DEWAG** und die A. kommen auch getarnte Geschäfte zustande. Vorgängerin der A. war die Zentralstelle für Auslandswerbung.

**AUSSENPOLITIK:** siehe Seite 47.

**AUSTAUSCHNORMEN:** Innerhalb der **Ablieferungspflicht**, die grundsätzlich in der veranlagten Produktart erfüllt werden muss, kann in Ausnahmefällen für solche landwirtschaftliche Betriebe, bei denen nachweislich Mindererträge einzelner Erzeugnisse die Erfüllung des Ablieferungssolls verhindern, eine Austauschbarkeit bestimmter Produkte untereinander angeordnet werden. Hierfür werden bestimmte A. festgesetzt, die von Jahr zu Jahr, je nach Ausfall der Ernte, unterschiedlich sind und Engpässe in Produktion und Versorgung anzeigen. Als Regel gilt, dass Produkte, deren Ernte knapp ausfällt, durch kein anderes Erzeugnis ausgetauscht, selbst aber bevorzugt an Stelle anderer, verhältnismässig reichlich vorhandener Erzeugnisse entgegengenommen werden können. (-> **Landwirtschaft**)

**AUSWEISE:** -> **Personalausweise**.

**AUSZEICHNUNGEN:** Zur Würdigung besonderer Verdienste im Sinne der -\* SED wurden zahlreiche A. geschaffen. Es gibt folgende Gruppen von staatlichen A.: Orden, Preise, Medaillen, Ehrentitel und Wanderfahnen. Die Stiftung ist Sache des **Ministerrates**. Jedoch können die örtlichen Organe der Staatsmacht für ihren Bereich Preise und Wanderfahnen stiften (so im Jahre **1959** vom Rat der Stadt Leipzig der **Gutenberg-Preis**).

A. können verliehen werden an Einzelpersonen und Kollektive ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit sowie an Betriebe, Institutionen und gesellschaftliche Organi-

sationen und Teile dieser Einrichtungen, wenn sie eine organisatorische Einheit bilden. Einzelheiten der Verleihung regeln die Ordnungen über die Verleihung. Bis **1960** waren vom Ministerrat folgende Auszeichnungen gestiftet:

I. Orden: 1) **Karl-Marx-Orden**, 2) **Vaterländischer Verdienstorden** in den Stufen Gold, Silber, Bronze, 3) **Banner der Arbeit**, 4) **Stern der Völkerfreundschaft**.

II. Preise: 1) **Nationalpreis** 1., 2. und 3. Klasse, 2) **Cisinski-Preis**, 3) **Heinrich-Greif-Preis**, 4) **Heinrich-Heine-Preis**, 5) **Lessing-Preis**, 6) **Preis für künstlerisches Volksschaffen**, 7) **Kunstpreis der DDR**, 8) **Johannes-R.-Becher-Preis**.

III. Medaillen: 1) **Clara-Zetkin-Medaille**, 2) **Hans-Beimler-Medaille**, 3) Medaille für Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren **1918-1923**, 4) Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus **1933-1945**, 5) **Verdienstmedaille der Deutschen Reichsbahn**, 6) **Medaille für treue Dienste** bei der Deutschen Reichsbahn, 7) **Medaille für treue Dienste** in der Nationalen Volksarmee, 8) **Medaille für treue Dienste** in den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern (früher: in der Deutschen Volkspolizei), 9) Medaille für treue Dienste in der Freiwilligen Feuerwehr, 10) **Pestalozzi-Medaille für treue Dienste**, 11) **Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee**, 12) **Ehrenzeichen der Deutschen Volkspolizei**, 13) **Medaille für vorbildlichen Grenzdienst**, 14) **Medaille für Verdienste um das Grubenrettungswesen**, 15) **Medaille für selbstlosen Einsatz bei der Bekämpfung von Katastrophen**, 16) **Rettungsmedaille**, 17) **Hufeland-Medaille**, 18) **Medaille für ausgezeichnete Leistungen**, 19) **Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb**, 20) **Medaille für ausgezeichnete Leistungen** in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, 21) **Medaille für ausgezeichnete Leistungen in den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern**, 22) **Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik**, 23) (Dr.) **Theodor-Neubauer-Medaille**, nur einmal verliehen:

24) **Karl-Friedrich-Wilhelm-Wandermedaille**, 25) **Medaille für die Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe im Juli 1954**.

IV. Ehrentitel: 1) **Held der Arbeit**, 2) **Hervorragender Wissenschaftler des Volkes**, 3) **Verdienter** -> **Aktivist**, 4) **Verdienter** -> **Arzt des Volkes**, 5) **Verdienter** -> **Bergmann der DDR**, 6) **Verdienter** -> **Eisenbahner der DDR**, 7) **Verdienter** -> **Er-**

**AUSSENPOLITIK**

Von einer A. der SBZ kann erst seit Errichtung der «DDR» (7. Oktober 1949) gesprochen werden. Innerhalb der Richtlinien der -> **Verfassung** soll der Aussenminister die auswärtige Politik «selbständig unter eigener Verantwortung\* gegenüber der -> **Volkskammer** (Art. 98, 2 der Verfass.) leiten. Die A. der SBZ ist jedoch völlig nach der sowjetischen A. ausgerichtet und vollkommen von ihr abhängig. Die SBZ unterhält -> **diplomatische Beziehungen** nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandten haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. Wie im gesamten Ostblock besteht auch in der SBZ eine Zweigleisigkeit der A., da unabhängig vom Aussenministerium und über dieses hinweg die SED (Abt. Aussenpolitik und Internationale Verbindungen im ZK der SED) mit den komm. Parteien der Oststaaten auch über aussenpolitische Fragen verhandelt.

Die enge aussenpolitische Bindung an den Ostblock hat ihren Niederschlag in einer Reihe von Verträgen mit der SU und den Volksdemokratien gefunden. Die wichtigsten dieser Verträge sind: 1. die Abkommen mit Polen vom 6.6. und 6.7.1950; sie gliedern sich in einen Vertrag über technisch-wissenschaftliche und über kulturelle Zusammenarbeit sowie das Grenzabkommen (-\* **Oder-Neisse-Linie**), 2. der Vertrag mit der Tschechoslowakei vom 23. 6. 1950, der behauptet, «dass es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und offenen Fragen gibt», und dass die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei «unabänderlich, gerecht und endgültig» sei. Sämtliche Abkommen wurden durch Wirtschaftsverträge ergänzt (-> **Aussenhandel**). Mit der Teilnahme der Regierung der SBZ an der Prager Konferenz der Ostblockstaaten, deren Ergebnisse in den sog. «Prager Beschlüssen» vom 21. 10. 1950 niedergelegt sind, ist die aussenpolitische Einbeziehung der SBZ in den Ostblock auch formell beendet (wichtigster Inhalt der Prager Beschlüsse: Die Deutschland-Beschlüsse der New Yorker Aussenministerkonferenz der drei Westmächte vom 19. 9. 1950 werden für rechtswidrig und international ungültig erklärt; gefordert wird u. a. die Errichtung einer deutschen Zentralregierung, zu der die SBZ die Hälfte der Mitglieder bestimmt). Praktisch sind alle aussenpolitischen Beziehungen der SBZ nur im Rahmen der sowjetischen -> **Besatzungspolitik** zu werten, obwohl die SU die «DDR» (seit 25. 3. 1954) der Form nach als «souveränen Staat» bezeichnet (-> **Souveränität**).

Die Prager Konferenz von Vertretern der undemokratisch gewählten Einlisten-Parlamente Polens, der Tschechoslowakei und der «DDR» (Dez. 1954) verstärkte die Abhängigkeit der SBZ vom Sowjetlager, indem sie gemeinsame Rüstungsvorkehrungen gegen die westeuropäische Abwehrorganisation beschloss. Nur eine formale Geste war es, als die SU den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärte (25. 1. 1955) und Polen, die Tschechoslowakei und andere Satelliten diesem Beispiel folgten. Am 14. 5. 1955 schlossen die Staaten des Sowjetblocks, zu denen als 8. Staat die SBZ herangezogen war, in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (-> **Warschauer Beistandspakt**) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkomm. Staaten Europas und unterstellten sich auch offen dem Oberbefehl eines Sowjetmarschalls (Konjew). Um die Empfindlichkeit der Westmächte zu schonen, und weil die SU an der Zuverlässigkeit der Waffenträger der SBZ zweifelte, wurde die «DDR» – zum Bedauern der SED – noch nicht offen in die engeren Sinne militärischen Abmachungen einbezogen. Dies wurde am 28. 1. 1956 nachgeholt. Damit sollte die «DDR» noch fester an das Sowjetlager gebunden werden, sollte der -> **Wiedervereinigung** ein weiterer Stein in den Weg gelegt werden.

Der Moskauer Vertrag zwischen der SU und der «DDR» (20. 9. 1955) be-



stätigte die «Souveränität» der «DDR» und erklärte, die sowjetzonale Republik sei «frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Aussenpolitik». Diese formelle Anerkennung wurde ergänzt durch die Zusicherung der gegenseitigen Hilfe, der Zusammenarbeit und des Ausbaus der «wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen». Die Besetzung der SBZ wurde als «zeitweilig . . . mit Zustimmung der Regierung der DDR» bezeichnet. Damit wollte die SU 1. die Stellung der SED stärken; 2. im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der SU und der Bundesrepublik (13. 9. 1955) die «DDR\* als gleichberechtigten Verhandlungspartner gegenüber der Bundesrepublik hinstellen; 3. in bezug auf die «entspannende» Konferenz der Regierungschefs in Genf (August 1955) der «DDR» eine internationale souveräne Rolle zuspielden. – Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der «DDR» zu beheben und um sie wettbewerbsfähig gegen die Bundesrepublik zu machen, erliess ihr die SU am 17. 7. 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährte ihr beträchtliche Kredite. Zugleich wollte die SU mit diesem Abkommen den Eindruck erwecken, als ob sie die «DDR» als gleichberechtigten Verbündeten betrachte. Wie auf allen internationalen Konferenzen seit 1954 betonte die Regierung der SU auch bei dieser Gelegenheit, die «DDR» habe den Anspruch darauf, unberührt von gesamtdeutschen Wahlen und bereits vor solchen, als rechtmässiger und gleichberechtigter deutscher Teilstaat anerkannt zu werden und paritätisch mit der Bundesrepublik eine Wiedervereinigung auszuhandeln. – Die «DDR» war und ist ständig bemüht, auch mit nichtkommun. Staaten Handelsabkommen abzuschliessen, um auf diesem Wege allmählich auch als souveräner diplomatischer Partner anerkannt zu werden.

Immer wieder, wie z. B. in der Regierungserklärung des Aussenministers Dr. -> Bolz vom 28. 8. 1958, erhebt die «DDR» den Anspruch, als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anerkannt zu werden. Ihre Bemühungen, ausserhalb des Ostblocks in möglichst vielen Staaten, die der SBZ diplomatische Beziehungen verweigern, wenigstens regierungsamtlich anerkannte Handelsvertretungen zu errichten, blieben nicht erfolglos. Doch nur zwei Staaten (Finnland und die VAR) richteten auch ihrerseits Handelsvertretungen in der SBZ ein. «Handelsvertretungen der DDR» bestehen in: Argentinien, Brasilien, Burma, Columbien, Finnland, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Island, Jemen, Libanon, Sudan, Uruguay, in der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten-Syrien). In einigen anderen Staaten erreichte sie nur die Zulassung von Vertretungen der «Kammer für Aussenhandel der DDR»: in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, in den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, Türkei.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Jugoslawien und der «DDR» am 10. 10. 1957 war damit verbunden, dass seitdem auch Jugoslawien die Oder-Neisse-Linie als Grenze zwischen der SBZ und Polen bezeichnet. Mit diesem Abkommen wurde seitens der SBZ-Regierung einmal mehr den Interessen der sowjetischen Aussenpolitik Vorschub geleistet. Ihr Ziel, im Sinne des sowjetischen Imperialismus und seiner weltrevolutionären Absichten zu wirken, verfolgt die A. der «DDR» auch mit jener untergründigen Form aussenpolitischer Aktivität, die der -> **Ausschuss für deutsche Einheit** z. B. wie folgt umschreibt: «Ein wichtiger Grundsatz der Aussenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demokratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die -> **Aktionseinheit** der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse.»

Seit dem Frühjahr 1957 zielt die unter dem Schlagwort -\* **Koexistenz** geführte sowjetische Propaganda darauf ab, die atomaren Verteidigungs-

waffen von NATO-Truppen mit allen nur denkbaren Mitteln zu diffamieren. Seitdem ist die A. der SBZ noch enger als vorher mit dem «Friedenskampf» (-\* **Frieden**) des Sowjetblocks verknüpft. So schlug die Regierung der SBZ am 3. 4. **1957** der Bundesregierung vor, sie solle alle Atomwaffen ablehnen, einschliesslich derer, die zur Ausrüstung von nicht-deutschen NATO-Truppen auf dem Boden der Bundesrepublik gehören. Am 27. 7. **1957** legte die Regierung der SBZ diesen Plan der Bundesregierung noch einmal vor und forderte als Voraussetzung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa das «Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag, Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke; gemeinsames oder einzelnes Ersuchen an die vier Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus ganz Deutschland.»

Um die NATO zu sprengen und die Bundesrepublik ohne den Schutz ihrer Verbündeten der Sowjetunion und der Agitation der SED gegenüberzustellen, arbeitet die A. der SBZ seit dem 5. 10. **1957** mit jenem Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, der mit dem Namen des polnischen Aussenministers Rapacki verbunden ist. Dieser Vorschlag wurde z. B. am 11.12. **1957** wieder aufgegriffen. An diesem Tage übernahmen Regierung und -> **Volkskammer** das von der -\* **KPdSU** diktierte Moskauer «Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien». Unter Berufung auf die weltrevolutionären Richtlinien, die die KPdSU den kommunistischen Parteien am gleichen Tage in Moskau erteilt hatte, forderte die Regierung der SBZ «eine breite atomwaffenfreie Zone im Herzen Europas». Sie stellte diese taktischen Forderungen beziehungsweise in den Mittelpunkt einer Erklärung zur A.

Weiter heisst es in dieser Regierungserklärung zur A., die eine Anweisung für den Klassenkampf und für die Aktionseinheit gegen den Bundestag der Bundesrepublik ist, u. a.: «Jetzt, wo der Widerstand gegen eine atomare Aufrüstung auch in Westdeutschland in starkem Masse zunimmt, sind aktive Kampfmassnahmen einer breiten Volksbewegung unter Führung der im Zeichen der Aktionseinheit zusammengeschlossenen Arbeiterklasse nötig. Dazu gehört selbstverständlich auch die Zusammenarbeit mit der DDR... Ideologische Meinungsverschiedenheiten und Differenzen dürfen kein Hinderungsgrund für eine Vereinigung im Friedenskampf sein.» Diese zersetzende Agitation gegen die Bundesrepublik wird ergänzt durch die Aufforderung an die Sowjetzone, vor allem an die SED und die -> **Nationale Front**, es dürfe «bei uns in Grundfragen keine Differenzen geben». Denn «die Festigung unserer sozialistischen Ordnung ist die beste Unterstützung des Friedensmanifestes». A. und parteipolitische Klassenkampf-Agitation sind, wie in allen Staaten des Sowjetblocks, auch in der SBZ eng miteinander verbunden.

Seit **1949** erhebt das Sowjetzonenregime Anspruch, als souveräner Staat anerkannt zu werden. Wenn es seit Frühjahr **1957** diese Forderung verstärkt, dann hat dies zwei Seiten. Einerseits wünscht das Sowjetzonenregime, das ganze deutsche Volk und die Welt sollten es als gleichberechtigt mit der Bundesrepublik anerkennen, als den einen deutschen Staat neben dem anderen. Andererseits ist die Forderung, als souveräner Staat anerkannt zu werden, ein innenpolitischer Schritt, ein Schachzug in der sowjetzonalen Wiedervereinigungstaktik. Sobald nämlich die «DDR» als souveräner Staat und als einer der beiden deutschen Staaten anerkannt wäre, würde das Sowjetzonenregime die Forderung erheben, der alleinberechtigte und ausschliessliche Vertreter des ganzen deutschen Volkes zu sein.

Das gleiche gilt von dem seit 30. 12. 1956 angeregten, seit 30. 1. 1957 deutlich ausgesprochenen Vorschlag zu einer -> **Konföderation** zwischen dem sowjetzonalen Staat und der Bundesrepublik. Er ist nicht eigentlich aussenpolitisch, weil er auf einen staatsrechtlichen, bundesstaatsmässigen Zusammenschluss zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik hinzielt, bei dem die Bundesrepublik mehr oder weniger staatsstreichmässig so-wjetisiert werden soll.

Das Sowjetzonenregime sucht ständig nach Gelegenheiten, seine Forderungen zur Aussenpolitik vorzutragen. Solch eine Gelegenheit bot die Genfer Aussenministerkonferenz der vier Mächte vom Mai bis Juli 1959, die durch die ultimativen Erklärungen der SU (seit 10. 11. 1958) gegen den Vier-Mächte-Status West-Berlins herbeigeführt worden war. Wie die Regierungserklärung vom 9. 9. 1959 rückblickend betont, sucht die «DDR» zu erreichen, «dass Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind». Sie erstrebt «ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte». Dabei vermeidet das Sowjetzonenregime ängstlich die Probe, wie die Bevölkerung der SBZ sich in geheimen, international kontrollierten Wahlen, vor allem in Mehrlistenwahlen, zu seiner Politik stellt. Es versucht, die Bundesregierung als gefährliche militaristische und chauvinistische Angriffsmacht hinzustellen. Es bemüht sich, die Westmächte misstrauisch gegen die Bundesrepublik und ihre Bundeswehr zu machen - überhaupt auch den gesamten Westen gegen sie aufzuhetzen. [203, 213, 225, 311, 319, 332, 333]

finder, 8) Verdienter -> Lehrer des Volkes, 9) Verdienter -> Meister, 10) Verdienter -> Meister des Sports, 11) Verdienter -> Techniker des Volkes, 12) Verdienter -> Tierarzt, 13) Verdienter -> Züchter, 14) -> Meister der genossenschaftlichen Produktion, 15) Meisterhauer, 16) -> Meister des Sports, 17) Hervorragender -> Genossenschaftler, 18) -> Aktivist des Fünfjahrplans, 19) -> Brigade der besten Qualität, 20) -> Brigade der kollektiven Aktivistenarbeit, 21) -> Brigade der hervorragenden Leistung, 22) -> Hervorragende -> Jugendbrigade der DDR, 23) -> Brigade der sozialistischen Arbeit, 24) Hervorragender Jungaktivist, 25) -> Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit. V. Wanderfahnen: 1) -> Wanderfahne des Ministerrates, 2) -> Wanderfahne der Ministerien, Staatssekretariate oder der WB, 3) -> Wanderfahne des Bezirks, 4) -> \*Wanderfahne des Ministerrates für Sieger im Massenwettbewerb der LPG, Gemeinden, Kreise und Bezirke. VI. Sonstige Auszeichnungen: 1) Diplom für besondere Leistungen bei der Herstellung hochwertiger Verbrauchsgüter für die Bevölkerung 2) -> Leistungsabzeichen der Nationalen Volksarmee, 3) -> Leistungsabzeichen der Deutschen Grenzpolizei. Vom FDGB gestiftet ist und von ihm verliehen wird die -> **Fritz-Heckert-Medaille**. Vom Rat der Stadt Leip-

zig gestiftet ist und von ihm verliehen wird der **Gutenberg-Preis**.

**AUTOBAHNEN:** -> **Strassen**.

**AUTOMATISIERUNG:** Die Vorstellungen über Art und Stärke des Einflusses der A. in den «kapitalistischen Ländern» sind verschiedenartig und gehen auch in der SBZ auseinander. Hauptargumente sind: Die A. werde in diesen Ländern eine Massenarbeitslosigkeit herbeiführen, an Stelle der kleinen Betriebe träten grosse Monopole, und der Mittelstand werde vernichtet werden; die A. verschärfe den Konkurrenzkampf unter den «imperialistischen Ländern» und werde zur Überproduktion und zur Krise führen, sie werde unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen den Menschen zu unwürdiger Arbeit zwingen. Daher wird die restlose Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefordert.

Für die «sozialistischen Länder» sieht man in der A. die Möglichkeit, die fortgeschrittensten westlichen Länder wirtschaftlich zu überholen. Im 2. -> **Fünfjahrplan** und -> \* **Siebenjahrplan** wurde der A. und Spezialisierung der Betriebe weitgehend Rechnung getragen. Die A. ist auch zu einem Anliegen des -> **Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe** geworden.

**AWA:** Abk. für Anstalt zur Wahrung der Aufführungsrechte auf dem Gebiet der Musik. Staatlich gelenkte

Institution zur Einziehung der Honorare von den «Musikverbrauchern»; trat am 1. 1. 1951 an Stelle der GEMA. Die AWA subventioniert Veranstaltungen und Heime der Komponisten- und anderer Verbände, hält also offenbar für diese meist politischen Zwecke Teile der eingezogenen Tantiemen zurück. Aus diesen «Überschüssen» erhalten ferner die Urheber von Werken der politisch-musikalischen Gebrauchskunst sogenannte «Sonderwertungen». Vorsitzender des AWA-Kuratoriums: Prof. Max Butting. (->

**Musik, Urheberrecht)**

**AWG:** Abk. für Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die seit 1952 bestehen. (-> **Arbeiterwohnungsbau**)

**AXEN, HERMANN:** \* 6. 3. 1916 in Leipzig als Sohn eines KP-Funktionärs, der nach 1933 in einem KZ hingerichtet wurde. 1932 -> KJVD,

1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach westlichen Quellen 1939 im Zuge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes in die SU haften gelassen, dort Lehrer an Parteschulen und in Antifalagern; nach sowjetzonaler Darstellung: 1938 Emigration nach Frankreich, 1940 bis 1945 KZ. 1945 - KPD, Mitbegründer der -> FDJ, 1946 bis 1949 Sekretär für Organisation, später für Agitation und Propaganda beim Zentralrat der FDJ. 1950 Sekretär für Agitation im \* ZK der -> SED, 8. 8. 1953 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, seit 17. 7. 1956 Chefredakteur des Organs des ZK der SED «Neues Deutschland». Seit 24. 7. 1950 Mitgl. des ZK der SED. Seit 15. 11. 1954 Berliner Vertreter in der -> **Volkskammer**.

**AZKW:** Abk. für **Amt für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs**.

**B**

**BAADE, BRUNOLF:** Prof. Dr. Vor Kriegsende Flugzeugkonstrukteur bei den Junkers-Werken in Dessau. 1945 bis 1954 in der SU dienstverpflichtet. Danach massgeblich am Aufbau einer sowjetzonalen Luftfahrtindustrie beteiligt. 1956 Technischer Leiter des als Verwaltung für Industriebedarf getarnten Zentralen Konstruktionsbüros in Pirmas. 1957 Konstruktionsarbeit für das erste Düsenverkehrsflugzeug der SBZ. 1958 zum Leiter des Forschungszentrums der Flugzeugindustrie in Dresden-Klotzsche ernannt. Gleichzeitig Lehrauftrag an der Fakultät für Luftfahrtwesen der TH Dresden. Mitgl. des Deutschen Forschungsrates.

**BACH, AUGUST:** \* 30. 8. 1897 in Rheydt/Rhld. als Sohn eines Bau- rats, Gymnasium, Studium der Germanistik und Geschichte in Bern, Frankfurt/M. und Berlin, Arbeit im Verlag, später Mitinhaber der Quader-Verlags-GmbH, in Berlin. 1943 nach Weimar übersiedelt. Juni 1950 bis Sept. 1952 Landesvorsitzender der CDU in Thüringen. Seit 1948 Mitgl. des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU, seit 1958 Vors. der CDU; in dieser Funktion im Juni 1960 vom 10. CDU-Parteitag in Erfurt bestätigt. Seit Mai 1946 Verlagsleiter, Februar 1949-März 1958 gleichzeitig Chefredakteur der CDU-Zeitung «Thüringer Tageblatt». Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der Volkskammer, Vors. der CDU-Fraktion bis 1955. Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Lobedan am 7. 5. 1955 zum Mitgl. der Länderkammer gewählt, vom 23. 5. 1955 bis zur Auflösung der Länderkammer im Dez. 1958 Präsident der Länderkammer. Seit 1958 einer der sieben Stellv. des Präsidenten der Volkskammer. Seit 1955 Mitgl. des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Mitgl. des Präsidiums der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, seit 1956 Mitgl. des Präsidiums der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen. Seit 1952 Präsident der «Deutschen Schillerstiftung» der SBZ.

**BÄDER:** -> Kurorte.

**BANKANALYSE:** Die B. soll die jeweiligen Hauptaufgaben der Bank hervorheben und die örtlichen Führungsorgane der Partei und des Staatsapparates informieren. Grundlage für die B. sollen der Plan für kurzfristige und lang-

fristige Kredite und Einlagen sowie die Zielsetzungen des Volkswirtschaftsplanes sein. Zu untersuchen sind die politischen und ökonomischen Verhältnisse des betreffenden Gebiets (Kreis, Bezirk). Dabei sind die laufenden Prüfungs- und Kontrollergebnisse über das Plan-geschehen zu berücksichtigen. (-> Bankwesen) [701]

**BANKEN ABKOMMEN;** Eine Art Zwischenlösung innerhalb des Aussenhandels, solange es der SBZ wegen fehlender völkerrechtlicher Anerkennung nicht möglich ist, normale zwischenstaatliche Handels- und Zahlungsabkommen mit allen Ländern abzuschliessen. Diese B. werden abgeschlossen zwischen der Deutschen -> Notenbank und den jeweiligen Staatsbanken bzw. anderen beauftragten Banken besonders überseeischer Länder. Die B. enthalten feste Vereinbarungen über das Volumen im Waren- und Zahlungsverkehr sowie in der Regel für die einzelnen Warenpositionen feste Wertkontingente. Die Verrechnungen werden meistens auf Basis Verrechnungsdollar über die errichteten Verrechnungskonten durchgeführt. [722]

**BANKWESEN:** Nach der Neuorganisation seit 1945 gibt es in der SBZ 3 zentrale Kreditinstitute: die Deutsche -> Notenbank, die für das kurzfristige Kreditgeschäft und den Zahlungsverkehr im verstaatlichten Wirtschaftsbereich zuständig ist, die Deutsche -> Investitionsbank für die Finanzierung der langfristigen Investitionen der staatlichen Wirtschaft und die Deutsche -> Bauernbank als Finanzinstitut der Landwirtschaft. Daneben sind auch als lokale Kreditinstitute die Sparkassen und Banken der Genossenschaften tätig, die u. a. nach Kreditrichtlinien, die zur Einschränkung der Kredithergabe an private Unternehmer erlassen wurden, den örtlichen kleineren Geldbedarf zu decken haben.

Eine Sonderstellung nimmt das Berliner -> Stadtkontor ein, das gleichzeitig als zentrales Bankinstitut für Ost-Berlin tätig ist. Regionalbanken gibt es nicht mehr. Die Bankenkundschaft ist durch gesetzliche und administrative Anordnungen und unter Berücksichtigung planwirtschaftlicher Gesichtspunkte fest umrissen. -> VEB und grössere Privatbetriebe haben mit der Deutschen Notenbank, das Handwerk und sonstige Kleinge-

werbe mit Sparkassen oder den **Banken für -> Handwerk und Gewerbe** und die Landwirtschaft mit den der Deutschen Bauernbank unterstellten Kreditgenossenschaften zu arbeiten. Die einzelnen Kreditinstitutionen sind hinsichtlich Kreditplan und Finanzgebarung von der Deutschen Notenbank abhängig. (-> **Garantie und Kreditbank, Deutsche -> Handelsbank A.G.**) [701]

**BANNER DER ARBEIT:** Orden, den der Ministerrat für hohe Arbeitsergebnisse in der Produktion an Einzelpersonen (mit einer Geldprämie bis zu 5'000 DM) und an Betrieben verleiht. (-\* Auszeichnungen)

**BARGELDPLANUNG:** Unter B. wird die vorausschauende -> **Planung** sowohl benötigter als auch rückfließender Bargelder verstanden, um Lücken in der Kontrolle zu schliessen und die Abstimmung von Waren- und Geldstrom zu verbessern.

Die B. erfolgt für Bargeldern- und -ausgänge; die Konteninhaber reichen der Bank Quartalsbargeldpläne ein, wobei Ausgaben und Einnahmen für jeden Monat zu planen sind. Die Kreditinstitute stellen die eingereichten Bargeldpläne (einschl. ihrer eigenen) zusammen und reichen den zusammengefassten Bargeldumsatzplan an das übergeordnete Bankinstitut weiter. (-> **Geld, -> Bankwesen**)

**BARTEL, WALTER:** Nach 1945 Privatsekretär von **Wilhelm -> Pieck**. 1953 bis 1957 Dozent und Professor an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Seit Herbst 1957 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte. 1945 KPD, 1946 -> SED.

**BARTHEL, KURT:** genannt **KUBA**, \* 8. 6. 1914 in Garnsdorf, Kr. Chemnitz, als Sohn eines Eisenbahnarbeiters, Volksschule, Dekorationsmaler, 1928 -> SAJ. 1933 Emigration in die CSR, 1938 nach England. 1946 Rückkehr nach Deutschland, Mitgl. der \* SED, Redakteur in einem Ost-Berliner Verlag, 1948 Kulturleiter der Max-Hütte, Unterwellenborn. In dieser Zeit wird B. durch eine Reihe von Gedichten und Kantaten bekannt. Von Mai 1952 bis März 1954 Generalsekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes in der SBZ. 1959 Chefdramaturg des Rostocker Theaters. Seit 24. 7. 1950 Kandidat, seit 4. 6. 1954 Mitglied des -> **ZK** der SED. 1950 bis 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Ordenti. Mitglied der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Am 29. 4.

1960 von der Univ. Rostock zum Dr. h. c. promoviert. 1960 Dramaturg in Rostock. Veröffentlichungen: «Gedicht vom Menschen», «Gedanken im Fluge», «Kantate auf Stalin», «Störtebecker», mehrere Drehbücher, u. a. gehört B. zu den schärfsten Verfechtern der SED-

**Kulturpolitik.**

[4]

**BASIS:** -> **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus, -> Linguistikbriefe.**

**BAUÄMTER:** Im Zuge der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre 1958 neu eingerichtete Lenkungs- und Kontrollstellen für die -> **Bauwirtschaft** bei den Räten der Bezirke und Kreise. Die B. sind verantwortlich für die Plandurchführung entsprechend den von der **Staatlichen -> Plankommission** gegebenen Bauaufgaben. Den B. unterstehen sämtliche verstaatlichten Baubetriebe; sie kontrollieren auch die noch bestehenden Privatbetriebe. (**Staatliche -> Bauaufsicht**)

**BAUAKADEMIE, DEUTSCHE:** «Die oberste wissenschaftliche Einrichtung auf dem Gebiete des Städtebaues und Hochbaues» dirigiert das gesamte Bauwesen in der SBZ sowohl in technischer wie in ästhetischer Hinsicht. Sie entstand am 1.1.1951 durch Zusammenfassung des «Instituts für Städtebau und Hochbau» und des «Instituts für Bauwesen», hat ihren Sitz in Ost-Berlin und untersteht unmittelbar dem Ministerpräsidenten. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind gegenwärtig die Projektierung des «sozialistischen Wohnkomplexes», des «sozialistischen Dorfes\*» und die technischen Probleme der «sozialistischen Industrialisierung» des Bauwesens. Präsident: Prof. Dr. Kurt Liebknecht. (-> **Architektur, -> Wohnungsbau**)

**BAUAUFSICHT, STAATLICHE:** Zentrale, dem Ministerium für Bauwesen unterstellte Verwaltungsstellen mit Aussenstellen bei den Räten der -> **Bezirke** und -> **Kreise**. Aufgabe der StB. ist die Prüfung von Bauaufträgen und die Erteilung von Baugenehmigungen. Die StB. übt eine sehr entscheidende regulierende Funktion in der -\* **Bauwirtschaft** der SBZ aus, da sie Baugenehmigungen versagen kann, wenn die Durchführung des Bauvorhabens «volkswirtschaftlich nicht vertretbare Aufwendungen\*» verursacht. Sie genehmigt praktisch nur solche Bauvorhaben, die im Rahmen der **Volkswirtschaftspläne** liegen.

**BAUER:** Eigentümer oder Pächter eines hauptberuflich genutzten Landgrundstücks, dessen Merkmalsbestimmung und Kategorisierung nach unterschiedlichen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Die in der SBZ geläufigen B.-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach komm. Grundsätzen. Im Sinne des -> **Klassenkampfes** auf dem Lande wird differenziert zwischen «werkstätigen\* Kleinbauern mit «reiner Warenproduktion\* ohne jede Kapitalakkumulation durch «Ausbeutung\* fremder Arbeitskräfte und zwischen Mittel- und Grossbauern (bis bzw. über

20 ha LN), welche «kapitalistische» Merkmale in mehr oder weniger starkem Masse aufweisen und also Ziel-scheibe des Kampfes sind. Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der -\* Bodenreform; seit 1952 wird zwischen Einzel- und -> Genossen-schaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die «Grossbauern» wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Grösse ihrer Betriebe. (-> Landwirtschaft) [755]

**BAUERNBANK, DEUTSCHE (DBB):** Zentrales Finanzierungsinstitut für die Landwirtschaft, durch «Gesetz über die Errichtung der DBB» vom 22. 2.1950 (GBl. 1950 S. 175) mit dem Sitz in Berlin als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Grundkapital 50 Mill. DM Ost. Filialen in den Bezirkshauptstädten sowie Kreisstellen. Ihre besondere Aufgabe liegt in der finanzwirtschaftlichen Lenkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Sie gibt dazu kurz-, mittel- und langfristige Kredite. Zur Aufbringung der Mittel für langfristige Kredite kann sie eigene Schuldverschreibungen in Umlauf bringen. Sie ist von der Deutschen -> Notenbank und der Deutschen -> Investitionsbank abhängig, da die Ausstattung mit eigenen Mitteln sehr knapp ist und der kurzfristige Kreditplan der Deutschen Notenbank, der langfristige Kreditplan der Deutschen Investitionsbank eingereicht werden muss.

Nach Einbeziehung der Landesgenossenschaftsbanken (VO vom 14. 2. 1952) beherrscht sie die Geld- und Kreditpolitik der bäuerlichen Handelsgenossenschaften (-> VdgB) und damit die gesamte Geldbewegung der Bauern in der SBZ. Der Präsident der B. und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag des Finanzministers durch die Regierung berufen und abberufen. Dem Direktorium obliegt die gesamte Geschäftstätigkeit. (-> Bankwesen, -> Bankanalyse)

**BAUERNKIND:** -\* Arbeiter- und Bauernkind.

**BAUERNKONGRESS, DEUTSCHER:** Früher mit «Deutscher Bauerntag» bezeichnetes, unregelmässig stattfindendes Treffen der Funktionäre der -> VdgB, auf dem die parteiamtlichen Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik ausführlich wiederholt und als Forderungen konkretisiert werden. Der für Spätherbst 1960 einberufene VI. DB. wird erstmalig «in gemeinsamer Arbeit der VdgB, der -> DBD unter Führung der -> SED in der -\* Nationalen Front» vorbereitet und soll damit als Ausdruck einer «allumfassenden Volksbewegung» über den bishe-

gen Rahmen der Bauerntage hinausgehen. (-+ **Nationale Bauernrolitik, -> Agrarkommission der lationalen Front)**

**BAUERNKORRESPONDENT (BK):** Entspricht dem -> **Volkskorrespondenten**, spezialisiert auf Fragen des Dorflebens und der Landwirtschaft. Berichterstattende Tätigkeit, vor allem für die Wochenzeitung der -> **VdgB (BHG)** «Der freie Bauer», mit der Einzelfälle oder -personen angeprangert oder als fortschrittlich im Sinne der SED-Parteilinie herausgestellt werden. Zu diesem Zweck ist ein regelrechtes BK-Netz über das ganze Gebiet der SBZ gezogen worden.

**BAUERNLEGEN:** Von der Propaganda unter vielen anderen meist verwendetes Schlagwort, mit dem besonders im Frühjahr 1960 die Aufmerksamkeit von den Massnahmen der -> **Zwangskollektivierung** abgelenkt und auf die agrarstrukturellen Veränderungen in Westdeutschland gerichtet werden sollte; letztere werden unter Hinweis auf die Zahlen im «Grünen Bericht» (Abnahme der landw. Betriebe von 0,5 bis 10 ha um rund 220'000 von 1949-59) als Ausdruck einer «bauernfeindlichen» Politik der Bundesregierung gedeutet. In diesem Zusammenhang stehen auch Angriffe gegen NATO und Bundeswehr sowie gegen westdeutsche Agrarpolitiker, deren Ausserungen in obigem Sinne eingestellt zitiert werden. (-> **Nationale Bauernpolitik**)

**BAUERNMARKT:** Gemäss VO im GBl. Nr. 53/1953 ein Markt, auf dem die Bauern nach Erfüllung der -> **Ablieferungspflicht** (entsprechende Bescheinigungen muss der Verkäufer bei sich führen) und nach Entrichtung einer Standgebühr, die für -> **LPG** und ihre Mitglieder um Vg ermässigt ist, bestimmte Produkte verkaufen können. Der Verkauf kann bis zu einer staatlich festgesetzten Höchstpreisgrenze zu frei sich bildenden Preisen erfolgen. Bauernmärkte sind volkseigene Betriebe der örtlichen Wirtschaft und unterstehen der zuständigen Abt. Handel und Versorgung unter Leitung einer Marktkommission. Ihr Warenumsatz unterliegt wie Erfassung (Ablieferungssöl) und Aufkauf (-\* **Freie Spitzen**) staatlicher Planung, Lenkung und Kontrolle. Für die Versorgung der Bevölkerung ist der B. praktisch bedeutungslos. Das beweisen die geringen Erzeugerumsätze auf den Bauernmärkten. Mit 129 Mill. DM erreichten sie 1957 einen bescheidenen Höchststand und verkleinerten sich in den Jahren danach laufend. 1959 betrugen sie nur noch 25 Mill. DM, d. h. nicht einmal V2 v. H. der auf 7 Mrd. DM geschätzten Umsätze der -\* **Landwirtschaft mit den -> VEAB.** [755]

**BAUMANN, EDITH:** \* 1.8.1909 in Berlin als Tochter eines Arbeiters. Volksschule. Stenotypistin. 1925

-> SAJ. 1927 -> SPD, 1931 SAP. 1933 Verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 1945 SPD, 1946 -> SED, 1946 stell v. Vors.de r.+FDJ. 1949 bis 1953 Sekretär im Kleinen Sekretariat des Politbüros bzw. im Sekretariat des -> ZK. 1953 Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, seit 1955 verantwortlich für die Frauenarbeit im ZK der SED. Seit 1956 Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED, seit 1958 Kandidat des -> **Politbüros** des ZK der SED. Mitgl. des DFD-Bundesvorstandes und der Exekutive des Rates der Internationalen Demokratischen Frauen-Föderation.

**BAUSPAREN: Die -> Sparkassen** wurden durch Gesetz ermächtigt, mit privaten Bauwilligen Bausparverträge abzuschließen. Sind 25 v.H. der benötigten Bausumme eingesparrt, erhält der Bausparer für den Restfinanzierungsbetrag ein langfristiges Darlehen, welches hypothekarisch abzusichern und mit 4 1/4 v.H. jährlich zu verzinsen ist. Bewohnern der SBZ oder des Sowjetsektors von Berlin, die bei öffentlich-rechtlichen oder privaten Bausparkassen mit dem Sitz innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 gespart haben und nach den Bestimmungen des jetzigen Gesetzes bis zum 31.12.1955 einen neuen Bausparvertrag abgeschlossen haben, wird, wenn eine Umwertung noch nicht bezahlt worden ist, das nachgewiesene Altbausparguthaben im Verhältnis 1: 10 auf den neuen Sparvertrag angerechnet. (-> **Bauwirtschaft**)

**BAUTZEN:** Stadt im sächsischen Bezirk -> Dresden, Kreisstadt, Hauptort der sächsischen Oberlausitz, an der Spree, mit 41 294 Einwohnern (1959); überragt von Schloss Ortenburg (15. Jh. neu erbaut), reich an mittelalterlichen und barocken Bauten: spätgotischer Petridom (13./15. Jh., Simultankirche); vielseitige Industrie: Waggonbau, Metall- und Papierwaren, Tuche; Sitz des Bischofs von Meissen (seit 1921). Zuchthaus. Institut für sorbische Volksforschung

**BAUWIRTSCHAFT: Das Schwergewicht** der Bautätigkeit in der SBZ liegt bei den sog. Investitionsbauten, also Industriebauten, Verwaltungsgebäuden und militärischen Bauten. Der -> **Wohnungsbau** ist vernachlässigt worden. Zu den grossen Industriebauten der letzten Jahre gehören u. a.: das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, das Eisenhüttenkombinat in Fürstenberg/Oder, die Grosskokerei in Lauchhammer, die Eisenwerke West in Calbe/Saale, der Ausbau der Ostseewerften, das noch im Aufbau befindliche Braunkohlenkombinat

-> **Schwarze Pumpe** bei Hoyerswerda, verschiedene noch nicht abgeschlossene Kraftwerksbauten. Baustoffmangel und technische Rückständigkeit führten zu der amtlichen Feststellung: «Wir bauen nicht gut genug, wir bauen zu langsam und vor allem zu teuer.» Seit Jahren wird, gehemmt durch das Fehlen einer leistungsstarken Baumaschinenindustrie und durch Materialmangel, die Industrialisierung des Bauwesens angestrebt. Auf die unterschiedliche Bevölkerungszahl berechnet, ergibt sich gegenüber der BRD eine erhebliche Minderleistung in der B. Das Bauvolumen der SBZ betrug 1958 pro Kopf der Bevölkerung nur rund 50 v.H. gegenüber dem Stand in der Bundesrepublik. Hauptaufgabe der B. der SBZ im -> **Siebenjahrplan (1959-65)** ist wieder die «Konzentrierung der Kräfte auf die vorrangige Entwicklung der Grundstoffindustrie (Chemie, Kohle, Energie). Die B. soll bis 1965 die Produktion bei gleichbleibender Arbeitskräftezahl verdoppeln. Zu diesem Zweck werden der Baumaschinen- und der Baustoffindustrie zur Erweiterung ihrer Kapazitäten erhebliche Mittel zugeführt.

Auf einer sogenannten Baukonferenz der SED wurde im Mai 1959 ein «grosser Umschwung in der B.» angekündigt. Danach sollen bis 1960 weitgehend die Industrialisierung des Bauens durchgeführt, die Typen- und Serienanfertigung sowie die Montagebauweise eingeführt werden. Es sollen endlich ausreichend Baumaschinen produziert und der Wohnungsbau gefördert werden, so dass der Wohnungsbedarf bis 1965 «im wesentlichen behoben» sein soll. Die Siebenjahrplanziele in der B. sind im Hinblick auf den gegenwärtig noch sehr niedrigen Stand der sowjetzonalen Bauproduktion nicht unreal. Die geplante Verdoppelung der Produktion würde lediglich an den Stand in der Bundesrepublik **heranführen. (-> Bauämter) [762]**

**BDVP: Abk. für -> Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. (-> Volkspolizei)**

**BEAMTE:** In der SBZ gibt es B. im herkömmlichen beamtenrechtlichen Sinne seit 1945 nicht mehr. Das Deutsche B.-Gesetz vom 26. 1. 1937 ist durch SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17. 9. 1945 aufgehoben worden.

Die im öffentlichen Dienst stehenden «Mitarbeiter des Staatsapparates» sind durch Wahl, Berufung oder Arbeitsvertrag eingesetzte Angestellte oder Arbeiter im öffentlichen Dienst. Soweit sie mit eigener Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis staatliche Aufgaben erfüllen, werden sie als Staatsfunktionäre bezeichnet (-> **Funktionäre**). Auf diese Staatsfunktionäre sind die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs



buchs über Straftaten von B. anzuwenden. (-> **Staatsapparat**)

**BEAMTENVERSORGUNG:** Die Versorgung der ehemaligen-▶ **Beamten** liegt in den Händen der Sozialversicherung. Nach deren Grundsätzen erhalten die Betroffenen daher nur Bruchteile der Pensionen, auf die sie Anspruch hätten und die in der Bundesrepublik nicht nur den einheimischen, sondern auch den verdrängten Beamten gezahlt werden. Voraussetzung für den Versorgungsanspruch ist, dass der Betroffene mindestens 5 Jahre lang als Beamter tätig war und arbeitsfähig ist oder die Altersgrenze (bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre) überschritten hat. Die Mindestrenten sind gleich denen in der Sozialversicherung. Die Witwenrente beträgt 35 v. H., die Vollwaisenrente 25 v. H. und die Halbwaisenrente 25 v. H. der Rente, die für den verstorbenen Beamten zu berechnen gewesen wäre. (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen, -> Renten**) [425]

**BECHER, JOHANNES R.:** \* 22. 5. 1891, gest. 11. 10. 1958. Sohn eines Oberl.-Ger.-Präsidenten in München. Gymnasium, Studium der Medizin und Philosophie in Jena und Berlin. Begann als expressionistischer Dichter. Im 1. Weltkrieg Pazifist. 1917 -> USPD, 1918 Spartakusbund, Vorsitzender des «Bundes revolutionärer Schriftsteller» in Jena, seit 1923 -> KPD. 1927 erstmalig in der SU, 1929 Mitgl. der Redaktion des KPD-Zentralorgans «Die Rote Fahne». 1933 emigriert, 1934 ausgebürgert. Lebte in Österreich, der Schweiz und Frankreich, ab 1935 in der SU, wo er die «Internationale Literatur - Deutsche Blätter» herausgab. Ab 1943 Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1945 Rückkehr nach Deutschland. Vom 8. 8. 1945 bis 9. 2. 1958 Präsident des \* **Kulturbundes**, März 1950 Vizepräsident, Dezember 1952 bis April 1956 Präsident der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Vom 7. 1. 1954 bis zu seinem Tode Minister für Kultur. April 1946 bis Sept. 1947 Mitgl. des SED-Parteivorstandes, seit 24. 7. 1950 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**. Seit 7. 10. 1949 Abgeordn. der -> **Volkskammer**. 1952 Stalin-»Friedenspreis». Dr. h. c. Textdichter der von **Hanns -> Eisler** komponierten -> **Nationalhymne** der «DDR» sowie zahlreicher weiterer kommun. Parteidichtungen. Veröffentlichungen: «Abschied», Drama, «Winterschlacht», Tagebuch «Auf andere Art so grosse Hoffnung», «Poetische Konfession» u. a. [502, 527]

**BECHLER, BERNHARD:** \* 9. 2. 1914 in Grün bei Lengenefeldt/Vogtland als Sohn eines Fabrikanten. Berufs-offizier. Als Major bei Stalingrad

geraten. Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1945 -> KPD, 4. 6. 1945 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung -> **Brandenburg**, vom 20. 12. 1946 bis 1948 Innenminister des Landes Brandenburg. 1949 bis 1950 Besuch der sowjetischen Militärakademie in Saratow, anschließend Chefspek-teur der KVP, dann Generalmajor und stellv. Chef des Stabes der **KVP**, seit 1956 Generalmajor und stellv. Chef des Stabes der -> **Nationalen Volksarmee**.

**BEDINGTE STRAF AUSSETZUNG:** Vorzeitige Entlassung aus der Strafhaft ist nicht nur durch einen Gnadenereis (-> **Gnadenrecht**) möglich, sondern auch im Wege der BS. nach § 346 StPO. Danach kann die Vollstreckung der Freiheitsentziehung mit dem Ziel des Straferlasses ausgesetzt werden, wenn „a) das Vorleben und die Persönlichkeit des Täters sowie die Umstände des Verbrechens dies rechtfertigen und b) zu erwarten ist, dass der Verurteilte während einer **Bewährungsfrist** sich so verantwortungsbewusst verhält, dass auch für die Zukunft mit einer gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gerechnet werden kann“.

BS. bei einer mehr als sechs Jahre Freiheitsentzug betragenden Strafe darf allerdings erst dann erfolgen, wenn mindestens die Hälfte der Strafe verbüsst ist.

Zunächst wendeten die Strafgerichte § 346 StPO vielfach im Sinne der -> **bedingten Verurteilung an**, indem sie BS. gleich bei Verkündung des Urteils gewährten. Mit. Erlass des -> **Strafrechtsergänzungsgesetzes** und der dadurch am 1. 2. 1958 neu eingeführten Straftat bedingte Verurteilung wurde § 346 StPO auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt. Am Beschluss über die Gewährung oder den Widerruf der BS. wirken jetzt auch -> **Schöffen** mit. Entscheidend dafür, ob BS. gewährt wird oder nicht, ist die Stellungnahme der -> **Staatsanwaltschaft**. Gegen den Willen der Staatsanwaltschaft werden, wie die Praxis zeigt, Beschlüsse auf BS. nicht erlassen. (-> **Rechtswesen**) [430]

**BEDINGTE VERURTEILUNG:** Neue Straftat, die durch das -> **Strafrechtsergänzungsgesetz mit Wirkung vom 1. 2. 1958** in das Strafen-system eingeführt wurde: «Eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren kann bedingt ausgesprochen werden, wenn der Grad . der -> **Gesellschaftsgefährlichkeit** der Tat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, und das Verhalten des Täters vor und nach Begehung der Straftat dies rechtfertigen» (§ 1 StEG). Die festgesetzte Strafe wird nur dann vollstreckt, wenn der Verurteilte

während einer Bewährungszeit von ein bis fünf Jahren eine neue Straftat begeht, für die mehr als drei Monate Gefängnis verhängt werden. Läuft die Bewährungsfrist ohne Eintritt der Bedingung ab, so wird durch Gerichtsbeschluss festgestellt, dass der Verurteilte als nicht bestraft gilt. An diesem Beschluss wirken auch ► **Schöffen mit. BV. und öffentlicher Tadel** wurden eingeführt, nachdem festgestellt worden war, dass «unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung, die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, das wachsende sozialistische Bewusstsein unserer Werkätigen, die in ihrer übergrossen Mehrheit die Gesetze des Staates achten und freudig den Sozialismus aufbauen, zu einem ständigen Absinken der Kriminalität geführt haben» (-■ **Melsheimer** in: «Neue Justiz» 1958, S. 44).

**Bei -> Staatsverbrechen ist BV.** grundsätzlich ausgeschlossen, was sich aus dem hohen Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit jedes Staatsverbrechens ergäbe. Die BV. setze beim Täter «ein Minimum an sozialistischem Bewusstsein voraus, das gewährleistet, einen Gesetzesverletzer ohne Freiheitsentzug zur Achtung vor der sozialistischen Gesetzlichkeit zu erziehen» (OG in: «Neue Justiz» 1958, S. 489). Dem bedingt Verurteilten gegenüber soll **eine -> gesellschaftliche Erziehung** einsetzen. Mit ihm soll im Betrieb und vor der gesamten Belegschaft diskutiert werden, so dass er selbstkritisch zu der von ihm begangenen Straftat Stellung nehmen kann («Neue Justiz» 1958, S. 527). (-> **Rechtswesen**) [430]

**BEGRÄBNIS, SOZIALISTISCHES: -> Grabweih.**

**BEHRENS, FRITZ:** \* 20.9.1909 in Rostock. Volksschule. Maschinenbaulehre. 1924 ->SAJ. Später über Heimvolkshochschule und Begabtenprüfung Studium der Volkswirtschaft an der Univ. Leipzig, Leiter der Sozial. Studentenschaft. 1935 Dr. rer. pol. Bis 1939 im Statistischen Reichsamt. Kriegsdienstverpflichtet. 1945 Stadtrat f. Volksbildung in Zwickau. 1946 -> **SED**, Lehrstuhl f. Pol. Ökonomie an der Univ. Leipzig, 1954 Dekan d. wirtschaftswiss. Fakultät. Mitgl. des wiss. Beirats im Ministerium f. Volksbildg. Mitarb., 1956 stellv. Vors. d. Staatl. Plankommission, Leiter des Stat. Zentralamtes, 1957 abgelöst. 1956 Lehrstuhl f. Statistik an der Humboldt-Univ. in Ost-Berlin. B. setzte sich unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen und Ungarn 1956 f. den Abbau der Zentralverwaltung, der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft ein und wurde von der SED-Führung scharf als «Revisionist» (-> **Revisionismus**) angegriffen. Seine Ansicht-

ten wurden als «politisch u. theoretisch falsch» verurteilt. Im Mai 1960 legte B. im SED-Funktionärsorgan «Neuer Weg» -> **Selbstkritik ab.** (**Arne -> Benary**)

**BENARY, ARNE:** \* 1929, Volks- u. Oberschule, Studium der Wirtschaftswiss., Dipl. rer. pol., Dr. oec., 1954 Oberassistent an der Wirtschaftswissenschaftl. Fak. der Univ. Leipzig, 1955 an die Humboldt-Univ. nach Ost-Berlin berufen. Leiter d. Abtlg. «Sozialist. Wirtschaft» des Inst. f. Wirtschaftswissensch. d. Akademie d. Wissenschaften in Ost-Berlin, 1958 abgelöst. Zusammen mit -> **Behrens** Hauptverfechter des -> **«Revisionismus»** in der Wirtschaft, scharf von der SED-Führung angegriffen. Als Mitgl. der -> **SED** von einem Parteiverfahren bedroht, übte zusammen mit Behrens im Mai 1960 **Selbstkritik** und widerrief seine «revisionistischen» Ansichten. Zur Bewährung in das Kabelwerk Oberspree in Ost-Berlin versetzt.

**BENJAMIN, HILDE, geb. Lange:** \*5. 2. 1902 in Bernburg/Saale, Tochter eines kaufm. Angestellten. Lyzeum, Jurastudium. Dr. jur. h. c. 1952. Heiratete den Arzt Dr. Benjamin, der 1942 im KZ Mauthausen ums Leben kam. Seit 1927 Mitgl. der -> **KPD**. 1928 Rechtsanwältin in Berlin. 1933 Berufsverbot, arbeitete während der NS-Zeit in einem Verlag und in der Konfektion. 1945 von der -> **SMAD** als Oberstaatsanwältin in Berlin-Lichterfelde eingesetzt, 1947 Leiterin der Personalabteilung in der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz. Organisierte die Heranbildung von **Volksrichtern** und Volksstaatsanwälten. 1949 Studienreise in die SU; seit 7. 12. 1949 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der SBZ, nach dem Sturz -> Fechners am 15. 7. 1953 Justizminister. Seit 7. 10. 1949 Abgeordnete der -> **Volkskammer**, seit 6. 4. 1954 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**. Die B. wurde besonders bekannt durch die Leitung der ersten grösseren -> Schauprozesse in der SBZ. Sie war wegen ihrer harten Urteile gefürchtet und trat auch als Ministerwiederholt als besonders eifrige Verfechterin einer Unterdrückungspolitik hervor.

**BERATER:** Tarnbezeichnung für sowjetische Beamte oder Offiziere in den Einheiten der -> **Nationalen Volksarmee** (-> Sowjetnik). Die höheren Stäbe und die Lehranstalten der Volksarmee sind am stärksten mit B. besetzt.

**BEREICH SARZTSYSTEM:** Freie Arztwahl soll stark eingeengt werden, indem, wie in der SU, die Behandlung in jedem Wohnbezirk wie in jedem Betriebsteil einem bestimmten Arzt übertragen und ein Ausweichen auf andere

-\* **Ärzte** für Erwerbstätige praktisch unmöglich gemacht wird. -> **Staatliche Arztpraxen**, -> **Ambulatorien**, -> **Polikliniken** und Einrichtungen des -> **Betriebsgesundheitswesens** erhalten damit abgegrenzte «Versorgungsbereiche», ebenso wie die Krankenhäuser. Der Mangel an Ärzten erleichtert die Durchsetzung des Prinzips beträchtlich. (-> **Gesundheitswesen**)

**BEREITSCHAFTSPOLIZEI:** Kasernierte militärähnliche-\* Polizeitruppe, seit Ende **1954** aus den Wachverbänden des Sfs entwickelt. Bis 1.10. **1956** als -> Innere Truppen bezeichnet. Untersteht seit 15. 2. **1957** nicht mehr dem -> MfS, sondern dem -> **Ministerium des Innern**, doch wurde ihre Eigenschaft als militärähnliche Verfügungsgruppe noch verstärkt. Die B. übernahm im Spätsommer **1957** die bis dahin von ihr getrennten kasernierten Bereitschaften **der Deutschen -> Volkspolizei**, ausgenommen jene in Berlin. Die B. ist in mot. Bereitschaften gegliedert, die etwa modernen mot. Infanterieregimentern entsprechen. Sie haben je 1 Batterie Feldgeschütze und je 1 Komp. Spähpanzer, Kradschützen, Granatwerfer und Nachrichten. Jede ihrer 3 Abteilungen (gleich Bataillone) hat 3 Schützenkomp. und eine Panzerwagen-Komp. Der Ausbau der B. bis zu etwa 16 bis 18 Bereitschaften ist geplant, doch der Mangel an geeigneten Offizieren und Unteroffizieren wie an Rekruten liess es bisher dazu nicht kommen, während die Grenzpolizei an Zahl zunahm. Die 10 Bereitschaften (= Rgt.) bzw. deren Abt. (= Btl.) stehen in den Bezirkshauptstädten, vor allem aber in den Industriegebieten der SBZ. Daneben gibt es einige Abt., aus denen weitere Bereitschaften entstehen sollen, und 1 Lehrbereich. (Potsdam). Die Offiziere der B. werden grossenteils auf Offiziersschulen der Deutschen **-> Grenzpolizei und der -> Nationalen Volksarmee** ausgebildet. - Seit Mitte **1959** wird die B. amtlich nicht mehr als «Deutsche B.\*» bezeichnet.

Die B. wird sehr streng «kaderpolitisch\* im Sinne der -> **SED** ausgelesen und parteipolitisch im Polit-Unterricht sorgfältig geschult. Sie ist nach dem Vorbild der sowjetischen Staatssicherheitsgruppen zur Niederhaltung der Bevölkerung und zur Unterdrückung von Volkserhebungen bestimmt. Uniform: graugrün wie die Volkspolizei. Stärke: rund 21'000 Mann. Chef des Kommandos der B. (in Pätz bei Königs Wusterhausen) ist seit 15. 8. **1959** Oberst Claus Mansfeld. Sein Vorgänger, Generalmajor Winkelmann leitete als Chef der HVDVP die Volkspolizei. (-> **Militärpolitik**)

**BERG, LENE:** \* 10. 4. **1906**, Ausbildung zur Lehrerin. **1921** Mitgl. der -> **SAJ**, **1928 -> KPD**. **1933** Emigration in die SU, zeitweilig Assistentin und Lehrerin an Antifa- und Parteschulen, u. a. als «Lene Ring» an der Kominternschule in Kuscharenkowo. Nach **1945** Sekretär für Propaganda in der SED-Landesleitung Sachsen-Anhalt. Seit **1951** Direktor des -> **Instituts für Gesellschaftswissenschaften** beim -> **ZK** der SED. Seit April **1954** Kandidat, seit Juli **1958** Mitgl. des ZK.

**BERGBAU:** Entsprechend den in der SBZ vorkommenden Bodenschätzen wird B. in folgenden Bereichen betrieben: Braun- und Steinkohle (-> **Kohlenindustrie**), Stein- und Kalksaize. (-> **Kalibergbau**), Erzbergbau (-> **Eisen- und Stahlindustrie**, -> **Kupferbergbau**) und geringfügig Erdgas- und Erdölförderung (-> **Bodenschätze**)

**BERGBAUBEHÖRDE, OBERSTE:** Dem Ministerrat unmittelbar unterstellte Behörde, die über den gesamten **-> Bergbau** die sicherheitstechnische Aufsicht ausübt.

**BERGBAUSTAATSANWALT;** Amtsbezeichnung für den Staatsanwalt bei der Bezirksstaatsanwaltschaft Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), der für die Strafverfolgung pp. der im Bergbau begangenen strafbaren Handlungen zuständig ist. (-> **Staatsanwaltschaft**)

**BERGMANN DER DDR, VERDIENTER:** Ehrentitel, der für hervorragende Leistungen im Bergbau verliehen wird und zu dem eine Medaille, eine Urkunde und eine Prämie bis zu 10'000 DM gehören. (-> **Auszeichnungen**)

**BERGMANNSENTEN:** Bergleute erhalten entsprechend dem höheren Beitragssatz von 30 v. H. zur Sozialversicherung erhöhte Leistungen. Danach erhält B. der Bergmann, der zur Ausübung seines Berufs dauernd oder vorübergehend berufunfähig ist, wenn die Berufsunfähigkeit ununterbrochen 26 Wochen gedauert hat oder nach Wegfall des Krankengeldes besteht, nach fünfjähriger bergmännischer Tätigkeit. Die B. bestehen aus einem Steigerungsbetrag in Höhe von 1,5 v. H. des Entgelts und in einem Leistungszuschlag, der nach mindestens 10 Jahren Untertagearbeit für jedes weitere Jahr einer solchen Arbeit gewährt wird, und einen Kinderzuschuss. Bergmannsvollrente erhält ein Versicherter, der a) invalide (zu 66<sup>2</sup>/3 v. H. erwerbsgemindert) ist oder b) die bergmännische Tätigkeit bereits früher aufgegeben hat und das 65. Lebensjahr (bei Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat oder c) das 50. Lebensjahr vollendet hat, mindestens 25 Jahre Gesamtbeschäftigungszeit in einem bergbaulichen

Betrieb nachgewiesen und während dieser Zeit mindestens 15 Jahre bergmännische Untertagearbeit verrichtet hat. Seit 1. 7. 1959 erhält Bergmannsvollrente auch der Versicherte, der das 60. Lebensjahr (bei Frauen das 55. Lebensjahr) vollendet hat und a) unmittelbar vor Erreichung dieser Altersgrenze 5 Jahre ununterbrochen bergmännisch tätig war oder b) bei Erreichung dieser Altersgrenze bergbaulich versichert ist und eine mindestens 5jährige ununterbrochene bergmännische Tätigkeit wegen Berufsunfähigkeit aufgeben musste oder c) bei Erreichung dieser Altersgrenze bergbaulich versichert ist und mindestens 15 Jahre bergmännisch tätig war. Auch die Bergmannsvollrente besteht aus Steigerungsbetrag, Leistungszuschlag und Kinderzuschuss. Der Steigerungsbetrag beträgt 2,4 v. H. des Entgelts. Die Witwenrente beträgt  $\frac{1}{10}$  der B. oder der Bergmannsvollrente ohne Kinderzuschuss. [418,425]

**BERLIN:** B. ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z. Z. die damit verbundenen Funktionen nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Mill. Einwohnern ist B. die grösste deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Mill. Einwohnern zu den drei westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,08 Mill. Einwohnern (1959) zum Sowjetsektor.

Als Hauptstadt Preussens und seit 1871 des Deutschen Reiches war B. bis 1945 das deutsche Verwaltungszentrum, durch seine günstige geographische Lage ein erstrangiger Knotenpunkt im europäischen Ost-West- und Nord-Süd-Verkehr. B.

war ferner der Mittelpunkt des kulturellen Lebens in Deutschland und nicht zuletzt ein bedeutendes Industriegebiet. Infolge der schweren Kriegsschäden, der sowjetischen Demontagen und später der Spaltung der Stadt entwickelte sich der kulturelle und wirtschaftliche Wiederaufbau viel langsamer als in der Bundesrepublik. West-Berlin wurde hierbei durch Marshallplangelder, später durch Bundesmittel unterstützt. Es konnte auf den Gebieten der Wissenschaft und Forschung sowie der Künste eine international anerkannte Stellung wiedererringen. 1945 wurde die Technische Universität, 1948 die Freie Universität, 1949 die Hochschule für Politik wieder bzw. neu gegründet. Zahlreiche weitere Institute und Kultureinrichtungen nahmen noch und nach ihre Tätigkeit wieder auf. Voraussetzung dafür war eine rege Bautätigkeit. Trotz Geld- und Kreditmangels schritt auch der Aufbau von Handel und Industrie in den letzten Jahren günstig fort. Besonders stö-

rend war hierbei das Fehlen des Hinterlandes, das sich sowohl auf die Ausfuhr von Gütern als auch auf die Versorgung der Stadt hemmend auswirkte. West-Berlin \* konnte jedoch den alten Ruf seiner Erzeugnisse aus der Elektroindustrie, dem Bekleidungs-gewerbe, dem Maschinenbau, dem Eisen- und Stahlindustrie und dem graphischen Gewerbe wiederherstellen. Die entsprechenden Anlagen im Sowjetsektor wurden vielfach in Konkurrenz zu West-Berlin entwickelt, und die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen tragen oft repräsentativen Charakter. Wegen ihres parteiideologischen Anstriches ist ihnen aber die alte Bedeutung versagt geblieben. Die Bautätigkeit und die Wirtschaftsentwicklung leiden unter den für die gesamte SBZ geltenden Erschwerungen.

Das gesamte Berliner Verkehrs-, Nachrichten- und Energienetz wurde durch die Spaltung der Stadt zum grössten Teil zerrissen. Der Personenverkehr über die Sektorengrenze ist z. Z. nicht, der Güter- und Warenverkehr aufs schwerste behindert.

Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde B. durch eine dem -> **Kontrollrat** nachgebildete Viermächteverwaltung einer Sonderbehandlung unterworfen. Die Stadt wurde anfangs in drei und bald danach durch Ausgliederung eines französischen Sektors aus den westlich besetzten Teilen, in vier Sektoren geteilt. Ganz B. sollte durch den «Magistrat von Gross-Berlin» unter Kontrolle der Alliierten Kommandantur einheitlich verwaltet werden. Vor Arbeitsbeginn der Kommandantur (11. 7. 1945) hatten die Sowjets alle in ihrem Interesse erforderlichen Massnahmen bereits durchgeführt oder vorbereitet. Ober 80 v. H. aller noch brauchbaren industriellen Einrichtungen wurden demontiert. Die Stadt erhielt eine rein kommunistische Verwaltungsspitze. Verwaltung und Gesetzgebung wurden weitgehend den Verhältnissen in der SBZ angeglichen (Finanzen, Schulen, Sozialversicherung, Verkehrswesen usw.). Durch ihren Vertreter in der Kommandantur verhinderten die Sowjets jede konstruktive Politik. Der 1946 nach einwandfreier demokratischer Wahl von der Stadtverordnetenversammlung mit grosser Mehrheit (104 Abgeordnete der SPD, CDU und LDP gegen 26 der SED) gewählte Bürgermeister Prof. Reuter konnte infolge sowjetischen Vetos sein Amt nicht ausüben.

Um die Position der Westmächte in B. unmöglich zu machen, soll-

ten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die **Blockade** vom 24. 6. 1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von West-Berlin nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) bis zum 12. 5. 1949 (Aufhebung der Blockade durch Viermächteabkommen vom 4. 5. 1949) von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden. Die SMAD und die SED vertraten plötzlich die Auffassung, B. sei ein Teil der -> SBZ. Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8'000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommun. Niederlage.

Die am 20. 6. durchgeführte Währungsreform verschärfte die schon seit Monaten sich abzeichnende Krise, bis am 24. 6. unter dem Vorwand von technischen Schwierigkeiten auf den Zufahrtswegen die Blockade von den Sowjets verhängt wurde. B. hatte durch die Währungsreform zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderungen nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. Während heute im Sowjetsektor nur die DM Ost gültig und der Besitz von DM West strafbar ist, kann die DM Ost in West-Berlin bei privaten Wechselstuben frei konvertiert werden. Der Kurs richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

Die Spaltung der Stadt durch die Sowjets und die SED wurde durch die kommun. Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6. 9. 1948 vollendet. Seit 30. 11. 1948 hat Berlin getrennte Verwaltungen, da eine von der SED willkürlich zusammengesetzte «ausserordentliche Stadtverordnetenversammlung» einen «provisorischen Magistrat» bestimmt hat. West-Berlin gehört nicht zur Bundesrepublik, durch Übernahme von Bundesgesetzen wird jedoch die weitgehende Rechtsgleichheit angestrebt seine Vertreter nehmen an den Bundestags- und Bundsrats-sitzungen zwar teil, besitzen jedoch kein Stimmrecht. West-Berlin gilt als deutsches «Land\* auf Grund der Verfassung vom 1. 9. 1950. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. 5. 1957 gilt dort auch das Grundgesetz, das nur durch die oberste Gewalt der Alliierten eingeschränkt werden kann. Von den 200 Sitzen des Abgeordnetenhauses werden 73 für die Abgeordneten des Sowjetsektors frei gehalten für den Fall, dass auch dort wieder freie Wahlen möglich sein sollten. Die

Regierung besteht aus dem Senat mit höchstens 16 Senatoren und dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze. West-Berlin wird z. Z. von einer Koalitionsregierung aus SPD und CDU regiert. - Der Sowjetsektor wird von einem nichtgewählten Magistrat unter Leitung eines Oberbürgermeisters verwaltet. Er ist verwaltungsmässig nicht in die SBZ einbezogen. Der Viermächtestatus Berlins wird seitens der Westmächte sowie der West-Berliner und der Bundesregierung streng gewahrt. (-> **Regierung und Verwaltung**) Mit einer Note vom 27. 11. 1958 kündigte die SU das Besatzungsstatut Berlins. Innerhalb der Frist eines halben Jahres sollte B. den Status einer «entmilitarisierten Freien Stadt» erhalten und die Behörden der «DDR» den Zugang zur Stadt auch für das alliierte Personal kontrollieren. Den Westmächten wurde gleichzeitig grundsätzlich ihr Aufenthaltsrecht in B. bestritten. Diese ultimative Forderung wurde seitens der Westmächte, der Bundesrepublik und des Senats von West-Berlin energisch zurückgewiesen. Seitdem steht B. wieder im Mittelpunkt der Welt-politik. (-> **Besatzungspolitik**)

[204, 205, 206, 209]

BERLINER AUSSENRING: Strategisch wichtige, rund 180 km lange Strecke der «**Deutschen -> Reichsbahn**», die -> **Berlin** (in teilweise beträchtlichem Abstand von der inneren «Ringbahn») umgeht. Die SED will vortauschen, erst ihr Regime habe den BA. wesentlich geschaffen. Doch war er, nachdem der Versailler Vertrag den Wiederaufbau der 1919 zu fast einem Drittel befahrenen Strecke von 1919 bis 1936 gehemmt hatte, 1944 dann bereits auf fast zwei Dritteln seiner Länge in Betrieb. Am BA., der 1945-46 grossenteils demontiert worden war, arbeitete die «Reichsbahn» der SBZ erst seit 1950, als die -> **Blockade** West-Berlins es der SU und der SED nahegelegt hatte, sich von den durch West-Berlin laufenden Bahnstrecken unabhängig zu machen. Die «Reichsbahn» machte 1. seit 1950 die Demontagen auf dem BA. wieder rückgängig; baute 2. bis 1951 zwischen Grossbeeren (an Leipziger Fernstrecke) und Schönefeld (nahe Breslauer Fernstrecke) eine Parallelstrecke zu einem schon vorhandenen, aber durch den Westsektor gehenden Abschnitt des BA.; schuf 3. von 1950 bis 1955 zwischen Karow (an Stettiner Fernstrecke) und Wustermark (an Kölner Fernstrecke) das vor 1944 fehlende nördliche Drittel des BA.; und baute 4. zwischen Eiche-Golm (westlich Potsdam, nahe Magdeburger Fernstrecke) und Saarmund (nahe Erfurter Fernstrecke), über einen der

Havel-Seen hinweg, **1955-1957** eine Abkürzung des ursprünglichen BA., der bisher eine spitze Ausbuchtung nach Seddin hin (an Dessauer Fernstrecke) hatte. Der nun ganz zweigleisig ausgebaut BA. diente an sich dem Güterverkehr, doch werden über ihn auch jene Personenzüge geleitet, die West-Berlin umfahren sollen. – Bei ihrem Versuch, West-Berlin zu schädigen und lahmzulegen, missbraucht die SED den BA. für rein politische Zwecke. (-> **Eisenbahn**, -> **Verkehr**)

**BERNBURG:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> Halle, Kreisstadt, an der Saale mit 44 464 Einwohnern (**1959**); Renaissanceschloss (12. bis 18. Jh.); Sol- und Moorbad; Saalehafen; bedeutende Sodaindustrie (vorm. Deutsche Solvay-Werke AG), Kali- und Salzsteinbergbau. Im 12. Jh. gegründet, war B. von 1244-1468 und von 1603-1863 Residenz der Fürsten und Herzöge von -> **Anhalt-B.**

**BERUFAUSBILDUNG:** Die B. wird nach den Erfordernissen der Wirtschaftsplanung gelenkt (-> **Berufslenkung**) und entsprechend sehr weitgehenden gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt. Ziel der B. ist es, in möglichst kurzer Zeit qualifizierte Arbeitskräfte heranzubilden (-> **Arbeitskräfteproblem**). Lehrverträge für gewerbliche Lehrlinge sind nach allgemeinverbindlichen «Musterverträgen» abzuschliessen, die nach Abschluss vom Rat des -> **Kreises** bestätigt werden müssen. In einer umfangreichen «Systematik der Ausbildungsberufe» sind für jeden Beruf die erforderliche (Vorbildung (Volksschule, Mittelschule, Abitur), die Charakteristik des Berufs, das Ausbildungsziel, die Dauer der Lehrzeit, die Lohngruppeneinstufung nach Lehrabschluss usw. gesetzlich festgelegt. Die Lehrzeit beträgt in der Regel zwei bis drei Jahre und endet mit einer Lehrabschlussprüfung. Die Lehrpläne (Ausbildungspläne) müssen vom Ministerium für Volksbildung genehmigt sein. Es gibt zahlreiche -> **Lehrwerkstätten**, Lehrwohnheime und -> **Lehrkombinate**. Berufsschulpflicht besteht für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Ein **1958** errichtetes «Deutsches Institut für Berufsausbildung», Sitz Ost-Berlin, hat die Aufgabe, «die weitere Entwicklung der Berufspädagogik zu fördern». – **1959** standen 128'000 Schulabgänger zur Aufnahme eines Lehrverhältnisses zur Verfügung, davon kamen 70 v. H. aus 8klassigen, 27 v. H. aus 10klassigen und 3 v. H. aus 12klassigen Schulen. Nach neuesten Planungen ist vorgesehen, dass gewerbliche Lehrlinge im ersten Lehrjahr eine Grundausbildung für zwei artverwandte Berufe erhalten sollen; erst vom zweiten Lehrjahr ab folgt die

Spezial- und Lehrberufsausbildung. Erwachsene sollen in -> **Aktivisten-schulen** und Lehrgängen (-> **Qualifizierung**) hinsichtlich der beruflichen Ausbildung gefördert werden. (-> **Arbeiter- und Bauernfakultäten**, -> **Hochschulen**, -> **Fernstudium**, **technische -> Betriebs-schulen**, -> **Betriebsakademien**)

[418]

**BERUFSLENKUNG:** Gemäss den Erfordernissen der Wirtschaftsplanung wird die -> **Berufsausbildung** gelenkt. Der Berufsausbildungsplan ist Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes. Die Berufsberatung dient in erster Linie der B., erfolgt also unter Vernachlässigung der persönlichen Wünsche und der Eignung des Jugendlichen. Alljährlich ergeht eine Anordnung über die Durchführung des Planes «Berufsausbildung». Dieser bevorzugt eindeutig die Schwerindustrie unter Benachteiligung der privaten Wirtschaft. Die Schulabgänger werden durch eine besondere Werbekampagne beeinflusst, die von der Verwaltung gewünschten Berufe zu ergreifen. Wichtigstes Mittel der B. ist die Registrierpflicht für alle Lehr- und Arbeitsverträge mit Schülern, Jugendlichen und Studienbewerbern bei den Räten der -> **Kreise, Abt. für -> Arbeit und Berufsausbildung**. Berufsausbildungsverträgen mit Handwerkern oder selbständigen Gewerbetreibenden wird vielfach die erforderliche Genehmigung versagt. Das gleiche gilt auch für -> **volkseigene Betriebe**, wenn der vorgesehene Lehrabschluss nicht mit dem Jahresplan der Berufsausbildung im Einklang ist. Das Recht auf freie Berufswahl wird somit stark eingeschränkt.

**BERUFSSCHULEN:** Die Berufsschule «begleitet» die meist dreijährige praktische -> **Berufsausbildung**. Sie hat die Aufgabe, die Jugendlichen in Einheit mit der praktischen Ausbildung zu qualifizierten und «disponiblen» Facharbeitern in einer kommun. Gesellschaftsordnung zu erziehen. Eine mit Erfolg abgeschlossene, mindestens zweijährige theoretische und praktische Berufsausbildung befähigt zur Aufnahme eines Fachschulstudiums (-> **Fach-schulen**). Die kommunalen bzw. allgemeinen B. gliedern sich in gewerbliche, kaufmännische, landwirtschaftliche und allgemeine B., die von den Räten der Bezirke kontrolliert werden.

Seit **1948** gibt es neben ihnen in den volkseigenen Betrieben **Betriebsberufsschulen**. Sie wurden **1956** mit -> **Lehrwerkstätten** und, wo vorhanden, mit Lehrlinaswohnheimen in der Betriebsberufsschule unter einheitlicher Leitung zusammengefasst. Der Direktor der Schule ist dem Werkleiter verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Der an

zwei Wochentagen (12 bis 14 Wochenstunden) erteilte theoretische Unterricht umfasst berufstheoretische und allgemeinbildende (Deutsch, Geschichte) Fächer. An einer Reihe von B. sind besondere Klassen für Inhaber der mittleren Reife errichtet worden, die ihre Schüler in drei Jahren neben der theoretischen Berufsausbildung auf das Abitur vorbereiten.

1958 gab es 1252 B. mit 22 492 Klassen, davon 579 Betriebsberufsschulen. Die Anzahl der Klassen für Absolventen der zehnklassigen und zwölfklassigen Oberschule ist 1958 von 520 auf 1026 erhöht worden. Zahl der Lehrkräfte: 14 461; durchschnittliche Zahl der Schüler je hauptamtliche Lehrkraft: 35,1, je Klasse: 22,5. Von insgesamt 405 641 Lehrlingen wurden 110 461 in sog. privaten Betrieben ausgebildet, 1957 waren es noch 155 215. Zur Zeit laufen Betreibungen zur Polytechnisierung der Berufsausbildung der Lehrlinge im Produktionsprozess - zur Erhöhung ihrer «Disponibilität».

**BESATZUNGSPOLITIK:** Die B. begann nach der militärischen Besetzung Deutschlands und der deutschen Kapitulation vom 8. 5. 1945 formell am 5. 6. 1945 mit der Erklärung über die Übernahme der Regierungsgewalt durch die vier Alliierten. Die Regierungsgewalt sollte vom -> **Kontrollrat** ausgeübt werden, innerhalb dessen jeder der Oberbefehlshaber der 4 Besatzungsarmeen die Verantwortung für seine Zone übernahm. Die Behandlung der deutschen Bevölkerung sollte nach dem **Potsdamer Abkommen** vom 2. 8. 1945, «soweit dieses praktisch durchführbar ist», in ganz Deutschland gleich sein.

Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (**SMAD**) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Unmittelbar nach Arbeitsbeginn des Kontrollrats begann die SMAD mit der willkürlichen Auslegung der Kontrollratsdirektiven und dem Erlass von selbständigen Verordnungen («Befehle»), die Gesetzeskraft erhielten. Die schädlichsten Folgen hatte die einseitige Auslegung der Direktiven auf dem Gebiet der -> **Bodenreform**, der Enteignung von «Kriegsverbrechern und Naziaktivisten», der -> **Entnazifizierung**, der

-\* **Reparationen** und Demontagen sowie der zum Schutze der Besatzungsarmeen erlassenen Rahmenbestimmungen. Der SMAD nicht genehme Kontrollratsbeschlüsse wurden durch Veto des sowjetischen Vertreters verhindert, so dass der Kontrollrat schon sehr bald seine Funktionen praktisch nicht ausüben und von einer gemeinsamen B. nicht mehr die Rede sein konnte. Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommun. deutschen Verwaltungsapparates (-> **DWK**, -> **Regierung**

**und Verwaltung**) entstand neben der SMAD ein Parallellapparat, der jedoch schon in den ersten Instanzen den sowjetischen Weisungen unterworfen war. Die B. konzentrierte sich auf zwei verschiedene Ziele: 1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone (-> **Wirtschaftssystem -\* Gosplan**) und 2. die politische Bolschewisierung. Das rücksichtslose Vorgehen der SMAD in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Hinsicht wandelte die anfangs auf deutscher Seite vielfach vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit in nahezu absolute Ablehnung (-\* **Juni-Aufstand**). Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf komm. Grundlage herbeizuführen, an der Haltung der westdeutschen und West-Berliner Bevölkerung sowie der Festigkeit der westlichen Besatzungsmächte gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen **B. (-> Aussenpolitik)**.

Neben den Enteignungen war die gesonderte -\* **Währungsreform** das wichtigste Hilfsmittel der B. zur Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur in der SBZ. Einseitige Begünstigungen der sowjetischen und deutschen kommun. Finanzinteressen kamen in dem gestaffelten Abwertungsverhältnis der Reichsmark im Vergleich zu den Einzelpersonen der SBZ zum Ausdruck. Nach Bildung der «DDR» wurde die, SMAD am 11. 11. 1949 aufgelöst, ihre Funktionen wurden formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen. An Stelle der **SMAD** wurde die **Sowjetische Kontrollkommission (SKK)** mit Sitz wiederum in Berlin-Karlshorst gebildet. Die Aufgabe der SKK bestand nach der Erklärung Tschuikows vom gleichen Tage in der «Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland». Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vor. Im weiteren Verlauf der Erklärung wurden alle anderen wesentlichen Kontrollen als zu den Aufgaben der SKK gehörend bezeichnet. Es bestand also praktisch ein Unterschied zu den früheren Zuständen nur insoweit, als der straffer durchorganisierte Apparat der SED auf der Partei- und Regierungsebene mit grösseren Aufgaben in das sowjetische Kontrollsystem eingebaut werden konnte.

In den Jahren nach 1949 ist die SED den sowjetischen Organen in der SBZ, mehr noch dem ZK der KPdSU, immer höher geworden - ihre Verehrung für das sowjetische Vor-

bild hat immer noch zugenommen. So muss bis heute im weiteren Sinne jede Regierungs- und Parteimassnahme als eine verhüllte Fortführung der B. bezeichnet werden. An dieser Abhängigkeit der «DDR» von der SU änderte nichts die Umwandlung der SKK in eine Hohe Kommission, unter Ernennung W.

S. Semjonows zum Hohen Kommissar (28. 5. 1953) und deren Verkleinerung auf V3 ihres vorhergehenden Umfangs (19. 6. 1954). Das gleiche gilt von den Zugeständnissen, welche die SU der «DDR» im Moskauer Abkommen vom August 1953 gewährte (Verzicht auf offene Reparationen, Rückgabe der SAG-Betriebe, Senkung der Besatzungskosten). Abhängig von der SU blieb und bleibt die «DDR» auch, seitdem die SU sie aus taktischen Erwägungen dem Namen nach als «souveränen Staat» (25. 3. 1954) behandelt. (-> **Souveränität**)

Als Nachfolger Semjonows wirkte G. M. Puschkin zugleich als Botschafter und als Hoher Kommissar der SU in der SBZ vom 18. 7. 1954 bis 20. 9. 1955. Am 20. 9. 1955 hob die SU (unmittelbar nach Abschluss des Moskauer Vertrages mit der «DDR») das «Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland auf» und «übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der vier Mächte über Gesamtdeutschland ergeben»; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. - Zugleich setzte die SU alle Kontrollratsgesetze u. ä. für die «DDR» ausser Kraft, doch dies «berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der SU gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der vier Mächte ergeben». - Obwohl damit dem Buchstaben nach die Unabhängigkeit der «DDR» bekräftigt wurde, blieb und bleibt die SU die Besatzungsmacht, ohne deren Anwesenheit die Herrschaft der SED und das Bestehen der «DDR» undenkbar wären. [311,319]

**BESCHLAGNAHME: B. werden** durch viele Dienststellen **vorgenommen**. -> **Volkspolizei**, -> **SSD, Ami für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW)** und andere Staatsorgane beschlagnahmen im Zuge von Strafverfahren und durch einfache Verwaltungsmassnahmen oft, ohne dass gesetzliche Voraussetzungen vorliegen. Obwohl § 140 der sowjetzonalen StPO vorschreibt, dass jede B. der richterlichen Bestä-

## BETRIEBSAMBULATORIUM

gung bedarf, erfolgt diese in der Mehrzahl der Fälle nicht, vor allem dann nicht, wenn die B. vom AZKW vorgenommen worden ist. Das AZKW darf vielmehr Gegenstände beschlagnahmen und sogar durch einfachen Bescheid einziehen. Gegen diesen Bescheid steht der Rechtsweg nicht offen, es gibt lediglich die Beschwerdemöglichkeit an **das -> Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel** (§6 21, 23 der 4. DB. vom 25. 8. 1954 zum Gesetz zum **Schutze des -\* Innerdeutschen Handels**; GBl. S. 757). Die bei den Paketkontrollämtern der SBZ beschlaggenommenen Geschenksendungen werden dem «Zentral-Asservatenlager» des AZKW in Berlin-Rummelsburg zugeführt. Von dort werden die Waren an Parteidienststellen und Behörden verkauft. Eine besonders umfangreiche B.-Praxis vollzieht sich seit Jahren gegen das -> **Flüchtlingsvermögen**. [716]

**BESTARBEITER:** Pj für Arbeiter mit überdurchschnittlichen Leistungen, wird meist in gleicher Bedeutung wie -> **Aktivist** gebraucht.

**BETRIEBSAKADEMIEN:** Einrichtungen der -> **Erwachsenenbildung in Industriebetrieben**, in der Bauwirtschaft und in Verkehrsbetrieben. Die anmassende Bezeichnung B. wurde aus Gründen der Propaganda gewählt. Die B. dienen in erster Linie der fachlichen Weiterbildung, jedoch ist auch den mit der -> **Produktionspropaganda** zusammenhängenden Themen beträchtlicher Raum im Unterricht gegeben. In der Regel gliedert sich eine B. nach folgenden «Fakultäten»: **Erwachsenenqualifizierung, Meisterausbildung, Vortragstätigkeit und allgem. Weiterbildung**. Verantwortlich für die Tätigkeit der B. sind die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen (-> **BGL**). Der Unterricht wird durch einen ehrenamtlichen «Rat» geleitet, dem Vertreter der Betriebsleitung, der BGL, der Kammer der -> **Technik und der -> Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse** angehören. Man bemüht sich, insbesondere Frauen und Jugendliche als «Hörer» der B. zu gewinnen. Nach sowietzonalen Angaben soll es im März 1960 750 B. mit etwa einer halben Million «Hörern» gegeben haben. Andererseits wird aus Betrieben unmittelbar berichtet, dass die Teilnahme unbefriedigt ist. - Es ist geplant, in den B. alle sonstigen betrieblichen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen zusammenzuschliessen. (-> **technische Betriebschule, -> Technische Kabinette, -> Neuererzentren**)

**BETRIEBSAMBULATORIUM:** -> **Betriebsgesundheitswesen**.



**BETRIEBSBERUFSSCHULEN:** -> Berufsschulen.

**BETRIEBSGESUNDHEITSWESEN:**

Befehl Nr. 234 der -> **SMAD** gab 1947 den Betrieben die Einrichtung medizinischer Behandlungsstellen auf, die nach sowjetischem Muster Teil des Systems der nach Versorgungsbereichen gegliederten ambulanten ärztlichen Versorgung geworden sind. Grösse und Ausstattung sind gestaffelt nach der Belegschaftszahl: in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft (a) bis 200 Beschäftigte «Gesundheitsstube» mit Gesundheitshelfer des -> **DRK**, (b) 200-500: «Schwesternsanitätsstelle» mit ärztlicher Sprechstunde, (c) 500 bis 2'000: «Arztsanitätsstelle» (Ambulanz) mit -> **Arzthelfer** oder stundenweise tätigen Arzt, (d) 2'000 bis 4'000: Betriebsambulatorium mit 1 bis 4 ganztätig tätigen Ärzten (und Zahnärzten), (e) ab 4'000: Betriebspoliklinik mit (mindestens 5) fachärztlichen sowie zahnärztlichen Behandlungsabteilungen; in anderen Wirtschaftszweigen gelten höhere Schlüsselzahlen.

Die Einrichtung ist von den Betrieben zu stellen und daher z. T. vorzüglich, das Personal gehört dem staatlichen Gesundheitsdienst an; die Führung geht aber mehr und mehr an die Betriebsleitungen über. Im Vordergrund steht jetzt die Bemühung um die Entwicklung eines B. auf dem Lande, d. h. bei den -> **LPG**. Aufgaben: ambulante ärztliche Behandlung (auch betriebsfremder Personen) und Kontrolle der -> **Arbeitsbefreiung**, «Erste Hilfe» bei Unfällen, allgemeine gesundheitliche Überwachung nach dem -> **Dispensaire-Prinzip** mit -> **Reihenuntersuchungen**, Führung von -> **Nachtsanatorien und** (neuerdings) Krankenhäusern, schliesslich Arbeits- und Betriebs-hygiene (-> **Arbeits-sanitätsinspektion**, Unfallverhütung und Überwachung der Werkküchen. Organisatorische Koordination der Einrichtungen des B. jedes Wirtschaftszweiges in jedem Kreis, durch Unterstellung der mittleren und kleineren Einrichtungen unter eine Betriebspoliklinik als «Leiteinrichtung» und Versorgung durch deren Fachärzte, wird seit langem angestrebt. Sie sollen gemeinsam je ein Betriebskrankenhaus und eine «arbeitshygienische Abteilung» führen. Neuerdings werden alle Einrichtungen des B. in jedem Kreis organisatorisch verbunden und unter die Leitung der grössten Betriebspoliklinik des Kreises gestellt, die ihrerseits Abteilung des -> **Gesundheitszentrums** sein soll und u. a. eine Bettenstation für die «Begotachtung», d. h. die Kontrolle des Leistungsvermögens von Belegschaftsmitgliedern (-> **Arbeitskraft**) einrichten, ausserdem mindestens ein Nachtsanatorium führen soll.

Bestand Anfang 1960: (b) 1579, (c) 1692, (d) 156, (e) 72.

Von allen ärztlichen Behandlungsfällen entfielen auf das B. auch 1959 noch weniger als 15 v. H. (-> **Gesundheitswesen, -> Ärzte**) [440]

**BETRIEBSGEWERKSCHAFTS-LEITUNG:** -> **BGL**.

**BETRIEBSKAMPFGRUPPEN:** Ursprünglicher Name der -> **Kampfgruppen** der -> **SED**, wird in der **SBZ** kaum noch gebraucht. [306]

**BETRIEBSKOLLEKTIVVERTRAG:** Obwohl die Arbeits- und Lohnbedingungen bis auf geringe Ausnahmen gesetzlich geregelt sind (-> **Arbeitsrecht, -> Urlaub, -> Kündigungsrecht, -> arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**), müssen in den -> **VEB** alljährlich durch die Betriebsleitung und -> **BGL** B. abgeschlossen werden. Sie enthalten Verpflichtungen des Betriebsleiters, der **BGL**, der Belegschaft insgesamt oder von Gruppen der Belegschaft (Abt., Meisterbereich, -> **Brigade, -> Aktiv**) zur Erfüllung und Übererfüllung der -> **Betriebspläne**. Sie sind somit jedes arbeitsrechtlichen Charakters entkleidet. Auf die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die in Gesetzen und Verordnungen enthalten sind, wird lediglich verwiesen. Die Verpflichtungen beziehen sich vor allem auf die Steigerung der -> **Arbeitsproduktivität**, die Einführung von -> **TAN** und die Veranstaltung von Wettbewerben (-> **Wettbewerbsbewegung**). Der Inhalt der B. richtet sich nach den Betriebsplänen. Sie sind nach Direktiven, die gemeinsam von den Industriegewerkschaften und den Abteilungen der **Staatlichen -> Plankommission** beschlossen werden, abzuschliessen. Ein B. eines alljährlich wechselnden Werkes wurde zum Muster-B. bestimmt, der Vorbild für alle anderen Werke zu sein hatte. Seit 1957 gibt es keine Musterbetriebskollektivverträge mehr. Die B. bilden einen Teil der -> **Produktionspropaganda**. Die Erfüllung der B. wird kontrolliert durch -> **Massenkontrolle** und (durch periodische (meist vierteljährliche) Rechenschaftslegungen, (-> **Betriebsvereinbarung**) [424]

**BETRIEBSKULTUR:** Pj. für die Bestrebungen, die -> **Kulturpolitik** zur Hebung der -> **Arbeitsproduktivität** und zur «Vergesellschaftung» aller kulturellen Äusserungen weitgehend auf die Betriebe zu konzentrieren. (-> **Betriebsakademien, -> Erwachsenenbildung, -> Kulturelle Massenarbeit, -> Kulturorganisator, -> Kulturkommission, betriebliche -> Kulturstätten**)

**BETRIEBSORDNUNG DER LPG, INNERE:** Um die sozialistische -> **Arbeitsmoral**, den schwächsten Faktor in den -> **LPG**, zu verbessern, hat

der Beirat für LPG beim -> **Ministerrat** eine Empfehlung für die Ausarbeitung der B. beschlossen (GBl. I, S. 557/59). Darin werden allgemeine und besondere «Grundsätze der genossenschaftlichen Arbeit» sowie Richtlinien zu ihrer Organisation aufgestellt. Zur «Festigung und Entwicklung der sozialistischen Arbeitsdisziplin» sind «besondere Massnahmen» vorgesehen. Obwohl die Muster-B. – ausgehend von dem verbindlichen Muster-Statut der LPG -- nur als Anregung bezeichnet wird, bildet sie ein politisch gesteuertes Instrument, die «innerbetriebliche Demokratie» auf eigene Weise zu gestalten. (-> **Landwirtschaft**)

#### BETRIEBSPARTEIORGANISATION

**(BPO):** Die organisatorische Zusammenfassung aller -\* SED-Mitglieder und -> **-Kandidaten** eines Industriebetriebes, einer Dienststelle, -\* **LPG**, -> **MTS**, -> **Hochschule**, -> **Schule**, **Armeeinheit** oder eines -> **VEG** (-> **Grundorganisationen**). Der Sekretär der BPO ist in grösseren Betrieben, Dienststellen und Hochschulen in der Regel von jeder anderen Arbeit freigestellt. Er hat die «führende Rolle der SED» zu gewährleisten und ist zu allen wichtigen Entscheidungen der Betriebs- bzw. Dienststellenleitung heranzuziehen. Einstellungen und Entlassungen erfolgen nur mit seiner Zustimmung, ohne dass hierfür eine gesetzliche Grundlage gegeben wäre.

In den Betrieben sind die BPO mitverantwortlich für die Erfüllung und Übererfüllung der -> **Volkswirtschaftspläne**. Sie entwickeln zu diesem Zweck eine intensive Agitations- und Propagandatätigkeit (-\* **Rote Treffs**). Mangelnde «ideologische Klarheit» der Arbeiter, nach Ansicht der SED die Hauptsache für Planrückstände, wird vor allem auf eine ungenügende politische Aktivität der BPO zurückgeführt. Grössere BPO sind untergliedert in -> **Parteigruppen**.

**BETRIEBSPÄNE:** Jahrespläne für die Betriebe der verstaatlichten Industrie. Die B. enthalten folgende Teilpläne: Produktionsplan, Materialplan, Kosten- und Ergebnisplan, Arbeitskräfteplan, Kapazitätsplan, Richtsatz- und Kassenplan, Entwicklungsplan, Anlagenplan, Kultur- und Sozialplan. Die Aufstellung der B. erfolgte bis einschliesslich 1954 nach von den Industrieministerien vorgegebenen -> **Kennziffern** für sämtliche Teilgebiete des Plans, die durch die Betriebe ohne Rücksichtnahme auf besondere betriebliche Verhältnisse erfüllt werden mussten. Ab 1. 1. 1955 ist die Betriebsplanung vereinfacht worden. Die staatlichen Aufgaben werden den Betrieben nur noch für die wirtschaftlich wichtigsten Erzeugnisse übergeben. Die Be-

triebe sind jetzt verpflichtet, selbstständig detaillierte Pläne für ihre Produktionsvorhaben, die die Erfüllung staatlicher Planaufgaben einschliessen, auszuarbeiten. Einen Auszug der in den Betrieben aufgestellten Spezifikationen für den Finanzbereich geben die Betriebsleitungen an die ihnen vorgesetzten Stellen, also entweder an die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (-> **VVB**) oder (für die **örtliche Industrie**) an die Räte der Bezirke. Sofern aus den Auszügen hervorgeht, dass der B. im Rahmen des -> **Volkswirtschaftsplans** liegt, erfolgt keine Bestätigung durch die vorgesetzte Stelle. Die B. haben, auch ohne Bestätigung, für den Betrieb Gesetzescharakter. Änderungen sind nur nach Genehmigung oder auf Anordnung der vorgesetzten Verwaltungsstelle gestattet. (-> **Wirtschaftssystem**, -> **Planung**)

**BETRIEBSPOLIKLINIK:** -> **Betriebsgesundheitswesen**.

**BETRIEBSPRÄMIENORDNUNG:** Die Verteilung der Prämien in den -> **VEB** erfolgt auf Grund der B., die vom Leiter des Betriebes unter «Zustimmung» der -> **BGL** erlassen wird. Die Mittel zur Prämierung fliessen aus dem Betriebsprämienfonds. Dieser ist gemeinsam mit dem -> **Kultur- und Sozialfonds** an die Stelle des früheren Direktorfonds getreten. Voraussetzung für die Zuführung von Mitteln zum Betriebsprämienfonds sind die Erfüllung des Produktions- und des Gewinnplanes, seit dem 1.1. 1960 auch die Erfüllung der Staatsplanpositionen, der Ersatzteilproduktion und der besonders festzulegenden Sortimente und Erzeugnisse, die Erfüllung des Planes zur Aufnahme neuer produktionsreifer Konstruktionen und Verfahren in der Produktion, des Musterbaus, der Nullserien- und Versuchsproduktion, der Einhaltung der Qualitätsbestimmungen, die Einhaltung des -\* **Arbeitskräfteplanes** und des -> **Lohnfonds** sowie die Erfüllung oder Einhaltung von zusätzlichen Bedingungen, die für den jeweiligen Wirtschaftszweig von besonderer Bedeutung sind. Der Betriebsprämienfonds besteht aus zwei Teilen. Der Teil I ist zur Prämierung des ingenieurtechnischen Personals und des leitenden kaufmännischen Personals sowie der

**Meister** zu verwenden, der Teil II für die übrigen Belegschaftsmitglieder. Die Prämierung erfolgt für das ingenieurtechnische und leitende kaufmännische Personal sowie für die Meister für hervorragende persönliche Leistungen bei der Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben, bei den übrigen Werkträgern für hervorragende Einzel- und Kollektivleistungen, die wesentlich zur Erhöhung der -> **Arbeitsproduktivität**, Senkung der -> **Selbstkosten**,

Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse sowie zur termingerechten Fertigstellung von Exportgütern beigetragen haben. Prämierung erfolgt weiter im **sozialistischen Wettbewerb** und als Auszeichnung für **Aktivisten** und **Neuerer** sowie zur Vergütung von **Verbesserungsvorschlägen** und Erfindungen. (\* **Prämienwesen**) [418,703]

**BETRIEBSPRAKTIKUM:** Von Studenten und Fachschülern während des Studiums abzuleistende praktische Arbeit in Betrieben, staatlichen Organen und dgl. Der Einsatz der Studenten wird für jede Fachrichtung generell festgelegt. (-> **Erziehungswesen**)

**BETRIEBSPREIS:** -> **Industrieabgabepreis** minus Produktionsabgabe.

**BETRIEBSRÄTE:** Nach 1945 wurden auch in der SBZ auf Grund des B.-Gesetzes des **Kontrollrates** zunächst B. gebildet. Schon während der Existenz der B. wurde die Rolle der -> **BGL** immer grösser, so dass oft ein störender Dualismus entstand. Im Jahre 1948 fasste der -> **FDGB** - Bundesvorstand die sogenannten **Bitterfelder Beschlüsse**, wonach zunächst in den Betrieben, die zuööv. H. im **FDGB** organisiert waren, die Aufgaben der B. von den **BGL** wahrgenommen werden sollten, ohne dass hierfür eine gesetzliche Grundlage vorhanden war. Seitdem wurden praktisch sämtliche B. aufgelöst. Die Arbeitnehmer verloren damit ihre unabhängigen Interessenvertretungen. Seit dem 1. 5. 1950 sind die **BGL** auch legal die Vertretungen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben (§ 6 des **Gesetzes der -> Arbeit** vom 19. 4. 1950 - GBl. S. 349). [417, 703]

**BETRIEBSSCHULEN, TECHNISCHE:** Betriebliche Einrichtungen zur beruflichen Ausbildung und zur -> **Qualifizierung** insbesondere ungelernter Arbeiter in Kursen. Ziel ist, «das technisch-kulturelle Niveau der Masse der Werktätigen zu heben». Durch den Besuch der B. haben die Belegschaftsmitglieder folgende Möglichkeiten: «Erwerb des -> **technischen Minimums**, Qualifizierung in der derzeitigen oder einer höheren Lohngruppe, Erlernung eines zweiten, artverwandten Berufes, Kenntniserwerb für einen grösseren beruflichen Wirkungskreis.» Es laufen auch Kurse für Ingenieure, Techniker, Meister und Facharbeiter. Für letztere ist die Facharbeiter-Prüfung, deren Ablegung Voraussetzung für Höhergruppierungen ist, das Schulziel. Der praktische Unterricht erfolgt entweder als Klassenunterricht oder als sogenannter **Brigade-Unterricht**, bei dem der zu Qualifizierende einer Arbeitsbrigade mit höher bewerteter Tätigkeit zugeteilt wird. Ein erheblicher Teil des Unterrichts

besteht aus «Gesellschaftlicher Schulung», d. h. politischem Unterricht im Sinne der -> **SED**. Die Technischen B. bestehen nur noch in solchen Betrieben, in denen bisher keine -> **Betriebsakademie** errichtet wurde. (-> **Produktionspropaganda**)

**BETRIEBSSCHUTZ:** Unabhängig von den -> **Kampfgruppen** der -> **SED** und weit älter als sie, ist der B. eine Gliederung der allgemeinen -> **Volkspolizei**. Dem B. liegen die ständige Bewachung und der Werksschutz in Betrieben und Behörden aller Art ob. Er zerfällt in den Betriebsschutz «A» (aktive Volkspolizisten) und «B» (Arbeitnehmer der Betriebe, die nur für Zwecke des B. unter Polizeibefehl stehen, insges. etwa 75'000. Die Angehörigen dieses zivilen Werkschutzes beziehen seit 1. 1. 1954 Lohnzuschläge). Um mehr Arbeitskräfte für die Produktion zu gewinnen, wurde ab 1. 1. 1958 der Bestand dieses zivilen Werkschutzes («B») nicht vergrössert, sondern örtlich etwas verringert. - Als aktive Volkspolizisten sind die Angehörigen des B. «A» als Ausbilder in den Kampfgruppen tätig. Die Angehörigen des B. «B» gehören den Kampfgruppen fast stets als Mitglieder an.

**BETRIEBSSPARKASSEN:** In den B. werden Vertragssparkonten und Gehaltskonten geführt, Ein- und Auszahlungen getätigt, Überweisungsaufträge für Gehaltskonten entgegengenommen und Einzahlungen für Hypothekenzinsen, Gebühren, Rechnungsbeträge usw. angenommen und weitergeleitet. Die sog. «Betriebssparaten» werden direkt vom Gehalt abgezogen. (-> **Sparkassen**)

**BETRIEBSSVEREINBARUNG:** In den Privatbetrieben werden die nicht gesetzlich geregelten Arbeitsbedingungen durch die alljährlich zwischen Unternehmer und -> **BGL** abzuschliessenden B. geregelt. Durch die B. erhält die **BGL** des Privatbetriebes weitgehende Kontrollbefugnisse über die Wirtschaftsführung des Unternehmers. Sie wird praktisch dem Unternehmer vom -> **FDGB** vorgeschrieben.

**BETRIEBSEI-ZEITUNG:** In allen grösseren **VEB** gibt die -> **Betriebsparteiorganisation** eine B. heraus, die der politischen Aufklärung im allgemeinen und der -> **Produktionspropaganda** im besonderen dienen soll. Die-Zahl der B. beträgt zur Zeit etwa 650 (Auflage: rd. 1,5 Millionen Exemplare). Sie erscheinen in der Regel ein- oder zweimal wöchentlich, manchmal auch in grösseren Zeitabständen. Anfänglich kostenlos, müssen sie jetzt bezahlt werden. Die Auflage richtet sich nach der Grösse des Betriebes (bis zu 5'000 Stück), jedoch wird jeweils nur ein kleiner Teil der

Auflage abgesetzt und ein noch kleinerer Teil gelesen.

**BEVÖLKERUNG:** Das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 29.10.1946 weist für das Gebiet der SBZ (Gebietsstand 31. 8. 1950) eine Wohnbevölkerung von 17,18 Mill. (ohne Insassen von Umsiedler-, kriegsgefangenen- und anderen Durchgangslagern) aus. Im Berliner Sowjetsektor wurden 1,175 Mill., zusammen also 18,355 Mill. Einwohner gezählt. Gegenüber der Volkszählung vom 17. 5. 1939 war das eine Zunahme von insgesamt 1,61 Mill. (= 9,6 v. H.). Trotz des Sterbefallüberschusses in der Nachkriegszeit ist durch einen «Wanderungsgewinn» (Rückkehr von Kriegsgefangenen, evakuierten Zivilinternierten

sowie der starken «Zuwanderung» von Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten) zunächst bis März 1949 die B.-Zahl auf etwas über 19 Mill. angestiegen. Bereits 1947 setzte aber eine aus der Unzufriedenheit mit dem Regime resultierende Abwanderung ein, die von Jahr zu Jahr stärker wurde. Bei der Volkszählung am 31. 8. 1950 wurden nur noch knapp 18,4 Mill. Einwohner gezählt. Seitdem ist das sowjetische Besatzungsgebiet das einzige Gebiet Europas – wenn nicht der ganzen Welt – mit einer kontinuierlich abnehmenden Bevölkerung. Die Ergebnisse der «Volkszählung vom 31. 8. 1950» und die amtlichen «Bevölkerungsforschreibungen» seit 1952 zeigen nach dem Gebietsstand vom 1.1. 1957 folgendes Bild:

Jahr	Abnahme Sowjetzone Ost-Berlin Insgesamt gegenüber 1950			in v. H.
	Mill.	Mill.	Mill.	
1950	17,199	1,189	18,388	0,0
1952	17,113	1,187	18,300	0,5
1953	16,943	1,169	18,112	- 1,5
1954	16,843	1,159	18,002	- 1,2
1955	16,692	1,140	17,832	- 3,0
1956	16,482	1,122	17,604	- 4,3
1957	16,301	1,110	17,411	- 5,3
1958	16,222	1,090	17,312	- 5,9
1959	16,204	1,082	17,286	- 6,0

Von 1947 bis Ende Juni 1959 wurden insgesamt mehr als 2,5 Mill. Menschen aus der SBZ als -> Flüchtlinge statistisch erfasst. Etwa die Hälfte (langjähriger Durchschnitt) der Flüchtlinge ist im Alter bis zu 25 Jahren. Gegenüber einem Geburtenüberschuss von 6,1 pro 1'000 der B. im Jahre 1938 war zunächst 1946 ein Sterbefallüberschuss von 12,4, für

1947 von 5,9 und für 1948 von 2,4 pro 1'000 der B. festzustellen. Erst ab 1949 trat mit 1,1 pro 1'000 der B. wieder ein geringer Überschuss ein. Seither liegt der Geburtenüberschuss im Vergleich zur Bundesrepublik immer niedriger, er sinkt seit 1955 wieder bedenklich ab und soll nach amtlichen Verlautbarungen in den nächsten Jahren sogar vollständig wegschmelzen.

Jahr	Geburtenüberschuss		Sowjetzone zur Bundes- republik in v. H.
	Sowjetzone pro 1'000 Einwohner	Bundesrepublik	
1950	4,6	5,9	78,0
1951	5,5	5,3	103,8
1952	4,6	5,3	86,8
1953	4,7	4,6	102,2
1954	4,1	5,4	75,9
1955	4,4	5,0	88,0
1956	3,9	5,3	73,6
1957	2,7	5,6	48,2
1958	2,9	6,1	47,5
1959*)	3,6	6,8	52,9

\*) Vorläufige Angaben

Ganz beachtlich ist in der SBZ der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder. Er lag 1956 und 1957 bei 13,2 pro 1'000 Lebendgeborenen und ist auch 1959 nur auf 12,0 abgesunken. Eine ständige Zunahme von

nichtehelichen Geburten ist vor allem bei Müttern in der Altersstufe von 14 bis unter 18 Jahren festzustellen. Der um die Hälfte niedrigere Geburtenüberschuss in der SBZ und die

## BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG

68

ständige Abwanderung von Flüchtlingen (überwiegend jüngerer Jahrgänge) wirken sich nachteilig auf die B.-Struktur aus. Der Anteil der

Personen im Rentenalter nimmt ständig zu, der Anteil der Kinder bis unter 15 Jahren nimmt dagegen ab.

Jahr	Von 100 der Wohnbevölkerung in der SBZ waren	
	Kinder bis unter 15 Jahren	Personen im Rentenalter (Männer von 65 Jahren und darüber u. Frauen von 60 Jahren u. darüber)
1946	24,5	13,0
1950	22,9	13,8
1951	22,4	14,4
1952	22,1	14,8
1953	21,7	15,2
1954	21,3	15,5
1955	20,9	15,9
1956	20,6	16,4
1957	20,6	16,8
1958	20,5	17,2
1959	20,8	17,3

Während die Gesamt-B. vom 31. 8. 1950 bis Ende 1959 um rd. 1,1 Mill. abnahm, hat gleichzeitig die Zahl der Personen im Rentenalter um über 460802 (= 18,2 v. H.) zugenommen, d. h. der Anteil dieses Personenkreises an der Gesamt-B. stieg von 13,8 auf 17,3 v. H. Die starke Disproportion der Geschlechter (Sexualstruktur) hat sich in den letzten Jahren leicht gebessert, 1959 kamen im Gesamtdurchschnitt auf 1'000 Männer noch 1223 Frauen (1939:1040); besonders krass ist das Missverhältnis bei den mittleren Jahrgängen, auf 1'000 Männer im Alter von 30 bis 50 Jahren kommen 1520 Frauen gleichen Alters. Das Verhältnis der Stadtbevölkerung zur Landbevölkerung hatte sich bis 1946 durch die Kriegsergebnisse, gegenüber 1939, besonders bei der Grossstadtbevölkerung verschoben. Am 29. 10. 1946 lebten 32,3 v. H. der B. in Landgemeinden von unter 2'000 Einwohnern (1939 = 27,8 v. H.) und 67,7 v. H. (1939 = 72,2 v. H.) in Stadtgemeinden von mehr als 2'000 Einwohnern. Der Anteil der Grossstadtbevölkerung - Städte mit mehr als 100'000 Einwohnern - lag bei 19,0 v. H. (1939 = 26,7 v. H.). Ende 1959 entfielen 28,3 v. H. der Wohn-B. auf die Land- und 71,7 v. H. auf die Stadtbevölkerung. Der Anteil der Grossstadt-B. nahm auf 21,3 v. H. zu. Gegenüber dem Vorkriegsstand von 1939 stieg durch den Zugang der Heimatvertriebenen die B.-Dichte in der SBZ (einschl. Ost-Berlin) bis 1946 von 155 auf 170 Einw./qkm. Zunächst stieg sie bis 1950 weiter auf 171 Einw./qkm; jedoch ist seit dieser Zeit ein ständiges Absinken der B.-Dichte festzustellen. Im Bundesgebiet (ohne Saarland und West-Berlin) ist durch die Aufnahme von Flüchtlingen und den höheren Geburtenüberschuss eine gegenteilige Entwicklung zu verzeichnen.

Jahr	Bevölkerungsdichte Einw./qkm	
	Sowjet-	Bundes-
	zone <sup>1)</sup>	republik <sup>2)</sup>
1939	155	160
1946	170	179
1950	171	194
1955	165	204
1956	163	206
1957	161	207
1958	160	210
1959	160	213

!) Einschl. Ost-Berlin.

2) Ohne West-Berlin u. Saarland.

Die B.-Dichte der einzelnen Bezirke der SBZ ist sehr verschieden, sie variiert zwischen 60 Einw./qkm (Neubrandenburg) und 353 Einw./qkm (Chemnitz). Für Ost-Berlin wird per 31. 12. 1959 eine B.-Dichte von 2686 Einw./qkm gegenüber West-Berlin von 4643 Einw./qkm ausgewiesen. [402, 403]

### BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG:

-> Wanderungen.

**BEVOLLMÄCHTIGTE FÜR SOZIALVERSICHERUNG:** Funktionäre auf dem Gebiet des -> Sozialversicherungs- und Versorgungswesens.

**BEWÄHRUNGSFRIST:** -> Bedingte Strafaussetzung.

**BEWAFFNETE KRÄFTE:** Seit Mai 1952 im Pj. verwendete Formulierung für alle waffentragenden Verbände in der SBZ. (-> **Nationale Volksarmee**, die bis 18. 1. 1956 -> **Kasernierte Volkspolizei** hiess; ferner -> **Deutsche** -> **Grenzpolizei**, -\* **Bereitschaftspolizei**, -> **Transportpolizei** und sinngemäss auch die -> **Kampfgruppen** der -> **SED.** (-> **Militärpolitik**)

**BEWAFFNETE ORGANE:** Amtliche, auch im Pj. übliche Bezeichnung für die -> **Nationale Volksarmee**, -> **Bereitschaftspolizei**, die **Deutsche**

-> **Grenzpolizei**, die -> **Transportpolizei**, aas Wachregiment des -> **MfS** und im weiteren Sinne auch die. allgemeine **Deutsche -> Volkspolizei**, vor allem deren mot. Bertschaften in Ost-Berlin. (-> **Militärpolitik**) [306]

**BEWUSSTSEIN:** -> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**, **Historischer Materialismus**.

**BEYLING, FRITZ:** \*4. 1. 1909 in Hettstedt/Kr. Mansfeld als Sohn eines Bergarbeiters. -> **KJVD**. 1927 -> **KPD**, Redakteur an KP-Zeitungen. Vor 1933 wegen «Vorbereitung zum Hochverrat» zu vier Jahren Haft verurteilt. Während des Krieges im Strafbataillon 999. 1945 **KPD**, Redakteur, später Chefredakteur der «Freiheit» (Halle). 1951 bis zur Auflösung im Februar 1953 Generalsekretär der -> **VVN**, Vizepräsident der **Fédération Internationale de Résistance**. Von April 1953 bis März 1958 Leiter des -> **Presseamtes beim Ministerpräsidenten**. Seit 30.3. 1958 Vors. des Sekretariats der **Gesellschaft für -> deutsch-sowjetische Freundschaft**. 7. 10. 1949 bis 15. 9. 1954 Abgeordneter, bis 1958 Berliner Vertreter in der -> **Volkskammer**.

**BEZIRK:** Unselbständige gebiets- und verwaltungsmässige Einheit der -> **«DDR»**, die durchschnittlich 15 -> **Kreise** umfasst. Die B. wurden im Sommer 1952 im Zuge der -> **Verwaltungsneugliederung geschaffen**. Auch die im B. gebildeten Organe sind nach dem Gesetz «über die örtlichen Organe der Staatsmacht» vom 17. 1. 1957 (GBl. I, S. 65) Organe der Staatsgewalt. Träger von Rechten ist nicht der B., der deshalb auch nicht als Gebietskörperschaft höherer Ordnung anzusehen ist, sondern die im B. bestehende Dienststelle der staatlichen Verwaltung (staatliche Mittelinstanz), der Rat des B. Dieser ist Haushaltsorganisation, als solche juristische Person und Verwalter von Volkseigentum. Die SBZ gliedert sich in 14 Bezirke: -> **Chemnitz**, -> **Cottbus**, -> **Dresden**, -> **Erfurt**, -> **Frankfurt (Oder)**, -> **Gera**, -> **Halle**, -> **Leipzig**, -> **Magdeburg**, -> **Neubrandenburg**, -> **Potsdam**, -> **Rostock**, -> **Schwerin**, -> **Suhl**. Organe der Staatsgewalt im B. sind:

a) **Bezirkstag:** Durch Scheinwahlen nach einer Einheitsliste gebildete örtliche Volksvertretung ohne Gesetzgebungsbefugnis und ohne das Recht, einen ständigen Vorsitzenden zu bestellen, mit 160 bis 200 Abgeordneten. Unter absoluter Bindung an die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der -> **Volkskammer** und an die Beschlüsse der Zentralregierung haben die Bezirkstage den -> **Aufbau des Sozialismus** in ihrem Zuständigkeitsbereich zu leiten. Die **Beschlüsse der Bezirkstage**

können vom -> **Ministerrat** ausgesetzt und von der **Volkskammer** aufgehoben werden. Zur einheitlichen Ausrichtung und Anleitung der örtlichen Volksvertretungen besteht bei der **Volkskammer** ein «Ständiger Ausschuss». Organe der Bezirkstage sind die Ständigen -> **Kommissionen** mit ihren Aktivs.

b) **Rat** des B.: Doppelt unterstellte Verwaltungsmittelstelle, die «vollziehend-verfügendes» Organ des Bezirkstages (örtlicher Rat) und zugleich nachgeordnete Dienststelle des Ministerrates ist. Er besteht aus dem Vors., dem 1. Stellv., der jetzt - an Stelle des Sekretärs - ständiger Dezernent für die innere Verwaltung ist, dem Stellv. des Vors., der zugleich Vors. des -> **Wirtschaftsrates** des B. ist, bis zu 4 weiteren Stellv., dem Sekretär des Rates (alle hauptamtlich) und 7 bis 10 weiteren Mitgl. (zumeist ehrenamtlich). Diese werden durch den B.-Tag gewählt und abberufen. Die B.-Verwaltung ist in Fachabteilungen gegliedert, für die je ein Stellv. verantwortlich ist. Der **Wirtschaftsrat** ist zugleich Organ der **Staatlichen -> Plankommission** und Organ des Rates des B. Die Tätigkeit des Rates ist vom B.-Tag zu überwachen; gleichzeitig unterliegen die Räte der Weisunas- und Aufsichtsbefugnis des Ministerrates, der beim - **Ministerium des Innern** ein besonderes «Staatssekretariat für die Anleitung der örtlichen Räte» gebildet hat. Auch die einzelnen Abteilungsleiter unterstehen den zuständigen zentralen Fachorganen.

**BEZIRKSBEHÖRDE DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI (BDVP):** Nach der -> **Verwaltungsneugliederung im Sommer 1952** Bezeichnung für die Spitzenbehörde der VP in einem -> **Bezirk**. Untersteht der -> **HVDVP**.

**BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR DEN KRAFTVERKEHR (BDK):** Durch VO vom 22.4.1954 geschaffene, den Räten der Bezirke unterstellte staatliche Institutionen mit örtlichen Aussenstellen, die den gesamten privaten und gewerblichen Güter- und Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen und Gespannen zu lenken und zu kontrollieren haben. Bei den BDK ist für jeden Gütertransport über mehr als 50 km eine Genehmigung einzuholen. Zur Sicherstellung der Rückladungen bestehen an vielen Orten Lkw-Meldestellen, die ebenfalls den BDK unterstellt sind. Die «volkseigenen» Kraftfahrbetriebe (-> **Kraftverkehr**) und die «volkseigenen» Kraftfahrzeuge - Instandsetzungsbetriebe sind den BDK unterstellt. (-> **Verkehrswesen**, -> **Spedition**)

**BEZIRKSGERICHT:** -> **Gerichtsverfassung**.

**BEZIRKSKOMMANDO:** Seit Frühjahr 1956 die Wehrmelde- und Rekrutierungsstelle der -> **Nationalen**

**Volksarmee** im Bezirksbereich, die bei der -> KVP den Decknamen **Registrierverwaltung** hatte. (-> **Registrierverwaltung**)

**BEZIRKSSTAATSANWALT:** Leiter der Staatsanwaltschaft eines -> **Bezirk**es mit der Dienstbezeichnung «Staatsanwalt des Bezirkes». (\* Staatsanwaltschaft)

**BEZIRKSTAG:** -> **Bezirk**.

**BG:** Abk. für Bezirksgericht, -> **Gerichtsverfassung**.

**BGL:** Abk. für **Betriebsgewerkschaftsleitung**, die Leitung der betrieblichen Organisation des -> **FDGB**. Sie ist nach § 6 des **Gesetzes der -> Arbeit** «die Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb». Die BGL nimmt seit **1948** sowohl in den -> **VEB** und der Verwaltung als auch in den Privatbetrieben die Stelle der früheren - **Betriebsräte** ein, die für überlebt erklärt wurden. Sie besteht nur aus Mitgliedern des FDGB und wird ausschließlich von den FDGB-Mitgliedern im Betrieb gewählt. Diese Regelung wurde getroffen, weil vor ihr in der Mehrzahl antikommunistisch eingestellte Betriebsräte gewählt wurden. Eine Vertretung für die nicht im FDGB organisierten Arbeitnehmer gibt es nicht. Die BGL ist als Leitung einer gewerkschaftlichen Organisation an die Beschlüsse des FDGB und der einzelnen Industriegewerkschaften gebunden. Sie ist also Weisungen ausserbetrieblicher Gremien unterworfen. Die BGL hat in den VEB im Betrieb für die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne zu sorgen. Sie ist der Vertragspartner der Betriebsleitung beim Abschluss des -> **Betriebskollektivvertrages**. In den grossen VEB bestehen Abteilungsgewerkschaftsleitungen (**AGL**), die die Aufsaben der BGL in den Abt. haben.

Die BGL bildet verschiedene Kommissionen. So die **Kommission für -> Arbeit und Löhne**, die **K. für -> kulturelle Massenarbeit**, die -> **Schulungskommission**, die Kaderkommission, die Arbeitsschutzkommission, die Perendienstkommission (-> **Ferienst des FDGB**). In den Privatbetrieben sind den BGL durch die -> **Betriebsvereinbarungen** weitgehende Rechte gegenüber dem Unternehmer eingeräumt. Sie haben die Befugnis, ihn in seiner Wirtschaftsführung zu beeinflussen und zu kontrollieren und zu diesem Zwecke Einsicht in alle Bücher zu nehmen. [417, 418, 424]

**BHG:** Abk. für Bäuerliche Handelsgenossenschaft, -> **Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft)**.

**BHZ:** Abk. für Berliner Handelszentrale. Entspricht den -> **DHZ**, jedoch unter Beschränkung auf den Berliner Markt.

**BIBLIOTHEKEN:** 1. Wissenschaftliche B. Die wissenschaftlichen Allgemein-B. (an der Spitze die Deutsche Bücherei in Leipzig und die Deutsche - früher Preussische - Staatsbibliothek in Berlin, ferner die Landes-B. in Dresden, Halle, Potsdam, Schwerin und Weimar, die Universitäts-B. in Berlin, Greifswald, Halle, Jena und Rostock und die einstige Landes-B. Gotha als Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände) unterstehen dem Staatssekretariat für das Hochschulwesen, die wissenschaftlichen Fach-B. (der Fachhochschulen, Institute, Akademien, Verwaltungsorgane, Gerichte und Betriebe) den Unterhaltsträgern der betreffenden Institutionen. Dem Staatssekretariat steht ein Beirat für das B.-wesen zur Seite. Die Regierungs-B. sind in einem Arbeitsausschuss zusammengeschlossen, die kleineren wissenschaftlichen B. sollen durch die Landes-B. koordiniert werden, und ein Zusammenschluss aller wissenschaftlichen B. wird erstrebt, scheidet aber offenbar an den unterschiedlichen Kompetenzen. Wie von allen B., wird auch von den wissenschaftlichen Bevorzugung des Fachgebietes «Wissenschaftlicher Sozialismus», Ausschaltung «antimarxistischer» Literatur und vor allem «parteiliche» Arbeit der Bibliothekare gefordert, und das B.-wesen der SBZ hat sich daher, obschon durch den Leihverkehr und gewisse Katalogarbeiten noch mit dem der Bundesrepublik verbunden, weitgehend von der gemeinsamen Basis gelöst. Westdeutsche und ausländische Literatur wird im Rahmen zugeteilter Kontingente durch den Leipziger Kommissions- und Grossbuchhandel (LKG) beschafft. Zentrale für den internationalen Leihverkehr ist die Benutzungsabteilung der Deutschen Staatsbibliothek. Die **Deutsche Bücherei**, die zwar zentrale B. des Buchhandels ist, aber vom Staatssekretariat für das Hochschulwesen getragen wird, gibt eine «Nationalbibliographie» in zwei Reihen und die Jahresverzeichnisse des deutschen Schrifttums und der deutschen Hochschulschriften heraus. Für die Ausbildung der Bibliothekare des höheren Dienstes gibt es an der Humboldt-Universität ein Institut für Bibliothekswissenschaft, für die mittlere Laufbahn eine zentrale Ausbildungsstätte an der Deutschen Bücherei; Bibliothekstechniker oder -helfer werden mit gutem Erfolg (nach Facharbeiterausbildung) an den B. selbst oder in Spezialkursen ausgebildet.

2. Allgemeinbildende B. Stärker noch als die wissenschaftlichen unterliegen die allgemeinbildenden B. der ideologischen Ausrich-

## 71 BILDENDER KÜNSTLER

tion von Partei und Staat; zu ihnen zählen die Allgemeinen öffentlichen B. (AOB, Volksbüchereien), die Werk-, Betriebs-, Heim- und Anstalt-B., die der -> **FDGB** unterhält, die B. der -> **MTS**, die Schüler- und Kinder-B. der «demokratischen -> **Massenorganisationen**». Zentral gesteuert werden diese B. durch das -> **Ministerium für Kultur**, Hauptabt. Kulturelle Massenarbeit; Bezirks-B. leiten die Kreis-B., diese wiederum die AOB und die Gewerkschafts-B. an, und zwar nach Materialien, die 1950 gegründete **Zentralinstitut für Bibliothekswesen** bereitstellt. Die Ausbildung der Bibliothekare erfolgt auf der Fachschule für Bibliothekare «Erich Weinert\* in Leipzig, Sonderausbildungslehrgänge finden seit 1958 nicht mehr statt, alle Bibliothekare müssen künftig die Fachschule besucht haben. Als Instrument der politischen Bewusstseinsbildung genossen die allgemeinbildenden B. intensive Förderung. 1959 gab es rd. 1400 hauptberuflich und über 9'000 nebenberuflich geleitete AOB, ferner etwa 750 «Bibliothekseinrichtungen\* für Kinder; die Zahl der allgemeinbildenden B. in weitestem Sinne wird mit 16 800 angegeben, der Buchbestand mit 16,4 Mill. Bänden, die Zahl der Entleihungen mit 46 Mill. Der Bestandsaufbau wird in erheblichem Masse zentral dirigiert und lässt die Wünsche und Bedürfnisse der Leserschaft (wenn man von der Fachliteratur absieht) unberücksichtigt; Literatur des Westens ist so gut wie unzugänglich; die B. machen dagegen vielerlei Anstrengungen, das «sozialistische Buch\* ihren Lesern nahezubringen. (-> **Kulturpolitik**, -> **Literatur**, -> **Verlagswesen**, **Buchhandel**, **Leihbüchereien**) [501]

**BILDENDE KUNST:** Die **Kunstpoltik** des Sowjetzonen-Regimes steht im Zeichen des sozialistischen -> **Realismus**, der nach einem Worte Shdanows von 1934 und dem Beschluss des ZK der SED «gegen den **Formalismus**» (März 1951) «die wahrheitsgetreue, historisch konkrete künstlerische Darstellung» mit der Aufgabe verbindet, «die Menschen im Geiste des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland, für die Erfüllung des Fünfjahresplanes, zum Kampf für den Frieden zu erziehen». Dieses Programm stellt alle Kunstgattungen mittelbar oder unmittelbar in den Dienst der -> **Agitation** und -> **Propaganda** für die Ausweitung der sowjetischen Einflussosphäre und den -> **Aufbau des Sozialismus**. Kunstrichtungen, die für diesen «gesellschaftlichen» Zweck nicht brauchbar erscheinen (wie der -> **Formalismus** in der Dichtung und BK., der ->

## DEUTSCHLANDS, VERBAND

**Funktionalismus** in der -> **Architektur**), wurden von Partei und Staat mit zunehmender Schärfe bekämpft. Die «Grossen Deutschen Kunstausstellungen» in Dresden 1946, 1949, 1953 und 1958/59, an denen bis 1953, zuletzt allerdings sorgfältig ge- schiebt, auch westdeutsche Künstler beteiligt waren, enthüllten die fortschreitende Ausschaltung aller schöpferischen Kräfte und die öde Monotonie der herrschenden Kunst- richtung, die sich von der national- sozialistischen Ära nur durch den beträchtlichen Anteil von Dilettanten und Künstlerkollektiven an der Produktion unterscheidet. Als Instrument der Kunstpolitik diente von 1951 bis 1954 die -> **Kunstkommission**; dann ging diese Aufgabe an das -> **Ministerium für Kultur** über. In der kurzen Periode des -> **Neuen Kurses** schien die Kunst- politik etwas elastischer geworden zu sein; vor allem bei der Gewinnung westdeutscher Künstler für Ausstellungen und dergleichen liess man gewisse Abweichungen von der Norm des sozialistischen Realismus zu, ohne dass diese jedoch prinzipiell preisgegeben worden wäre. Seit 1957 aber werden Ab- weichungen weniger denn je zu- fielassen; auch westdeutsche Künst- er sollen in der SBZ nur noch aus- stellen dürfen, wenn nicht nur die gezeigten Werke, sondern auch sie selbst dem sozialistischen Realis- mus verpflichtet sind. Das Regime fördert im übrigen die linientreuen Künstler, vor allem auch unter dem Nachwuchs, mit beträchtlichen Mit- teln, lässt die «Vertätigten\* im Rahmen der -> **kulturellen Massen- arbeit** am Kunstbetrieb teilnehmen und hält unter ihnen Diskussionen und Kritik der Kunstproduktion in Gang. Im April 1959 wurde der -> **Kunstpreis der DDR** zum ersten- mal an 15 Künstler verliehen. Trotz- dem wird in den Verlautbarungen des -> ZK immer wieder geklagt, dass die BK in allen ihren Gattun- gen hinter den Anforderungen, die der Aufbau der neuen Gesellschafts- ordnung ihr stelle, weit zurück- geblieben sei. «Ideologische Un- klarheiten» und «dekadente Auf- fassungen» wurden während der Vorbereitungen zur IV. Dresdener Kunstausstellung öffentlich disku- tiert, und diese selbst unterlag scharfer Kritik, an der auch -> **Ul- bricht** sich beteiligte. Es ist be- greiflich, dass unter den geschilder- ten Umständen nur wenige Künstler von Rang in der SBZ ausgehalten haben. (-> **Architektur**, -> **Kultur- politik**, **Volkskunst**) [501-504]

**BILDENDER KÜNSTLER DEUTSCH- LANDS, VERBAND:** Bis 1952 Gruppe des Deutschen -> **Kulturbundes**, wurde dann herausgelöst, um die Mitgl. stärker politisch zu aktivie-



ren. Nach der (1959 geänderten) Präambel seines Statuts «kämpft der Verband für den Sieg des Sozialismus und für den Frieden, für eine sozialistische deutsche Nationalkultur und die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer, friedliebender Grundlage», steht also im Dienst der komm. Staatspartei. Präsident: Prof. Walter Arnold, Mitgl. des ZK der SED. Zeitschrift: «Bildende Kunst.» (-> **Bildende Kunst**)

**BINNENSCHIFFFAHRT:** -> **Schiffahrt.**

**BITTERFELD:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Halle**, Kreisstadt, an der Mulde, mit 31 968 Einwohnern (1959); ein Mittelpunkt der mitteldeutschen **chemischen Industrie** (elektrochemisches Kombinat, vorm. I. G. Farben), daneben Braunkohlenbergbau, Tonwaren- u. Metallindustrie, Maschinen- und Rohrleitungsbau.

**BITTERFELDER BESCHLÜSSE:** -> **Betriebsräte.**

**BITTERFELDER KONFERENZ;** Auf Einladung des Mitteldeutschen Verlages in Halle, in Wahrheit als Veranstaltung der -> SED und unter nachdrücklicher Förderung ihres -> **ZK**, fand im April 1959 in Bitterfeld eine Tagung sowjetzonaler Schriftsteller statt, die im Anschluss an ein Referat von Alfred -> Kurella eine neue Phase der «Kulturrevolution» einleitete. Nach den Worten von **Walter -> Ulbricht** bestand ihr «Erfolg» darin, «dass die allseitig verstandene Aufforderung ‚Kumpel, greif zur Feder, die sozialistische Nationalkultur braucht Dieh! und die Bestrebungen, sich mit den wertvollsten Schätzen unserer Kultur und Kunst vertraut zu machen, als zwei einander bedingende Seiten unserer sozialistischen Kulturrevolution erkannt «wurden». Während die BK auf der einen Seite die «Bewegung der schreibenden Arbeiter» (auch «Greif-zur-Feder-Kumpel-Bewegung» genannt) einleitete, erging andererseits an die «Berufsschnittsteller\* die unmissverständliche Aufforderung, «nicht nur für das Volk, sondern auch mit dem Volk» zu schaffen, die Gewohnheiten «individuellen Eigenbrödlertums» preiszugeben, in die Betriebe zu gehen und ihre künftigen Werke in ständiger Auseinandersetzung mit den «Werk-tätigen» und ihrer Umwelt zu schaffen. Die Ergebnisse der BK laufen somit auch auf Verwischung der Grenzen zwischen Kunst und -> **Laienkunst** und auf die Unterstellung allen künstlerischen Schaffens unter die politischen Zielsetzungen des Kommunismus hinaus. (-> **Kulturpolitik**, -> **Literatur**)

**BIWA-LÄDEN:** Abk. für «Billige-Waren-Läden», staatliche Einzelhandels-Verkaufsstellen für Indu-

striewaren, in denen Ladenhüter, die zu -> HO- und Normalpreisen nicht mehr absetzbar waren, angeboten wurden. BL gab es 1955 is 1958. Seit März 1959 wurden mit ähnlichen Aufgaben -> Einkaufsquellen eröffnet.

**BK:** Abk. f. -> **Bauernkorrespondent.**

**BLECHA, KURT:** 8.9.1941 Mitgl. der NSDAP, Kriegsdienst, sowjet. Gefangenschaft, Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland.** Nach 1945 Besuch der SED-**Parteihochschule, 1950** Redakteur der «Schweriner Landeszeitung», später im **Amt für -> Information, 1955** stellv. Leiter des -> **Presseamtes beim Ministerpräsidenten**, seit dem 31. 3. 1958 als Nachfolger von Fritz -> Beyling Leiter des Presseamtes und somit verantwortlich für Lenkung und Kontrolle der Publizistik.

**BLOCH, ERNST:** \* 8.7.1885 in Ludwigshafen als Sohn eines Eisenbahnbeamten. Studium der Philosophie, Dr. phil. Frühzeitig Verbindungen zur Sozialdemokratie, ab 1933 Veröffentlichungen in Zeitschriften, 1918 erscheint «Vom Geist der Utopie». Privatgelehrter. 1933 ausgebürgert, Emigration über Zürich, Paris, Wien, Prag, 1938 in die USA. Gründete dort mit Döblin, Feuchtwanger, Heinrich Mann und -> Brecht den Aurora-Verlag, Mitarbeit an der von Ludwig Renn herausgegebenen Zeitschrift «Freies Deutschland.» Nach Rückkehr 1949 Professor für Philosophie und Direktor des Instituts für Philosophie an der Universität Leipzig, 1955 Mitgl. der **Deutschen Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin, zeitweilig Mitgl. des Präsidialrates des Deutschen -> Kulturbundes, parteilos. An die Geschichtsphilosophie Hegels und die Frühschriften von -> Marx anknüpfend, entwickelte B. von der SED-Ideologie abweichende philosophische Theorien (-> Revisionismus), die ihm den Vorwurf der SED-Führung eintrugen, ein Verfechter des

Subjektivismus und des «menschlichen Sozialismus» zu sein. B. hat als bedeutendster marxistischer Philosoph wesentlichen Einfluss auf den philosophischen Nachwuchs in der SBZ. Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn im Herbst 1956 zwangsemeritiert. Veröffentlichungen u. a.: «Vom Geist der Utopie», «Thomas Münzer als Theologe der Revolution», «Erbschaft dieser Zeit», «Freiheit und Ordnung», «Subjekt – Objekt, Erläuterungen zu Hegel», «Das Prinzip Hoffnung», Alters- und Hauptwerk.

**BLOCKADE:** Abschnürung West-Berlins von allen Verbindungswegen und Zufahren nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor

und der SBZ. Die Westmächte beantworteten die B. mit der Errichtung der Luftbrücke. Die B. vom 24. 6. 1948 bis zum 12. 5. 1949 wurde zwar durch die Währungsreform am 20. 6. 1948 ausgelöst, doch waren schon seit Febr. 1948 die Verbindungswege wechselnd und zunehmend durch schikanöse Massnahmen der Sowjets behindert worden. Die B. war einer der vielfältigen Versuche, West-Berlin in den Sowjetblock einzubeziehen. (-> **Berlin**)

**BLOCKPOLITIK;** Taktische Methode zur Durchführung einer «Revolution von oben», Form der interfraktionellen Zusammenarbeit in den Volksvertretungen der SBZ im Gegensatz zur Koalitionspolitik in parlamentarischen Demokratien. Von komm. Seite (z. B. in der Entschliessung des II. SED-Parteitages vom 12. 9. 1947) als «neue Art der Zusammenarbeit» bezeichnet. Innerhalb des «Blocks der antifaschistisch – demokratischen Parteien» (gegründet am 14. 7. 1945, kurz: Antifa-Block) sind Koalitionen einzelner Blockpartner nicht erlaubt. Beschlüsse werden nur durch Zustimmung aller Fraktionen gefasst. Mittels der B. machte die -> **SED** die von ihr in freier parlamentarischer Abstimmung nicht erreichbaren Mehrheitsbeschlüsse überflüssig. Unter Beibehaltung parlamentarisch-demokratischer Formen erhält so der Block die Funktion einer einzigen Partei; B. wird zum Einparteiensystem. Die B. diente u. a. auch als Begründung für die Einheitsliste bei den Volkskammerwahlen im Okt. 1950. Seit durch Zulassung der komm., beherrschten -> **NDPD, DBD** und **der -> Massenorganisationen** zu den Volksvertretungen die Herrschaft der SED eindeutig gesichert ist, hat die B. stark an Bedeutung verloren.

Die B. war seit 1945 das wichtigste Mittel zur Umwandlung der osteuropäischen Satellitenländer in -> **Volksdemokratien** durch «Revolutionen von oben». Historisch gesehen, geht sie auf die 1935 durch Dimitroff auf dem VII. Kongress der -> **Komintern** verkündete, auf dem Brüsseler Exilparteitag von der KPD übernommene und schon vorher in Frankreich und Spanien als «Volksfrontpolitik» versuchte Taktik zurück. Angesichts der Unmöglichkeit einer direkten, allein von der KP getragenen Revolutionierung entwickelte man nämlich die Methode des «trojanischen Pferdes», um über eine -> **Aktionseinheit der Arbeiterklasse** und durch jeweilige Anwendung des Koalitions- oder Blockprinzips zu Macht und Einfluss zu kommen. In der SBZ seit 1950 mehr und mehr durch das Operieren mit der noch stärker SED-kontrollierten

-> **Nationalen Front** ersetzt. (-> **Antifaschistisch-demokratische Ordnung, -> Verfassung**) « [311,319] **BODENREFORM:** Die B. erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht. Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzialverwaltungen. (3. 9. 1945 Provinz Sachsen, 6. 9. 1945 Provinz Mark Brandenburg, 7. 9. 1945 Land Mecklenburg-Vorpommern, 11. 9. 1945 Land Sachsen, 12. 9. 1945 Land Thüringen.) Sie wurde offiziell begründet als «unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit». Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie – unabhängig von der Betriebsgrösse – Betriebe von «Kriegsverbrechern und Naziaktivisten». Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum grossen Teil als «Wahrzeichen des Feudalismus» abgerissen. Bis 1. 1. 1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7112 Güter mit 2,5 Mill. ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4278 Betriebe mit 124'000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landesbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie den Bodenfonds mit rund 3,22 Mill. ha land- und forstwirtschaftlicher Fläche. Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119 530 landlose Bauern und Landarbeiter 924 365 ha; an 89 529 Vertriebene 754 976 ha; an 80 404 landarme Bauern 270 949 ha; an 45 403 Kleinpächter 43 969 ha; an 169 427 Arbeiter und Handwerker 111 203 ha; an 39 786 Altbauern (Waldzulagen) 60 140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in «Volkseigentum\*» übergeführt (-> Volkseigene Güter). Das den Bodenempfängern durch die B. zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1'000–1500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von der Bodenkommission festgesetzt. Bezahlung konnte in bar oder natura in. Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. B.-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Ober die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändig. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt. Gem. Befehl 209 der -> **SMAD** sollte durch ein B.-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209'000 -> **Neubauern** mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden,

Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programmes verhindert, das ohnehin durch die seit 1952 eindeutig auf die -\* Kollektivierung gerichtete agrarpolitische Zielsetzung gegenstandslos wurde. (-> ■ Landwirtschaft)

[716, 749, 755]

**BODENSCHÄTZE:** Die SBZ verfügt nur in drei Bergbaubereichen über B., die über dem Durchschnitt Gesamtdeutschlands liegen: bei Braunkohle (-> Kohlenindustrie), Stein- und Kalisalzen (-\* Kalibergbau) und Kupfer (-> Kupferbergbau). Verhältnismässig ausreichend sind die Vorkommen an nutzbaren Mineralien (Kalk, Ton, Kaolin, Gips, Schwefelkies, Flussspat usw.). Unzureichend sind die Eigenvorkommen an Eisenerz (-> Eisen- und Stahlindustrie), spärlich sind die Steinkohlenvorkommen. Erdöl und Erdgas kommen in der SBZ als Naturschätze so gut wie gar nicht vor. – Im ganzen ist die SBZ bei den Bergbauerzeugnissen in grossem Umfange von Importen abhängig.

**BOLSCHEWISMUS:** Die von -> Lenin und -> Stalin in den letzten 50 Jahren neu ausgelegte und weiterentwickelte Lehre des Marxismus. B. umfasst also sowohl den Leninismus wie den -> Stalinismus.

**Marxismus-Leninismus** [31]

**BOLZ, LOTHAR:** \* 3. 9. 1903 in Gleiwitz/OS als Sohn eines Uhrmachermeisters. Studierte Jura, Literatur- u. Kunstgeschichte, Dr. jur., Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Breslau. Vermutlich seit Ende der zwanziger Jahre Mitgl. der -> KPD und Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes. 1933 aus der Anwaltschaft ausgeschlossen, emigrierte er zunächst nach Danzig und 1939 in die SU. Lehrer der deutschen Sprache und Literatur an sowjetischen Universitäten, später Assistent am Marx-Enaels-Lenin-Institut in Moskau. Während des Krieges Lehrer in Kriegsgefangenenlagern, Mitbegründer des -> Nationalkomitees Freies Deutschland; unter dem Namen Rudolf Germersheim Herausgeber einer Zeitung für deutsche Kriegsgefangene.

Ende 1946 Rückkehr nach Deutschland, bis 1948 als Jurist in Sachsen-Anhalt tätig. Gründete am 16. 6. 1948 auf Anordnung der -> SMAD die -> NDPD, seit 3. 9. 1948 deren Vors. Von Januar bis Oktober 1949 Mitgl. des Plenums der -> DWK. Vom 12. 10. 1949 bis 1. 10. 1953 Minister für Aufbau und seit 1950 Stellv. des Ministerpräsidenten bzw. stellv. Vors. des -> Ministerrates. Seit 1.10.1953 als Nachfolger Georg -> Dertingers Aussenminister. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der Volkskammer.

**BOURGEOISIE:** -> Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus, -> Historischer Materialismus.

**BOYKOTT-, KRIEGS- UND MORD-HETZE:** Begriffe des Pj. aus Art. 6 Abs. 2 der -> Verfassung: «Boykott-hetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mord-hetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykott-hetze.\* Obwohl dieser Verfassungartikel keinen Strafrahmen enthält, ist er vom Obersten Gericht zum unmittelbar anwendbaren Strafgesetz erklärt worden: «Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bringt . . . zum Ausdruck, dass alle ihre Bestimmungen geltendes Recht sind. Es würde deshalb im Widerspruch zu diesem entscheidenden Grundsatz unserer Verfassung stehen, wenn gerade dem Artikel 6 als einem der wichtigsten Schutzgesetze unserer Ordnung unmittelbare Wirkung versagt würde. Die in ihm selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen sind daher dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen. Dieses droht für Verbrechen als Strafe an: Todesstrafe, lebenslängliche Zuchthausstrafe und zeitliche Zuchthausstrafe. Alle diese Strafen finden für Verstösse gegen den Artikel 6 der Verfassung je nach Schwere der Tat Anwendung.» (Urteil des Obersten Gerichts gegen leitende Persönlichkeiten der Sekte -> Jehovas Zeugen vom 4. 10. 1950. - «Neue Justiz» 1950, S. 452 ff.) Mit dieser Begründung wurden aus Artikel 6 ständig schwerste Strafen bis zur Todesstrafe verhängt. Die Grenze zwischen Vorbereitungshandlung, Versuch und Vollendung wurde hier immer mehr aufgehoben; Unterlassungen wurden dem aktiven Handeln gleichgesetzt. Diese Rechtsprechung entsprach dem Grundsatz des Obersten Gerichts, «dass die Richter einerseits an die geltenden Gesetze gebunden sind, andererseits aber diese im Sinne unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung anzuwenden haben» («Neue Justiz» 1951, S. 154). Nach dieser Gesetzesauslegung stellte z. B. das Verbringen einiger Exemplare einer West-Berliner Zeitung in die SBZ «Kriegs- und Mord-hetze» dar, weil diese Tageszeitung «in jeder ihrer Ausgaben zum Kriege und zum Mord an demokratischen Politikern hetzt» (Urteil des Landgerichts Potsdam gegen den 17jährigen Graef: 2 Jahre Zuchthaus). Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung wurden auch die als

**Spionage** bezeichneten Handlungen bestraft.

Nach der 3. Parteikonferenz der SED (24.-30. 3. 1956) kündigten **-> Benjamin** und **-> Melsheimer** den Erlass eines neuen Gesetzes an, das die «weite Fassung des Art. 6» auflösen und in einzelne Tatbestände konkretisieren sollte («Neue Justiz» 1956, S. 291). Dieser gesetzgebende Schritt wurde von der **-> Volkskammer** am 11. 12. 1957 mit Erlass des **-> Strafrechtsergänzungsgesetzes** vollzogen, das nunmehr die geltenden Tatbestände für die **-> Staatsverbrechen** formuliert.

Trotz Schaffung dieser neuen Tatbestände soll aber Art. 6 der Verfassung seinen Charakter als unmittelbar anzuwendendes Strafgesetz nicht etwa verloren haben («Neue Justiz» 1958, S. 80 u. S. 83). Der Art. 6 bleibt also allumfassende Generalklausel hinter den neu geschaffenen Tatbeständen bestehen. (-> **Rechtswesen**) [430]

**BPKK: Abk. für Bezirks- -> Parteikontrollkommission.**

**BPO: Abk. für Betriebsparteiorganisation.**

**BRANDENBURG:** l.Land in der SBZ; gebildet 1945/47 aus dem westlich der Oder und der Görlitzer Neisse gelegenen Teil der preussischen Provinz B.; 27 061 qkm, 2,6 Mill. Einwohner (1950); Verfassung vom 6. 2. 1947, Hauptstadt: **-> Potsdam**, Landesfarben: Rot-Weiss-Rot; Wirtschaft: Land- und Forstwirtschaft, Textilindustrie, Braunkohlenbergbau und -industrie.

Landtag und Landesregierung im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **-> Verwaltungsneugliederung** unter gleichzeitiger Bildung der Bezirke **-> Cottbus**, **-> Frankfurt (Oder)** und **Potsdam** aufgehoben; staatsrechtliche Stellung des Landes seither unklar. Von der Altmark aus ab 1134 erworben und ab 1157 als Markgrafschaft B. bezeichnet, vergrößerte sich B. im Laufe der Jahrhunderte unter verschiedenen Herrscherhäusern (ab 1411 unter den Hohenzollern), errang unter dem Grossen Kurfürsten (1640 bis 1688) europäische Bedeutung und teilte ab 1701 mit der Krönung des Kurfürsten Friedrich III. zum König Friedrich I. in Preussen das Schicksal Preussens. Seit 1815 bildeten die brandenburgischen Landschaften (mit Ausnahme der Altmark, die in die Provinz Sachsen einbezogen wurde), um die 1814 von Sachsen abgetretenen Gebiete der Niederlausitz erweitert, die preussische Provinz B., aus deren Verband bald nach der Reichsgründung 1871 die Reichshauptstadt Berlin ausschied. In den letzten Monaten des 2. Weltkrieges wurde B. von sowjetischen Truppen besetzt; das Gebiet ost-

wärts der Oder und der Görlitzer Neisse überliessen die Sowjets den Polen, es steht seither unter polnischer Verwaltung (-> **Oder-Neisse-Linie**). Im Juli 1945 befahl die SMAD die Errichtung der «Provinzialverwaltung Mark B.» unter Präsident Dr. Karl Steinhoff (SPD), der sie im Oktober 1945 ein beschränktes Gesetzgebungsrecht einräumte. Am 20. 10. 1946 fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen trotz massiver sowjetischer Wahlbeeinflussung die SED nur 43,9 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Der Landtag bestätigte im Dezember 1946 die auf der Grundlage der **-> Blockpolitik** gebildete Provinzialregierung unter Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff (SED) und beschloss im Februar 1947 die «Verfassung für die Mark B. vom 6. 2. 1947», die am gleichen Tag in Kraft trat. Nach der Auflösung Preussens durch den Alliierten Kontrollrat wurde die Provinz im Juli 1947 als B. auch staatsrechtlich Land. Seit Bildung der Sowjetzonen-Republik im Oktober 1949 ist B. Land der «DDR»; an Stelle des zum sowjetzonalen Innenminister berufenen Dr. Steinhoff wurde Rudi Jahn (SED) Ministerpräsident. Das dem Landtag am 25. 7. 1952 aufgezwungene «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Lande B.» beraubte das Land seiner staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit.

2. Stadtkreis im brandenburgischen Bezirk Potsdam, Kreisstadt, Hauptort der Mark B., an der Havel, mit 86 862 Einwohnern (1959) zweitgrösste Stadt Brandenburgs; reich an mittelalterlichen Bauten: spätromanischer Dom (12. Jh.), spätgotische Katharinenkirche (15. Jh.), Altstädter Rathaus (15. Jh.), Neustädter Rathaus; bedeutende Industrie: Stahl- und Walzwerke, Stahlbau, Fahrzeuge, Kinderwagen, Maschinen, Traktoren, Metall-, Leder- und Textilwaren, Schiffbau.

Bis 1488 war B. Residenz der Markgrafen und späteren Kurfürsten von . deren Land, ursprünglich Mark (Grenzgebiet) und seit 948 Bistum, seinen Namen von der alten Hevelterburg Brennabor (Brennaburg) erhielt.

**BRASCH, HORST:** \*1923 in Berlin. Volksschule, Klosterschule Ettal. 1938 Emigration nach England, nach vorübergehender Internierung in Kanada als Metallarbeiter in England tätig. 1941 Mitbegründer der **-> FDJ** im Exil, 1945 Teilnahme an der Weltjugendtagung in London. 1946 nach Berlin, Mitgl. der **-> SED**, Lizenzträger der FDJ. 1947 Mitgl. des Redaktionskollegiums der «Jungen Generation», 1948 Vors. der FDJ im Land Brandenburg, 1949 Mitgl. des Zentral-

rates der FDJ und des Sekretariats des Zentralrates. **1951** Minister für Volksbildung des Landes Brandenburg, **1952** Sekretär des Rates des Bezirkes Cottbus, **1957** l.Vors. des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, seit September **1958** Vizepräsident des Nationalrates der **Nationalen Front**.

**BRAUCHITSCH, MANFRED VON:** \* 15. 8. 05 als Sohn eines Berufsoffiziers in Hamburg. Oberschule. **1924-1928** Reichswehr. **1928** bis zum 2. Weltkrieg Automobilrennfahrer. Mitgl. und Sturmführer des NSKK. **1948** Sportpräsident des Westdeutschen Automobilklubs. **1951** u. **1953** Präs. des Vorbereitenden Komitees für die kommun. Weltfestspiele der Jugend in der Bundesrepublik, Präs. der kommun. Tarnorg. «Komitee für Einheit und Freiheit im Deutschen Sport» u. a. Organisationen. Im Mai **1955** in München wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, bald entlassen. Aktive Betätigung in der kommun. «Friedensbewegung». Übersiedlung in die SBZ. Sportpräsident des «Allg. Deutschen Motorsportverbandes» der SBZ.

**BRÄUTIGAM, ALOIS:** \* 28. 4. **1916** in Grünlos (jetzt CSR) als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Maurer und Bergmann. **1930** -> KJVD. **1934** KP der CSR und Bund der Freunde der SU in der CSR. **1937** bis **1938** Angehöriger der tschechoslowakischen Armee. **1939** bis **1942** Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht. **1942** bis **1945** Bergmann. **1946** in die SBZ. **1946** bis **1949** Stadtverordneter der KPD/SED in Schmalkalden, **1947** bis **1949** SED-Kreisvorsitzender in Schmalkalden. **1950** bis **1951** 1. SED-Kreissekretär Weimar. **1951** bis **1952** Besuch der SED -> Parteihochschule, anschließend Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Erfurt. **1954** bis **1958** 1. Sekretär der SED-Gebietsleitung Wismut, seit **1958** 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt und Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**. Abgeordneter der -> **Volkskammer** seit **1958**.

**BRECHT, BERT (BERTOLT):** \* 10. 2. 1898 in Augsburg, studierte Naturwissenschaften und Medizin, wurde dann Dramaturg und Spielleiter bei Max Reinhardt in Berlin. **1933** emigriert; **1948** aus den USA nach Deutschland zurückgekehrt; Nationalpreisträger, erhielt **1952** und **1954** den Stalin-»Friedenspreis« und wurde Mitgl. der **Deutschen -> Akademie der Künste**. Leitete zusammen mit seiner Frau, der Schauspielerin **Helene -> Weigel**, das «Berliner Ensemble». 14. 8. **1956** verstorben.

B. vertrat eine neue Auffassung von der gesellschaftlichen Funktion des -> **Theaters**. Dem «bürgerlichen Illusionstheater», der aristotelischen Funktion des Theaters, Furcht und

Mitleid zu erregen, stellte B. seine Theorie vom «epischen Theater» entgegen. An die Stelle der Identifikation des Schauspielers mit seiner Rolle und des Zuschauers mit der Handlung wollte B. die rationale Distanziertheit treten lassen (Verfremdungseffekt). Dadurch und durch die Demonstration exemplarischer Beispiele sollte der Zuschauer zu bestimmten gesellschaftlichen Einsichten im Sinne einer sozialistischen Entwicklung gelangen.

Theaterstücke: «Trommeln in der Nacht», «Dreigroschenoper», «Die Massnahme», «Der gute Mensch von Sezuan», «Mutter Courage und ihre Kinder», «Der Kreidekreis», Das **Leben des Galilei** u. a. [**502**]  
**BREDEL, WILLI:** \* 3. 5. **1901** in Hamburg als Sohn eines Zigarettenarbeiters, Metalldreher bei Blom & Voss, später zu See gefahren. **1919** -> **KPD**, Redakteur an Arbeiterzeitungen in Hamburg und Essen, 2 Jahre Festungshaft wegen Hoch- und Landesverrats, schreibt in dieser Zeit seine ersten Romane, die sofort ins Russische übersetzt werden. **1933** KZ, **1934** Emigration nach Prag und von dort in die SU, **1937** Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, dann wieder in der SU. Während des Krieges Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. **1945** Rückkehr nach Deutschland, Mitbegründer des **Deutschen -> Kulturbundes**, ordentliches Mitgl. der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin, Dr. h. c. Seit 6. 4. **1954** Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**. Veröffentlichungen: «Maschinenfabrik N & K», «Die Prüfung», «Begegnung am Ebro», Trilogie «Verwandte und Bekannte», Tnälmann-Biographie u. a. [**502**]

**BRIGADE:** Pj. für ein aus mehreren Arbeitern bestehendes Kollektiv, das nach produktionstechnischen Gesichtspunkten zusammengefasst ist. Meist fällt die B. mit der -> **Gewerkschaftsgruppe** zusammen. Der Begriff stammt aus der SU. Leiter der B. ist der -> **Brigadier**. Seine Funktion ist, die B. zu möglichst hohen Arbeitsleistungen anzutreiben. Um ihm dazu einen besonderen Anreiz zu geben, bezieht er prozentuale Aufschläge zu seinem Lohn, der nach dem Grad der Normerfüllung durch die B. gestaffelt ist. Es sind Bestrebungen im Gange, die Bezahlung des Brigadiers nicht mehr von der Normerfüllung, sondern von der Planerfüllung der B. abhängig zu machen. (-> **Arbeitspolitik**)  
**BRIGADE DER AUSGEZEICHNETEN QUALITÄT:** Nicht mehr verliehener Ehrentitel für -> **Brigaden**, die «drei Monate hintereinander die eingegangenen Verpflichtungen erfüllten». (-> **Wettbewerbsbewegung**, -> **Auszeichnungen**)

**BRIGADE DER BESTEN QUALITÄT:** Ehrentitel mit Urkunde und für jedes Mitglied eine Prämie bis zu 300 DM für -> **Brigaden**, die als Sieger im Wettbewerb besondere Leistungen vollbringen. (-> **Wettbewerbsbewegung**, -> **Auszeichnungen**)

**BRIGADE DER HERVORRAGENDEN LEISTUNG:** Ehrentitel mit Urkunde und für jedes Mitglied eine Prämie bis zu 300 DM für Produktionsbrigaden in den ->LPG für besondere Leistungen bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. (-> **Auszeichnungen**)

**BRIGADE DER KOLLEKTIVEN AKTIVISTENARBEIT:** Seit 1. 5. 1960 abgeschaffter Ehrentitel mit Urkunde und für jedes Mitgl. der Brigade das Aktivistenabzeichen mit Urkunde, Pass und einer Prämie bis zu 500 DM für -> **Brigaden**, die über ein Planjahr hervorragende Leistungen in der Produktion **vollbracht haben.** (-> **Auszeichnungen**)

**BRIGADE DER SOZIALISTISCHEN ARBEIT:** Mit Beginn des -> **Siebenjahresplanes** eingeführte, vor allem von rührigen FDJ-Leitungen propagierte Form der Gruppenarbeit, wobei die in den BdsA. zusammengeschlossenen Kollegen nach der Devise «gemeinsam arbeiten, gemeinsam lernen, gemeinsam leben» bzw. «sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben» möglichst auch ihre Freizeit einschliesslich ihrer Familien gemeinsam verbringen sollen. Die BdsA. sollen damit zugleich dazu dienen, die Frauen der Brigademitglieder für ganz- oder halbtägige Betriebsarbeit zu gewinnen, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Vor allem in der -> **chemischen Industrie**, daneben aber auch im Baugewerbe, Transportwesen, in der Landwirtschaft u. a. angebaunte Organisationsform, die 1960 über Millionen Teilnehmer umfassen soll, aber praktisch nicht von grosser Bedeutung ist und von dem Gros der älteren Arbeitskräfte abgelehnt wird. Lediglich als Form der Arbeitsorganisation und Hauptträger der **sozialistischen -> Wettbewerbe** kommt den BdsA. einige Bedeutung zu. Auf der anderen Seite hat das ZK bei einigen von ihnen seit Mai 1960 -> **Abweichungen**, vor allem im Sinn des -> **Syndikalismus**, tadeln müssen.

**BRIGADETAGEBUCHER:** Um sich im Schreiben zu üben und sich der sog. Bewegung schreibender Arbeiter anschliessen zu können (-> **Kulturpolitik**), vor allem aber, um sich gegenseitig zu «sozialistischen Menschen» zu erziehen, die -> **Kritik** und **Selbstkritik** pflegen, werden die Arbeiter in den **VEB** ange-

halten, B. zur führen, in denen alle Mitgl. einer -> **Brigade** alle Ereignisse in ihrem «Kollektiv» während der Arbeit und während der gemeinsam verbrachten Freizeit eintragen sollen. Brigademitglieder, die noch nicht verstehen, «sozialistisch zu leben und sozialistisch zu arbeiten», sind in den B. namentlich zu nennen und auf ihre «Fehler» aufmerksam zu machen sowie zur Selbstkritik aufzufordern. «Fortschrittliche» Arbeiter sollen ihnen als Vorbild hingestellt werden, in einigen Grossbetrieben werden Wettbewerbe «Wer schreibt das beste B.?» veranstaltet. Die Kulturfunktionäre haben sich allerdings häufig mit der ablehnenden Haltung der Arbeiter, sich auf diese Weise schriftstellerisch zu betätigen, auseinanderzusetzen. Als Muster für B. wurde ein von einem Reparaturschlosser mit Hilfe eines Berufsschriftstellers verfasstes B. in Buchform veröffentlicht.

**BRIGADEN DER LPG:** Die LPG-Mitglieder werden «entsprechend den genossenschaftlichen Interessen und unter Berücksichtigung ihrer. Fähigkeiten» in -> **Brigaden** eingeteilt, die für bestimmte Zeiträume bestehen und auf bestimmte Aufgaben gerichtet sind. Die wichtigsten B. sind die Viehzucht- (Dauer 3 Jahre) und die Feldbaubrigade (Dauer einer Fruchtfolgerotation); letztere wird nach **Übergabe der -> Technik** der -> **MTS** an die -> **LPG** mit der Traktorenbrigade zu einer -> **Komplexbrigade** vereinigt. Neben diesen «ständigen Produktionsbrigaden» gibt es ü. U. auch Bau- und Handwerkerbrigaden oder - auf Initiative der -> **FDJ** - eigene Jugendbrigaden. Nach der **inneren -> Betriebsordnung der LPG** ist «zur Durchsetzung der sozialistischen Arbeitsorganisation» die Bildung von zeitweiligen oder ständigen Arbeitsgruppen innerhalb der B. vorgesehen. Die zwischen komplexer Grösse und Gliederung in kleine Gruppen wechselnde Organisation der B. ist eine Folge des Widerspruchs zwischen dem Bedürfnis nach zentraler Steuerung und der Notwendigkeit einer sich nur in der kleinen Gruppe stabilisierenden **Arbeitsmoral.** (-> **Komplexe Mechanisierung, Prinzip der sozialistischen -> Leitung**)

**BRONNEN, ARNOLT:** \* 19. 8.1895 in Wien als Sohn des Gymnasiallehrers Dr. Ferdinand Bronnen. Gymnasium und Universität in Wien (4 Semester), Schriftsteller. Kriegsfreiwilliger im 1. Weltkrieg, danach in Berlin literarisch tätig. Erst Anhänger der äussersten Linken und mit -> **Brecht** befreundet, dann auf der äussersten Rechten. Schrieb das Buch «O. S.» («Ober-schlesien») über den Freikorps-

kampf. 1928 bis 1940 Mitarbeiter des Reichsrundfunks. 1944 Soldat. Nach 1945 in Österreich Mitgl. der KPO, kommun. Bürgermeister in Goisern. 1945 bis 1950 Kulturredakteur der «Neuen Zeit» in Linz, 1951 bis 1956 stellv. Direktor des Scala-Theaters in Wien. Seit 1956 in der SBZ, Mitarbeiter der Wochenzeitung «Sonntag» und der «Berliner Zeitung». Werke: «O. S.», «Vatermord», «Rossbach», «Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll» u. a. B. starb am 12.10. 1959. [502]

**BRUTTOPRODUKTION, INDUSTRIELLE:** In der SBZ Gesamtwert aller für den Absatz bestimmten Erzeugnisse und materiellen Leistungen industrieller Art einschliesslich der eigenen Reparaturen und Investitionsleistungen der Betriebe sowie einschliesslich ihres Eigenverbrauchs bei Kohle, Erzen, Roh-eisen und Rohstahl. Seit 1959 zählen auch die Bestandsveränderungen an unvollendeten Erzeugnissen zur IB. Die IB. wird nicht nach den tatsächlichen Preisen (-> **Industrieabgabepreise**) errechnet, sondern auf der Basis sogenannter **unveränderlicher-<sup>\*</sup> Planpreise, d. h.** fiktiver Preise für zusammengefasste Warengruppen, die als Hilfsmittel der Planung und der Planabrechnung für die Dauer einer Planungsperiode (-<sup>\*</sup> **Fünfjahrplan, -<sup>\*</sup> Siebenjahrplan**) Gültigkeit haben. (-<sup>\*</sup> **Messwerte**)

**BSG:** Abk. für Betriebs-Sportgemeinschaften. (-<sup>\*</sup> **Sport**)

**BUCH-EXPORT und -IMPORT, DEUTSCHER (DB):** 1953 als GmbH, in -<sup>\*</sup> **Leipzig** begründet. Der DB. gehört zu den wichtigsten Organisationsformen des weitgehend verstaatlichten -<sup>\*</sup> **Buchhandels** in der SBZ. Die gesamte Ein- und Ausfuhr graphischer Erzeugnisse (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Reproduktionen von Gemälden, Landkarten, Spielkarten, Postkarten, Modellierbogen, Noten, Briefmarken) läuft über den DB. Er betreibt eine intensive Exportwerbung, vor allem auch durch Ausstellungen; 1958 gab er für Buch- und Zeitschriftenwerbung im Auslande rund 1 Mill. DM Ost aus. Der DB. vermittelt auch Nachdruck- und Übersetzungslizenzen, Druck- und Bindeaufträge; soweit es sich um den Austausch mit der Bundesrepublik handelt, im Rahmen des -<sup>\*</sup> **Interzonenhandels**.

**BUCHHANDEL:** Jede staatlich gelenkte Buchproduktion (-> **Verlagswesen**) hat die Neigung, auf dem Wege zum Verbraucher den Sortiments-B. zu umgehen. So werden in der SBZ die Schulbücher des staatlichen Monopolverlages vorwiegend direkt an die Schulen geliefert; der Zeitschriftenvertrieb erfolgt nahezu ausschliesslich durch die Post; in Betrieben und auf den Dörfern gibt

es Buchverkaufsstellen, die kaum noch als «Auchbuchhandlungen» gelten können, und mit -<sup>\*</sup> **HO-** und Konsumverkaufsstellen (-<sup>\*</sup> **Konsumgenossenschaften**) werden «Agenturverträge für den Literaturvertrieb» geschlossen. Zur Steuerung des B. bedient das Regime sich einer Einrichtung, die den gesamten Verkehr zwischen Verlag und Sortiment nahezu monopolistisch verwaltet, des **Leipziger Kommissions- und Grossbuchhandels (LKG)**. Der LKG besorgt die Alleinauslieferung von 5 staatlichen oder staatlich verwalteten, 51 «volkseigenen» (-> **Volkseigentum**), 4 «organisations-eigenen» und 8 privaten Verlagen, hält aber auch die Produktion der übrigen 6 «volkseigenen», 3 «organisationseigenen» und 35 (meist kleineren und kleinsten) privaten Verlage bereit, die «als alten Zopf» noch eigene Auslieferung betreiben. Der LKG beliefert annähernd 3'000 Buchhandlungen und «Buchverkaufsstellen» sowie 269 Leihbüchereien. Auf Grund eines Vorankündigungsdienstes, der dem sowjetzonalen «Börsenblatt für den deutschen Buchhandel» beiliegt, bestellen die Buchhandlungen beim LKG; über ihn rechnen sie mit den Verlagen ab. Da die vom Publikum gewünschte, leicht absetzbare Titel meist in unzureichenden Auflagen erscheinen, die von der SED geförderte Literatur dagegen schwerer verkäuflich ist und die Produktionsplanung ausserdem zu gewissen Terminen beträchtliche Stauungen im Kommissions- und Einzelhandel mit sich bringt, wird das Bestellverfahren allmählich durch ein Zuteilungsverfahren verdrängt. Der LKG dient auch als Instrument zur Verstaatlichung der B. 385 «Volksbuchhandlungen» mit 266 Nebenstellen und 300 Betriebe des staatlichen und genossenschaftlichen Handels werden von ihm bevorzugt beliefert; mit 160 privaten Buchhandlungen hat er -<sup>\*</sup> **Kommissionsverträge** abgeschlossen, die die Verstaatlichung vorbereiten. Von den 744 Buchhandlungen, die noch als Privateigentum gelten, sind viele in ähnlicher Weise vertraglich an eine «Volksbuchhandlung» gebunden. Die Existenzbasis des selbständigen B. schrumpft von Jahr zu Jahr, und er wird in ideologischer Hinsicht von Partei und Staat scharf kontrolliert. - Der Börsenverein der deutschen Buchhändler besteht als gleichgeschalteter Berufsverband fort und veröffentlicht im «volkseigenen» Verlag für Buch- und Bibliothekswesen das sowjetzonale «Börsenblatt»; im gleichen Verlage erscheint auch **die** von der Deutschen Bücherei in -<sup>\*</sup> **Leipzig** bearbeitete «Nationalbibliographie». (-<sup>\*</sup> **Kulturpolitik, -<sup>\*</sup> Bibliotheken, -<sup>\*</sup> Literatur**) [530]

**BUCHHEIM, WALTER:** \*28.1.1904 in Pecjau, Kr. Borna, als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Metallschleifer, 1923-> KJVD, 1926-> KPD. 1931 bis 1933 Stadtrat in Groitzsch. 1933 bis 1936 Gefängnis und KZ. Ab 1936 wieder als Metallschleifer tätig. 1945 KPD, 1946 -> SED. 1945 bis 1949 Stadtverordneter und Bürgermeister von Groitzsch, 1949 Absolvent der Deutschen Verwaltungsakademie, 1950 Landrat in Zittau. Von 1952 bis 1959 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Chemnitz. Am 31.10.1959 zum stellv. Vorsitzenden des -> FDGB und Leiter des Sekretariats im FDGB-Bundesvorstand ernannt. Seit 1954 Mitgl. des -> ZK der SED. Seit 1958 Abgeordneter der -> Volkskammer.

**BUCHWITZ, OTTO:** \* 27.4.1879 in Breslau als Sohn eines Schlossers. Volksschule, Metalldrücker. Seit 1896 gewerkschaftlich organisiert, 1898 SPD. Nach Militärdienst und Tätigkeit in verschiedenen Berufen von 1907 bis 1914 Sekretär des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Nach Kriegsdienst 1919 Bezirkssekretär der SPD in Niederschlesien. 1924 bis 1933 M. d. R. 1933 Emigration nach Skandinavien. 1940 in Dänemark verhaftet, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Haft in Brandenburg und Sonneberg. 1945 Mitbegründer der SPD in der SBZ. Vors. des Landesverbandes Sachsen der SPD. 1946 Landesvorsitzender der SED. 1946 bis 1952 Abgeordneter und Präsident des Sächsischen Landtages. Seit 1946 Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des -> ZK der -> SED. 1949 Vizepräsident der prov. -> Länderkammer, seit 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer. 1952 bis 1954 Mitgl. des Rates des Bezirkes Dresden. Seit 1952 Mitgl. des Deutschen -> Friedensrates, Ehrenpräsident des -> DRK der SBZ. Mitherausgeber der von der SED an SPD-Mitgl. in der Bundesrepublik versandten «Sozialistischen Briefe». 1959 mit dem Internationalen Lenin-Friedenspreis der SU ausgezeichnet. Gilt als prominenter -> Parteiveteran.

**BUND DEUTSCHER OFFIZIERE:** Hilfsorganisation des -> Nationalkomitees Freies Deutschland.

**BUNDNISPOLITIK:** Im Pj. gemäß Lenin die enge Zusammenarbeit der proletarischen Klasse mit der Klasse der werktätigen -> Bauern bzw. - in nachleninscher Version - der Klasse der Genossenschaftsbauern (Landwirtschaftliche -> Produktionsgenossenschaften) und mit der -> Intelligenz, die gemeinsam unter Führung der bolschewistischen Partei die proletarische Revolution vollziehen sollen. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Febr. 1956) richtet sich die Bündnispolitik darüber hinaus auf alle Unterdrückten und Unzufriedenen in allen Län-

dem (-> Klassenkampf auf dem Lande, -> Aktionseinheit der Arbeiterklasse, -> Arbeiter-und-Bauern-Macht).

**BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE REVOLUTION:** -> Periodisierung.

**BÜRGERMEISTER:** -> Gemeinde.

**BURGHARDT, MAX:** \* 27. 11. 1893 in Schwerin, Schauspieler. 1930 -> KPD, in der NS-Zeit inhaftiert. 1946 NWDR Köln, 1947 Referent für Theater und Musik in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, später im Ministerium für Volksbildung, 1950 Generalintendant der Stadt. Bühnen Leipzig, seit Sept. 1954 Intendant der Staatsoper in Ost-Berlin, seit 9. 2. 1958 ausserdem Präsident des Deutschen -> Kulturbundes. Seit 1954 Kandidat des -> ZK der -> SED, auf Beschluss des 5. Plenums des ZK der SED im Mai 1959 zum Vollmitgl. berufen.

**BURMEISTER, FRIEDRICH:** \*24.3. 1888 in Wittenberge als Sohn eines Lokomotivführers, Mittel- und Realschule, 1905 Eintritt in den Postdienst, 1906 Mitgl. des Deutschen Postverbandes, von 1919 bis 1923 in diesem in verseh. Funktionen, von 1920 bis 1933 Vors. des Landeskartells des Deutschen Beamtenbundes Mecklenburg-Schwerin, 1922 bis 1924 Mitgl. der Republ. Partei, 1926 bis 1930 der Deutschen Demokratischen Partei. 1945 -> CDU, seit Sept. 1950 Mitgl. des Hauptvorst. der CDU. Von 1945 bis 1946 stellv. Leiter der Oberpostdirektion Schwerin, Dez. 1946 Minister für Arbeit und Sozialwesen in Mecklenburg, seit Okt. 1949 Minister für Post- und Fernmeldewesen. Von 1950 bis 1958 Abgeordneter der -> Volkskammer.

**BÜRO DES PRÄSIDIUMS DES MINISTERRATES:** Dienststelle des -> Ministerrates.

**BÜRO FÜR DIE NEUERERBEWEGUNG (BFN):** -> Erfindungs- und Vorschlagswesen, -> Neuererbewegung.

**BÜROKRATISMUS:** Im Pj. der Arbeitsstil der Verwaltung und Wirtschaftsführung, sofern diese weitestgehend «administrative» Mittel (-> Administrieren) anwenden, Vorschriften formell auslegen, ohne den gemeinten Sinn und die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen, in übertriebenem Mass Kompetenzgesichtspunkte zur Geltung bringen, Entscheidungen und, wo nötig, unmittelbare Eingriffe in die Praxis aber scheuen. Gegensatz: Operativer -> Arbeitsstil. Der B. wird seit 1951 scharf bekämpft, scheint aber nicht zu überwinden zu sein, da eine so umfassende Reglementierung, wie sie das bolschewistische System der Planwirtschaft (-> Wirtschaftssystem) darstellt, auf Massnahmen des B. angewiesen ist und die Bereiche von



Ermessen und echter persönlicher Verantwortung sehr einschränken muss, da das System selbst keine Pluralität des politischen Willens gelten lassen kann, womit jedes eigenmächtige, selbst noch so sachgemäße Verhalten einzelner Funktionäre erhebliche Risiken in sich birgt. — Es ist zu beachten, dass der Begriff B. im Unterschied zu der im Westen aktuellen Diskussion über die Bürokratisierung damit nicht meint, dass die Verwaltung echte Herrschaftsfunktionen mitübernimmt. Davon kann in der SBZ und den übrigen Ländern des Ostblocks

nicht die Rede sein, da die Herrschaft hier eine Domäne der bolschewistischen Partei ist.

**BYKOW, PAWEL:** Schnelldreher in der Moskauer Schleifmaschinenfabrik und Initiator einer **Aktivistenbewegung** zur höchsten Beschleunigung des Arbeitstempos. Sowjetzonaler Nachahmer ist Erich Wirth (Sachsenwerk Radeberg). Auf B. geht auch die Bildung von **Komplexbrigaden** zurück, die die Zusammenarbeit zwischen technischer Intelligenz und Arbeitern zum Ziele haben.

## C

**CALBE:** Stadt in -> **Sachsen-Anhalt** (jetzt: Bezirk -> **Magdeburg**) mit (1959) 16 517 Einwohnern. Seit 1951 Standort des neuerbauten «VEB Eisenhüttenwerke West», eines Hüttenwerkes zur Herstellung von Giesserei-Roheisen, das nach einem neuartigen Verfahren in Niederschachttöfen unter Verwendung von Braunkohlenkoks erschmolzen wird. (-> **Eisen- und Stahlerzeugung**)

**CDU:** Abk. für Christlich-Demokratische Union. Auf den Gründungsauftrag vom 26. 6. 1945 erfolgte am 10. 7. 1945 die Genehmigung der -> **SMAD**. Zunächst war die Partei, unter Leitung von Dr. Hermes und Dr. Schreiber und nach deren erzwungenem Rücktritt infolge eines Konfliktes mit der SMAD in der Bodenreform- und Schulfrage unter Leitung von Jakob Kaiser, mit Erfolg darauf bedacht, ein Gegengewicht gegen die -> SED darzustellen. Nachdem Kaiser auf Grund seines Protestes gegen die -> **Volkskongress**-Politik durch Eingriff der SMAD sein Amt als Vorsitzender nicht mehr ausüben durfte, geriet die CDU unter Otto -> Nuschke entgegen dem Willen der Mitglieder in völlige Abhängigkeit der SED. Dementsprechend wandelte sich das ideologische Konzept zum «christlichen Realismus». Danach sind - nach der Definition des Generalsekretärs Gotting auf der Meissener Arbeitstagung im Okt. 1951 - «echte Christen Friedensfreunde», woraus sich ergebe, dass sie im «Friedenslager» der SU stehen müssten, wie auch Christus im Lager des Fortschritts gestanden habe («Neue Zeit», Nr. 244/1951). Der 6. Parteitag im Okt. 1952 nahm die vollständige Unterwerfung unter die SED an. Nach der neuen Satzung werden ein «Politischer Ausschuss» und ein «Hauptvorstand» entsprechend dem -\* Politbüro und dem -> **ZK** der SED als oberste Organe gebildet. «Wir sind eine einschränkungslos sozialistische Partei» (Nuschke auf dem 6. Parteitag). Die CDU setzte sich im Frühjahr 1960 nachdrücklich für die überstürzte -> **Zwangskollektivierung** auf dem Lande ein und verpflichtete ihre Mitgl. zur «aktiven Mitarbeit» bei der Liquidierung des privaten Bauerntums. Stimmen bei den Landtagswahlen 1946 = 2378346 (von 9 490 907), Mitgliederstand Dez. 1947 = 218'000, Dez. 1950 = 150'000, Anfang 1953 = 155'000, Anfang 1956 etwas über 100'000.

Nach dem Tod von Otto Nuschke wurde am 18. 3. 1958 August -> **Bach** mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Parteivors. beauftragt. Bach wurde auf dem 9. Parteitag der CDU im Okt. 1958 zum Vors. gewählt. Generalsekretär: **Gerald -\* Gotting**. Zentralorgan: «Neue Zeit», ausserdem fünf Provinzzeitungen, Gesamtauflage der CDU-Tagespresse: etwa 180'000.

**CHEMISCHE INDUSTRIE:** Bereits vor der Teilung Deutschlands hatte die Chl. in der heutigen SBZ bei einer grossen Anzahl von Erzeugnissen überdurchschnittliche Produktionsanteile, bei einigen wichtigen chemischen Grundstoffen bestand sogar eine weitgehende Abhängigkeit Westdeutschlands von der mittel-deutschen Chl. Das grösste Chemiewerk Europas, das Leunawerk, die drei IG-Farbenwerke in Bitterfeld und andere waren Lieferanten Westdeutschlands und der ganzen Welt. 1936 hatte das Sowjetzonengebiet an der gesamtdeutschen Erzeugung z. B. folgende Anteile: Methanol 78,9 v. H., Stickstoffdüngemittel 61,1, Kali 58,7, Schwefelkohlenstoff 57,5, synthetischer Ammoniak 55,5, Benzin 55, Chlor 48,5, kalzinierte Soda 47,1 und Dieselkraftstoffe 29,6 v. H.

Diese Anteile erhöhten sich während der Kriegsjahre zum Teil nicht unerheblich. Bei verhältnismässig geringen Kriegsschäden musste die Chl. der SBZ 1945/46 ausserordentlich empfindliche Demontagen hinnehmen. Die wichtigsten Chemie-Grossbetriebe wurden von den Sowjets beschlagnahmt (-> SAG). Nach dem Wiederaufbau verfügten die Sowjets (Stand von Anfang 1952) über mehr als 52 v. H. aller Kapazitäten in der Chl. Bei einer grossen Anzahl chemischer Erzeugnisse besaßen die Sowjets sogar Monopolstellungen. Erst ab 1. Jan. 1954 wurden die SAG-Betriebe der Chl. an die deutsche Verwaltung zurückverkauft. - Auf den Proaktionswert bezogen, waren im Jahre 1959 nur noch 4 v. H. der Erzeugung der Chl. in Privathand. Von den rd. 265'000 Beschäftigten arbeiteten (1959) 228'000 in Staatsbetrieben. Der erste -> **Fünfjahrplan (1951 bis 1955)** sah eine Verdoppelung der Produktion vor, was bei den Grund-erzeugnissen der Chl. (kalzin. Soda, Phosphordünger, Atznatron, Schwefelsäure, Kalziumkarbid) nicht ganz erreicht werden konnte.

In der Periode des -> Siebenjahr-Elans soll die Produktion der Chi. is 1965 gegenüber 1958 annähernd verdoppelt werden. Entwicklungsschwerpunkte sollen Kunststoffe (Plaste) und synthetische Fasern sein. Die Engpässe bei Schwefelsäure, Ätznatron, kalzin. Soda und Kalziumkarbid sollen durch den Aus- und Aufbau neuer Kapazitäten endgültig beseitigt werden. Die -\***Kraftstoffherzeugung** soll nach Inbetriebnahme eines neuen Werkes in Schwedt (Oder) und die Umstellung bestehender Treibstoffwerke von Braunkohle auf Erdöl gegenüber 1958 um 100 v. H. gesteigert werden; auch die Düngemittelproduktion wird verdoppelt. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Länder des -> Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe soll die Chi. der SBZ Hauptlieferant für Kalidüngemittel, Kunststoffe, Silikon und synthetischen Kautschuk werden. Diese Zusammenarbeit wird also ohne den Verzicht der Chi. auf bisherige Produktionsrichtungen der Zone vorangetrieben. [712]

**CHEMNITZ:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** aus dem Südteil von -> Sachsen; 6008 qkm, 2123 660 Einwohner (1959). 4 Stadtkreise: Chemnitz, -> **Plauen**, Schneeberg, -> **Zwickau**; 21 Landkreise: Annaberg, Aue, Auerbach, Brand-Erbisdorf, Chemnitz, Flöha, -> **Freiberg**, Glauchau, Hainichen, Hohenstein-Ernstthal, -> **Klingenthal**, Marienberg, Oelsnitz, -> Plauen, Reichenbach, Rochlitz, Schwarzenberg, Stollberg, Werdau, Zschopau, -> **Zwickau**. Vors. des Rates des Bezirkes: Werner Felfe (SED), 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Rolf -> Weiss**. - Mit der Stadt Ch. wurde im Mai 1953 auch der Bezirk in **Karl-Marx-Stadt** umbenannt.

2. Stadtkreis im sächsischen Bezirk Ch., Bezirksstadt, Kreisstadt, im erzgebirgischen Becken, an der Chemnitz, mit 286 226 Einwohnern (1959) drittgrößte Stadt Sachsens und der SBZ (im 2. Weltkrieg erheblich zerstört); arm an historischen Bauten: Jakobikirche (14./15. Jh.), Schlosskirche (16. Jh.); als Hauptsitz der sächsischen Textil- und Maschinenindustrie eines der bedeutendsten Industrie- und Handelszentren Deutschlands (bis 1939 Weltmanopol für Strümpfe und Trikotagen), ausserdem Kraftfahrzeug- (vorm. Auto-Union) und Fahrradfabrikation; Hochschule für Maschinenbau, Pädagogisches Institut, Städtische Theater und Museen. - Am 10. 5. 1953 wurde Ch. aus Anlass des «Karl-Marx-Jahres» gegen den Willen der Bevölkerung in Karl-Marx-Stadt umbenannt.

**CHRISTOPH-METHODE:** Eine in der SBZ seit 1958 eingeführte sowjeti-

sche -> Arbeitsmethode, in der SU Mamai-Methode genannt. Die Produktionspläne werden danach im Betrieb bis auf den Tagesanteil jedes einzelnen Arbeiters aufgeschlüsselt, und die Arbeiter sollen sich verpflichten, «täglich den Plan zu erfüllen und zu übererfüllen». Die ChM. wurde Anfang 1958 zuerst im Braunkohlenbergbau eingeführt. Der allgemeinen Einführung stellen sich sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen, da es unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen in den Betrieben nicht möglich ist, einen stockungsfreien Arbeitsablauf, der Voraussetzung für die Anwendung der ChM. ist, zu gewährleisten. Die Kombination der ChM. mit der -> **Wehner-Methode** ist die Christoph-Wehner-Methode. (-> **Arbeitspolitik**)

**CHRUSCHTSCHOW, NIKITA SERGEJEWITSCH:** \* 17.4.1894 in Kainowka im Gouvernement Kursk als Sohn eines Bergarbeiters, arbeitete zunächst als Landarbeiter, später als Schlosser im Bergbau. Teilnahme am Bürgerkrieg, seit 1918 KPdSU-Mitgl., 1929 bis 1931 Studium an der Industrie-Akademie «Stalin», Sekretär des dortigen Parteikomitees. Danach Parteisekretär verschiedener Rayons. Von 1932 bis 1934 Sekretär des Moskauer Stadtkomitees und 2. Sekretär des Moskauer Gebietskomitees der KPdSU, hier vor allem mit der Kollektivierung der Landwirtschaft im Moskauer Gebiet beauftragt. Seit 1934 Mitgl. des ZK der KPdSU, von 1935 bis 1938 als Nachfolger von Kaganowitsch 1. Sekretär des Moskauer Gebiets- und Stadtkomitees, 1937 Deputierter der Stadt Moskau im Obersten Sowjet der UdSSR, Mitgl. des Präsidiums des Obersten Sowjets von 1938 bis Nov. 1947 und erneut seit 1950. 1938 1. Sekretär des ZK der KP der Ukraine und Kandidat des Politbüros der KPdSU, seit 1939 Mitgl. Während des Krieges Mitgl. des Kriegsrates der Front (Stalingrad), Generalleutnant. 1949 wieder 1. Sekretär des Parteigeietskomitees in Moskau und Sekretär des ZK der KPdSU. Nach Stalins Tod, im September 1953, zum 1. Sekretär des ZK der KPdSU gewählt. Seit dem 27. 3. 1958 als Nachfolger Bulganins auch Ministerpräsident der SU.

**CISINSKI-PREIS:** Der CP. wird in zwei Klassen für «hervorragende Neuschöpfungen, beispielgebende künstlerische Interpretationen, richtungweisende wissenschaftliche Forschungsarbeit und andere kulturpolitische Leistungen auf dem Gebiete des sorbischen Kunstschaffens» durch den Minister für Kultur verliehen. (-> **Auszeichnungen**, -> **Wenden**)

**CLARA-ZETKIN-MEDAILLE:** Medaille mit Urkunde und, sobald Vollrentenanspruch besteht, einer jährlichen Ehrenrente von 300 DM für «hervorragende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus, im Kampf um die Erhaltung des Friedens und in der Arbeit unter den Frauen zur Durchsetzung des sozialistischen Bewusstseins, bei der Verwirklichung der Rechte der Frau, der Gleichberechtigung, Förderung und Entwicklung der Frau sowie in der sozialistischen Frauenbewegung».

(-> **Auszeichnungen**)

**COMECON:** -> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.**

**CORRENS, ERICH:** Prof. Dr. phil., \* 12. 5. 1896 in Tübingen als Sohn eines Geh. Regierungsrates. Realgymnasium, Kriegsdienst im 1. Weltkrieg, Studium der Chemie, Physik und Botanik in Berlin u. Tübingen. **1922** bis **1924** Assistent an wissenschaftlichen Instituten. Seit **1925** Tätigkeit in Industrie u. Forschung; **1937** bis **1945** Zellwolle- und Kunstseiderring G. m. b. H. Schwarza u. Wilshausen. **1946** Werkdirektor der VEB Zellstoff- und Papierfabrik Rosenthal in Blankenstein, **1948** Werkdirektor des VEB Kunstfaserwerkes «Wilhelm Pieck» in Schwarza. Seit **1951** Direktor des Instituts für Faserstoffforschung der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** in Teltow-Seehof, seit **1951** ordentl. Mitgl. der Akademie. Seit 26. 8. **1950** Präsident des Nationalrates der -\* **Nationalen Front**, seit **1957** ausserdem

Mitgl. des **Deutschen -> Forschungsrats** beim Ministerrat der SBZ. Seit 12.9.**1960** Mitgl. des -\***Staatsrates**. Mitgl. des Präsidialrates des **Deutschen -> Kulturbundes**. Seit **1954** Abgeordneter der -> **Volkskammer**, Fraktion Kulturbund. Parteilos.

**COTTBUS:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer **1952** im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung aus dem** Südtteil von -> **Brandenburg** sowie sächsischen und sachsen - anhaltischen Gebietsteilen; 8213 qkm, 807 840 Einwohner (**1959**). 1 Stadtkreis: Cottbus; 14 Landkreise: Bad Liebenwerda, Calau, Cottbus, Finsterwalde, Forst, -> **Guben**, Herzberg, -> **Hoyerswerda**, Jessen, Luckau, Lübben, -> **Senftenberg**, -> Spremberg, Weisswasser. Vors. des Rates des Bezirkes: Heinz Krüger (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Albert -> Stief.**

2. Stadtkreis im brandenburgischen Bezirk C., Bezirksstadt, Kreisstadt, Hauptort der Niederlausitz, beiderseits der Spree, mit 66 099 Einwohnern (**1959**) drittgrößte Stadt Brandenburgs (im 2. Weltkrieg erheblich zerstört); Hauptsitz der Niederlausitzer Textilindustrie (Tuche und Teppiche), daneben Nahrungsmittelindustrie; Reichsbahndirektion; Hochschule für Bauwesen, Sender des «Radio DDR», Stadttheater. - Durch die Verwaltungsneugliederung im Sommer **1952** verlor C. seine Stellung als kreisfreie Stadt, ist jedoch seit **1954** wieder Stadtkreis.

## D

**DAHA:** Abk. für Deutscher Aussenhandel, Anstalt öffentlichen Rechts. (-> **Aussenhandel**)

**DAHLEM, FRANZ:** \* 14. 1. 1892 in Rohrbach (Lothringen). Kaufmännischer Angestellter; vor dem 1. Weltkrieg in der Sozialist. Arbeiterjugend tätig. **1918** Redakteur und Parteisekretär in der -> **USPD**, dann KPD, Preussischer Landtagsabgeordneter, seit **1928** M. d. R. und Mitglied des ZK der KPD. Nach **1933** illegale Tätigkeit; **1937** Politkommissar im spanischen Bürgerkrieg. **1939-42** in einem französischen Internierungslager; von der Vichy - Regierung an die Gestapo ausgeliefert. KZ bis Mai **1945**. Spezialausbildung in Moskau. Seit Gründung der -> **SED** im Parteivorstand, seit **1950** im -> **ZK** und -> **Politbüro**. Als Kaderchef der Partei dirigierte er zeitweise den illegalen kommun. Organisations- und Spionage-Apparat und die -> **Tarnorganisationen** in der Bundesrepublik. Wurde auf Beschluss des ZK am 14. und 15. 5. **1953** «wegen politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten und wegen nichtparteiässigen Verhaltens zu seinen Fehlern» seiner Funktionen enthoben und aus dem ZK, Politbüro und Sekretariat ausgeschlossen. Seit März **1955** Leiter der Hauptabt. Forschung u. erster Stellv. des Staatssekretärs im Staatssekretariat für Hochschulwesen. Durch Beschluss des ZK der SED vom 29. 7. **1956** im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert. Im Januar **1957** wieder in das ZK der SED kooptiert.

**DAL:** Abk. f. **Deutsche -> Akademie der Landwirtschaftswissenschaften**.

**DAMW:** Abk. für -> **Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung**.

**DANELIUS, GERHARD:** \* 2. 4. **1913** in Berlin. Während der NS-Zeit Emigrant in Frankreich. **1945 -> KPD**, **1946** Bürgermeister in Berlin-Karow, Besuch der SED-Parteihochschule, von etwa **1950** bis zum Verbot der KPD in der Bundesrepublik im August **1956** Instrukteur des -> **ZK** der -> **SED** beim Parteivorstand der KPD, danach 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Berlin-Friedrichshain, Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Berlin, im Februar **1959** in das Büro der Bezirksleitung kooptiert, seit April **1959** offiziell Sekretär der Parteiorganisation der SED in West-

Berlin. Weiterhin Mitgl. des Büros der SED-Bezirksleitung Berlin.

**DARAG:** Abk. für -> **Deutsche Auslands- und Rückversicherungs-AG**.

**DBB:** **Deutsche -> Bauernbank**.

**DBD;** Abk. für Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Im April **1948** gebildet, am 16. 6. **1948** von der -> **SMAD** genehmigt. Gründungsprogramm: Sicherung der Bodenreform und (angeblich) des Privateigentums der Klein- und Mittelbauern, Festigung des «Bündnisses der werktätigen Bauern mit der Arbeiterklasse». Tatsächlich unterstützt die DBD bedingungslos die Sozialisierungspolitik der -> **SED** in der **Landwirtschaft**. Das zeigte sich besonders während der Kollektivierungskampagne im Frühjahr **1960**. Ihr Einfluss ist praktisch bedeutungslos. Vorsitzender: **Ernst -> Goldenbaum, stellv. Vors.: Paul -> Scholz**, Generalsekretär: Berthold Rose. Die führenden Funktionäre der DBD sind zu einem grossen Teil ehemalige Mitgl. der -> **SED** bzw der -> **KPD**, die durch -> **Parteiauftrag** der SED-Führung die Gründung und Leitung der DBD besorgten. Mitgliederstand: Anfang **1958** etwa 72'000. Zentralorgan: «Bauern - Echo», Auflage etwa 100'000.

**DDR:** Abk. für «**Deutsche Demokratische Republik**», auf Initiative der SU durch die -> **SED** im Gebiet der -> **SBZ** am **7.10. 1949** errichtet. Der Kampf um die diplomatische Anerkennung der «DDR» ist eines der wichtigsten Anliegen der Regierung der SBZ. Mit dieser Anerkennung würde aber die Spaltung Deutschlands völkerrechtlich verankert. (-> **Verfassung**, -> **Regierung und Verwaltung**, -> **Besatzungspolitik**, -> **Souveränität**, -> **Wiedervereinigung**)

**DEFA:** Abk. für **Deutsche Film AG**, jetzt Deutsche Filmgesellschaft m. b. H. (-> **Filmwesen**)

**DEFAITISMUS:** auch Defätismus. Zweifel und mangelnder Glaube, dass dem Bolschewismus die Zukunft gehört, werden im Pj. als D. bezeichnet. Auch bei Tagesfragen, z. B. Erfüllung gesteckter Planziele in den Betrieben, wird Skepsis als D. verurteilt.

**DEKADENZ:** Im Pj. Bezeichnung für den angeblichen Verfall der bürgerlichen Kultur, insbesondere für kulturkritische und skeptische Strö-

mungen innerhalb der bürgerlichen Kunst und -> **Literatur**. Künstler, die durch ihre Werke die Fragwürdigkeit der eigenen Kulturwerte zum Ausdruck bringen wollen, aber auch nicht glauben, dass der Bolschewismus die Antwort auf diese Fragwürdigkeit zu geben vermag, werden als **dekadent** bezeichnet. Insbesondere wird der -> **Formalismus** als Ausdruck der D. verworfen.  
**DEMARKATIONSLINIE:** Als D. haben die Verwaltungen und die Polizeistellen der SBZ die Zonengrenze zwischen der SBZ und der Bundesrepublik nur bis zu der Grenzmassnahmen-Verordnung vom 3. 5. 1956 bezeichnet. Seitdem wurde sie amtlich 'Grenze' genannt, und seit

16. 11. 1957 sogar -> **Staatsgrenze West.** - Auch dies beweist, wie sehr die -> SED auf die Spaltung Deutschlands hinarbeitet. - Die Länge der D. beträgt 1381 km. Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (-> **Oder-Neisse-Linie**) ist nach dem -> **Potsdamer Abkommen** nur eine D., nicht aber eine Staatsgrenze (-> **Grenzübergänge**). Auf der D. duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (-> **Kontrollpunkte**), die eigentlich nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Sie finden sich, mit den entsprechenden Übergängen auf der Seite der Bundesrepublik, in folgender Übersicht:

**Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie**

Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie		Seitens der Bundesrepublik	
1. (Strasse)	Lübeck-Schlutup		Selmsdorf (Bez. Rostock)
2. (Bahn)	Lübeck		Herrnburg (Bez. Rostock)
3. (Bahn)	Büchen, südl. Lübeck		Schwanheide (Bez. Schwerin)
4. (Strasse)	Lauenburg/Elbe (in Holstein)		Horst b. Boizenburg/Elbe
5. (Elbe)	Hohnstorf/Elbe (Bez. Lüneburg)		
6. (Elbe)	Hohnstorf/Elbe (Bez. Lüneburg)		Boizenburg/Elbe (Endhafen)
7. (Elbe)	Schnackenburg/Elbe (Bez. Lüneburg)		Dömitz/Elbe (Endhafen)
8. (Mittel-Rühen)	(Bez. Braunschweig), land-nordwestl. Wolfsburgkanal		Cumlosen/Elbe (Kr. Perleberg)
9. (Bahnen, nur Güter)	Wolfsburg (Bez. Lüneburg)		Buchhorst b. Oebisfelde (Bez. Magdeburg)
10. (Bahnen)		Oebisfelde (Bez. Magdeburg)	
11. (Autobahn)	Vorsfelde (Bez. Braunschweig)	Oebisfelde (Bez. Magdeburg)	
12. (Bahnen)	Helmstedt (Bez. Braunschweig)	Marienborn (Bez. Magdeburg)	
13. (Autobahn)	Hermleshausen/Werra (Bez. Wartha, westl. Eisenach) (Kassel)		
14. (Bahnen)	Bebra (Bez. Kassel)	Wartha, westl. Eisenach	
15. (Bahnen)	Ludwigstadt (Bez. Oberfranken)	Probstzella, südl. Saalfeld	
16. (Strasse)	Töpen (Bez. Oberfranken)	Juchhöh, südl. Schleiz	
17. (Bahn)	Hof (Bez. Oberfranken)	Gutenfürst, südwestl. Plauen (Vogtland)	

Ortlichen Wirtschaftsverkehr über die D. hinweg lässt die Regierung der SBZ nur vereinzelt durch Sondergenehmigung zu: So z. B. auf der Bahn Ellrich (Bez. Erfurt) -Walkenried (Bez. Braunschweig), die aber nicht für Durchgangsverkehr zwischen Nordhausen und Northeim (Niedersachsen) geöffnet ist

**DEMOKRATIE:** Die seit 1776 - USA - bzw. 1791 - Frankreich - für die «westliche» Welt repräsentative Staats- und Gesellschaftsordnung («bürgerliche D.»). Nach Auffassung -> **Marx' und -\* Engels' ist in ihr**

**die -> Ausbeutung** nicht aufgehoben. Grundlage der D. sei vielmehr der auf dem «Antagonismus der Klassen» beruhende kapitalistische Staat. Dennoch stellt nach klassisch-marxistischer Auffassung die bürgerliche D. einen Fortschritt gegenüber dem absolutistischen Feudalstaat dar, weil sie dem Proletariat das Wahlrecht, Rede- und Koalitionsfreiheit bringt und damit erleichternde Voraussetzungen für die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung schafft. Die bürgerliche D. ist zwar eine «Diktatur der Minderheit

über die Mehrheit», der Bourgeoisie über das Proletariat, bildet aber ein erstrebenswertes Übergangsstadium auf dem Wege zur -> **Diktatur des Proletariats** und zum Sozialismus und damit zu einer «Diktatur der Mehrheit über eine Minderheit». Noch Lenin erklärte: «Die „reine D.“ ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält» (Ausgew. Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 423). Mit dem Eintritt der SU in die Weltpolitik (Aufnahme in den Völkerbund 1934) erfuhr ihre Einstellung zur D. eine Wandlung, die mit dem anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnis von 1941 abgeschlossen wurde. Die SU glaubte, ihre weltanschaulichen Gegner mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie die Staatsform der SU als die wahre D., als eine «D. für die Werktätigen, eine D. für alle» und damit als «reale D.» gegenüber der bloss «formalen» bürgerlichen D. bezeichnete. Der Begriff D. wurde nach dem Kriege in den Satellitenstaaten und der SBZ zur Kennzeichnung des Übergangszustandes auf dem Wege zur Bolschewisierung durch die Begriffe -> **Volksdemokratie** oder - **Antifaschistisch-demokratische Ordnung** willkürlich gedehnt und missbraucht. (-> **Periodisierung**)

**DEMOKRATISCHE GESETZLICHKEIT:** Richtungweisender Begriff für Justiz und Verwaltung. In neuerer Zeit spricht man unter Übernahme der sowjetischen Terminologie auch von -> **sozialistischer Gesetzlichkeit**.

**DEMOKRATISCHER ZENTRALISMUS:** Das leninistische Prinzip der Organisationsstruktur; danach sind die Parteiorgane zwar «von unten nach oben» zu wählen; nach erfolgter Autorisierung der Organe sind aber einmal von ihnen gefasste Beschlüsse für alle nachgeordneten Organe und für die Gesamtmitgliedschaft ohne Vorbehalt verbindlich. Über gefasste Beschlüsse gibt es keine Diskussion mehr. Praktisch das Hauptinstrument der autoritären innerparteilichen Willensbildung. Das Prinzip des DZ. gilt auch als Grundlage der Verwaltung und Wirtschaftsführung der SBZ sowie der Führung der übrigen kommun. Organisationen. (-> **Regierung und Verwaltung**)

**DEMOKRATISIERUNG:** Schlagwort des Pj. zur Tarnung der zunehmenden -> **Sowjetisierung** im öffentlichen Leben der SBZ. Ausser in der Verwaltung, den Schulen, den Betrieben usw. hat sich die D. besonders verhängnisvoll in der Justiz erwiesen. Auf der Forderung nach einer «D. der Justiz» beruht die Einrichtung der Volksrichterlehrgänge. Es bestand angeblich die Notwendigkeit, «den wiedergestellten akademisch gebildeten Richtern und Staatsanwälten, die

wegen ihres Alters und ihrer Traditionsgebundenheit auch nicht immer das richtige Verhältnis zu den neuen Aufgaben finden können, neue Kräfte zur Seite zu stellen, die auf Grund ihrer Lebenserfahrung und ihrer politischen Tätigkeit diesen Aufgaben gewachsen sind» (Hilde -> Benjamin in: «Neue Justiz» 1947, S. 15). «Die Einrichtung der -> **Volksrichter** in der Sowjetzone ist der Weg, um die deutsche Richterschaft möglichst schnell zu demokratisieren, d. h. sie aus Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammensetzen und dadurch die Grundlagen für eine demokratische Justiz zu schaffen» (Hilde Benjamin in: «Neue Justiz» 1948, S. 194). Folgeerscheinung dieser «Demokratisierung der Justiz» ist die Ausmerzungen der unerwünschten «bürgerlichen Juristen».

(-> **Rechtswesen**)

Mit dem bewusst gebrauchten irreführenden Leitwort «Demokratisierung der Verwaltung» wurden im Juli 1952 die altbewährten, bodenständigen Länder der SBZ in vierzehn Bezirke zerschlagen, wurden neue Verwaltungsordnungen 1. für die Räte und Bezirkstage dieser Bezirke, 2. für die Räte und Kreistage der grossenteils veränderten und aufgespaltenen Kreise erlassen. Diese Ordnungen wurden 1957 durch eine «weitere D.» der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung abgelöst. Denn im Anschluss an die 3. Parteikonferenz der -> **SED** (März 1956), und propagiert durch die -> **Nationale Front**, beschloss die -> **Volkskammer** am 17. 1. 1957 zwei Gesetze, die **Hermann -> Matern** am 30. 8. 1956 als Mittel «zur weiteren D.» bezeichnet hatte: 1. das «Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen»; 2. das «Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht».

Das erste Gesetz gibt (so bes. in den §§1,3 und 6) der Volkskammer bzw. ihrem neugebildeten «ständigen Ausschuss für die örtlichen Volksvertretungen» gegenüber den Bezirkstagen, Kreistagen und Gemeindeversammlungen die Stellung eines zentralen, alles lenkenden Obersten Parlamentes - eines Obersten Sowjets, der gesetzgebend, ausführend, richtend und kontrollierend in einem ist. Das zweite Gesetz verleiht, dem Buchstaben nach, den örtlichen Parlamenten eine weitgehende Leitungsgewalt, aber diese Selbständigkeit ist nur scheinbar. Ihre im ersten Gesetz vorgeschriebene Unterordnung unter die Volkskammer und der in der «DDR» allgemein verbindliche -> **demokratische Zentralismus** drücken die örtlichen Parlamente und Verwaltungen zu nur noch formal freien Ausführungsstellen der zentralen,

völlig von der SED beherrschten Volkskammer hinab.

Nur auf dem Papier will die SED die straffe Zentralisierung und Totalisierung der bezirklichen, kreisweisen und gemeindlichen Selbstverwaltung mildern. Die völlig zentralisierte SED soll alle örtlichen Volksvertretungen und Behörden lenken. Ministerpräsident **Otto** ->

**Grotewohl** hatte dazu am 28. 3. 1956 erklärt: «In der Tätigkeit der Gemeindeorgane gibt es starke Reste des bürgerlichen Parlamentarismus und noch eine künstliche Trennung der beschliessenden und vollziehenden Tätigkeit . . . Eine der wichtigsten Ursachen der mangelhaften Arbeit der staatlichen Organe in den Gemeinden ist auf die ungenügende Anleitung durch die Ortsparteiorganisationen zurückzuführen.» Auch die weitere D. der SBZ seit 1957 ist nur eine scheinbare D. (**Kommunale** -> **Selbstverwaltung**)

[333]

**DEMONTAGEN**: -> **Reparationen**.

**DERTINGER, GEORG**: \* 25. 12. 1902 in Berlin, Realgymnasium, juristisches und volkswirtschaftliches Studium, Journalist, Redakteur bei der Bundeszeitung des «Stahlhelm» in Magdeburg; verfolgte die politische Linie des Herrenklubs um Paoen und des «Tat»-Kreises. Nach 1933 Berliner Vertreter zahlreicher Provinzzeitungen («Dertinger-Dienst»), Mitarbeiter des «Dienstes aus Deutschland» (D.a.D.).

Nach 1945 Pressereferent der -> **CDU** in Berlin, 1946 Generalsekr. der CDU, trat in Opposition zu Jakob Kaiser, der die Selbständigkeit der CDU gegen den komm. Gleichschaltungsdruck behaupten wollte. Nach der Trennung von Kaiser trat D. bei der Säuberung der Partei hervor und forderte u. a. die vorbehaltlose Anerkennung der -> **Oder-Neisse-Linie**. Seit 12. 10. 1949 Aussenminister der «DDR», unterzeichnete das Abkommen mit Polen vom 6. 7. 1950, in dem die Oder-Neisse-Linie als «Friedensgrenze» bezeichnet wird. Am 15. 1. 1953 als «Spion» und «Verräter» vom -> **SSD** verhaftet und im Juni 1954 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**DERUNAPHT**; Abk. für Deutsch-Russische Naphthagesellschaft, eine der privilegierten -> **Sowjetischen Handelsgesellschaften**. Grosshandelsorganisation für den Vertrieb von Kraftstoffen und Mineralölen. J. wurde am 1.1. 1954 der staatl. Kraftstoffvertriebsgesellschaft eingegliedert. (-> **Kraftstoffherzeugung**)

**DERUTRA**: Abk. für Deutsch-Russische Transport-Aktiengesellschaft. Im Mai 1946 gegründetes, rein sowjetisches Speditions- und Transportunternehmen, dessen Aufgabe in der Durchführung und Sicherung aller Reparations- und Aussenhandelstransporte bestand. Nach nahe-

zu achtjährigem Bestehen ist die Derutra am 1. 1. 1954 in deutsche Hände übergeben worden. Nachfolgeorganisation ist der VEB Deutrans. (-> **Spedition**)

**DESSAU**: Stadtkreis im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Halle**, am Zusammenfluss von Elbe und Mulde, mit 93 273 Einwohnern (1959), dritt-grosste Stadt -> **Sachsen-Anhalts**;

is 1945 reich an Bauten in niederländischem Barockklassizismus und Renaissance, Schloss (16. Jh.); Elbhafen in D.-Wallwitzhafen; bedeutende Industrie: Waggon-, Stahl-, Apparate- und Maschinenbau, Chemikalien (-> **Chemische Industrie**), Nahrungsmittel, bis 1945 Junkers-Flugzeugwerke. Von 1925-1932 Sitz des «Bauhaus». Von 1863-1918 war D. Residenz der Herzöge des vereinigten -> **Anhalt**, bis 1945 Landeshauptstadt. Im 2. Weltkrieg wurde die Innenstadt fast völlig zerstört.

**DESSAU, PAUL**: \* 19. 12. 1894 in Hamburg. Musikalische Ausbildung in Berlin. 1913 Korrepetitor am Stadttheater Hamburg, Soldat im 1. Weltkrieg, dann bis 1923 am Opernhaus in Köln, bis 1924 in Mainz als Kapellmeister. Emigration 1933. In den USA zwischen 1939 und 1948 enge Zusammenarbeit mit **Bert** -> **Brecht**, die danach in Berlin ihre Fortsetzung fand. Vors. des Komponistenverbandes der Bezirke Berlin und Brandenburg, Vizepräsident der Akademie der Künste. In seinen Werken - u. a. «Deutsches Miserere», «DieThälmann-Kolonnie», Musik zum «Verhör des Lukull» - verbinden sich atonale Klangelemente und bewusst «klassenkämpferische» Ausdrucksformen. (-> **Musik**)

**DETER, ADOLF**: \* 23. 6. 1900 in Berlin, Volksschule, Schlosser, 1909 Mitgl. des Metallarbeiterverbandes, 1920 -> **KPD**, 1924 bis 1929 Vors. des Gesamtbetriebsrates der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG). 1928 Abgeordneter des Preussischen Landtages. Organisierte 1932 den Berliner BVG-Streik, bei dem KPD und NSDAP zusammen auftraten. 1933 bis 1947 Emigration nach Frankreich und USA, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg. Seit 1947 in der SBZ, 1947 Mitgl. des Landesvorstandes Berlin der -> **SED** und des -> **FDGB**. 1948 bis 1951 Vors. der FDGB Berlin. 1950 bis 1954 Kandidat des -> **ZK** der SED; 1953 wurde D. im Zusammenhang mit dem -> **Juni-Aufstand** «kapitulantenhaftes Verhalten» vorgeworfen. 1954 nicht mehr Kandidat des ZK der SED. Später Mitarbeiter, seit 1958 Sekretär des -> **Ausschusses für Deutsche Einheit**.

**DEUTRANS**: Internationale -> **Spedition**.

**DEUTSCH-ARABISCHE GESELLSCHAFT**: Zur «Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit den Völkern



des Ostens», zur Information «der deutschen Werktätigen über die Verhältnisse in den arabischen Ländern» und «um der arabischen Bevölkerung Kenntnisse über die Kultur und Geschichte des deutschen Volkes (ergänze-, aus marxistisch-leninistischer Sicht) zu vermitteln», wurde im Okt. 1958 die DAG. gegründet. Sie ist eines der Instrumente der mit grossem Aufwand betriebenen Auslandspropaganda des SBZ-Regimes. (\* Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland.) Präsident ist Ernst Scholz, Sekretär Burchard Brentjes.

**DEUTSCHE AUSLANDS- UND RUCKVERSICHERUNGS-AG (DARAG):** Die DARAG ist ein neben der Deutschen -> Versicherungsanstalt zugelassenes Versicherungsunternehmen mit 50 v. H. sowjetischer Beteiligung. Die deutschen Anteile befinden sich in den Händen der Kammer für -> Aussenhandel, der Deutschen -> Versicherungsanstalt und einiger Aussenhandelsunternehmen und Aussenhandelstransportgesellschaften. Die DARAG hat 1958 die Geschäfte der -> Schwarzmeer und Ostsee, Allgemeinen Versicherungs-AG auf dem Gebiete der Versicherung des Ex- und Importes sowie des Transitverkehrs in der SBZ übernommen.

**DEUTSCHE BÜCHEREI:** -> Bibliotheken.

**DEUTSCHE LUFTHANSA:** -> Luftverkehr.

**DEUTSCHES AMT FÜR MASZE UND GEWICHTE (DAMG):** Sowietzoniales Nachfolgeinstitut der ehemaligen «Physikalisch-technischen Reichsanstalt». Entspricht in den Aufgaben der jetzigen «Physikalisch-techn. Bundesanstalt» in Braunschweig. Zu den Aufgaben gehören: Aufbeahrung der Grundeinheiten und Durchführung der laufenden internationalen Vergleiche; wissenschaftliche Weiterentwicklung der Grundeinheiten; Anleitung der Eichämter; Musterprüfung und Beglaubigung von Messeinheiten; Erteilung der Gütezeichen für Messgeräte (-> Qualität der Erzeugnisse). - Das Personal des DAMG besteht z. T. noch aus hervorragenden Wissenschaftlern und Technikern, die bereits in der früheren Reichsanstalt tätig waren. In 19 Städten der SBZ unterhält das DAMG insgesamt 31 fachlich gegliederte Dienststellen für die Qualitätsprüfungen.

**DEUTSCHES AMT FÜR MATERIAL- UND WARENPRÜFUNG (DAMW):** Zentrales Amt der SBZ, Sitz Berlin, das, neben dem -> Deutschen Amt für Masse und Gewichte, befugt ist, Gütezeichen für in der SBZ hergestellte Waren zu erteilen. (-> Qualität der Erzeugnisse)

**DEUTSCHE SEEREEDEREI:** «Volks-eigenes» Monopolunternehmen für die Seeschifffahrt (-> Schifffahrt). Sitz: -\* Rostock.

**DEUTSCHES ROTES KREUZ (DRK):** Am 23. 10. 1952 wiedergegründet, seit 1954 Mitgl. der Internationalen Liga. Die Mitgl. des DRK sind verpflichtet, sich der Ausbildung zum «Gesundheitshelfer» zu unterziehen, und werden nach Betrieben oder Wohnbereichen zu «Sanitätseinheiten» zusammengefasst, Jugendliche zu Sanitätseinheiten des «Jugend-Rotkreuz», 10- bis 14jährige in Gruppen «Junge Sanitäter» der -\* Jungen Pioniere. Aufgabe der Sanitätseinheiten ist die «gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung» in «Hygiene-Aktivs» zur Unterstützung des Staatlichen -> Gesundheitswesens in der Bekämpfung von wichtigen Krankheiten und von Unfällen. Diese Tätigkeit hat ihnen vielfach den Ruf der Spitzelei eingebracht. Das DRK führt Kurzelehrgänge für «Erste Hilfe» durch, stellt den Sanitätsdienst bei öffentlichen Veranstaltungen und einen Bahnhofsdienst, richtet Hauspflege ein usw.; ihm ist der Wasser-, Berg- und Grubenrettungsdienst übertragen, vor allem aber (bis auf geringfügige Ausnahmen) der gesamte Krankentransport (mit Krankenhaus-Bettennachweis). Dessen Ausrüstung mit Grossfahrzeugen und dgl. lässt, wie der gesamte Aufbau des DRK, keinen Zweifel an halb-militärischen Charakter dieser Organisation. Es ergänzt den -> Betriebschutz u. a. und ist auch nicht dem Gesundheitsministerium, sondern dem -> Ministerium des Innern unterstellt. Jede Sanitätseinheit «wählt» zwar ihren (ehrenamtlichen) Vorsitzenden, er bedarf aber der Bestätigung durch die leitenden Organe. Diese - Zentralausschuss als Spitze (Sitz: Dresden), Bezirks- und Kreis-ausschüsse in jeder entsprechenden Verwaltungseinheit - bestehen aus besoldeten Funktionären, deren Bestellung durch «Wahl» von der Zustimmung der SED abhängt. Ihnen unterstehen das Zentralbüro und die Bezirks- und Kreisbüros als ausführende Organe. Die Finanzierung geschieht zum grössten Teil aus dem -\* Staatshaushalt. Mitgl. Anfang 1960 rd. 309'000, über rd. 77'000 unter 18 Jahren, dazu 62'000 «Junge Sanitäter». Vors. des Zentralausschusses: Dr. Werner Ludwig (SED), Stellv.: Dr. Hans Paul, vorher Vertragsarzt des SSD; beide sind Ärzte.

**DEUTSCH - POLNISCHE GESELLSCHAFT FÜR FRIEDEN UND GUTENACHBARSCHAFT** (auch Ges. für dt.-poln. Freundschaft): Wurde im Frühjahr 1949 gegründet. Ziel: Propagierung der -\* Oder-Neisse-Linie als «Friedensgrenze». Vorsitzender:

Karl Wloch (SED). Seit Mai 1953 aufgelöst und als «Arbeitsgemeinschaft deutsch-polnische Freundschaft» in der -> **Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland** aufgegangen.

**DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUND-SCHAFT, GESELLSCHAFT FÜR (DSF):** Hervorgegangen aus der am 30. 6. 1947 gegründeten «Gesellschaft zum Studium der Kultur der SU», am 2. 7. 1949 in DSF umbenannt. Aufgaben: Popularisierung der sowjetischen Politik und Kultur sowie Hilfe bei Einführung sowjetischer Arbeitsmethoden (-> **Aktivistenbewegung**) in der SBZ. Die Losung für den 3. Kongress (Anf. 1951) lautete: «Von der SU lernen heißt siegen lernen.» Die Mitgliedschaft zur DSF gilt als Mindestforderung zum Nachweis «gesellschaftlicher Betätigung».

Der VI. Kongress der DSF im März 1958, auf dem 3,5 Mill. Mitgl. vertreten waren, bezeichnete die DSF als «keinen kämpfenden Teil der NF» und erklärte: «Unter Führung der SED werden wir fest entschlossen alle Kräfte anspannen, um die von Westdeutschland her drohende Atomkriegsgefahr zu bannen.» Der ausscheidende 1. Sekretär Rudolf Miessner (SED), seit 9. 2. 1956 als Nachfolger Gottfried Grünbergs (SED) tätig, betonte, dass die DSP die «marxistisch-leninistische Position» vertrete: im «Kampf um die Anerkennung der sowjetischen Wissenschaft und Kunst, gegen die Versuche, unwissenschaftliche, revisionistische Anschauungen zu verbreiten». Am 30. 3. 1958 wurde der Präsident der DSF, **Friedrich -> Ebert** (SED), im Amt seit 19. 6. 1950, abgelöst durch **Georg -> Handke** (SED), der bis 30. 4. 1959 auch noch als Staatssekretär im Ministerium für Auswärtiges tätig war. Am 30. 3. 1958 wurde **Fritz -> Beyling** • (SED) zum 1. Vors. des Sekretariats des Zentralvorstandes gewählt. - Im Besitz der DSF ist der Verlag «Kultur und Fortschritt».

Die DSF wird auch als Antreiber in den Betrieben eingesetzt. So heißt es in der «Märkischen Volksstimme» (15. 8. 1959), sie solle dafür sorgen, dass «die Pläne im Betrieb erfüllt sind», auch solle sie «die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfenden Kollektive in der Industrie und Landwirtschaft» fördern. Das «Statistische Jahrbuch der DDR 1959» (abgeschl. Dez. 1959) gibt 3,45 Mill. Mitgl. an.

**DEVASTIERTER BETRIEB:** Bis zur -> **Zwangskollektivierung** gebräuchlicher Ausdruck für heruntergewirtschaftete einzelbäuerliche Betriebe, die den staatlich auferlegten Verpflichtungen, besonders -> **Ablieferungspflicht**, Steuern und Abgaben, nicht nachkommen konnten. In sol-

chen Fällen wurde der Besitzer verhaftet und bestraft, sofern er nicht -> Republikflucht vorzog. Das hatte zur Folge, dass der DB. unter Treuhandschaft oder in die Mitbewirtschaftung von -> **ÜLB**, -> **LPG** oder -> **VEG** gestellt wurde. (-> **Herrenlose Flächen**)

**DEVISEN:** Durch das Gesetz über den D.-Verkehr und D.-Kontrolle vom 8. 2. 1956 und die zahlreichen DB sind Erwerb, Besitz und Umlauf sämtlicher D.-Werte innerhalb der SBZ und zwischen der SBZ und dem Ausland einer strengen Kontrolle unterworfen worden. Zahlungsmittel ausländischer Währung darf nur die **Deutsche -> Notenbank** besitzen. Bei Auslandsreisen müssen daher D.-Inländer (Personen mit Wohnsitz in der SBZ) eine entsprechende staatliche Sondergenehmigung beantragen, wenn sie ausländische Zahlungsmittel mitnehmen wollen. Bei der Rückkehr von Auslandsreisen sind die ausl. Zahlungsmittel den Grenzkontrollorganen vorzulegen und in Ostmark einzutauschen. Edelmetalle, Edelsteine und Perlen dürfen nicht mitgenommen werden, handelsüblich gefertigte Gegenstände aus diesen Materialien wie Schmucksachen **nur**, soweit sie «zum notwendigen Reisebedarf» gehören. Solche Gegenstände dürfen im Ausland weder verkauft, verschenkt oder verliehen werden. Gegen besondere Pässeintragung können bis zu 100 DM Ost mitgeführt werden, dürfen aber nicht im Ausland ausgegeben werden, sondern sollen «zur Bestreitung der ersten Ausgaben bei der Wiedereinreise dienen».

Die rechtsgeschäftliche Begründung von Zahlungsverpflichtungen an Ausländer unterliegt der Genehmigungspflicht. Die Zahlungen an Ausländer (z. B. Mieten, Pachten, Kapitalrückzahlungen) dürfen nur auf ein D.-Ausländerkonto bei der Deutschen Notenbank bzw. in Berlin beim **Berliner -> Stadtkontor** vorgenommen werden. Der Ausländer darf verfügen z. B. zur Zahlung von Steuern, Unterhaltungskosten für Vermögen im Inland, Unterstützungen und Unterhaltszahlungen. Die Entscheidung über Anträge auf Zahlung trifft die Deutsche Notenbank bzw. das Stadtkontor. Da die SBZ das Valutamopol hat, ist der Besitz von ausländischen Zahlungsmitteln nur mit Besitzbescheinigung der Deutschen Notenbank statthaft. Besitzt ein SBZ-Bewohner im Ausland Vermögen, dann unterliegt es der Anmeldepflicht.

Die Bestimmungen des D.-Gesetzes gelten nicht im Zahlungsverkehr mit der Bundesrepublik und West-Berlin. Ab 10. Dez. 1957 werden beim An- und Verkauf von D. und Sorten für nichtkommerzielle Zah-

lungen zu den amtlichen D.-Umrechnungssätzen Aufschläge bzw. gesonderte Sorten-An- und -Verkaufssätze angewandt. (Vgl. Tabellen in DFW 1-2/1958.) [716]

**DEVISENBONUS:** Der D. wird den Lieferbetrieben als Anreiz zur Steigerung von Exportlieferungen ab 1. 6. 1954 gewährt, über den Warenkreis im einzelnen und die Höhe des D. geben nur die staatlichen Aussenhandelsunternehmen, Produktionsverwaltungen und Kammern Auskunft. Voraussetzung für die Gewährung ist die Einhaltung der Lieferbedingungen hinsichtlich Termin- und Gütevereinbarungen. Die Lieferbetriebe sind berechtigt, in Höhe des D. selbständig oder über die ► **DIA** solche Waren zu importieren, die sich für den Export wiederum fördernd auswirken.

Ab 1. 4. 1957 beträgt der D. bei Eigengeschäften der Herstellerbetriebe 1,5 v. H. des erzielten Devisenerlöses und bei Eigengeschäften der staatlichen Aussenhandelsunternehmen 1 v. H. Die Bonusberechtigten dürfen nicht mehr selbständig Importverhandlungen führen, sondern nur noch die Aussenhandelsunternehmen. Ausserdem kann auch Betrieben, die über den Exportplan hinaus Exporte durchführen, ein D. bis zur Höhe von 30 v. H. des dafür zusätzlich erzielten Devisenerlöses gewährt werden. (**Deutscher -> Innen- und Aussenhandel**) [716]

**DEWAG:** Abk. für Deutsche Werbeanzeigen-Gesellschaft, Berlin. Gründung im Sept. 1946 als «Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft» in Dresden. Die D. besitzt als partei eigener Betriebe (-> **Zentrag**) Monopol für alle Zweige der politischen -> **Sichtwerbung** und der Wirtschaftswerbung. D.-Filialen bestehen in Bautzen, Chemnitz, Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Halle/Sa., Leipzig, Magdeburg, Plauen, Potsdam, Rostock, Schwerin, Suhl und Zwickau. Für Auslandswerbung arbeitet die D. eng zusammen mit der **Aussenhandelswerbe-Gesellschaft m. b. H.**

**DFD:** Abk. für Demokratischer Frauenbund Deutschlands. Hervorgegangen aus dem am 30. 10. 1945 gegründeten antifaschistischen Frauenausschüssen. Gründung in der SBZ: 8. 3. 1947, in Westdeutschland: 8. 3. 1951, inzwischen verboten. 1953 wurde Elli Schmidt «wegen nicht konsequenten Verhaltens» während des Juni-Aufstandes als 1. Vors. durch Ilse -> Thiele (SED) ersetzt. Der hauptamtliche Funktionärkörper des DFD besteht überwiegend aus SED-Mitgliedern; der organisatorische Aufbau entspricht im wesentlichen dem der -> **SED**. Aufgaben: Heranführung «einer noch grösseren Anzahl von Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung

an die aktive Mitwirkung im gesellschaftlichen Leben», insbesondere Gewinnung der Frauen für die Arbeit in der Produktion (-> **Hausfrauenbrigaden**); -> **gesamtdeutsche Arbeit** unter der Parole «Kampf gegen Imperialismus und Kriege, für Frieden und Einheit». Seit 18. 5. 1948 gehört der DFD der «internationalen Demokratischen Frauenföderation» (-> **IDFF**) an. Trotz intensiver Werbung gehören 90v. H. aller Arbeiterinnen und 83 v. H. aller weiblichen Angestellten nicht dem DFD an. Nach offiziellen Angaben 1960 1.3 Mill. Mitgl. (-> **Massenorganisationen**, -> **Gleichberechtigung der Frau**, -> **Frauenausschüsse**)

**DHfK:** Abk. für die am 23. 10. 1950 in Leipzig gegründete Deutsche Hochschule für Körperkultur. (-\* **Sport**)

**DHZ:** Abk. für **Deutsche -> «Handelszentralen.**

**DIA:** Abk. für **Deutscher -> «Innen- und Aussenhandel.**

**DIALEKTISCHER MATERIALISMUS:** Pj. **Diamat.** Philosophie des Marxismus-Leninismus, auch definiert als Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei. Beansprucht, wissenschaftliche Erkenntnis der allgemeinsten Gesetzmässigkeiten der Natur, der Gesellschaft und des Denkens zu sein. DM. und -> **Historischer Materialismus** bilden die «theoretische Grundlage» des Marxismus-Leninismus und vermitteln als solche die Einheitlichkeit der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.

Die Lehren des DM. knüpfen vor allem an Ausführungen von **Friedrich -> Engels** an, beanspruchen die einzige, von -> **Lenin** vermittelte Weiterentwicklung der philosophischen Lehren der Klassiker zu sein, die dem Geist des Marxismus gerecht wird. Der Anteil -> **Stalin** bei der Formung der obligatorischen Philosophie, einst überbewertet, ist erheblich. Das heute in der komm. Welt geltende Weltauslegungsschema wäre nicht ohne die von Stalin besorgte Zusammenfassung und Systematisierung möglich gewesen.

Der DM. liefert in ständiger Auseinandersetzung mit dem Idealismus, der radikal abgelehnt wird, eine monistische Entwicklungslehre, die, materialistisch, das Geschehen in Natur und Gesellschaft als Prozess der sich immer schon bewegenden Materie deutet. «Die wirkliche Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität.» Das Geistige ist Produkt der Materie auf einer hohen Stufe ihrer Entwicklung (-\* **Idealismus**). Der Begriff der Materie wird nicht präzise verwendet; zumal die von Lenin stammende Definition - «Die Materie ist objek-

five, uns in der Empfindung gegebene Realität\* – auf den Realismus verweist.

Die Entwicklung der Materie wird nicht als ein evolutionärer, sondern als ein dialektischer Prozess gedeutet. Die Entwicklung verläuft nicht nur in kleinen, aufeinanderfolgenden Schritten, sondern führt gesetzmässig von quantitativen Veränderungen durch einen sprunghaften Übergang (den dialektischen Sprung) zu qualitativen Veränderungen. («Das Gesetz des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative»). Gleichwohl wird diese Dialektik als Prozess mit aufsteigender, ständig fortschrittlicher Tendenz betrachtet, der praktisch im Anorganischen einsetzt und über die Entstehung des Lebens und der Gesellschaft hinweg zum Weltkommunismus als seinem Höhepunkt führt. Mit Hilfe des dialektischen Sprunges vermag sich der DM. vom älteren mechanischen Materialismus zu distanzieren, zumal er es gestattet, den durch Sprünge verbundenen Stufen der Entwicklung spezifische Strukturen zuzuschreiben; zwischen dem Anorganischen und Organischen bestehen ebenso qualitative Differenzen wie zwischen Tier und Mensch.

Durch den -\* Atheismus auf eine reine Diesseitseinstellung verpflichtet, sucht der DM. die Antriebe der Entwicklung in den Dingen und Prozessen selbst: in den Widersprüchen. «Im eigentlichen Sinn ist die Dialektik die Erforschung der Widersprüche im Wesen der Dinge selbst.» (Lenin)

Die Rolle der Widersprüche wird im Rahmen des Gesetzes der Einheit und des Kampfes der Gegensätze behandelt. Es besagt, dass allen Dingen, Erscheinungen und Prozessen widersprüchliche Seiten und Tendenzen innewohnen, die miteinander im Kampf liegen und der Entwicklung ihren inneren Impuls geben. Das Ergebnis ist das Wachsen der Widersprüche, die auf einer bestimmten Etappe durch das Vergehen des «Alten» und das Entstehen des «Neuen» gelöst werden. Dieser ebenfalls nicht genau definierte Begriff Widerspruch, dem Gegensätze, Konflikte, Spannungen usw. subsumiert werden, impliziert – soweit es sich um nichtkommunistische Gesellschaften handelt – die Ablehnung einer Gesellschaftsbetrachtung unter dem Aspekt der Harmonie und Integration und fordert die primäre Berücksichtigung der sozialen Konflikte, des Kampfes gegensätzlicher Tendenzen, des «Alten» mit dem «Neuen». Es lässt sich behaupten: Der DM. ist eine auf das gesamte Weltgeschehen ausgedehnte Verallgemeinerung der Deutung gesellschaftlicher Zusammenhänge vom Motiv der Revolution her.

Die dialektische Negation des «Alten» soll jedoch keine Absage an die gesamte bisherige Entwicklung sein, sondern hat nach dem «Gesetz der Negation der Negation» die Funktion, das Positive der vorangegangenen Stadien in sich aufzunehmen, zu bereichern und auf eine höhere Ebene zu bringen. Das Weltauslegungsschema des DM. bestimmt den Aspekt der von den Fachwissenschaften durchzuführenden Untersuchungen. Auf ihn werden sie durch die Verpflichtung auf die dem dialektischen Prozess entsprechende dialektische Methode festgelegt. Diese Bindung hat nicht die Orientierung der sowjetischen Naturwissenschaften an der internationalen Forschung verhindert, dürfte aber einer der Gründe für den Tiefstand der **\* Gesellschaftswissenschaften** sein.

Die materialistische Entwicklungslehre ist mit der von Lenin begründeten Erkenntnistheorie, die eine besondere Form einer Abbildtheorie darstellt, verbunden. In ihr ist die Wahrheitstheorie verankert, die jedoch durch die These von der Praxis als «Kriterium der Wahrheit» und die Forderung, der Parteilichkeit des Denkens einen besonderen Charakter erhält. Mit Hilfe dieser Modifikationen des alten aristotelischen Wahrheitsbegriffes versucht die Kommunistische Partei sich als Träger der Wahrheit zu legitimieren, wobei sie – mit dem DM. – nicht nur eine radikale Wissenschaftsgläubigkeit, sondern auch einen ungebrochenen Optimismus hinsichtlich der prinzipiellen Möglichkeiten der Erkenntnis vertritt. (→ **Marxismus-Leninismus, → Stalinismus**) [8,14,31,49,55]

**DIAMAT:** Abk. des Pl. für → **Dialektischer Materialismus.**

**DIR:** Abk. für **Deutsche → Investitionsbank.**

**DIECKMANN, JOHANNES:** \*19.1. 1893 in Fischerhude bei Bremen als Sohn eines Pfarrers und Schulinspektors. Gymnasium. Studium der Volkswirtschaft und Philologie. Parteisekretär und später Generalsekretär der Deutschen Volkspartei für die Bezirke Niederrhein, Hannover und Sachsen, Mitarbeiter Stresemanns. Von 1933-1945 Geschäftsführer mehrerer kollektivistischer Verbände in Sachsen. Nach 1945 Eintritt in die → **LDP**, Mitgl. des Landesvorstandes Sachsen, des Zonenvorstandes und der Reichsleitung der LDP, 1946 sächsischer Landtagsabgeordneter, 1948 als Nachfolger von Kastner Justizminister und stellv. Ministerpräsident von Sachsen. Trät bis 1947 für einen selbständigen Parteikurs und Oppositionsstellung gegen die SED ein, bekannte sich aber zum SED-Kurs, als der Parteivorstand der

LDP 1948 gegen die Ernennung des Nichtjuristen D. zum Justizminister auftrat. Seine Ernennung erfolgte dann mit Unterstützung der SED, dafür stimmte D. für die Einheitsliste zu den Volkskammerwahlen gegen die Mehrheit seiner Partei. Seit 16. 11. 1948 bis Okt. 1949 Mitgl. der -> DWK, seit dem 7. 10. 1949 Abgeordneter u. Präsident der -> Volkskammer. Seit 12.9.1960 Stellv. des Vors. des -\* Staatsrates. Seit Februar 1949 stellv. Vors. der LDP, seit 19. 1. 1953 Dr. jur. h. c.

**DIENSTLEISTUNGSABGABE:**

-> **Produktions- und Dienstleistungsabgabe.**

**DIFFERENZIERUNG:** Die Veranlagung der landwirtschaftlichen Betriebe zur -> **Ablieferungspflicht** durch eine spezielle D.-Kommission in der Gemeinde, die, unter Berücksichtigung der örtlichen Produktionsbedingungen, die staatlich festgesetzten Normsätze bis zu einem gewissen Grade erhöhen oder ermässigen kann. Da das für die SBZ, die Bezirke, Kreise und Gemeinden eingeplante Abgabesoll unabänderlich ist, beschränkt sich die Tätigkeit der D.-Kommissionen darauf, notwendige Ermässigungen bei einem Betrieb durch entsprechende Erhöhungen bei einem anderen auszugleichen. Dieses Verfahren wurde zum wirksamen wirtschaftspolitischen Steuerungsmittel des -> **Klassenkampfes auf dem Lande.** Die D. bei den -> LPG soll durch die Räte der -> **Kreise** in Zusammenarbeit mit den LPG-Beiräten vorgenommen werden. (-> **Landwirtschaft**)

**DIKTATUR DES PROLETARIATS:**

Herrschaftssystem im Gefolge der proletarischen Revolution; von -\* **Marx** als vorübergehende Erscheinung gemeint, aber nur gelegentlich, bes. in einem Satz seiner «Kritik des Gothaer Programms», erwähnt, erst von -> **Lenin** zum «wichtigsten Problem» und «Hauptinhalt» der bolschewistischen Revolution erhoben und durch seine 1917 erschienene Schrift «Staat und Revolution» zu einer geschlossenen Revolutionstheorie entwickelt, die später von -\* **Stalin** ausgebaut wurde. (-> **Historischer Materialismus, Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus**)

**DIM:** Abk. für **Deutsches Institut für -\* Marktforschung.**

**DIN (DEUTSCHE INDUSTRIE-NORMEN):**

Technische Normen des Deutschen Normenausschusses (DNA), Sitz West-Berlin, die auch in der SBZ noch Gültigkeit haben (**Staatliche -> Standards**). Der DNA ist trotz der Spaltung Deutschlands funktionsfähig geblieben. In seinen Fachausschüssen arbeiten die Vertreter beider Teile Deutschlands. Das Präsidium des DNA besteht zu einem Drittel aus Vertretern der SBZ. (-> **Technische Normen**)

**DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN:**

Die SBZ wird im wesentlichen nur von den totalitären Staaten des Ostblockes als «souverän» anerkannt. Deshalb unterhält sie DB, nur zu folgende Staaten: Albanien, Bulgarien, China, Jugoslawien, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei., Ungarn, Vietnam. (-> **Aussenpolitik, -> Diplomatische Vertreter**)

**DIPLOMATISCHE VERTRETER:**

Das Regime der SBZ verwendet bei der Wahrnehmung seiner -> **diplomatischen Beziehungen keine Berufsdiplomaten**, sondern fast stets Altkommunisten und Moskau-Emigranten, die sich der KPD/SED stets bedenkenlos gefügt haben. Unter den DV., die in den ersten Jahren im Ausland tätig waren, befanden sich solche Spitzenfunktionäre des Partei- und Staatsapparates wie Johannes König (in Peking und Moskau); Rudolf Appelt, t 1959 (in Moskau); Werner Eggerath (in Bukarest); Änne Kundermann (in Sofia und Warschau bis 1953, ab 1960 Tirana); **Georg -> Handke** (in Bukarest). Unter ihnen waren auch namhafte linientreue Schriftsteller und Redakteure wie Friedrich Wolf, + 1953 (in Warschau); Stefan Heymann (in Budapest); **Sepp-> Schwab** (in Budapest).

Ausser in Jugoslawien ist die SBZ durch «Botschafter» vertreten. So ist tätig: 1. in Tirana (Albanien): Änne Kundermann, Emigrantin, von Nov. 1953 bis Aug. 1960 im Aussenministerium als Abteilungsleiterin tätig; 2. in Sofia (Bulgarien): Rudi Jahn 1933-45 in Haft, als Funktionär der KPD/SED in Massenorganisationen und im Staatsapparat bis Ende 1958 tätig; 3. in Peking (Rotchina): Paul -> Wandel; Moskau-Emigrant, Partei- und Staatsfunktionär bis April 1958; 4. in Belgrad (als Gesandtin): Eleonore Staimer (Tochter Wilhelm Piecks), Moskau - Emigrantin, bis Dez. 1957 Partei- und Staatsfunktionärin; 5. in Pjöngjang (Nordkorea): Kurt Schneidewind, Moskau-Emigrant, bis Mitte 1959 als Partei-funktionär leitend tätig; 6. in Ulan Bator (Mongolei): Wilhelm Dick, bis Nov. 1958 Parteifunktionär der SED; 7. in Warschau (Polen): Josef Hegen, Moskau-Emigrant, Partei- und Staatsfunktionär bis Nov. 1953; 8. in Bukarest (Rumänien): Wilhelm Bick, Rotspanien-Kämpfer, Partei- und Staatsfunktionär bis Aug. 1958; 9. in Prag (Tschechoslowakei): Georg Stibi, Moskau-Emigrant, Rotspanien-Kämpfer, **dann West-emigrant**, bis Febr. 1957 als Presse-Spitzenfunktionär der SED tätig; 10. in Budapest (Ungarn): Walter Vesper, Rotspanien-Kämpfer, Funktionär der westdeutschen KPD bis Mitte 1952, dann in der SBZ bis

Aug. 1959 Spitzenfunktionär der Nationalen Front; 11. in Moskau (SU): **Rudolf** -> **Döling**, Moskauer-Emigrant, Leiter der Politischulung der KVP und NVA bis Aug. 1959; 12. in Hanoi (Vietnam): **Eduard Claudius Schmidt**, Schriftsteller, Westemigrant, Rotspanien-Kämpfer, bis 1957 Pressefunktionär der SED. (-> **Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten**)

**DIREKTORFONDS:** -> **Betriebsprämiensfonds**, -> **Kultur- und Sozialfonds**.

**DIREKTSTUDIUM:** Das traditionelle Studium, im Unterschied zum **Fernstudium**.

**DIREKTVERKEHR:** Warenverkehr zwischen Herstell- und Verarbeitungsbetrieben unter Ausschaltung des Grosshandels. Auch zwischen Herstellbetrieben und Einzelhandel wird der D. gefördert. Der D. entspricht dem Streckengeschäft in einer westlichen Wirtschaft. Reibungsloser Ablauf dieser Handelsmethode setzt gleichbleibende Warenqualitäten, Typisierung und Normung voraus. Diese Voraussetzungen sind in der SBZ nicht in ausreichendem Masse gegeben. (-> **Handel**)

**DISPATCHERSYSTEM:** Seit 1953, zuerst in Industriebetrieben eingeführtes System der «operativen Kontrolle des Produktionsablaufs». Vorbild war auch hier die SU. Der «Hauptdispatcher» ist dem Werkleiter direkt unterstellt und kontrolliert mit seinen Dispatchern jede Abteilung, jede Schicht, jede -> Brigade usw. Durch das D. sollen Betriebsstörungen und Abweichungen von den Tagesplänen des Betriebes festgestellt und gegebenenfalls sofort «operativ» beseitigt werden. Die Dispatcher stehen in Grossbetrieben über Fernsprecher und Werkfunk mit allen Abteilungen in Verbindung. Sie besitzen unmittelbares Anweisungsrecht und greifen bei Betriebsstörungen, Fehldispositionen usw. sofort ein. Die Dispatcher «sollen auch dazu beitragen, die Staatsdisziplin und die Verantwortlichkeit in den Betrieben zu erhöhen». Seit der Einführung des D. gibt es in den Betrieben der SBZ entsprechend dem kommun. Prinzip der mehrfachen Kontrolle zwei Kontrollsysteme für den Produktionsablauf, denn neben dem D. besteht weiterhin die dem Techn. Direktor unterstellte Abt. Produktionsleitung. Zahlreiche persönliche Zwistigkeiten sind in den Betrieben auf die Einführung des D. zurückzuführen. - Auch bei Behördenstellen, bei der Post und der Eisenbahn, im Handel und bei den -> **Maschinen-Traktoren-Stationen** wurde das D. eingeführt.

## DISZIPLINARMASSNAHMEN

**DISPENSAIRE:** (Aus dem Französischen.) Die sowjetische Bezeichnung für medizinische «Beratungs- und Behandlungsstellen», die auf umgrenzten Gebieten Früherfassung («Prophylaxe») und Aufklärung mit Diagnostik und Behandlung zusammenfassen, die Kranken mittels Meldepflicht erfassen, ihre Behandlung überwachen («Fürsorge») und die weitere gesundheitliche Entwicklung verfolgen («Metaphylaxe»). Sie erstrecken ihre Tätigkeit entweder auf bestimmte Krankheiten oder auf solche Bevölkerungsgruppen (nach Arbeitsplatz oder Lebensalter), in denen bestimmte Krankheiten häufig auftreten. Nach dem «D.-Prinzip» sollen das gesamte -> **Betriebsgesundheitswesen** und jede -> **Poliklinik** arbeiten. Besondere D. bestehen für Mütter und Kinder, für Tbc, Geschwulstleiden sowie als sportärztliche, orthopädische, psychiatrische u. a. Beratungsstellen. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**DISPROPORTIONEN:** Oft verwendeter Ausdruck für den nicht aufeinander abgestimmten Stand der Industriezweige untereinander; zum Teil auch verwendet für den ungleichen techn. Zustand von Betriebsabteilungen. Als Ursachen für die D. werden in erster Linie die unmittelbaren und mittelbaren Kriegsauswirkungen (Kriegsschäden, Demontagen, Reparationen) und die Spaltung Deutschlands angegeben, durch die vorher aufeinander eingespielte Rohstoffgewinnungs- und Verarbeitungsgebiete getrennt wurden. In den ersten Jahren nach dem Kriege entwickelten sich die Industriezweige deshalb sehr unterschiedlich, und auch innerhalb der Industriezweige war die Erzeugung nicht aufeinander abgestimmt. Bereits im ersten -> **Fünfjahrplan** wurde versucht, die D. auszugleichen. Es gelang jedoch nur unvollständig. Im Jahre 1960 bestehen z. B. noch D. zwischen dem gestiegenen Energiebedarf und den Möglichkeiten, neue Kraftwerkskapazitäten zu erstellen, zwischen dem Neubedarf an Industriebauten und den verfügbaren Kapazitäten in der Bau- und Baustoffindustrie, ferner zwischen dem Bedarf an Grundchemikalien (Schwefelsäure, Soda, Ätznatron usw.) und den verfügbaren Kapazitäten zu ihrer Herstellung. Der Ausgleich der D. wird im Hinblick auf die ungenügende Rohstoffgrundlage der SBZ (-> **Materialversorgung**) wahrscheinlich erst in der Periode des **Siebenjahrplans (1959-1965)** möglich sein. (\* **Energiewirtschaft**, -> **Bauwirtschaft**, -> **Chemische Industrie**)

**DISZIPLINARMASSNAHMEN:** Verletzungen der -> **Arbeitsdisziplin** werden durch D. geahndet. D. sind zur Zeit; Verweis, Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, strenger Ver-

weis, Versetzung in eine minder-bezahlte Stellung, fristlose Entlassung (→ **Kündigungsrecht**). Geldstrafe gibt es nur bei Seeleuten.

**DIVERSANT:** Pj.: Person, gegen die der Vorwurf der → **Diversion** erhoben wird.

**DIVERSION:** Begriff aus dem Wirtschaftsstrafrecht, der erstmalig in sowjetischen Befehlen, vor allem im Befehl Nr. 160 der → **SMAD** vom 3. 12. 1945 auftauchte. Definition und Abgrenzung zur → **Sabotage** zunächst bewusst unklar. Mit Ausserkraftsetzung des Besatzungsrechtes wurde D. als eine unter **Boycott-hetze** nach Art. 6 der → **Verfassung** fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen. Durch das → **Strafrechtsergänzungsgesetz vom**

11. 12. 1957 wurde D. zu einem selbständigen Tatbestand formuliert: «Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, unbrauchbar zu machen oder zu beschädigen, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögensziehung kann erkannt werden.» In schweren Fällen ist lebenslängliches Zuchthaus oder Todesstrafe möglich. (→ **Rechtswesen**)

**DJR:** Abk. für **Deutscher → Jugendring**.

**DOGMATISMUS:** Pj. Bezeichnung für die Haltung solcher Genossen, die starr bei einmal erlernten Parteidoktrinen beharren und unfähig sind, sich der jeweiligen Parteilinie anzupassen; praktisch seit Stalins Tod denjenigen vorgeworfen, die, statt die von Chruschtschow in Anspruch genommene «schöpferische Weiterentwicklung des → **Marxismus-Leninismus**» gemäss der jeweils gültigen Version zu vertreten, auf dem in der Ära Stalin verfestigten Dogmenschatz beharren. Neuerdings vor allem den chinesischen Kommunisten vorgeworfen. D. ist eine der → **Abweichungen**.

**DULLING, RUDOLF:** \* 4. 11. 1902 in Rossbach (jetzt CSR) als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Bergmann. 1923 wegen komm. Tätigkeit aus Schlesien in die CSR abgeschoben. 1923 KP der CSR, 1935 bis 1938 Abgeordneter des tschechoslowakischen Parlaments. Nach sowjetzonalen Angaben von 1938 bis 1945 «illegaler Kampf gegen den Faschismus», nach westlichen Quellen 1938 Emigration in die SU, Besuch der Zentralschule der KPdSU in Moskau, 1943 Mitgl. des → **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1946 in die SBZ, → **SED**, Mitarbeiter des ZK der SED. Seit 1949 → **KVP** bzw. → **NVA**. 1950 VP-Chefinspekteur und Leiter der

Hauptabteilung Politikultur in der → **HVA**, 1951 Generalinspekteur, seit 1952 Generalmajor, Leiter der politischen Verwaltung der KVP und Stellv. des Ministers des Innern, seit 18. 1. 1956 in gleicher Funktion Stellv. des Ministers für Nationale Verteidigung. Seit August 1959, als Nachfolger von → **Johannes König** Botschafter der SBZ in Moskau. Seit 1954 Abgeordneter der → **Volkskammer**. Seit 1958 Mitglied des → **ZK** der SED.

**DOKUMENTATION:** Die Sammlung, Ordnung und Erschliessung von Schrift- und Bildgut der SBZ soll «wertvolle Hilfe leisten bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus» («Dokumentation», Nr. 4/1953, S. 54). Sie arbeitet nach der Dezimalklassifikation (DK), die jedoch für das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften abgelehnt wird, da der DK «philosophisch gesehen eine idealistische Konzeption zugrunde liegt» («Dokumentation», Nr. 3/1960, E. 65). Innerhalb der **Deutschen → Akademie der Wissenschaften** besteht ein Institut für D.

**DOLLWETZEL, HEINRICH:** \* in Hamburg als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Heizungsmoniteur. Mit 18 Jahren Eintritt in die KPD, nach 1933 Emigration, zuerst nach Dänemark. Im Spanischen Bürgerkrieg Kommandeur einer Panzerkompanie. 1938 in die SU, dort Lehrer an der Antifaschule Talitza. 1949 bis 1950 Absolvent einer Militärakademie in der SU. Danach Generalinspekteur der → **VP**, Oberst der → **KVP**, Leiter der Lehranstalt beim Stab der KVP. 1956 Generalmajor der → **NVA**, 1958 Stellv. des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Militärakademie der **NVA** in Dresden.

**DOMOWINA:** **Wenden**.

**DORFAKADEMIEN:** Einrichtungen der → **Erwachsenenbildung**, 1958 entstanden und angeblich bereits 1600 an Zahl; die D. sind teilweise mit den → **Dorfklubs** verbunden und betreiben unter der Anleitung der → **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse** und der Führung eines örtlichen «akademischen Rates» (meist aus Lehrern und Funktionären) populärwissenschaftliche Aufklärung, die «unmittelbar dem Kampf um höhere Marktproduktion und der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft» dienen soll.

**DORFAKTIV DER NATIONALEN FRONT:** → **Nationale Front**.

**DORFCHRONIK:** Geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Dorfes unter grober Verfälschung der Tatsachen. Dient vor allem dem Zweck, die agrarrevolutionären Massnahmen in der SBZ historisch zu rechtfertigen und «dokumentarisch» zu belegen.

**DORFKLUBS:** In den D., deren erster im März 1957 gegründet wurde und deren Anfang 1960 rund 1600 gezählt wurden, will man das gesamte «gesellschaftliche (und gesellige) Leben» auf dem Dorfe konzentrieren, ohne dass dadurch in das Eigenleben der -\* **Massenorganisationen** eingegriffen werden soll. Es geht einerseits um Koordination, andererseits aber auch um die politische Ausrichtung des geselligen Dorflebens im kommun. Sinne. Allgemeinbildende Veranstaltungen, die in erster Linie der Produktionssteigerung zu dienen haben, werden systematischer von den -> **Dorfakademien** betrieben. (-> **Klub der Intelligenz**)

**DORFPLAN:** «Komplexe -> **Perspektivplanung**» auf dem Lande (der -> **LPG**, Dörfer, Kreise und ganzer landw. Gebiete), entsprechend den Richtlinien der **Staatl. -> Plankommission** für den -\* **Siebenjahrplan**. Es wird zunehmender Wert darauf gelegt, alle Kräfte (Rat der -> **Gemeinde**, Ortsvereinigung der **VdgB (BHG)** und der -> **Nationalen Front**, Fachkommissionen und Beiräte der **LPG** und -> **MTS** und die gesamte Dorfbevölkerung) in die Planung («Plane mit - arbeite mit - regiere mit») stärkstens einzuschalten. Neben dem betonten Ziel, die landw. Produktion und Arbeitsproduktivität durch Ausschöpfung «örtlicher Reserven» zu verbessern, wird die «Gestaltung des neuen, sozialistischen Lebens auf dem Lande» (Wettbewerb «Das schöne Dorf») gefordert. Die verschiedenen Ziele, die Produktion, das kulturelle Leben auf dem Lande zu aktivieren **und dabei jeden -> Selbstlauf zu verhindern**, werden propagandistisch überladen und stehen im heftigen Konflikt miteinander. [755]

**DPA:** Abk. für Deutscher Personalausweis. (-> **Personalausweis**)

**DPZI:** Abk. für **Deutsches -> Pädagogisches Zentralinstitut**.

**DRESDEN:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung aus dem Ostteil von -> Sachsen**; 6740 qkm, 1 893 219 Einwohner (1959). 2. Stadtkreise: Dresden, -> **Görlitz**; 15 Landkreise: -> Bautzen, Bischofswerda, Dippoldiswalde, Dresden, Freital, -> **Görlitz**, Grossenhain, Kamenz, Löbau, -> **Meissen**, Niesky, Pirna, Riesa, Sebnitz, -> **Zittau**. Vors. des Rates des Bezirkes: Walter Weidauer (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Fritz -\* Reuter**.

2. Stadtkreis im sächsischen Bezirk D., Bezirksstadt, Kreisstadt, beiderseits der Elbe, mit 493 515 Einwohnern (1959) zweitgrößte Stadt Sachsens und der SBZ; ehern. Residenz der sächsischen Kurfürsten und Könige, bis 1952 Landeshauptstadt,

bis 1945 als Kunst- und Theaterstadt mit dem reichen Erbe ihrer glanzvollen Barockzeit in Bauten und Kunstsammlungen von Weltruf eine der schönsten Städte Deutschlands (Innenstadt im 2. Weltkrieg fast völlig vernichtet, entgegen propagandistischer Behauptung erst in geringem Ausmass z.T. historisch getreu, wiederaufgeoaht): Zwinger (1711-1722), Schloss (13./19. Jh.), Frauenkirche (1726-1743), kath. Hofkirche (1738-1751), Brühlsche Terrasse (1738), Opernhaus (1871-1878), Japanisches Palais (1715-1741), Kreuzkirche (1760-1792 neu erbaut), wichtiger Verkehrsknotenpunkt (Eisenbahn, Autobahn, Elbhafen, Flughafen); bedeutende Industrie: Maschinenbau («Sachsenwerk» in D.-Niedersedlitz), Elektro-, Zigaretten-, Bekleidungs-, Papier-, feinmechanische und optische Industrie; Reichsbahndirektion, Postspeckamt; Technische Hochschule, Hochschule für Bildende Künste, Hochschule für Musik, Hochschule für Verkehrswesen (seit 1952), Medizinische Akademie (seit 1954), Pädagogisches Institut, Sächsische Landesbibliothek, Sender des «Radio DDR», Theater (Staatstheater, «Theater der Jungen Generation», Operntheater), Dresdner Philharmonie, Staatskapelle, Kreuzchor, Staatl. Kunstsammlungen, Gemäldegalerie, Museum für Kunsthandwerk, Graphische Sammlung, Albertinum, Staatl. Mathematisch-Physikalischer Salon, Deutsches Hygiene-Museum (seit 1930), Staatl. Museum für Tierkunde, Landesmuseum für Vorgeschichte, Staatl. Museum für Völkerkunde, Staatl. Museum für Volkskunst, Staatl. Museum für Mineralogie, Zoologischer Garten; Sitz des Landesbischofs der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Präsidiums des sowjetzonalen DRK.

**DRITTER WEG:** Mit dem Begriff DW. verbindet die sozialistische -> **Opposition** im -> **Ostblock das** **Be**kenntnis zum «demokratischen» oder auch «menschlichen Sozialismus». Sozialistische Wirtschaftsformen sollen ihre Ergänzung finden durch eine echte Demokratie in Staat und Gesellschaft. Diese Auffassung schliesst, sowohl die Ablehnung des **Stalinismus** und des nachstalinistischen Totalitarismus im Ostblock ein als auch die Ablehnung der kapitalistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch den Privatbesitz an -\* **Produktionsmitteln** in sozialistischer Sicht weiterbestehe. Der DW. wird als Alternative gegenüber dem Kapitalismus und dem entarteten Sozialismus verstanden. Seine Anhänger in der SBZ vertreten den Standpunkt, dass die Theorie des DW. die einzig mög-



licite programmatische Plattform für ein wiedervereinigtes Deutschland ist, das eine Synthese zwischen «sozialistischer Diktatur» und «kapitalistischer Demokratie» sein soll. Die → SED-Führung bekämpft sowohl die Anhänger der SPD in der Bundesrepublik und in der SBZ als auch die Anhänger des → Revisionismus als Verfechter des DW.; «Die Politik der SPD, die Theorien vom 'dritten Weg' und vom 'demokratischen Sozialismus' sind im Grunde genommen nichts anderes als eine mehr oder weniger getarnte Unterstützung des Imperialismus und Militarismus' (Thesen des SED-Politbüros zum zehnten Jahrestag der Gründung der «DDR», Einheit, 9/1959, S. 1262). Insbesondere seit der Verabschiedung des Godesberger Parteiprogramms der SPD 1959 hat die SED-Führung die Auseinandersetzung mit allen Anhängern des DW. intensiviert.

**DRK:** → Deutsches Rotes Kreuz.

**DRUCKEREI- UND VERLAGSKONTOR:** → Verlagswesen.

**DSA:** Abk für Deutscher Sportausschuss (-\* Sport)

**DSF:** Abk. für Gesellschaft für → Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

**DTSB:** Abk. für Deutscher Turn- und Sportbund. (→ Sport)

**DUDEN:** Von dem weltbekannten Nachschlagewerk «Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter», begründet 1872 von Konrad D., erscheint neben der regulären Ausgabe der Abt. Duden-Verlag des Bibliographischen Instituts in Mannheim seit 1951 im → VEB «Bibliographisches Institut» Leipzig eine im Sinne des → Marxismus-Leninismus «gründlich überarbeitete» sowjetzonale Ausgabe. Obschon sie «die Einheit unseres Volkes und unseres demokratischen deutschen Vaterlandes zu gewährleisten» vorgibt, tritt von Auflage zu Auflage die Sonderentwicklung der → Sprache unter dem Einfluss der → Sowjetisierung stärker hervor. (Beispiel: Pazifismus. Original-Duden: «Friedensbewegung zur Ausschaltung von Kriegen; SBZ-Duden: «Ablehnung jeden, auch des gerechten Krieges»)

**DÜNGEMITTEL, MINERALISCHE:** Die Versorgung der → Landwirtschaft mit Stickstoff(N)- und Phosphorsäure(p2O) – Düngemitteln erfolgt auch heute noch kontingentiert, während Kalidünger (K<sub>2</sub>O) und Düngekalk (CaO) seit 1951/52) frei verkauft werden. Die grössten Schwierigkeiten bestehen in der Bereitstellung der einfuhrabhängigen Phosphatdünger, an denen durch die jahreange Unterversorgung der Böden ein sehr grosser Nachholbedarf

besteht, wie Bodenuntersuchungen bestätigt haben. Rund 80 v. H. der landw. Nutzfläche sind mit P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> unterversorgt, bei 50 v. H. der Böden ist der Versorgungsgrad sogar ausgesprochen schlecht. Unzureichende Einfuhren an Rohphosphat und Produktionsausfälle bei der Düngemittelindustrie haben bisher die Mängel nicht beheben können.

Seit 1954/55 hat sich die Belieferung mit N – Düngemitteln zwar stetig verbessert, der Hektaraufwand bleibt aber auch hier unter dem westdeutschen Verbrauchsniveau, obwohl der höhere Ackeranteil an der landw. Nutzfläche und das intensivere Anbauverhältnis in der SBZ relativ grössere N-Mengen erfordern würde. An sich würde die Produktion der Stickstoffwerke durchaus eine gleiche Aufwands-höhe wie in der BRD erlauben. Das im Aussenhandel gegen N-Dünger-mittel realisierbare Mehr an Nahrungsmitteln wird aber höher eingeschätzt als die Ertragssteigerungen, die ein zusätzlicher N-Aufwand in der heimischen Landwirtschaft erzielen würde. Zudem ist die Sortenbereitstellung an N-Düngern in der SBZ unzureichend. Es besteht Mangel an Salpeterdüngern und Kalkstickstoff.

Dank zahlreich vorhandenen Produktionsstätten wird Kali, vor allem in Form von Rohsalzen, je Flächeneinheit reichlicher gedüngt als in der BRD. Dadurch ist die Harmonie der gesamten Nährstoffversorgung der Böden gestört und wirkt sich in entsprechend geringeren Erträgen aus. Ausserdem fehlen für eine günstige Wirkung der hohen Kalidüngung die Voraussetzungen des geregelten Kalkzustandes der Böden, zumal auch - ihrer hohen Herstellungskosten wegen – hochprozentige Kalisorten der Ausfuhr vorbehalten werden. In 1'000 t Reinnährstoff betrug 1958 bei

N	P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	K <sub>2</sub> O
	die Eigenproduktion:	
320,0	136,3	1650,0
	die Einfuhr:	
	62,2	
	die Ausfuhr:	
95,6	-	986,0
	die verfügbare Menge für die Landwirtschaft:	
224,4	198,5	664,0

Die Hektargaben in kg/Reinnährstoff erreichten 1958/59 bei N 35,2, bei P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> 33,4, bei K<sub>2</sub>O 79,6. Demgegenüber düngte die BRD 40,4 N, 44,6 P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> und 70,6 K<sub>2</sub>O. Gegenüber der Vorkriegszeit steigerte die SBZ den Düngeraufwand bei N um 4 v. H., erreichte bei P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> 1956/57 erstmals den Vorkriegsstand, überschritt ihn 1958/59 um 18 v. H. und lag bei K<sub>2</sub>O um 58 v. H. darüber.

In der BRD dagegen erfolgte neben der allgemeinen Steigerung des Düngeraufwandes eine deutliche Orientierung zu «mehr Stickstoff», dem stärksten ertragssteigernden Düngerkomponente. Dort wurde das Vorkriegsniveau bei N um 67 v. H., bei P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> um 54 v. H. und bei K<sub>2</sub>O um 59 v. H. überschritten. [755]

**DVD:** Abk. für **Deutscher Veranstaltungsdienst. (Deutsche -> Konzert- und Gastspieldirektion)**

**DVP:** Deutsche -> Volkspolizei.

**DWA:** Abk. für **Deutsche -> Warenabnahmegesellschaft m. b. H.**

**DWK:** Abk. für Deutsche Wirtschaftskommission, durch Befehl der -> SMAD Nr. 138 am 27. 6. 1947 konstituierte zentrale dt. Verwaltungsinanz mit **Zentralverwaltungen** für Industrie, Finanzen, Verkehr, Handel und Versorgung, Arbeit und Sozialfürsorge, Land- und Forstwirtschaft, Brennstoffindustrie und Energie, Interzonen- und Aussenhandel und Statistik. Ausserhalb der DWK wurden selbständige Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung errichtet. Die Vollmachten der Zentralverwaltungen waren zunächst beschränkt. Ihre Präsidenten bildeten ein Sekretariat; einen Vors. hatte die DWK zunächst nicht. Erst durch SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. 2. 1948 wurden die Zuständigkeiten erweitert, «um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone heranzuziehen».

Die DWK erhielt einen ständigen Vorsitzenden (-> Rau) und zwei stellvertretende Vorsitzende (-> **Leuschner** und -> **Selbmann**). Als Kommissionsmitgl. wurden Vertreter des -> FDGB, der -> VdgB und die Präsidenten der Zentralverwaltungen des DWK bestimmt. Das Sekretariat der DWK wurde zu n Vollzugsorgan erklärt. Die SMAD verfügte, dass Entscheidungen der Plenarsitzungen und des

Sekretariats der DWK als für die SBZ verpflichtende Verordnungen/Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als für den Apparat der DWK verpflichtende Anordnungen zu gelten hatten.

Die Hauptaufgabe der DWK war zunächst die Sicherstellung der -> **Reparaturen** aus der laufenden Produktion. Im Befehl 32 (Abs. 3) hiess es: «Die Wirtschaftskommission wird verpflichtet, die termingemässe Durchführung der als Reparationen bestimmten Warenlieferungen sowie die Befriedigung der Bedürfnisse der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland entsprechend dem festgesetzten Plan zu überwachen.» Ausdrücklich wird betont: «Die Wirtschaftskommission wird ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der SMAD ausüben.»

Am 9. 3. 1948 wurden die Zentralverwaltungen in «Hauptverwaltungen» (HV) umbenannt. Ihre Zahl erhöhte sich von 12 auf 17. Nach wie vor blieben die Zentralverwaltungen für Gesundheitswesen, Justiz, Volksbildung und Inneres formell ausserhalb der DWK.

Durch SMAD-Befehl 183 vom 27. 11. 1948 wurde die Mitgliederzahl der DWK von 36 auf 101 Mitgl. erweitert, und zwar durch 48 «Vertreter der Bevölkerung», wobei auf je 360'000 Einwohner ein Vertreter kam, ferner 15 Vertreter der Parteien und 10 Vertreter der -> **Massenorganisationen**.

Das Sekretariat der DWK war nicht nur praktisch, sondern auch formell (auf Grund der ihm zugebilligten Vollmachten) eine deutsche Zentralregierung der SBZ. Mit der Proklamation der SBZ zur sog. «Deutschen Demokratischen Republik» (-> DDR) vom 7. 10. 1949 ging die DWK auf in der «Provisorischen Regierung der DDR»; die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden ihre Minister und Staatssekretäre. (-\* Verfassung, -> **Regierung und Verwaltung, -> Besatzungspolitik**) [311,319]

**EBERT, FRIEDRICH:** \* 12. 9. 1894 in Bremen als Sohn des späteren ersten deutschen Reichspräsidenten. Volks- und Mittelschule, Buchdrucker. 1910 Mitgl. der -> SAJ, seit 1. 5. 1913 Mitgl. der SPD, 1915-1918 Soldat, 1919 Redakteur beim «Vorwärts», ab 1925 Chefredakteur der SPD-Zeitung in Brandenburg, dort Stadtverordnetenvorsteher, 1928 M.d.R., 1933 preuss. Staatsrat. Ab 1933 vorübergehend im KZ, 1939 Soldat, ab 1940 im Reichsverlagsamt tätig, 1945 Sekretär des SPD-Bezirksverbandes Brandenburg-Land, ab 1946 Präsident des Brandenburgischen Landtages und Landesvors. der -> SED in Brandenburg. Seit 30. 11. 1948 Oberbürgermeister von Ost-Berlin, seit 1946 Mitgl. des Parteivorstandes bzw. -> ZK der SED, seit 1947 Mitgl. des Zentralsekretariats bzw. -> Politbüros der SED. Seit August 1953 Mitgl. des Sekretariats bzw. des Büros der SED-Bezirksleitung Berlin. Seit dem 7. 10. 1949 Abgeordneter, seit 17. 10. 1954 Vizepräsident und seit 25. 4. 1960 Mitgl. des neugegründeten Ausschusses für Nationale Verteidigung der -> Volkskammer. Vom 19. 6. 1950 bis 30. 3. 1958 Präsident der Gesellschaft für -> Deutsch-sowjetische Freundschaft. Seit März 1957 Präsident des Deutschen -> Städte- und Gemeindetages. Seit 12.9.1960 Mitgl. des -> Staatesrates.

**EGGERATH, WERNER:** \*16.3.1900 in Elberfeld als Sohn eines Stukkateurs, Volksschule, Schlosser. Seit 1924 -> KPD, 1935 verhaftet, 1936 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 Landrat in Mansfeld, 1946 -> SED, Vors. des SED-Landesvorstandes Thüringen, 1947 bis 1952. Ministerpräsident von -> Thüringen. 1952 im Range eines Staatssekretärs Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane der SBZ beim Ministerrat. Von 1954 bis 1957 Botschafter der «DDR» in Rumänien. Seit 8. 3. 1957 Staatssekretär im Staatssekretariat für -> Kirchenfragen.

**EHEGATTENZUSCHLAG, STAATLICHE:** Zum Ausgleich der Preiserhöhungen nach der Abschaffung der -> Lebensmittelkarten erhalten seit 1. 6. 1958 Arbeiter, Angestellte, Mitglieder landwirtschaftlicher und handwerklicher Produktionsgenossenschaften sowie Studenten mit

einem Bruttodurchschnittsverdienst bis zu 800 DM im Monat einen StE. von 5 DM monatlich, wenn der Ehegatte kein eigenes Einkommen hat und in der Sowjetzone oder in Ost-Berlin wohnt. StE. erhalten auch West-Berliner und Westdeutsche, die in der SBZ arbeiten.

**EHERECHT;** Nach der Verfassung sind Mann und Frau gleichberechtigt. Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben (Art. 7, Abs. 2; Art. 30, Abs. 2). Hierdurch ist vor allem das Entscheidungsrecht des Ehemannes in allen die Frau oder das gemeinschaftliche Leben betreffenden Fragen beseitigt worden.

Das Ehegesetz vom 20. 2. 1946, das wie alle übrigen Kontrollratsgesetze durch den am 19. 9. 1955 verkündeten Beschluss des sowjetischen Ministerrats aufgehoben worden ist, ist zwei Monate später durch die VO über Eheschließung und Eheauflösung vom 24.11.1955 (GBl. S. 849) ersetzt worden. Nach dieser VO müssen Mann und Frau das 18. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie heiraten wollen. Bei der Ehescheidung ist das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt worden.

Danach ist die Ehe zu scheiden, wenn sie objektiv zerrütet ist und deshalb ihren Sinn für die Gesellschaft und damit auch für die Eheleute und die Kinder verloren hat. Weitere besondere Scheidungsgründe gibt es ebensowenig wie einen Schuldausspruch im Scheidungsurteil. Damit entfallen sämtliche an das Verschulden geknüpfte Rechtsfolgen, insbesondere hinsichtlich des -> Sorgerechts für die Kinder und des Unterhalts der geschiedenen Ehegatten.

In der sozialistischen Gesellschaft muss jeder arbeitsfähige Mensch seinen Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ehefrau und erst recht für die geschiedene Ehefrau, selbst wenn sie Kinder zu betreuen hat (-> Gleichberechtigung der Frau). Nur dem Ehegatten, der ausserstande ist, seinen Unterhalt aus eigenen Arbeitseinkünften oder sonstigen Mitteln zu bestreiten, kann für eine Übergangszeit von längstens zwei Jahren ein Unterhaltsanspruch zugebilligt werden.

Weitere Rechtsgrundsätze des Entwurfs des neuen Familiengesetzbuchs (-> Familienrecht) sind durch

das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. 9. 1950 (GBl. S. 1037) und die Richtlinien für die Behandlung von Familienrechtsstreitigkeiten vom November 1951 geltendes Recht geworden.

Die gesetzlichen und vertragsgemässen Güterstände sind entsprechend den obenerwähnten Richtlinien durch die Verfassung ausser Kraft gesetzt worden. Sämtliche Ehegatten leben in Gütertrennung. Nach dem Entwurf des Familiengesetzes wird das von den Ehegatten nach der Eheschliessung durch Arbeit erworbene Vermögen gemeinsames Eigentum der Ehegatten. Das übrige Vermögen unterliegt der freien Verwaltung und Verfügung jedes Ehegatten. Sonstige Vereinbarungen vermögensrechtlicher Art sind zulässig. Sie sind jedoch nichtig, wenn sie gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau verstossen.

Der Güterstand der Verwaltung und Nutzniessung des Vermögens der Frau durch den Ehemann ist ausdrücklich verboten. Die Zuständigkeit in Ehesachen ist durch VO vom 21.12.1948 (ZVBl. S. 588) am 1.4. 1949 den Amtsgerichten übertragen worden, an deren Stelle seit Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 2. 10. 1952 die Kreisgerichte getreten sind (-> **Gerichtsverfassung**).

Die örtliche Zuständigkeit richtet sich unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung von Mann und Frau nach § 606 ZPO. An die Stelle eines hiernach etwa zuständigen westdeutschen oder West-Berliner Gerichts tritt jedoch nach der Rundverfügung Nr. 76/52 des Ministers der Justiz vom 9. 7. 1952 das sowjetzonalen Kreisgericht, in dessen Bezirk der klagende Ehegatte seinen ständigen Aufenthalt hat. (-> **Familienrecht**)

Das Verfahren in Ehesachen ist durch die VO über Eheschliessung und Eheauflösung – Eheverfahrensordnung – vom 7. 2. 1956 (GBl. S. 145) unter Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen der ZPO neu geregelt worden. In allen Scheidungssachen ist eine vorbereitende Verhandlung «zur Aussöhnung und Erziehung der Parteien» durchzuführen. Erst in einem zweiten Termin darf eine Entscheidung getroffen werden. Die Verhandlung in Ehesachen ist öffentlich. Gleichzeitig mit dem Scheidungsverfahren sind das elterliche Sorgerecht und der Unterhalt der Kinder und der Ehegatten zu regeln. [419]

#### **EHESCHLISSUNG, SOZIALISTISCHE: EHEWEIHE.**

**EHEWEIHE:** Zu den pseudosakralen Staatsakten, durch deren Einführung die SED den Einfluss von Christentum und Kirche auf das öffent-

liche Leben ihres Machtbereiches zu beseitigen sucht, gehört neben der -> **Kinaesweihe** und der -> **Jugendweihe** auch die E., früher als «sozialistische Eheschliessung» bezeichnet. Die E. folgt der standesamtlichen Trauung, ist also einseitigen nicht mit dieser verbunden, obschon sie nicht mehr Sache der Partei, sondern der staatlichen Organe sein soll. Die Brautleute werden nach dem Aufgebot von staatlichen Beauftragten aufgesucht, die sie für die E. gewinnen sollen; bei dem E.-Akt, an dessen Pseudoliturgie vor allem die -> **Massenorganisationen** mitwirken sollen, legen die Brautleute ein «sozialistisches Ehegelöbnis» ab, für dessen Wortlaut die SED Richtlinien herausgegeben hat.

**EHRENZEICHEN DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI:** Medaille mit Urkunde für Angehörige der bewaffneten Organe des Ministeriums des Innern, sonstige Personen und Dienststellen, insbesondere für persönliche Tapferkeit und selbstlosen Einsatz der eigenen Person zum Schutze der «DDR» (-> **Auszeichnungen**)

**EIGENTUM:** Einen einheitlichen E.-Begriff gibt es nicht mehr. Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem E. oder -> **Volkeigentum**, genossenschaftlich-sozialistischem E., persönlichem E.; sowie dem Privat-E. an den Produktionsmitteln. Das «Volkeigentum» ist «die entscheidende ökonomische Grundlage der -> **Arbeiter-und-Bauern-Macht**». Es entstand durch -> **Eenteignung** von «Kriegsverbrechern und Naziaktivisten» und durch Verstaatlichung der Bodenschätze, der Bergbaubetriebe und eines Teils der Lichtspieltheater. Das genossenschaftliche E. ist gegenüber dem «Volkeigentum» eine niedrigere Form des sozialistischen E., weil nicht das werktätige «gesamte Volk in Gestalt seines Staates» Eigentümer ist, sondern nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv (-> **Produktionsgenossenschaften**).

Diese beiden Formen des gesellschaftlichen E. geniessen besondere Förderung und erhöhten rechtlichen Schutz. Nach Art. 28 der -> **Verfassung** bedarf die Veräusserung und Belastung von Grundbesitz, Produktionsstätten und Beteiligungen, die sich im E. des Volkes befinden, der Zustimmung der für ihren Rechtsträger zuständigen Volksvertretung. Das E.-Recht des BGB ist auf beide Formen des gesellschaftlichen E. nicht unmittelbar anzuwenden, «da das sozialistische E. eine neue revolutionäre, vom BGB nicht geregelte Institution darstellt».

Eine entsprechende Anwendung der übernommenen Normen ist nur in-

sofern zulässig, als diese dem Wesen der neuen E.-Formen nicht widersprechen. Alle Bestimmungen des BGB, die einen ungewollten Verlust des E.-Rechts nach sich ziehen, sind mit dem Wesen des sozialistischen E. nicht zu vereinbaren (Nathan, «Neue Justiz», 1957, S. 756). So kann gesellschaftliches E. an beweglichen Sachen nicht gutgläubig von einem Nichtberechtigten erworben werden (OG, Urteil vom 8. 10. 1957, «Neue Justiz», 1957, S. 776). Im Konkurs sind zum «Volkseigentum» gehörende Forderungen bevorrechtigt. (-> **Konkursrecht**)

Das Privat-E. ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grund-E., haben den Begriff des privaten E. ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Überweisung eines bebauten oder unbebauten Grundstücks einer Genehmigung. (-\* **Grundeigentum**). Beim Privat-E. an den Produktionsmitteln wird zwischen Privat-E. der einfachen Warenproduzenten (Klein- und Mittelbauern, Handwerkern, Einzelhändlern) und dem kapitalistischen Privat-E. unterschieden. Jenes ist «die Aneignung eigener persönlicher Arbeit».

Das kapitalistische Privat-E. besteht demgegenüber in der «Aneignung fremder Lohnarbeit». Reste dieser E.-Formen sollen zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern während der «Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus» noch für einige Zeit geduldet werden. Durch das Steuersystem (-> **Steuern**, -> **Erbrecht**) und andere Massnahmen wird die Neubildung und Vergrößerung kapitalistischen Privat-E. verhindert. Das **persönliche E.** ist das durch «eigene gesellschaftliche Arbeit» erworbene E. an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen E. sein kann. [716]

**EINGREIFDIVISION:** Nichtamtliche Bezeichnung der 1. teilmechanischen Schützen-Division der -> **Nationalen Volksarmee** (vormals -> **KVP**) in und bei Potsdam. Sie war bis Ende 1958 dem Verteidigungsministerium unmittelbar unterstellt und, vor allem, wie schon der -> **Juni-Aufstand** zeigte, für die Niederwerfung von Volkserhebungen vorgesehen. Diese Aufgabe hat die vormalige E. nicht mehr, da die -> **Beiratschaftspolizei** sehr verstärkt wurde und vor allem gegen Volkserhebungen vorgesehen ist. [306]

**EINHEITSLISTEN:** -> **Wahlen**.

**EINHEITSSCHULE:** Zusammenfassender Begriff für das Schulsystem in der SBZ. Wurde neben der offi-

ziellen Bezeichnung «deutsche demokratische Schule» aus propagandistischen Gründen in Anknüpfung an die seit 1848 wirkende Einheitschulbewegung gebraucht. Im 1946 von den Ländern der SBZ angenommenen «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» heisst es (§ 3): «Die demokratische E. umfasst die gesamte Erziehung vom Kindergarten bis zur Hochschule und gliedert sich nach den Aufgaben, die aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen erwachsen.» (-> **Schule**) [610, 616]

**EINKAUFSQUELLEN:** Unter dieser Bezeichnung sind seit Mai 1959 in Grossstädten der SBZ Einzelhandelsgeschäfte eingerichtet worden, in denen wertgeminderte Konsumgüter an die Bevölkerung verkauft werden. Es gibt Spezialläden für gebrauchte Möbel, Elektromaterial, Kraftfahrzeugzubehör usw. Die E. unterstehen dem Staatlichen -> **Vermittlungskontor**, das die angebotenen Waren z. T. in eigenen Werkstätten aufarbeiten lässt. «Volkseigene» Produktionsbetriebe sind verpflichtet, nicht absetzbare Warenbestände dem Staatlichen Vermittlungskontor anzubieten. Die E. übernehmen die Funktion der sog.

**Biwa-Läden**, die bis Ende 1958 bestanden und in denen Ladenhüter des staatlichen Handels verkauft wurden.

**EIN- UND ÜBERHOLUNG:** Seit Mitte 1958 vom SED-Regime eingeführte Parole der -\* **Propaganda**, womit einerseits gemeint ist, dass die SBZ «bis Ende 1961 den Pro-Kopf-Verbrauch bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern» gegenüber der Bundesrepublik «erreichen und übertreffen» wird (-\* **Ökonomische Hauptaufgabe**); andererseits ist mit dieser Parole die Absicht der SED gemeint, «dass innerhalb weniger Jahre die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung bewiesen wird». Dies geschehe insbesondere durch die Erfüllung der Ziele des -> **Siebenjahrplans**.

**EINZELBAUER:** -> **Bauer**.

**EINZELHANDEL:** -> **Handel**, -> **HO**, -> **Konsumgenossenschaften**.

**EINZELVERTRAG:** Arbeitsvertrag, der im Gegensatz zum -> **Betriebskollektivvertrag** mit Einzelpersonen abgeschlossen wird, vornehmlich mit Angehörigen der -> **Intelligenz**, die «durch ihre Leistungen einen hervorragenden Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft oder Kultur ausüben». Gesetzliche Grundlage für den E. ist die VO vom 23. 7. 1953 (GBl. S. 897). Der Kreis der möglichen Anwärter für einen E. umfasst neben den Nationalpreisträgern, Ordentlichen Mitgliedern der Akademien, Verdienten Ärzten

und Lehrern des Volkes weitere Spitzenkräfte aus allen Gebieten der Wissenschaft und Kultur, der Technik, der Wirtschaft, des öffentlichen Gesundheitswesens und des Erziehungswesens. Die Grenzen sind mit Absicht nicht fest gezogen, doch schliessen sie nur die im Sinne der **-\* SED** gewünschten Elemente ein. Ein E. bringt für den Betroffenen beträchtliche Vorteile mit sich: zusätzliche **\* Altersversorgung**, Prämien sowie Zuwendungen im Krankheitsfalle. Die Kinder des Beteiligten erhalten die von ihm gewünschte Ausbildung und unterliegen nicht den sonst für Bürgerliche geltenden Erschwerungen. Der E. wird als wirkungsvolles Mittel angesehen, der Abwanderung der Intelligenz vorzubeugen und sie materiell an das SBZ-Regime zu **binden**. (520)

**EISENACH:** Stadt im thüringischen Bezirk **-> Erfurt**, Kreisstadt am Nordwestrand des Thüringer Waldes, 48 602 Einwohner (1959); am Fusse der Wartburg. Mittelalterlicher Stadtkern mit wertvollen Bauten, Industrie: Kraftfahrzeuge, Landmaschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Textilien, Farben. (-> **Thüringen**)

**EISENBAHN:** Die E. hat von allen Verkehrsträgern die schwersten Kriegs- und Kriegsfolgeschäden erlitten. Bei Kriegsende waren die Strecken und Bahnhöfe unbefahrbar. 65 v. H. der Lokomotiven, 60 v. H. der Reisezugwagen und die Hälfte der Güterwagen waren, soweit sie nicht gänzlich vernichtet waren, beschädigt, 970 Eisenbahnbrücken waren zerstört. Durch die anschließenden Demontagen verminderte sich der Bestand an rohlendem Material erheblich, und die Länge des Gleisnetzes ging von etwa 18 500 km auf 14 500 km zurück. Die Netzdichte je 100 qkm verringerte sich dadurch von 17 auf 14 km. Bei Wiederingangsetzung des Betriebes waren 5'000 km Strecke nur eingleisig befahrbar, und es gab keine elektrifizierten Strecken mehr.

Der Wiederaufbau konnte bei solchen Schäden und unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungspolitik nur langsam vorangehen. Die Eisenbahner der SBZ haben in dieser Zeit Hervorragendes geleistet. Noch 1960 sind die Schäden nicht ganz beseitigt. Das Streckennetz konnte nur auf 16'000 km Länge wieder ergänzt werden. Mit dem derzeitigen Lokomotiv- und Güterwagenbestand können die Transportaufgaben nur unter äusserster Anspannung bewältigt werden.

Die hoch angesetzten Ziele des **-\* Siebenjahrplans** können nur dann erreicht werden, wenn auch die E. ihre Transportleistungen sehr er-

heblich steigert. Daher sollen bis **1965** 16'000 neue moderne Güterwagen mit 50 t Ladegewicht in den Dienst eingestellt werden. Der Neubau von Dampfloks wird **1960** eingestellt, bis **1962** werden die in Betrieb befindlichen Dampfloks generalüberholt, anschliessend sollen bis **1965** 1100 Diesel- und Elektroloks aus eigener Produktion den Dienst aufnehmen. Auch bei den technischen Anlagen und im Personenverkehr sind umfangreiche Verbesserungen geplant. Die Wirklichung dieser Planziele würde den Abstand der Leistungsfähigkeit der sowjetzonalen Reichsbahn im Vergleich zur Bundesbahn verringern. [758, 759, 775]

**EISENBÄHNER DER DDR, VERDIEN-TER:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 5'000 DMark sowie Freifahrt in der ersten Klasse für Eisenbahner, die vorbildlich und diszipliniert arbeiten, neue Techniken einführen und weiterentwickeln sowie neue Methoden zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der **-> Selbstkosten** anwenden. (-> **Auszeichnungen**)

**EISEN- UND STAHLINDUSTRIE:** Das Gebiet der SBZ besitzt keine ausreichenden Grundstoffvorkommen für eine die Industrie voll versorgende EuSt. Die Eisenerzvorkommen in Thüringen und Sachsen-Anhalt können wegen des geringen Eisengehaltes den Bedarf nicht decken. Auch der Mangel an Steinkohlenskokk zur Verhüttung hemmte eine weitergehende Entwicklung. Bei einem Anteil der Industrieerzeugung des Gebietes der SBZ an der deutschen Industrieerzeugung im Umfange von etwa einem Drittel betrug **1938** die EuSt. im Gebiet der SBZ nur etwa 7 v. H., wobei zu berücksichtigen ist, dass die deutsche eisenverarbeitende Industrie hier besonders stark vertreten war. Die eisenschaffende Industrie der SBZ hatte nur geringe Einbussen durch Kriegsschäden zu verzeichnen. Um so umfangreicher waren die **-> Demontage-Verluste**; sie betragen:

Walzstahlerzeugung	85 v. H.
Rohstahlerzeugung	80 v. H.
Stahlformguss	56 v. H.
Grauguss	50 v. H.
Temperguss	35 v. H.

Die Giessereiindustrie erlitt geringere Verluste, weil die grössten und modernsten Betriebe von den Sowjets als **-\* SAG**-Betriebe beschlagnahmt wurden. Der Wiederaufbau gelang überraschend kurzfristig, z. T. gefördert durch legale und illegale Lieferungen von Stahl- und Walzwerkseinrichtungen aus der Bundesrepublik. Trotz der Schwierigkeiten in der Grundstoffversorgung konnte die

Roheisen-, Rohstahl- und Walzstahlerzeugung der SBZ seit Kriegsende durch Wiederaufbau und Erstellung neuer Anlagen über den Vorkriegsstand hinaus gesteigert werden. Der Aus- und Aufbau von Hütten- und Walzwerken gehörte zu den Schwerpunktvorhaben des I.->Fünfjahresplanes.

Wesentliche Zahlen:

**Roheisen** (Thomas-, Stahl- und Giessereieisen)

Jahr	Produktion
1946	123'000 t
1951	342'000 t
1956	1'574'000 t
1958	1'779'000 t
1959	1'898'400 t

#### Rohstahl in Blöcken

Jahr	Produktion
1946	97'000 t
1951	1'552'000 t
1956	2'740'000 t
1958	3'040'000 t
1959	3'207'400 t

#### Walzstahl (warm gewalzt)

Jahr	Produktion
1946	76'000 t
1951	1'113'000 t
1956	2'035'000 t
1958	2'319'000 t
1959	2'487'500 t

Diese Entwicklung wurde ermöglicht insbesondere durch den Aufbau neuer Eisen- und Stahlwerke: des Eisenhüttenkombinats bei Fürstberg/Oder, der Eisenwerke West in -> Calbe/Saale, des Stahlwerks Brandenburg und des Edelstahlwerks Döhlen. Die Kapazität der Hütten- und Walzwerke liegt jedoch weit unter dem Bedarf der metallverarbeitenden Industrien der SBZ. Noch immer müssen etwa 60 v. H. des Eisen- und Stahlbedarfs in Form von Erzen, Schrott, Roheisen oder Walzstahl importiert werden. Im laufenden -> Siebenjahrplan soll die EuSt. nur durch den Neubau von Kapazitäten in der Stahlerzeugung ausgebaut werden; auch ist die Errichtung einiger neuer Walzwerke geplant. Der steigende Bedarf der Verarbeitungsindustrien soll jedoch im wesentlichen durch erhöhte Importe abgedeckt werden. Der Plan sieht vor, den Walzstahlverbrauch Je Kopf der Bevölkerung bis 1965 über den Stand in der BRD hinaus zu erhöhen. [714, 715]

**EISLER, GERHART:** \* 20. 2. 1887 in Leipzig als Sohn eines Philosophieprofessors. Bruder des Komponisten **Hanns -> Eisler**. Im 1. Weltkrieg österr. Offizier. Nach Kriegsende kommunistischer Journalist in Deutschland. 1928 rebellierte E. gegen die Gruppe - **Thälmann**, -> **Ulbricht**, wofür er am 18. 2. 1951 in der «Täglichen Rundschau» Abbitte leisten musste. In der NS-Zeit emigriert, 1936 in Spanien, von 1939 bis 1940

in Frankreich interniert, dann in Mexiko, anschließend in den USA. Wegen illegaler Arbeit zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Floh im Sommer 1949 in die SBZ. Von 1949 bis zur Auflösung am 1. 1. 1953 Leiter des Amtes für -> Information der SBZ. 1954 Leiter des Amtes für Demoskopie im Ministerium für Kultur, seit 18. 10. 1956 Stellv. des Vorsitzenden des Staatlichen -> Rundfunkkomitees. Von der Universität Leipzig 1949 zum Professor ernannt.

**EISLER, HANNS:** \* 6. 7. 1898 in Leipzig, Bruder des Gerhart -> Eisler, seit 1926 Mitgl. der -> KPD, 1933 bis 1935 Westemigration, 1935 Vors. des Internationalen Musikbüros in Moskau, 1938 in Spanien, dann USA, von dort 1948 abgeschoben; seit 1948 in Ost-Berlin, Mitgl. der -> Akademie der Künste, Komponist der -> Nationalhymne der «DDR» und zahlreicher Kantaten; vertonte Gedichte von -> Brecht, -> Becher u. a.

**ELTERNBEIRÄTE:** Da gewählte Ausschüsse ein Hemmnis der offiziellen Schulpolitik bilden konnten, arbeitete die SBZ bis 1951 mit der von der -> SED gelenkten «Vereinigung der Freunde der neuen Schule», die willkürlich zusammengesetzte Ausschüsse für jede Schule bildete. Erst durch VO vom 12. 4. 1951 wurden E. geschaffen, deren Wahl seitdem durch zuverlässig zusammengesetzte Wahlausschüsse manipuliert wird.

Nach der Elternbeiratsordnung vom 7. 1. 1960 hat der E. die Aufgabe, die «Bereitschaft» der Eltern zur Mitarbeit bei der Lösung schulischer und außerschulischer Aufgaben zu fördern und zu «lenken». «Er berät und unterstützt die Schule und die Eltern . . .» Zum E. gehören neben den gewählten Mitgliedern Vertreter des Patenbetriebes, des -> DFD, der Pionierorganisation bzw. des -> FDJ, der Lehrer der Schule und des zuständigen Ausschusses der Nationalen Front. Der E. bildet für bestimmte Aufgaben Kommissionen; in den einzelnen Klassen fungieren Klassenelternaktive zur Unterstützung des Klassenleiters. «Der Erarbeitet nach einem Plan. [610]

**ELTERNSEMINARE:** Die E. sollen das Verständnis der Eltern für die Arbeit der Schule, der -> FDJ und der JP erwecken, d. h. die Eltern für die kommun. Erziehung gewinnen. Träger der E. ist der -> DFD.

**ENDVERBRAUCHERPREIS:** Der E. (Festpreis) setzt sich wie folgt zusammen:

-> **Industrieabgabepreis**  
+ Handelsspanne Grosshandel  
= Grosshandelsabgabepreis  
+ Handelsspanne Einzelhandel  
= Endverbraucherpreis

In den Handelsspannen sind enthalten Kosten des Handelsbetriebes, geplanter Gewinn und -> **Handelsabgabe.** (-> **Preispolitik**)

**ENERGIEMASCHINENBAU:** -> **Maschinenbau.**

**ENERGIEWIRTSCHAFT:** a) **Stromerzeugung:** Die installierte Maschinenleistung in den öffentlichen und industriellen Kraftwerken der SBZ betrug bei Kriegsende etwa 5300 Megawatt. Durch Demontageverluste sank sie auf 3500 Megawatt ab. Von -> **Demontagen** wurden weitgehend auch Umformer- und Schaltstationen und das Verteilernetz betroffen. Sogar Freileitungsmaste wurden abmontiert. Der Wiederaufbau erforderte volle zehn Jahre: Die Bruttostromerzeugung der Kraftwerke betrug bei Kriegsende etwa 26'000 Millionen kWh/Jahr. Bis Ende **1959** konnte die installierte Leistung auf 7238 MW, die Stromerzeugung auf 37248 Mill. kWh gesteigert werden. Trotz dieser Entwicklung hat die Elektro-E. in der SBZ mit dem steigenden Bedarf der Industrie nicht Schritt gehalten. Der Stromverbrauch für die Industrie und für sonstige gewerbliche Zwecke ist daher noch immer kontingentiert, und auch die Haushaltungen werden ständig ermahnt, mit Strom sparsam umzugehen (-> **Wattfrass**), obwohl der Anteil der Haushalte am Stromverbrauch nur 7 v. H. beträgt. Die E. stützt sich fast ausschliesslich auf die z.Z. noch verhältnismässig reichlich vorhandenen Braunkohlenvorkommen. Es fehlt aber an Stromerzeugungsanlagen. Der Energiemaschinenbau (-> **Maschinenbau**) hat seine Produktionspläne nie voll erfüllen können. Die Steigerungen in der Stromerzeugung wurden bis **1956** fast ausschliesslich durch Wiederaufbau und Ausbau bestehender Kraftwerke erzielt. Erst ab **1957** wurden einige neue Kraftwerke in Betrieb genommen. Der Aufbau weiterer neuer Kraftwerke ist im Gange. Die Schliessung der Energielücke ist eine der entscheidenden Voraussetzungen auch für die Erfüllung des -> **Siebenjahrplans**. Bis **1965** sollen im Vergleich zu **1958** 6500 MW neue Kraftwerksleistung installiert und dadurch die Kapazität auf 12 500 MW erhöht, d. h. fast verdoppelt werden. - Die gesamte E. und Energieversorgung ist verstaatlicht. Nach zahlreichen vorangegangenen organisatorischen Veränderungen sind jetzt die Räte der -> **Bezirke** die Anleitungs- und Kontrollorgane.

b) **Gasversorgung:** Die Gasversorgung des Gebiets der SBZ wurde bis Ende des 2. Weltkrieges durch Einspeisungen von Ferngas aus Westdeutschland sichergestellt, da die geringen Eigenvorkommen an Steinkohle eine nennenswerte Ver-

kokung nicht ermöglichten. Die Gaswirtschaft erlitt erhebliche Kriegsschäden, u. a. wurde die Grogaserei Magdeburg zu etwa 70 v. H. betroffen. Nach der Beseitigung der Schäden und dem Aufbau eines neuen Werkes, der Grogaserei Lauchhammer, steht die Gasgewinnung aus Braunkohle im Vordergrund. Gas wird für Industrie und Gewerbe z. Z. noch bewirtschaftet. Mit der Fertigstellung des Kombinats -> **Schwarze Pumpe** soll die Mangellage bei Gas jedoch endgültig beseitigt werden. Gas ist als Brennstoff für die Industrie (insbes. für Bergbau, eisenschaffende und -> **chemische Industrie**) von grosser Bedeutung. Fast ein Drittel des Gasaufkommens wird von der Industrie verbraucht, etwas mehr als die Hälfte des Aufkommens geht in das öffentliche Netz (Haushalte, Strassenbeleuchtung usw.).

Die Energielücke soll ab **1961** durch die geplante erhöhte Einfuhr von Erdöl geschlossen werden; dadurch soll Braunkohle, die jetzt noch für die -> **Kraftstoffherzeugung** eingesetzt werden muss, für Brenzwerke **frei werden.** [**744, 746**]

**ENGEL, ERICH;** \* 14. 2. 1891 in Hamburg als Sohn eines Kaufmanns. Kaufmännische Lehre, Kaufmann, Schauspielschule Hamburg, Schauspieler an Theatern im Erzgebirge und Rhein-Main-Gebiet. Soldat im 1. Weltkrieg, -> **USPD**. Nach **1920** Engagements als Dramaturg, Regisseur und Oberspielleiter in Hamburg, München, Berlin. Seit **1930** vorwiegend Filmarbeit als Regisseur. Nach **1945** Generalintendant der Münchner Kammerspiele. Seit **1947** als Regisseur am Deutschen Theater in Ost-Berlin und für die -> **DEFA** tätig. **1959** Vizepräsident der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Filme u. a.: «Der Biberpelz», «Affäre Blum».

**ENGELS, FRIEDRICH:** \* 28.11.1820 in Barmen, Fabrikantensohn, gest. 5. 8. 1895 in London; studierte in Berlin; Junghegelianer mit radikalen politischen Neigungen, lernte 1842 in Köln **Karl -> Marx** kennen, war dann im väterlichen Zweiggeschäft in Manchester tätig, gab 1845 die Schrift «Die Lage der arbeitenden Klassen in England» heraus und 1848 mit seinem Freund Karl Marx zusammen das kommunistische Manifest. 1848 Beteiligung am Pfälzer Aufstand, dann Rückkehr nach Manchester. Verfusste zahlreiche philosophische, geschichtliche und militärwissenschaftliche Schriften, förderte die Arbeiten von Marx und war seit 1883 bis zu seinem Tode der führende Kopf in der internationalen sozialistischen Bewegung. Nach dem Tode von Marx kam E. zu der Überzeugung, dass der Sozialismus nicht in allen Län-



dem durch den bewaffneten Aufstand, sondern u. U. auch auf parlamentarischem Wege erreicht werden kann. Seine wichtigsten Werke: «Der deutsche Bauernkrieg» (1850), «Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft» (1878), «Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft» (1891), «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates» (1884). (-> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**)

**ENTEIGNUNG:** Das private-\* **Eigentum** war mehreren E.-Aktionen ausgesetzt. Durch die bereits **1945** eingeleitete -\* **Bodenreform** wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.

Die nach Befehl Nr. 124 der-\*SMAD angeordnete E. von «Kriegsverbrechern und Naziaktivisten» (-> **Sequesterbefehl**) wurde als Vorwand benutzt, die zahlreichen wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 v. H. der Gesamtproduktion in -> **Volkseigentum** zu überführen. Die nächste E.-Welle wurde durch den Befehl Nr. 201 der SMAD eingeleitet, wonach Strafverfahren gegen angebliche Naziverbrecher durchgeführt werden konnten. Hier war es in jedem Fall möglich, durch Strafurteil auf Vermögenszug zu erkennen.

Nach Art. 23 der -> Verfassung dürfen E. nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. In einigen E.-Gesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen (-> **Aufbaugesetz**). Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Missbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose E. und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, «die für die Vergesellschaftung geeignet sind», können enteignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlherzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäss Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.

Eine weitere Möglichkeit zur entschädigungslosen E. ist die Vermögenseinziehung im Strafverfahren, von der in den politischen Verfahren nach Art. 6 der Verfassung und der Kontrollratsdirektive 38 und in den Wirtschaftsstrafverfahren reichlich Gebrauch gemacht worden ist. Auch einige der neuen -\* **Staatsverbrechen** des -> **Strafrechtsergänzungsgesetzes** vom 11.12. **1957** sehen die Vermögenseinziehung als Strafe vor.

Die kalte E. des Privateigentums wird schliesslich durch steuerliche **Massnahmen** (-> **Steuern**, -> **Erb-**

**recht**) und im Wege des Konkursverfahrens (-> **Konkursrecht**) betrieben. Bis zu dem im Juni **1953** verkündeten -> **neuen Kurs** und wieder seit August **1958** wird das -\* **Flüchtigungsvermögen** praktisch enteignet. Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose E. der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. Erst die VO vom 23. 8. **1956** über die Entschädigung ehemaliger Gesellschafter für Beteiligungen an enteigneten Unternehmen und die Befriedigung langfristiger Verbindlichkeiten aus der Zeit nach dem 8. 5. **1945** (GBl. S. 683) und das Gesetz vom 2. 11. **1956** (GBl. S. 1207) über die Regelung der Ansprüche gegen Personen, deren Vermögen nach der Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten oder auf Grund rechtskräftiger Urteile in das Eigentum des Volkes übergegangen ist, sehen eine gewisse Entschädigung bis zum Werte der in das Volkseigentum übernommenen Vermögenswerte vor.

Aus Anlass eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum übergeführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das -\* **Oberste Gericht** entschieden, dass die E. für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäss sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende -> **Warenzeichen** auf den «volkseigenen Betrieb» übergegangen («Neue Justiz» **1954**, S. 58).

[716]

**ENTNAZIFIZIERUNG:** Grundlegend auch für die E. in der SBZ waren neben dem **Potsdamer Abkommen** (III, A, 3, III) das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. 12. **1945** und die Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12. 1. **1946**. So wurden bei den Landgerichten der SBZ für «politische Straftaten», die bei der E. abzuurteilen waren, Sonderkammern errichtet. Laut Befehl Nr. 201 der -> SMAD vom 16. 8. **1947** entstanden allgemeine Spruchkammern. Dieser Befehl brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfste Strafen gegen Schuldige. Die E. war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmassnahmen zu tarnen (-> Enteignung, -\* **Eigentum**), vor allem im Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die E. in der SBZ wurden nie veröffentlicht.

Um den Boden für die «national» gefärbte -\* **Propaganda** der -> **SED** und der späteren -> **NDP** zu lockern, wurden gemäss Befehl Nr. 35

der SMAD vom 26. 2. 1948 die Spruchkammern aufgelöst. Den Gerichten wurde die Verfolgung von «Kriegs- und faschistischen Verbrechen» übertragen. Ein Gesetz der Provisorischen -\* Volkskammer der SBZ vom 11. 11. 1949 gab allen ehemaligen Nazis das aktive und passive Wahlrecht und öffnete ihnen alle Berufe (ausser der Inneren Verwaltung und der Justiz). Davon ausgenommen wurden solche, die «sich der Strafvollstreckung entzogen haben» oder denen mehr als ein Jahr Haft zuerkannt worden war. Vermögenszug blieb bestehen. So sollten ehemalige Nazis für die SED, NDP und die -> **Nationale Front** günstig gestimmt werden, (**ehemalige Nationalsozialisten**)

**ENTWICKLUNGSLÄNDER, WIRTSCHAFTSHILFE FÜR:** Die Wirtschaftshilfe der SBZ erstreckt sich auf die Entwicklungsländer des afro-asiatischen Raumes und auf Lateinamerika. Besonders Argentinien, Brasilien, Uruguay, Kolumbien und neuerdings Kuba unterhalten enge wirtschaftliche Beziehungen zur SBZ.

Die Wirtschaftshilfe soll dem industriellen Aufbau der Länder durch Erstellung kompletter Industrieanlagen und die Belieferung mit industriellen Einrichtungen zur eigenen Verarbeitung der Rohstoffe in den Ursprungsländern dienen im Austausch gegen die landesüblichen Rohstoffe und Produkte. Schwerpunkt der Wirtschaftshilfe sieht das Zonenregime in der Intensivierung des Handels mit diesen Ländern, um sich durch monopolartige Einflussnahme auf die Rohstoffe der Länder eine Vormachtstellung gegenüber dem freien Westen zu schaffen und Importe über europäische Zwischenhändler künftig auszuschalten.

Dem Kreditsystem der SBZ entsprechend, werden den Entwicklungsländern überwiegend langfristige Warenkredite eingeräumt, die den **AHU** von der -> **Deutschen Notenbank** mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums zur Begleichung der Exportlieferungen der Industriebetriebe finanziert werden, da im Staatshaushalt Mittel für Kreditausreichung an diese Länder nicht enthalten sind. Neuerdings werden in der SBZ zur globaleren Unterstützung dieser Länder jedoch Industrialisierungskredite auf dieser Basis gefordert.

Der politische Akzent der Wirtschaftshilfe liegt in der kommunistischen Durchsetzung der Entwicklungsländer zur Unterstützung des «Prozesses einer Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt» und in diesem Zusammenhang in der Errichtung von Handelsvertretungen mit «konsularischem Cha-

rakter» in diesen Ländern zur Sicherung politischer Verbindungen und Anerkennung der SBZ.

Neben der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird eine sogenannte «Ausbildungshilfe» für fachliche Nachwuchskräfte gewährt, die in der SBZ zusätzlich gründlicher kommunistischer Schulung unterzogen werden.

**ERBRECHT:** Das E., für das bisher noch die Bestimmungen des BGB massgeblich sind, soll im Rahmen **des -> Zivilgesetzbuchs neu** geregelt werden. Grundlage des künftigen E. wird das vererbare persönliche **Eigentum** sein. Während der «Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus» soll ausserdem auch das Privateigentum in entsprechender Weise vererbbar sein. Mit Hilfe der Erbschaftssteuer (-> **Steuern**) soll dagegen die Vererbung privatkapitalistischen Eigentums eingeschränkt und dessen Neubildung verhindert werden. Sonderbestimmungen, die die Vererbung privaten Grundbesitzes beschränken, sind zu erwarten. Schon jetzt dürfen letztwillige Verfügungen, durch die einem im Westen lebenden Erben ein in der SBZ liegendes Grundstück zugewiesen wird, nicht ausgeführt werden. Von dieser Einschränkung abgesehen, können z. Z. noch West-Berliner und Westdeutsche Erben eines in der SBZ befindlichen Nachlasses einschliesslich des Grundvermögens werden. Der im Westen lebende Erbe kann jedoch über den Nachlass nicht frei verfügen. Er muss einen Bevollmächtigten mit der Verwaltung des Nachlasses beauftragen. Zur Ausführung von Sachen bedarf er einer besonderen Genehmigung des Rates des Kreises, die selten erteilt wird. Zum Nachlass gehörendes Geld ist auf ein -> **Sperrkonto** einzuzahlen, über das der westdeutsche Kontoinhaber nur mit Genehmigung **der Deutschen -> Notenbank** verfügen kann. Die Freigabe darf nur für bestimmte, in den Richtlinien zum Gesetz zur Regelung des Innerdeutschen **Zahlungsverkehrs** vom 5. 3. 1955 (GBl. II, S. 105) genannte Zwecke erfolgen. Ist der Erbe aus der SBZ geflüchtet, so wird der ihm zufallende Nachlass wie sein in der Zone zurückgelassenes Vermögen behandelt, d. h., Grundstücke unterliegen der Zwangsverwaltung, die bewegliche Habe wird veräussert.

(-> **Flüchtlingsvermögen**)

Ein Erbschein darf einem westdeutschen oder West-Berliner Erben zum Zwecke der Anmeldung nach dem Lastenausgleichsgesetz nicht erteilt werden, weil das Lastenausgleichsgesetz dazu dient, «die Machtposition des wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus und Gross-

Grundbesitzes zu stärken und ihnen Entschädigungen für Vermögenswerte zu verschaffen, die auf Grund des Potsdamer Abkommens zum Zwecke der Entmachtung des Imperialismus unter die Enteignung gefallen sind\*.

Erscheinanträge von Erben enteigneter Grossgrundbesitzer sind ebenfalls abzulehnen. Die von den Erblässern errichteten Testamente sind gemäss einer vertraulichen Rundverfügung des Ministeriums der Justiz vom 3. 7. 1954 zu vernichten. [430]

**ERFASSUNGSPREIS:** -> **Agrarpreissystem.**

**ERFINDER, VERDIENER:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 5'000 DM für Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz für «übertragende Erfolge bei der Durchsetzung des wissenschaftlich - technischen Fortschritts und bei der Weiterentwicklung des derzeitigen Standes der Technik und Technologie und damit bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität». (-> **Auszeichnungen**)

**ERFINDUNGS- UND VORSCHLAGSWESEN:** Das EuV. ist in der SBZ ein sehr wichtiges Teilgebiet der

**Produktionspropaganda.** Durch Gewährung von steuerbegünstigten Vergütungen und Prämien werden die Angehörigen -> **Volkseigener Betriebe** dazu angeregt, Vorschläge für betriebliche Verbesserungen und für Erfindungen bei den Betriebsleitungen einzureichen. Die aktiven Teilnehmer am EuV. werden -> **Rationalisatoren** oder auch

- in letzter Zeit zunehmend - **Neuerer** genannt (-> **Neuererbewegung**). Bis Mitte 1960 wurde die Höhe der Vergütung oder Prämie für den Einreicher eines Verbesserungsvorschlags nach dem Wert eines voraussichtlichen Jahresnutzens, der sich bei Realisierung des Vorschlags ergibt, berechnet. Nach einer in Vorbereitung befindlichen «Neuererverordnung» ist künftig eine einmalige Vergütung nach einer Tabelle vorgesehen, die eine Verminderung der an die Neuerer zu zahlenden Vergütungen bringt. Die «Neuererverordnung» verweist im übrigen auf das «gewachsene sozialistische Bewusstsein der Arbeiter, Angestellten und Intelligenz und ihre neue sozialistische Einstellung zu ihrer Arbeit». Das bisher in der Propaganda der -> **SED** oft betonte «Prinzip der materiellen Interessiertheit» als Motor steigender Arbeitsleistungen wird (auch in der -> **Lohnpolitik**) abgelöst durch moralische Forderungen an die Arbeiter und Angestellten. (**Sozialistische ->■ Gemeinschaften, -> Brigaden der sozialistischen Arbeit**)

In allen mittleren und grösseren VEB, bei den -> **WB** und bei den

Räten der -> Bezirke, aber auch bei den zentralen Wirtschaftsverwaltungen sind «Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen» (BfE), künftig Büros für die Neuererbewegung genannt (BfN), errichtet worden, die eingereichte Vorschläge prüfen und über die Verwertung und die Höhe der Vergütung entscheiden. Bei Streitigkeiten entscheidet die zuständige Fachabteilung der **Staatlichen -> Plankommission.** Nach den amtlichen Berichten ist die Beteiligung am EuV. beträchtlich. Im Jahre 1958 sollen mehr als 280'000 Verbesserungsvorschläge abschliessend bearbeitet worden sein; davon seien 50'000 mit einem geschätzten Jahresnutzen von 115 Mill. Mark angewandt worden.

Von den am EuV. beteiligten Neuerern wird ständig Klage darüber geführt, dass die BfE zu schwach besetzt seien, so dass eingereichte Vorschläge meistens viele Monate unbearbeitet liegenbleiben. Amtlich wird zugegeben, dass anerkannte Verbesserungsvorschläge vielfach nicht ausgenutzt werden, weil die für ihre Einführung erforderlichen Geldmittel fehlen oder die Kapazitäten der Vorrichtungsbau- und Werkzeugbauabteilungen in den Betrieben nicht ausreichen.

- Verbesserungsvorschläge, die die BfE als patent- oder gebrauchsmusterreif bezeichnen, werden durch die BfE (künftig BfN) zugunsten des einreichenden Neuerers im Patentamt angemeldet. (-\*

**Patentgesetz, -> Ingenieurkonto, -> Meisterfonds)**

**ERFURT:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** aus dem Nordwestteil von -> Thüringen unter Austausch sachsen-anhaltischer Gebietsteile; 7306 qkm, 1 256 122 Einwohner (1959). 2. Stadtkreise: Erfurt, -> **Weimar**; 13 Landkreise: Apolda, Arnstadt, -> **Eisenach**, Erfurt, -> **Gotha**, Heiligenstadt, Langensalza, -> **Mühlhausen**, Nordhausen, Sömmerda, Sondershausen, -> **Weimar**, Worbis. Vors. des Rates des Bezirkes: Willy Gebhardt (SED). 1. Sekretär der Bezirksleitung: **Hermann -> Fischer.**

2. Stadtkreis im thüringischen Bezirk E., Bezirksstadt, Kreisstadt, im nördlichen Vorland des Thüringer Wäldes, an der Gera, mit 186 066 Einwohnern (1959) grösste Stadt Thüringens (1948-1952 Landeshauptstadt); mittelalterlicher Stadtkern mit der berühmten Bautengruppe des Doms (14./15. Jh.) und der durch Freitreppe mit diesem verbundenen Severikirche (13./14. Jh.), Predigerkirche, Barfüsserkirche (14./15. Jh.); Flughafen in E.-Bindersleben; weltbekannte Gärtnereien (Blumen-, Gemüse- und Samenzucht), bedeutende Industrie:

Büro- («Optima») und Schwermaschinenbau («Pels»), Funk- und Radiogeräte, Schuhe, Bekleidung, Lebensmittel; Reichsbahndirektion, Postcheckamt; Medizinische Akademie (seit 1954), Pädagogisches Institut, Stadt- und Hochschulbibliothek, Theater, Anger-Museum.

#### ERMÄCHTIGUNGSVERORDNUNG:

Am 26. 5. 1952 erlassene «VO über Massnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands\* (GBl. S. 405), ergänzt durch «VO über weitere Massnahmen zum Schutze der DDR\* vom 9. 6. 1952 (GBl. S. 451). Danach ist der -\* SSD zu sämtlichen Massnahmen ermächtigt, die mit dem Zweck getarnt werden können, ein Eindringen von «Spionen, Terroristen und -> **Diversanten**» in die SBZ zu verhindern. Mit der VO erhielt der SSD also das Recht, Massnahmen nicht nur an der Zonengrenze, sondern im gesamten Gebiet der SBZ zu ergreifen. Die praktische Folge der VO war zunächst die Schaffung eines 5 km tiefen -> Sperrgebietes entlang der Zonengrenze.

**ERMISCH, LUISE:** (VEB Bekleidungs- werk Mühlhausen), seit dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) Kandidat des -> **Politbüros** der **SED**, Initiatorin einer -> **Aktivistenbewegung** zur Erzielung hoher Qualitätsarbeit (Beschluss des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes in der «Tribüne» vom 10. 3. 1955). Neu ist bei dieser Methode, dass nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der Produktion Gegenstand eines **sozialistischen -> Wettbewerbs** ist. (-> **Ausschuss in der Produktion**)

#### ERNTESTATISTIK: Agrarstatistik.

**ERRUNGENSCHAFTEN:** Im Pj. Inbegriff all dessen, was in der SBZ seit 1945 gemäss dem Marxismus-Leninismus an Neuerungen eingeführt worden ist und was den Bolschewisten als Ausdruck einer «höheren» Gesellschaftsordnung gilt. In diesem Sinn wurden in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch insbesondere die -> **Bodenreform**, die **Enteignung** der Grossunternehmer und die Schulreform als «demokratische E.» bezeichnet. Seit 1952 gilt als E. alles, was dem **Aufbau des Sozialismus** dient, insbesondere die Überführung fast der gesamten Industrie in «Volks-eigentum», die «Teilnahme» der Belegschaften an Aufgaben der Produktionsorganisation («arbeite mit, plane mit, regiere mit», -> **Produktionsberatung**), die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft/ die sog. Demokratisierung der Verwaltung und die seit 1957 angestrebte Indienstellung der Schu-

len und -> **Hochschulen** für den beschleunigten Aufbau des Sozialismus und für die Entwicklung einer **sozialistischen -> Moral** («sozialistische E.»). Die gesellschaftlich-ökonomische Struktur der sog. -> **Arbeiter-und-Bauern-Macht** wird dabei als Grund-E. beurteilt, der gegenüber alle sonstigen E. als durch sie bedingt und garantiert nur sekundär seien. Nach **Hermann -> Matern** ist sogar die -> **SED** selbst die hauptsächlichste sozialistische E. (vgl. «Neuer Weg» 1/1958). - Die SED-Führung fordert grundsätzlich, dass auch im Fall der -> **Wiedervereinigung Deutschlands** die E. erhalten bleiben. Wenigstens die demokratischen E. sollen im Prinzip auch von Westdeutschland übernommen werden. (-> **Konföderation**) [435]

**ERSCHWERNISZUSCHLÄGE:** Für Beschäftigte in schwerer, gefährlicher oder gesundheitsschädigender Arbeit werden Sonderzuschläge gewährt. Bisher wurden die E. durch einen prozentualen Zuschlag zum Lohn gewährt. In Zukunft sollen sie bei gleichzeitiger Beschränkung des empfangsberechtigten Personenkreises in Gestalt fester Beträge gezahlt werden. (-> **Arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**)

**ERWACHSENENBILDUNG:** Während die E. in Deutschland sich in der Zeit zwischen den Kriegen über die reine Wissensvermittlung der älteren Volksbildung erhoben hatte und heute als eine den ganzen Menschen und das ganze Volk erfassende Bildungsaufgabe verstanden wird, war der rasche Wiederaufbau des Volkshochschulwesens in der SBZ nach dem Zusammenbruch von so-wjetischen Konzeptionen bestimmt, d. h. einerseits von der alten Arbeiterbildungsparole «Wissen ist Macht», zum anderen, wenn auch für viele deutsche Mitarbeiter zunächst nicht erkennbar, von der alle Erziehungsbereiche durchdringenden ideologischen Ausrichtung auf die bolschewistische Doktrin (-> **Marxismus-Leninismus -> Stalinismus**). Von vornherein wurde das Erziehungsmonopol des Regimes auch für die E. geltend gemacht und das Volkshochschulwesen damit der Lenkung durch die den Staat mehr und mehr beherrschende komm. Partei (-> **SED**) unterstellt. Nach einer kurzen Periode, in der - wie auf anderen Erziehungsgebieten - der Idealismus deutscher Reformpädagogogen von der Besatzungsmacht zugelassen worden war, das Volkshochschulprogramm sich aber mehr oder weniger in beruflördernden Fortbildungskursen erschöpft hatte, begann 1948 die bewusste Lenkung der E. im Sinne ideologischer Planaufgaben; dementsprechend wurde die E. auch selbst Objekt der Planpolitik («Die Hörerzahl der ->

**Volkshochschulen** ist von 305'000 auf eine Million zu erhöhen). Im Sinne der Bedeutung, die das Regime der E. für die Erfüllung der Wirtschaftspläne und für die «Qualifizierung» der «mittleren Kader» in Staat, Partei und Wirtschaft beimaß, wurde aber nicht nur der Apparat des Volkshochschulwesens zentralisiert, seine ideologische Ausrichtung institutionell und personalpolitisch gesichert, sondern es wurden auch erhebliche Mittel für den Ausbau des Volkshochschulnetzes, die Vermehrung der vollamtlichen Leiter und Dozenten, ihre Schulung und angemessene Honorierung aufgewendet. Die E. näherte sich allerdings in Stoff und Methode mehr und mehr der -\* **Kulturellen Massenarbeit** und war von **1954-1957** auch der gleichnamigen Hauptabteilung des -> **Ministeriums für Kultur** unterstellt. Andererseits schrumpfte der Wirkungsbereich der E. von Jahr zu Jahr ein. Das gesamte Einzelvortragswesen war bereits **1955** an die -\* **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse** abgegeben worden und wird von ihr u. a. in -> **Betriebsakademien**, -\* **Dorfakademien** und -> **Jugenduniversitäten** abgewickelt, andere Aufgabengebiete fielen an die **Technischen->Betriebsschulen**, die **Volkskunstkabinette**, die technischen -> **Kabinette**, vor allem aber auch an das -\* **Fernstudium** der + **Fachschulen**. Neuerdings hat sich das Volkshochschulwesen der SBZ, das dementsprechend auch seit **1957** wieder dem Volksbildungsministerium untersteht, zu einer allgemeinbildenden Abend-Schule für Erwachsene nach sowjetischem Muster umgebildet, nach den Lehrplänen und meist in den Räumen der allgemeinbildenden Schulen sowie «mit dem Ziel, den vollen Abschluss der Grund-, Mittel- und Oberschule zu erreichen». **1956** gab es 225 Volkshochschulen mit 2015 Aussenstellen in Gemeinden, 1836 in Betrieben und mit 478 hauptberuflichen Dozenten. - Im II. Lehrabschnitt **1957/58** waren zu den «Gesamtlehrgängen» des Grundschul-Lehrplans 2391, des Mittelschul-Lehrplans 7731 und des Oberschul-Lehrplans 2575 Hörer eingeschrieben. 7894 bereiteten sich auf ein Fachschulstudium, 1409 auf eine Sonderreifeprüfung vor. 16,7 Mill. DM Ost wurden **1958** für die Volkshochschulen aufgewendet. - Zeitschrift: «Die Volkshochschule». (-> **Kulturpolitik**, -\* **Erziehungswesen**, -> **Schule**)

**ERZIEHUNGSWESEN:** siehe S. 109.  
**ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT:** Die sowjetzonalen E. bzw. «pädagogische Wissenschaft» oder -\* **Pädagogik** gehört nach der marxistischen nistischen Wissenschaftstheorie zu den -> **Gesellschaftswissenschaften**.

**ten.** Das wesentliche Merkmal dieser E. ist ihre Verpflichtung, die Grundzüge des-\* **Dialektischen** und -> **Historischen Materialismus** bei der Erforschung ihres Gegenstandes anzuwenden. Gebunden an die dialektisch - materialistische Weltanschauung, hat die E. das erzieherische Geschehen unter dem von dem **Dialektischen** und **Historischen Materialismus** geformten Aspekt zu befrachten. Gegenstand der marxistisch-leninistischen pädagogischen Wissenschaft sind nach sowjetzonalen Verlautbarungen die planmässigen und von den Erziehern geleiteten direkten und indirekten Einwirkungen auf die Kinder und die tatsächlichen Veränderungen, die diese Einwirkungen hervorgerufen.

Dem entsprechen bis heute die unzulänglichen Bestimmungen der grundlegenden Begriffe Erziehung, Bildung und Unterricht. Das Typische der Erziehung wird in der bewussten Einwirkung auf die Veränderung des ganzen Menschen, seiner Persönlichkeit, seines Charakters, seiner moralisch-weltanschaulichen Entwicklung u. dgl. gesehen. Bildung ist der Prozess und das Ergebnis der Aneignung von Kenntnissen, Überzeugungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten unter der Kontrolle des Lehrers, die für die Gewinnung einer wissenschaftlichen Weltanschauung unerlässlich sind. Der Unterricht ist bis vor kurzem als die dominierende Form der Erziehung und Bildung in der Schule bestimmt worden.

In den letzten Jahren ist jedoch die Einschränkung des Gegenstandes der Erziehung auf «den Heranwachsenden», den Erzieher und die «bewusste Einwirkung» gelockert worden. Es wird zugegeben, dass es auch eine informale Erziehung gibt, wenn auch die theoretischen Konsequenzen dieser Einsicht noch auf sich warten lassen.

Die E. hat - nach der offiziellen Doktrin - die Gesetzmässigkeiten der Erziehung und Bildung zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse in den Dienst der «Gesellschaft» und ihrer Entwicklung zu stellen (Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis).

Die E. geht - orientiert an der Sowjetpädagogik - davon aus, dass «Erziehung und Bildung» auf allen Stufen geschichtlicher Entwicklung gesellschaftliche Erscheinungen sind und als Bestandteile des «Überbaus» von der ökonomischen Struktur und somit auch vom Klassencharakter der jeweiligen «Gesellschaftsformation» bedingt sind. Erst die «sozialistische Gesellschaft», d. h. der kommunistisch-totalitäre Staat - so wird behauptet - ermöglichte eine Erziehung im wahren

Fortsetzung Seite 111

ERZIEHUNGSWESEN
-----------------

<p>Die marxistisch-leninistische Pädagogik unterscheidet drei Institutionen der «Erziehung» der heranwachsenden Jugend: Familie, Schule und Jugendorganisation. Die Schule – insbesondere die «allgemeinbildende» im Unterschied zur «berufsbildenden» – gilt jedoch als die „Hauptkraft“ der Erziehung. Die -*■ <b>FDJ</b>, die -► <b>Jungen Pioniere</b> und die Familie sind verpflichtet, ihr «Hilfe» zu leisten. Der Einfluss der Familie ist – soweit er sich nicht gleichschalten liess – trotz gegen- teiliger Beteuerungen ständig zurückgedrängt worden.</p>
--

<p>Die wesentlichsten Merkmale des Schulwesens sollen nach der offiziellen Doktrin in dem Klassencharakter der Schule und in ihrer Unter- stellung unter die staatliche Leitung gegeben sein. Geleitet und ver- waltet vom Staat, dient die sowjetzonale Schule – so heisst es – den Interessen der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der Intelligenz die Herrschaft ausübt und seit <b>1952</b> den «Sozialismus aufbaut». Zielsetzung, organisatorischer Aufbau und pädagogischer Inhalt des Erziehungswesens sind seit <b>1945</b> den poli- tischen und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst worden. Die kommun. Führung operierte <b>1945</b> mit der Parole «der allseitigen Demo- kratisierung des gesamten Schulwesens». Sie gab vor, eine «demo- kratische Schulreform» durchführen zu wollen, die die schulpolitischen Kampfziele der deutschen Arbeiterbewegung und der «fortschrittlichsten Pädagogen des Bürgertums» verwirkliche. Mit dieser Begründung wurde die relative Autonomie des E. radikal beseitigt und das Schulwesen in ein Instrument der kommun. Führung verwandelt, das sie bewusst als Mittel der «revolutionären Umgestaltung» der Gesellschaft handhabte und handhabt. Sie orientiert sich dabei am sowjetischen Schulwesen und an der Sowjetpädagogik.</p>
---

<p>Im Zusammenhang mit dem projektierten «Aufbau des Sozialismus» ist in den letzten Jahren, vor allem auf dem V. Parteitag der SED, der «Beginn einer neuen Etappe» proklamiert und konstatiert worden: der Übergang von der «antifaschistisch-demokratischen» zur «sozia- listischen Schule». Sie hat die Aufgabe erhalten, das Schulwesen und damit auch das E. so auszubauen, dass es «den vielfältigen Anfor- derungen in der sozialistischen Gesellschaft» gerecht wird.</p>
--

<p>Die «demokratische Schulreform» begann mit der Zerschlagung der überlieferten Schulorganisation und mit deren Neugestaltung durch das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» (Sommer <b>1946</b>). Es schuf die -&gt; Einheitsschule. Sie beseitigte den Parallelismus von Volksschule und höherer Schule und führte die radikale Trennung von Kirche und Schule durch, die später auch in der -► Verfassung der «DDR» verankert wurde. Die Schaffung der einheitlichen «deutschen demokratischen Schule» wird heute noch als Liquidierung des Bildungs- privilegs der alten besitzenden Klassen gefeiert.</p>
---

<p>Mit der traditionellen Schule wurden auch die Bedingungen der funk- tionalen Erziehung im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft zer- stört.</p>
--

<p>Der <b>1946</b> geschaffene Schulaufbau ist in der «neuen Etappe» durch das «Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR» (Dezember <b>1959</b>) verändert worden. An die Stelle der achtstufigen -► <b>Grundschule</b> tritt bis zum Jahre <b>1964</b> die «zehnklassige allgemeinbildende -&gt; <b>Schule</b>» als Pflichtschule (-► <b>Hochschule</b>). Sie erhält zusammen mit den sonstigen Formen des Schulwesens, der erweiterten Oberschule, den Berufs- und Fachschulen, den Hoch-</p>
--

schulen, aber auch mit den Sonderschulen die Aufgabe, die Schule aufs engste mit dem gesellschaftlichen Leben, vor allem mit der ‚gesellschaftlichen‘ Produktion zu verbinden und damit die immer noch bestehende Kluft zwischen der ‚geistigen und körperlichen Arbeit‘ und zwischen der Theorie und Praxis zu überwinden. Wenn auch die Erreichung einer hohen Arbeitsproduktivität als eines der Motive der Reform erscheint, operiert die SED-Führung gleichzeitig auch mit weniger pragmatischen Begründungen. Sie beruft sich auf den ‚humanistischen Grundsatz‘ des Rechts auf eine höhere Bildung für alle und setzt das Ziel, dem einzelnen durch ein höheres Bildungsniveau die bessere Teilnahme an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Diese Erziehung zu einer manipulierten Identifizierung mit der bestehenden Machtordnung und zur Verinnerlichung der geforderten Arbeitstugenden durchdringt die gesamte pädagogische Ziellehre: die allgemeine Zielsetzung, die Ziele für die einzelnen Arten der Erziehung und Bildung, also für die intellektuelle, polytechnische, sittliche, ästhetische und körperliche Erziehung und Bildung. Insgesamt soll die Schule ‚Persönlichkeiten‘ heranzubilden, die befähigt sind, auf ‚sozialistische Art‘ zu arbeiten, zu lernen und zu leben, und somit auch bereit sind, ihre individuellen Interessen den ausschliesslich von der politischen Führung kontrollierten gesellschaftlichen Interessen – in bewusster Orientierung am -> Marxismus-Leninismus – zu unterwerfen. Oder: die Schule hat im Rahmen der anderen Institutionen des E. die Aufgabe, ‚Kinder und Jugendliche ‚auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft‘ ‚vorzubereiten‘.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein E., das dem Modell der kommun. Ordnung angepasst ist. 1. Das E. ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger ‚Parteilichkeit‘. 2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommun. Ordnung angepasst. Lernen ist Training in der Sollerfüllung. 3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommun. Herrschaftsordnung entsprechen. 4. Der Lehrstoff der Schulen und Hochschulen entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft. 5. Das E. richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe. 6. Das kommun. E. arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z. B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt. 7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der -> Lehrgewerkschaft und der FDJ unterstützt. 8. Das E. ist, kontrolliert von der SED, die zentrale Dirigierungsstelle, die zunehmend über die spätere Position und damit über den zukünftigen Rang und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum entscheidet.

Der Unterschied zwischen der ‚sozialistischen‘ Schule und der Schule der Stalinära besteht nicht nur in der Einführung der polytechnischen Erziehung und Bildung und der Verbindung der Schule mit industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, sondern auch in der Distan-

zierung von der alten Lernschule. Die sowjetzonale Pädagogik ist heute im Einklang mit der sowjetischen bemüht, effektivere – «aktive» - Methoden der Mobilisierung der Schüler im Rahmen ihrer strengen Bindung einzuführen. Das neue Schulgesetz verpflichtet die Lehrer auf die Berücksichtigung der «Aktivität und Selbständigkeit» der Schüler. Der Intensivierung der Erziehung dient auch die vorangetriebene Entwicklung von -> **Ganztagschulen** durch Ausbau der Schulhorte.

Die Schule ist nur das Zentrum eines Systems paralleler pädagogischer Einwirkungen auf Kinder und Jugendliche. Zu ihm gehören neben den Jugendorganisationen der ausserschulische Unterricht, die Verbindung von Schule und Betrieb, die Ferienlager und -aktionen und die staatlich dirigierte Jugendliteratur. Auch die **Gesellschaft für -> Sport und Technik** gehört teilweise in diesen Zusammenhang.

Die behördlich gelenkten ausserschulischen Arbeitsgemeinschaften haben die Aufgabe, Fähigkeiten, Talente und Interessen, die für die «sozialistische Gesellschaft» wichtig sind, zu fördern. Zur Unterstützung dieser Arbeitsgemeinschaften sind Stationen für junge Techniker, Naturforscher und Touristen geschaffen worden. Im Zuge der Polytchnisierung wird eine Beschäftigung der Arbeitsgemeinschaften mit Maschinenbau, Landmaschinen-, Kraftfahrzeug-, Elektro-, Radio- und Fernmeldetechnik, Flugzeug- und Schiffsmodellbau, Tierhaltung und dergleichen angestrebt. Den Pioniergruppen sollen dagegen Basteln, Fotografieren, Touristik und Heimatkunde vorbehalten bleiben.

Die neuen Anforderungen, die die beruflichen Rollen, aber auch die politischen in einem komm. totalitären Staat stellen, haben die SBZ zur Entwicklung einer besonders strukturierten -> **Erwachsenenbildung** genötigt.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der «gesellschaftlichen Umwälzung»; sie nötigt die komm. Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des E. zu liquidieren bzw. zu manipulieren. (-> **Berufsschulen**, -> **Fachschulen**, -> **Erziehungswissenschaft**)

[17, 505, 519, 602, 607, 610-616]

Sinne des Wortes, d. h. eine allseitige Vorbereitung aller Kinder des Volkes auf die gesellschaftlich-produktive Tätigkeit bzw. die Entwicklung allseitig entwickelter «Persönlichkeiten». In der «Klassengesellschaft» benutze die herrschende Klasse den Staat, um ihr Erziehungsziel den «unterdrückten Massen» aufzuzwingen. Demgemäß werden dann auch die Sowjetpädagogik als die fortschrittlichste, die «imperialistische» bzw. «bürgerliche» Pädagogik als eine verfallende Wissenschaft bezeichnet. Jedoch betont die sowjetzonale Pädagogik den bürgerlich – fortschrittlichen Charakter der «Klassiker der Pädagogik» (Comenius, Rousseau, Pestalozzi, Herder, Goethe, Schleiermacher, Fichte, Herbart, Diesterweg und Fröbel). Verpflichtet auf das Prinzip der Parteilichkeit, liefert die sowjet-

zonale E. alles andere als objektive Analysen des erzieherischen Geschehens. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, in strengster Orientierung an der Praxis unmittelbar das pädagogische Handeln anzuleiten. Der verordnete Schwerpunkt der auf Planung tendierenden Forschung ist gegenwärtig die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit (**Deutsches -> Pädagogisches Zentralinstitut**).

Bei der Gliederung des Gegenstandes ihrer Forschung verfährt die E. reichlich unproblematisch. Man unterscheidet: Grundlagen der Pädagogik, allgemeine Theorie der Erziehung und des Unterrichts (Didaktik, Methodik). Dazu kommt die Geschichte der Pädagogik. Seit einigen Jahren laufen Bemühungen um die Entwicklung einer pädagogischen Psychologie. [17, 610, 611]



## EWALD, MANFRED

**EWALD, MANFRED:** \* 1922 in Stettin, Schüler einer Nationalpolitischen Bildungsanstalt (NAPOLA). Während des Krieges HJ-Führer in Stettin. Soldat. Sowjetische Kriegsgefangenschaft. Stalinschüler. 1953 Vors. des Bereichs 1 im Staatssekretariat für Körperkultur und Sport. Übt Selbstkritik wegen seiner schlechten Arbeit als Leiter der Kommission für Körperkultur und Sport. 1954 Staatssekretär für Körperkultur und Sport. 1956 Vors. der Staatlichen Kommission für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der «DDR». 1957 Student an der SED -> **Parteihochschule** «Karl Marx». Danach Leiter der Kommission zur Verbesserung der Sportarbeit. 9. 3. 1960 Mitgl. des Präsidiums des -> DTSB. E., der den Sport nur theoretisch kennt, ist fanatisch an der politischen Ausrichtung des Sports in der SBZ beteiligt gewesen. «Unsere Aufgabe besteht darin, alle Kräfte, die es gut und ehrlich mit dem deutschen Sport meinen, in den Reihen unserer neuen demokratischen Sportbewegung zu vereinigen, um in unserem Land eine sozialistische Körperkultur aufzubauen» (Sport-Echo, 29. 3. 57).

112

**EXPORTAUSSCHUSSE:** Durch die E. soll auf Bezirksebene eine Steigerung des Exports erreicht werden durch Erschließung ungenutzter Exportmöglichkeiten der «volkseigenen» und der privaten Wirtschaft. Anfang 1957 bestanden nach Sowjetzonalen Angaben rd. 140 E. So bestehen z. B. E. im Produktionsbereich Schwerindustrie, Schwermaschinenbau, Allgemeiner Maschinenbau (mit Feinmechanik, Optik, Rundfunk, Fernmeldetechnik, Leichtmaschinenbau, Eisen-, Blech-, Metallwaren, Fahrzeugelektrik und Installationsmaterial, Auto- und Traktorenbau, Landmaschinenbau, Lok- und Waggonbau), Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, Private Industrie mit zahlreichen Branchen-E.

**EXPORTKONTROLLE, AMT FÜR:** Das AfE. «hat im Auftrag der Regierung die ordnungsgemäße Durchführung der Exportaufträge zu kontrollieren. Alle an der Erfüllung direkt oder indirekt beteiligten Betriebe und Dienststellen haben den Mitarbeitern dieses Amtes alle Auskünfte zu erteilen.» Das AfE. wurde mit Wirkung vom 1.1. 1954 auf Grund des § 20 der Exportordnung vom 17. 12. 1953 gegründet.

## F

**FACHARZT:** Die Ausbildung der F. ist seit 1951 wie in der SU in ein festes System gebracht, die Zahl der Fachrichtungen von 12 auf 29 erhöht worden. Die (jetzt staatliche) Anerkennung als F. setzt die Ablegung einer besonderen Prüfung voraus.

Bis 1958 war Ziel der gesamten ärztlichen Ausbildung der F» nicht mehr der allseitig ausgebildete Arzt westlicher Prägung. Die Spezialisierung begann bereits im letzten Studienjahr. 1958 fiel im -> ZK nach langen Jichtungskämpfen die Entscheidung zugunsten der Beibehaltung des **Praktischen -> Arztes. (-> Ärzte)**

**FACHHOCHSCHULEN:-> Hochschulen.**

**FACHSCHULEN:** F. sind nach der offiziellen Definition solche Schulen, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, ausserhalb der Berufsschulpflicht liegen, der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen und zur Hochschulreife der betreffenden Fachrichtungen führen. Ihre Aufgabe ist es, mittlere «Kader» für alle Zweige der Volkswirtschaft und des kulturellen Lebens auszubilden. Die Zulassung zur F. ist abhängig von einer Aufnahmeprüfung. Ingenieurschulen fordern zudem eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Ausbildungsdauer beträgt je nach Fachrichtung und Ausbildungsziel ein bis vier Jahre. Die Ausbildung erfolgt zunächst in den Grundlagenfächern, dann in den Spezialfächern. In das Studium ist eine bestimmte Zeit praktischer Tätigkeit eingebaut. Der Unterricht wird im Direkt-, Fern- und Abendstudium durchgeführt. Es gibt neben zahlreichen Ingenieurschulen für alle Zweige der Industrie Fachschulen für folgende Bereiche: Landwirtschaft, Verkehrswesen, Handel und Versorgung, Finanzen, Gesundheitswesen, Kunst, Erziehung usw. Zahl der Studierenden (1958): Direktstudium: 62 498, Fernstudium: 20 575 und Abendstudium: 27 000. 5723 hauptamtliche Lehrkräfte.

**FALLSCHIRMSPORT: Gesellschaft für -> Sport und Technik.**

**FAMILIENPOLITIK;** Die F.in der SBZ orientiert sich seit 1949/50 ganz am sowjetischen Modell. Der Wert der Familie soll durch ihren Wert für die «Arbeiter-und-Bauern-Macht» bestimmt werden. Von diesem Standpunkt aus weist die staatliche F. der amilie eine dreifache Funktion zu:

1. Die Familie hat Sorge zu tragen für die Sicherung eines ausreichenden Kadernachwuchses für alle Gebiete des staatlichen Lebens. Kinderreiche erhalten finanzielle Zuwendungen durch den Staat. **Schwangerschaftsunterbrechungen sind nur aus gesundheitl. Gründen statthaft.**

- 2. Die Familie soll ihre Interessen mit den Interessen der staatlichen Planwirtschaft identifizieren. In diesem Zusammenhang erstrebt die F. vor allem die Einbeziehung der Ehefrau und Mutter in den Produktionsprozess (-> **Gleichberechtigung der Frau, -> Hausfrauenbrigaden**). Der Bau von Heimen und Horten für Kinder berufstätiger Mütter wird forciert vorangetrieben. Eine berufliche und politische Tätigkeit kann die Ehefrau gegebenenfalls auch ohne das Einverständnis des Mannes ausüben. Auch eine damit verbundene längere Abwesenheit vom gemeinsamen Wohnsitz ist kein Scheidungsgrund. Grundsätzlich soll alle Arbeit zur Erfüllung der Wirtschaftspläne als Arbeit für das Wohlergehen der Familie verstanden werden. - 3. Die Familie soll in engster Zusammenarbeit vor allem mit Schule und FDJ Erziehungsstätte des «sozialistischen Menschen» sein. Der 1954 veröffentlichte Entwurf eines Familiengesetzbuches betont den Anspruch des Staates auf massgeblichen Einfluss in der Kindererziehung und macht den Eltern u. a. zur Pflicht, ihre Kinder im Sinne der «Arbeiter-und-Bauern-Mächt» zu erziehen. Anderenfalls ist die zuständige staatliche Dienststelle berechtigt, «die erforderlichen Anordnungen zu treffen», d. h. die Kindererziehung völlig in staatliche Regie zu nehmen. - Durch diese dreifache Zielsetzung wird der Eigenwert der Familie völlig aufgehoben. Die Familie wird zum Werkzeug politischer Zielsetzung. Innerhalb dieser Absichten erstrebt die staatliche F. allerdings eine Festigung der Familie und keineswegs ihre Auflösung. (-> **Familienrecht**) [419]

**FAMILIENRECHT:** Gesetzliche Grundlage des F. ist formell noch das BGB; alle der Gleichberechtigung von Mann und Frau entgegenstehenden Bestimmungen sind jedoch durch die -> **Verfassung** aufgehoben worden (-> **Eherecht, -> Gleichberechtigung der Frau**). Der Entwurf des neuen Familiengesetzbuches ist bis auf die Bestimmungen

über Eheschliessung und Eheauflösung, die durch die VO vom 24.11.1955 in Kraft gesetzt wurden, noch nicht Gesetz geworden. Seine wesentlichen Rechtsgrundsätze werden aber von den Gerichten schon seit längerer Zeit als geltendes Recht angewendet (-> **Familienpolitik**). Nach dem Entwurf können die Ehegatten entweder einen gemeinsamen Familiennamen führen oder ihren bisherigen Namen beibehalten. Als gemeinsamer Familienname kann der Name des Mannes oder der Frau gewählt werden. Wollen die Eheleute ihren bisherigen Namen behalten, so müssen sie bei der Eheschliessung in das Familienbuch eintragen lassen, ob die Kinder den Namen des Mannes oder den der Frau tragen sollen.

Beiden Elternteilen steht im gleichen Masse das -> **Sorgerecht** zu. Nichteheliche Kinder haben im Verhältnis zu ihren Eltern und deren Verwandten grundsätzlich die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Sie beerben jedoch nicht die Verwandten des Vaters. Das elterliche Sorgerecht besitzt nur die Mutter. Gegen die Verwandten und Eltern hat das Kind nach dem Entwurf des Familiengesetzbuches den gleichen Unterhaltsanspruch wie ein eheliches **Kind**. (-> **Unterhaltspflicht**)

Das Recht, die Ehelichkeit eines Kindes anzufechten, hat neben dem Vater und dem Staatsanwalt auch die Mutter des Kindes. [419]

**FASCHISMUS:** Diese totalitäre, extrem nationale Volks- und Staatsauffassung und ihre Auswirkungen werden von der -\* SED scharf bekämpft; dabei vermeidet sie es sorgfältig, die eigenen totalitären Züge zur Sprache zu bringen. Das von der SED überprüfte Lexikon in zwei Bänden (Leipzig 1956) bezeichnet den F. u. a. als «Erscheinungsform des Imperialismus in der Epoche der allgem. Krise des Kapitalismus; die offene terrorist. Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinist., am meisten imperialist. Elemente des Finanzkapitals' (Dimitroff) mit dem Ziel der Erhaltung der Kapitalist. Produktionsverhältnisse . . . verfolgt die Politik der Vorbereitung und Durchführung von Eroberungskriegen zur Unterjochung unabhängiger Völker». Stichworte dieser Art werden beharrlich wiederholt.

Ihren Kampf gegen den F. missbraucht die SED jedoch dazu, um die demokratisch-parlamentarischen Ordnungen der freien Völker zu unterhöheln. Deshalb arbeitet sie stets mit der Verdächtigung, die westliche Demokratie sei nur verhüllter F. So behauptete schon am 16. 12. 1949 das -> Politbüro der SED, dass «die anglo-amerikani-

schen Okkupanten Westdeutschland in ein Schutzgebiet des Faschismus und Militarismus und in ein Zuchttauerhaus für alle demokratischen und patriotischen Deutschen verwandeln . . .\*, um Westdeutschland «zum Aufmarschgebiet gegen die SU» zu machen. Diese und ähnliche Behauptungen werden planmässig wiederholt.

Entsprechend den taktischen Wendungen der SU und der SED wird der Begriff F. zur Herabsetzung nichtkommun. Kräfte missbraucht. - Wohl sämtliche demokratischen Parteien und alle frei gewählten parlamentarisch - demokratischen Regierungen, die nicht nur dem diktatorischen F., sondern auch dem totalitären freiheitsfeindlichen Kommunismus widerstehen, werden von der SED als Werkzeuge oder Wegbereiter des F. hingestellt. So behauptete am 30. 1. 1958 der -> **Ausschuss für Deutsche Einheit**, «dass die Adenauer-Regierung und ihr Anhängsel, der West-Berliner Senat, die faschistische und militaristische Politik unverändert fortführen». Zu dieser Propagandataktik greift die SED, weil sie von ihrem eigenen totalitär-antiparlamentarischen Grundzug ablenken möchte, weil sie alle antibolschewistischen Kräfte in den parlamentarisch-demokratischen Staaten verwirren und diffamieren will.

Von den gelegentlichen Bündnissen und dem «guten Einvernehmen, das die SU (so z. B. 1939) mit Staaten des F. herstellte, schweigt die SED, ebenso von der in der SBZ üblichen Insoannung ehemaliger Anhänger **des F. (ehemalige -> Nationalsozialisten)**

**FDGB:** Abk. für Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, eine pseudogewerkschaftliche Einheits - Organisation, die sich in voller Abhängigkeit von der-> SED als Staatsoarteil und damit auch vom Staate als dem weitaus wichtigsten Arbeitgeber befindet und so ausserstande ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Schon in der Satzung vom 3. 9. 1950 kam diese Abhängigkeit klar zum Ausdruck. In der auf dem 4. Bundeskongress am 18. 6. 1955 beschlossenen neuen Satzung heisst es in der Präambel: «Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der Deutschen Demokratischen Republik herrschenden Arbeiterklasse, die in festem Bündnis mit den werktätigen Bauern steht», und «der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund bekennt sich zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei der deutschen Arbeiterklasse». Als eine der wichtigsten Aufgaben des FDGB wird die Organisation von **sozialistischen -> Wettbewerben** genannt: «Die Gewerkschaften organisieren im Interesse der Verbesserung der Lebenslage

der Werktätigen den sozialistischen Wettbewerb der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz in den volkseigenen Betrieben für die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die strengste Anwendung des Sparsamkeitsregimes, die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und, die Senkung der Selbstkosten.» **Beim -> Juni-Aufstand 1953** stellte sich die FDGB-Führung gegen die freiheitlichen Arbeiter (-> **Streik**). Höchstes Organ des FDGB ist der Kongress, der mindestens einmal in 4 Jahren einberufen werden soll und der den Bundesvorstand wählt. Der Bundesvorstand wählt den Vorsitzenden (zur Zeit -> **Warneke**) und die Sekretäre, die zusammen das Präsidium bilden und den FDGB leiten. In den Bezirken bestehen Bezirksvorstände, in den Kreisen und grösseren Gemeinden Kreis- und Ortsausschüsse. Der FDGB umfasst nach einer Umgliederung im Frühjahr **1958** folgende Gewerkschaften: die Industriegewerkschaften (IG) Bau und Holz, Chemie, Eisenbahn, Energie-Post- und Fernmeldewesen - Transport, Druck und Papier, Metall, extil - Bekleidung - Leder, Wismut, sowie die Gewerkschaften Staatliche Verwaltung - Gesundheitswesen - Finanzen, Handel - Nahrung - Genuss, Land- und Forstwirtschaft, Unterricht und Erziehung, Wissenschaft. Die IG örtliche Wirtschaft ist aufgelöst. Jede Gewerkschaft hat eine Zentraldelegiertenkonferenz, einen Zentralvorstand und ein Sekretariat, bestehend aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und den Sekretären. Territorial sind die Organe der Gewerkschaften in Bezirks-, Gebiets- bzw. Kreis- und Ortsvorstände gegliedert. Als «Fundamente» der Gewerkschaften werden in der Satzung die gewerkschaftlichen Organisationen bezeichnet. Diese sind a) die Betriebsorganisationen (-> **BGL**), b) die Ortsgewerkschaftsorganisationen und c) die Dorfgewerkschaftsorganisationen. Es gilt der Grundsatz: ein Betrieb - eine Gewerkschaft. Die kleinste Einheit einer Gewerkschaft ist die -> **Gewerkschaftsgruppe**. Die Wahlen zu den Organen des FDGB stehen völlig unter dem Einfluss der SED, da kein Kandidat gegen deren Willen aufgestellt werden kann. Am 1. 1. **1956** wurde der FDGB Träger der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Am 15. 2. **1958** übernahm der FDGB ferner die staatliche Kontrolle über den betrieblichen -> **Arbeitsschutz**. Der FDGB ist Mitglied des -> **WGB**. Tageszeitung ist die «Tribüne», Zeitschriften sind «Die Arbeit» und «Die

Sozialversicherung». (-> **Arbeitspolitik**) [417, 418]  
**FDJ: Abk. für Freie Deutsche Jugend**. Hervorgegangen aus den am 20. 6. **1945** durch SMAD-Befehl genehmigten antifaschistischen Jugendausschüssen. Gründungsver-sammlungen am 7.3. **1946**. Die FDJ war anfangs überparteilich, doch waren die Schlüsselstellungen von Anfang an mit KP/SED-Mitgliedern besetzt. Schon seit Beginn des 1. FDJ-Schuljahres **1951** wird die FDJ auf den Marxismus-Leninismus gemäss der geltenden Parteilinie der SED ausgerichtet. Bei der Abkehr der SED von den schärfsten Überspitzungen des -> **Stalinismus** gab es bei besonders starr auf Stalin gedrückten Funktionären der FDJ Schwierigkeiten. Die gesamte Tätigkeit und Schulung der FDJ wird seit langem ausschliesslich von der -> **SED** angeleitet und gelenkt. Die Mitgliederzahl betrug **1953** mit -> **Jungen Pionieren** über 3 Mill., Mitte **1959** hatte sie amtlich 1,74 Mill., dazu kamen 1,5 Mill. Junge Pioniere. Vorsitzender: **Horst -> Schumann** (SED), oberstes Führungsorgan ist der Zentralrat der FDJ. Die FDJ erfasst die Jugendlichen über 14 Jahre und übernimmt sie von den Jungen Pionieren. Die Altersgrenze, nicht für Funktionäre, wohl aber für Mitglieder, ist im allgemeinen (seit dem Statut vom Mai **1959**) das vollendete 26. Lebensjahr. - Da die SED von Anfang an dafür sorgte, dass keine anderen Jugendverbände und auch keine konfessionellen Jugendorganisationen zugelassen wurden, ist die FDJ die einzige amtlich erlaubte Organisation von Jugendlichen in der SBZ. - In der Bundesrepublik Deutschland ist die FDJ seit 26. 6. **1951** als verfassungsfreundlich verboten. Dieses Verbot bestätigte am 16. 7. **1954** das Bundesverwaltungsgericht. Seit Beginn des Aufbaus der -> **Kasernierten Volkspolizei** ist die FDJ ihr wohl ergiebigstes Rekrutierungsfeld. Dies gilt noch stärker gegenüber der -> **Nationalen Volksarmee**. Auch die **Gesellschaft für -> Sport und Technik** rekrutiert sich, mit mehr oder weniger verhülltem Zwang, aus der FDJ. über die Betriebs-, Verwaltungs-, Schul- und Hochschulgruppen usw. der FDJ kontrolliert die SED die Jugend in diesen Bereichen. Für grössere Schulen sind, um die Leitung zu straffen, Zentrale Schulgruppenleitungen (ZSGL) eingesetzt. Noch das Statut vom Mai **1955** bezeichnete die FDJ als «eine einheitliche Massenorganisation, die auf freiwilliger Grundlage die breiten Schichten der Jugend aus Stadt und Land in ihren Reihen vereintigt». Aber seit der 16. Tagung des Zentralrates (25. 4. **1957**) gilt

die Losung: «Die FDJ ist die sozialistische Jugendorganisation der DDR.\*

Demgemäss heisst es im Statut vom 15. 5. 1959 (I, Abs. 1): «Die FDJ ist die sozialistische Massenorganisation der Jugend in der DDR. Sie vereint in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage die Arbeiter- und Landjugend, die junge Intelligenz, die Schüler und Studenten und die Jugend des Mittelstandes.\* Sie «lässt sich . . . von den richtungweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der SED leiten, weil ihre Politik, auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht.» Die FDJ, so heisst es (I, Abs. 7) klar, «lässt sich leiten vom wissenschaftlichen Sozialismus und erzieht die junge Generation auf dieser Grundlage. Der § 5, d sagt: «Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, . . . sich mit der wissenschaftlichen Lehre der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus, vertraut zu machen.\* Damit vertritt die FDJ grundsätzlich den -> **Atheismus**, der alle kirchlichen und religiösen Anschauungen bekämpft. Damit wird §1, Abs. 27 des Statuts ungläubwürdig, in dem die FDJ behauptet; «Sie betrachtet alle Jugendlichen, auch die, die religiös gebunden sind, als ihre Freunde und Kameraden . . .\*»

Um den -> **Patriotismus** der ganzen deutschen Jugend auf das Sowjetzonen-Regime festzulegen, behauptet das Statut: «Die deutsche Jugend hat in der DDR ihr wahres Vaterland.» Auch verlangt § 1, Abs. 11 Einsatz für die -> **Militärpolitik** der SBZ: «Die Mitglieder der FDJ betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, . . . sich vormilitärische Kenntnisse und Fähigkeiten anzuzeignen. Der Dienst in den bewaffneten Organen der DDR ist für jedes Mitglied der FDJ eine Ehrenpflicht.»

Um die FDJ für den -> **Siebenjahrplan** möglichst scharf anzuspannen, beschloss das VI. Parlament (Mai 1959) ein genau durchgegliedertes «Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus\*.» Darin wird u. a. Mitarbeit gefordert an der Bewegung des -> **Kompass**, den -> **Kontrollposten**, den -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit, den sozialistischen -> Gemeinschaften**.

Die FDJ besitzt eine eigene Tageszeitung, die «Junge Welt», ferner die Halbmonatsschrift «Junge Generation». Seit Beginn der offenen Remilitarisierung dienen beide Organe in starkem Masse der vormilitärischen Erziehung, ebenso der FDJ-Dienst selbst. Die FDJ wurde in der Bundesrepublik am 26. 6.1951 verboten. [603, 604, 606]

**FDJ-KONTROLLPOSTEN:** Eine von der SED angetriebene und immer wieder angefachte Überwachungsorganisation, nach Vorbild des -> **Komsomol**, in Betrieben und Verwaltungen aller Art. Trat anfänglich auch unter dem Namen Jugendkontrollbrigaden oder Kontrollposten der Jugend auf. In grösseren Betrieben, -> **LPG** und -> **MTS** wirken oft mehrere F. unter «Zentralen F.»

Das IV. Parlament der -> **FDJ** (Mai 1952) legte in der Hauptentscheidung fest: «Es sollten zur Unterstützung der Staatsorgane vor allem in den -> **VEB** Jugendkontrollbrigaden geschaffen werden, die die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen überwachen.» - Der Zentralrat der FDJ forderte im August 1952, zur Verstärkung des **sozialistischen -> Wettbewerbs** sollten die F. den Produktionsvorgang, die Arbeitsorganisation sowie den Energie- und Materialverbrauch ständig beobachten und notfalls alarmierend bemängeln. Die FDJ-Bürokratie beruft sich dabei auf das «Gesetz zur . . . Förderung der Jugend\* (vom 8. 2. 1950). In § 3 der 5. Durchf.-Anordn. dieses Gesetzes (vom 8. 2. 1954) heisst es: «Die auf Initiative der FDJ gebildeten Kontrollposten der Jugend . . . sind durch die Leitungen der Betriebe der volkseigenen Wirtschaft in ihrer Arbeit zu unterstützen.\*»

Am 20. 2. 1954 klagte -> **Ulbricht** (auf dem 1. Kongress der Arbeiterjugend): «Die Arbeit der Kontrollposten ist . . . vom Verband der FDJ in keiner Weise der Wichtigkeit entsprechend gefördert worden.» Sie arbeiten, so sagte er, «wie die Einsatzbrigaden des Komsomol». Die «Volkswacht» (Gera) forderte am 18. 2. 1955 bessere Arbeit der F. und teilte mit: Beispiel für F. «gab uns der Komsomol in der SU. Unter dem Namen ‚Leichte Kavallerie‘ wurde in den dreissiger Jahren solch eine Bewegung geschaffen.» - Die F. müssen immer wieder neu aufgezogen werden. So erklärt «Junge Weir am 5. 7. 1958: F. «stehen nur auf dem Papier»; am 18. 3. 1959 wird dort «grössere Autorität für die F.» verlangt. Das im Mai 1959 beschlossene «Programm der Jungen Generation . . .» fordert Verstärkung der F.

**FDJ-ORDNUNGSGRUPPEN:** Wie das «Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus» der -> **FDJ** (Mai 1959) vorsah, sind freiwillige O. der FDJ teilweise schon aufgestellt, teils im Aufbau. Die O. sollen, so sagt, jenes Programm, «mithelfen, die Überreste der kapitalistischen Lebensweise unter der Jugend - Rowdytum, Trunksucht . . . Schundschriften usw. - zu beseitigen.» Wie Harald Winter (ZR der FDJ) in der «Neuen Justiz\* (1960,

Nr. 7) betont, sind die O. «Organe der Leitungen der FDJ» und werden nur «von den zuständigen Leitungen der FDJ ausgewählt und eingesetzt». Sie sollen «alle Jugendlichen» überwachen, angeblich aber «durch kameradschaftliche Gespräche» wirken, ohne Gewalt anzuwenden. Zwar haben sie mit-> **Volks-polizei**, Jugendhilfe, Gericht und -> **Staatsanwaltschaft** und auch -> **Massenorganisationen** zusammenzuarbeiten, sollen aber nicht blosse Hilfskräfte der Polizei werden. (In Wirklichkeit dürften die O., als «eine Form der sozialistischen Erziehung der Jugend» bezeichnet, nur eine Hilfspolizei und Spitzelorganisation der -\* SED sein.)

**FDJ-SCHULUNG:** Neben der FDJ-Hochschule «Wilhelm Pieck» in Bogensee (nördlich Bernau), den Bezirksjugendschulen und Sonderschulen der -> FDJ, die sämtlich Internate für die Funktionsausbildung sind, betreibt die FDJ eine umfassende allgemeine Schulungsarbeit. In den Jahren, in denen die FDJ erst allmählich zur gefügigen Partei Jugend der -> SED entwickelt wurde, gab sie noch nicht zu, dass ihre Schulungs- und Bildungsarbeit zentral gelenkt wurde. Erst seit Anfang 1951 wurde von Jahr zu Jahr ein einheitliches «Schuljahr der FDJ» durchgeführt. In den Schulungs-Zirkeln wurden Jugendfragen, besonders der sowjetische -> **Kom-somol**, behandelt und die Grundlagen des Marxismus-Leninismus gelehrt. Für erfolgreichen Besuch der Zirkel wird seitdem ein Abzeichen für gutes Wissen in 3 Stufen vergeben.

Dieser Lehrbetrieb stiess je länger je mehr auf den Widerwillen und die Gleichgültigkeit der Jugend. Deshalb sah sich der Zentralrat der FDJ im November 1955 genötigt, die Schulung aufzulockern und sie möglichst mit unpolitischen, interessanten Bildungsvorträgen und Diskussionsveranstaltungen zu durchsetzen. Zugleich wurde das «Schuljahr der FDJ» in «Studienjahr der FDJ» umbenannt. Ohne die marxistisch-leninistische Grundlage zu verlassen, werden fremde Länder, Fragen der Kunst, der Naturwissenschaft und der Technik in zwangloser Form dargestellt. Auch sollen Ehe- und Erziehungsprobleme diskutiert werden, dazu Sport- und Modefragen. Daneben wird die eigentliche Polit-schulung in ihrem Kern weiter betrieben. - Diese Methode, wenn auch weniger locker, wurde Mitte 1957 im Beschluss des Sekretariats des Zentralrates der FDJ für die Studienarbeit 1958 gefordert. Alle Schulung soll vom -> **Marxismus-Leninismus** getragen werden. Sie erfolgt 1. in den Zirkeln «Das Grundwissen des FDJlers»; 2. in

den «Zirkeln junger Sozialisten»; 3. in «Vorträgen und Aussprachen» über aktuelle, über populärwissenschaftliche und kulturelle Fragen; 4. in den Abzeichenprüfungen «Für gutes Wissen».

**FECHNER, MAX:** \* 27. 7.1892 in Rixdorf bei Berlin. Volksschule, Werkzeugmacher. 1911 SPD, 1917-> **USPD**, nach 1920 Funktionär der USPD, später der SPD. Nach 1933 wiederholt KZ. 1945 Vors. des Zentralausschusses der -> SPD, Befürworter der Vereinigung SPD/KPD. 1946 2. Vors. der SED. 1950 Mitgl. des -> ZK der -+ SED. Von Oktober 1948 Präsident der deutschen Zentralverwaltung der Justiz, anschliessend Minister der Justiz. Am 15. 7. 1953 abgesetzt, verhaftet und qls «Feind des Staates und der Partei» am 26. 7. 1953 aus der SED ausgeschlossen. F. wurde am 26. 4. 1956 amnestiert und aus der Haft entlassen, durch Beschluss des ZK der SED im Juni 1958 wieder in die SED aufgenommen.

**FEIERTÄGE:** Als gesetzliche F., geschützt durch Art. 16 der -\* **Verfassung**, gelten (nach der Aufzählung in der VO über die Wahrung der Rechte der Werktätigen usw. v. 20. 5. 1952) der 1. Mai («Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen»), der «Tag der Befreiung» (8. Mai), der «Tag der Republik» (7. Okt.), Neujahr, Karfreitag, 1. und 2. Osterfeiertag, Himmelfahrt, 1. und 2. Pfingstfeiertag, Busstag, 1. und 2. Weihnachtsfeier; tag, ausserdem «nach Landesgesetz» entweder der Reformationstag oder Fronleichnam. (-> **Staatsfeiertage**)

**FELSENSTEIN, WALTER:** \*30.5.01 in Wien, technische Hochschule Graz, Schauspielstudium in Wien. 1923 bis 1932 Schauspieler in Lübeck, Mannheim, Beuthen/Gleitwitz, Basel, Freiburg i. Br., 1932-1943 Oberregisseur am Opernhaus Köln, dann Frankfurt am Main und Zürich und am Berliner Schiller- und Hebbeltheater. Nach dem Krieg zunächst in Wien, dann in Ost-Berlin. Intendant der Komischen Oper. 1954 Mitgl. des Künstlerisch-Wissenschaftlichen Beirats im Ministerium für Kultur der SBZ, seit 1956 Vizepräsident der **Deutschen Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Seit 1959 Präsident des «Zentrum DDR», einer von Theaterleitern und Kulturinstituten der SBZ gegründeten Organisation, die unter Regie der SED internationale Geltung erstrebte.

**FERIENAKTION:** Die -> SED, die Staatsbehörden, die -> FDJ samt ihrer «Pionierorganisation Ernst Thälmann» (-> Junge Pioniere) und der -> FDGB veranstalten alljährlich grosse Ferienlager für Schüler und andere Jugendliche. (Die Anfänge gehen auf das Jahr 1951 zu-

rück.) Für diese Lager in Zelten, Baracken und Heimen wenden SED, Staat und -> **Massenorganisationen** viele Millionen auf: Denn sie haben so die Gelegenheit, im Leben des Lagers und der jugendlichen Gemeinschaft mittelbar und unmittelbar für den oft «national» und freihheitlich getarnten Bolschewismus der SED und des angeblichen «Arbeiter- und Bauernstaates» zu werben. In der «Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder in der DDR» vom 4. 3. 1957 heisst es: «Die Kinderferiengestaltung . . . dient vor allem der Erholung der Kinder und trägt zu ihrer sozialistischen Erziehung bei.\* Der «Einfluss der Arbeiterklasse» soll gesichert werden, unterstützt durch «die Tätigkeit der FDJ und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“». § 4 bestimmt: «Der zentrale Ausschuss für Kinderferiengestaltung ist für die Anleitung und Kontrolle der Kinderferiengestaltung verantwortlich. Er wird gelenkt vom **Amt für -> Jugendfragen**, das dem -> **Ministerium für Volksbildung** untersteht. Mit dieser als Erholung und «frohe Ferien» getarnten parteipolitischen Propagandaeinrichtung sucht die SED seit 1954 (mit Hilfe ihrer -> **Tarnorganisationen**) auch Kinder aus der Bundesrepublik zu erfassen. Es gilt, «Zehntausende kleiner Gäste aus Westdeutschland\* zu gewinnen, so schrieb z. B. «Neues Deutschland» am 1.6.1957. Dafür arbeitet auch die Organisation «Frohe Ferien für alle Kinder» (in Düsseldorf), die in Verbindung steht mit Werner Zscheile, dem Leiter des Amtes für Jugendfragen der SBZ. Die Ferienaktion für westdeutsche Kinder ist ein besonders gefährliches Mittel der -> **Infiltration**. «Neues Deutschland» schrieb am 8. 2 1959 über das Jahr 1958: «Ober 50'000 westdeutsche Kinder waren Gäste unserer Republik \* Im Jahre 1959 sollen allein aus West-Berlin 14'000 Kinder in die SBZ verschickt worden sein.

**FERIENDIENST DES FDGB:** Der FdF. wurde 1947 eingeführt, um den Mitgliedern des -\* **FDGB** eine 14-tägige, billige Urlaubsreise in organisierter Form zu ermöglichen. Der FdF. erhält hohe Zuschüsse von der Regierung. Die Urlauber werden in gewerkschaftseigenen und Vertragsheimen untergebracht, deren Zahl von 1955 bis 1958 von 1300 auf 1260 zurückging. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Plätze von 81 700 auf 88 700. Die Belegung wurde also enger. Die Zahl der Ferienreisenden beträgt seit 1955 konstant etwas über eine Million. Da ausserhalb des FdF. kaum ein Ferienquartier zu erlangen ist, ergibt sich aus der Zahl der FDGB-Ferienreisenden, dass höchstens je-

der 15. Bewohner der SBZ eine Ferienreise machen kann. Dagegen konnte in der Bundesrepublik und in West-Berlin in der Saison 1958/59 jeder 4. Einwohner auf Urlaub fahren. Seit 1959 verfügt der FDGB über ein Passagierschiff «Völkerfreundschaft (das frühere schwedische Schiff «Stockholm» bekannt durch den Zusammenstoss mit der «Andrea Doria»), finanziert zum grossen Teil durch die -> **Steckenpferdbewegung**, mit dem besonders bevorzugte Aktivisten See- und Auslandsreisen in die Länder der Volksdemokratien, nach dem Muster der KdF-Reisen machen. Der FdF. ist nicht zu verwechseln mit vorbeugenden **Kuren der Sozialversicherung**.

**FERNSEHEN:** Nach mehrjährigen Versuchen verbreitet der «Deutsche Fernsehfunk» als Teil des Staatlichen Rundfunk-Komitees (-> **Rundfunk**) unter der Intendanz von Horst Adamek (SED) seit Januar 1956 von Berlin-Adlershof aus ein offizielles Programm. Sender: Berlin, Görlitz, Dresden, Katzenstein (bei Chemnitz), Leipzig, Inselberg, Brocken, Schwerin, Marlow (Mecklenburg), Cottbus und Hinterpberg (bei Neubrandenburg). Der erste massive Richtfunkturn wurde 1958 bei Roitzsch errichtet; weitere sind im Bau.

Der «Deutsche Fernsehfunk» gehört der «Organisation der internationalen Rundfunkverbände (OIR) des Ostblocks an, innerhalb dessen die Vertreter der Tschechoslowakei, Polens und der SBZ im Januar 1959 Vereinbarungen über die Erweiterung des Austausches von Direkt-sendungen getroffen haben. Das Sendernetz der SBZ ist mit dem Fernsehnetz der Tschechoslowakei und mit dem neuen polnischen Fernsehsender in Breslau direkt verbunden. - Das F.-Programm steht im Dienst der politischen -> **Propaganda**. «Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators.» («Der Rundfunk», Nr. 42/1952, S. 2j. Das F. soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben. Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein eträchtlicher Teil (etwa 70 v. H.) der F.-Teilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschliesslich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern. 1965 soll das sowjet-

zonale F. auf 95 v. H. des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 v. H. erreicht. Am 1.7. 1960 gab es rd. 700'000 Fernseh-Teilnehmer (Bundesrepublik 4 Millionen).

**FERNSTUDIUM:** Seit 1950 bestehende Einrichtung zur fachlichen und politischen Aus- und Weiterbildung von Berufstätigen. Die dem F. zugeschriebene hohe Bedeutung wird durch den Hinweis auf folgende Tatsachen motiviert: es entzieht dem Produktionsprozess keine Arbeitskräfte, garantiert eine unmittelbare Anwendung des Gelernten in der Praxis, erspart eine Einarbeitungszeit nach Abschluss des Studiums. Einrichtungen für das F. bestehen für die meisten Fachrichtungen an Universitäten, -> **Hoch-** und -> **Fachschulen** sowie zur Fortbildung politischer Funktionäre an der **Deutschen -> Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht»** und der -> **Parteihochschule** der SED. Voraussetzung für die Teilnahme am F. an den Hochschulen: Hochschulreife oder eine diese ersetzende Sonderprüfung. Dauer: fünf bis sieben Jahre mit dem Abschluss eines Staatsexamens. Am F. der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht» nahmen auch alle die -> **Volksrichter** teil, die gemäss den Qualifizierungsrichtlinien das Staatsexamen bis zum Jahre 1960 abgelegt haben mussten. Die Gestaltung dieses F. soll zusammen mit der SED-Parteiorganisation festgelegt werden. Besonders entwickelt ist das F. für Lehrer. Es ermöglicht den Aufstieg von einer Kategorie zur nächsthöheren.

Grundformen des Studiums: Selbständiges Durcharbeiten der Lehrbriefe und vorgeschriebenen Lehrbücher, regelmässige -> **Konsultation**, Anfertigung von Kontrollarbeiten, direkter Unterricht in Seminarkursen, Zwischen- und Abschlussprüfungen. Die Anleitung und Kontrolle der Fernstudenten erfolgt durch Aussenstellen der Abt. F. der jeweiligen Hochschulen. Der direkte Unterricht wird durch einen zusätzlichen bezahlten Urlaub von mehreren Wochen in jedem Jahr ermöglicht. Für die Abschlussprüfung erhält der Fernstudent einen bezahlten Urlaub bis zu sechs Monaten. Die Institution des F. orientiert sich an sowjetischen Erfahrungen. Bestrebungen laufen zur Kombination von Direkt- und Fernstudium für bestimmte Studienfächer. Zahl der Fernstudenten 1958: an Universitäten und Hochschulen: 18 713, an Fachschulen: 20 575. Die «Fluktuation» beim F. ist Anlass zu dauernden Bemühungen um ihre Überwindung.

**FESTIGUNGSBRIGADE:** Besondere Form der sozialistischen -> **Arbeits-**

**gemeinschaft** im Agrarsektor, wobei -> **Genossenschaftsbauern**, -> VEG-Direktoren, Vertreter des Ministeriums und Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute als Beratungs- und Arbeitsgruppen die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche «Festigung» der -> LPG schaffen sollen. Einzelmassnahmen: Umstellung der Viehwirtschaft, Verbesserung der Arbeitsverfahren und der Feldbauorganisation, Einführung der -> **wirtschaftlichen Rechnungsführung**, -> **Aufklärung** der Menschen u. a. Die F. wurde besonders im Zusammenhang mit der -> **Zwangs-kollektivierung** entwickelt.

**FESTIVAL:** Pj. für Festspiel und Festveranstaltung, angewandt vor allem seit 1951 für die von den Sowjets gelenkten Weltfestspiele der Jugend und Studenten. - Der kommunistisch gelenkte, pazifistisch getarnte «Weltbund der Demokratischen Jugend» (-> **WBDJ**) hielt die 1. Weltfestspiele der Jugend in Prag (25. 7. bis 17. 8. 1947) ab. Er organisierte Nr. 2 in Budapest (14. bis 28.8.1949), 3 in Ost-Berlin (5. bis 19. 8. 1951); 4 in Bukarest (2. bis 16.8.1953); 5 in Warschau (31. 7. bis 14. 8. 1955); 6 in Moskau (28. 7. bis 11.8.1957); 7 in Wien (26. 7. bis 4. 8. 1959).

**FGS:** Abk. für Fischerei-Geräte-Stationen. (-> **Fischerei**)

**FILMAKTIV:** 1952 gegründete Gremien auf zentraler, Bezirks-, Kreis-, Orts-, vor allem aber auch Betriebs-ebene, die «durch kollektive und individuelle Aufklärung in der Bevölkerung die Wissensgrundlagen für die in den fortschrittlichen Filmen enthaltenen politischen und gesellschaftlichen Wahrheiten» schaffen sollen («Nationalzeitung» vom 30. 1. 1953). Die F. dienen also in erster Linie der Unterstützung der agitatorischen Wirkungen des Films. Sie stehen meist nur auf dem Papier, und ihre Wirksamkeit ist infolge mangelnder Publikationsresonanz unbedeutend. (-> **Filmwesen**)

**FILMWESEN:** Nach dem Worte Stalins: «Der Film ist das gewaltigste Mittel zur Einwirkung auf die Massen. Wir müssen ihn in die Hand bekommen», wird das F. auch in der SBZ als ein Hauptinstrument der Bewusstseinsbildung, der -> **Agitation** und -> **Propaganda** betrachtet und behandelt. Partei und Regime sicherten sich daher frühzeitig entscheidenden Einfluss und bauten ihn entsprechend der Entwicklung von der -> **antifaschistisch-demokratischen Ordnung** zum -> **Aufbau des Sozialismus** aus. Seit Oktober 1958 liegt die gesamte Steuerung des F. bei der VVB Film, die dem -> **Ministerium für Kultur** untersteht. Zu den von der VVB Film gelenkten Betrieben und Insti-



tuten gehören nicht nur die fünf Studios der **DEFA**, die das Filmherstellungsmonopol innehat, einige weitere «volkseigene» technische Betriebe, der VEB -> **Progress Film-Vertrieb**, der VEB DEFA-Aussenhandel (beide ebenfalls als Monopole arbeitend), sondern auch das Staatliche Filmarchiv, die Deutsche Hochschule für Filmkunst und die Schulen für filmtechnische Berufe und Vorführer. Die DEFA produzierte **1959** insgesamt 27 Spielfilme, darunter 6 Kinderfilme, 26 Dokumentar-, 57 populärwissenschaftliche und 33 Trickfilme, ferner 117 Wochenschauen und 26 Folgen «Stacheltier». – Einschliesslich der DEFA-Filme wurden **1958** in den Filmtheatern der SBZ 115 Spielfilme gezeigt; ein erheblicher Teil wurde also importiert.

**1959** gab es 1389 Filmtheater mit 539 111 Sitzplätzen; fast alle Theater sind entschädigungslos enteignet worden; die «volkseigenen» (-> **Volkeigentum**) sind zum kleineren Teil im VEB Filmtheater, zum weitaus grösseren in den «Volkseigenen Kreislichtspielbetrieben» zusammengefasst. – Mit Nachdruck wird das Landfilmwesen ausgebaut; **1957** sollen über 10'000 «Spielstellen» mindestens einmal wöchentlich gespielt haben. Im ganzen fanden **1959** in der SBZ 2 562 254 Vorstellungen mit rd. 258 Mill. Besuchern statt.

Der Kinobesuch verlagert sich im übrigen im Sinne der Bestrebungen der -> **Betriebskultur** von den Lichtspieltheatern teilweise in die **betrieblichen -> Kulturstätten**. Die Frequenz wie auch die Auswertung «fortschrittlicher» Filme soll durch die -> **Filmaktivs (-> Aktiv)** unterstützt werden.

Die Lage der monopolisierten und staatlich gegängelten Filmproduktion zwischen den ideologischen Anforderungen auf der einen Seite und dem Auftrag, das Publikum zu unterhalten und die Theater zu füllen, auf der anderen ist ausgewoglos und ein Anlass zu immer wiederkehrenden Krisen und Auseinandersetzungen. Im Jahre **1958** riefen besonders die Ausstrahlungen des Neorealismus die SED auf den Plan; eine von ihr einberufene Filmkonferenz (Juli **1958**), von **Alexander -> Abusch** als «Kampfkonzferenz für die Höherentwicklung unserer sozialistischen Filmkunst» bezeichnet, forderte im Anschluss an Empfehlungen der -> **Kulturkommission** beim ZK die Rückkehr zur «schöpferischen Methode des sozialistischen -> **Realismus**». Das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums und die Rentabilität der Theater sind nach wie vor auf die Einfuhr westlicher Filme angewiesen; die Produktion der Ostblockstaaten belegt natürlich einen beträchtlichen Teil des Spielplanes, der der Ver-

fügung der einzelnen Filmtheater im übrigen völlig entzogen ist.

Als wichtigstes Mittel kommunistischer Agitation und Propaganda werden neben der Wochenschau «Der Augenzeuge» und satirischen Kurzfilmen unter dem Sammelnamen «Das Stacheltier» auch populärwissenschaftliche und Dokumentarfilme eingesetzt. Ein besonders obskures, von Fälschungen strotzendes Machwerk, «Unternehmen Teutonenschwert», erhielt auf Filmfestspielen in Karlsbad den ersten Hauptpreis.

Obschon nicht wenige Filme sowjetzonaler Produktion zum Vertrieb in der Bundesrepublik zugelassen werden, hat das Publikum nur selten Gelegenheit, solche zu sehen, da die zugelassenen Spielfilme westdeutschen Ansprüchen häufig nicht genügen. Dem angestrebten Export in die Länder des Westens stehen ebenfalls tendenziöse Einschläge selbst bei scheinbar unverfänglichen Themen entgegen. – Zeitschrift: «Deutsche Filmkunst». [515]

**FINANZAMT:** Die Aufgaben der ehemaligen F. wurden seit der -> **Verwaltungsreform** im Jahre **1952** von den allgemeinen inneren Verwaltungen der -> **Kreise** und -> **Bezirke** übernommen. Die kassenmässige Abwicklung der Abgabenzahlungen läuft über die **Deutsche -> Notenbank**. Neben der Veranlagung und Einziehung von Steuern gehören die Vereinnahmung der Sozialversicherungsbeiträge, die Einleitung von Steuerstrafsachen und Festsetzung von Steuerstrafen, Überwachung der Preisbildung und Preisprüfungen sowie der sogenannten Aussendienst (Betriebsprüfung, Steuerfahndung, Vollstreckung usw.) zu den Aufgaben der «Abteilungen Finanzen» bzw. «Unterabteilungen Abgaben». (-> **Steuern, -> Staatshaushalt, -> Abgabenverwaltung**) [742, 743]

**FINANZAUSGLEICH:** -> **Haushaltsausgleich, Staatshaushalt.**

**FINANZBEIRAT:** Gremium bei den Räten der Bezirke und Kreise zur Beratung, Koordinierung und Kontrolle der Arbeit aller Finanzorgane, Abteilungen Finanzen, Banken (-> Bankwesen), der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** und Finanzrevision. Der F. soll zweimal im Monat zusammentreten. Im F. sind u. a. die Entwürfe der Haushaltspläne einschliesslich der Investitionspläne und langfristigen Kreditpläne, der kurzfristigen Kreditpläne und Bargeldumsatzpläne sowie der Pläne für Spareinlagen zu beraten. Der F. berät ferner die Berichte über die Erfüllung der Pläne und der örtlichen Organen vorzulegenden Finanzanalysen sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse der in ihrem Bereich liegenden ->

**VEW**, der -> **Genossenschaften**, der -\* **Privatwirtschaft** und der -\* **Halbstaatlichen Betriebe**.

Die aus der Arbeit des F. gewonnenen Erkenntnisse sind dem Rat, den Plankommissionen bzw. dem Wirtschaftsrat und der SED mitzuteilen, damit grundsätzliche Probleme entschieden und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden können. (-> **Finanzsystem**)

**FINANZBERICHTERSTATTUNG:** Sie ist ein Instrument zur Kontrolle der finanziellen Tätigkeit der **VEB** und bietet die Grundlage für Produktionsberatungen und Rentabilitätsbesprechungen innerhalb des Betriebes. Die F. umfasst Monats-, Quartals- und Jahresberichte. Durch die Monatsberichte soll kurzfristig ein Einblick in das Betriebsgeschehen gegeben werden, so dass noch Massnahmen ergriffen werden können, um die Arbeit zu verbessern (operative Kontrolle). Die Quartalsberichterstattung soll bei Wahrung des Kumulativen noch einen tieferen Einblick in das Betriebsgeschehen geben. Neben den Monatsberichtsblättern werden noch zusätzlich Berichte verlangt. Weiterhin dient sie wie der Jahresbericht der volkswirtschaftlichen Gesamtabrechnung. Die Jahresberichte umfassen das Planjahr. Hier können die Planerfüllung insgesamt und die Voraussetzungen für die Gesamtzuführungen zum Prämienfonds des Betriebes geprüft werden. Um überbetriebliche Vergleiche zu ermöglichen, sind die Berichtsvordrucke formgebunden. (-> **Finanzbeirat**, -\* **Kreditwesen**, -> **Geld**)

**FINANZSYSTEM:** Das sowjetzonale Wirtschaftssystem fordert infolge der veränderten Produktionsverhältnisse und der Planungswirtschaft zwangsläufig eine Erweiterung von Wesen und Funktion finanzwirtschaftlicher Aufgaben westlicher Prägung. So fallen in den Bereich der Finanzwirtschaft nicht nur das Etat- und Abgabewesen, sondern auch das gesamte Währungs-, Kredit- und Bankwesen, die Versicherungswirtschaft und der Komplex der Preisbildung und Preisüberwachung. Sie konzentriert die Plan- und Wirtschaftskontrolle in staatlicher Hand. Im wesentlichen folgt die Entwicklung des F. der Entwicklung des Wirtschaftssystems. Das F. hat die Ausweitung des -> **Wirtschaftssysteme** in weitgehendem Masse zu unterstützen. Wesen und Funktion der sowjetzonalen Finanzwirtschaft änderten sich in verschiedenen Etappen. (-> **Staatshaushalt**, -> **Bankwesen**, -> **Preispolitik**, -> **Währungspolitik**, -> **Kreditwesen**, -> **Steuern**, -> **Investitionen**, -> **Planung**, **Deutsche** -> **Versicherungsanstalt**) [723, 742, 743]

**FISCHER, KURT:** \* 1.7.1900, gest. 22. 6. 1950. 1918 Spartakusbund, 1919 KPD, Teilnahme am mittel-deutschen Aufstand, danach Redakteur an einer KPD-Zeitung. 1933 Emigration in die SU, 1945 KPD, Oberbürgermeister von Dresden, 1946 sächsischer Innenminister, 1948 Leiter der Zentralverwaltung inneres, 1949 bis zu seinem Tode Chef der -> Volkspolizei. Unter F. wurden die Volkspolizei und der spätere -> SSD aufgebaut.

**FISCHEREI:** Die F. hat im Hinblick auf die Ernährungswirtschaft und zur Entlastung des erforderlichen Devisenaufwandes bei Einführen besondere Bedeutung erlangt. Die Hochsee-F. wird durch die «volkseigenen» Fischkombinate Rostock-Marienehe und Sassnitz auf Rügen betrieben, die der WB Hochsee-F. in Rostock als Organ des Sektors Lebensmittelindustrie der **Staatlichen Plankommission** unterstehen. Schiffsbestand 1958: 24 12-m-Kutter, 142 17-m-Kutter, 11 21-m-Kutter, 55 24-m-Kutter, 35 26,5-m-Kutter, 33 Logger, 20 Trawler. Die Küsten-F. wurde bis Anfang 1960 von -> **Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer** (PwF), privaten F.-Betrieben sowie Einzel Fischern betrieben und von den örtlichen Wirtschaftsorganen angeleitet.

Mitte 1959 bestanden 45 PwF mit mehr als 700 Mitgl. Seit April 1960 gibt es im Bereich der Seen- und Küsten-F. Mecklenburgs keine selbständigen Fischer mehr. Der Druck zum Eintritt in die PwF erfolgt u. a. über sogenannte Fischerei-Geräte-Stationen (FGS), die ähnlich den -> **MTS** die Fischer politisch und wirtschaftlich zu «betreuen» haben. Insgesamt bestehen 4 FGS, davon je eine in Warnemünde, Wismar, Wolgast und Stralsund, die über etwa 100 Kutter verfügen und mit Anlandehallen, Kühlräumen und Ausrüstungslagern für F.-Geräte ausgestattet sind. Die FGS stellen F.-Fahrzeuge und Grossgerät gegen Gebühren - bevorzugt an die PwF - bereit. Den privaten Fischern werden Netze und Garne sowie sämtl. F.-Geräte ausschliesslich von diesen FGS zugeteilt.

Der Fang unterliegt zu einem bestimmten Prozentsatz der-> **Ablieferungspflicht** und wird in einer Jahrfangauflage, die quartalsmässig zu erfüllen ist, nach Menge, Qualität und Sorten, festgelegt. Hierfür sind Differenzierungskommissionen eingesetzt, die das Soll nach Massgabe der Produktionsgegebenheiten bestimmen. Der nach Erfüllung des Pflichtablieferungssolls verbleibende Anteil des Fanges darf als Überschussmenge frei verkauft werden. Die Hochsee- u. Küsten-F. erreichte 1957 mit 89 797 t die höchsten Anlandungen. Das Plansoll 1958 wurde

mit 86 350 t nicht erreicht. Die gesamte Bruttoproduktion der Fischwirtschaft stieg von 60 Mill. DM Ost im Jahre 1949 auf 310 Mill. DM Ost im Jahre 1958. Durch Inbetriebnahme neuer Fang- und Verarbeitungskapazitäten sollen bis 1965 die Fangergebnisse auf 220'000 t gesteigert werden. Dabei wird die «volkseigene» Flotte einen Anteil von rd. 190'000 t haben. Man rechnet mit einer Steigerung der Bruttoproduktion auf 650 Mill. DM Ost im Jahre 1965. Damit soll der Pro-Kopf-Verbrauch bei Frischfisch von z. Z. 13 kg auf 18 kg im Jahre 1965 anwachsen.

1953 begann die Entwicklung neuer Schiffstypen. Durch Einsatz von weiteren 10 Fang- und Verarbeitungsschiffen soll 1964 der Stand der F.-Technik der «kapitalistischen» Länder überholt werden.

1949 bestanden in der SBZ 117 Fischverarbeitungsbetriebe, Klein- und Kleinstbetriebe mit insgesamt 1900 Beschäftigten. Die Produktion von Salz- und Räucherfisch betrug etwa 10'000 t. 1950 wurden 12 700 t und 1955 40'000 t erreicht; die Konservenproduktion stieg von 1200 t im Jahre 1949 auf 9029 t im Jahre 1958. Die ehemals zentralgeleitete -> VEB der Binnen-F. unterstellte man 1955 den Räten der Bezirke. Die Binnen-F. erreichte 1959 Fangergebnisse von 7979,7 t Speisefischen. Durch Wettbewerbe und Ausschüttung von Sach- und Geldprämien soll die Produktion weiter gesteigert werden.

Ende 1959 wurden etwa 70% der Seen und Fließgewässer und 60% der Teichflächen von sogenannten sozialistischen Betrieben der Binnen-F. bewirtschaftet. - In der Binnen-F. wendet man auch die Elektro-F. an (vgl. AO über die Elektro-F. im Bereich der Binnen-F. vom 11. 11. 1958, Gbl. I, S. 844).

Die 500-Kilogramm - Hektar-Bewegung fordert, dass jeder Teichwirt bestrebt sein soll, bei durchschnittlicher Produktivität der Teiche diesen Ertrag zu erreichen. (-> **Neuerbewegung**)

Das F.-Recht in der SBZ ist neu geregelt durch das Gesetz über die Binnen- und Küsten-F. - Fischereigesetz - vom 2. Dezember 1959 (GBl. I, S. 864). Hierzu sind veröffentlicht: »Binnenfischereiordnung« vom 7. 12. 1959 (GBl. I, S. 868), die »Küstenfischereiordnung« vom 18. 5. 1960 (GBl. I, S. 373) und die »Erste Durchführungsbestimmung zum Fischereigesetz« vom 7. 12. 1959 (GBl. I, S. 866). Mit diesem neuen F.-Gesetz sind die bisher auch noch in der SBZ gültig gewesenen landesrechtlichen Bestimmungen u. a. auch das in den früheren preussischen Landesteilen gültig gewesene F.-Gesetz vom 11. Mai 1916 ausser Kraft gesetzt. Ziel dieser Neuordnung des F.-Rechts war, wie

es heisst, «der neuen sozialistischen Entwicklung in der Fischwirtschaft gerecht zu werden».

**FISCHEREIBEIRÄTE:** Nach § 14 des Fischereigesetzes v. 2. Dezember 1960 (-> **Fischerei**) beim Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft und bei den Räten der-> **Bezirke u. Kreise** zu bildende Gremien. Die F. werden berufen, beim Ministerium durch den Minister, bei den Bezirken u. Kreisen durch die Ratsvorsitzenden. Die F. sollen über zentrale u. Grundsatzfragen der Binnen- u. Küstenfischerei beraten. Schwerpunkte sind hierbei Produktionssteigerung, Vervollkommnung der «sozialistischen Umgestaltung» sowie die «Erreichung des Weltniveaus». Im wesentlichen sind die F. Organe zur Produktionslenkung, Produktionspropaganda und vor allem zur Produktionskontrolle. Die F. setzen sich zusammen aus einem Wissenschaftler, einem Vertreter der jeweiligen Verwaltung, Vertretern des VEB-Binnenfischerei, dem Bezirksfischermeister, Fischermeistern und Vorsitzenden von -> PwF, Vertretern der Fischwirtschaftsgenossenschaften und des Anglerverbandes.

**FLADE, HERMANN-JOSEF:** \*22.5. 1932 in Würzburg, wohnhaft gewesen in Obernhau/Sachsen, wo er die Oberschule besuchte. Vor den Wahlen im Herbst 1950 fasste F. den Entschluss, durch von ihm angefertigte Flugzettel Propaganda gegen die Einheitsliste der -> **Nationalen Front (-> Wahlen)** zu machen. Bei dem Anbringen dieser Flugzettel am 10. 10. 1950 wurde er von einem Volkspolizisten gestellt. Er widersetzte sich seiner Festnahme mit dem Messer und brachte dem Polizisten einige ungefährliche Stiche bei. Er konnte zunächst entkommen, wurde zwei Tage später aber doch festgenommen. Am 10.1.1951 wurde im grössten Saal in Obernhau ein -> **Schauprozess** gegen F. durchgeführt. Auf Intervention des Leiters des -> SSD, Gutsche, erging gegen F. ein Todesurteil. Die sehr grosse Erregung der westlichen Welt über dieses Urteil veranlasste die Zonenjustiz, auf die, vom Verteidiger eingelegte Revision ungewöhnlich schnell zu reagieren. Das OLG Dresden hob am 29. 1. 1951 das Todesurteil auf und verurteilte F. gleichzeitig zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren. F. sitzt, nachdem verschiedene Gnadengesuche seiner Eltern abgelehnt worden sind, noch immer in Strafhalt. Sein Gesundheitszustand gibt zu ersten Besorgnissen Anlass.

**FLAGGE:** Die Staats-F. der SBZ besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26. 9. 1955, GBl. I, S. 705). Seit 1. 10. 1959 trägt sie

auf beiden Seiten in der Mitte das -> **Wappen**, Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz. Den ständigen Bemühungen, der «DDR» und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die F. in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind. Dieser politische Zweck hat der neuen F. den treffenden Namen «Spalterfiagge» eingebracht. Für die gesamtdeutsche Olympiamannschaft in Squaw Valley und Rom ist die F. der SBZ ebenfalls nicht zugelassen worden. Auf Anordnung des internationalen Olympischen Komitees ist die gesamtdeutsche Mannschaft unter einer gemeinsamen F., Schwarz-Rot-Gold mit den fünf olympischen Ringen in Weiss, angetreten. (-> **Sport**)

**FLORA UND JOLANTHE:** Allegorische Unterzeichner (Kuh und Schwein) «offener Briefe» in der SED-Presse, worin parteiamtliche Stellungnahmen, vor allem hinsichtlich der Missstände in der Viehwirtschaft, abgegeben werden. Im Stil der -> **Volkskorrespondenten** werden Einzelfälle, -personen und -massnahmen zynisch kritisiert oder beispielhaft hervorgehoben. Zur Popularisierung dieser Propaganda mit amtlich gesteuertem Humor stellt die VEB-Plüschwarenfabrik Gehren F. u. J. seit April 1960 als Puppen her. (-> **Karikatur**)

**FLORIN, PETER:** \* 2. 10. 1921 in Köln als Sohn des 1944 in der SU verstorbenen KPD-Reichstagsabgeordneten und Mitglieds der KPD-Führung Wilhelm F. Oberrealschule, 1933 Emigration nach Frankreich, dann in die SU. Mitgl. des \* **Komsomol**, Absolvent der Kominternschule, Studium an der Hochschule für Chemie in Moskau. 1944 Mitgl. des Redaktionskollegiums im -> **Nationalkomitee Freies Deutschland**. Nach 1945 in die SBZ, stellv. Landrat des Kreises Wittenberg, danach Chefredakteur der «Volkszeitung» (KPD), später der «Freiheit» (SED) in Halle. 1949 bis 1953 Leiter der Hauptabt. I «Politik, UdSSR und Volksdemokratie» im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten seit 1953 Leiter der Abt. Aussenpolitik im -> ZK der -> SED. Seit 1954 Abgeordneter der \* **Volkskammer**. Vors. des Aussenpolitischen Ausschusses und seit Dezember 1959 stellv. Vors. der Interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer. Von 1954 bis 1958 Kandidat, seither Mitgl. des ZK der SED. Verheiratet mit der russischen Literaturwissenschaftlerin Edel Mirowa.

### FLÜCHTLINGE: a) Ostvertriebene.

Im Pj. werden in der SBZ Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der-> **Oder-Neisse-Linie** und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder -> **Neubürger** (in der Bundesrepublik als Vertriebene) bezeichnet. Die Umsiedlerämter hatten nach offiziellen Angaben am 31. 3. 1949 insgesamt 4 442 318 Vertriebene - davon 1 874 736 männliche und 2 567 582 weibliche Vertriebene - erfasst. Die in der Zeit von 1945 bis 1949 in das Gebiet der späteren BRD abgewanderten rund 500'000 bis 600'000 Personen sind nicht mitgezählt. Der Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung der SBZ betrug 1950 = 25 v.H. (Vergleich: BRD am 1.4. 1950 = 7,7 Mill. Vertriebene, d. h. 16,1 v. H.). Für die SBZ liegen trotz der in den Jahren 1950-1959 erfolgten Zugänge von annähernd 100'000 Aussiedlern aus Polen und den übrigen osteuropäischen Gebieten keine neuen Angaben über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung vor. Dagegen stieg in der BRD der Anteil der Vertriebenen infolge des Zustroms von Aussiedlern aus den gleichen Gebieten, durch Geburtenüberschuss und infolge der zahlenmässig hohen Zuwanderung von Vertriebenen aus der SBZ (ihr Anteil an den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren schwankte während der Jahre 1952 bis 1959 zwischen 22,8 und 27,9 v. H.) bis zum 31. 12. 1959 auf 9,556 Mill. = 18,0 v. H. der -> **Bevölkerung**.

über die Verteilung der Vertriebenen auf die Bezirke der SBZ sowie über ihre berufliche Eingliederung existieren keinerlei amtliche Veröffentlichungen. Lediglich in Verbindung mit den Veröffentlichungen zur -> **Bodenreform** wurde bekannt, dass der Anteil der Umsiedler an den vergebenen Neubauernstellen (insgesamt 209'000) beachtlich sei. Rückschlüsse aus der für «Umsiedler» unter den -> **Neubauern** in Jahre 1951 zur Verfügung gestellten Kreditsumme von 25 Mill. DM Ost (je Stelle bis zu 5'000 DM Ost Kredit) lassen die Annahme zu, dass mindestens 50'000 Neubauernstellen an Vertriebenenfamilien vergeben worden sind. Den Vertriebenen ist jeder Zusammenschluss und jede Betätigung mit dem Ziel der Rückkehr in die Heimat verboten. Sie gehören im allgemeinen zu den schärfsten Gegnern des SED-Regimes. Daher auch die hohe Zahl der Vertriebenen unter den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren (monatlich bis zu 28 v. H.).

**b) Sowjetzonenflüchtlinge.** Seit 1946/47 haben unter dem Druck der Verhältnisse in der SBZ Hunderttausende Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der BRD

sowie in West-Berlin Zuflucht gesucht. Solchen F. wurde seit 1947, nachdem ihre Fluchtgründe auf Stichhaltigkeit geprüft worden waren, nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen «Segeberger Beschlüssen» (1947) und den «Uelzener Vereinbarungen» (1949) das Asylrecht der BRD gewährt. Die Aufteilung der F. auf die Länder geschah nach vereinbartem Schlüssel. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an F. erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). Seit dem Inkrafttreten des Bundesnotaufnahmegesetzes vom 22. 8. 1950 wurde denjenigen F., die die SBZ wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit oder «aus sonstigen zwingenden Gründen» verlassen mussten, die Aufenthaltserlaubnis erteilt. Das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.1953 formulierte erstmalig den rechtlichen Begriff «Sowjetzonen-F.»; danach gilt als «Sowjetzonen-F.»: «ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten musste, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstossen hat.» über die Gesamtzahl der seit 1945 in das Gebiet der BRD oder nach West-Berlin zugewanderten F. liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus grösste Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung dieser Personen war nicht möglich. Daneben sind in grosser Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u. a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930'000 Personen auf Grund von Zugangsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die njr z. T. später im Notaufnahmeverfahren erfasst wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931'000 Personen angenommen. Von diesen wurden in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492 681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfasst. Seit 1952 (ab 4. 2. 1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des ersten halben

Jahres nach ihrer erfolgten Zuwanderung aus der SBZ bei den Notaufnahmediensstellen Berlin, Giessen und Uelzen:

	Zahl der Flüchtlinge darunter	
	Gesamt	Jugendl. unt. 25 Jh.
1952	182 393	52,6 v. H.
1953	331 390	48,7 «
1954	184 198	49,1 «
1955	252 870	52,4 «
1956	279 189	49,0 «
1957	261 622	52,2 «
1958	204 092	48,1 .
1959	143 917	48,3 «
1960 Jan.-Aug.	126 514	48,9 «

1 966 185 50,2 v. H.

Zu diesen Zahlen muss man noch die geringe Anzahl von ca. 70'000 Personen hinzuzählen, die in der gleichen Zeit ihren bisher illegalen Aufenthalt in der BRD und West-Berlin nach jeweils halbjähriger Dauer durch die Notaufnahmediensstellen legalisierten.

Das sprunghafte Ansteigen im Jahre 1953 hängt mit dem -> **Juni-Aufstand** zusammen. Zahlreiche am Aufstand beteiligte Einwohner der SBZ konnten sich der Rachejustiz des SED-Regimes nur durch die Flucht entziehen. Der Flüchtlingszustrom stieg bis zum Jahre 1956 von Jahr zu Jahr an. 1957 hielt sich der Zustrom auf etwa dem gleichen Stand. Der Zustrom steigerte sich im Jahre 1955 um 39 v. H. und im Jahre 1956 sogar um 53 v. H. gegenüber 1952.

In diesem Ansteigen kam die Enttäuschung der Bevölkerung über das negative Ergebnis der Genfer Konferenz (1955) als Folge der sowjetischen Haltung in der Frage der -> **Wiedervereinigung** Deutschlands zum Ausdruck. Hinzu kam der wieder zunehmende politische Druck durch die verstärkte Werbung für die -> **Volkspolizei** und die paramilitärischen Verbände der -> **Kampfgruppen** der SED und der **Gesellschaft für -> Sport und Technik** sowie der zunehmende Zwang zu «gesellschaftlicher Mitarbeit». Letzten Endes sind diese Zahlen Gradmesser der Hoffnungslosigkeit der Zonenbevölkerung hinsichtlich einer baldigen Wiedervereinigung oder der Verbesserung der Verhältnisse in der Zone.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die «anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge» bei allgemeinen Hilfsmassnahmen den F. aus den deutschen Ostgebieten («Vertriebenen») gleich. Der Entscheid der Notaufnahmediensstellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen «Zwangslage» gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als «Sowjetzonenflüchtling». Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlings-

ausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 31. 3. 1960 wurden insgesamt 411 310 C-Ausweise für 565 112 Personen (einschliesslich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt. Die unaufhörliche Abwanderung ist die wichtigste Ursache für das -> **Arbeitskräfteproblem** der SBZ. Mehr als 60 v. H. der Flüchtlinge sind Erwerbstätige, davon fast die Hälfte Jugendliche unter 25 Jahren. Zur Eindämmung dieses unaufhörlich fortschreitenden Substanzverlustes an Menschen wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das -> Passwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die BRD (-> **Interzonenverkehr**) bedeutend eingeschränkt. Infolgedessen ist auch die Zahl der F. in den Jahren 1958 und 1959, besonders die Zahl derjenigen, die im Interzonenverkehr kamen (von 53,6 v. H. aller Antragsteller im NA-Verfahren 1957 auf 30,7 im Jahr 1958 und 23,5 v. H. 1959 und sogar nur 15,2 v. H. in der Zeit von Januar bis August 1960), zurückgegangen.

[241,242]

**FLUCHTLINGSVERMOGEN:** Das Vermögen von -> Flüchtlingen wurde nach der VO zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. 7. 1952 (GBl. S. 615) beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 (-> **Neuer Kurs**) ist diese VO aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10. 6. 1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen **Notariat** ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen. Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Passgesetzes (-> **Republikflucht**, -> **Passwesen**) im Dez. 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. Diese den gesetzlichen Bestimmungen widersprechende Verwaltungspraxis wurde durch die AO Nr. 2 des Finanzministeriums vom 20. 8. 1958 «über die Behandlung des Vermögens von Personen, die die DDR nach dem 10. 6. 1953 verlassen» (GBl. I, S. 644). bestätigt. Das F. wurde hierdurch unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt. Nach internen Dienstabweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften F. sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt. Grundstücke, mit gelegentlicher Aus-

nahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet (-> **Aufbaugrundschule**). Die Treuhandverwaltung wird in das -> **Grundbuch** eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt. Betriebe von Flüchtlingen werden volkseigenen Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.

**FLUGZEUGINDUSTRIE:** Seit 1952/53 bestand unter der Tarnbezeichnung «Objekt Sonnenstein» in der Nähe von Pirna eine zentrale Entwicklungs- und Verwaltungsstelle für eine künftige sowjetzonale F., die im Frühjahr 1956 offiziell in «Verwaltung für Luftfahrtindustrie» umbenannt und dem **Amt für Technik**, dem Rüstungsamt der SBZ, unterstellt wurde. Gleichzeitig wurde in Dresden, Chemnitz und Schkeuditz mit der Errichtung von Flugzeugwerken begonnen. Inzwischen ist der Bau von Flugzeugen im Raume Dresden aufgenommen worden. Im «Industriewerk Chemnitz» werden dazu die Triebwerke gefertigt. Zunächst wurde der Nachbau von Flugzeugen des sowjetischen Typs I L 14 aufgenommen, eines Kurz- und Mittelstrecken-Verkehrsflugzeuges für 18 bis 26 Passagiere. Die erste Maschine dieses Typs begann im Mai 1956 mit Probeflügen. Bis Ende 1959 wurden etwa 85 Maschinen fertiggestellt, die z. T. in den Dienst der sowjetzonalen Deutschen Lufthansa eingestellt wurden. Abnehmer für die I L 14 sind Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, China und Vietnam. Bis Mitte 1960 war der Bau von insgesamt 105 I L 14-Flugzeugen geplant. Damit soll dieser Typ auslaufen. Fast das gesamte Material für diese Produktion wurde bzw. wird aus der SU geliefert. Die sowjetzonalen Werke sind weitgehend nur Bearbeitungs- und Montagestellen. - Gleichzeitig mit der Fertigung der I L 14 wurden weitere Typen entwickelt und z. T. in die Produktion genommen. Ein Turbinen-Verkehrsflugzeug Typ 152/1 mit vier Triebwerken für Mittelstrecken, eingerichtet für die Aufnahme von bis zu 72 Passagieren, begann im Februar 1959 mit der Flugerprobung. Bei einem der Probeflüge stürzte es aus 4'000 m Höhe ab,

wobei die Besatzung den Tod fand. Die Flugerprobung des Typs 152/1 war Mitte 1960 noch nicht abgeschlossen. Weitere Flugzeuge ähnlicher Typen, nämlich Typ 152/2, 152/3 und 152/4, sollen folgen. Mit Probeflügen ist vor Ende 1960 nicht zu rechnen. Im «VEB Entwicklungsbau Pima» auf dem Sonnenstein werden Triebwerke entwickelt, deren Verwendungszweck noch nicht erkennbar ist. U. a. ist auch mit der Konstruktion eines Flugzeuges mit Atomtrieb begonnen worden. – In der F. der SBZ, die gegenüber der Bundesrepublik einen klaren Vorsprung hat, sind z. Z. (1960) – ohne die Zulieferbetriebe – etwa 20'000 Personen tätig. (-> **Rüstungsproduktion, Luftverkehr**)

**FONDS DER VOLKSVERTRETUNGEN:** Zusätzliche Finanzquelle ausserhalb des betrieblichen Investitions- und Finanzplanes für die örtlich geleiteten VEB. Der F. wird aus Mehreinnahmen und Einsparungen der örtlichen Haushalte gebildet. Wie der -> **Siebenjahrplanfonds** kann er verwendet werden für eine Vielzahl kleinerer Vorhaben, wie Verbesserung der Technologie und zur Rationalisierung der Produktion und besonders Kleinmechanisierung, Aufnahme einer über den Plan hinausgehenden Produktion oder zur Umstellung der Produktion – besonders Massenbedarfsgüter und Exportgüter -, für die Erhöhung des Umfangs und zur Verbesserung der Qualität, Sortimentsweiterung und Verbesserung. **FORMALISMUS:** Im Pj. Bezeichnung für Überbetonung der Form gegenüber dem Inhalt bei Kunstwerken; abwertender Sammelbegriff für moderne und hypermoderne Kunstformen wie Surrealismus, Symbolismus; in der Architektur werden der **Funktionalismus** und der -> **Konstruktivismus** dazu gerechnet. Der Begriff F. deckt sich weitgehend mit den nationalsozialistischen Bezeichnungen «Entartete Kunst» und -\* **Kultur bolschewismus**. In der Kunstpolitik der SBZ wird unter dem Schlagwort F. jede Ausdrucksform in Kunst und Literatur bekämpft, die von dem vorgeschriebenen Kanon des sozialistischen -> **Realismus** abweicht. F. wird als «Zersetzungserscheinung der Kunst in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus» definiert. «Alle Richtungen und Auffassungen in der Kunst, die die Kunst vom Leben trennen und in die Abstraktion führen, sind eine objektive Hilfe für den Imperialismus» (SED-Resolution vom 15. bis 17. 3. 1951). [503]

**FORSCHUNG, WISSENSCHAFTL.-TECHNISCHE:** Bisher standen in der SBZ die auf die unmittelbare praktische Verwertung gerichteten For-

schungsaufgaben im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung. Seit Mitte 1958 wird die Notwendigkeit langfristiger Grundlagenforschung amtlich betont, aber es scheint weitgehend bei entsprechenden Erklärungen geblieben zu sein. Nur einmal (1958) wurde offiziell von der Absicht gesprochen, einen «Zehnjahrsplan der Forschung» auszuarbeiten; ein solcher Plan wurde bisher jedoch nicht vorgelegt. Hingegen wird immer erneut erklärt, dass die theoretische Forschung engstens mit der Auswertung der Ergebnisse und der Wirtschaftspraxis verknüpft werden müsse. Bereits jetzt arbeiten zahlreiche Forschungsinstitute unmittelbar mit Industriebetrieben zusammen, zum Teil sind sie sogar räumlich mit ihnen verbunden. Zentrale Leitungsinanz ist der **Deutsche -> Forschungsrat**, dem als ausführendes Organ das Zentrale Amt für Forschung und Technik angegliedert ist. Die mittleren wirtschaftlichen Verwaltungorgane (-> WB, Räte der -> Bezirke und -> Kreise) sind verpflichtet, durch die Abteilungen Forschung und Technik in den ihnen unterstellten Betrieben die WfF. intensiv zu betreiben.

Einige Betriebe wurden neu gegründet, in denen sowohl die wissenschaftliche Forschung betrieben wird, als auch die Ergebnisse unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden, indem dort neue industrielle Erzeugnisse bis zur vollständigen Produktionsreife entwickelt werden. Sogar die Technologie der Produktion wird dabei festgelegt. Zwischen Professoren und Dozenten von Hochschulen und Universitäten einerseits und staatlichen Stellen und der Industrie andererseits hat sich ein System der «Vertragsforschung» eingebürgert, das ebenfalls auf unmittelbare Verwertung der Forschungsergebnisse abgestellt ist.

über den Umfang der vom SED-Regime für Forschung aufgewandten Mittel enthält das Statist. Jahrbuch der SBZ von 1959 folgende Angaben: Im Staatshaushalt 1959 waren eingesetzt für «Akademien» 125,5 Mill. DM Ost, für «Wissenschaftliche Institute und Forschung» 971,6 Mill. DM Ost, zusammen also rd. 1097 Mill. DM Ost, das waren 2,3 v. H. des Staatshaushaltes. Die WfF. der SBZ verfolgt nach Äusserungen von SED-Funktionären eindeutig das Ziel, den Weltstand der Produktion zu erreichen und mitzubestimmen. (-> **Qualität der Erzeugnisse**). Zur Erreichung dieses Zieles – nicht zuletzt auch zur Einsparung eigener Finanzmittel – betreibt das Regime einen umfangreichen Informationsdienst in westlichen Ländern. Es wertet sämtliche internationalen Veröffentlichun-

gen über die neuesten Ergebnisse von Wissenschaft, Forschung und Technik aus und verfolgt genauestens die Veröffentlichungen aller Patentämter der Welt. Allein das **Institut für -> Dokumentation der Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** unterhält 140 verschiedene Dokumentations- und Informationsstellen. Weitere etwa 50 gleichartige Stellen gibt es bei den -> **WB** und in Grossbetrieben. Das Ost-Berliner «Deutsche Wirtschaftsinstitut» z. B. beschäftigt sich weitestgehend mit der Beschaffung westlicher Literatur und anderer Informationen auf dem Gebiete der Wissenschaft, Forschung und Technik.

**FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT: Deutsche -> Akademie der Wissenschaften.**

**FORSCHUNGSRAT, DEUTSCHER:** Abk. für «Beirat für wissenschaftlich-technische Forschung beim Ministerrat» der SBZ, errichtet im August **1957**. Der DF. wurde beauftragt, die Pläne für die technische Forschung auf Grund der Volkswirtschaftspläne unter Angleichung der Forschungskapazitäten an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu entwickeln. Der DF. soll über den Einsatz finanzieller Mittel für Forschung ungszly ecke massgeblich selbst entscheiden, aber auch die volle Ausschöpfung der vorhandenen Mittel gewährleisten. Zu diesem Zwecke ist er verfügungsberechtigt über Engpassmaterial und Spezialgerät.

Dem DF. gehören **44** namhafte Persönlichkeiten aus-> **Wissenschaft und Praxis** an. Ausführendes Organ ist das dem DF. unterstellte Zentrale Amt für Forschung und Technik, (**wissenschaftl.-techn. -> Forschung**)

**FORSTWIRTSCHAFT:** Nach Angaben des Statist. Jahrbuches **1959** der SBZ umfasst die gesamte Waldfläche 2'954'417 ha. Auf -> **volkseigene Güter** entfallen 14'338 ha; sonstige -> **volkseigene** und öffentliche **Betriebe** 1 876 921 ha; -> **LPG** Typ I und II 7'154 ha genossenschaftlich genutzte, 50'239 ha individuell genutzte Fläche; **LPG** Typ III 285'272 ha genossenschaftlich genutzte Fläche; kirchliche Betriebe sowie deren Einrichtungen in eigener Verwaltung 19'543 ha; private Betriebe 700'773 ha. Die Holzbodenfläche betrug **1956/57** insgesamt 2'699'000 ha, davon -> **Volkswald** 1'652'000 ha, der übrige Wald 1'047'000 ha. In den Jahren **1950** bis **1959** wurden auf 747'849 ha Neu- und Wiederaufforstungen, Nachbesserungen und Pflegearbeiten durchgeführt. Der über dem normalen Nutzungssatz stehende Derbholzeinschlag betrug **1946** bis **1959** 165'985'700 Erntefestmeter. Von **1947**

bis **1959** wurden 296 822,5 t Rinde, 101 422,5 t Harz gewonnen.

Die alte Deutsche Forstwirtschaftsordnung wurde beseitigt und die F. in das -> **Wirtschaftssystem** eingeführt, um auch hier die Ideen des Sozialismus zu verwirklichen. Die Aufgaben der fortgefallenen Mittelinstanzen wurden von den Landesforstämtern bis zur -> **Verwaltungsreform (1952)** ausgeführt. Das Zentralforstamt in Berlin erfuhr verschiedene Organisations- und Namensänderungen. Mit der AO zur Umordnung der F. vom Jahre **1945** wurden die Bezirksforstämter beseitigt, am 1.4. **1946** Einheitsforstämter gebildet, die am 1.4. **1949** durch Kreisforstämter abgelöst wurden. Mit Wirkung vom 1.1. **1952** wurden durch VO vom 14. 2. **1952 Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe (StFB)** zur Bewirtschaftung des Staatswaldes eingerichtet. Das Sachgebiet **F.** beim Rat des Kreises (Kreisforstamt), das bisher die Betreuung des privaten Waldes übernommen hatte, wurde auf Beschluss des Ministerrats vom 11. 1. **1958** aufgelöst. Die Hauptverwaltung **F.** beim Ministerium für Land- und **F.** ist die oberste staatl. Verwaltungsstelle der F., hat aber die Beschlüsse des -> **ZK** der -> **SED**, Referat **F.**, sowie die Pläne und Vorschläge der Hauptverwaltung der **Staatl. -> Plankommission** durchzuführen. Der Unterabteilung **F.** der Abt. Landwirtschaft beim Rät des Bezirks sind die StFB unterstellt, deren Richtlinie ein auf der Basis des Volkswirtschaftsplanes aufgestellter Betriebsplan ist. Sie sind verpflichtet, nach dem Grundsatz der **Wirtschaftlichen Rechnungsführung** in eigener Verantwortung selbständig zu planen und zu wirtschaften (-> **Rechnungswesen**). Das Statut vom 10.12. **1954** für die StFB ist durch ein «Rahmenstatut» ersetzt, das ihnen aufträgt, die Durchführung des sozialistischen Aufbaus zu gewährleisten. Den StFB obliegt die Bewirtschaftung des Volkswaldes, die Betreuung des LPG-Waldes, ferner die Anleitung und Kontrolle der privaten Waldbesitzer sowie der juristischen Personen, die Waldflächen besitzen.

Zur Zeit bestehen 100 StFB mit einer Durchschnittsgrösse von etwa 20'000 ha, deren Grenzen unabhängig von den Kreisgrenzen verlaufen. Die verwaltungsmässige innere Gliederung ist nach sachlichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Oberförstereien und Revierförstereien sind als örtliche Vollzugsorgane der Betriebsleitung rechtlich unselbständig.

Für die Rechtsstellung ist die «VO über die Bildung von Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben» vom 14.2. **1952** Massgebend. Der StFB ist juristische Person und Rechtsträger von Volkseigentum, d. h. aller volkseigenen forstwirtschaftlich genutz-



ten Vermögenswerte. Volkseigentum ist der Besitz des ehemaligen Deutschen Reiches und der Länder und der durch -> **Enteignungen** von Privatpersonen an den Staat gefallene Besitz von forstwirtschaftlich genutzten Flächen. Eine eigentümliche Situation ergibt sich daraus, dass der StFB nur teilweise Rechts-träger von volkseigenen Forst-flächen ist. In ihrer Rechtsträger-schaft wurden übernommen sämt-liche Gemeindewaldungen, Forst-flächen der Bergbaubetriebe, öffent-liche Stiftungen, volkseigene Was-serwirtschaftsbetriebe und son-ige Industriebetriebe, ehemalige Truppenübungsplätze, volkseigene Güter usw. Ausgenommen aus der Rechtsträgerschaft sind - obwohl zum Volkseigentum erklärt - alle ehemaligen Staatswaldungen. Die betreffenden Grundbucheintragun-gen sind nicht gelöscht worden und lauten weiterhin auf das ehemalige Deutsche Reich, den ehemaligen Preussischen Staat oder andere aufgelöste Gebietskörperschaften. Der StFB darf uneingeschränkt die plan- und verwaltungsrechtlichen Verfügungsrechte ausüben, nur bei Planverzögerung oder Planwidrig-keit darf das Ministerium für Land- und F. eingreifen, es darf jedoch die persönliche Verantwortlichkeit dem Betriebsleiter nicht abnehmen. Als Vorstufe für die Eingliederung des Bauernwaldes in die LPG sind Waldgemeinschaften gebildet worden, als örtliche Organisationen der -> VdGB mit Vorstand und Mit-gliedern.

Angeblich sind etwa 80 v. H. des Bauernwaldes in Waldgemeinschaften zusammengefasst. Das Eigen-tumsrecht der einzelnen Wald-besitzer ist formell nicht berührt. Die Bewirtschaftung des Waldes durch eine LPG (LPG-Wald) ist eine weitere Form von einheitlicher Bewirtschaftung von privaten Wald-grundstücken. Bei Eintritt in eine LPG wird neben dem Ackerland Wiesen und Weiden auch der Wald des Mitgliedes in die Bewirtschaftung durch die LPG einbezogen. Der Wald bleibt zwar Eigentum des Besitzers, jedoch hat er auf ihn keinen Einfluss. Die Bewertung wird getrennt für Waldboden und Bestockung vorgenommen.

#### FORSTWIRTSCHAFTSBETRIEBE, STAATLICHE: -> Forstwirtschaft.

**FORTSCHRITT:** In der kommun. Parteipropaganda wird die Gegen-überstellung von F. und Reaktion auf eine primitive und stets moralisierende Schwarz - Weiss - Formel vereinfacht. Jede Auffassung und jede Handlung, die die Zerstörung der bürgerlichen Ordnung und die Herbeiführung der bolschewistischen Revolution fördert, gilt als F. und als gut, jede antikommun. Hal-tung, sogar die Neutralität, gilt

als reaktionäre, Gesinnung und als böse (**Sozialistische Moral**). - Im -> **Dialektischen Materialismus** ist F. jedes Umschlagen von Quanti-tät in eine neue Qualität; im -> **Historischen Materialismus** wird jeder durch innere Widersprüche in den Produktionsverhältnissen der Klassengesellschaft entstehende revo-lutionäre Umschwung als F. be-zeichnet.

**FOTOTHEK, DEUTSCHE:** Die DF. ist ein dem -> **Ministerium für Kultur** unterstehendes zentrales Institut, das «photographische Aufnahmen von dokumentarischem und kultu-rellem Wert aus allen Gebieten an-schaubaren Wissens, insbesondere aus dem Gesamtgebiet des deut-schen Kultur-, Museums- und Kunst-besitzes und der deutschen Volks-kultur\* sammelt, aufnimmt, regi-striert und durch Abgabe von Wiedergaberechten zugänglich macht (Statut vom 12. 7. 1956).

**FRANIK, FRANZ:**(Karl-Marx-Schacht, Zwickau), Initiator einer -> **Akti-istenbewegung**, nach der entspre-chend sowjetischen Vorbild durch kameradschaftliche Hilfe für «zu-rückgebliebene» Kollegen dieMitgl. eines Kollektivs zu Höchstleistun-gen veranlasst werden sollen.

**FRANKENBERG UND PROSCHLITZ, EGBERT VON:** \*20.3.1909 in Schlesi-en als Sohn eines Offiziers, Berufs-offizier, Verkehrsflieger. Im Spanischen Bürgerkrieg Kommodore des Edelweissgeschwaders der «Le-gion Condor». Im 2. Weltkrieg in sowjetischer Gefangenschaft, Anti-faschüler und Mitgl. des -> **Natio-nalkomitees Freies Deutschland**, dessen Sprecher am Moskauer Rundfunk. 1947 in die SBZ, Mit-arbeiter der -> **NDPD** in Sachsen, dann Landesleiter der NDPD in Thüringen, Mitgl. des Hauptaus-schusses der NDPD. Mitarbeiter des -> **Ausschusses für Deutsche Einheit**, seit 1957 Präsident des Allgemeinen Motorsportverbandes der SBZ. Militärpolitischer Kommentator im -> **Rundfunk**. Im August 1959 als «militärischer Sachverständiger des Obersten Gerichts der DDR» in einem -> **Schauprozess** hervorgetreten.

**FRANKFURT (ODER):** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** aus dem Ostteil von -> **Brandenburg?** 7049 qkm, 659 816 Einwohner (1959). 2. Stadtkreise: Frankfurt (Oder), -> **Stalinstadt**; 9 Landkreise: Anger-münde, Bad Freienwalde, Beeskow, Bernau, Eberswalde, Fürstenberg, Fürstenwalde, Seelow, Strausberg. Vors. des Rates des Bezirkes: Hans Albrecht (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Gerhard -> Grüneberg**.

2. Stadtkreis im brandenburgischen Bezirk F., Bezirksstadt, an der Oder, mit 56 480 Einwohnern (1959); alte Hansestadt (an mittelalterlichen Bauten reiche Innenstadt im 2. Weltkrieg fast völlig zerstört; Marienkirche (15. Jh.), gotisches Rathaus (15. Jh.), Messhöfe; Oderhafen; vielseitige Industrie: Bekleidung, Lebensmittel, Möbel, Maschinenbau; Kleist-Theater, Geburtshaus von Heinrich von Kleist. - Seit 1945 steht die ostwärts der Oder gelegene Dammvorstadt (als Slubice) unter polnischer Verwaltung. (-> **Oder-Neisse-Linie**)

**FRAUENARBEIT:** Alle gesetzlichen Bestimmungen über F. gehen zurück auf Art. 7 der -> Verfassung der «DDR»: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung entgegenstehen, sind aufgehoben.» Daher bestimmt das **Gesetz der -> Arbeit** (§1, 4), dass die staatlichen Organe Bedingungen zu schaffen haben, die es den Frauen ermöglichen, in grösserem Masse von ihrem «Recht auf Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft» Gebrauch zu machen. Ferner werden alle Betriebe und Verwaltungen verpflichtet, Arbeitsplätze mit weiblichen Arbeitskräften zu besetzen (§ 27). Die verstärkte F. erwies sich vor allem zur Durchführung des -> **Fünfjahresplanes** als notwendig. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl beträgt 43 bis 44 v. H. Auch in typischen Männerberufen, so im Bergbau, im Baugewerbe, als Kranführerinnen oder bei Gleisarbeiten, werden Frauen beschäftigt. Wegen des grossen **Arbeitskräfteproblems** wird die Halbtagsarbeit für Frauen mit Familie in zunehmendem Masse propagiert (-> **Hausfrauenbrigaden**). Nachtarbeit ist zulässig. Der besondere Arbeitsschutz für Frauen ist stark eingeschränkt. Zwar ist die F. für eine ganze Reihe von Tätigkeiten verboten, doch gilt das Verbot nicht, wenn die Produktionstechnik die Frauen angeblich nicht gefährdet. Der Schutz für Schwangere beschränkt, sich auf das Verbot von Arbeiten, «die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit der Schwangeren oder des zu erwartenden Kindes gefährden» (§ 21 der VO zum Schutz der Arbeitskraft vom 25.10.1951, GBl. S. 957). Stillenden Müttern sind lediglich für die Dauer von höchstens 6 Monaten nach der Niederkunft täglich 2 Stillpausen von je 45 Minuten ohne Lohnausfall zu gewähren (§ 22 a. a. O.). (-> **Arbeitspolitik**, -> **Mutterschutz**) [418]

**FRAUENAUSCHÜSSE:** Am 8.1.1952 durch Beschluss des SED-Politbüros

eingeführt. F. bestehen in allen grösseren Industriebetrieben, bei den -> VEG und -> LPG und in der staatlichen Verwaltung. Den F. wird ein Mitspracherecht in der betrieblichen Sozialbetreuung der Frauen zugestanden; hauptsächlich sollen sie an der «Erziehung der Arbeiterinnen zum sozialistischen Bewusstsein» mitwirken, die Frauen zur Übernahme «verantwortlicher Funktionen im Betrieb sowie in der Partei- bzw. Gewerkschaftsarbeit» bewegen und ihnen erklären, «wie sie durch fachliche und gesellschaftliche Qualifizierung zur notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen können», ie F. haben durchschnittlich zehn ehrenamtliche Mitgl. und werden von der -> BPO angeleitet. Am 1. 1. 1955 gab es, offiziellen Angaben zufolge, 10129, Anfang 1958 15 400 F. mit 85'000 Mitarbeiterinnen. (-> **Gleichberechtigung der Frau**, -> **Frauenarbeit**) [418]

**FREIBERG:** Stadt im sächsischen Bezirk -> **Chemnitz**, Kreisstadt, am Nordhang des Erzgebirges, an der Freiburger Mulde, mit 46 705 Einwohnern (1959); reich an mittelalterlichen Bauten; spätgotischer Dom (15. Jh.; mit Orgel von Silbermann) mit eingebauter «Goldener Pforte» (um 1230), Rathaus (15. Jh.), Schloss Freudenstein, Domherrenhof (1484); bedeutende Schwerindustrie (Hüttenwerke und Maschinenbau), ausserdem Leder-, Glas-, Porzellan- und Textilindustrie; Bergakademie (seit 1765, älteste Bergakademie der Welt). F. verdankt seine Entstehung dem Silberbergbau, der bis um die Mitte des 19. Jh. eine bedeutende Rolle gespielt hatte und erst 1913 eingestellt wurde. 1936 wurde er jedoch im Zuge des nationalsozialistischen «Vierjahresplans», als auch unrentable deutsche Erzkorkommen ausgebeutet wurden, auf Blei, Zinn und Schwefelkies wieder aufgenommen.

**FREIE DEUTSCHE JUGEND:** -> **FDJ**.

**FREIE SPITZEN:** Landw. Produktmengen, die über die -> **Ablieferungspflicht** hinaus verkauft werden. Analog zur Erfassung der Ablieferungsmengen erfolgt der Aufkauf der FS. in der Regel gleichfalls nur durch die -> **VEAB**. Wie das Ablieferungssoll im Erfassungsplan werden FS. im Aufkaufplan vom Staat jährlich vorgeplant. Relativ hohe Aufkaufpreise für FS. (-> **Agrarpreissystem**) bieten den Anreiz zu grösstmöglichen Verkäufen. [755]

**FREIHEIT:** Nach dem Marxismus-Leninismus ein Handeln, das sich aus der Kenntnis ergibt, die der Mensch von den Gesetzen der Natur und der Geschichte hat, das ihnen gemäss ist, infolgedessen ge-

linger\* kann und zugleich die «geschichtliche Notwendigkeit» verwirklicht. Die Bolschewisten stützen sich dabei auf ein Wort von -> **Engels**, wonach F. «die Einsicht in die Notwendigkeit» sei. Der strenge Determinismus, der nach marxistisch-leninistischer Auffassung wie die Natur so auch alle sozialen Verhältnisse im Grossen durchwaltet, - sog. «Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung» -, lässt ein Handeln, das sich diesen Gesetzen zuwidersetzt, im Endeffekt als chancenlos erscheinen, was dann freilich immer wieder dazu geführt hat, dass Vertreter von -> **Abweichungen** die Frage aufwarfen, wozu dann, wenn sowieso alles vorbestimmt sei, noch Initiativen, Anstrengungen und kämpferische Aktionen der bolschewistischen Parteien und Länder nötig seien.

Ein Begriff der persönlichen F., wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd. Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das «Wir» wird dem «Ich» vorgeordnet (**Sozialistische -> Moral**). Damit ist die persönliche F. der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird. In der «bourgeois» Gesellschaft gibt es demnach nur F. für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die F. aller abgelöst. (-> **Marxismus-Leninismus**)

**FREIHEITSENDER 904:** Angeblich auf Bundesgebiet, tatsächlich aber in Burg bei Magdeburg stationierter komm. Sender, der seit dem Verbot der -> **KPD** Nachrichten und Direktiven für die illegale Arbeit zur Untergrabung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik ausstrahlt.

**FREIWILLIGE GERICHTSBARKEIT:** Durch die «VO über die Übertragung der Angelegenheiten der FG.» vom 15. 10. 1952 (GBl.S. 1057) wurde der grösste Teil der FG. aus der Justiz herausgelöst und auf verschiedene Verwaltungsbehörden übertragen. Das gesamte Grundbuchwesen ging auf die Abt. Kataster bei den Räten der Kreise über. Durch eine am 1. 5. 1953 in Kraft getretene VO wird bestimmt, dass die Grundbücher in der bisherigen Form nicht weiterzuführen sind, sondern dass für jedes Grundstück ein Grundbuchheft zu führen ist (**Grundbuch**). Damit wird unter Umständen der Nachweis für frühere -> **Eigentum** am Grundstück und für ehemalige Belastungen bei enteigneten Grundstücken erschwert. Die Vormundschaftssachen sind an

die Abt. Volksbildung, Referat Jugendhilfe und Heimerziehung, bei den Räten der Kreise übertragen worden. Entschieden wird hier in erster Linie nach politischen Gesichtspunkten. Sorgerechtsentscheidungen wegen politischer Unzuverlässigkeit der Eltern oder eines Elternteils sind nach Inkrafttreten der VO wiederholt vorgekommen. Auch die Heimerziehung kann schon dann von der Abt. Volksbildung angeordnet werden, wenn ein Kind oder ein Jugendlicher sich den kommunistischen Ideen gegenüber widerspenstig zeigt (-> **Sorgerecht**). Die Führung des Vereinsregisters ist auf die Volkspolizeikreisämter übertragen worden, die ihre Entscheidungen ausschliesslich nach politischen Gesichtspunkten treffen. Das Handelsregister wird bei den Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise, das Genossenschaftsregister bei den Abt. Handel und Versorgung, Länd- und Forstwirtschaft und Örtliche Wirtschaft, das Geschmacksmusterregister beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen, das Binnenschiffsregister bei den Wasserstrassendirektionen Berlin und Magdeburg und das Seeschiffsregister beim Wasserstrassenhauptamt Rostock geführt. Die Nachlasssachen und andere Angelegenheiten der FG. sind dem Staatl. -> **Notariat** übertragen worden.

**FREIWILLIGKEIT:** Nach dem Pj. angebliche Grundlage der meisten staats- und gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen und Akte der Bevölkerung, insbesondere des Beitritts und der Mitarbeit in politischen Organisationen, des Beitritts zu Genossenschaften u.ä. Formen bolschewistischer Wirtschaft, der Beteiligung an jeglichem militärischen und paramilitärischen Dienst, der Mitarbeit an jeglichen Massnahmen zur Planübererfüllung - **wie -> Selbstverpflichtungen, Sozialistische -> Wettbewerbe** usw. -, der Mitarbeit im -> **Nationalen Aufbauwerk** u. a. - Tatsächlich ist jede derartige Mitarbeit weitgehend durch mittelbaren Zwang oder Opportunitätserwägungen, z. T. auch durch direkten Druck - z. B. während der -> **Zwangskollektivierung** vom Frühjahr 1960 - bewirkt worden. Die bolschewistische Ideologie kann es sich aus der Fiktion der Identität des Parteiwillens mit dem Willen der breiten Massen, insbesondere der «Werttätigen\*, nicht leisten, zuzugeben, dass die bolschewistische Partei - zum mindesten in den durch starke abendländische Traditionen hindurchgegangenen Volksdemokratien - weitgehend gegen den Willen der Bevölkerung ihre Massnahmen trifft. Deshalb das Bestreben der Führungsorgane, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die von der

Führung gewünschten Massnahmen der Bevölkerung so aufgedrängt werden, dass diese nicht unhin kann, sich für sie zu «entscheiden». Mit wirklich freier Entscheidung hat das zumeist nicht das mindeste zu tun.

**FREIZEITGESTALTUNG:** In den Pj. erst in letzter Zeit übernommener Begriff, der im Hinblick auf die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit entwickelt worden ist. Nachdem -> **Chruschtschow** auf dem XXI. Parteitag der KPdSU für 1965 die 35-Stunden-Woche proklamiert hat, sehen sich die bolschewistischen Funktionäre vor die Frage gestellt, wie das mit wachsender Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsabläufe zu erwartende Mehr an Freizeit der Konsolidierung des Bolschewismus dienstbar gemacht werden kann und nicht vielmehr zu einer Stärkung des Individualismus und der Privatsphäre führt. Verfestigung der **sozialistischen** -> **Moral**, Erweiterung des Netzes der parteilich gelenkten -> **kulturellen Massenarbeit**, neue Formen der Kollektivität des Zusammenlebens (-> **Brigaden der sozialistischen Arbeit**, -> **vollgenossenschaftlich**, -> **sozialistische Stadt**, -> **sozialistische Strasse**) sowie Ausbau der «freiwilligen» **Feierabendarbeit im -> Nationalen Aufbauwerk** sind als wesentliche Massnahmen gedacht, um die Massen auch bei verkürzter Arbeitszeit eng an die Partei gebunden zu halten. Angesichts des sehr ersten Arbeitskräftemangels ist aber vorerst in der SBZ kaum an eine nennenswerte Verkürzung der Arbeitszeit zu denken.

**FREUNDSCHAFTSVERTRAG:** Vereinbarungen zwischen Partnern verschiedener Art (Verwaltungen, Organisationen, Schulen, Behörden, Einheiten der Armee und Polizei usw.), die in erster Linie der politischen Propaganda und Überwachung dienen. In einem F. ist etwa festgelegt, dass ein Betrieb bestimmte Reparaturarbeiten in einer Schule übernimmt, seine Planerfüllung laufend meldet, Werkvertreter zu den Abschlussprüfungen entsendet, betriebsangehörige -> FDJ-Mitgl. als Pionierleiter an die Schule abordnet und Geld für Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen und Schülerfahrten zur Verfügung stellt. Die Schule verpflichtet sich ihrerseits zu Betriebsbesichtigungen und Kulturveranstaltungen zur unterrichtlichen Auswertung der Produktionsmeldungen im Hinblick auf den Fünfjahrplan und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Arbeitern. Die Schule als «gesellschaftliche und politische» Einrichtung unterwirft sich also der Kontrolle der politischen Funktionäre.

Wie schon die Einheiten der -> KVP werden vor allem auch die Truppenteile der -> **Nationalen Volksarmee** und der kasernierten Polizeitruppen von dem F.-Netz erfasst. Die -> SED ist bemüht, auch hier -> Patenschaften zu gründen und zu beleben. Im Rahmen solch eines F., z. B. zwischen einem Stahlwerk und einem Regiment, der auch als Patenschaft bezeichnet wird, werden Delegierte und Schulungsreferenten ausgetauscht, Rekruten betreut, Besichtigungen durchgeführt. Ferner wird für den betr. Truppenteil der Volksarmee erworben, treten Spielgruppen hier und dort auf. Auch Gliederungen der FDJ und anderer **Massenorganisationen** werden dazu gebracht, einen F. mit je einer Einheit der Volksarmee zu schließen. Mitte 1959 wurden auch Hochschulen, Fakultäten und Institute stärker angewiesen, mit Betrieben, -> LPG und Truppenteilen F. zu schließen: So die Universität Ost-Berlin mit 7 Elektrogrossbetrieben Ost-Berlins, die landwirtschaftl. Fakultät der Univ. Halle mit den LPG des -> MTS-Bereichs Wallwitz.

**FREYER, ERWIN:** \*27. 12. 1914 in Berlin als Sohn eines Gärtners. Gymnasium, Studium an der TH Berlin (Flugzeugbau), 1940 Dipl.-Ing., danach in den Henschel-Flugzeugwerken tätig. 1944 in Verbindung mit komm. Widerstandsgruppen, verhaftet und zum Tode verurteilt, von den Sowjets 1945 befreit. 1945 -> **KPD**, bis 1953 Mitgl. des Büros für Wirtschaftsfragen beim Ministerpräsidenten, bis März 1955 in der Hauptabteilung Planung des Ministeriums für Maschinenbau, anschl. im Ministerium für Schwerindustrie, seit 1956 als Generalmajor Stellv. des Ministers für Nationale Verteidigung und verantwortlich für die Rüstungsindustrie. Seit 19. 2. 1958 Mitgl. der **Staatl.** -> **Plankommission**.

**FRIEDEN:** Zwischenstaatlicher Zustand, der nach komm. Auffassung nur durch politischen Kampf, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt, erhalten bzw. erreicht werden kann. Eine entsprechende Vermischung von Friedens- und Kampfpäralen beherrscht den Jargon der SED-Funktionäre und Presse durch alle Phasen ihrer verschiedenen ausserpolitischen Programme. Nie wird der F. um seiner selbst willen gefordert, sondern immer nur als Mittel zur Erreichung der komm. Ziele. Dem entspricht die komm. Haltung gegenüber dem **Pazifismus**, der somit den ungerechten F. vertritt: «Indem sie jegliche revolutionäre Tätigkeit der Massen ablehnen, betragen die Pazifisten die Werktagen und verheimlichen die Vorbereitung imperialistischer Kriege der Bourgeoisie. Die Politik der Pazi-

fisten ist identisch mit imperialistischen, räuberischen, ungerechten Kriegen\* (Sowjetisches Fremdwörterbuch, Staatsverlaag Moskau 1947). Der **Friedenskampf** wird vornehmlich mit den Mitteln der **-\* Propaganda** und von eigens dazu gegründeten, sog. überparteilichen Organisationen geführt. Dabei wird die sowjetische Politik in jedem Falle als dem F. dienend unterstützt und jede andere Politik als friedensfeindlich bekämpft.

**FRIEDENSAHRT:** Die «Internationale Radfahrfahrt für den Frieden» wird seit 1948 mit grossem politischem Propagandaaufwand «im Sinne der **-> Weltfriedensbewegung**» veranstaltet. Ursprünglich nur von Prag nach Warschau oder umgekehrt durchgeführt, geht das Strassenrennen seit 1952 über Berlin, das 1960 Ziel der F. war.

**FRIEDENSGEFÄHRDUNG:** Straftatbestand, der aus der Direktive 38 des Alliierten **-> Kontrollrats** vom 12. 10. 1946 entnommen wurde, Art. III A III lautet: «Aktivist ist auch, wer nach dem 8. 5. 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.» Diese Bestimmung des Kontrollrats wurde in der Rechtsanwendung der sowjetischen politischen Strafgerichte ihres Sinnes, neofaschistische und neomilitaristische Umtriebe zu verhindern, völlig entkleidet und diente zur rücksichtslosen Verfolgung tatsächlicher oder angeblicher Gegner des politischen Systems. Zahllose ausserordentlich harte Urteile wegen Plakatklebens, Verbreitung von Druckschriften und Zeitungen und politischer Äusserungen beweisen dies. Alle diese Urteile sind auf Art. III A III der Direktive 38 gestützt. Das Anmalen des Wortes «Freiheit» ist «ein Gerücht, das in höchstem Masse den Frieden des deutschen Volkes gefährdet» (Urteil des Landgerichts Potsdam gegen den Jugendlichen Lewner: 5 Jahre Gefängnis). Durch den am 19. 9. 1955 bekanntgegebenen Beschluss des sowjetischen Ministerrates, wonach alle Gesetze, Direktiven und Befehle des Kontrollrats im Gebiet der SBZ ihre Gültigkeit verlieren, ist auch die Direktive 38 aufgehoben worden. Verurteilungen wegen F. sind demnach nach Art. III A III dieser Direktive nicht mehr möglich. Die Lücke wurde bis zum 1. 2. 1958 dadurch geschlossen, dass auf einen als strafwürdig empfundenen Sachverhalt einfach der Art. 6 der **-> Verfassung** (**-> Boykottetze**) angewendet wurde. Jetzt kann einer der Tatbestände des **-> Strafrechtsergänzungsgesetzes** oder in Ausnahme-

fällen Art. 6 oder das **-> Friedenschutzgesetz** herangezogen werden. (**-> Rechtswesen**)

**FRIEDENSGRENZE:** im Pj. die **-> Oder-Neisse-Linie**.

**FRIEDENSKAMPF:** **-> Frieden**.

**FRIEDENSRAT, DEUTSCHER:** Sowjetzonaler Zweigstelle des Weltfriedensrates, leitet die (angeblich 20'000) örtlichen Friedensräte der SBZ, die einen Zweig der **-> Weltfriedensbewegung** bilden. Die überparteilich auftretende **-> Tarnorganisation DF.** wurde von der **-> SED** unter der Bezeichnung «Deutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden» am 10. 5. 1949 gegründet, als Leitstelle der schon vorher organisierten örtlichen und regionalen Friedenskomitees. Diese Organisation wurde am 12. 1. 1953 umbenannt in DF., die örtlichen Zweige erhielten den Namen «Friedensräte». Im Sinne des Weltfriedensrates und der SED leitet den DF. von Anfang an sein Generalsekretär, der Altkommunist und Moskaueremigrant Heinz Willmann (SED), der vorher als Generalsekretär des **-> Kulturbundes** eine ähnlich gerichtete Tarnorganisation gesteuert hatte. Neben ihm steht, als neutral wirkendes Sprachrohr, seit dem 9. 12. 1950 der Präsident des DF.: der parteilose Strahlenforscher Prof. Dr. **Walter Friedrich**. Die Agitation des DF. wird in Richtung auf die Kirchen durch sog. «Christliche Arbeitskreise» im DF. und in den Friedensräten verstärkt und verfeinert. — An den **-> Ostseewochen** in **-> Rostock**, die als «Friedenswochen» aufgezoogen werden, ist der DF. propagandistisch mitbeteiligt.

Seit 1957 bemüht sich der DF. vor allem, die moderne atomare Bewaffnung der NATO und die bedingt geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zu verhindern. Dabei schweigt er aber vorsorglich von der Atomrüstung der Sowjetarmee: so z. B. auf seinem 5. Deutschen Friedenskongress n8.-20. 5. 1958). — Der DF. stützt und bearbeitet seit 1949 die Friedenskomitees in der Bundesrepublik. Die Spitze dieses Komitees hiess bis zum 17. 6. 1956: «Deutsches Friedenskomitee», danach: «Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland».

**FRIEDENSCHUTZGESETZ:** Kurzform für «Gesetz zum Schutze des Friedens» vom 15. 12. 1950 (GBLS. 1199). Das F. zählt verschiedene Tatbestände auf, die im wesentlichen dem Schlagwortkatalog des Art. 6 der sowjetzonalen Verfassung entsprechen (**-> Boykottetze**). Zuständig zur Aburteilung nach dem Gesetz ist das Oberste Gericht. Diese Zuständigkeit ist nach § 10 Abs. 3 auch gegeben, wenn die angeb-

liehe Straftat von deutschen Staatsbürgern nicht im Gebiet der SBZ begangen worden ist, selbst dann, wenn der Täter dort nicht einmal seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat. Das Gesetz enthält also eine scharfe Drohung gegen die Bewohner West-Berlins und der Bundesrepublik, insbesondere gegen Politiker und Journalisten. In der Praxis ist das Gesetz vom Obersten Gericht erst einmal angewendet worden (Urteil vom 14. 5. 1952 gegen Metz u. a.). (-> Rechtswesen)

**FRIEDRICH, WALTER:** Prof. Dr., \* 25.12.1883 in Magdeburg, Gymnasium, Studium der Physik in Genf und München, Dr. phil. 1912 bis 1914 im Institut für theoret. Physik in München, 1917 Privatdozent in Freiburg, 1920 ao. Professor, 1923 Ordinarius für medizinische Physik an der Universität Berlin, Begründer des Instituts für Strahlenforschung in Berlin, das er bis 1945 leitete. 1928 Präsident der Deutschen Röntgengesellschaft. 1948 Direktor des Instituts für Medizin und Biologie der Deutschen -> **Akademie der Wissenschaften** in Berlin-Buch, 1949 bis 1952 Rektor der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Vom April 1951 bis Dezember 1955 als Nachfolger von Prof. Stroux Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, seitdem Vizepräsident. Präsident des **Deutschen -> Friedensrates**.

**FRINGS, THEODOR:** \*23. 7.1886 in Dülken/Rhld., Gymnasium, Studium der Germanistik und Romanistik in Bonn. 1915 Promotion zum Dr. phil., danach Studienrat in Leiozig, Privatdozent. 1917 Habilitation, 1919 o. Prof. in Bonn, Mitbegründer des Bonner Instituts für geschichtliche Landeskunde, Arbeit über «Kulturströmungen und Kulturovinzen in den Rheinlanden». 1927 nach Leipzig auf den Lehrstuhl für Germanistik berufen. Analoge Untersuchungen über «Kulturräume und Kulturprovinzen im mitteldeutschen Osten», Grundlagenforschung zu einer Geschichte der deutschen Sprache. Auch jetzt noch Professor für Deutsche Sprache und Literatur an der Univ. Leipzig. Seit 1948 Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, seit 1952 Leiter des Instituts für Sprachwissenschaften in der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin. Mitgl. mehrerer in- und ausländischer Akademien. - Herausgeber des Altheutschen Wörterbuches und des Grimmschen Wörterbuches.

**FRITZ-HECKERT-MEDAILLE:** DieFHM. ist vom -> FDGB gestiftet und wird von ihm für hervorragende gewerkschaftliche Tätigkeit (im Sinne des Kommunismus), auch im internationalen Rahmen, verliehen. (-> **Auszeichnungen**)

**FROHLICH, PAUL:** \*21.3.1913 in Planitz bei Zwickau als Sohn eines Bergarbeiters. Volksschule. Koch. 1929 bis 1945 Bergmann und Industriearbeiter. 1929 -> KJVD, 1930 KPD, verschiedene Parteifunktionen. 1945 -> KPD, Sekretär für Agitation und Schulung in Glauchau. 1946 Lehrgang an der -> **Parteihochschule** der SED, 1946 bis 1949 Sekretär der SED-Kreisleitung Dresden, 1949 bis 1950 1. Sekretär der Kreisleitung Bautzen, 1950 bis 1952 in gleicher Funktion in Leipzig, Mitgl. des Landesvorstandes der SED Sachsen. Seit 1952 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig. Seit 1954 Kandidat, seit 6. 2. 1958 Mitgl. des -> **ZK der SED**. Vom 6. 2. 1958 bis 16. 7. 1958 Sekretär des -> **Politbüros**. Seit 1954 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, Mitgl. des Gnadenausschusses und seit 9.3. 1960 Vors. des neugegründeten Ausschusses für Nationale Verteidigung der Volkskammer. Trat besonders bei der Auseinandersetzung mit **Ernst -> Bloch** u. a. als fanatischer Verfechter der-\* Ulbricht-Linie auf.

**FUNFHUNDERTTAUSENDER-BEWEGUNG:** Aus der SU übernommenes Selbstverpflichtungsprogramm (-> **Selbstverpflichtung**) für Lokomotivführer. 500'000t/km sollen ohne Generalreparatur gefahren werden. (-> **Aktivistebewegung**, -> **Verkehrswesen**)

**FUNFJAHRPLAN:** Durch die Staatliche -> Plankommission erstellter langfristiger Wirtschaftsplan. (-> Planung)

Der 1. F. galt für die Jahre 1951 bis 1955. Sein allgemeines Hauptziel war die Verdoppelung der Industrieproduktion gegenüber 1950 bei gleichzeitiger Beseitigung der -> **Disproportionen**, die als Kriegsfolge (-> **Reparationen**) und nach der Spaltung Deutschlands spürbar geworden waren. Schwerpunkte des 1. F. waren daher der Aus- und Neubau von Energieerzeugungsanlagen, der Braunkohlenindustrie, des Erzbergbaus sowie der Hütten- und Walzwerke, der chemischen Industrie und des Schwermaschinenbaus. Da nur unzureichend Finanzmittel für Neuinvestitionen zur Verfügung standen, wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität (-> **Produktivität**) durch **Forcierung der sozialistischen -> Wettbewerbe** unter den Betriebsarbeitern, der -> **Neuerer** und -> **Aktivistebewegung** befohlen.

Der Bericht über die Ergebnisse des 1. F. spricht von einer «allgemeinen Erfüllung der Planziele», verschweigt aber nicht, dass die Planziele in den wichtigsten Positionen der Grundstoffindustrien nicht erreicht worden sind, nämlich bei elektrischer Energie, Braunkohle, Eisenerz, Roheisen, Rohstahl und Kupfererz. Die Nichterfüllung

in diesen Bereichen bedeutet also, dass das Missverhältnis zwischen Grundstoffherzeugung und Bedarf der Verarbeitungsindustrien nicht beseitigt werden konnte.

Der 2. F. wurde in den Jahren 1955 und 1956 mit grossem Propagandaaufwand vorbereitet. Er sollte für die Jahre 1956-1960 gelten. Die SED veröffentlichte im März 1956 eine umfangreiche «Direktive für den zweiten Fünfjahrplan». Das Gesetz über den 2. F. wurde erst im Januar 1958 erlassen. Wesentlichste Merkmale waren: Der Ausbau der Grundstoffindustrien sollte verlangsamt, fehlende Rohstoffe sollten aus dem Osten eingeführt werden, der Schwermaschinenbau, aber auch der allgemeine Maschinenbau sollten verstärkt und der erhöhte Produktionsausstoss nach den Ländern des Sowjetblocks exportiert werden. Die industriellen Steigerungsquoten waren entsprechend unterschiedlich angesetzt: Die Grundstoffherzeugung sollte um 45 v. H., der Maschinenbau jedoch um 75 v. H. ansteigen. – Indes hatte der 2. F. nur drei Jahre Gültigkeit (1956-1958); er wurde abgebrochen im Zusammenhang mit der von der SU ausgegangenen neuen, längerfristigen Periodisierung der Perspektivpläne. Kurz nachdem die SU einen Siebenjahrplan beschlossen hatte, übernahm auch das SED-Regime Mitte 1959 die neue Periodisierung. Die beiden Restjahre des 2. F. (1959 bis 1960) wurden übernommen in den -> **Siebenjahrplan der Zone.** [781]

**FUNKE, OTTO:** \* 23. 8. 1915 in Lennep/Rhld. als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Gymnasium. 1930 -> **SAJ**, dann -> **KJVD**, 1933 KPD. 1935 bis 1937 Gefängnis. 1938 bis 1940 Lehre und Tätigkeit als technischer Angestellter, später Kriegsdienst, Gefangenschaft. 1945 -> **KPD**. 1946 bis 1948 2. Sekretär, 1948 bis 1949 1. Sekretär der Landesleitung Thüringen der -> **FDJ**. 1949 bis 1952 2. Sekretär der Landesleitung Thüringen der -> **SED**. 1952 bis 1955 1. Sekretär der Bezirksleitung Gera der SED, seit 1956 1. Sekretär der Bezirksleitung Suhl der SED. Seit 1958 Kandidat des -> **ZK** der SED. 1950 bis 1954 und wieder seit 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**FUNKTIONÄRE:** In der **SED**, den übrigen -> **Parteien** der SBZ, den

-> **Massenorganisationen** sowie in den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sind F. die «ideologisch fortgeschrittensten und aktivsten Mitglieder», die «eine fest umrissene, verantwortliche Funktion innehaben». Dabei wird weder zwischen gewählten und ernannten noch zwischen haupt- und ehrenamtlichen F. unterschieden. Kriterien der Auslese sind die Anerkennung «der führenden Rolle der SED» und ihrer Ideologie, der -> **Partei-disziplin** und der -> **Kritik und Selbstkritik**. Alle nachgeordneten F. sind durch den -> **Demokratischen Zentralismus** an die Weisungen der übergeordneten F. gebunden. In der SBZ gibt es trotz vielfältiger Ausleseverfahren (-> **Kaderpolitik**, -> **Schulung**) einen permanenten Mangel an zuverlässigen F. (-> **Säuberungen**). So hat eine nicht geringe Zahl von F. mehrere Funktionen zugleich inne (-> **Multifunktionsär**, -> **Kader**). Alle politisch entscheidenden Funktionen sind mit SED-F. besetzt. [331]

**FUNKTIONALISMUS:** Bezeichnung für eine Bauweise, die unter Hintanstellung des rein Ästhetischen das Bauwerk in allen Teilen aus seinem Zweck, seiner «Funktion», entwickelt; das Regime der SBZ lehnte bis 1955 den F. scharf ab und forderte nach sowjetischem Vorbild das Vordringen der «Bauidee». An dieser Forderung und an der nach «Aneignung des klassischen Bauerbes» hält die **Deutsche -\* Bauakademie** auch heute noch fest, obschon die sowjetische Baupolitik neuerdings eine stärkere Betonung der Funktion des Bauwerkes zulässt. (-> **Architektur**) [762]

**FUTTERMITTELFONDS, STAAT-LICHER:** Die Zukauffuttermittel der -> **Landwirtschaft** unterliegen in der SBZ in einem StF. der Bewirtschaftung durch die -> **VEAB**. Es handelt sich hierbei um Futtergetreide und Futtermittel, die aus der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse anfallen oder ausländischer Herkunft sind, wie Kleie, Rübenschnitzel, Extraktionsschrote, Fischmehle u. a. Der StF. ist kennzeichnend für die akute Mangellage der Versorgung mit Handelsfuttermitteln, welche die Minderleistungen in der tierischen Produktion mitverursacht. [755]

**GANZTAGSSCHULE:** Das Ende 1959 erlassene «Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens» bestimmt die Schulhorte und Internate als feste Bestandteile der -> Schule. Das ist die Basis für eine in den letzten Monaten durchgeführte Aktion zur Verwandlung der Schulen – insbesondere der zehnklassigen Oberschulen – in Tagesheim- oder G. Die Schule erhält damit die Aufgabe, eine sich auf den Vor- und Nachmittag erstreckende Erziehung zu organisieren, d. h. vor allem: sie hat nunmehr auch die Erledigung der Hausaufgaben zu kontrollieren und für eine gewisse Freizeitgestaltung und Betreuung der Kinder zu sorgen. Schwierigkeiten verschiedener Art haben zum Abblasen der Aktion geführt. Die Schulen sind gehalten, zunächst einmal Hausaufgabenzimmer und Schulhorte zu schaffen. In den nächsten Jahren sollen nur Schulversuche mit Tagesheimschulen durchgeführt werden. (-\* **Erziehungswesen**)

**GARANTIE- UND KREDITBANK (Garkreba):** Sowjet. Bankinstitut, Sitz Berlin, mit Zweigstellen in den Bezirken der SBZ. Verwaltet die der Sowjetischen Militärverwaltung aus Besatzungskosten zur Verfügung stehenden Gelder, bearbeitet die Geschäfte der Sowjet. Wirtschaftsverwaltungen und Sowjet. Handelsgesellschaften. Abrechnungsstelle für Reparationsleistungen. Befindet sich in Liquidation. (-\* **Bankwesen**)

**GARKREBA:** Abk. für -\* **Garantie- und Kreditbank.**

**GARTENBAU:** Im Rahmen der -> **Landwirtschaft** nimmt der G. eine Sonderstellung ein. Neben dem intensiven Gemüse- und Obstbau gehören dazu der Blumen- und Zierpflanzenbau, das Baumschulwesen sowie die Gemüse- und Blumensamenerzeugung, über den G. finden sich in der amtlichen -> **Agrarstatistik** der SBZ nur spärliche Angaben. Von den 6,4 Mill. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in der SBZ umfassen (1959) Haus- und Kleingärten 136 158 ha, Obstanlagen 69 734 ha, Weingärten 246 ha und Baumschulen 3062 ha. über die Erwerbsgartenbaubetriebe liegen Zahlen nur für Mitte 1956 vor. Sie weisen eine Anbaufläche von 52 757 ha und 676 ha Flächen unter Glas aus. An der ersten waren beteiligt mit 6696 ha (12,7 v. H.) private Erwerbsgartenbaubetriebe, mit

29 345 ha (55,6 v. H.) Wirtschaften von -> **Einzelbauern**, mit 12 256 ha (23,2 v. H.) gemeinschaftlich und individuell genutzte Flächen der -> **LPG** und mit 4460 ha (8,5 v. H.) die -> **Volkseigenen Güter und sonstige öffentliche und -\* Volkseigene Betriebe.** Von den Flächen unter Glas entfielen 1956 noch 84,5 v. H. auf den privaten, 15,5 v. H. auf den «sozialistischen» Sektor. 1958 waren 11714 Mitgl. in 291 Obstbaugemeinschaften der -> **VdgB (Ständige\* Arbeitsgemeinschaften)** zusammengeschlossen. Die politischen Bestrebungen verstärken sich, die Gärtnereien am Rande der Grossstädte zu gärtnerischen Produktionsgenossenschaften zusammenzuschliessen (GPG) und die Kleinstadt- und Dorfgärtnereien in die LPG zu überführen. Am 30. 11. 1959 bestanden bereits 93 GPG mit insgesamt 1534 Mitgl. und einer gärtnerisch genutzten Fläche von rund 1087 ha, darunter 223 277 qm Fläche unter Glas. Nach dem LPG-Gesetz vom 3. 6. 1959 werden GPG wie LPG behandelt. Der Grad der Vergesellschaftung entspricht dem Typ III der LPG. Die wesentlichsten Unterschiede zu den LPG Typ III sind: Bei Eintritt in die GPG wird kein festgelegter Inventarbeitrag erhoben; das gesamte Inventar wird eingebracht; es erfolgt keine Verteilung von Naturalien; jede Haushaltung kann bis zu 300 qm Gartenland und Kleinviehhaltung besitzen; bis zu 20 v. H. der Einkünfte der GPG werden auf Grund des eingebrachten Bodens und der Produktionsmittel verteilt. Abgesehen von den klimatischen Gegebenheiten fallen infolge einer Vielzahl von Mangelerscheinungen in der Betriebsmittelversorgung (Saat- und Pflanzgut, Schädlingsbekämpfungsmittel) der Stand der gärtnerischen Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen des G. gegenüber dem der BRD stark ab. [755]

**GEBRAUCHSMUSTER:** Der Schutz nicht patentfähiger Erfindungen ist durch das G.-Gesetz vom 18.1.1956 (GBl. S. 105) unter Aufhebung des Reichsgesetzes vom 5.5. 1936 in ähnlicher Weise wie das -> **Patentrecht** neu geregelt.

**GEDENKSTÄTTEN: -> Nationale Gedenkstätten.**

**GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE, RAT FÜR: \*** Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.



**GEGENWARTSKUNDE:** -> **Staatsbürgerkunde.**

**GEHEIMER INFORMANT (GI):** - **Spitzelwesen.**

**GEHEIMER MITARBEITER (GM):** -> **Spitzelwesen.**

**GELD:** -> **Währungspolitik, -> Währungsreform, -> Geldumtausch (1957), -> Devisen, Devisenbonus, -> Bargeldplanung.**

**GELDUMTAUSCH (1957):** Da sich im Besitz der Haushalte erhebliche Mengen nicht kontrollierbarer Bargeldsummen befanden, wurden auf Grund der VO über die Ausgabe neuer Banknoten und die Ausserkraftsetzung bisher gültiger Banknoten der Deutschen -> Notenbank (GBl. I, S. 603) am 13. Oktober 1957 alle umlaufenden Ostmark-Banknoten für ungültig erklärt. Man schätzte zur Zeit der Umtauschaktion eine Bargeldhortung von ca. 1,5 Mrd. DM Ost.

Zunächst erhielt jeder SBZ-Bewohner bis zu 300,- Ostmark ohne Abzug umgetauscht. Darüber hinausgehende Gelder wurden einem Sonderkonto zur Überprüfung auf «rechtmässigen» Besitz durch Sonderkommissionen gutgeschrieben, Sparguthaben, Ansprüche aus Versicherungsverträgen, Schulden und Zahlungsverpflichtungen wurden von dieser Aktion nicht berührt.

Die Bargeldhortungen in der SBZ wurden wesentlich unterstützt durch die Zugeständnisse im Rahmen des -> **Neuen Kurses** an die Arbeiter, die Lohnerhöhungen durchsetzten, ohne dass die Arbeitsproduktivität entsprechend gesteigert werden konnte; weiterhin durch das mangelnde Vertrauen in die -> **Währungspolitik** und die Angst, alle Ersparnisse der Kontenkontrolle zu unterwerfen. Diese sog. Strumpfgelder sind vor allem eine Folge des chronischen Warenmangels. Der Konsument der SBZ ist zu hoher Kassenhaltung gezwungen, damit er bei der schlechten Warenstreue für schnell eintretende günstige Käufe Gelder zur Verfügung hat. Das gilt in gesteigertem Masse auch für den kleinen Gewerbetreibenden und den Landwirt. Daher ist dieser Schritt vor allem als ein erneuter Schlag gegen die restliche Privatwirtschaft aufzufassen. Die Hauptursache dieser schwerwiegenden währungspolitischen Massnahme ist in dem Misserfolg der «geplanten» sowjetzonalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu suchen. (-> **Währungsreform**)

**GEMEINDE:** Unterste gebiets- und verwaltungsmässige Einheit der -> **DDR.** Hierzu zählen die kreisangehörigen Städte und die Land-G. In Art. 139, 142 der Verfassung wird den G. und G.-Verbänden das Recht der -> **kommunalen Selbstverwaltung** garantiert. Dieses Recht ist je-

doch mit der Herausbildung des zentralistischen Einheitsstaates immer mehr eingeschränkt und im Zuge der -> **Verwaltungsneugliederung** völlig aufgehoben worden. Nach dem Gesetz «über die örtlichen Organe der Staatsmacht» vom 17. 1. 1957 (GBl. I, S. 65) sind auch die Organe der G. «örtliche Organe der Staatsmacht», die unter absoluter Bindung an die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der-> **Volkskammer** sowie die Beschlüsse des -> **Ministerrates** und aller höheren örtlichen Volksvertretungen «den Aufbau des Sozialismus in ihrem Zuständigkeitsbereich» zu leiten haben. Träger von Rechten ist nicht die G., sondern die in der G. bestehende Dienststelle der staatlichen Verwaltung, der Rat der (kreisangehörigen) Stadt oder der G. Dieser ist Haushaltsorganisation, als solche juristische Person und Verwalter von Volkseigentum.

Organe der Staatsgewalt in der G. sind:

a) in der kreisangehörigen Stadt: **Die Stadtverordnetenversammlung** als örtliche Volksvertretung, die durch Scheinwahlen nach einer Einheitsliste gebildet wurde. Sie hat nicht das Recht, einen ständigen Vorsitzenden zu wählen.

Der **Rat der Stadt**, als doppelt unterstellte örtliche Dienststelle der staatlichen Verwaltung, die fiktiv den Charakter eines «vollziehend-verfügenden Organs der Stadtverordnetenversammlung hat und deren Mitgl. Stadtverordnete sein sollen. Der Vors. des Rates führt die Dienstbezeichnung Bürgermeister, die Stellv. führen die Bezeichnung Stadtrat. Die Stadtverwaltung ist in Fachabteilungen aufgliedert. Die Abteilungsleiter unterliegen nochmals der besonderen Weisungs- und Aufsichtsbefugnis der übergeordneten Fachorgane der Kreisverwaltung (-> **Kreis**); o) in den Land-G. heissen die entsprechenden Organe **Gemeindevertretung** und Rat der G. Der Vors. des Rates der G. führt die Dienstbezeichnung Bürgermeister, die zumeist ehrenamtlich tätigen Stellvertreter die Dienstbezeichnung G.-Rat.

Als Folge der «sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft» (-> **landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften**) sollen sich mehrere G. zu Gross-G. zusammenschliessen.

**GEMEINDEVERTRETUNG:** -> **Gemeinde.**

**GEMEINSCHAFT DER SOZIALISTISCHEN ARBEIT:** Ehrentitel für Gemeinschaften in -> **volkseigenen Betrieben**, «die in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit wesentliche Beiträge zur Förderung des technischen Fortschritts geleistet haben, insbesondere auch durch die Entwicklung neuer Technologien und ihrer Einführung in die Praxis durch die

Durchsetzung neuer Arbeitsverfahren und durch Verbesserung der Arbeitsorganisation». Ihre Tätigkeit muss zur Erhöhung der -> **Arbeitsproduktivität** und Senkung der -> **Selbstkosten** beitragen und von nachweislichem volkswirtschaftlichem Nutzen sein. Zum Ehrentitel gehört für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine Medaille mit Urkunde sowie eine Prämie bis zu 600 DM Ost. (-> **Aktiv**, -> **Kollektiv**, -> **Auszeichnungen**)

**GEMEINSCHAFTEN, SOZIALISTISCHE:** Das SED-Regime anerkannte und propagierte bis etwa 1958 als das wirksamste Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität das «Prinzip der materiellen Interessiertheit» und war bereit, gute Leistungen durch entsprechende Entlohnung bzw. Prämierung zu honorieren. Seitdem verfolgt das Regime eine «billigere» Methode. Ausgehend von einer -> **Ulbricht-Rede** auf dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) verlangt die SED-Propaganda seitdem von den Beschäftigten in der Wirtschaft, dass sie «auf sozialistische Weise arbeiten» sollen, womit gemeint ist, dass die hohe Arbeitsleistung selbstverständlich ist und nicht besonderer Belohnung bedarf. Im Verfolg dieser Propaganda ist seitdem eine «Bewegung der SG.» ins Leben gerufen worden. Wichtigste Gruppen sind die folgenden:

a) «**Brigaden der sozialistischen Arbeit** (manchmal auch «Sozialist. Brigaden» genannt). Das sind Arbeitsbrigaden von Produktionsarbeitern (-> **Brigade**), die auf Verlangen der SED nicht lediglich ihre Produktionsverpflichtungen erfüllen, sondern eine Sozialist. Einstellung zur Arbeit haben sollen, wie sie in den **Zehn Geboten der Sozialist. Moral** fixiert wurde. Die Brigaden in den Betrieben sollen in Wettbewerb treten um den Titel «Beste Brigade der sozialistischen Arbeit». Nach Angaben der SED soll es Mitte Februar 1960 72 580 «Brigaden der Sozialist. Arbeit» mit 877'000 Mitgl. gegeben haben.

b) «**Sozialistische Gemeinschaften**», auch sozialistische Arbeits-, Forschungs- und Entwicklungsgemeinschaften genannt. SG. sind Gruppen von Angehörigen der -> **Intelligenz**, der mittleren technischen Kader (Werkmeister, Schichtleiter usw.) und Betriebsarbeitern, die sich «auf freiwilliger Basis» zusammenfinden sollen, «um alle schöpferischen Kräfte, das ganze Können und Wissen im Interesse des Betriebes auszuwerten». Diese Kollektive sollen insbesondere Mittel und Wege finden, um produktionstechnische und sonstige produktionssteigernde Fortschritte und Verbesserungen zu verwirklichen (-> **Erfindungs- und Vorschlagswesen**). Die SG. werden von

den Betriebssektionen der **Kammer der -> Technik** angeleitet. Mitte Februar 1960 soll es 28 200 SG. mit 230100 Mitgl. gegeben haben.

Die beiden Formen der SG. sind seit 1959 Hauptgegenstand der -> **Produktionspropaganda**.

**GEMEINSCHAFTSARBEIT, SOZIALISTISCHE:** Im PJ. seit 1958 üblicher Sammelbegriff für die in der Industrie und seit 1959 auch in der Landwirtschaft praktizierten neuen Formen verstärkter kollektiver Zusammenarbeit, insbesondere in den -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit** und den **sozialistischen -> Arbeitsgemeinschaften**. Hier komme angeblich die neue **sozialistische -> Moral** zum Durchbruch. Das ZK ist überaus, wennschon mit wenig Erfolg, bedacht, die SG. gegen analoge Formen der Kooperation in der westlichen industriellen Massengesellschaft – wie das team work – abzuheben, während tatsächlich der rationelle Kern der SG. im wesentlichen darauf hinausläuft.

**GEMEINSCHAFTSKÜCHEN:** Einrichtungen zur Bereitung der Mahlzeiten in Kollektivbetrieben. G. sollen wie Gemeinschaftskindergärten u. ä. Einrichtungen die Arbeitskraft der Ehefrauen und Mütter für das Kollektiv freisetzen. Das weitere Ziel dieser Anlagen, in der Kommune auch jedes private Familienleben sozialistisch umzugestalten, scheint schlechthin unerreichbar. In der SBZ dienen die G. auf den -> **LPG** vor allem dazu, den Genossen und Erntehelfern ohne grösseren Zeitverlust eine warme Mahlzeit am Tage zu bieten. Sie entsprechen als «gesellschaftliche Speisung» den Kantinen in Lohnarbeiterbetrieben. (-> **Agrostadt**)

**GENERALLINIE:** -> **Marxismus-Leninismus**.

**GENERALSTAATSANWALT DER DDR:** Dienstbezeichnung des Leiters der -> **Staatsanwaltschaft der «DDR»**.

**GENOSSENSCHAFTEN:** In der **SBZ** gab es nach 1945 zunächst noch G. herkömmlicher Art, wie sie auch heute noch in der Bundesrepublik üblich sind, d. h. genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen, die auf freier Willensentscheidung ihrer Mitgl. zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Bedingungen basierten, z. B. Einkaufs- u. Liefer-G. im -> **Handwerk**, Raiffeisen – Verband in der -> **Landwirtschaft**.

Mit dem «Aufbau des Sozialismus» wurde, dem Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse entsprechend, in den G. die Ausschaltung des genossenschaftseigenen demokratischen Elements eingeleitet. Die G. wurden in das staatl. Planungssystem einbezogen. Die Selbständigkeit der Betriebe der Genossenschaftsmitgl. blieb zunächst erhalten. Die G. wurden

linientreuen Führungskräften unterstellt, die nach dem Sozialisierungsparteitag der SED 1952 ihre Aufgabe darin sahen, die Landwirte und die Handwerker zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit zu veranlassen und **Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften** bzw. Produktionsgenossenschaften des Handwerks zu gründen, die nicht mehr als echte G. angesprochen werden können, da das persönliche Interesse der Mitgl. ausgeschaltet ist und ihre Aufgabe in der Erfüllung staatlicher Produktionsauflagen besteht. Inzwischen hat das Regime der SBZ den freien Bauernstand völlig in die LPG gezwungen. Damit haben sich auch die Aufgaben der **VdgB (BHG)** geändert.

Die Kollektivierung des Handwerks ist ungleich problematischer als die der Landwirtschaft, da die Versorgungskrisen bei den notwendigsten Gebrauchsgütern den Zusammenschluss der noch selbständigen Handwerker in Produktions-G. den Zonenmachthabern gegenwärtig noch nicht ratsam erscheinen lassen. Die Propaganda zur Kollektivierung des Handwerkerstandes ist aber nicht eingestellt. Die Produktions-G. des Handwerks (PGH) erreichten 1959 22 v. H. des Gesamtumsatzes des Handwerks (einschl. Bau). Die Produktions-G. werden als „fortschrittliche sozialistische Institutionen“ bezeichnet und durch Vergünstigungen verschiedener Art gefördert.

Die **Konsumgenossenschaften** in der SBZ sind keine eigentlichen G. der Verbraucher, sondern gelten als eine der von der SED gesteuerten **Massenorganisationen** zur Erfassung und Beeinflussung der Bevölkerung. Der Umsatzanteil der Konsumgenossenschaften am Einzelhandelsumsatz betrug 1959 rd. 32 v. H.

**GENOSSENSCHAFTLER, HERVORRAGENDER:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 1'000 DM, der an Mitgl. von **LPG**, von gärtnerischen Produktionsgenossenschaften und von Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer für Verdienste um die Entwicklung der Genossenschaft und beim Aufbau des Sozialismus verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**GENOSSENSCHAFTSBAUER:** Mitgl. einer **LPG**, unabhängig von seiner beruflichen oder sozialen Herkunft. Der relativ hohe Anteil an ehemaligen Land- und Industriearbeitern im Mittel aller LPG-Typen – Ende 1958 rd. 45 v. H. aller G. – ist nach der **Zwangskollektivierung** erheblich abgesunken. Die Zahl der ehemaligen **Bauern** unter den G. ist zwangsläufig angestiegen; davon erhofft man sich

in der SED eine wirtschaftliche Festigung der LPG. (-> **Landwirtschaft, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften**) [755] **GEOLOGISCHE KOMMISSION, STAATLICHE: Der Staatlichen Plankommission** unterstelltes zentrales Organ für die Erforschung und Ermittlung natürlicher Rohstoffvorkommen. Ihr angeschlossen sind verschiedene Institute und VE-Betriebe: Zentraler geologischer Dienst, Institut für angewandte Mineralogie, VEB Geophysik, VEB Geologische Bohrungen, VEB Erdöl und Erdgas. Enge Zusammenarbeit besteht mit Hochschulinstituten und den Leitungen der **WB**. Gegenwärtige Hauptaufgabe der StGK. sind die Ermittlungen neuer Vorkommen von Erdöl, Kali, Kohle und NE-Metallen. In den letzten Jahren sollen neue Kupfervorkommen (**Kupferbergbau**) und auch Braunkohlenlagerstätten (**Kohlenindustrie**) ermittelt worden sein. (**Wissenschaftlich-technische Forschung**)

**GERA:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **Verwaltungsneugliederung** aus dem Südostteil von **Thüringen** sowie sächsischen und sachsen-anhaltischen Gebietsteilen; 3994 qkm, 729 630 Einwohner (1959). 2. Stadtkreise: Gera, **Jena**; 11 Landkreise: Eisenberg, Gera, Greiz, Jena, Lobenstein, Pörsneck, Rudolstadt, Saalfeld, Schleiz, Stadroda, Zeulenroda. Vors. des Rates des Bezirkes: Albert Wettengel (SED). I. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Paul Roscher**. 2. Stadtkreis im thüringischen Bezirk G., Bezirksstadt, Kreisstadt, an der Weissen Elster, mit 100 924 Einwohnern (1959) zweitgrößte Stadt Thüringens; ehem. russische Residenzstadt: Trinitatiskirche (14. bzw. 17. Jh.), Rathaus (16. Jh.), Schloss Osterstein (17./18. Jh.); eines der Zentren des sächsisch-thüringischen Textilindustriegebietes, daneben Maschinenbau, Metallwaren, Möbel-, Lebensmittel- und chemische Industrie; Theater, Städt. Museen.

**GERECKE, GUNTER:** \* 6. 10. 1893 in Gruna b. Delitzsch, Gymnasium, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Dr. jur. und Dr. rer. pol. 1917 Referendar in Kyritz, 1919 Landrat in Torgau, Mitgl. der Deutsch - Nationalen Volkspartei. 1922 aus dem Staatsdienst ausgeschieden. 1924-1928 M.d.R., 1929 aus der DNPV ausgetreten, Mitgründer und stellv. Vors. d. Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei, Präs. d. Deutschen Landgemeindetages, Mitgl. d. Preussischen Staatsrates u. d. Reichswirtschaftsrates. Dozent an der Landwirtschaftl. Hochschule Berlin. 1930-1932 wieder M.d.R., 1932 bis 1933 in den Kabinetten Schleicher

und Hitler Reichskommissar f. d. Arbeitsbeschaffung. März 1933 verhaftet, zu 2 1/2 Jahren Gef. angeklagt wegen Unterschlagg. verurteilt, 1935 entlassen, 1944 aus pol. Gründen wieder verhaftet. 1945 in der Provinzialregierung von Sachsen-Anhalt, 1946 in der Brit. Zone, CDU, 1946-1947 niedersächs. Innenminister, Geschäftsführer d. CDU-Landesverb. Niedersachsen, Mitgl. des Zonenvorstandes der CDU. 1948 stellv. Ministerpräs. und Ernährungsminister in Niedersachsen. 1950 in Ost-Berlin Aufnahme von Kontakten zur SBZ-Regierung und zum komm. «Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft», unmittelbar darauf aus der CDU Niedersachsen ausgeschlossen, Übertritt zum BHE, Ende 1950 auch aus dem BHE ausgeschlossen. Nach Fehlschlägen bei der Gründung einer eigenen Partei im Juli 1952 in die SBZ, Mitglied der CDU der SBZ u. d. Nationalrats der Nationalen Front. Präsident der SBZ-Zentralstelle für Zucht u. d. Leistungsprüfstelle für Traber und Vollblutpferde.

**GERICHTSKRITIK:** Nach § 4 der sowjetzonalen Strafprozessordnung vom 2. 10. 1932 (GBl. S. 996) hat ein Gericht durch begründete Beschlüsse Kritik an Mängeln zu üben, die es in der Durchführung eines Strafverfahrens durch ein unteres Gericht feststellt. Diese Kritik ist auch dann vorzunehmen, wenn «Gesetzesverletzungen durch einen Staatsanwalt, ein Untersuchungsorgan, andere Staatsorgane oder gesellschaftliche Organisationen» festgestellt werden. «Die Gerichtskritik ist eine scharfe Waffe; sie darf nicht durch zu häufigen Gebrauch abgestumpft werden. Sie ist die Ausnahme und nicht die Regel. . . . Andererseits muss aber auch Schluss gemacht werden mit der Tendenz, die Waffe der Gerichtskritik fast überhaupt nicht anzuwenden. Die schärfste Waffe nützt nichts, wenn sie nicht dort gebraucht wird, wo das im Interesse der Entwicklung unseres Staates notwendig ist» («Neue Justiz» 1956, S. 106). Neben der G. gibt es die umgekehrte Kritik am Gericht, die das «Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht» vom 18.1.1957 (GBl. S. 65) den örtlichen **-> Volksvertretungen** zubilligt. (**Unabhängigkeit der -> Richter**)

**GERICHTSVERFASSUNG:** Die G. blieb in den Ländern der SBZ nach dem Zusammenbruch 1945 hinsichtlich der Gerichtsorganisation zunächst in der herkömmlichen Weise geregelt: ein Oberstes Gericht für die SBZ fehlte bis zum Jahre 1949 (das Reichsgericht war 1945 von den Besatzungsmächten geschlossen worden). Durch VO vom 28. 8. 1952 (GBl. S. 791) wurde die Gerichts-

organisation der durch die sog. **-> Verwaltungsreform** geschaffenen Bezirks- und Kreiseinteilung angeglichen und zugleich das Rechtsmittel der Revision beseitigt. Mit dem am 15. 10. 1952 in Kraft getretenen «Gesetz über die Verfassung der Gerichte der DDR (Gerichtsverfassungsgesetz)» (GVG) vom 2. 10. 1952 (GBl. S. 985) wurde das seit 1879 in Deutschland geltende Gerichtsverfassungsgesetz ausser Kraft gesetzt. Durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 1. 10. 1959 (GBl. I, S. 753) und durch das Gesetz über die Wahl der **-> Richter** vom gleichen Tage wurde das GVG in einigen Bestimmungen entscheidend verändert. «Die Gerichte sind Organe der einheitlichen volkdemokratischen Staatsmacht» (§ 1 GVG). «Die Gerichte tragen durch ihre Tätigkeit dazu bei, dass in ihrem Bereich die staatlichen Aufgaben erfolgreich gelöst, insbesondere die Volkswirtschaftspläne erfüllt werden» (§ 2, Abs. 2 GVG).

Die Rechtsprechung wird ausgeübt durch Kreisgerichte, Bezirksgerichte und das Oberste Gericht und soll «dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden» dienen (§ 2, Abs. 1, Satz 1, GVG). Die Urteile ergehen «im Namen des Volkes». Die Richter sollen angeblich «in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen» sein (§ 7 GVG und Art. 127 der **-> Verfassung**); tatsächlich sind jedoch weder die persönliche noch die sachliche Unabhängigkeit der Richter gewährleistet (**Unabhängigkeit der -> Richter, -> Schöffen, -> Instruktuwesen**). Die Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich; die **-> Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen** kann jedoch in bestimmten Fällen ausgeschlossen werden. Ausnahmegerichte sind unzulässig; dagegen können Gerichte für bestimmte Sachgebiete (Sondergerichte) errichtet werden. Die Gerichtssprache ist deutsch (in der Lausitz kann in sorbischer Sprache verhandelt werden) (**-> Wenden**).

**Kreisgericht (KrG):** In jedem Kreis besteht ein KrG, das von einem Direktor geleitet wird und in Straf- und Zivilkammern gegliedert ist; sie sind mit einem Richter als Vorsitzendem und zwei Schöffen besetzt. Das KrG ist zuständig: a) für alle Strafsachen, in denen nicht die Zuständigkeit eines höheren Gerichtes begründet ist bzw. in denen der Staatsanwalt Anklage vor dem KrG erhebt, und b) für alle Zivilsachen, soweit nicht «eine Partei Träger gesellschaftlichen Eigentums ist und der Streitwert 3'000 DM Ost übersteigt». **-** Bei jedem KrG besteht eine **Rechtsauskunftsstelle**

zur Beratung der Bevölkerung und ist mindestens ein Gerichtsvollzieher angestellt.

**Bezirksgericht (BG):** In jedem **Bezirk** besteht ein BG, das von einem Direktor geleitet wird und in Straf- und Zivilsenate gegliedert ist; sie sind in der ersten Instanz mit einem Oberrichter oder Richter als Vorsitzendem und 2 Schöffen, in der zweiten Instanz mit einem Oberrichter als Vorsitzendem und 2 weiteren Richtern besetzt. Das BG ist zuständig: 1. in erster Instanz a) für Strafsachen, die «Verbrechen gegen die DDR», Mord oder besonders schwere Wirtschaftsverbrechen zum Gegenstand haben oder in denen der Staatsanwalt wegen ihrer Bedeutung Anklage vor dem BG erhebt, und b) in allen Zivilsachen, die nicht vor das Kreisgericht gehören; 2. in zweiter Instanz für die mit einem Rechtsmittel angefochtenen Entscheidungen der Kreisgerichte in Straf- und Zivilsachen.

**Oberstes Gericht (OG):** Als oberstes Gericht für die SBZ besteht das durch Gesetz vom 8. 12. 1949 (GBl. S. 111) errichtete OG mit dem Sitz in Ost-Berlin, das von einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten geleitet wird und in Straf- und Zivilsenate gegliedert ist; sie sind mit einem Oberrichter als Vorsitzendem und zwei weiteren Richtern besetzt. Das OG ist zuständig: 1. in erster und letzter Instanz für Strafsachen, in denen der Generalstaatsanwalt wegen ihrer Bedeutung Anklage vor dem OG erhebt; 2. in zweiter Instanz für die mit einem Rechtsmittel angefochtenen erstinstanzlichen Entscheidungen der Bezirksgerichte in Straf- und Zivilsachen und für die Entscheidung über die Berufung in bestimmten Patentsachen; 3. als Kassationsgericht in Straf- und Zivilsachen einschliesslich der Arbeitsgerichtsachen. – Das Plenum des OG setzt sich aus sämtlichen Richtern des OG zusammen; für eine Entscheidung ist die Teilnahme von mindestens zwei Dritteln aller Mitglieder des OG erforderlich. Das Plenum ist zuständig, wenn ein Senat des OG bei der Entscheidung einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Plenums abweichen will, und für die -> **Kassation** einer Entscheidung des OG. Das Plenum kann in Zusammenhang mit einer Entscheidung **Richtlinien** mit bindender Wirkung für alle Gerichte erlassen. Auf Antrag des Ministerrates erstattet das Plenum ferner **Rechtsgutachten**. - Präsident des OG war von 1949 bis zum 25.4. 1960 Dr. **Kurt -> Schumann**. Nach dessen Rücktritt (Mitgliedschaft in der NSDAP!) wurde Dr. **Heinrich -\* Toeplitz** zum OG-Präsidenten gewählt.

Da der Sowjetsektor -> **Berlins** nicht zur «DDR» gehört, besteht dort eine eigene Gerichtsorganisation: Ein Stadtbezirksgericht in jedem der acht Stadtbezirke (Zuständigkeit wie Kreisgericht), das Stadtgericht (Zuständigkeit wie Bezirksgericht) und als Rechtsmittel- und Kassationsinstanz das -> **Kammergericht**. Die vom OG erlassenen Richtlinien werden in gleichem Wortlaut wenige Tage später vom Kammergericht für den Bereich der Ost-Berliner Justiz erlassen. Als Gericht erster Instanz in Strafsachen wird das Kammergericht in der Praxis im Gegensatz zum OG nicht tätig. (-> **Rechtswesen**)

**GERICHTSVOLLZIEHER:** Das G.-Wesen ist durch VO vom 4. 10. 1952 (GBl. S. 993) neu geregelt worden. Der G. ist nicht Vertreter des Gläubigers, sondern ausschliesslich als Organ des Regimes tätig. Nach den «Thesen für die Arbeitsordnung der G.» hat der G. die im Prozessverfahren begonnene Erziehungsarbeit des Gerichts (-> **gesellschaftliche Erziehung**) in der -\* **Zwangsvollstreckung** weiterzuführen. Der G. soll das sozialistische Rechtsbewusstsein des Schuldners dadurch entwickeln, dass er ihn zu Beginn der Vollstreckungshandlung in einer öffentlichen Aussprache vor der Hausgemeinschaft, der Brigade oder LPG anprangert und zu einer selbstkritischen Stellungnahme veranlasst. Stellt der G. bei seiner Tätigkeit allgemeine politische Unklarheiten der Beteiligten fest, so hat er dies zu melden.

**GERLACH, MANFRED:** \* 8. 5. 1928 in Leipzig als Sohn eines Feinmechanikers, Mittelschule, als Schüler im März 1944 wegen illegaler Betätigung kurze Zeit in Jugendhaft. Von 1944 bis 1947 Justizangestellter. 1945-\* **LDPD**, 1948 Vors. des LDP-Kreisverbandes Leipzig-Stadt, von Juni 1951 bis Mai 1953 stellv. Vors. der LDP in der SBZ, von Aug. 1952 bis Jan. 1954 Vors. des Bezirksverbandes Leipzig der LDP. Mitte April 1950 gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien zum 1. Bürgermeister und Stadtrat für Handel und Versorgung in Leipzig gewählt. 1950 bis 1954 Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften «Walter Ulbricht»; Dipl.-Jurist. Von Dez. 1952 bis Jan. 1954 stellv. Oberbürgermeister in Leipzig, anschliessend Chefredakteur der «Liberal-demokratischen Zeitung» in Halle. Am 11. 6. 1954 Nachfolger Täschners als Generalsekretär der LDP. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Seit 12. 9. 1960 Stellv. des Vors. des -> **Staatsrates**.

**GERSTER, OTTMAR:** \* 29. 6.1897 als Sohn eines Arztes, Gymnasium, Musikhochschule, nach 1933 Musik-

lehrer an der Folkwangschule Essen, in der gleichen Position von 1945 bis 1948. Mitbegründer des ► Kulturbundes in Essen, 1948 Direktor der Hochschule für Musik in Weimar, Eintritt in die ► SED, 1951 zum Lehrer für Komposition an die Hochschule für Musik in Leipzig berufen, 1951 Vors. des Verbandes deutscher Komponisten der SBZ, Mitgl. der **Deutschen ► Akademie der Künste. G. hat** entscheidenden Anteil an der Gleichschaltung der Musikkunst in der SBZ und trat wiederholt mit Kompositionen hervor, in denen politische Themen behandelt werden, so mit der «Thüringischen Sinfonie», der Kantate «Eisenhüttenkombinat Ost», dem «Chor der Traktoristen\* und Aufbauledern.

(► **Musik**)

**GESAMTDEUTSCHE ARBEIT:** Die Verantwortung für die GA. liegt hauptsächlich bei dem seit 1959 von Max Spangenberg geleiteten sog. Arbeitsbüro des ► ZK der ► SED (früher Westkommission, dann Abt. für gesamtdeutsche Arbeit) (**Erich ► Glückauf**), bei der «Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit» beim ZK der SED, den entsprechenden Abt. der wichtigsten ► **Massenorganisationen und der ► Nationalen Front** sowie beim ► **Ausschuss für deutsche Einheit**. Die Arbeitsdirektiven erteilen das ► **Politbüro und das ► Sekretariat des ZK der SED**. Unter GA. wird vor allem die propagandistische Tätigkeit im Sinne der jeweiligen Deutschlandkonzeption der ► **KPdSU-** und **SED-Führung** verstanden (► **Wiedervereinigung**). Im Mittelpunkt steht das Werben um die westdeutsche Arbeiterschaft, insbesondere um Mitgl. des DGB und der t<sup>SP9</sup> unter der Parole «Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse». Verantwortlich für diese Bemühungen im SED-Politbüro: **Hermann ► Matern**. Ausserdem bemühen sich die SED und die ihr unterstellten Organisationen und Institutionen um Zusammenarbeit mit ehemaligen Offizieren, NSDAP-Mitgliedern, Unternehmern u. a. Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik (► **Infiltration, ► Tarnorganisationen**). Wichtigste Arbeitsmethoden: Entsendung von illegal reisenden Instruktoren in die Bundesrepublik zur Unterstützung und Kontrolle der in den Tarnorganisationen und dem illegalen ► **KPD-Apparat** tätigen Funktionäre sowie zur Überbringung finanzieller Zuschüsse; Entsendung von politisch zuverlässigen und besonders überprüften Delegationen, die insbesondere in Betrieben, Hochschulen, in den Gewerkschaften, öffentlichen Ämtern sowie mit gewählten Volksvertretern und mit Kommunalpoli-

tikern in der Bundesrepublik diskutieren und Kontakte aufnehmen sollen; Einladung von ebenfalls ausgesuchten Delegationen sowie von Schulkindern (► **Ferienaktion**) aus der Bundesrepublik in die SBZ «zum Studium der sozialistischen ► **Errungenschaften**»; Veranstaltung von «Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen\* und von «Gesamtdeutschen Gesprächen» zwischen SED-Funktionären und angeblichen SPD-Mitgl. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sind in der Mehrzahl getarnte Kommunisten. Verschickung von Propagandamaterial der Nationalen Front und des Ausschusses für deutsche Einheit an zahlreiche Organisationen, Betriebe, Schulen und Privatpersonen in der Bundesrepublik. Schulkinder, Angestellte, Funktionäre u. a. werden aufgefordert, mit bekannten oder unbekanntenen Personen in der Bundesrepublik in briefliche Verbindung zu treten sowie «Patenschaften\* zu übernehmen und über den Deutschlandplan der SED, die sozialistischen Errungenschaften in der SBZ, die angeblich «undemokratischen Verhältnisse\* in Westdeutschland und die «Vorbereitung eines Blitzkrieges\* durch die Bundesregierung «aufzuklären». Darüber hinaus umfassende Propagierung der SED-Deutschlandkonzeption durch den SBZ- ► **Rundfunk** und das ► **Fernsehen**.

Die jährlichen Aufwendungen für alle diese Tätigkeiten werden auf etwa 100 bis 120 Millionen DM West und 250 Millionen DM Ost beziffert. Für die propagandistische Tätigkeit ist **Albert ► Norden**, Mitgl. des SED-Politbüros, zuständig. In allen wichtigen politischen Fragen der GA., zum Teil sogar in Detailfragen entscheidet **Walter Ulbricht**. Ziel der GA. ist, die Bundesrepublik aus «den Händen der Monopolherren und ihrer Diener\* zu befreien und dafür Sorge zu tragen, dass «ganz Deutschland ein blühendes und in der Welt geachtetes sozialistisches Vaterland wird\* (Beilage 49 zur Zeitschrift «Junge Generation», S. 11).

**GESAMTPRODUKT, GESELLSCHAFTLICHES:** Im Sozialismus stellt nach marxistischer polit. Ökonomie das GG. die Gesamtheit der in einem bestimmten Zeitabschnitt erzeugten materiellen Güter (Produktionsmittel und Konsumtionsmittel) dar. Den grössten Teil des GG. bildet das ► **Nationaleinkommen**. Das GG. «wird durch die Arbeit der Werktätigen in der materiellen Produktion, nämlich in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Bauwesen und im Verkehrswesen, soweit es der Produktion dient, sowie durch die Arbeit des Handelspersonals geschaffen, soweit es Arbeiten ver-

richtet, die eine Fortsetzung des Produktionsprozesses in der Zirkulationssphäre darstellen (Lagerung, Endbearbeitung, Transport, Verpackung der Ware usw.). Ausser den Werktätigen, die körperliche Arbeit verrichten, nehmen an der Schaffung der materiellen Güter auch die in den Zweigen der materiellen Produktion beschäftigten Werktätigen (Wissenschaftler, Ingenieure usw.) unmittelbar teil, die geistige Arbeit verrichten (Lehrbuch Politische Ökonomie, S. 587). Alle nicht-produzierenden Zweige (wie staatliche Verwaltung, Kulturschaffende, soziale und medizinische Betreuung) sind an der Schaffung des GG. nicht beteiligt. Diese Arbeit wird als «gesellschaftlich nützliche Arbeit» bezeichnet.

**GESCHICHTSBETRACHTUNG:** -> **Nationale Geschichtsbetrachtung.**

**GESELLSCHAFT FÜR KULTURELLE VERBINDUNGEN MIT DEM AUSLAND:** Soll analog der **Gesellschaft für -> deutsch-sowjetische Freundschaft** den Kulturaustausch vor allem mit den Ländern des Ostblocks pflegen. Die Gesellschaft wurde am 7. 6. 1952 gegründet und veröffentlicht die Zeitschriften «DDR» und «DDR-Revue», die erste in deutscher, russischer, chinesischer, polnischer und tschechischer Sprache. Vors.: Prof. Dr. **Robert -> Alt** (SED), Generalsekr. **Kurt -> Heiss** (SED). (-> **Deutsch-Arabisches Gesellschaft**)

**GESELLSCHAFT FÜR SPORT UND TECHNIK:** Gesellschaft für -> **Sport und Technik.**

**GESELLSCHAFT ZUR VERBREITUNG WISSENSCHAFTLICHER KENNNTNISSE:** Auf Anregung des -> **Kultur-bundes (KB)**, des FDGB und der -> **FDJ** wurde am 17. 6. 1954 im Kabelwerk Oberspree (Ost-Berlin) die Gesellschaft gegründet. Ihr Vorbild ist die sowjetische «Allunionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse», die u. a. die Tätigkeit des 1945 aufgelösten «Bundes kämpferischer Gottloser» fortführte und deren Mitgl. nach dem Statut verpflichtet sind, jährlich mindestens zwei populärwissenschaftliche Vorträge zu halten. «Im Vordergrund der Tätigkeit der Gesellschaft steht - ausgehend von der Praxis des Kampfes um Frieden und Sozialismus und der Theorie des Marxismus-Leninismus - die Propagierung der nationalen Politik der DDR und der grossen Ideen und Perspektiven des Friedens und des Sozialismus.» Ihre Vorträge und Publikationen sollen sich durch «hohe Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit auszeichnen und sich ständig mit kleinbürgerlichen, revisionistischen, imperialistischen und idealistischen Auffassungen auseinandersetzen» («Neuer Weg», 1960/11). Die Ge-

sellschaft übernahm von den Volkshochschulen und dem KB nach und nach das gesamte populärwissenschaftliche Einzelvortragswesen. Sie hat 18'000 Mitgl., 800 Angestellte und veranstaltete 1958 über 145'000 Vorträge. 1. Vorsitzender: Prof. Dr. Rothmaler (SED). Verlag: Urania-Verlag. Zeitschriften: «Deutsche Aussenpolitik» und «Wissen und Leben». (-> **Erwachsenenbildung, -> Betriebsakademien, -> Dorfakademien, -> Jugenduniversitäten**)

**GESELLSCHAFTLICH:** Pj., soviel wie: orientiert am Interesse der «Arbeiterklasse» und der übrigen «werk-tätigen Massen». Meist in Wortverbindungen, wie «G. Betätigung», «G. Nutzen». Zugrunde liegt der Gedanke, dass die Arbeiterklasse, ihr Staat und insbesondere ihre Partei das Ganze der Bevölkerung (die «Gesellschaft») führen und repräsentieren. Was im Sinne von Arbeiterklasse und Partei geschieht, fördert mithin das Ganze; was Klasse oder Partei abträglich ist, gefährdet das Ganze. Was hingegen anderen Schichten nützt, kann sehr wohl als «gesellschaftlich» negativ gewertet werden. Dieser Begriff G. unterscheidet sich mithin wesentlich von dem westlichen, wo alles, was auf grössere Gruppen bezogen ist, damit bezeichnet wird.

**GESELLSCHAFTLICHE ERZIEHUNG:** Die Beschlüsse des V. Parteitags der -> **SED** im Juli 1958 gipfelten darin, in der SBZ-Bevölkerung das sozialistische -> **Bewusstsein** zu wecken und zu verstärken. Dem soll die Erziehung des einzelnen Bürgers durch das -> **Kollektiv** dienen, und zwar in allen Formen, in denen das Kollektiv in Erscheinung treten kann: in den -> **Parteien** und **Massenorganisationen**, im Betrieb und in der Wohnerversammlung. Da die noch vorhandene -> **Kriminalität** darauf zurückgeführt wird, dass noch nicht alle Bürger von echtem sozialistischem Bewusstsein durchdrungen seien, wird der GE. vor allem grosse Bedeutung im Kampf für die Überwindung der Kriminalität beigemessen. An den notwendigen Auseinandersetzungen mit einem straffällig gewordenen Bürger soll sich nicht nur das amtlich tätig werdende Gericht, sondern ein möglichst grosses Kollektiv beteiligen. Diese Einschaltung des Kollektivs sei wegen der in der Auseinandersetzung herrschenden «Atmosphäre der Unduldsamkeit» von grösserem erzieherischem Einfluss, als wenn lediglich das Gericht in Tätigkeit trete (Streit in «Neue Justiz» 1959, S. 37).

Bei geringfügigen Rechtsverletzungen, die zwar eine gerichtliche Strafe, aber keine Freiheitsentziehung erfordern, oder bei Handlungen, für die wegen mangelnder **Gesellschaftsgefährlichkeit** eine ge-

richtliche Bestrafung nicht erforderlich ist, sollen Massnahmen der GE. einsetzen. Die GE. soll im Betrieb, im Wohnbereich oder in der Produktionsgenossenschaft, der der Täter angehört, organisiert werden. Der Schwerpunkt soll in der Erziehungsarbeit innerhalb der sozialistischen **-> Brigaden** liegen. Nach und nach werden dann aus dieser GE. **-> gesellschaftliche Gerichte** entstehen (Hilde Benjamin in «Neue Justiz» 1959, S. 616).

**GESELLSCHAFTLICHE GERICHTE:** «Der Schritt zu GG. wird der dritte Schritt ins Neuland sein, den wir im zweiten Jahrzehnt unserer Republik tun werden\* (Hilde Benjamin in «Neue Justiz» 1959, S. 662). Entsprechend dem von Ulbricht auf dem 4. Plenum der SED gemachten Vorschlag werden an sich strafwürdige Handlungen von geringer **Gesellschaftsgefährlichkeit** nicht mehr durch die Gerichte verhandelt und abgeurteilt, sondern im Rahmen der **-> gesellschaftlichen Erziehung** anderen Institutionen als GG. zur **entsprechenden** Behandlung übertragen. In den **-> VEB wurden den -> Konfliktkommissionen** diese Aufgaben zugewiesen. In den Wohnbereichen sollen Einwohnerversammlungen unter **der Leitung der -> Nationalen Front** als GG. fungieren. Die Übertragung einer echten, justiziellen Befugnis auf diese Organe ist aber noch nicht erfolgt. «Die Organe der gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit in den Betrieben werden gesellschaftliche Organe sein und keine organisatorischen Verbindungen mit den Gerichtsorganen haben. . . . Andererseits bedeutet die Einrichtung einer gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit nicht, dass die staatlichen Gerichte nun etwa an Bedeutung verlieren. Sie sind nach wie vor wichtige und unentbehrliche Organe unseres Staates zu seinem Schutz gegen alle Verbrechen, die von Seiten der imperialistischen Feinde organisiert und versucht werden, und sie haben die grosse Aufgabe, bei der Erziehung des neuen, sozialistischen Menschen mitzuwirken» (Hilde Benjamin in «Neue Justiz» 1959, S. 662).

**GESELLSCHAFTSGEFÄHRLICHKEIT:** Schon **-> Fechner** hatte ausgeführt, dass eine Handlung oder Unterlassung immer dann mit Strafe zu ahnden sei, wenn sie das «Element der G.» enthalte, dass aber eine Bestrafung trotz Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandes nicht erforderlich sei, wenn dieses Element fehle. **Hilde -> Benjamin** brachte dies noch schärfer zum Ausdruck («Neue Justiz» 1954, Seite 453 ff.) und berief sich dabei auf den «materiellen Verbrechensbegriff» in dem Art. 8 des Straf-

kodex der RSFSR. Das **Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. 12. 1957** (GBl. S. 643) führt entsprechend diesen Meinungsäusserungen führender Justizfunktionäre und nach dem sowjetischen Vorbild den «materiellen Verbrechensbegriff» in das Strafrecht ein. Nach § 8 des Gesetzes liegt eine Straftat nicht vor, «wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist». § 9 bestimmt, dass Bestrafung unterbleibt, «wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten lässt, dass er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird». Körperverletzung gegenüber einem «Provokateur» ist «mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau und die Interessen der Werktätigen» keine strafbare Handlung (OG in «Neue Justiz» 1960, S. 68). (-> **Rechtswesen**)

## GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

**N:** Im Marxismus-Leninismus diejenigen Wissenschaften, die vom Menschen und der Gesellschaft handeln. Gegensatz: Naturwissenschaften. Im Westen decken sich die Begriffe G. und Soziologie weitgehend. Im **-> Marxismus-Leninismus** dagegen wird der Begriff G. weiter gefasst. Zu den G. gehören alle geisteswissenschaftlichen Disziplinen: Philosophie, Geschichte, philologische und ästhetische Wissenschaften, soziale und ökonomische Wissenschaften, Rechts- und Staatswissenschaften. Ihre Vermittlung steht unter dem Dogma, dass Mensch und Gesellschaft entscheidend von den jeweiligen **-> Produktionsverhältnissen** bestimmt werden. Die G. gehören in dem marxistischen Schema von Basis und überbau zum ideologischen überbau (**-> Historischer Materialismus**).

Diese Einordnung hat zur Folge, dass die bolschewistischen Parteien strengste «Parteilichkeit» der G. fordern. Lehrmeinungen, die der jeweiligen Parteilinie zuwiderlaufen, werden als «feindliche» Auffassungen besonders unachtsichtig bekämpft. (-> **Objektivismus, -> Subjektivismus, Kosmopolitismus**) Das Studium der wichtigsten G., Philosophie, Politische Ökonomie und Geschichte, ist für alle Studenten in der SBZ obligatorisch. (-> **Grundstudium**)



**GESETZGEBUNG:** Zum gesetzten Recht werden in der SBZ die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der -> Volkskammer, Verordnungen und Beschlüsse des -> **Staatsrates** und des -> **Ministerrates** und seines Präsidiums sowie die «normativen Verwaltungsakte der Leiter der zentralen Staatsorgane» gerechnet.

**Nach Art. 81 der -> Verfassung** steht das Recht der G. allein der Volkskammer und dem Volke durch Volksentscheid zu. Der Regierung (Ministerrat) wird im Art. 90 lediglich das Recht eingeräumt, «die zur Ausführung der Gesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften» zu erlassen, soweit die Gesetze selbst nichts anderes bestimmen. Durch das Gesetz über den Ministerrat vom 16. 11. **1954** (GBl. S. 915) und durch das Ministerratsgesetz vom 8. 12. **1958** (GBl. I, S. 865) ist der Ministerrat jedoch generell zur Rechtsetzung ermächtigt worden. Diese Ermächtigung ist weder gegenständlich begrenzt noch braucht sie sich auf eine Delegationsnorm zu beziehen. Auch dem Präsidium des Ministerrates wird «in operativer Durchführung der von der Volkskammer und vom Ministerrat getroffenen grundsätzlichen Entscheidungen» das Recht zugestanden, ohne Bezugnahme auf eine besondere Delegationsnorm Verordnungen zu erlassen (§ 5 des Gesetzes vom 8. 12. **1958**). «Auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer sowie der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates und des Präsidiums» sind auch die Mitglieder des Präsidiums und des Ministerrates als Leiter bestimmter Zweige der staatlichen Verwaltung berechtigt, Anordnungen sowie Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Auch dies lässt sich nur als originäre Rechtsetzungsbefugnis auffassen.

Nach der Aufhebung der Landtage und der Landesregierungen in der SBZ im Zuge der **Verwaltungsneugliederung** im Sommer **1952** und nach der Beseitigung der -> **Länderkammer** im Dezember **1958** hat die in der Verfassung vorgesehene Abgrenzung der G.-Zuständigkeiten (Art. 111) keine Bedeutung mehr. Den Bezirkstagen (-> **Bezirk**) ist eine G.-Befugnis nicht zugestanden worden. Bis zur Errichtung der «DDR» lag die von der \* SMAD delegierte und deren Kontrolle unterworfenere deutsche Gesetzgebungsbefugnis bei den Ländern und der -> **DWK** (-> **Rechtswesen**). Durch das verfassungsändernde «Gesetz über die Bildung des Staatsrates der DDR» vom 20. 9. **1960** (GBl. I, S. 505) ist auch dem neugebildeten Staatsrat

die uneingeschränkte Befugnis zur G. verliehen worden.

**GESTÄNDNISERPRESSUNG:** Die von seiten der Justiz der SBZ erstrebte generalpräventive und erzieherische Wirkung jedes Strafverfahrens, insbesondere natürlich der politischen Strafsachen, erfordert ein Geständnis und nach Möglichkeit ein «Reuebekenntnis» des Angeklagten. Mit allen Mitteln wird daher seitens des -> **Staats sicherheitsdienstes** versucht, den Beschuldigten zur Abgabe eines Geständnisses zu bringen. Bis etwa zum Jahre **1953** wurden durch die -> **Untersuchungsorgane** vielfach Foltermethoden angewendet, obwohl § 343 StGB für Aussage- und G. Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren androht. Seitdem führt der SSD die erwünschten Geständnisse entweder durch ein «Dauerverhör» herbei oder dadurch, dass dem Beschuldigten Versprechungen für eine vorzeitige Haftentlassung gemacht werden. Häufig wurde auch beobachtet, dass das Versprechen, von Repressalien gegen Familienangehörige absehen zu wollen, genügte, um ein Geständnis zu erzielen. Wenn der Angeklagte in der Hauptverhandlung das ihm abgepresste oder abgelistete Geständnis widerrufen will, steht dem für die Beweiswürdigung § 209 StPO entgegen, denn das früher abgegebene Geständnis kann «zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist».

**GESUNDHEITSWESEN:** siehe S. 145. **GESUNDHEITSZENTRUM:** Im Zuge der Umorganisation des -> **Gesundheitswesens**, die **1954** mit dem Erlass der Rahmen-> **Krankenhaus-Ordnung** eingeleitet wurde, soll in jedem Kreis das Kreiskrankenhaus mit seiner -> **Poliklinik** zum **G.** entwickelt werden, zu einem Mittelpunkt aller ärztlichen Arbeit, um den alle übrigen Gesundheitseinrichtungen (mit Ausnahme des **Betriebsgesundheitswesens**) sich gruppieren und von dem aus sie fachlich und organisatorisch gesteuert werden. Damit sollen, in Ausgestaltung des -> **Dispensaire-Prinzips**, alle Massnahmen der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung zusammengefasst und vereinheitlicht werden. [440]

**GEWERBEBANKEN:** Banken für -> **Handwerk** und **Gewerbe**, -> **Bankwesen**.

**GEWERKSCHAFTSAKTIV:** -> **Aktiv** von Gewerkschaftsfunktionären, dem angehören: die Vertrauensleute (-> **Gewerkschaftsgruppe**) und -> **Kulturorganisatoren**, die Bevollmächtigten für Sozialversicherung (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**), die **Bevollmächtig-**  
Fortsetzung Seite 147

### GESUNDHEITSWESEN

Im Umbau des G. wurden die Entwicklungsphasen der SU zusammengedrängt wiederholt: nach rigoroser Bekämpfung von Seuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurde 1947 den Land- und Stadtkreisen und der Industrie die Errichtung von Polikliniken und Ambulatorien aufgegeben und von 1949 an in die Aufgaben dieser «Staatlichen Behandlungseinrichtungen» auch die Vorbeugung einbezogen. 1950 begann der Ausbau der fachlich gegliederten Vorbeugung in «Beratungs- und Behandlungsstellen» (russ. «Dispensaire»). Damit entstanden zwei Systeme, deren Aufgaben sich überschneiden: die Behandlungsstellen, regional nach Wohnbezirken oder Betrieben zuständig, die auch Vorbeugung treiben, und die nach Fachbereichen gegliederten Beratungsstellen, die auch behandeln. 1952 wurden sie unter der Führung der Poliklinik als Leitorgan jedes Kreises koordiniert, zugleich durch organisatorische Zusammenführung von Polikliniken und Krankenhäusern die «Einheit Poliklinik-Krankenhaus» geschaffen, die ermöglichen sollte, jeden Kranken innerhalb des Krankenhauses («stationär») wie ausserhalb («ambulant») vom gleichen Arzt behandeln zu lassen («Überwindung der Trennung zwischen ambulanten und stationärer Behandlung»).

Damit war im Programm der Stand der SU erreicht. Ende 1954 wurden, wie dort, die Organisationsprinzipien umgekehrt: jedes Krankenhaus sollte innerhalb seines «Versorgungsbereiches» zum Leitorgan der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung (ausserhalb der Betriebe) werden (-► **Krankenhaus-Ordnung**) und damit «Gesundheitszentrum». Ziel sollte sein, «durch sinnvolles Ineinandergreifen der drei Aufgabebereiche (nämlich Vorbeugung, Behandlung und nachgehende Überwachung) eine weitere Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung zu erzielen». Dem leitenden Arzt jedes Krankenhauses wurden einerseits die jeweils kleineren Krankenhäuser des Distrikts, andererseits die ► **Poliklinik** weisungsgebunden unterstellt, dieser ebenso wieder die kleineren Einrichtungen, also ► **Ambulatorien** und deren Aussenstellen. Das ergibt eine einheitliche Gliederung und Steuerung unter Führung von Bezirks-Krankenhaus und -Poliklinik, die das Problem der fachlichen Differenzierung der Behandlungseinrichtungen und der Weiterleitung der «schwierigen Fälle» an die entsprechend qualifizierte Stelle mit den Mitteln des Kommandostaates lösen will.

Der starke Abgang von -> A'rzten setzte 1958 der weiteren Ausgestaltung in genauer Nachahmung der SU ein (vorläufiges) Ende: das Regime musste sich bereit finden, den straffen Zentralismus zugunsten einer individuelleren Gliederung, zugleich auch das Übermass an Spezialisierung (-> **Facharzt**) preiszugeben und den einzeln arbeitenden **Praktischen -> Arzt** bestehen zu lassen. Ähnlich wie in der CSR wurde der Sitz des überkommenen freiberuflichen Arztes zur -> **Staatlichen Praxis** umgeformt. Das Ziel einer fest abgegrenzten regionalen Zuständigkeit blieb davon unberührt (-\* Bereichsarztssystem); es ist für den Grossteil der erwerbstätigen Bevölkerung auch bereits verwirklicht, ohne dass es einer förmlichen Aufhebung der freien Arztwahl bedurft hätte. Das in der SBZ wie in der SU jahrelang propagierte Prinzip der ambulanten und stationären Behandlung jedes Kranken durch ein und denselben Arzt wurde dagegen aufgegeben. Es war in der Praxis unhaltbar. Die Ärzte des Versorgungsbereiches sind (ausser in einzelnen Fachgebieten) entweder im «stationären» oder im «ambulanten Sektor» tätig. Die Zusammenfassung bezieht sich nur noch auf «Anleitung und Kontrolle».

mit dem Zweck, eine rationelle und weitgehend einheitliche Behandlung und Überwachung zu erreichen und Mehrfachaufwand für Diagnostik zu vermeiden.

Eine ähnliche schematisierende Staffelung wurde im -> **Betriebsgesundheitswesen** versucht: die zentrale Steuerung sollte bei der -> **Arbeits-sanitätsinspektion** liegen, die Gruppierung der Einrichtungen sich in den Grenzen jedes einzelnen Wirtschaftszweiges halten. Auch hier ist statt dessen eine regionale Abgrenzung vorgenommen worden, bei der die **Betriebspoliklinik** des grössten Betriebes in jedem Kreis die Funktion der Leitstelle hat; **Betriebsambulatorien** und Ambulanzen kleinerer Betriebe auch anderer Wirtschaftszweige sind ihr unterstellt. Eine Koordinierung zwischen dem betrieblichen und dem ausserbetrieblich-regionalen System soll dadurch erreicht werden, dass die «territoriale Organisation des Betriebsgesundheitssschutzes' dem «Gesundheitszentrum\* jedes Kreises (s. o.) als Abteilung organisatorisch angegliedert wird (Perspektivplan, s. u.).

Gemeinsam ist beiden Zweigen die programmatische Vorrangstellung der Vorbeugung («Prophylaxe\*» nach dem Prinzip des -> **Dispensaire**. Im Betriebsgesundheitssschutz sollen, neben Betriebsbegehungen und arbeits-hygienischer Überwachung, durch -> **Reihenuntersuchungen** Kranke frühzeitig erfasst und dann in Kontrolle gehalten werden. Innerhalb wie ausserhalb der Betriebe gilt die «Prophylaxe\* besonders den Kindern, Jugendlichen und Frauen: Frauenberatungsstellen (Schwangerschaftsverhütung, Schulung in der Säuglingspflege, Rechtsberatung usf.), -> **Schwangereberatung**, systematische Förderung der Anstaltsentbindung (1959: 86,5 v. H. aller Entbindungen in Krankenhäusern und Heimen), Frühgeburtendienst, Frauenmilchsammelstellen und Milchküchen zur Minderung der Säuglingssterblichkeit, dazu ein dichtes Netz von Kinder-tagesstätten unter ärztlicher Aufsicht für die Kinder der sehr zahlreichen erwerbstätigen Frauen, Hauspflege für den Fall ihrer Erkrankung (-> **DRK**) – alles das, wie in der SU, auch auf dem Lande. Daneben Schulgesundheitspflege bis zum Ende des Berufsschulalters (-> **Jugend-arzt**) mit Jugendzahnpflege, ärztlicher Überwachung des -> **Sports** und Massenaufwand (der Betriebe) für Erholungsfürsorge der Jugend. Besondere Dispensaires dienen der Erfassung und Behandlungsüberwachung von Geschwulstleiden (mit Meldepflicht jedes Krankheitsfalles), von Tbc, neuerdings auch von Herz- und Kreislaufleiden, von Grünem Star u. a. neben Zuckerkrankheit und Rheuma.

Den dritten Zweig des G. mit ebenso systematischer Ausgestaltung bilden Hygiene und Seuchenbekämpfung: unter der Leitung der -> **Hygiene-inspektion** sind die Kontrollstellen hier mit weitreichenden Exekutivvoll-machten ausgestattet. Zahllose Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sollen einwandfreie Verhältnisse bei Trink- und Abwasser, im Lebensmittelverkehr, in den zahlreichen Betriebsküchen u. dgl. her-beiführen. Eingliederung der-> **Arbeits-sanitätsinspektionen** in die Bezirks-Hygiene-Institute soll jetzt auch in diesem Zweig die fehlende Koordi-nation zwischen betrieblichen und allgemeinen Schutzeinrichtungen bewirken.

Das alles entspricht, mit geringfügigen Abweichungen, dem G. der SU: ein umfassendes und rationelles System von Vorbeugung und Behand-lung unter Betonung der ersten, zugunsten der Entwicklung und Erhal-tung gegenwärtiger und künftiger -> **Arbeitskraft** – eine Konzeption von bemerkenswerter Geschlossenheit. Aber das Ziel, die Verhütung von Krankheiten, bleibt unerreichbar, wenn Leerlauf und Fehlleitung von Arbeitskräften (vor allem durch Aufblähung der Bürokratie) die Ein-

Spannung aller Menschen fordern und insbesondere durch Überspannung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen unter Missachtung elementarer Grundsätze des Arbeitsschutzes (Nacht- und Schwerarbeit der Frauen und Jugendlichen vom 17. Lebensjahr an) kaum abschätzbare Gesundheitsschäden gesetzt werden, verstärkt durch ständige nervliche Belastung (-> **Normen** und -> **Prämienwesen**, politischer Druck), durch Mangelernährung und das Fehlen ausreichender Entspannungsmöglichkeit (ungenügende Freizeit durch Sonderschichten und -einsätze, politische -> **Schulung**, Sorge um den alltäglichen Lebensbedarf usw.). Der «Gesundheitsschutz» bleibt praktisch auf die Früherfassung von Krankheiten beschränkt. Die -> **Rehabilitation** mitsamt der sozialhygienisch wertvollen Einrichtung des -> **Nachtsanatoriums**, die beide den psychosomatischen Erkenntnissen gerecht werden könnten, entartet unter der alles beherrschenden Ausbeutung der Arbeitskraft. Der -> Krankenstand lässt sich auch mit ständigem Druck nicht unter 6 v. H. senken. Die auffallend hohe durchschnittliche Dauer der Krankheitsfälle, trotz Kontrolle der -> **Arbeitsbefreiung**, macht wahrscheinlich, dass weniger ein (psychologisch verständliches) Ausweichen der Arbeitnehmer als ernste Gesundheitsschäden zugrunde liegen; hinzu kommt die Erschwerung durch lückenhafte -> **Arzneimittelversorgung**. Die grösste Gefahr für die gesundheitlichen Verhältnisse erwuchs aus dem Ärztemangel. Er hat in Krankheitsbehandlung wie Vorbeugung eine bedenkliche Neigung zu oberflächlicher Arbeit hervorgerufen.

Doch ist gerade durch den starken Abgang von Ärzten dem Regime die Durchsetzung des Programms erleichtert worden, nicht zuletzt die Anerkennung der Polikliniken in der Bevölkerung, die weitgehende Einschränkung der freien Arztwahl, die Einführung des -> **Arzthelfers**. Die Zahl der in Ausbildung Stehenden liegt bei Ärzten wie anderem -> **Medizinischen Personal** sehr hoch. Der Bestand an Mitarbeitern des G. dürfte sich im Laufe des -> **Siebenjahrplans** den Normzahlen beträchtlich annähern. Bei mancherlei Zugeständnissen in äusseren Regelungen und in programmatischen Formulierungen, besonders im «Perspektivplan zur Entwicklung der mediz. Wissenschaft und des G.» (Juli 1959), kann doch von Rücksichtnahme auf die Ärzte kaum mehr die Rede sein. Die Verstaatlichung des gesamten G., einschl. -> **Apotheken**, ist praktisch abgeschlossen.

Die -> **Medizinische Ausbildung** ist nach dem Muster des sowjetischen Ausbildungssystems umgestaltet und stark politisiert. Auch die medizinisch-wissenschaftliche Arbeit, in jüngerer Zeit in ihren materiellen und technischen Voraussetzungen stark und planmässig gefördert, unterliegt intensiver politischer Einwirkung, gekennzeichnet durch die Herrschaft der materialistischen Doktrin der Physiologie und Psychologie nach -> **Pawlow**. [440]

**ten für Arbeitsschutz**, die Mitgl. und Vors. der -> **AGL** u. -> **BGL**, die Mitgl. und Vors. der gewerkschaftlichen Kommissionen und andere aktive Gewerkschaftsmitgl. In den Richtlinien des -> **FDGB** für die Arbeit der G. heisst es: «Das G. ist die Schule der ständigen politischen und fachlichen Qualifizierung der Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb, um sie in ihrer täglichen Arbeit in den Gewerkschaftsgruppen, Abteilungsgewerkschaftsleitungen und Kommissionen zu unterstützen, die besten Arbeitserfah-

rungen und -methoden für die Lösung der einzelnen Aufgaben zu verallgemeinern und die Durchführung aller Beschlüsse und sonstigen Massnahmen der Gewerkschaften zu sichern.»

**GEWERKSCHAFTSGRUPPE**: Kleinste Einheit einer Gewerkschaft (-> **FDGB**). Sie deckt sich meist mit einer -> **Brigade**. Sie soll nach der Satzung des FDGB allen Gewerkschaftsmitgliedern die aktive Beteiligung am Gewerkschaftsleben ermöglichen. An ihrer Spitze steht ein Funktionär, der bis 1957 Gewerk-

schaftsgruppenorganisator hiess, dann wieder nach alter gewerkschaftlicher Tradition Vertrauensmann genannt wurde.

**GEWINNVERWENDUNG:** Die planmässigen Gewinnen der -> **VEW** werden wie folgt verwendet: a) zur Rückzahlung von Rationalisierungskrediten und Zahlung von Zinsen für diese Kredite, b) für Zuführungen zum Betriebsprämienfonds sowie Kultur- und Sozialfonds.

Der noch verbleibende restliche Gewinn wird im gleichen Verhältnis zu den entsprechenden Planansätzen verteilt für a) Finanzierung des Planes der Erweiterung der Grundmittel, b) Finanzierung der planmässigen Erhöhung der eigenen Umlaufmittel, c) Abführung an den

-> **Staatshaushalt** bzw. den zuständigen örtlichen Haushalt. (-> **Amortisationen**, -> **Abschreibungen**)

**GHG:** -> **Grosshandels-gesellschaft**. **GI:** Abk. für **Geheimer Informant** im -> Spitzelwesen.

**GIRNUS, WILHELM:** \* 17. 1. 1906 in Allenstein, studierte in Breslau, Königsberg und Paris, wurde Kunst- und Zeichenlehrer. -> **KPD**. 1933 bis 1945 in Zuchthäusern und Konzentrationslagern des NS-Regimes.

1945 Dezernent in der Verwaltung für Volksbildung, 1946 stellv. Intendant des Berliner Rundfunks, 1949-1953 Mitglied des Redaktionskollegiums des «Neuen Deutschlands». 1951-1954 auch der-> **Kunstkommission**. 1953-1955 Leiter der

Abt. Schöne Literatur und Kunst im ZK der -> **SED**, seit 15. 4. 1955 als Nachfolger von **Albert** -> **Norden** Staatssekretär und Sekretär des -> **Ausschusses für Deutsche Einheit**. 1954 Dr. phil. Seit 28. 2. 1957 Staatssekretär für Hochschulwesen. G. gehört zu den schärfsten Verfechtern der SED-Kultur- und Hochschulpolitik

**GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU:**

Art. 7 der Verfassung der «DDR» bestimmt: «Mann und Frau sind gleichberechtigt ...» In der Auslegung dieses Art. weist die -> **SED**-Propaganda darauf hin, dass wirkliche GdF. nur dadurch möglich wird, dass auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. Mit der

Parole «Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozess» versucht die **SED**, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können [-> **Familienpolitik**, -> **Frauenarbeit**].

Bisher gelang es jedoch nur, 50 v. H. der 6 Mill. Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspinnen. 1960 sind 43,9 v. H. aller in der Wirtschaft Beschäftigten, 20 v. H. aller Facharbeiter und ein Drittel aller **Studierenden Frauen**. Die meisten

arbeiten, weil die Familieneinkommen ohne ihre berufliche Tätigkeit nicht ausreichen. Im einzelnen verteilen sich die arbeitenden Frauen auf folgende Altersgruppen: 18 bis 20 Jahre 88 v. H.; 25 bis 30 Jahre 51 v. H.; 30 bis 60 Jahre unter 50 v. H. 93 v. H. aller berufstätigen Frauen arbeiten in den drei untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der **SBZ**.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in -> **Hausfrauenbrigaden** einzutreten und sich an «freiwilligen», unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des -> **Nationalen Aufbaues** zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Mill. fälliger Lohngehälter eingespart worden sein (40 v. H. aller Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren sind in Tageskindergärten untergebracht).

Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. Als Beispiele werden angeführt: Die Anzahl der weiblichen Richter stieg von 15 v. H. im Jahre 1950 auf 26,8 v. H. 1960; 23,3 v. H. aller Staatsanwälte sind Frauen, ebenso ein Viertel aller **Abgeordneten der -> Volkskammer**. In den

Bezirks-, Kreis- und Gemeindefesttagen sollen 28'000 Frauen vertreten sein. Die Zahl der weiblichen Bürgermeister stieg von 270 im Jahre 1950 auf 800 im Jahre 1960. Häufig ist die Förderung und Beförderung von Frauen auf die Spekulation der verantwortlichen ->

**Funktionäre** zurückzuführen; Frauen, besonders junge Mädchen, ohne ausreichende politische Bildung und Erfahrung, wären eher bereit als Männer, die Weisungen der **SED** kritiklos hinzunehmen und zu verwirklichen. Als Abgeordnete in den verschiedenen Körperschaften sind sie ohnehin ohne jeden politischen Einfluss, genauso wie ihre männlichen Kollegen. In den entscheidenden Herrschaftsorganen der **SBZ** ist der Anteil der Frauen fast ebenso gering wie in der Bundesrepublik. Unter den 14 Mitgl. des **SED**- -> **Politbüros** befindet sich keine Frau, zwei Frauen, **Edith** -> **Baumann** und **Luise** -> **Ermisch**, sind -> **Kandidat** des Politbüros, allerdings ist **Luise Ermisch** als Direktorin eines Bekleidungs-werkes nur eine Repräsentationsfigur. Das

Sekretariat des ZK der **SED** ist ausschliesslich mit Männern besetzt. Der **SBZ**-Regierung gehört lediglich eine Frau, Justizminister **Hilde** -> **Benjamin**, an.

**GLÜCKAUF, ERICH:** \* 12.9.1903 in Wittlich/Mosel. **USPD**, -> **KPD**, bis 1927 Redakteur mehrerer **KP**-Zeitungen, danach Sekretär der **KPD**-Fraktion im Reichstag und Re-

dakteur des komm. Parlementspressedienstes, 1932 Chefredakteur der in Düsseldorf erscheinenden KPD-Zeitung «Freiheit». Nach 1933 Emigration in das Saargebiet und später nach Frankreich, von 1936 bis 1938 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg und Leitung der illegalen Radiostation «Deutscher Freiheitssender» in Spanien, danach Rückkehr nach Frankreich, Emigration nach Schweden. Neben Karl -> **Mewis** leitender Funktionär der komm. Parteigruppe in Stockholm. Nach 1945 Leiter der Presseableitung der SED-Landesleitung Mecklenburg, Chefredakteur der mecklenburgischen SED-Landeszeitung und Sprecher der SED-Fraktion im Landtag. Etwa im April 1950 in die damalige -> **Westkommission** des -\* ZK der -\* SED berufen, Ende 1951 stellvertretender Leiter der damaligen Abt. für -> gesamtdeutsche Arbeit, des späteren Arbeitsbüros im ZK der SED, März 1952 Leiter dieser Abt., im Juli 1953 wieder stellv. Leiter dieser Abt., 1954 zur Agitationskommission des ZK versetzt, im Februar 1958 wieder Leiter des Arbeitsbüros. Seit 1959 leitender Mitarbeiter der von Albert -> Norden geleiteten «Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit» beim ZK der SED. Nachfolger von G. als Leiter des Arbeitsbüros wurde sein bisheriger Stellvertreter Max Spangenberg.

**GM: Abk. für Geheimer Mitarbeiter im -> Spitzelwesen.**

**GNADENRECHT: Das G. war bis zum 12. 9. 1960 dem -> Präsidenten der Republik vorbehalten.** Nach dem Tode Wilhelm -> Piecks wurde es durch Art. 106 der geänderten -> **Verfassung** dem neu gebildeten -> **Staatsrat** übertragen. Eine gesetzliche Regelung über das Gnadenverfahren gibt es nicht. Nachdem verschiedene Entwürfe einer Gnadenordnung ausgearbeitet worden waren, aber nie die Billigung aller beteiligten Stellen gefunden hatten, wurde schliesslich im Januar 1954 eine Gnadenordnung erstellt, die jedoch nicht veröffentlicht wurde. Den mit der Bearbeitung von Gnadensachen befassten Referenten in der Präsidialkanzlei wurde der Wortlaut dieser Gnadenordnung erst im Juni 1954 mitgeteilt. Im Oktober 1954 gab der Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Toeplitz, den Vorsitzenden der Anwaltskollegen (-> **Rechtsanwaltschaft**) mündlich bekannt, dass eine Gnadenordnung erlassen sei, dass diese aber nicht veröffentlicht werde, und teilte den wesentlichen Inhalt mit der Bitte um Unterrichtung der anderen Kollegiums-Anwälte mit. Danach ist Gnadeninstanz bei Todesstrafen und allen Freiheitsstrafen der

Staatspräsident (seit 12. 9. 1960 der Staatsrat), für Geldstrafen und Nebenstrafen ein für jeden -> **Bezirk** gebildeter besonderer Gnadenausschuss, dem der Leiter der Bezirksjustizverwaltungsstelle, der Bezirksgerichtsdirektor und der Bezirksstaatsanwalt angehören. Die Gnadenentscheidung des Staatspräsidenten wurde in jedem Einzelfall durch eine Stellungnahme dieses Gnadenausschusses vorbereitet. Auf den Gnadenbericht des Bezirksgnadenausschusses erging eine Stellungnahme des Justizministeriums und des Generalstaatsanwalts, in vielen Fällen auch noch des Innenministeriums. In der Präsidialkanzlei wurde nach Eingang der Akten und einzelnen Stellungnahmen lediglich geprüft, für welche Meinung eine Mehrheit besteht und dementsprechend entschieden. Diese Entscheidungen, die Staatssekretär Max Opitz (SED) traf, beruhten also nicht auf sachlichen Erwägungen der für die Entscheidung an sich zuständigen Instanz. Einen Gnadenerweis gegen den Willen der Staatsanwaltschaft gab es in der Praxis nicht. Erfahrungen über die Gnadenpraxis des Staatsrats liegen zur Zeit nocR nicht vor. Es ist aber kaum anzunehmen, dass in dieser Praxis eine wesentliche Änderung eintreten wird. Gnadengesuche können von Ehegatten, Geschwistern oder Personen eingereicht werden, die in gerader Linie mit dem Verurteilten verwandt sind. Gnadengesuche von Rechtsanwälten werden zwar heute nicht mehr, wie etwa bis zum Jahre 1956, grundsätzlich zurückgewiesen, finden aber volle Beachtung und Bearbeitung nur bei Verurteilungen zu Todesstrafe. Von Angehörigen eingereichte Gnadengesuche sollten auch die Mitwirkung eines Rechtsanwaltes nicht erkennen lassen.

Neben einem Gnadenerweis gib! es während des Strafvolzuges noch die Möglichkeit der -> **bedingten Strafaussetzung. (-> Rechtswesen)**

**GOLDENBAUM, ERNST:** \* 15. 12. 1898 in Parchim/Meckl. als Sohn eines Arbeiters. Landarbeiter, 1919 Übertritt von der -> USPD zur KPD, 1921 in der KPD-Bezirksleitung Mecklenburg, von 1927-1932 Redakteur an der KPD-Zeitung «Volkswacht». In der NS-Zeit Landwirt in Parchim, mehrmals verhaftet. 1945 -> **KPD**, Bürgermeister in Parchim, Geschäftsführer der Mecklenburgischen Landeskommission für die Durchführung der -> **Bodenreform**, ab 1946 Landesvors. der VdgB in Mecklenburg, seit 10. 12. 1951 stellv. Vors. des Zentralvorstandes der -> **VdgB (BHG)**. 1948 von der -> **SMAD** und dem SED-Zentralsekretariat mit der Grün-

derung der «Demokratischen Bauernpartei Deutschlands» (-> **DBD**) beauftragt, deren Vors. er seit dem 16. 6. 1948 ist. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter, 1950-1954 Vizepräsident der -> **Volkskammer**, vom 12. 10. 1949 bis 15. 11. 1950 Minister für Land- und Forstwirtschaft.

**GÖRLITZ:** Stadtkreis im sächsischen Bezirk -> **Dresden**, Kreisstadt, Hauptort der Lausitz, an der Görlitzer Neisse, mit 90658 Einwohnern (1959); zahlreiche Renaissancebauten, spätgotische Peter-und-Pauls-Kirche (13./15. Jh.); vielseitige Industrie: Maschinen- und Waggonbau, Textilien (Tuche); Sitz des Kapitelsvikars des Erzbistums Breslau und des Bischofs der Ev. Kirche von Schlesien. Im 2. Weltkrieg erlitt insbesondere die Innenstadt erhebliche Zerstörungen. 1945 kam G. mit den westlich der Neisse gelegenen Kreisen der preussischen Provinz Schlesien wieder zu - **Sachsen**; die Vororte ostwärts der Neisse stehen seither (als Zgorzelec) unter polnischer Verwaltung (-> **Oder-Neisse-Linie**).

**GOSPLAN:** Staatliche Plankommission der Sowjetunion. GOS = Abk. für «gossudarstwenni», d. h. «staatliche». Oberste Planungsinstanz, die über den -> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** der Sowjetblockländer die Wirtschaft auch der SBZ entscheidend beeinflusst. Bis zur Beendigung der Reparationsentnahmen (-> **Reparationen**) durch die SU Ende 1953 entschied G. weitgehend über Richtung und Umfang der wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ und über den Verbleib der Produktion. Obwohl die SBZ als selbständiges Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe gilt, bestimmen auch weiterhin die massiv vorgetragenen Lieferansprüche der SU, die von G. festgelegt werden, die wesentlichsten Momente ihrer Wirtschaftsentwicklung. [776]

**GOST-NORMEN:** Technische Normen der SU (GOS = Abk. für «staatliche»), aber nicht ausschliesslich sowjetische Ausarbeitungen. Den GN. liegen Empfehlungen der Internationalen Standardisierungs-kommission (ISO), deren Mitgl. die SU ebenso wie die SBZ ist, zugrunde. Trotzdem sind bei zahlreichen Erzeugnissen, die nach GN. hergestellt wurden, Abweichungen gegenüber den -> **DIN** und den **Staatlichen -> Standards** festzustellen, z. B. bei Walzmaterial, bei dem insbesondere die Abmessungen der Profile überhaupt nicht übereinstimmen. Die SU weigert sich seit Anfang 1960, Walzmaterial in anderen als GOST-Abmessungen an die Sowjetblockländer zu liefern. Da als Folge davon zahllose Konstruktionsänderungen

erforderlich sind, ist die SBZ - wie amtlich verlautete - in «eine die Produktionspläne gefährdende Situation» hineingeraten. Die Verwaltung der SBZ versucht daher, über den -> **Interzonenhandel** und aus westlichen Ländern in erhöhtem Umfange Walzmaterial nach DIN zu kauen.

**GOTHA:** Stadt im Thüringer Bezirk -> **Erfurt**, Kreisstadt mit 56 470 Einwohnern (1959). Bis 1945 Sitz bedeutender Versicherungsgesellschaften; vielseitige Industrie: Kartographische Anstalten (Perthes), Druckereien, Waggonbau, Maschinenbau und Eisengiessereien.

Seit 1660 war G. Residenz der Herzöge von Sachsen-G. und von 1826 bis 1918 neben Coburg Residenz der Herzöge von Sachsen-Coburg-G. Seil 1920 gehört G. zu **Thüringen**. Im zweiten Weltkrieg starke Zerstörungen.

**GOETHE-GESELLSCHAFT:** Die GG., die 1950 ihr 75jähriges Bestehen feiern konnte, gehört zu den ganz wenigen Gesellschaften im schöngestigen Bereich, die noch als gesamtdeutsch bezeichnet werden können. Den politischen Ansprüchen, die das SBZ-Regime an solche Gesellschaften stellt, musste die GG. 1958 dadurch entgegenkommen, dass sie durch die Zuwahl von Dr. **Wilhelm -> Girnus** und **Wolfgang -> Lang hoff** den seit langem von Dr. Andreas Wachsmuth geführten Vorstand sozusagen «paritätisch» besetzte. Auf den Hauptversammlungen in Weimar kommen ebenfalls «paritätisch» «bürgerliche» und «marxistische» Redner zu Wort. (-> **Kontakte**, -> **Kultureller Austausch**, -> **Kulturelles Erbe**)

**GOETHE-PREIS:** -> **Nationalpreis**.

**GOTTING, GERALD:** • 9.6. 1923 in Nietleben/Halle als Sohn eines Kaufmanns, Gymnasium, Wehrdienst, bis 1947 Arbeit im Kriegsschädenamt Halle, danach Philo-sophiestudium in Halle. 1946 Mitgl. der **CDU** und -> **FDJ**, 1948 Mitgl. des CDU-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt, stellv. Vors. der CDU, im November 1949 Generalsekretär, im September 1954 ausserdem zum Mitgl. des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU gewählt. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, von 1950 bis 1958 Stellv. des Präsidenten der Volkskammer. Seit 3. 9. 1960 Stellv. des Vors. des Volkskammer-Ausschusses für Nationale Verteidigung. Seit 12. 9. 1960 Stellv. des Vors. des -> **Staatsrates**. G. hat massgeblichen Anteil an der ideologischen Wendung der Ost-CDU zum sog. «Christlichen Realismus».

**GÖTZL, EDUARD:** \*18.2.1921 in Petschau (CSR) als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Mechaniker.

Von 1936 bis 1938 Mitgl. der -> SAJ in der CSR, 1945 -> KPD, 1945 bis 1946 Volkspolizei, 1946 bis 1949 Instrukteur der -> SED-Landesleitung Thüringen, Besuch der SED- -> **Parteihochschule**, danach SED-Parteisekretär der Maxhütte Unterwellenborn, 1951 bis 1954 Werkdirektor des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, 1955 Studium in Moskau, September 1955 Sekretär für Wirtschaft in der SED-Bezirksleitung Potsdam, 1956 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, seit 1958 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder. 1950 Kandidat des ZK, seit 1954 Mitgl. des -> ZK der SED.

**GPG:** Abk. für Gärtnerische Produktionsgenossenschaft. (->-Gartenbau)

**GPH:** Abk. für -> **Grenzpolizeihelfer**. **GRABWEIHE;** Seit 1957 waren Bestrebungen erkennbar, auch das christliche Begräbnis durch einen pseudosakralen Staatsakt zu ersetzen, der zunächst als **sozialistisches Begräbnis**, später als G. bezeichnet wurde. Zunächst hielt die SED, ähnlich wie die SS im «Dritten Reich», Grabredner bereit; neuerdings ist es Sache der Kreise und Gemeinden, die pseudosakralen Staatsakte durchzuführen; es bildet sich ein bestimmter Ritus heraus; Rednerkollektive werden von den staatlichen Organen angeleitet und gelenkt. (-> **Kindesweihe**, -> **Jugendweihe**, -> **Eheweihe**)

**GREIFSWALD:** Stadt in Vorpommern (1945-1952 zu Mecklenburg), im Bezirk ->Rostock, Kreisstadt, nahe dem Greifswalder Bodden, mit 46 302 Einwohnern (1959). Altstadt mit bedeutenden Backsteinbauten aus Gotik und Renaissance; See- und Binnenhafen; Schiffbau, Nahrungsmittel- und Textilindustrie, Sägewerke. Seit 1456 Universitätsstadt.

**GRENZGÄNGER:** Im allgemeinen Sprachgebrauch Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnen oder umgekehrt dort arbeiten und in West-Berlin wohnen. Der Begriff des G. entstand nach der -> **Währungsreform** vom Juni 1948. Die in West-Berlin arbeitenden G. erhalten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wird vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner Arbeitgeber muss dem dem Ostgeld-Anteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohnausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wird der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder der SBZ arbeitenden G. in Westgeld finanziert.

Seit 1948 hat die Zahl der in Ost-Berlin und der SBZ arbeitenden G. ständig abgenommen, so dass der Westgeld-Anteil des Lohnes beider Kategorien der G. erhöht werden konnte.

Vor allem die im sowjetisch besetzten Gebiet wohnenden, in West-Berlin arbeitenden G. (rd. 43'000) sind ständiger Kritik der Machthaber unterworfen. Seit 1955 haben sich immer wieder Aktionen wiederholt, in denen diese G. Schikanen und Strafverfahren ausgesetzt waren. «Als Nutzniesser der Spaltung» können die G. keinen Anspruch auf die -> **Errungenschaften** des sozialistischen Aufbaus\* erheben. (\*

**Berlin)**  
**GRENZPOLIZEI, DEUTSCHE:** Kaserierte militärähnliche -> **Polizei-truppe** zur Absperrung und Bewachung der -> **Zonengrenzen** und der übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe. Errichtet am 1. 12. 1946, stark ausgebaut seit Juli 1948, unterstand bis 15. 5. 1952 dem -> **Ministerium des Inneren**, dann dem -> MfS bis 27. 6. 1953. Nach anschließender Unterstellung unter das Ministerium des Inneren ging die DG. im Mai 1955 wieder an das -> **SfS** über, das seit November 1955 wieder zum MfS erhoben wurde.

Seit 1. 2. 1955 erhielt die DG., da die sowjetische Besatzungsmacht offiziell darauf verzichtete, «die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR» und am -> **Ring um Berlin**.

Im Nov. 1957 gab die DG. die eigentliche Personen- und Warenkontrolle an den Grenzen an das **Amt für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs** ab. Die DG. untersteht seit 15.2. 1957 nicht mehr dem MfS, sondern dem Ministerium des Inneren, doch berührt dies nicht ihr Wesen als militärähnliche Verfügungstruppe. Sie ist gegliedert in 25 mot. Bereitschaften (= Regimenter), diese in 3 bis 4 Abteilungen (= Bataillone), die wieder in meist 4 Kompanien zerfallen. Diese Einheiten, die mittelschwere Begleitwaffen besitzen, haben den kampfwert motorisierter Infanterie. Seit Anfang 1958 stellt die DG. auch schwere Abteilungen (d. h. Bataillone mit 3 Komp. Sturmgeschützen und 1 Komp. Schützenpanzerwagen) auf. Je 2-5 Bereitschaften der DG. sind zu Brigaden (bis 1957 auch als Abschnittsverwaltungen bezeichnet) zusammengefasst, die Divisionen darstellen. Bei den Brigaden werden allmählich schwere Abt. errichtet. Für Ausbildungszwecke haben die Brigaden je 1 Ausb.-Abt. (auch als Res.-Abt. bezeichnet). 4 der insgesamt 8 Brigaden stehen mit 15 Regimentern an der westlichen Zonengrenze (eigentlich -\*



Demarkationslinie), seit Nov. 1957 amtlich nur noch ► Staatsgrenze genannt, nämlich I: Perleberg, II: Magdeburg, III: Erfurt, IV: Dittichshütte (b. Rudolstadt). Im Ring um Berlin steht die Brigade V: Gross Glienicke (b. Potsdam); an der Ostseeküste die Brigade VI: Rostock, die auch Küstenwachschiffe und Schnellboote hat, die dem Abt.-Stab See unterstehen. Die «Staatsgrenzen» zur Tschechoslowakei und zu Polen (-> Oder-Neisse-Linie) sichern mit je 2 Bereitschaften die Brigaden VII: Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und VIII: Frankfurt/Oder.

Die DG. hat eine Offizierschule in Glöwen (Kr. Perleberg) und 6 andere Lehranstalten. Auf ihrer Schule für \* Polit-Offiziere in Gross Glienicke werden auch die Polit-Offiziere der ► **Bereitschaftspolizei** und der -> **Trapo** ausgebildet. Die Einheiten der DG. verfügen über «Aufklärungsgruppen», d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben. Als halbaktive Aufstellungsmannschaften für Ernstfälle und z. T. als Spitzel sind mit der DG. etwa 8'000-> **Grenzpolizeihelfer** verbunden. Ausbildung und Dienst der DG. sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Die parteipolitische Schulung entspricht **der der Nationalen -> Volksarmee**, kaderpolitisch wird die politische Zuverlässigkeit unablässig überprüft. Die DG. als Truppe wird von sowiel. Grenztruppen und -Offizieren sorgfältig beraten und überwacht. Wie die Grenztruppen der SU ist die DG. eine Truppe, die zunächst im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee sofort einsetzbar ist. Auch ist sie als innere Truppe gegen Volkserhebungen gedacht.

Uniform: seit Okt. 1952 olivbraun nach sowjetischem Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei-, sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48'000 Mann; unter Einrechnung der 8'000 Grenzpolizeihelfer sogar rd. 56'000. Durch Ausbau der Bereitsch. und Ausstattung der Brigaden mit schweren Abt. und Ausb.-Abt. ist die DG. zahlenmässig weiter beträchtlich gewachsen. Chef des Kommandos der DG. (in Pätz bei Königs Wusterhausen) ist seit Juni 1960 Oberst Erich Peter. (-> **Militärpolitik**) [306, 317]

**GRENZPOLIZEIHelfER;** Freiwillige Helfer der **Deutschen -> Grenzpolizei** mit Hilfspolizeivollmacht. Die G. sind den örtlichen Grenzpolizeikommandos oder höheren Einheiten zugeteilt. Sie erhalten Ausbildung an Infanteriewaffen und müssen sich zu mindestens 12 Stunden Dienstleistung im Monat verpflichten. Hauptaufgabe: Beobachtung

und Ermittlung von sog. «Schwerpunkten», d. h. Spitzeltätigkeit. Zugleich stehen sie als Aufstellungsmannschaften den Einheiten der Grenzpolizei für Einsätze zur Verfügung. - Der -> **Ministerrat** erliess am 5. 6. 1958 eine «VO über die Zulassung freiwilliger Helfer zur Unterstützung der Deutschen Grenzpolizei». [306, 317]

**GRENZÜBERGÄNGE:** In der SBZ amtlich als -> **Kontrollpunkte** bezeichnet. Entgegen dem Anspruch des SED-Regimes darf der Begriff G. eigentlich nur angewandt werden a) auf die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (für Bahn); 2. desgl. für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kr. Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Strassenverkehr), das am 1. 10. 1958 an die Stelle von Schmlika/Elbe (südöstlich Schandau) trat; b) auf die Seeübergänge aus der SBZ (für Bahn- und Wagenfährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Sassnitz (Rügen).

Nicht alsG., sondern als Übergänge an einer -> **Demarkationslinie** dürfen bezeichnet werden a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten, der -> **Oder-Neisse-Linie**, dies sind: 1. Frankfurt/Oder (für Bahn); 2. desgl. (für Strassenverkehr); 3. Görlitz (für Bahn); 4. Gartz/Westoder, nordöstl. Angermünde (für Binnenschiffe). - Ein Kontrollpunkt für Binnenschiffe südl. Frankfurt/Oder ist nicht bekannt; wichtig ist, dass die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten in der Mitte der Stromrinne der Oder verläuft.

b) Die Übergänge auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (der Demarkationslinie im engeren Sinne, die häufig auch als ► **Zonengrenze** bezeichnet wird), c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren -> **Berlins** (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. (Hier bes. wichtig: Dreilinden, südwestl. West-Berlin, für Autobahn.)

Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regierung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete, 17 an der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik. Lediglich an diesen (im wesentlichen 26) Punkten dürfen, von Berlin abgesehen, Privatpersonen und private Handlungsgüter auf Bahn, Strasse, Binnenschiffen und auf Seefährschiffen die SBZ betreten oder verlassen. An

allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. – Auf gewissen Bahn- und Strassenübergängen zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten werden wohl hie und da (so in Köstrin-Kietz und Guben) neben Truppen auch Wirtschafts- und Rüstungsgüter befördert, doch stehen sie nicht privaten Zwecken offen.

**GROSCURTH-AUSSCHUSS:** Am 15.8. 1951 war es in West-Berlin zu Zusammenstößen zwischen der West-Berliner Polizei und -> FDJ gekommen, die aus Anlass der Weltfestspiele der Jugend (-> Festival) versucht hatte, in West-Berlin zu demonstrieren. Aus diesem Anlass wurde am 28. 9. 1951 in Ost-Berlin nach einem Aufruf der in West-Berlin lebenden Ärztin Dr. Anneliese Groscurth der «GA. zur Untersuchung des blutigen Polizeiterrors vom 15. August» gegründet. Unter der Bezeichnung «GA. zum Schutze der demokratischen Rechte und zur Verteidigung von Patrioten in West-Berlin» ist der GA. seitdem als kommunistische Tarnorganisation bestehen geblieben mit der Aufgabe, «Friedenskämpfern Rechtsschutz zu gewähren und Material für die SED-Propaganda über die angebliche «Faschisierung» West-Berlins und den «Frontstadt-Terror gegen West-Berliner Werktätige» zu liefern.

**GROSSBAUER:** -> Bauer.

**GROSSHANDEL:** -> Handel, kommunaler \* Grosshandel, -\* Direktverkehr, Deutsche -> Handelszentralen, staatliche -> Absatzorgane, -\*> Grosshandelskontore, Staatliche Kontore.

**GROSSHANDEL, KOMMUNALER:** Durch VO vom 30. 4. 1953 errichtete Grosshandelsbetriebe, die der Verwaltung der Räte der Kreise und Städte unterstanden. Aufgabe des KG. war die Belieferung des staatlichen und z. T. auch des privaten Einzelhandels mit Obst, Gemüse, Kartoffeln, Konserven und einigen anderen Lebensmitteln aus inländischem Aufkommen und aus Importen. Da der KG. eine ausreichende Versorgung mit den genannten Waren nicht gewährleisten konnte und zudem unrentabel arbeitete, musste er seine Tätigkeit zum 31.3. 1957 einstellen. Nur die Ost-Berliner Betriebe der KG. wurden nicht aufgelöst.

Rechtsnachfolger der KG.-Betriebe wurden die -> **Grosshandelskontore** für Lebensmittel, Obst und Gemüse bzw. die **Grosshandelskontore** für Obst und Gemüse und die **Grosshandelskontore** für Lebensmittel. Ihnen übertrug man auch, abweichend zum KG., Erfassung und Verkauf von Obst und Gemüse beim Erzeuger; jedoch führte auch diese

Massnahme bis heute zu keiner besseren Versorgung. [765]

**GROSSHANDELSGESELLSCHAFTEN:** Durch Ministerratsbeschluss zum 1. 4. 1960 aus den -\* **Grosshandelskontoren** und dem **Grosshandel** der -\* **Konsumgenossenschaften** gebildet. Sie sollen in Erfüllung der Forderung der Handelskonferenz 1959 zu Besserer Sortiments- und qualitätsgerechter Versorgung der Bevölkerung beitragen. G. bestehen für Textil- und Kurzwaren, Schuhe und Lederwaren, Technik und Fahrzeuge, Haushaltswaren, Möbel- und Kulturwaren sowie Lebensmittel mit den Branchenbereichen Nahrungs- und Genussmittel, Obst und Gemüse und Haushaltchemie.

G. für Industriewaren unterstehen den Räten der -\* Bezirke und für Lebensmittel den Räten der-> **Kreise**. Die Einkäufer werden von Einkaufskollektiven unterstützt. An Stelle der Grosshandelshauptverwaltungen beim Ministerium für Handel und Versorgung wurden **Zentrale Warenkontore** errichtet. Um die Bevölkerung an der Leitung des sozialistischen Grosshandels zu beteiligen, wurden -\* **Handelsökonomische Räte** gebildet. Zur Ausnutzung der Erfahrungen und der Lagerkapazität des an sich unbedeutenden privaten Grosshandels soll dieser durch Abschluss eines Waren bereitstellungsvertrages oder Aufnahme von staatlicher Beteiligung oder durch Eintritt als Gesellschafter in die G. einbezogen werden.

**GROSSHANDELSKONTORE:** Durch VO vom 22.1.1953 und Beschluss des Ministerrates vom 5. 8. 1954 errichtete Grosshandelsorgane, die dem Ministerium für -> Handel und Versorgung unterstehen. G. bestehen bei allen Räten der Bezirke und Kreise und wurden bisher für die Bereiche Lebensmittel, Obst und Gemüse, Textilwaren, Schuhe und Lederwaren, technische Waren, Möbel, Kulturwaren und Haushaltchemie errichtet. Die G. übernehmen damit die vorher durch die **Deutschen -> Handelszentralen** mit durchgeführte Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Die G. wurden durch Ministerratsbeschluss ab 1.4. 1960 unter Einbeziehung des konsumgenossenschaftlichen Grosshandels zu -> **Grosshandelsgesellschaften** umgebildet und den Räten der Bezirke bzw. Kreise unterstellt. (-\* **Absatzorgane, kommunaler -> Grosshandel**) (765)

**GROTEWOHL, OTTO:** \*11.3.1894 in Braunschweig als Sohn eines Schneidermeisters, Volksschule, Buchdrucker, 1910 Mitgl. der SAJ, 1912 SPD, 1918 -> USPD, kehrte aber zur SPD zurück. 1918 Krankenkassenangestellter in Braunschweig, besuchte die Leibniz-Akademie in

Hannover und später die Hochschule für Politik i'n Berlin, 1920 bis 1925 Landtagsabgeordneter in Braunschweig, 1921 Innen- und Volksbildungsminister, 1923 Justizminister der braunschweigischen Landesregierung, 1925 bis zu seiner Entlassung im Jan. 1933 Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, in den gleichen Jahren M.d.R., bis 1933 ausserdem Vors. des Landesverbandes Braunschweig der SPD. Nach 1933 Kaufmann in Hamburg und Berlin, 1938/39 vorübergehend in Haft. 1945 Vors. des Zentralausschusses der \* SPD in Berlin, hatte entscheidenden Anteil an der Verschmelzung der SPD mit der KPD in der SBZ. April 1946 bis April 1954 Mitvors. der -> SED, seit April 1946 Mitgl. des Zentralsekretariats bzw. -> Politbüros der SED. Seit dem 7. 10. 1949 Ministerpräsident und Vors. des Ministerrates der «DDR». Seit 12. 9. 1960 ausserdem Stellv. des Vors. des -> **Staatsrates**.

**GRUBER, HEINRICH:** \* 24.6.1891 in Stolberg/Rhld. als Sohn eines Messingfabrikanten. Studium der ev. Theologie in Bonn, Berlin und Utrecht, Pfarrer, später Anstaltsleiter in Düsseldorf und Templin. Nach 1933 führendes Mitgl. d. Bekennenden Kirche, Pfarrer in Kaulsdorf, ermöglichte rassistisch Verfolgten durch das «Büro Grüber» die Auswanderung, mehrfach verhaftet, 1940 bis 1943 KZ. Nach 1945 Proost und Hautofarner, führend in zahlreichen kirchl. karitativen Verbänden. Im Oktober 1949 vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands zum Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche bei der Reaierung der «DDR» ernannt, am 11. 10. 1958 auf eigenen Wunsch von dieser Funktion vom Rat der EKD entbunden, nachdem die Regierung der SBZ mitgeteilt hatte, dass sie «den Auftrag des kirchlichen Bevollmächtigten als erledigt» betrachtet. **Dr. h. c. (\* Kirchenpolitik)**

**GRUNDBUCH:** Die Führung der G. ist durch die VO über die Übertragung der Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 15.10.1952 (GBl. S. 1057) den Räten der Kreise - Abt. Kataster - übertragen worden. Die in festen Bänden zusammengefassten G.-Blätter werden nicht mehr weitergeführt. Diese eigentlichen G. sind seit dem 1. 5. 1953 durch G.-Hefte, für die die früher bei den Grundakten geführten Handblätter verwendet worden sind, ersetzt worden. An die Stelle des bisherigen Bestandsverzeichnisses der G. trat das Bestandsblatt der Liegenschaftskataster (gemeinsame Rundverfügung des Ministers des Innern und des Ministers der Justiz). Die alten G. sind im wesentlichen noch vorhanden. Vernichtet worden

sind die G. und G.-Unterlagen der Grundstücke, die durch die -> **Bodenreform** enteignet oder als Vermögen von «Kriegsverbrechern und Nazi-Aktivisten\* oder als «Konzern-eigentum» in das -> **Volkseigentum** übergeführt worden sind (-> **Eigentum**). Für die besten und schnellsten Arbeitsmethoden bei der Vernichtung dieser G.-Unterlagen wurden Prämien verteilt.

**GRUNDEIGENTUM:** In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gibt es noch **Privateigentum** an Grund und Boden. Durch -> Enteignungen ist aber das private G. zugunsten des sozialistischen Eigentums stark dezimiert worden (-> Bodenreform, -> Aufbaugesetz): Das private G. darf nur mit staatlicher Genehmigung übertragen werden. In den Gebieten der ehemaligen Länder Sachsen und Thüringen ergibt sich das aus den Landesgesetzen über den Verkehr mit Grundstücken (sächs. Gesetz vom 1.7.1949; thür. Gesetz vom 4. 5. 1948). Da die übrigen Länder keine derartigen Gesetze, erlassen hatten, wird im sonstigen Gebiet der SBZ die Notwendigkeit der staatlichen Genehmigung auf die Vorschrift des Art. 26 der -> Verfassung gestützt, wonach die Verteilung und Nutzung des Bodens zu überwachen und Jeder Missbrauch zu verhüten ist. Die Genehmigung zur Übertragung des G. darf nicht erteilt werden, wenn der Erwerber oder ein naher Angehöriger bereits Eigentümer eines Hausgrundstücks ist. Die Übertragung eines Grundstücks an einen im Westen lebenden Erwerber darf ebenfalls nicht genehmigt werden. Das gilt auch für letztwillige Verfügung zugunsten von Erben, die im Westen wohnen (\* Erbrecht). Steht ein Grundstück teils in Privateigentum, teils in Volkseigentum, so hat der private Miteigentümer kein Recht auf Beteiligung an der Verwaltung des Grundstücks.

**GRUNDORGANISATIONEN:** Die aktive Teilnahme aller Mitgl. und Kandidaten der -> **SED** am Parteilieben soll durch ihre Erfassung in G. gewährleistet werden. Diese untersten Parteieinheiten sind die -> **BPO**, die Wohngruppen und die Dorfparteiorganisationen. Sie werden überall dort gebildet, wo mindestens 3 Mitgl. vorhanden sind. BPO bestehen auch in der staatl.

**Verwaltung, in Schulen und -> Hochschulen,->LPG, ->MTS,->VEG,** die Einheiten der Armee sowie in den -> **Apparaten** der SED und der -> **Massenorganisationen**. An der Spitze der G. steht ein 1. Sekretär, der in allen grösseren Betrieben und Institutionen ein hauptamtlicher Funktionär ist. Die 1. Sekretäre müssen zu allen wichtigen Fragen des Betriebes bzw. der Institution

gehört werden und sollen die «führende Rolle der SED» verwirklichen. Lt. SED-Statut haben die G. in den VEB, MTS, VEG und LPG «das Recht der -> **Kontrolle** über die Tätigkeit der Betriebsleitungen». Der Einfluss der Wohngruppen ist im Vergleich zu dem der BPOgering. Alle grösseren BPO sind in -> **Parteigruppen** mit je 8 bis 10 Mitgl. und Kandidaten untergliedert. An ihrer Spitze steht ein **Parteigruppenorganisator**. Im März 1954 sollen 49 134 G. mit 192 385 Leitungsmitgl. bestanden haben.

**GRUNDRECHTE:** Die -> **Verfassung** enthält im Abschnitt B einen umfangreichen G.-Katalog. Die G. sind meist gleich oder ähnlich formuliert, wie die der Weimarer Verfassung oder des Bonner Grundgesetzes. Die G. werden jedoch in der täglichen Praxis von der -> **SED**, der -> **Rejierung** und **Verwaltung** und der **ustiz** (-> **Rechtswesen**) gebrochen und missachtet. Die kommunistische Staatslehre rechtfertigt das damit, der Inhalt der G. habe sich infolge der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Veränderungen gewandelt und sich zu **sozialistischen** -> **Persönlichkeitsrechten** entwickelt.

**GRUNDSCHULE:** Für alle Kinder obligatorische, achtklassige Schule. An ihre Stelle soll bis 1964 die «zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule» treten. (-> **Schule**, -> **Erziehungswesen**)

[610, 616]  
**GRUNDSTUDIUM, GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHES-**, Ein für alle Hoch- und Fachschulabsolventen vorgeschriebenes Studium in den wichtigsten Teildisziplinen des Marxismus-Leninismus, das etwa ein Viertel des gesamten Studiums einnimmt. Wichtigste Gebiete: -> **Historischer** und -> **Dialektischer Materialismus** («Philosophie»), Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus sowie Geschichte der Arbeiterbewegung. Das GG. wird in einigen Fakultäten ausschliesslich in den ersten Semestern absolviert, in anderen erstreckt es sich über die gesamte Studiendauer. Durch das GG. sollen die Studenten den Marxismus-Leninismus nicht nur kennenlernen, sondern auch auf ihre Fachgebiete anwenden lernen. Die Abschlussprüfung im GG. ist mitentscheidend für die Gesamtnote der Examina. - Als Vorbereitung des GG. ist das schulische Lehrfach -> **Staatsbürgerkunde** anzusehen. Das GG. gehört zu den unbeliebtesten und umstrittensten Lehrfächern der SBZ-Hochschulen. 1953 und vor allem 1956 forderten die Studenten, allerdings ohne Erfolg, die Abschaffung bzw. die Einschränkung des GG. (-> **Gesellschaftswissenschaften**)

Grundlage des GG. ist seit 1960 das von O. W. Kuusinen und einem

Sowjet. Autorenkollektiv herausgegebene Lehrbuch «Grundlagen des Marxismus-Leninismus». (-+ **Partei-lehrjahr**)

**GRÜNEBERG, GERHARD:** \*29.8.1921 in Lehnin/Brandenburg als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Maurer. 1928 bis 1933 Mitgl. der Roten Jung-Pioniere. Kriegsteilnahme, Gefangenschaft. 1946 KPD/SED. 1946 bis 1947 Org.-Leiter der Ortsleitung Oranienburg der -> **SED**, 1948 bis 1949

1. Sekretär der SED-Kreisleitung Guben. Dez. 1949 bis. 1952 Sekretär der Landesleitung Brandenburg der SED, 1952 bis 1958 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder, seit 1958 Mitgl. und Sekretär des -> **ZK** der SED, zunächst für die Anleitung des -> **Staatsapparates** und seit 1959 als Nachfolger von **Erich** -> **Mückenberger** für Landwirtschaft. Seit Dezember 1959 Kandidat des -> **Politbüros**. Seit 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**GRÜNES FLIESSBAND:** Pj. für eine gleichmässige Grünfuttermittelversorgung des landw. Nutzviehs durch rechtzeitige Stoppelsaat und Vielseitigkeit in der Auswahl der Zwischenfrüchte. Für die moderne Landwirtschaft eine seit Jahrzehnten bekannte Selbstverständlichkeit, soweit Klima- und Bodenverhältnisse es zulassen, in der SBZ aber wegen des notorischen Futtermittelmangels und der knappen Futterflächen überbetont und zum propagandistischen «Schwerpunkt» erhoben. (+ **Neuerer Methoden in der Landwirtschaft**, -> **Landwirtschaft**)

**GRÜNSTEIN, HERBERT:** \*27.12.1912 in Erfurt. Volksschule. Vor 1933 KPD, nach 1933 illegale Arbeit, 1936 bis 1938 Teilnahme am Span. Bürgerkrieg, anschl. in der SU, 1940 illegale Arbeit in Schweden, später in Rumänien. 1948 Rückkehr nach Deutschland, Leiter der Hauptabt. Politikultur, stellv. Chef der Hauptverwaltung und Chefinspekteur der **Deutschen** -> **Volkspolizei**, seit 1956 Stellv. des Ministers des Innern, seit 1958 auch Staatssekretär im Ministerium des Innern und Generalmajor der VP.

**GRUPPENSIEGER IM WETTBEWERB:** Der -> **VEB**, der im sozialistischen -> **Wettbewerb** seines Industriezweiges der beste geworden ist, wird durch eine -> **Wanderfahne** geehrt. (-> **Auszeichnungen**)

**GSOW:** Abk. für «Wirtschaftsverwaltung beim Stab der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland». Aufgabe: Ausrüstung und Versorgung der Besatzungstruppen aus der laufenden Produktion der Zone. Ausserdem mussten bis 1954 deutsche Betriebe in grossem Umfang Erzeugnisse jeder Art an GSOW liefern, die nicht für den unmittelbaren Bedarf der militärischen Dienststellen und der Besät-

zungsangehörigen bestimmt waren, sondern als zusätzliche -\* Reparationen betrachtet werden müssen, über das GSOW-Sammellager in Wildau b. Berlin wurden jahrelang Sammeltransporte nach der SU mit solchen Waren abgefertigt. GSOW exportierte auch zum Teil auf eigene Rechnung deutsche Waren nach europäischen Ländern. Als angeblicher «Besatzungsbedarf» sind der Zone durch GSOW Waren im Werte von mehreren Milliarden Mark über den eigentlichen Besatzungsbedarf hinaus entnommen worden. Diese Entnahmen wurden nicht als Reparationen anerkannt. - GSOW unterhielt in der SBZ zahlreiche Magazine, Kantinen und sonstige Verkaufsstellen, wo die Besatzungsangehörigen Mangelwaren, die der Versorgung der deutschen Bevölkerung entzogen wurden, kaufen konnten. GSOW zog daraus hohe Sondergewinne. 1954 wurde die zusätzliche Versorgung der Besatzungstruppen dem -\* Konsum-Spezialhandel übertragen, später dem -\* HO-Spezialhandel, der nach dem Stand vom Januar 1953 mit vier Grosshandelsbetrieben (Zentrallagern) und 24 Einzelhandelsunternehmen die Besatzungs-

truppen mit Waren der Sowjetzonenproduktion beliefert. Der Umsatz der Grosshandelsbetriebe belief sich im Jahre 1957 auf rd. 320 Mill. DM Ost. Darunter befanden sich u. a. 250'000 m<sup>2</sup> reine Wollstoffe, 500'000 m<sup>2</sup> Zellwollstoffe und 700'000 m<sup>2</sup> Baumwollstoffe.

1244, 766, 767]

**GST; Abk. für Gesellschaft für Sport und Technik.**

**GUBEN:** Stadt im brandenburgischen Bezirk -> Cottbus, Kreisstadt, an der Görlitzer Neisse, 22 479 Einwohner (1959), vielseitige, vor allem Textilindustrie. Der ostwärts der Neisse gelegene grössere Teil der Stadt steht seit 1945 als Gubin unter polnischer Verwaltung.

**GUTENBERG-PREIS:** Preis mit Urkunde und einer Prämie in Höhe von 5'000 DM, der, vom Rat der Stadt Leipzig 1959 gestiftet, für besondere Leistungen und Verdienste um die Buchkunst alljährlich an Einzelpersonen oder Kollektive verliehen wird. (-> Auszeichnungen)

**GÜTEZEICHEN: -> Qualität der Erzeugnisse.**

**GVG:** Abk. für Gerichtsverfassungsgesetz, -> Gerichtsverfassung.

**HA:** Abk. für -> **Handelsabgabe.**  
Auch gebräuchliche Abk. für ->  
**Haushaltsausgleich.**

**HÄFEN:** a) Seehäfen. Die SBZ verfügt nur über drei für Seeschiffe benutzbare H.: -> Stralsund, -> Wismar und -> Rostock. Stralsund kann nur von Schiffen bis 2500 t angelassen werden. Wismar kann Schiffe bis 12'000 t aufnehmen und hat sich durch Ausbau seit 1946 zu einem wichtigen Umschlagplatz insbesondere für Kali und Holz entwickelt. Der Bau eines Ol-H. ist noch nicht abgeschlossen. Auch Rostock konnte wegen ständiger Versandung der Einfahrten bisher nur Schiffe bis zu 7'000 t aufnehmen.

Der steigende Aussenhandel der SBZ löste seit Jahren Pläne aus, entweder Wismar oder Rostock zu einem grossen See-H. auszubauen. Die Entscheidung ist Ende 1957 zugunsten von Rostock gefallen. Ausschlaggebend dabei war die Nähe der grossen Warnow - Werft in Warnemünde, wo Schiffe bis zu 10'000 t Nutzladung gebaut und überholt werden können. Schliesslich war mit ausschlaggebend, dass hier günstige Voraussetzungen für den Bau eines Binnenwasserweges vorliegen, der den Anschluss des H. an Wasserstrassen bildet, die alle Teile der SBZ, aber auch die CSR miteinander verbinden (-> Wasserstrassen). Die Ausbaupläne für Rostock sehen u. a. vor: Bau einer 4 km langen, 180 m breiten Fahrrinne für Schiffe bis zu 10 m Tiefgang und 10'000 t Nutzladung. Durchbruch der Landzunge «Hohe Düne», Bau von drei H.-Becken zur Abfertigung von 300 Schiffen jährlich mit einem Umschlag von 15 Mill. t. Die ersten 660 m Kaianlagen waren am 1. Mai 1960 fertiggestellt, Teile einer grossen Kaihalle wurden nach Löschen eines ersten Dampfers in Betrieb genommen. 1960 sollen im neuen H. Rostock insgesamt 400'000 t Güter und 200'000 t Erdöl umgeschlagen werden.

1957 betrug der Anteil des SBZ-Aussenhandels, der über Hamburg lief, 1,6 Mill. t, davon waren 1,1 Mill. t auf dem zentralen Wasserwege der SBZ, der Elbe, befördert worden. Die SBZ strebt Unabhängigkeit von der BRD auch in diesem Bereich an, obwohl die Kosten des Rostocker H.-Ausbaus die Wirtschaftlichkeit der ->

**Schifffahrt** auf Jahrzehnte hinaus in Frage stellt. Die Seehäfen der SBZ sind organisatorisch dem Rate des Bezirkes Rostock, Abt. Schifffahrt, unterstellt, der auch für die Hafenanämter, Hafenmeistereien, die Lotsen- und die Seerettungsstationen zuständig ist.

b) Binnenhäfen. Die wichtigsten Binnenschiffahrts-H. sind -> **Magdeburg**, -> Berlin-Osthafen, Wittenberge, -> Halle, -> Dresden, Fürstenberg/O., Anklam und Königs Wusterhausen. Der Umschlag aller Binnen-H. betrug 1959 12,5 Mill. t, d. h. das Vierfache des Güterumschlags aller See-H. An der Spitze steht Magdeburg, dicht gefolgt vom Osthafen Berlin. Entsprechend den Bemühungen, zur Entlastung der -> Eisenbahn die -> Wasserstrassen stärker für den Gütertransport auszunutzen, wird der Umschlagbetrieb weitgehend mechanisiert.

**HAFTARBEITSLAGER (HAL):** Der -> **Strafvollzug** wird in zunehmendem Masse in H. durchgeführt. Seit 1951 sind 23 H., in denen mehr als 8'000 Häftlinge untergebracht sind, errichtet worden. In dem grössten H. -> Schwarze Pumpe sind zeitweilig bis zu 1500 Häftlinge (1960 etwa 800) mit Bau- und Erdarbeiten beschäftigt worden. In den Kohlenbergwerken Oelsnitz und Zwickau, beim Kupferbergbau in Volkstedt, in den Kalischächten von Rossleben und Sollstedt, in Ziegeleien und Steinbrüchen leistet die Mehrzahl der übrigen Häftlinge bei schlechter Ernährung gering bezahlte Zwangsarbeit.

Bis 1957 konnten die Häftlinge durch hohe Arbeitsleistungen die Strafzeit bis auf ein Drittel verkürzen. Für sog. Kurzsträfer, d. h. Häftlinge, die eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verbüssen, ist diese Vergünstigung seit dem Sommer 1958 völlig entfallen. Die anderen Gefangenen können seitdem trotz härtester Arbeit nur noch in besonders günstigen Ausnahmefällen einen wesentlichen Teil der Strafzeit «einarbeiten», weil die mehrmals erhöhten Arbeitsnormen kaum noch zu erfüllen sind. Ausserdem ist der Verrechnungsmodus wesentlich zugunsten der Häftlinge verändert worden. Die - wenn auch geringe - Hoffnung, die Strafzeit zu verkürzen, sowie Strafen wegen Arbeitsverweigerung bei Nichterfüllung der Norm treiben

die Häftlinge weiterhin zu äusserster Kraftanstrengung an. 75 v. H. der Arbeitsvergütung werden für Unterkunft und die meist unzureichende Verpflegung einbehalten. Der in Art. 137 der -> Verfassung niedergelegte Grundgedanke des Strafvollzugs, «Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit», ist in den H. ängstlich durch die rücksichtslose Ausbeutung der billigen Arbeitskraft der Häftlinge zugunsten der «volkseigenen Wirtschaft» ersetzt worden.

**HÄFTLINGE, POLITISCHE:** Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewesenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt. Neben den in die -> **Konzentrationslager** verschleppten und zum grossen Teil dort verstorbenen Menschen werden als PH. diejenigen bezeichnet, die aus ausschliesslich oder überwiegend politischen Gründen durch ein -> sowjetisches **Militärtribunal** oder ein Gericht der SBZ wegen -> **Boykotttätze**, -> **Friedensgefährdung** oder eines anderen -> **Staatsverbrechens** verurteilt worden sind. Auch die in den -> **Kriegsverbrecherprozessen** verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie. Die grössten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ PH. befinden, sind die in Bautzen, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Coswig, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg-Sudenburg, Stollberg, Torgau, Untermassfeld, Waldheim und Zwickau (-> **Rechtswesen**). Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20'000 PH. im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der -> **Verfassung** eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüssen sollten, gab es nach offizieller Version keine PH. in der SBZ. «Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine „politischen“ Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt» (RV Nr. 125/51 des Justizministeriums der SBZ vom 5. 9. 1951). Die Zahl der PH. verringerte sich infolge von einigen vom Jahre 1954 an durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. 1954 kamen zur Entlassung 6143 -> SMT-Verurteilte und 913 Waldheim-Verurteilte (-> **Waldheimer Prozesse**), 1955 etwa 4'000 SMT-Verurteilte und 1'000 Verurteilte aus den Kriegsverbrecherprozessen, 1956 etwa weitere 6'000 PH., darunter 691 Häftlinge,

die früher der SPD angehört hatten. Neben diesen Entlassungsaktionen kam es auch in den folgenden Jahren vermehrt zu Einzelentlassungen nach sog. «Urteilsüberprüfungen», die zunächst eine Herabsetzung der Strafe und dann die Entlassung aus der Strafhaft zur Folge hatten. Die sowjetzonalen Strafgerichte sorgten aber in der Anwendung der entsprechenden Strafgesetze, seit dem 1. 2. 1958 unter Heranziehung der politischen Straftatbestände (-> **Staatsverbrechen**) des -> **Strafrechts-ergänzungsgesetzes** dafür, dass immer wieder neue politisch Verurteilte in die Strafanstalten eingeliefert wurden. Heute befinden sich noch 8'000 bis 10'000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Ein Unterschied zu kriminell Bestraften besteht im -> **Strafvollzug** nicht. Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden vom 1945 bis 1959 45 984 Personen registriert, die aus ausschliesslich oder überwiegend politischen Gründen verurteilt worden sind.

**HAGER, KURT:** \*10.8.1912 in Bietenheim/Enz als Sohn eines Arbeiters. Oberrealschule, Journalist, zeitweilig unter dem Pseudonym Felix Albin. 1930 -> **KPD**, nach 1933 kurz in Haft, Emigration, 1937 bis 1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, danach in Frankreich und England interniert. 1946 in die SBZ, -> **SED**. Bis 1949 Leiter der Abt. Parteischulung, bis 1952 Leiter der Abt. Propaganda, danach Leiter der Abt. Wissenschaft und Hochschulen im ZK der SED. Seit April 1955 Sekretär für Wissenschaft, Hochschulen und Volksbildung im ZK der SED, Professor für Diamant an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Seit Juli 1950 Kandidat, seit April 1954 Mitgl. des -> ZK der SED, seit dem V. Parteitag im Juli 1958 Kandidat des -> **Politbüros** des ZK der SED und Vors. der Kommission für medizinische Wissenschaften und Gesundheitswesen sowie der im Januar 1960 neugegründeten ideologischen Kommission des Politbüros. Seit 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, Vorsitzender des Ausschusses für Volksbildung in der Volkskammer.

**HAL:** -> **Haftarbeitslager**.

**HALBERSTADT:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Magdeburg**, Kreisstadt, im nördlichen Harzvorland, an der Holtemme, mit 44 699 Einwohnern (1959); bis 1945 mittelalterliche Altstadt (Fachwerkbauten); gotischer Dom (12./15. Jh.), romanische Liebfrauenkirche (12. Jh.), Martinskirche (14. Jh.), Rathaus (14. Jh.) mit Roland; vielseitige Industrie; Landmaschinen, Motoren, Gummi- und Webwaren, Konserven (Fleisch und Wurst).

Seit 1648 in brandenburgischem Besitz, verblieb H. in der Folgezeit bei Brandenburg-Preussen (seit 1815 gehörte H. zur Provinz Sachsen). Im 2. Weltkrieg erlitt die Stadt schwere Zerstörungen.

**HALBSTAATLICHE BETRIEBE:** -> Staatsbeteiligung.

**HALLE:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung aus dem Südtteil von -> Sachsen-Anhalt** sowie thüringischen Gebietsteilen; 8756 qkm, 1 979 613 Einwohner (1959). 2. Stadtkreise: -> **Dessau**, Halle (Saale); 20 Landkreise: Artern, Aschersleben, -> **Bernburg**, -> **Bitterfeld**, Eisleben, Gräfenhainichen, Hettstedt, Hohenmölsen, Köthen, -^**Merseburg**, Naumburg, **Nebra**, -> **Quedlinburg**, Querfurt, Rosslau, Saalekreis, Sangershausen, Weissenfels, - **Wittenberg**, Zeltz. Vors. des Rates des Bezirkes: Otto Leopold (SED).

1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Bernhard -> Koenen**.

2. Stadtkreis im sachsen-anhaltischen Bezirk H., Bezirksstadt, Kreisstadt des Saalekreises, am Nordwestrand der Leipziger Tieflandsbucht, an der Saale, mit 278 700 Einwohnern (1959) grösste Stadt Sachsen-Anhalts und viert-grösste Stadt der SBZ (1945/47-52 Landeshauptstadt); alte Hansestadt (im 2. Weltkrieg stark zerstört): spätgotische Markt- oder Marienkirche (16. Jh.), Moritzkirche (12. bzw. 15. Jh.), Domkirche (16. Jh.), Rathaus (14./16. Jh.), Roter Turm (15. Jh.), Ruinen der Moritzburg (15. Jh.) und der Burg Giebichenstein (10. Jh.); wichtiger Verkehrsknotenpunkt (Eisenbahn, Autobahn, Saalehafen in H.-Trotha); als Mittelpunkt bedeutender Braunkohlen-, Salz- und Kallager eines der Zentren des mitteldeutschen Industriegebietes (Braunkohlen-, Salz-, chemische, Zement-, Bekleidungs- und Metallindustrie., Maschinen- und Waggonbau), Reichsbahndirektion; seit 1694 Universitätsstadt (Martin-Luther-Universität H.-Wittenberg, 1817 vereinigt), Hochschule für Musik, Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg, Sitz der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) von 1652 sowie der 1946 der Universität angegliederten Franckeschen Stiftungen, Pädagogisches Institut, Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, Theater («Theater des Friedens», «Theater der Jungen Garde»), Staatl. Sinfonieorchester, Händel - Festspiele, Zoologischer Garten, Staatl. Galerie Moritzburg, Landesmuseum für Vorgeschichte.

**HAMANN, KARL:** \* 4. 3. 1903 in Hildesheim, Dipl.-Landwirt. Seit 1949 Vors. der -> LDPD in der SBZ und

Minister für Handel und Versorgung der «DDR». Im Dez. 1952 abgesetzt, aus der LDPD ausgeschlossen und wegen «Schadlingsarbeit» und -> Sabotage verhaftet. Im Juli 1954 als «Saboteur an der Versorgung» zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Nachfolger als Minister wurde Curt Wach. H. wurde am 16. 10. 1956 aus der Haft entlassen. Am 15. 6. 1957 in die Bundesrepublik geflüchtet.

**HANDEL:** Der überwiegende Teil des Gross- und Einzelhandels in der SBZ wird von staatlichen Handelsorganen durchgeführt (-> **Grosshandelskontore**, -> **Grosshandelsgesellschaften**, **Deutsche -> Handelszentralen**, -> **HO**, -> **Konsumgenossenschaften**, -> **VVEAB**). Im-> **Aussenhandel** sind ausschliesslich staatliche Gesellschaften tätig (**Deutscher -> Innen- und Aussenhandel**).

Während sich im Einzelhandel noch zahlreiche private Betriebe gegenüber den staatlichen Handelsorganen behaupten konnten, wurde der private **Grosshandel** fast vollständig ausgeschaltet. Seit der Errichtung der DHZ in den Jahren 1949/50 übernahmen die staatlichen Grosshandelsbetriebe weitgehend den Handel mit Industrieerzeugnissen. Der private Grosshandel wurde vom Handel mit Grundstoffen, Maschinen, Fahrzeugen, Lebensmitteln, Kohle, Metallen und Schrott völlig ausgeschlossen. Auf den privaten Grosshandel entfallen nur noch etwa 4 v. H. der gesamten Grosshandelsätze.

**Der Einzelhandel** entwickelte sich nach sowjetzonalen Angaben wie folgt:

Anteil am Gesamteinzelhandelsumsatz

	Privat Einzelhandel	Konsumgenossen-schäften	HO	Sonst. staatl. Einzelhandel
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
1946	86	14	-	-
1947	83	17	-	-
1948	82	17	1	-
1949	63	16	21	-
1950	53	17	26	4
1951	44	18	34	4
1952	37	20	40	3
1953	31	27	39	3
1954	33	28	35	4
1955	32	28	35	5
1956	30	30	35	5
1957	30,2	29,8	34,4	5,6
1958	27,0	30,7	35,9	6,4
1959	24,7	31,7	36,7	6,9

Der private Einzelhandel wurde hauptsächlich durch unzureichende Belieferung mit Waren und Senkung der Handelsspannen, die von der -> **Industrie- und Handelskammer** jeweils festgesetzt werden, benachteiligt. Um sich die Fähigkeiten des privaten Einzelhandels zunutze zu machen und ihn enger



an den staatlichen Handel zu binden, schloss man **-+Agenturverträge** und später **-> Kommissionsverträge** ab.

Der Gross- und Einzelhandel in der SBZ übt kaum noch echte Handelsfunktionen aus. Er verteilt vielmehr den geplanten, knappen Warenfonds. Die vielfachen Versorgungsmängel, die bei der Tätigkeit der sowjetzonalen Handelsbetriebe auftreten, sollen im Bereich des Konsumgüterhandels durch die Organe **der Staatlichen -> Handelsinspektion** und der **-> Arbeiterkontrolle** beseitigt werden. [713, 764, 765]

**HANDELSABGABE (HA):** Die HA wurde auf Grund der VO vom 24. 1. 1957 (GBl. 1957, S. 91) im Bereich des staatlichen Handels entsprechend der **-\* PDA** eingeführt. Körperschaft-, Umsatz-, Gewerbe- und Beförderungsteuer fallen damit weg. **-> Verbrauchsabgaben** werden von den zur Zahlung verpflichteten Betrieben weiter erhoben. Grundlage zur Zahlungspflicht der HA ist der Umsatz, d. h. der Verkauf von Handelsware, selbst hergestellten Arzneimitteln, Speisen und Getränken. Als steuerpflichtiger Umsatz gilt auch die Verwendung von Handelsware für **-> Investitionen** und Generalreparaturen, wenn sie üblicherweise zum Verkauf durch den Zahlungspflichtigen bestimmt ist und die Investitionen und Generalreparaturen vom Zahlungspflichtigen als Eigenleistung abzurechnen sind, ferner alle sonstigen Leistungen, die von einem Zahlungspflichtigen gegen Entgelt ausgeführt werden. Die Abgabesätze legt der Finanzminister oder in bestimmten Fällen der zuständige Rat des Bezirkes, Kreises oder Stadtkreises fest. Eine Veröffentlichung wird wie bei den PDA-Abgabesätzen nicht vorgenommen. Die HA wird festgelegt in einem Vmhundertsatz des Verkaufspreises der Handelsware oder in einem Vmhundertsatz des Entgeltes für die sonstigen Leistungen.

Die Zahlungspflicht entsteht im Zeitpunkt des Umsatzes.

**HANDELSABKOMMEN: Aussenhandel.**

**HANDELSBANK A. G., DEUTSCHE:** Am 23. 2. 1956 in Ost-Berlin mit einem Aktienkapital von 30 Mill. DM **Ost der Deutschen -> Notenbank** gegründet. Ihr Zuständigkeitsbereich erstreckt sich vor allem auf die Finanztransaktionen mit dem «kapitalistischen» Ausland (Durchführung bankmässiger Geschäfte im Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandel). Für den Verrechnungs- und **-> Devisen-Verkehr** mit den Sowjetblockländern bleibt die Deutsche Notenbank zuständig, die auch das Valuta-Monopol behält, da der Devisenverkehr an die Handelsbank lediglich «delegiert» wurde

und die Endverrechnung immer durch die Deutsche Notenbank läuft.

**HANDELSINSPEKTION, STAATLICHE:** Im Februar 1953 durch Ministerratsbeschluss errichtetes Organ des Ministeriums für **-\* Handel** und Versorgung zur Durchführung laufender **-> Kontrollen** bei den Betrieben des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Konsumgüter-Gross- und Einzelhandels, den **-> VEAB**, den Versorgungs- und Lagerungskontoren für Konsumgüter und den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflichtung. Die SH. überprüft ausserdem die Verwaltungen der Handelsorgane und die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise und Städte. Organisation und Aufgaben der SH. wurden in der VO vom 3. 5. 1956 geregelt. Die SH. soll die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich Preisfestsetzung, Warenverteilung, Sauberkeit, Vollständigkeit des Warensortiments usw. überwachen. Bei ihren Kontrollen setzt die SH. häufig ehrenamtliche Mitarbeiter der **-\* Arbeiterkontrolle ein die ähnliche Aufgaben** hat. Eine kontinuierliche und ausreichende **-\* Konsumgüterversorgung** der Bevölkerung konnte auch die SH. bis heute nicht erreichen; dagegen wirkt sich ihre Tätigkeit für die Reste des privaten Gross- und Einzelhandels nachteilig aus, denn bei Verschlechterung der Versorgungslage veranlasst sie die Einschränkung oder Einstellung der Belieferung des privaten Handels mit bestimmten Waren.

**HANDELSKONTORE FÜR ZUCHT- UND NUTZVIEH, VOLKSEIGENE:** **-\* Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB).**

**HANDELSÖKONOMISCHE RÄTE:** Bestehen bei allen **-> Grosshandels-**gesellschaften und setzen sich aus Vertretern der örtlichen Staatsorgane, **-\* Konsumgenossenschaften**, Gewerkschaften, Produktions- und Einzelhandelsbetrieben zusammen. Sie sollen den unmittelbaren Einfluss der Käufer auf die Tätigkeit der Grosshandelsgesellschaften zur Überwindung der Schwierigkeiten in der **-\* Konsumgüterversorgung** dokumentieren.

**HANDELSSCHUTZGESETZ: Gesetz zum Schutze des -> Innerdeutschen Handels.**

**HANDELSSPANNE: -\* Industrieabgabepreis, -\* Preispolitik.**

**HANDELSVERTRETUNGEN: -\* Aussenpolitik.**

**HANDELSWIRTSCHAFTLER: An Fachschulen ausgebildete Mitarbeiter im staatlichen Gross- und Einzelhandel. Studiumdauer 2 Jahre. Das Abschlusszeugnis berechtigt, in einer «mittleren leitenden**

Funktion» des Staatlichen Handels tätig zu sein. Es berechtigt ferner zum Studium an der Hochschule für Binnen- und Aussenhandel.

**HANDELSZENTRALEN, DEUTSCHE (DHZ):** 1949-1950 gegründete staatliche Grosshandelsorgane mit der Aufgabe, die «volkseigene» Wirtschaft mit Roh- und Hilfsstoffen sowie Fertigfabrikaten zu versorgen und deren Erzeugnisse zu verteilen. Die DHZ übernahmen 1950 z. T. auch den Aufkauf und den Absatz von Erzeugnissen der -\* SAG-Betriebe und der privaten Industrie, soweit sie für die Durchführung des 1. **Fünfjahresplanes** von Bedeutung waren. Nach vielfacher Kritik an ihrer Tätigkeit wurden die DHZ ab 1.1. 1952 den damaligen -> **Produktionsministerien und Staatssekretariaten** mit eig. Geschäftsbereich unterstellt, wodurch insbesondere die Sortimentsproduktion dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden sollte. Mit der Einführung des -> **Allgemeinen Vertragssystems** verminderte sich die Zuständigkeit der DHZ für einen Grossteil der Warenbewegungen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich mehr und mehr auf die Versorgung des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandels. Anfang 1953 schwenkte die Handelspolitik erneut um. Durch VO vom 22. 1. 1953 wurden die -> Absatzabteilungen bei den Produktionsministerien und die -> **Grosshandelskontore** für Konsumgüter errichtet. Den bisherigen DHZ wurde die Durchführung des Warenumsatzes im -> **Direktverkehr** abgenommen (dies übernahmen die Absatzabteilungen). Die Aufgaben der DHZ beschränkten sich seitdem auf Warenbewegungen zwischen solchen industriellen Verbrauchern, die nicht im Direktverkehr abgewickelt werden können. Im Zuge der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre 1958 wurden die fachlich gegliederten zentralen Leitungen der DHZ aufgelöst; die örtlichen Niederlassungen der DHZ, die die Warenbewegung praktisch durchführen, wurden den **neuen -> Staatlichen Kontoren** unterstellt. Die von diesen übernommenen Niederlassungen firmieren zum Teil weiter als «Deutsche Handelszentralen», zum Teil weist ihre Firmierung nicht auf das Unterstellungsverhältnis hin, sondern ist neutral, z. B. «Leipziger Eisen- und Stahlhandel».

**HANDKE, GEORG:** \* 22. 4. 1894 in Hanau als Sohn eines Schlossers, Volksschule, Oberrealschule, höhere Handelsschule, kaufm. Lehre. 1913 Mitgl. der -> **SAJ**, 1917 **USPD**, 1918 **KPD**. Bis 1927 M.d.R., bis 1930 Redakteur, anschliessend im ZK der **KPD**. 1935 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 wieder -> **KPD**, im

Juli 1945 Vizepräsident und ab 5. 12. 1946 Präsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung; ab 9.3.1948 Vizepräsident der -> **DWK**, ab 12.10. 1949 Minister für Innerdeutschen und Aussenhandel und Materialversorgung, von Mai bis Sept. 1952 Minister für Koordinierung und Kontrolle, vom 27. 8. 1949 bis 18. 2. 1952 gleichzeitig Präsident des Verbandes Deutscher -> **Konsumgenossenschaften** in der SBZ. Vom 27. 9. 1952 bis 29. 10. 1953 Ausserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der «DDR» in Rumänien, anschliessend bis April 1958 stellv. Minister und Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Seit 30. 3. 1958 Präsident der **Gesellschaft für -> Deutsch-Sowjetische Freundschaft**. Seit 1950 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, seit 1958 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**.

**HANDWERK:** In der SBZ gelten Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten, die handwerkliche Produktions-, Reparatur- und Dienstleistungen erstellen, die in der 8. DB zum «Gesetz zur Förderung des H.» vom 23. 12. 1957 als H.-Berufe aufgeführt werden und in der H.-Rolle eingetragen sind, als H.-Betriebe. Alle H.-Betriebe, die nicht unter diese Definition fallen, wurden bis zum 1. 4. 1958 aus der H.-Rolle gestrichen, als industrielle Kleinbetriebe in die Gewerrolle eingetragen und in den Zuständigkeitsbereich der -> **Industrie- und Handelskammer** übergeführt. Durch diese Massnahme wurde eine neue Etappe der H.-Politik in der SBZ eingeleitet. Noch bis Anfang 1950 lag das H. ausserhalb des besonderen Interesses der Wirtschaftspolitik. Mit dem «Gesetz zur Förderung des H.» vom 9. 8. 1950 begann die Einbeziehung des H. in das Planwirtschaftssystem. Das Gesetz schreibt vor:

«Die Beziehungen zwischen dem H. und der übrigen Wirtschaft sind durch Verträge zu regeln.» Dadurch wird das H. - wie die private Industrie - als Zulieferer an die «volkseigene Wirtschaft» gebunden. Gleichzeitig wurden Verordnungen über die Preisbildung im H., enthaltend Kalkulationsschemata und Höchstpreise, erlassen. Die Bildung von Einkaufs- und Liefergenossenschaften zur Vereinfachung der Auftragsvergebung durch die «volkseigene Wirtschaft» und zur wirksamen Kontrolle über die Betriebe wurde gefördert. Die -> **Genossenschaften** erhalten staatliche Vergünstigungen und vorteilhaftere Kreditbedingungen. Fast, sämtliche H.-Betriebe haben sich inzwischen den Genossenschaften angeschlossen, da das die Möglichkeit gibt, Aufträge und Material zu erhalten.

Das H. wird über Kontingente, die den H.-Genossenschaften zugeteilt werden, mit Material versorgt. Herstellkontingente gibt es nur für plangebundene Produktion; die Reparatur-Kontingente sind unzureichend.

Das H.-Steuergesetz (-> **Handwerksteuer**) verhindert die weitere Entfaltung des H.

Den 1950 gegründeten Landes-H.-Kammern bzw. den durch Ministerratsbeschluss vom 28. 8. 1953 neu organisierten Bezirks-H.-Kammern und ihren Kreisgeschäftsstellen müssen alle H.-Betriebe, die H.-Genossenschaften und die Kleinindustrie mit weniger als 10 Beschäftigten angehören. Die H.-Kammern unterstehen den Räten der Bezirke.

Als Folge der Beschränkung der Betriebsgrößen in Auswirkung des H.-Gesetzes vom August 1950 ging die Zahl der H.-Betriebe bedeutend zurück. Vor dem Krieg gab es auf dem Gebiet der SBZ 322'000 H.-Betriebe mit rd. 980'000 Beschäftigten. Ab 1950 entwickelte sich die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten im H. nach sowjetzonalen

Angaben wie folgt:

	Betriebe	Beschäftigte
1950	303'000	858 300
1952	268'000	802 100
1954	252'500	815 300
1955	237'900	808 700
1956	231'800	805 400
1957	209'337	669 829
1958	192'920	56

Bereits vor dem -> **Neuen Kurse** wurde durch die SED die Einführung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) angestrebt. Nach dem -> **Juni-Aufstand** ist dieses Vorhaben zunächst zurückgestellt worden. Durch VO vom 18. 8. 1955 wurde die Bildung von PGH unterstützt. In dem vorgelegten Musterstatut wird betont, dass die Handwerker durch die gemeinschaftliche Nutzung von Maschinen und Werkzeugen rentabler arbeiten und sich durch den Abschluss langfristiger Verträge mit den -> **VEB** stetige Aufträge sichern könnten. - Ähnlich wie bei den -> **LPG** gibt es verschiedene Stufen. In der Stufe 1 wird mit eigenen Maschinen in der eigenen Werkstatt des Handwerkers produziert. Für die Benutzung der Maschinen usw., die in die PGH eingebracht wurden, zahlt der Handwerker der PGH eine Nutzungsgebühr. In der Stufe 2 findet die Produktion sowohl in der eigenen als auch in anderen Werkstätten statt. Der Handwerker verliert in dieser Stufe völlig seine Selbständigkeit. Die Leitung der PGH bestimmt, wo und woran er jeweils arbeiten muss. - Im Falle des Austritts erhält der Handwerker eine Werterstattung, und zwar in Stufe 1 innerhalb von drei Jahren,

in Stufe 2 sogar erst innerhalb von 10 Jahren in Raten, aber auch nur dann, «wenn die PGH dadurch nicht in finanzielle Schwierigkeiten kommt». Das heisst praktisch: es gibt bei Stufe 2 keine Austritts- und Erstattungsmöglichkeit.

Mitgl. der PGH können nicht nur selbständige Handwerker und Inhaber von kleineren Betrieben werden, sondern auch Gesellen, Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Angestellte, Heimarbeiter und mithelfende Familienangehörige. -Trotz intensiver Werbung sind bis Ende 1957 erst 295 PGH mit 8125 Mitgliedern gegründet worden.

Nach umfassendem Propagandafeldzug und wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen stieg die Zahl der PGH Ende 1959 auf 3053 mit 105789 Mitgl. an. Davon gehören 1860 PGH zur Stufe II. 1233 PGH entfallen auf das Bauhandwerk. Zahlreiche PGH arbeiten unrentabel.

Mit der Umgründung der Einkaufs- und Liefergenossenschaften in Arbeitsgemeinschaften der PGH, die künftig ausschliesslich die Versorgung und den Absatz des Handwerks übernehmen, werden die Handwerker verstärkt zum Eintritt in eine PGH gezwungen. [763]

#### HANDWERK U. GEWERBE, BANKEN

FÜR: Sie führen den Zahlungs- und Verrechnungsverkehr durch u. geben kurz- u. langfristige Kredite im Rahmen der geltenden Bestimmungen. Sie sind genossenschaftliche Kredit-Institute der «kleinen Warenproduzenten» mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Sektors. Die Kontenführung der Betriebe mit -> **Staatsbeteiligung** obliegt der **Deutschen -> Notenbank**.

**HANDWERKSKAMMERN:** -> **Handwerk**.

**HANDWERKSTEUER:** Die ab 1.1.1950 in der SBZ eingeführte H. wurde durch Gesetz vom 12. 3. 1958 (GBl. I, S. 262) neu geregelt. Handwerker mit höchstens drei Beschäftigten haben danach die H. A, Handwerker mit vier oder mehr Beschäftigten die H. B zu entrichten. Mit der Erhebung der H. entfallen: Einkommensteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer. Die auf Grundstücke und Grundstücke des Handwerksbetriebes entfallende Vermögensteuer wird jedoch erhoben. Das mit der H. A belegte -> **Handwerk** zahlt auch keine Umsatzsteuer. Umsätze und Gewinne aus Einzelhandelstätigkeit sind bei den Handwerkern, die H. A entrichten, durch die Handelssteuer des Handwerks abgegolten, bei den der H. B unterliegenden Handwerkern gelten diese Umsätze bzw. Gewinne als andere Umsätze bzw. andere Einkünfte, wenn der Handelsumsatz 50 v. H. des Umsatzes der handwerklichen Tätigkeit übersteigt.

Besteuerungsgrundlagen bei der H. A: Alle Handwerker zahlen einen H.-Grundbetrag, Handwerker mit Beschäftigten den H.-Zuschlag nach der Jahresbruttolohnsumme [Getreidemüller zahlen einen H.-Zuschlag nach der jährlichen Getreidevermahlung). Bäcker, Konditoren, Lebküchler, Fleischer, Rossschlächter, Augenoptiker und Kürschner zahlen unabhängig von dem H.-Zuschlag nach der Jahresbruttolohnsumme einen Zuschlag nach dem Materialeinsatz. Handwerker mit Einzelhandelstätigkeit werden mit der Handelssteuer nach dem Rohgewinn belegt.

Besteuerungsgrundlage für die H. B ist der Umsatz und der Gewinn.

Diese Neuregelung war seit langem geplant, vor allem soll dadurch ein Anreiz zum Eintritt in die Produktionsgenossenschaften des Handwerks gegeben werden, wo starke steuerliche Vergünstigungen bzw. völlige Steuerbefreiungen bestehen. (-> **Steuern**) [723, 742, 743]

**HANS-BEIMLER-MEDAILLE:** Die H. wird an deutsche Kommunisten verliehen, die im Spanischen Bürgerkrieg 1936-39 innerhalb der internationalen Brigaden gekämpft haben. Hans Beimler, geboren 7. 2. 1895, von Beruf Schuster, Mitglied der Bayerischen Räteregierung, Reithstabsabgeordneter der KPD, war Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg, zuletzt Divisionskommandeur einer internationalen Brigade. Er ist am 1. 12. 1936 vor Madrid gefallen. Gerüchtweise verlautet, dass er von Politikommisaren wegen seiner militärischen Eigenwilligkeit erschossen wurde. (-> **Auszeichnungen**)

**HARICH, WOLFGANG:** \*9.12.1923 in Königsberg/Ostpr. als Sohn eines Schriftstellers. Philosophie-Studium in Berlin, Dr. phil., 1943 Soldat, 1944 und 1945 desertiert. Nach 1945 Journalist in West-, später in Ost-Berlin. 1946 SED. 1948 Lehrauftrag für marx. Philosophie an der Universität in Ost-Berlin, 1949 Besuch der -> **Parteihochschule** der -> **SED**, anschließend Dozent, bis zu seiner Verhaftung Chefredakteur der «Deutschen Zeitschrift für Philosophie» in Ost-Berlin. Am 29. 11. 1956 wegen «Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe» verhaftet und am 9. 3. 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. (-> **Revisionismus**, -> **Säuberungen**, -> **Nationalkommunismus**, -> **Dritter Weg**)

**HARIG, GERHARD:** \* 31. 7. 1902, Studium der Physik. 1933 KPD, Emigration in die SU, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in der SU, 1938 im Auftrag der KpDSU Rückkehr nach Deutschland, sofort verhaftet, KZ. Nach 1945 Lehrer der -> **Partei-**

**hochschule** der -> **SED**, Prof. der Philosophie an der Universität Leipzig. Im Nov. 1950 Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Volksbildung. Febr. 1951 bis Febr. 1957 Staatssekretär für Hochschulwesen. Seitdem Prof. für Geschichte der Naturwissenschaften an der Universität Leipzig.

**HARTKE, WERNER:** Prof. Dr. phil., \* 1.3.1907 in Eschwege als Sohn eines Universitätsprofessors. Gymnasium, Studium der klassischen Philologie in Berlin, Promotion, Assistent am Institut für Altertumskunde in Königsberg. 1. 5. 1937 NSDAP, Blockleiter der NSDAP. Im 2. Weltkrieg Hauptmann d. R. 1948 bis 1951 Prof. an der Universität Rostock, seit 1951 Prof. an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, 1955 Lehrstuhl für lateinische Sprache und Literatur, 1957 bis 1959 Rektor der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, Mitgl. seit 23. 10. 1958 Präsident der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin, Leiter des Instituts für Altertumskunde der Akademie, führendes Mitgl. der -> **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse**, Mitgl. der -> **SED**.

**HAUPTBUCHHALTER:** Staatsfunktionär mit weitgehenden Kontrollbefugnissen in den Staatsbetrieben. Ohne Kontrollvermerk des H. darf ein Betrieb keine Ausgabe leisten. Alle in den Betriebsabteilungen Rechnungswesen, Kontrolle und Revision tätigen Betriebsangehörigen unterstehen dem H. direkt. Der kaufmännische Leiter des Betriebes ist durch die Schaffung der Funktion des H. in seiner Bedeutung zurückgedrängt. Die Ernennung der H. erfolgt durch den Hauptdirektor der VBB, der jedoch an Weisungen der **Staatlichen -> Plankommission** gebunden ist.

**HAUSARBEITSTAG FÜR FRAUEN:** Berufstätigen Frauen mit eigenem Haushalt wird monatlich ein zu bezahlender freier Tag gewährt, wenn der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig ist, wenn pflegebedürftige Kinder zum Haushalt gehören oder Jugendliche unter 16 Jahren bei der Mutter wohnen und in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen (§ 34 der VO vom 20. 5. 1952, GBl. S. 377). (-> **Arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**)

**HAUSBUCH:** An- und Abmeldebuch für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder -Verwalter zu führen ist. Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen über-

wachung aller Reisenden und Umziehenden.

**HAUSFRAUENBRIGADEN:** Wegen des grossen Arbeitskräftemangels (-> **Arbeitskräfteproblem**) sollen in verstärktem Umfange Hausfrauen stundenweise, halbtags oder einige Tage in der Woche in Produktionsbetrieben arbeiten. Sie werden zum gemeinschaftlichen Einsatz zu H. zusammengefasst. Im Juni 1960 arbeiteten etwa 28'000 Hausfrauen in rund 3700 H. Die Hausfrauen mussten stellenweise unentgeltlich arbeiten oder wurden nur mit den niedrigsten Lohnsätzen bezahlt und genossen keinen ausreichenden Versicherungsschutz (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Auch wurden sie in einigen Betrieben eingesetzt, um ohne grosse Kosten Planrückstände aufzuholen. Erst durch eine Verfügung der **Staatlichen -> Plankommission und des Komitees für -> Arbeit und Löhne** vom 12. 5. 1960 wurden die tarifliche Bezahlung und ein gewisser Versicherungsschutz angeordnet. (-> **Frauenarbeit**)

**HAUSGELD:** Für die Zeit der Behandlung in einem Krankenhaus oder Sanatorium oder der Kur in einem Bad, Erholungs- oder Gesundheitsheim tritt an Stelle des -> **Krankengeldes H.** in Höhe von 25 v. H. des durchschnittlichen Verdienstes des letzten Vierteljahres. Werden Familienangehörige unterhalten oder hat der Versicherte einen eigenen Haushalt, erhöht sich das H. auf 40 v. H. In Höhe des Krankengeldes wird H. bei Arbeitsunfällen, anerkannten Berufskrankheiten und Tuberkulose gezahlt. H. wird nicht gezahlt, wenn der Versicherte mehr als 50 v. H. seines Lohns oder Gehalts auch während der Arbeitsbefreiung erhält. Selbständig Erwerbstätige, die zwangsversichert sind, erhalten kein H.

**HAUSHALT:** -> **Staatshaushalt.**

**HAUSHALTAUFSCHLÄGE:** Als H. bezeichnete man anfangs «durch die Wirtschaftsplanung bedingte Aufschläge». Sie werden seit Oktober 1955 (GBl. 1955, S. 769) jedoch ausdrücklich als -> **Verbrauchsabgaben** bezeichnet. H. wurden bereits 1947 auf bestimmte lebenswichtige Waren aufgeschlagen, z.T. auf die gleichen Güter, die schon mit anderen Verbrauchsteuern belegt waren. Bis Ende 1953 wurden die H. auf den verschiedenen Stufen der Produktion und Zirkulation erhoben, sodann einheitlich beim Hersteller.

Mit Einführung der **-\*m Produktions- und Dienstleistungsabgabe** sollen H. wegfallen. Die Einnahmen an H. und -> **Akzisen** betragen in Mrd. RM bzw. DM Ost: 1947 = 0,4; 1948 = 1,2; 1949 = 1,7; 1950 = 2,8; 1951 = 2,9; 1952 = 3,8; 1953 = 4,1;

1954 = 9,5. Neben der Öffentlichen Mittelbeschaffung sind sie ein Mittel der -> **Preispolitik**; sie sollen die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage ausgleichen helfen, also den Kaufkraftfonds einengen. [742]

**HAUSHALTAUSGLEICH:** Finanzausgleich. «Der Haushaltsausgleich hat die Aufgabe, die finanziellen Beziehungen der staatlichen Organe, die auf dem gleichen Territorium in bestimmter Gliederung bestehen, mit dem Ziel zu regeln, die Haushalte der verschiedenen staatlichen Organe untereinander abzugrenzen und auszugleichen.» Dem H. geht die Verteilung der Aufgaben zwischen den verschiedenen staatlichen Organen voraus. Von ihrer Grösse hängt die Höhe des Finanzbedarfs ab.

Zwei Grundformen des H. gibt es in der SBZ: 1. Überlassung eigener Einnahmen, 2. Finanzierung durch übergeordnete Organe in Form von Beteiligungen und Zuweisungen. Die Grundlage für den H. bilden das jeweilige Gesetz über den -> **Staatshaushalt** sowie das Abgabengesetz vom 9. 2. 1950 (GBl. S. 130) und das Gesetz vom 17. 2. 1954 über die Staatshaushaltsänderung (GBl. S. 207). [742, 743]

**HAUS- UND HOFGEMEINSCHAFTEN:** Seit Mai 1953 erfolgte Organisation der Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der -> **Nationalen Front**. «Sie sind die kleinsten, bis in die Familie reichenden Gemeinschaften und bieten grosse Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten der Bevölkerung» (Neuer Weg, Nr. 7/1954, S. 414). Die HuH. sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators «diskutieren» und u. a. alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.

1955 gab es angeblich 350'000 HuH. Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die HuH. vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings versucht, in Verbindung mit den -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit** auch die HuH. zu aktivieren.

**HAUSVERTRAUENSLEUTE:** Durch die sowjetischen Militärbehörden erstmalig unmittelbar nach der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften. Sie waren für die vollzählige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumungsarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittelkarten und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus. Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt (MfBl. 1952, S. 33). Heute sind sie verpflichtet,

alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren (-> **Haus- und Hofgemeinschaften**) und u. U. dem -> SSD Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen. Von einer generellen Spitzeltätigkeit der H. für den SSD kann jedoch keine Rede sein.

**HAUSWIRTSCHAFT, PERSÖNLICHE:** Die Gesamtheit der privaten Wirtschaft, zu deren Führung jedes Mitgl. der -> LPG vom Typ 111 - je 1 pro gemeinsamen Haushalt - berechtigt ist. Dazu gehören: bis zu 0,5 ha Land incl. Garten, 2 Kühe mit Kälbern, 2 Mutterschweine mit Nachwuchs, 5 Schafe mit gleicher Anzahl Nachzucht bis zum Alter von 11 Monaten, 10 Bienenstöcke sowie unbegrenzt: Ziegen, Geflügel, Kaninchen u. a. Kleinvieh. Statutengemäss ist die Bildung einer PH. zu unterstützen; andererseits heisst es vieldeutig, dass durch den Umfang der PH. «die Erfüllung der gegenseitlichen Pflichten des Mitglieders» nicht beeinträchtigt werden darf. Die Tendenz der Kollektivbauern, dieser letzten Insel zur Entfaltung der Privatinitiative besondere Mühe zu widmen, ist wie in der SU auch in deren Satellitenländern zu bemerken. Im z. Zt. sehr verbreiteten Typ I umfasst die «individuelle Wirtschaft» 0,5 ha des Ackerlandes und den gesamten übrigen Betrieb. (-> **Agrostadt**) [755]

**HEILBEHANDLUNG, FREIE:** FH. erhalten im Krankheitsfalle der in der Sozialversicherung (**+** **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) Versicherte, sein Ehegatte oder sein mit ihm mindestens seit 6 Monaten in Hausgemeinschaft lebender Lebenskamerad, seine Kinder bis zu 15 Jahren (bis zum 18. Jahr die Kinder der Bergleute oder Kinder, die noch die Schule besuchen) und andere unterhaltsberechtigten Familienangehörige, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben. Zur FH. durch frei praktizierende Ärzte ist ein Berechtigungsschein erforderlich, der für ein Vierteljahr vom Betrieb kostenlos ausgegeben wird., Zur FH. in Einrichtungen des öffentlichen -> Gesundheitswesens ist ein Berechtigungsschein nicht erforderlich. Die FH. umfasst: ärztliche Behandlung, Arznei- und Heilmittel, Hauskrankenpflege, Behandlung in Krankenhäusern und Sanatorien, Ersatz von Prothesen, orthopädischen und anderen Heilmitteln, zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz, Ersatz von Fahri-

und Transportkosten. Der Verbrauch von Arznei- und Heilmitteln soll durch die Aktion «zur wirtschaftlichen Verordnungsweise» herabgedrückt werden. (-> **Arzneimittelversorgung**) [440]

**HEIMATSCHUTZ:** Gesellschaft für Sport und Technik.

**HEIMERZIEHUNG:** Die H. hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen (VO über Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen vom 26. 7. 1951, GBl. Nr. 91/51, S. 708). Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler (1958: 51) gibt es -> **Jugendwerkhöfe** (1958: 25). Zu den Normalkinderheimen für Kinder, deren Erziehung im Elternhaus nicht gewährleistet ist, gehörten 1958: 107 Vorschulheime, 240 Kinderheime, 42 Hilfsschulheime, 11 Heime für ausländische Kinder, 63 Jugendwohnheime. Gesamtzahl der Einrichtungen der H.: 576 mit 4228 Erziehern. Die Einweisungen in Jugendwerkhöfe erfolgen auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder Werden vom Rat des Kreises angeordnet. Neben den angeführten Einrichtungen gab es 1957 141 konfessionelle Einrichtungen der H. mit 702 Erziehern. [610, 616]

**HEIM FÜR SOZIALE BETREUUNG:** An Stelle der in § 42a StGB vorgesehenen Unterbringung in einem Arbeitshaus ist nach § 1 Buchst. c der 1. DB zur StPO (GBl. 1954, S. 777) die Unterbringung in einem Heim für soziale Betreuung getreten. Die Voraussetzungen der Unterbringung sind im einzelnen in § 42d StGB geregelt. Die Dauer darf bei erstmaliger Unterbringung nicht länger als 2 Jahre betragen; bei wiederholter Unterbringung ist die Entlassung erst dann anzuordnen, wenn eine Prüfung ergibt, dass der Zweck der Unterbringung erreicht ist (§ 42f StGB).

**HEINICKE, WALTER:** Nach 1945 -> **SED, 1954** Stellv. Minister für Arbeit und Berufsausbildung, 1958 Leiter der Abteilung Arbeitskräfte, Hoch- und Fachschulkader i. d. **Staatl. -> Plankommission**, seit dem 22.7.1958 Leiter des **Komitees für -> Arbeit und Löhne** beim Ministerrat.

**HEINRICH-GREIF-PREIS:** Kommt seit 1951 jährlich in drei Klassen zur Verteilung, «um hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Films durch einen besonderen Preis

für Filmschaffende auszuzeichnen». (Der 1946 verstorbene Schauspieler Heinrich Greif war von 1935 bis 1945 als Sprecher der deutschen Sendungen im Moskauer Rundfunk tätig.) (-> **Filmwesen**, -> **Auszeichnungen**)

**HEINRICH-HEINE-PREIS:** Staatliche Auszeichnung, gestiftet aus Anlass des 100. Todestages von Heinrich Heine. Der HHP wird verliehen an Schriftsteller und Publizisten für lyrische Werke und Werke der literarischen Publizistik, «die, das Erbe Heinrich Heines während, ein würdiger Beitrag für die Entwicklung der sozialistischen deutschen Nationalliteratur sind». Zum Preise gehören eine Medaille, eine Urkunde und eine Geldprämie. (-> **Auszeichnungen**)

**HEISS, KURT:** \* am 13.8.1909 in Mannheim, Abitur, Studium in Berlin und Heidelberg. 1927 -> **KPD**, 1932 Redakteur einer KPD-Zeitung, 1933 KZ, Flucht nach Frankreich, Redakteur im Saargebiet. Seit Okt. 1935 Mitarbeiter von «Radio Moskau», später Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg, anschließend wieder bei «Radio Moskau», 1947 Rückkehr nach Deutschland, -> **SED**, Kommentator und Leiter der Hauptabteilung Politisches Wort im Berliner Rundfunk, 1948 Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks, 1949 Intendant des Berliner Rundfunks und des Deutschlandsenders, 1951 Generalintendant des SBZ-Rundfunks, 21. 8. 1952 bis 31.7. 1956 Vorsitzender des **Staatlichen -> Rundfunkkomitees**. 1957 Generalsekretär der **Gesellschaft für -> kulturelle Verbindungen mit dem Ausland**.

**HELD DER ARBEIT:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 10'000 DM, der als eine der höchsten Auszeichnungen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus alljährlich am 13. 10. an Werktätige verliehen wird, «die durch Beharrlichkeit und Mut hervorragende Einzelleistungen erreichen, die für die Gesamtheit von Bedeutung sind, eine wesentliche Hebung der Arbeitsproduktivität bewirken und für die Allgemeinheit Vorbild und Zielsetzung sind». (-> **Auszeichnungen**)

**HELFER DER STAATLICHEN KONTROLLE:** Nach einer VO des Ministerrats vom 16. 10. 1958 (GBl. I, S. 789) sind «Werktätige der DDR' als HdStK einzusetzen. Diese werden von den Kreiskontrollbeauftragten angeleitet und in Aktivs zusammengefasst (-> Kontrollkommission). Die HdStK haben mit den -> **örtlichen Organen** der Staatsmacht eng zusammenzuarbeiten. Ihre Aufträge erhalten sie von der

-> **ZKK**, deren Bevollmächtigten in den Bezirken oder den Kreiskontrollbeauftragten. Sie haben insbesondere die Kreiskontrollbeauftragten «über Fehler und Mängel in der Arbeit der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Betriebe, aber auch über Beispiele hervorragender Arbeitsleistungen» zu unterrichten. Sie sind ehrenamtlich tätig und sollen in speziellen Lehrgängen «qualifiziert» werden. Die erste Zentralkonferenz der HdStK fand am 6. 2. 1960 in Leipzig statt. Aus den Beobachtungen und Berichten der HdStK gewinnt auch der -> **Staats sicherheitsdienst** Erkenntnisse. (-> **Spitzelwesen**)

**HENNECKE, ADOLF:** \*25. 3.1905 in Meagen/Westf. als Sohn eines Bergarbeiters, Volks- und Handelsschule, kaufm. Lehre, Lohnbuchhalter, nach längerer Arbeitslosigkeit Bergarbeiter. Seit 1926 im sächsischen Bergbau, Funktionär der «Revolutionären Gewerkschaftsopposition». 1946 Mitgl. der -> **SED**, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow -> **SMAD** auserlesen, der deutsche -> **Stachanow** zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte H. am 13. 10. 1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube «Karl Liebknecht» im Zwickauer Kohlenrevier mit 24.4 m<sup>3</sup> Steinkohle 387 v. H. des bis dahin üblichen Tagessolls von 6.4 m<sup>3</sup>. Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlass genommen, die Sowjet. Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeitsnormen zu erhöhen. H. wurde Nationalpreisträger, **Verdienter -> Bergmann**. 1949 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie, später im Ministerium für Kohle und Energie. Seit 1958 leitender Mitarbeiter der Abt. Kohle und Energie der **Staatl. -> Plankommission**. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, seit April 1954 Mitgl. des -> **ZK der SED**. (-> **Aktivistenbewegung**)

**HENNIGSDORF:** Industriegemeinde im Kreis Oranienburg, Bezirk -> **Potsdam**, nordwestl. von Berlin, mit 18 935 Einwohnern (1959). Stahl- und Walzwerk, Lokomotiven- und Isolatorenfabrik. Die Arbeiter von H. waren durch ihren Marsch nach Ost-Berlin massgebend am -> **Juni-Aufstand** beteiligt.

**HERMLIN, STEPHAN:** Pseudonym für Rolf Leder. \* 13. 4. 1915 in Chemnitz. 1931 -> **KJVD**, 1935 wegen illegaler kommun. Arbeit verhaftet, Emigration, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1939 in Frankreich interniert, während des 2. Welt-

krieges in der Schweiz. **1945** Rückkehr nach Deutschland, **1946** SED, seit **1947** als freier Schriftsteller in Ost-Berlin. Mitglied der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin, Mitgl. des Pen-Klub (Ost). Nach anfänglich bedeutenden formalen und inhaltlichen Leistungen später ganz in der Schematik des «Sozialistischen Realismus» befangen. Werke: «Die Strassen der Furcht», «Zweiundzwanzig Balladen», «Russische Eindrücke», «Der Leutnant York von Wartenburg» u. a. [502]

**HERRENLOSE FLÄCHEN:** Durch -> **Republikflucht oder andere Umstände** (-> **Devastierter Betrieb**) vom Besitzer verlassene landwirtschaftliche Nutzfläche. Im Pj. spielt der Begriff der HF. seit der -> **Zwangskollektivierung** keine Rolle mehr. [755]

**HERRNSTADT, RUDOLF:** \* 17. 3. **1903** in Gleiwitz; seit **1924** Mitgl. der KPD und Warschauer und Moskauer Korrespondent des «Berliner Tageblatts». Nach **1933** in Moskau Referent für Deutschland in der Westeuropa-Abt. des Geheimen Nachrichtendienstes der Roten Armee. Sowjetischer Staatsbürger. **1945** Rückkehr nach Deutschland; Chefredakteur der «Berliner Zeitung», seit 1. 5. **1949** des SED-Zentralorgans «Neues Deutschland». Seit 24. 7. **1950** Mitgl. des -> ZK und Kandidat des -> Politbüros. Am 26. 7. **1953** wegen «partei feindlicher Fraktionsbildung» zusammen mit **Wilhelm -> Zaisser** u. a. aus dem ZK und dem Politbüro ausgeschlossen und seiner Funktionen enthoben, am 23. 1. **1954** Ausschluss aus der -> **SED** (-> **Säuberungen**). Seit Sept. **1953** im Deutschen Zentralarchiv der «DDR», Zweigstelle Merseburg, tätig. Hat dort verfasst: «Der Kölner Kommunistenkongress.»

**HERSTELLERABGABEPREIS (HAP):** Nach Einführung des «Neuen Rechnungswesens» **1952** unterschied man zwischen «HAP-Betrieb» (z. T. auch als Werksabgabepreis bezeichnet) und «HAP-Industrie». Der «HAP-Betrieb» entspricht dem jetzigen -> **Betriebspreis** und der «HAP-Industrie» dem jetzigen -> **Industrieabgabepreis**. [742]

**HERTZ, GUSTAV:** \* 22. 7. 1887 in Hamburg als Sohn eines Rechtsanwalts. Studium der Physik und Mathematik in München, Göttingen und Berlin, **1913** Dr. phil., **1917** Dr. phil. habil., anschließend Tätigkeit in der Industrie, **1925** Professor in Halle, **1927** an der TH Berlin und Direktor des Physikalischen Instituts der TH, **1935** bis **1945** Leiter des Forschungslaboratoriums der Siemens-Werke. **1945** bis **1954** in der SU, danach Professor und Leiter, des Physikalischen Instituts

der Universität Leipzig, Vors. des «Rates für friedliche Anwendung der **Atomenergie**» beim -> **Ministerrat** der «DDR». **1926** Nobelpreis, **1951** Stalin-Preis.

**HETZE:** Als «staatsgefährdende Propaganda und H.» politischer Straftatbestand im -> **Strafrechtsergänzungsgesetz** vom 11. 12. **1957** (§ 19). Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, «wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter - und - Bauern - Macht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tätigkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht». Das entscheidende Merkmal «hetzt» ist bewusst allgemein gehalten und lässt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff -> Boykott hetze zu. «Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG» (Urt. des BG Leipzig vom 11. 2. **1958** in: «Neue Justiz» **1958**, S. 177). «Bei der Beurteilung, ob eine Äusserung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äusseren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluss darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten» (OG in: «Neue Justiz» **1958**, S. 717).

**HISTOMAT:** Kurzform für -> **Historischer Materialismus**.

**HISTORIKERGESELLSCHAFT, DEUTSCHE:** Geplant seit **1952**, vom ZK der SED gefordert seit 5. 7. **1955**, gegr. am 18. 3. **1958**. Sie soll die «in Forschung, Lehre und populärwissenschaftlicher Arbeit tätigen Historiker der DDR» sammeln, um «den dialektischen und historischen Materialismus auf allen Gebieten der Geschichtswissenschaft anzuwenden und zu verbreiten». Vors. der DHG, deren Sitz Leipzig ist, ist der linientreue Altkommunist und Hochschulfunktionär Prof. Dr. Ernst Engelberg (Leipzig). Sie hat 4 Bezirksverbände: I. Rostock (für Bez. Rostock, Schwerin, Neubrandenburg); II. Berlin (für Sowjetsektor Berlins, Bez. Potsdam, Frankfurt/O.); III. Halle (für Bez. Halle, Magdeburg, Erfurt, Suhl, Gera); IV. Leipzig (für Bez. Leipzig, Dresden, Chemnitz, Cottbus).



**HISTORISCHER MATERIALISMUS:** (Materialistische Geschichtsauffassung): Die Anwendung des -> **Dialektischen Materialismus** auf die Geschichte; für Marxisten-Leninisten Grundlage für das Verständnis und die Beurteilung aller historischen und geistigen Erscheinungen. Nach dem HM, hat die Entwicklung der Gesellschaft durch die Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln von einer kommun. Urgemeinschaft zur Klassengesellschaft und damit zur Spaltung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete geführt. Der Klassenkampf zwischen Unterdrückern und Unterdrückten wird als das bewegende Moment der geschichtlichen Entwicklung angesehen. Die den verschiedenen Gesellschaftsformen (Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus) innewohnenden Widersprüche zwischen Produktivkräften und -> **Produktionsverhältnissen** seien der Ausgangspunkt, um durch den Klassenkampf und die Revolution eine jeweils höher entwickelte Gesellschaftsform zu erreichen, ohne jedoch die -> **Ausbeutung** des Menschen durch den Menschen und die der Klassengesellschaft innewohnenden Widersprüche zu beseitigen. Marx glaubte, der Kapitalismus werde an diesen Widersprüchen zugrunde gehen (-> Krise), an seine Stelle werde eine durch die proletarische **Weltrevolution** zu schaffende klassenlose komm. Gesellschaft treten, in der jedwede Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft sind. Er ging allerdings davon aus, dass die klassenlose Gesellschaft nur bei höchstentwickelter Industrialisierung aller bedeutenden Länder möglich ist. -> **Lenin** sah vor und während des 1. Weltkrieges im -> **Imperialismus** die letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus und hielt damit die Zeit für die proletarische Weltrevolution ohne Rücksicht auf den Stand der Industrialisierung für gekommen. Aus der Auffassung heraus, dass die durch die Oktoberrevolution in Russland **1917** geschaffene neue Gesellschaft zusammenbrechen werde, wenn nicht in anderen Ländern gleichfalls der Kapitalismus gestürzt werde, bemühte er sich, die Weltrevolution, vor allem in Europa, auszulösen (-> **Komintern**). Da der Erfolg ausblieb, stellte -> **Stalin** später, im Widerspruch zu Marx und Lenin, die These auf, der Aufbau des Sozialismus und der Übergang zum Kommunismus seien auch in einem einzelnen Lande möglich. Der Glaube an die Weltrevolution wurde nicht aufgegeben, aber erklärt, sie erfolge nicht überall gleichzeitig, sondern erstreckte sich über eine lange historische Epoche. Die SU

habe das Proletariat anderer Länder in seinen Kämpfen gegen die bestehenden Gesellschaftsordnungen zu unterstützen. Daraus wurde auch die führende Rolle der -> **KPdSU** gegenüber anderen komm. Parteien abgeleitet. Diese Auffassungen wurden durch den XX. Parteitag **1956**, auf dem Stalin kritisiert wurde, nicht verworfen. (-> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**, -> **Bolschewismus**, -> **Ostblock**, -> **Volksdemokratie**, -> **Linguistikbriefe**, -> **Koexistenz**, -> **Ökonomisches Grundgesetz**, -> **Freiheit**) [8-10, 30, 31, 33, 36-38, 49, 53, 55]

**HO:** Abk. für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft. Die HO wurde durch Verordnung der-DWK im Nov. **1948** gegründet. Als Begründung für die Errichtung der HO gab die DWK «Bekämpfung des Schwarzmarktes» an. In Wirklichkeit nutzte sie nach dem Vorbild der SU die Mangelware in der Versorgung und die Existenz eines schwarzen Marktes zur Besteuerung des Verbrauchs in bis dahin in Deutschland nicht gekanntem Umfange aus. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende «überschüssige Kaufkraft» abzuschöpfen (-> Akzise) und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen. Trotz Verbesserung der Versorgungslage und des Verschwindens des Schwarzmarkts in den letzten Jahren wurde die HO nicht aufgelöst. Der vom Staat als Anreiz für die verlangten Leistungssteigerungen in der «volkseigenen» Wirtschaft gezahlte -> **Leistungslohn** und die Prämien für Normerfüllung flossen auf diese Weise in den -> Staatshaushalt zurück. Preissenkungen, veranlasst durch Produktionssteigerung bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, führten bislang nicht zu einer Verminderung der Staatseinnahmen aus der HO, da zum Ausgleich dafür immer mehr HO-Verkaufsstellen, -Kaufhäuser, -Gaststätten errichtet und immer mehr Warengattungen bevorzugt der HO für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden.

Am 30. 9. **1956** betrieb die HO insgesamt 27 544 Verkaufsstellen und Warenhäuser, davon 14 280 Lebensmittelgeschäfte, 4466 Gaststätten und 8798 Fachverkaufsstellen aller Art. **1958** erhöhte sich die Anzahl der Betriebe auf 33 814. Zur Erneuerung des Handelsnetzes wurden bis Ende **1959** 2675 Verkaufsstellen auf Selbstbedienung und 2516 auf Teilselbstbedienung umgestellt. Die Einzelhandelsumsätze der HO entwickelten sich wie folgt:

in v. H.  
des ges.  
in Mill. Einzelhandels-  
DM Ost Umsatzes

1950	..	4 551	26,4
1951	..	7 299	34,1
1952	..	9 961	39,8
1953	..	10 677	39,0
1954	..	10 398	35,0
1955	..	11 170	35,4
1956	..	11 463	35,1
1957	..	11 994	34,4
1958	..	13 698	35,9
1959	..	15 443	36,7

Diese Zahlen bringen jedoch die mengenmässige Umsatzsteigerung nicht voll zum Ausdruck, da die HO-Preise seit 1948 mehrmals gesenkt worden sind. Auf die Handelstätigkeit der HO entfällt z. Z. über ein Drittel der gesamten Einzelhandelsumsätze der SBZ. (-> Handel)

Die HO hat seit ihrer Gründung häufig organisatorische Änderungen erfahren. Trotzdem arbeiten is heute viele ihrer Geschäfte unrentabel. Ursprünglich war die HO hauptsächlich auf den Verkauf von Lebensmitteln und Industriemangelwaren eingestellt. Sie hatte bis 1951 das Monopol für den Verkauf freier Waren. Sie erweiterte ihr Verkaufstellennetz ständig, vielfach auf Kosten des privaten Einzelhandels. Inhaber privater Läden wurden durch absichtlich ungenügende Wareneinteilungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und dadurch veranlasst, ihre Geschäfte zu Spottpreisen an die HO zu verkaufen. Man gab ihnen dann häufig die Möglichkeit, als HO - Angestellte in ihren eigenen Läden tätig zu werden. Auf diese Weise übernahm die HO seit 1951 u. a. Drogerien, Fleischerläden, Friseurgeschäfte, Blumenläden, Modesalons, Juwelierläden usw. Die HO ist somit nicht nur Instrument der staatlichen -> **Währungspolitik**, sondern gleichzeitig Werkzeug des Staates zur systematischen Vernichtung des privaten Einzelhandels. Die Umsatz- und Finanzpläne der HO mussten der Sowjetischen Kontrollkommission zur Bestätigung vorgelegt werden, woraus hervorgeht, dass die Preispolitik der HO ein Teilstück sowjetischer -> **Besatzungspolitik** in Deutschland war. (-> **HO-Spezialhandel**) [713, 764]

**HOCHSCHULEN:** Die H. unterstanden bis 1951 dem Ministerium für Volksbildung der SBZ und den entsprechenden Volksbildungsministerien der Länder. Durch Verfügung vom 22. 2. 1951 wurde ein Staatssekretariat für das Hochschulwesen geschaffen, dem 1958 auch die Fachschulen unterstellt

wurden. Der sog. Demokratisierung der H. in den ersten Jahren nach 1945 folgte seit 1951 die Hochschulreform bzw. Studienreform, die zu einer weitgehenden Angleichung an das Sowjet. Hochschulwesen führte. Seit 1957/58 werden die Bemühungen um die Anpassung des Hochschulwesens an die Struktur der kommunistischen Herrschaft als seine «weitere sozialistische Umgestaltung» etikettiert. Die «sozialistische» H. lässt sich durch folgende Merkmale kennzeichnen:

1. Im Gesetz über den Siebenjahresplan (1959-1965) wird den Universitäten und H. die Aufgabe gestellt, wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute auszubilden, die den neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnis beherrschen, über die Fähigkeit verfügen, ihre Kenntnisse in die Praxis des sozialistischen Aufbaues einzusetzen, erfolgreich im sozialistischen Kollektiv zu arbeiten und eine leitende Tätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur auszuüben. Diese Zielsetzung impliziert auch eine politische Erziehung der Studenten. An die Stelle des traditionellen Postulats der Einheit von Forschung und Lehre ist die Forderung der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung getreten. Sie zielt auf eine «sozialistische Erziehung» der jungen Intelligenz und mit ihr auf eine Synthese von ergebendem Parteigänger und wissenschaftlich qualifiziertem Fachmann.

2. Der -> **Marxismus-Leninismus** besitzt die Monopolstellung. Seit 1950/1951 sind die Studierenden verpflichtet, ein obligatorisches Studium der Parteideologie, bezeichnet als **gesellschaftswissenschaftliches -> Grundstudium**, zu absolvieren. Dem entspricht der ständig zunehmende Druck zur Umgestaltung der -> **Gesellschaftswissenschaften**, insbesondere der Geschichts-, Rechts-, Staats-, Wirtschafts- und Erziehungswissenschaften sowie der Philosophie im Geiste des Marxismus-Leninismus. Sein Einfluss auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen ist nicht so tiefgreifend: mehr ihre Voraussetzungen und Horizonte beeinflussend, hat er ihre Orientierung an der internationalen Forschung eher begünstigt als gehemmt.

3. Bei der Ausbildung der Fachkräfte stehen die Anforderungen der späteren beruflichen Praxis im Vordergrund. Die Einheit von Theorie und Praxis ist nicht nur die Richtschnur für die Stoffauswahl, die Wahl der Prüfungsarbeiten usw., sondern bestimmt zunehmend auch die Organisation des Studiums: Wechsel zwischen Direktstudium und Fern- bzw. Abendstudium mit Arbeit in der Produk-

tion, Verbindung der theoretischen Unterweisung mit praktischer Arbeit im Rahmen bestimmter Projekte.

4. In den letzten Jahren ist die Gründung **sozialistischer -> Gemeinschaften** forciert worden: Gemeinschaften von Studenten während der Durchführung des Studiums unter Teilnahme von Assistenten und Dozenten, Diplomanden- und Doktorandenkollektive, Forschungskollektive in Zusammenarbeit mit einem industriellen Betrieb u. dgl. zur Durchführung bestimmter Vorhaben. Grundmotto dieser Gemeinschaften zur Erzielung der Konformität: «Arbeite, lerne, lebe sozialistisch.»

5. Bei der Auslese, der Studenten sind bisher -> **Arbeiter- und Bauernkinder** bevorzugt worden. Daneben werden neuerdings «vorrangig» zugelassen: Bewerber, die mehrere Jahre in der «sozialistischen Wirtschaft» oder in staatlichen und «gesellschaftlichen» Einrichtungen gearbeitet haben und von ihren Betrieben zum Studium delegiert werden, sowie Bewerber, die als ehemalige Soldaten von den Einheiten der «bewaffneten Organe» empfohlen werden. In der «Anweisung über die Auswahl, Zulassung und Vormerkung der Studienbewerber zum Direktstudium» vom 10. 3. 1960 ist das Ziel gesetzt worden, den Anteil der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, werktätigen Bauern sowie ihrer Kinder bei durchschnittlich 60 v. H. zu halten (1960). Neben Inhabern der «Hochschulreife» werden junge Produktionsarbeiter nach Absolvierung von halb- bzw. einjährigen Vor- oder Sonderkursen zum Studium in bestimmten Fachrichtungen zugelassen. Die Absolventen der erweiterten Oberschulen haben unter bestimmten Bedingungen vor ihrer Zulassung ein «praktisches Jahr» abzuleisten.

6. Die Auswahl der Dozenten wird durch das Staatssekretariat geleitet und zielt auf die Schaffung eines parteiergebenen Lehrkörpers, in dem die überzeugten Marxisten-Leninisten dominieren.

7. Das organisatorische Gefüge der H. ist weitgehend dem des sowjetischen Hochschulwesens angeglichen worden. Schon die «Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen» (1949) beseitigte die Kuratorial-Verfassung und erweiterte die Befugnisse des Rektors sowie die Einflussmöglichkeiten der Behörden. Die verheissene akademische Selbstverwaltung konnte sich angesichts der Macht der SED-Führung nicht entwickeln. Alle akademischen Wahlen werden nach Bedarf manipuliert, jede Massnahme der akademischen Organe ist Produkt der Lenkung durch Partei- und Staatsstellen. Neben dem Rektor, der für

die gesamte Leitung und Verwaltung der H. bzw. Universität verantwortlich ist, stehen ernannte Prorektoren mit bestimmten Funktionen (für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, die Forschungsangelegenheiten, den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Studienangelegenheiten, d. h. die Angelegenheiten der «Kaderpolitik» und das Fernstudium). Die Fakultäten sind in Fachrichtungen aufgliedert worden (z. B. Geschichte, Germanistik), geleitet von Fachrichtungsleitern. An den 6 Universitäten und der Technischen Hochschule Dresden gab es 1955 21 fachlich unterschiedene Fakultäten mit 98 Fachrichtungen.

8. Die H. werden unmittelbar von den SED-Betriebsgruppen der H. und den von ihnen geführten FDJ-Hochschulgruppen politisch überwacht.

9. Das Studium erfolgt an allen H. nach festen, für Studierende und Dozierende verbindlichen Studienplänen im 10-Monate-Studienjahr. Die Masse der Studenten ist im Interesse der besseren Überwachung in kleine Seminargruppen aufgeteilt worden (20 bis 30 Mitglieder). Das Ergebnis ist ein schulmässiger Betrieb, der zwar ein regelmässiges Lernen garantiert, aber das geforderte «Selbststudium» verhindert. Die «Aneignung» des Stoffes wird durch alljährliche Zwischenprüfungen

**B**en kontrolliert. Nach bestandener Diplomprüfung bzw. nach bestandener Staatsexamen (-> **akademische Grade**) erfolgt «Einsatz» der Absolventen entsprechend dem Absolventenverteilungsplan.

10. die Studierenden haben während des Studiums eine vormilitärische und militärische Ausbildung zu absolvieren, die von der -> **GST** durchgeführt wird.

Zahl der Direktstudenten (1958): 64 006 gegen 27 822 im Jahre 1951; Fernstudenten: 18 713 (1958) gegen 3690 im Jahre 1951. Bei den offiziellen Angaben werden in der Regel die Angehörigen der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten mitgezählt. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder betrug 1958 58,2 v. H. bei den Direktstudenten, 48 v. H. bei den Fernstudenten.

#### Universitäten:

1. Humboldt-Universität zu Berlin;
2. Karl-Marx-Universität in Leipzig;
3. Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg;
4. Friedrich-Schiller-Universität in Jena;
5. Universität Rostock;
6. Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald.

#### Hochschulen:

1. Technische H. Dresden;

2. Bergakademie Freiberg;
3. H. für Schwermaschinenbau Magdeburg;
4. Technische H. für Chemie Leuna-Merseburg;
5. H. für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt;
6. H. für Elektrotechnik Ilmenau;
7. H. für Verkehrswesen in Dresden;
8. H. für Architektur und Bauwesen Weimar;
9. H. für Bauwesen Cottbus;
10. H. für Bauwesen Leipzig;
11. H. für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Meissen;
12. Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht» in Potsdam-Babelsberg;
13. H. für Ökonomie in Berlin;
14. H. für Binnenhandel in Leipzig;
15. Deutsche H. für Körperkultur in Leipzig;
16. Pädagogische H. Potsdam;
17. H. für bildende und angewandte Kunst Berlin;
18. H. für bildende Künste Dresden;
19. H. für Grafik und Buchkunst Leipzig;
20. Theaterhochschule Leipzig;
21. Deutsche H. für Filmkunst in Potsdam-Babelsberg;
22. Deutsche H. für Musik in Berlin;
23. H. für Musik Leipzig;
24. H. für Musik Dresden;
25. Franz-Liszt-H. in Weimar;
26. H. für industrielle Formgestaltung in Halle (Saale);
27. Medizinische Akademie Dresden «Carl-Gustav Carus»;
28. Medizinische Akademie Erfurt;
29. Medizinische Akademie Magdeburg.

#### Den Hochschulen gleichgestellte

##### Institute:

1. Institut für Agrarökonomie Bernburg;
2. Institut für Agronomie Neugattersleben;
3. Institut für Zootechnik Güstrow-Schabernack;
4. Institut für Archivwissenschaft.

##### Institute mit Hochschulcharakter:

1. Pädagogisches Institut Leipzig;
2. Pädagogisches Institut «Karl-Friedrich Wilhelm Wander» in Dresden;
3. Pädagogisches Institut Karl-Marx-Stadt;
4. Pädagogisches Institut Halle;
5. Pädagogisches Institut Erfurt;

6. Pädagogisches Institut Mühlhausen;
7. Pädagogisches Institut Güstrow.

[505, 516, 519, 522]  
**HOCKAUF, FRIDA:** (Mechanische Weberei Zittau) Initiatorin einer -> **Aktivistenbewegung, die Produktionssteigerung** durch möglichst konkrete -> **Selbstverpflichtungen** zum Ziele hat. Die H. verpflichtete sich, bis Ende **1953** 45 m Stoff über die Norm zu weben, konnte aber eingeständenermaßen ihre Verpflichtung nur mit Hilfe ihres Meisters erfüllen. Die H.-Methode wurde auch auf andere Wirtschaftszweige übertragen und mit besonderem Aufwand propagiert, weil mit ihrer Hilfe die vielfach praktisch unverbindlichen Selbstverpflichtungen einen konkreten Inhalt bekommen sollten.

**HOERNLE, EDWIN:** \* 11.12.1883 in Cannstatt bei Stuttgart, gest. 21.7. **1952** in Berlin. Sohn eines Missionars, Theologie-Studium, **1910** SPD, Mitbegründer der KPD, hauptamtlicher Funktionär. **1933** am Internationalen Agrarinstitut in Moskau. **1945** Rückkehr nach Deutschland, führte als Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft die -> **Bodenreform** durch. **1949** als Professor für Agrarpolitik an die Deutsche Verwaltungsakademie (später -> **Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht»**) abgeschoben.

**HOFFMANN, KARL-HEINZ:** \* 28.11. **1910** in Mannheim als Sohn eines Arbeiters, Maschinenschlosser. **1926** -> **KJVD**, **1930** KPD-Mitgl., emigrierte **1935** in die SU, Besuch der Frunse-Akademie, **1936-37** Bataillonskommandeur und später Politkommissar im Spanischen Bürgerkrieg, danach Flucht nach Frankreich, **1939** Rückkehr in die SU, **1941** bis **1943** Besuch der Kominternschule. **1945** Rückkehr nach Deutschland, **1946** in der SED-Landesleitung Berlin tätig, dann ständiger Vertreter des Leiters der Deutschen Verwaltung des Innern und Leiter der Hauptabteilung Polit-Kultur in der Hauptverwaltung der **Volkspolizei**. Im Febr. **1950** Generalinspekteur und Leiter der «Hauptverwaltung für Ausbildung», der damals die militärischen Verbände der Volkspolizei unterstellt waren. Seit **1952** ist H. Generalleutnant der -> KVP und Stellvertreter des Ministers des Innern. Seit Okt. **1953** auch Chef der KVP-See und der KVP-Luft. Nach Gründung der -> **Nationalen Volksarmee** am 18.1. **1956** als Generalleutnant Chef des Heeres und Vertreter der «DDR» im Stab des Oberkommandos der Warschauer-Pakt-Staaten (-> **Warschauer Beistandspakt**), seit **1958** Chef des Stabes der NVA. Seit 1. 10. **1959**

Gen.-Oberst. Am 14. 7. 1960 als Nachfolger von Willy -> Stoph Minister für Nationale Verteidigung. Seit Juli 1950 Kandidat, seit April 1954 Mitgl. des -> ZK der -> SED, seit 1950 Abgeordneter der -> Volkskammer.

**HOLZINDUSTRIE:** Die H. gehört zu den in den vergangenen Jahren zurückgebliebenen Industriezweigen der Leichtindustrie. Etwa zwei Fünftel der rd. 150'000 Beschäftigten in der H. sind noch in Privatbetrieben tätig. Die unzureichende Versorgung mit Holz (-> Forstwirtschaft), mit ausländischen Furnieren für die Möbelherstellung, aber auch das Unterlassen ausreichender Ersatz- und Neuinvestitionen hemmten die Entwicklung der H. Im Zusammenhang mit der -> ökonomischen Hauptaufgabe wird seit 1959 auch die H. gefördert. In den nächsten Jahren sollen neue Produktionsanlagen für Span- und Faserplatten erstellt und die noch meist mit handwerklichen Methoden arbeitenden Betriebe der Bauteilefertigung (Türen, Fenster) mechanisiert werden.

**HOMANN, HEINRICH:** \* 6.3.1911 in Bremerhaven als Sohn eines Reederei - Direktors. Gymnasium, Jurastudium. 1. 5. 1933 Mitgl. der NSDAP. Berufsoffizier, als Major in sowj. Gefangenschaft. Mitbegründer des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**, aktives Mitgl. im Bund deutscher Offiziere, Kommentator im Moskauer Rundfunk. Antifaschule Krasnogorsk. Nach Rückkehr in die SBZ Eintritt in die -> **SED**. 1948 Mitbegründer der -> **NDPD**, im Hauptvorstand für Presse und Funk zuständig. 1949 bis 1952 Politischer Geschäftsführer, seither 2. Stellv. Vors. der NDPD, als Direktor der Parteiezekutive mitverantwortlich für die Westarbeit der NDPD. Nach Gründung der -> **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 1958** einer der stellv. Vors. dieser Organisation. Seit 1950 Mitgl. der Volkskammer, 1952 bis 1954 Vizepräsident, seit 1952 Stellv. des Präsidenten. Seit März 1960 stellv. Vors. des Ständigen Volkskammerausschusses für Nationale Verteidigung.

**HONECKER, ERICH:** \* 25. 8. 1912 in Neunkirchen/Saar als Sohn eines Bergarbeiters. Volksschule, Dachdecker, 1922 Mitgl. der Jungen Pioniere, 1926 -> KJVD, 1929 KPD, 1931 Sekretär des KJVD im Saargebiet, 1934 Mitgl. des ZK des KJVD, 1935 verhaftet und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit, KPD/SED, mit dem Aufbau der -> FDJ beauftragt. Vom 7. 3. 1946 bis 27. 5. 1955 Vors. der FDJ, die unter der Leitung von H. immer mehr dem -> **Komsomol**

angehlichen wurde. «Verzichtete» im Mai 1955 auf seine Wiederwahl, «um im Auftrag seiner Partei an anderer Stelle verantwortliche Arbeit» zu leisten.

1956 bis 1957 Schulung in der SU, anschliessend in der SED-Führung verantwortlich für Militär- und Sicherheitsfragen. Seit 6. 2. 1958 Sekretär des -> **ZK** der -> **SED**. Weiterhin Mitgl. des Zentralrats der FDJ. Seit April 1946 ununterbrochen Mitgl. des Parteivorstandes bzw. ZK der SED, seit 1950 Kandidat, seit 1958 Mitgl. des -> **Politbüros**. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. In erster Ehe verheiratet mit **Edith -> Baumann**, führender FDJ- und dann SED-Funktionärin, in zweiter Ehe mit Margot Feist, bis 1954 Sekretärin für -> **Junge Pioniere** im Zentralrat der FDJ, seit 1958 Stellv. des Ministers für Volksbildung.

**HO-SPEZIALHANDEL:** Durch Übernahme des bisherigen -> **Konsumspezialhandels** Anfang 1956 entstandene Verkaufsorganisation zur zusätzlichen Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen mit -> HO-Waren. Der HO-S. untersteht direkt dem Ministerium für Handel und Versorgung, welches der -> **GSOW** weitgehende Rechte in der Verwaltung und im Einkauf der HO-S. eingeräumt hat. Die in Leipzig ansässige Hauptverwaltung wurde nach Warenbereichen in / Geschäftsleitungen unterteilt, in denen jeweils ein sowjetischer Bevollmächtigter vertreten ist. Auch untersteht die Verwaltung der Gross- und Einzelhandelsbetriebe des HO-S. weitgehend sowjetischen Dienststellen. Da der HO-S. praktisch im Auftrage der GSOW tätig ist, erhält er dafür eine Umsatzprovision, die im Grosshandel 1,08 v. H. und im Einzelhandel 4,8 v. H. beträgt. Daraus muss er jedoch nicht die gesamten Handelskosten bestreiten, so dass der HO-S. bei seinen beträchtlichen Umsätzen rentabel arbeitet.

**HOYERSWERDA:** Stadt in der Lausitz, 20 046 Einwohner (1959). Zwischen Spremberg und H. wurde bzw. wird das Koks kombinat -> **Schwarze Pumpe** errichtet. Für die Unterbringung der im Plan vorgesehenen 16'000 Arbeitskräfte wird im Nordosten von H. eine Wohnstadt errichtet, für die ein entsprechend grosses, kohlenfreies Gelände zur Verfügung steht.

**HPG:** Zur Zeit gebräuchliche Abk. für Produktionsgenossenschaften des Handwerks (-> **Handwerk**, -> **PGH**)

**HÜCHEL, PETER:** \* 3. 4. 1903 in Berlin als Sohn eines Landwirtes, auf dessen Bauernhof in der Mark Brandenburg er aufwuchs. Schul- und Hochschulbildung. Studien der Lite-

ratur und Philosophie an den Universitäten Berlin, Freiburg und Wien. H. wurde schon vor 1933 als bemerkenswerter Lyriker bekannt. Während der NS-Zeit veröffentlichte er nichts. Seit 1940 Soldat. Sowjet. Kriegsgefangenschaft. Nach dem Kriege bis Februar 1948 Sendeleiter am Berliner Rundfunk. Seit Mai 1948 Chefredakteur der literarischen Zeitschrift 'Sinn und Form', Organ der Akademie der Künste der SBZ. Mitgl. des PEN-Clubs und der Akademie der Künste der SBZ. Mitgl. des Schiller-Komitees der SBZ, parteilos.

Werke: «Der Knabenteich' (Gedichtband), 1932. «Dr. Faustens Teufelspakt und Höllenfahrt» (Spiel), 1934; «Gedichte», Berlin, Aufbauverlag, 1948. Die Werke sind in der SBZ vergriffen und wurden bisher nicht neu aufgelegt. Auszeichnungen: Lyrikpreis der Kolonne (1932), Nationalpreis dritter Klasse (1953), Theodor-Fontane-Preis erster Klasse (1956), Plakette der Freien Akademie der Künste, Hamburg (1959).

**HUFELAND-MEDAILLE:** Medaille mit Urkunde für bedeutende Leistungen auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes. (-> **Auszeichnungen**)

**HUMANISMUS, REALER;** Das Stichwort RH. charakterisiert im Pj. verschwommen und idealisierend den Zustand, des Oberbaus (-> **Marxismus-Leninismus**) im gegenwärtigen Stadium des -> **Aufbaus des Sozialismus** in der SBZ. Mit dem klassisch-abendländischen Bildungsbegriff hat dieser RH. offenbar wenig zu tun, was nicht hindert, dass er, besonders vom **Deutschen -> Kulturbund**, häufig als irreführendes Leitmotiv der an die bürgerliche Intelligenz der SBZ und an die Aussenwelt gerichteten Verlautbarungen verwendet wird. Zweifellos ist der RH. aber auf den von Feuerbach beeinflussten Humanismus Marxens zurückzuführen, der nicht nur die Befreiung des Menschen von Unterdrückung meint, sondern als «unbedingter Humanismus» (Marx: «Die Wurzel des Menschen ist aber der Mensch selbst.») auch die Aufhebung Gottes. In diesem Sinne ist der RH. also -> **Athe-**

## HYGIENE-INSPEKTION

**ismus** und Pseudo- oder Ersatzreligion. [19]

**HUNDERTTAUSENDER-BEWEGUNG:** Aus der SU in die SBZ eingeführtes Selbstverpflichtungsprogramm für Kraftfahrer, nach welchem 100'000 km ohne Generalreparatur gefahren werden sollen. (-> **Aktivistebewegung, -> Verkehrswesen**)

**HVA:** Abk. für Hauptverwaltung für Ausbildung; von 1950-1952 benutzte Tarnbezeichnung für das sowjetzonale Oberkommando der militärischen Verbände; von 1952-1956 identisch mit: «Stab -> **KVP**».

**HVDGP:** Abk. für Hauptverwaltung **Deutsche -> Grenzpolizei**, die im Mai 1957 in Kommando der Deutschen Grenzpolizei umbenannt wurde.

**HVDVP:** Abk. für Hauptverwaltung **Deutsche -> Volkspolizei**.

**HVL:** Abk. für Hauptverwaltung Luftpolizei, später VP-Luft genannt. (**Deutsche -> Volkspolizei**)

**HVS:** 1. Bis Mai 1950 Abk. für Hauptverwaltung für Schulung, Vorgänger der -> **HVA**. 2. Abk. für Hauptverwaltung Seepolizei, späterVP-See genannt. (**Deutsche -> Volkspolizei**)

**HYGIENE-INSPEKTION:** Wie in der SU als Abteilung beim Gesundheitsministerium und als Referat bei den Bezirksräten die zentrale Leitstelle für die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten und die Kontrolle der Umwelt- und Lebensmittelhygiene. Unter ihr 22 «Bezirks-Hygiene-Institute» (früher «Zentralstellen für Hygiene»). In den Kreisen sind die Kreisärzte Leiter der «Hl. des Kreises», und zwar, abweichend vom Prinzip der «doppelten Unterstellung» (**Kommunale-Selbstverwaltung**), eindeutig weisungsgebunden. Unterste örtliche Organe sind die «Hygiene-Kontrollpunkte», besetzt bisher mit «Hygiene-Aufsehern», künftig «Hygiene-Inspektoren», die zum Mittleren -> **Medizinischen Personal** zählen. Die Hl. hat in allen Instanzen Exekutiv- und Strafvollmacht. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**SAP:** Abk. für -> **Industrieabgabepreis.**

**IDEALISMUS:** In der marxistisch-leninistischen Theorie ist I. die dem Materialismus entgegengesetzte und zu bekämpfende Weltanschauung, über den im Westen üblichen Begriff des philosophischen I. hinausgehend, werden alle Anschauungen als I. gekennzeichnet, die bei ihrer Betrachtungsweise nicht von den materiellen -> **Produktionsverhältnissen**», also den wirtschaftlichen Verhältnissen ausgehen und die im Geistigen mehr sehen, als die bloße Widerspiegelung des materiellen Unterbaues. Die Begriffsbestimmung des I. wird in der komm. Literatur oft auch erkenntnistheoretisch gegeben. Zum I. werden alle Lehrmeinungen gezählt, die sich gegen den naiven «Abbildt-Realismus» wenden. Viele philosophische Realisten des Westens gelten dem Bolschewismus mithin als «Idealisten». (-> **Marxismus-Leninismus**)

**IDEOLOGIE:** Wörtlich Ideenlehre; im weiteren Sinne ein mit idealen Gehalten ausgestattetes geistiges System, dessen Voraussetzungen und Konsequenzen ohne Diskussion und Zweifel angenommen, «geglaubt» werden müssen. Geistesgeschichtlich ist das Entstehen von I. auf das Zerbrechen eines allen Menschen gemeinsamen Welt-, Geschichts- und Menschenbildes zurückzuführen. Das Bemühen um neue Erkenntnis und neues Weltverständnis führte zu verschiedenen politischen und sozialen Theorien. Versuche, solche politischen Ideen für die Praxis zu verwerten, entkleideten sie zwangsläufig ihres hypothetischen Charakters, engten sie auf ihre «brauchbaren» Teile ein und verfälschten den ursprünglichen Zusammenhang. Im Verhältnis zu ihren geistigen Wurzeln sind die I. nur Surrogate der politischen Ideen.

In der modernen politischen Praxis dient die I. der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der «wahren Lehre» behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor. Der tatsächliche Einfluss einer I. auf die

Handlungen ihrer «Vollstrecker» ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfach angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer I. verstossen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als der Ausdruck von Machtkämpfen von grosser Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die I. ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht. (-> **Marxismus-Leninismus**)

**IDFF:** Abk. für Internationale demokratische Frauenföderation. Angeblich überparteiliche, tatsächlich komm. beherrschte Organisation, der alle Frauenorganisationen komm. Staaten und Parteien angehören, gegr. am 29. 11. 1945 in Paris. Nach offiziellen Angaben Sektionen in 66 Ländern, angebl. Mitgliederzahlen 1955: 140 Mili. Vors.: Eugenie Cotton (Frankreich), stellv. Vors.: Nina Popowa (UdSSR), Dolores Ibarruri (Vors. der KP Spaniens), Generalsekretärin: Angiola Minella. Höchstes Organ: Internationaler Frauenkongress, tagt alle drei Jahre; Sitz des Sekretariats: Ost-Berlin. Aufgaben: Gewinnung der Frauen für die Politik der SU, insbesondere für die komm. «Weltfriedensfront». Der -> **DFD** gehört der IDFF seit 18.5. 1948 an.

**IHK:** Abk. für -> **Industrie- und Handelskammer.**

**IMPERIALISMUS:** Im allgemeinen Sprachgebrauch das Bestreben eines Staates, seine Herrschaft über die eigenen Grenzen auszuweiten und fremde Völker auf Kosten ihrer Selbständigkeit und Eigenart mit militärischen, wirtschaftlichen oder kulturpolitischen Mitteln dem eigenen staatlichen Machtbereich einzugliedern, eine seit dem Altertum feststellbare geschichtliche Erscheinung, die aber besonders für die Bestrebungen der Grossmächte in der Zeit etwa von 1870 bis 1914 bezeichnend ist. - \* **Lenin** hat den Begriff I. durch seine 1917 verfasste Schrift «Der I. als höchstes Stadium **des Kapitalismus**» eingeeengt und nur zur Charakterisierung eines Teilschnitts der kapitalistischen Entwicklung verwendet. Nach ihm ist I. «der Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Mono-

pole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexpert eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Truste begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die grössten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist". Als solcher sei er «**Monopolkapitalismus**», «**Übergangskapitalismus**» oder «**sterbender Kapitalismus**», weil das Monopol den Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung darstelle. Die bolschewistische Revolution von 1917 fusste mit ihrem viel weiter gesteckten Ziel, Auftakt zur Weltrevolution zu sein, weitgehend auf dieser durch die weitere Geschichte als unzulänglich erwiesenen Einschätzung. (-> **Historischer Materialismus**, -> **Stalinismus**, -> **Bolschewismus**, -> **Marxismus-Leninismus**, -> **Koexistenz**, -> **Krise**)

**INDUSTRIE:** Das Gebiet der SBZ war bereits vor der Spaltung Deutschlands ein ausgesprochenes I.-Gebiet. Während in Westdeutschland besonders die Grundstoff- und der Schwermaschinenbau beheimatet waren, hatten in der jetzigen SBZ vor allem die metallverarbeitenden und die Verbrauchsgüter-Industrie ihre wesentlichen Standorte.

Als Kriegs- und Kriegsfolgeschäden verminderte sich das industrielle Nettovermögen in der Bundesrepublik um etwa ein Viertel, dagegen in der SBZ um mehr als die Hälfte (davon zwei Drittel schwierig wiederbeschaffbare industrielle Ausrüstungen). Unter ständigem politischem Druck auf dre Arbeitnehmerschaft (-> **Produktionspropaganda**) und unter Vernachlässigung der Verbraucherinteressen (-> **Konsumgüterversorgung**) wurde seitdem die I.-Produktion erheblich gesteigert (-> **Fünfjahrplan**). Das Können und der Fleiss der mitteldeutschen I.-Arbeitschaft und der Techniker und Ingenieure, die - ohne damit dem kommun. Regime dienen zu wollen - ihr Bestes gaben, hat sehr erheblich dazu beigetragen, diese Produktionssteigerungen trotz Planungsmängeln, ungenügender technischer Ausstattung der Betriebe und unzureichender -> **Materialversorgung** zu erzielen.

Rund ein Drittel aller Beschäftigten in der SBZ ist in I.-Betrieben tätig. Im Jahre 1959 entfielen vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) in der SBZ fast zwei Drittel auf die I.-Erzeugung. (-> **Volkseigene Industrie**, -> **Eisen- und Stahlindustrie**, -> **Maschinenbau**, -> **Chemische Industrie**, -> **Kohlenindustrie**, -> **Kalibergbau**, -> **Kupferbergbau**, -> **Textilindustrie**, -> **Holzindustrie**, -> **Flugzeugbau**, -> **Kraftfahrzeugbau**, -> **Schiffbau**, **Papierindustrie**, -> **Leichtindustrie**,

-> **Schwerindustrie**, -> **WB**, -> **örtliche Industrie**, -> **örtliche Wirtschaft**) [728, 730-738]

**INDUSTRIEARBEITER AUFS LAND:** Staatlich geförderte «Aktion» zur Unterstützung der -> **sozialistischen Umgestaltung der-> Landwirtschaft**, wonach «politisch und fachlich qualifizierte Kader» einen Arbeitsplatzwechsel aus Industrie, Handel, Verwaltung, Nationaler Volksarmee, Partei- oder wissenschaftlicher Institution in -> **MTS**, -> **VEG** oder -> **LPG** vornehmen sollen. Durch grosszügige Vergünstigungen (s. GBl. I, S.622/59) wird mit dieser seit 1957/58 laufenden Aktion versucht, das mangelnde Kräftepotential auf dem Lande aufzubessern und das «Bündnis der Arbeiter- und Bauernklasse zu festigen». (-> **Patenschaftsverträge**, -> **Freundschaftsvertrag**)

**INDUSTRIE- U. HANDELSKAMMER (IHK):** Schon seit 1946 nicht mehr Interessenvertretung der privaten Wirtschaft, sondern staatliches Organ zur Kontrolle über die private Wirtschaft. Die vorübergehend aufgelöste und als Folge des **Neuen Kurses** wieder errichtete IHK wurde mit VO vom 22. 9. 1958 (GBl. I, S. 688) erneut umgestaltet. Das Präsidium und sein Apparat wurden aufgelöst. Die bisherigen Bezirksdirektionen der IHK wurden zu selbständigen juristischen Personen auf Bezirksebene umgebildet und den Räten der -> **Bezirke** unterstellt. Sie können Kreisgeschäftsstellen bilden und auflösen. Die Räte der -> **Kreise** haben gegenüber den Kreisgeschäftsstellen Weisungsbefugnis. **Der IHK** gehören die in der privaten Wirtschaft selbstständig gewerblich tätigen Bürger, juristische Personen und Personenvereinigungen an. Ausgenommen sind u. a. Treuhandbetriebe mit staatlichen Produktionsaufgaben, Betriebe mit -> **Staatsbeteiligungen**, **Handwerksbetriebe** und die Betriebe der Kleinindustrie im Sinne des Gesetzes zur Förderung des -> **Handwerks**, **Einkaufs- und Liefergenossenschaften** des Handwerks, Betriebe der pflanzlichen und tierischen Produktion. Alle wirtschaftlich operativen Aufgaben (wie Materialversorgung, Registrierung von Verträgen usw.) sind auf die Räte der **Kreise** und **Bezirke** bzw. auf die -> **WB** übergegangen. Die IHK hat jetzt nur noch die Aufgabe, «die Inhaber der ihr angeschlossenen Betriebe für eine bewusste Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen», insbesondere aber bei der Sozialisierung der -> **Privatwirtschaft** mitzuwirken. Das sind bei der Industrie die Staatsbeteiligungen, beim -> **Handel** und den Gaststätten der Abschluss von -> **Kommissionsverträgen** bzw. Staatsbeteiligungen bei grösseren Objekten, bei



den Verkehrsbetrieben Staatsbeteiligungen, teils Abschluss von Leistungsverträgen. Die IHK wurde daneben beauftragt, neue Formen zur Überführung in den sozialistischen Sektor zu entwickeln. Weiterhin hat die IHK die örtlichen Staatsorgane bei der Organisation enger Kooperationsbeziehungen zwischen sozialistischen und Privatbetrieben zu unterstützen, für die Einhaltung der Planaufgaben zu sorgen, bei der Erfassung und Ausnutzung der inneren und örtlichen Reserven mitzuarbeiten und bei Tariffragen sowie beim Abschluss von Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarungen mitzuwirken, vorhandene Verbindungen zu verstärken und neue Verbindungen zu den Handelskammern und anderen wirtschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik herzustellen, Delegationen zu Auslandsmessen und zu Ausstellungen in die Bundesrepublik zur Pflege des **-> Aussenhandels und des -> Interzonenhandels** zu entsenden.

**INDUSTRIEABGABEPREIS (IAP):** Seit 1955 übliche Bezeichnung für die Abgabepreise der staatlichen Betriebe. Der I. (früher Herstellerabgabepreis Industrie) setzt sich wie folgt zusammen: Grundkosten 4- Abteilungsgemeinkosten - Abteilungskosten + Betriebs- u. a. Gemeinkosten = Produktionsselbstkosten 4- Absatzkosten = Gesamtselbstkosten 4- Gewinn (betriebliches Reineinkommen) 4- Teile des zentralisierten Reineinkommens) = Betriebspreis (früher Herstellerabgabepreis Betrieb) 4- Produktionsabgabe = Industrieabgabepreis.

[742]

**INDUSTRIELÄDEN:** Einzelhandelsgeschäfte staatlicher Produktionsbetriebe. Ursprüngliche Aufgabe bei ihrer Gründung (1952) war die Bedarfsforschung für die Trägerbetriebe und die Einführung neuer Erzeugnisse. Inzwischen sind diese Aufgaben zurückgetreten, da bei der starren Materialplanung für Rohstoffe die Käuferwünsche ohnehin kaum berücksichtigt werden können. Die Existenzberechtigung der I. ergibt sich jetzt daraus, dass sie besser und schneller durch ihre Trägerbetriebe (insbesondere in der Konfektions- und Lederwarenindustrie) mit Waren versorgt werden als andere Handelsunternehmen.

**INDUSTRIEÖKONOMIK:** Ausdruck des Pl., der etwa die Betriebswirtschaftslehre meint, jedoch auf die einzelnen Industriezweige bezogen wird. Der Begriff «Betriebswirtschaftslehre» ist als «kapitalistisch» verpönt. Entsprechend einem amtlichen Lehrbuch für I. bestehen angeblich Beziehungen zwischen der Wirtschaftspolitik und der Industrieökonomik insofern, als letztere «die

wissenschaftliche Begründung für die Durchführung der Wirtschaftspolitik in der Industrie» zu geben hat. In Wirklichkeit aber ist es die Aufgabe der I., die Durchführung der Wirtschaftspolitik in der Praxis zu stützen, wie eindeutig aus den Hauptthemen der I. hervorgeht; sie beschäftigt sich mit der Organisation und Leitung der «volkseigenen» Industriebetriebe, mit Produktionsplanung, Technik, Konzentration, Spezialisierung und Kooperation in der Fertigung; auch die Finanzwirtschaft der Betriebe ist ein Teilgebiet der I. Bei Arbeitskräfte- und Lohnfragen gibt es Überschneidungen mit dem Gebiet der **-> Arbeitsökonomik.**

**INDUSTRIESPIONAGE:** **-> Aufklärung, -> Koordinierung, -> Staatssicherheitsdienst.**

**INFILTRATION:** Sammelbezeichnung für die kommun. Taktik des Einsickerns von Personen, Nachrichten und Gerüchten. Durch I. soll , eine geschlossene Abwehr gegen den Bolschewismus gespalten und untergraben werden. Ihre Gefahr besteht im Gegensatz zur lautstarken **-> Propaganda** in der unmerklichen, auf die Dauer zersetzenden Wirkung. Das Ziel der vielfältigen I.-Methoden sind alle Personenkreise, bei denen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen vorausgesetzt wird. Während durch persönliche I. kommun. Vertrauensleute in wichtige Stellungen der Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und des gesamten öffentlichen Lebens eingeschleust werden sollen, will die geistige I. durch Ausstreuen von Gerüchten und Weitergabe von unkontrollierbaren Zwecknachrichten im Westen ein Gefühl der Unsicherheit und Schwäche verbreiten. Die wichtigsten westdeutschen Stützpunkte für die I.-Taktik sind die kommun. **-> Tarnorganisationen.** Im Frühjahr 1960 erschienen für Zwecke der I. mehr als 130 Zeitungen und Zeitschriften der Tarnorganisationen und (grossenteils in der SBZ gedruckt) 120 kommun. Betriebszeitungen und mindestens 167 Zeitungen und Ortsblätter der verbotenen **-> KPD.** Ferner werden von der SBZ und vom Ausland her monatlich 9 bis 10 Mill. Flugblätter und Briefzeitungen in die Bundesrepublik eingeschmuggelt.

Für die I., die eng mit der **-> gesamtdeutschen Arbeit** der **-> SED,** der **-> Massenorganisationen** und des Staatsapparates zusammenwirkt, werden sehr hohe Summen aus Staatsgeldern aufgebracht. Die Richtlinien für die I. erteilt das **-> Politbüro** der SED. Die unmittelbare Anleitung hat das «Arbeitsbüro des ZK der SED» (früher bezeichnet als «Abt. für gesamtdeutsche Fragen», dann als «Westabt.»). Es wird geleitet von dem Altkommunisten **Erich**

## 177 INNERDEUTSCHEN HANDELS, GESETZ ZUM SCHUTZE

-> **Glückauf.** Nur die I. auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiet übt der Sektor «Westarbeit» der Abt. Kultur des ZK der SED aus, geleitet von dem Altkommunisten Willi Adam. [234]

**INFORMATION, AMT FÜR: Ehemaliges Organ des -> Ministerates, seit Ende 1952 -> Presseamt beim Ministerpräsidenten.**

**INGENIEURKONTO:** Seit 1954 bestehende Einrichtung in «volkseigenen» Industrie- und Konstruktionsbetrieben, die im Zusammenhang mit dem -> **Erfindungs- und Vorschlagswesen** steht. Ein I. ist ein Vertrag zwischen einem Betriebsangehörigen, der sich zu einer termingebundenen technisch-schöpferischen Leistung, und einem Betrieb, der sich zu einer Abgeltung dieser Leistung verpflichtet, ein I. ist also eine -> **Selbstverpflichtung**, die auch kollektiv erfolgen kann. Auch Arbeiter können I.-Inhaber sein.

**INHABERSPAREN:** Anonymes Sparen, wobei der Sparer sich nicht auszuweisen und seinen Namen nicht zu nennen braucht. Er erhält eine Nummer und eine Sicherungskarte. Die Verzinsung beträgt je nach vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 5 v. H. Ein- und Auszahlungen können nur bei der kontoführenden Stelle erfolgen. Bei Auszahlungen muss zusammen mit dem Inhabersparbuch die Sicherungskarte vorgelegt werden. (-> **Spar-kassen**)

**INNENMINISTERIUM:** -> **Ministerium des Innern.**

**INNEN- UND AUSSENHANDEL, DEUTSCHER (DIA):** Durch die organisatorische Zusammenfassung der «Gesellschaft für Innerdeutschen Handel» und der -> **DAHA** Ende August 1951 errichtete umfassende staatliche Handelsorganisation der SBZ. Der Zusammenschluss bezweckte die «Ausschöpfung aller operativen Möglichkeiten des Innen- und Aussenhandels», d. h. die verstärkte Politisierung des innerdeutschen Handels und Aussenhandels. Weisunggebend ist das **Ministerium für -> Aussen- und Innerdeutschen Handel (MAI).**

Die DIA-Anstalten waren im Frühjahr 1958 in 12 Fachorgane gegliedert:

Chemie, Chemieausrüstungen, Elektrotechnik, Glas-Keramik, Holz und Papier, Invest-Export (Projektierung und Lieferung schlüsselfertiger Industrieanlagen jeder Art und jeden Umfangs), Kulturwaren, Maschinenexport, Nahrung, Textil, Transportmaschinen und WMW-Export (Werkzeugmaschinen und Metallwaren).

Seit dem 1. 1. 1956 begann eine Neuordnung der DIA - Anstalten

durch die Auflösung der DIA Bergbau, Feinmechanik-Optik, Kompensation, Maschinenimport und Metall. Soweit deren Aufgaben nicht weiterbestehenden DIA-Anstalten übertragen wurden, erfolgten Neugründungen von Aussenhandels-gesellschaften in GmbH-Form. (**Staatliche -> Tarnfirmen**) Gesellschafter sind meistens die wichtigsten «volkseigenen» Exportbetriebe der jeweiligen Branche. Gegründet wurden die «Bergbau-Handel Gesellschaft für Ausfuhr und Einfuhr von Bergbauerzeugnissen mbH.», die «Deutsche, Export- und Importgesellschaft Feinmechanik - Optik mbH.» und die «Deutsche Stahl- und Metall-Handels-gesellschaft mbH.». Ausserdem entstanden noch folgende Aussenhandels-gesellschaften durch Ausgliederung bestimmter Warenbereiche aus bestehenden DIA: Mineralöle Import und Export GmbH, Deutsche Genussmittel-Gesellschaft mbH. Import-Export, Deutscher

-> **Buch-Export und -Import GmbH**, Geschenkdienst und Kleinexport GmbH., Wiratex Exportgesellschaft für Wirkwaren und Raumtextilien mbH., Polygraph-Export Gesellschaft für den Export polygraphischer Maschinen mbH., Deutsche Rauchwaren Export- und Import-Gesellschaft mbH., Büromaschinen-Export GmbH., Heim-Elektrik, Deutscher Export und Import GmbH, und Deutsche Kamera-Aussenhandels-gesellschaft mbH. [722]

**INNERDEUTSCHEN HANDELS, GESETZ ZUM SCHUTZE DES:** Das Gesetz vom 21. 4. 1950 (GBl. S. 327) stellt in der vom -> **Strafrechts-ergänzungsgesetz (§ 39)** veränderten Fassung die ohne besondere Genehmigung vorgenommene Einfuhr von Waren in das Währungsgebiet der DM Ost und die Ausfuhr aus diesem Gebiet unter Strafe. Die Strafandrohung, die bis zum 1. 2. 1958 auf mindestens drei Jahre Gefängnis, in schweren Fällen auf mindestens fünf Jahre Zuchthaus lautete, ist durch das StEG auf Gefängnis bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen auf Zuchthausstrafe von ein bis zehn Jahren zurückgeführt worden; in schweren Fällen kann zusätzlich auf Vermögens-einziehung erkannt werden. Die katalogartige Aufzählung der Voraussetzungen des schweren Falles ist durch das StEG beseitigt worden, so dass es jetzt nur drei Gruppen schwerer Fälle gibt:

«a) wenn die Tat nach Umfang oder Art der Ware zu einer schweren Störung des Warenaustausches geführt hat,  
b) wenn die zur Ein- und Ausfuhr erforderlichen Dokumente gefälscht oder verfälscht worden sind,  
c) wenn die Tat wiederholt zum Zwecke des Erwerbs begangen wurde.»

Mit dieser Neuregelung wurde gesetzlich den Gedanken entsprochen, die das **OG** in der **-> Richtlinie** Nr. 4 vom 31. 10. **1953** (ZBl. S. 546) nach der Verkündung des **-> Neuen Kurses** zum Ausdruck gebracht hatte. Trotz der Neufassung wird aber durch das Gesetz die Möglichkeit, über privates **-> Eigentum** frei zu verfügen, stark eingeschränkt und teilweise verhindert. Das **-> AZKW** verfügt auf der Grundlage dieses Gesetzes selbständig und ohne Billigung der Gerichte **-> Beschlagnahme** und Einziehung von Gegenständen. Daneben kann das AZKW Geldstrafen bis zum zehnfachen Wert der eingezogenen Waren verhängen.

**INNERE TRUPPEN:** So hießen vom 1.5.1955 bis zum 30.9.1956 die kasernierten militärähnlichen Einsatzverbände des Staatssekretariats (ab 24. 11. 1955 wieder Ministeriums) für Staatssicherheit. Seit 1. 10. 1956 heissen sie **-> Bereitschaftspolizei**.

**INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE UND LITERATUR:** Trat im April **1952** an die Stelle der bisherigen «Deutschen Kommission» der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften**, bereitet neben rein wissenschaftlichen Aufgaben, wie der Herausgabe des grossen Grimmschen Wörterbuches und der Neuen Folge des Goedeckeschen «Grundrisses», in ihrer Abteilung «Sprache der Gegenwart» ein der sowjetzonalen Terminologie entsprechendes «Wörterbuch der deutschen Sprache der Gegenwart» und ein «Marx-Engels-Wörterbuch» vor. **1958** wurde gemeinsam mit der Akademie der Rumänischen Volksrepublik das Siebenbürgisch-Sächsische Wörterbuch «auf eine neue Grundlage gestellt». Leiter: Prof. Dr. **Theodor -> Frings**.

**INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-WISSENSCHAFTEN BEIM ZK DER SED:** Gegründet am 21. 12. **1951** in Berlin. Direktor: Lene **-> Berg**. Durch eine vierjährige Aspirantur am I. sollen «der Partei, dem Staat, den -\* Massenorganisationen und der Wirtschaft hochqualifizierte, wissenschaftlich gebildete politische Funktionäre» herangebildet werden. Voraussetzung für die Aufnahme: mindestens achtjährige SED-Mitgliedschaft, Erfahrung in verantwortlicher Parteiarbeit und Absolvierung der **-\* Parteihochschule** bzw. einer Universität oder gleichwertige Ausbildung. Mindestalter: 26 Jahre, Höchstalter für die Aufnahme: 40 Jahre. Lehrfächer: Philosophie, **-> Politökonomie**, Grundfragen des **-> Marxismus - Leninismus**, **Geschichte der -> KPdSU**, der UdSSR, Deutschlands, der deutschen Arbeiterbewegung sowie Geschichte der

internationalen Arbeiterbewegung und Geschichte der neuesten Zeit, Theorie und Geschichte der **-> Literatur** und Kunst sowie Theorie und Geschichte der **-> bildenden Kunst**. Das I. besitzt seit April **1953** das Promotions- und Habilitationsrecht.

**INSTITUT FÜR LITERATUR:** Eine am 30. 9. **1955** in **-> Leipzig** eröffnete Anstalt, die seit Mai **1959** den Namen «**Johannes R. -> Becher**» trägt und in dreijährigen Lehrgängen Schriftsteller, Literaturkritiker und Dramaturgen nach dem Vorbild des Maxim-Gorki-Institutes in Moskau zu «Ingenieuren der menschlichen Seele» ausbilden soll, die zum Abschluss ein Diplom erhalten. Leitbild ist neuerdings der «schreibende Arbeiter». - Direktor, als Nachfolger von **Alfred -> Kurella**, seit **1959** Max Zimmering. (-> **Literatur**)

**INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED:** Hiess bis zum 15. 4. **1953** Marx-Engels-Lenin-Institut (MEL), wurde zu Ehren des verstorbenen Stalin in **Marx-Engels-Lenin-Stalin - Institut** (MELS) umbenannt und erhielt seine jetzige Bezeichnung nach dem XX. Parteitag der **-> KPdSU**. Die Gründung des I. wurde schon am 29. 12. **1947** beschlossen, aber erst im Januar **1949** in Ost-Berlin verwirklicht. Direktor des I. seit Aug. **1953** Ludwig Einicke als Nachfolger **Anton -> Ackermanns**. Aufgaben des I.: Herausgabe der Werke der bolschewistischen Klassiker, insbesondere der Werke von **-> Marx**, **-> Engels**, **-\* Lenin** und **-\* Stalin** (die Herausgabe der Werke Stalins wurde nach dem XX. Parteitag der KPdSU zunächst abgebrochen, soll aber wiederaufgenommen und weitergeführt werden) und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in kommun. Sicht. Gegenwärtig ist das I. insbesondere mit der Herausgabe einer 37bändigen Lenin-Gesamtausgabe und einer Marx-Engels-Gesamtausgabe beschäftigt.

**INSTITUT FÜR VOLKSKUNSTFORSCHUNG:** **-> Volkskunst**, **-\* Laienkunst**.

**INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, DEUTSCHES:** Soll Quellen zur jüngsten Geschichte sammeln, auswerten und mit wissenschaftlichem Anstrich veröffentlichen, um die Politik der **-> SED** zu rechtfertigen. Seit **1949** vor allem auf die Zersetzung (**-> Infiltration**) der Bundesrepublik eingestellt. Gegründet am 1.3.1946, wurde es ständig vom **-> ZK** der SED gelenkt. Neben Broschüren und Büchern bringt es die Zeitschrift «Dokumentation der Zeit» heraus. Leiter war bis 30. 9. **1957** der Altkommunist Prof. Dr. Karl

Bittel (SED), seitdem ist es Prof. Dr. **Walter Bartel** (SED), ebenfalls alter Parteikommunist. Sei\* 1. 10. 1957 untersteht es verwaltungsmässig nicht mehr dem -> **Presseamt beim Ministerpräsidenten**, sondern dem Staatssekretariat für Hochschulwesen. Arbeitsmässig wird es auch nach diesem Zeitpunkt vor allem vom -> **Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED** angeleitet.

Seit Okt. 1958 gibt das I. (als Beilage zur «Dokumentation der Zeit») die Zeitschrift «Beiträge zur Zeitgeschichte» heraus. - Aufgabe dieser Zeitschrift ist es, wie ihr Redakteur Joachim Höppner (in Nr. 1, S. 6) betont, «durch exakte und parteiliche Erforschung der historischen Ereignisse die reaktionären Geschichtsfälschungen der bürgerlichen Zeitgeschichte in Westdeutschland zu entlarven . . . gegen jeden -> **Revisionismus** in der Zeitgeschichte, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu kämpfen». Sie hat auch «alle sozialistischen und demokratischen Bewegungen sowie fortschrittlichen Historiker und Kritiker in Westdeutschland zu unterstützen». Das Blatt stellt (S. 4) fest, dass «die Zeit nach 1945 . . . nach marxistischer Auffassung allein derzeitiger Gegenstand der Zeitgeschichte ist».

**INSTRUKTEUR:** -> **Instrukteurwesen.**

**INSTRUKTEURBRIGADE:** -> **Instrukteurwesen.**

**INSTRUKTEURWESEN:** Aus der SU übernommene Einrichtung im Partei-, Staats- und sonstigen Organisationsapparat, die dazu dient, den zentralen Willen in den nachgeordneten Dienststellen, Betrieben und Gemeinden zur Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck sind den übergeordneten Leitungen **Instrukteure**, zum Teil auch feste **Instrukteurbrigaden** attachiert. Diese sollen im Sinn des operativen -> **Arbeitsstils** auf die nachgeordneten Organe durch -> **Anleitung**, Bildung von Beispielen und -> **Kontrolle** einwirken. Instrukteurbrigaden werden demzufolge vorwiegend an den Schwerpunkten der Produktion und des politischen Lebens und an solchen Punkten eingesetzt, wo besonders starke Missstände vorhanden sind. Angestrebt ist, dass auf diese Weise ein besserer Kontakt zwischen den oberen Leitungen und den unteren Organen, Gemeinden und Betrieben hergestellt wird, als das durch die blosse bürokratische Übermittlung von Anweisungen und Rechenschaftsberichten der Fall wäre. - In letzter Zeit verstärkte Tendenz, sog. gemischte Brigaden einzusetzen, in denen Instrukteure und sonstige Funktionäre von Partei, Staat und Massenorganisationen gemeinsam tätig sind.

In der Justiz der SBZ wurde das I. im Jahre 1954 allgemein eingeführt, nachdem Justizminister **Hilde** -> **Benjamin** zur Beobachtung und Kontrolle der wegen Beteiligung am -> **Juni-Aufstand** eingeleiteten Strafverfahren einen «Operativstab» mit verschiedenen Instrukteuren eingesetzt hatte (**Unabhängigkeit der -> Richter**). Im Justizministerium und in den Justizverwaltungsstellen der -> **Bezirke** sind Instrukteure tätig, die regelmässig alle Gerichte aufsuchen und an Hand der von ihnen überprüften Akten «richtungweisende Anleitungen» erteilen (-> **Justizverwaltung**), 'er Instrukteur wird als ein Helfer und politischer Berater für die Richter bezeichnet, ferner als ein unmittelbarer Gehilfe des Ministers in der Anleitung des gesamten Justizapparates. Durch § 13 des in neuer Fassung am 1.11.1959 in Kraft getretenen -> **GVG** (GBl. 1959, S. 756) wurde das I. in der Justiz gesetzlich sanktioniert: «Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert.» Somit stellt sich das I. als Ausfluss des sowj. Prinzips der «Kontrolle und Anleitung» dar.

Auf Grund der Beschlüsse des 33. und 35. Plenums des ZK der SED und des V. Parteitags (Juli 1958) wurde die Einzelinstruktion mehr und mehr eingeschränkt. An ihre Stelle trat die Instruktion durch «Komplexbrigaden», «gemeinsame Brigaden», «Spezialbrigaden» und «Instrukteurgruppen». Die Brigaden setzen sich aus Mitarbeitern der Obersten Staatsanwaltschaft, des Justizministeriums, der -> **HVDVP** und des ZK der SED» zusammen («Neue Justiz» 1958, S. 839). [430]

**INTELLIGENZ:** Zur Bewältigung technischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Aufgaben benötigt der «Arbeiter- und Bauernstaat» (-> **Arbeiter- und Bauernmacht**) die I. Als zwischen den Klassen befindliche Schicht gliedert sie sich in die «alte» und in die «neue» I. Die Angehörigen der «alten» I. entstammen dem Bürgertum, haben aber ein loyales Verhältnis zum sozialistischen Staat gefunden. An ihr fiolitisches Bewusstsein werden, solange man auf sie angewiesen ist, geringere Anforderungen gestellt als an die «neue». Die «neue» I. entstammt dem Proletariat oder dem Kleinbauernum und entsteht durch die blosse bezugte Zulassung von -> **Arbeiter- und Bauernkindern** zum Studium. Man unterscheidet die technische I. (Ingenieure, Techniker, Physiker, Chemiker), die I. an wissenschaftlichen Einrichtungen (vor allem Hochschulprofessoren), an pädagogischen Einrichtungen (Lehrer), an medizinischen Einrich-

tungen (Ärzte im Staatsdienst), an künstlerischen Einrichtungen (Schauspieler, Musiker, Sänger und ähnliche) sowie die freischaffende I. (Maler, Bildhauer u. ä., aber auch Ärzte in eigener Praxis). Die I. genießt eine bevorzugte Stellung und viele Privilegien. In der SBZ wurde 1949 die «Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur\* und anschliessend die -> Kulturverordnung 1950 erlassen, die der I. weitere Vorrechte einräumte. Die Möglichkeit zum Abschluss von -> Einzelverträgen liegt auf der gleichen Linie. Da infolge der Privilegien Unruhe bei der Arbeiterschaft aufkam, muss die Propaganda seit Jahren zu beschwichtigen und «aufzuklären\* suchen. [310,508]

**INTERFLUG:** -> Luftverkehr.

**INTERNATIONALE:** Zusammenschlüsse der sich auf -> Marx' Lehre berufenden Sozialisten auf zwischenstaatlicher Grundlage unter dem Motto «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» I. «Internationale Arbeiterassoziation», unter entscheidendem Einfluss von Marx in London gegründet (1864-1872). II. (Amsterdamer) I., 1889 auf der Grundlage einer evolutionären Arbeiterpolitik gegründet, löste sich 1914 auf, als sich bei Ausbruch des ersten Weltkrieges zeigte, dass das Nationalgefühl der Arbeiter stärker war als die vom Marxismus behauptete internationale Klassenolidarität. 1951 wurde an ihrer Stelle (in Frankfurt/Main) ein neuer lockerer Zusammenschluss der demokratisch-sozialistischen Parteien (**sozialistische Internationale**) gegründet, der der Fühlungnahme dieser Organisationen im Kampf um ihr Ziel, eine weitestgehende sozialökonomische Evolution, in weltweitem Massstab, dient. III. I.-> **Komintern**.

**INTERNATIONALISMUS, PROLETARISCHER:** -> **Kosmopolitismus**.

**INTERZONENHANDEL:** Bezeichnung für den deutschen Binnenhandel nach 1945, soweit er über die Grenzen der SBZ hinausging. Während die drei Westzonen wieder zu einem einheitlichen Handelsgebiet zusammenwachsen, musste sich der Warenaustausch zwischen Westdeutschland und der SBZ erst zu seinem früheren Umfang entwickeln. Von sowjetzonaler Seite sind in der Hauptsache strategisch wichtige Güter, wie Eisen, Stahl, hochwertige chemische Erzeugnisse (Stickstoffdünger), Maschinenbau-, Eisen- und Metallwaren und Qualitätslebensmittel aller Art einschl. Wein und Hopfen begehrt. Als Gegenlieferung ins Bundesgebiet sind Holz, Eisen- und Stahlwaren, Maschinenteile, Zellstoff, Tex-

tilien, Lebensmittel (Zucker), Chemikalien, Mineralöl und vor allem Braunkohlenbriketts vorgesehen. Eine vertragliche Regelung erfuhr der I. in dem Mindener Abkommen (1946), dem Berliner Abkommen (1948), dem Frankfurter Abkommen (8. 10. 1949), seiner Verlängerung im Frühjahr 1951 (3. 2. 1951), dem Berliner Abkommen vom 20. 9. 1951 und den jeweils jährlich folgenden Vereinbarungen.

Ab 1. 10. 1949 sind auch Ost- und West-Berlin in die I.-Vereinbarungen eingeschlossen. Nach dem Frankfurter Abkommen vom 8. 10. 1949 werden die Interzonen-geschäfte über die **Deutsche -> Notenbank** und die Deutsche Bundesbank abgewickelt, die Verrechnung von DM West zu DM Ost erfolgt im Verhältnis 1:1, d. h. 1 Deutsche Mark = 1 VE (Verrechnungseinheit). Der vertragliche I. wird in der SBZ durch das -> **Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI)** gelenkt. Im Bundesgebiet ist die Bundesstelle für den Warenverkehr als Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums zuständig. Die Entwicklung des I. war jahrelang sehr uneinheitlich und zeitweise stagnierend. Erst 1955 überschritt der Gesamtumsatz einschliesslich Dienstleistungen die Milliarden-grenze. (-> **Aussenhandel**)

**INTERZONENVERKEHR:** a) **Personenverkehr.** Nach der Kapitulation mussten laut Beschluss des -> **Kontrollrats** alle Personen, die aus einer Besatzungszone in eine andere reisen wollten, einen durch die Besatzungsmacht ausgestellten Interzonenpass besitzen. Während mit der Vereinigung der westlichen Besatzungszonen der Interzonenpass dort wegfiel, kamen im I. mit der SBZ, vornehmlich seit der -> **Währungsreform** und der Berliner -> **Blockade**, erhebliche Schwierigkeiten hinzu. Besucher aus der Bundesrepublik benötigten ausser dem Interzonenpass eine **Aufenthalts-genehmigung** der sowjetzonalen Behörden, die von den in der SBZ wohnenden Angehörigen oder Freunden beantragt werden musste. Beim Grenzübertritt ist der Besitz von DM Ost verboten, DM West müssen zum Zwangskurs 1: 1 eingewechselt werden. Auch Reisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik benötigten auf Grund von Viermächteabmachungen in beiden Richtungen einen Interzonenpass. Bis zum Juni 1953 wurden in der SBZ Interzonenpässe nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Seit der Verkündung des -> **Neuen Kur-ses** entfaltete sich ein reger I. Neben dem legalen I. besteht ein ausgedehnter illegaler I., insbesondere vom -> **Flüchtlingen** und Personen, die im Auftrag sowjetzonaler Stel-

len zur Beförderung von Nachrichten, Propagandamaterial usw. reisen.

Der Interzonenpasszwang wurde durch die Westmächte am 16. 11. 1953 aufgehoben. Die Regierung der «DDR» schloss sich diesem Schritt an mit der Einschränkung, dass bei Einreisen in die SBZ weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich ist, während Ausreisende aus der SBZ für die Dauer ihrer Reise ihren Personalausweis gegen eine polizeiliche Personalbescheinigung umtauschen müssen. Die Passkontrolldirektion der Bundesrepublik ermittelte für die Zeit von 1953 bis Juni 1960 den Interzonenreiseverkehr von Personen mit einem Personalausweis der SBZ oder Ost-Berlins bzw. mit einer sowjetzonalen Personalbescheinigung:

Jahr	Einreise Personen	Ausreise in das Bundes- gebiet	Ausreise aus dem Bundes- gebiet Personen
1953	1 516	1561	388 018
1954	2 554	850	2 534 862
1955	2 269	639	2 186 469
1956	2 431	619	2 259 340
1957	2 720	491	2 695 652
1958	689	919	694 998
1959	876	201	867 004
1960 1. Halbj.	335	593	343 028

Ein Teil der im I. eingereisten Personen stellte einen Antrag auf Aufnahme in das Bundesgebiet. Unter den Flüchtlingen befand sich von 1954 bis 1957 ein zunehmender Anteil von im I. in das Bundesgebiet Eingereisten. Ab 1958 ist ein Absinken festzustellen.

Jahr	Flüchtlinge im Interzonenreiseverkehr
1954	68 671 = 37,3 v. H.
1955	« 103 671 = 41,0
1956	« 119 545 = 42,8
1957	« 140 345 = 53,6
1958	« 62 563 = 30,7
1959	« 33 760 = 23,5
1960 I. Halbj.	13 914 = 15,7

Im Sommer 1957 steigerte die SED ihre Bemühungen, den ansteigenden Reiseverkehr in die Bundesrepublik einzudämmen, bis zu direkten Verboten von Westreisen für bestimmte Personengruppen (Studenten, Oberschüler, Angehörige von Staatsjugendorganisationen usw.). Ende 1957 wurden diese Massnahmen noch verschärft. Bis dahin waren nur Auslandsreisen ohne Genehmigung strafbar. Seit dem «Gesetz zur Abände-

also auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin, unter Strafe gestellt. Wenn die Antragsteller Verwandte in der BRD haben, die ohne polizeiliche Abmeldung die Zone verlassen haben, wird die Ausreisegenehmigung versagt. Ausserdem müssen Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Betriebe, in denen die Antragsteller tätig sind, vorgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der Bürgermeister und ein weiterer Bewohner der Bürgerschaft für die rechtzeitige Rückkehr des Antragstellers in die «DDR» übernehmen mussten.

Infolge dieser Massnahmen ist der I. schlagartig zurückgegangen.

Der Rückgang des Reiseverkehrs aus der SBZ und Ost-Berlin in das Bundesgebiet im Jahre 1958 gegenüber dem Vorjahr wird an folgenden Zahlen deutlich:

Monat	Eingereiste Personen		
	1957	1958	1959
Jan.	115 839	48 054	35 821
Febr.	113 790	40 859	32 596
März	178 326	70 654	78 397
April	271 755	58 378	51 582
Mai	212 794	62 133	78 290
Juni	303 791	55 385	65 519
Juli	468 316	78 165	142 501
Aug.	464 449	72 797	132 163
Sept.	253 664	41 555	78 924
Okt.	134 771	40 842	67 668
Nov.	79 722	39 132	38 668
Dez.	123 268	81 965	74 072

Im Frühjahr 1959 wurde ein neues Verfahren zur Erteilung von «Reisegenehmigungen» nach der Bundesrepublik entwickelt. Die Anträge werden den in allen Gemeinden gebildeten «Komitees für gesamtdeutsche Fragen» zur Entscheidung vorgelegt. Sofern ein Angehöriger des Antragstellers aus der SBZ geflüchtet ist, wird der Antrag abgelehnt. Falls das «Komitee» zustimmt, entscheiden noch in letzter Instanz die «Volkspolizei-Kreisämter».

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ist im Potsdamer Abkommen geregelt. Nur die Interzonenzüge, die zugelassenen Autobahnen und die kontrollierten Luftkorridore dürfen benutzt werden. Im allgemeinen wickelt sich der Verkehr ohne Reibungen ab, es kommen jedoch immer wieder Behinderungen und Schikanen durch die sowjetzonalen Organe an den Grenzübergangsstellen vor. – Bewohner der BRD, die in die Zone einreisen wollen, müssen sich nach wie vor durch die zu besuchende Person beim zuständigen Rat des Kreises eine schrift-

liehe Aufenthaltsgenehmigung besorgen lassen. Das nimmt in der Regel drei Wochen in Anspruch. West-Berliner benötigen für Reisen in die Zone einen Passierschein, der nur in eiligen Fällen sofort ausgestellt wird. Personen, die das Gebiet der SBZ ohne Abmeldung verlassen haben (Sowjetzonenflüchtlinge), muss empfohlen werden, auf Reisen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik den Luftweg zu benutzen. Wie bekannt wurde, sind allein im Jahre 1959 auf der Reise zwischen dem freien Berlin und Westdeutschland 115 Personen von sowjetzonalen Grenzpolizisten festgenommen worden. Im I. mit Kraftfahrzeugen muss neben den Fahrzeugpapieren, bei Benutzung eines Miet- oder Leihfahrzeuges der Automietvertrag oder eine Benutzungsvollmacht mitgeführt werden. Die von den sowjetzonalen Grenzbehörden vorgeschriebenen Fahrtrouten müssen auf jeden Fall eingehalten werden. Für die Benutzung sowjetzonaler Strassen werden folgende Gebühren erhoben: Pkw bis 8 Plätze bis 200 km 5 DM, bis 300 km 15 DM, bis 400 km 20 DM, bis 500 km 25 DM. Motorräder bis 200 km 4 DM, bis 300 km 5 DM, bis 400 km 10 DM und bis 500 km 15 DM.

Am Zielort muss sich der Interzonenreisende (mit oder ohne Kraftfahrzeug) sofort polizeilich anmelden. Auch eine Abmeldung ist vor Antritt der Rückfahrt erforderlich.

**b) Güterverkehr.** Er hat entsprechend der Entwicklung des -> Interzonenhandels ständig zugenommen. Aus der Sicht der Bundesrepublik ergibt sich für die letzten Jahre folgendes Bild:

Jahr	Insges. davon		
	Bundes-	West-	
	republik	Berlin	
	1. Bezüge in '000 t		
1955	5827	4199	1628
1956	4999	3313	1686
1957	6066	4153	1913
1958	7049	5188	1866
1959	6223	4368	1855
1960 1. Halbj.	4159	3375	784
	2. Lieferungen in '000 t		
1955	921	908	13
1956	1318	1302	16
1957	1414	1398	16
1958	1259	1242	17
1959	2453	2432	21
1960 Halbj.	714	705	9

Ausser diesen Gütermengen, die sich nur auf die im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens transportierten Güter beziehen, werden beachtliche Gütermengen zwischen

dem Bundesgebiet und West-Berlin befördert.

Der Strassenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin hat sich im Jahre 1959 allgemein weiter verstärkt. Insgesamt haben im Verkehr von und nach West-Berlin im Berichtsjahr 1,390 Mill. Kraftfahrzeuge die Zonengrenze passiert; das waren 203'000 Fahrzeuge oder 17,1 v. H. mehr als im Jahre 1958, in dem die Zunahme nur 7,0 v. H. betragen hatte. Zugenommen hat insbesondere der Verkehr mit Personenkraftwagen, nämlich um 21,0 v. H. auf 935'000 und der Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen um 12,4 v. H. auf 368'000 Fahrten. Die Zahl der im Berlin-Verkehr gezählten Kraft-Omnibusse erhöhte sich um 3,0 v. H. auf knapp 55'000, während der Kraffradverkehr, wie nach den allgemein rückläufigen Bestandszahlen zu erwarten war, wiederum - wenn auch nicht in dem Masse wie im Vorjahre - um 4,3 v. H. auf 31'000 Durchfahrten zurückging. Die grösste Durchfahrtenzahl erreichte der Verkehr mit Fahrzeugen des Personenverkehrs im Ferienmonat August (72,9 v. H. über dem Monatsdurchschnitt) und der Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen im April (17,2 v. H. über dem Monatsdurchschnitt). Die im Strassenverkehr vom Bundesgebiet nach West-Berlin beförderte Gütermenge überstieg mit insgesamt 2,986 Mill. t die Transportmenge des Jahres 1958 um 374'000 t. Aus West-Berlin wurden mit Lastkraftfahrzeugen 928'000 t Güter in das Bundesgebiet befördert gegenüber 819'000 t im Jahre 1958.

Durchgefahrene Fahrzeuge	1959	1958
Im Verkehr von und nach West-Berlin <sup>1)</sup>		
Kraffräder	31 487	32 907
Personenkraftwagen	935 280	772 825
Kraftomnibusse	54 797	53196
Lastkraftfahrzeuge	368 379	327 700
zusammen	1 389 943	1 186 628
Im Verkehr von und nach dem Sowjetsektor von Berlin und der sowjetischen Besatzungszone H		
Kraffräder	6 604	4 807
Personenkraftwagen	116 247	74 991
Kraftomnibusse	1 369	871
Lastkraftfahrzeuge	19 701	14 312
zusammen	143 921	94 981

<sup>1)</sup> Ohne die Krafffahrzeuge, die im Verkehr zwischen dem Ausland und West-Berlin bzw. dem Sowjetsektor von Berlin und der SBZ die Grenzkontrollstellen passiert haben.

Im Strassenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und dem Sowjetsektor von Berlin bzw. der SBZ durchführten im Jahr 1959 fast 144'000 Kraftfahrzeuge die Zonenübergänge. Gegenüber dem Jahre 1958, das infolge der verschärften Kontrollmassnahmen der SBZ-Behörden nur ein Viertel des Verkehrsumfanges von 1957 aufzuweisen hatte, war der Verkehr im Jahr 1959 um mehr als die Hälfte grösser. Dabei stieg die Zahl der Durchfahrten von Personenkraftwagen allein um 41'000 auf 116'000 und die der Lastkraftfahrzeuge um 5'000 auf rund 20'000. An Gütern wurden im Jahre 1959 aus dem Bundesgebiet in die SBZ und nach dem Sowjetsektor von Berlin mit Lastkraftfahrzeugen 42 454 (+ 13 803 t) befördert, in der Gegenrichtung betrug die Beförderungsmenge 57 060 (4- 8513 t).

c) Der Interzonenverkehr unterliegt Beschränkungen, die sich auf das Verbot von Geldsendungen beziehen und alle Warengattungen und -mengen ausschliessen, die als Handelsware gelten können. Zahlreiche Paketkontrollstellen führen dauernd Kontrollen über die Einhaltung der Bestimmungen für Geschenksendungen durch.

Insgesamt gibt es acht Paketkontrollstationen (Berlin O 17, Erfurt, Leipzig, Halle, Magdeburg, Dresden, Schwerin und Plauen), in denen über 2500 «Paketschnüffler» ihrer zweifelhaften Tätigkeit nachgehen. Während der Jahre 1957 bis 1959 sind aus dem Bundesgebiet und West-Berlin mehr als 117 Mill. Paket- und Päckchensendungen in die SBZ und den Sowjetsektor von Berlin verschickt worden. Hiervon fast die Hälfte (48,5 v. H.) Pakete.

**INVESTITIONEN:** I. bilden nach der Defini. im Lehrbuch «Politische Ökonomie» «die Gesamtheit der Aufwendungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Schaffung neuer und zur Rekonstruktion bereits bestehender Anlagefonds der Produktions- und der Nichtproduktionsphäre».

Um die einzelnen Betriebe ökonomisch stärker zu interessieren, wurden ab 1. Januar 1955 in allen zentral geleiteten Betrieben der -> **volkseigenen Industrie** -> **Amortisationen** und Gewinne zur vollen bzw. teilweisen Finanzierung der I. herangezogen, während vorher sämtliche Gewinne und Amortisationen an den Staatshaushalt abgeführt werden mussten. Die restlichen Investitionsmittel erhalten die Betriebe aus dem -> **Staatshaushalt über die Deutsche** -> **Investitionsbank** zugewiesen. Die Höhe wird für jeden Wirtschaftszweig durch die **Staatliche** -> **Plankommission** festgelegt. Die Investi-

tionspolitik ist im Rahmen der sowjetzonalen Finanzpolitik eins der wirksamsten Instrumente der Wirtschaftslenkung.

Im ersten -> **Fünfjahrplan** legte man den Gesamtumfang der staatlichen k (ohne Lizenzen und Kredite) auf 20 564,5 Mill. DM Ost fest. Eine Erhöhung erfolgte jedoch in den einzelnen Volkswirtschaftsplänen auf insgesamt 22 413,9 Mill. DM Ost, von denen dann 20 879 Mill. DM Ost von der zentral geleiteten und örtlichen Wirtschaft in Anspruch genommen wurden (48,5 v. H. von der Industrie, 9,5 v. H. von der Landwirtschaft, 1,2 v. H. vom Handel, 13,1 v. H. vom Verkehr, 1,9 v. H. vom Gesundheitswesen, 3,8 v. H. von der Volksbildung). Von den Gesamtinvestitionen der zentral geleiteten «volkseigenen» Industrie gingen 68 v. H. vorrangig in die Grundstoffindustrie, 14,7 v. H. in den Maschinenbau und 6,3 v. H. in die Leichtindustrie.

Im zweiten Fünfjahrplan sollten etwa 55 Mrd. DM I. bereitgestellt werden. Davon entfallen 41,7 Mill. DM auf staatliche I. Hiervon entfallen auf die Industrie 53 v. H., auf Verkehrs- und Verbindungswesen 13 v. H., auf Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 9 v. H. und auf den staatlichen Wohnungsbau 11 v. H. Aus Eigenmitteln und Krediten will man 9,5 Mrd. DM I. finanzieren.

Im -> **Siebenjahrplan** sind 142 Mrd. DM Ost I. vorgesehen, davon für Industrie rd. 60 Mrd. DM Ost, für Verkehr 14 Mrd. DM Ost, für Landwirtschaft 14 Mrd. DM Ost, für Wohnungs- und Städtebau rd. 30 Mrd. DM Ost. Nach sowjetzonalen Angaben sind von den gesamten I. 77 Mrd. DM Ost für die **sozialistische** -> **Rekonstruktion** vorgesehen.

Ziel dieser erhöhten I. ist, die Voraussetzung für die Beschleunigung des technischen Fortschritts in der Industrie, für Mechanisierung, Modernisierung und Automatisierung der entscheidenden Produktionsprozesse und zur Steigerung der -> **Arbeitsproduktivität zu schaffen.**

**INVESTITIONSBANK, DEUTSCHE (DIB):** Die DIB finanziert die planmässigen -> **Investitionen** der -> **VEW** sowie der staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen nach dem vorgeschriebenen Verfahren in Übereinstimmung mit dem -> **Volkswirtschaftsplan, dem** -> **Staatshaushalts-Plan** und den bestätigten Finanzierungsplänen.

Auf Anordnung der **DWK** vom 13. 10. 1948 (ZVOBl. S. 494) gegründet. Nach dem Statut der DIB vom 6. 6. 1957 (GBl. II, S. 326) hat sie ein Grundkapital von 300 Mill. DM Ost, eijjen Reservefonds (der aus Gewinnabführungen der Bank bis zur Höhe des Grundkapitals ge-



bildet wird) und einen Grundmit-  
telfonds, der den Wert der Gebäude,  
Grundstücke und des Inventars der  
Bank umfasst.

Die DIB hat ihren Sitz in Berlin  
und unterhält im gesamten Gebiet  
der SBZ Niederlassungen. Eine  
Kreditgewährung kann im Rahmen  
des Planes der langfristigen Kredite  
erfolgen an sozialistische Genos-  
senschaften, die private Wirtschaft  
und andere Institutionen gegen  
entsprechende Sicherheit. Weiter-

hin ist sie zuständig für die ->  
**Staatsbeteiligungen.** Die DIB kann  
Schuldverschreibungen und Hypo-  
thekenpfandbriefe ausgeben. Vom  
Reingewinn der Bank erhalten der  
Staatshaushalt und der Reserve-  
fonds je eine Hälfte.

Die DIB erhält die Investitions-  
pläne, nach denen sie die Verteilung  
der Mittel vorzunehmen und ihre  
zweckgebundene Verwendung  
zu kontrollieren hat, von der  
**Staatlichen -> Plankommission. [701]**

## J

**JAGD:** Am 21. 11. 1953 ist das „Gesetz zur Regelung des Jagdwesens“ erlassen worden. Als politische Zielsetzung stellte der Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft seine Ausdehnung auf ganz Deutschland in den Vordergrund. Er erklärte alle jagdbaren Tiere zum «Eigentum des Volkes» und stellt die Ausübung der J. im wesentlichen unter den Leitgedanken der Bekämpfung von Raubwild und des Schutzes der Landwirtschaft gegen Wildschäden. Die J.-Behörden gliedern sich in: Oberste J.-Behörde (Ministerium für Land- und Forstwirtschaft), J.-Behörde des Bezirkes (Rat des -> Bezirkes), J.-Behörde des Kreises (Rat des -> Kreises). Aufgabe der J.-Behörde ist die Durchführung und Kontrolle der Bestimmungen des genannten Gesetzes, Kontrolle der Abschusspläne, Aufteilung und Verwertung des erlegten Wildes. Ihrer Beschlussfassung unterliegen die persönlichen, rechtlichen und organisatorischen Fragen. Sie hat einen J.-Beirat gebildet aus Vertretern der Forstwirtschaft, der Volkspolizei und der politischen Parteien und Organisationen. Das Kreisgebiet ist in J.-Gebiete so aufgeteilt, dass möglichst ausschliessliche Feld- oder Waldjagdgebiete vermieden werden. Ihre Grösse beläuft sich auf 1'000 bis 4'000 ha. Auf Anordnung der Obersten J.-Behörde werden Sonderjagdgebiete in den Mittelgebirgen (Harz und Thüringen) und vereinzelt in Norddeutschland eingerichtet. Ihre Bewirtschaftung unterliegt der Obersten J.-Behörde. Die J. erfolgt in diesen Sondergebieten im Gegensatz zur kollektiven J.-Ausübung als Einzel-J. Sie ist Spitzenfunktionären, Intelligenzlern und Diplomaten vorbehalten. Die planmässige Jagd erfolgt durch staatlich beauftragte Berufsjäger. Für Angehörige der Roten Armee (Offiziere) sind in jedem Kreisgebiet Sonderjagdgebiete eingerichtet. Die ehrenamtlichen Jagdgebietsleiter werden von der J.-Behörde des Bezirkes auf Vorschlag der Kreisjagdbehörde bestätigt, wobei neben der körperlichen und fachlichen Eignung auf die politische Zuverlässigkeit besonderer Wert gelegt wird. Neben jagdlichen Aufgaben obliegt ihnen die Füh-

rung des Abschussbuches über Strecken- und Fallwild, der Nachweis über Munitionsempfang und -verschuss, Wildablieferung und -Verteilung. In seinem J.-Gebiet hat er die J.-Teilnehmer aufzustellen und auszubilden. Da die J. nicht das Vorrecht einzelner oder privilegierter Kreise sein soll, geschieht sie im J.-Kollektiv, das aus etwa 10 bis 15 Schützen besteht. J.Kollektivjagden können nur durch Jagdkollektive der **Gesellschaft für -> Sport und Technik** gemeinsam mit den Jagdgebietsverantwortlichen und den staatlich beauftragten Jagdberechtigten organisiert und durchgeführt werden» (GBI. I, 1958, S. 525). Zur Ausübung der J. bedürfen die J.-Berechtigten eines J.-Erlaubnisscheines, der für die einzelnen Kategorien besondere Kennzeichen aufweist. Alle J.-Berechtigten erhalten zu ihrem J.-Erlaubnisschein einen persönlichen J.-Waffenschein, der nur für das zugewiesene J.-Gebiet Gültigkeit hat. J.-Teilnehmer an Kollektivjagden erhalten lediglich einen J.-Teilnahmeschein, der nur für das zugewiesene J.-Gebiet gilt. Nach der J. müssen Waffen und Munition der Volkspolizei abgegeben werden. Die Ausstellung eines J.-Berechtigungs- oder -Teilnahmescheins wird davon abhängig gemacht, dass eine J.-Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird. Als J.-Waffen werden Feuerwaffen mit glatten Läufen (Flinten) verwandt. Hochwild wird mit Flintenlaufgeschossen erlegt. Das erlegte Wild, auch Decken und Bälge, werden den Wilderfassungsstellen oder den zentralen Schlachthöfen der Vereinigung volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe zugeleitet. Beim Transport muss das erlegte Schalenwild mit einem Wildursprungsschein versehen sein. Die J.-Schulung wird von der **Gesellschaft für -> Sport und Technik** durchgeführt und endet mit einer theoretischen und praktischen Prüfung.

**JAKUBOWSKI, IWAN IGNATJEWITSCH:** \* 1912. Generaloberst. Seit April 1960 Oberbefehlshaber der Sowjet. Streitkräfte in der SBZ. J. trat 1923 in die Rote Armee ein und erhielt seine Ausbildung auf der Frunse-Akademie in Moskau.

**JAROWISATION:** (Kunstw. vom russ. jarowoje « Sommergetreide).

Ein von -> **Lyssenko** entwickeltes Verfahren zur Wachstumsbeschleunigung oder «Versommerlichung» des Winter- und auch des Sommergetreides. Durch Vorquellen des Saatgutes Ober bestimmte Zeit bei Temperaturen von + 2 bis 5° C kann eine verspätete Aussaat wettgemacht werden.

In der SBZ propagierte -> **Neuerermethode in der -> Landwirtschaft**, die Jedoch wegen des hohen Arbeitsaufwandes und ihrer zweifelhaften Erfolge von der Praxis meistens abgelehnt wird.

**JEHOVAS ZEUGEN:** Sekte, die in der SBZ im August 1950 durch den Minister des Inneren, Dr. Steinhoff, verboten wurde. Zur Begründung führte Steinhoff an, dass die Sekte «illegales Schriftmaterial» verbreite, «systematische -> **Hetze** gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel einer religiösen Veranstaltung» treibe und «dem Spionagedienst einer imperialistischen Macht dienstbar» sei (-> **Boykotthetze**), -> **Spionage**). Einen Tag vor Erlass des Verbotes waren bereits die ersten Verhaftungen von Angehörigen der Sekte erfolgt. Diese wurden am 4. 10. 1950 durch das Oberste Gericht verurteilt, das zweimal lebenslanglich Zuchthaus, zweimal 15 Jahre Zuchthaus, 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Zuchthaus verhängte. Seitdem sind über 1400 Mitglieder der Sekte wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden.

**JENA:** Stadtkreis im thüringischen Bezirk -> **Gera**, Kreisstadt, beiderseits der Saale, mit 80 835 Einwohnern (1959) drittgrößte Stadt -> **Thüringens**; Rathaus (14. Jh.), Stadtkirche (15./16. Jh.). Johannis-kirche (11. Jh.); weltbekannte opt. (ehem. Zeiss-Werke) u. Glas-Industrie (ehem. Schott u. Gen.), neuerdings auch pharmazeutische Industrie; seit 1558 Universitätsstadt (Friedrich-Schiller-Universität). Seit 1920 gehört J. zu Thüringen. Im 2. Weltkrieg erlitt die Innenstadt schwerste Zerstörungen.

**JENDRETZKY, HANS;** \* 20.7.1897 in Berlin, Volksschule, Schlosser. 1920 KPD, 1928 Parteisekretär in Frankfurt/Oder, preuss. Landtagsabgeordneter. In der NS-Zeit illegale Arbeit, mehrmals verhaftet, Zuchthaus, KZ. 1945 -> KPD, Stadtrat für Arbeit in Berlin, von Febr. 1946 bis Okt. 1948 1. Vors. des -> **FDGB**, anschließend 1. Sekretär der SED-Landes- bzw. Bezirksleitung Berlin. Seit 3. 10. 1953 Vors. des Rates des Bezirks Neubrandenburg und Mitgl. des SED-Bereichssekretariats. Von Juli 1950 bis Juli 1953 Kandidat des SED-Politbüros. Als

Anhänger der -> **Zaisser-** -> **Herrnstadt-Opinion** im Juli 1953 aus dem -> **Politbüro** ausgeschlossen. Aus dem gleichen Grunde erhielt J. im Jan. 1954 eine Parteirüge und wurde im April 1954 nicht wieder in das ZK der SED gewählt. Durch Beschluss des ZK der SED vom 29. 7. 1956 im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert, am 1.2.1957 in das -> **ZK** der -> **SED** kooptiert. Seit 15. 2. 1958 Staatssekretär für Angelegenheiten der -> **örtlichen Räte** und Stellv. des Ministers des Innern.

**JOHANNES-R.-BECHER-Preis:** Preis in Höhe von 20'000 DM mit Medaille und Urkunde für Werke der deutschen Lyrik. (-> **Auszeichnungen**)

**JOHANNGEORGENSTADT:** Stadt im sächsischen Bezirk -> **Chemnitz**, im westlichen Erzgebirge, am Schwarzwasser, mit 10 763 Einwohnern (1959); früher Kurort (Sommerfrische, Wintersportplatz) und Bergstadt mit Wismutbergbau, Lederhandschuhfabrikation, Möbelerstellung, Metallwarenindustrie; seit 1946 neben Schneeberg Mittelpunkt des sächsischen -> **Üranbergbau-Gebietes**.

**JUDEN:** Seit Stalins Kampf gegen den Trotzismus (1927), weit stärker seit der «Säuberung» der SU durch den totalitären Stalinismus (1936), werden die J. in der SU immer mehr benachteiligt und als religiöse wie nationale Gruppe schrittweise aufgelöst. Ähnlich greifen seit 1949 die bolschewistischen Parteien der Satellitenländer, wie die «antizionistischen» Terror-Prozesse gegen den Palfy-Kreis und die Slansky-Gruppe beweisen, die J. an. Seit 1952 geht auch die -> **SED** gegen die J. vor (-> **Antisemitismus**), wenn auch mit taktischen Tarnungen und Verzögerungen, obwohl sie einerseits formal jeden Antisemitismus ablehnt und andererseits der Bundesrepublik sogar vorwirft, dass sie amtlich und halbamtlich den Hass gegen die J. nicht nur dulde, sondern auch züchte.

Der Dietz-Verlag, der parteiamtliche Verlag der SED, brachte 1948 Siegbert Kahns Schrift «Antisemitismus und Rassenhetze» heraus. Darin hiess es, entsprechend der damaligen Propaganda-Linie der SED: «Die Unterstützung der Juden bei der Wiederherstellung ihres vernichteten religiösen, kulturellen und sozialen Lebens ist eine Ehrenpflicht der neuen deutschen Demokratie.» Es muss «gleichberechtigte Einreihung in das deutsche Leben sowohl wie die Entfaltung jüdischen Eigenlebens gewährleistet werden» (S. 91). - Diese Forderung wird in der SBZ nur in bezug auf die Synagogen-Gemeinden notdürftig erfüllt, bleibt aber sonst auf dem Papier. Ein eigenes Bildungs- und

Organisationswesen der J. lässt die SED nicht zu.

Wohl schrieb Kahn 1948 (S. 90), es werde «notwendig sein, im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Wiedergutmachung für die an den Juden begangenen Verbrechen zu leisten», aber die SED und die Regierung der SBZ weisen jede besondere, ihren schweren Blutsopfern gemässe Entschädigung der J. zurück. Auch lehnen sie, im Gegensatz zur Bundesrepublik, jede -> **Wiedergutmachung** von Vermögensinbussen der J. ab, sowohl bei einzelnen wie auch bei dem Staat Israel.

Diese feindselige Haltung gegen die J. und die besondere, oft nur indirekte Form des Antisemitismus führte zu einer starken Abwanderung der Juden aus der SBZ. Die J. in der SBZ und im Sowjetsektor Berlins zählten 1946 rund 3100 und Ende 1952 noch rund 2600 Personen. Dagegen wird die Zahl der J. im Frühjahr 1960 auf 600 in der SBZ und 900 im Sowjetsektor Berlins geschätzt. (In der Bundesrepublik dagegen rund 21'000, dazu in West-Berlin rund 6300.) - Den 81 jüdischen Synagogen-Gemeinden in der Bundesrepublik und West-Berlin stehen nur 9 in der SBZ und Ost-Berlin gegenüber: je eine in Chemnitz (Carl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, alle, Leipzig, Magdeburg, Plauen und Schwerin; ferner eine im Sowjetsektor Berlins. - Der «Verband der jüdischen Gemeinden in der DDR\* hat seinen Sitz in Halle. [32]

**JUGENDARBEIT:** Für Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bestehen nach § 25 der Arbeitsschutzverordnung vom 25. 10. 1951 (GBl. S. 957) Verbote für eine Reihe schwerer und gesundheitsschädigender Arbeiten. Diese Verbote sind leicht zu umgehen, da sämtliche Arbeiten gestattet sind, wenn feststeht, «dass dem Jugendlichen die Arbeit ohne Gefährdung seiner Gesundheit zugemutet werden kann». Tatsächlich werden zahlreiche Jugendliche mit schweren und gesundheitsschädigenden Arbeiten beschäftigt. Nachtarbeit ist nach § 18 a. a. O. nur für Jugendliche unter 16 Jahren verboten. Nach § 24 a. a. O. ist die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren sowie von Jugendlichen, die nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Grundschule besuchen, verboten, doch sind die Arbeitsschutzkommissionen befugt, in Einzelfällen Ausnahmen zuzulassen. (-> **Urlaub, Reihenuntersuchungen**) [418]

**JUGENDARZT:** Der Hervorhebung der Jugendgesundheitspflege im -> Gesundheitswesen entsprach der Versuch der Ausbildung eines besonderen J. (in Lehrgängen) der -\* **Akademie für Sozialhygiene**, in

## JUGENDFÖRDERUNGSPLAN

der jüngsten Entwicklung zeichnet sich im gleichen Sinne eine Ausweitung der Aufgaben der Kinderärzte ab, die «die gesundheitliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr» wahrnehmen sollen: Beratung der Mütter von Säuglingen, ärztliche Überwachung der Kindertagesstätten und -heime und die schulärztlichen Aufgaben in allen (Allgemeinbildenden und Berufs-)-\* Schulen, immer mit periodischen Einzel- und **Reihenuntersuchungen**, vorbeugender Beratung und Förderung behinderter Kinder in besonderen -> Dispensaires sowie schliesslich gesundheitlicher Behandlung. Mangel an -> **Ärzten** lässt das Programm bisher nur zum Teil und meist oberflächlich erfüllen. Jugendzahnarzt und Jugendpsychiater werden zu besonderen Sparten der -> **Fachärzte**. Parallel dazu läuft die Ausbildung zahlreicher Sportärzte. [440]

**JUGENDBRIGADE DER DDR, HERVORRAGENDE:** Ehrentitel mit Urkunde und für jedes Mitglied eine Medaille und eine Prämie bis zu 300 DM für Jugendbrigaden und Jugendkollektive, die «auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues hervorragende Arbeitsergebnisse erzielen». (-> Auszeichnungen)

**JUGENDFÖRDERUNGSPLAN:** Wird Anfang jedes Jahres neu festgelegt in Ausführung des am 8. 2. 1950 erlassenen «Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung». Die jährliche Rahmenverordnung der Regierung, die auch die Finanzierung des J. ordnet, wird im einzelnen ergänzt durch Aufstellung je eines örtlichen J. in den Betrieben, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Städten und Gemeinden; daran wirken neben der \* SED die -> **FDJ** und andere -> **Massenorganisationen** mit. «Besonderer Wert wird», wie die amtlichen «Presse-Informationen» vom 12.5.1958 feststellen, «darauf gelegt, in die Pläne aufzunehmen, wie die Jugend durch gute Taten den Aufbau des Sozialismus unterstützt, während in den Jahren vorher oft nur einseitig festgehalten war, was zur Förderung der Jugend getan werden kann.\* Örtliche Beratungen sollen, so heisst es weiter, «vor allem dazu dienen, die sozialistische Erziehung der Jugendlichen zu verbessern». Laut «Junge Welt» v. 4. 4. 1958 führt der J. zu «neuen Jugendbrigaden in unseren sozialistischen Betrieben, dem Abschluss von Brigadeverträgen als Grundlage für die Brigadearbeit und einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität». Er soll den Wettbewerb

anspornen und die «Arbeit der FDJ-Kontrollposten in den sozialistischen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft als eine Form der Teilnahme der Jugend an der Lenkung und Leitung des Staates» verstärken. – Der J. dient immer stärker der parteipolitischen Lenkung und Unmündigmachung der Jugend und führt zugleich zu einer verstärkten Ausbeutung zugunsten des Staatskapitalismus. Seit dem 3. 2. 1956 haben Regierung und Presse der SBZ es sonderbarerweise unterlassen, über den J. (einerseits Aufwendungen der Regierung, andererseits Arbeitsleistungen der Jugend) Zahlen zu bringen. Sie veröffentlichten weder Gesamtsummen noch aufgegliederte Einzelzahlen.

Seit Ausarbeitung des J. für 1959 (17. 12. 1958) wird er örtlich als Teil des -\* Betriebskollektivvertrages abgeschlossen und möglichst mit der Gesamtplanung der Betriebe, Kreise, Städte und Gemeinden verbunden. Er besteht nun aus dem -\* Kompass der FDJ und aus den Jugendförderungsmaßnahmen der Staats- und Wirtschaftsorgane. Er soll die Jugendlichen auch dazu bringen, «ihre Freizeit nutzbringend zu verwenden» («Morgen», 20. 1. 1959), soll sie formen nach den -> Zehn Geboten der sozialistischen Moral (so Werner Zscheile in «Junge Welt», 19. 12. 1958. (-> FDJ-Kontrollposten)

[603, 604]

**JUGENDFRAGEN, AMT FÜR:** Unterstand bis 1.7.1958 dem 1. Stellv. des Min.-Präs., gehört zum Min. f. Volksbildung. In Verbindung mit dem ZR der FDJ verantwortlich für gesamte -> Jugendarbeit in der SBZ. Das AfJ. ist federführend für den Jugendetat der SBZ und hat ein wesentliches Mitspracherecht bei der Jugendgesetzgebung. Leiter des AfJ. bis Herbst 1955: Hannes Keusch, gleichzeitig Sekretär des ZR der -> FDJ und Leiter von dessen Westabteilung. Seitdem ist Leiter des AfJ.: Werner Zscheile, gleichzeitig Mitgl. des Büros des ZR der FDJ.

**JUGENDGERICHT:** Zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über alle Verfehlungen Jugendlicher sind als Jugendgerichte die Jugendstrafkammern bei den -> Kreisgerichten. Diese Kammern sind mit einem Richter als Vorsitzendem und zwei Schöffen besetzt (§§ 29, 30 JGG). Für Verfahren vor den Jugendgerichten werden Jugendstaatsanwälte bestellt. Alle mit Jugendsachen befassten Richter, Schöffen und Staatsanwälte sollen «erzieherisch befähigt und in der Behandlung von Jugendlichen erfahren sein» (§ 31 JGG). Die vom Ministerium der Justiz gemäss § 29 Abs. 3 JGG für mehrere Kreisgerichtsbezirke gebildeten gemein-

schaftlichen Jugendgerichte wurden durch Anordnung vom 5. 1. 1960 (GBl. I, S. 28) mit Wirkung vom 31. 1. 1960 wieder aufgelöst, «um in Jugendstrafsachen die enge Zusammenarbeit der Justizorgane mit den örtlichen Staatsorganen und den gesellschaftlichen Organisationen zu fördern».

**JUGENDHERBERGEN:** Wurden anfangs geleitet vom Amt für -> Jugendfragen, seit dem 22. 11. 1956 jedoch vom ebenfalls staatlichen Komitee für -\* Touristik und Wandern. Die Tendenz, die -> SED, -> FDJ und -> FDGB in die J. hineintragen wollen, legte Gerhard -> Wenzel (SED), Vors. des Komitees für Touristik und Wandern (im «Morgen», 28. 2. 1958), dar: Es muss «das kollektive Wandern gefördert und die bisher ungenügende sozialistische Erziehungsarbeit an den J. verbessert» werden. «Das gilt vor allem für die Herbergsleiter.» - Mitte 1959 bestanden in der SBZ nur 250J. und 144Wanderquartiere, d. h. Not-J. Selbst in der «Jungen Welt» (am 9. 4. und 4. 6. 1957) und in der übrigen Presse wird immer wieder darüber geklagt, dass Plätze in J. trotz früher Anmeldung nicht verfügbar sind.

**JUGENDRING, DEUTSCHER:** Pfingsten 1954 in Ost-Berlin gegründet als «Gesamtdeutsches Jugend-Forum». Vorsitzende: Nationalpreisträger Schriftsteller Stephan -> Hermlin (Ost-Berlin) und Wolfgang Schoor, Weimar, Geschäftsführung: Berlin W 8, Französische Strasse 18. Geschäftsführer: Hasso Zimmermann, früher Chefinstrukteur der Westabteilung im ZR der FDJ. Mitgliederorganisationen des DJR aus der SBZ: -> FDJ, Deutscher Sportausschuss (DSA), Jugend-Rot-Kreuz, Gewerkschaftsjugend (-> FDGB). Da Jugendorganisationen der Bundesrepublik sich vom DJR nicht ansprechen liessen, gründete der DJR hier Tarngruppen (-> Tarnorganisationen), wie: Ausschuss gegen Rekrutierung u. ä., die sich zumeist aus Mitgliedern der verbotenen FDJ rekrutieren. Aufgabenstellung des DJR ist: Gesamtdeutsche Jugendveranstaltungen, wie Oster- und Pfingsttreffen, Touristenlager (in der SBZ), Jugendkongresse (gegen Rekrutierung usw.) und Foren («Haus der Begegnung») sowie Einladungen von Jugenddelegationen der Bundesrepublik in die SBZ. Seine Weisungen erhält der DJR vom Leiter des Amtes für -> Jugendfragen, W. Zscheile, dessen Amt auch die für die Arbeit des DJR notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. W. Schoor, seit Mai 1957 neben St. Hermlin als «gleichberechtigter Vorsitzender» wiedergewählt, wurde am 5. 8. 1958 vom Landgericht Dortmund wegen verfassungs- und staats-

feindlicher Tätigkeit zu 1 Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Auf Grund dieses rechtsstaatlichen, noch recht milden Urteils ging er in die SBZ zurück. Am 2. 4. 1959 erklärte Schoor in der «Jungen Welt» zum neu formulierten Programm der FDJ, dass er «immer bestrebt sein werde, zu seiner Verwirklichung beizutragen». - Der DJR gibt die «Junge Begegnung» heraus. [606]

**JUGENDSTRAFRECHT:** Bis zum 1. 6. 1952 galt in der SBZ noch das Reichsjugendgerichtsgesetz von 1943. In politischen Verfahren wurden die Vorschriften dieses Gesetzes allerdings bewusst nicht angewandt; es wurden gegen Jugendliche ebenfalls hohe Zuchthausstrafen verhängt und sogar **Schauprozesse** durchgeführt. Begründung: «Es geht bei den in Betracht kommenden Delikten darum, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung und damit den Frieden in der Welt zu schützen.» (Abteilungsleiter Weiss vom sowjetzonalen Justizministerium auf einer Tagung am 2b. 9. 1950). Am 23. 5. 1952 hat die Volkskammer ein neues «Jugendgerichtsgesetz» (GBl. S. 411) beschlossen, das am 1. 6. 1952 in Kraft getreten ist. § 24 Abs. 1 bestimmt, dass Jugendliche nach den Grundsätzen des allgemeinen Strafrechts, höchstens allerdings zu lebenslänglichem Zuchthaus, verurteilt werden müssen, wenn sie sich des vollendeten oder versuchten Mordes, der Vergewaltigung, der Sabotage oder eines Verbrechens gegen Art. 6 der Verfassung (→ **Boycott-, Kriegs- und Mordhetze**) oder gegen das → **Friedenschutzgesetz** schuldig gemacht haben. Nach § 33 Abs. 2 werden diese Fälle nicht durch Jugendgerichte, sondern durch die für Erwachsene zuständigen Gerichte, d. h. also durch die politischen Strafsenate abgeurteilt. Nach § 41 kann auch gegen Jugendliche öffentlich verhandelt werden. Aus diesem neuen Gesetz ergibt sich klar das Ziel der sowjetzonalen Straf rechtsprechung: Übergang zur Generalprävention. Strafmilderungsgründe im Sinne der westdeutschen Strafbestimmungen für Heranwachsende (18-21 Jahre) kennt das sowjetzonale Jugendstrafrecht nicht. Die mit der Ausarbeitung des Entwurfs zu einem neuen → Strafgesetzbuch der SBZ befasste Grundkommission hat vorgeschlagen, das Strafmündigkeitsalter für Jugendliche auf 16 Jahre heraufzusetzen. Gesellschaftsgefährliche Handlungen von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren sollen – unter strikter Beachtung der Perspektiven des V. Parteitags der SED – durch

Massnahmen → **gesellschaftlicher Erziehung** bekämpft werden. Das erfordere die Übertragung gesetzlicher Befugnisse insbesondere auf die Referate Jugendhilfe bei den Verwaltungsbehörden, «um staatliche und gesellschaftliche Erziehungsmassnahmen sinnvoll und mit maximaler erzieherischer Wirkung miteinander zu verbinden\*» («Neue Justiz» 1959, S. 305). (→ **Rechtswesen**)

**JUGENDSTUNDEN:** Veranstaltungen, in denen alle Jugendlichen im Jahre der Schulentlassung auf die → **Jugendweihe** als «Aufnahmefeier ins gesellschaftliche Leben» vorbereitet werden sollen. Die Jugendstunden werden nach einem Themenplan ausgefüllt, der u. o. die Entstehung des Lebens auf der Erde, das Werden des Menschen, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, den Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt und die Beziehungen der Menschen untereinander behandelt; er stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur und führt die Jugendlichen in die materialistische Weltanschauung des Bolschewismus ein. Der atheistische Charakter der Jugendstunden geht aus dem Themenplan und den Anweisungen für die Leiter eindeutig hervor. (→ **Erziehungswesen**) [607]

**JUGENDUNIVERSITÄT:** Eine Einrichtung der → **Erwachsenenbildung**, die auf einen Beschluss des VI. Parlaments der → FDJ (Pfungsten 1959) zurückgeht. Sie soll «die Jugendlichen von der Strasse weglocken», ihnen bei der Freizeitgestaltung helfen und ihre Allgemeinbildung heben. Das «Semester» der wenigen bisher bestehenden J. dauert von September bis Ende Mai. Die Vortragsreihen von 10-20 Doppelstunden erstrecken sich auf die verschiedensten Gebiete des Allgemeinwissens, doch scheint das Hauptgewicht auf der Technik zu liegen. Ort der Veranstaltungen sind meistens Jugendklubhäuser. Eine Abschlussprüfung ist nicht vorgesehen.

**JUGENDWEIHE:** Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das «aktive gesellschaftliche Leben» aufgenommen werden sollen. Der Akt wird durch → Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Bei der J. verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, ihre «ganze Kraft für die grosse und edle Sache des Sozialismus einzusetzen» und «mit dem Sowjetvolk . . . den Frieden zu sichern und zu verteidigen». Die Veranstaltungen werden von

Ausschüssen getragen, in denen die -> SED vorherrscht, und von «Betriebsaktivs (-> Aktiv) für J.\* unterstützt. Die J. soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein. Tatsächlich verstehen massgebliche sowjetzonale Kommentare die J. als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den -> Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der J. wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksbildungsabteilungen der Räte) erzwungen (vgl. Rede Ulbrichts in Sonneberg vom 29. 9. 1957). Eine Anweisung des Bezirksrates Potsdam bezeichnet die J. 1958 als «ein bedeutendes Instrument der politischen Massenarbeit». Im Sinne der seit 1957 unverkennbaren Tendenz, das Weltanschauungsmonopol des kommunistischen Regimes durchzusetzen («es gibt keine ideologische -> Koexistenz»), sollen die kirchlichen Feste und Amtshandlungen durch pseudosakrale Staatsakte ersetzt und verdrängt werden. 1958 sollen 110'000 Jungen und Mädchen an 2338 J.-Feiern teilgenommen haben.

Seit 1956 wird die J. in das Familienstammbuch eingetragen; seit 1957 sind Bestrebungen im Gange, weitere pseudosakrale Staatsakte in den Dienst der ideologischen Agitation zu stellen. (-> Kindesweihe, -> Eheweihe, -> Grabweihe) [607]

**JUGENDWERKHÖFE: Angeblich neue Form** von Zwangserziehungsheimen. Bildung von J. geht auf Gedanken und Versuche des Sowjet-Pädagogen **Makarenko** zurück. Die Sowjet. Zielsetzung der J. wird ziemlich unverhüllt zugegeben in der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den J., die der Minister für Volksbildung am 11. 12. 1956 erlassen hat. Sie bezeichnet J. als «Erziehungseinrichtungen, in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewussten Bürgern der DDR erzogen» und «mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt» werden. Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in J. nicht in Frage. J. dienen offensichtlich der -> **Kollektiverziehung**. Vorzeitige Entlassung aus J. erfolgt nur bei Meldung zur -> **Nationalen Volksarmee**. (-> **Erziehungswesen**, -> **Jugendstrafrecht**, -> **Lehrkombinat**)

**JUNGAKTIVIST, HERVORRAGEN- DER**; Ehrentitel, der an Jugendliche verliehen wird, «die im **sozialistischen** -> **Wettbewerb** besondere Leistungen durch die Anwendung neuer Arbeitsmethoden zur Steige-

rung der -> **Arbeitsproduktivität** vollbringen, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt verwirklichen helfen, überdurchschnittliche Ergebnisse in der Sparsamkeitsbewegung erzielen und massgeblich zur Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne beitragen». Zum Ehrentitel gehören eine Medaille mit Urkunde und eine Prämie bis zu 500,- DM Ost. (-> **Auszeichnungen**)

**JUNGE GEMEINDE**: In der «DDR» war nach Schaffung der SED-Regierung die Arbeit der ev. Jugendgruppen und -verbände unmöglich geworden. Darum wurde ein Teil der Aufgaben der selbständigen, übergeordneten Organisationen im kirchlichen Rahmen unter dem Namen JG. weitergeführt. Auch sie wird stark behindert. (-> **Kirchenpolitik**)

**JUNGE PIONIERS**: Gegründet am 12. 12. 1948 als Unterorganisation der -> FDJ für 10-14jährige. (Führt Kampf des 1924 bis 1930 tätigen «Jung-Spartakus-Bundes» und der ihn ablösenden «Jungen Pioniere» des Kommun. Jugendverbandes der Zeit vor 1933 fort.) Seit dem IV. Parlament der Jugend -(Pfungsten 1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. Das **ZK** der -> **SED** gab den JP am 19. 8. 1952 den bezeichnenden Namen: Pionierorganisation «Ernst Thälmann» und gab ihr die Weisung, «ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse» zu sein. Zu jeder grösseren Schule gehört ein hauptamtlicher -> **Pionierleiter**. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel. Wohngruppen haben die JP nicht.

Laut Beschluss des -> **Politbüros** der SED vom 8. 10. 1957 wurden die JP, deren Arbeit über äusserlichen Drill und Bürokratismus sehr oft nicht hinauskommt, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den JP am 10. 12. 1957 eine eigene Zentralleitung. Am 23. 1. 1958 beschloss diese Zentralleitung u. a., die JP mit Hilfe der SED «zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln». Die JP sollen die «sozialistische Schule» unterstützen, die -> **Jugendweihe** fördern, dem «sozialistischen Aufbau» dienen. Die FDJ bleibt verantwortlich für die JP und unterstützt sie, doch nimmt die SED stärker Einfluss. Die JP werden in Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und der Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre) unterteilt. Vors. der JP ist der Altkommunist **Robert** -> **Lehmann** (SED); unter den 39 weiteren Mitgl. der Zentralleitung überwiegen Angehörige des ZK der SED und Funktionäre der F'DJ.

[603, 604, 6061]

JUNI-AUFSTAND: Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16. 6. und der Massenaufstand am 17. 6. 1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des -> Aufbaus des Sozialismus. Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene Neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden. Anlass zum Juni-Aufstand gab die «administrative» Erhöhung der -> Normen. Am 28.5.1953 wurden durch . Ministerratsbeschluss die Normen allgemein um durchschnittlich 10 v. H. erhöht, was . einer Lohnsenkung um 30 bis 42 v. H. gleichkam. Der Widerstand gegen diese Massnahme kam schon vor dem 9. 6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Verkündung des «Neuen Kurses» gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der «Tribüne» (Organ des FDGB) vom 16. 6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus. Der Artikel hatte festgestellt: «. . . die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig.» Am gleichen Tage um 7 Uhr beschlossen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalin-Allee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Strasse gelegenen «Haus der Ministerien» (ehern. Reichsluftfahrtministerium). Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewegung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus. Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut. Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstranten klar-, der Volksaufstand wollte das SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12'000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Strasse, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Brandenburger Tor. Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin ge-

## JUNI-AUFSTAND

worfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das «Haus der Ministerien» verhindern konnten, wurden u. a. das Columbus-Haus, das Haus «Vaterland», Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offensichtlich mit den Demonstranten. Um 18 Uhr teilte das Presseamt beim Ministerpräsidenten mit, dass der Regierungsbeschluss über die Normenerhöhung aufgehoben sei. Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen grösseren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industrierwerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der J. hat der SU und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch des SED-Regimes und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, dass Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien. Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte das Regime sich entschlossen, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über. Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale



moralische Schluppe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von «westlichen Provokateuren und Agenten» inszeniert worden.

Die Verluste des J. sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismässig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den Sowjet-Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschiessungen schwanken erheblich. Einschliesslich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen. Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1100-1200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6'000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.

[302, 308, 325, 337, 338]  
**JUSTIZREFORM:** In Durchführung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED wurden die Umorganisation der Justiz und die Ausarbeitung neuer Gesetze in Angriff genommen. Die erste Etappe dieser J. endete am 2. 10. 1952, als die Volkskammer ein neues Gerichtsverfassungsgesetz und eine neue Strafprozessordnung (-> **Strafverfahren**) beschloss. Wenige Tage später wurde die -> **Freiwillige Gerichtsbarkeit** im wesentlichen auf Verwaltungsstellen übertragen und gleichzeitig das -> **Notariat** verstaatlicht. Auf zivil- und strafrechtlichem Gebiet begnügte man sich bisher mit der Neuregelung einzelner Materien. Der V. Parteitag der SED hat aber auch auf diesem Gebiet neue «Perspektiven» aufgezeigt. Der im sowjetzonalen Justizministerium aufgestellte Perspektivplan sieht vor: Bis 30. 6. 1959 Schaffung und Verabschiedung eines Richterwahlgesetzes (am 1. 10. 1959 erfolgt [-> Richter] und in das neu gefasste Gesetz über die -> **Gerichtsverfassung** eingearbeitet), bis Juni 1959 Verabschiedung des LPG-Gesetzes (termingerecht erfolgt), bis August 1960 Schaffung eines neuen -> **Strafgesetzbuchs** (Termin nicht eingehalten), bis August 1961 neues -> **Zivilgesetzbuch**, bis August 1962 neue -> **Zivilprozessordnung** («Neue Justiz» 1958, S. 551). (-> **Eherecht** -> **Strafrechtsergänzungsgesetz Angleichungs-Vo**) [430]

**JUSTIZVERWALTUNG:** Oberste J.-behörde: Ministerium der Justiz der «DDR». Minister Dr. **Hilde** -> **Benjamin** (als Nachfolgerin von **Max** -> **Fechner**). Stellv. des Ministers: Hans Ranke (SED). Durch Beschluss des Ministerrats vom 20. 7. 1956

(GBl. S. 597) wurde ein Statut des Justizministeriums erlassen. Danach ist das Ministerium «als Fachministerium der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das zentrale Organ der Justizverwaltung». Wie schon vorher andere Ministerien, ist auch das Justizministerium zur «juristischen Person» erklärt worden. Das Ministerium hat zwei Hauptabteilungen: -> **Gesetzgebung** und Rechtsprechung; ferner drei selbständige Abteilungen: Kaderabteilung, Abt. Allgemeine Verwaltung, Haushaltsabteilung. Als beratendes Organ des Ministers fungiert das «Kollegium des Ministeriums», dem neben dem Minister der Stellv. des Ministers, die Leiter der Hauptabt. und der Leiter der Kaderabt. angehören. Schon seit Oktober 1950 bestanden in den Ländern der SBZ mit Ausnahme von Thüringen keine selbständigen Justizministerien mehr. Mit der Auflösung der Landesregierungen im Sommer 1952 sind auch die den Ministerpräsidenten der Länder unterstehenden Hauptabteilungen Justiz aufgelöst worden. In den Bezirken wurden Bezirks-J. geschaffen, deren Organisation und Tätigkeit sich nach einer internen Dienstanordnung vom 15. 2. 1954 richten. Die J.-Stellen haben einen Leiter und die Abt. Recht, Kader, Haushalt und Verwaltung. «Die Hauptaufgabe der Justizverwaltungsstelle ist die systematische Anleitung und ständige Kontrolle der Kreisgerichte in ihrer Rechtsprechung und der Tätigkeit der Staatlichen -> **Notariate** mit dem Ziele der Verbesserung der Anwendung der Gesetze» (§ 6 der Anordnung vom 15. 2. 1954). «Die Organe der Justizverwaltung haben Mängel der Rechtsprechung in ständigem Meinungsaustausch mit den Gerichten aufzudecken und abzustellen, grundsätzliche Rechtsfragen zu klären und den Richtern eine richtungweisende Anleitung für die Verbesserung ihrer Arbeit bei der Durchführung der Gesetze und Beschlüsse der Regierung zu geben. Kontrolle und Anleitung der Rechtsprechung sind also wesentliche Arbeitsmethoden der Justizverwaltung, wenn sie die Aufgaben der staatlichen Verwaltung auf dem Gebiet der Justiz aktiv und schöpferisch erfüllen will» (Ostmann in: «Neue Justiz» 1954, o. 37). Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde in der sowjetzonalen Justiz das -> **Instrukteurwesen** eingeführt, dessen einheitliche Leitung in den Händen des Stellv. des Ministers liegt. Anleitung und Kontrolle der Rechtsprechung sind dem Just.-Min. durch § 13 des am 1. 10. 1959 neu gefassten Gerichtsverfassungsgesetzes gesetzlich zuerkannt. «Die Anleitung und Kontrolle haben die

Erfüllung der Aufgaben der Rechtsprechung und der politischen Arbeit unter den Werkträgern zu gewährleisten» (§ 13, Abs. 2). Mit dieser Weisungsbefugnis der J. gegenüber den Gerichten wird die **Unabhängigkeit der -\* Richter** kraft Gesetzes endgültig beseitigt. Kontrolliert und angeleitet vom Ministerium werden auch die J.-Stellen in den Bezirken. Die J. liegt also straff zentralistisch in den Händen des Justizministeriums. Hier sind in den massgebenden Stellen ausschliesslich SED-Angehörige tätig. Mit Ausnahme des Ministers, des stellvertretenden Ministers und des Leiters der Hauptabteilung Gesetzgebung, Dr. Ostmann, sind die meisten Abteilungsleiter und Referenten Absolventen der **Volksrichter-Schulen**. (-> Rechtswesen) [430]

**JUSTIZWETTBEWERB:** J. dienen dem Ziel, die Sicherung des Wirtschaftsplanes in den Mittelpunkt der Arbeit der Justiz zu stellen. Die Justiz «wird diese Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie es versteht, neue Arbeitsmethoden zu entwickeln und die Angestellten der Justiz fachlich und gesellschaftlich zu qualifizieren» (Reinartz und Kunath in: «Neue Justiz» 1951, S. 114). «Das Ziel der Wettbewerbsbewegung in der Verwaltung ist die Schaffung einer volks-

nahen demokratischen Verwaltung» (a. a. O.). Die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizverwaltungsbehörden traten mit dieser Zielrichtung in Wettbewerbe ein, deren Gegenstand war: 1. öffentliche Justizgesprächeabende, 2. öffentliche Berichterstattungen und Rechenschaftsberichte, 3. Vorträge in Betrieben oder öffentlichen Veranstaltungen, 4. Dorf- und Flurbegehungen mit Bauernversammlungen, 5. Zeitungsartikel über Justizfragen, Reportagen in Presse und Rundfunk, Unterricht in Schulen, sonstige aufklärende oder der Vorbeugung strafbarer Handlungen dienende Tätigkeit jeder Art («Neue Justiz» 1950, S. 140). Mit einem Wettbewerb zwischen den Staatlichen -> **Notariaten** trat man im Jahre 1955 hervor. «Sein Ziel soll die gute Beratung der Werkträgern, die schnelle Gewährung juristischer Hilfe und die Verbesserung der Organisation der Arbeit sein» («Neue Justiz» 1955, S. 284). Die Beschleunigung des Verfahrens, «Verbesserung der Qualität der Entscheidungen» und Verminderung von Kostenrückständen werden nach Plus- und Minuspunkten bewertet. Es wird also eine Art Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Behörden und den Angestellten innerhalb einer Behörde eröffnet. (-> Rechtswesen)

## K

**KABARETT:** Das K. wird «als schärfste Waffe der positiven Kritik und Hilfe beim Aufbau und der Popularisierung unserer fortschrittlichen sozialistischen Idee» (Peter Pan in «Volkskunst», April 1958) mit Nachdruck gepflegt, scheidet jedoch immer wieder an der Humorlosigkeit der Doktrinäre, der Einschränkung der Gedanken- und Redefreiheit und den verbindlichen Schablonen des kapitalistischen Erzbösewichts und des positiven Helden; sein Leidensweg ist der gleiche wie in der NS-Ära. Von den zahlreichen Versuchen, Berufs-K. auch als Vorbild für das Laien-K. auf die Beine zu bringen, haben nur zwei («Die Distel», Ost-Berlin, und «Die Pfeffermühle», Leipzig) im zermürbenden Kampf mit der Zensur und der Kritik der Kritisierten überdauert. In der -\* **kulturellen** Massenarbeit spielt das Laien-K. als Darbietung der -> **Agitprop-Gruppen** und für bescheidenste geistige Ansprüche eine grosse Rolle und wird durch die einschlägigen Institutionen angeleitet. (-> **Volkskunst**, -> **Laienkunst**, -> **Agitation**)

**KABINETTE:** Aus der SU übernommene Einrichtungen für die politische **Schulung** und -> **Produktionspropaganda**. Man unterscheidet:

a) Partei-K. der -> SED bei Bezirks- und Kreisleitungen, den -> **Partei-schulen** und den -> BPO-Leitungen einiger Grossbetriebe. Die Partei-K. sind vor allem zuständig für die politische und methodische Anleitung von Schulungsfunktionären (Propagandisten, -\* Zirkel-Leiter) und veranstalten Vortragsabende, -> **Konsultationen** und Ausstellungen. Der -> **FDGB** unterhält ähnliche K. Die 1956 gegründeten Abgeordneten-K. bei den Volksvertretungen dienen mit gleichen Mitteln der politischen Schulung der Abgeordneten.

b) Technische K. in -> VEB und NTS dienen dem organisierten Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitern und technischer -> Intelligenz über die Entwicklung und Popularisierung neuer -> Arbeitsmethoden. Mit dieser Zielsetzung Veranstaltung von technischen Konferenzen, Vorträgen, Filmabenden, Ausstellungen.

c) **Pädagogische K.** (-> **Lehrerbildung**)

**KADER:** Pj., aus der militärischen Terminologie stammend, ursprünglich mit der Bedeutung «Rahmenpersonal». K. sind 1. alle Personen in Partei, Staat, Wirtschaft, -> **Massenorganisationen** und Militär, die in wichtigen Positionen zur Erhaltung und Festigung des totalitären Systems beitragen sollen. In diesem Sinne bedeutet K. soviel wie Elite. In der Bezeichnung der -> SED als einer K.-Partei (im Gegensatz zur Massenpartei) wird die Absicht zum Ausdruck gebracht, aus der Partei ein organisatorisch und weltanschaulich hochgezüchtetes Herrschaftsinstrument zu schaffen. Die «Entwicklung» von K. ist eine Hauptaufgabe der politischen Schulungsarbeit. Persönliche Daten und pol. Beurteilung aller K. werden in K.-Karteien des SED- und Staatsapparates sowie der Massenorganisationen gesammelt. Zur Sicherung einer einheitlichen -\* **Kaderpolitik** sind die Kaderabteilungen ausschliesslich mit SED-Mitgliedern besetzt, die auch für die Einstellung von Parteiloosen und Mitgliedern anderer Parteien die Genehmigung des zuständigen SED-Büros einholen müssen. Die grosse Bedeutung, die den K. zugeschrieben wird, entspricht dem militärischen Organisationsprinzip der Kommunisten: «Die Kader entscheiden alles.» (Stalin)

2. Aus der unter 1. geschilderten Bedeutung abgeleitet, bedeutet K. im weiteren Sinne ganz allgemein soviel wie «Personal» in Wirtschaft und Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf dessen fachliche und politische Eignung und Zuverlässigkeit. (-> **Kaderabteilung**) [331]

**KADERABTEILUNG:** Neben den Personalabteilungen in Verwaltungen und -> **VEB** bestehende Abteilungen. Während die Personalabteilungen reine Verwaltungsfunktionen ausüben, haben die K. die Aufgabe, sämtliche Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einstellung zum Regime zu überwachen. In den K. wird über die Beschäftigten eine «Entwicklungskartei» geführt, in die neben dem fachlichen Werdegang die Teilnahme an politischen Schulungen und Urteile über die Einstellung zum Regime eingetragen werden. Bei Arbeitsplatzwechsel wird die Karte des Beschäftigten der K. des neuen Betriebes bzw.

Verwaltung übersandt. Schon vor Neueinstellungen wird regelmässig bei der K. des Betriebes und der Verwaltung, bei der der Betreffende bisher beschäftigt war, Nachfrage gehalten. So wird nach vorangegangener Kündigung aus politischen Gründen (-> **Kündigungsrecht**) eine Neueinstellung verhindert. Die K. sind nur mit linientreuen SED-Genossen besetzt, so dass der Einfluss der Parteileitungen unbedingt sichergestellt ist. Der leitende Funktionär in der K. heisst Kaderleiter. (-> **Kader**)

**KADERPOLITIK:** Pj. Bezeichnung für alle Probleme, die mit der Auswahl, der Heranbildung und dem Einsatz von \*-Kadern zusammenhängen. (-> **Kaderabteilung**)

**KADETTEN ANSTALT:** -> **Nationale Volksarmee.**

**KALIBERGBAU:** Fast zwei Drittel der deutschen Kalivorkommen liegen im Gebiet der SBZ. Die effektive Produktion an Kalierzeugnissen liegt jedoch in der BRD wegen der besseren technischen Ausstattung der Betriebe höher. (1959 BRD 2,14 Mill. t, SBZ 1,64 Mill. t KIO-Gehalt der Kalirohsalze). Die noch nicht erschlossenen Kalivorkommen in der SBZ werden auf 13 Mrd. t geschätzt. In der Weltförderung nimmt die SBZ die dritte Stelle hinter den USA und der BRD ein. Kali ist Rohstoffbasis für viele chemische Verbindungen und für die Herstellung von Düngemitteln. 60 v. H. der SBZ-Erzeugung werden exportiert.

**KAMMERABKOMMEN:** Die K. sind wie die -> **Bankenabkommen** als eine Art Zwischenlösung im -> **Aussenhandel** der SBZ infolge der völkerrechtlichen Nichtanerkennung entwickelt worden. Die Laufzeit beträgt in der Regel ein Jahr. Vertragspartner sind die **Kammer für -> Aussenhandel** der SBZ und die entsprechende Aussenhandelskammer der jeweiligen Partnerländer. K. bestehen im wesentlichen mit den europäischen Staaten ausserhalb des Sowjetblocks. In den K. wird wertmässig das Gesamtvolumen des Warenaustausches festgelegt und in Warenlisten auf die einzelnen vereinbarten Warenpositionen aufgeschlüsselt. Die Verrechnungen können im Rahmen der Abkommen über Verrechnungskonten bei jeweils vereinbarten Banken erfolgen. Die K. werden vielfach als -> **Kompensationsabkommen** abgewickelt.

**KAMMERGERICHT:** Seit der Spaltung der Berliner Justiz im Januar 1949 bestehen in West-Berlin und in Ost-Berlin je ein K. Das K. in Ost-Berlin hat für die nicht in die Gerichtsorganisation der SBZ eingegliederten Ost-Berliner Gerichte die gleiche Funktion wie das -> **Oberste Gericht** (-> **Gerichtsverfas-**

## KAMPFGRUPPEN

**ung).** Es ist die erste und letzte Instanz in Strafsachen besonderer Bedeutung, Berufungsinstanz für die Entscheidungen des den Bezirksgerichten entsprechenden Stadtgerichts Berlin und Kassationsgericht. Das Plenum des K. erlässt Richtlinien, die bisher stets wörtlich mit denen des Obersten Gerichts übereinstimmen.

**KAMPAGNE:** Im Pj. auf alle (zeitlich begrenzten, meist periodisch wiederkehrenden) Unternehmungen ausgedehnter Begriff, die von wirtschaftlicher oder politischer Bedeutung sind und mit dem Attribut des parteiamtlich forcierten «Kampfes» versehen werden, angefangen von der auch im Westen geläufigen Zuckerrüben-K. über Bau-K., K. des sozialistischen Wettbewerbs bis zur Kollektivierungs-K.

**KAMPFGRUPPEN;** Militärische Verbände der -> **SED** in Betrieben in Stadt und Land, in **Landwirtschaftlichen -> Produktionsgenossenschaften**, in Behörden, Schulen und Anstalten aller Art. Schon seit Herbst 1952 zunächst in Grossbetrieben der -> **Volkeigenen Industrie** in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Mit dem damals üblichen Namen **Betriebskampfgruppen** werden die K. noch heute zuweilen bezeichnet.) Unter dem Eindruck des -> **Juni-Aufstandes** trieb die SED seit Mitte 1953 die Aufstellung bewaffneter K. voran. Neben Angehörigen der damaligen \*-**KVP** waren bei der Ausbildung zunächst Ausbilder der -> **GST** und der -> **Volkspolizei** tätig. Seit April 1954 werden auch zuverlässige Nichtmitglieder der SED in die K. hineingeholt. Um die Widerstände der Arbeiterschaft gegen eine Parteiliz zu überwinden, forderte das -> **ZK** der SED am 3. 4. 1955, «starke Kampfgruppen zu bilden, und ... zu disziplinierten, schlagkräftigen Einheiten zu entwickeln». Es leitete auf seiner 23. Tagung (15. 4. 1955) eine Straffung der K. ein.

Kurz darauf fasste das -> **Politbüro** der SED einen ausführlichen «Beschluss über die Organisation und Ausbildung der Kampfgruppen» (s. «Neuer Weg» Nr. 11/1955). Darin nennt es den K. als Vorbilder: die «Arbeiterbataillone der Tschechoslowakei 1948», die «proletarischen Kampfverbände» der Aufstände gegen die Weimarer Republik 1919 bis 1923 - und die Internationalen Brigaden der rotspanischen Armee. Die K. sollen, so heisst es, zu «kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... in-

nerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren.» (Damit verlangt die SED sinnngemäss den Einsatz der K. an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war.) Den K. werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während in der GST alle jüngeren Kräfte ihre Ausbildung erhalten. Dieser Beschluss des Politbüros führte zu immer strafferem Aufbau und besserer Ausbildung der K. durch die allgemeine Volkspolizei (VP). Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14. 11. 1956) eine besonders «gründliche Ausbildung im Orts-, Strassen- und Häuserkampf». Die K. lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben «gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee». – Ein Urteil des Kreisgerichtes Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) bezeichnet am 2. 5. 1957 die K. als Staatseinrichtung im Sinne des § 131 des Strafgesetzbuches.

SED-Mitgl. und zuverlässige Parteiloze im Alter von 25-60 Jahren werden von den örtlichen SED-Parteileitungen dienstverpflichtet. Die militärische Verantwortung für die K. tragen die Kampfgruppenkommandeure, die in besonderen Schulen ausgebildet werden. Auch ältere Offiziere, die die -> NVA dazu entlässt, und ehemalige Wehrmachtsoffiziere werden in die Stäbe der K. aufgenommen, um das K.-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder: Instrukteure der VP, die SED-Mitgl. sein müssen. Zuständiger Politikkommissar der K.: Sekretär der Parteileitung. Frauen werden nur als Sanitäterinnen verwendet. Ausbildung: 4 Stunden wöchentl. zusätzlich zur Arbeitszeit. Hauptausbildungsthemen: Karabiner, Maschinenpistole, leichtes MG und Handgranate, Scharfschiessen, Grund- und Geländeausbildung. Einen Teil der Lehrgänge für Führer und Unterführer der K. hält die -> Nationale Volksarmee ab. Die Waffen der K., zu denen auch mehr und mehr mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (schwere MG, Panzerautos, Pak), werden nicht bei den Einheiten aufbewahrt, sondern befinden sich unter Polizeibewachung in besonderen Lagerräumen. – Seit Anfang 1958 bilden die über 55 Jahre alten Mannschaften der K. eine K.-Reserve, die nur für örtliche Einsätze bestimmt ist. Bei der personellen Zusammensetzung der K. in den Betrieben usw. wird berücksichtigt, dass im Ernstfall jene Mitglieder, die Reservisten der Volksarmee sind, von der Volksarmee beansprucht werden; dies gilt aber nicht für die Kommandeure und Unterführer der K.

Wie bei allen -> **Bewaffneten Organen** der SBZ und bei der GST findet eine sorgfältige Politschulung statt. Seit dem Sommer 1957 tragen die K. graue zweiteilige Uniformen nach Art der Nationalen Volksarmee.

Seit Anfang 1958 legen die K. eine «Verpflichtung», d. h. einen Soldateneid ab. Der 1. Eid, der bis Mai 1959 galt, forderte u. a., «Befehle als Aufträge der Partei und unsere Staates zu betrachten . . . , an der Seite der anderen bewaffneten Kräfte der DDR und der Armeen des sozialistischen Lagers rückhaltlos für den Schutz unserer Heimat und den Sieg des Sozialismus einzutreten». Der neue Eid, den am 1.6. 1959 «Der Kämpfer» – Organ der Kampfgruppen der Arbeiterklasse» (Nr. 6) brachte, wird bezeichnet als «Gelöbnis der Kampfgruppen der Arbeiterklasse». Er lautet: «Ich bin bereit, als Kämpfer der Arbeiterklasse die Weisungen der Partei zu erfüllen, die DDR, ihre sozialistischen Erregenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich.»

Seit 1956 werden die Hundertschaften der K. (= Kompanien), von denen es oft mehrere in einem Betrieb gibt, zu K. im engeren Sinne (etwa = Bataillonen) zusammengefasst. Seit Frühjahr 1958 unterstehen mehrere Bataillone, die mindestens 3 Hundertschaften (= Kompanien) zählen, «Unterstäben» (wohl – Regimentsstäben). Alle Unterstäbe je eines Kreises (in Grossstädten und in Ost-Berlin je eines Stadtbezirkes) werden von einem «Zentralen Kampfstab» (wohl = Brigadestab) befehligt. Diesen «Zentralen Kampfstäben» gehören Funktionäre des Kreissekretariates der SED und Offiziere des Volkspolizei-Kreisamtes an.

Seit Herbst 1959 werden in jedem Bezirk und im Sowjetsektor Berlins besondere schwere «Bezirks-Reserve-Bataillone» gebildet, die aus je 2 mot. Schützen-Hundertschaften und 1 schweren Hundertschaft (1 Zug Granatwerfer, 1 Zug Pak, 1 Zug SMG) bestehen. So gibt es im Stadtkreis Leipzig neben 10 leichten Bataillonen 3 solcher schweren Bataillone.

Dass Bezirks-Kampfstäbe errichtet worden sind, darf als wahrscheinlich gelten. Anfang 1958 wurde im **Ministerium des Innern** die schon seit Mitte 1955 bestehende Abteilung «Kampfgruppen» der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) zu einem Zentralen Kommando der K. erhoben. Die politische Leitung der K. liegt bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED. – Bei den grösseren Übungen der K., die grundsätzlich schon seit 1955 auch auf den Einsatz ausser-

halb der Betriebe und Heimorte angelegt sind, nehmen häufig kleinere Einheiten der nichtkasernierten Volkspolizei und der GST teil, ferner zuweilen -> **Bereitschaftspolizei, Deutsche -> Grenzpolizei oder** Einheiten der Nationalen Volksarmee. Die K. sind eine Miliztruppe, deren Kampfwert nicht unterschätzt werden darf. Stärke: nominell rund 300'000, davon einsetzungsfähig: 150'000. Seit Okt. 1957 gibt das ZK der SED monatlich die der Politschulung und der Ausbildung dienende Zeitschrift «Der Kämpfer» (Verlag des Mdl) heraus. Chefred. ist Major Otto Trötscher, vormals in der Grenzpolizei. (-\* **Militärpolitik**) [306, 317]

**KANDIDAT:** Auf Beschluss der 1. Parteikonferenz ist seit 1. 3. 1949 der Eintritt in die SED nur als K. möglich. Mindestalter für die Aufnahme: 18 Jahre. Dauer der Kandidatenzeit: ein halbes Jahr für Arbeiter, die 5 Jahre als solche tätig waren, 1 Jahr für alle übrigen Arbeiter, Meister und -> **LPG-Mitgl.**, 2 Jahre für -\* **Angestellte**, -> Einzelbauern, Handwerker und -> Intelligenz. K. haben dieselben Pflichten wie Mitgl. Sie haben dagegen nicht das Recht der Abstimmung, dürfen keine Wahlfunktionen ausüben und sollen sich besonders in den -> **Massenorganisationen** und am Arbeitsplatz bewähren. Mitgl., die den praktischen Parteiaufgaben nicht gerecht werden, können in den Kandidatenstand zurückversetzt werden. - Die Bezeichnung K. wird auch für nicht stimmberechtigte Mitgl. aller SED-Leitungen gebraucht. (-> **Politbüro**, -> **ZK der -> SED**)

**KAPITALISMUS:** Nach dem Marxismus durch Differenzierung und Spezialisierung der Warenproduktion, Industrialisierung und Aufbau eines einheitlichen Weltmarkts seit Ausgang des Mittelalters («im Schoss des Feudalismus») entwickelte Produktions- und Sozialformation, die die alte handwerklich-zünftische Produktionsweise ablöste. Kennzeichnend für den K.: Profitorientierung der Unternehmer, Tendenz zur permanenten Ausweitung des Kapitals (-> **Produktionsmittel**), damit verbunden verschärfter Konkurrenzkampf und als Kehrseite von allem verschärfte -> Ausbeutung der zahlenmäßig ständig anwachsenden -> Klasse der abhängigen Lohnarbeiterschaft («Proletariat»). Die durch diese immanenten Widersprüche nach marxistischer Ansicht zwangsläufigen -> Krisen sollten in den kapitalistisch ausgereiften hochindustrialisierten Ländern nach Ansicht von Marx und Engels die sozialistische Revolution erzwingen, ohne dass klare Vorstellungen

über deren Organisierung und Verlauf fixiert worden sind. - Lenin ergänzte diese Analyse des K. durch seine Theorie des -> **Imperialismus** als eines angeblich seit 1900 erreichten Katastrophenstadiums des K., in dem dessen Auswirkungen weltweit geworden seien, so dass damit die Chance für eine Weltrevolution, die sich nicht mehr auf die hochindustrialisierten Länder beschränkte und auch nicht in diesen zu beginnen brauchte, gegeben sei. Damit suchte er seine bolschewistische Revolution im industriell unterentwickelten agrarisch-feudalen Russland zu legitimieren. - Die Tatsache, dass vor allem seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 im kapitalistischen Westen eine Fülle von - staatlich wie gesellschaftlich getragenen - Massnahmen zum wirklichen Abfangen von Krisen entwickelt worden ist, wird von den Bolschewisten geflissentlich ignoriert. (-> **Marxismus-Leninismus**, -\* **Historischer Materialismus**, -> **Stalinismus**, -> **Koexistenz**, -> **ökonomisches Grundgesetz**)

**KAPITULANTENTUM:** Pj., wird besonders Funktionären von -> **SED** und Verwaltung vorgeworfen, die vor dem Widerstand der Bevölkerung gegen bestimmte Massnahmen, z. B. gegen die -> **Kollektivierung**, zurückschrecken, die Aufhebung oder Zurückstellung unpopulärer Massnahmen fordern, parteifeindliche Auffassungen widerspruchslos hinnehmen oder die Erreichung gesteckter Planziele bezweifeln. (-> **Defaitismus**)

**KARIKATUR:** «Unsere K. hat die Aufgabe, mit der Flamme der Satire alles Negative, Vermordete, überholte, all das, was die Vorwärtsbewegung hemmt, aus dem Leben auszubrengen.» Diese von Malenkov auf dem XIX. Parteitag der KPdSU verkündete Zwecksetzung übertrug **Fred -> Oelssner** für die SBZ, dass die dortige K. aufgerufen sei, «die leidenschaftliche satirische Auseinandersetzung mit den Bonner Spaltem, ihrem Gefolge und ihren überseeischen Hintermännern zu führen». «Die Stärke unserer K. liegt in ihrer Unversöhnlichkeit, in der vernichtenden Schärfe ihres Witzes, in der Entlarvung aller ihr feindlich Gesinnten. Sie ist nicht bloss eine humorvolle Zeichnung, die amüsieren will, sondern sie ist eine furchtbare Waffe gegen alle antihumanistischen Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Gesellschaft. Das Lachen, das sie hervorruft, leiht dem, der sich der Vergänglichkeit aller reaktionären Kräfte bewusst geworden ist, Kraft und Mut, wie sie andererseits den Feind des Fortschritts und der

Menschheit demaskiert, erschreckt und lähmt\* (J. Uhlitzsch in «Volkskunst» H. 9/1953). In erklärtem Gegensatz zu den westlichen K., die oft genug auch ihre eigenen Regierungen verspotteten und angreifen, sind die Gewalthaber des Bolschewismus, die «positiven Helden», niemals Objekte der «fortschrittlichen K.». Wo gelegentlich auch Schwächen des Regimes angedeutet werden, beschränkt man sich auf Auswüchse der unzulänglichen «Bürokratie» oder auf die immer noch fehlende «Klassenkampf-Erkenntnis» der Arbeiter und Bauern.

**KARL-MARX-ORDEN:** Orden für höchste Funktionäre, auch Ausländer, sowie für Kollektivs, Institutionen und gesellschaftliche Organe der «DDR», der verliehen wird für «besondere Verdienste in der Arbeiterbewegung, auf den Gebieten der Kunst und Kultur, der Wissenschaft, der Volkswirtschaft, im Kampf um ein einheitliches, unabhängiges, friedliebendes Deutschland und in der Pflege und Förderung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und anderen friedliebenden Völkern». (-> **Auszeichnungen**)

**KARL-MARX-STADT:** -> **Chemnitz**.

**KARRIERIST:** Im Pj. Person, die nicht aus Überzeugung, sondern um persönlicher Vorteile willen Mitglied oder Funktionär einer bolschewistischen Organisation wird und so «Karriere» macht.

**KASERNIERTE VOLKSPOLIZEI:** Von Okt. 1952 bis Jan. 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. Am 18. 1. 1956 wurde die KVP in -> **Nationale Volksarmee** umbenannt und erhielt eine Uniform, die der alten grauen Wehrmachtsuniform bis 1945 entspricht. Die Umbenennung der Einheiten, die mit einer Siebung auf politische Zuverlässigkeit und militärische Brauchbarkeit verbunden war, zog sich bis Mitte 1956 hin.

Die KVP wurde - als Kern der zukünftigen Streitkräfte - im Frühjahr 1948 noch vor Spaltung des -> **Kontrollrats** auf Befehl der -> **SMAD** als «Bereitschaftspolizei» aufgestellt und seit Jan. 1952 nach den Dienstvorschriften der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Okt. 1952 trug die KVP den sowjetischen ähnelnde olivgrüne Felduniformen und hatte militärische Rangbezeichnungen.

Schon im Herbst 1952 hatte die KVP zwei Armeekorps mit je zwei mot. Schützen-Div. und einer mechanisierten (d. h. mit Kettenfahrzeugen versehenen) Div. Das -> **Ministerium des Innern (Mdl)** war lange Zeit überwiegend ein Wehrministerium. Der Stab und die Verwaltung der KVP wurden erst im Juni 1955 aus dem Mdl heraus-

genommen, als **Willi Stoph** das Mdl an **Karl -> Maron** abgegeben hatte und als Nachfolger des nach Moskau kommandierten Generalleutnants **K.-H. -> Hoffmann** den Oberbefehl über die KVP übernommen hatte. (Wenig später wurde Stoph zum Generaloberst ernannt.) Die KVP wurde von den -> **Sowjetniks** gelenkt, durch Offiziere und Funktionäre des -> **Staatssicherheitsdienstes** überwacht und durch -> **Politschulung** im Sinne der -> **SED** erzogen. Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber doch zuweilen als **Nationale Streitkräfte**. Sie wurde streng geheim ausgebaut und immer stärker bewaffnet. Bei der Umbenennung in Volksarmee hatte sie neben den genannten sechs Div. in zwei -> **territorialen Verwaltungen** d. h. Armeekorps) noch eine heeresunmittelbare mot. Schützen-Div., heeresunmittelbare Verbände und zahlreiche Offizierschulen und Lehreinheiten.

Neben dem Heer, das Ende 1955 allein rund 100'000 Mann zählte, bestand eine Luftwaffe (KVP-Luft, zeitweise als «Aeroclub» getarnt); seit 1950 aufgebaut, mit rund 300 Flugzeugen in 3 Flieger-Div., mit Schuleinheiten, etwa 9'000 Mann stark. Daneben bestanden noch die Seestreitkräfte (bis 18. 1. 1956 als VP See getarnt), seit Mai 1950 aufgebaut, mit rund 9'000 Mann. Sie verfügten über 6 Div. (= Flottillen) mit rund 70 Seefahrzeugen, über Schulungseinheiten zu Lande und zu Wasser, Offizierschulen usw. - Schon vor der Umbenennung in Nationale Volksarmee waren die Einheiten der KVP zu modernen Streitkräften mit insgesamt 118'000 Mann entwickelt worden. (-> **Militärpolitik**) [306, 317]

**KASSATION:** Ausserordentliches Rechtsmittel, mit dem jedes rechtskräftige Straf- und Zivilurteil und jede andere richterliche Entscheidung, die der Rechtskraft fähig ist, binnen Jahresfrist nach Eintritt der Rechtskraft durch den Generalstaatsanwalt oder den Präsidenten des Obersten Gerichts angefochten werden kann, wenn die Entscheidung «auf einer Verletzung des Gesetzes» beruht oder «der Gerechtigkeit gröblich widerspricht» (§§ 12 ff. des «Gesetzes über die Errichtung des Obersten Gerichtshofs und der Obersten Staatsanwaltschaft der DDR» vom 8. 12. 1949 und §§ 301 ff. der sowjetischen StPO), über die K.-Anträge entscheiden K.-Senate des Obersten Gerichts. Die K. ist keine dritte Instanz und «nicht im Interesse der Partei geschaffen worden, sondern ausschliesslich im Interesse der Allgemeinheit» (Nathan in: «Neue Justiz», 1949, S. 304) zum Zwecke der Wahrung

der Rechteinheit und der Beseitigung falscher Urteile. Mittelbar soll damit die Rechtsprechung der unteren Gerichte gelenkt werden. «Es gilt, durch richtige Auswahl der zur K. zu bringenden Entscheidungen dem Obersten Gericht Gelegenheit zu geben, in den alten Schlauch überkommener Strafgesetze den neuen Wein fortschrittlichen Wissens zu gießen, Rechtsgrundsätze zu entwickeln, die den Erkenntnissen unserer neuen, in der Entwicklung begriffenen Rechtstheorie entsprechen\* (-> Melsheimer in «Neue Justiz», 1952, S. 206). In Strafsachen kann das Oberste Gericht nach Eingang des K.-Antrags Haftbefehl erlassen (§ 306 der sowjetzonalen StPO). Nach Verkündung des -> Neuen Kurses sollte das K.-Verfahren dazu dienen, «durch richtige Anleitung der Gerichte neue Fehler oder die Fortsetzung alter Fehler zu vermeiden\* (-> Schumann in: «Fragen des Strafprozessrechts der Deutschen Demokratischen Republik», Berlin 1954). Dem widerspricht die Feststellung, dass «auch jetzt noch die Zahl der zum Nachteil der Angeklagten gestellten K.-Anträge überwiegt\* (a. a. O.). (-> Rechtswesen) [430]

**KASSE DER GEGENSEITIGEN HILFE:** Gewerkschaftliche Einrichtungen in den Betrieben, die aus Mitgliedsbeiträgen und dem -> Kultur- und Sozialfonds des Betriebes gespeist werden. Sie gewähren zinslose Darlehen zur Anschaffung von Möbeln, Wäsche und anderen Gebrauchsgegenständen und in Krankheits- und Todesfällen.

**KATASTROPHENKOMMISSION:** Zur Leitung, Koordinierung und Kontrolle der Katastrophenverhütung und -bekämpfung sind K. gebildet worden (VO v. 14. 12. 1959, GBl. I, 1960, S. 2), und zwar die Zentrale K. für die gesamte SBZ sowie K. der Bezirke und Kreise. Der Minister des Innern ist Vors. der Zentralen K., der als Mitglieder u. a. die Minister für Verkehrswesen, für Land- und Forstwirtschaft, für Gesundheitswesen und für Post- und Fernmeldewesen angehören. Die K. haben das Recht, in ihrem Bereich mit verbindlicher Wirkung gegenüber allen Staats- und Wirtschaftsorganen und Bürgern Massnahmen anzuordnen, die zur Beseitigung von Gefahrenquellen und zur Bekämpfung von Katastrophen notwendig sind.

**KAUL, FRIEDRICH KARL:** \*21.2.1906 in Posen als Sohn eines Kaufmanns, Gymnasium, Studium der Rechtswiss. in Heidelberg und Berlin, Dr. jur. 1933 wegen jüdischer Abstammung aus dem Justizdienst entlassen, arbeitete als Versiehe-

rungsvertreter. 1935 bis 1937 KZ, dann Mittelamerika, 1942 in USA interniert. Nach Rückkehr -> SED, Justitiar beim -> Rundfunk in Ost-Berlin, später beim Staatl. Rundfunkkomitee. Im Mai 1948 vorläufig, im Juni 1949 endgültig als Rechtsanwalt bei sämtlichen Berliner Gerichten zugelassen. Prominentester SED-Verteidiger vor West-Berliner und westdeutschen Gerichten, vor allem auch im -> KPD-Prozess in Karlsruhe. K. veröffentlichte zahlreiche Hörspiele und Schriften, in denen es um Vorgänge im Grenzbereich von Politik und Kriminalität geht und die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesregierung diffamiert wird.

**KDT:** Abk. für **Kammer der -> Technik.**

**KENNZIFFERN:** a) Hilfsmittel der -> Planung und der Kontrolle der Plandurchführung. K. sind identisch mit den oft genannten «staatlichen Planaufgaben», die von der produzierenden Wirtschaft zu erfüllen sind. Die K. des-> **Volkswirtschaftsplans** sind das Ergebnis eines vorgegangenen Planungsvorgangs (-> **Kontrollziffern**); sie werden im Rahmen des Volkswirtschaftsplans jährlich im Gesetzblatt veröffentlicht. K. sind teils absolute Zahlen für Mengen oder Werte, teils sind sie prozentuale Steigerungszahlen gegenüber den Vorjahregebnissen. Die K. werden durch die **Staatliche -> Plankommission** an die mittleren Wirtschaftsinstanzen (-> **WB**, Räte der -\* **Bezirke** und -\* **Kreise**, Ministerien) gegeben, wo sie auf gegliedert und an die Produktionsbetriebe weitergegeben werden. Besonders wichtige K. der Planung sind: Bruttoproduktion, Warenproduktion, Investitionsfonds, Materialfonds, Importfonds, Zahl der Arbeitskräfte, Senkung der Selbstkosten, Lohnfonds.

b) Es gibt ausserdem zahllose sog. «wirtschaftlich-technische» K. zur Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und des technischen Niveaus in Industriezweigen und Industriebetrieben, z. B. für die Arbeitsproduktivität, den Nutzeffekt der Investitionen, den Grad der Materialausnutzung, den Auslastungsgrad von Produktionseinrichtungen usw.

**KERNFORSCHUNG:** **Atomenergie.**  
**KESSLER, HEINZ:** \* 26.1.1920 in Lauban/Schles. als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Maschinenschlosser. 1926 Mitgl. der Jungen Pioniere. 1941 als Soldat zur Roten Armee übergelaufen, Besuch der Antifa-Zentralschule in Moskau, Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1945 Rückkehr nach Deutschland, KPD-Mitgl., bildete die «antifaschistischen Jugendausschüsse» in Berlin, 12. 10. 1947 Vors. des -> **FDJ**.



Landesverbandes Berlin, seit Mai 1947 Mitgl. des Zentralrates der FDJ. 1949 Sekretär für Arbeit und Sozialfragen, 1950 Sekretär für Organisation im Zentralrat und 2. Vors. der FDJ. Im gleichen Jahr wurde K. als Chefinspekteur in die «Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei» berufen, 1952 Generalmajor und Chef der KVP-Luft, 1956 Generalmajor in der -> **Nationalen Volksarmee**, jedoch nicht Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte. Seit 1. 10. 1959 Generalleutnant, 1952 bis 1953 gleichzeitig Stellv. des Ministers des Innern, seit 1957 stellv. Minister für Verteidigung. Seit 1946 ununterbrochen im Parteivorstand bzw. -> ZK der -> **SED**. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**KGB:** Abk. für «Komitet gosudarstvennoi besopassnosti», das Komitee für Staatssicherheitsdienst beim Ministerrat der UdSSR. Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur «Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage» (Gesetz vom 5. 9. und 2. 11. 1918) gegründet. Am 6. 2. 1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem **NKWD** (Narodnyi kommissariat wnutrennych del) auf (10. 7. 1934). Am 3. 2. 1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit). Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten, MGB = Ministerium für Staatssicherheit. Das MGB wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt. Die Bezeichnungen GPU und NKWD treffen seitdem nicht mehr zu. Das MWD wird oft mit dem KGB verwechselt. Dem MWD unterstehen auch in der SBZ eigene Sicherheitstruppen, deren Stärke und Standorte nicht näher bekannt sind. (Ausserdem haben die sowjetischen Besatzungstruppen auch in der SBZ eine starke eigene Militärpolizei.) Nach -> **Stalin** ist die Geheimpolizei eine Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblösste Schwert des Proletariats». In der SBZ hat das KGB drei Aufgaben: Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die -> **Sowjetischen Militärtribunale** an sich ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung. Dazu dient ein in alle Lebensbereiche hineinreichendes Netz von Agenten und Spitzeln. Die sowjetischen Mitarbeiter der KGB sind

ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden übertrifft noch die des Staatssicherheitsdienstes (-> SSD), mit dem eine enge Zusammenarbeit besteht; praktisch liegt ein Unterstellungsverhältnis vor. Das KGB kontrolliert die sowjetische und die sowjetzonalen Justiz.

**KINDERGARTEN:** Vorstufe der «Deutschen Demokratischen Schule» für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Ziele: Vorbereitung der Kinder auf die Schule, verstärkte Freistellung der Frauen für den Arbeitsprozess. Verantwortlich für die Errichtung sind die Räte der Gemeinden und Städte bzw. die VEB, für die pädagogische Arbeit das Ministerium für Volksbildung. Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen erfolgt an besonderen Pädagogischen Schulen. Das allgemeine pädagogische Erziehungsziel ist auch für den K. verbindlich. Die K. haben die Aufgabe, die Kinder in einer ihrer Altersstufe entsprechenden Form «im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft zwischen den Völkern» zu erziehen. Man unterscheidet Kommunale, Betriebs- und Erntekindergärten. (-> Vorschulerziehung) Im Jahre 1958 wurden 365 096 Kinder in Kindergärten untergebracht, das sind 44,6 v. H. aller Kinder von 3 bis 6 Jahren. Auf dem Lande wurden 55 350 Kinder in 2833 Erntekindergärten betreut. 1957 gab es 433 konfessionelle K. mit 1555 Erziehern und 25570 Kindern. [612]

**KINDERZEITSCHRIFTEN:** Sämtliche K. der SBZ werden vom Zentralrat der -\* **FDJ** herausgegeben. Sie vermitteln ein Weltbild, das der herrschenden Ideologie entspricht. Sie sind sehr geeignet, eine uniforme Denk- und Auffassungsweise zu verbreiten. Druck, Papier und Aufmachung sind gut. Die «ABC Zeitung» richtet sich an die - Jungen Pioniere und Schüler der 1.-4. Klasse. Die «Rakete» ist für 13- bis 16jährige bestimmt. «Der Pionierleiter» ist das Zentralorgan der Pionierorganisation «ErnstThälmann». «Fröhlichsein und Singen» ist die Zeitschrift für kulturelle Arbeit der Jungen Pioniere und Schüler. «Atze» und «Bummi» sind bunte Bilderzeitschriften für Kinder. Erscheinungsweise der genannten K. monatlich. «Die Trommel», eine illustrierte K., erscheint wöchentlich.

**KINDERZUSCHLAG, STAATLICHER:** Zum Ausgleich der Preiserhöhungen nach der Abschaffung der -> **Lebensmittelkarten** wird ab 1.6.1958 für Kinder mit Wohnsitz in der SBZ und in Ost-Berlin ein K. aus

Mitteln des -> **Staatshaushalts** gezahlt. Er beträgt 20 DM Ost monatlich für Arbeiter, Angestellte, Rentner, Versorgungsempfänger, Produktionsgenossen und Studierende, nur 15 DM Ost indessen für Selbständige. Handwerker, die Handwerkssteuer B entrichten, sowie selbständige Unternehmer und Gewerbetreibende und Angehörige der schaffenden -> **Intelligenz**. Sofern diese Berufsgruppen mehr als 10'000 DM Ost jährlich Einnahmen haben, erhalten sie keinen K. Der K. wird bis zum 15. Lebensjahr gezahlt, bei Schulbesuch bis zum 18. Lebensjahr. K. erhalten ferner Westdeutsche und West-Berliner, die im Sowjetsektor oder in der SBZ arbeiten.

**KINDESWEIHE:** Am ersten Weihnachtstag **1957** wurden in Altenburg drei Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt «in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen». Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische «Liturgie» sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die K. (früher als «sozialistische Namensgebung» bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein «sozialistisches Erziehungsgelöbnis». Der Vollzug der K. wird in das Familienstammbuch eingetragen. (-> **Jugendweihe, Eheweihe, -> Grabweihe**)

**KIRCHENFRAGEN, STAATSSKRETARIAT FÜR:** Organ des Ministerrates; Staatssekretär: **Werner -> Eggerath**; hat die Aufgaben der früher von dem Stellv. des Vors. des Ministerrates **Otto -> Nuschke** (CDU) geleiteten Dienststelle übernommen.

**KIRCHENPOLITIK:** Die Lage der Kirchen in der SBZ wird entscheidend mitbestimmt durch die kirchenpolitische Entwicklung von 40 Jahren in der SU und durch die unterschiedliche Religionspolitik in den Satellitenländern. In den ersten Etappen der rücksichtslosen Kirchenverfolgung von **1917-1939** trat der Bolschewismus als Antikirche mit dem Ausschliesslichkeitsanspruch des -> **Dialektischen Materialismus** auf. Gottlosigkeit wurde aus Grundsatz gefordert. Auslöschung der Kirche war das Ziel. Es kam zwischen **1925** (Gründung des Bundes der Gottlosen) und **1932** zu Massenaustritten. Aber die orthodoxe Kirche überlebte und blieb. Die Sowjetregierung erkannte schon beim Tode des Patriarchen Tychon (25. 3. **1925**), dass ihre Bemühungen um die völlige Ausmerzungen des Christentums vergeblich waren. Sie änderte die Methode, ohne das Ziel aufzugeben, indem sie die Kirche zwang, die Tatsache der Verfolgung formell abzuleugnen und das «Mar-

tyrium der Lüge» dem Leben der Kirche zuliebe auf sich zu nehmen; die Anzahl der Gläubigen jedoch, die ohne Anklage gegen die Kirche das Martyrium der Wahrheit auf sich nahmen, blieb gross genug zur Wachhaltung des Gewissens. Während des Krieges schliesslich wurde die Kirche «anerkannt» und gleichgeschaltet.

In der SBZ war die Ausgangssituation eine wesentlich andere. Es gab im Deutschland von **1945** nicht wie im Russland von **1917** ein Staatsoberhaupt, dem (laut § 64 der alten russischen Verfassung) der Titel «Beschützer der Dogmen des ... Glaubens und Aufseher der Rechtgläubigkeit» zuerkannt war. Die Kirchen in Deutschland hatten schon während des «Dritten Reiches» unter einer christentumsfeindlichen Diktatur leiden müssen. Die SED zog darum für die Bekämpfung der Kirchen ihre Nutz- anwendungen aus den veränderten Methoden in der SU und aus den Erfahrungen in den Satellitenländern, wo Schauprozesse und Liquidierungen das System selber diskreditiert hatten. Die SED-Regierung hoffte, ohne Verzicht auf gelegentliche Schockaktionen, das Kirchenvolk langsam der Kirche entfremden zu können. Erfahrungen in nationalkirchlichen und Spaltungsexperimenten wurden mit Prag und Warschau ausgetauscht. Immer, wenn eine Verschärfung des politischen Kurses in der Zone vorbereitet wurde, ging eine osteuropäische Konferenz «fortschrittlicher Christen» oder eine «Friedens- tagung» mit christlichen Sprechern voraus. -> **Chruschtschows** Mahnung vom 1. 11. **1954**, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die «unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung» zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung, denn hier vollzog sich ja der Hauptkampf in den Schulen, Parteischulen, in Presse und Rundfunk. Die -> **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse** übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z. B. Pawjolkina, «Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit»), die in grossen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches «Weltall, Erde, Mensch» wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der -> **Jugendweihe** veranstaltet. Auch die Volkshochschule wurde in diese «populärwissenschaftlichen» Aufklärungsaktionen einbezogen bei Verminderung der Anzahl der christlichen Dozenten. Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffent-

licher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet. In einem Schreiben des Evangelischen Bischofs von Berlin an die Eltern der Konfirmanden (vom 17. 10. 1955) hiess es: «Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schliessen mit dem Atheismus!» Im Katholischen Amtsblatt (Bischöfl. Ordinariat Berlin) vom 1. 2. 1955 wurde gesagt: «Hier gibt es nur ein Entweder-Oder. Katholischer Glaube und Jugendweihe stehen sich unveröhnlich gegenüber.» Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein. (ADN nennt am 26. 3. 1958 die Zahl von 90'000 Jugendweihlingen.) Gegen die Vorbereitung im Herbst 1957 erfolgten neue Kanzelverlesungen der kathol. Bischöfe am 17. 10. 1957 und des ev. Bischofs Dibelius am 10. 10. 1957. Die scharfen Massnahmen gegen kirchliche Jugendorganisationen (-> **Junge Gemeinde**) und die am 15. 2. 1956 verfügte Behinderung des -> **Religionsunterrichtes** an den Schulen Ost-Berlins (Verbot des Religionsunterrichtes an den Oberschulen) zeigten erneut, wo die Hauptangriffe gegen die Kirchen geführt werden. Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12. 2. 1958 verlangte Massnahmen zur Aufklärung der Eltern über «die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre». Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind: Die Schliessung der ev. Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit «auf den kirchlichen Raum», die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet -> **Schwarze Pumpe, in -> Stalinstadt usw.**, Schliessung kirchl. Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes («Eulenspiegel» Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammlerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis. Der Pressekampf gegen die Synode Ende April 1958, Störtrupp im Stoeckerstift und Einreiseverbot für kathol. und ev. Bischöfe leiteten neue Grossoffensive ein. Vorwand u. a. der Militärseelsorgevertrag. («Neue Zeit» v. 22. 4. 1958: «Unterstützung des Militärseelsorgevertrages ist Staatsverbrechen.») Die Kampfmit-

derung nach dem -> **Juni-Aufstand** ist vergessen.

über langwierige Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates (Grotewohl, Maron, Eggerath) und Vertretern der Ev. Kirche (in Abwesenheit von Propst Grüber) erschien am 21.7.1958 ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die kirchlichen Vertreter erklärten, dass 1. die Kirchen in der «DDR» an den Militärseelsorgevertrag nicht gebunden sind, 2. die Kirchen grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der «DDR» und ihrer Regierung übereinstimmen, 3. die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen, 4. die Christen die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen, 5. die Kirchen den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrecht-erhalten. Die Regierung der «DDR» erklärte: Jeder Bürger geniesst volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Beide Seiten gaben zu erkennen, dass klärende Aussprachen über die Beseitigung etwaiger Missstände in ihren gegenseitigen Beziehungen durchgeführt werden sollen. Trotzdem äusserte der Rat der EKD bereits im Oktober 1958 ernste Sorge über die Behinderung des kirchlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Jugendzerziehung. Zur gleichen Zeit legte Propst -> Grüber sein Amt als Bevollmächtigter der EKD nieder.

Nachdem Grotewohl am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden die atheistische Denkweise von Staats wegen proklamiert hatte, wandte sich Bischof Dibelius in einem Offenen Brief am 20. 4. 1959 an ihn und führte Beschwerde über die Anwendung staatlicher Macht mittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Am 2. 5. 1959 erliess die ev. Kirchenleitung Berlin-Brandenburg eine Notverordnung für den Fall, dass «die bestehende Einheit der Berlin-Brandenburgischen Kirche durch die politische Entwicklung unterbunden» werden sollte. Im Juli 1960 legte Bischof Dibelius den Vorsitz in der kirchlichen Ostkonferenz nieder, der alle Bischöfe der in der SBZ liegenden Teile der Landeskirche angehören.

Am 17.9. 1960 wurde dem Päpstlichen Nuntius für Deutschland, Erzbischof Dr. Bafle, das Betreten des Sowjetsektors von Berlin verwehrt. Als Begründung wurde angegeben: «Da gegenwärtig noch keine Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Regierung der DDR bestehen, ist es nicht mög-

lieh, dass ausgerechnet ein Vertreter des Vatikans bei der Bonner Kriegsregierung in der Hauptstadt der DDR auftritt» («Neues Deutschland» vom 20. 9. 1960). [1, 48, 607]

**KIRCHENSTEUER:** Die Erhebung der K. war im Bereich der SBZ und des Sowjetsektors von Berlin in der Zeit nach dem Zusammenbruch zunächst uneinheitlich. Mit Rundschreiben und internen Regelungen wurde durch übergeordnete staatliche Stellen die Mitwirkung der Finanzbehörden immer mehr eingeschränkt.

Nach einer Erklärung des Ministers der Justiz müssen K. als Beiträge angesehen und behandelt werden. Zwangsbeitreibungen sind nicht mehr möglich. Die Kirchensteuerämter sind auf Schätzungen angewiesen bzw. auf die Einsicht der zu Besteuernden, wahrheitsgemässe Erklärungen abzugeben. Für das laufende Jahr werden die K. im allgemeinen nach dem Einkommen des vorangegangenen Jahres berechnet. (-> Atheismus. -> Kirchenpolitik, -> Steuerwesen) [742, 743]

**KJVD:** Abk. für: Kommunistischer Jugendverband Deutschlands. Parteijugend der -\* KPD. Ging 1920 aus dem linken Flügel der Freien Sozialistischen Jugend der -> USPD hervor, deren Hauptteil sich später «Sozialistische Proletariatsjugend» nannte. Wurde 1933 in den Untergrund gedrängt. Nach 1945 wurde sie, um sie zu tarnen, als angeblich überparteiliche FDJ wiederaufgestellt.

**KLASSE:** Soziales Klassifizierungsprinzip; nach -> Lenin «Menschen- gruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrer Stellung in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und dem Umfang des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen». In der modernen Industriegesellschaft gibt es nach bolschewistischer Auffassung nur zwei Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, daneben noch Gruppen, wie die Vertreter der «kleinen Warenwirtschaft» - Händler, Handwerker, Kleinbauern -, die ebenso wie die «werkstätige -\* Intelligenz» zwischen den Klassen stehen. Während der Bourgeoisie der bedingungslose Kampf des Proletariats gilt, haben die «kleinbürgerlichen» und einzelbäuerlichen Zwischenschichten mehr oder weniger die Chance, als Verbündete des Proletariats im Klassenkampf angenommen zu werden. Neuerdings ist dieses relativ einfache Klassenschema für die «sozialistische» Ge-

sellschaft dadurch ins Wanken geraten, dass man in den Volksdemokratien von einer neu entwickelten «K. der Genossenschaftsbauern» spricht, was seinen Grund in dem Umstand hat, dass hier das Eigentum an den Produktionsmitteln weder dem Staat (sog. -> Volkseigentum) noch dem einzelnen («Individueigentum») zukommt, sondern einem begrenzten Kollektiv. Während Stalin das genossenschaftliche Eigentum noch als ein unzulängliches Provisorium auf dem Weg zum vollen «Volkseigentum» ansah, muss einstweilen offen bleiben, ob hier eine nur taktische und vorübergehende oder aber eine prinzipielle Korrektur vollzogen worden ist. (-> Bündnispolitik, -> Marxismus-Leninismus)

**KLASSENJUSTIZ:** Begriff der «Gesellschaftswissenschaft», wonach die Justiz in der freien Welt ein Mittel der herrschenden Klasse ist, «das schaffende Volk, auszubeuten». «Der Staatsanwalt, nach aussen hin bekleidet mit dem Mantel der ‚Gerechtigkeit‘ und der ‚Unparteilichkeit‘, wird zu einem das Gesetz verachtenden Büttel der herrschenden Minderheit, sobald das Regime bedroht ist, dem er dient» (-> Melsheimer in: «Neue Justiz» 1952, S. 204). Diese K. sieht man jetzt als überwunden an: «Sie ist kein Büttel reaktionärer Machthaber mehr, dazu bestimmt und bereit, der ungeheuren Mehrheit des schaffenden Volkes den Willen der Besitzer der Produktionsmittel aufzuzwingen» («Neue Justiz» 1950, S. 6).

**KLASSENKAMPF:** -> Marxismus-Leninismus, Stalinismus.

**KLASSENKAMPF AUF DEM LANDE:**

Die Folge der unterschiedlichen marxistisch - ideologischen Bewertung des Verhältnisses des Proletariats zur Bauernschaft. Dabei werden die Landarbeiter und bis zu einem gewissen Grade auch die werktätigen -> Bauern als zugehörig, Mittelbauern als immerhin noch «bündnisfähig» angesehen, während die Grossbauern grundsätzlich ausserhalb der «Arbeiter-und-Bauernmacht» stehen und daher mit unterschiedlichen Mitteln (vor allem wirtschaftlicher Benachteiligung) zu Fall gebracht werden sollen. Mit zunehmender Kollektivierung erstreckt sich der K. mehr auf das Verhältnis zwischen Einzel- und -> Genossenschaftsbauern; die umfangreiche staatliche Unterstützung letzterer muss als indirektes Mittel des K. angesehen werden.

**KLEINBAUER:** -> Bauer.

**KLERIKALER MILITARISMUS:** Im Pj. die Sonderform des imperialistischen -\* Kapitalismus, die die Bun-

desrepublik kennzeichnen soll. Diese spezielle Kennzeichnung, die vor allem zwischen der Genfer Konferenz von 1959 und der Pariser Gipfelkonferenz von 1960 vorherrschend war und in diesem Zeitraum zugleich eine Verschiedenheit der politischen Motive der BRD und der USA suggerieren sollte, soll ausdrücken, dass die Bundesregierung, in enger Verbindung mit den übrigen vorwiegend katholischen Parteien und Staaten Westeuropas und stark auf neuhomistische Ideen gestützt, einen «beschränkten Krieg» zur Rückeroberung der deutschen Ostgebiete und der SBZ anstrebe und dabei zugleich mit der Motivation, einen Wall gegen die «atheistischen» Staaten Osteuropas bilden zu müssen die wirtschaftlich-politische Vormachtstellung in Westeuropa erreichen wolle. – Es muss offen bleiben, wie weit die SED-Führung von einer solchen Deutung der Herrschaftswirklichkeit in der Bundesrepublik ernsthaft überzeugt ist bzw. wie weit nur ein taktisches Manöver vorliegt, mit dem auf die westdeutsche Arbeiterschaft, ihre Organisationen und die – vor allem protestantischen und osteuropäischen – ehemaligen Alliierten des 2. Weltkriegs eingewirkt werden sollte.

**KLINGENTHAL:** Kreisstadt im sächsischen Bezirk -> **Chemnitz**, an der Zwota, im westlichen Erzgebirge, mit 15 664 Einwohnern (1959). Bekannt durch seine Musikinstrumentenindustrie.

**KLUB DER INTELLIGENZ:** Die Kdl., deren es 1960 rd. 160 gab, wurden auf Veranlassung des **Deutschen -> Kulturbundes** gegründet und diesem durch einen Beschluss ihres Zentralen Rates vom 14. 9. 1957 auch unterstellt, nachdem sich in ihnen die «Theorie» einer gewissen Unabhängigkeit vom Kulturbund und den «Bestrebungen unseres Staates» entwickelt hatte. Sie sollen die Geistesschaffenden zusammenfassen und «Zentren offener geistiger Auseinandersetzungen der Intelligenz» sein, dies natürlich im Sinne der allgemeinen Orientierung des Kulturbundes. Die Mitgl. werden auf Vorschlag von Hochschulen, Verbänden und Institutionen aufgenommen. – Seit 1958 gibt es **Landklubs der Intelligenz**, die den in den Landkreisen tätigen Intellektuellen eine Gelegenheit geben sollen, «sich mit Arbeitern und Genossenschaftsbauern über wichtige Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung auszusprechen». [508]

**KLUBHÄUSER, BETRIEBLICHE:** Betriebliche -> **Kulturstätten**.

**KLUBRÄUME, BETRIEBLICHE:** Betriebliche -> **Kulturstätten**.

**KOEXISTENZ:** Schlagwort der bolschewistischen Weltpolitik, vom ZK

der KPdSU unter -> **Chruschtschow** zur Kennzeichnung des derzeitigen Bestrebens der bolschewistischen Führung, popularisiert, auf eine Phase des politisch-militärischen Waffenstillstandes mit dem -> **Lager** des Kapitalismus bedacht ist, bei gleichzeitiger Verschärfung des ideologischen und des ökonomischen Konkurrenzkampfes um die Weltmärkte, ohne Preisgabe der grundsätzlichen weltrevolutionären Zielsetzung; das Prinzip der K. wird jedoch zur Kennzeichnung des Verhältnisses beider Teile Deutschlands nur mit der Einschränkung verwandt, dass die sog. «militaristischen» und «neofaschistischen» Elemente in der Herrschaftsordnung der Bundesrepublik zur Durchführung einer K. der beiden Teile Deutschlands beseitigt werden müssten. Unbeschadet dessen wird diese K. allerdings im Interzonenhandel u. a. praktiziert. – Ferner wird ausdrücklich hervorgehoben, dass eine K. der Ideologien grundsätzlich nicht anerkannt wird, sondern für die ideologische Auseinandersetzung vielmehr nach wie vor der erbitterte Meinungskampf Gültigkeit hat (-> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**).

**KOHELENINDUSTRIE:** a) **Steinkohle**.

Die SBZ verfügt gegenüber der Bundesrepublik nur über geringe Steinkohlevorkommen. Die erschlossenen und gewinnbaren Vorräte betragen nur noch etwa 37 Mill. t. Bei dem bisherigen Abbauumfang reichen die Vorräte noch für etwa 8 Jahre aus.

Der erste -> **Fünfjahrplan** sah eine Fördersteigerung bei St. auf jährlich 3,8 Mill. t vor. Dieses Ziel war nicht erreichbar. Tatsächlich sind 1955 nur 2,6 Mill. und bis 1959 jährlich rd. 2,8 Mill. t gefördert worden.

Diese Eigenförderung der SBZ deckt nicht einmal ein Drittel des Bedarfs. Zur Versorgung der Industriebetriebe, die nicht auf Braunkohle ausweichen können (z. B. Eisen- und Stahlwerke, Werke des Baustoff- und der chemischen Industrie, ferner die Gaswerke), sind deshalb Einfuhren an Steinkohle oder Steinkohlenkoks erforderlich. In den letzten Jahren wurden jährlich etwa 8 bis 9 Mill. t importiert. Zur Verminderung der Einfuhrabhängigkeit bei Steinkohlenkoks für metallurgische Zwecke wurde in Lauchhammer bei Riesa eine Grosskokerei errichtet, in der nach neuartigem Verfahren Braunkohlenhartkoks erzeugt wird. Dieser Hartkoks ist jedoch bisher nur als Beimischung zu Steinkohlenkoks verwendbar. Die Versuche zur Verbesserung dieses Hartkoks sind noch nicht abgeschlossen. Im -> **Siebenjahrplan** wird Steinkohle nicht als Planposition erwähnt;

wahrscheinlich will man vermeiden, offen zuzugeben, dass die Förderung naturbedingt absinkt. – Im Steinkohlenbergbau der SBZ ereignete sich im Februar 1960 eines der schwersten Grubenunglücke, wobei 151 Bergleute den Tod fanden. Westliche Fachleute erklärten nach Veröffentlichung sowjetzonaler Berichte, dass als Ursache mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Vernachlässigung der bergbaulichen Sicherheitsmassnahmen durch die Behörden anzunehmen sei (**Oberste -> Bergbaubehörde**).

**b) Braunkohle.** Das Gebiet der SBZ ist verhältnismässig reich an Braunkohlenvorkommen. Die erschliessbaren Vorräte werden auf 24 Milliarden t geschätzt, davon im Tagebau abbaubar 22 Milliarden t. 1958 entfielen zwei Drittel der deutschen Braunkohlenförderung auf das Gebiet der SBZ, 1959 etwas mehr als die Hälfte. – Nach dem Einmarsch der Sowjetarmee begannen umfangreiche Demontagen (-> **Reparationen**). Sie betragen im Braunkohlenbergbau annähernd 40 v. H., in den Brikketfabriken etwa 37 v. H. der Erzeugungskapazitäten. Der Wiederaufbau ging trotz grösster Materialschwierigkeiten verhältnismässig rasch vonstatten:

Jahr	Braunkohlenförderung in Millionen	Brikket-erzeugung in Millionen Tonnen
1950	137,0	37,6
1955	200,6	50,9
1958	214,7	53,9
1959	214,8	54,0

Das Ansteigen der Förderung ist wesentlich auch auf die Einführung der Sonntagsarbeit im Bergbau zurückzuführen. Der Bergmann hat nun an jedem 5. Sonntag frei.

Trotz beträchtlicher Braunkohlenförderung war das Gebiet der SBZ bereits vor 1945 Kohlenzuschussgebiet. Nach dem Zusammenbruch und der Spaltung Deutschlands erhöhte sich der Zuschussbedarf. In der SBZ müssen 90 v. H. der Elektroenergie mangels anderer Primärenergieträger aus Braunkohle erzeugt werden. Für viele Industriezweige ist Braunkohle unentbehrlicher Rohstoff. Da Steinkohlenzufuhren wegfielen, mussten Industrie und Reichsbahn sich weitgehend auf Braunkohle umstellen. Braunkohle gehört aber auch zu den attraktivsten Ausfuhrgütern der SBZ. Die Bundesrepublik und Westberlin beziehen im -\* **Interzonenhandel** beträchtliche Mengen. Braunkohle ist in der SBZ noch immer streng bewirtschaftet. An letzter Stelle in der Rangfolge der Belieferung steht der Bevölkerungsbedarf, der zu einem erheblichen Teil mit Braunkohlenabfällen und Torf nur unzulänglich gedeckt wird.

- Von sowjetzonalen Fachleuten wurde erklärt, dass die Entwicklung in der Kohlenindustrie der allgemeinen Bedarfssteigerung in der Industrie nicht zu folgen vermag. Die Energielücke vergrössert sich ständig (-\* **Energiewirtschaft**). Es sei deshalb erforderlich, die Ausnutzung der -> **Atomenergie** in die Wege zu leiten. Bis Ende 1970 sollen neue Atomkraftwerke einen Teil der herkömmlichen Kraftwerke ersetzt haben. – Die Braunkohlenförderung wird indes auch im Siebenjahrplan forciert. Bis 1965 ist gegenüber 1958 eine Fördersteigerung um 25 v. H. geplant.<sup>1</sup>

**KOLCHOS:** (russ.) Sammelbezeichnung für verseh. Formen in der sowjetischen Landwirtschaft, entstanden durch die -> **Kollektivierung**. Zusammenschluss mehrerer Höfe oder gar Gemeinden zum Zwecke gemeinsamer Bestellunas-, Ernte- und Druscharbeit (Bodenbearbeitungsgenossenschaft), unter Aufgabe des über den Eigenbedarf hinausgehenden Privatbesitzes an Boden und Inventar (Artel) und im letzten Stadium auch unter Aufgabe jeder privaten Sphäre zugunsten einer Konsumtions- und Lebensgemeinschaft aller Mitglieder (Kommune). Die Artel-Form des K. ist in der SU gegenwärtig noch am stärksten verbreitet. Grosse Ähnlichkeit mit dieser Form hat die LPG in der SBZ vom Typ III. Der andere Teil der «sozialistischen landwirtschaftlichen Grossbetriebe» in der SU ist der -> **Sowchos**.<sup>175]</sup>

**KOLLEGIEN:** Nach Sowjet. Vorbild legte eine VO vom 17. 7. 1952 die Bildung von K. in den Ministerien und Staatssekretariaten der SBZ-Regierung fest. Den K. gehören an: der Minister bzw. Staatssekretär, die Leiter der Hauptabteilungen bzw. Hauptverwaltungen, ferner «besonders qualifizierte Mitarbeiter und in Einzelfällen hervorragende Wissenschaftler und Techniker». Jedes Mitgl. eines K. muss vom Vors. des Ministerrates bestätigt werden. Die K. sind «beratende Organe», können aber auch Beschlüsse über Entwicklungs- und Perspektivpläne, Neuerungsmethoden, Struktur- und Arbeitsverteilung, Verwaltungsarbeit fassen. Da in der Regel an den Sitzungen der K. die zuständigen Mitarbeiter des ZK-Apparates und der Parteisekretär des Ministeriums bzw. Staatssekretariats teilnehmen, stellen die K. in erster Linie ein Instrument der Kontrolle des -> **Staatsapparates** durch den Parteiapparat dar.

**KOLLEKTIV:** Im Pj. eine Gruppe, die , durch ein gemeinsames, sozialistisches Bewusstsein geeint ist und ge-

meinsam arbeitet und handelt. Eine wesentliche Aufgabe des K. ist die -> **gesellschaftliche Erziehung**, die Erziehung im Kollektiv durch das Kollektiv, um das gemeinsame Bewusstsein immer mehr anwachsen zu lassen unter Auslöschung jeder individuellen Regung. Ein Arbeits-K. ist eine aus mehreren, jederzeit beliebig auswechselbaren Teilen bestehende technische Einheit innerhalb des Mechanismus des Betriebes zur Durchführung einer bestimmten Produktionsaufgabe. Ein «wissenschaftliches K.» besteht aus Gelehrten verschiedener Fachgebiete mit dem Ziel der Verbesserung der Bearbeitung von Materialien, Entwicklung neuer Maschinen usw. Ein «Gewerkschafts-K.» setzt sich aus den Abteilungsgewerkschaftsleitungen, den Gewerkschaftsorganisationen, den Kommissionen der einzelnen Sachgebiete u. a. zusammen. Auch Betriebsbelegschaften sind K., weiter rechnen -> **Brigaden**, Zirkel u. a. dazu. Anlern-K. und Lern-K. werden zur gemeinsamen Lösung von Schulaufgaben in wachsendem Umfang gebildet. (-> **Kollektive Führung**)

**KOLLEKTIVE FÜHRUNG:** Pj., seit 1953 hervorgehobenes Prinzip, demzufolge Beschlüsse von parteilichen bzw. staatlichen Gremien auf Grund reiflicher gemeinsamer Beratung zu fassen sind. Gegensatz: die selbstherrliche Entscheidung einzelner (-> **Personenkult**). **KF.** schliesst nicht die Verantwortlichkeit der einzelnen, insbesondere in der Durchführung der Beschlüsse, aus. Sie gilt nicht für die betriebliche Organisationsstruktur und lässt den «demokratischen Zentralismus» unangestastet. Hinsichtlich der Praxis ist allerdings festzustellen, dass es sehr fraglich ist, wie weit auf oberster Ebene heute noch von KF. die Rede sein kann und ob nicht mit der Ausbootung Berfas, der Malenkow- und Molotow-Gruppen sowie Bulgans auch Chruschtschow wieder weitgehend zum Prinzip der Ein-Mann-Führung übergegangen ist. Ebenso lässt die seit 1957 ständig angewachsene Heraushebung Ulbrichts die Frage berechtigt erscheinen, ob nicht auch in der obersten Führung der SBZ Ein-Mann-Herrschaft und Personenkult neu erstanden sind.

**KOLLEKTIVERZIEHUNG;** Erziehung im Kollektiv - durch das Kollektiv. Bewusster Einbu von Jugendgruppen in das -> **Erziehungswesen**. Die Erziehung zur Kollektivität zielt auf die Entwicklung jener Überzeugungen, Fähigkeiten und Gewohnheiten, die für die Integration einer kommun.-totalitären Gesellschaft unabdingbar sind. Beispiele: Die

Bereitschaft, die persönlichen Ziele denen des grossen Kollektivs unterzuordnen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, als Mitglied des Kollektivs aufzutreten und bewusste Disziplin zu üben. (-> **Jugendwerkhöfe**, -> **Kollektiv**)

**KOLLEKTIVIERUNG:** Ein dialektischer Prozess mit dem Endziel der Vergesellschaftung von Verbrauchsgütern und Erzeugungsmitteln in sozialistischen Gemeinwirtschaften (-> **Wirtschaftssystem**) und der Absicht, einen «neuen» Menschen zu schaffen. K. bedeutet die -> **«sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft»** mit dem Ziel, Agrarkommunen zu bilden. In der SU hat sich diese Entwicklung durch folgende Stadien hindurchbewegt: 1917/21: Enteignung und Verstaatlichung von Grund und Boden; Landaufteilung unter das Bauernproletariat; chaotische Zustände verursachten Hungersnot.

1921/28: «Atempause» durch die «Neue ökonomische Politik» (NeP), die den Einzelbauern und ihrer Privatinitiative weitgehenden Spielraum liess. Nach 1928: Zwangs-K. und Einzelbauernvertreibung; ausschliessliche Bildung von -> **Sowchosen** und -> **Kolchosen**. In den letzten Jahren strebt die sowj. Agrarpolitik an., viele kleine in wenige grosse Kolchosen (-> **Agrostädte**) zusammenzulegen und die individuelle Hauswirtschaft der Kolchosmitglieder zu beschränken. Eine ähnliche, zeitlich verkürzte Entwicklung wie in der SU ist nach 1945 in den Satelliten-Staaten, also auch in der SBZ, zu beobachten.

Zwischen den **LPG** vom Typ III und den Kolchosen besteht kein prinzipieller Unterschied. Die K. erstreckt sich auch auf andere Wirtschaftszweige. (-> **Handwerk**, -> **Landwirtschaft**) [755,785]

**KOMBINAT:** Nach sowj. Vorbild in der SBZ eingeführter Pj. für die organisatorische Zusammenfassung von Produktions- oder Versorgungsbetrieben. Die Anwendung ist nicht einheitlich. Es gibt K. sowohl bei Betriebszusammenschlüssen gleicher Produktionsstufe als auch solche mit vertikaler Zusammensetzung. Auch Einzelbetriebe werden oft als Kombinate bezeichnet, z. B. das Roheisen-Hüttenwerk «Eisenhüttenkombinat Ost» (EKO) in Fürstenberg/Oder und das Grosschemiewerk «Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld» (EKB).

**KOMINFORM:** Abk. für Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien. Gegründet im Frühjahr 1947 als Nachfolgeorganisation der -> **Komintern** zum Zweck des Erfahrungsaustausches und vor allem der Koordinierung der wichtigsten kommun. Parteien sowie ihrer Kontrolle durch die -> **KPDSU**.

Mitglieder des K. waren: KPdSU, KP Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Polens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Italiens und bis 1948 Jugoslawiens. Die KP Albanien und die -> SED gehörten noch nicht zum K., waren jedoch durch «Beobachter» vertreten. Die KP Jugoslawiens wurde infolge des Bruches Moskaus mit Tito ausgeschlossen. Das K. wurde von den Vertretern der KPdSU beherrscht. Sein Sitz war in Bukarest unter der Leitung von Suslow (KPdSU).

Am 17. 4. 1956 wurde das K. auf Veranlassung der KPdSU aufgelöst. Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn fand vom 14. 11. bis 16. 11. 1957 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der russ. Okt.-Revolution eine Zusammenkunft von Vertretern aller komm. Parteien in Moskau statt. In einer Erklärung aller komm. Parteien der Ostblockstaaten, einschl. der KP Chinas, Koreas, Vietnams, der Mongolei und der SED, wurde erneut eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Auf Vorschlag Mao Tse Tung bekannnten sich die Teilnehmer bis auf die Vertreter der KP Polens und Ungarns zur «führenden Rolle der KPdSU». [107]

**KOMINTERN:** Abk. für Kommunistische (III.) Internationale. Durch Lenins Initiative erfolgte im März 1919 der Zusammenschluss der kommunist. Parteien Europas und Amerikas (1. Weltkongress der K.). Die K. rief das internationale Proletariat zur Errichtung der Sowjetmacht in allen Ländern auf. Nach dem Tode Lenins nahm die Bolschewisierung der K. ständig zu. Die K. wurde unter Stalin der Generalstab der Weltrevolution. Sie steigerte sich zu der Forderung an alle Sektionen, sich dem Führungsanspruch der -> KPdSU zu unterwerfen, und schaltete systematisch alle Stalin-Gegner aus dem Exekutivkomitee aus. Der letzte (VII.) Weltkongress der K. fand 1935 statt. 1943 wurde die K. im Interesse des Bündnisses der SU mit den Westmächten aufgelöst. Die K. hat mit ihren Terrormethoden auch gegenüber unliebsam gewordenen eigenen Funktionären der Sache des internationalen Sozialismus schwer geschadet und indirekt dem Nationalsozialismus und Faschismus Vorschub geleistet. (-> **Kominform**) [108]

**KOMITEE DER ANTI-FASCHISTISCHEN WIDERSTANDSKÄMPFER:** Nachfolgeorganisation der am 21.2. 1953 aufgelösten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (**VVN**), die am 23. 2. 1947 zur Vertretung der Interessen der Verfolgten des Naziregimes, zur Durchsetzung einer gerechten Wiedergutmachung und zur Verhinderung neuer totalitärer Herrschaft gegründet worden war. Die VVN geriet bald in das

Fahrwasser der -> **SED**. Im Sommer 1950 schieden zahlreiche nichtkommunist. Nazigeegner aus der VVN aus. Seitdem war sie Hilfsorganisation der SED.

Im März 1958 erklärte der Vorstand des KdAW, offiziell: «Den Ehrentitel 'Widerstandskämpfer' verdient nur, wer auch heute die Führung der Partei der Arbeiterklasse (der SED) anerkennt, die Einheit der Partei schützt und leidenschaftlich verteidigt und alles tut für den Aufbau des Sozialismus.»

#### **KOMITEE FÜR ARBEIT UND LOHNE:**

Nach Auflösung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung im März 1958 - nach sowjetischem Muster - beim -> **Ministerrat** der SBZ gebildete zentrale Institution, deren Aufgabe es ist, «durch Massnahmen zur Sicherung eines raschen Wachstums der Arbeitsproduktivität beizutragen». Praktisch sind fast alle Zuständigkeiten des aufgelösten Ministeriums auf das neue KfAuL. übergegangen. Es ist zuständig für die Entwicklung des Lohnsystems, für Arbeitsnormen und alle Arbeitskräftefragen einschliessl. der Nachwuchslenkung. Lediglich die Fragen der Berufsausbildung wurden dem Ministerium für Volksbildung übertragen. Das KfAuL. setzt sich aus leitenden Staatsfunktionären und Vertretern der Gewerkschaften zusammen. Seine Mitglieder werden vom Ministerpräsidenten ernannt. Der Leiter des K. ist Mitglied der **Staatlichen -> Plankommission**.

**KOMMISSIONEN:** In nichtkommun. Staaten sind K. Fachausschüsse oder öffentliche Stellen, die zeitlich oder fachlich begrenzte Sonderaufgaben erfüllen sollen. Derart gibt es in der SBZ nichtständige, von Fall zu Fall für bestimmte Überprüfungen und Umgestaltungen gebildete K. in Verwaltung und Wirtschaft und im Bereich der «Volksvertretungen» und Parteien usw., bes. der SED.

Daneben aber tragen die Bezeichnung K. auch noch solche Gebilde, die ständig nicht nur beratend arbeiten: höchste Parteiorgane der -> **SED**, ordentliche Behörden und ständige Ausschüsse der sog. «örtlichen Volksvertretungen». So gibt es: die Zentrale Parteikontrollkommission (-> ZPKK) der SED; die Zentrale Revisions - Kommission (ZRK) der SED. Zu ihnen gehören mittelbar auch die «ständigen Kommissionen beim Politbüro», die z. T. nicht ganz aus Funktionären, sondern aus linientreuen Fachleuten bestehen. Die von der SED seit Mitte 1960 organisierten «K. für Parteikontrolle» dienen der ökonomischen Betriebsüberwachung, der Antreibung der Arbeitenden.



In Regierung und Staatsapparat gibt es ebenso ständige Stellen, die als K. bezeichnet werden: die **Staatliche -> Plankommission**; die «Plankommissionen der Kreise\* (die entsprechenden, ihnen übergeordneten Stellen auf der Bezirks-ebene heißen dagegen «Wirtschaftsräte der Bezirke»). Die «Zentrale Vorratskommission\* untersteht der Abt. Grundstoffindustrie der «Staatlichen Plankommission\*. Bei der «Staatlichen Plankommission\* gibt es z. B. die «Zentrale Kommission für das Energieprogramm\* und die «Staatliche Geologische Kommission\*»; formell unabhängig von ihr ist dagegen die «Regierungskommission für Preise\*. — Eine unmittelbar neben dem Ministerpräsidenten stehende hohe Regierungsstelle ist die «Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle\* (ZKSK1. — Die örtlichen Räte (d.h. Verwaltungen der Stadtkreise, Stadtbezirke, kreisangehörigen Städte und Gemeinden) sind befugt, «Verwaltungskommissionen\* zu bilden, die lt. §34 des «Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht\* vom 17. 1. 1957 (GBl. I, S. 65) «den Rat bei der Lösung einzelner Aufgaben unterstützen und beraten». Sämtliche «örtlichen Volksvertretungen», d. h. Bezirkstage, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Stadtbezirksversammlungen haben Ständige K. (Ihnen entsprechen die «Ständigen Ausschüsse\* der -> **Volkskammer**.) Im März 1959 beschloss der -> **Ministerrat** die Gründung von «Gemeinsamen K.» bei den Räten der Bezirke, -> Kreise und Städte. Sie bestehen aus Behördenvertretern und den «in der Nationalen Front vereinten gesellschaftlichen Organisationen mit dem Zweck, die Republik politisch und ökonomisch zu stärken\*. Ihr nächstes Ziel war, propagandistisch dafür zu wirken, dass bis zum 10. Jahrestag der «DDR\* am 7. 10. 1959 der Volkswirtschafts-Jahresplan zu 80 v. H. erfüllt wird. Die «Gemeinsamen K.\* sollten zu diesem Zweck Wettbewerbe organisieren und lenken. (-> **Produktionspropaganda, -> Regierung und Verwaltung**)

**KOMMISSIONSVERTRÄGE:** Um den privaten Einzelhandel in engste Abhängigkeit zum staatlichen -> **Handel** zu bringen, wurde seit Mitte 1956 verstärkt der Abschluss von K. gefordert. Ende 1956 waren es erst 45 Verkaufsstellen, Ende 1957 jedoch bereits 1568 und Ende 1958 9141. Bis Mitte 1959 stieg diese Zahl auf 11 884. Einzelhändler, die mit einem staatlichen -> **Grosshandelskontor** einen K. abgeschlossen haben, verpflichten sich, keine Geschäfte mehr auf eigene Rechnung durchzuführen; lediglich der

zu diesem Zeitpunkt vorhandene Warenbestand darf noch veräußert werden. Durch die K. wird dem Einzelhändler eine versorgungsmässige Gleichstellung mit dem staatlichen Einzelhandel geboten. Der Kommissionshändler erhält einen Durchschnittsprovisionssatz, aus dem alle variablen Betriebskosten, das sind hauptsächlich Löhne und Gehälter, bestritten werden müssen. Kosten für Miete, Licht, Abschreibungen usw. übernimmt das Staatliche Grosshandelskontor.

Für die übernommene Kommissionware hat der Einzelhändler eine Kautions von 50 v. H. des Warenwertes zu stellen, die sich auf 33/3 v. H. ermässigt, wenn sie in Form eines Speiguthabens hinterlegt wird. Die Ware bleibt bis zum Verkauf Eigentum des Staatl. Grosshandelskontors. Durch diese Verträge wird der bisher selbständige Händler praktisch Angestellter des staatlichen Grosshandels. Als Kommissionshändler ist er nicht mehr einkommen-, sondern lohnsteuerpflichtig.

Seit Mitte 1957 können auch private Gaststätten, Buchhändler und Kohlenhändler K. abschliessen. Neuerdings schalten sich neben dem staatl. Grosshandel bei K. verstärkt **HO** und -> **Konsumgenossenschaft** als Vertragspartner ein. Insgesamt wurden bis Ende 1959 13 721 Kommissionverträge abgeschlossen. Davon entfallen auf Nahrungs- und Genussmittelverkaufsstellen 4376, auf Gaststätten 5576, auf Gemischtwarenverkaufsstellen 646 und auf Industriewarenverkaufsstellen 3123. [713]

**KOMMUNALWIRTSCHAFTLICHE UNTERNEHMEN (KWU):** Bis Ende 1950 übliche Organisationsform der kommunalen Versorgungsvetriebe (einschl. der Bauhöfe). Seitdem sind solche Betriebe als -> **VEB** mit eigener Rechnungsführung den Räten der kreisfreien Städte und der Gemeinden unterstellt (-> **örtliche Wirtschaft**)

**KOMMUNISMUS:** -> **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus, -> Bolschewismus, -> Vollendung des Sozialismus.**

**KOMPASS:** Aktivierungs-Verfahren für FDJ und die übrige Jugend. Der ZR der FDJ setzte Mitte Juli 1958 den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden das Ziel, sich einen K. zu schaffen, der zuerst alle Verpflichtungen zur Auswertung des V. Parteitages der -> **SED** (Juli 1959) enthielt. Der K. zeigt auf längere Sicht zunächst «auf die Marschrichtungszahl 60», auf das Endjahr des 2. Fünfjahresplanes. Unmittelbar wies er auf den 30. 12. 1958, den 40. Jahrestag der Gründung der -> **KPD**. Die K.-Verpflich-

tungen, die für 1959 gelten, sind ein Teil des -> **Jugendförderungsplanes 1959**.

Jeder K. enthält Verpflichtungen 1. zur Produktionssteigerung, 2. zur politisch-ideologischen und 3. zur kulturellen und sportlichen Erziehung. Er soll -> «Wettbewerb der FDJ-Grundeinheiten untereinander» anregen. Durchführung wird örtlich und allgemein scharf überwacht. - Hilfe des -> **FDGB** soll .die gesamte Arbeiterjugend\* und nicht nur FDJ in die K.-Verpflichtung einbeziehen. - Am 20. 8. 1958 beriet die **Staatliche -> Plankommission** den K. und beschloss eine enge Zusammenarbeit zwischen Staatsapparat und FDJ. Sie forderte alle Staatsfunktionäre dazu auf, aktiven Einfluss auf die sozialistische Erziehung der Jugend noch enger an den Staatskapitalismus gebunden.) - Der K. wurde am 1. 9. 1958 auf die Hoch- und Fachschulen ausgedehnt unter Hervorhebung der wissenschaftlich-fachlichen Hebung. Dabei wurde auch .persönlicher K.\* gefordert.

#### **KOMPENSATIONSABKOMMEN:**

Durch K. soll auf international-privatrechtlicher Grundlage der -> **Aussenhandel** ermöglicht werden. Als Vertragspartner treten im westlichen Ausland Wirtschaftsorganisationen, eine autorisierte Leitfirma oder Einzelfirma und in der SBZ die **Kammer für -> Aussenhandel** auf, während die VEH -> **DIA** Kompensation, die sich seit August 1957 in Liquidation befindet, mehr oder weniger nur noch bei der Durchführung und Abwicklung der K. überwachend mitwirkte. Es wird unterschieden zwischen Globalabkommen, Globalkompensationsverträgen, Rahmenkompensationsverträgen, Einzelkompensationen. Gemeinsam haben die verschiedenen Arten von K., dass in ihnen Export und Import gekoppelt sind.

**KOMPLEXBRIGADE:** Ein Komplex im Sinne des Pj.-Begriffs K. ist die Summe der Faktoren, die bei der Herstellung eines Werkstückes Zusammenwirken müssen.

Aus der Erfahrung heraus, dass in der -> **Aktivistenbewegung** bisher immer wieder einzelne Arbeitsgänge unter Ausserachtlassung und zum Schaden anderer Produktionsfaktoren in sinnloser Weise forciert wurden, fasste man alle an der Fertigung eines Werkstückes Beteiligten zu sog. K. zusammen. Die ersten K. entwickelte in der SU der Schnelldreher und Stalinpreisträger **Pawel Bykow**. Sie bestehen aus einem Ingenieur, einem Technologen bzw. -> **TAN**-Bearbeiter, einem Meister und aus Facharbeitern oder aus Vertretern

aller Abteilungen eines Betriebes vom Einkauf bis zum Versand. Die K. sucht also, durch sachgemässe Übereinstimmung aller Produktionsfaktoren - Konstruktion, Rohstoffauswahl, Fertigungsmethode u. a. - Fehlleistungen zu verhüten.

#### **(-> Brigaden)**

**KOMPLEXE MECHANISIERUNG:** Ausdrück für die neue Form landtechnischer Betreuung der -> **LPG** durch die -> **MTS**. Die Traktoren- und Feldbaubrigaden, wobei auch die Traktoristen Mitglieder der LPG sein sollen, werden in -> **Komplexbrigaden** aufgeteilt und verrichten unter LPG-Leitung ganze «Arbeitskomplexe», z. B. von der Getreideaussaat über die Pflege, Ernte und Drusch bis zur Aussaat der Zwischenfrüchte im «Fliessystem». (-> **Schönebecker Methode, -> Brigaden der LPG**) [755]

**KOMPLEXE PLANUNG:** Seit dem 5. Parteitag der SED (Juli 1958) verwendeter Begriff des Pj., der die -> **Planung** der Volkswirtschaft, der Industriezweige und der Betriebe «als eine Einheit des Produktions-, Arbeitskräfte-, Finanz-, Entwicklungs- und Absatzplans» meint. Es überrascht, dass nach zehn Jahren staatlicher Planwirtschaft die Notwendigkeit erkannt wurde, alle die genannten Planteile aufeinander abzustimmen. Offensichtlich bestand also vorher keine ausreichende Koordinierung der Planteile.

#### **KOMPONISTEN UND MUSIKWISSENSCHAFTLER, VERBAND DEUTSCHER:**

Zonenorganisation der Musiker; sie gehörte seit ihrer Gründung im April 1951 dem -> **Kulturbund** an, wurde 1952 herausgelöst und selbständig gemacht. Präsident ist der Komponist **Ottmar -> Gerster (SED)**, Generalsekretär Prof. Natan Notowicz (SED). Seit 1956 untersteht dem Verband die Internationale Musikleihbibliothek. Zeitschrift: «Musik un<sup>^</sup> Gesellschaft».

**KOMSOMOL:** Abk. für Kommunistischesj sojus molodeschi (Kommunistischer Jugendverband), im Oktober 1918 gegründete Jugendorganisation der 14-26jährigen in der SU. Soll den Nachwuchs für die -> **KPdSU** entwickeln und einen ausreichenden Funktionärnachwuchs sowie die vormilitärische Ausbildung der Jugend sicherstellen. Vorstufe des K. ist die Organisation der Jungen Pioniere (9-14jährige), gegründet im Oktober 1922, mit heute über 13 Millionen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl wurde im Oktober 1958 offiziell mit 18 Millionen angegeben. Der K. ist das Vorbild der -> **FDJ**.

**KOENEN, BERNHARD:** \* 17. 2. 1889 in Hamburg, Elektroschlosser, 1907 SPD, 1917 -> **USPD**, 1920 -> **KPD**,

1923 Mitgl. des Parteivorstandes der KPD, 1929 preuss. Landtagsabgeordneter, 1933 verhaftet, 1935 in die SU emigriert, 1936 im Zuge der Säuberungen dort zweimal verhaftet, während des Krieges Lehrer der deutschen Gruppe an der Kominternschule, Mitbegründer des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1946 1. SED-Landesvors. in Sachsen-Anhalt, 1953 Chef der Diplomatischen Mission, später Botschafter in der CSR. Seit Mai 1958 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle. Seit 1946 ununterbrochen Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des -> **ZK** der -> **SED**, vom 7. 10. 1949 bis Oktober 1954 und wieder von November 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Seit dem 12. 9. 1960 Mitgl. des -> **Staatsrates**. Bruder von **Wilhelm -> Koenen**.

**KOENEN, WILHELM:** \* 7. 4. 1886 in Hamburg, Volksschule, kaufm. Angestellter. 1903 SPD, bis 1917 Redakteur verschied. SPD-Zeitungen, 1917 -> **USPD**, 1920 KPD, Mitorganisator der mitteleuropäischen Aufstände, Mitglied des ZK der -> **KPD**, M.d.R., Redakteur der «Roten Fahne». 1933 Emigration über Prag, Paris nach England. 1945 Rückkehr nach Deutschland, KPD- bzw. SED-Landesvorsitzender in Sachsen, 1949 Vors. des Sekretariats des «Deutschen Volksrates», ab 7. 1. 1950 bis Febr. 1953 Vors. des Büros des Präsidiums des Nationalrats der -> **Nationalen Front**. Seit 7. 10. 1949 Leiter des Sekretariats der Volks- und Länderkammer, sowie Abg. der -> **Volkskammer**, seit 25. 6. 1955 auch Vors. der Interparlamentarischen Gruppe der «DDR». Seit 1946. ununterbrochen Mitgl. des Parteivorstandes bzw. -> **ZK** der -> **SED**, im Mai 1953 Parteirüge «wegen mangelnder politischer Wachsamkeit». Bruder von **Bernhard -> Koenen**.

**KONFESSIONEN:** über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung er SBZ sind die letzten offiziellen Zahlen auf Grund der Volkszählung vom 31. 8. 1950 veröffentlicht worden. Danach belief sich die Zahl der Evangelischen auf 14 802 217, der Katholiken auf 2 021 260, der Israeliten auf 3319. Ohne Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft waren 1,4 Mill. Personen.

**KONFLIKTKOMMISSION:** Seit 1953 bestehen in den Betrieben und Verwaltungen mit mehr als 200 Beschäftigten obligatorisch, in den mit 20-200 Beschäftigten fakultativ, K. Sie hatten ursprünglich nur die Aufgabe, Arbeitsstreitigkeiten im Betriebe zu entscheiden. Sie setzten sich aus Mitgliedern zusammen, von denen je zwei von der Betriebsleitung und der -> **BGL** bestellt wurden. Ihre Beschlüsse mussten einstimmig gefasst werden. Kam ein

Beschluss nicht zustande, konnte das -> **Arbeitsgericht** angerufen werden. Eine unmittelbare Anrufung des Arbeitsgerichtes war ausgeschlossen, wenn eine K. in einem Betrieb bestand. Entscheidungen der K. konnten dagegen vor dem Arbeitsgericht angefochten werden. - Auf dem 4. Plenum des -> **ZK** der -> **SED** forderte -> **Ulbricht** auf, den K. grössere Verantwortung und grössere Rechte zu übertragen. Ohne gesetzliche Grundlage wurden daraufhin in vielen Betrieben erweiterte K. gebildet, die sich mit Verstössen gegen die **sozialistische** -> **Arbeitsmoral**, gegen die -> **Arbeitsdisziplin** und mit kleineren kriminellen Delikten, die mit dem Betrieb in Zusammenhang standen, befassten. Durch eine VO vom 28. 4. 1960 (GBl. I, S. 347) wurde sodann eine Richtlinie, die zwischen dem -> **FDGB** und der **Staatlichen** -> **Plankommission** vereinbart war, bestätigt, gleichzeitig wurde die VO vom 30. 4. 1953 (GBl. I S. 695) aufgehoben. In die Zuständigkeit der K. fällt nunmehr die Entscheidung über Verstösse gegen die **sozialistische** -> **Moral** und die **Arbeitsdisziplin**. Sie behandelt ferner Einsprüche gegen -> **Disziplinar-massnahmen** der Betriebsleitung, Streitfälle mit der Sozialversicherung über kurzfristige Barleistungen (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) und mit der -> **Kasse der gegenseitigen Hilfe**. **Wie** bisher, entscheidet sie über Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb. Ferner hat die K. über strafbare Handlungen zu entscheiden, soweit diese wegen ihres geringen Grades der Gesellschaftsgefährlichkeit nicht vor den Strafgerichten zu verhandeln sind (geringfügige Fälle von Diebstahl, Betrug, Unterschlagung zum Nachteil gesellschaftlichen Eigentums, Sachbeschädigung, leichte Körperverletzung, Beleidigung), unter der Voraussetzung, dass sie sich im Betrieb abspielten. Die K. kann nur Erziehungs-massnahmen auferlegen, jedoch keine fristlosen Entlassungen anordnen oder Geld- oder Freiheitsstrafen verhängen. Die K. werden von der Belegschaft gewählt. Sie können jetzt auch in -> **halbstaatlichen Betrieben** errichtet werden. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre und soll mit den Gewerkschaftswahlen koordiniert werden. Die K. sollen eine Stärke von fünf bis elf Mitgl. je nach der Grösse und der Struktur des Betriebes haben. Die Beratungen der K. sind öffentlich und sollen im grossen Kreis stattfinden. Auf jeden Fall sollen die Angehörigen des -> **Kollektivs** teilnehmen, die mit dem betreffenden Wertätigen zusammenarbeiten. Jeder Betriebsangehörige ist berechtigt, vor der K. seine Auffassung darzulegen. Im

übrigen wird die Verhandlung völlig formlos geführt. Sie findet ausserhalb der Arbeitszeit statt. Für die Entscheidung genügt jetzt eine Zweidrittelmehrheit. Beschlüsse in Arbeitsstreitigkeiten können weiter beim Kreisarbeitsgericht angefochten werden. Das gleiche gilt für Streitigkeiten mit der Kasse der gegenseitigen Hilfe. Beschlüsse in Sozialversicherungssachen können bei der **\* Kreisbeschwerdekommission**, Beschlüsse auf Erziehungsmassnahmen können nur bei der BGL angefochten werden.

**KONFÖDERATION:** Bezeichnung für ein föderativ gegliedertes Staatswesen, das durch vertraglichen Zusammenschluss zweier oder mehrerer Staaten zustande gekommen ist. Ein begrifflicher Unterschied zwischen einer K. und einer Föderation besteht nicht, es wird also mit dem wechselweisen Gebrauch dieser Begriffe nichts über den engeren oder loseren Charakter eines solchen Zusammenschlusses ausgesagt; im Sprachgebrauch bedeutet K. jedoch eher einen Zusammenschluss zum Staatenbund, mithin im Gegensatz zur Föderation ein Gebilde mehr völkerrechtlichen als staatsrechtlichen Charakters. In der Diskussion um die deutsche **-> Wiedervereinigung** wurde der Begriff K. zuerst von **-> Ulbricht** in einem Leitartikel im **„Neuen Deutschland“** vom 31. 12. 1956 gebraucht, der sich eingehender darüber vor dem 30. Plenum des ZK der **-> SED** (30. 1. bis

1. 2. 1957) äusserte. Eine genaue Definition der K. im Sinne der SED gab **-> Grotewohl** in einer Rede am 11. 2. 1957. Er stellte sich eine K. zwischen der Bundesrepublik und der **„DDR“** als einen **„losen Staatenbund“** vor, in dem **„zunächst die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Form, in ihrem Inhalt und in ihrer ganzen Lebensweise selbständig bestehen bleiben“**. Die K. schaffe keine über den einzelnen stehende selbständige Staatsgewalt. Sie wird auch von der SED nicht als **„politischer Idealzustand“** angesehen, sondern nur als ein **„Zwischenstadium zwischen den beiden Staaten, das die Möglichkeit wirklicher Annäherung schaffen kann“**.

Eine K. nach kommun. Auffassung stellt damit keine echte Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands dar. Sie beruht vor allem auf der sowjetischen Vorstellung von den zwei deutschen Staaten, die von der Bundesrepublik und den Westmächten abgelehnt wird. Für die Regierung der SBZ ist das Schlagwort von der K. ein weiterer Beitrag zu den Versuchen, sich als gleichberechtigter Partner in die Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung einzuschalten.

**KONKURSRECHT:** Die Konkursordnung vom 10. 2. 1877 ist durch VO über den Rang volkseigener Forderungen im Konkurse des Schuldners\* vom 25. 10. 1951 (GBl. S. 955 und GBl. 1953, S. 460) und Durchführungsbestimmung vom 26. 5. 1952 (GBl. S. 441) in wesentlichen Punkten geändert worden. Auch die über ein Jahr zurückliegenden Forderungen auf Zahlung öffentlicher Abgaben und **„volkseigene Forderungen“** geniessen den Vorrang des § 61 Ziff. 2. KO. **„Volkseigene“** Forderungen sind alle Forderungen von Gebietskörperschaften, **„volkseigenen Betrieben“**, **„volkseigenen“** Banken und Sparkassen sowie von juristischen Personen, die mit dem Staatshaushalt verbunden sind. Den **„volkseigenen“** Banken steht wegen ihrer Kredite an den Waren und Einrichtungsgegenständen des Gemeinschuldners ein bevorzugtes Absonderungsrecht zu, das Pfandrechten anderer Gläubiger im Range vorgeht und die Bank berechtigt, sich ohne gerichtliches Verfahren durch freihändige Veräusserung oder Übernahme der Sachen zu befriedigen.

Die Konkursverwalter werden nach einer Überprüfung auf ihre fachliche und politische Eignung vom Gericht im Einvernehmen mit den örtlichen Organisationen des FDGB, anderen Massenorganisationen und sonstigen geeigneten Stellen\* bestellt.

Das Konkursverfahren wird weitgehend als Mittel zur kalten Entzignung benutzt, da es grundsätzlich erstrebenswert ist, noch lebensfähige in Konkurs geratene Unternehmungen in das Volkseigentum zu überführen\*. In solchen Fällen soll der Konkursverwalter das Unternehmen als Ganzes gemäss § 134 Ziff. 1 KO freihändig an einen **„volkseigenen Betrieb“** verkaufen.

**KONSULTATION:** Eine Grundform des Lehrbetriebes an Universitäten und **-> Hochschulen** sowie der politischen Externats- und Internatschulung (**-> Schulung**). K. werden in regelmässigen Abständen als Gespräche der Studierenden bzw. Schulungsteilnehmer mit ihren Lehrern bzw. Betreuern (**-> Fernstudium**) über den jeweiligen Lehrstoff abgehalten. Die K. dienen zur Klärung unverstandener Fragen. Sie sollen weiterhin den Lehrern die Möglichkeit geben, durch persönlichen Kontakt ein Urteil über die fachlichen Leistungen und politischen Auffassungen der Studierenden zu gewinnen und **„falsche“** Auffassungen zu beseitigen.

**KONSUMGENOSSENSCHAFTEN:** Nach den Satzungen des am 27. 8. 1949 gegründeten **„Verbandes Deut-**

schon Konsumgenossenschaften\* (VDK) sind die K. eine «demokratische» ► **Massenorganisation**: «Ihre Hauptaufgabe besteht in der aktiven Unterstützung der Politik unserer Regierung im Kampf um ein einheitliches, demokratisches Deutschland sowie im Kampf zur Erhaltung des Weltfriedens an der Seite der grossen sozialistischen SU. Das zweite Jahr unseres grossen Friedensplans stellt den K. die Aufgabe, durch Verbesserung der massenpolitischen Arbeit und der Handelstätigkeit die Produkte unserer Aktivisten und Arbeiter schneller, billiger und als gute Qualitäten und Sortimente an die Bevölkerung heranzubringen.» (Aus «Das Wirtschaftsjahr 1952», Verlag «Die Wirtschaft», Berlin.) Die K. der SBZ sind also nicht mehr Einrichtungen der organisierten Verbraucherschicht mit dem Zwecke der verbilligten Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern. Ihre Spitzenorganisation ist der «Verband Deutscher K. e. G. m. b. H.», Berlin W 8.

Die K. unterhielten Ende 1958 für ihre rd. 3,5 Mill. Mitgl. 35 125 Verkaufsstellen, von denen 18 510 auf dem Lande eingerichtet sind einschl. 426 Landwarenhäuser. Von den Verkaufsstellen wurden zur Erneuerung des Handelsnetzes 4957 auf Selbstbedienung und 2884 auf Teilselbstbedienung umgestellt. Ausserdem besitzen sie 1700 Produktionsbetriebe, darunter 1110 Bäckereien und 377 Fleischereien. Die Verkaufstellenzahl vergrösserte sich in den letzten Jahren besonders durch die Errichtung sog. Dorfkonsumgenossenschaften, die die Landbevölkerung mit Industriewaren versorgen sollen. Die Mitgliederzahl stieg bis Ende 1959 auf 3 666 315. Ende 1959 waren bei den K. 244 855, davon 12 746 Lehrlinge, beschäftigt. 215 814 Arbeiter u. Angestellte und 12 394 Lehrlinge waren davon allein im Handel tätig, 13 901 Arbeiter u. Angestellte sowie 328 Lehrlinge in industriellen Betrieben. Die K. werden bevorzugt mit Mangelwaren beliefert und hielten auch Waren zu -> HO-Preisen feil. An dem gesamten Einzelhandelsumsatz der SBZ sind die K. mit rd. 30 v. H. beteiligt. Im Jahre 1950 übernahmen sie die Warenbeschaffung, die Lagerung und zum Teil auch den Verkauf für die «Wirtschaftsabteilung der Besatzungsmacht» (-> **GSOW**, -> **Konsumspezialhandel**). In den letzten Jahren ist eine gewisse Konkurrenz zwischen HO und K. entstanden. (-> **Handel**)

[713, 761, 764, 765]

**KONSUMGUTERVERSORGUNG: Es** bedurfte erst des -\* **Juni-Aufstandes** vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die K. der Bevölkerung verbesserte. Obwohl der -> **Lebens-**

**standard** in der Zone sich seitdem erhöht hat, weist die K. doch noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Ofen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.

Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, Schreibmaschinen, Beleuchtungskörpern und Fahrrädern, ferner auch Motorräder, Mopeds und Rundfunkgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. Schlechte Inlandsrohstoffe, nicht ausreichende und nicht rechtzeitige Rohstoffimporte und vor allem der völlig veraltete Maschinenpark in den Gebrauchsgüterindustrien sind die Hauptursachen dieser Versorgungsmängel, die durch organisatorische Unzulänglichkeiten in dem verstaatlichten Verteilernetz (-> **Handel**) verschärft werden. Die schlechte K. ist auch begründet in dem in allen kommunistischen Ländern gültigen -\* **«Produktionsmittelpriamt»**, dem wirtschaftspolitischen Dogma von der Vorrangigkeit der Herstellung von Grundstoffen und Produktionsmitteln gegenüber der Konsumgüterherstellung. Bis Ende 1958 mussten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Seitdem ist die Konsumgüterproduktion Bestandteil der Betriebspläne. Trotzdem hat die Bevölkerung noch immer Grund zu Klagen wegen unzureichender K., und das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Missstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. Seit Anfang 1960 läuft ein Programm der -\* **tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs**, die indes noch zu keiner fühlbaren Verbesserung der Versorgung geführt hat. Die Befriedigung des weitverzweigten Konsumgüterbedarfs ist in einer staatlichen Planwirtschaft offensichtlich nur unzulänglich möglich.

**KONSUM-SPEZIALHANDEL: -> Konsumgenossenschaften.**

**KONTAKTE:** Mit K. werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die -> **Demarkationslinie** hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, «natürlichen» (z. B. auch sportlichen, -\* **Sport**) zwischenmenschlichen Beziehungen

wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes **1958** der **-> Nationalen Front**) der kommunistischen **-> Agitation** und **-> Infiltration** in der Bundesrepublik dienen, wie schliesslich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als «technische K.» bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der **bolschewistischen\* Parteilichkeit** immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z. B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge) gänzlich lahmgelegt wird. (-> **Kultureller Austausch**)

**KONTENFUHRUNGSPFLICHT:** Nach dem Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. 4. **1950** unterliegen der K.: 1. Verwaltungen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, **VEB**, eingetragene Vereine und alle sonstigen juristischen Personen oder Gesellschaften, mit Ausnahme der Postkassen; 2. alle sonstigen Industriebetriebe und Grosshandelsunternehmen, die übrigen Gewerbebetriebe, soweit sie einen Umsatz von mehr als jährlich 20'000 DM Ost haben; 3. alle Haus- und Grundstückseigentümer, Vermieter, Verpächter und Verwalter, deren monatliche Miet- oder Pachteingänge 250 DM Ost übersteigen; 4. diejenigen Angehörigen freier Berufe, die drei und mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Kontenführungspflichtige müssen ihren Geldverkehr bargeldlos abwickeln. Verstösse werden nach der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. 9. **1948** bestraft. Trotz dieser scharfen Bestimmungen ist die sowjetzonale Geldpolitik zusammengebrochen, was schliesslich auch zum **-> Geldumtausch (1957)** führte. (-> **Währungspolitik**)

**KONTO JUNGER SOZIALISTEN: -> Siebenjahrplanfonds.**

**KONTROLLE:** Im Pj. neben der **-> Anleitung** Hauptaufgabe der Führungsorgane, insbesondere als «K. der Durchführung der Beschlüsse». Die K. hat sowohl eine politische wie auch eine ökonomische Funktion und dient der Führung zur Gewährleistung der Übereinstimmung der politisch-ökonomischen Wirklichkeit mit dem von ihr diktierten Plan. Eine Fülle von Kontrollorganen: Kontrollstellen beim Büro des Präsidiums des Ministerrats (**-> ZKstK**), bei der **Staatlichen -> Plankommission**, bei den Ministerien, bei den **-> VVB**, den Räten der Bezirke und Kreise, aber auch bei der **-> SED** selbst **-> ZPKK** u. a. - und bei einigen **- Massenorganisationen** soll ein dichtes Netz der K. erstellen, das dafür sorgt, dass

die Bevölkerung genau das tut, was die Führung will. Auch die Volksvertretungen sind, besonders durch ihre Kommissionen und Aktivist, in die K. eingeschaltet. Sie haben aber in keinem Fall das in den westlichen Demokratien wesentliche Recht, als selbständige souveräne Kontrollinstanz der Regierung gegenüberzutreten. (-> **Regierung und Verwaltung, -> Kritik und Selbstkritik, -> Demokratischer Zentralismus**)

**KONTROLLKOMMISSION:** «Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle\* (**ZKK**), nach dem Statut vom 16. 10. **1958** (GBl. I. S. 786) «Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR». Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle ist im Jahre **1952** aus der «Zentralen Kontrollkommission» hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der **DWK** insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden (AO d. DWK vom 1. 9. **1948** - ZVOBl. S. 429). Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der **-> Justizverwaltung** der SBZ vom 22. 9. **1948**). Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Lande. Diese und die Kreiskontrollbeauftragten in den Stadt- und Landkreisen hatten die gleichen Aufgaben und Befugnisse wie die Zentralstelle. In den Städten und Gemeinden waren Volkskontrollausschüsse befugt, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren.

**1952** wurden die Landeskontrollkommissionen mit den Kreiskontrollbeauftragten und die Volkskontrollausschüsse aufgelöst. Die neue ZKK bestand nach dem Statut vom 30. 4. **1953** (GBl. S. 685) aus dem Vors., 2 Stellv. und 9 Mitgl. In den Bezirken und in Ost-Berlin unterhielt die ZKK «Bevollmächtigte». Ferner konnten in volkswirtschaftlichen Schwerpunkten und in wichtigen Einrichtungen «Beauftragte» eingesetzt werden. Ihre Aufgaben waren auf die Kontrolle der Durchführung der Gesetze hinsichtlich der Einhaltung der Wirtschaftspläne beschränkt.

Nach dem neuen Statut der ZKK vom 16. 10. **1958** besteht diese aus dem Vors., einem Stellv. und den (in der Zahl nicht beschränkt) Mitgl. Der Vors. (amtierender Vors. ist zur Zeit **Ernst -> Wabra**) gehört dem Ministerrat an. Organe der K.

in den Bezirken und in der «Hauptstadt Berlin» sind die «Bevollmächtigten», die von der Zentrale angeleitet werden. In den Stadt- und Landkreisen sind wieder «Kreis-kontrollbeauftragte» eingesetzt, die den Bevollmächtigten unterstehen. In «volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte der Komm. für Staatliche Kontrolle eingesetzt werden». (Seit 1958 sind ferner -> **Helfer der Staatlichen Kontrolle** eingesetzt.)

Die K. hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen «mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten Massnahmen im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus» zu kontrollieren. Kontrollen hat die K. in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens durchzuführen. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für Nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. Der Vors., die Stellv., die Mitgl. und die Bevollmächtigten der K. haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarverfahren oder die Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens verpflichtend zu verlangen. Die K. kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern. (-> **Kontrolle**)

**KONTROLLPOSTEN:** -> **FDJ-Kontrollposten.**

**KONTROLLPUNKTE:** Unterschieden werden muss zwischen Grenzkontrollpunkten auf den -> **Demarkationslinien:** 1. zwischen der SBZ und Polen, 2. zwischen der SBZ und der Bundesrepublik und jenen K. entlang der Grenze zwischen der SBZ und der Tschechoslowakei (-> **Grenzübergänge**). **Aich der «Ring um Berlin»** hat solche K. Der gesamte Personen- und Warenverkehr geht ausschliesslich über die K. Für den Interzonenverkehr nach Berlin müssen bestimmte Formalitäten, vor allem im Warenverkehr, beachtet werden. Lediglich der Luftverkehr von und nach Berlin unterliegt keiner Kontrolle der SBZ. (-> **Interzonenverkehr**)

**KONTROLLRAT:** Am 5.6.1945 von den Besatzungsmächten errichteter Ausschuss, der die oberste Regierungsgewalt in den Besatzungszonen ausübte. Der K. bestand aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungsarmeen. Alle Beschlüsse

mussten einstimmig gefasst werden. Der Vorsitzende, der auch die Einberufung des K. veranlasste, wechselte von Monat zu Monat. Wegen der Obstruktionspolitik des Sowjet. Vertreters war in vielen wichtigen Fragen Einstimmigkeit nicht zu erzielen und dadurch die Tätigkeit des K. von Anfang an stark behindert. Am 20. 3. 1948 verliess der Sowjet. Vertreter die Sitzung des K. und machte ihn so beschlussunfähig, so dass der K., ohne formell aufgelöst worden zu sein, damit praktisch aufgehört hat zu bestehen.

Eine dem K. entsprechende Behörde für -> **Berlin** wurde in Gestalt der Kommandantur geschaffen. (-> **Besatzungspolitik**, -> **Verfassung**, -> **Regierung und Verwaltung**)

**KONTROLLSTREIFEN:** -> **Sperrgebiet.**

**KONTROLLZIFFERN:** Hilfsmittel der -> Planung. K. werden nach Weisungen der Wirtschaftskommission beim Politbüro der SED in der **Staatlichen \* Plankommission** bei den Entwürfen für die -> **Perspektivpläne** (-> **Fünfjahrplan**, -> **Siebenjahrplan**) und für den Jahresplan (-> **Volkswirtschaftsplan**) festgesetzt und betreffen die wichtigsten Planziele der Planungsperiode. K. werden festgesetzt für: Bruttoproduktion, Warenproduktion, Investitionsfonds, Materialfonds, Importfonds, die Zahl der Arbeitskräfte und die vorgesehene Senkung der Selbstkosten. Die Staatliche Plankommission legt diese K. dem Ministerrat zur Bestätigung vor. Nach der Bestätigung gehen die K. an die mittleren Wirtschaftsverwaltungsinstanzen (-> **WB, Räte der Bezirke und -> Kreise, Ministerien**), wo sie aufgliedert und sodann an die Produktionsbetriebe zur Stellungnahme weitergeleitet werden. In den Produktionsbetrieben dienen die K. als Orientierungsziffern für den -> **Betriebsplan. Im Rahmen der -> Produktionspropaganda** werden die K. in Belegschaftsversammlungen vorgetragen und diskutiert. Die Betriebsleitungen stellen danach den Betriebsplan-Vorschlag zusammen und geben ihn an die vorgesetzten mittleren Verwaltungsinstanzen, die sie - gegebenenfalls ergänzt oder geändert - zusammengefasst für alle ihnen angeschlossenen Betriebe an die Staatliche Plankommission zurückgeben. Die bei der Staatlichen Plankommission eingegangenen Kontrollziffer-Vorschläge der mittleren Wirtschaftsinstanzen werden von dieser nach Ermessen berücksichtigt. Die Planziele der endgültigen Volkswirtschaftspläne werden als -> Kennziffern bezeichnet.

**KONZENTRATIONSLAGER:** Im Jahre 1945 wurden von der Sowjet.

Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter der Beschuldigung, «aktive Faschisten\* oder «Kriegsverbrecher\* gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in K. gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt. Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb. Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in K. beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65'000 Häftlinge (Gerhard Finn, «Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945 bis 1958\*»). 1950 wurden einige K. aufgelöst (Bautzen, Torgau), gingen als Strafanstalten an die sowjetzonalen Strafvollzugsbehörden über. Gegen 3500 an Zonenbehörden übergebene KZ-Häftlinge wurden in Waldheim -\* Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt. (Politische -> Häftlinge)

**KONZERT- UND GASTSPIELDIREKTION, DEUTSCHE:** Errichtet am 1.1. 1953 als Nachfolge-Institut des Deutschen Veranstaltungsdienstes; untersteht dem -> **Ministerium für Kultur** und beherrscht nahezu monopolistisch die Vermittlung künstlerischer Darbietungen in Wort und Ton und auf dem Gebiet des -> Kabarets, des Variétés, der Artistik, des Puppenspiels.

**KOORDINIERUNG:** Tambezeichnung für Militärsplionage. Der militärische Nachrichtendienst der SBZ besteht seit 1952. Er trägt seit 1958 die Bezeichnung «Verwaltung für Koordinierung» (VfK) mit dem Sitz in Berlin-Grünau, Leiter». Oberst Willi Sägebrecht. Sein Aufgabenbereich umfasst die Sammlung militärischer Informationen über westdeutsche uniformierte Dienste, NATO-Streitkräfte, alliierte Streitkräfte in West-Berlin, sowie von Nachrichten über die militärische Forschung, Entwicklung und Rüstung. Der VfK gehören etwa 500 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften an. Die Zahl der Spione und Agenten ist nicht bekannt. (-> **Staatssicherheitsdienst**, -> **Aufklärung**)

**KORFES, OTTO:** \* 23. 11. 1889 in Wenzeln. Dr. rer. pol. Berufsoffizier, geriet als Generalmajor im Febr. 1943 in Sowjet. Gefangenschaft. Mitbegründer des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland** und des Bundes deutscher Offiziere, Lehrer

an Antifaschschulen in der SU. Sept. 1948 Rückkehr nach Deutschland. Leiter der Hauptabteilung Archivwesen im **Ministerium des Innern**, dann stellv. Leiter des Stabes der Operativabt. der -\* KVP, nicht in die Nationalarmee übernommen. Landes- bzw. Bezirksvorsitzender der **Nationalen Front** in Potsdam, zeitweilig Mitgl. des Hauptvorstandes der -\* **NDPD**. Seit 1952 Mitgl. der Sektion Geschichte der **Deutschen -\* Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin. Seit 11. 1. 1958 Vors. der neugegründeten -\* **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere**.

**KÖRPERKULTUR UND SPORT, STAAT-**

**LICHES KOMITEE FÜR: -> Sport. KÖRPERLICHE ARBEIT:** Im Pj. wird als KA. der Einsatz von Funktionären des Partei-, Staats- und übrigen Organisationsapparates in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben («an der Basis») bezeichnet. Vor der Öffentlichkeit soll mit diesen Einsätzen, die insbesondere Parteifunktionären und Offizieren zur Pflicht gemacht werden, die Verbundenheit der herrschenden Bürokratie mit der arbeitenden Bevölkerung betont werden. Parteintern wertet man die KA. als Mittel des operativen **Arbeitsstils**. Die ausgewählten Funktionäre sollen für eine begrenzte Zeit die Probleme in den Betrieben und in den Dörfern und die Reaktion der Bevölkerung auf administrative Anweisungen kennenlernen. Die wirkliche KA. tritt demgegenüber in den Hintergrund. Auch höchste Partei- und Staatsfunktionäre, unter ihnen -\*> **Ulbricht** und **Grotewohl**, beteiligen sich hin und wieder stundenweise an der KA., z. B. an Aufbauschichten, um mit diesen Propagandaschauen ihren Anspruch zu beweisen, Vorbilder und Führer der Arbeiterklasse zu sein.

**KOSMOPOLITISMUS:** Weltbürgertum, Geistesrichtung, die die Zugehörigkeit der Menschen zu einer Nation, Klasse oder Rasse als zweitrangig betrachtet und für eine übernationale Verbundenheit und Gesittung aller Menschen eintritt. Die Bolschewisten setzen dem **K. den proletarischen -> Internationalismus** entgegen, der die Ausbreitung der leninistischen Revolution durch die Solidarität des -> **Proletariats** aller Länder und die aktive Zusammenarbeit aller «Kommunistischen und Arbeiterparteien\* unter der Führung der -> **KPdSÜ** anstrebt. In der SU hat vor allem **Stalin** im Zuge seiner antisemitischen Politik (-> **Antisemitismus**) den **K. bekämpft**.

Die -> **SED-Propaganda** bezeichnet den **K.** als «heuchlerischen Betrug



der Bourgeoisie', als «Ideologie der kapitalistischen Ausbeutung im Weltmassstab», als «Theorie der Weltbörsenjobber' für die «graue Masse heimatloser Lohnsklaven' (Einheit Nr. 7/1949, S. 606 ff.).

**KOSTENRECHNUNG:** -> **Rechnungswesen.**

**KP: Abk. für Kontrollpunkt des Amtes für \* Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs; Grenzübertrittsstelle für Fussgänger.**

**KPD:** Abk. für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptförderung: Erreichung der \* **Diktatur des Proletariats** in Deutschland, Mitgl. der III. (kommun.) Internationale, anfangs in Programm und Politik unabhängig von Moskau. Nach mehreren Führungskrisen übernahm 1925 -> Thälmann die Parteiführung. Unter seinem Vorsitz geriet die KPD trotz Widerstand und Abspaltungen in immer grössere Abhängigkeit von der -> **KPdSU**. In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. Am 11.6.1945 trat die KPD in Ost-Berlin mit einem völlig neuen Parteiprogramm vor die Öffentlichkeit: «Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre. . . . Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage . . . den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch - demokratischen Republik . . . vorschreiben. Unter dem Druck der Sowjet. Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20. 4. 1946 in der SBZ Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur -> SED. Nach dem Scheitern der kommun. Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14. 2. 1947 Gründung einer «Arbeitsgemeinschaft von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin. Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abt. beim \* **ZK der SED (-+ gesamtdeutsche Arbeit)** angeleitet und erhielt von dort auch finanzielle Zuwendungen. Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielt sie nur 2,2 v. H. aller ab-

gegebenen Stimmen. Am 17. 8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, -> Max Reimann, hält sich in der SBZ auf. Nicht er, sondern das sog. Arbeitsbüro beim ZK der SED leitet die konspirative Tätigkeit. Die in der SED-> Presse erscheinenden Berichte über KPD - Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden diese Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt. Zur Zeit ihres Verbotes hatte die KPD zwischen 60'000 und 70'000 Mitgl., von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig sind. (1947: 324'000 Mitgl.) Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Mill. DMark West. Davon gibt die Partei u. a. 130 bis 150 illegale Betriebszeitungen sowie 80 bis 90 unregelmässig erscheinende lokale Blätter heraus, die jedoch kaum Verbreitung finden. Mehr Gewicht kommt dem -> **Freiheitssender 904** zu. (\* **Tarnorganisationen, -> Infiltration**)

**KPdSU:** Abk. für kommunistische Partei der SU. Entstand 1903 aus der Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in eine radikale Mehrheit (Bolschewiki) und eine gemässigtere Minderheit (Menschewiki). Endgültig wurde die Partei unter der Führung -> **Lenins 1912** auf der Prager Parteikonferenz auch organisatorisch von den Menschewiki getrennt und als selbständige SDAPR (B) formiert. Bis zur Februarrevolution 1917 arbeitete die Partei illegal. Nach dem Sturz des Zarentums durch die bürgerliche Revolution war bei der Überleitung von der bürgerlichen in die proletarische Revolution die KPdSU als straff organisierte «Vorhut der Arbeiterklasse» massgeblich beteiligt. Die revolutionäre Machtübernahme mit dem Ziel der -> **Diktatur des Proletariats** erfolgte im Oktober 1917. Nach Lenins Tod 1924 riss -> Stalin die Führung an sich und beseitigte seine Gegner (Trotzki, Bucharin, Sinowjew, Kamenjew u. a.). Seit dem XIV. Parteitag 1925 trug die bolschewistische Partei den Namen KPdSU(B); seit dem XIX. Parteitag im Oktober 1952 KPdSU. Die entscheidenden Führungsgremien sind das Sekretariat des ZK und das Präsidium des ZK. Nach den letzten grossen personellen Veränderungen in diesen beiden Organen im Mai 1960 gehören dem Sekretariat folgende -> **Funktionäre an:** -> **Chruschtschow** (1. Sekretär), Suslow, Kuusinen, Koslow, Breshnew, Muchtidinow. Vollmitgl. des Präsidiums sind ausser den sechs Sekretären Ari-

stow, Furzewa, Ignatow, Schwer-  
nik, Podgorny, Mikojan, Woro-  
schilow, Poljanski, Kosygin. Ausser-  
dem gehören dem Präsidium sechs  
Kandidaten an. Seit Stalins Tod  
wurden aus der Parteiführung aus-  
geschaltet: Berija, Malenkow, Mo-  
lotow, Kaganowitsch, Schepilow,  
Shukow, Bulganin u. a. Der Partei-  
apparat kontrolliert das gesamte  
staatliche und wirtschaftliche Le-  
ben der SU und die kommunisti-  
schen Parteien der anderen Länder  
(-> **Kominform**). Zu den wichtigsten  
Forderungen an jedes Parteimit-  
glied gehören: aktive Arbeit in der  
Organisation, bedingungslose ->  
Parteidisziplin, Kampf gegen jede  
Abweichung von der **Generallinie**,  
**revolutionäre -> Wachsamkeit**,  
**Kritik und Selbstkritik**, Aneignung  
der bolschewistischen Theorie (->  
**Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinis-  
mus**). Mitgliederstand im Januar  
**1959**: 7 622 356 Mitgl. und 616 775  
-■ Kandidaten.

Wichtigste Etappen der Parteige-  
schichte seit **1917**: **1919** Kriegskom-  
munismus, **1921** Neue Ökonomische  
Politik (NOP), **1928** Erster Fünfjahr-  
plan, **1930** Kollektivierung der  
Landwirtschaft, **1936** bis **1939** Pe-  
riode der grossen Säuberungen (ein  
grosser Teil der politischen, wirt-  
schaftlichen, militärischen und ge-  
istigen Elite wird auf Weisung Sta-  
lins liquidiert, darunter die neun  
ausser Stalin noch lebenden Mitgl.  
des leninschen Politbüros, 98 von  
139 Mitgl des amtierenden ZK, die  
Mehrheit der ehemaligen ZK-Mitgl.,  
18 Minister, fast alle Vors. der  
Unionsrepubliken sowie zahlreiche  
führende Kommunisten des Aus-  
lands). Februar **1956** XX. Parteitag  
(Verdammung Stalins). (Geschichte  
der - KPdSU) [147, 150, 154]

**KPdSU, GESCHICHTE DER:** Ihre  
1. Fassung war der auf Veranlas-  
sung des ZK der KPdSU (B) **1936**  
begonnene «Kurze Lehrgang der  
Geschichte der KPdSU» '3)\*. Er  
fälscht bewusst viele Tatsachen und  
stellt die marxistische Revolutions-  
bewegung in Russland und die bol-  
schewistische Staatsentwicklung ein-  
seitig leninistisch-stalinistisch dar.  
Dieser Lehrgang wurde **1938** auf  
Anordnung -> **Stalins** nochmals  
nach den neuesten Parteirichtlinien  
umgeschrieben und seitdem mit  
jeder Änderung der **Generallinie**  
neu gefälscht. Die Mitverfasser-  
schaft Stalins ist umstritten, doch  
kann ihm das Kapitel «über dialek-  
tischen und historischen Materialis-  
mus» wohl mit Sicherheit zugeschrie-  
ben werden. Wurde bis zur Abkehr  
vom -> **Stalinismus** als «Bibel des  
Bolschewismus» betrachtet. - Das  
Studium der G. d. KPdSU (B) galt  
in der SBZ als wichtigster Teil der  
ideologischen Erziehung, dem sich  
kaum jemand entziehen konnte. -  
Am 25. 2. **1956** verurteilte -> **Chru-**

## KPdSU, GESCHICHTE DER

**schtschow**, als er Stalin auf dem  
XX. Parteitag entlarvte, auch die  
G. d. KPdSU als Zeugnis des -\*  
**Personenkultes**. Als untragbar  
wurde die Schrift sodann im März-  
heft der «Woprosy istorii» (**1956**,  
Nr. 3) abgelehnt. Diese Verurteil-  
ung übernahm, nach sichtlichem  
Zögern, «Neues Deutschland» am  
23. 5. **1956**.

Ihre 2. Fassung, «Geschichte der  
KPdSU», erschien im Juni **1959**. Sie  
folgt nur in beschränktem Masse  
der scharfen Kritik, die der  
XX. Parteitag geübt hatte, vielmehr  
bezeichnet sie den «Lehrgang» als  
hervorragende Arbeit. Die 2. Fas-  
sung wendet sich nicht gegen den  
Kern des Stalinismus: die gewalt-  
same, rasche Erzwingung des «So-  
zialismus» durch die alles durch-  
dringende totalitäre Staatsmacht,  
unter Verzicht auf die Vorstellung,  
der Sozialismus beruhe auf Frei-  
willigkeit. Noch weniger kehrt sich  
die 2. Fassung gegen die schon  
von Lenin erzwungene Ausschaltung  
aller nichtbolschewistischen Par-  
teien, die durch die Verfassung der  
SU von **1937** bestätigt wird.

Zwar ändert die 2. Fassung einige  
Schwerpunkte der -\* **Periodisie-  
rung** (so betont sie die Entfaltung  
der Partei neuen Typus stärker),  
so legt sie die Herausbildung der  
Grundgedanken des + **Marxismus-  
Leninismus** nicht mehr nur an Hand  
der frühen Schriften -> **Lenins dar**,  
sondern auch an seinen späteren.  
Doch die Hauptlinie des Lehrgangs  
führt auch die 2. Fassung fort. Es  
besagt nichts Entscheidendes, dass  
die Partei nachdrücklicher als kol-  
lektive Führungskraft erscheint, dass  
die Rolle wichtiger Stalinisten  
(Molotow, Kaganowitsch u. a.) nun  
geringer eingeschätzt wird, dass  
nach **1952** eine gewisse Chru-  
schtschow-Linie sichtbar wird. Eben-  
sowenig umwälzend ist es, dass  
Stalin vorgeworfen wird, er habe  
den Weizen- und Maisanbau vernach-  
lässigt und die Sowchos- wie  
Kolchos-Kräfte zu wenig am Ertrag  
beteiligt. Denn seine rücksichtslose  
Landwirtschafts-Kollektivierung wird  
bejaht.

Stalin wird nicht verurteilt wegen  
seiner gewaltsamen Politik an sich,  
wegen seines Terrors (der hin-  
gestellt wird als Beschränkung der  
innerparteilichen und sowjetischen  
Demokratie, die im Kampf mit dem  
Klassenfeinde nicht zu vermeiden  
war). Er wird nur gerügt wegen  
seines Übermasses an Schärfe, das  
sich auch gegen gutwillige, unschul-  
dige Kommunisten und Parteilose  
richtete. Ihm wird vorgeworfen, er  
sei im Rausche jener Erfolge, die  
doch Partei und Volk errangen, in  
blinde Selbstüberhebung verfallen.  
Getadelt wird er auch, weil er die  
«sozialistische Gesetzlichkeit» und  
den von Lenin geschaffenen Grund-

satz der «kollektiven Führung der Partei» missachtete. Doch wird behauptet, ein wesentlicher Teil der Verantwortung für diese Missbräuche läge bei Jeschow und Berja. Doch weit stärker als der Tadel, den die 2. Fassung gegen den Personenkult für Stalin richtet, ist ihr Lob für seine Politik als solche. Sie rühmt Stalins Verdienst bei der Verteidigung des Leninismus nach 1924, seine Leistung im Kampf um die sozialistische Industrialisierung wie um die Kollektivierung der Landwirtschaft. Das ZK der SED begrüsst die 2. Fassung der Schrift um so mehr, als sie die stalinsche Linie nicht wirklich antastet.

**KPKK:** Abk. für Kreis-  $\rightarrow$  **Partei-kontrollkommission.**

**KPP:** Abk. für Kontrollpassierpunkt des Amtes für  $\rightarrow$  Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs, Grenzübergangsstelle für Fahrzeuge und Fussgänger an der  $\rightarrow$  Demarkationslinie (unrichtig «Zonengrenze») oder an den Trenn-Linien zwischen SBZ/Sowjetsektor und SBZ/West-Berlin. ( $\rightarrow$  Kontrollpunkte)

**KRAFTFAHRZEUGHAFTPFLICHT-VERSICHERUNG:** Für die Besitzer von Kraftfahrzeugen einschliesslich Mopeds besteht eine gesetzliche K. Zwischen der **Deutschen  $\rightarrow$  Versicherungs-Anstalt** und der Gross-Berliner Vereinigten Versicherungs-Anstalt einerseits und dem westdeutschen Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrversicherungs-Verband besteht eine Vereinbarung, wonach Schäden wechselseitig reguliert werden. Verursacht also ein Kraftfahrzeugbesitzer, der in der SBZ versichert ist, bei einer Fahrt in Westdeutschland einen Schaden, so kann der Geschädigte sich an den Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrversicherungs-Verband wenden, der ihm dann zwecks Regulierung ein Versicherungsunternehmen zuweist. Für den umgekehrten Fall gilt das gleiche. ( $\rightarrow$  **Pflichtversicherung**)

**KRAFTFAHRZEUGINDUSTRIE:** Der Anteil der SBZ an der deutschen K. ist nach dem Kriege durch Demontagen ( $\rightarrow$  **Reparationen**) sehr abgesunken. Die Bevorzugung der Produktionsgütererzeugung verhinderte einen umfassenden Neuaufbau dieses Industriezweiges. Die Betriebe wurden völlig unzulänglich mit Investitionsmitteln ausgestattet, und die Materialzuteilungen sind bis heute unzureichend. Vor dem Kriege entfiel auf das Gebiet der SBZ ein Anteil von etwa 25 v. H. der deutschen K. Im Jahre 1959 betrug der Anteil der SBZ am gesamtdeutschen Gebiet (Bundesrepublik und SBZ) nur noch 4 v. H. Die Produktion hatte sich im Vergleich zur Bundesrepublik (BRD) wie folgt entwickelt:

Jahr	PKW		LKW	
	SBZ	BRD	SBZ	BRD
1948	2 551	29 945	311	30 400
1950	7165	216107	1 003	82 811
1951	11 092	267 376	5137	93 260
1953	13 490	387 895	11 144	101 902
1954	19 677	561 172	12 232	119 162
1955	22 247	762 205	14 191	146 318
1956	28 145	910 996	17 201	164 700
1957	35 597	958 970	15 481	166 085
1958	38 422	1 306 800	15 741	180 300
1959	52 684	1 501 400	14 657	207 700

Das Fabrikationsprogramm in der SBZ ist dürtig. An Personenkraftwagen werden nur zwei Typen hergestellt, der Kleinwagen «Wartburg» (900 ccm, 37 PS, Fortentwicklung des alten DKW) und der Kleinstwagen «Trabant P 50». Im Lastkraftwagenbau werden ebenfalls nur noch zwei Typen hergestellt, und zwar je ein Wagen mit 2 t und 4 t Nutzlast. Ferner wird ein Kleintransporter mit % t Tragkraft gebaut. Der Omnibusbau konzentriert sich unter Verwendung von Bauteilen der Lkw-Typen auf kleine Modelle. Schwere Lastkraftwagen und schwere Omnibusse werden nach einer Absprache zwischen den Ostblockländern in der SBZ nicht entwickelt und gefertigt. Eine amtliche Untersuchung in der SBZ ergab für Mitte 1957 einen nicht gedeckten Bedarf von mindestens 120'000 Pkw. Für den Güterverkehr fehlten etwa 80'000 Lkw. Die unzureichende Neuproduktion hat seitdem den Fehlbedarf nicht vermindern können, da inzwischen zahlreiche Fahrzeuge des überalterten Bestandes ausgefallen sind.

Das Gesetz über den  $\rightarrow$  **Siebenjahrplan** sieht für 1965 eine Fertigung von 108'000 Pkw vor, eine Zahl, deren Erreichung von den Fachleuten in der Zone als kaum möglich bezeichnet wird, selbst wenn ab jetzt ausreichend  $\rightarrow$  **Investitionen** und Material für die K. bereitgestellt würden. Für Lkw wird im Siebenjahrplan keine Zahl genannt.

**KRAFTSTOFFERZEUGUNG:** Die K. in der SBZ basierte bisher mangels eigener Erdölvorkommen im wesentlichen auf der Verarbeitung von Braunkohle im Synthese- und Hydrierverfahren. Die K. aus importiertem Erdöl betrug 1959 nur etwa ein Drittel der gesamten K. Davon entfielen je etwa die Hälfte auf Benzine und Dieselmotorkraftstoff. Ein Viertel der Gesamtproduktion wurde exportiert, obwohl die Wirtschaft der SBZ selbst unter einer fühlbaren Energielücke leidet ( $\rightarrow$  **Energieerzeugung**).

1959 erzeugte die SBZ 642'000 t Fahrbenzin und 1,13 Mill. t Dieselmotorkraftstoff. Die Qualität des Fahrbenzins ist unbefriedigend, die

Oktanzahl liegt bei etwa 72. Kraftfahrer in der SBZ bezeichnen das Benzin als «Klingelwasser». Das Fahrbenzin kostet in der SBZ 1,40 DM je Liter, ist also über den Preis rationiert. Für die Aufstellung der Kraftstoffbilanzen und die Verteilung des Kraftstoffs ist im Auftrage der Staatlichen -> Plankommission der VEB Minol, Sitz Berlin, zuständig. Die Tätigkeit des VEB Minol entspricht insoweit der der Staatlichen Kontore. Daneben ist der VEB Minol der Träger des staatlichen Tankstellennetzes, das amtlich als unmodern und unzureichend bezeichnet wird. In der Periode des -> Siebenjahresplans sollen etwa 200 Tankstellen neu gebaut werden. Bis 1965 soll die K. zunehmend von Braunkohle als Ausgangsstoff auf die Verarbeitung von Erdöl umgestellt werden. Die SU will die SBZ in ausreichendem Umfange beliefern. Zu diesem Zwecke ist der Bau einer 4'000 km langen Erdölleitung vom Wolgabiet nach der SBZ geplant. An ihrem Endpunkt, bei Schwedt an der Oder, soll ein riesiges «Erdölverarbeitungswerk» errichtet werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufbau eines Industriezweiges für Petroleumchemie geplant.

**KRAFTVERKEHR:** Der K. ist in den vergangenen Jahren ausgebaut worden. Fast die Hälfte der Gütertransportleistungen werden im K. bewältigt. Etwa ein Viertel des Personenverkehrs erfolgt durch öffentliche Kraftverkehrslinien (ausser den kommunalen Verkehrsleistungen). Der Anteil privater K.-Unternehmer im Güterverkehr war 1959 mit 36 v. H. noch verhältnismässig gross; im Personenverkehr betrug der Privatanteil nur etwa 10 v. H. Für den privaten K. besteht aber keine echte Selbständigkeit mehr, denn der gesamte K. wird durch die staatlichen -> Bezirksdirektionen für den Kraftverkehr und seine örtlichen Niederlassungen gelenkt. Der Fahrzeugbestand ist völlig überaltert. Die Ersatzteilbeschaffung ist schwierig, und der Zugang an neuen Kraftfahrzeugen ist unzureichend. Als eines der Ziele des -> Siebenjahresplans ist beabsichtigt, den Verkehrsanteil des K. gegenüber der Eisenbahn noch weiter zu steigern. Diese Steigerung soll vor allem durch noch straffere Organisation des K. erzielt werden. Es ist vorgesehen, bis 1965 etwa 50'000 Tonnen Laderaum des Werkverkehrs, der z.T. nicht voll ausgelastet wird, in die «volkseigenen» Kraftverkehrsbetriebe umzusetzen. Die tägliche Einsatzzeit je Lkw soll dadurch von 10 Stunden (1958) auf 12,3 Stunden erhöht werden. Als weitere Massnahme zur strafferen Organisation des K. ist beabsich-

tigt, den öffentlichen K. weiter zu konzentrieren und zu spezialisieren. Bis 1965 sollen die z. Z. etwa 150 «volkseigenen» Kraftverkehrsbetriebe in 100 Grossbetriebe umgewandelt werden. - Dem öffentlichen Personenverkehr sollen bis 1965 5400 neue Omnibusse übergeben werden, die vor allem zur Erhaltung des Berufsverkehrs in den neuen Industriegebieten östlich der Elbe benötigt werden. - Der Bestand an Personenkraftwagen betrug im Jahre 1959 je 1'000 Einwohner in der Bundesrepublik 68, in der SBZ nur 8 Fahrzeuge, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass dort ein sehr viel grösserer Anteil der vorhandenen Pkw auf Behörden, Organisationen und Betriebe entfällt. Der individuelle K. wird auch in der Periode des Siebenjahresplans nur gering entwickelt (-> Kraftfahrzeugindustrie). Statt dessen soll in den Städten der Taxiverkehr ausgebaut und ein Leihverkehr für Pkw und Kraftfahrzeuge eingerichtet werden.

Einer amtlichen sowjetzonalen Schätzung zufolge fehlten der Wirtschaft der SBZ im Jahre 1957 mindestens 80'000 Lkw und 120'000 Pkw. Die Produktion war seitdem gering und hat den Fehlbestand nicht vermindern können, da inzwischen weitere Fahrzeuge des alten Bestandes ausgefallen sind.

**KRAMER, ERWIN:** \* 22.8.1902 in Schneidemühl, Lehrling im Reichsbahnausbesserungswerk Schneidemühl. Mitgl. des -> KJVD, Studium und Mitgl. des Roten Studentebundes in Berlin. 1929 -> KPD. Ging 1932 als Dipl.-Ing. in die SU und arbeitete im Zentralen Forschungsinstitut für Verkehrswesen und bei der Moskauer U-Bahn. 1937 Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg, danach in die SU zurückgekehrt. 1945 wieder in Deutschland, bis 1950 stellv. Generaldirektor der sowjetzonalen Reichsbahn, ab Nov. 1950 als Nachfolger Kreikemeiers Generaldirektor. Im April 1953 Stellv. des Ministers für Eisenbahnwesen, seit 19. 11. 1954 Minister für Verkehrswesen. Seit April 1954 Mitgl. des - ZK der -> SED. Seit 1958 Abgeordneter der -> Volkskammer.

**KRANKENGELD:** Arbeiter und Angestellte erhalten im Falle der Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit K. in Höhe von 50 v. H. des Grundbetrages, der nach dem beitragspflichtigen Verdienst des letzten Vierteljahres berechnet wird, vom 1. Tage der Krankheit ab (§ 27 der «VO über die Wahrung der Rechte der Werk tätigen usw.», vom 20. 5. 1952). K. wird bis zu 26 Wochen gezahlt, für Bergleute bis zu 52 Wochen, bei Arbeitsunfällen und anerkannten Berufs-

krankheiten bis zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zur Feststellung der Invaldität. Selbständige Erwerbstätige, die zwangsversichert sind, erhalten mit Ausnahme der Handwerker und der freischaffenden Künstler kein K. Bei der Prüfung, ob jemand infolge Krankheit als arbeitsunfähig anzusehen ist, wird in der SBZ ein wesentlich schärferer Massstab angelegt als in der Bundesrepublik. Grotewohl bezeichnete am 3. 12. 1951 die Lösung der Frage: «Wie kann ich einen Menschen, dem es an Arbeitswillen fehlt, bewegen, zu arbeiten», als vordringliche Aufgabe. (-\* **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) [425, 440]

**KRANKENHAUS-ORDNUNG:** Die im Nov. 1954 erlassene «Rahmen-IC» ist äusserlich nur eine einheitliche Verwaltungs- und Dienstordnung für alle Krankenanstalten. Tatsächlich enthielt sie die erste Formulierung eines neuen Programms der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung (mit Ausnahme des -> **Betriebsgesundheitswesens**): «Das Krankenhaus ist das medizinische Zentrum seines Versorgungsbereiches und leitet fachlich die medizinische Arbeit innerhalb seines Bereiches an», indem bei ihm «die stationäre und die poliklinische Betreuung der Bevölkerung mit den Massnahmen der gesundheitlichen Vorbeugung und Nachsorge verbunden\* werden. «Das Krankenhaus wird damit zum medizinischen Zentrum innerhalb seines Bereiches.»

Die Krankenanstalten werden nach Grösse und Aufgabenkreis in 4 Klassen gruppiert (Land-, Kreis-, Bezirks-Krankenhäuser wissenschaftliche Anstalten). Danach sind auch Ausstattung und fachliche Besetzung gestaffelt. Jedes Krankenhaus hat festumrissene Aufgaben zu erfüllen und sich entsprechend zu «profilieren» (Pj.).

Dem Ärztlichen Direktor jeder Anstalt sind die **Poliklinik** und alle ihr nach- oder zugeordneten Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Versorgung des «Versorgungsbereichs\*» unterstellt. Verantwortlich ist er dabei auch für die Verwaltung; der Verwaltungsleiter «steht ihm beratend zur Seite». Den Leitern der Fachabteilungen obliegt entsprechend Aufsicht und Lenkung auf ihren Fachgebieten.

Der Bedarf an K.-Betten ist infolge der ungünstigen Altersstruktur der -> **Bevölkerung** sehr hoch. Schon jetzt kommen auf 1'000 Einwohner 11,8 Betten; weitere Steigerung ist vorgesehen. Die Qualität der Ausstattung entspricht der Quantität durchaus nicht. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**KRANKENSTAND:** Der K. ist der prozentuale Anteil der wegen

Krankheiten, Unfällen usw. von der Arbeit Fernbleibenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Der K. ist auch Gegenstand der Planung. Der geplante K. ist die Grundlage für die Planung der Ausgaben für -> **Krankengeld** und -\* **Lohnausgleich**. Diese Ausgaben sowie der Ausfall an Produktion sind so gross, dass seit 1952 eine planmässige Aktion zur Senkung des K. nötig wurde. Im Jahre 1958 soll nach Angaben von sowjetzonaler Seite durch Krankheit die Jahresproduktion von etwa 260'000 Arbeitskräften verlorengegangen sein. 1959 wurde der geplante K. so weit überschritten, dass der überplanmässige Ausfall der Jahresproduktion von 21'000 Beschäftigten gleichkam. [425]

**KRANKENVERSICHERUNG, FREIWILLIGE:** Alleiniger Träger der freiwilligen K. ist die **Deutsche -> Versicherungsanstalt**, nachdem die Sozialversicherung als Träger ausgeschieden ist (VO vom 29. 3. 1953, GBl. S. 463, und vom 25. 6. 1953, GBl. S. 823). Sie kann abgeschlossenen werden als Krankentagegeldversicherung oder als Krankenkostenversicherung. Infolge der grossen Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht (-\* **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) ist der Bestand relativ klein. [425, 426]

**KREDITWESEN:** Nach dem Vorbild der SU neu aufgebaut. Kredite dürfen nur für im -> **Volkswirtschaftsplan** vorgesehene Aufgaben gewährt werden. Kreditarten: Richtsatzplankredite zur Finanzierung des Umlaufvermögens, Saisonkredite, Kredite im Rahmen des -> **Rechnungseinzugsverfahrens**, Sonderkredite für einen begründeten, zeitweilig zusätzlichen Finanzbedarf (= kurzfristig), vgl. GBl. 1/1955, S. 326; Rationalisierungskredite an -> VEB (= mittelfristig). Werden unter normale Bedingungen ausgereichte Kredite nicht fristgemäss zurückgezahlt, dann werden sie auf das Sonderkonto «überfälliger Kredit\*» übertragen und mit einem erhöhten Zinssatz belastet (8 v. H.). Langfristige Kredite sind selten, da den VEB die -> **Investitionen** aus -> **Amortisationen** und aus dem -> **Staatshaushalt** finanziert werden. Sie werden vor allem auch den privilegierten Genossenschaften, wie -\* **LPG**, -> **PGH**, Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaften und -\* **Konsumgenossenschaften** gewährt. Privatbetriebe werden auf -> **Staatsbeteiligungen** verwiesen. Weiterhin gibt es Konsumentenkredite, wie Teilzahlungskredite und Bausparkredite. (-> **Gewinnverwendung**)

**KREIS:** Unselbständige gebiets- und verwaltungsmässige Einheit der -> DDR; gegenwärtig umfasst die SBZ in 14 -> Bezirken 215 Kreise (192

Land- und 23 Stadtkreise). Im Art. 139, 142 der -> Verfassung wird den -> Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht der **kommunalen -> Selbstverwaltung** garantiert. Dieses Recht ist jedoch mit der Herausbildung des zentralistischen Einheitsstaates immer mehr eingeschränkt und im Zuge der **Verwaltungsneugliederung** völlig aufgehoben worden. Nach dem Gesetz über die örtlichen Staatsorgane<sup>1</sup> vom 17. 1. 1957 (GBl. I, S. 65) sind auch die Organe der K. nur noch örtliche Organe der Staatsmacht». Träger von Rechten ist nicht mehr der K. (Stadt- oder Landkreis), der daher auch nicht mehr als Gebietskörperschaft anzusehen ist, sondern die im K. bestehende Dienststelle der staatlichen Verwaltung (staatliche Unterbehörde), der Rat des K. (Rat der Stadt). Dieser ist Haushaltsorganisation, als solche juristische Person und Verwalter von „Volkeigentum».

Organe der Staatsgewalt im K. sind in:

#### 1. Landkreise:

a) Kreistag: Durch Scheinwahlen nach einer Einheitsliste gebildete örtliche Volksvertretung ohne ständigen Vorsitzenden, die je nach der Einwohnerzahl des K. 45 bis 120 Abgeordnete hat. Unter absoluter Bindung an die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der -> **Volkskammer** und an die Beschlüsse der Zentralregierung sowie an die Beschlüsse der höheren örtlichen Volksvertretungen haben die Kreistage „den Aufbau des Sozialismus in ihrem Zuständigkeitsbereich» zu leiten. Die Beschlüsse der Kreistage können vom Rat des Bezirkes ausgesetzt und vom Bezirkstag aufgehoben werden. Zur einheitlichen Ausrichtung und Anleitung auch der Kreistage besteht bei der Volkskammer ein „Ständiger Ausschuss für die örtlichen Volksvertretungen». Organe des Kreistages sind die Ständigen **Kommissionen** mit den Aktiven.

b) Rat des Kreises: Doppelt unterstellte untere staatliche Verwaltungsstelle (örtlicher Rat), die fiktiv auch den Charakter eines „vollziehend-verfügenden» Organs des Kreistages hat. Der Rat besteht aus dem Vors., dem 1. Stellv. des Vors., der jetzt - an Stelle des Sekretärs - Dezerent für die innere Verwaltung ist, dem Stellv. des Vors., der zugleich Vors. der Plankommission im K. ist, bis zu 3 weiteren Stellv., dem Sekretär des Rates (alle hauptamtlich) und 7-10 weiteren (zumeist ehrenamtlich tätigen) Mitgliedern. Diese werden sämtlich durch den Kreistag gewählt und abberufen. Die K.-Verwaltung ist in Fachabteilungen gegliedert, für die je ein Stellv. verantwortlich

ist. Die Plankommission im K. ist zugleich Organ des Wirtschaftsrates des Bezirkes und des Rates des K. Auch die Fachabteilungsleiter müssen durch den Kreistag bestätigt werden. Die Tätigkeit des Rates ist vom Kreistag zu überwachen; gleichzeitig unterliegen die Räte der Weisungs- und Aufsichtsbefugnis des Rates des Bezirkes. Beim -\* **Ministerium des Innern** besteht ein besonderes Staatssekretariat zur Anleitung der örtlichen Räte».

#### 2. Stadtkreise:

a) **Stadtverordnetenversammlung:** Örtliche Volksvertretung, wie der Kreistag, für die je nach der Einwohnerzahl der Stadtkreise 45 bis 200 Abgeordnete bestellt werden können.

b) **Rat der Stadt:** Doppelt unterstellte untere staatliche Verwaltungsstelle, wie der Rat des K., dessen Vors. jedoch die Dienstbezeichnung Oberbürgermeister und dessen Stellvertreter die Dienstbezeichnung Stadtrat führen. Der Rat der Stadt besteht aus dem Vors., dem 1. Stellv., dem Stellv., der zugleich Vors. der Plankommission ist, bis zu 5 weiteren Stellv., dem Sekretär (alle hauptamtlich) und bis zu 10 weiteren (zumeist ehrenamtlich tätigen) Mitgliedern. Auch für die Stadtverwaltung gilt das beim Rat des K. Gesagte.

Die Grossstädte sind in Stadtbezirke mit Stadtbezirksversammlungen als unterste örtliche Volksvertretung und Räte der Stadtbezirke als unterste staatliche Verwaltungsbehörde unterteilt.

#### KREISBESCHWERDEKOMMISSION:

Die K. ist eine Einrichtung des -> **FDGB** und Rechtsmittelinstanz zur Entscheidung über Beschwerden gegen Bescheide der Sozialversicherung. Auch bei der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** bestehen zum gleichen Zwecke K. (-\* **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**)

#### KREISFORSTAMT: -> Forstwirtschaft.

#### KREISGERICHT; -> Gerichtsverfassung.

**KREISKOMMANDO:** Seit Frühjahr 1956 heisst so die Wehrmelde- und Rekrutierungsstelle der -\* **Nationalen Volksarmee** im Kreisbereich, die bei der -> KVP die Tambezeichnung -\* **Registrierabteilung** trug.

#### KREISKONTORE FÜR LANDWIRTSCHAFT. BEDARF, STAATLICHE:

Nachfolger der bei Verschmelzung der Dorfgemeinschaften mit der **VdgB** aufgelösten Kreisgenossenschaften. Ihre Bildung als „Staatliche Handelsorgane zur Versorgung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen» wurde am 6. 12. 1951 im GBl. Nr. 149/51 angeordnet.

**KREISPLANKOMMISSION**

**KREISPLANKOMMISSION:** **Staatliche**  
-> **Plankommission,** -> **örtliche**  
**Wirtschaft.**

**KREISSTAATSANWALT:** Leiter der  
Staatsanwaltschaft eines Kreises  
mit der Dienstbezeichnung «**Staats-**  
**anwalt des Kreises\***» (-> **Staatsan-**  
**waltschaft)**

**KREISTAG:** -> **Kreis.**

**KRIEG:** Nach der komm. Lehre gibt  
es zwei Arten von K.: ,a) einen ge-  
rechten K., der kein Eroberungs-  
K., sondern ein Befreiungs-K. ist,  
der das Ziel hat, entweder das  
Volk gegen einen äusseren Ober-  
fall oder gegen Unterjochungen  
zu verteidigen, oder das Ziel der  
Befreiung des Volkes von der  
Sklaverei des Kapitalismus, oder  
endlich das Ziel der Befreiung der  
Kolonien und abhängigen Länder  
vom Joch der Imperialisten, und  
b) einen ungerechten, einen Er-  
oberungs-K., der das Ziel hat,  
fremde Länder zu erobern, fremde  
Völker zu versklaven» («Geschichte  
der KPdSU [B]», S. 210). Ob ein  
K. gerecht oder ungerecht ist,  
wird nicht durch objektives Urteil  
-> **Objektivismus),** sondern durch  
Auslegung der Grundsätze der  
-> **Materialistischen Geschichtsauf-**  
**fassung** entschieden: «Man muss  
untersuchen, aus welchen historis-  
chen Verhältnissen der Krieg her-  
vorig, welche Klassen ihn füh-  
ren, um welcher Ziele willen»  
(Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 30,  
o. 333, russ.) Die Lehre von den  
zwei K., insbesondere die ge-  
schichtsphilosophisch begründete,  
in der Praxis aber willkürliche  
Entscheidung darüber, welcher K.  
als gerecht und welcher als un-  
gerecht anzusehen ist, ermöglichen  
die Rechtfertigung des Bürger-  
und selbst des Angriffs-K. (-> **Frie-**  
**den)**

**KRIEGSOPPFERVERSORGUNG:** Die  
K. obliegt nach der VO vom  
21. 7. 1948 (Zentralverordnungs-  
blatt S. 363/48) der Sozialver-  
sicherung nach deren Grundsät-  
zen, d. h. Kriegsinvalidenrente  
wird nur gezahlt, wenn der Kriegs-  
teilnehmer mindestens 66 $\frac{2}{3}$  v. H.  
erwerbsgemindert ist oder als  
Mann das 65. und als Frau das  
60. Lebensjahr vollendet hat. Ver-  
sorgung erhalten nur die Witwen,  
die über 60 Jahre alt oder zu  
66 $\frac{2}{3}$  v. H. erwerbsgemindert sind  
oder die ein Kind im Alter bis zu  
3 Jahren oder zwei Kinder im Alter  
bis zu 8 Jahren zu versorgen haben.  
Waisenrente erhalten die Kinder  
des Verstorbenen bis zur Beendi-  
gung des Schulbesuches oder der  
Lehrausbildung. Die Renten werden  
wie die Renten der Sozialversiche-  
rung berechnet, also nach dem Ge-  
samtarbeitsverdienst des Kriegsteil-  
nehmers (-> Renten). Die Witwen-  
rente beträgt nach der VO über

die Anpassung der Versorgungsbe-  
stimmungen für die Kriegsinvali-  
den usw. an die Vorschriften der  
Sozialversicherung vom 16. 3. 1950  
(GBl. S. 191) 50 v. H., für Voll-  
waisen 35 v. H., für Halbwaisen  
25 v. H. der Rente, die für den  
Verstorbenen festzusetzen wäre.  
Die Mindestrenten sind die glei-  
chen wie in der Sozialversicherung.  
Bei Nebeneinkünften des Kriegs-  
opfers aus Arbeit, Vermögen oder  
sonstigen Einnahmequellen ermäs-  
sigt sich die Rente auf  $\frac{3}{10}$ , wenn  
Rente und Nebeneinkünfte den Be-  
trag von 180 DM Ost übersteigen.  
Die K. in der SBZ ist also wesent-  
lich schlechter als die Versorgung  
nach dem Bundesversorgungsges-  
etz, nach dem zum Beispiel ein  
Kriegsinvalide schon Anspruch auf  
Rente hat, wenn er nur zu 25 v. H.  
beschädigt ist. Elternrente gibt es  
im Gegensatz zur Regelung in der  
Bundesrepublik in der SBZ über-  
haupt nicht. (-> **Sozialversiche-**  
**rung- und Versorgungswesen)** [425]

**KRIEGSVERBRECHERPROZESSE:** Mit  
der Auflösung der sowjetischen  
-\* **Konzentrationslager** in der SBZ  
wurde ein Teil der bisher Inter-  
nierten auf freiem Fuss gesetzt, ein  
grosser Teil in die SU deportiert,  
etwa 3500 Personen wurden der  
Zonen-Justiz zur Aburteilung über-  
geben. Die Aburteilungen angebli-  
cher Kriegs- und Nazi-Verbrecher  
fanden in den Monaten April bis  
Juli 1950 in Waldheim/Sachsen  
durch 12 Grosse und 8 Kleine  
Strafkammern statt. Als Richter  
amtierten besonders ausgewählte  
und linientreue SED-  
-> **Volkssrich-**  
**ter** aus der ganzen Zone. Das  
gleiche war bei den Staatsanwäl-  
ten und dem sonstigen Personal  
der Fall. Grundlage zur Verurtei-  
lung bildete in der Regel die  
Übersetzung eines in russischer  
Sprache abgefassten Protokolls,  
welches meist nicht ganz eine Seite  
füllte und die angeblich von dem  
Beschuldigten begangenen Straf-  
taten erwähnte. Im Ermittlungsver-  
fahren in Waldheim wurden die  
Beschuldigten durch besonders ge-  
schulte Polizeikräfte noch einmal  
vernommen und mussten einen Le-  
benslauf und eine Vermögenszer-  
klärung abgeben. Auf diese Un-  
terlagen stützte sich die Anklage  
der -> **Staatsanwaltschaft.** Die An-  
klageschrift durfte von den Ange-  
klagten durchgelesen, musste dann  
wieder abgegeben werden. Ver-  
teidiger wurden nicht zugelassen,  
desgleichen keine Zeugen. Ann  
Schluss der gesamten Aktion, die  
unter Leitung von Dr. Hildegard  
Heinze und vier anderen SED-  
Funktionären stand, wurden etwa  
10 öffentliche Prozesse gegen An-  
geklagte durchgeführt, denen wirk-  
lich Straftaten vorgeworfen wer-  
den konnten. In allen anderen  
Verfahren in Waldheim war die

Öffentlichkeit ausgeschlossen (-> **Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen**). Von 38 Todesurteilen wurden in der Nacht zum 4. 11. 1950 32 vollstreckt (-> **Todesstrafe**). Im übrigen wurden Strafen zwischen 6 Jahren Gefängnis und lebenslänglichem Zuchthaus verhängt. Nach der Verurteilung erhielten die Angehörigen der Verurteilten nach teilweise über 5 Jahren das erste Lebenszeichen von den Inhaftierten. Seitdem wurde es den Verurteilten gestattet, monatlich einen Brief von 15 Zeilen zu schreiben und zu empfangen sowie in längeren unregelmässigen Abständen ein Lebensmittelpaket mit genau vorgeschriebenem Inhalt zu erhalten. Im Herbst 1952 wurde, unter dem Druck der öffentlichen Meinung der freien Welt, ein Teil der Verurteilten vor Ablauf der Strafzeit entlassen. Weitere vorzeitige Haftentlassungen erfolgten im Juli 1954 und im Jahre 1956, so dass jetzt fast alle Waldheim-Verurteilten die Freiheit zurück-erlangt haben. Das West-Berliner Kammergericht hat in einem nach § 15 des «Gesetzes über die in-nerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen» durchgeführten □ berprüfungsverfahren erkannt, dass die Waldheim-Urteile wegen der im Verfahren und bei der Urteilsfindung festzustellenden Rechtsverletzungen schlechthin als nichtig, also als Nicht-Urteile angesehen werden müssen.

**KRIMINALITÄT:** Bis zum Jahre 1955 wurden Zahlen über den Stand der K. in der SBZ nicht veröffentlicht. Erstmals wurde 1956 eine Übersicht über die K. mit der Bekanntgabe der Gerichtsstatistik gegeben. Mit deren Zahlen wird zuweisen versucht, dass die K. in der sozialistischen «DDR» in ständigem Absinken begriffen sei, während sie in der kapitalistischen Bundesrepublik immer mehr ansteige. Diese Erscheinung wird, wie so vieles andere auch, auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt. «Es gibt keine Gemeinsamkeiten zwischen der K. des Kapitalismus und der K. in einem sozialistischen Staat. Die K. hat unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht einen gänzlich anderen Charakter. In unserer Gesellschaft wurden jene Erscheinungen beseitigt, die die K. gesetzmässig erzeugen. Wirtschaftskrisen sind unserem gesellschaftlichen System unbekannt. Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Ruin, kurzum alle jene Folgen, die das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus tagtäglich in den vielfältigsten Formen auslöst, sind unserer Ordnung fremd. Wie die gesamte Rechtsordnung, so entsprechen insbesondere auch die

Strafgesetze den Interessen der Werktätigen. Es gibt keinen objektiv begründeten Widerspruch zwischen dem im Gesetz zum Ausdruck kommenden Willen und den Interessen der überwältigenden Volksmehrheit. Antagonistische Widersprüche zwischen den Interessen des einzelnen Werktätigen und denen der Gesellschaft existieren nicht\* («Neue Justiz» 1958, S. 401). Die Gerichtsstatistik der SBZ muss mit den Vorbehalten betrachtet werden, die grundsätzlich fügen Ergebnisse der sowjetzonen -> **Statistik** angebracht sind. Einen genauen Überblick über die tatsächliche K. gibt diese Statistik schon deswegen nicht, weil sie sich auf die Angabe der gerichtlich verurteilten Personen beschränkt, eine Gegenüberstellung zwischen bekannt gewordenen Verbrechen und Vergehen zu den ermittelten und verurteilten Tätern aber nicht enthält. Gerade eine solche Gegenüberstellung, wie sie in der für die Bundesrepublik vom Bundeskriminalamt erstellten Statistik enthalten ist (Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1958, S. 97), wäre aber besonders aufschlussreich und liesse auch die Qualität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit erkennen. Diese Schwächen der Gerichtsstatistik werden im sowjetzonalen Just.-Min. nicht verkannt: «Dadurch, dass nicht auf allen Stufen jeweils dieselbe K. erfasst wird und die Zahlen untereinander demzufolge nie „aufgehen“ können, sondern sich im Gegenteil stets - und mitunter nicht einmal unbeträchtliche - Differenzen ergeben, bleibt bei der Arbeit mit den derzeitigen kriminalistischen Zahlen zuviel Raum für Spekulation. Statt dass uns die Statistik bei der Erlangung eines genauen Überblicks hilft, veranlasst sie uns mitunter zu unfruchtbarer Raterei» («Neue Justiz» 1958, S. 18). Mit Hilfe der Gerichtsstatistik wird behauptet, dass die K. in der SBZ im Jahre 1957 um mehr als 50 v. H. geringer als jemals in Deutschland seit dem Jahre 1882 gewesen sei. Die weitere Behauptung, dass die K. in der Bundesrepublik dreimal so hoch sei wie in der SBZ, erscheint schon dann in einem erheblich anderen Licht, wenn man einmal die Verkehrsdelikte ausklammert. Diese umfassen in der Bundesrepublik 42 v. H. aller verurteilten Personen, während es in der SBZ nicht ganz 5 v. H. sind. Für das Jahr 1957 entfallen nach den Ziffern der sowjetzonalen Gerichtsstatistik auf 100'000 strafmündige Personen 467 Verurteilte; in Ost-Berlin, das bewusst in diese Zahl nicht einbezogen ist, 688 Verurteilte. In der Bundesrepublik einschliesslich West-Berlin betrug diese



Häufigkeitsziffer im Jahre 1956 1342 Verurteilte, bei Nichtberechnung der Verkehrsdelikte 779 Verurteilte. Auffallend an der sowjetzonalen Gerichtsstatistik ist schliesslich, dass ausgerechnet in den ländlichen Bezirken (Neubrandenburg, Rostock, Frankfurt/O.) die K. um die Hälfte grösser sein soll als in den dicht besiedelten Bezirken (Leipzig, Dresden, Chemnitz).

Als Quelle der noch vorhandenen K. in der SBZ werden angesehen «der unheilvolle Nachlass des Kapitalismus im Denken und Handeln der Menschen», «die unmittelbaren, gelenkten und spontanen Einflüsse des Kapitalismus von aussen (Angriffe und Bestrebungen konterrevolutionären Charakters)» und die «in Wort, Schrift und Bild (Fernsehen!) von Westdeutschland und West-Berlin ausgehende Atmosphäre, die die Keime des Verbrechens ausspeit» («Neue Justiz» 1958, S. 402). Eigenartig ist aber, dass die SU nach den Ausführungen des Justizministers der RSFSR, Boldyrew, noch heute vor denselben Schwierigkeiten steht: «Die Aufgaben des Aufbaus des Kommunismus fordern vor allem die Liquidierung solcher kapitalistischer Überreste, die in den verschiedenen Arten von Verbrechen in Erscheinung treten. Deshalb steht vor den Organen der Justiz und anderen Organen, die unmittelbar berufen sind, die K. zu bekämpfen, die praktische Aufgabe, in historisch kürzester Frist die K. in unserem Land zu beseitigen.

Die Aufgabe, die K. in historisch kürzester Frist zu beseitigen, kann selbstverständlich nicht allein durch das Gericht, die Staatsanwaltschaft und die Miliz erfüllt werden. Sie kann nur dann gelöst werden, wenn alle Staatsorgane daran aktiv teilnehmen und die breite Öffentlichkeit unter Führung der Kommunistischen Partei mit einbezogen wird» («Neue Justiz» 1959, S. 297). Zur Beseitigung der noch vorhandenen K. soll daher wesentlich die **\* gesellschaftliche Erziehung** beitragen.

**KRISE:** Nach marxistischer Auffassung Phasen im Geschichtsprozess, in denen die **\* Produktionsverhältnisse** in widerspruchsvolle Spannungen geraten. K. sind Vorzeichen des heranreifenden dialektischen Sprungs (Revolution). **\*Marx** stellte die zyklische K.-Theorie auf. Er behauptete, dass der kapitalistische Marktmechanismus zwangsläufig in den Kreislauf von Überproduktion, folgender Arbeitslosigkeit und folgender Unterkonsumtion gerate. Er folgerte hieraus, der Kapitalismus werde durch in immer kürzeren Abständen sich wiederholende und ständig sich

verschärfende Überproduktions-K. zugrunde gehen und gleichzeitig die Voraussetzungen für die proletarische Revolution schaffen. Nach **\* Stalin** ist der Kapitalismus durch die Russische Oktoberrevolution und Entwicklung der SU zur Weltmacht in seine **Allgemeine K.** eingetreten, vor allem gekennzeichnet durch die Aufspaltung des früher einheitlichen kapitalistischen Weltmarktes in zwei parallele Weltmärkte. (→ **Kapitalismus**, → **Marxismus-Leninismus**, → **Stalinismus**, **\* Historischer Materialismus**, → **Imperialismus**, → **Lager**)

**KRISE DES KAPITALISMUS, ALLGEMEINE: – Krise.**

**KRITIK UND SELBSTKRITIK:** Im ursprünglichen wissenschaftstheoretischen Wortsinn darauf hinzielend, dass jedes Urteil, weiterhin auch jedes Verhalten und jede Werthaltung ständiger vernunftorientierter Überprüfung sowohl seitens des Aussernden – Selbstkritik – wie auch seitens der Umwelt bedarf, sind K. und S. im Pj. zu wesentlichen Elementen der Parteikontrolle über den einzelnen und der **revolutionären → Wachsamkeit** in den eigenen Reihen geworden. Massstab für K. und S. ist demgemäss nicht die Vernunft, sondern das Parteidogma und die jeweils geltende → **Generallinie**. Demzufolge darf K. immer nur an Auswüchsen des Systems, nie aber am System selbst geübt werden. (**\* Demokratischer Zentralismus**).

Ausserdem ist die K. «eingepflanzt». Nicht planmässige K. wird unterbunden und hat für den Kritisierenden gefährliche Folgen. Jede K. findet ihren Sinn erst durch die dazugehörende S. Diese hat in einer möglichst schonungslosen und selbstentwürdigenden Blossstellung des sich selbst Kritisierenden zu erfolgen. Die S. erfolgt immer öffentlich: in Versammlungen auf Grund von gesteuerten Angriffen aus der Zuhörerschaft, auf Partei; schulen und -lehrgängen, wobei jeder Teilnehmer jede Phase auch seiner privaten Entwicklung darstellen und zur Diskussion stellen muss. Bei prominenten Personen wird die K. und S. mit Vorliebe in der Presse geführt, mit dem Zweck, nicht nur den Betroffenen öffentlich zu diffamieren, sondern auch unter den anderen Funktionären eine permanente Angst- und Schreckenspsychose zu erzeugen. Eine weitere Funktion der K. und S. ist, für offensichtliche Misserfolge einzelne Personen verantwortlich zu machen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime auf diese abzulenkten. [143, 331]

**KRÖGER, HERBERT:** \* 15. 7. 1913 in Dortmund als Sohn eines Beam-

ten<sub>2</sub> Oberschule, Studium der Staats- und Rechtswissenschaften, Dr. jur., 1. 5. 1937 Eintritt in die NSDAP, SS-Oberscharführer. Im Krieg Oberleutnant d. R., bei Stalingrad in Kriegsgefangenschaft geraten, Besuch einer Antifaschule, dort Assistent und Personalsachbearbeiter von \* **Zaisser**. 1947 Rückkehr nach Deutschland, -\* **SED**, Professor an der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst-Zinna, jurist. Mitarbeiter des -> **ZK** der **SED**. Direktor des Instituts für Staats- und Verwaltungsrecht und Dekan der jurist. Fakultät. Nov. 1955 Rektor der **Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft** «**Walter Ulbricht**», Leiter der Abt. Staats- und Verwaltungsrecht des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaften und 2. Direktor des Instituts für Staats- und Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Seit Okt. 1956 Mitgl. des Redaktionskoll. des theoretischen Organs der **SED**, «Einheit». Seit Okt. 1950 Abgeordneter der -\* **Volkskammer**. K. ist vor allem als Vertreter der -> **KPD** vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bekannt geworden.

**KROLIKOWSKI, WERNER:** 1955 1. Sekretär der **SED**-Kreisleitung Greifswald, 1958 Sekretär für Agitation und Propaganda in der **SED**-Bezirksleitung Rostock, seit Mai 1960 als Nachfolger von **Fritz** -> **Reuter** 1. Sekretär der -> **SED**-Bezirksleitung Dresden.

**KUBA:** Abk. für **Kurt-Barthel**.

**KUCKHOFF, GRETA, geb. LORKE:** \* 14. 12. 1902. Lyzeum und Oberlyzeum in Frankfurt/Oder. Studium der Volkswirtschaft von 1924 bis 1927 in Berlin und Würzburg und von 1927 bis 1929 in Madison/Wisconsin (USA). Danach Assistentin eines Züricher Rechtsanwalts, Lehrerin für amerikanisches Wirtschaftsrecht in Berlin, wissenschaftliche Assistentin an der Universität Frankfurt. Heiratete den Schriftsteller Adam K., arbeitete illegal in der «Roten Kapelle». 1942 verhaftet, zum Tode verurteilt, zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt. 1945 aus dem Zuchthaus Waldheim von der Roten Armee befreit. - **KPD**, - **SED**. Bis 1946 stellv. Leiterin des Ernährungsamtes in Berlin. 1948 Mitglied des Sekretariats der -> **DWK**, 1949 Hauptabteilungsleiterin im Aussenministerium, seit 1. 12. 1950 Präsident der **Deutschen Notenbank** mit Sitz und Stimme im Ministerrat. Ende April 1958 von Prof. **Martin** - **Schmidt** abgelöst. Seit 1958 Vizepräsidentin des **Deutschen** - **Friedensrates**. Von 1949 bis 1958 Abgeordnete der - **Volkskammer**.

**KUCZINSKI, JURGEN:** \*17.9.1904 in Elberfeld als Sohn eines Amts-

direktors. Gymnasium, Studium der Geschichte, Philosophie und Nationalökonomie, Dr. phil. Statistiker und wissenschaftl. Schriftsteller, veröffentlichte wiederholt Artikel im **KPD**-Organ «Rote Fahne». Nach 1933 Emigration nach London, nach 1945 in die **SBZ**, 1946 - **SED**, führende Funktionen im Kulturbund, 1947 Präs. d. Gesellschaft zum Studium der Kultur der **SU** (**Gesellschaft für - Deutsch-sowjetische Freundschaft**), 1950 von **Friedrich** - **Ebert** abgelöst. Professor an der Humboldt-Univ. in Ost-Berlin für Pol. Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte, 1955 Dekan der Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät, mehrere Jahre Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts. Seit 1955 Mitherausgeber der Zeitschrift «Sowjetwissenschaft», Mitautor des Buches «Weltall-Erdemensch», das für die atheistische Jugenderziehung benutzt wird. Nach 1956 mehrmals wegen «revisionistischer Tendenzen» von der **SED**-Führung kritisiert, vor allem im Zusammenhang mit einer Artikelserie in der «Einheit». Übt auf der Hochschulkonferenz 1958 Selbstkritik, gestand «ernste Fehler» ein. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. «Labour-Conditions in Western Europe 1820-1935», 7 Bde., «So werden Kriege gemacht», Reiseberichte über die **SU**.

**KULTUR, MINISTERIUM FÜR:** -\* **Ministerium für Kultur**.

**KULTURBOLSCHEWISMUS:** Tendenzöser Sammelbegriff für gewisse extrem rationalistische Strömungen im Kunst- und Geistesleben, die nach einer vor allem vom Nationalsozialismus propagierten Vorstellung im Bolschewismus ihren Ursprung oder Rückhalt haben sollten. Tatsächlich waren derartige Strömungen (wie abstrakte Malerei, expressionistische Lyrik, atonale Musik und der Bauhausstil) in der **SU** viel weniger zu Haus als in Westeuropa, und die heutige Kunstpolitik der **SU** und somit auch der **SBZ** lehnt sie völlig ab. (-\* **Bildende Kunst**, -> **Formalismus**, -> **Funktionalismus**, -\* **Konstruktivismus**, -> **Literatur**)

**KULTURBUND, DEUTSCHER:** Der **DK** wurde als Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands im Juli 1945 auf Initiative der -\* **SMAD** gegründet und hatte (nach einem Beschluss seines 3. Bundeskongresses 1951) «die Aufgabe, alle Angehörigen der Intelligenzberufe zu vereinigen». Er betätigte sich zunächst interzonal und dem Anschein nach überparteilich, doch traten früh kommunistische Tendenzen deutlich hervor, so dass die Nichtkommunisten den **DK** nach und nach verliessen und sein

Wirken im amerikanischen und britischen Sektor von -> **Berlin** im November 1947 von den Kommandanten untersagt wurde. In den Folgejahren, vor allem unmittelbar nach der Proklamation des -> **Neuen Kurses** im Sommer 1953, trat der DK, vor allem dann in Erscheinung, wenn es sich darum handelte, die westdeutsche oder ausländische Geisteswelt im Sinne der Propaganda des **realen -> Humanismus** anzusprechen. Obschon die politische Zweckbestimmung und Ausrichtung des DK, immer weniger zu verkennen war, war er häufig «Brutstätte» revisionistischer Tendenzen (-> **Abweichungen**) und darum ein Gegenstand der Sorge und des Misstrauens für die SED-Führung. Im -> **ZK** der -> **SED** wurde er immer wieder scharf kritisiert und vor allem für die geringen Fortschritte in der Heranbildung einer «sozialistischen -> **Intelligenz**» verantwortlich gemacht. Auf dem 5. Bundeskongress im Februar 1958 trug der DK, dieser Kritik durch ein neues Programm, umfangreiche Veränderungen in seinen Führungsgremien und Annahme seines neuen Namens Rechnung. In dem Programm heisst es jetzt u. a.: Der DK, «arbeitet für eine reiche und vielgestaltige sozialistische Kultur», «fördert . . . besonders das Schaffen nach der schöpferischen Methode des sozialistischen -> **Realismus**», «dient der Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution im Dorf», «arbeitet im Geiste des sozialistischen Patriotismus», «bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft . . . mit dem Lager sozialistischer Völker und Staaten, das vom ersten, erfahrensten und stärksten sozialistischen Land, der Sowjetunion, geführt wird». In jüngster Zeit waren die Ergebnisse der -> **Bitterfelder Konferenz** für Inhalt und Richtung der Arbeit des DK, bestimmend; zusammen mit dem -> **Ministerium für Kultur** und dem ZK der SED war er Träger der Kulturkonferenz von 1960. Einrichtungen des DK, sind vor allem die -> **Klubs der Intelligenz**; daneben hat er Hochschulgruppen, Ortsgruppen (1959: 1220) und Arbeitsgemeinschaften. Je eine Zentrale Kommission steuert die Hauptarbeitsgebiete «Natur- und Heimatfreunde» und -> **Philatelie**; zum Aufgabenbereich der ersteren gehören auch die von Bezirkskommissionen herausgegebenen Heimatzeitschriften; auch die Fotografie wird vom DK, «betreut». Der DK, veranstaltet Vorträge, Diskussionen, Dichterlesungen, Konzerte, Führungen, Ausstellungen und Wettbewerbe. Die ihm früher angegliederten Fachverbände der Schriftsteller, bildenden Künstler

und Musiker wurden am 1.4.1952 selbständig. (**Deutscher -> Schriftstellerverband, Verband -> bildender Künstler Deutschlands, Verband deutscher -> Komponisten und Musikwissenschaftler**) Präsident des DK, ist seit dem 5. Bundeskongress der Generalintendant **Max -> Burghardt**; er löste **Johannes R. -> Becher** ab. Der DK, ist Eigentümer des Aufbau-Verlages; seine Zeitschrift ist der «Aufbau». [509]

**KULTURDIREKTOR:** Ehemals ein mit den Befugnissen eines stellv. Betriebsdirektors ausgestatteter Funktioniär, der für die «Entfaltung der -> **kulturellen Massenarbeit**» zuständig war. Seine Aufgaben werden jetzt von gewerkschaftlichen Organisationen wahrgenommen. (-> **Arbeitsdirektor**)

**KULTURELLE MASSENARBEIT:** Pj. für alle Massnahmen der -> SED, die unter Ausnutzung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen und meist unter Missbrauch kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen im Sinne der SED bewussteinbildend und produktionsfördernd auf die Bevölkerung wirken sollen. Hauptträger der KM, sind die Gewerkschaften (->FDGB). Wichtigste Aufgaben der KM, sind: 1. Ideologische und politische Aufklärungsarbeit, 2. Erhöhung der «fachlich-wissenschaftlichen» Kenntnisse der Werktätigen, 3. Erhöhung des «sozialistischen Bewusstseins» durch Volkskunst, Film, Theater, Zirkel der bildenden Kunst usw. Diesen Zwecken soll die Einrichtung von «Kulturklubs», -> **Kulturkommissionen**, «Kulturhäusern» u. ä. dienen. Für die KM, werden sowohl im -> **Staatshaushalt** als auch im Haushalt der Gewerkschaften und der Betriebe erhebliche Mittel bereitgestellt. Um die Belegschaftsmitgl. für Veranstaltungen der KM, zu interessieren, werden Zirkel für Gesang, Volkstanz, Laienspiel, Fotografie u. a. unterhalten. (-> **Kulturpolitik, -> Kulturfonds, betriebliche -> Kulturstätten, -> Freizeitgestaltung**)

**KULTURELLER AUSTAUSCH:** Pj. für die Bemühungen des Regimes, die künstliche Abschnürung der SBZ vom deutschen Westen durch gesteuerte Aktionen ebenso künstlich zu überwinden. Von westdeutscher Seite werden diese Aktionen als parteipolitische Manöver abgelehnt; ihnen wird die Forderung nach völliger Freiheit des Verkehrs entgegengesetzt, durch die die SBZ alsbald wieder den natürlichen Anschluss an das Geistesleben der westlichen Welt gewinnen würde. Der spontane und individuelle wissenschaftliche und künstlerische Austausch zwischen SBZ und Bundesrepublik, der unabhängig von den Propaganda-Aktionen immer,

wenn auch mit Schwankungen, fortbestanden hatte, wird seit Jahren durch polizeistaatliche Massnahmen des SED-Regimes mehr und mehr abgedrosselt. (-> **Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland**)

**KULTURELLES ERBE:** Auch **deutsches**

**Kulturerbe** oder nationales **Kulturerbe**, Pj. für Entwicklungslinien der deutschen Geschichte oder überkommene Werte deutschen Geisteslebens, soweit diese sich «mit den fortschrittlichen Zielsetzungen der DDR in Kunst, Literatur und Wissenschaft organisch verbinden» lassen. Das Geschichtsbild knüpft in diesem Sinne zunächst bei den Bauernkriegen, dem Jahr 1848 und der deutschen Arbeiterbewegung an; im Juli 1950 bezeichnete der Parteitag der SED es als «grundlegende Aufgabe», «eine neue demokratische deutsche Kultur zu schaffen (I), die – auf dem grossen deutschen Kulturwerke aufbauend – auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ausdruck bringt», und etwa seit 1952 werden mit der Wendung zur nationalen Geschichtsbetrachtung, allzu offenbar Hand in Hand mit der Konsolidierung des Sowjetzonen-Regimes und seiner Remilitarisierung, die Freiheitskriege, die Zeit der Reformen und andere Abschnitte ausgesprochen nationaler Überlieferung in das KE. einbezogen. In der bildenden Kunst (-> **Architektur**) und Musik sind es Klassik und Klassizismus, in der Literatur neben Goethe und Schiller vor allem Lessing und Heine, die dazu erhalten müssen, «die moralischen und politischen Energien des deutschen Volkes an Hand der grossen Beispiele der Vergangenheit zu erwecken und sein geschichtliches Bewusstsein zu mobilisieren für den heutigen Kampf um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen, souveränen und friedliebenden Deutschlands» (L. Stern, 1949). (-> **Kulturpolitik**, -> **Kunstpolitik**) (512 517 525)

**KULTURERBE, DEUTSCHES:** -> **Kulturelles Erbe.**

**KULTURERBE, NATIONALES:-> Kulturelles Erbe.**

**KULTURFONDS:** 1949 auf Grund der ersten -> **Kulturverordnung** geschaffener Finanzstock zur «planmässigen Verteilung von kulturellen Aufgaben, für die Erhöhung der Aktivität der Kulturschaffenden . . . sowie für die Förderung junger Kräfte auf allen Gebieten des kulturellen Lebens». Der K. wird aus Eintrittskartenzuschlägen bei unterhaltenden und kulturellen Veranstaltungen sowie aus Preis-

aufschlägen beim Verkauf von Schallplatten (10 Pf je Platte) gebildet, auch für jeden benutzten Rundfunk- und Fernsehempfänger müssen monatlich 5 Pf an den K. abgeführt werden. In einer Anordnung vom April 1960 wurde als Zweckbestimmung der Mittel des K. «die Entwicklung und volle Entfaltung des sozialistischen Kulturlebens» neu formuliert. Der K. wird von einem Kuratorium, dem Staats- und Parteifunktionäre und Vertreter der «Massenorganisationen» angehören, verwaltet. Die Mitgl. des Kuratoriums werden vom Minister für Kultur ernannt und abberufen. Damit ist sichergestellt, dass die Mittel des K. ausschliesslich entsprechend dem Propagandabedürfnis des Regimes verwendet werden.

**KULTURHAUS:** Gebäude, das der kulturellen und politischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Dorfe dienen und in jeder Gemeinde errichtet werden soll (GBI. 37/1952). Diese Forderung ist jedoch infolge der noch notwendigen Wirtschaftsbauteilen bis heute nicht annähernd erfüllt. So begnügt man sich z. T. mit Klubräumen und Bauernstuben, die dem gleichen Zweck der ideologischen Beeinflussung dienen und attraktiv mit Fernsehempfängern ausgestattet werden. (-> **Dorfplan**)

**KULTURKOMMISSIONEN:** Kommissionen der Industriegewerkschaften in den Betrieben, deren Aufgabe ist, die -> **kulturelle Massenarbeit** zu organisieren. Die K. setzen sich in der Regel aus den -> **Kulturorganisatoren** (-> **Betriebskultur**) zusammen, die in jeder -> **Gewerkschaftsgruppe** – der kleinsten organisatorischen Einheit des -> **FDGB** im Betrieb – ernannt werden müssen.

**KULTUROFFIZIER:** -> **Politoffizier.**

**KULTURPOLITIK:** siehe Seite 228.

**KULTURORGANISATOR:** Der K. wird von der -> **Gewerkschaftsgruppe** gewählt und ist innerhalb dieser für die «Kulturarbeit» d. h. also für die politische Aufklärung im Sinne des Regimes verantwortlich. Nach den Richtlinien des -> **FDGB** hat der K. z. B. mit seinen Kollegen in der Gewerkschaftsgruppe die wichtigsten Tagesereignisse an Hand der Tagespresse zu besprechen, die -> **Sichtwerbung** am Arbeitsplatz seiner Kollegen zu organisieren und die Mitgl. seiner Gruppe bei der Auswahl «fortschrittlicher Literatur» zu beraten. Dazu soll der K. in den Arbeitspausen und in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaftsgruppe «persönliche Gespräche» mit den Mitgl. seiner Gruppe führen.

Fortsetzung Seite 231

## KULTURPOLITIK

Auf der ideologischen Grundlage der These -> Stalins von der «aktiven Rolle» des Oberbaues (-> Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus) wird die Kultur als in allen ihren Bereichen manipulierbar verstanden. Manipuliert wird sie in der SBZ im Sinne der bolschewistischen -> Parteilichkeit («Es gibt bei uns . . . nur eine Kulturpolitik: die unserer geliebten, mächtigen Partei der Arbeiterklasse, der SED»; Johannes R.-\* Becher zur Vorbereitung der Kulturkonferenz der -> SED von 1957) und der Liquidation aller geistigen Traditionen der «westlichen», bürgerlichen Welt. Der Bruch der Ideologie, der durch die oben erwähnte These Stalins manifest gemacht wurde, begründet jedoch eine eigentümliche Doppelfunktion der Kultur: zum einen als Gut, das man erwerben oder «erstürmen» kann («Ohne die Erstürmung der Höhen der Kultur kann die Arbeiterklasse ihre grossen Aufgaben, den Sozialismus zum Sieg zu führen, nur schwer erfüllen» - Walter -> Ulbricht im Mai 1959), zum anderen als Instrument des Kampfes «gegen die kanibalischen Lehren der imperialistischen Kriegshetzer» oder als Antriebskraft für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erfüllung der Pläne und den wirtschaftlichen Wettstreit mit der westlichen Welt. Auf dem III. Parteitag der SED, 1951, wurde proklamiert, jeder Versuch, feindliche Ideologien objektivistisch (-\* Objektivismus) darzustellen, bedeute eine Hilfe für diese Ideologien. «Darum ist es die entscheidende kulturpolitische Aufgabe, einen radikalen Umschwung auf allen Gebieten des kulturellen Lebens zu erzielen und mit der Lauheit und dem Versöhnertum unerbittlich Schluss zu machen.» In den folgenden Jahren, insbesondere nach der Proklamation des -\* Neuen Kurses, schien zeitweilig eine liberalere K. Platz zu greifen, aber schon mit der «Programmerkklärung über den Aufbau einer Volkskultur in der DDR» Bechers vom 13. 10. 1954 wurden unter Einbeziehung des Nationalen -> Kulturerbes im wesentlichen die bisherigen Ziele neu formuliert und dabei zugleich der Anspruch auf alleinige Repräsentation der deutschen Kultur durch die «DDR» proklamiert. Ebenso erklärte Alexander -> Abusch auf der Kulturkonferenz der SED im Oktober 1957, «dass unsere Kultur in der DDR die höchste Form der Kultur für das Volk ist, die es in Deutschland gegeben hat». («Neues Deutschland», 24. 10. 1957)

Bestimmt wird diese K. von der 1957 gegründeten Kulturkommission (Vors.: Alfred -\* Kurella) und den einschlägigen Abt. des -> ZK der SED, also von wenigen Spitzenfunktionären dieser Partei, die als «Partei neuen Typs» die zuständigen Behörden (s. u.) über die in ihnen führenden SED-Genossen durch -\* Parteiaufträge «anleitet». Die kulturpolitischen Konzeptionen der KP/SED wurden in einem langjährigen und noch andauernden Prozess durchgesetzt, dessen Etappen etwa folgendermassen bezeichnet werden können: 1. Besetzung der Schlüsselpositionen der Kultur-Institutionen mit Kommunisten. 2. Gleichschaltung der «bürgerlichen» Parteien und Liquidierung aller nichtkommun. Tendenzen auf kulturpolitischem Gebiet. 3. Fesselung der bürgerlichen «Intelligenz\*» und der Kulturschaffenden an das Regime durch Druck und Privilegien. 4. Systematische Massnahmen zum Aufbau einer neuen «Intelligenz-Schicht». 5. Verlagerung des «Kulturkonsums» in die Betriebe und -\* Massenorganisationen. 6. Isolierung der «Kulturschaffenden» gegen den geistigen Austausch mit der freien Welt, soweit er nicht den Zwecken des Regimes und seiner Planökonomik dient. 7. Massiver Einsatz der Staatsmacht zur Durchsetzung des -\* Diamat und des Prinzips der bolschewistischen Parteilichkeit an den Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, des sozialistischen ->

**Realismus** in Kunst und Literatur, des -> **Atheismus** und der **sozialistischen** -> **Moral** gegen Christentum und «bürgerlich»-westlichen Humanismus. Diese letzte Phase hat im Jahre **1957** eingesetzt und ist «dialektisch» als die Antwort des Ulbricht-Regimes auf Tendenzen zur Entwicklung eines «humanen» Sozialismus zu verstehen, die im Gefolge der «Entstalinisierung» und der Ereignisse des Jahres **1956** in Polen und Ungarn auch in der SBZ aufgetreten waren.

Als eine neue Etappe dieses Prozesses, die der «Periode des Sieges des Sozialismus» zugeordnet wird und etwa mit dem Beginn des -\* **Siebenjahresplan** eingeleitet wurde, könnte man die völlige Integrierung (= Einebnung) der «Intelligenz»-Berufe und der Kulturschaffenden in die Arbeiterklasse bezeichnen. Die Polytechnisierung des gesamten Erziehungswesens (-> **Polytechnische Erziehung**) dient u. a. auch diesem Zweck, aber nicht nur Schüler, Studenten und Lehrer, sondern auch Wissenschaftler, Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Musiker und Schauspieler werden angehalten, «in die Betriebe zu gehen» und sich nach Möglichkeit -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit** einzugliedern. Sie sollen nicht nur das Verständnis der «Werk tätigen» für ihr Schaffen oder Anregungen für dieses gewinnen, sondern in den «Werk tätigen» ihren neuen Auftraggeber sehen und sich ihnen zur Kritik ihrer Arbeit stellen. Während einerseits der Künstler für den Verzicht auf «einzelne eigenbrötlerische Gewohnheiten . . . reich entschädigt» werden soll «durch eine vollere Entfaltung seiner schöpferischen Persönlichkeit» und «die sozialistische Gemeinschaftsarbeit . . . auch im künstlerischen Schaffen der Schlüssel für die Lösungen der Aufgaben des Siebenjahresplanes» sein soll (Staatssekretär **Herbert -> Wendt** auf der Kulturkonferenz **1960** des ZK der SED), soll andererseits nachhaltig geförderte laienkünstlerische Arbeit (-> **Laienkunst**) durch Entwicklung «junger Talente» die Grenzen zwischen beruflichem und laienhaftem Kunstschaffen (und damit auch zwischen Können und Dilettantismus) verwischen, wenn nicht aufheben. Die «Einheit von polytechnischer und ästhetischer Erziehung» wird zwar mit der Absicht der «Hebung des kulturellen Niveaus» propagiert, doch führt das gekoppelte Bemühen, die Künstler an die Werkbank zu stellen, die Arbeiter dagegen an den Schreibtisch zu setzen, notwendigerweise zur **Nivellierung des Kunstschaffens**.

Die «Erstürmung der Höhen der Kultur» setzt aber auch die Bildung einer neuen kulturtragenden Schicht voraus, die u. a. mit folgenden Massnahmen betrieben wird: Beseitigung des alten «Bildungsmonopols» durch ein sog. Proletarierkinder begünstigendes Zulassungs- und Stipendien-system (-> **Erziehungswesen**) und durch die Überwachung der «gesellschaftlichen Aktivität» der Bewerber, die in der - **FDJ**, in der **Gesellschaft für -\* Sport und Technik**, neuerdings aber vor allem in den Betrieben (-> **Praktisches Jahr**, -> **Betriebspraktikum**) zu beweisen ist; Zugang zu den -> **Hochschulen** ohne Abitur (-> **Hochschulen**, -> **Arbeiter- und Bauern-Fakultät**), scharfe ideologische Kontrolle bei der Zulassung und Förderung der Hochschulüler, Sonderausbildung von «Werk tätigen» zu Neulehrern, -> **Volksrichtern**, Volksstaatsanwälten, -\* **Arzt Helfern** u. a.; Eröffnung von Möglichkeiten zur -> **Qualifizierung** durch die Einrichtungen der -> **Erwachsenenbildung**, **Technische -> Betriebsschulen**, -> **Betriebsakademien**, -> **Dorfakademien** und durch das -> **Fernstudium**; «Entwicklung der schöpferischen Talente im Volk», Förderung der -> **kulturellen Massenarbeit** und der Volkskunstbewegung als eines gedachten Reservoirs für den Nachwuchs an Dichtern, Musikern und Bühnenkünstlern; Förderung der grösstenteils kommun. -> **Volkskorrespondenten**; «Bewegung des schreibenden Arbeiters» (-> **Literatur**).

Die straff zentralisierte Lenkung der K. liegt bei zwei Ministerien und einem selbständigen Staatssekretariat. Das -> **Ministerium für Volksbildung** (Minister: Prof. Dr. Alfred -> **Lemnitz**) ist zuständig für alle Schulgattungen, für die vorschulische Erziehung, die Berufsausbildung und die Erwachsenenbildung. Universitäten, Hochschulen und Fachschulen (mit Ausnahme einiger, die dem Ministerium für Verkehr zugeordnet sind) unterstehen dem selbständigen Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen (Staatssekretär: Dr. **Wilhelm -> Girnus**). Für alle übrigen Bereiche der K. wurde im Januar **1954 das -> Ministerium für Kultur** errichtet. Bei den Räten der Bezirke und der Kreise gibt es als Unterbau der Verwaltung auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung Abt. für Volksbildung, für Arbeit und Berufsausbildung, für Jugenderziehung bzw. Jugendfragen und (mit wechselnden Bezeichnungen) für Kultur, Kultur und Kunst, Kunst und kulturelle Massenarbeit.

Dass es auf dem gesamten Gebiet des Erziehungswesens nur noch staatliche Institutionen gibt, bedarf kaum der Erwähnung; selbst die privaten Musiklehrer werden vermutlich nach und nach von den -> **Volksmusikschulen** verdrängt werden. Aber auch in allen anderen Bereichen des Kulturlebens wird nichts dem -> **Selbstlauf** überlassen. Zur Anleitung und Kontrolle bedienen sich Partei und Staat vielfältiger Methoden und Institutionen; von den letzteren haben zahlreiche scheinbar den Charakter von freien Vereinigungen oder Berufsverbänden, obschon sie in Wahrheit Instrumente des kulturpolitischen Dirigismus sind. Vor allem ist hier der **Deutsche -> Kulturbund** zu nennen, der sich aus einem Diskussionsforum der Intelligenz zum Steuerungsorgan des Ministeriums und der SED entwickelt hat.

Die Grundlagenforschung, vor allem soweit sie von Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau, aber im übrigen politisch weniger relevant ist, wurde noch bis ins die jüngste Zeit möglichst ungestört gelassen, aber in einer Reihe von Instituten zentralisiert; die Forschungsaufgaben werden neuerdings durch den **Deutschen-\* Forschungsrat** zentral zugewiesen. Auch in der **Deutschen -\* Akademie der Wissenschaften** wird «gesellschaftswissenschaftlichen» und planwirtschaftlich bedeutsamen Aufgaben immer mehr Raum gegeben; es entstanden ferner zahlreiche neue **wissenschaftliche -> Akademien** und Institute, durchweg dazu bestimmt, den von der SED geforderten «radikalen Umschwung\*» auf allen Gebieten der Kultur durchzusetzen.

Alle -> **Theater**, fast alle Lichtspieltheater und die gesamte Filmproduktion (-> **Filmwesen**) sind verstaatlicht, und als Konzertveranstalter kommen neben staatlichen nur die Institutionen der -> **kulturellen Massenarbeit** in Betracht. Das Vermittlungswesen auf dem Gebiete der Musik, des -> **Kabarets** usw. wurde in der **Deutschen -\* Konzert- und Gastspiel-direktion** monopolisiert, und ein zentraler, von der SED kontrollierter Bühnennachweis lenkt den «Einsatz» der darstellenden Künstler. Alle grösseren Buchverlage (-> Verlagswesen) sind ebenfalls verstaatlicht; die gesamte Buchproduktion wird von einer Abteilung des Ministeriums für Kultur angeleitet und kontrolliert.

Der im Kunstleben einst wichtige private Auftraggeber ist durch Ent-eignung nahezu völlig ausgefallen, so dass auch die Freischaffenden (freie Schriftsteller, freie Wissenschaftler, bildende Künstler, Musiker, Architekten) auf den sog. «neuen Auftraggeber werktätiges Volk», d. h. das Regime, angewiesen sind. Damit ist die materielle Existenz der Freischaffenden an ihre Bereitwilligkeit gebunden, öffentliche Aufträge im gewünschten Sinne zu erfüllen. Der «Auftraggeber Volk\*» wird zwar gern

zu «Produktionsberatungen» mit Schriftstellern und Künstlern und zur Kritik ihrer Werke mobilisiert, hat aber nur im Sinne der Parteilinie zu entscheiden, es sei denn, dass er kulturelle Darbietungen, Theaterstücke, Filme usw. durch Fernbleiben von den Veranstaltungen ablehnt. Diesem System der Reglementierung stehen erhebliche Anreize für solche «Kulturschaffenden» gegenüber, die im Sinne der Partei arbeiten. Zu erwähnen sind Steuerermässigungen, bevorzugte Wohnraumbeschaffung, Kredite für Eigenheime, Reismöglichkeiten, Vorteile bei der Ausbildung der Kinder, vorzugsweise -> **Altersversorgung**; ferner Preise und Ehrentitel (z. B. **Verdienter -> Lehrer des Volkes, Verdienter -> Arzt des Volkes**), zum Teil verbunden mit erheblichen einmaligen Geldzuwendungen (+ **Nationalpreis**) und -> Renten (-\* **Intelligenz**).

Zu alledem kommt noch die Lenkung des «Kulturkonsums» durch die «Letztverbraucher». Der Kulturkonsum geht in den Formen eines in die Betriebe verlagerten und eines «freien», ausserhalb der Betriebe sich abspielenden Angebots an Kulturgütern (also Presse, Rundfunk, Vorträge, Theater-, Musik- und Filmveranstaltungen, Literatur) vor sich. Das besondere Interesse des Regimes gilt der -> **Betriebskultur**. Die kulturelle Massenarbeit wendet sich an die Betriebsbelegschaften, besonders der «volkseigenen Betriebe», der «sozialistischen Dörfer» und an die werktätige Jugend. Die kulturelle Massenarbeit wird besonders stark gefördert. Sie ist weitgehend -> **Agitation** und -> **Propaganda**; ihre Hauptformen sind: 1. direkte Aufklärung (Schulung, laufende Agitationseinsätze zu aktuellen staats- und wirtschaftspolitischen Fragen, kollektive organisierte Presselektüre, Wandzeitung, Betriebsfunk); 2. ein ausgebreitetes Vortrags- und Unterrichtswesen zur «fachlichen Weiterqualifikation», das jetzt meist von den Betriebsakademien oder Dorfakademien getragen und durch die -\* **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse** gestellt wird; 3. künstlerische Programme mit gemischt agitatorisch-unterhaltendem Charakter; 4. künstlerische Betätigung von Laien in Chorgruppen, Theaterspielgruppen, Musikgruppen, Literaturgruppen usw., die auch stark von agitatorischen Tendenzen beherrscht ist (-> **Agitprop-Gruppen**). Dabei werden Programm, Texte und Regie-Personal sowohl innerbetrieblich wie auch durch ausserbetriebliche Stellen von Partei und Staat angeleitet und überwacht, so dass der echte Spielwille der Laien immer weniger zu seinem Recht kommt; «reine Kunst» wird selten, allenfalls noch in Form klassischer Musik geboten. Zur «Betriebskultur» gehört ferner der organisierte Besuch «fortschrittlicher», vor allem sowjetischer Theater- und Filmstücke und dessen Vorbereitung und Auswertung. Zur kulturellen Massenarbeit gehören aber auch die Pflege von Steckenpferden, das Spiel (z. B. Schach) und der -> **Sport**.

Im Zeichen der Totalplanung und völliger Unterordnung unter politische Zwecke führt die K. der SBZ offenbar zur Sterilisierung des Geistes-schaffens; Ansätze eines neuen, schöpferischen Hervorbringens sind nicht erkennbar und unter **veränderten Bedingungen** auch nicht zu erwarten.

[26, 333, 501-504, 506, 515, 519, 521, 535, 602, 610, 618]

**KULTURRÄUME:** betriebliche -> **Kulturstätten**.

**KULTURSTÄTTEN, BETRIEBLICHE:** Zusammenfassende Bezeichnung des Pj. für -> **Kultur- und Klubräume**, die für die Zwecke der -> **kulturellen Massenarbeit** durch den -\* **FDGB** in Betrieben, auf dem Lande vielfach durch die -> **MTS** errichtet wurden. Finanziert werden diese Einrichtungen (Er-

richtung und Unterhaltung) teilweise auf Grund der -\* **Betriebskollektivverträge** aus dem **Kultur- u. Sozialfonds**, teilweise aus Mitteln der Gewerkschaftsorganisationen. Auch aus dem Umlaufmittelfonds der Betriebe können Finanzmittel bereitgestellt werden. Die Veranstaltungen in den BK. werden, da sie stets mit kommun. -> **Propaganda** verbunden sind, im allgemeinen nur spärlich besucht.



**KULTUR- UND SOZIALFONDS:** Fonds in den Betriebsfinanzplänen, der für betriebliche Sozialleistungen zur Verfügung gestellt wird. Ihm sind jährlich 1,5 v. H. der geplanten Lohnsumme des Betriebes ohne Rücksicht auf die Planerfüllung zuzuführen. Aus ihm werden Werkkuchen, Kinderferienlager, betriebliche Kulturhäuser sowie Leistungen an Betriebsangehörige zu besonderen Anlässen (Geburt eines Kindes, Todesfall, Jubiläum usw.) finanziert. Der KuS. ist gemeinsam mit dem **Betriebsprämienfonds** an die Stelle des **Direktorfonds** getreten.

**KULTURVERORDNUNG:** Abgekürzte Bezeichnung für die vielzitierte «VO zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz» vom 16. 3. 1950, das früheste Kulturprogramm der SBZ-Regierung. (-> **Kulturpolitik**)

**KÜNDIGUNGSRECHT:** Das K. ist durch VO über K. vom 7. 6. 1951 (GBl. S. 550) neu geregelt und zu Lasten der Arbeitnehmer wesentlich verschlechtert worden. Jede Kündigung bedarf der Zustimmung der -> BGL. Sie muss schriftlich ausgesprochen und begründet werden. Doch genügt die Angabe von Kündigungsgründen wie Strukturveränderung u. ä., hinter denen sich oft Kündigungen aus politischen Gründen verbergen. Die VO regelt nicht nur den Kündigungsschutz, sondern bestimmt auch die Kündigungsfristen, die damit der autonomen kollektiven Gestaltung durch die Sozialpartner (-> **Arbeitsrecht**) und individuellen Vereinbarungen entzogen werden (-> **Arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**). Die Kündigungsfrist beträgt für Angestellte und Arbeiter durchweg 14 Tage vom Tag des Zugangs der Kündigung an gerechnet, die jederzeit ausgesprochen werden kann. Günstigere Bestimmungen gelten nur für die Angehörigen der technischen -> Intelligenz auf Grund eines Einzelvertrages sowie für Lehrer. [418]

**KUNSTKOMMISSION:** Kurzbezeichnung für die am 12. 7. 1951 gegründete «Staatl. Kommission für Kunstangelegenheiten». Unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holtzhauer war sie nach einer Entschliessung des ZK der SED vom 15. bis 17. 3. 1951 für die **Kunstpolitik** der «DDR» verantwortlich. Am 7.1.1954 wurde sie aufgelöst; ihre Aufgaben wurden vom -> **Ministerium für Kultur** übernommen. [501, 503]

**KUNSTLERISCHES VOLKSSCHAFFEN, PREIS FÜR:** Preis in zwei Klassen, der an Einzelpersonen (5'000 DM und 3'000 DM) und Gruppen (5'000 bis 15'000 und 3'000 bis 10'000 DM) für «hervorragende Neuschöpfungen, beispielgebende künstlerische Interpretationen, richtungweisende wissenschaftliche Forschungsarbeit oder vorbildliche kulturpolitische Leistungen auf dem Gebiete des künstlerischen Volksschaffens» verliehen wird. (-> **Auszeichnungen, -> Volkskunst**)

**KUNSTPOLITIK:** -> **Architektur, -> Bildende Kunst, -> Literatur, -> Musik, -> Volkskunst, -> Laienkunst.**

**KUNSTPREIS DER DDR:** Preis in Höhe von 200 DM bis 8'000 DM, der an Einzelpersonen für hervorragende und besondere künstlerische Einzelleistungen auf den Gebieten der darstellenden Kunst, des Films, der Musik und der Bildenden Kunst verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**KUPFERBERGBAU:** Von den gesamtdeutschen Kupfervorkommen liegen etwa vier Fünftel in der SBZ. Das einzige K.-Unternehmen, die Mansfeld-AG., wurde verstaatlicht. K. und -Verhüttung wurden von 1953 bis Anfang 1960 in zwei wirtschaftlich selbständigen -> Kombinat durchgeföhrt, die seitdem wieder als «Mansfelder Kombinat» vereinigt sind. Seit 1945 ist die Kupfererzförderung ständig angestiegen, jedoch nahm der Kupfergehalt der Erze stetig ab. 1952 hatte die Erzförderung den Vorkriegshöchststand erreicht: der Kupfergehalt betrug aber weniger als die Hälfte. 1950 ist im Sangerhäuser Raume ein neues reiches Kupferflöz erkundet worden. Man spricht von einem Reinkupfergehalt in Höhe von 340'000 t, was einem Fünfzehnfachen der jetzigen Jahresproduktion entspräche. Die Ausbeutung ist seit 1954 im Gange. Auch in Niederöbilingen, südlich von Sangerhausen, wurde im Juni 1959 nach mehrjähriger Ausbauezeit ein neuer Schacht mit Teilen in Betrieb genommen. Der erste -> **Fünfjahrplan** sah bis 1955 eine Steigerung der Kupfererzförderung auf 2,65 Mill. t vor. Erreicht wurden jedoch nur 1,33 Mill. t, was einem Reinkupfergehalt von rd. 20'000 t entsprach. Bis 1959 konnte, insbesondere durch Mechanisierung des Abbaus, die Kupfergewinnung aus Eigenerz auf rd. 25'000 t gesteigert werden. Der K. in der SBZ deckt zur Zeit nur etwa ein Viertel des Kupferbedarfs der verarbeitenden Industrien. Der grösste Teil wird importiert, ein geringerer Teil aus kupferhaltigem Schrott gewonnen. Kupfer ist daher Engpass erster

Ordnung. Zahlreiche Verwendungsverbote bestehen. Im **-> Siebenjahrplan** ist eine Ausbeute von 33 300 t Kupfer vorgesehen. Da mit steigender Industrieproduktion auch der Kupferbedarf ansteigt, bleibt weiterhin eine sehr erhebliche Importabhängigkeit bestehen.

**KURELLA, ALFRED:** \* 2.5.1895 in Brieg/Oberschlesien als Sohn eines Arztes. Wandervogel, Freie Deutsche Jugendbewegung. Gymnasium, **1918** Gründer und Vors. der Freien Sozialistischen Jugend in München, Teilnahme am Gründungskongress der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau. **1919 -> KPD, 1924 bis 1926** Direktor der Parteischule des ZK der KP Frankreichs, danach zeitweilig in der SU, Mitarbeiter der **-> Komintern, 1932** Chefredakteur der kommunistischen Zeitung «Monde» in Paris, **1932 bis 1934** Sekretär des «Internationalen Komitees zum Kampf gegen Krieg und Faschismus» in Paris. **1934 bis 1954** in der SU, schriftstellerisch tätig, im 2. Weltkrieg Mitarbeiter der Propagandaabteilung der Roten Armee, **1943** Mitgl. des **-> Nationalkomitees Freies Deutschland** und stellv. Chefredakteur der Zeitung «Freies Deutschland». Nach dem Krieg Aufenthalt in Georgien und Tadschikistan. **1954** Rückkehr nach Deutschland. **1955** Direktor des **-\* Instituts für Literatur** in Leipzig, seit 19. 10. **1957** Vors. der Kommission für Fragen der Kultur beim **-\* Politbüro des -> ZK der - SED**, seit dem V. Parteitag im Juli **1958** Mitgl. des ZK der SED, Kandidat des Politbüros. Mitgl. der **Deutschen -\* Akademie der Künste** in Ost-Berlin, Präsident des **deutschen -> Schriftstellerverbandes** der SBZ. Seit **1958** Abgeordneter der **-\* Volkskammer**. Bücher: «Mussolini ohne Maske», «Ich lebe in Moskau», «Ost und West».

**KUREN DER SOZIALVERSICHERUNG:** Die Sozialversicherung gewährt in der SBZ ausser Heil- und Genesungskuren, wie in der Bundesrepublik, in ihren eigenen Heimen vorbeugende Erholungs-

kuren, jedoch vor allem **-> Aktivisten** und **-> Funktionären**, die damit auf Kosten der Sozialversicherung ihren Urlaub verleben können. Die vorbeugenden Erholungskuren gehen auf Kosten der Heil- und Genesungskuren und sind nicht zu verwechseln mit dem **-> Feriendienst des FDGB**.

**KURORTE:** Kur- und Erholungsmöglichkeiten sind durch **-> Kuren der Sozialversicherung** und **-> Feriendienst des FDGB** stark beansprucht, der Zugang deshalb gesteuert. Unterschieden werden K. (Badeorte, Klima-K. und K. für natürliche Heilweisen), Sanatorien und Erholungsorte. K. und Sanatorien sind nur «auf Grund ärztlicher Indikationsstellung» gemäss Richtlinien, die vom Ministerium für Gesundheits- und Sozialwesen und FDGB gemeinsam erlassen werden, zugänglich, für «Urlaubsreisende» dagegen gewöhnlich gesperrt. Als K. gelten aber auch die **Seebäder** der Ostseeküste, über ihre Plätze verfügt in den Sommermonaten der Feriendienst des FDGB. Auch andere Orte können einbezogen werden. Nur die vom FDGB nicht benötigten Plätze werden «freigegeben». (**-\* Gesundheitswesen**)

**KURSANT:** Aus der russischen Sprache übernommene Bezeichnung für Rekruten der **-> KVP**, seit **1956** der **-> Nationalen Volksarmee**; auch für Teilnehmer politischer Internatsschulen.

**KVP: Abk. für -> Kasernierte Volkspolizei.**

**KVPD:** Abk. für **Kasernierte Volkspolizei-Dienststelle**, Tarnbezeichnung für Regimenter, Offiziers- oder Waffenschulen oder selbständige Einheiten der sowjetzonalen milit. Verbände. Diese Abk. hatte Bedeutung von Jan. **1951** bis Anfang **1952**, wenn sie auch bis Jan. **1956** offiziell bestehen blieb.

**KWU: -> Kommunalwirtschaftliche Unternehmen**, seit Anfang **1951** als «volkseigene» Betriebe organisiert. (**-\* Örtliche Wirtschaft**)

## L

**LAGER:** «Zwei L.\*, in bolschewistischer Sicht die Grundverfassung der menschlichen Gesellschaft im imperialistischen Endstadium des Kapitalismus, der in seine «Allgemeine Krise eingetreten sei. Die vor allem von Stalin und A. A. Shdanow nach dem 2. Weltkrieg ausgearbeitete Theorie der 2 L. behauptet, dass es in der **Allgemeinen -\*■ Krise des Kapitalismus** keine dritte ausgleichende oder mittlere Position zwischen den Lagern des Weltbolschewismus («sozialistisches L.\*) und des «Kapitalismus» gibt. Ersteres verkörpert im Sinn der Theorie des **-\*■ Marxismus-Leninismus** den «Fortschritt» (zu Agitationszwecken als «L. des Friedens» bezeichnet) und wird von den bolschewistisch regierten Staaten (-> **Ostblock**) geführt, die zugleich die Interessen der -> **Werktätigen** bzw. der «Völker\*» in den kapitalistischen, halbkolonialen und kolonialen Ländern wahrzunehmen beanspruchen. Demgegenüber verkörpere das kapitalistische L. die «Reaktion\*» und diene der Erhaltung des Status quo, der Konsolidierung und weiteren Ausweitung der Macht der Bourgeoisie und ihrer Monopole mit allen, auch militänten Mitteln («L. des Krieges»); es werde von den bourgeoisen Minderheiten getragen, die angeblich die Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur beherrschen. Seit Stalins Tod, insbesondere seit dem 20. Parteitag der KPdSU, Umdeutung und Erweiterung der L.-Theorie: neben dem unverändert als «L. des Friedens\*» bezeichneten «Sozialistischen L.» sei eine «Zone des Friedens» entstanden, selbständige nationalstaatliche, z. T. «neutrale» Kräftegruppen (wie die ehemals kolonialen Länder Indien, Ägypten, die arabische Welt u. a.), die eine anti-imperialistische Frontstellung bezogen haben, ohne einen Führungsanspruch des «Sozialistischen L.» anzuerkennen.

**LAIENKUNST:** Die «allseitige künstlerisch-schöpferische Betätigung des werktätigen Volkes», die «Wesenszug des neuen sozialistischen Menschen» werden soll, wird in der SBZ ebenso wie in der SU in weitestem Umfange den Zwecken der -> **Agitation** und **Propaganda** dienstbar gemacht.

Nach der Entschliessung der Kulturkonferenz 1960 des -> ZK der **-\* SED** sollen jene «neuen Formen» der L. gefördert werden, «in denen das Erlebnis des gemeinsamen sozialistischen Arbeitens, das moralische Antlitz des neuen Menschen seinen künstlerischen Ausdruck im Schreiben, Malen, Zeichnen, Musizieren, Komponieren, Filmen, Fotografieren finden\*». Vor allem Laienspiel, Tanz und **Kabarett**, aber auch Sprechchor und Chorgesang fördern in den von Staat und Partei protegierten Arbeitsgemeinschaften die Vergesellschaftung des Gemeinschaftserlebens, in Stoffen von plumpester Tendenz die ideologische Ausrichtung auf die Politik des sowjetisch geführten Ostblocks und den -> **Fünf- bzw. Siebenjahrplan**. Da auch die «Berufskunst» (-> **Kunstpolitik**) den gleichen Zwecken zu dienen hat und dem Dilettantismus breiten Raum gewährt, sind die Grenzen zwischen Kunst und L. kaum mehr erkennbar, sie werden im Gegenteil durch die «Bewegung der schreibenden Arbeiter» (-> **Bitterfelder Konferenz**) und ähnliche Aktionen bewusst verwischt. Auch der Unterschied von L. und -> **Volkskunst**, die ihrem Wesen nach nicht manipulierbar und politisch verwertbar ist, wird unterdrückt, die L. sogar meist als Volkskunst bezeichnet. Sowjetische Werke und Vorbilder beherrschen, die Programme der laienkünstlerischen **kulturellen Massenarbeit**, **zweischenbetriebliche**, innerdeutsche (-> **Arbeiterfestspiele**) und internationale Wettbewerbe (diese vor allem im Rahmen der soa. Weltjugendfestspiele) dienen der Kontrolle des «gesellschaftlichen Effektes». - «Die wachsende Volkskunstbewegung verlangt eine koordinierte straffe Leitung»; ein **Zentralhaus für Volkskunst** in Leipzig hat die Aufgabe, «die schöpferischen Kräfte der Massen zu entfalten», Gruppen- und Zirkelleiter zu schulen, «fortschrittliche» Liederbücher, Theaterstücke usw. herauszubringen und die «ideologische und organisatorische Tätigkeit» durch die Monatsschrift «Volkskunst» zu unterstützen. Preise und Titel für Laienkünstler sollen eingeführt werden. Dem Zentralhaus unterstehen eine Schule für Volkskunst

in Colditz (Sa.) und seit dem 1.4.1956 ein **Institut für Volkskunstforschung** in Leipzig, das von einem Wenden geleitet wird und das sprachliche und musikalische Volksschaffen sowie den Volkstanz erforschen soll. (-> **Betriebskultur**, -> **Agitprop-Gruppen**, -> **Volkskunstschulen**, -> **Volksmusikschulen**)

**LANDAMBULATORIUM:** In der sowjetischen Distriktgliederung der ärztlichen Versorgung des flachen Landes entwickelt, wurde das L. 1947 durch -+ SMAD-Befehl eingeführt. Es sollte den freipraktizierenden Landarzt ersetzen, unter Einrichtung von «Aussenstellen», für die 1951 der -> **Arzt Helfer** eingeführt wurde. Der Sitz der Hebamme, auch eine Bettenstation für Entbindungen u. ä. sollten angegliedert sein. Mit der Einführung der -> **Staatlichen Praxis 1958** wurde die straffe Zentralisation aufgegeben, das L. zur Mittelstufe der ambulanten ärztlichen Versorgung. Bestand Anfang 1960: 365 L. mit 309 Aussenstellen, 712 Entbindungs- und 532 «sonstigen» Betten. (-> **Ambulatorium**, -> **Gesundheitswesen**) [440]

**LANDARZT:** -> **Ärzte**, -> **Landambulatorium**.

**LÄNDERKAMMER:** Neben der -> Volkskammer in das Gesetzgebungsverfahren formell eingeschaltete, inzwischen beseitigte Vertretung der früheren Länder der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der zentralstaatlichen Tendenz der -> Verfassung bewusst schwach ausgestaltet war.

Neben dem Recht, Gesetzesvorlagen bei der Volkskammer einzubringen, hatte die L. ein Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse der Volkskammer, das jedoch von dieser überstimmt werden konnte; von diesem Einspruchsrecht hat die L. bezeichnenderweise niemals Gebrauch gemacht (selbst dann nicht, als die Volkskammer im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** die faktische Beseitigung der Länder beschloss). Ausserdem wirkte die L. bei der «Wahl» des Präsidenten der Republik mit.

Die 50 Mitglieder der L. (13 für -> **Sachsen**, 11 für -> **Sachsen-Anhalt**, 10 für -> **Thüringen**, 9 für **Brandenburg**, 7 für -> **Mecklenburg** sowie 13 Ost-Berliner «Vertreter mit beratender Stimme») waren nach Art. 72 der Verfassung von den -> **Landtagen** im Verhältnis der Fraktionen zu wählen. Die L. war nach der Auflösung der Länder und der Landtage im Juli 1952 noch einige Jahre als staatsrechtliches Unikum bestehen geblieben. Nach dem Wegfall der

Landtage als des Wahlkörpers der L. wurden die Abgeordneten im Jahre 1954 - verfassungswidrig - durch die länderweise zusammengetretenen Bezirkstage gewählt -> **Bezirk**. 1958 wählten die Bezirkstage einzeln die Mitglieder der L. Diesen ohne verfassungsmässige Grundlage gewählten Abgeordneten blieb aber nur noch die Aufgabe, einmal zusammenzutreten und gegen das von der Volkskammer beschlossene Gesetz vom 8. 12. 1958 über die Auflösung der L. (GBl. I, S. 867) keinen Einspruch einzulegen. Mit dieser Verfassungsänderung sind alle Funktionen der aufgelösten L. weggefallen. [328-331]

**LANDESREGIERUNGEN:** 1946/47 bis 1952 Regierungen der Länder -> **Brandenburg**, -> **Mecklenburg**, -> **Sachsen**, -> **Sachsen-Anhalt** und -> **Thüringen**; im Sommer 1952 durch die verfassungswidrige **Verwaltungsneugliederung** beseitigt.

**LANDKARTEN:** Das Kartenwesen der SBZ untersteht der Hauptabteilung Vermessung und Kartenwesen im -> **Ministerium des Innern**. Die nach 1945 gebildeten regionalen Vermessungsdienste sind seit Jahren mit der Herstellung eines Kartenwerks 1 -25'000 als Teilstück eines grossen Kartenwerks, das von allen Ländern des Sowjetblocks erarbeitet wird, beschäftigt. Dieses Kartenwerk ist nicht für die Veröffentlichung bestimmt. Die seit Kriegsende in der SBZ hergestellten Karten sind, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, kartographisch und drucktechnisch primitiv ausgestattet. Veränderungen im Landschaftsbild wurden nicht eingezeichnet. Der Besitz früherer amtlicher Karten ist der Bevölkerung verboten.

**LANDKLUBS DER INTELLIGENZ:** -> **Klubs der Intelligenz**.

**LANDTAGE:** 1946 unter massiver Sowjet. Wahlbeeinflussung gewählte Volksvertretungen in den Ländern -> **Brandenburg**, -> **Mecklenburg**, -> **Sachsen**, -> **Sachsen-Anhalt** und -> **Thüringen**; im Sommer 1952 durch die verfassungswidrige -> **Verwaltungsneugliederung** beseitigt.

**LANDWIRTSCHAFT:** siehe Seite 236. «**LANDWIRTSCHAFTS- UND GARTENBAU - AUSSTELLUNG DER DDR**» IN LEIPZIG - **MARKKLEEBERG:** Leistungs- und Lehrschau der Landwirtschaft und des Gartenbaus, die von 1950 bis 1956 zwei- und seitdem alljährlich auf eigens dafür bereitgestelltem Gelände (1960: 132 ha) im Juni/Juli etwa über vier Wochen lang veranstaltet wird. Diese Ausstellung, Fortsetzung Seite 240

**LANDWIRTSCHAFT**

Die L. in der SBZ steht seit **1945** im Zeichen der von der komm. Doktrin bestimmten Agrarpolitik. Danach sind die Beseitigung des selbständigen Bauernstandes und seine **-\* Kollektivierung** unerlässliche Voraussetzungen für den **-> Aufbau des Sozialismus**. Unter Missachtung der ganz anders gearteten historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Mitteleuropa kopiert die Agrarpolitik der **SED** das sowjetrussische Vorbild. Es liegt klar zutage, dass die agrarpolitischen Massnahmen, die den Wandlungsprozess der L. bewirkten, in den Grundzügen und in vielen Einzelheiten mit dem Sowjet. Muster übereinstimmen.

Hier wie dort war die erste Phase der **-> sozialistischen Umgestaltung** der L. eine **-> Bodenreform**. Sie führte zur totalen und entschädigungslosen Enteignung der Grossgrundbesitzer und zur Aufteilung ihres Landes in eine Vielzahl kleiner einzelbäuerlicher Betriebseinheiten. Ein ansehnlicher Teil des aus dem enteigneten und aus staatlichem Land gebildeten «Bodenfonds» bildete den Grundstock für die Errichtung **-> volkseigener Güter**. Im Gegensatz zu Russland konnte allerdings in der SBZ von einer revolutionären Bewegung auf dem Lande keine Rede sein, und auch das bäuerliche Eigentumsrecht am Boden wurde formal nicht aufgehoben. Sonst aber entspricht die Agrarentwicklung von **1945 bis 1952** in der SBZ weitgehend der von **1917 bis 1928** in Sowjetrussland. Wie in der UdSSR hat sich auch in der SBZ in dieser ersten Phase die Entwicklung nicht zum «sozialistischen Grossbetrieb», sondern zum bäuerlichen Kleinbetrieb hin bewegt. Der durch die Bodenreform **1945** ausgelöste Prozess der Vermehrung des Kleinbetriebes auf Kosten des Grossbetriebes war jedoch nur der taktische Beginn einer «Revolution von oben». Das offensichtliche Nahziel war, die Bauernschaft zu neutralisieren, die Klassenspaltung im Dorf künstlich herbeizuführen und das neue Kleinbauerntum in eine vielfältige Abhängigkeit zu bringen, um es dem politischen Einfluss der komm. Staatspartei auszuliefern. Der Verwirklichung dieser Absichten diente von Anfang an das in der staatlichen Befehls-wirtschaft etablierte Plansystem sowjetischer Prägung, nach dem alle aus wirtschaftspolitischen Gründen erwünschten Massnahmen zentral dirigiert werden. Vor allem zeigte die Kollektivierung der technischen Ausrüstung in staatlichen **-\* Maschinen-Traktoren-Stationen** die Absicht des Regimes an, die zahlreichen Neubauern in seine Gewalt zu bringen. Die Bauern wurden vom Monopol der MTS technisch abhängig. Zum Machtinstrument der komm. Partei auf dem Lande wurde die als «Massenorganisation» deklarierte **-> Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe** (VdgB).

Schon bald nach einer gewissen Übergangszeit (**1946 bis 1948**), die etwa mit den von Lenin als «Atempause» bezeichneten Jahren der «neuen ökonomischen Politik» in Russland (**1921 bis 1928**) vergleichbar ist, zeichnete sich eine zweite Etappe in dieser ersten – noch auf den Kleinbetrieb gerichteten – Entwicklungsphase ab. In Übereinstimmung mit dem sowjetischen Vorbild setzte der **-> Klassenkampf auf dem Lande** ein (**1948/49 bzw. 1928/29**), Systematisch wurde damit das Feld für den späteren Kurswechsel zur Kollektivierung weiter vorbereitet. Nächste den bereits völlig ausgeschalteten Grossgrundbesitzern konzentrierte sich der neue Angriff auf die «reichen Bauern» («Kulaken»), da der «revolutionäre Weg zum Sozialismus» vorschreibt, die Bauernschaft nicht als einheitliche Klasse zu behandeln. Der «Klassenkampf auf dem Lande» verlagerte sich denn auch später in der Kollektivierungsphase auf das Verhältnis

zwischen Einzel- und -\* **Genossenschaftsbauer**, und im heutigen Stadium der ‚Vollkollektivierung‘ zeichnet er sich bereits zwischen den LPG-Typen I und III ab.

Die Kampfmethoden gegen die Bauern mit grösseren Wirtschaften (in der Regel über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) waren vielfältig und zahlreich. Sie reichten von der hohen Einstufung im Tarif-, Ablieferungs- und Steuersystem einerseits und von der Benachteiligung in der Belieferung mit Betriebsmitteln aller Art und in den Erzeugerpreisen andererseits bis zur Verschärfung des Strafmasses bei Nichterfüllung der auferlegten Verpflichtungen, bis zur gesellschaftlichen Diskriminierung und reinen Willkür. Der Klassenkampf auf dem Lande wurde vor allem von folgenden Organisationen getragen: Von den MTS, von den nach Auflösung der Raiffeisengenossenschaften reorganisierten -\* **VdGB (BHG)**, von den -> **volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben** mit dem Handelsmonopol für landwirtschaftliche Produkte und von der **Deutschen Bauernbank**, die als Finanzierungsinstitut die Geld- und Kreditpolitik der L. beherrscht. In enger Verbindung damit vervollständigten das -\* **Agrarpreissystem** und die -> **Ablieferungspflicht** die Möglichkeiten, die Gross- und Mittelbauern stark zu benachteiligen. Die Massnahmen des Klassenkampfes führten zu einem ständigen Absinken der durchschnittlichen Betriebsgrösse, da die Zahl der grösseren Bauernbetriebe laufend zurückging.

#### Der Rückgang der landwirtschaftlichen Privatbetriebe in der SBZ 1950 bis 1959

(gemäss den Bodennutzungserhebungen Mitte des Jahres)

Jahr	Betriebsgrössenklassen nach der landw. Nutzfläche in ha				
	1-5	5-10	10-20	20-50	über 50
	Zahl der Privatbetriebe über 1 ha LN, absolut				
<b>1950</b>	198 738	252 600	118 991	43 304	4 253
<b>1951</b>	189 884	247 512	118 800	42 448	4 121
<b>1952</b>	180 433	240 923	113 180	41 542	3 853
<b>1953</b>	169 932	195 934	95 300	27 541	1 305
<b>1954</b>	168 172	197 802	95 151	28 136	1 491
<b>1955</b>	167 526	188 869	91 740	26 233	1 318
<b>1956</b>	161 347	178 736	87 793	23 997	1 181
<b>1957</b>	159 627	169 732	84 701	22 533	1 080
<b>1958</b>	150 577	152 434	78 327	20 005	938
<b>1959</b>	130 698	119 665	68 451	16 765	684

Mit dem von -> **Ulbricht** auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli **1952** verkündeten ‚planmässigen Aufbau des Sozialismus‘ begann die zweite Phase der Wandlung der mitteldeutschen Agrarstruktur. Ihr Kernstück ist die ‚freiwillige‘ Vorbereitung des Sozialismus auf dem Lande in Form der Gründung **landwirtschaftlicher -> Produktionsgenossenschaften (LPG)**, d. h. das Zusammenfassen der Bauernhöfe in Kollektivwirtschaften. Dieser Prozess lief mit zeitweise unterschiedlichem Tempo von Juli **1952** bis April **1960** ab. Zu seiner Begründung beruft man sich auf die marxistisch-leninistische Theorie, nach welcher ‚der Kleinbetrieb die erstrebenswerte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte naturnotwendig ausschliesst‘. Der Kleinbetrieb müsse also notwendigerweise vom Grossbetrieb verdrängt werden, allerdings nicht vom ‚kapitalistischen‘, sondern vom ‚sozialistischen‘.

Die «Sozialisierung» der Landwirtschaft der SBZ 1953 bis 1959

(gemäss den Bodennutzungserhebungen vom 15. Juni

Betriebskategorie 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959

Anteile an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ in v.H.

.Volkseigene Güter'							
(VEG)	3,8	4,3	4,4	4,4	4,6	5,8	6,1
Sonstige .volkseigene' und öffentl. Betriebe	8,4	7,4	4,3	3,4	3,9	2,6	1,9
darunter örtl. Landwirtschaftsbetriebe (OLB)	(*)	(5,7)	(2,8)	(1,9)	(2,1)	(1,3)	(0,8)
Landw. Produktionsgenossenschaft. (LPG)	13,8	12,8	18,6	22,6	24,2	29,4	40,2
.Sozialist.' Sektor	26,0	24,5	27,3	30,4	32,7	37,8	48,2
Privater Sektor	74,0	75,5	72,7	69,6	67,3	62,2	51,8
dar. kirchl. Betriebe <sup>1</sup>	H	(-)	(-)	(0,2)	(0,2)	(0,2)	(0,2)
LN der SBZ insges.	100	100	100	100	100	100	100

<sup>1</sup> Die kirchlichen Betriebe sind bis 1955 bei den sonstigen .volkseigenen\* und öffentlichen Betrieben und damit im .sozialistischen Sektor\* aufgeführt. Aus den Angaben der amtlichen Statistik lassen sich ihre Nutzflächenanteile 1953 bis 1955 im einzelnen jedoch nicht entnehmen.

Das jüngste Entwicklungsstadium ist von organisatorischen Bemühungen um die .wirtschaftliche Festigung der LPG\* gekennzeichnet: Vergrößerung der LPG durch Zusammenarbeit mehrerer kleinerer Einheiten; Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen LPG und MTS durch das System der -> komplexen Mechanisierung und die Schönebecker Methode, wobei die MTS durch die Übergabe der -> Technik immer mehr unter die Herrschaft der LPG gestellt werden; Übernahme von Patenschaften über neuerrichtete oder wirtschaftlich schwache durch gut fundierte LPG. Schliesslich werden Bemühungen erkenntlich, den Typ I auf die .höchste Stufe\* (Typ III) zu verlagern, wozu noch weitere maschinen- und bautechnische Ausrüstungen geschaffen werden sollen, worauf jedoch die Abänderungen der Statuten für den Typ I (z. B. Erweiterungen der Inventarbeiträge) schon deutlich hinweisen.

Die SED hat sich den .Aufbau des Sozialismus auf dem Lande' und die «Steigerung der -> **Marktproduktion**» zum Ziele gesetzt. Aber zwischen beiden Zielen besteht ein realer Widerspruch. Alle Bemühungen, beide Aufgaben zugleich zu bewältigen, um die «Überlegenheit der sozialistischen landwirtschaftlichen Grossproduktion\* über die «kapitalistischen\* Produktionsformen nachzuweisen, sind eine offenbare Fehlspekulation. Das Ertragsniveau der mitteldeutschen L. erbringt dafür den untrüglichen Beweis. Der einstmalige hohe Stand der L. im Gebiet der SBZ ist seit 1945 abgesunken. In der Feldwirtschaft bleiben die Ernten trotz allen .Kampfes um die Produktionsverbesserung\* hinter dem Vorkriegsstand zurück. (-> **Agarstatistik**)

Hektarertragsvergleich SBZ-BRD 1935/39 und 1954/58 in dz/ha

Fruchtarten	SBZ		BR	
	35/39	54/58	D 35/39	54/58
Brotgetreide	23,0	21,9	22,1	27,0
Futtergetreide	25,9	23,5	23,0	26,4
Getreide insgesamt	24,2	22,5	22,6	26,7
Hülsenfrüchte	16,9	10,3	19,1	20,8
Raps und Rübsen	18,7	12,3	16,8	19,6
Kartoffeln	198,4	151,0	187,7	222,5
Zuckerrüben	309,4	264,5	331,4	355,5
Futterhackfrüchte	457,1	398,1	421,1	470,5
Luzerneheu	66,3	59,6	72,0	74,4
Wiesenheu	43,6	41,8	48,4	56,2

In der Viehwirtschaft sind die durch Kriegs- und vor allem Nachkriegs-Einwirkungen besonders dezimierten Vorkriegs-Bestandszahlen zwar überschritten worden, jedoch mussten die forcierte Steigerung der Nutzviehbestände ohne entsprechende Futterflächen in der -> **Anbauplanung**, die hohen Ablieferungsquoten pflanzlicher Erzeugnisse und eine völlig unzureichende Versorgung mit Handelsfuttermitteln (-\* **staatlicher Futtermittelfonds**) dazu führen, dass die tierischen Leistungen weit unter dem Normalmass Zurückbleiben. Dies geht vor allem aus dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Schlachtgewichte bei Rindern und Kälbern, der Schlachtumtriebe bei Rindern und Schweinen und der Milchleistung je Kuh um 25 bis 30 v. H. gegenüber dem Leistungsstand der BRD hervor.

Die geschilderten Verhältnisse müssen sich auch auf die Ernährungswirtschaft der Gesamtbevölkerung auswirken. Alljährlich wiederkehrende Engpässe in der Versorgung und die nach vielen Versprechungen erst 13 Jahre nach dem Kriege aufgehobene Lebensmittelrationierung (-> **Lebensmittelkarten**) beweisen das zur Genüge. Hinzu kommt die Abhängigkeit der Versorgung von Einfuhren, vorwiegend aus den Ostblockstaaten, die ihrerseits häufig mit der Erfüllung der Lieferverträge Schwierigkeiten haben. Ausfuhrverpflichtungen und die Versorgung der Besatzungsmacht erschweren die Ernährungslage zusätzlich. Wenn auch die Nahrungsmittelversorgung durch gewisse Steigerungen in der Eigenerzeugung und durch Einfuhrerhöhungen verbessert werden konnte, so darf nicht verkannt werden, dass diese Entwicklung durch die -> **Republikflucht** begünstigt worden ist. In dem von Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED gesteckten Planziel, 1961 den -\* **Pro-Kopf-Verbrauch** der westdeutschen Bevölkerung zu erreichen und zu übertreffen, verbirgt sich das Eingeständnis der eigenen Mangellage.

Im Gegensatz zu den beachtlichen Fortschritten in der BRD haben die seit 1945 eingetretenen gewaltsamen Änderungen im Gefüge der L. die SBZ noch nicht einmal die Ertragshöhe der Vorkriegszeit wieder erreichen lassen. Seit nunmehr 15 Jahren hat der vielfältige Wechsel zwischen Zerstörung und Aufbau die Gesamtentwicklung der L. in der SBZ in einem solchen Masse gehemmt, dass das dortige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem den Beweis der Überlegenheit schuldig bleiben muss.

Diese sachlichen Erörterungen agrarpolitischer und agrarwirtschaftlicher Fakten reichen zur Beurteilung der Situation nicht aus, in die sich das Bauerntum in der SBZ hineingestellt sieht. Die wirtschaftliche Not ist nicht zu trennen von der Depression des Zukunftserlebens und den vielfältigen seelischen Konflikten, die auf den Menschen in der L. der SBZ lasten.

[423, 725, 747, 748, 755, 785]



deren ständiger Direktor Nationalpreisträger Dr. O. Baumgarten ist, nimmt für sich in Anspruch, dem Messecharakter der DLG-Schauen ein System von Lehrschauen («die Bauernuniversität») entgegengestellt zu haben, an dem sich seit 1958 auch die übrigen Ostblockländer beteiligen. Da die sozialistischen -\* **Errungenschaften** auf dem Agrarsektor («das schöne, sozialistische Dorf») im Vordergrund stehen, muss die zunehmende Werbung um westdeutsche Besucher (Aufenthalt in Leipzig und Rückfahrt kostenlos) zur Ausstellung als «gesamtdutsche» Propagandaaktion angesehen werden.

**LANGE, FRITZ:** \* 23.11.1898 in Berlin, Oberrealschule, Volksschullehrer. 1919 - USPD, 1920 KPD, 1921 Funktionär in der kommun. Kinderorganisation Junge Pioniere, 1923 Reise in die SU, nach seiner Rückkehr 1924 aus dem Schuldienst entlassen, 1925 bis 1933 Stadtverordneter in Berlin und Redakteur der «Roten Fahne». In der NS-Zeit war L. illegal tätig, 1942 wurde er zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 wieder -> **KPD**-Funktionär, Oberbürgermeister in Brandenburg/Havel, Juli 1948 Vors. des «Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums» der -\* DWK, später der «Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle» (-\* Kontrollkommission). Am 19. 11. 1954 zum Minister für Volksbildung ernannt, 1958 scharf kritisiert, in dem im Dezember 1958 neugebildeten -\* Ministerrat durch Prof. Dr. **Alfred -> Lemnitz** ersetzt. Juli 1950 bis Juli 1958 Kandidat des -\* ZK der -> SED, 1949 bis 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**LANGHOFF, WOLFGANG:** \*6.10. 1901 in Berlin. Aufgewachsen in Freiburg. Nach Schulbesuch • kurze Zeit Seemann, danach Schauspieler, 1933 wegen kommun. Betätigung verhaftet. Kurze KZ-Haft. Emigration in die Schweiz. Von 1934 bis 1945 Schauspieler und Regisseur am Züricher Schauspielhaus. 1945 bis 1946 Generalintendant der Städtischen Bühnen Düsseldorf, seit 1946 Intendant des Deutschen Theaters in Ostberlin. Seit 1946 -> SED. 1950 im Zusammenhang mit der Field-Affäre gemassregelt, 1958 und im Frühjahr 1959 von der SED-Presse wegen «Liberalismus in der Spielplangestaltung» mehrmals kritisiert. Mitglied der Deutschen -> **Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Werke: «Die Moorsoldaten», «Eine Fuhr Holz».

**LAUCHHAMMER:** Industriegemeinde in der Niederlausitz im Kreis -> **Senftenberg**, Bezirk -> **Cottbus**, mit 28 068 Einwohnern (1959). Braun-

kohlenindustrie, Stahlwerk, Grosskraftwerk. In L wird nach einem neuartigen Verfahren in einer Grosskokerei Hartkoks auf Braunkohlenbasis erzeugt. (-\* **Kohlenindustrie**)

**LDPD:** Abk. für Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, Gründungsauftrag am 5. 7. 1945, -> SMAD-Lizenz am 10. 7. 1945 erteilt. Im Gründungsauftrag wurden vorsichtig liberale Gedanken geäußert: «Was uns eint, das ist die liberale Weltanschauung und die demokratische Staatsgesinnung. . . . Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien.» Nach dem Tode des 1. Vorsitzenden Dr. Kütz am 10. 4. 1948 wurde jede politische Selbständigkeit preisgegeben. Auf dem 3. Parteitag (Febr. 1949) stimmte Dr. -> **Loch** dem -> **Zweijahrplan** zu. Auf dem 4. Parteitag im Juli 1951 erklärte der damal. Vorsitzende Dr. -> **Hamann:** «Es ist . . . Sache . . . des politischen Nutzens für das deutsche Volk, sich vorbehaltlos der bereits 800 Mill. Menschen umfassenden Weltfriedensbewegung anzuschließen, die ihren stärksten Impuls von der Sowjetunion erhält.» Gleichzeitig wurde die Planwirtschaft anerkannt. Auf dem 5. Parteitag 195-2 erklärte die LDPD ihre Bereitschaft zur Mitarbeit beim -> **Aufbau des Sozialismus**. Die LDPD betrachtet es als ihre «nationale Pflicht» und ihren «gesellschaftlichen Auftrag, den Angehörigen des Mittelstandes den Weg in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu weisen» (Satzung 1957). Die Partei hat im Frühjahr 1960 mitentscheidend bei der brutalen Kollektivierung der Landwirtschaft mitgewirkt. Mitgliederstand: Dez. 1948 197 090, §>55 etwa 100'000. Zahl der Stimmen bei den Landtagswahlen 1946: 2 411 130 von 9 490 907. Vors. Dr. Hans Loch, stellv. Vors. Johannes -> Dieckmann und Willi-Peter Konzok, Generalsekretär **Manfred -> Gerlach**. Zentralorgan «Der Morgen», ausserdem 4 Provinzzeitungen, Gesamtaufl. der LDPD-Presse etwa 194'000.

**LEBENSMITTELKARTEN:** Bis zum 28. Mai 1958 wurden in der SBZ und Ost-Berlin L. ausgegeben, die zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) zu niedrigen Preisen berechtigten. Neben einer sog. Grundkarte gab es fünf Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden. Kinder erhielten besondere L. Da die Zuteilungen - vor allem bei den weniger «wichtigen» Berufen - keineswegs ausreichten, mussten

zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in -> HO-Geschäften gekauft werden. Mit der nunmehr erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der L. wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt (-> **Preispolitik**). Man senkte die entsprechenden Preise für HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch entstandene zusätzliche Belastung soll bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen werden. Handwerker, private Unternehmer, Gewerbetreibende und die freischaffende Intelligenz erhalten diesen Ausgleich nicht. Inhaber von Privatbetrieben müssen diese Zuschläge für die bei ihnen Beschäftigten aus ihren Betriebseinnahmen tragen. Da mit der Abschaffung der L. zugleich auch eine Erhöhung der Einkommensteuer (-> **Steuern**) verbunden ist, wird durch diese Massnahmen die Lage der Privatwirtschaft weiter verschlechtert. Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen **bestehen** noch. (-> **Lohnsystem**)

**LEBENSSTANDARD:** Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich in den letzten Jahren gehoben. Trotzdem besteht noch immer ein beträchtliches Gefälle zur Lebenshaltung in der Bundesrepublik. Eine vierköpfige Familie mit mittlerem Einkommen in der SBZ musste z. B. Mitte 1959 für eine festgesetzte Menge an Gütern und Dienstleistungen 446,80 DM Ost ausgeben, während die gleiche Familie in der Bundesrepublik für die gleichen Güter und Dienste nur 348 DM West benötigte. Die Ostmarkkaufkraft betrug also nur 72 v. H. der Westmarkkaufkraft. Diese Gegenüberstellung lässt unberücksichtigt, dass die Bruttolöhne in der SBZ nominell um etwa 12 v. H. niedriger liegen als in der Bundesrepublik. Kaufkraftnachteil und Lohnnachteil zusammen ergeben bei mittleren Familieneinkommen ein Gefälle der Lebenshaltung gegenüber der Bundesrepublik um rund ein Drittel. Bei höheren Einkommen ist der Abstand noch grösser, bei kleineren Einkommen vermindert er sich, da die einfachen Grundnahrungsmittel in der SBZ billiger sind, ebenso die Mieten und einige Dienstleistungen. - Die Fragen der Versorgung verlieren jedoch immer mehr an Bedeutung für die Fluchtgründe. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft (-> **Wirtschaftssystem**) hatte zur Folge, dass sich der L. in der SBZ mehr und mehr dem der SU annäherte, also die für diese Wirtschaftsordnung typischen Disproportionen und zeitlichen oder örtlichen Zer-

rungen aufweist. Diese Merkmale des L. in der SBZ werden also nicht verschwinden, sondern sich möglicherweise auf manchen Gebieten noch stärker ausprägen. Sie sind etwa folgendermassen zu kennzeichnen:

1. Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach, aber auch infolge von Fehlleistungen des überforderten Planungsapparates, immer wiederkehrende Versorgungslücken, die den L. der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen. So führt die kommunistische Agrarpolitik (-> **Landwirtschaft**) dazu, dass gewisse Grundnahrungsmittel, und zwar auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluss erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z. B. Butter, Zucker, Fleisch). Die Konsumgüterversorgung wird aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller -> Investitionen und der Produktionsgütererzeugung (-> **Produktionsmittelprimat**) vernachlässigt.

2. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der -> **Intelligenz** und anderer Mangelberufe, Spezialisten und -> **Aktivisten** bezieht Löhne und Gehälter, die ein Vielfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen, und Vergünstigungen verschiedenster Art, die sie weit über den L. der «Normalverbraucher» hinausheben; die Masse der letzteren kann einen höheren L. auch nicht durch grössere Leistungen erreichen, da die höheren Stufen des -> **Leistungslohnes** auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die -> Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.

3. Planmässige Bevorzugung gewisser Versorgungsgebiete (Ost-Berlin, Leipzig während der **Leipziger -> Messe**, Schwerpunkte des industriellen Aufbaues, -> **Kurorte**, Ferienlager usw.) verursacht ständige und oft beträchtliche regionale Differenzen in der Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern und im allgemeinen L.

4. Das «Bildungsprivileg der Besitzenden» ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten -> Stipendien-Wesens und der allgemeinen Gesmnungskontrolle an die Abkömmlinge der Arbeiter, «werttätigen Bauern» und «schaffenden Intelligenz» übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen. Kulturgüter sind erschwinglich, werden den breiten

Massen auch durch Besucherorganisationen und Verlagerung des «Kulturkonsums» in die Betriebe (-> **Erwachsenenbildung**, -> **Kulturpolitik**, -\* **kulturelle Massenarbeit**, -\* **Volkskunst, Laienkunst**, nahegebracht, stehen aber weithin im Dienst der -> **Produktionspropaganda** und werden daher von der Masse der «Verbraucher» abgelehnt.

5. Das System der sozialen Leistungen (-> **Sozialversicherungs- u. Versorgungswesen**) wird ebenfalls vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der -> **Arbeitsproduktivität** und der Ausschöpfung aller -\* **Arbeitskräfte** reserven gehandhabt.

**Aus** all diesen Gründen erfordert ein Vergleich des L. der SBZ mit demjenigen der Bundesrepublik oder der westlichen Welt eine gründliche Vertiefung in die Motive und Methoden der sowjetzonalen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (-> **Konsumgüterversorgung**)

**LEBENSVERSICHERUNG: L.** können nur bei der Deutschen -> **Versicherungsanstalt** abgeschlossen werden. Ab 1. 1. 1951 besteht eine einheitliche Tarifgestaltung. Die Lebensversicherungssumme wird entweder beim Tode, spätestens bei Erleben eines bestimmten Tages (Tarif I), nur beim Tode, bei Beitragszahlung entweder für eine vereinbarte Anzahl von Jahren (mindestens 10) oder bis zum 85. Lebensjahr (Tarif II) oder an einem festen Auszahlungstag (Tarif III) fällig.

Ferner gibt es: Die Töchterversicherungsversicherung (Tarif IV), die Ehegattenversicherung für den Todes- und Erbensfall (2 verbundene Leben, Tarif V), die Leibrentenversicherung gegen Einmalbeitrag (Tarif VI), die Versicherung auf den Todes- und Erbensfall mit Beitragsbefreiung bei Invalidität (Tarif VII), die Invaliden- und Altersrentenversicherung (Tarif VIII), die -\* **Sparrentenversicherung** (Tarif IX) sowie die Risikolebensversicherung (Tarif 16). Der Mindestbeitrag beträgt für alle L. 2 DM Ost monatlich, die Mindestversicherungssumme 240 DM Ost. Für Gruppenversicherungsverträge wird besonders in den VEB geworben. Die Versicherungssteuer ist in den Beiträgen enthalten.

Einen Deckungsstock, wie er in der Bundesrepublik für jedes Versicherungsunternehmen zur Sicherung der Ansprüche aus L. vorge-schrieben ist, gibt es nicht. Ein Teil der Versicherungsbeiträge wird indessen als Sparguthaben der Versicherungsnehmer gebucht.

L.-Verträge, die vor 1945 bei den heute geschlossenen privaten oder öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen abgeschlossen waren,

konnten nach dem Befehl Nr. 247 der SMAD vom 14. 8. 1946 bis zu 10'000 RM unter Anrechnung der früheren Beitragszahlung «erneuert» werden. Auf Ansprüche, die in der Zeit vom 9.5. 1945 bis 14. 8. 1946 fällig geworden waren, wurden nach dem Befehl Nr. 11 der SMAD vom 29. 1. 1948 einmalige Zahlungen von 300 bis 400 RM geleistet. Ansprüche, die vor dem 9. 5. 1945 fällig waren, wurden trotz Übernahme der Aktivvermögen der geschlossenen Versicherungsunternehmen nicht befriedigt.

**LEHMANN, OTTO:** \* 25. 9. 1913 in Sandersdorf/Kreis Bitterfeld als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Elektrikerlehre, 1927 -> **KJVD**, 1932 KPD. In der NS-Zeit Elektriker, dann Kriegsdienst und Gefangenschaft. 1949 Leiter d. Abtfg. Arbeit und Soziales im FDGB-Bundesvorstand, seit 1950 Instrukteur und Sekretär beim Bundesvorst. d. -> FDGB, seit Sept. 1957 stellv. Bundesvorst. d. FDGB, seit 1959 nur noch Sekretär des Bundesvorstandes. 1950-1952 als Mitglied der -> **SED** Fernstudium d. Gesellschaftswissenschaften a. d. SED-Parteihochschule, seit 1954 Mitglied des -> **ZK** der SED. Seit 1958 als Vertreter des FDGB Stellv. d. Vors. d. **Staatl. -> Plankommission**.

**LEHMANN, ROBERT:** \* 1910 in Hannover, 1928 Gesellenprüfung als Maler. 1926 -> **SAJ**, 1929 - **KJVD**, 1930 Mitgl. der Bezirksleitung des KJVD in Hannover, 1932 KPD. Nach 1933 illegale Arbeit, zunächst als Vorsitzender des KJVD in Leipzig, ab Juni 1934 in der illegalen Leitung des KJVD in Berlin, 1935 Teilnahme am VII. Weltkongress der -> **Komintern** und am VI. Weltkongress der Kommun. Jugendinternationale, dann im Auslandszentrum der KPD in Prag und Paris tätig. Leiter der Jungen Garde, während des 2. Weltkrieges Mitgl. einer Widerstandsgruppe in Amsterdam.

Nach 1945 Redakteur und Herausgeber einer kommun. Zeitschrift in Hannover, Landtagsabgeordneter der -> **KPD** in Niedersachsen, nach Aufhebung der Immunität Übersiedlung in die SBZ, dort zunächst Leiter der Kulturabteilung beim Rat des Bezirkes Gera, 1956 Sekretär des Rates des Bezirkes Gera, seit 10. 12. 1957 Vors. der zentralen Leitung der -> **Jungen Pioniere** in der SBZ. Seit 1958 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**, Kandidat der -> **Volkskammer**.

**LEHRER DES VOLKES, VERDIENTER:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 5'000 DM, der an Lehrer «für besondere Erfolge bei der Arbeit für die sozialistische Erziehung und Ausbildung

der Jugend in Verbindung mit beispielhafter gesellschaftlicher und politischer Tätigkeit in der Öffentlichkeit» verliehen wird. Der politische Charakter der Auszeichnung ist eindeutig. (-> **Auszeichnungen**)

**LEHRERBILDUNG:** Nach der Verfassung der «DDR» (Art. 36) soll die L. an Universitäten und ihnen gleichgestellten -> **Hochschulen** erfolgen. **1946** sind an allen Universitäten und an der Technischen Hochschule Dresden pädagogische Fakultäten errichtet worden, denen die Ausbildung der Lehrer für die allgemein- und berufsbildenden Schulen übertragen wurde. Die Hauptmasse der neuen Lehrer ist seit **1945** jedoch in Kursen von höchstens einjähriger Dauer, die zunächst als Normmassnahme gedacht waren, ausgebildet worden. **1948/49** gab es 49 944 Lehrer mit Kurzausbildung neben 22 562 Altlehrern. Durch die «VO über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten» vom 15. 5. **1953** wurde die L. im Verein mit den schon seit **1950** laufenden Bestrebungen auf eine neue Basis gestellt. Die Ausbildung der Lehrer für die Unterstufe (1. bis 4. Schuljahr) erfolgt nunmehr an den Instituten für L. (keine Hochschulen, sondern -> Fachschulen). Voraussetzung: Mittlere Reife und ein -> **praktisches Jahr**. Die Ausbildung der Fachlehrer für das 5.-10. Schuljahr erfolgt an Pädagogischen Instituten. Das Studium dauert drei (in Zukunft vier) Jahre und setzt die Reifeprüfung voraus. Die Oberschullehrer (9. bis 12. Schuljahr) haben fünf Jahre an den Universitäten (philosophische und mathematisch - naturwissenschaftliche Fakultäten) oder an Pädagogischen Hochschulen zu studieren. Sie erwerben - ebenso wie die Fachlehrer - die Lehrbefähigung in zwei Fächern. In den letzten Jahren laufen Bestrebungen und Versuche zur Entwicklung eines kombinierten Studiums: Wechsel von Direkt- und Fernstudium. Daneben wird für einen Teil des Studiums seine Verbindung mit produktiver Arbeit angestrebt - zur Verbesserung der polytechnischen Ausbildung aller Lehrer. Die SED-Führung ist bemüht, junge Produktionsarbeiter für das Lehrstudium zu gewinnen, auf das sie durch Vorkurse vorbereitet werden. Besondere Einrichtungen der Lehrerbildung (**1956/57**): 1 Pädagogische Hochschule, 7 Pädagogische Institute, 35 Institute für L. Dazu kommt noch die Pädagogische Fakultät der Humboldt-Universität. Gesamtzahl der Studenten an Einrichtungen der Lehrerbildung (**1957**):

23 147. Die Diplom-Gewerbelehrer und Diplom-Handelslehrer für Berufsschulen werden an der Fakultät für Berufspädagogik der Technischen Hochschule Dresden und an Instituten für Berufspädagogik ausgebildet. Studiendauer: fünf Jahre. Lehrer für Sonderschulen haben ein zweijähriges Zusatzstudium zu absolvieren. Für die Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschullehrer, insbesondere für Lehrer mit Kurzausbildung, ist ein differenziertes -> **Fernstudium** organisiert worden, über Lehrerweiterbildung -> **Pädagogisches Kabinett**. (-> **Schule**, -> **Erziehungswesen**, -> **Erziehungswissenschaft**) [610, 618]

**LEHRERGEWERKSCHAFT:** Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. Zusammenschluss der Ende **1945** gebildeten Landesverbände erfolgte auf der ersten Delegierten-Konferenz im Herbst **1946** in Berlin. Die Landesverbände in den ehemaligen Hochburgen der SPD - in Sachsen-Anhalt und Sachsen - versuchten in den ersten Jahren ihre Selbständigkeit gegenüber dem Zentralvorstand zu wahren. Der -> **FDGB** und die -> **SED** manipulierten seit **1950** mit Hilfe der «Kaderpolitik» die Wahlen für die Vorstände und ersetzten die «Altlehrer» im Vorstand durch Berufsfunktionäre, d. h. durch Neulehrer, die von Partei- und Gewerkschaftsschulen ausgebildet worden waren. In der L. sind neben Lehrern aller Schulen auch Erzieher organisiert sowie alle an Schulen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

**LEHRKOMBINAT:** Pj. für Lehrausbildungsstätten, die Lehrwerkstatt, Berufsschule und Internat umfassen und seit **1957** in einigen Grossbetrieben eingerichtet wurden. An der Spitze des L. steht der Kombinatdirektor. Ihm unterstehen: Ausbildungsleiter mit Lehrausbildern, Schulleiter mit Lehrern, Heimleiter mit Heimerziehern. Breiten Raum in Schule und Heim nimmt politischer Unterricht ein. Durch die L. werden die Jugendlichen vollständig dem Einfluss des Elternhauses entzogen und der **Kollektiverziehung** unterworfen. Die L. sind im Pj. «eine höhere Form der Berufsausbildung». (-> **Berufsschulwesen**, -> **Berufsausbildung**)

**LEHRWERKSTÄTTEN:** Die Ausbildung gewerblicher Lehrlinge in betrieblichen L. ist die Regel. Zunehmend werden für ganze Industriezweige zentrale L., z. T. in Form «Volkseigener Betriebe», eingerichtet. Die Lehrlinge erhalten hier beruflich-theoretischen, praktischen und «gesellschaftlichen», d. h. politischen Unterricht im Sinne der -> **SED**. Die Lehrausbilder selbst müssen ständig an Lehrgängen zur «ideologischen Qualifizie-

rung\* feilnehmen. Ihre Anleitungstätigkeit schliesst die politische Beeinflussung der Lehrlinge ein. Im ersten Lehrjahr entfallen auf die beruflich-praktische Ausbildung 3 Tage, im 2. Lehrjahr 4 und im 3. Lehrjahr 5 Tage. Die weiterentwickelte Form der Lehrlingsausbildung geschieht im **\*Lehrkombinat**. (**\*Berufsausbildung**, **-> Berufsschulwesen**)

**LEICHTINDUSTRIE:** In Anlehnung an die Industriezweig-Gliederung in der SU zählen zur L. in der SBZ: die **-> Textil-**, Leder- und **-> Holzindustrie**, die **Papierindustrie**, die Bekleidungsindustrie und das graphische Gewerbe.

**LEIHBÜCHEREIEN:** Neben den öffentlichen **-\*** **Bibliotheken** kommt dem privaten Leihbüchereigewerbe in der kulturpolitischen Konzeption von Partei und Staat in der SBZ keine Bedeutung mehr zu. Die Existenzbasis der noch bestehenden L. wurde durch mehrmalige Überprüfung ihrer Bestände und Entfernung aller nicht-»fortschrittlichen\* Literatur in Frage gestellt; vom Verleih der von Staats wegen geförderten **-> Literatur** können die privaten L. nicht leben. Nicht nur ihre Bestände, sondern auch ihr Kundenstamm werden ständig überwacht; bei einer «Grossaktion\* im Sommer 1958 wurden in Leipzig von 90 privaten L. 79 geschlossen. (**-> Kulturpolitik**, **-> Buchhandel**)

**LEIPZIG:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **-> Verwaltungsneugliederung** aus dem Nordwestteil von **-> Sachsen** sowie sachsen-anhaltischen und thüringischen Gebietsteilen; 4964 qkm, 1 529 360 Einwohner (1959). 1 Stadtkreis: Leipzig; 12 Landkreise: **-> Altenburg**, Borna, Delitzsch, Döbeln, Eilenburg, Geithain, Grimma, Leipzig, Oschatz, Schmölln, **-> Torgau**, Wurzen. Vors. des Rates des Bezirkes: Erich Grützner (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Paul -> Fröhlich**.

2. Stadtkreis im sächsischen Bezirk L., Bezirksstadt, Kreisstadt, in der Leipziger Tieflandsbucht, am Zusammenfluss von Weisser Elster, Pleisse und Parthe, mit 592 821 Einwohnern (1959) grösste Stadt Sachsens und der SBZ; alte Handels- und Kunststadt (im 2. Weltkrieg stark zerstört); Thomaskirche (um 1200 gegr., mit Grab J. S. Bachs), Nikolaikirche (13./16. Jh.), Altes Rathaus (15./16. Jh.), Völkerschlachtdenkmal; wichtiger Verkehrsknotenpunkt (grösster Bahnhof Deutschlands, Autobahn, Endhafen des Elster-Saale-Kanals, Flughafen); bis 1945 bedeutendster deutscher Messeplatz (seit 1458 Leipziger **-> Messe**) und Hauptsitz des deutschen

Buchhandels (über 400 Verlage) und Pelzhandels; bedeutende Industrie: Eisen, Schwer-, Land- und Druckmaschinen, Textilien, graphische Betriebe; Postscheckamt; seit 1409 Universitätsstadt (Universitas Lipsiensis, seit 1953 «Karl-Marx-Universität»; nach Schliessung der deutschen Universität in Prag gegründet), Sächsische Akademie der Wissenschaften zu L., Hochschule für Musik, Hochschule für Körperkultur, Hochschule für Graphik und Buchkunst, Hochschule für Binnenhandel, Hochschule für Bauwesen, Theaterhochschule, Pädagogisches Institut, Institut für Literatur, Deutsche Bücherei (mit 2,5 Mill. Bänden), Universitätsbibliothek, Sender des «Radio DDR», Theater (Städtische Theater, Schauspielhaus, «Theater der Jungen Welt»), Gewandhausorchester, Thomanerchor, Zentralhaus für Volkskunst, Museum der bildenden Künste, Grassi-Museum), «Georgi-Dimitroff-Museum\* (im Reichsgerichtsgebäude), Deutsches Institut für Länderkunde, Museum für Völkerkunde, Zoologischer Garten.

**LEISTUNGSABZEICHEN a) der -> Nationalen Volksarmee für vorbildliche Leistungen in der Ausbildung und im persönlichen Einsatz zum Schutz der DDR, b) der Deutschen -> Grenzpolizei für ausgezeichnete Leistungen in der fachlichen und politischen Ausbildung oder vorbildlichen Einsatz zur weiteren Entwicklung und Festigung der Besten-Bewegung der Deutschen Grenzpolizei. (-> Auszeichnungen)**

**LEISTUNGSLOHN: Bezahlung im L.** bedeutet Entlohnung nur nach der Leistung ohne Berücksichtigung anderer Umstände: Familienstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter. Die wichtigste Form des L. ist der **-> Stücklohn**, eine weitere Form der **-> Prämienzeitlohn** und der **Prämienstücklohn**.

[418]  
**LEISTUNGSPRINZIP:** Nach dem L. soll die Entlohnung ausschliesslich nach der Leistung erfolgen. Das L. ist ein wichtiger Grundsatz der sowjetzonalen **-\*** Arbeitspolitik zur Erhöhung der **-> Arbeitsproduktivität** und zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Ihm entspricht vor allem das **-> Lohnsystem**. (**-> Leistungslohn**, **-> Prämienstücklohn**, **-> Prämienzeitlohn**, **-> Stücklohn**, **Zeitlohn**, **-> Prämienwesen**, **TAN**)

**LEISTUNGSVERGLEICH: sozialistischer -> Wettbewerb.**

**LEITBETRIEB:** Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre 1958 (**-> Volkseigene Industrie**) wurden in einigen Indu-

striezweigen eine Anzahl Grossbetriebe zu L. bestimmt. Sie sollen eine Reihe kleinerer Betriebe gleicher Produktionsrichtung anleiten. Die L. unterstehen ihrerseits entweder den -> **WB** oder den Räten der -> **Bezirke**.

**LEITUNG, PRINZIP DER SOZIALISTISCHEN:** Ein in verschiedenen Verordnungen z. T. verwirrend wiedergegebenes Beziehungssystem zwischen leitenden und ausführenden Kräften innerhalb der Betriebe, das bestimmte Rangordnungen (z. B. zwischen Brigadier und Brigademitglied) formal zwar gelten lässt, andererseits aber durch das den Kollektivorganen (Mitgliederversammlung, Kommissionen, Aktiva) eingeräumte Gewicht wieder entkräftet. Der Leiter einer Gruppe (z. B. Brigade) ist für deren Leistungen und Verhaltensformen allgemein voll verantwortlich, soll die einzelnen Mitglieder aber gleichzeitig in die Leitungsfunktion einbeziehen. Dieses ideal postulierte System der Mitbestimmung kommt praktisch nie zur Entfaltung, weil eine letztverantwortliche Instanz nicht vorhanden oder anonym und unverbindlich ist (Staat u. Partei). (-> **Komplexe Leitung**)

**LEKTIONSPROPAGANDA:** Im Pj. methodisches Kernstück der politischen -> **Schulung**, Sammelbegriff für alle Vorlesungen (Lektionen), die in diesem Rahmen gehalten werden. Daneben Vertiefung und Durcharbeitung des Stoffes in Seminaren und im «Selbststudium».

**LEMMNITZ, ALFRED;** \* 27. 6. 05 in Taucha/Sa. als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Schriftsetzer. **1927** SPD, **1931** KPD. Besuch der Heimvolkshochschule Leipzig, dann Universität, nach **1933** illegale Arbeit, zeitweilig inhaftiert, **1937** Emigration nach Holland, **1940-1945** Zuchthaus Brandenburg-Görden. Nach **1945** -> **KPD, SED**, Bezirksstadtrat f. Volksbildung in Berlin-Spandau, **1948** Promotion und Habilitation, danach Inhaber eines Lehrstuhls f. Politökonomie an der SED -> **Parteihochschule**. **1953** o. Prof. Univ. Rostock, **1955** Rektor der Hochschule f. Finanzen in Berlin-Babelsberg, **1956** Leiter der Hochschule f. Ökonomie und Planung in Ost-Berlin, **1958** Leiter der Abt. Gesellschaftswissenschaften im Staatssekretariat f. Hoch- und Fachschulwesen, seit Dez. **1958** als Nachfolger von **Fritz** -> **Lange** Minister f. Volksbildung.

**LENIN:** Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. \* 22.4.1870 in Simbirsk, f 21. 1. **1924** in Gorki. Sohn eines Gymnasiallehrers, wurde Rechtsanwalt, 1897 wegen sozialistischer Agitation nach Sibirien verbannt. Seit **1903** Führer des ex-

## LEUSCHNER, BRUNO

tremen Flügels der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, der Bolschewiki (-> **Bolschewismus**,

**KPdSU**). **1907** bis **1917** im Exil in Paris, Wien und Zürich. Aus dieser Zeit stammt L.s geistige Beeinflussung durch radikale westliche Denker (Sorel, Pareto). **1917** mit Duldung der deutschen Regierung nach Russland zurückgekehrt, wo er zusammen mit Trotzki (-> **Trotzkismus**) die Kerenski-Regierung stürzte und die komm. Räterepublik gründete, an deren Spitze er als «Vorsitzender» des Rats der Volkskommissare\* bis zu seinem Tode stand. L. beendete **1921** den vierjährigen Bürgerkrieg, gab dann den «Kriegskommunismus» zugunsten der milderen «Neuen Ökonomischen Politik» (NEP) auf, gründete die III. Internationale (-> **Komintern**). Sein Grab vor dem Kremel wurde nationale Kultstätte der SU.

Wichtigste theoretische Werke: «Was tun?» (**1902**), «Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück» (**1904**), «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution» (**1905**), «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» (**1916**), «Staat und Revolution» (**1917**). (-> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**)

**LENINISMUS:** -> **Bolschewismus**, -> **Lenin**, -> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**.

**LESSING-PREIS:** Preis in einer Höhe bis zu 10'000 DM mit Medaille und Urkunde, der für hervorragende Werke deutscher Autoren auf dem Gebiet der Bühnendichtung, der Kunsttheorie und der Kunstkritik verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**LEUNA:** Industriegemeinde im sachsen-anhaltischen Kreis -> **Merseburg**, an der Saale, Bezirk -> **Halle** mit 12 616 Einwohnern (**1959**). L. ist Sitz des grössten chemischen Werkes Europas, des L.-Werkes «Walter Ulbricht». Als grösstes deutsches Stickstoffwerk errichtet, erzeugt das L.-Werk heute u. a. synthetisches Benzin, Dieseldieselkraftstoff, flüssiges Gas, Schwefel, Salzsäure (-> **Chemische Industrie**).

**LEUSCHNER, BRUNO:** \* 12. 8. **1910** in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, kaufm. Angestellter. **1931** Mitgl. der -> **KPD**, wegen illegaler Arbeit **1936** verhaftet. **1937** 6 Jahre Zuchthaus, dann KZ. **1945** KPD, Leiter der Abt. Wirtschaft im Parteivorstand der -> **SED**. **1947** Leiter der Abt. Planung der -> **DWK**, seit 9. 3. **1948** Leiter der Hauptverwaltung Planung in der deutschen Zentralverwaltung für Wirtschaft und stellv. Vors. der DWK, am 14. 10. **1949** zum Staatssekretär im Ministerium für Planung ernannt, seit dem 16. 11. **1950** stellv. Vors.,

seit dem 23. 5. 1952 Vors. der Staatlichen -> Plankommission, seit 1. 12. 1955 Stellv. des Vors. des Mirierrats. Seit Juli 1950 Mitgl. des - ZK der SED, seit Juli 1953 Kandidat, seit Juli 1958 Mitgl. des -> Politbüros. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer. Seit 12. 9. 1960 Mitgl. des Staatsrats.

**LEY, HERMANN:** \* 14.10. 1895 in Holzheim (Aachen), Dr. med. dent. Vor 1933 KPD, einige Jahre KZ, nach 1945 - KPD, -> SED.. 1947 stellv. Chefredakteur «Leipz. Ztg.» und Kommentator bei Radio Leipzig. Um 1950 Prof. für Philosophie in Leipzig. 1951 Studentendekan, 1. 1. 1954 Prorektor für das gesellschaftswiss. Grundstudium und o. Professor für Dialektischen und Historischen Materialismus an der TH Dresden, seit 1.8.1956 Vorsitzender des Staatl. -> Rundfunkkomitees der SBZ, seit März 1957 ausserdem Mitgl. des Verwaltungsrates der Internat. Rundfunkorganisation.

**LINGUISTIK - BRIEFE:** Schriften-sammlung -> Stalins über den «Marxismus in der Sprachwissenschaft». In den L. durchbrach Stalin die marxistische Theorie vom «Klassencharakter der Sprache», trat der bis dahin gültigen Meinung der sowjetischen Wissenschaft entgegen, dass die Sprache Bestandteil des «ideologischen Überbaus» sei, und wies ihr eine eigene, aktive Funktion zwischen Basis und überbau (-> **Marxismus-Leninismus**) zu. Daraus entwickelte sich die Diskussion, ob auch anderen, nicht zur «ökonomisch-materiellen Basis» gehörenden Gesellschafterscheinungen (z. B. Wissenschaft und Kunst) eine eigenständige Rolle zwischen Basis und überbau zuerkannt werden könne. Diese wurde zunächst der Formalen Logik, der Mathematik und den Naturwissenschaften zuerkannt.

Entgegen der orthodoxen marxistischen Auffassung, gesellschaftliche Umwälzungen hätten ihre Wurzel in den widersprüchlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, ihnen gingen Veränderungen in den wirtschaftlichen, besonders in den Eigentumsverhältnissen voraus (-> **Produktivkräfte**, -> **Produktionsverhältnisse**), betonte Stalin in den L. erstmals, dass auch der ideologische und institutionelle überbau, also die staatlichen und parteilichen Organisationen, eine aktive Funktion ausüben können, und schuf damit eine theoretische Begründung für die «kalte Revolution von oben», die vor allem die bolschewistischen Eingriffe in den -\* **Volksdemokratien** rechtfertigen sollte. (Stalinismus) [39, 55]

**LINIE:** Im Pj. die von der Parteiführung festgelegte «Strategie und Taktik» zur Erreichung bestimmter Ziele. Das Auftreten und die Handlungen aller -> **Funktionäre** und Parteimitglieder sollen mit der L. übereinstimmen. -> **Abweichungen** von der jeweiligen L. werden als Verstöße gegen die -> **Partei-disziplin** bestraft. • überraschende Änderungen der L. in den kommun. Parteien, meist durch vorangegangene Ereignisse in der SU verursacht, bringen die Funktionäre und Parteigaitatoren in die Verlegenheit, neue Parteibeschlüsse vertreten zu müssen, die im Widerspruch zu vorangegangenen Anweisungen stehen (-\* **Neuer Kurs**). Die **Generallinie**, etwa für den Aufbau bzw. die Vollendung des Sozialismus und den Übergang zum Kommunismus (-> **Periodisierung**) ist für alle kommun. Parteien des -> **Ostblocks** verbindlich. Sie haben jedoch die Möglichkeit, bei ihrer Verwirklichung die jeweiligen Gegebenheiten des betreffenden Landes zu berücksichtigen und für begrenzte Zeitschnitte, etwa für die -> **Kollektivierung** der Landwirtschaft, eine eigene L. im Rahmen der Generallinie auszuarbeiten.

**LINSE, WALTER:** \* 23.8.1903 in Chemnitz als Sohn des Postsekretärs Max L. Juristische Ausbildung bis 1931, anschließend Rechtsanwalt und Hilfsrichter beim AG. Leipzig bis 31. 12. 1933. Danach Rechtsanwalt in Chemnitz bis 1938, von Mai 1938 bis 31.3.1949 Referent und Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Chemnitz. Nach 1945 Mitglied der LDP und 1. Vors. des Bezirksverbandes Chemnitz dieser Partei; wegen Ablehnung der -> **Blockpolitik** im Herbst 1945 ausgetreten. Anfang April 1949 Flucht nach West-Berlin, da Festnahme durch die politische Polizei (Abt. K 5 der Kripo) zu befürchten war. Von April 1949 bis 31. 12. 1950 Syndikus in einem West-Berliner Industrieunternehmen. Am 15.1.1951 Eintritt in den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen, alsbald Leiter der Abt. Wirtschafts recht, wo Dr. L. vornehmlich die mit den rechtsstaatswidrigen Enteignungen in der SBZ zusammenhängenden Fragen bearbeitete.

Am 8. 7. 1952 wurde Dr. L. gegen 7.25 Uhr auf dem Wege zur Arbeitsstelle unweit seiner Wohnung in Berlin-Lichterfelde von beauftragten Agenten des -> **Staats-sicherheitsdienstes** angesprochen, hinterrücks mit einem bis dahin versteckt gehaltenen Sandsack niedergeschlagen, in ein mit laufendem Motor bereitstehendes Auto gezerrt und in die SBZ verschleppt. Er erhielt dabei einen Schuss in

das Bein. Auf Verfolger wurde geschossen, der sowjetzonal Schlagbaum wurde für das Auto der Menschenräuber kurz geöffnet. Auf einen scharfen westalliierten Protest erklärten die Sowjets, von der Angelegenheit nichts zu wissen und Dr. L. nicht in Gewahrsam zu haben. Inoffiziell wurde bekannt, dass Dr. L. wenige Tage nach dieser sowjetischen Antwort den Sowjets vom SSD übergeben und dann längere Zeit im NKWD-Gefängnis Berlin-Karlshorst gefangengehalten wurde. Inzwischen entlassene politische Häftlinge sind dort zeitweise mit ihm zusammengetroffen. Im Sommer 1953 wurde Dr. L. in das sowjetische Militärgefängnis Berlin-Lichtenberg verlegt. Hier soll er zu einer 25jährigen Freiheitsstrafe verurteilt und anschließend in die SU abtransportiert worden sein. Seitdem war sein Schicksal ungewiss, bis das Sowjetische Rote Kreuz Ende Mai 1960 offiziell mitteilte, dass Dr. L. bereits am 15. 12. 1953 in der SU verstorben ist. Diese Mitteilung wurde dann aber in einem dem DRK Anfang Sept. 1960 zugegangenen Schreiben des Sowjet. Roten Kreuzes als Irrtum eines Sachbearbeiters bezeichnet und dementiert. Nun heisst es wieder, dass den Sowjet. Behörden über L. nichts bekannt sei. (-> Menschenraub)

**LITERATUR:** Das literarische Leben der SBZ ist beherrscht von der ständigen Auseinandersetzung um den politischen Auftrag der Dichter (die -\* Stalin einmal als „Ingenieure der menschlichen Seele“ angesprochen hatte), um die Zweckbezogenheit künstlerischen Schaffens und um die von den Ideologen der -> SED diktierte Stilform des sozialistischen -> **Realismus**. «Literatur und bildende Künste sind der Politik untergeordnet, aber es ist klar, dass sie einen starken Einfluss auf die Politik ausüben. Die Idee der Kunst muss der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen.» (**Otto -+ Grotewohl** anlässlich der Konstituierung der -\* **Kunstkommission 1951**) Sechs Jahre später machte **Alexander -> Abusch** (auf der Kulturkonferenz der SED) den Schriftstellern klar, «dass unsere Partei das kollektive Gewissen des Volkes ist und dass der Schriftsteller oder Künstler nur dann dieses Gewissen verkörpert, wenn er ein allezeit ergebener, selbstloser, opferbereiter Kämpfer im grossen Kollektiv unserer Partei ist». Staat und Partei versehen Kunst und L. jedoch nicht nur mit Direktiven, sondern fördern auch anpassungsfähige Talente durch Aufträge, Fortbildungsmöglichkeiten (-> **Institut für Literatur**), Honorare, Prämien und Preise. All diese Mittel

haben nicht verhindern können, dass die Talente die SBZ verlassen, verstümmten oder von Werk zu Werk an Formkraft einbüssten. Um der Verarmung der literarischen Produktion zu steuern und «auf allen Gebieten der Kultur die absolute Überlegenheit gegenüber Westdeutschland in den nächsten Jahren unter Beweis zu stellen», wird neuerdings der «schreibende Arbeiter» als Leitbild herausgestellt; auf einer Konferenz von Arbeitern und Kulturschaffenden in Bitterfeld, Mai 1959, forderte -> **Ulbricht**, «dass Schriftsteller und Künstler selbst am sozialistischen Aufbau teilnehmen», und bemängelte, dass «die Aktivisten ... ein schnelleres Tempo als ein Teil unserer Schriftsteller und unserer Künstler hätten. – Literarische Namen, mit denen sich noch ein Begriff verbindet, sind: Hans Franck, **Ludwig -> Renn, Anna -> Seghers, Peter -> Hüchel, Ehm Welk**, von den jüngst Verstorbenen: **Johannes R. -> Becher, Bert -> Brecht**, Franz C. Weiskopf, Friedrich Wolf. Was sonst in Erscheinung tritt, gehört zur Kategorie der Produzenten von «Erbauungsliteratur» oder kommunistischer Literaturfunktionäre. Sie sprechen eine andere Sprache als die Schriftsteller des Westens, so dass fruchtbare Kontakte kaum mehr zustande kommen. Auch die deutsche Sektion des PEN-Klubs hat sich gespalten und zählt in der sowjetzonalen Gruppe nur noch wenige westdeutsche Autoren. L.-Zeitschrift des **Deutschen -> Schriftstellerverbandes** «**Neue deutsche Literatur.**» (-> **Kulturpolitik, -> Kunstpolitik, -> Verlagswesen, -\* Buchhandel, -> Theater, -\* Filmwesen**) [501,502]

**LITERATUR-INSTITUT:** -> **Institut für Literatur.**

**LOCH, HANS;** \* 2.11.1898 in Köln als Sohn eines Schlossers, gest. am 13. 7. 1960. Gymnasium, Studium der Rechtswissenschaft und Philosophie, Dr. jur., bis 1933 Verbands- und Steuersyndikus in Berlin, 1936 bis 1938 nach Holland emigriert, danach wieder Syndikus verschiedener Wirtschaftsunternehmen in Deutschland, Kriegsdienst. 1945 wurde L. Mitbegründer der thüringischen LDP, im Oktober 1946 Oberbürgermeister von Gotha, von 1948 bis 1949 Minister für Justiz in Thür., Mitgl. der -> **DWK**. Seit dem 7. 10. 1949 Minister der Finanzen, seit Nov. 1950 gleichzeitig stellv. Ministerpräsident sowie seit 1954 Mitgl. des Präsidiums des Ministerrates der «DDR». 24. 11. 1955 «auf eigenen Wunsch» als Finanzminister entlassen, blieb aber stellv. Ministerpräsident. L. wurde am 19. 1. 1949 Vors. des Landesverbandes



Thüringen der -> **LDPD**, im Februar 1949 stellv. Vors., im Juli 1951 zusammen mit -> Hamann gleichberechtigter Vors. der LDP in der «DDR». Seit der Verhaftung Hamanns im Dez. 1952 ist L. Alleinvors. der LDP. Im Januar 1954 wurde L. zum Vors. des -> Ausschusses für deutsche Einheit ernannt. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer. L. ist für die Gleichschaltung der LDP mitverantwortlich.

**LOHNAUSGLEICH:** L. wird bei Krankheit bis zu 6 Wochen im Jahr und bei Betriebsunfällen bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zum Eintritt der Invalidität vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an in Höhe der Differenz von -> **Krankengeld** und 90 v. H. des Nettodurchschnittsverdienstes der letzten 13 Wochen gezahlt (§ 26 und § 27 der VO vom 20. 5. 1950, GBl. S. 377). (**- Arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen**)

**LOHNFONDS:** In den Verwaltungen und in den «volkseigenen» sowie genossenschaftlichen Betrieben bildet die im beständigen -> **Arbeitskräfteplan** insgesamt vorgesehene Bruttolohn- und -gehaltssumme den L. Nur in seinem Rahmen dürfen Lohn- und Gehaltszahlungen vorgenommen werden. (Anordnung vom 1. 12. 1954, GBl. S. 133). Der L. wird in der Praxis oft überschritten, was jedoch stets scharf kritisiert wird. Wird er genau eingehalten, so geht eine bessere Entlohnung, die infolge des -> **Stücklohnes** bei Normübererfüllung (\* TAN) notwendig wird, auf Kosten der anderen Arbeiter, auf die dann ein geringerer Anteil am L. entfällt. Diese werden deshalb häufig in eine niedrigere -> **Lohngruppe** eingruppiert, um Überschreitungen des L. zu vermeiden. [418]

**LOHNGRUPPE:** Für die gesetzlich festgesetzten Löhne (-> **Arbeitsrecht**) bestehen 8 verschiedene, stark gestaffelte Lohngruppen (-> **Lohnsystem**). Mit Aufnahme der Arbeit soll der Beschäftigte entsprechend seiner Leistung in eine Lohngruppe eingestuft werden. Die Einstufung soll von der Kommission für Arbeit und Löhne innerhalb der -> BGL kontrolliert werden. Die Merkmale für die Einstufung sollen die -> **Wirtschaftszweiglohngruppenkataloge** enthalten. (\* **Arbeitspolitik**) [418]

**LOHNGRUPPENKATALOG:** -> **Wirtschaftszweiglohngruppenkatalog**.

**LOHNSYSTEM:** Das L. trägt folgende typische, und zwar rück-schrittliche Merkmale: 1. Die Entlohnung ist der tarifvertraglichen Regelung entzogen, sie wird durch staatliche Norm (Gesetz oder Verordnung) bestimmt. Nicht nur jede

Abweichung nach unten, sondern auch nach oben ist verboten. Das Günstigkeitsprinzip gilt also nicht. 2. Die Entlohnung weist grosse Differenzen zwischen den -> **Lohngruppen** auf, so dass die Arbeiter in der höchsten Lohngruppe zuweilen mehr als das Dreifache der Arbeiter in der untersten Lohngruppe erhalten. 3. An Stelle des -> **Zeitlohnes** ist in grossem Umfang der -> **Stücklohn** getreten. Die Gestaltung des L. dient nur dem Zweck, die Leistungen der Arbeitnehmer zu steigern (-> **Leistungsprinzip**). Seine Schwächen führten im Jahre 1958 zu einer gewissen Revision der Lohnpolitik. So wurden die unteren Arbeitseinkommen erhöht und damit die Differenzierung innerhalb der Lohngruppen gemildert. Durch Einbeziehung von Zuschlägen (Teuerungszuschläge nach Abschaffung der Lebensmittelkarten) soll der Anteil des Tariflohnes am Effektivlohn erhöht werden. Die Anwendung des Stücklohnes soll nur noch dort erfolgen, wo sie sinnvoll ist. Die Differenz zwischen Zeitlohn und Leistungsgrundlohn soll verringert werden.

**LOTTERIE:** Folgende L. sind in der SBZ zugelassen: Zahlen-**Lotto**, Sportfest-Toto, **Sport-Toto** und Berliner Bärenlotterie. Mehr als 18 Mill. DM Ost sollen wöchentlich eingesetzt worden sein. (Lt. DFW 7/1958, S. 200.)

**LOTTO:** In der SBZ eingeführt durch VO vom 4. 3. 1954 (GBl. S. 241), nachdem die Propaganda die Spieleinrichtungen der Bundesrepublik heftig angegriffen hatte. Träger des L. ist der «VEB Zahlenlotto» mit dem Sitz in Leipzig, der der Aufsicht des Finanzministeriums untersteht.

Angeblich sollen 60 v. H. der eingezahlten Spieleinsätze zur Gewinnausschüttung kommen und der Reinertrag entsprechend dem Aufkommen in den Bezirken anteilmässig den Räten der -> **Bezirklichen Aufbauwerke** zur Verfügung gestellt werden. Sicherheitsfonds ist eine Rücklage von V4 v. H. der Spieleinsätze. 10 v. H. des Spieleinsatzes sind als Lotteriesteuer abzuführen.

Ab 1958 sollen mindestens 75 v. H. der den Bezirken im Planjahr aus L.-Einnahmen zufließenden Beträge als Finanzierungsquelle für den «volkseigenen» Wohnungsneubau eingesetzt werden. Lt. Gesetz über den 2. Fünfjahrplan sind die L.-Mittel auch für Um- und Ausbau sowie Wiederinstandsetzung von «volkseigenem» Wohnraum zu verwenden.

**LPG:** Abk. für **Landwirtschaftliche** -> Produktionsgenossenschaften.

**LUFTHANSA, DEUTSCHE:** -> Luftverkehr.

**LUFTPOLIZEI:** Bis 1955 übliches Tarnwort für die Luftstreitkräfte der -> **Kasernierten Volkspolizei**.

**LUFTSCHUTZ:** Seit April 1956 geheim vorbereitet, seit 11.4.1957 durch Mitteilung der Regierung angekündigt, seit 11. 2. 1958 als Gesetz beschlossen. Dieses L.-Gesetz sieht vor eine angeblich freiwillige «L.-Organisation . . . unter Anleitung des Ministers des Innern in enger Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der NF und den . . . Massenorganisationen». Die «örtlichen Organe der Staatsmacht\* und die Leitungen der Betriebe führen den L. durch. Dabei sind «L.-Stäbe zu bilden . . . aus haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeitern\*. Am 11. 2. 1958 wurde die Bildung der «Organisation freiwilliger L.-Helfer\* angeordnet, die bereits vierzehnjährige umfasst. Sie soll die Bevölkerung aufklären und schulen.

In den grösseren Betrieben und bei den Fachabteilungen der örtlichen Räte (Verwaltungen) bestehen, unter Mitarbeit des -> **Deutschen Roten Kreuzes**, die «Dienste des Luftschutzes\*»: für Nachrichten, Warnung u. Alarmierung; Brandschutz, mediz. u. ehern. Schutz; Versorgung; Transport; Bergung u. Instandsetzung; Ordnung u. Sicherheit; Techn. Dienst.

**LUFTVERKEHR:** Bis 1956 wurde der L. in der SBZ ausschliesslich von den L.-Gesellschaften der SU und der Volksdemokratien betrieben. Mit der Gründung einer eigenen L.-Gesellschaft im Jahre 1954 mit dem traditionellen Namen **Deutsche Lufthansa** wurde der Aufbau eines eigenen sowjetzonalen L. vorbereitet. Die Deutsche Lufthansa ist ein «volkseigener» Betrieb und wurde zunächst dem -> **Ministerium des Innern**, später dem Ministerium für Nationale Verteidigung und schliesslich 1958 dem Ministerium für Verkehrswesen unterstellt. Der regelmässige Flugdienst wurde 1956 mit der Eröffnung der Linie Berlin-Warschau aufgenommen. Gegenwärtig werden im Auslandsverkehr die Fluglinien nach Moskau, Budapest, Buekarest, Prag, Warschau und Sofia bedient. In absehbarer Zeit soll der L. nach China mit eigenen Düsenflugzeugen der Deutschen Lufthansa aufgenommen werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierfür ist der Ausbau des selbst für Propellerflugzeuge unzulänglichen Flugplatzes Berlin-Schönefeld. 1960 soll dessen Piste auf 3600 m Länge vergrössert werden. Neben den planmässigen Flügen führt die Deutsche Lufthansa auch Bedarfsflüge, insbesondere

zur Beförderung von politischen und diplomatischen Delegationen, durch. Die Verbindung mit den west- und nordeuropäischen Hauptstädten wird durch Einschaltung ausländischer Fluggesellschaften aufrechterhalten. Auf Grund von Gerichtsentscheidungen darf kein sowjetzoniales Flugzeug mit dem Zeichen der alten deutschen Lufthansa (stilisierter fliegender Kranich) und unter dem Namen «Deutsche Lufthansa\* einen Flughafen eines westlichen Landes anfliegen. In Ost-Berlin wurde deshalb im Frühjahr 1959 eine angeblich neue Fluggesellschaft mit dem Namen **Interflug** gegründet. Ein bisheriger stellv. Direktor der Deutschen Lufthansa ist Generaldirektor **der** «neuen» Fluggesellschaft.

Der Inlands-L. mit eigenen Maschinen wurde im Sommer 1957 aufgenommen (-> **Flugzeugindustrie**). Von -> **Berlin** aus werden regelmässig angefliegen: -> **Leipzig**, **Barth** (Ostsee), -> **Dresden** und -> **Erfurt**. Ferner bestehen von Leipzig, Dresden und Erfurt ebenfalls Luftverbindungen nach **Barth**, das hauptsächlich als Flugplatz für den Ostseebäder-Verkehr dient. Für -> **Rostock** und -> **Chemnitz** wurden neue Flughäfen angelegt. Der Bestand an Flugzeugen der Lufthansa beläuft sich auf etwa 40 Maschinen, grossenteils aus sowjetischer Produktion (Typ IL14). Im Laufe des Jahres 1960 sollen einige sowjetische Maschinen des Typs IL 18 (Propeller-Turbinen-Antrieb) gekauft und für den Auslandsverkehr in Dienst gestellt werden. Da Ersatzteile aus der SU bezogen werden müssen, fallen reparaturbedürftige Maschinen oft längere Zeit für den Verkehr aus. Der sowjetzonale L. ist völlig unwirtschaftlich und muss subventioniert werden. 1958 wurden nur 103'000 Passagiere befördert.

Die kurzen Strecken im innerdeutschen L., die unzureichende Auslastung der Flugzeuge, die unverhältnismässig hohen Verwaltungskosten und die Amortisation für die Flugplatzanlagen usw. lassen eine Rentabilität des sowjetzonalen L. nicht zu. (-> Verkehr)

**LUFTWAFFE:** -> **Nationale Volksarmee**, bis 1955 -> **Kasernierte Volkspolizei**.

**LUKACS, GEORG (GYÖRGY):** Ungar, \* 13. 4. 1885 in Budapest, Studium der Philosophie, Soziologie und Literaturgeschichte in Budapest und Berlin, Literaturgeschichtler und Kulturphilosoph. Gründete verschiedene Zeitschriften, trat mit Vorträgen und Veröffentlichungen in Ungarn hervor. 1912 in Heidelberg, Freundschaft mit Max Weber. Ende des ersten Weltkriegs Hinwendung zum Sozialismus, später Kommunismus. 1918 Mitgl. der KP

## LYSSENKO, TROFIM G.

250

Ungarns, in der Rätezeit Volkskommissar für Volksbildung und polit. Kommissar der 5. Roten Division. Nach dem Zusammenbruch der Revolution nach Wien emigriert, leitender Funktionär der KPO, 1930 bis 1931 Mitarbeiter im Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau, anschliessend bis 1933 in Berlin als Vizepräs. der Berliner Gruppe des Schriftstellerverbandes, nach 1933 als philos. Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der SU. 1945 nach Ungarn zurückgekehrt, Abgeordneter des ungar. Parlaments, Prof. für Ästhetik und Kulturphilosophie an der Unvers. Budapest, korrespond. Mitgl. der Deutschen -> Akademie der Wissenschaften, Mitarbeiter verschiedener literarischer und philosophischer Zeitschriften der SBZ. Bedeutendster Kulturphilosoph und Literaturgeschichtler des Ostens, der sich nach von Simmel und Max Weber beeinflussten Anfängen und längerem Schwanken seit 1923 unter dem Einfluss der Leninischen Schriften dem -> Dialektischen Materialismus verschrieb. Veröffentlichungen: «Geschichte und Klassenbewusstsein», «Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur», «Der junge Hegel und die Probleme der kaotistischen Gesellschaft», «Die Zerstörung der Vernunft» u. a. L. war während des Volksaufstandes in Ungarn (Okt./Nov. 1956) Erziehungsminister im Kabinett Imre Nagy, nahm mit Nagy und anderen Kabinettsmitgliedern beim gewaltsamen Sturz der Regierung durch die sowjetischen Truppen Asyl in der jugoslaw. Botschaft in Budapest und wurde mit Nagy und anderen beim Verlassen der

jugoslaw. Botschaft am 22. 11. 1956, unter Bruch der Zusicherung freien Geleits, durch Sowjet. Truppen verschleppt; April 1957 freigelassen und nach Budapest zurückgekehrt. Mitarbeiter der ungarischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Zeitschrift «Philosophische Rundschau». Besonders in der SBZ ist L. seit dem Ungarn-Aufstand wiederholt scharf angegriffen und als «Revisionist» (-> Revisionismus) verketzert worden (vor allem im Zusammenhang mit dem -> Harich-Prozess), da er u. a. eine Erneuerung des -> Marxismus-Leninismus auf der Grundlage der Frühschriften von -> Marx anstrebte.

**LYSSENKO, TROFIM G.: Russ. Botaniker**, geb. 29. 9. 1898 in Karlowka bei Poltawa, erzielte mit seiner «Stadienlehre» und ihrer Anwendung in der -> Jarowisation (Keimstimmung) praktische Erfolge für die russ. Landwirtschaft. Die von ihm auf der Grundlage von Arbeiten -> Mitschurins entwickelte Vererbungslehre (Entstehung neuer Eigenschaften durch Veränderung der Umweltbedingungen) führte in der SU zur Bekämpfung der «formalen Genetik» (Mendelismus).. L. war als ideologischer Günstling -> Stalins Präsident der Leninakademie der Landwirtschaftswissenschaften in Moskau, bis er Anfang 1956 mit Beseitigung des Personenkultes aus seinen Ämtern entfernt wurde. Nach der inzwischen erfolgten Rehabilitierung ist L. in weniger bedeutenden Stellungen tätig (z. B. Komitee zur Untersuchung der Nazigreuel). Er gilt nach wie vor als Mitbegründer der sowjetruss. -> Agrobiologie, (s. gleichnamiges Buch, dt. v. W. Höppner 1951)

## M

**MAGDEBURG:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung aus dem Nordteil von -> Sachsen-Anhalt** unter Austausch thüringischer und brandenburgischer Gebietsteile; 11 525 qkm, 1 387 619 Einwohner (1959). 1 Stadtkreis: Magdeburg; 20 Landkreise: Burg, Gardelegen, Genthin, -> **Halberstadt**, Haldensleben, Havelberg, Kalbe, Klötze, Oschersleben, Osterburg, Salzwedel, -> **Schönebeck**, Seehausen, Stassfurt, -> **Stendal**, Tangermünde, Wanzleben, Wernigerode, Wolmirstedt, Zerbst. Vors. des Rates des Bezirkes: Kurt Ranke (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Alois Pisknik**.

2. Stadtkreis im sachsen-anhaltischen Bezirk M., Bezirksstadt, in der Magdeburger Börde, beiderseits der Elbe, mit 260 618 Einwohnern (1959) zweitgrösste Stadt Sachsen-Anhalts und fünftgrösste Stadt der SBZ; alte Hansestadt (im 2. Weltkrieg stark zerstört): frühgotischer Dom (mit Grab Ottos d. Gr.), Liebfrauenkirche (11./13. Jh.); wichtiger Verkehrsknotenpunkt (Eisenbahn, Autobahn, grösster Binnenhafen der SBZ, Mittelkanal); eines der bedeutendsten Industriezentren Mitteleuropas: Schwermaschinenbau «Ernst Thälmann», «Karl Liebknecht», «Georgi Dimitroff», «7. Oktober» und «Erich Weinert», Messgeräte- und Armaturenwerk «Karl Marx», Mühlen-, Lokomotiv- und Schiffsbau, Giessereien, Zement, Ölraffinerie, Nahrungs- und Genussmittel; Reichsbahndirektion, Postscheckamt; Hochschule für Schwermaschinenbau, Medizinische Akademie (seit 1954), Theater, Tiergarten, Kulturhistorisches Museum; Sitz des Bischofs der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

**MAI:** Abk. für **Ministerium für -> Aussenhandel und Innerdeutschen Handel.** (-> **Aussenhandel**)

**MAI FEIER:** Nach 1945 wurde in der SBZ die M. zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- u. Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag u. zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung. Doch mehr und mehr missbrauchten die -\* SED und der FDGB die M. für ihre Agitationszwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des

«Friedenskampfes\* (-> **Frieden**) im Sowjet. Sinne, als Werbetag für eine -\* «**Aktionseinheit** der Arbeiterklasse\* nach Auffassung der SED/KPD. Schon nahm die -> **KVP** einen breiten Raum bei den Demonstrationen zur M. ein.

Die Losungen zum 1. Mai 1960 zeigen deutlich, wie sehr die M. aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitation und der Staatsmacht-Propaganda wurde. Nr. 3 fordert: «Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und entmilitarisierte Freie Stadt West-Berlin». Nr. 8 preist die KPdSU und «den Kämpfer für den Frieden, Genossen Chruschtschow». Von insgesamt 43 Losungen verlangen 18 von den Arbeitenden aller Wirtschaft- und Kulturzweige: Schafft «mehr, schneller und billiger». Nr. 42 verfügt: «Soldaten . . . meistert die moderne Waffentechnik». Im Mittelpunkt der M. stehen stärker denn je die waffenblitzende Parade der -> **NVA** und der Aufmarsch der -> **Kampfgruppen**.

**MAISPROGRAMM:** Zu den +> **Neuermethoden in der Landwirtschaft** gehörige Kampagne zum vermehrten Anbau von Grün- und Silomais. Nach sowjetischem Vorbild, von -> Ulbricht auf der 33. Tagung des -\* **ZK** verkündet, von -> **Chruschtschow** persönlich anlässlich seines Besuchs im August 1957 in der SBZ propagiert: «Der Maisdas ist Wurst am Stiel.» Obwohl die gesteckten Anbaupläne unrealistisch sind und noch in keinem Jahr erfüllt werden konnten, hat sich unter dem starken Planungsdruck die Maisernte fläche von 10'000 ha (1955) auf 202'000 ha (1959) erhöht. Der -> **Siebenjahrplan** sieht vor, den Maisanbau sogar auf 10 v. H. der rd. 4,9 Mill. ha grossen Gesamternte fläche auszuweiten. Dass namhafte Agrarwissenschaftler sich aus ökologischen Gründen gegen die übertriebene Ausweitung des Maisanbaues in der SBZ ausgesprochen haben, stört die Parteifunktionäre nicht, den «Siegeszug der Maiskultur\* mit allen zu Gebote stehenden Mitteln (u. a. Wahl einer «Maiskönigin\* und Verleihung des Titels «Maismusketier» für besondere Verdienste im M.) zu propagieren. Das M. ist für die grossen Schwierigkeiten kennzeich-

nend, die in der Futterwirtschaft bestehen, wo als neueste «Errungenschaft» das vermahlene Produkt der künstlichen Trocknung von Maissilage, das Maissilage-mehl als Austauschfutter für Getreide in der Schweinemast empfohlen wird. [748,7551]

**MAKARENKO, ANTON SEMJONOWITSCH:** 1880-1939, wichtigster Sowjet. Pädagoge. M. übernahm 1920 die Leitung einer Kolonie für minderjährige «Rechtsbrecher», bekannt unter dem Namen Gorki-Kolonie. Nach Differenzen mit dem Volkskommissariat für Volkswirtschaftswesen widmete M. sich von 1929 bis 1935 ausschliesslich der Dsershinski-Kommune, deren Organisatoren und Protektoren die Tschekisten (Geheimpolizei), von Charkow waren. Die Arbeit in diesen beiden Erziehungsanstalten hat M. in den Büchern «Der Weg ins Leben, ein pädagogisches Poem» (zuerst 1933 und 1935) und «Flaggen auf den Türmen» (1938) dargestellt. Daneben zahlreiche Aufsätze über pädagogische und politische Probleme sowie literarische Arbeiten in den letzten Lebensjahren.

M. hatte grosse Erfolge bei der Erziehung «durch das Kollektiv» und «für das Kollektiv». Er versuchte, straffe Disziplin mit einem hohen Mass von Schüler selbstverwaltung und produktiver Arbeit zu verbinden. Den Kolonien waren z. B. Landwirtschafts- bzw. Fabrikbetriebe angeschlossen, die die Schüler selbst aufgebaut hatten. In seinen Veröffentlichungen versucht er, seine pädagogische Praxis gedanklich zu durchdringen. Seine Einsichten hat die Sowjetpädagogik mit den bestehenden Schulverhältnissen zu vereinbaren versucht. Das Studium seiner Schriften ist für die Studenten der Lehrerbildungsinstitute der SBZ obligatorisch. (-> **Erziehungswesen**, -> **Lehrerbildung**) [17]

**MAMA-METHODE:** Sowjet. -> **Arbeitsmethode**, die in der SBZ unter der Bezeichnung -> **Christoph-Methode** eingeführt wurde.

**MARKTFORSCHUNG, DEUTSCHES INSTITUT FÜR (DIM):** Nach der amtlichen sowjetzonalen Formulierung soll das DIM die Vorgänge in den demokratischen und kapitalistischen Ländern sowie die Beziehungen zu diesen Ländern nach wissenschaftlichen Methoden analysieren und Prognosen über die voraussichtliche Entwicklung der Märkte aufstellen. Die Gründung erfolgte im Sept. 1952 vor allem mit dem Zweck, für die Aufstellung von Kennziffern im Rahmen des Aussenhandelsplans einen Ausgangspunkt zu finden. Insbesondere sollen mit Hilfe des DIM die Konjunkturbewegungen auf «kapi-

talistischen Märkten» im Sinne der sowjetzonalen Wirtschaft ausgenutzt werden. (-> **Wirtschaftswissenschaften**)

**MARKTPRODUKTION:** In der -> **Landwirtschaft** das Mengenaufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Erfassung und Aufkauf (-> **Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe**). Seit der propagandistischen Herausforderung des volkswirtschaftlichen Leistungswettstreits mit der BRD durch -> **Ulbricht** auf dem V. Parteitag der -> SED im Juli 1958, ist im Pj. die «Steigerung der M.» als Schlagwort aufgekommen. Es charakterisiert die Spekulation des Regimes, mit dem raschen -> **Aufbau des Sozialismus auf dem Lande**, zugleich dessen «wirtschaftliche Festigung» zu erreichen, um die «Überlegenheit der sozialistischen Grossproduktion» über die «kapitalistischen» Produktivitätsformen nachweisen zu können. Diesen Beweis muss die Landwirtschaft der SBZ allerdings schuldig bleiben, wie der grosse Abstand zum Ertragsniveau zur BRD zeigt.

Da sich durch die -> **Zwangskollektivierung** das Aufkommen aus der -> **Ablieferungspflicht** entsprechend den ermässigten Normen der -> **LPG** den geltenden Bestimmungen gemäss verringert hat, der -> **Sieenjahrplan** aber immer höhere Marktleistungen von der Landwirtschaft fordert, wird neuerdings für jede einzelne LPG ein Produktionsplan aufgestellt, der sie zu einer bestimmten M. verpflichtet. Im Endeffekt kommt das aber einer Erhöhung des -> **Ablieferungssolls** gleich.

**MARON, KARL:** \* 27. 4.1903 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Maschinenschlosser. Seit 1926 KPD-Mitgl., führend im Arbeitersport tätig, ab 1929 aus politischen Gründen arbeitslos, 1932 Vors. des Arbeitersportvereins «Fichte». 1934 nach Dänemark emigriert, von dort in die SU, 1943 Mitgl. des-> **Nationalkomitees Freies Deutschland** und stellv. Chefredakteur der Kriegsgefangenenzeitung «Freies Deutschland». Im Mai 1945 1. Stellv. des Oberbürgermeisters von Berlin, 1947 Vors. der -> SED-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, im Nov. 1948 Stadtrat für Wirtschaft im Magistrat von Ost-Berlin. Im Nov. 1949 stellv. Chefredakteur des SED-Zentralorgans «Neues Deutschland», ab 31. 8. 1950 Generalinspekteur und Chef der Hauptverwaltung **Deutsche -> Volkspolizei**. Seit 28. 6. 1955, als Nachfolger von -> **Stoph**, Minister des Innern. Generalleutnant der DVP. Seit April 1954 gehört er dem -> ZK der SED an. Abg. der -> **Volkskammer** seit Nov. 1958.

**MARX, KARL:** \*5.5.1818 in Trier als Sohn eines jüdischen, später zum Protestantismus übergetretenen Rechtsanwalts, gest. 14. 3. 1883 in London. M. studierte in Berlin und Bonn und geriet sehr früh unter den beherrschenden Einfluss Hegels. Wurde unter Verwertung der sozialen und revolutionären Ideen seiner Zeit sowie unter dem Eindruck der frühkapitalistischen Umwelt zum Begründer einer besonderen sozialistischen Richtung, des Marxismus. 1842 war M. Redakteur der in Köln erscheinenden «Rheinischen Zeitung». 1848 gab er zusammen mit **Friedrich Engels** das «Kommunistische Manifest» heraus, das die Proletarier der ganzen Welt zur Revolution aufrufen sollte («Proletarier aller Länder, vereinigt euch!») und bis heute die eindrucksvollste marxistische Kampfschrift geblieben ist. Aus Paris und Brüssel ausgewiesen, siedelte M. nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 endgültig nach London über, wo er mit seiner Frau Jenny, geb. v. Westphalen, unterstützt von seinem Freund Engels, in bescheidenen Verhältnissen als Schriftsteller lebte. 1864 wurde unter seiner massgebenden Beteiligung die internationale Arbeiter-Assoziation\* gegründet. 1867 erschien der 1. Band seines Hauptwerkes «Das Kapital», einer politisch-ökonomischen Grundlegung seiner Lehre. «Das Kapital», dessen 2. und 3. Band erst nach seinem Tode von Engels herausgegeben wurden, gilt als klassisches Werk des von den Marxisten sog. wissenschaftlichen Sozialismus. Nicht lange nach M.'s Tode spaltete sich der Marxismus, von dem ausser der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie verschiedene andere sozialistische Parteien beeinflusst wurden, in eine radikal-revolutionäre (\* **Lenin**) und eine demokratisch-revisionistische Richtung. (\* **Marxismus-Leninismus**) 130, 31, 36-38, 213]

**MARX – ENGELS – LENIN – STALIN-INSTITUT:** -> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

**MARXISMUS:** -> Bolschewismus, -> Marx, -> Marxismus-Leninismus.

**MARXISMUS-LENINISMUS:** s. S. 254.

**MAS:** Abk. für Maschinen-Ausleihstation, bis Ende 1952 gültige Bezeichnung der heutigen **Maschinen-Traktoren-Station (MTS)**.

**MASCHINENBAU:** Im Gebiete der SBZ war der M. bereits vor 1945 stark entwickelt. Schwerpunkte waren die Herstellung von Textilmaschinen, Lebensmittelmaschinen, Werkzeugmaschinen, leichten Elektromaschinen usw. Insgesamt machte der M. im Gebiet der

SBZ vor dem Kriege rd. 31 v. H. des deutschen M. aus und lag damit um 6 v. H. über dem 25 v. H. betragenden Bevölkerungsanteil im ungeteilten Deutschland. Die Kriegsschäden und Demontageverluste des M. waren sehr erheblich. G. W. Harnssen (-> **Reparationen**) beziffert die Kapazitätsverluste «im Maschinen- und Apparatebau» mit mehr als 70 v. H. Der Wiederaufbau führte zu Strukturveränderungen, da der Lieferausfall von schweren Maschinen aus Westdeutschland den Aufbau eigener Produktionsstätten zur Folge hatte. Nicht weniger als 24 Schwermaschinenbaubetriebe wurden errichtet und ausgebaut (z. B. zur Herstellung von Walzwerken, Zementfabriken, Bergbau- und Fördermaschinen, Brikkettfabriken, Dampfkesseln und schweren Energie- und Elektromaschinen). Auch der Werkzeug-M. wurde wieder in Gang gebracht und macht nunmehr einen hohen Anteil am Export der SBZ aus: mehr als die Hälfte der Werkzeugmaschinenproduktion wird ausgeführt. Der Anteil aller Zweige des M. am Gesamtexport der Zone betrug 1959 etwa 58 v. H. Den quantitativen Erfolgen stehen aber erhebliche finanzielle Verluste gegenüber. Nach amtlichen sowjetzonalen Äusserungen führt insbesondere die unzulängliche -> **Materialversorgung** zu «überhöhtem finanziellem Aufwand». Der **Energieschwermaschinenbau, zu dem nach sowjetzonaler Industriezweiggliederung die Herstellung vom Dampfkessel, Turbinen und Generatoren gehört, zählt zu den Schwerpunktprogrammen.** Die planwidrige Entwicklung in den verschiedenen Industriezweigen (-> **Disproportionen**) ist wesentlich auf die mangelnde Planerfüllung im Energie-M. zurückzuführen. Ursache sind die ungenügende Ausstattung der betreffenden Betriebe mit Einrichtungen zur Herstellung von schweren Generatoren- und Turbinenteilen, der Mangel an Spezialmaterial usw. Es fehlen auch ausgebildete und erfahrene Fachkräfte. Der Energie-M. hat bisher in keinem Planjahr die ihm gestellten Produktionsaufgaben erfüllen können. Die erforderlichen Steigerungen in der Energiedarbietung (-> **Energieerzeugung**) konnten deshalb nicht erreicht werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Sowjetblockstaaten im -> **Rai für gegenseitige Wirtschaftshilfe** soll der sowjetzonale M. auf bestimmte Zweige spezialisiert werden. Es wird angestrebt, Parallelproduktionen in den einzelnen Mitgliedstaaten des «Rats» aususchalten. Die SBZ soll künftig vorwiegend Bergbaumaschinen, Aus-

Fortsetzung Seite 259

## MARXISMUS-LENINISMUS

### 1. Theorie und Praxis. Parteimässigkeit der Theorie

Die europäischen Philosophen suchen seit den Griechen die Wahrheit zu *erkennen*. Dagegen sagt Marx: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.» -> **Marx** und -> **Engels** haben ihre Analyse des Kapitalismus zugleich mit der Zielsetzung unternommen, die Aufstellung sozialer Gesetzmässigkeiten dem revolutionären Handeln dienstbar zu machen. Auf dieser Linie hat sich der Marxismus zum Leninismus und Stalinismus weiterentwickelt. Alle theoretischen Streitigkeiten der Bolschewisten werden stets in dem Sinne entschieden, dass die Theorie mit der jeweils gebotenen revolutionären Praxis in Übereinstimmung sein muss. Ebenso gilt aber auch das Gegenteil: Weil die Theorie revolutionär ist, kann die revolutionäre Praxis auf die Theorie begründet werden. «Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben» (Lenin). Die Theorie des Marxismus stützt sich auf die Hegelsche Dialektik. Hegel erklärte das Weltgeschehen als eine Entwicklung, die durch Widersprüche in den Dingen selbst vorwärtsgetrieben wird; der Gegensatz, das plötzliche Umschlagen, der «Sprung» sei die Form der Weltentwicklung. In dieser Entwicklung und durch diese gelange der Geist zum Bewusstsein seiner selbst. Marx übernimmt von Hegel die dialektische Methode der Widersprüche und des revolutionären Sprunges, setzt aber an die Stelle des Geistes die Materie. Er erklärt die Bewegung der Dinge nicht «von oben», vom Bewusstsein, sondern «von unten», vom Materiellen her. Seine Theorie ist also zugleich dialektisch und materialistisch. Die «Erklärung von oben», die rein geistige, an «objektiven» Werten und Wahrheiten orientierte, auf Erkenntnis abgestellte traditionelle Philosophie und Wissenschaft wird dabei als den «parteilichen» Standpunkt der Bourgeoisie vertretende und angeblich rechtfertigende Pseudo-Wissenschaft (-> **Objektivismus**) abgelehnt. Nur die Marxisten hätten in ihrer Theorie die wahre «höchste» Wissenschaft, zu der alle frühere Wissenschaft bestenfalls – nunmehr überholte – Vorstufe sei.

Zugrunde liegt dssbei die These, dass die materialistische Lehre zugleich die den Interessen des Proletariats korrespondierende Philosophie sei, da diesem auf Grund der Gesetze der materiellen Entwicklung die Zukunft gehören müsse. So soll es sich aus den Interessen des Proletariats zwangsläufig ergeben, dass es, um möglichst schnell und effektiv an die Macht zu kommen, ausführlich den Materialismus studieren und sich nach den von ihm gewiesenen Regeln verhalten müsse. Dass sie sich nach diesen Lehren richtet, gibt der für ihre Auslegung allein zuständigen bolschewistischen Partei ihre in Anspruch genommene rationale Würde. Sie bestimmt mittels der Theorie die -> **Linie** und damit die Richtschnur für parteiliches Verhalten, womit zugleich alle abweichenden Meinungen (-\* **Abweichungen**) politisch wie wissenschaftlich gebrandmarkt sind.

### 2. Bourgeoisie und Proletariat. Klassenkampf

Unter dem -\* Kapitalismus versteht Marx die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsweise. Erst im Zeitalter der «grossen Industrie» (d. h. der Maschinenindustrie) habe der Kapitalismus seine moderne Form erreicht. Diese höchste Erscheinungsform des Kapitalismus sei zugleich seine letzte. Denn der Zustand der Gesellschaft sei unter dem Kapitalismus derartig unversöhnlich gegensätzlich (antagonistisch), dass er sich notwendig auflösen und in einen anderen Zustand übergehen müsse. Die Klasse derer, die keinen Anteil an den Produktionsmitteln besitzen und nur ihre Arbeitskraft zu Markte tragen,

und die Klasse derer, die über alle Produktionsmittel einschliesslich dieser Arbeitskraft verfügen, also einerseits Proletariat und andererseits Bourgeoisie, stehen sich, sagte Marx, in unversöhnlichem Kampf gegenüber. In der industriellen Gesellschaft gelange dieser **Klassenkampf (-> Historischer Materialismus) auf seinen Höhepunkt.**

An sich sei die **Bourgeoisie** positiv und notwendig, denn sie sei fortschrittlich (progressiv), ja revolutionär in der Geschichte der Menschheit gewesen: «Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossale Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schosse der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?» (Kommunistisches Manifest).

Der Kapitalismus sei ein durchdachtes System der -> **Ausbeutung** des Menschen durch den Menschen. Indem sich aber der Kapitalismus entwickle, bringe er nicht nur Maschinen und Waren in immer grösseren Mengen hervor, sondern er erzeuge auch das Heer der -> **Proletarier**, die er um ihren Lohn betrüge, indem er ihnen zugleich die letzte Reserve an Arbeitskraft auspresse. «Mit der Entwicklung der grossen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich» (Kommunistisches Manifest).

Zunächst sahen Marx und Engels nur den von Krisen geschüttelten Konkurrenz-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts vor sich und warteten von Jahr zu Jahr auf die endgültige letzte «Handelskrise», die das Proletariat in den Besitz der Produktionsmittel bringen sollte. Aus dem Schicksal der Kommune von Paris (d. h. der Herrschaft des sozialistischen Gemeinderats in Paris von März bis Mai 1871) und deren blutigem Ende zogen sie die Lehre, dass die Bourgeoisie nur durch Gewalt enteignet werden könne. «Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen» (Adresse des Generalrats). Da der Staat nur eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere sei, müsse zuvor die alte Staatsmaschine zerschlagen werden, wenn eine neue Gesellschaft entstehen soll. Im «Kapital» hatte Marx geschrieben: «Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz» (I. Bd., Volksausg., S. 680).

### 3. Materialistische Geschichtsauffassung

Die auf den Begriffen Kapitalismus, Bourgeoisie, Proletariat und Klassenkampf aufgebaute Theorie wurde von Marx und Engels den vorhandenen sozialistischen Theorien als «kommunistisch» (-> **Bolschewismus**) entgegengesetzt. Sie nannten die älteren, aus einer unklaren Sehnsucht nach einer allgemeinen Umgestaltung der Gesellschaft hervorgegangenen Theorien, die nur unzulängliche ökonomische Vorschläge und moralische Forderungen brachten, utopistisch (-\* **Utopie**). Die eigene Theorie dagegen, die auf eine ökonomische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft gegründet war, nannten sie wissenschaftlich. Die Formel für ihre



Zielsetzung haben Marx und Engels jedoch dem älteren Sozialismus entnommen: Jeder solle nach seinen Fähigkeiten produzieren und nach seinen Bedürfnissen genießen.

Die Wirkung der marxistischen Theorie beruht darauf, dass sie aus einer einheitlichen «materialistischen» Geschichtsauffassung hervorgeht, die den Anschein erweckt, dass jedem politischen und geistigen Ereignis sein Platz in einem allumfassenden notwendigen Geschehen angewiesen werden könne. Rechtsverhältnisse und Staatsformen, Wissenschaft, Philosophie und Kunst, so wird von Marx «gelehrt, seien nicht aus der «sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes» zu begreifen, sondern wurzeln in den «materiellen Lebensverhältnissen». Der Mensch müsse wohnen, sich ernähren und kleiden, bevor er denken könne. Die tägliche Produktion und Reproduktion seines materiellen Daseins, seiner Basis sei nicht ein nebensächliches Geschäft, sondern in der Tat die Grundlage seiner ganzen Existenz. Um diese Existenz materiell produzieren zu können, müsse sich aber der Mensch in Verhältnisse der Abhängigkeit begeben. «Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt» (Einl. z. Kritik d. pol. Ökonomie).

Die **Revolution**, die zur klassenlosen Gesellschaft führen soll, könne weder durch den blossen guten Willen der Proletarier herbeigeführt noch durch den bösen Willen der Bourgeoisie verhindert werden. In den Verhältnissen selber stecke die Dialektik, die den Untergang der alten Klasse und den Aufstieg des Proletariats herbeiführe. Nicht um die Verwirklichung von «Idealen» oder von wirtschaftlichen «Programmen» handele es sich, sondern um die Vollstreckung dessen, was in der antagonistischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft angelegt sei.

#### 4. Staat und Revolution

Im Jahre 1864 haben Marx und Engels in London die «Internationale Arbeiterassoziation» gegründet, die später den Namen der **I. -> Internationale** erhielt. Die nach deren Auflösung gegründete **II. Internationale** suchte das revolutionäre Element aus dem Marxismus zu entfernen und aus der Lehre von Marx und Engels ein evolutionäres, rein «ökonomisches» System zu machen. Ihre Politik bestand darin, die Lage der Arbeiter zu verbessern und sich für demokratische Regierungsformen einzusetzen. Die Formel für diesen -> **Revisionismus (-> Abweichungen)** gab der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein mit den Worten: «Der Weg ist alles, das Ziel ist nichts.» In die Theorie strömten idealistische, vor allem Kantische, Elemente ein. Man zog es mehr und mehr vor, nicht mehr von der materialistischen, sondern von der ökonomischen Geschichtsauffassung zu reden.

Gegen diese staatspolitisch verantwortungsbewussten Bemühungen der

**II. Internationale** kämpfte mit Erfolg -> **Lenin**, der spätere Begründer der **III. Internationale** (Kommunistische Internationale = -> **Komintern**). Seine für die Entwicklung des Marxismus entscheidende Abrechnung mit dem Revisionismus gab Lenin in seiner Abhandlung «Staat und Revolution», die er unmittelbar vor der Oktoberrevolution im Jahre **1917** verfasste. Darin wird unter einseitiger Auslegung von Marx und Engels gezeigt, dass der Prozess, der zur klassenlosen Gesellschaft (-\* Hisio-

**rischer Materialismus**) führt, **den** revolutionären Terror als notwendiges Moment in sich einschliesst. Die Lehre von der Dialektik, von dem in «Sprüngen» sich vorwärts bewegenden geschichtlichen Prozess, wird von Lenin wieder in den Mittelpunkt der revolutionären Theorie gerückt, nachdem sie vom Revisionismus als eine hegelianisierende Schwäche Marx' abgetan worden war. Alle opportunistischen oder demokratischen Auffassungen wurden von Lenin rücksichtslos ausgemerzt. Die Philosophie fand dabei besondere Berücksichtigung. Im Jahre 1908 befasste sich Lenin in seinem Buch «Materialismus und Empirio-kritizismus» in aggressiver Weise mit den philosophischen Theorien russischer Marxisten, die sich dem westlichen Positivismus zuneigten. Nach Lenins Tode wurden Auszüge und Randglossen zu Hegels «Logik» aus seinem Nachlass veröffentlicht (Lenin, «Aus dem philosophischen Nachlass», 2. Aufl. Berlin 1949). In der materialistisch aufgefassten Dialektik Hegels sah Lenin den Schlüssel zur Lösung aller wissenschaftlichen Probleme.

Die marxistische Lehre vom Staat, so behauptet Lenin, sei durch den Revisionismus entstellt worden. Erst nach der sozialistischen Revolution «stirbt der Staat ab». Der bürgerliche Staat schläft nicht von selber ein, wie der Opportunismus der Sozialdemokraten gelehrt habe, er müsse von den Proletariern beseitigt werden. «Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich» (Lenin, Ausg. Werke, Moskau 1947, Bd. II, S. 173). Da jeder Staat nach der sozialistischen Auffassung, die von Marx und Engels geteilt wird, eine Diktatur ist, so bedeutet -> **Diktatur des Proletariats** nichts anderes als den Staat des Proletariats, der dazu bestimmt ist, den Staat der Bourgeoisie abzulösen. Der Ausdruck «Diktatur des Proletariats» ist zuerst von Marx in seiner «Kritik des Gothaer Programms» (1875) gebraucht worden. Aber schon im «18. Brumaire» hat Marx den Gedanken von der notwendigen Zerstörung der alten Staatsmaschinerie angedeutet, was von Lenin als ein gewaltiger Schritt über das Kommunistische Manifest hinaus ausgelegt wird («Staat und Revolution», Ausg. W. II, S. 177).

Der entscheidende Motor der revolutionären Umgestaltung ist für Lenin die straff organisierte, aus einer aktiven Minderheit (zunächst den sog. «Berufsrevolutionären») bestehende proletarische Partei, die als «Avantgarde der Arbeiterklasse» in diese erst das revolutionäre Bewusstsein hineinträgt, sie organisiert und über sie hinaus (-> **Bündnispolitik**) eine Fülle weiterer Gruppen dem revolutionären Anliegen dienstbar macht. Die Diktatur des Proletariats wird von Lenin lediglich als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft aufgefasst. In dieser Phase, «die gewöhnlich **Sozialismus** genannt wird», bestehe zwar schon das Gemeineigentum in bezug auf die Produktionsmittel, das bürgerliche Recht sei aber noch nicht ganz abgeschafft. Kommunismus sei das nicht. «Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben\*» («Staat und Revolution», Ausg. W. II, S. 230 u. 231). Die klassenlose Gesellschaft ist die Gesellschaft der Freiheit. Wenn die Arbeiter selber die Grossproduktion organisieren, dann entsteht - mit dem Absterben jedes Vorgesetztenwesens und Beamtentums - eine neue Ordnung, eine «Ordnung ohne Gänsefüsschen», als deren Vorbild von Lenin nach dem Vorgang eines deutschen Sozialdemokraten die Postverwaltung angeführt wird («Staat u. Revolution», Ausg. W. II,

S. 195). Die Funktionen der Aufsichts- und Rechenschaftsablegung, meint Lenin, würden mit der Zeit von selbst fortfallen. «In unserem Streben zum Sozialismus sind wir überzeugt, dass er in den Kommunismus hinüberwachsen wird, und im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit der

Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt . . . verschwinden wird, denn die Menschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Gewalt und ohne Unterordnung einzuhalten» («Staat und Revolution», Ausg. W. II, S. 220). Ist die erste Phase vorüber, dann soll die sozialistische Gesellschaft klassenlos und damit staatenlos werden. Es wird hier deutlich, dass die Utopie von einer staatsfreien Gesellschaft von Lenin ebenso festgehalten wird wie von Marx und Engels. Auch nach der Oktoberrevolution hat sich bei Lenin in dieser Hinsicht nichts geändert. Auch nachdem zwei Jahre des Aufbaus «auf sozialistischer Grundlage» vorüber waren, sprach Lenin immer noch von der neuen Ordnung, in der alles auf Freiwilligkeit aufgebaut sein würde. Kommunistische Arbeit wurde von ihm als freiwillige Arbeit ohne Norm und ohne Entlohnung bezeichnet, als Arbeit, die aus Gewohnheit und aus der zur Gewohnheit gewordenen Erkenntnis ihrer Notwendigkeit für das Gesamtwohl geleistet würde (Ausg. W. II, S. 667). Zu gleicher Zeit begründete Lenin aber in seiner Schrift über den Linksradikalismus die Notwendigkeit einer «eisernen und kampfgeübten Partei», weil er voraussah, dass die Klassen noch «jahrelang» bestehen bleiben würden (Ausg. W. II, S. 691).

Als -> **Stalin** die Herrschaft antrat, war das Problem, das Lenin ungelöst liegenlassen musste, in der Praxis dasselbe wie in der Theorie. Es war das Problem des Staates. Ein anderer Gedankengang konnte durch Stalin unverändert von Lenin übernommen werden. Marx und Engels hatten der unter ihren Augen sich vollziehenden Umbildung des Kapitalismus aus dem Konkurrenz-Kapitalismus in den Monopol-Kapitalismus (-> **Imperialismus**) nicht genügend Beachtung geschenkt. Lenin nahm die durch Kartelle, Syndikate und Trusts geschaffene neue Gestalt des Kapitalismus in die Theorie auf und bestimmte sie als «höchste Form des Kapitalismus». «Der Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus» (Ausg. W. II, S. 839).

## 5. Die Umgestaltung der Theorie seit Lenins Tod

### a) Die Ära Stalin

Die Probleme, denen Stalin sich gegenüber sah, ergaben sich aus der Situation: **Sozialismus** in einem Lande, und zwar in einem überwiegenden Agrarlande, dessen erste Anfänge einer Industrieproduktion über das Stadium des Frühkapitalismus kaum hinausgewachsen waren. In diesem Lande fehlten also die wichtigsten, von Marx und Engels geforderten Voraussetzungen für die Einführung des Sozialismus: der Hochstand der Industrialisierung und die Masse des Proletariats. Praxis und Theorie mussten daher einer neuen Lage angepasst werden. Die marxistisch-leninistische Theorie bedurfte also einer radikalen Umgestaltung, wenn sie einigermaßen mit der von Stalin befolgten Machtpolitik, einer in kürzester Zeit mit Gewalt und Terror zu erzwingenden Umgestaltung der Wirtschaft, Gesellschaft und der Einzelmenschen, übereinstimmen sollte. Diese Umgestaltung der Theorie wurde auf Stalins Geheiß in zwei Schüben durchgeführt - 1934 und 1947-1950, wobei, entsprechend der damaligen Lage der UdSSR, 1934 das Prinzip des **proletarischen -> Internationalismus** der revolutionären Bewegung (-> **Komintern**) den nationalen und patriotischen Belangen der Sowjetunion und der KPdSU nachgeordnet wurde. Nach der Errichtung der bolschewistischen Herrschaft in den osteuropäischen -> **Volksdemokratien** wurde sodann nach dem 2. Weltkrieg das parteiliche Lehrgebäude durch die Lehre Stalins von der «kalten Revolution von oben» ergänzt. (-> **Stalinismus**, -> **Linguistikbriefe**)

**b) Umbau der Theorie nach Stalins Tod**

Nach Stalins Tod, vor allem seit dem XX. Parteitag der KPdSU (Anfang 1956), ist nach parteioffizieller Version eine Rückkehr zur «reinen Lehre Lenins» erfolgt. Indes sei der M.-L. «schöpferisch weiterentwickelt». Doch kann von einem wirklichen Bruch mit der Ideologie der Ära Stalin nicht die Rede sein. Die Betonung der Rolle der Staatsmacht ist für die Jahrzehnte der -> **Vollendung des Sozialismus** (in den Satellitenstaaten) bzw. des «Aufbaus des Kommunismus' (in der UdSSR) erhalten geblieben. Doch sollen daneben die Gewerkschaftsorgane als partei-kontrollierte Instrumente der «Selbsttätigkeit» der Massen aufgewertet werden. Die Repressionsgewalt wurde lediglich dadurch abgeschwächt, dass - unter Verdammung der These Stalins von der fortschreitenden Verschärfung des Klassenkampfes auch innerhalb der sozialistischen Weltzone - für die bolschewistischen Länder ein Abbau des innerstaatlichen Terrors (Wiederherstellung der «demokratischen Gesetzmäßigkeit») postuliert wurde. Offenbar geht die Tendenz - in Fortsetzung des im Frühjahr 1953 von Malenkov proklamierten «Neuen Kurses» - dahin, die Volksmassen bei unverminderter Aufrechterhaltung von Partei-, Staats- und Militärgewalt stärker für das Regime zu aktivieren. Die Umakzentuierung betrifft dementsprechend in erster Linie die Aussenpolitik (-> **Koexistenz**) und das innere Gefüge der politischen Willensbildung (-> **Kollektive Führung, -> Personenkult**), die gemäss den von Lenin gegebenen Normen des Parteilebens durchgeführt werden soll. Dabei bleibt das Prinzip des -> **Demokratischen Zentralismus** als Norm der Willensbildung ebenso erhalten wie die weltrevolutionäre Zielsetzung. Lediglich mit veränderter Einschätzung der Weltlage hat sich die Taktik gewandelt. Doch gibt es Hinweise auf eine Abkehr vom grossrussischen -> **Imperialismus** Stalins, auf positivistischere Tendenzen in der -> **Wissenschaft**, die sich z. T. von den Spekulationen des -> **Dialektischen Materialismus** weg und stärker technologischen und wirtschaftsorganisatorischen Fragen zugewendet hat, und oft auf einen Stil grösserer Toleranz und verstärkter Sozialstaatlichkeit in der UdSSR selbst und einigen Satelliten, ohne dass indes das Gefüge des -> **Ostblocks** gelockert worden wäre.

[8, 10, 14, 24, 30, 31, 33, 34, 36-38, 41, 49, 55, 106, 116, 335, 435-438]

rüstungen für Brikett- und Zementfabriken, Ausrüstungen für die chemische Industrie, Elektromaschinen, Textil- und Werkzeugmaschinen sowie Erzeugnisse der feinmechanischen Industrie unter Vernachlässigung anderer Zweige des M. herstellen. Die Realisierung dieser Pläne befindet sich noch in den ersten Anfängen und dürfte im Hinblick auf die Notwendigkeit aller beteiligten Länder, auch nach westlichen Märkten zu exportieren, auf erhebliche Schwierigkeiten stossen. Man spricht schon jetzt von gegenseitiger Konkurrenz einiger Sowjetblockstaaten auf Märkten des Westens. Der Siebenjahrplan sieht vor, dass bis 1965 allein 200'000 Werkzeugmaschinen hergestellt werden sollen, davon sind 100'000 für den Bedarf der SBZ bestimmt. Ohne den Ersatz des veralteten Maschinenparks in den sowjetzonalen Industriebetrieben durch neue, modernere Ma-

schinen wären die Siebenjahrpläne von vornherein unerreichbar. [751]

**MASCHINEN-TRAKTOREN-STATION**

**(MTS):** Nach Sowjet. Muster gebildete staatliche Landmaschinenparks, die unter der Bezeichnung **MAS** (Maschinen-Ausleih-Station) im Zuge der -> Bodenreform von der **VdgB** begründet wurden. Ihre Aufgabe war zunächst, Schlepper und andmaschinen der enteigneten und aufgesiedelten Güter zusammenzufassen, um sie im Gemeinschaftseinsatz den mit Anspannung, Maschinen und Geräten völlig unzureichend ausgestatteten -> **Neubauern** zugute kommen zu lassen. Durch AO der -> **DWK** vom 10. 11. 1948 erfolgte die Übernahme der MAS in staatliche Regie, wobei auch die ländl. -\* **Genossenschaften** ihre Maschinenhöfe und Werkstätten einschl. Inventar der neuen Verwaltung zur Verfügung stellen

mussten. Nunmehr bekamen die Stationen auch rein politische Funktionen als «Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande» (\* **Kulturhaus**). Ende **1950** erhielt jede MAS die Rechte eines «volkseigenen Betriebes» als «selbstständig planende und bilanzierende Einheit der volkseigenen Wirtschaft» (GBl. 140/1950).

Die Umbenennung in MTS erfolgte **1952** nach der Verkündung des planmässigen -> **Aufbaus** des **Sozialismus** auf der II. Parteikonferenz der -> SED durch -> Ulbricht. Um sie zu «Zentren der Umgestaltung des Dorfes auf sozialistischer Grundlage», also zum Steuerungsinstrument der -> **Kollektivierung** zu machen, wurden Ende **1952** politische Abteilungen bei den MTS eingerichtet, die für die ideologische Ausrichtung der gesamten Landbevölkerung verantwortlich sind (-> **Technische Kabinette**). Gleichzeitig erhielten die MTS das gesamte landw. Beratungswesen zugewiesen (-> **Agro-nom**). Die Hektar-Staffelung der MTS-Tarifsätze nach Betriebsgrößenklassen stellte von Anfang an ein wirksames Steuerungsmittel im **Klassenkampf auf dem Lande** dar; es wurde dadurch noch verschärft, dass im Laufe der Zeit auch die Altbauern immer mehr in Abhängigkeit von der MTS-Arbeit gerieten, je mehr ihre eigenen Maschinen durch Verschleiss ausfielen und Neuanschaffungen unmöglich waren.

Mit dem Ziel, die Kollektivierung der -> **Landwirtschaft** unter allen Umständen voranzutreiben, setzte Ende **1957** eine neue Etappe der Entwicklung ein. Auf Vorschlag von Ulbricht auf dem 33. Plenum des -> **ZK** beschloss die 2. Zentrale MTS-Konferenz eine enge kollektive Zusammenarbeit zwischen MTS und -> **LPG** unter Anwendung der -> **Komplexen Mechanisierung** nach dem Vorbild der -> **Schönebecker Methode**. Die Unterstellung der MTS-Traktorenbrigaden unter die Einsatzleitung der LPG-Vorsitzenden lehnt sich an das Sowjet. Vorbild an und sollte die privatwirtschaftlichen Einzelbauern von der «Überlegenheit der sozialistischen Grossflächenwirtschaft überzeugen». Da die MTS nur noch in dem Umfang, in dem freie Kapazitäten nach Erledigung aller Arbeiten für die LPG vorhanden waren, auch die werktätigen Einzelbauern unterstützen konnten, wurden die auf technische Hilfe immer mehr angewiesenen Einzelbauern zunehmend gezwungen, entweder -> **Genossenschaftsbauer** zu werden oder aber ihre Höfe aufzugeben.

**Im -> volgenossenschaftlichen Stadium** erfolgt jetzt eine Neuorganisation des gesamten Maschinen-

einsetzes durch die «leihweise Übergabe der Technik der MTS an LPG Typ III» (GBl. I **1959**, S. 362) - wenn letztere mindestens 80 v. H. der landw. Nutzfläche des Dorfes bewirtschaften, die -> **wirtschaftliche Rechnungsführung** und bestimmte Reparaturen übernehmen können - und durch den Aufbau von Reparatur- und Technischen Stationen (RTS) mit Reparaturbasen in den LPG und -> **VEG**.

Damit verlagert sich das Schwergewicht der MTS als **Mittelpunkt der -> sozialistischen Umgestaltung** der Landwirtschaft deutlich in Richtung auf die LPG. **1959** bestanden 600 MTS mit 41 680 Traktoren, 3805 Lastkraftwagen, 15 451 Drillmaschinen, 4755 Mähdreschern, 8891 Dreschmaschinen, 2735 Rübenkombines u. a. [752]

**MASCHINOEXPORT: -> Sowjetische Handelsgesellschaften.**

**MASSENINITIATIVE:** Aus der marxistischen Lehre von der -> **Revolution** abgeleiteter Begriff des Pj., der die **revolutionäre -> Wachsamkeit** der organisierten Massen fordert und voraussetzt, von der -> SED-Führung als Hilfsmittel zur Verwirklichung der Pläne benutzt. Die Massen sollen unter Anleitung der unteren Partei- und Gewerkschaftsorgane durch ihren Einsatz, durch «Verbesserungsvorschläge», durch sozialistischen -> **Wettbewerb** durch -> **Massenkontrolle**, u. o. dazu beitragen, dass die Planziele erreicht werden. Ferner dient die M. zur scheindemokratischen Bemäntelung autoritärer Massnahmen.

**MASSENKONTROLLE:** Pj. Teil der sog. -> **Masseninitiative**, q. a. gebraucht bei der -> **Kontrolle** über die Erfüllung der -> **Betriebskollektivverträge** sowie als Kontrolle über die Versorgung der Bevölkerung (die -> **Arbeiterkontrolle** sowie sog. Kontrollposten der -> **FDJ**).

**MASSENORGANISATIONEN:** Von der -> **SED** gesteuerte Organisationen. Die M. sollen als «Transmissionsriemen» die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der M. gilt als Mindestmass «gesellschaftlicher Aktivität». Trotz teilweiser, vorgegebener parteipol. Neutralität oder parteimässig nichtgebundener Vorsitzender werden sämtliche M. durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitgl. sind, geleitet. «Im -> **Apparat** der M. zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu -> **Parteigruppen** zusammenzufassen. . . Der Apparat der Parteigruppen muss ein operatives Instrument der Parteileitung sein . . . in den Parteigruppen ist jeder

Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei . . .» (Politbüro-Beschluss vom 16. 8. 1949). Das Statut der SED von 1954 fordert in § 2 g, jedes Mitglied habe «seine Arbeit . . . in den M. entsprechend den Beschlüssen der Partei . . . durchzuführen». Nach §§ 75 und 76 sind die Parteigruppen in den M. «verpflichtet, sich . . . streng und konsequent von den Beschlüssen der führenden Parteiorgane leiten zu lassen». In die Volksvertretungen entsenden die M.<sub>2</sub> die dem «Demokratischen Block» angehören, neben den -> **Parteien** eigene Abgeordnete (-\* **Volkskammer**, -> **Wahlen**, -> **Blockpolitik**). Die meisten M. unterhalten illegale -> **Tarnorganisationen** in der **Bundesrepublik** (-> **Gesamtdeutsche Arbeit**). Die wichtigsten M. sind -> **FDGB**, -> **FDJ**, **DFD**, **Deutscher Kulturbund**, **VdgB**, -> **Konsumgenossenschaften**, **Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft**, **Gesellschaft für Sport und Technik**.

**MASSENSPIELLEITER:** Funktionäre, die «das sozialistische Gemeinschaftsleben voller Optimismus, Freude und Frohsinn zu gestalten» haben, also vor allem die Regie bei Veranstaltungen der -\* **kulturellen Massenarbeit**, Kundgebungen, Volksfesten u. dgl. übernehmen sollen. Als erster Bezirk der SBZ nahm Halle 1959 die Ausbildung solcher M. auf.

**MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG:** -> **Historischer Materialismus**.

**MATERIALVERBRAUCHSNORMEN:** Normen, die den Materialverbrauch in der «volkseigenen» Industrie begrenzen sollen. 1959 gab es in der -> **Volkseigenen Industrie** rund 300'000 M. Davon waren nur ein kleiner Teil wirklich technisch begründete M., da die noch immer stockende -> **Materialversorgung** bei unterschiedlichen Quantitäten und Qualitäten und abweichenden Abmessungen eine zügige Produktion nicht zulassen, so dass M. nicht einwandfrei ermittelt oder - sofern ermittelt - nicht eingehalten werden können.

**MATERIALVERSORGUNG:** Bezeichnung für die Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen, Halbfertig- und Fertigmaterial. Nach zahlreichen Veränderungen ist nach der Reorganisation der Industrie gemäss Gesetz vom 15. 2. 1958 (-> **Planung**) als oberste Instanz für die M. die Abteilung Bilanzierung und Verteilung der Grundmittel bei der **Staatlichen Plankommission** zuständig, während die Ermittlung von Aufkommen und Verbrauch in den Industriefachabteilungen der Plankom-

mission vorgenommen wird. Die -> **WB** und die Räte der -> **Bezirke** müssen nach den ihnen erteilten Produktionsauflagen für die ihnen unterstellten Betriebe zusammengefasste Materialanforderungen bei den -> **Staatlichen Kontoren** einreichen. Das Material wird im Rahmen der Verfügbarkeit nach Dringlichkeitsstufen an die anfordernden Stellen in Form von Kontingenten verteilt. Während im ersten -> **Fünfjahrplan** noch über 20'000 Positionen der Materialplanung unterlagen, beschränkt sie sich jetzt auf etwa 1700 Schlüsselpositionen. Die SBZ ist ein an industriellen Rohstoffen armes Gebiet: Kohle, Stahl und zahlreiche NE-Metalle, aber auch viele Spezialerzeugnisse müssen eingeführt werden. Das starre Planungssystem und das Verbot der Haltung ausreichender Lagerbestände in den Betrieben sind Anlass für fortwährende Stockungen im Produktionsablauf, die die Produktivität und Rentabilität der Industrie beeinträchtigen. Obwohl mengenmässig vielfach **Überplanbestände** vorhanden sind, fehlen ständig bestimmte Sorten und Abmessungen an Material. Oft sind es nur geringe Fehlmengen besonderer Materials, die den Produktionsablauf hemmen. (-\* **Materialverbrauchsnormen**)

**MATERIELLE INTERESSIERTHEIT:**

Unter Ml. wird das Streben von Menschen, möglichst viel zu verdienen, verstanden. Die Ml. wird für die Verfolgung der Ziele der -> **Arbeitspolitik** ausgenutzt, indem die Höhe des Einkommens von der Leistung abhängig gemacht wird. (-> **Leistungslohn**, -\* **Leistungsprinzip**, -> **Lohnsystem**, **Prämienwesen**, -> **Prämienzeitlohn**, **Stücklohn**, -> **Zeitlohn**)

**MATERN, HERMANN:** \*17.6.1893 in Burg b. Magdeburg, Volksschule, erlernte das Gerberhandwerk. 1907 -> **SAJ**, 1911 bis 1914 Mitgl. der SPD, aus Protest gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgetreten, 1918 KPD, KPD-Bezirkssekretär in Magdeburg-Anhalt und später in Ostpreussen, ab 1932 preuss. Landtagsabgeordneter. 1933 verhaftet, 1934 Flucht über Prag, Paris, 1940 nach Moskau. Massgeblich an der Arbeit des -\* **Nationalkomitees Freies Deutschland** und an der politischen Schulung der deutschen Kriegsgefangenen in der SU beteiligt. 1. Mai 1945 Stadtrat in Dresden, 1. Landesvors. der KPD in Sachsen, seit April 1946 1. Vors. der SED - Landesleitung Berlin. Seit April 1946 ununterbrochen Mitgl. des Zentralsekretariats bzw. -> **Politbüros** der -> **SED**, seit 24. 1. 1949 Vors. der -> **ZPKK**. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter und Vizepräsident der -> **Volkskammer**, seit

16. 11. **1954** 1. stellv. Präsident der Volkskammer. Seit dem 17. 1. **1957** ausserdem Vors. des Ständigen Ausschusses für die örtlichen Volksvertretungen und seit 9. 3. **1960** Mitgl. des Ausschusses für Nationale Verteidigung der Volkskammer. Seine Ehefrau Jenny M. war von **1950** bis Januar **1959** Staatssekretär und Stellv. des Ministers im Ministerium für Gesundheitswesen. Sie wurde am 29. 5. **1959** zum 1. Vors. der -> **Volkssolidarität** ernannt.

**MAETZIG, KURT:** \*25.1.1911 als Sohn eines Filmkaufmannes, Gymnasium, Studium, **1935** Promotion zum Dr. phil. Aus rassistischen Gründen verfolgt. Bis **1945** kaufmännischer Angestellter im väterlichen Betrieb (Filmentwicklungs- und Kopieranstalt Feka-Film) und Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft für Funk und Tonfilm. Nach **1945** Mitbegründer der Filmgesellschaft -> DEFA und der Wochenschau «Der Augenzeuge». Direktor der Deutschen Hochschule für Filmkunst in Potsdam/Babelsberg. Mitgl. der Deutschen -> **Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Regisseur zahlreicher DEFA-Filme («Ehe im Schatten», «Die Buntkarierten», «Rat der Götter», «Ernst Thälmann, Führer seiner Klasse». M. ist Mitgl. der -> SED.

**MECKLENBURG:** Land in der SBZ; umfasst seit **1945** auch den Westteil der preussischen Provinz Pommern; 22 954 qkm, 2,0 Mill. Einwohner (**1950**); Verfassung vom 16. 1. **1947**, Hauptstadt -\* **Schwerin**; Landesfarben: Blau-Gelb-Rot; Wirtschaft: vorwiegend Landwirtschaft, Hafenplätze mit Werften und Fischerei. - Landtag und Landesregierung im Sommer **1952** im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** unter gleichzeitiger Bildung der Bezirke -> **Neubrandenburg**, -> **Rostock** und -\* **Schwerin** aufgehoben; staatsrechtliche Stellung des Landes seither umstritten. 1348 erhielten die Fürsten von M. die Herzogswürde. Im Laufe seiner Geschichte wurde das Land mehrfach nach dynastischen Gesichtspunkten geteilt, konnte aber auch sein Gebiet arrondieren. 1808 bis 1813 gehörten die beiden Herzogtümer M.-Schwerin und M.-Strelitz dem Rheinbund an; 1815 erhielten die mecklenburgischen Herzöge die Grossherzogswürde. 1866 traten beide M. dem Norddeutschen Bund bei; seit 1871 gehörten sie zum Deutschen Reich. M.-Schwerin und M.-Strelitz wurden **1918** unter Auflösung der Union Freistaaten, die das Reich **1934** zum Land M. vereinigte. Nach **1933** verlor M. im Zuge der sogenannten Reichsreform weitgehend seine Eigenstaatlichkeit. In den letzten Wochen des 2. Weltkrieges wurde

M. von britischen und sowjetischen Truppen besetzt; am 1.7. **1945** fiel auf Grund der alliierten Abkommen über die Zoneneinteilung auch der westlich der vorläufigen Demarkationslinie gelegene Landesteil an die Sowjets. Wenige Tage später befahl die SMAD die Einbeziehung der westlich der -> Oder-Neisse-Linie liegenden Kreise der preussischen Provinz Pommern (Vorpommern mit Rügen) in das Land und die Errichtung der «Landesverwaltung M.-Vorpommern» unter Präsident Wilhelm Höcker (SPD), der sie im Oktober **1945** ein beschränktes Gesetzgebungsrecht einräumte. Am 20. 10. **1946** fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen trotz massiver sowjetischer Wahlbeeinflussung die SED nur 49,5 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Der Landtag bestätigte im Dezember **1946** die auf der Grundlage der -> **Blockpolitik** gebildete Landesregierung unter Ministerpräsident Wilhelm Höcker (SED) und beschloss im Januar **1947** die «Verfassung des Landes M. vom 16. 1. **1947**», die am 12. 3. **1947** in Kraft trat. Seit Bildung der Sowjetzonen-Republik im Oktober **1949** ist M. Land der «DDR». An Stelle des zurückgetretenen Wilhelm Höcker wurde im Juli **1951** Kurt Bürger (SED) und nach dessen Tode im August **1951** **Bernhardt + Quandt** (SED) Ministerpräsident. Das dem Landtag am 25. 7. **1952** aufgezogene «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Lande M.» beraubte das Land seiner staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit.

**MEDAILLE:** a) für vorbildlichen Grenzdienst wird verliehen an Angehörige der Deutschen -> **Grenzpolizei** und sonstige Personen für vorbildliche Leistungen bei der Sicherung der Grenzen der SBZ und zum Wohle der Deutschen Grenzpolizei, b) für Verdienst um **das Grubenrettungswesen** wird mit einer Urkunde und einer Prämie bis zu 1'000 DM verliehen an Mitgl. der Grubenwehr oder Gasschutzwehr sowie das hauptamtliche Personal im Grubenrettungs- und Gasschutzwesen und sonstige Personen für besondere Leistungen im Rettungsdienst unter Einsatz des Lebens oder um die Errichtung und den Ausbau des Rettungswesens,

c) für selbstlosen Einsatz bei der **Bekämpfung von Katastrophen** wird verliehen an einzelne oder Kollektive für selbstlosen Einsatz, beispielhafte Hilfeleistungen, aufopferungsvolle Arbeit und andere hervorragende Leistungen bei der Verhinderung und Bekämpfung von Katastrophen, d) für die **Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe** im

**Juli 1954** wurde einmalig verliehen an besonders bewährte Helfer bei diesem Naturereignis. (-> **Auszeichnungen**)

**MEDIZINISCHE AKADEMIE:** Fachschulen zur Ausbildung von Ärzten. Anzahl: 3. (-> **Hochschulen**)

**MEDIZINISCHE AUSBILDUNG:** Die Ausbildung für alle Heil- und Heilhilfsberufe (-> **Medizinisches Personal**) ist seit **1950** systematisch geordnet worden, zugleich mit der Abgrenzung zahlreicher «Berufsbilder». Medizinisches Hilfspersonal wird in praktischer Lehrzeit ausgebildet, Mittleres Medizinisches Personal in -\* **Fachschulen**, akademische Kräfte auf Universitäten oder Fachhochschulen. Die früheren (meist kleinen) lizenzierten Schulen von Krankenhäusern, Verbänden oder privaten Unternehmern wurden durch grosse staatliche Spezialanstalten für die Ausbildung des Mittleren Medizinischen Personals ersetzt. Eine schematisch einheitliche Staffelung dieser Fachschulausbildung hat sich in der Praxis nicht halten lassen. Jetzt ist Grundlage für die Ausbildung des Mittleren Medizinischen Personals die 10-klassige polytechnische -> **Oberschule**; die anschliessende Fachschulausbildung beträgt in der Regel 2 Jahre; für leitende und Spezialfunktionen wird eine einjährige Zusatzausbildung eingerichtet, mit der zugleich die «Hochschulreife» (für das Studium von Medizin, Zahnheilkunde und Pharmazie) erlangt wird. Dafür und für die Fortbildung des Mittleren Medizinischen Personals ist ein «zentrales Aus- und Fortbildungsinstitut» in Vorbereitung. Die Einrichtung von -> **Medizinischen Akademien** (in Dresden, Erfurt und Magdeburg) erscheint entsprechend als Vorstufe einer Ablösung der Medizinischen Fakultäten von den Universitäten und ihrer Umbildung zu Fachhochschulen nach sowjetischem Vorbild, also mit Fakultäten für Allgemeine Medizin, Kinderheilkunde und Hygiene, daneben von selbständigen (Ausbildungs-)Instituten für Zahnmedizin und Pharmazie. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**MEDIZINISCHE FORTBILDUNG:** -> **Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und ärztliche Fortbildung**, -> **Medizinische Ausbildung**.

**MEDIZINISCHES PERSONAL:** Analog der schematisch mehrstufigen Gliederung der Berufsbilder (und -ausbildung) in den pädagogischen Berufen wurden die medizinischen Berufe **1950** systematisch gestaffelt in Medizinische Hilfsberufe, Mittleres MP. und MP. mit Hochschulausbildung.

Medizinische Hilfsberufe: z. B. Apothekenhelfer, ärztliche und zahnärztliche Sprechstundenhelferin, Zahntechniker; Ausbildung in praktischer Lehrzeit oder notfalls in Kurzlehrgängen. Mittleres MP.: Krankenschwestern, Krankengymnastinnen, Medizinisch-technische Assistentinnen u. ä.; Ausbildung auf -> Fachschulen. Zunächst galt eine starre Gliederung für Berufsbilder und Ausbildung: je einjährige Lehrgänge mit anschliessendem einjährigem Praktikum; «Unterstufe» für die elementare Arbeit (z. B. Krankenschwester, Krankengymnastin für Orthopädie, Laborassistentin), darauf aufbauend «Mittelstufe» (Leitende Stationschwester, Krankengymnastin für Innere Medizin und Gynäkologie, Bakteriologische und Serologische Assistentin), darauf aufbauend «Oberstufe»: leitende Kräfte (Krankenhausoberin, Institutsleiter in), Lehrkräfte an Fachschulen sowie -> Arzthelfer, -> Apothekenassistenten, Zahntechnikermeister u. ä. In der Praxis ist diese konstruierte Systematik der Gesetzgebung sehr bald stark aufgelockert worden (-> Medizinische Ausbildung). Eine Anzahl neuer «Berufsbilder» ist in letzter Zeit hinzugekommen, so der Hygiene- und der Arbeitshygieneinspektor, die Orthopistin, der Medizinische Statistiker im Mittleren MP. Im MP. mit Hochschulausbildung entspricht dem die vielfältige, aber schematisierende Spartengliederung im Bereich des -> Facharztes. [440]

**MEININGEN:** Kreisstadt im thüringischen Bezirk -\* **Suhl**, an der Werra, mit 23 665 Einwohnern (**1959**). Bis **1918** Residenz der Herzöge von Sachsen-M., seit **1920** zu Thüringen. Bekannt durch sein Hoftheater, in dem besonders das Ensemble-Spiel gepflegt wurde.

**MEISSEN:** Stadt im sächsischen Bezirk -> **Dresden**, Kreisstadt, unterhalb des Spargebirges, beiderseits der Elbe, mit 48 289 Einwohnern (**1959**); übragt von der spätgotischen Baugruppe des Doms [13./15. Jh., mit frühgotischem Lettner, Fürstengruft der Wettiner] und der Albrechtsburg (1471 bis 1485), St. Afra-Kirche (1208), Nikolaikirche (12. Jh.), Frauenkirche (15. Jh., mit Porzellan-Glockenspiel), Rathaus (15. Jh.); weltberühmte Porzellanindustrie (Meissner Porzellan, älteste europäische Manufaktur), daneben Keramik-, Textil-, Maschinen- und Metallwarenindustrie, in der Umgebung Weinbau; Hochschule für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (seit **1953**).

**MEISTER:** Der M. wird als «unmittelbarer Organisator der Produktion und Helfer der in seinem



Arbeitsbereich Beschäftigten im Kampf um die Erfüllung der Wirtschaftspläne» bezeichnet. Als verantwortlicher Leiter des ihm übertragenen Produktionsabschnittes oder Arbeitsbereiches unterstehen ihm alle Arbeiter und Angestellten seines Arbeitsbereiches. Der M. ist dem Leiter der Werksabteilung, dem Obermeister oder dem Betriebschichtleiter unterstellt. Alle Anordnungen übergeordneter Stellen an die dem Meister unterstellten Arbeiter und Angestellten müssen über den Meister gehen, der die Verantwortung für ihre Durchführung trägt. Er soll Vorbild und Erzieher zu **sozialistischer + Arbeitsmoral und -Arbeitsdisziplin** sein. [418, 703]

**MEISTER DER GENOSSENSCHAFTLICHEN PRODUKTION:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 1'000 DM Ost, der an Genossenschaftsbauern und -bäuerinnen und in der Landwirtschaft Tätige für besondere Leistungen bei der Steigerung der Brutto- und **Marktproduktion** und der vorbildlichen termingerechten Erfüllung und Obererfüllung von Produktionsverpflichtungen sowie aktiver Beteiligung am **sozialistischen Wettbewerb** verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**MEISTER DER INDUSTRIEGRUPPE, BESTER:** Früherer Ehrentitel für Meister, die 6 Monate hintereinander den Ehrentitel **Bester -> Meister des Betriebes** erhalten hatten. Wurde vom Minister, Staatssekretär oder Vors. des Bezirks verliehen und war mit einer Prämie verbunden.

**MEISTER DES BETRIEBES, BESTER:** Früherer Ehrentitel für **Meister** in **-> VEB**, durch die Werkleitung und **-> BGL** monatlich an Meister verliehen, die in Wettbewerben besondere Erfolge errungen hatten und als beste der jeweiligen Abt. hervorgingen. (-> **Auszeichnungen**)

**MEISTER DES SPORTS:** Ehrentitel für die Erreichung der für diesen Titel festgelegten sportlichen Leistungen oder für hervorragende internationale Erfolge. (-> **Auszeichnungen, -> Sport**)

**MEISTER DES SPORTS, VERDIENETER:** Ehrenbezeichnung, die «für Trainer, die Sportler zur Erreichung des Titels **-> Meister des Sports** geführt oder die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, für hervorragende Leistungen auf sportwissenschaftlichem Gebiet, für überragende Leistungen auf dem Gebiet der Organisation der Weiterentwicklung der Körperkultur und des **Sport9**, für entscheidende Beteiligung bei der Herstellung der Einheit und Freiheit im deutschen Sport, für olym-

pische Siege, Weltmeistertitel einer internationalen Föderation oder für einen gleichbedeutenden internationalen Erfolg» verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**MEISTER, VERDIENTER:** Ehrentitel für **-> Meister**, der früher verliehen wurde, wenn ein Meister 12 Monate hintereinander den Ehrentitel **Bester -> Meister des Betriebes** erhalten hatte. Seit 1958 wird er verliehen mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 3'000 DM an Meister, «die über einen längeren Zeitraum im **sozialistischen -> Wettbewerb** und in ihrer Arbeit hervorragende Leistungen bei der Organisation der Produktion, der Planerfüllung und der Unterstützung der Werktätigen in ihrem Meisterbereich vollbracht haben». (-> **Auszeichnungen**)

**MEISTERBAUER:** Ehrentitel mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 1'000 DM, der an werktätige Einzelbauern «für besondere Leistungen bei der Steigerung der Brutto- und Marktproduktion und der vorbildlichen und termingerechten Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Verpflichtungen sowie für gute gesellschaftliche Mitarbeit und gegenseitige Hilfe in der Erfüllung der landwirtschaftlichen Aufgaben» bis zum 30. 4. 1960 verliehen wurde. (-> **Auszeichnungen**)

**MEISTERFONDS:** Seit Anfang 1960 eingeführter betrieblicher Finanzmittelfonds, aus dem die Werkmeister unmittelbar Prämien an die Einreicher von technischen Verbesserungsvorschlägen verabfolgen dürfen. Aus dem gleichen Fonds dürfen die Werkmeister Mittel für die Anfertigung von Vorrichtungen usw. zur Realisierung des eingereichten Vorschlages entnehmen. Als erstes Ergebnis soll eine deutliche Aktivierung des **-> Erfindungs- und Vorschlagswesens** eingetreten sein.

**MEISTERHAUER:** Ehrentitel, der für vorbildliche Arbeitsleistungen und besonderes Können als Hauer (Bergmann) verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**MELDEWESEN, POLIZEILICHES:** In der SBZ geregelt durch die Meldeordnung vom 6. 9. 1951 (GBI.S.835). Das M. wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt. Die Möglichkeit, sich an zwei Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muss binnen 3 Tagen gemeldet und im **-> Personalausweis** eingetragen werden. Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im **-> Hausbuch**, das jeder Hausbesitzer oder -Verwalter führen muss, notwendig.

Dies gilt auch für vorübergehenden besuchswweisen Aufenthalt. (-\* **Passwesen**)

**MELSHEIMER, ERNST:** \*9.4.1897 in Neunkirchen/Saar, Sohn eines Direktors. Gest. 25. 3. 1960. Jura-Studium, Dr. jur., 1918 Referendar. 1921 Landgerichtsrat in Berlin, 1928 Beitritt zur SPD, Oberjustizrat im preuss. Justizministerium, 1932 Austritt aus der SPD; nach 1933 Landgerichtsdirektor, Kammergerichtsrat und 1944 zum Reichsgerichtsrat vorgeschlagen. Rechtsberater der NSV. Nach Kriegsschluss Oberstaatsanwalt in Berlin. -> **KPD**, -> **SED**. Vizepräsident der sowjetzonalen Zentralverwaltung für Justiz. Seit Gründung der «DDR» Generalstaatsanwalt und oberster Ankläger in der SBZ; seit 19. 4. 1952 Mitgl. der Deutschen -> **Akademie der Wissenschaften**. Organisierte zahlreiche -> **Schauprozesse** nach Sowjet. Muster. (-> **Rechtswesen**, -> **Demokratische Gesetzlichkeit**)

**MELS-INSTITUT:** Abk. für Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (April 1953 bis April 1956), jetzt Institut für Marxismus-Leninismus beim **ZK der SED**.

**MENSCHENRAUB:** Der sowjetzonale -\* **Staatsicherheitsdienst** hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des M. begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in West-Berlin aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen. Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Strasse. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubs berichtet (Alfred Weiland, Karl-Heinz Fricke). Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt. Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 194 Fälle von im Auftrag des SSD durchgeführten Entführungen registriert. Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Strasse), des Leiters der Abt. Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuss Freieitlicher Juristen, Dr. **Walter -> Linse** (1952 in West-Berlin: Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vors. der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kom-

missars Silvester Murau (1955 aus der Bundesrepublik mit Hilfe der Tochter des Verschleppten), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin.) Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaft im Untersuchungsausschuss Freieitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin). Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefasst und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu zehn Jahren Zuchthaus, Benter (Vorbereitung im Fall Dr. Linse) zu drei Jahren Gefängnis, Tietze und Horeis (Fall Murau) zu zehn und zwölf Jahren Zuchthaus.

**MERKEL, CURT-HEINZ:** \*1917, im Krieg NSDAP-Mitglied (Mitgl. Nr. 7 018 940). 1956 Stellv. Minister für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel, April 1959 Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung, seit Juli 1959 als Nachfolger von **Curt -> Wach** Minister für Handel und Versorgung.

**MERKER, PAUL:** \*1894 in Oberlössnitz bei Dresden als Sohn eines Arbeiters, im Hotelfach tätig. 1917 USPD, später -> **KPD**, hauptamtlicher Funktionär für Gewerkschaftsfragen im KP-Apparat. 1933 Emigration nach Frankreich, Mexiko, dort Gründer der Bewegung «Freies Deutschland» und Herausgeber einer Zeitung gleichen Namens. Juli 1946 Rückkehr nach Deutschland, von Juli 1946 bis Juli 1950 Mitgl. des Parteivorstandes bzw. -> **ZK** sowie des Zentralsekretariats bzw. des -> **Politbüros** der -> **SED**. Von Okt. 1949 bis Aug. 1950 ausserdem Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Am 24. 8. 1950 als «Werkzeug des Klassenfeindes» und wegen Verbindung zu dem «amerikanischen Agenten» Noel H. Field aus der SED ausgeschlossen, am 20. 12. 1952 verhaftet. 1956 aus der Haft entlassen, ohne politisch rehabilitiert zu werden. Von 1950 bis zu seiner Verhaftung Leiter eines HO-Gaststätte in Luckenwalde, 1957 offiziell Lektor des Verlages «Volk und Welt» in Ost-Berlin.

**MERSEBURG:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> Halle, Kreisstadt, an der Saale, mit 45 317 Einwohnern (1959); Dom (1504 bis 1517, ursprünglich romanische Basilika des 11. Jh., mit Grabmal Rudolfs von Schwaben und «Merseburger Zaubersprüche»), gotisches Schloss (15./17. Jh.), Marktkirche (13. Jh.), Altes und Neues

Rathaus (15./16. Jh.); bedeutende Papier-, Maschinen- und -> **chemische Industrie**; Technische Hochschule für Chemie (seit 1955). Im 2. Weltkrieg erlitt die Stadt schwere Zerstörungen.

**MESSE, LEIPZIGER:** Seit 1951 wurden erstmalig wieder im Jahre 1955 die Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse getrennt abgehalten, um den -> **Aussenhandel** und den -> **Interzonenhandel** im Rahmen der Aussenhandelsoffensive der Sowjetunion zu intensivieren. Besonderer Wert wird dabei gelegt auf die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem sog. kapitalistischen Ausland und den unterentwickelten Gebieten. Die Organisationsleitung der LM. liegt in den Händen des Leipziger Messeamtes, das an die Weisungen der **Kammer für -> Aussenhandel bzw. des Ministeriums für -> Aussenhandel und Innerdeutschen Handel**, gebunden ist und Ausstellen im Ausland sowie in der Bundesrepublik unterhält. Aufgabe der Ausstellen ist nicht nur Werbung und Verkauf von Messeausweisen, sondern sie stellen auch Stützpunkte für die Ausweitung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen dar. Ausweise für die LM. werden vom Leipziger Messeamt bzw. im westlichen Ausland von den Ausstellen des Messeamtes ausgegeben. Bürger der Bundesrepublik erhalten sie bei Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern. Hin- und Rückfahrt müssen über denselben Passierpunkt vorgenommen werden, andernfalls ist ein Antrag beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erforderlich. Mitgeführte Gegenstände von grösserem Wert werden - ebenso wie Geldmittel - an den Kontrollpunkten, in den amtlichen Messeausweis eingetragen. Während sich im Westen die Messen immer mehr zu Fachmessen entwickeln, trägt die LM. universellen Ausstellungscharakter. (-> Devisen)

**MESSWERTE:** Nach sowjetzonaler Definition sind M. Preise des ersten -> **Fünfjahrplans**. Bei der Bewertung der Produktion zu M. wurde nicht jeder Artikel für sich mit dem in einer bestimmten Zeit geltenden durchschnittlichen Abgabepreis der Betriebe bewertet, sondern jeweils eine Anzahl Artikel wurde zu einer Warenart zusammengefasst, für die man einen einheitlichen konstanten Preis festlegte. Jeder Artikel einer Warenart ist daher mit dem gleichen Preis, dem M. der betreffenden Warenart, bewertet. Ab 1956 basiert die sowjetzonale Wirtschaftsplanung und Statistik auf **unveränderlichen -> Planprei-**

sen, die im allgemeinen dem Preisstand vom 1. Januar 1955 entsprechen und für jeweils eine ganze Planungsperiode Gültigkeit haben. (-> **Bruttoproduktion**)

**MEUSEL, ALFRED:** Prof. Dr. \*19. 5. 1895 in Kiel als Sohn eines Studienrates. Gest. 10. 9. 1960. Oberrealschule. Studium der Volkswirtschaftslehre, 1922 Dr. rer. pol., 1918 -> **USPD**, 1922 bis 1925 - **SPD**, 1923 Habilitation, 1930 ao. Prof., 1933 ordentl. Prof. an der Technischen Hochschule in Aachen. 1933 aus politischen Gründen entlassen, zweimal Schutzhaft. 1935 Emigration, 1943 Direktor der Freien Deutschen Hochschule in London, 1937 -> **KPD**, 1946 Rückkehr nach Deutschland, -> **SED**, seit 1947 Prof. für Neuere Geschichte an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, seit 1947 Mitgl. des Präsidialrates des Kulturbundes. 1949 bis 1950 Mitgl. der prov. -> **Volkskammer**, 1950 bis 1954 Berliner Vertr. in der Volkskammer, seit 1954 Abg. der Volkskammer. M. war seit 1952 wesentlich an dem Versuch beteiligt, die Politik der SED durch eine angeblich -> **nationale Geschichtsbetrachtung zu tarnen**. Seit 1952 war M. Direktor des **Museums für Deutsche Geschichte**, seit 1955 Vors. des Ständigen Präsidiums der Deutschen Begegnung, seit 1954 Vizepräsident des **Deutschen -> Kulturbundes**. Seit 1953 Mitgl., seit 1958 Sekretär der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin. [517]

**MEWIS, KARL:** \*22.11.1907 in Hannover-Münden als Sohn eines Schlossers. Volksschule, Schlosser. 1923 -> **SAJ**, -> **KJVD**, 1924 **KPD**, hauptamtlicher KPD-Funktionär in Kassel, Magdeburg und Hessen-Waldeck, 1925 sechs Monate Festung. Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, in der Emigration 1935 zum Kandidaten, 1939 zum Mitgl. des ZK der KPD gewählt. 1938 illegale Rückkehr nach Deutschland, dann Emigration nach Schweden, dort 1942 interniert. 1945 -> **KPD**, mehrere Partiefunktionen in Mecklenburg, 1949 2., 1951 1. -> **SED-Landessekretär** in Mecklenburg, 1952 1. Sekretär der **SED-Bezirksleitung Rostock**. Seit 24. 7. 1950 Kandidat, seit 24. 2. 1952 Mitgl. des -> **ZK** der **SED**, seit dem V. Parteitag im Juli 1958 Kandidat des -> **Politbüros**. Seit 1950 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Seit dem 12. 9. 1960 Mitgl. des -> **Staatsrates**.

**MfS:** Abk. für -> **Ministerium für Staatssicherheit**, offizielle Bezeichnung der politischen Geheimpolizei in der SBZ für die Zeit vom 8. 2. 1950 bis Juli 1953 und seit Nov. 1955 (-> **Staatssicherheitsdienst**)

**MGB:** Abk. für Ministerstwo gosudarstwinoi besopassnosti, das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit, das von 1946 bis 1953 der Vorläufer des -\* KGB war.

**MIELKE, ERICH:** \*28.12.1907 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Gymnasium. 1921 -> **KJVD, 1925** -> **KPD**, Reporter der «Roten Fahne». Ermordete 1931 die Polizei-Hauptleute Anlauf und Lenk in Berlin, floh nach Belgien, wurde 1936 Ausbilder im spanischen Bürgerkrieg; 1940 in Frankreich interniert, 1940 in die SU, während des 2. Weltkrieges Tätigkeit in der Roten Armee. 1945 Rückkehr nach Deutschland. 1946 im sächsischen Innenministerium. Organisierte mit -> **Zaisser** die politische Polizei, wurde 1950 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit (-\* **SSD**), nach Auflösung dieses Ministeriums am 24. 7. 1953 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit im -\* **Ministerium des Innern** und Generalleutnant. Seit Neugründung des Ministeriums für Staatssicherheit (24. 11. 1955) wieder Staatssekretär und Stellv. des Ministers. Seit 1. 11. 1957 als Nachfolger -\* **Wollwebers** Minister für Staatssicherheit. Seit 1. 10. 1959 Generaloberst. Seit Juli 1950 Mitgl. des -> ZK der -> SED, seit 1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**MILITÄRBEZIRK:** Seit Umbenennung der -> **KVP** in -> **Nationale Volksarmee** ist dies, bekanntgegeben am 25. 1. 1956, der Iarnname für Armeekorps, das bei der KVP -> **Territoriale Verwaltung** hiess.

**MILITÄRGERICHTSBARKEIT:** Eine besondere M. gibt es in der SBZ nicht. Anklagen wegen militärischer Delikte werden vor den ordentlichen Gerichten (I. Senate der -> **Bezirksgerichte**) unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. **Militärstaatsanwaltschaft, -> Militärstrafrecht, -> Rechtswesen**)

**MILITARISMUS:** In den ersten Jahren nach der Errichtung der SBZ war die -\* SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen. Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung schrittweise für die Aufstellung vermeintlich demokratischer und nationaler -> **Streitkräfte** zu begeistern. Diese Propaganda der SED muss sich dabei mit dem Einwand auseinandersetzen, dass ihre -> **Militärpolitik** wieder zu einem M. führen werde. Auf der Linie -\* **Lenins** sucht sie nachzuweisen, dass ihre militärischen Massnahmen keinesfalls einen M. ergeben würden. Diese Argumentation der SED, die durch Wort und Schrift - in allen Bereichen des öffentlichen und po-

litischen Lebens der SBZ - verbreitet wird, tritt am greifbarsten zutage bei K. H. Lehmann u. Fritz Wendt: «Militaristisch oder militarisch» (Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956). Dort wird auf S. 8 bis 10 behauptet: «Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände. Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus. Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu' stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren.» Weiter heisst es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: «Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie.» Da nun, so wird weiter behauptet, «der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter-und-Bauern-Staates keine militaristische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind.» (Auf den besonders scharfen M., der mit dem totalitären Klassen- und Gewaltstempel des leninistischen Staatskapitalismus verbunden ist, geht die SED begreiflicher Weise nicht ein.) (-> **Militärpolitik**)

**MILITÄRPOLITIK:** siehe Seite 268.

**MILITÄRSTAATSANWALTSCHAFT:**

1953 wurden bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei und bei der -> **Kasernierten Volkspolizei** die Stellen von VP-Staatsanwälten eingerichtet, die ihren Sitz bei den Bezirksbehörden der Volkspolizei oder bei den Divisionsstäben der KVP hatten. Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Volkspolizei mussten an VP-Staatsanwälte abgegeben werden. Die Anklageerhebung erfolgte vor den ordentlichen Gerichten.

Vom 12. 7. 1954 bis 30. 4. 1955 fand in der Politschule der Kasernierten Volkspolizei in Ost-Berlin ein Lehrgang statt, welchen 71 Teilnehmer aus allen Sparten der Volkspolizei absolvierten. In dem Lehrgang wurden die Teilnehmer Fortsetzung Seite 274

**MILITÄRPOLITIK:**

Das Potsdamer Abkommen (-> **Besatzungspolitik**) sah auch für die SBZ eine völlige und dauernde Entwaffnung vor. Doch die SU und später in ihrem Auftrage die -> **SED** und die -+ **DDR** betrieben eine M., indem sie 1. militärische und militärähnliche (paramilitärische) Verbände aufstellten und 2. weite Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens schrittweise in den Dienst dieser Wiederbewaffnung stellten. Nur in den ersten drei Jahren blieb die SBZ von dieser M. verschont, denn die SU tarnte ihre Bolschewisierungsmassnahmen (Verstaatlichung von 3/4 der Industrie) mit der formellen Befolgung des Potsdamer Abkommens: die antimilitaristischen Formeln der Siegermächte und die anti-totalitären Grundsätze **der -> antifaschistisch-demokratischen Ordnung** verboten die Schaffung von Streitkräften, die von vornherein Werkzeuge einer totalitären Staatspartei – der SED – und des sowjetischen Imperialismus waren.

Immerhin traf schon vor Mitte **1948** die SU insgeheim einige Vorkehrungen für ihre M.: 1. Sie gab die (seit August **1946** im Gegensatz zu den Polizeien der westlichen Besatzungszonen zentralisierte) nichtmilitärische -> Volkspolizei schon sehr früh in die Hand der SED, um zu verlässige Kräfte für die künftige Zonenarmee in Bereitschaft zu halten; 2. sie baute seit 1. 12. **1946** eine militärähnliche kasernierte -> **Grenzpolizei** auf, die bis Mitte **1948** schon eine Stärke von 9100 Mann erreichte, während in den westlichen Besatzungszonen an derartiges noch nicht zu denken war; 3. sie sammelte unter den deutschen Kriegsgefangenen in der SU Kräfte für die Kader der geplanten Zonenarmee. Die zunächst geheime und völlig getarnte Bewaffnung der SBZ begann Mitte **1948**, als die Ende **1947** vollzogene Mundtotmachung der nicht-marxistischen Blockparteien (-> **CDU** und -> **LDPD**) die Umwandlung der SBZ in eine kommunistisch regierte **Volksdemokratie** eingeleitet hatte. Seit dem 3. 7. **1948** liess die Besatzungsmacht militärische Einheiten (-> Kasernierte Volkspolizei) aufbauen. Sie sollten angeblich nur polizeiliche Bereitschaftsverbände sein, wuchsen in Wirklichkeit jedoch schon bis Anfang **1951** zu einer einsatzfähigen Armee von rund 65'000 Mann an, die 24 verstärkte, mit Artillerie und Panzern versehene Regimente und zahlreiche Ausbildungs- und Sondereinheiten umfasste. Seit Januar **1952** wurden nach scharfer Siebung mittels militärischer und parteikommunistischer Massstäbe aus diesen Regimentern (die bis Januar **1951** Bereitschaften, danach Volkspolizei-Dienststellen hiessen) sechs moderne motorisierte Divisionen zusammengestellt. Mit der Errichtung von Seestreitkräften der KVP wurde Mitte **1950** begonnen, mit der Vorbereitung einer Luftwaffe der KVP im März **1951**.

Schon in dieser Zeit verfügten die SU und die SED nicht nur über die KVP. Unter **Willi -+ Stoph** arbeitete seit Mitte **1951** eine Stelle zur Organisation einer Rüstungsindustrie der SBZ. Sie wirkte ganz geheim seit Oktober **1951** unter der Tarnbezeichnung „Büro für Wirtschaftsfragen“. Die Grenzpolizei war am 1.3.**1951** etwa 17'000 Mann stark; die -> **Transportpolizei** war von **1946** bis **1951** auf rund 8'000 Mann angewachsen; und die seit Frühjahr **1950** aufgebauten Wachverbände des Ministeriums für Staatssicherheit (-\* **Staatssicherheitsdienst**) umfassten **1951** mindestens rund 6'000 Mann. Diese drei Verbände mit zusammen rund 31'000 Mann waren schon **1951** kasernierte militärähnliche -> **Polizeitruppen**, die militärisch einsetzbar waren.

Da für die SBZ offiziell noch das Potsdamer Abkommen galt, wurde die als „Volkspolizei“ getarnte Armee bis zum Frühjahr **1952** nicht nur auf

dem Papier überwiegend aus Freiwilligen gebildet Für die noch nicht sehr umfangreichen Verbände fanden sich damals um so leichter Freiwillige, als sie 1. meist glaubten, einer blossen Polizei beizutreten, als sie 2. weit besser gepflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung und als 3. das undemokratische, diktatorische und ausbeuterische Wesen der seit Oktober 1949 bestehenden «DDR\* erst allmählich sichtbar wurde. Diese verhältnismässige Freiwilligkeit bei der Werbung für die Armee der SBZ war aber nur vorübergehend.

Grundlegend und bezeichnend für die Armee (bis 1955 KVP, später -► **Nationale Volksarmee**) und die militärähnlichen Polizeitruppen war von Anfang an und ist bis heute die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften (-► **Politverwaltung**, -> **Politschulung**). Sie will Offiziere und Mannschaften zu dem Bewusstsein erziehen, sie seien wichtige Werkzeuge und Vorkämpfer i. der SED, als der Vorhut der Arbeiterklasse, und 2. der vermeintlich sozialistischen, fortschrittlich-demokratischen und nationalen «antifaschistisch-demokratischen Ordnung\* (später, seit Anfang 1956, der «Arbeiter-und-Bauern-Macht\*).

Von grosser Bedeutung war und ist für die Armee und die Polizeitruppen auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die mehr oder weniger verdeckt innerhalb der bewaffneten Kräfte eingesetzt sind. - Innerhalb der Armee, in etwas schwächerer Weise auch bei den Polizeitruppen, war und ist noch eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater (-► **Sowjetnik**) für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluss macht es deutlich, wie sehr die Armee der SBZ dazu bestimmt ist, ein Werkzeug des sowjetischen Imperialismus zu sein.

Bis zum April 1952 wurde die strenge Abschirmung der M. der SBZ dadurch verstärkt, dass die SED und mit ihr alle politischen Mitträger der Blockpolitik und Organe der «DDR\* behaupteten, der SBZ läge eine Bewaffnung, eine M. völlig fern. So fehlte in dem (bis zum 5. 4. 1954 geltenden) II. Parteistatut der SED vom 24. 7. 1950 jeder Hinweis auf eine Waffen- oder Verteidigungspflicht der Parteimitglieder. So verwarf **Walter -► Ulbricht**, als er am 9. 5. 1951 als 1. Stell. des Ministerpräsidenten vor der Volkskammer sprach, jede Rüstung. Er sagte: «Wozu brauchen wir in Deutschland ein Heer, wo wir unsere ganze Kraft benötigen, um unsere deutsche Heimat wieder aufzubauen, und wo es in Europa niemanden gibt, der die Absicht hat, die Beziehungen mit einem friedliebenden Deutschland zu stören?\* Und Ministerpräsident -> Grotewohl behauptete am 11.8.1951 in bezug auch auf die KVP: «Die Volkspolizei der DDR hat keinen militärischen Charakter . . . Sie hat die Aufgabe, den friedlichen Aufbau der DDR gegen Saboteure, Spione und Diversanten zu schützen.\*

Seit dem Mai 1952 bezeichnete die SED «nationale Streitkräfte\* als notwendig und betrieb ihre M. ziemlich offen. Zu dieser Wendung trug so manches bei: 1. Auf die Dauer liess sich der Aufbau der Armee nicht verheimlichen; 2. die SU hatte am 10.3.1952 einem nach ihren Wünschen neutralisierten, wiedervereinigten und «demokratisierten» (d. h. auf kaltem Wege bolschewisierten) Deutschland «eigene nationale Streitkräfte» in Aussicht gestellt; 3. die Armee sollte offen zur Stärkung der Staatsgewalt der SBZ beitragen, die von der 2. Parteikonferenz der SED (am 12.7. 1952) zum «Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus» erklärt wurde.

Die Regierung der SBZ gab ihre Streitkräfte unter Vorwänden bekannt. Sie stellte die Verteidigungsbemühungen der Westmächte gegen die Übermacht der sowjetischen Rüstung als «imperialistische Kriegstreiberien\* hin (so -> **Pieck** am 1. 5. **1952**) und bezeichnete die immer weiter hingezögerte Verteidigungsplanung der bis dahin unbewaffneten Bundesrepublik als «wiedererstehenden Militarismus in Westdeutschland» (so Ulbricht am 3. 5. **1952**). Ulbricht forderte «den bewaffneten Schutz der DDR\*. Ausenminister -> **Dertinger** teilte am 8. 5. **1952** die bevorstehende Einrichtung «nationaler Streitkräfte» mit.

Die SED musste die Forderung nach einer «nationalen\* Armee im Bereiche des -> **FDGB** und vor allem auch in der -> **FDJ** in Verbindung mit Friedenskampf-Lösungen bringen. Die Propaganda der SED ergab schon am 30. 5. **1952**, dass das IV. Parlament der FDJ im Art. 4 der FDJ-Satzung den Dienst in der Armee verlangte: «Der Dienst in der Deutschen Volkspolizei ist für die Mitglieder der FDJ Ehrendienst.\*

Die 2. Parteikonferenz der SED, die am 12. 7. **1952** die bisher «antifaschistisch-demokratische DDR\* zu einer -> **Volksdemokratie** umprägte und den raschen Übergang zum Sozialismus beschloss, legte auch die Rolle der Streitkräfte bei der geplanten Sowjetisierung des gesamten Deutschland fest. In Ulbrichts Referat, das zum Beschluss des ZK erhoben wurde, hiess es: «Die nationalen Streitkräfte werden die Armee des vom Imperialismus befreiten Volkes in der DDR sein ... ein Werkzeug zur weiteren Stärkung der volksdemokratischen Grundlagen unserer staatlichen Ordnung ... Sie werden erfüllt sein vom Willen zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes. Die nationalen Streitkräfte werden sich brüderlich verbunden fühlen mit allen patriotischen Kräften Westdeutschlands.» Bezeichnenderweise hatte Ulbricht vorher in seinem Referat erklärt: «Die Schaffung nationaler Streitkräfte wird der Volksbewegung in Westdeutschland einen stärkeren Rückhalt und Mut in ihrem Kampf für den Sturz der Bonner Vasallenregierung geben» (Neue Welt **1952**, Nr. 15, S. 1810 u. 1825).

Vom «nationalen\* Anstrich der M. versprach sich die SED starke Wirkungen auf breitere mittelständische Bevölkerungsteile, auf ehemalige Soldaten und vormalige Nationalsozialisten in der SBZ und in der Bundesrepublik. Deshalb wurde auch die Nationaldemokratische Partei (-> **NDDP**) für den nunmehr offenen Aufbau der Streitkräfte und ihre Propagierung sehr stark eingespannt.

Um die von Mitte bis Ende **1952** vorgesehene Vergrößerung der Armee von etwa 65'000 auf rund 110'000 Mann zu erreichen, mussten Regierung und SED immer stärker zu Zwangseinziehungen greifen (-> **Wehrpflicht**), die z. T. als -> **Parteiauftrag** oder Verbandsauftrag (der SED bzw. der FDJ) getarnt wurden.

Die Verbesserung der militärischen Ausbildung und der Ausbau der Verbände führten schon am 1.9.**1952** zur Aufstellung des ersten, drei Divisionen umfassenden Armeekorps, dem bald ein zweites folgte. Bezeichnend für die strenge, bis heute gewährte Geheimhaltung und Tarnung aller militärischen Dinge war, dass die beiden Armeekorps als «Territorialverwaltungen\* bezeichnet wurden - und dass z. B. das Rüstungsamt, das zeitweise als «Amt für Wirtschaftsfragen\* getarnt war, seit dem 1.1.**1953** unter dem Decknamen «Staatliche Verwaltung für Auftragserteilung\* die Einfuhr und die Herstellung von Waffen leitete. Vorwiegend als Armeeministerium diente nach wie vor das -> **Ministerium des Inneren** (Mdl). Nur die Bildung eines besonderen Staatssekretariates für Innere Angelegenheiten in diesem Ministerium

(am 19. 2. 1953) deutete darauf hin, dass die Leitung der eigentlichen Inneren Verwaltung nur eine Seite dieses Mdl ausmachte.

Die als KVP auftretende Armee, deren See- und Luftstreitkräfte stärker ausgebaut wurden, wurde seit dem August durch zwei militärähnliche Milizorganisationen ergänzt: 1. die der vormilitärischen Ausbildung dienende **Gesellschaft für Sport und Technik (GST)**; 2. die -> **Kampfgruppen** der SED. Bis zum 7. 8. 1952, an dem der Ministerrat die GST errichtete, hatte die vormilitärische Ausbildung bei der FDJ gelegen. Sie wurde ihr entzogen, da sie organisatorischer Mängel nicht Herr wurde und da ihre Mitglieder sich noch allzusehr in pazifistischen Vorstellungen bewegten. - Von militärischer Bedeutung waren ferner die drei kasernierten militärähnlichen Polizeitruppen: 1. die Grenzpolizei, die seit Mai 1952 nicht mehr dem Innen-, sondern dem Staatssicherheitsministerium (MfS) unterstand; 2. die Transportpolizei, seit Januar 1953 ebenfalls dem MfS untergeordnet; 3. die Wachverbände des MfS.

Wie schon vor der Ankündigung der «nationalen Streitkräfte» hatte die SED die politische Erziehung und Schulung der Armee, der drei Polizeitruppen und der beiden Milizen inne. Die FDJ wurde zu der politischen Erziehung der Armee und der militärischen Organisationen herangezogen. Schon jetzt forderte die SED, nach dem Vorbild der Sowjetarmee sollten politisch-ideologische und militärische Schulung eng miteinander verbunden werden. Neben dem Netzwerk der Polit-schulung, das die Armee und die anderen bewaffneten Kräfte durchzog, waren auch nach dem Mai 1952 die Überwachungsnetze des Staatssicherheitsdienstes und der Sowjetniks über der Armee und den Polizeitruppen ausgespannt.

Während des -> **Juni-Aufstandes 1953** gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wacheinheiten des MfS liessen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen. Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die sowjetische Besatzungsmacht vorsichtshalber nur in äussersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. - Nach dem 17. Juni ging die GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des -> **Neuen Kurses** die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der GST sowie die Ungewissheit darüber, wie sich die KVP im Ernstfälle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. Ferner wurden 1. die DVP überprüft; 2. kasernierte Bereitschaftskommandos der DVP (unabhängig von den Wacheinheiten der Staatssicherheit) aufgestellt; 3. bei Wiederbelebung und erneuter Vergrösserung der GST deren politische Schulung mindestens so stark betrieben wie die militärische; 4. neue Kampfgruppen der SED dort errichtet, wo es gegen den stillen Widerstand vieler Industriearbeiter und Behördenangestellten schon möglich war. Noch rascher und rücksichtsloser als vor dem 17. Juni 1953 wurde die KVP nach Beendigung des «Neuen Kurses» zu einer bewusst politischen Armee entwickelt und entsprechend geschult. Die KVP warb nicht nur mit sozialistisch-klassenkämpferischen, sondern auch mit «nationalen» Losungen, aber das allgemeine Misstrauen der Bevölkerung, vor allem der Jugend, konnte sie nicht überwinden. Nur eine Minderheit liess sich von den Zielsetzungen der KVP ergreifen - und die SED versuchte, diese Minderheit zu ihrem zuverlässigen Werkzeug zu erziehen. Die SED konnte es nicht wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obgleich diese zu den grundsätzlichen Forderungen marxistisch-leninistischer M. gehört.



Die SED beschloss auf ihrem IV. Parteitag (am 5. 4. 1954) in ihrem neuen Statut (9. Abs. der Einl.) die «aktive Verteidigung der Heimat, des Staates der Arbeiter und Bauern». Bei seiner Satzungsänderung am 18. 6. 1955 machte es der FDGB seinen Mitgliedern zur Pflicht, die DDR und ihre Errungenschaften zu verteidigen», d. h. in der Armee ihren Wehrdienst zu leisten. Auch der Sport wurde für die M. eingespannt: Manfred Ewald (SED), der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport, erhob auf der III. Sportkonferenz (25. 11. 1955) die Forderung, den Massensport für die vormilitärische Erziehung einzusetzen.

Die Propaganda für die M. stiess immer wieder auf den Widerwillen der Bevölkerung. Deshalb erachtete es z. B. Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, am 14. 4. 1954 für «erforderlich, den Ungeist des Pazifismus . . . entschieden zu bekämpfen\*. – Auf der gleichen Linie lag die Verfassungsergänzung, welche die -> Volkskammer am 26. 9. 1955 beschlossen hatte. Sie erhob den Verteidigungsdienst zur «nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR\* und führte damit grundsätzlich die Wehrpflicht ein, auch wenn diese vorläufig noch nicht ausdrücklich und allgemein durchgesetzt wurde.

Gerade weil die Militärpropaganda so geringe Erfolge hatte, setzte die SED alles daran, um die KVP und die vier Polizeitruppen zu verbessern und auszubauen: Die Grenzpolizei wurde bis Ende 1955 auf etwa 34'000 Mann gebracht; die Transportpolizei zählte damals rund 9'000; die militärähnlichen Bereitschaftskommandos der Volkspolizei rund 13'000; die aus den Wacheinheiten der Staatssicherheit entstandenen «inneren Truppen\* zählten etwa 15'000 Mann. Diese rund 71'000 Mann standen neben der Armee (KVP) zur Verfügung. Auch die Kampfgruppen fielen seit Mitte 1955 nicht nur politisch, sondern auch militärisch ins Gewicht, und die GST entlastete die KVP nicht unbeträchtlich. Sie war neben der FDJ das beste Werbungsfeld der KVP und der vier verschiedenen Polizeitruppen.

Bereits die KVP wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee. Seit dem 18. 1. 1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch noch stärker betont. Sie soll, so erklärte am 18. 1. 1956 der Minister für Nationale Verteidigung, Willi Stoph, «den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen . . . auf der Wacht für die Sicherung des Friedens\*. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. «Die Arbeiterklasse Deutschlands\*, so sagte Stoph am 12. 6. 1957, «verfügt in Gestalt der NVA über eine reguläre, den Anforderungen eines modernen Krieges entsprechende Armee.\*

Vor diesem Hintergrund muss die gesamte M. der SBZ gesehen werden: die Hebung der Politischulung, der Disziplin und der militärischen Schlagkraft aller bewaffneten Kräfte, ferner der Kampfgruppen und der GST. Die ständige Überwachung der Armee und aller anderen Verbände muss dabei seit 1956 immer wieder verschärft werden, denn der Widerspruch zwischen den demokratisch und national klingenden Lösungen der «DDR» einerseits und der Wirklichkeit dieses Gebildes andererseits ist zu gross. Mehr denn je ist die M. der SED auf die Jugend angewiesen. Deshalb verlangt das Statut der FDJ vom 27.5.1955 den Einsatz der Mitglieder in der vormilitärischen Erziehung und den Wehrdienst in jeder Form. Das Statut der FDJ vom 15.5.1959 fordert dies noch bestimmter (Teil I, 11. Abs.).

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des 1. und

2. Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Und unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des sowjetischen Imperialismus erzogen werden. Diese Rolle spielt die Volksarmee auch insofern, als sie dem Oberkommando des -> **Warschauer Beistandspaktes** untersteht. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung gegenüber der Öffentlichkeit. So WGr das Rüstsamt der SBZ von Anfang **1956** bis Mitte **1958** als „Amt für Technik“ getarnt.

Die seit Sommer **1958** durchgeführte Atomkriegs-Gliederung der NVA und die Entfaltung chemischer Kampfverbände zeigen, ebenso wie die ständige Verbesserung der Bewaffnung, dass die NVA für einen ersten Einsatz vorbereitet wird.

Die zielbewusste M. der SED hat der Armee und den Polizeitruppen eine beträchtliche Kampfkraft gegeben. Dies gilt auch von grossen Teilen der beiden Milizen, vor allem der Kampfgruppen der SED, so wenig auch die zähe Arbeit in der GST unterbewertet werden darf. Man darf diese Gefahren für die nichtkommunistische Welt nicht unterschätzen. Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass das unablässige Bemühen der SED, aus der Armee (und den Polizeitruppen wie den Milizen) eine starr kommunistische Parteiarmee zu machen, schwere Konflikte in die Armee trägt. Es führt zu schweren Spannungen mit den soldatischen Kräften der Armee und mit den menschlich-freiheitlichen Elementen unter den Soldaten und auch Offizieren. Die nicht geringe Zahl jener Soldaten und Polizeisoldaten, die in die Bundesrepublik fliehen, ist aufschlussreich. So verschärfen sich seit Mitte **1956** die schon lange bestehenden Unstimmigkeiten zwischen jenen Offizieren, die mehr militärisch als parteipolitisch denken, und den vorwiegend kommunistisch geschulten Offizieren und Polit-Offizieren. – Diesen Spannungen sucht die Regierung mit aller Kraft zu begegnen – so auch durch den planmässigen Aufbau eines politisch zuverlässigen Reserveoffizierkorps, zu dem auch die Mitglieder und Sympathisierenden der -> **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere**, also vormalige Offiziere der Wehrmacht, herangezogen werden.

Auch nach der Ausrufung der Nationalen Volksarmee hat die SED es nicht gewagt, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Vielmehr versucht sie wie vor **1956**, in parteiergebenen Kernverbänden (in der Grenzpolizei, in der Bereitschaftspolizei und in den Kampfgruppen) Einsatzkräfte gerade gegen das drohende, ihr unzuverlässig erscheinende Volk zu bilden. Diese Tatsache lässt Schlüsse auf die wirklichen Ergebnisse der M. zu.

Ein wichtiges Mittel der M. ist die Militärpropaganda: die unaufhörliche Durchdringung der Bevölkerung mit den scheinpatriotisch gefärbten (-> Patriotismus) Wehrauffassungen des -> Marxismus-Leninismus. Um die Bevölkerung der SBZ wie auch der Bundesrepublik gegen die NATO aufzuhetzen, wird mit der allgemeinen Militärpropaganda eine lebhaft militärpolitische Agitation gegen die Bundeswehr verbunden. Dabei bedienen sich die SED und die Regierung der SBZ seit Anfang **1959** immer stärker der fadenscheinigen Behauptung, die Bundesregierung wolle die SBZ gewaltsam in Besitz nehmen. Für eine solche Blitzkriegs-Aktion der atomar bewaffneten Bundeswehr, die sich auf die links der Elbe stehenden Truppen der NATO stützen werde, sollen angeblich Pläne bestehen. Sie tragen die Decknamen: Outline, DECO II, Side-step u. ä. – Die Militärpropaganda und ihre agitatorische Schwerpunktbildung gegen die NATO und die Bundeswehr flankieren sehr nachdrücklich die M. der SBZ. [123, 301, 305-307, 317, 340-342]

zu Staatsanwälten und Untersuchungsführern für die neue Staatsanwaltschaft der Volkspolizei ausgebildet, die nach Schaffung der -> **Nationalen Volksarmee** in die M. umgewandelt wurde. Sie untersteht dem ehemaligen Oberstaatsanwalt von Gross-Berlin, Militär-Oberstaatsanwalt Max Berger, der in dieser Eigenschaft den Rang eines Oberst in der Armee bekleidet. Militärstaatsanwälte haben in den Divisionsstandorten ihren Dienstsitz. Ihre Anklagen erheben sie vor den I. (politischen) Senaten der Bezirksgerichte. (-\* **Militärstrafrecht**)

**MILITÄRSTRAFRECHT:** Bis zum 31. 1. 1958 wurden Volkspolizisten oder Angehörige der -\* **Nationalen Volksarmee** wegen aller strafbaren Handlungen einschliesslich der rein militärischen Delikte durch die -> **Militärstaatsanwaltschaft** nach den allgemeinen straffrechtlichen Bestimmungen angeklagt, wobei oft der Art. 6 der -> **Verfassung** (-> **Boykotthetze**) herangezogen wurde. Mit Inkrafttreten des -> **Strafrechtsergänzungsgesetzes** am 1.2.1958 hat die SBZ ein materielles M. erhalten. Der dritte Teil dieses Gesetzes stellt «Verbrechen gegen die militärische Disziplin\* unter Strafe. Als Tatbestände wurden geschaffen: Fahnenflucht (Gefängnis bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), unerlaubte Entfernung von mehr als 48 Stunden (Gefängnis bis zu sechs Monaten; bei Entfernung von mehr als sechs Tagen Gefängnis bis zu zwei Jahren), Befehlsverweigerung (Gefängnis bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Angriff auf Vorgesetzte (Gefängnis bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Missbrauch der Dienstbefugnisse (Gefängnis bis zu fünf Jahren), Verletzung des Dienstgeheimnisses (Gefängnis bis zu fünf Jahren). Für die Befehlsverweigerung gilt eine Ausnahme: «Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstossen oder die im Arbeiter- und Bauern-Staat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt strafrei.\* Eine besondere Verfahrensordnung für die Verhandlung gegen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte gibt es nicht. «Die Strafverfahren wegen dieser Delikte werden vor den ordentlichen Gerichten unter Mitwirkung der -> **Schöffen** durchgeführt. Eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert in der DDR nicht» (Schille in «Neue Justiz' 1958, S. 153 ff.).

**MINISTERIEN:** -> **Regierung und Verwaltung.**

**MINISTERIUM DER JUSTIZ:** -> **Justizverwaltung.**

**MINISTERIUM DES INNERN (Mdl):** Bis Juni 1955 oberstes Führungsorgan der bewaffneten Streitkräfte und zweitweise der Geheimpolizei (-> **SSD**) in der SBZ. Nach der Einrichtung des -> **Ministeriums für Nationale Verteidigung** (-> **Militärpolitik**) und der erneuten Bildung eines -> **Ministeriums für Staatssicherheit** ist das Mdl in erster Linie Polizeiministerium, in dem die inneren bewaffneten Kräfte (Hauptverwaltung **Deutsche -> Volkspolizei** mit der Transportpolizei, das Kommando der **Deutschen -> Grenzpolizei** und das Kommando der -\* **Bereitschaftspolizei**) weiterhin zusammengefasst sind. Da die gesamte Polizei in der SBZ einer einheitlichen zentralen Leitung unterstellt ist, hat das Mdl seine überragende politische Bedeutung für die Sicherung und Durchsetzung der gesellschaftlichen Veränderungen behalten. Das Mdl ist gleichzeitig verantwortlich für die gesamte Innenverwaltung (früher Aufgabe des Staatssekretariats für die Inneren Angelegenheiten). Diese Aufgabe wird durch die Einrichtung der Ersten Stellvertreter der örtlichen Räte,, die überall für die innere Verwaltung verantwortlich sind, und die als Beauftragte des Mdl gelten können, noch besonders unterstrichen. Durch den «Beschluss über die Leitung der örtlichen Räte durch den Ministerrat vom 31.7.1958» (GBL I, S. 617) sind ausserdem die Angelegenheiten der örtlichen Räte wieder in das Mdl eingegliedert worden. Der Staatssekretär für die Anleitung der örtlichen Räte - wie er nunmehr genannt wird - ist zugleich Stellv. d. Mdl. Er hat die Aufgabe, die örtlichen Räte «bei der Organisation des politischen, wirtschaftlichen und politischen Aufbaus des Sozialismus» anzuleiten. Hierzu ist er befugt, für die örtlichen Räte verbindliche Anordnungen und Richtlinien zu erlassen und den Vors. der örtlichen Räte Weisungen zu erteilen. Er ist auch berechtigt, Beauftragte einzusetzen und die Durchführung von «Komplex- und Zweiguntersuchungen» anzuordnen. Min. d. I.: Generalleutnant d. VP. **Karl -\* Maron** (SED). Staatssekretär und 1. Stellv. des Min.: Generalmajor d. VP. **Herbert -\* Grünstein** (SED), **Chef** der HVDVP. u. Stellv. d. Min.: Generalmajor der VP. Hugo Winkelmann (SED). Staatssekretär für die Anleitung der örtlichen Räte (Mitglied des -\* **Ministerrates**) und Stellv. d. Min. **Hans -\* Jendretzky** (SED).

**MINISTERIUM FÜR AUSSENHANDEL UND INNERDEUTSCHEN HANDEL (MAI):** Nachahmung des Sowjet. Aussenhandelsministeriums. Das MAI wird verantwortlich vom Minister geleitet, dem ein Kollegium zur Seite steht. Ihm unterstehen Staatssekretäre, die zusammengefasste Gruppen von Hauptabt. (HA) leiten.

Im wesentlichen ist das MAI in drei handelspolitische Hauptabt. gegliedert (HA Handel mit den «demokratischen» Ländern, HA Handel mit dem «kapitalistischen» Ausland, HA Innerdeutscher Handel), in die Hauptabt. Export, Import, Finanzen und Valuta, Planung und Statistik sowie in die allgemeinen Hauptabt. Das MAI steht bei der etappenweisen Aufstellung des Aussenhandelsplanes im Instanzenzug zwischen der **Staatlichen -> Plankommission** und den «volkseigenen» Handelsunternehmungen **Deutscher -> Innen- und Aussenhandel (DIA)**. Zur Hebung des Niveaus der Aussenhandelsplanung und der Realisierung der Pläne stehen dem MAI verschiedene Institutionen wie Kammer für **-> Aussenhandel, Deutsches Institut für -> Marktforschung, Amt für -> Exportkontrolle, Exportausschüsse** zur Verfügung.

Neben der Leitungsposition des MAI stehen Lenkungs- und Kontrollaufgaben im Hinblick auf die untergeordneten Aussenhandelsplanträger. [722]

**MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN:** Sehr viele Ministerien gehen auf zentrale Verwaltungen der SBZ zurück, die schon seit Juli 1945 bzw. seit 1946 bestanden und grossenteils Gliederungen der **-> DWK** waren. Doch das MfAA entstand erst im Okt. 1949 bei Errichtung der sogen. **-> DDR**, als diplomatische Beziehungen zu den Staaten des **-> Ostblocks** aufgenommen wurden. Das MfAA dient von Anfang an dem Streben des Regimes, für seinen Anspruch auf **-> Souveränität** auch ausserhalb des Ostblocks Anerkennung zu finden, besonders seit am 25.3.1954 die SU die «DDR» als souverän anerkannte.

Um den Anspruch der SBZ auf Souveränität bei den nichtkommunistischen Staaten leichter anzubringen, blieb die formelle Leitung des MfAA stets einem Nichtmitglied der **-> SED** vorbehalten: Dr. Georg **-> Dertinger** bis 15. 1. 1953, seitdem Dr. Lothar **-> Bolz**. Im wesentlichen bestehen 5 Hauptabteilungen (HA). Es sind I: UdSSR und volksdemokratische Länder; II: Kapitalistisches Ausland; III: Deutschland- und Europapolitik; IV: Konsularische Angelegenheiten; V: Presse und Information. Daneben stehen einige

## MINISTERIUM FÜR KULTUR

selbständige Abteilungen. — Die Leiter der HA und fast aller Abteilungen, unter denen kaum Juristen sind, gehören der SED an, ebenso alle **-> diplomatischen Vertreter** im Ausland.

Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers ist seit Anfang Mai 1959 Otto **-> Winzer**. Weitere Stellv. des Ministers sind **Sepp -> Schwab** (SED) und Johannes König (SED). Der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im **-> ZK** der SED, Peter **-> Florin**, gehört dem Kollegium des MFAA mit beratender Stimme an.

Neben dem beratenden «Kollegium» hat das MfAA laut seinem Statut vom 14. 12. 1959 noch einen «Wissenschaftlichen Beirat, dem hervorragende Vertreter der Rechts-, Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften angehören» und eine «Kommission für kulturelle Beziehungen zum Ausland».

**MINISTERIUM FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALWESEN:** Aus der «Zentralverwaltung Gesundheitswesen» (seit 1945) ging, mit kurzer Übergangsphase einer «Hauptverwaltung Gesundheitswesen» (**-> DWK**), 1949 das «Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen» hervor. Minister war **Luitpold -> Steidle**. 1950 wurden die Ressorts getrennt, das Sozialwesen dem Ministerium für Arbeit (und Berufsausbildung) zugeschlagen, das «Ministerium für Gesundheitswesen» verselbständigt.

Im Zuge der Reform der Wirtschaftsverwaltung gingen die Aufgaben der **-> Arbeitspolitik**, des **-> Arbeitsrechts** (mitsamt Recht der Sozialversicherung) und des **-> Arbeitsschutzes an das -> Komitee für Arbeit und Löhne** über, während die **-> Sozialfürsorge** an das Ministerium für Gesundheitswesen zurückgelangte. Es erhielt die angegebene neue Bezeichnung. Programmatische Bedeutung darf der Zusammenfassung nicht zugeschrieben werden; bei den Räten der **-> Kreise und Städte sind Funktionen der kommunalen -> Selbstverwaltung** schon seit 1956 den «Ständigen Kommissionen für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge» übertragen.

Das M. hat ausser einigen Zentralabt. (vor allem **-> Kader und Kontrolle**) die Hauptabt. «Heilwesen», «Mutter und Kind», «Wissenschaft und Aufklärung» sowie «Hygiene-Inspektion», «Hauptverwaltung Pharmazeutische Industrie» und schliesslich «Sozialfürsorge». (**-> Gesundheitswesen**) [440]

**MINISTERIUM FÜR KULTUR:** Im Jan. 1954 wurde unter Zusammenfassung von Funktionen, die bis dahin vor allem bei einigen staatlichen Kommissionen gelegen hat-

ten, das MfK. errichtet und mit **Joh. R. -> Becher** als Minister besetzt; sein Nachfolger wurde **1959** der bisherige Staatssekretär **Alexander -> Abusch**. Mit der Gründung des MfK. wollte man die -> **Kulturpolitik** auf den Gebieten der Kunst in die Hand eines «Kulturschaffenden» legen und damit entbürokratisieren; man erhoffte sich offensichtlich einen stärkeren Anreiz für die schöpferische Initiative, an der es auf allen Gebieten des Kulturschaffens fehlte. Das MfK. gliedert sich u. a. in di© Abteilungen Örtliche Organe, Grundsatzfragen, \* **Kulturelle Massenarbeit**; -> **Literatur** und Buchwesen; Theater, Musik, Veranstaltungswesen; Bildende Kunst und Museen; Kulturelle Beziehungen zum Ausland. Unterstellt sind dem MfK. u. a. ferner die -> **WB** Film (\* **Filmwesen**) und di© WB Verlage (-> **Verlagswesen**). Alle Hauptabteilungsleiter gehören ebenso wie der Minister und seine Stellvertreter der -> **SED** an. Beigegeben ist dem MfK. ein Künstlerisch-Wissenschaftlicher Beirat, konstituiert am 5. 3. **1954**. Staatssekretär: Erich Wendt. (-> **Kulturpolitik**, -> **Bildende Kunst**, -> **Buchhandel**, -> **Museen**, -> **Musik**, -> **Theater**)

**MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, ERFASSUNG UND FORSTWIRTSCHAFT:** So lautet seit dem 15. 4. **1960**, seit der Eingliederung des Staatssekretariats für Erfassung und Verkauf, die Bezeichnung des ursprünglichen M. für Land- und Forstwirtschaft (MFLF). Zentralbehörde der -> **Landwirtschaft**, -> **Forstwirtschaft** und der Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. (Minister Hans -> **Reichelt**).

Das M. ist di© Fortsetzung a) der schon seit dem 25. 7. **1945** bestehenden «Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft» und b) der Abt. Erfassung der ebenso früh gegründeten «Zentralverwaltung für Handel und Versorgung». Beide wurden dann Glieder der -> **DWK** und seit Okt. **1949** der Regierung der «DDR\*». Der Altkommunist **Edwin -> Hoernle**, der «Land und Forst» während der -> **Bodenreform** und seither geleitet hatte, musste es im Okt. **1949** bei Umbenennung in MfLEF abgeben. **Ernst -> Goldenbaum**, der 1. Vors. der -> **DBD**, schien als Minister ein besseres Aushängeschild zu sein. Die -> **SED** hielt und hält es für zweckmässig, im MfLEF. zwar den Posten des Staatssekretärs mit eigenen Parteimitgliedern, den des Ministers aber mit Mitgliedern der **DBD** zu besetzen, die sie für di© häufigen Mängel und Zusammenbrüche in diesem Bereich haftbar machen kann. Di© im Ministerium

für Handel und Versorgung vorhandene «Hauptverwaltung für Erfassung und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse» wurde schon im Nov. **1950** in ein Staatssekretariat mit eigenem Geschäftsbereich umgewandelt und mit dem Altkommunisten Hermann Streit besetzt. Er leitete es bis Juni **1958**, danach Helmut Koch (SED).

Das MfLEF. hat im wesentlichen Hauptabteilungen (zeitweise und teilweise als Hauptverwaltungen bezeichnet) und wichtige Abteilungen: Planung, Pflanzliche Produktion; Tierische Produktion; Mechanisierung und Technologie; Agrarschulung; LPG; VEG; MTS; Forstwirtschaft; Erfassung und Verkauf (geleitet von einem Staatssekretär, wohl Helmut Koch); Wissenschaft; Hoch- und Fachschulen; Polit. Massenarbeit. - Wie alle anderen hat auch das MfLEF. ein beratendes Kollegium. - 1. Stellv. des Ministers.: Bruno Skodowski (SED), neben ihm mehrere weitere Stellv.

**MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG:** Diesen Namen erhielt das Oberkommando der -> **Kasernierten Volkspolizei** (KVP) am 18. 1. **1956**, als die KVP in -> **Nationale Volksarmee (NVA)** umbenannt wurde. Zunächst war, MinisterA. Armeegeneral **Willi -> Stoph**, einer der Stellv. des Ministerpräsidenten. Er wurde am 14. 7. **1960** abgelöst durch Generaloberst **Heinz -> Hoffmann**. Das M. hat folgende Gliederung: Hauptstab der NVA, der zugleich Oberkommando des Heeres ist. Stellv. des Chefs des Hauptstabes: Generalmajor Pech. Zum Hauptstab gehören folgende 8 Abteilungen: Operativ (= Generalstab); Werbung und Auffüllung; Aufklärung (Spionage über ausländisch© Streitkräfte); Nachrichten, Werbung und Auffüllung. Topographie; Organisation und Nachweissführung; Transportwesen; Chiffrierwesen.

Dem Minister ist unmittelbar untergeordnet die -> **Politverwaltung** der gesamten NVA (Leiter: bis 26. 8. **1959** Generalmajor **Rudolf -> Dölling**, nun Vizeadmiral **Walde-mar -> Verner**, auch Altkommunist). Sie ist als überterritorialer Bezirksverband der SED zugleich dem -> **ZK** der -> **SED** unterstellt. Ihr untersteht di© Selbständige Abteilung (Sitz in Berlin-Schöneweide), die unter Anwendung aller Methoden der getarnten Infiltration die Bundeswehr zersetzen soll (Leiter: Oberst Thomas Mrochen). Eine besondere Stellung hat die sog. Verwaltung 2000: die Leitung der Überwachungsorganisation des -> **Staatssicherheitsdienstes in der NVA**. Dem Minister unterstehen auch einige Verwaltungen, auf die ebenfalls das ZK der SED einen

besonderen Einfluss nimmt: Kader (Personalunterlagen der Offiziere); Justiz; Militär-Oberstaatsanwalt. Das M. hat, dem Minister unterstellt, folgende Verwaltungen der Waffengattungen und der Fachgebiete: Inspektion; Ausbildung; Artillerie; Panzertruppen; Chemische Truppen; Pioniertruppen; Kraftfahrzeugwesen.

Mit Ausnahme der höchsten Führungskräfte befinden sich die Verwaltungen für die Luft- und Seekräfte nicht im M. selbst. Die Verwaltung (das Kommando) der Seestreitkräfte sitzt in Rostock, jene für Luftstreitkräfte und Luftverteidigung in Eggersdorf bei Strausberg. – Ein besonderes Gewicht hat die Ingenieurtechnische Verwaltung, sie leitete bis 1958 das Amt für -> Technik, dann die Abt. Forschung/Entwicklung (Ost-Berlin). - Die Ingenieurtechnische Verwaltung besorgt die Einfuhr und sonstige Beschaffung von Waffen und Rüstungsgütern für die NVA und alle anderen bewaffneten Organe. Nicht nur diese, sondern auch mehrere andere technische Verwaltungen des M. stehen in enger Berührung mit der Staatlichen -> Plankommission und fachlich angesprochenen Ministerien: Planung und Materialversorgung; Finanzen; Rückwärtige Dienste; Medizinische Verwaltung.

Ferner sind zu nennen die Verwaltungen Militärwissenschaft; Dolmetscher; Ausland (= Spionage ausserhalb der Bundesrepublik).

Der militärische Nachrichtendienst (Spionagedienst) der NVA, der schon seit 1952 arbeitet, heisst seit 1958 Verwaltung für Koordinierung (VfK). Diese besonders grosszügig ausgebauten VfK sitzt nicht in Strausberg, sondern in Berlin-Grünau (Leiter: Oberst Willi Sägebrecht). Mit rund 500 Mann in vier Hauptabtd. und in einer selbständigen Abt. leitet die VfK die weitgespannte militärische und rüstungstechnische Spionage in der Bundesrepublik und in fast ganz Westeuropa.

Der 1. Stellv. des Ministers ist: Vizeadmiral **Waldemar -> Verner**, Chef der Seestreitkräfte. Weitere, wahrscheinlich gleichberechtigte Stellv. sind: Generalleutnant **Heinz -> Kessler**, Chef der Luftstreitkräfte; Generalmajor **Erwin -> Freyer**, Leiter der Ingenieurtechnischen Verwaltung, einer der stellv. Vors. der Staatlichen Plankommission, und Generalmajor Pech. Bis zum Wechsel in der Leitung der Polit. Verw. war deren Leiter auch Stellv. des Ministers. Das M. befindet sich zum grössten Teil in Strausberg (ostwärts Berlin). Im Ministerium sind rund 3200 Offiziere und Angehörige der NVA tätig, ferner

80 Sowjetoffiziere und 900 Angestellte.

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT (MfS):** Zentralbehörde des -> Staatssicherheitsdienstes. Der Minister (Generaloberst **Erich Mielke**) hat vier Stellv. – Der Hauptteil des MfS, der sich in Berlin-Lichtenberg befindet, hat achtzehn Hauptabteilungen (HA). Acht HA haben operative Aufgaben bei der «Sicherheit» der SBZ gegen alle freiheitlichen und nicht-kommunistischen Bewegungen und Einflüsse. I: Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen); II: Spionage-Abwehr (vereint seit 1.4.1953 mit der ehem. HA IV); III: Sicherung der Wirtschaft; V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen aller Art; VI: Schwerindustrie- und Forschungsschutz; VII: Sicherung der Volkspolizei; XIII: Verkehrssicherung; PS: Sicherheit der leitenden Staats- und Parteifunktionäre.

Zehn HA wirken unterstützend: VIII: Ermittlungen und Festnahmen; IX: Vernehmungen und Untersuchungen; X: Verbindung zu Nachrichtendiensten des -> **Warschauer Beistandspaktes**; XI: Chiffrierwesen; XII: Kartell, Registratur; XIV: Untersuchungs-Haftanstalten; M: Postüberwachung; K: Kriminaltechnik; O: Technik, Abhörmittel; KS: Kader (= Personalabteilung) und Schulung.

Die zum MfS gehörende Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) sitzt (mit rund 800 Mitarbeitern) in Berlin-Johannisthal (Leiter: Generalmajor Markus J. Wolf). Sie entstand im Mai 1956 aus der HA XV und wurde dem Minister unmittelbar unterstellt. – Seit 1. 1. 1959 hat sie zwölf Abteilungen: 1: Polit. Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschl. Verteidigungsministeriums; II: Politische Spionage in Parteien und polit. Vereinigungen in der Bundesrepublik; III: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland; IV: Militärische Spionage im Bundesgebiet; V: Wirtschaftsspionage; VI: Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik Deutschland; VII: Auswertung; VIII: Diversion (Sabotagevorbereitungen) in der Bundesrepublik; IX: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen; K: Dokumentation, Ausweissfälschung; R: Kartell, Registratur; K/S: Kader und Schulung.

Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des MfS wie der HVA sind seit Frühjahr 1959 in der HVB (Bewirtschaftung/Verwaltung) zusammengefasst, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das MfS wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. – Im MfS (mit HVA

und HVB) arbeiten rund 1450 Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte.

**MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG:** Am 1.1.1950 wurde das MfV als zentrale Instanz der Schulverwaltung und der Jugendarbeit errichtet und löste damit die «Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung» ab. Der Minister (Prof. Dr. Alfred -> Lemnitz) hat drei Stellvertreter. Das Ministerium gliedert sich auf in 5 Abteilungen: 1. Entwicklung und Organisation der Schulen, 2. Allgemeinbildung, 3. Polytechnische Erziehung und Bildung, 4. Berufsausbildung, 5. Amt für Jugendfragen. Für die Arbeitsweise des MfV sind gemäss Beschluss des ZK der SED vom 29. Juli 1952 «die Erfahrungen der Sowjetunion» massgeblich. Der Minister, seine Stellvertreter und die Abteilungsleiter gehören der -> SED an.

**MINISTERRAT:** Regierung der -> DDR (nach sowjetischem Vorbild seit 1954 amtlich M. genannt), höchstes Exekutivorgan der «DDR»; nach der -> Verfassung vom Vertrauen der -> Volkskammer, in Wirklichkeit jedoch von der Sowjet. Besatzungsmacht und dem -> ZK der -> SED abhängig. Nach dem Gesetz über den M. der «DDR» vom 8. 12. 1958 gehörten dem M. an: **der Vors. (-> Grotewohl), der 1. Stellv. (-> Ulbricht),** sieben Stellv. des Vors. des M., der Vors. der **Staatl. -\* Plankommission**, dessen 1. Stellv., die Minister, der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen und der Vors. der Zentralen Kommission für Staatl. Kontrolle ( **Kontrollkommission**). Zusammensetzung und Funktionen des M. wurden im Juli und September 1960 mit der Berufung -> **Stophs** zum Stellv. des Vors. des M. für die Koordinierung und Kontrolle der Partei und Regierungsbeschlüsse sowie mit der Bildung des -> Staatsrates erneut verändert. Dabei ist auch Ulbricht als 1. Stellv. des Vors. des M. aus der Exekutive ausgeschieden. Eigentliches operatives Führungsorgan **des -> Staatsapparates ist jedoch das -> Präsidium des M., dem der Vors. und die Stellv. des Vors. des M. angehören. - Regierungskanzlei ist das Büro des Präsidiums des M. (-> Regierung und Verwaltung)**

**MITBESTIMMUNGSRECHT:** Die Vorstellung, die Interessen des komm. Regimes und die der Arbeiterschaft seien identisch, wird so weit getrieben, j dass das M. nicht durch Organe der Arbeiterschaft, sondern durch die staatlichen Organe verwirklicht werden soll. (§ 4.1 Gesetz der Arbeit vom 19. 4. 1950, GBl. S. 349) In den Betrieben und Verwaltungen

ist Träger des M. die -> BGL, also ein gewerkschaftliches Organ, das wie der gesamte -> **FDGB** der -> **SED** untergeordnet ist. Da die BGL gleichzeitig Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten sein soll, befindet sie sich in einem ständigen Zwiespalt. Versuche, die Mitbestimmung auf unabhängige Organe, die -> **Arbeiterkomitees**, zu verlagern, scheiterten Anfang 1958. Die Ständigen -> **Produktionsberatungen** sind seitdem dazu bestimmt, bei der Leitung der -> **VEB** mitzuwirken. Wegen deren Abhängigkeit von SED und FDGB sind sie jedoch nur ein weiteres Mittel, den Willen der SED auf dem Gebiete der materiellen Produktion durchzusetzen. Ein erneuter Versuch, ein wirkliches M. in den Betrieben durch Übertragung von Rechten auf die -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit** zu schaffen, wurde im Sommer 1960 im Keime erstickt. In den Privatbetrieben geht dagegen auf Grund der -> **Betriebsvereinbarungen** das M. bis zur völligen Entrechtung des Unternehmers. [418] **MITSCHURIN, IWAN W.: Russ. Botaniker und Obstzüchter, geb. 28. 10. 1855 in Dolgoje, gest. 7. 6. 1935 in Koslow.**

Durch zahlreiche Versuche über die gegenseitige Beeinflussung von Unterlage und Pflanzfreis gelang es ihm, über 300 neue Obstsorten zu züchten und die Anbaugrenze in Russland weit nach Norden zu verschieben. Seine daraus abgeleiteten Vererbungsstheorien, die -> **Lyssenko** weiterentwickelte, sind sehr umstritten, machten M. jedoch zum ideologischen Vorbild eines Umgestalters der Natur für die Stalinisten.

In der SBZ wurde mit grossem propagandistischem Aufwand eine M.-Bewegung ins Leben gerufen, die bei den -> **MTS** M.-Kabinette gründete, M.-Zirkel bildete und M.-Felder anlegte, um fortschrittliche Methoden des Acker- und Pflanzenbaues zu diskutieren und auszuprobieren. Seit 1956 ist die so allgemein bezeichnete -> **Neuemethode in der Landwirtschaft** durch speziellere ersetzt worden. (-> **Trawopolnajasystem**)

**MITTELBAUER: - Bauer.**

**MITTELSCHULE: -> Schule.**

**MODE:** «Das Vorrecht der ehemals ausbeutenden Klassen, die M. als ihr alleiniges Privileg zu betrachten», soll in der SBZ «endgültig beseitigt» sein. Die verantwortlichen M.-Funktionäre versprochen: «Wir werden der bürgerlichen Weltmode einen anderen Charakter geben !» Die M. in der SBZ soll «das Wesen der neuen Zeit widerspiegeln», «Verständnis für die gesellschaftlich-politische Ent-

wicklung zeigen\* und «eine neue Idee verwirklichen\*» (Frau von heute, Nr. 8/1959, S. 19). Hauptverantwortlich für die Verwirklichung dieser Richtlinien ist das 1953 im Zeichen des -> **Neuen Kurses** gegründete staatliche Institut für Bekleidungskultur in Ost-Berlin, das später in Deutsches M.-Institut umbenannt wurde. Direktorin ist seit 1953 Elli Schmidt. Das Institut gibt die M.-Zeitschriften «Sibylle» und «Die Mode» (erscheint nur zweimal jährlich) heraus. Ausserdem erscheint im Verlag Die Wirtschaft die Zeitschrift «Die Bekleidung». Trotz mehrfacher Bemühungen ist es dem M.-Institut und der M.-Industrie nicht gelungen, eine besondere, «fortschrittliche» SBZ-M. zu schaffen und «eine neue Idee zu verwirklichen». Das M.-Institut orientiert sich, abgesehen von gelegentlichen ideologischen Ausfällen gegen die «kapitalistische M.», sowohl in der Damais auch in der Herren-M. hauptsächlich an Modellen aus dem Westen und hat mit seinen Kreationen deshalb auf den M.-Schauen des -> Ostblocks grossen Erfolg. Ziel des Instituts und der M.-Industrie im Siebenjahrplan ist, bis 1961 «Westdeutschland auch in den Erzeugnissen des M.-Schaffens zu überholen. Vorerst scheidet die Belieferung der Bevölkerung mit eleganter, solider Kleidung guter Qualität immer noch an dem Mangel an guten Stoffen.

#### MONOPOLKAPITALISMUS -> Imperialismus.

**MORAL, SOZIALISTISCHE:** Als Stück des ideologischen Überbaus (-> **Marxismus-Leninismus**) ist nach bolschewistischer Auffassung auch die Moral Ausdruck der Klasseninteressen. Es gibt demnach kein absolut Gutes und kein absolut Böses. Die traditionellen sittlichen Auffassungen der abendländischen Welt werden als einseitiger Niederschlag der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert. Der bürgerlich-kapitalistischen M. setzte -> **Lenin** die SM. entgegen, die in der Erklärung gipfelt: «Alles was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeuter zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch.» Dem entspricht die Erklärung der -> SED: «Nur der handelt sittlich und wahrhaft menschlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt.\* Damit wird der schon in der Schule gepflegte Hass gegen die als «kapitalistisches Lager» interpretierte westliche Welt ebenso wie die straff disziplinierte Unterordnung unter den Willen der Partei zur Grundlage der SM. Allerdings hat

der Begriff der SM. in den letzten Jahren, seitdem -> **Chruschtschow** die neue Generallinie der Bolschewisten im Sinn des erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit dem Westen festlegte (-> **Koexistenz**), einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht. Als Hauptkriterium für SM. gilt nunmehr die Einstellung zur Arbeit; und der Kampf der Partei um die Durchsetzung und Hebung der SM. ist vor allem ein Kampf gegen die «kleinbürgerlichen» Gewohnheiten, wie Eigenbrötelei, Individualismus, Ressortgeist, Gruppenegoismus. Demgegenüber soll die Bevölkerung zu einem Verhalten erzogen werden, das völlig am Kollektiv orientiert ist, auf maximale Produktionseffekte hinzielt und auf diese Weise das bolschewistische Lager weiter verstärken hilft. (-\* **Brigaden der sozialistischen Arbeit**) **Unter anderen Bedingungen** als in der SU, in einer Situation, in der die Mehrheit der Bevölkerung den Sozialismus ulbrichtscher Prägung ablehnt, bemüht sich die SED, insbesondere seit dem V. Parteitag 1958, um die Erziehung des «neuen sozialistischen Menschen», der sich in seinen ethischen Auffassungen und in seinen Handlungen an den zehn Geboten der Sozialistischen Moral orientieren soll, die -> **Ulbricht** auf dem V. Parteitag verkündete. Sie besagen:

1. Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche, Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
2. Du sollst dein Vaterland lieben und stets bereit sein, deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.
3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
7. Du sollst nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
8. Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.



9. Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.

10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

Gleichzeitig erklärt die SED-Propaganda, die 10 Gebote Gottes seien dazu erschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen und führten zu erbarmungsloser Ausbeutung, zu Unterjochung, zu Eroberungskriegen und zu Ausplünderungen. Ein Sozialist wisse, dass die 10 Gebote Gottes «im Mund der Kapitalisten, Imperialisten, der Klerikalen und der Militaristen nur Heuchelei sind und dazu dienen, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen».

Die 10 Gebote der sozialistischen Moral aber würden den Menschen glücklich und frei machen. (-> **Jugendweihe**, **Kindesweihe**, **sozialistische** -> **Eheschliessung**, -> **Grabweihe**)

**MTS: Abk. für Maschinen-Traktoren-Station.**

**MUCKENBERGER, ERICH: \*8.6.1910** in Chemnitz als Sohn eines Arbeiters, Schlosser. **1924** -> **SAJ**, **1927** **SPD**, **1928** bis **1933** Jugendleiter im Reichsbanner. Von **1933** bis **1945** verschiedentlich im Gefängnis und KZ. **1945** -> **SPD**, **1946** Kreisvors. der -> **SED** in Chemnitz, nach Absolvierung der Parteihochschule **1948**

2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen, ab Dez. **1949** 1. Sekretär der SED-Landesleitung Thüringen, ab Sept. **1952** bis Juli **1953** T. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt. Seit Juli **1950** Mitgl. des ■\* **ZK** der SED und Kandidat des -> **Politbüros**, seit dem **V. Parteitag** im Juli **1958** Mitgl. des Politbüros. Juli **1953** ausserdem Sekretär für Landwirtschaft im -> **Sekretariat** des ZK. Seit **1956** Mitgl. des Präsidiums des Beirates für LPG beim Ministerrat der SBZ. Seit dem 7. 10. **1949** Abgeordneter der **Volkskammer**.

**MÜHLHAUSEN:** Stadt im thüringischen Bezirk -> **Erfurt**, Kreisstadt, an der Unstrut, mit 45 497 Einwohnern (**1959**); mittelalterliche Altstadt mit Mauern und Toren; romanisch-gotische Blasiuskirche (13. bis 14. Jh.), spätgotische Marienkirche (14. Jh.), altes Rathaus mit berühmtem Archiv; bedeutende Textilindustrie, daneben Lokomotiv-, Fahrrad- und Maschinenbau, Holz-, Tabak- und Lederindustrie.

**MULLER, VINCENZ:** \* 5.11.1894 in Aichach/Obb. als Sohn eines Gerbermeisters, Klosterschule, Berufsoffizier, später im Generalstab, **1943** Generalleutnant, Ritterkreuzträger, Kommandierender General des XII. Armeekorps und stell.

Oberbefehlshaber der 4. Armee, kapitulierte mit seiner Armee im Sommer **1944** bei Minsk, aktives Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland** und des Bundes Deutscher Offiziere in der SU, Besuch von Antifaschulen. Im Sept. **1948** kehrte M. nach Deutschland zurück, wurde Mitgl. der -\* **NDPD**, im Febr. **1949** Pol. Geschäftsführer der NDPD, von Okt. **1949** bis Okt. **1953** 1. Stellv. des Vors. der NDPD, danach Mitgl. des Hauptausschusses seiner Partei. **1952** zum Generalinspekteur der -> **Volkspolizei** ernannt, seit **1953** Generalleutnant und Chef des Stabes der KVP, Stellv. des Ministers des Innern. Seit 18. 1. **1956** in gleicher Funktion im Ministerium für Nationale Verteidigung. **1958** pensioniert. **1949** bis **1958** Abgeordneter der -> **Volkskammer**, Nov. **1950** bis Dez. **1952** Vizepräsident der Volkskammer.

**MULTIFUNKTIONÄR:** Begriff des Pj. für kommun. -> **Funktionär**, der in einer Vielzahl von Ämtern in Partei- und Massenorganisationen tätig ist. Die Bezeichnung M. ist herabsetzend gedacht, da einem M. mit Recht unterstellt wird, er könne bei der grossen Zahl seiner Verpflichtungen keine davon richtig erfüllen. Andererseits ist der M. ein Ergebnis des Organisations-Unwesens, denn für die Unzahl von Ämtern können nicht genügend geeignete Personen gefunden werden. [331]

**MUSEEN:** Das Museumswesen der SBZ untersteht dem -> **Ministerium für Kultur**. **1957** gab es 22 Kunst-, 244 heimatkundliche, 18 naturkundliche und 65 Memorial-, Volkskunde- und sonstige Spezial-M. Unter den Kunst-M. sind die bedeutendsten die Staatlichen M. (darunter Nationalgalerie und Pergamon-M.) in Berlin und die Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. **1958** erschien der erste Band eines Berichtes, in dem die Leiter der Kunst-M. über deren Geschichte und Entwicklung seit **1945** berichteten. Die Heimat- und Naturkunde-M. werden von einer Fachstelle für Heimat-M. in Halle (Informationsorgan «Museumskunde», vj.) angeleitet; eine Zentrale Fachkommission für Heimat-M. mit Bezirksfachkommissionen und verschiedenen **Aktivs** hat vor allem dahin zu wirken, «dass unsere Heimatmuseen . . . unter bewusster politischer Parteinahme zu sozialistischen Bildungsstätten werden». Gegenwärtig wird zu diesem Zweck der Begriff der «sozialistischen Heimat» diskutiert. Bis **1961** sollen in allen Heimat-M. Abteilungen zur Geschichte der neuen und neuesten Zeit im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung (-> **Historischer Materialismus**) aufgebaut werden; als Vorarbeit dazu

dienten **1958/59** Sonderausstellungen «40 Jahre Novemberrevolution» und «10 Jahre DDR».

#### **MUSEUM FÜR DEUTSCHE GE-**

**SCHICHTE:** Wie das 7. Plenum des -> **ZK** der -> **SED** am 20. 10. **1951** «die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung» anschaulich machen im Dienste des weltrevolutionären Marxismus-Leninismus. Am 18.1. **1952** in Berlin gegründet, am 5. 7. **1952** eröffnet. Ein «Wissenschaftlicher Rat des M.» soll Objektivität vortäuschen. Die offene Forderung nach einer bolschewistisch-internationalen und zugleich «nationalen» Geschichtsbetrachtung, die die 2. Parteikonferenz der SED am 12. 7. **1952** erhob, prägt auch das M. Es siedelte **1956** ins wiederaufgebaute Zeughaus über. Direktor: der ehemalige Sozialdemokrat **Prof. Dr. Alfred -> Meusel (SED)**. - **Seit** 14. 9. **1957** ist dem M. die Schausammlung «Waffen und Uniformen in der Geschichte» angegliedert, die viele gerettete Bestände des alten «Zeughauses» enthält. Einseitig parteipolitisch ausgerichtet, soll sie lehren, auch die Geschichte des Krieges «klassenmässig einzuschätzen» und die «Bereitschaft zur Verteidigung unserer DDR zu erhöhen». (-\* **Nationale Geschichtsbetrachtung, -> Museen**)

**MUSIK:** Nach der in der SBZ massgebenden sowjetischen M.-Auffassung kann «das Wesen der M. unmöglich im inhaltlosen ‚Spiel reiner Klangformen‘ bestehen . . . , sondern darin, die Vielfalt der Wirklichkeit in das M.-Gestalten einfließen zu lassen. M., in diesem Sinne aufgefasst, spiegelt nicht nur Wirklichkeiten, sondern vermag auch aktiv in die Lebenszusammenhänge einzugreifen und somit zur Veränderung und Umgestaltung der gesellschaftlichen Zustände beizutragen.» Mit diesen Sätzen (aus dem sowjetzonalen «Lexikon A-Z in einem Band») wird die Norm des sozialistischen **Realismus** auch für die M. gesetzt, zugleich die ideologische Rechtfertigung für die hemmungslose Politisierung der M., vor allem der Volks-M. und in ihrem Bereich wiederum des Liedes, gegeben. «Unter entschiedener Absage an die musikfremde Zersetzung der europäischen Musiktradition» soll eine Musik «hervorgebracht» werden, «die im Streben nach einer neuen kunstvollen Einfachheit Ideentiefe, melodischen und harmonischen Reichtum, Volkstümlichkeit und Verständlichkeit der musikalischen Aussage in sich vereint» (Entschliessung der Kulturkonferenz **1960** der SED). Teils der bewusstseinsbildenden Wirkung wegen, teils auch aus Motiven staat-

## **MUTTERSCHUTZ**

licher Repräsentation, die in allen totalitären Herrschaftsformen das Kulturleben beeinflussen, wird das öffentliche M.-Leben mit beträchtlichen Mitteln gefördert, wobei Institute von grosser Tradition (Leipziger Gewandhaus, Dresdener Philharmonie, Berliner Staatsoper, Thomaner- und Kreuz-Chor) mehr als ihren Namen einzusetzen hatten. **1958** gab es 39 «Kultur- und Sinfonie-», 47 Theater- und 3 Rundfunkorchester. Der Pflege des -> **Kulturellen Erbes** dienen Musikfeste, die u. a. auch Bach und Händel gewidmet waren. Man bemüht sich, das Konzertleben, das von der **Deutschen -> Konzert- und Gastspieldirektion** monopolistisch gesteuert wird, weitgehend zu dezentralisieren. - Auf musikwissenschaftlichem Gebiet, vor allem bei grossen Editionen, gibt es noch Beispiele gesamtdeutscher Zusammenarbeit. Die grossen M.-Verlage (-> Verlagswesen) sind, wie der weltberühmte von Breitkopf & Härtel, enteignet und verstaatlicht oder verschwunden. - Wie alle Sparten der -> **Laienkunst**, erfreut sich auch die Volks-M. der besonderen Beachtung von Partei und Staat, denen es dabei ebensowohl um die Kontrolle des Vereinswesens wie auch um die bewusstseinsbildende Kraft der gemeinschaftlichen M.-ausübung zu tun ist. -> **Volksmusikschulen** dienen der Förderung und Ausrichtung des Nachwuchses, das Zentralhaus für Volkskunst sorgt für sozialistisches Liedgut, das zusammen mit Volkstanz, . **Kabarett** und **Agitprop (-> Agitprop-Gruppen)** die Veranstaltungen der -> **Kulturellen Massenarbeit** auszufüllen hat. «Ernstes Zurückbleiben\* wird immer von neuem auf dem Gebiete der Tanz- und Unterhaltungs-M. kritisiert, wo die eigene Produktion im Urteil des meist jugendlichen Publikums gegen «imperialistische Einflüsse» aus dem Westen nicht aufzukommen vermag und man daher zu einer administrativen Drosselung des Verbrauchs westlicher M. schreiten musste. Schallplatten werden von einem -> **VEB Deutsche Schallplatten** (dem Vernehmen nach im Ausland) produziert; die Einfuhr von Schallplatten aus der Bundesrepublik ist nicht gestattet. (-> **Kulturpolitik, Verband deutscher -\* Komponisten und Musikwissenschaftler, AWA**)

**MUTTERSCHUTZ:** -> **Frauenarbeit, -> Arbeitsschutz. Von der Geburt** des ersten Kindes an erhalten Mütter einmalige staatliche Unterstützungen in Geld, und zwar bei der Geburt des ersten Kindes 500, des zweiten Kindes 600, des dritten Kindes 700, des vierten Kindes 850 und jedes weiteren Kindes 1'000 DM Ost. Mütter mit mehr als

drei Kindern erhalten laufende Unterstützungen, und zwar für das vierte Kind 20 DM Ost monatlich, für jedes weitere Kind 25 DM Ost bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. (-> **Schwangerschafts- und Wochenhilfe, Staatlicher -\* Kinderzuschlag**) [425]

**MUTTER UND KIND:** Hinter der Bezeichnung des «Gesundheitsschutzes für MuK.\*» verbirgt sich ein System von Massnahmen zur Nutzung jeder erreichbaren -> **Arbeitskraft** auch von Frauen (-> **Frauenarbeit**), bei gleichzeitiger Förderung der Geburtenhäufigkeit (-> Bevölkerung), ausserdem aber zur frühzeitigen Einspannung der Jugendlichen in den Produktionsprozess. Zu nennen sind insbeson-

dere -> **Schwangereberatung, -> Dispensaires** für MuK., einmalige Beihilfen für «kinderreiche Mütter\*» (von der Geburt des 3. Kindes an) neben staatlichem Kindergeld, Einrichtung sehr vieler Kinderkrippen und -> **Kindergärten** im Bereich von Grossbetrieben, zahlreiche Bestimmungen des -> **Arbeitsschutzes**, die tatsächlich vor allem die industrielle Arbeit der Mütter auch von Kleinstkindern ermöglichen sollen, dabei besonders die von «alleinstehenden\*» Müttern. Aber auch der umfassend angelegte Jugendgesundheitsdienst (-> **Jugendarzt**) ist aus diesem Zweck zu verstehen. (-> **Gesundheitswesen**) [440]  
**MWD:** KGB.

## N

**NACHRICHTENPOLITIK:** Die N. wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen. «Es gibt keine Nachricht schlechthin\*, vielmehr besitzt «die Nachricht Klassencharakter». Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die «den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen\* vermögen (Neue Deutsche Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und panthelicher Kommentar werden nicht getrennt. Die Einheitlichkeit der N. wird durch das Nachrichtenmonopol des -> ADN garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der -> **Kritik und Selbstkritik** publiziert werden. Nachrichten aus der SU und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowj. Agentur TASS und den übrigen staatl. Ostblock-Agenturen übernommen. Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik und das westliche Ausland werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u. ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden. (-> **Pressewesen**, -> **Rundfunk**, -> **Fernsehen**) [323]

**NACHTRAB:** Im N. befinden sich -> **Funktionäre**, die in -\* **Abweichung** von der Parteilinie bei der Verfolgung praktischer politischer Ziele Zurückhaltung zeigen und dadurch angeblich den Fortschritt hemmen. Ihnen wird vorgeworfen, sie verliessen sich darauf, dass die Massen spontan (-> **Spontaneität**) das Richtige tun würden, und verzichteten darauf, diese zum richtigen Bewusstsein zu erziehen. Das sei Ausdruck eines eigenen zurückgebliebenen Bewusstseins. Die Politiker, denen Nachtrab vorgeworfen wird, tragen in Wahrheit dem Willen des Volkes mehr Rechnung als die Führung der -> **SED**. Der Vorwurf des N. wurde insbesondere der Gruppe um **Schirdewan** und -> **Oelssner** gemacht.

**NACHTSANATORIUM;** Von Betrieben unterhaltene Krankenhauseinrichtung sowjetischen Musters für zeitweilige Unterbringung «bedingt arbeitsfähiger» chronisch kranker oder genesender Betriebsangehöriger, die hier gepflegt und ausserhalb der Arbeitszeit behandelt werden (Massage, Bäder,

Bestrahlungen und dgl.), um sie möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern (-> **Betriebsgesundheitswesen**). Bisher dienen N. vornehmlich der Wiedereingliederung von Tbc-Kranken. Bestand Anfang 1960: 18 N. mit 493 Betten. Nach dem -> **Siebenjahrplan** soll bis 1965 «für jeden Versorgungsbereich des Betriebsgesundheitssschutzes wenigstens ein N.\* eingerichtet werden.

**NACHWUCHSPLAN:** Eine der Massnahmen zur Berufslenkung.

**NAGEL, OTTO:** \*27.9.1894 in Berlin als Sohn eines Tischlers, Glasmacherlehre. 1908 -\* SAJ; Kunstmaler, SPD, Freundschaft mit Zille und Käte Kollwitz. Begleitete 1924 eine Ausstellung deutscher Bildwerke in die SU. In der NS-Zeit Arbeitsverbot, längere Zeit im KZ Sachsenhausen. Nach 1945 Gründungsmitgl. des Kulturbundes und der Akademie der Künste, seit 1956 Präsident der Akademie der Künste. Präsident d. Verbandes Bildender Künstler in Ost-Berlin. 1946 Abg. d. Landtags von Brandenburg. 1949-1954 Mitgl. d. Volkskammer, danach Abg. d. Länderkammer. Werke: u. a. «Parkband», «Selbstbildnis\* (Nationalgalerie Berlin), Porträts sowjetzonaler Künstler und Aktivisten.

**NAMENSGEBUNG, SOZIALISTISCHE: Kindesweihe.**

**NAMOKEL, KARL:** \* 9. 6. 1927 in Demmin/Pommern, Sohn eines Arbeiters und KPD-Kreistagsabgeordneter; Schiffbauer. Seit 1946 hauptamtlicher FDJ- und SED-Funktionär, 1952 Sekretär für Wirtschaftspolitik in der -> **SED-Bezirksleitung Rostock**. Obwohl N. wenig hervorgetreten und weiten Kreisen unbekannt war, wurde er im Mai 1955 als Nachfolger -> **Honeckers** 1. Sekretär des Zentralrats der -> **FDJ**. Im Mai 1958 «auf eigenen Wunsch\* von seinen Funktionen in der **FDJ** entbunden. (Nachfolger: **Horst -> Schumann**.) Seit 1958 Abg. der -> **Volkskammer**. Seit dem V. Parteitag im Juli 1958 Mitgl. des -> **ZK** der **SED**.

**NATION: -> Volk.**

**NATIONALE BAUERNPOLITIK:** Nach der -\* **Zwangskollektivierung** benutztes Schlagwort, unter dem die Agrarpolitik der SBZ als bauernfreundlich gekennzeichnet werden

soll im Gegensatz zu einer Politik des -> **Bauernlegens** in Westdeutschland. Gleichzeitig ist mit der N. ein agrarpolitisches Parteiprogramm der -> **SED**, -\* **Nationalen Front**, -\* **DBD**, + **VdgB** gegeben, nach dem die politische Beherrschung des Landes totalisiert wird.

**NATIONALE FRONT:** Gegr. am 7. 10. **1949**, hervorgegangen aus dem -> Volkskongress. Die NF. soll als «breiteste Massenbewegung» auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen könnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den -> **Haus- und Hofgemeinschaften** auf und verfügt auf allen Ebenen des Staatsaufbaus über sog. Ausschüsse und Aktivs. Oberstes Organ ist nach dem Statut der Nationalrat. Präsident des Nationalrats: Prof. **Erich** -> **Correns**. Der weitaus wichtigere hauptamtliche -> **Apparat** der NF. besteht überwiegend aus SED-Funktionären; Vors. des Büros des Präsidiums des Nationalrats: **Hans** -> **Seigewasser** (SED).

Das Programm der NF. ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als «genereller Volkswille» verstanden - für alle anderen Parteien und die -> **Massenorganisationen** bindend. Zu seiner Verbreitung veranstaltet die NF. regelmässige «Aufklärungseinsätze» und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (-> **Agitation**). Die NF. nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des «Demokratischen Blocks» (-> **Blockpolitik**) wahr; in ihrem Namen werden die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt. Nach offiziellen Angaben waren im März **1957** von den rd. 231'000 Mitgl. der etwa 17'000 Ausschüsse 35 v. H. SED-Mitgl., 25 v. H. Mitgl. der übrigen Parteien, 40 v. H. Parteilose.

Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der NF., «Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages», ist zugunsten innerpolitischer Aufgaben seit **1955** mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit **1958** ist die NF. allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des -> Politbüros und des -> **ZK** der SED. Leiter der Infiltrationstätigkeit innerhalb der NF. ist seit April **1959** Dr. Gerhard Dengler (SED), stellv. Vors. des Büros des Präsidiums der NF. (-> **Infiltration**, -> **Gesamtdeutsche Arbeit**) [318]

**NATIONALE GEDENKSTÄTTEN:** So bezeichnen die SED und das -> Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer die Aufmarsch-Stätten, die sie bei den ehemaligen hiterischen Konzentrationslagern Buchenwald und Ravensbrück errichtet haben und in Sachsenhausen noch errichten wollen. Die SED missbraucht den Begriff NG., um zu verbergen, dass sie 1. jedes demokratisch-parlamentarische und freiheitlich, echt-nationale Eigenleben des deutschen Volkes bekämpft, dass sie 2. die nichtkommun, freiheitlichen und demokratisch-nationalen Gefühle eines grossen Teiles der Konzentrationslageropfer für ihre totalitären, freiheitsfeindlichen Parteizwecke einzuspannen sucht. Mit ihrer klaskämpferisch antinationalen Politik und der Unterdrückung der mitteleuropäischen Bevölkerung verrät sie die idealen Ziele des antifaschistischen Widerstandes. - Sie missbraucht die Losungen dieses Antifaschismus, um die parlamentarisch-rechtsstaatliche, demokratische Ordnung und die NATO-Politik der Bundesrepublik als faschistisch-militaristische Diktatur zu verleumdern.

Bei der Einweihung der NG. Buchenwald am 14. 9. **1958** forderte -> **Grotewohl**, der Antifaschismus solle sich dem Bolschewismus unterordnen, denn «der antifaschistische Widerstandskampf ... kann nur dort zum Erfolg führen, wo sich die Völker entschlossen unter der Führung ihrer Arbeiterklasse\* erheben. Er verlangte: «Dieses Mahnmal soll eine Stätte der Freundschaft zum grossen Sowjetvolk sein, das unser Volk und Europa befreite.» Grotewohl behauptete: Die Bundesrepublik «ist ein Hort der Reaktion, in dem die Militaristen und Faschisten wieder zur Macht gelangt sind ... Sie richten Hass und Verfolgung gegen alle friedlichen Menschen». - Die Errichtung der NG. wurde durch breit propagierte Geldsammlungen unterstützt, die das am 1. April **1955** gegründete «Kuratorium für den Aufbau NG.» organisierte. Vorsitzender: Grotewohl, Sekretär: Ernst Saernerow, als Vertrauensmann der SED.

**NATIONALE GESCHICHTSBETRACHTUNG:** In Reden und Aufsätzen, in Broschüren und Büchern werden seit Mitte **1952** die nationalen Seiten der deutschen Geschichte in grob entstellter Form hervorgehoben, die seit **1945** meist sehr stark verurteilt worden waren: «Die vornehmste Aufgabe aller wahrhaft patriotischen deutschen Historiker besteht darin, das Nationalbewusstsein des deutschen Volkes, vor allem der deutschen Arbeiterklasse als der führenden Kraft

der deutschen Nation, zu wecken und zu entwickeln» (Leo Stern in der «Täglichen Rundschau» vom 14. 12. 1953). Als nationale Geschichtsleistungen stellt man vor allem dar: Reformation und Bauernkrieg, die Stein-Hardenbergschen Reformen, die Befreiungskriege und gewisse Züge der Reichseinigungsbewegung, insbesondere zwischen 1848 und 1871. Neben Ulbricht sind dabei besonders hervorgetreten die Universitätsprofessoren Stern (Halle), -> Meusel (Ost-Berlin), Kamnitzer (Ost-Berlin) und die SED-Politiker -> Norden und -> Lange.

Durch Erweckung der nationalen Gefühle und des deutschen Selbstbewusstseins sucht die SED bei der Bevölkerung der SBZ und der Bundesrepublik den Eindruck hervorzu rufen, als ob der -\* Bolschewismus einem gesunden Nationalbewusstsein Raum liesse. Ausserdem weiss die SED, dass für die -> Nationale Volksarmee, die beim Volk verhasst ist, stets durch ein nationales Geschichtsbild, und sei es ein stark verfälschtes, geworben werden muss. - Wenngleich in dieser NG. die Klassegegensätze eine bedeutsame Rolle spielen, steht eine derartige Betrachtungsweise in unversöhnlichem Widerspruch zum -> Historischen Materialismus. [208, 512, 517, 525, 528]

**NATIONALEINKOMMEN:** Nach der marxistischen pol. Ökonomie ist das N. der Teil des gesellschaftlichen -\* Gesamtprodukts, der nach Ersatz der Produktionsmittel verbleibt und die «neu aufgewandte Arbeit» verkörpert. (Gesamtmasse der produzierten materiellen Güter abzüglich des Wertes der dabei verbrauchten Produktionsmittel.) Da an der Schaffung des N. nur die in der materiellen Produktion Tätigen beteiligt sind, enthält das N. der SBZ weniger Wertschöpfungsbestandteile als das Sozialprodukt nach westdeutscher Berechnung, wo z. B. auch öffentliche und Rivate Dienstleistungen und die lutzung des vorhandenen Wohnungsbestandes miterfasst werden. Die Berechnungsmethoden haben sich in der SBZ bereits mehrfach geändert. So ist man sich z. B. nicht einig, was zur «materiellen» Produktion gehört.

In seiner Naturalform besteht das N. aus der Gesamtmenge der erzeugten Konsumtionsmittel und aus dem Teil der für die Erweiterung der Produktion erzeugten Produktionsmittel. Gleichzeitig wird das N. in Geldeinheiten ausgedrückt. Verteilung und Weiterleitung des N. haben unterschiedlichen Charakter bei staatlichen Betrieben und bei Betrieben der privaten Wirtschaft. Bei der Verteilung ist zu unterscheiden zwischen einer Pri-

märverteilung und einer Sekundär-, Um- oder Neuverteilung.

a) Primärverteilung: unmittelbares Zufließen von Teilen des N., das in der materiellen Produktionssphäre erzeugt wird. Es fliesst nur den unmittelbar am Produktionsprozess Beteiligten zu.

b) Sekundärverteilung: Weiterverteilung von Einkommen aus der Primärverteilung. [742, 743] **NATIONALER KOMPROMISS:** Neu eingeführtes Schlagwort der SED zur Kennzeichnung ihrer angeblichen Verständigungsabsichten, vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet, bis zur Errichtung einer -> Konföderation zwischen den «beiden deutschen Staaten». Der NK. ist das für Deutschland bestimmte Gegenstück zur Sowjet. Parole von der -> Koexistenz im Massstab der Weltpolitik. Beim NK., mit dem auf die Annäherungsbereitschaft gewisser westdeutscher Kreise im Gegensatz zur klaren Haltung von Regierung und Opposition in der BRD spekuliert wird, liegt die Betonung jedoch im Vergleich zur Koexistenz noch mehr auf einem Miteinander als auf einem Nebeneinander.

Das Wort vom NK. tauchte zuerst im Zusammenhang mit -> Ulbrichts Brief an Dr. Adenauer vom 28. 1. 1960 auf, in dem Ulbricht ein sog. Verhandlungsangebot an den Bundeskanzler richtete. Es wurde dann vornehmlich zum Leitbegriff für die Aussenhandelspolitik der «DDR», die am 1. 3. 1960 zur Eröffnung der Leipziger Messe Heinrich -> Rau als gleichermassen nach Westen wie nach Osten gerichtet bezeichnete. NK. ist danach soviel wie Kompromiss im nationalen Interesse, tatsächlich aber nur eine weitere Propagandaparle zur Irreführung der öffentlichen Meinung in der BRD.

**NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT DER DDR:** Durch Gesetz vom 10. 2. 1960 (GBl. I, S. 89) errichtete die -> Volkskammer, die keinen Ausschuss für Verteidigung hatte, den NV. In dem Vorpruch wird behauptet: «Angesichts der aggressiven imperialistischen Pläne der gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kreise ist es notwendig, bis zur Wiedervereinigung Deutschlands durch die Bildung eines NV. eine einheitliche Lei tu na der Sicherheitsmassnahmen der DDR zu schaffen. Die Tätigkeit des NV. erfolgt im Rahmen der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer.» Gemäss § 1 soll der NV. «den Schutz des Arbeiter-und-Bauern-Staates und der sozialistischen Er rungenschaften der Werktätigen organisieren und sichern sowie die sich daraus ergebenden Massnahmen festlegen.\* - Weitere Aufgaben können dem NV. «die Volks-

kammer oder ihr Präsidium übertragen\*. Sein Vorsitzender, so bestimmt § 1, Ab. 2, «wird auf Vorschlag der Volkskammer vom Präsidenten der Republik ernannt. Die Mitglieder . . . werden vom Präsidenten der Republik ernannt.\* Diese Rechte sind seit 12. 9. 1960 auf den \* Staatsrat übergegangen. Dieser bestätigt auch «grundsätzliche Anordnungen des NV» (so heisst es seit 12. 9. 1960 im § 106 der -> Verfassung). Der § 2 des Gesetzes vom 10. 2. 1960 lautet bezeichnenderweise: «Der NV. der Deutschen Demokratischen Republik trägt für seine Tätigkeit dem Präsidium der Volkskammer gegenüber die Verantwortung.\*

Mit dem NV. verfügt -> Ulbricht, der den Vorsitz erhielt, über eine Einrichtung, die weit über den schon vorhandenen Ausschüssen der Volkskammer steht, aber doch nicht dem --Ministerrat, sondern der Volkskammer untersteht und ihr verantwortlich ist, obgleich sie ein besonderes Regierungsorgan und Notstands-Gremium darstellt, wie es dies im Gefüge der Regierung bisher nicht gab. Dies fällt um so mehr auf, als ja das Präsidium der Volkskammer am 10. 2. 1960 auch noch die Wahl eines 12köpfigen «Ständigen Ausschusses für Nationale Verteidigung\* für die Dauer der Wahlperiode beschloss, der sich formell nicht von den anderen Ständigen Ausschüssen der Volkskammer unterscheidet. Ulbrichts Machtfülle dürfte damit noch zugenommen haben, vor allem im Hinblick auf Staatskrisen und Volkerhebungen. - Die Mitglieder und das Statut des bisher nur dem Namen nach bestehenden NV. sind noch nicht bestimmt worden.

**NATIONALES AUFBAUWERK:** Im Jahre 1952 gegründete, durch die -> Nationale Front gelenkte «Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt -\* Berlin», die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde. Ziel ist die '«Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaus». Die Bevölkerung wird veranlasst, durch Hergabe von Geldspenden - meistens im Lohnabzugsverfahren - und durch Prämiensparen zu einem zentralen Fonds beizutragen. Darüber hinaus wird die Bevölkerung durch örtliche Organe der Nationalen Front unablässig dazu aufgerufen, an Entrümmerungsaktionen zur Gewinnung von Baustoffen aus Trümmern mitzuwirken. Auch an Bauarbeiten soll sich die Bevölkerung «freiwillig» und ohne Entgelt beteiligen. Durch das NAW sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten,

Neubauernhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die «Aufbauhelfer\* herangezogen. Zum Beispiel wird das neue Schwefelsäurewerk in Coswig durch Mithilfe der Bevölkerung an Sonn- und Feiertagen aufgebaut. Auch für den Hafenbau in Rostock werden sonntags «freiwillige Helfer\* eingesetzt. Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlasst, sich zu verpflichten, z. B. im Jahr 20 oder 30 «Aufbaustunden\* zu leisten. Erfüllt jemand eine solche Verpflichtung nicht, so muss der Betreffende je Stunde 1,90 DM Ost in bar an das NAW zahlen. Im Jahre 1959 sollen durch das NAW Werte im Betrage von 439 Mill. DM Ost geschaffen worden sein. Das bedeutet, dass jeder Einwohner der SBZ (ab 15. Lebensjahr) 1959 für 32 DM Ost Leistungen beizutragen hatte.

**NATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE (NOK): -\* Sport.**

**NATIONALE STREITKRÄFTE:** Halbamtliche, auch im Pj. von Mai 1952 bis Jan. 1956 verwendete Bezeichnung für die Streitkräfte, also für -> Kasernierte Volkspolizei. Seit 18. 1. 1956 -\* Nationale Volksarmee und auch -> Bewaffnete Organe. Militärpolitik)

**NATIONALE VOLKSARMEE:** Bezeichnung für die aus der früheren -\* Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Streitkräfte der «DDR». Am 18. 1. 1956 wurde in der 10. Vollsitzung der -> Volkskammer das «Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung» verabschiedet; Die Armee sei «für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR» notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. «Die zahlenmässige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.» Für den Ausbau der NVA sieht der Haushaltsplan 1960 eine Milliarde DM Ost vor; tatsächlich liegen die Kosten der Remilitarisierung der SBZ aber höher: von 1948-1955 sind - ohne dass sie im Staatshaushalt erschienen - mehr als 30 Milliarden DM Ost ausgegeben worden. Verteidigungsminister: Armeegeneral -> Stoph. Die «rechtlichen» Voraussetzungen für den Aufbau einer Armee in der SBZ wurden am 26. 9. 1955 durch eine Verfassungsergänzung geschaffen, derzufolge der «Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen\* zur «nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR\* gemacht wird.

Bei der Annahme des Gesetzes über die Uniform der NVA betonte Generaloberst Willi Stoph am 18.1.1956 die Ausstattung der NVA «mit einer Uniform, die im Farbton, Schnitt und in der Trageweise der nationalen Tradition des deutschen Volkes entspricht». Er versuchte, der taktisch-volkspsychologisch gewählten Wiedereinführung der alten feldgrauen Wehrmachtsuniform einen zugleich kommunistischen und nationalrevolutionären Sinn zu unterschreiben: Es kämpfen «in diesen Uniformen, mit roten Abzeichen aber, . . . Arbeiter und Bauern gegen die . . . Reichswehr. In diesen Uniformen traten . . . Offiziere und Soldaten im -> **Nationalkomitee Freies Deutschland** gegen die hitlerfaschistische Armee auf».

Seit dem Zeitpunkt, zu dem die NVA ihren Decknamen KVP ablegte, änderte sich ihre Gliederung im grossen kaum, auch wuchsen Zahl und Kopfstärken ihrer Einheiten nur wenig an. Seit 1957 wurde eine Flak-Div. aufgestellt und die Luftwaffe verbessert. Auch ist die Aufstellung neuer Marineverbände zu erwähnen. Die schon vor 1956 ausgebildete **-\* Politische** änderte sich ebenfalls nicht, wenn auch ihr Netzwerk genauso zielbewusst verfeinert und verstärkt wurde wie das in der NVA aufgezugene Spitzel- und Zuträgerwesen **des -> Staatssicherheitsdienstes**.

**Das Ministerium für Nationale Verteidigung** in Strausberg (ostwärts Berlin) ist oberste Kommandobehörde für die ganze NVA einschließlich Luftwaffe und Marine. Der Chef des Hauptstabes des Ministeriums für Nationale Verteidigung hat namens des Ministers Weisungsrecht über das Heer (das kein besonderes Oberkommando hat), die Luft- und die Seestreitkräfte. Die Politverwaltung untersteht dem Minister wie auch dem -> ZK der -> **SED** unmittelbar. - Die **Gesellschaft für -> Sport und Technik** untersteht seit 1.3.1956 dem Verteidigungsministerium. Von ihm wird auch die damals als **Amt für -> Technik** getarnte Leitung der -> **Rüstungsproduktion** gelenkt, die seit 1958 gemeinsam vom Ministerium f. Nat. Verteidigung und von der **Staatlichen -> Plankommission** geleitet wird.

Auf dem Papier blieb lange die Propaganda-Ankündigung des Ministerrates der «DDR» vom 28. 6. 1956, die NVA würde von 120'000 auf 90'000 vermindert (-> **Militärpolitik**). Diese Ankündigung wurde dann allmählich doch verwirklicht, weil der Arbeitskräftemangel es unmöglich machte, die Stärke von 110'000 Mann dauernd aufrechtzuerhalten. Zum Ausgleich hat die NVA ihre Feuerkraft durch bessere

## NATIONALE VOLKSARMEE

Ausstattung mit Geschützen, Panzern, Selbstfahrlafetten (Sturmgeschützen) und Infanterie-Begleitwaffen verstärken können. Die Ausbildung für eine Abwehr von Atomwaffen wird seit 1955 betrieben; die Divisionen haben je eine Atomschutz - Kompanie, bezeichnet als «Chem. Komp.». (Eine Ausbildung an Atomgeschützen und Raketenwerfern, wie sie die Sowjetarmee besitzt, ist nicht sicher belegt, aber wahrscheinlich.)

Seit 1956 lassen SED und NVA Zirkel und Aktive der Reservisten, d. h. der seit 1946 in den -> bewaffneten Organen Ausgebildeten, bilden, die seit 1958 meist als -> Reservistenkollektive bezeichnet werden. Sie sollen sich als Ausbilder in der GST und in den -> Kampfgruppen betätigen. Seit Ende 1957 werden diese Reservisten von den Kreiskommandos (Wehrmeldeämtern) listenmässig erfasst. Als Reserve der NVA sollen sie regelmässig zu Übungen einberufen werden. Auch werden gerade die Reservisten bei der Werbung für die NVA eingespannt. Diese Werbung geschieht wie schon vor 1956 unter einem als «freiwillig» getarnten Zwang (-> Wehrpflicht). Die Dienstzeit beträgt zwei Jahre. Die Ausbildung zum Reserveoffizier erfolgt bei der Truppe. Auch werden in grosser Zahl solche Studenten zu Reserveoffizieren ausgebildet, die schon eine vormilitärische Ausbildung bei der GST, sei es auf der Schule, sei es auf der Hochschule, hinter sich haben (militärische **-\* Studenten-**ausbildung). In 3 bis 4 Lehrgängen wird im allgemeinen die Befähigung zum Reserveoffizier erworben.

Seit Generalleutnant Vinzenz -> Müller seinen Dienst als Chef des Stabes für Nationale Verteidigung nicht mehr ausüben darf, seit Nov. 1957, dürfte Generaloberst -> Hoffmann (zumindest inoffiziell) als Befehlshaber des Heeres tätig gewesen sein. Wer dessen Nachfolger ist, wurde noch nicht bekannt. Das Heer gliedert sich in Armeekorps Nord (amtlich: Militärbezirk V) und Süd (Militärbezirk III). Die Militärbezirke I, II, IV (Rostock, Magdeburg, Frankfurt/Oder) bestehen nur verwaltungsmässig und haben keine Truppen unter sich. Zu Nord (Sitz Neubrandenburg) gehören die 1. (teilmechanisierte) mot. Schützen-Div. (Potsdam), 8. (teilmechanisierte) mot. Schützen-Div. (Schwerin), 9. Panzer-Div. (Eggesin, südlich Uckermünde); dazu kommen Korpstruppen. - Zu Süd (Sitz Leipzig) gehören: 4. (teilmechanisierte) mot. Schützen-Div. (Erfurt), 11. (teilmechanisierte) mot. Schützen-Div. (Halle), 7. Panzer-Div. (Dresden); dazu kommen Korpstruppen. - Dem Verteidigungs-



ministerium unterstehen direkt; das in Strausberg liegende Wachregiment und 5 Regimenter Heeresgruppen. (Die mot. Schützen-Div. können nur als «teilmechanisiert» bezeichnet werden, da nur ein Teil ihrer Verbände «mechanisiert», d. h. mit Kettenfahrzeugen versehen ist.) – Die Inf.-Div. werden, wie Nachrichten besagen, atomar umgegliedert. Die Schützenkomp. werden etwas verkleinert. Die vormalig heeresunmittelbare 1. mot. Schützen-Div. gehört zum Armeekorps Nord. Die 6. mot. Schützen-Div. wurde aufgelöst. Dafür gibt es drei Ausbildungs-Regimenter. Die Bewaffnung mit modernen Kanonen und Haubitzen (bis zu 15,2 cm), Flak (bis zu 10 cm) und Granatwerfern (bis zu 12 cm) wurde verstärkt. Geschützzahl: rund 900, ferner rund 400 Pak, Granatwerferzahl: rund 700. – Moderne schwere und mittelschwere sowjetische Panzer, Sturmgeschütze auf Selbstfahrlafette, Panzerspähwagen und Schützenpanzerwagen, dazu Schwimmpanzer, werden mehr und mehr geliefert. Zahl der Panzer: rund 1800; der Sturmgeschütze: rund 300; der Schwimm- und Panzerwagen: rund 1200.

Dem Ministerium unterstehen die Offizierschulen für Infanterie (Plauen/Vogtland), Artillerie (Dresden), Panzer (Grossenhain/Bez. Dresden), Nachrichten (Döbeln), Pioniere und Chem. Dienste (Desau), Panzer- und Artillerietechnik (Erfurt), Kraftfahrzeugtechnik (Stahnsdorf, südl. Berlin). Auch unterstehen ihm die Kriegsakademie «Friedrich Engels» (Dresden), die Kadettenanstalt (Naumburg), die Militärärzte-Akademie (Greifswald) und die Polit-Offiziersschule (Berlin-Treptow). – Ferner werden Offiziere und Stabsoffiziere zu Lehrgängen an den Kriegsschulen der SU in Moskau, Kiew und Leningrad abgestellt.

Die Verwaltung (= Kommando) der Luftstreitkräfte und Luftverteidigung sitzt in Eggersdorf bei Strausberg. Chef: Generalleutnant → Kessler. Ihr unterstehen die 1. Flieger-Div. (Cottbus), 2. Flieger-Div. (Drewitz, Bez. Cottbus), Flieger-Ausbildungs-Div. (Bautzen), dazu die als technische Basen bezeichneten Flugplätze mit Flugplatz-Bataillonen. Die Luftwaffe hat 4 eigene Lehranstalten. – Sie hat etwa 200 Flugzeuge YAK 18 und YAK 11 und rund 180 MIG-Düsenjäger. – Die Luftverteidigung verfügt über die 1. Flak-Div. (Sitz Frankenberg/Bez. Chemnitz), 2. Radar-Btl., 1. Radar-Schule und 1. Flak-Offiziers-Schule (Göteborg b. Potsdam).

Die Verwaltung (= Kommando) der Seestreitkräfte sitzt in Rostock. Ihr Chef auch nach dem 25. 8. 1959: Vizeadmiral Waldemar → Verner.

Ihr unterstehen 7 Flottillen: 3 Zerstörer- u. Schnellboot-, 2 Minenlege- und Räumboot-, 1 U-Boot- und 1 U-Jäger-Flottillen. Ferner sind ihr unterstellt: 1 Bergungs- und Rettungskommando, 1 Schiffsstammabt., 1 Pioniereinheit und einige Spezialeinheiten, 1 Abt. Baubelehrung, 1 Flottenschule, 1 Marineoffiziersschule. Sie verfügt über etwa 180 Fahrzeuge, die z. T. nur küstendienstfähig sind; 4 Zerstörer, 5 Küstenschutzschiffe, 7 U-Boote, 22 Minenlege- und Räumboote, 49 Räumpanzern, 6 Räumboote, 11 U-Jäger, 14 Schnellboote, 40 Küstenschutzboote, 1 Schul- und Flakschiff, 7 Begleitschiffe, rund 12 Hilfs- und Schulfahrzeuge.

Die Machthaber der SBZ vermeiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäss ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen. Nach zuverlässigen Berichten war die NVA im Herbst 1960 mindestens 90'000 Mann stark: davon Luftwaffe 13'000 und Seestreitkräfte 12'000. (Wenn über die NVA zuweilen höhere Zahlen angegeben werden, so mag dies u. a. darauf beruhen, dass z. B. die zahlreichen zivilen Arbeitskräfte der NVA und auch die Tausende von Hoch- und Fachschulern, die an Lehrgängen für Reserveoffiziere teilnehmen, mitgerechnet werden.) Zahl der Reservisten: etwa 160'000 (einschliesslich derer, die in der ehem. KVP, der → Grenzpolizei und der → Bereitschaftspolizei gedient haben). Die SED misstraut auch jenen Offizieren der Wehrmacht, die sie umgeschult hat. Sie wurden meist aus Kommandeurstellen entfernt, z. T. wurden sie den → Kampfgruppen als Berater zugewiesen.

Als Ersatz für die früheren Blätter der KVP gibt das Verteidigungsministerium seit Sept. 1956 die Halbwochenzeitung «Die Volksarmee» heraus. – Im Verlag dieses Ministeriums erscheinen viele Broschüren, Abenteuer-Hefte und militärische Schriften, z. T. aus dem Russischen übersetzt.

[208, 307, 317, 341]

**NATIONALHYMNE:** Die N. der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfasst von Johannes R. → Becher und vertont von Hanns Eisler. Ihr erster Vers lautet: «Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint, denn es wird uns doch gelingen, dass die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.» (Aus dem zweiten Vers: «Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind...»)

**NATIONALISMUS:** -> Stalin hat 1930 erklärt, nationale Kulturen seien mit sozialistischem Geist vereinbar. Unter der -> **Diktatur** des **Proletariats** sei eine Kultur «sozialistisch dem Inhalt nach, national der Form nach». Wenn -> Lenin die nationalen Kulturen angegriffen habe, dann nur ihren «bürgerlichen Inhalt», nicht ihre nationale Form. Erst wenn das Proletariat auf der ganzen Welt gesiegt habe und der Sozialismus errichtet sei, könne es eine Kultur geben, die sowohl der Form wie dem Inhalt nach sozialistisch sei. In der Zwischenzeit müssten sich die **Nationalitäten** entfalten können, weil gerade in dieser Entfaltung die Voraussetzung gegeben sei, dass die nationalen Kulturen sich in eine einzige allgemeine Kultur mit einer einzigen gemeinsamen Sprache verschmelzen könnten. - Trotz dieser theoretischen Erklärungen sind in Wirklichkeit bei Gewährung gewisser äusserer nationaler Formen die nichtrussischen Völker der SU, die osteuropäischen Satellitenstaaten und die deutsche SBZ von Moskau immer stärker gleichgeschaltet worden. Seit 1956 (XX. Parteitag der KPdSU) bahnt sich allerdings eine zurückhaltendere Bewertung der nationalen Komponente, zum mindesten der grossrussischen zaristischen Tradition, zugunsten des **proletarischen -> Internationalismus (-> Internationale)** an. Eine Synthese von letzterem und dem N. der bisherigen afro-asiatischen Kolonialvölker wird von den Bolschewisten mit allen Mitteln propagiert, um auf diese Weise im Konkurrenzkampf der -> Lager die afro-asiatischen Entwicklungsländer für den bolschewistischen Zweck ideologisch wie wirtschaftlich - und damit letztlich politisch - zu gewinnen. **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus, +- Koexistenz)** [39, 131, 154]

**NATIONALITÄT:** -> **Nationalismus.**

**NATIONALITÄTENPOLITIK:** Probleme der N. treten an das Regime der SBZ nur aus dem Bereich der kleinen und offenbar ständig zurückgehenden Volksgruppen der -> **Wenden** heran. Konflikte zwischen dem anerkannten Anspruch dieser Volksgruppe auf Wahrung ihrer Sprache und Kultur und dem an sich nationalitätenfeindlichen Prinzip -des «demokratischen Zentralismus» sind daher kaum zu befürchten, obschon das -> ZK der -> SED in einem Grusswort an die Domowina im März 1957 zur Überwindung der «sorbischen nationalistischen Tendenzen» glaubte mahnen zu müssen. Als ideologische Basis der N. sind nach wie vor **Stalins - Linguistik-Briefe**

anzusehen, die zugleich den neuen -> **Patriotismus** in der SU und in ihrem ideologischen Einflussbereich begründen (-> Volk)

#### **NATIONALKOMITEE FREIES**

**DEUTSCHLAND:** Gegründet 12. 7. 1943 mit sowjet. Unterstützung in Moskau, als sich führende kommun. Emigranten aus Deutschland (-> **Ackermann, -> Becher, -> Herrstadt, -> Hoernle, -> Matern, -> Pieck, -> Ulbricht** u. a.) mit kriegsgefangenen deutschen Offizieren und Soldaten über ein «Manifest» an die Wehrmacht und an das deutsche Volk einigten, in dem zum Widerstand gegen Hitler, zur sofortigen Beendigung des Krieges und für ein freies und unabhängiges Deutschland aufgerufen wurde. Das NK., das erst unter dem Eindruck der Katastrophe von Stalingrad gebildet werden konnte, wurde von der Regierung der SU praktisch nur als ein Instrument sowjet. Kriegsführung gegen das Deutsche Reich missbraucht und nach der deutschen Niederlage, 2. 11. 1945, aufgelöst. Zahlreiche kriegsgefangene Mitgl. des NK. wurden aber auf der «Antifaschule» von Krasny Gorsk zu bolschewistischen Funktionären ausgebildet und später in Schlüsselstellungen der SBZ. verwendet. In dieser Richtung wirkten auch Mitgl. des **Bundes deutscher Offiziere**, einer am 13. 9. 1943 gegründeten Hilfsorganisation des NK. Im Sinne der -> **SED** wurden sie seit 1948 eingesetzt bei der Organisation der **NDPD** und beim Aufbau der -> **Kasernierten Volkspolizei (z. B. Vincenz -> Müller, Generalmajor a. D. Dr. Otto Korfes, Generalmajor Walter Freytag, Generalmajor Hans Wulz).** Nach längerem Schweigen über das NK. wurde der 14. Jahrestag seiner Gründung im Jahr 1957 betont gefeiert. Die Festrede hielt **Heinrich -> Homann**, stellv. Vors. der NDPD und stellv. Präsident der -> **Volkskammer, der seit** Gründung des NK. eifrig dazu beitrug, das NK. zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus zu machen. Eine Neubeuleung des NK. und des Bundes deutscher Offiziere für Zwecke der «national» und «friedlich» getarnten Sowjet-Propaganda bei den deutschen Mittelschichten ist die -> **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere.**

[238]

**NATIONALKOMMUNISMUS:** Wird im -> Ostblock als eine der gefährlichsten -> **Abweichungen** bekämpft. Unter dem Protektorat Moskaus wurden in den kommun. Parteien verschiedener europäischer -> **Volksdemokratien 1945/46** Theorien vom sog. deutschen, polnischen oder bulgarischen Weg zum Sozialismus (-> **Sonderwege zum Sozialis-**

**mus, -> Ackermann)** ausgearbeitet, jedoch nach dem Abfall Jugoslawiens aus dem Ostblock 1948/49 ebenfalls auf Geheiß Moskaus wieder verworfen. Seitdem wird der Titoismus als Form des -> Revisionismus bzw. des N. verworfen. Der N. stellt die Interessen des eigenen Landes über die des «sozialistischen Lagers» und strebt eine relative Unabhängigkeit von Moskau (wie z. B. Gomulka 1956 in Polen) oder völlige militärische und politische Unabhängigkeit an (wie z. B. der hingerichtete frühere ungarische Ministerpräsident Imre Nagy und seine Anhänger).

Nach den Erklärungen der -> KPdSU und der -\* SED-Führung ist der N. eine «von Dulles und anderen Ideologen des Imperialismus» ausgegebene Lösung, die «die sozialistischen Länder und die kommunistischen Parteien voneinander isolieren, von dem erprobten Weg des -> Marxismus-Leninismus abbringen und in den imperialistischen Sumpf zerren» soll («Thesen des SED-Politbüros zum 10.< Jahrestag der Gründung der DDR», Einheit, Nr. 9/1959, S. 1253).

Als Vertreter des N. in der SBZ werden sowohl **Wolfgang -> Harich** und seine Gesinnungsfreunde als auch -> Schirdewan und seine Anhänger bezeichnet, da sie sich in ihren Oppositionsprogrammen u. a. für eine Politik der SED aussprechen, die die -> Wiedervereinigung Deutschlands nicht erschwert, sondern erleichtert. (-> Säuberungen)

**NATIONALPREIS:** Der N. wird all-

jährlich an Einzelne oder Kollektive als N. für Kunst und Literatur und als N. für Wissenschaft und Technik in drei Klassen verliehen. Je drei Preise zu 100'000 DM, 6 Preise zu 50'000 DM und 9 Preise zu 25'000 DM mit Goldmedaille. (-> Auszeichnungen)

**NATIONALSOZIALISTEN, EHEMALIGE:** Die SED versucht immer wieder, die Bevölkerung der SBZ wie aller ausserdeutschen Länder in Ost und West mit Hass gegen die Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen. Dabei behauptet sie ohne stichhaltige Beweise, unbeherrschbare und rückfällige EN. hätten in der Bundesrepublik massgeblichen Einfluss und sässen in wirklich entscheidenden Staatsstellen. Damit soll die Tatsache verhüllt werden, dass in der SBZ zahlreiche EN. in wichtigen Stellen wirken: 1. Nicht wenige höhere Funktionäre der Satellitenparteien. (So Siegfried Dallmann, Mitglied des Hauptausschusses der -> NDPD und Vors. des Rechtsausschusses der -> Volkskammer; Wolfgang Heyl, stellv. Generalsekretär der -> CDU; **Heinrich -> Homann, stellv. Vors. der**

NDPD; ferner 3 Bez.-Verbandsvors. der CDU, 1 der -> DBD, 6 der NDPD). - 2. viele Redakteure, darunter 4 Chefredakteure (Aust bei der «Deutschen Aussehenpolitik»; Gerhard Fischer beim «Morgen» der -> LDPD; Dr. Karl Geisenheyner beim «Thüringer Tageblatt» der CDU; Dr. Max Hummeltenberg (CDU) beim «Mitteilungsblatt der -> Arbeitsgemeinschaft ehern. Offiziere»). - 3. Hohe Staatsfunktionäre: (so Kurt -> Blecha (SED), Leiter des Presseamtes beim Min.-Präs.; Gesandter Gerhard Kegel (SED); Max Hartwig (CDU), stellv. Staatssekretär für Kirchenfragen; Hans -> Reichelt (DBD), Minister für Landwirtschaft; Curt-Heinz -> Merkel (SED), Minister für Handel und Versorgung). - 4. nicht weniger als 43 Professoren an Universitäten, Hochschulen u. ä. (u. a. Herbert -> Kröger, Gerhard Reintanz (CDU) und Peter-Adolf -> Thiessen, Altnazi). - Zudem wären noch zu nennen: Dr. Egbert von -> Frankenberg und Proschlitz (NDP), Luftwaffenfachpublizist, Altnazi; Dr. Günter Kertzscher (SED), stellv. Chefredakteur des «Neuen Deutschland».

Die SED gibt vor, dass diese «ehemaligen Mitglieder der NSDAP den Weg zur Demokratie fanden und heute aktiv für Frieden und Sozialismus eintreten» («Neues Deutschland», 18.6.1959). Die SED ist kaum dazu berufen, über die «demokratische» Haltung der EN. zu urteilen und sich «zum moralischen Richter über die Bundesrepublik» zu erheben, da ja (lt. «Bulletin» der Bundesregierung vom 12. 5. 1960) ihr Regime «eine auf der Willkür einer einzigen Partei aufgebaute Diktatur ist, die manche Gewaltmethoden . . . mit noch grösserer Perfektion anwendet als die Nationalsozialisten». [312]

**NATURGEMÄSSE VIEHHALTUNG:** Obwohl der so formulierte Grundsatz, gesunde und leistungsfähige Tiere durch abhärtende Veränderung der Umweltverhältnisse (-> **Agrarbiologie**) aufzuziehen, nicht neu ist, wurde und wird er in der SBZ masslos übertrieben. Die Notwendigkeit zur Verstärkung des Viehbesatzes und der Mangel an Stallraum und Baumaterial führten zur verstärkten Propagierung der NV. und der bevorzugten **Errichtung von -> Offenställen. Über-**treibungen, Überstürzung und mangelnde Erfahrung hatten dabei anfangs starke Fehlschläge und Verluste zur Folge. (-\* **Neuerermethoden in der Landwirtschaft**) [747,755]

**NATURSCHUTZ:** Das Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatischen Natur (N.-Gesetz vom 4. 8. 1954 mit der Ersten DB vom 15. 2. 1955) entspricht den Anforderun-

gen, die an den gesetzlichen Schutz von Landschaften oder Landschaftsteilen zu stellen sind. Alljährlich im Mai findet eine N.-Woche statt. In Müritzhof (Kreis Waren) wurde eine zentrale Lehrstätte für N. eingerichtet, die dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft untersteht und in achttägigen Lehrgängen Lehrer, Erzieher, Forstleute und Funktionäre schult.

**NAW:** Abk. für -> **Nationales Aufbauwerk.**

**NDPD:** Abk. für National-Demokratische Partei Deutschlands. Von der SED gesteuerte Partei, vornehmlich zur Sammlung der ehemaligen kleinen Parteigenossen und der Berufssoldaten, um sie im Sinne der Politik der -> **Nationalen Front** zu erfassen.

Gründungsausschuss wurde am 21. 4. 1948 gebildet, Lizenz am 16. 6. 1948 von der -\* SMAD erteilt. Zehn Forderungen, am 19. 6. 1949 in der «Nationalzeitung» veröffentlicht, gaben als Ziele u. a. an: Einheit Deutschlands, -> **Bodenreform** und Enteignungen der Grundindustrie in ganz Deutschland, aber zugleich Sicherung der Privatinitiative, Gleichberechtigung aller kleinen PG., Lebendigmachung der «demokratischen Tradition» Deutschlands.

Das auf dem 3. Parteitag am 18. 6. 1951 angenommene Programm bejahte eindeutig die Politik der -> **SED** unter Verwendung nationaler Argumente. Aufgaben: «Einbeziehung der verschiedenen Schichten des Mittelstandes in den -\* **Aufbau des Sozialismus**»; in der -> **gesamtdeutschen Arbeit** wendet sich die Partei vor allem an frühere Offiziere und Berufssoldaten, um sie für die Politik der «DDR» und der SU zu gewinnen. Mitgliederstand: Aug. 1949 16 900, Mitte 1953 etwa 100'000, Anfang 1956 etwa 120'000. Vors.: Dr. **Lothar -> Bolz**, stellv. Vors.: **Heinrich -> Homann**, polit. Geschäftsführer: **Heinrich Meier**. Zentralorgan «National-Zeitung», ausserdem fünf Provinzzeitungen, Gesamtauflage der NDPD-Presse: etwa 155'000.

**NEUBAUER:** -> **Bauer.**

**NEUBRANDENBURG:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -\* **Verwaltungsneugliederung** aus dem Südostteil von -> Mecklenburg sowie brandenburgischen Gebietsteilen; 10 896 qkm, 658 633 Einwohner (1959). 14 Landkreise: Altmireptow, Anklam, Demmin, Malchin, Neubrandenburg, Neustrelitz, Pasewalk, Prenzlau, Röbel, Strassburg, Templin, Teterow, Ueckermünde, Waren. Amtierender Vors. des Rates des Bezirkes: Kurt Guter. 1. Sekretär der Bezirksleitung: Georg Ewald.

2. Stadt im mecklenburgischen Bezirk N., Bezirksstadt (Sitz des Rates des Bezirkes in Neustrelitz), Kreisstadt, am Austritt der Tollense aus dem Tollensesee, mit 32 018 Einwohnern (1959); Landstadt (an mittelalterlichen Backsteinbauten reiche Altstadt im 2. Weltkrieg fast völlig ausgebrannt) mit nur unbedeutender Industrie (Landmaschinen, Papier, Baustoffe); Staatl. Kulturorchester.

**NEUBURGER:** Pj. für die nach dem Zusammenbruch aus den Gebieten jenseits der -> **Oder-Neisse-Linie** und den heutigen Volkdemokratien vertriebenen und geflohenen Deutschen. Die N. werden z. T. auch «Umsiedler» genannt. Die Bezeichnungen-> **Flüchtlinge** oder «Vertriebene» werden unterdrückt. Die N. sollen in der alteingesessenen Bevölkerung vollständig aufgehen. Zusammenschluss zur Wahrung ihrer Interessen und zur Pflege des Heimatgedankens ist ihnen nicht gestattet. [241, 242]

**NEUERER:** a) Initiator einer **neuen -> Arbeitsmethode**; b) aktiver Teilnehmer an -\* Erfindungs- und **Vorschlagswesen**. (-> **Aktivistebewegung**, -> **Neuerer-Aktiv**)

**NEUERERAKTIV:** Gruppe von -> Funktionären bei den Vorständen der verschiedenen -> FDGB-Organisationen, ferner Gruppe von Funktionären, Aktivisten, Neuerern, Angehörigen der Techn. Intelligenz und der -> **Massenorganisationen** in den Betrieben, deren Aufgabe es sein soll, die Einführung von neuen -> **Arbeitsmethoden** durch Vorträge und persönliche Überzeugungsarbeit unter den Arbeitern durchzusetzen. Das N. hat allen Neuerern und aktiven Teilnehmern am -\* **Erfindungs- und Vorschlagswesen** Unterstützung zu geben. (-> Seifert-Methode, -> **Christoph-Methode**, **sozialistische Gemeinschaften**, -\* **Brigaden der Sozialist. Arbeit**, -\* **Wettbewerb**.) Als eine Untergruppe besteht bei jedem N. ein -> **Neuererzentrum**.

**NEUERERBEWEGUNG:** Bezeichnung a) für die -> **Aktivistebewegung** und b) für die Bewegung für -\* **Erfindungs- und Vorschlagswesen** (-> **Neuereraktiv**). Die N. gilt nach amtlicher sowjetzonaler Verlautbarung «als eine völlig neue gesellschaftliche Kraft zur Entwicklung der Produktivkräfte, die nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln wirksam werden konnte». Die N. ist ein sehr wichtiges Teilgebiet der -> **Produktionspropaganda**.

**NEUERERMETHODEN:** Gleichbedeutend a) für die **neuen -> Arbeitsmethoden** und b) für neue organi-

satorische und technische Arbeitsabläufe als Ergebnis der Bewegung für -> **Erfindungs- und Vorschlagswesen.** (-> **Neuereraktiv**)

**NEUERERMETHODEN IN DER LANDWIRTSCHAFT:** Sammelbegriff aller vorwiegend aus der SU im Sinne der -> **deutsch-sowjetischen Freundschaft** übernommenen Arbeits- oder Produktionsverfahren mit dem Ziel der Betriebsmitteleinsparung, Leistungssteigerung und der Erweiterung wirtschaftlicher Engpässe. Die N. werden als propagandistische Schwerpunkte ideologisch aufgeblasen und dafür vorherbestimmte Personen als «Neuerer der Landwirtschaft» herausgestellt. N. sind u. a. **-\*\* Quadratnestpflanzverfahren,** Eng-, Kreuz- und Nord-Süd-Drillen, Granulieren von Superphosphat, -> **Jarowisation,** -> **Schönebecker Methode mit den verschiedenen Fließsystemen, das Maisprogramm, die -> naturgemässe Viehhaltung und das -> grüne Fließband. (Neue -> Arbeitsmethoden, -> Landwirtschaft)**

**NEUERERVERORDNUNG: -> Erfindungs- und Vorschlagswesen.**

**NEUERERZENTRUM:** Untergruppe eines -> **Neuereraktivs,** dessen Aufgabe es ist, alles Neue aus der Wissenschaft und Technik bzw. aus der täglichen Arbeit der Neuerer und Erfinder, der **sozialistischen -> Gemeinschaften** und der -> **Brigaden der Sozialist. Arbeit zusammenzutragen** und zu popularisieren. Das N. soll allen Werktätigen als Informationsquelle über den Höchststand der Wissenschaft und Technik, d. h. über das -> **Welt-niveau** dienen\*.

**NEUER KURS;** Die auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossenen revolutionären Richtlinien, nach denen die bisherige -> antifaschistisch - demokratische Ordnung in der SBZ durch die -> Diktatur des Proletariats und den beschleunigten -> Aufbau des Sozialismus abgelöst werden sollte, mussten bereits nach elf Monaten durch den vom Politbüro am 9. 6. 1953 verkündeten NK. revidiert werden. Zu dieser Revision entschloss sich das Politbüro, als das Politbüro der -\* KPdSU am 3. 6. 1953 seine (schon am 15. 4. geäußerte) Aufforderung zur Lockerung der Taktik wiederholte. Die Revision sah keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen -> Generallinie, sondern nur eine Verlangsamung des Tempos in der Sowjetisierungspolitik vor. Diese Verlangsamung wurde angeordnet, um einer durch die Verschärfung des Klassenkampfregimes, durch Fehlplanung und Versagen der Parteibürokratie drohenden Wirtschaftskatastrophe und einem Ver-

zweiflungsausbruch der Bevölkerung (-> **Juni-Aufstand**) im letzten Augenblick vorzubeugen. Die Verkündung des NK. fiel zeitlich mit ähnlichen Massnahmen in den übrigen Satellitenstaaten zusammen. Im Zeichen des NK. empfahl das -\* Politbüro des ZK der SED am 9. 6. 1953 der Regierung der SBZ notgedrungen: 1. Abänderung der Teilziele bei Erreichung des -\* Fünfjahresplanes. Dessen Schwergewicht hatte bisher auf der Entfaltung einer Schwerindustrie und dem Ausbau der Armee (-> **Kasernierte Volkspolizei**) mit Ansatz zu eigener Rüstungsindustrie der SBZ gelegen. 2. Ein (angeblich nicht nur vorläufiger) Verzicht auf die fortschreitende Ausschaltung der noch vorhandenen privatwirtschaftlichen Unternehmen (Handwerker, Einzelhändler) und Anregung der Privatinitiative des bisher «vernachlässigten» Mittelstandes in Produktion und Handel durch kurzfristige Kredite und vermehrte Rohstoffzuteilung; 3. Milderung des bisher durch verschärfte Zwangseintreibung von Ablieferungsrückständen und Steuern geführten Klassenkampfes in Dorf und Stadt, Aussetzung der bisherigen Rückstände und Herabsetzung des landwirtschaftlichen Ablieferungssolls zur Steigerung der privaten Produktion; 4. Milderung bzw. Aufhebung des zur Abwendung der drohenden Wirtschaftskrise notwendig gewordene Sparmassnahmen auf dem Gebiet der Lebensmittelverteilung, der HO-Preispolitik, der Arbeitsnormen und Löhne sowie der Tarife für Arbeiterrückfahrkarten; 5. Erleichterung der Rückkehr republikflüchtiger Personen, denen Rückgabe ihres beschlagnahmten Eigentums in Aussicht gestellt wird; 6. Erleichterung des Interzonen-Reiseverkehrs; /. Aufhebung einiger während des verschärften Kampfes gegen die Kirchen (-> Kirchenpolitik) getroffenen Massnahmen. Ausser diesen vorwiegend wirtschaftlichen Massnahmen wurde eine gewisse Milderung des politischen Terrors durch Erhöhung der Rechtssicherheit, eine beschränkte Amnestie, Zulassung offener Kritik und wahrhaftigerer Presseberichterstattung angekündigt. Die entsprechenden Massnahmen blieben jedoch aus oder wurden auf vielen Gebieten nur unvollständig durchgeführt. Der NK. war ein vorübergehender Aufschub der verschärften Sowjetisierungspolitik, der durch die kritische wirtschaftliche und politische Lage erzwungen worden war. In gewisser Weise kann er in seiner politischen Bedeutung mit der «Neuen Ökonomischen Politik\* in der SU (1921-1928) verglichen werden.

Malenkows Sturz durch -> **Chruschtschow** und Bulganin (8. 2. 1955) beendete im wesentlichen diesen NK, zwar nicht in aussenpolitischer und propagandistischer, aber doch in wirtschaftlicher und rüstungspolitischer Beziehung. Die Satellitenländer im Sowjetlager mussten sich diesem Abbruch des NK, auf wirtschaftlichem Gebiet ziemlich rasch anschließen. Die SED zögerte die offene Preisgabe des NK, hin, weil sie mit Sorge an den Juni-aufstand von 1953 zurückdachte. Erst am 1.6. 1955 liess -> **Ulbricht** die taktische Losung vom NK fallen. Er betonte in seinem vom ZK gebilligten Referat anschliessend: «Wir hatten niemals die Absicht, einen solchen falschen Kurs einzuschlagen, und wir werden ihn niemals einschlagen.» Auch in der Justiz wurde eine gewisse Milderung, die sich nach Verkündung des ZK, angebahnt hatte und die ihren Niederschlag in einigen -> **Richtlinien** des Obersten Gerichts gefunden, hatte, bald wieder aufgegeben. Insbesondere in der politischen Strafjustiz, in der Behandlung der -> **Rechtsanwaltschaft** und in der Handhabung der Strafprozessordnung (-> **Strafverfahren**) verschärfte sich der Kurs schnell. Die Folge war, dass SED und Regierung bereits auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 schon wieder erhebliche Verletzungen der -> **Demokratischen Gesetzlichkeit** zugeben mussten. [311, 319, 333]

**NEULEHRER**; Bezeichnung vornehmlich für Lehrer mit einer Kurzausbildung. (-> **Lehrerausbildung**, -> **Fernstudium**)

**NEUMANN, ALFRED**; \*15. 12. 1909 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Tischler. 1929 KPD. Nach 1933 kurze Zeit illegale Arbeit, dann emigriert. Von 1936 bis 1938 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1938 in Frankreich interniert, 1940 an Deutschland ausgeliefert und bis 1945 im Zuchthaus Brandenburg. 1945 -> **KPD**, April 1946 1. SED-Kreissekretär in Berlin-Neukölln, 1950 Leiter des kommunalpol. Referats bei der SED-Landesleitung Berlin, im April 1951 stellv. Oberbürgermeister von Ost-Berlin. Ab 1952 Mitgl. der SED-Landesleitung bzw. -Bezirksleitung Berlin. 8. 8. 1953 Nachfolger -> **Jendretzkys** als 1. Sekr. der SED-Bezirksleitung Berlin. Seit 1. 2. 1957 Mitgl. d. -> **Sekretariats des ZK der SED**. Seit April 1954 Kandidat, seit 6. 2. 1958 als Nachfolger -> **Schirdewans** Mitgl. des -> **Politbüros** der SED. Seit April 1954 Mitgl. des ZK der SED. Stellvertreter -> **Ulbrichts** im Parteiapparat.

**NF**: Abk. für -> **Nationale Front**.

**NKFD**: Abk. für -> **Nationalkomitee Freies Deutschland**.

**NKWD**; - **MGB**.

**NOMENKLATURSISTEM**: Nach dem N. arbeiten seit 1949/50 alle Kaderabt. der -> **SED**, der Massenorganisationen, der staatlichen Dienststellen und der «volkseigenen» Wirtschaft. Personen, die auf Grund ihrer beruflichen Arbeit oder ihrer politischen Funktion für das System wichtig sind (-> **Kader**) un- stehen in allen personalpolitischen Fragen der Kaderabt. ihrer über- geordneten Dienststelle. Verset- zungen, Entlassungen usw. dürfen nur mit Zustimmung dieser für sie zuständigen N.-Stelle vorgenom- men werden. Hohe SED-Funktio- näre (Minister, Staatssekretäre, 1. SED-Bezirkssekretäre usw., aber auch Lehrkörper und Schüler **der SED** -> **Parteihochschule**) un- terstehen dem N. des -> **ZK** der SED. Durch das aus der SU über- nommene N. soll eine genaue Ab- grenzung der Zuständigkeit der verschiedenen Kaderabt. in perso- nalpolitischen Fragen erreicht wer- den. Es fördert entscheidend den zentralistischen Aufbau des bol- schewistischen Systems.

Auch in der Wirtschaftsplanung verwendet man in der SBZ oft den Begriff Nomenklatur, und zwar für Erzeugnis- oder Materialisten (z. B. für die Produktionsplanung und die Materialverteilung). (-> **Kaderpolitik**) [331]

**NORDEN, ALBERT**; \* 4.12.1904 in Mysłowitz (OS.) als Sohn eines Rab- biners, Realgymnasium. Journalist an mehreren kommun. Zeitungen, 1917 Mitgl. der -> **SAJ**, später Mit- glied der -> **KPD**, 1932 als Anhän- ger der Remmele-Neumann-Gruppe in der KPD gemassregelt, danach Mitarbeiter an Münzenberg-Blät- tern. Nach 1933 emigriert, in den USA Mitgl. des «Rates für ein de- mokratisches Deutschland», Her- ausg. des «Germany to-day». 1947 Chefredakteur von «Deutschlands Stimme» in Berlin, von Okt. 1949 bis Dez. 1952 Leiter der Hauptabt. Presse im **Amt für -> Information** und Sprecher der «DDR»-Regierung in Pressekonferenzen (-> **Presse- amt**). Ab 7. 1. 1954 Sekretär im Range eines Staatssekretärs des -> **Ausschusses für deutsche Ein- heit**. Im April 1955 in das ZK der SED kooptiert und zum Sekretär für Agitation im -> **ZK** ernannt. Seit dem V. Parteitag im Juli 1958 Mitgl. des -> **Politbüros** (ohne Kandidatenzeit). Seit 1958 Abge- ordneter der -> **Volkskammer**.

**NORD-SUD-KANAL**: **Wasser- strassen**.

**NORM**: Massstab für eine Leistung, gewöhnlich für eine Arbeitsleistung (-> **Arbeitsnorm**) oder für den Ver-

brauch von Material (-\* **Materialverbrauchsnorm**). Die Bezeichnung N. wird auch in anderem Zusammenhang gebraucht, -\* **Verkaufsnormen**, -> **Vorratsnormen**, -> **technische Normen**. [418]

**NORMATIVE: N.** sind die kleinsten, nicht weiter zerlegbaren Teile eines Arbeitsvorganges. Ein technisches N. ist im Gegensatz zum -> **Zeitnormativ** der kleinste Teil eines Arbeitsvorganges (-> **Arbeitsstudie**), der durch die Arbeitsweise von Maschinen und Einrichtungen bestimmt wird.

**NORMENKATALOG:** Enthält die technisch begründeten Arbeitsnormen (-> TAN), die durch TAN-Berarbeiter am Arbeitsplatz im Betrieb gemessen werden. [418]

**NOTARIAT:** Ein grosser Teil der Aufgaben, die bisher die Gerichte innerhalb der -> Freiwilligen Gerichtsbarkeit hatten, ist durch die «VO über die Errichtung und Tätigkeit des Staatlichen N.» vom 15. 10. 1952 (GBl. S. 1055) den staatlichen N. übertragen worden. Dazu gehören u. a. alle Beurkundungen und Beglaubigungen, die Nachlass-, Testaments- und Hinterlegungssachen, die Abnahme von Offenbarungseiden, die Verwahrung von Akten, Büchern und amtlich übergebenen Urkunden eines Notars und alle sonstigen Geschäfte, für die die N. bisher zuständig waren. Die bisher in der SBZ tätigen Notare behalten ihre Befugnisse. Neuzulassungen von Notaren erfolgen aber nicht mehr; die dem Staatlichen N. neu übertragenen Rechtsangelegenheiten dürfen von den bisherigen Notaren nicht wahrgenommen werden. Ein Notar soll mindestens 23 Jahre alt sein. «Der Notar hat . . . besonders darüber zu wachen, dass die zu seiner Kenntnis gelangenden Rechtsgeschäfte nicht gegen die Ziele der Politik der Regierung gerichtet sind, dass die Rechtsgeschäfte nicht gegen die Gesetze der DDR verstossen. Auch bei Beglaubigungen von Urkunden hat der Notar die Pflicht, den Inhalt der Urkunden zu überprüfen\* (§ 1 Abs. 1). (-> **Rechtsanwaltschaft**) [430]

**NOTENBANK, DEUTSCHE (DNB):** Die im Mai 1948 errichtete Deutsche Emissions- und Girobank, die zunächst nur als Geldausgleichsstelle arbeitete, erhielt auf Anordnung der -> DWK vom 20. 7. 1948 zugleich mit der Verleihung des Notenausgaberechtes den Namen DNB und wurde durch Gesetz vom 31. 10. 1951 zur Staatsbank der «DDR\* erklärt. Neben dem alleinigen Recht zur Herausgabe von Banknoten führt sie die Kassengeschäfte des -> **Staatshaushaltes**.

Nach der Satzung hat die DNB «die Aufgabe, die Wirtschaftsplanung mit den Mitteln der Geld- und Kreditpolitik aktiv zu unterstützen. Der Bank obliegt die Regelung des Geldumlaufes, die Organisation des Zahlungsverkehrs und der Zahlungsausgleich mit anderen Besatzungszonen und dem Auslande.\*

Grundkapital 400 Mill. DM Ost. Die DNB unterhält Filialen in den Bezirkshauptstädten und weitere Niederlassungen in Kreisstädten und an sonstigen grösseren Plätzen. Sie ist im Rahmen der von der **Staatlichen -> Plankommission** vorgesehenen Pläne neben der **Deutschen -\* Bauernbank und den -> Sparkassen** das Hauptinstitut für kurzfristige Kreditgewährung. Die DNB übernahm mit ihrem Apparat am 1.1. 1951 die zu diesem Zeitpunkt aufgelösten Haushalts- und Steuerkassen der SBZ und schloss damit den Prozess der Zentralisierung des Haushalts- und Finanzwesens ab. Sie wickelt in Zusammenarbeit mit der Aussenhandelsbank, der **Deutschen -> Handelsbank AG.**, einen Teil des Verrechnungsverkehrs mit dem Ausland ab. Ihr Präsident hat Sitz und Stimme im Ministerrat. Die DNB arbeitet nach einem vom Finanzministerium bestätigten Haushaltsplan und darf allgemeinerverbindliche Anordnungen erlassen.

Mit der Einführung der -\* **wirtschaftlichen Rechnungsführung** wurden der DNB mit ihrem Filialsystem der Rechnungseinzug für sämtliche VEB übertragen (-> **Verrechnungsverfahren**). Seit 1.1. 1952 ist die DNB als Generalkontrollinstanz für den gesamten Wirtschaftsablauf tätig; in dieser Eigenschaft obliegt ihr die Kontrolle der Produktion, des Umsatzes und der Einhaltung der Volkswirtschaftspläne. Man hofft, hierdurch die bisherigen zahlreichen Planungsfehler verringern zu können. Präsident: Greta -> Kuckhoff (SED), seit 26. 4. 1958 Prof. **Martin -> Schmidt** (SED). [701]

**NUSCHKE, OTTO:** \*23. 2. 1883 in Frohdorf bei Leipzig als Sohn eines Druckereibesitzers. Gest. 27. 12. 1957 in Nieder-Neuendorf bei Berlin. Gymnasium, Studium in Leipzig und Marburg. 1902 Volontär an der «Hessischen Landeszeitung», dort 1904 Redakteur, später Chefredakteur. Kurzer Militärdienst. 1910 bis 1915 Parlamentsberichterstatter des «Berliner Tageblattes», 1915 bis 1933 Chefredakteur der «Berliner Volkszeitung», nach 1918 Deutsche Demokratische Partei. 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung Weimar. 1921 bis 1933 Abgeordneter des Preussischen Landtages, zuletzt als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei. 1933 Berufsver-

bot. Bis 1945 Landwirt auf seinem Gertrudenhof bei Berlin. 1945 Mitbegründer der -\*■ CDU, Verlagsleiter des Parteiorgans «Neue Zeit». 1946 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg. 1947 neben -> Pieck und Schiffer Vors. des 1. Volkskongresses, den Jakob Kaiser als Vors. der CDU abgelehnt hatte. Als J. Kaiser von den Sowjets aus seinem Amt verdrängt wurde, übernahm N. interimistisch mit Wilhelm Wolff die Parteiführung. Auf dem 3. Parteitag der CDU am 19. 9. 1948 wurde N. Vors. der CDU, die durch seine Mitwirkung rasch gleichgeschaltet wurde. Am 25.5. 1949 wurde N.

einer der fünf Vors. des Präsidiums des vom 3. Volkskongress gewählten Deutschen Volksrates. Von 1949 bis zu seinem Tode stellv. Ministerpräsident der SBZ. Mitgl. des Präsidiums des -> Ministerrates, Leiter des Amtes für Kirchenfragen, seit 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer. Seit 1950 Mitgl. des Präsidiums des Nationalrates des -> Nationalen Front, seit 1953 Mitgl. des Präsidiums des Deutschen Friedensrates. Dr. rer. pol. h. c. der Karl-Marx-Universität Leipzig 1955.

NVA: Abk. für -> Nationale Volksarmee.



**OBERBÜRGERMEISTER:** Kreis.

**OBERSCHULEN:** «Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule\* und «erweiterte Oberschule». (-> **Schule, Erziehungswesen**)

**OBERSTES GERICHT:** -> **Gerichtsverfassung.**

**OBJEKT:** Nach sowjet. Vorbild in der SBZ vielfach angewandter Ausdruck des Pj. für Teile staatlicher Wirtschaftsunternehmen, z. B. sind der -> Uranbergbau und die -> HO nach O. gegliedert.

**OBJEKTIVISMUS:** Als diffamierend gedachte Bezeichnung des Pj. für jedes Streben nach Objektivität in Wissenschaft, Rechtswesen, Kunst, Kultur usw. Der O. ist eine der meistgefürchteten und -verbreiteten -> Abweichungen, da die ihm zugrunde liegende Einstellung auf bisher allgemein anerkannten und moralisch wie logisch nicht widerlegbaren Grundsätzen beruht. Seine Gefahr für den Kommunismus besteht in der zweckfreien Lauterkeit, die vom kritischen Denken herkommt und dazu anhält. Dem als reaktionär und rückschrittlich bezeichneten O. wird als allein gültiges und angeblich fortschrittliches Prinzip die bolschewistische -> Parteilichkeit entgegengesetzt und für alle in Partei- und Staatsauftrag handelnden Personen für verbindlich erklärt.

**OBJEKTLOHN:** Anfang 1959, zunächst in der -> Bauwirtschaft der SBZ eingeführte kollektive Stücklohnform, bei der für ganze Bauwerke oder Teile feste Gesamtlohnbeträge vorgegeben werden, die angeblich so bemessen sind, dass sie für alle beteiligten Baubrigaden einen «Anreiz für qualitätsgerechte und vorfristige Fertigstellung der Bauvorhaben» bilden. In Wirklichkeit bezweckt die Einführung des O. eine Erhöhung der Arbeitsleistung, die unter Umgehung und Ablösung des Systems der -> Arbeitsnormen erzwungen werden soll. Die O.-Summen werden nämlich so niedrig angesetzt, dass die Arbeiter intensiver, d. h. im gleichen Zeitraum mehr arbeiten müssen als vorher auf der Basis von Arbeitsnormen. Die Bauarbeiterschaft lehnt dieses neue Lohnsystem ab, wobei sie mit Recht darauf hinweist, dass die Wirtschaftsverwaltungsstellen und Betriebsleitungen erst für einen kontinuierlichen Pro-

duktionsablauf sorgen sollen. In der Bauwirtschaft wurden daher 1959 nur 10 v. H. der Bauleistungen von O.-Brigaden erbracht. Auch in Betrieben einiger anderer Industriezweige wurde seit Anfang 1960 versuchsweise der O. eingeführt, z. B. in Maschinenbaubetrieben, auf Werften, in Giessereien. Das Regime weiss, dass es bei der Einführung des O. vorsichtig vorgehen muss, um den Arbeitswillen der Belegschaften nicht zu stark zu strapazieren und politische Weiterungen zu vermeiden.

**ODER-NEISSE-LINIE:** Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten. Verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neisse und folgt dem Lauf der Neisse bis zur tschechoslowakischen Grenze. Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der SU annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne dass Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären. Nach Abschnitt IX des **Potsdamer Abkommens** wurde in Potsdam die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich «geprüft», doch «bekräftigten die Häupter der drei Regierungen die Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle». Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, dass die in Frage stehenden deutschen Gebiete «unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen». In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlass der vorläufige Charakter der ONL betont, während Polen und die SU die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten. Polen passte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der ONL im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zu ihrer Anerkennung als endgültige Staatsgrenze. Am 16. 10. 1946 erklärte z. B. Pieck: «Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird» («Berliner Zeitung» Nr. 243 vom 17. 10. 1946). Dagegen heisst es in der Regierungserklärung Grotewohls vom 12. 10. 1949: «Die ONL ist für uns eine Friedensgrenze ...» Im «Abkommen der DDR mit der Republik Polen» vom 6. 7. 1950 wird die ONL als «unanantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze» bezeichnet und damit der Versuch unternommen, die ONL völkerrechtlich festzulegen. Jede kritische Äusserung von Bewohnern der SBZ über die ONL wird als «Kriegshetze» strafrechtlich verfolgt. Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9. 6. 1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt.

Die Bundesregierung und die Vertriebenenverbände haben aber ebenso eindeutig jede Revision der deutsch-polnischen Grenze durch Gewalt für indiskutabel erklärt. Die polnische Regierung reagiert auf jede Diskussion der Grenzfrage äusserst empfindlich. (-> **Aussenpolitik**) [227-230, 246]

**OFFENSTALL:** Bezeichnung für verschiedene Arten von Rindviehställen, deren wesentliche Merkmale eine offene (meist Süd-) Seite, leichte Bauweise, längere Mistlagerung (Tiefstall), begrenzter Auslauf und besondere Futtereinrichtungen sind. Wegen Baukosten- und Arbeitersparnis sowie gesunder Viehhaltung unter klimatisch geeigneten Verhältnissen in Westdeutschland seit 1950 experimentiert, wo es schon mehrere Tausend O. gibt. In der SBZ wird der O. im Zusammenhang mit der Bildung von -> LPG im Typ III und als Ausweg aus den Materialversorgungsschwierigkeiten mit dem Attribut einer «sozialistischen Erzeugungsschicht» versehen und als parteiamtliche Aufgabe verkündet. (-> **Naturgemässe Viehhaltung**)

**ÖFFENTLICHER DIENST; An Stelle** des früheren Beamten ist der Mitarbeiter des Staatsapparates getreten, der grundsätzlich die gleiche arbeitsrechtliche Stellung hat wie jeder andere Arbeitnehmer. Mitarbeiter des -> **Staatsapparates**, die hoheitliche Funktionen ausüben, heissen Staatsfunktionäre. Ihr Arbeitsverhältnis wird durch den Verwaltungsakt der Berufung begründet und durch den der Ab-

berufung beendet. Das gleiche gilt für Hochschullehrer. Die Mitarbeiter des Staatsapparates unterliegen besonderen Disziplinarbestimmungen (-> **Arbeitsdisziplin, -> Disziplinar-massnahmen**). Eine besondere Altersversorgung gibt es nicht mit Ausnahme für die Angehörigen von technischen und wissenschaftlichen Berufen, darunter für Lehrer, sowie für die Angehörigen der Post und der Eisenbahn. (-> **Altersversorgung, -> Renten, -> Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**)

**ÖFFENTLICHER TADEL;** Straftat, die durch das -> StEG mit Wirkung vom 1. 2. 1958 in das Strafsystem der SBZ eingeführt wurde: «Der OT. soll den Täter durch die öffentliche Missbilligung seines Verhaltens zur Erkenntnis der Verwerflichkeit und Gesetzwidrigkeit seines Handelns führen und ihn dadurch zur verantwortungsbewussten Erfüllung seiner Pflichten anhalten.» Auf OT. kann auch bei Verletzung früher erlassener Strafgesetze erkannt werden, wenn dieses Gesetz nicht eine Mindeststrafe von mehr als einem Monat Gefängnis androht. Im Anschluss an die vom Gericht vorgenommene Verkündung des OT. soll eine -> gesellschaftliche Erziehung des Verurteilten einsetzen. (-> **Rechtswesen**)

**ÖFFENTLICHKEIT DER RICHTS-VERHANDLUNGEN:** «Die Verhandlungen vor den Gerichten sind öffentlich» - dieser Grundsatz des Art. 133 der -\* Verfassung und des § 8 des sowjetzonalen GVG wird häufig durchbrochen. Nicht einmal in den grossen -> Schauprozessen wird er beachtet. Das OG rechtfertigte diese Praxis. Wenn an Prozessen «vor allem Werttätige teilnehmen, die auf Grund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung mit dem Gegenstand des Verfahrens besonders verbunden sind, dann ist die Öffentlichkeit des Verfahrens gewahrt, selbst wenn durch die Teilnahme ausschliesslich solcher Zuhörer andere Interessenten nicht mehr zugelassen werden können» («Neue Justiz» 1955, S.686). In den Verfahren gegen ehemalige Volkspolizisten und Angehörige der -> **Nationalen Volksarmee** ist die Öffentlichkeit grundsätzlich ausgeschlossen. In den -> **Kriegsverbrecherprozessen** war die Öffentlichkeit ebenfalls nicht zugelassen. Nicht öffentlich werden auch politische Strafsachen verhandelt, in denen der Angeklagte trotz aller Bemühungen nicht zu einem Geständnis gebracht wurde und die Zeugenaussagen zu einer Verurteilung nicht ausreichen. (-> **Rechtswesen**)

**OG: Abk. für Oberstes Gericht, -\* Gerichtsverfassung.**

## ÖKONOMIE, HOCHSCHULE

### ÖKONOMIE, HOCHSCHULE FÜR:

In Berlin – Karlshorst, gegründet 1949. Sie hat die Aufgabe, sorgfältig ausgewählte Studierende für die mit der volkswirtschaftlichen Planung verbundenen neuen Rollen für Wirtschaftswissenschaftler vorzubereiten. (-> Hochschulen)

### ÖKONOMISCHE HAUPTAUFGABE:

Aus der SU übernommener, seit Mitte 1958 in der SBZ sehr oft verwendeter Ausdruck des Pj. für die Absicht des Regimes, „innerhalb weniger Jahre die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu beweisen und den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung bei den wichtigsten Lebensmitteln und Konsumgütern so zu steigern, dass er den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft“. Als Termin für dieses Ziel wurde später «Ende 1961\*» angegeben. – Das Schlagwort von der O. H. gehört in den Bereich der -\* Produktionspropaganda. Die Möglichkeit der Realisierung der damit gemeinten wirtschaftlichen Ziele muss mindestens hinsichtlich des genannten Termins skeptisch beurteilt werden, da für die dafür notwendigen Massnahmen keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung stehen. (Sozialistische + Rekonstruktion, -\* Siebenjahrplan)

### ÖKONOMISCHES GRUNDGESETZ:

Nach dem Marxismus-Leninismus entspricht jeder Form der gesellschaftlichen Produktion (-> Historischer Materialismus), und damit insbesondere auch dem -> Kapitalismus sowie dem Sozialismus (-> Marxismus-Leninismus), ein jeweils spezielles Grundgesetz, in dem das Wesen der betr. Produktionsweise ausgedrückt ist. Das ÖG. des Kapitalismus soll danach das von Marx formulierte sog. Mehrwertgesetz sein, das ÖG. des Imperialismus (Monopolkapitalismus) beinhalte demgegenüber zusätzlich die Ausplünderung und ökonomischpolitische Abhängigmachung im internationalen Massstab, von der besonders die industriell und zivilisatorisch unterentwickelten Länder betroffen seien, wobei Militarisierung und Kriege als nahezu zwangsläufig gelten. – Dagegen bestehe das ÖG. des Sozialismus in der «Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik\*» (Lexikon A-Z, Bd. II, S. 272). Nach Chruschtschow sei zu erhoffen, dass das «sozialistische\*» -> Lager so stark angewachsen sei, dass – zumal angesichts des Bewusstseins der verheerenden Wirkungen der nuklearen

Waffen – entgegen den Konsequenzen des ÖG. des Imperialismus in Zukunft alobale Kriege vermeidbar sind und der Kampf zwischen Kapitalismus bzw. Imperialismus und wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes beider «Lager\*» um die Massen der Bevölkerung im anderen «Lager\*» und die unterentwickelten Völker durchgeführt werden kann. (-> Koexistenz)

### ÖLB: Abk. für -> örtliche Landwirtschaftsbetriebe.

OELSSNER, FRED: \* 27.2.1903 in Leipzig als Sohn eines Gewerkschaftsfunktionärs. 1917 -> USPD, 1920 KPD, Bezirksleiter des -> KJVD Halle/Merseburg, Teilnahme am mitteldeutschen Aufstand, bis 1926 Mitarbeiter des ZK der KPD und Redakteur verseh. KP-Zeitungen. 1926 bis 1932 Studium der Politökonomie in Moskau. Bis Ende 1933 illegale Arbeit in Deutschland, bis 1935 für die Komintern in Prag und Paris, anschl. Lehrer an der Lenin-Schule in Moskau. Wegen ideologischer Fehler von 1937 bis 1940 Arbeit in einer Papierfabrik, während des Krieges unter dem Namen Larew Leiter der Deutschland-Abt. des Moskauer Rundfunks. 1945 Leiter der -> Agitprop-Abt. des ZK der -> KPD, später der Abt. Parteischulung im Parteivorstand der -> SED. Seit 1947 ununterbrochen Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED, 1949 bis 1950 Mitgl. des Kleinen Sekretariats des -> Politbüros, ab 1950 Mitgl. des Politbüros, ausserdem von 1950 bis 1955 Sekretär für Propaganda des ZK und bis Okt. 1956 Chefredakt. der theoret. Zeitschrift der SED, «Einheit». 24.11.1955 stellv. Ministerpräsident und Vors. der Kommission f. Fragen d. Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung beim Präsidium des Ministerrats. 6. 2. 1958 wegen Kritik an der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik des -> Ulbricht-Flügels im Politbüro aus diesem Gremium ausgeschlossen und von seinen Funktionen im Staatsapparat entbunden. Danach Direktor der Sektion für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen -> Akademie der Wissenschaften. Im September 1959 wurde O. zu einem erneuten schriftlichen Schuldbekenntnis gezwungen. Er bereute seine «opportunistischen\*» Auffassungen und seine «politische Blindheit\*» in den Jahren 1956/57. (-> Säuberungen, -> Revisionismus.) Vom 7. 10. 1949 bis 12. 3. 1958 Abgeordneter der -> Volkskammer. Galt lange Zeit als führender Parteideologe der SED, Verfasser zahlreicher theoretischer Schriften.

OPERATIV: Im Pj. ein solches Vorgehen von Leitungsorganen, wo diese tätig eingreifen und nicht nur durch mehr oder weniger

generelle Anweisung vom Schreibstisch her „administrativ“ (-> **Administrieren**) regeln. (**Operativer Arbeitsstil**, -> **Bürokratismus**)

**OPERATIVOFFIZIER:** In den Streitkräften der SBZ verwendete Bezeichnung für Truppenoffizier oder Fachoffizier im Gegensatz zu -> **Politoffizier**.

**OPERATIVPLANUNG:** -> **Planung**.

**OPITZ, MAX:** \* 11.9.1890 in Bernsdorf/Erzgeb. als Sohn eines Bergarbeiters, Volksschule, Tischler. Seit **1908** gewerkschaftlich organisiert, **1917** Spartakusbund, **1919** -> KPD, **1925** Bezirksleiter der KPD Erzgebirge/Vogtland, **1929** Mitgl. des ZK der KPD, **1931** Parteisekretär und Mitarbeiter der Org.-Abt. der KPD in Düsseldorf, danach politischer Leiter der KPD Frankfurt/M., **1932** bis **1933** Bezirksleiter der KPD im Ruhrgebiet, **1933** verhaftet, **1934** drei Jahre Zuchthaus, nach Strafverbüßung weiter in Haft, **1938** zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, **1941** bis **1945** im KZ Sachsenhausen. Nach **1945** Polizeipräsident von Dresden und Chef der Sächsischen Landespolizei. Seit **1950** Abg. der -> **Volkskammer**, seit **1951** Staatssekretär und Leiter der Präsidialkanzlei beim -> **Präsidenten der Republik**.

**OPPORTUNISMUS:** Im Pj. eine der -> Abweichungen, die denjenigen Parteimitgliedern und Staatsfunktionären vorgeworfen wird, die angesichts unpopulärer Partei- und Staatsgrundsätze den Tendenzen der Massen nachgeben, angeblich „um die eigene Position zu behaupten und um persönlicher Vorteile (Opportunität) willen. Der O. ist mithin eine dem -> **Karrierismus** und dem -> **Kapitalentum** verwandte Abweichung. Doch wird dem Opportunisten im Gegensatz zum Karrieristen unterstellt, dass er zunächst einmal im Sinne der **bolschewistischen** -> **Parteilichkeit** orientiert gewesen sei.

**OPPOSITION:** Eine legale O., die als Kontrollinstanz für die Regierungsgewalt ein Kernstück der westlichen Demokratie bildet, existiert in der SBZ wie auch in allen anderen komm. Staaten nicht, obwohl die -> **Verfassung der „DDR“** in den Artikeln 92, 61, 9 und 12 verschiedenartige politische -> **Parteien** und Organisationen zulässt. Doch widerspricht das Vorhandensein einer legalen parlamentarischen O. dem Anspruch der bolschewistischen Partei auf alleinige Führung. Alle anderen Parteien wurden gezwungen, sich dem Führungsanspruch der SED zu unterwerfen (-> **Diktatur des Proletariats**, -> **Periodisierung**) und unterstützen heute offiziell nicht nur die Regierungsbeschlüsse, sondern auch die Beschlüsse des -> **ZK der SED**.

Bei Wahlen werden die Kandidaten aller Parteien in einer Einheitsliste der -> **Nationalen Front** aufgeführt, über die nur geschlossen abgestimmt werden darf. Aus dieser erzwungenen Einheit leitet das Regime das Recht ab, jede O. in der Bevölkerung gegen das System oder gegen Massnahmen der Partei und Regierung für illegal und dem Willen der „Mehrheit des Volkes“ zuwiderlaufend zu erklären und zu verfolgen (-> **Strafrechtsergänzungsgesetz**). Trotzdem gibt es in der Bevölkerung vielfältige Formen der O. (-> **Widerstand**). Den stärksten Ausdruck fand diese O. im -> **Juni-Aufstand 1953**. Einer seit **1946** schwellenden innerparteilichen O. versucht die SED-Führung durch wiederholte -> **Säuberungen** in der Mitgliedschaft und unter den Funktionären Herr zu werden. (-> **Dritter Weg**, -> **Nationalkommunismus**, -> **Revisionismus**, -> **Abweichungen**, -> **Ta u wetter**)

**ORDNUNGSGRUPPEN DER FDJ:** -> **FDJ-Ordnungsgruppen**.

**ORGANISATIONS – INSTRUKTEUR-ABTEILUNG:** -> **Bezirk**, -> **Kreis**.

**ORLOPP, JOSEF:** \* 29. 8. 1888 in Essen. Dreher, später Werkzeugmacher. **1907** Eintritt in die Gewerkschaft, **1910** SPD, **1917** -> **USPD**, **1922** -> KPD. **1918** bis **1925** Stadtverordneter in Essen, Mitgl. des Rhein. Provinziallandtages. **1926** Übersiedlung nach Berlin, Vorstandsmitgl. im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. **1930** bis **1933** Mitgl. des Reichswirtschaftsrates. Nach **1933** Landarbeiter, kleiner Gewerbetreibender. **1945** -> **SPD**, Stadtrat für Handel und Handwerk in Berlin, Leiter des Haupternährungsamtes, Januar **1946** stellv. Oberbürgermeister in Berlin. **1947** Präsident der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Aussenhandel, seit Gründung der „DDR“ von **1949** bis **1955** Regierungsbevollmächtigter für innerdeutschen Handel, seither Mitgl. des Kollegiums des Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel, seit **1957** Sekretär des Bundesvorstandes des -> **FDGB**. Seit **1958** Vizepräs. des **Deutschen** -> **Friedensrates**. Berliner Vertreter der -> **Volkskammer** seit **1958**. Am 7. 4. **1960** gestorben.

**ÖRTLICHE INDUSTRIE:** Bezeichnung für „volkseigene“ Produktionsbetriebe, deren Rechtsträger die Räte der -> **Bezirke**, -> **Kreise** und -> **Gemeinden** sind. Durch die im Februar **1958** eingeleitete Reorganisation der Industrie (Staatl. -> **Plankommission**, -> **WB**) hat die CH. an Bedeutung gewonnen (-> örtliche Wirtschaft). Die zur ÖT. zählenden Betriebe verwenden folgende Bezeichnungen vor der

eigentlichen Firmierung: VEB (B) = durch den Rat des Bezirks angeleitet, VEB (K) = durch den Rat des Kreises angeleitet, VEB (G) = durch den Rat einer Stadt oder Gemeinde angeleitet. Die zentral-, d. h. von den neuen -> VVB geleiteten Betriebe firmieren «VEB (Z)\*». Gänzlich zur OL zählen die Wirtschafts- bzw. Industriezweige Bau, Möbelindustrie-, Lederwaren-, Musikinstrumenten-, Kultur- und Spielwarenindustrie, Haushaltchemie, Rauchwaren-, Hut- und Filzindustrie.

**ÖRTLICHE LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE (ÖLB):** Im Zuge der -> **Republikflucht** oder anderweitig verlassene landwirtschaftl. Betriebe und Flächen, die sich in Nutzung der Gemeinden befanden, wurden gemeinsam mit «volkseigenen\* Kreis- und Gemeindebetrieben (Bodenfonds u. a.) gern. VO vom 3. 9. 1953 (BGI. I Nr.99/1953) zu Betrieben der «örtlichen Landw.» zusammengefasst. Diese sind selbständige juristische Personen und Träger von «Volkseigentum». Betriebsleiter stellt der Rat der Gemeinde ein. Die Arbeiten werden durch **ständige -> Produktionsbrigaden nach den Normen der -> Volkseigenen Güter** durchgeführt. Ende Januar 1954, nach Abschluss der einheitlichen Zusammenfassung dieser Betriebe, bestanden 3219 ÖLB mit 396'000 ha landw. Nutzfläche und 44'000 Beschäftigten, von denen 90 v. H. Landarbeiter waren. Seither ist ihre Zahl durch die Umwandlung in -\*■ LPG laufend zurückgegangen. Mitte 1959 bestanden noch 3140 ÖLB mit 52 310 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. (-> **Landwirtschaft**) [747, 755]

**ÖRTLICHE ORGANE:** Bezeichnung für die Organe der Staatsgewalt auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene. (-> **Bezirk, -> Kreis, Gemeinde**)

**ÖRTLICHE RÄTE:** Räte der -> **Bezirke, Kreise und Gemeinden.**

**ÖRTLICHE WIRTSCHAFT:** Zusammenfassender Begriff für die von den Räten der -> Bezirke und -> Kreise verwalteten «volkseigenen\* halbstaatlichen und privaten Betriebe einschliesslich Handwerk (Unterschied: **-wörtliche Industrie**). Ende 1958 zählten nach amtlicher sowjetzonaler Angabe zur OW. 3100 VEB mit durchschnittlich 50 bis 150 Beschäftigten, 11'000 private und halbstaatliche Produktionsbetriebe und die 238'000 Handwerksbetriebe (-> **Handwerk**). In der Zuständigkeit der OW. liegen 40 v. H. der gesamten Industrie- und Bauwirtschaft der Zone. Die Landwirtschaft wird zu etwa 85 v. H., die Landwirtschaft durch Organe der OW. angeleitet. (-> **örtliche Landwirtschaftsbetriebe**)

**OSTBLOCK:** Populärer, sachlich zutreffender Ausdruck für das von der SU beherrschte Machtgefüge, das auch nach Auflösung des -\* **Kominform** durch parteiliche, ökonomische (-> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe**) und militärische Bindungen (-> **Warschauer Beistandspakt**) eng zusammengeschlossen und in allen seinen Teilen aufeinander und auf die Moskauer Zentrale koordiniert ist. Die Bezeichnung O. wird im bolschewistischen Sprachgebrauch vermieden, um den machtpolitischen Charakter des Zusammenschlusses und die letztlich immer entscheidende Rolle der SU zu verhüllen. (-\* **Sowjetblock**)

**OSTSEEWOCHE:** Seit 1959 alljährlich im Frühsommer in -> Rostock als Gegenstück zur «Kieler Woche» veranstaltete Festwochen, die eine politische Interessengemeinschaft der Ostseestaaten herausstellen, in Wirklichkeit der Proklamierung der sowjetischen Ostseepolitik dienen sollen. Die O. wurden denn auch bisher zu handfester politischer Propaganda ausgenutzt.

**OST-WEST-HANDEL:** -> **Aussenhandel** eines Landes des Ostblocks mit dem sog. kapitalistischen Ausland bzw. Weltmarkt.

## p

**PÄDAGOGIK:** Erziehungswissenschaft.

**PÄDAGOGISCHE FALKULTÄT:** -> Lehrerbildung.

**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN:** -> Hochschulen zur Ausbildung von Lehrern für die -> Oberschule. Die erste PH. entstand in Potsdam, sie ist bisher die einzige geblieben. (-> Lehrerbildung) [611]

**PÄDAGOGISCHE INSTITUTE:** Institute mit Hochschulcharakter zur Ausbildung von Fachlehrern für die 5. bis 10. Klasse der Oberschule. (-> Lehrerbildung) [618]

**PÄDAGOGISCHER RAT:** Nachfolger der früheren Lehrerkonferenz, er PR. fungiert laut Statut vom 6. 10. 1954 und nach der ‚Schulordnung‘ vom 12. 11. 1959 als beratendes Organ der Schulleiter von -> Grund- und -> Oberschulen. Er «berät‘ den Arbeitsplan der Schule, nimmt die Berichte über die Erfüllung der Lehrpläne und über die Disziplin der Schüler entgegen und erhält damit auch die Funktion eines Forums der Kontrolle (-> Kritik und Selbstkritik). Mitglieder des PR. sind die an der Schule tätigen Lehrer und Erzieher sowie der Vorsitzende des Elternbeirats. Der Direktor hat zudem weitere Mitglieder aus den Reihen der «Betreuer\* der Schüler während des -> Unterrichtstags in der sozialistischen Produktion zu berufen. [610]

**PÄDAGOGISCHES KABINETT:** Institution in den Kreisen, neuerdings auch in den Bezirken, zur «Anleitung\* und «Qualifizierung\* der Lehrer in ideologischer und fachlicher Hinsicht. Institutionalisierung der Lehrerweiterbildung. (-> Schule, -> Lehrerbildung)

**PÄDAGOGISCHES ZENTRALINSTITUT, DEUTSCHES (DPZI):** Besteht seit 1. 9. 1949, untersteht dem Ministerium für Volksbildung. Zunächst beauftragt, die Pädagogik weiterzuentwickeln, eine bestimmte Lehrerweiterbildung zu organisieren und «pädagogische Kader\* für Lehre und Forschung auszubilden, ist das DPZI seit 1958 gehalten, sich zum führenden Zentrum der «sozialistischen Pädagogik» zu entwickeln. Es hat die pädagogische Forschung, orientiert an den Bedürfnissen der Praxis, zu koordinieren, umfangreiche Schulversuche zur Erprobung von Lehrplänen, Lehrbüchern, fortschrittlichen

Unterrichtsmethoden usw. durchzuführen und die Erfahrungen der «besten Lehrer\* und Schulen auszuwerten und zu verallgemeinern. (-> Erziehungswissenschaft, -> Schule) [610,611]

**PANKOW:** Nordöstlicher Vorort und Verwaltungsbezirk im Sowjetsektor -> Berlins. Sitz einiger Behörden der -> Regierung und Verwaltung. Mit P. bezeichnet man verallgemeinernd auch die Regierung der «DDR\*.

**PAPIERINDUSTRIE:** In diesem Industriezweig traten als Kriegsfolgen (Kriegsschäden und Demontagen) Kapazitätsverluste in Höhe von ungefähr 50 v. H. ein. Die demontierten Kapazitäten in der Zellstoffindustrie wurden inzwischen wieder voll ersetzt. Die Papierfabriken erreichten bisher nur etwa die Hälfte des Erzeugungsstandes von 1936. Die maschinelle Ausrüstung der Papierfabriken ist überall, Neuinvestitionen waren bisher gering. Die Zellstoffherstellung reicht nicht aus zur Befriedigung des Bedarfs der Papierfabriken, da wesentliche Mengen Zellstoff für die exportwichtige Kunstfaserindustrie bereitgestellt werden. Je Kopf der Bevölkerung wurden in der SBZ im Jahre 1958 23 kg Papier erzeugt (BDR 1958 = 37 kg je Kopf). In der SBZ wird ausserdem ein sehr erheblicher Teil der Papiererzeugung nicht dem normalen Verbrauch zugeführt, sondern für die politische Propaganda der -> SED verwendet. Das Zeitungspapier dient zu 90 v. H. diesem Zweck, während von dem sonstigen Druck- und Schreibpapier etwa die Hälfte dafür verwendet wird.

**PARTEIAKTIV:** Pj., Zusammenfassung aktiver und sachkundiger Mitgl. der SED (Parteiaktiven) für jeweils konkrete Zwecke, hauptsächlich zur Erörterung der praktischen Verwirklichung von Partei- und Regierungsbeschlüssen in Städten, Grossbetrieben sowie im Kreis und Bezirksmassstab durch die entsprechenden Parteileitungen. Das P. hält keine regelmässigen Sitzungen ab. -> Ulbricht forderte 1953, «um die Parteileitungen 150'000 bis 200'000 Parteiaktiven zusammenzuschliessen\*. Nach -> Schirdewan gab es im April 1954 etwa 90'000 Mitgl. von P. Die Parteiaktiven sind der als zuverlässig angesehen-

hene Kaderstamm der SED. (-> Kader, -> Kaderpolitik, -> Funktionäre)

**PARTEIAUFTRAG:** Auftrag mit Befehlscharakter an Mitgl. einer bolschewistischen Organisation. Besonders wichtiges Mittel zur Durchsetzung von Parteibeschlüssen in Verwaltung, Wirtschaft, -> Massenorganisationen usw. Es gibt aber auch P., die lediglich der «bolschewistischen Festigung» der Mitglieder dienen und sie zu aktiver Parteiarbeit heranziehen sollen. P. werden von den Leitungen mit festen Terminen an die Mitgl. vergeben. P. werden u. a. erteilt zur Espitzelung von Arbeits- oder Studienkollegen sowie zur Werbung für die Nationale Volksarmee. Auch die SED-Mitgl., die Anfang 1960 die -> Kollektivierung durchsetzten, erhielten P. Ablehnung des P. oder Nichterfüllung bedeuten Verletzung der -> Parteidisziplin. Dem P. entspricht der **Verbandsauftrag** der -> FDJ.

**PARTEIDISZIPLIN:** Grundprinzip der bolschewistischen «Partei neuen Typus». Verlangt widerspruchslose Unterordnung unter die Beschlüsse der vorgesetzten Parteileitungen und Funktionäre. Beschlüsse müssen auch von denen eingehalten werden, die mit ihnen nicht einverstanden sind und vor der Beschlussfassung widersprochen haben. Bei Verletzung der P. strenge Parteistrafen bis zum Ausschluss (-> **Parteikontrollkommissionen der SED**) «Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei der Proletarier . . . schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat\* (-\* **enin:** «Der Radikalismus», aie Kinderkrankheit des Kommunismus», Dietz-Verlag, Berlin 1946, S. 27).

**PARTEIDOKUMENT:** «Das Parteimitgliedsbuch ist für jedes Mitgl. una jeden Kandidaten unserer Partei das höchste und wichtigste Dokument, das er in seinem Leben erhalten kann . . .» («Neues Deutschland», 29. 4. 1951). Verlust des Mitgliedsbuches führt zu Parteistrafe oder Ausschluss. - Im weiteren Sinne sind alle Beschlüsse und Entschliessungen der -> SED-Führung P.

**PARTEIEN:** Die Zulassung von P. und Gewerkschaften erfolgte durch den -> SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. 6. 1945. Darauf Gründung der - **KPD** (11.6.1945), -> **SPD** (15. 6. 1945), -> **CDU** (26. 6. 1945) und -> **LDPD** (5. 7. 1945). Am 14. 7. 1945 Zusammenschluss in einem «Block der antifaschistisch-demokratischen P.» (-> **Blockpolitik**). Am 19./20. 4. 1946 Zwangszusammenschluss der SPD und KPD zur -> SED. Auf Wunsch und Initiative der SMAD und der SED-Führung am 21.4. bzw. 16.6.1948 Gründung von

**zwei neuen P. der -> NDPD** und der -> **DBD**, zur weiteren Aufspaltung der nichtkommun. Bevölkerungsgruppen. Insbesondere im Zeitraum von 1948/1949 bis 1952 gelang es der SED mit Unterstützung der sowj. Besatzungsmacht und einzelner Funktionäre in den anderen P., alle P. zu Anhangsgelbilden und Ausführungsorganen ihrer eigenen Politik zu degradieren. Die Aufstellung eigener Wahllisten wurde unterbunden (-> **Nationale Front, -> Wahlen**). Das formale Mehrparteiensystem der SBZ stellt sich in Wirklichkeit dar als Einparteiherrschaft der SED. Nach aussen haben die übrigen P. die Funktion, die demokratische Fassade des SBZ-Staates zu bilden; nach innen ist ihnen hauptsächlich die Aufgabe zugewiesen, den Mittelstand und die christliche Bevölkerung für den -> **Aufbau des Sozialismus** zu gewinnen.

**PARTEIGRUPPE:** Nach dem Vorbild der -> KPdSU werden seit 1953 in verstärkter Masse die -> **Betriebsparteiorganisationen der SED** in Grossbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den -> **Apparaten der -> SED und der -> Massenorganisationen** in P. untergliedert. Der P. gehören alle SED-Mitgl. an, die an einem gemeinsamen Arbeitsfilatz, z. B. in einer Unterabteilung oder **Brigade**, tätig sind. In der Regel soll die P. nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen. Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe herstellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwachen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten. Die P. soll «die führende Rolle der SED auf allen Gebieten» auf unterster Ebene verwirklichen. (-> **Kontrolle**)

**PARTEIHOCHSCHULE:** Aufgabe der «P. Karl Marx beim ZK der SED\* in Ost-Berlin (früher Kleinmachnow): «Parteiarbeiter des neuen, des bolschewistischen Typs\* heranzubilden (W. -> Pieck zur Eröffnung des 2. Einjahrlhehrgangs, «Neues Deutschland» vom 26. 10. 1950). Gegründet 1946. Dauer der Lehrgänge zuerst 6 Monate. Seit 1950 gibt es Ein- und Zweijahrlhehrgänge für Spitzenfunktionäre bzw. für Elitenachwuchs sowie Sonderlehrgänge für Dozenten, Pädagogen, Journalisten usw., seit 1953 in Angliederung an die P. in Moskau Dreijahrlhehrgänge. Stärke der Lehrgänge: je 200 Schüler. Die Teilnehmer werden durch die Landes- bzw. jetzt Bezirksleitungen ausgewählt und theoretisch und perso-

nell durch Sonderkommissionen des ZK und der P. überprüft. Die Zulassung jedes Funktionärs ist vom Beschluss des -> **Sekretariats** des ZK abhängig, das auch die letzte Entscheidung über den Einsatz der Hochschulener hat. Wichtigste Gesichtspunkte der Auswahl sind: proletarische Herkunft, Anerkennung der «führenden Rolle der SU und der KPdSU». Bewährung in der praktischen Parteiarbeit, Besuch einer Kreis- und Landes- bzw. Bezirksparteischule mit gutem Erfolg. Direktor der P. war bis 1950 Rudolf Lindau, dann **Hanna»Wolf**.  
 Unterrichtsfächer: Geschichte der intern. Arbeiterbewegung, insb. **Geschichte der -> KPdSU, -»> Dialekt, u. -> Historischer Materialismus, -> Politökonomie**, Geschichte, Parteaufbau, politische u. Ökonon. Geographie, Staatslehre, Militärwissenschaften, Kunst und -\* **Literatur** Russisch. Im Herbst 1950 wurde der Fernunterricht der P. eingeführt (-> **Fernstudium**). Im April 1953 erhielt die P. das Promotions- und Habilitationsrecht für die akademischen Grade «Dr. phil.» und «Dr. oec.». Zur Zeit hat die P. rd. 1'000 Schüler. Verantwortlicher Sekretär des ZK für die P. ist -> **Hager**. Bis 1952 besuchten auch Funktionäre der -> **KPD** die P. (-> **Schulung**) [331, 335]

**PARTEIJARGON:** Zunächst die Fach- oder Sondersprache der -> **SED** und .ihrer -> **Apparatschiks**, im Wortschatz, gelegentlich auch im Satzbau beeinflusst von der Sprache der geistigen Väter (Marx, Engels, Lenin), massgebenden Ideologen oder Spitzenfunktionäre (Stalin, Chruschtschow, Ulbricht), der theoretischen Literatur (z. B. -\* **Politökonomie**) und dem Sowjetrussischen. Da die gesamte Literatur vom Flugblatt bis zum Dichtwerk, von der Fibel bis zum wissenschaftlichen Kompendium mit Ideologie und Politökonomie durchsetzt ist, breiten sich die Elemente des Pj. sowohl in der Umgangs- wie in der Schriftsprache aus; der in Diktaturen unvermeidliche extreme Konformismus, andererseits das Tarnungsbedürfnis der Oppositionellen oder «Abseitsstehenden\* fördern diese Ausbreitung, mit der sich die -> **Sprache** der SBZ schliesslich qualitativ verändert und von der unseren fortentwickelt.

**PARTEIKABINETT:** -> **Kabinette**.

**PARTEIKONFERENZ:** -> **SED**.

**PARTEIKONTROLLKOMMISSIONEN**  
**DER SED:** Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) sowie Kontrollkommissionen im Landes- bzw. jetzt Bezirksmassstab und im Kreisbereich (**BPKK** und **KPKK**), gegründet auf Beschluss der 13. Tagung des SED-Parteivorstandes vom 16. 9. 1948. - Aufgaben: Kampf gegen Parteifeinde, Korruptionerscheinungen,

Missbrauch von Funktionen, gegen -> **Karrieristen**, «Verleumdungen führender Genossen», Untersuchung aller Vergehen von Parteimitgl. (-> **Parteidisziplin**) Die P. werden durch das -> ZK bzw. die Bezirks- oder die Kreisleitungen gewählt. Sie können folgende Strafen beschliessen: Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Ausschluss aus der Partei. Die P. sind auch für die Aufhebung oder Revision von Parteistrafen zuständig. Enge Zusammenarbeit mit dem -> **SSD**. Vors. der ZPKK: -> **Matern**. (-> **Säuberungen**)

**PARTEILEHRJAHR DER SED:** Dient in Angleichung an das Schulungswesen der -> **KPD** der Mitgl. und Kandidatenschulung. Eingeführt auf Beschluss des -> ZK der -> **SED** vom Juni 1950. Das P. dauert jeweils von September bis Juni. Teilnahme ist für alle Mitgl. und -> **Kandidaten** Pflicht. Die Teilnahme interessierter Parteilooser ist erwünscht. Der Unterricht findet einmal monatlich statt. Unterrichtsformen: Lektionen, Seminare, -> **Zirkel** und für höhere -\* **Funktionäre** theoretische Konferenzen. Von 1950 bis 1956 stand im Mittelpunkt aller Lehrpläne für das P. das Studium der **Geschichte der -> KPdSU** und des -\* **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus**. Seit 1956 stärkere Orientierung auf Fragen der praktischen Parteipolitik, insbesondere der Wirtschaftspolitik. Themen des P. 1959/60: die «Thesen des ZK der SED zum 10. Jahrestag der DDR\* (September/Oktober 1959) und danach «Grundprobleme des Siebenjahresplanes». Je nach den praktischen und theoretischen Vorkenntnissen werden die Teilnehmer in Stufe I, II oder III des P. eingeteilt. Kandidaten der SED müssen ausserdem an einem «Politischen Grundkursus» teilnehmen, in dem sie das Kommunistische Manifest, das Statut der SED und die Erklärung der kommunistischen Parteien vom 16.11. 1957 (-> **Revisionismus**) durcharbeiten haben. Seit Mitte April 1960 ist für leitende -> **Kader** der SED der bisherige Themenplan des P. ausser Kraft getreten. Sie müssen seitdem in regelmässigen Schulungskursen das neue ideologische Standardwerk der SED, «Grundlagen des Marxismus-Leninismus», herausgegeben von einem sowjetischen Autorenkollektiv unter Leitung von O. W. Kuusinen, durcharbeiten. (**Gesellschaftswissenschaftliches\* Grundstudium, -> Schulung**)

**PARTEILICHKEIT, BOLSCHEWISTISCHE:** Forderung auf der Grundlage des -> **Marxismus-Leninismus**. Danach hat sich das Verhalten des einzelnen wie aller gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen grundsätzlich an der



Frage zu orientieren: Was nützt der Konsolidierung der Macht der «Arbeiterklasse»? Da die bolschewistische Partei bzw. ihre Führung den Anspruch vertritt, autorisierte Sprecherin dieser Klasse zu sein, hat nur sie – im nationalen oder internationalen Rahmen – festzulegen, was jeweils als «parteilich» im bolschewistisch-revolutionären Sinne gilt. Die Forderung auf Parteilichkeit erstreckt sich auch auf Wissenschaft und Kunst. Auch hier gibt es nach bolschewistischer Auffassung keinen überparteilichen, d. h. keinen von Klasseninteressen freien Standpunkt. (-\* **Objektivismus**) [521J

**PARTEILICHKEIT DER RECHTSPRECHUNG:** Ausdruck des Pj. Eine untrennbare Einheit von -> demokratischer Gesetzlichkeit und PdR. wird festgestellt. «Das Gesetz parteilich anzuwenden heisst, es so anzuwenden, wie es der Auffassung der Mehrheit der Werktätigen und damit den Zielen der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung entspricht. Das heisst aber zugleich, die dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit zu erkennen und durchzusetzen.» (Hilde -> Benjamin in «Neue Justiz» 1958, S. 368) Immer wieder wird gefordert, dass die Richter der sowjetzonalen Straf- und Ziviljustiz mit «bewusster Parteilichkeit» arbeiten und dass sie nicht einem Hang zum «Objektivismus» erliegen. «Das Ministerium der Justiz erwartet von der richterlichen Tätigkeit der Wissenschaftler wesentliche Hilfe und Unterstützung im Kampf um die PdR., und zwar sowohl in Strafverfahren als in Zivilrechtsstreitigkeiten» («Neue Justiz» 1954, S. 551). Die Richter «müssen parteilich als politische Menschen entscheiden» (Böhme in: «Neue Justiz» 1955, S. 327). «Die Erziehung unserer Kader muss in jedem einzelnen Richter immer stärker die Erkenntnis und das Bewusstsein vom Wesen unserer Gesetzlichkeit festigen und ihn immer stärker zur parteilichen Anwendung unseres Rechtes befähigen» (Hilde Benjamin in: «Neue Justiz» 1954, S. 679). «In der richterlichen Entscheidung muss sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefassten Schlüsse durchzusetzen (-\* Melsheimer in: «Neue Justiz» 1956, S. 295). PdR. bedeutet also in der Praxis nichts anderes, als dass der Wille der -> SED beachtet wird. Dabei werden Schwankungen und Brüche in der Rechtsprechung aus politischen Zweckmässigkeitserwägungen nicht nur in Kauf genommen, sondern für richtig und notwendig gehalten. (-> Rechtswesen) [430]

**PARTEIPRESSE DER SED:** Umfasst das Zentralorgan der SED «Neues Deutschland» und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis. Zur P. sind auch die Tageszeitungen «Tribüne» des -> FDGB und «Junge Welt» der -> FDJ zu zählen. Nach -> Lenins Worten «die schärfste Waffe unserer Partei», gilt als «operatives Organ der Parteileitung» (Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. und 10. 2. 1950). Als «Presse neuen Typus» lehnt sie den «verfluchten Nur-Journalismus» (d. h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr «die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewusstsein heben, sie zum revolutionären Handeln führen» («Neuer Weg», 3/51, S. 19). Form und Inhalt der P. sind ausschliesslich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet. Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigsten Ressorts sind Parteilieben (d. h. Anleitung der Parteimitgl.) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch – leninistischen «Wissenschaft»). Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan «Neues Deutschland» und den Weisungen der Abt. -> Agitation und -\* Propaganda des ZK der SED. Jede Veröffentlichung in der P., gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. Die lokale und betriebliche Berichterstattung liegt vornehmlich bei den -> **Volkskorrespondenten**. Der Bezug der P. ist für Parteimitglieder Pflicht, sie muss jedoch als amtliches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. Un-Sefähre Auflagenhöhe: 4 Mill. en Klagen über die Eintönigkeit der P. wird mit dem Hinweis begegnet: «Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik» (Hermann -> Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2. 1950). Das Vorbild der P. ist die sowjetische -\* **Presse**. **PARTEISCHULEN DER SED:** Die Lehrgänge der Internatsschulen der SED dienen der Heran- und Weiterbildung von -> **Funktionären**. Sie sind aufgliedert in: Kreisparteisschulen (4 Monate), Bezirksparteisschulen (1 Jahr), -> **Partei-hochschule «Karl Marx» -\* Institut für Gesellschaftswissenschaften**. Wichtigste Lehrfächer: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere der -> **KpDSU**, -> **Dialektischer** und -> **Historischer Materialismus**, -> **Politökonomie**, allgemeine Geschichte ab 1525, Fragen der praktischen Parteiar-

beit. Für SED-Mitgl. ist der Besuch einer Parteischule Voraussetzung für jede wichtige Funktion. Funktionäre der -> KPD werden abgeschlossen von SED-Mitgl. auf besonderen Schulen ausgebildet.

**PARTEIVETERANEN:** Pj. für alle nicht mehr aktiv am Parteileben teilnehmenden SED-Mitgl., die sich schon in jungen Jahren der Arbeiterbewegung angeschlossen, vornehmlich vor dem 1. Weltkrieg. Bei Kongressen und Parteitagen werden sie in die Präsidien gewählt, politischen Einfluss haben sie nicht. Die SED bedient sich der P., um den Beweis zu erbringen, dass sie die Ziele der frühen Arbeiterbewegung in Deutschland verwirklicht. Diese Behauptung sollen die P. durch Berichte und Erzählungen aus der «Kampfzeit», u. a. bei den Vorbereitungsstunden für die -> **Jugendweihe** und in -> FDJ-Veranstaltungen, bestätigen. Da die P. die ständigen Neuinterpretationen und Verfälschungen der Parteigeschichte häufig nicht begreifen oder nicht schnell genug darauf reagieren, bleibt ihr Einsatz für die SED problematisch.

**PASSWESEN:** In der SBZ geregelt durch das Passgesetz vom 15. 9. 1954 (GBl. S. 786), geändert durch Gesetz vom 30. 8. 1956 (GBl. I S. 733) und Gesetz vom 11.12.1957 (GBl. I, S. 650). Für jeden Grenzübertritt von oder nach dem Ausland wird ein Pass mit eingetragenem Visum benötigt. (Das gilt nicht für den innerdeutschen Reiseverkehr, -> **Interzonenverkehr**). Bewohner der SBZ erhalten einen Pass stets nur für eine bestimmte Reise gegen Abgabe des -> **Personalausweises**. Nach Rückkehr muss der Pass binnen drei Tagen nach dem Grenzübertritt bei dem für den Wohnsitz zuständigen Volkspolizeikreisamt wieder abgegeben werden.

Wer ohne die erforderliche Genehmigung das Gebiet der SBZ verlässt oder betritt oder wer die ihm vorgeschriebenen Reiseziele, -wege oder -fristen nicht einhält oder für sich oder einen anderen durch Angaben eine Reisegenehmigung erschleicht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Auch Vorbereitung und Versuch sind strafbar. Seit dem Erlass des Passänderungsgesetzes vom 11. 12. 1957 gelten diese Strafbestimmungen auch im innerdeutschen Reiseverkehr. Sie haben hier und bei der Bestrafung der -> Republikflucht erst besondere Bedeutung erlangt.

**PATENSCHAFTEN:** Sonderformen der -\* **Freundschaftsverträge**. Diese sollen ihren politischen Zweck auf eine vorwiegend propagandistische und ideologisch-gesinnungs-

formende Weise erfüllen. Dagegen sollen P., die meist Schulen, oder auch Hochschulen mit «volkseigenen\* Betrieben, -\*■ LPG u. ä. abschliessen, ihren politischen Zweck auf eine vorwiegend pädagogische Weise erfüllen, stärker gebunden an den Schulunterricht und die Arbeit der -> Jungen **Pioniere**. (Dabei werden Freundschaftsverträge zuweilen als P. bezeichnet und umgekehrt. - P., die gute Schüler innerhalb der Klassen für schlechte übernehmen, bleiben hier ausser Betracht.) über den Sinn der P. heisst es in der «Deutschen Lehrer-Zeitung» v. 20. 8. 1955: «Wenn auch die Mehrzahl unserer Schulen schon seit Jahren eine Verbindung mit sozialistischen Betrieben besitzt, so wurde doch bisher der eigentliche Zweck dieser Verbindung, nämlich die Einflussnahme der Arbeiterklasse auf die Erziehungsarbeit unserer Schule, nur ungenügend erfüllt. Meist waren die Verpflichtungen der Betriebe und Schulen nur materieller oder kultureller Art und konnten somit keine grundsätzliche Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsarbeit erreichen.» (-> **Patenschaftsverträge**)

**PATENSCHAFTSVERTRÄGE:** Abmachungen, nach denen -> **Patenschaften** verwirklicht werden. Zur Entwicklung und zur politischen Zwecksetzung der P. erklärte «Die Tribüne\* (des -> **FDGB**) am 28. 12. 1955: «Während in den PV. in den vergangenen Jahren die materielle und kulturelle Unterstützung im Vordergrund war, stellten sich die Betriebe in diesem Jahr die Aufgabe, die patriotische und polytechnische Erziehung zu verbessern und zu unterstützen.» Das Ziel der PV., so betonte das Blatt, muss «sein, bei den Werktätigen das Verständnis für die pädagogischen Aufgaben zu verstärken, die politisch-ideologische und fachliche Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen sowie die Verbindung der Lehrer mit der Arbeiterklasse zu festi-

Meist (so seit 1955 im PV. zwischen VEB Reifenwerk und Grundschule Fürstenwalde-Süd) verpflichtete der PV. den Betrieb: 1) einen ständigen Vertreter in den Elternbeirat und in den Pädagogischen Rat der Schule zu entsenden; 2) der Schule Pionierleiter, Werkunterrichts-Anleiter und Ausbilder für die -> GST zu stellen; 3) politische Vorträge halten zu lassen; 4) Geld und Sachleistungen zu erbringen. Dagegen verpflichtet der PV. die Schule: 1) Zur Rechenschaftslegung über die Schulleistung; in jedem Schuljahresdrittel vor der Belegschaft des Betriebs; 2) zur Ab-

haltung von Eltern-Seminaren; 3) zur Heranziehung der Betriebsleitung und der BGL bei -\* **Jugendweih**e, Berufsberatung und für -> Wettbewerbe. - Die PV. mit LPG werden entsprechend abgewandelt, vor allem sollen die Schüler auch Arbeitseinsätze in Feld und Garten leisten, und die Schule soll für Landwirtschaftsberufe werben.

Seit Einführung der -> **polytechnischen Erziehung** (1.9.1959) wird das Netz der PV. und ihre Überwachung ständig verdichtet. Es wurden (lt. Jahrb. d. DDR 1959, S. 69) über 60'000 PV. zwischen VEB und Schulen «zur Verbesserung des polytechnischen Unterrichts geschlossen». Dabei werden die PV. nunmehr auf den polytechnischen Unterricht zugeschnitten. So sollen auch einzelne Brigaden (innerhalb des PV.) Patenschaften über Klassen und Pioniergruppen übernehmen. - Bezeichnenderweise aber heisst es nicht selten (so in der «Lausitzer Rundschau» v. 16.2.1960): «Wesentlich ist auf alle Fälle, dass die übernommenen Verpflichtungen von beiden Seiten erfüllt werden und nicht nur auf dem Papier stehen.» PV. heisst oft auch die vertragliche Grundlage des «freiwilligen Arbeitseinsatzes von Angehörigen der -> VEB, der Parteiorganisationen, der Deutschen -\* **Volkspolizei** sowie der Schulen und Hochschulen in der -> **Landwirtschaft**. PV. dienen dem Ausgleich des akuten Arbeitskräftemangels, vor allem in den Spitzenzeiten (Pflege- und Erntearbeiten) auf den -\* **VEG** und -> **LPG**, sowie der Festigung des «Bündnisses der Arbeiter und Bauernklasse». Neuerdings werden auch die «Mitarbeiter der Partei und des Staatsapparates» dazu angehalten, mit «körperlichem Einsatz» die wirtschaftlich noch schwachen LPG tatkräftig zu unterstützen (Ulbricht auf der VI. LPG-Konferenz 1959). (-> **Industriearbeiter aufs Land**)

Der PV., den im Mai 1960 die Volksvertretung des «vollgenossenschaftlichen Dorfes» (-> **vollgenossenschaftlich**) Obergruna (Bez. Chemnitz) mit der -> ABF der Bergakademie Freiberg vereinbarte, sieht z. B. vor: Die LPG hat «zur Steigerung der Marktproduktion tierischer Produkte den Volkswirtschaftsplan 1960 zu erfüllen und überzuerfüllen». Die ABF ihrerseits leistet dem Patenort: politisch-ideologische Unterstützung; Ernte- und Bauarbeitshilfe; kulturelle Betreuung.

**PATENTRECHT:** Durch das Patentgesetz vom 6. 9. 1950 (GBl. S. 989) ist das deutsche Patentgesetz von 1936 mit den patentrechtlichen Nebengesetzen aufgehoben und

das P. neu geregelt worden. Das Patentgesetz soll, wie es in seinem Vorspruch heisst, dem Erfinder die Möglichkeit geben, «das Ergebnis seiner schöpferischen Arbeit dem Interesse der Gesellschaft entsprechend auszuwerten». Seine Bestimmungen schränken die Rechte des Erfinders weitgehend ein und bieten keinen wirksamen Patentschutz.

Das Patentgesetz unterscheidet zwischen dem Wirtschaftspatent und dem Ausschliessungspatent. Das Ausschliessungspatent entspricht etwa dem Patent des deutschen Patentgesetzes. Das Wirtschaftspatent gibt dem Patentinhaber nicht das ausschliessliche Benutzungsrecht. Die Nutzung des Wirtschaftspatents steht neben dem Erfinder denen zu, die das Patentamt im Rahmen der Wirtschaftsplanung dazu bestimmt. Für diese Nutzung erhält der Erfinder eine Vergütung. Die Vergütung kann als einmalige Abfindung geleistet werden. In diesem Fall erlöschen die Rechte des Patentinhabers.

Dem Erfinder steht theoretisch die Wahl offen, welche Patentform er beantragen will. Ist aber die Erfindung im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Erfinders in einem -> VEB oder mit staatlicher Unterstützung gemacht worden, so darf nur ein Wirtschaftspatent erteilt werden.

§ 12 des Patentgesetzes gibt die Möglichkeit, auch die Rechte des Inhabers eines Ausschliessungspatents zu beschneiden. Die Regierung kann auf Antrag der Wirtschaftsabteilung des Patentamtes die Wirksamkeit eines Patents gegen Zahlung einer Entschädigung einschränken oder aufheben, wenn eine «wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Notwendigkeit» hierfür vorliegt. Ein Rechtsmittel gegen diese Massnahme gibt es nicht, nur bei Streit über die Höhe der Entschädigung kann das Patentgericht angerufen werden. Patentamt ist das **«Amt für Erfindungs- und Patentwesen der DDR»** in Berlin (Gesetz vom 6. 5. 1950, GBl. S. 1'000).

Patente, -> **Gebrauchsmuster** und -> Warenzeichen dürfen ausserhalb der SBZ erst nach vorheriger Anmeldung der Schutzrechte beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen und nur auf staatliche Genehmigung angemeldet werden (VO vom 18.5. 1955, GBl. I, S. 465). Verstösse werden strafrechtlich verfolgt. Mit VO vom 15.3. 1956 (GBl. I, S. 271) hat die «DDR» die Wiederanwendung der Pariser Verbandseinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und ihrer Nebenabkommen erklärt. Da die Bundesrepublik die «DDR» nicht als Staat anerkennt, erzeugt dieser «Beitritt» zu den internatio-

nalen Abkommen im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland. Verhältnisse der Rechtswirkungen.

**PATRIOTISCHE ERZIEHUNG:** Von 1950 bis 1955 war die Erziehung zu «glühenden Patrioten und Freneskämpfern» bzw. zu «aufrechten Patrioten» der Kern des offiziellen Erziehungsziels. Vorbild dieser Zielsetzung war die Verpflichtung der sowjetischen Schulen auf den Sowjetpatriotismus. Wenn auch an dieser Forderung festgehalten wird, ist die Betonung des Patriotismus etwas zurückgetreten, vor allem durch Hervorhebung der Erziehung zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen. Mit der PE werden auch die Freundschaft mit den Völkern der SU und den anderen «sozialistischen» Staaten sowie die Solidarität mit den sonstigen kommunistischen Parteien und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern gefordert. [610]

**PATRIOTISMUS:** Die SED betrieb die Vorbereitung, Gründung und Abstützung des kommunistischen Staates in der SBZ mit einer zweckhaften Zurechtbiegung des deutschen Nationalbewusstseins, obwohl der .....eigentliche... **Marxismus** das Nationale als klassenbedingten Atavismus verwirft. Diese zweckhafte Zurechtbiegung führte zu dem schillernden Begriff des sowjetischen P. Die SED, die sich dabei der -> **Nationalen Front** bediente und bedient, pflegt diesen P. seit der Ausrufung der -> **Nationalen Volksarmee** (Januar 1956) immer nachhaltiger.

Die Wesensbestimmung des P., die **Fred -> Oeissner 1951** in seiner (1955 wieder aufgelegten) Schrift «Die heutige Bedeutung der nationalen Frage» (S. 31 f.) gab, bleibt in der SED gültig, obwohl er Anfang 1958 aus wirtschaftspolitischen Gründen aus dem -> **Politbüro** der SED entfernt wurde. Er betonte, die SED könne «deutschen Patriotismus nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln» Man müsse an die geschichtlichen Leistungen und «an das ganze fortschrittliche kulturelle Erbe unseres deutschen Volkes anknüpfen», so schrieb Oeissner, zugleich aber müssten wir «besonders die Kulturgüter des fortschrittlichsten Volkes der Welt, des Sowjetvolkes, in uns aufnehmen, um ein neues deutsches Nationalgefühl auf wahrhaft ethischer Grundlage zu entwickeln».

Sinngemäß entfaltete dann Otto -> Grotewohl 1953, zum «Tage des Lehrers», diesen Zweck-P. (s. Grotewohl: An die Jugend, 1955, S. 299 f.): «Im Kapitalismus wurde das echte und gute Nationalgefühl zum Nationalismus und Chau-

vinismus.\* Demgegenüber, so forderte er, «gilt es, einen echten Patriotismus zu entwickeln, einen Patriotismus, der die natürliche und enge Verbundenheit eines jeden Menschen mit dem Land und dem Volk einschließt, in dem er geboren ist, in dem er aufwächst und in dem er arbeitet. Das Wachstum eines Menschen ist mit seinem Volk, mit seiner Geschichte, seiner Sprache und seinen Kulturgütern eng verbunden.» Solcher P., so erklärte Grotewohl, «der in der Liebe zum eigenen Volke wurzelt, ist unvereinbar mit dem Hass gegen andere Völker». Wie bloss taktisch und zweckhaft die SED die Gefühle des P. für den internationalen Klassenkampf einsetzt, zeigt sich, wenn er im Zeichen «solchen patriotischen Denkens» fortfährt: «Darum fühlen wir uns in tiefer Freundschaft verbunden mit den Völkern des Weltfriedenslagers, an deren Spitze die grosse Sowjetunion steht.»

P. wird in allen Bereichen gefördert. So sagte -> **Ulbricht** im Jan. 1956 auf dem «IV. Deutschen Schriftstellerkongress», für ganz Deutschland sei der -> **Aufbau des Sozialismus** notwendig, dieses Ziel «mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Kunst, zu erringen, das ist die hohe patriotische Aufgabe auch unserer Dichter und Schriftsteller».

Auf dieser Zwecklinie bewegt sich die Schulung zum P. in allen Organisationen und in sämtlichen Bereichen der SBZ. Der P. der SBZ wirkt sich seit Mitte 1952 auch in der -> **Nationalen Geschichtsbetrachtung aus. In «Junge Welt»,** der Tageszeitung der -> **FDJ,** biegt **Gerhard Eisler** am 4. 6. 1958 den Begriff P. entsprechend um: «Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, dass ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann . . . auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten nationalen, politischen, sozialen und kulturellen Wünsche . . . [208, 512, 517, 525]

**PAWLOW, IWAN PETROWITSCH:** 1849-1936, Prof. der Physiologie an der Medizin. Akademie in Petersburg (seit 1890). Entdecker der «bedingten Reflexe»: Korpervorgänge (Reflexe), die natürlicherweise auf bestimmte äussere Reize

folgen (bspw. Ausscheidung von Speichel auf Riechen oder Sehen von Nahrung bei Beginn der Fütterung), werden, wenn man die natürlichen Reize gleichzeitig mit willkürlichen Signalen (Klingelzeichen u. dgl.) einige Zeit hindurch wiederholt auftreten lässt, bei Tieren wie beim Menschen schliesslich auch durch die verwendeten Signale allein hervorgerufen. Mit solchen «bedingten Reflexen», der Sprache als «Zweitem Signalsystem» und der Auffassung jedes Denkens als «inneres Sprechen» meinte er, alle höheren Lebensvorgänge bei Tier und Mensch, auch alle seelischen, einheitlich «materialistisch» erklären zu können aus «Einheit von Organismus und Umwelt» und führender Rolle der Umweltwirkungen. Diese mit Scheinerklärungen durchsetzte «neurophysiologische Theorie» stellt den wichtigsten naturwissenschaftlichen Teil des -> **Dialektischen Materialismus** dar. Sie wurde von P. und seinen Nachfolgern zu einem System der Psychologie und Psychopathologie, einschl. der Neurosenlehre, ausgebaut, das in der SBZ wie im ganzen Sowjetblock als Dogma herrscht. (-> **Gesundheitswesen**)

**PAZIFISMUS:** -> **Frieden.**

**PDA; Abk. für -> Produktions- und Dienstleistungsgabe.**

**PEN-ZENTRUM:** In der SBZ «PZ. Ost und West» genannte, aus komm. Schriftstellern der SBZ und westdeutschen Gesinnungsgenossen gebildete deutsche Splittergruppe der internationalen Schriftstellervereinigung. PZ. besteht seit 1951 neben dem 1949 in Göttingen gebildeten «Deutschen PEN-Zentrum» und steht entsprechend seiner Zusammensetzung im Gegensatz zu diesem. Präsident: **Arnold -> Zweig.** Sitz: München.

**PERIODISIERUNG:** Nach der marxistischen Theorie entwickelt sich die menschliche Gesellschaft in einer Kette von Klassenkämpfen. (-\* **Marxismus-Leninismus, -> Historischer Materialismus**). Im Schosse der jeweils herrschenden Gesellschaftsordnung entsteht durch die Widersprüche in den -> **Produktionsverhältnissen** aus der unterdrückten Klasse der Träger der nachfolgenden neuen Gesellschaft. So entwickelt sich, -> **Marx** zufolge, im Schosse der kapitalistischen Gesellschaft das -> **Proletariat**, die revolutionäre Vorkämpferin für den Sozialismus bzw. Kommunismus. Die gesellschaftliche Umwälzung erfolgt jedoch nicht in einem Akt, sondern in bestimmten Etappen oder Perioden. Der proletarischen Revolution muss die erfolgreiche «bürgerlich-

demokratische' vorausgehen, die den Feudalismus beseitigt und durch die Errichtung der parlamentarischen Demokratie dem Proletariat ermöglicht, unter Ausnutzung der bürgerlich-demokratischen Rechte die Voraussetzungen für die -> **Diktatur des Proletariats** zu schaffen. Nach -> **Lenin** greift die verzweifelt um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft kämpfende Bourgeoisie u. U. auch zu brutalster Gewalt und absolutem Terror. Nach bolschewistischer Auffassung war der Nationalsozialismus ein solches System äussersten bourgeoisen Terrors, das dadurch möglich wurde, dass die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland nach ihren 1848 erfolgten Ansätzen auch 1918 nicht vollendet wurde. Der halbfeudale Apparat der Militärorganisationen, der Verwaltung und Justiz blieb erhalten. Feudalismus, Militarismus und monopolkapitalistische Schwerindustrie gingen angeblich ein Bündnis ein, während die demokratischen Kräfte infolge mangelhafter Organisation und politischer Kurzsichtigkeit (mit Ausnahme der KPD) in diesem formal-demokratischen System nicht zur Geltung kamen. Die erste Phase nach der Kapitulation von 1945 wird dementsprechend für die SBZ als Periode der «antifaschistisch - demokratischen Ordnung» bezeichnet, in der die «Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution» auf der Tagesordnung stand. Diese Periode endete mit der Gründung der «DDR» im Oktober 1949. Ihre wesentlichen Kriterien sind: Enteignung des Grossgrundbesitzes (-> **Bodenreform**), -> **Enteignung der Schlüsselindustrien**, Banken und Versicherungen, Zerschlagung der Reste des alten Verwaltungs- und Justizapparates sowie die sog. demokratische Bildungsreform. Zugleich wurde ab Mitte 1948 durch die Umbildung der -\* SED in eine bolschewistische Kaderpartei die Grundlage für die Inangriffnahme der «proletarischen Revolution» geschaffen.

Mit der zwischen 1949 und 1952 durchgeführten Unterwerfung aller übrigen -> **Parteien** und Organisationen vollzog sich der Übergang von der «antifaschistisch-demokratischen» Periode zur -> **Volksdemokratie**. Auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der «Aufbau der Grundlagen des Sozialismus» proklamiert. Völlige Zentralisierung der Verwaltung, strikte Unterordnung des Staatsapparates unter die Befehlsgewalt der SED, volle Verstaatlichung der Industrie und Teilkollektivierung der Landwirtschaft sind die entscheidenden Massnahmen in dieser Periode.

Auf dem V. Parteitag der SED proklamierte -> **Ulbricht** den Übergang in die neue Phase der -> **Vollendung des Sozialismus**. In dieser Periode erfolgte im April 1960 der Abschluss der + **Zwangs-kollektivierung** der Landwirtschaft. Diese parteioffizielle P. der Vorgeschichte und Geschichte der SBZ unterschlägt allerdings die entscheidende Tatsache, dass diese gesellschaftlichen Prozesse, die die einzelnen Phasen kennzeichnen, keineswegs aus innerem Zwang, aus den Bedürfnissen und der Bereitschaft der Bevölkerung erfolgten, sondern als eindeutiges Diktat einer kleinen Minderheit. Dieses Diktat wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der im Schutze ihrer Bajonette arbeitenden SED-Führung ausgeübt, der es bis heute nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen und damit den Akt der «kalten Revolution» zu legalisieren.

**PERSONALAUSSWEISE:** Ausgabe in der SBZ geregelt durch VO vom 29. 10. 1953 (GBI. S. 1090). Jede über 14 Jahre alte Person muss in Besitz eines P. sein, den sie ständig bei sich zu tragen hat. Die P. werden von der Deutschen -> **Volkspolizei** ausgestellt. Bei Interzonen- und Auslandsreisen muss der P. bei der Polizeibehörde hinterlegt werden (-> Passwesen). Der Interzonenreisende erhält für die Dauer seiner Abwesenheit eine Ersatz-Personalbescheinigung. Damit ist praktisch die auch in der SBZ anerkannte Abschaffung des Interzonenpasses umgangen worden (**Polizeiliches -> Meldewesen**). In Gebieten, in denen die Einreise oder der Aufenthalt einer besonderen Erlaubnis bedarf, gilt der P. nur in Verbindung mit einem Passierschein oder einer Aufenthaltserlaubnis (-> Sperrgebiet). Personen, die unter dem Verdacht der -> **Republikflucht** stehen, wird häufig der P. abgenommen. Sie erhalten einen Ersatzausweis, der nicht zum Betreten Berlins berechtigt, den sog. PM 12. Vor allem bei nahen Angehörigen von -> **Flüchtlingen wird so verfahren**.

**PERSONENKULT:** Pj., P. bedeutet die Hervorhebung einer Person entgegen dem Leninschen Prinzip der -> **kollektiven Führung**. Der Begriff P. gehört seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem die Abkehr vom -> **Stalinismus** öffentlich dokumentiert wurde, zum Sprachschatz der SED. Ulbricht folgte dieser Wendung und der Verdammung des P. in seiner Rede am 17. März 1956 auf der Ost-Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED.

Praktisch ist der P. seit 1957 in der UdSSR wie in der SBZ in Bezug auf die Personen -> **Chruschtschows** bzw. -> **Ulbrichts** nach der Niederringung der Rivalen um die Macht z. T. wiederaufgelebt.

**PERSONENSTANDSWESEN:** In der SBZ geregelt durch das Personenstandsgesetz vom 16. 11. 1956 GBI. I, S. 1283). Zur Beurkundung des Personenstandes werden bei den Standesämtern Geburtenbücher, Ehebücher und Sterberegister geführt.

**PERSÖNLICHES EIGENTUM:** -> **Eigentum**.

**PERSÖNLICHES KONTO:** Pj. Das PK. soll Rohstoffe, Hilfsstoffe, Brenn- und Kraftstoffe, Glas, Elektroenergie und Werkzeuge einsparen sowie Materialreste aus der Verwertung von Abfällen gewinnen helfen. Das PK. wird in einem auf den Namen des Besitzers ausgefertigten Kontobuch geführt, in das vor allem die auf Grund von -> **Materialverbrauchsnormen** ermittelten Einsparungen eingetragen werden. Für diese werden Prämien gewährt.

**PERSONLICHKEITSRECHTE, SOZIALISTISCHE:** Die -> **Grundrechte**, die auch in der -> **Verfassung der SBZ** enthalten sind, haben sich nach der komm. Lehre in SP. verwandelt. Nach Aufhebung des Widerspruchs zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Bürger und Staat und der Herstellung der Gemeinsamkeit der Interessen seien dem Menschen die SP. verliehen, damit er ein Mensch mit sozialistischem Bewusstsein (y) **Marxismus-Leninismus**, d. h. ein Mensch werde, der immer das für richtig hält, was die Führung der komm. Partei bestimmt. «Durch würde der neue sozialistische Mensch den engen und beschränkten bürgerlichen Rechts-horizont überschreiten und zum sozialistischen Gestalter der neuen Verhältnisse werden» (Aus der Entschliessung des V. Parteitages der -> **SED, Juli 1958**).

**PERSPEKTIVE:** Im Pj. die dem einzelnen wie auch ganzen Institutionen usw. zugeordnete Entwicklung. Da der -> **Bolschewismus** gemäss seiner Weltanschauung auf längere Sicht vor auszuplanen gewohnt ist, gibt es sowohl hinsichtlich Ausbildung und Einsatz von Einzelpersonen und Gruppen wie auch hinsichtlich der Ausgestaltung der ökonomischen und sozialen Einrichtungen -> **Perspektivpläne**, die festlegen, wie sich das Gegenwärtige weiterentwickeln soll.

**PERSPEKTIVPLÄNE:** Langfristige Pläne in der SBZ und im gesamten Sowjetblockbereich. Als P. gel-

ten alle Pläne, die länger als ein Jahr Laufzeit haben. (-> **Volkswirtschaftsplan**, -> **Fünfjahrplan**, -> **Siebenjahrplan**, **Planung**)

**PERWUCHIN, MICHAÏL GEORGIEWITSCH:** \*14. 10. 1904 in Jurgusan, 1929 Komsomol und -> **KPdSU**. 1929 Absolvent der Fakultät für Elektroindustrie des Moskauer Plechanow-Instituts, anschl. Arbeit als Hauptingenieur bzw. Direktor verseh. Elektrizitätswerke, 1937 Hauptverwaltungsleiter im Volkskommissariat für Schwerindustrie, 1938 stellv., dann 1. stellv. Volkskommissar für Schwerindustrie, 1939 Volkskommissar für Kraftwerke und Elektroindustrie, 1942 bis 1950 Volkskommissar bzw. Minister für chemische Industrie, 1953 bis 1954 Minister für Kraftwerke und Elektroindustrie, ausserdem von 1940 bis 1944 stellv. Vors. des Rates der Volkskommissare, von 1950 bis 1955 stellv. Vors. des Ministerrats. Dez. 1956 bis Mai 1957 Vors. der Kommission für laufende Planung beim Ministerrat, anschl. bis Juli 1957 Minister für mittleren Maschinenbau, vom 24.7. 1957 bis 20. 2. 1958 Vors. des staatl. Komitees für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen beim Ministerrat, seitdem Botschafter der SU in der «DDR\*». Seit 1939 ununterbrochen Mitgl. des ZK der KPdSU, von 1952 bis 1957 Mitgl., seitdem Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU.

**PESTALOZZI-MEDAILLE FÜR TREUE DIENSTE:** Die PM. wird an Lehrer und andere im Schulwesen tätige Personen nach 10, 25 und 40 Dienstjahren als Anerkennung treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung in drei Klassen (Gold, Silber, Bronze) verliehen. Die PM. kann auch verliehen werden «für kämpferisches Eintreten für die Gestaltung eines humanistischen fortschrittlichen Bildungs- und Erziehungswesens». (-> **Auszeichnungen**)

**PFARRERBUND, EVANGELISCHER:** Am 1. Juli 1959 gegründete Gemeinschaft evgl. Pfarrer, die gegen die Kirchenleitung eingestellt sind. Aufgabe des Bundes ist, eine dem -> SED-Regime freundliche Pfarrrefraktion zu bilden, von der wachsender Einfluss auf die Haltung der Gesamtkirche erhofft wird. Der EP. lehnt den Kampf gegen den -> **Atheismus** ab und zieht der «abendländischen Überlieferung» die kommunist. Geschäftsordnung vor. Am 1. April 1960 gehörten dem von der -> **Nationalen Front** finanzierten EP. etwa 200 von 6'000 amtierenden Pfarrern als Mitgl. an. Vors. Pfarrer Wolfgang Caffier, Weixdorf, Kreis Dresden. Zeitschrift: Evgl. Pfarrerblätt (Auflage 700).

**PFLICHTVERSICHERUNG:** P. besteht gegen Brandgefahr für sämtliche Gebäude und Einrichtungen der industriellen und handwerklichen Betriebe, mit einem Werte von 5'000 DM Ost aufwärts, gegen Hagelschäden für landwirtschaftliche Betriebe und Berufsgärtnereien, gegen Haftpflicht für Kraftfahrzeuge. (-> **Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung**) [426]

**PGH:** Abk. für Produktionsgenossenschaften des -> **Handwerks**.

**PHILATELIE:** Wird in der SBZ als «Hauptarbeitsgebiet» von einer Zentralen Kommission des **Deutschen -> Kulturbundes** politisch gesteuert und soll «entgegen den Auffassungen vieler Individualisten von einem Nur-Hobby zu einer echten politischen Aufgabe werden». Die Sammler werden daher z. B. aufgerufen, dem Regime Sondermarken zur Deviseneschaffung zu überlassen; ferner sollen sie sich nicht an westlichen Ausstellungen beteiligen, auf denen Marken gezeigt werden, die gegen den «Friedensgedanken» verstossen. Der Handel mit Marken «antidemokratischen» Charakters ist in der SBZ verboten. - Die Sowjetzonenpost zieht aus der Ph. einen Devisenertrag von jährlich etwa 10 Mill. DM Ost, indem sie einzelne Werte von Briefmarkenserien als sog. «Sperrmarken» oder «gebundene Werte» in verminderter Auflage (vermutlich 750'000) herausbringt und grösstenteils im Briefmarkenhandel des Auslandes absetzt.

**PIECK, WILHELM:** \* 3. 1. 1876 in Guben. Volksschule, Tischlerlehrling. 1894 Mitgl. des Deutschen Holzarbeiterverbandes, 1895 Beitritt zur SPD. Schloss sich im ersten Weltkrieg dem Spartakusbund unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an, wurde Soldat und desertierte nach Holland. Nach Gründung der KPD am 30. 12. 1918 in ihr Zentralkomitee gewählt. Im Frühjahr 1919 von Beauftragten der Gardeschützen-Division verhaftet, wurde P. unmittelbar vor der Erschiessung Liebknechts und Rosa Luxemburgs nach einer eingehenden Vernehmung auf freien Fuss gesetzt. 1921 bis 1928 Mitgl. des Preuss. Landtags, seit 1928 M.d.R., im gleichen Jahr in den zentralen Apparat der Komintern berufen, 1930 Mitgl. des Preuss. Staatsrates. 1931 setzte -> **Thälmann** eine KP-Untersuchungskommission ein, die P.s Verhalten während seiner Haft 1919 nachprüfen sollte. Das belastende Material wurde jedoch nicht ausgewertet. Dagegen ist bekannt, dass P. im August 1939 sich mit Erfolg bei -> **Stalin** gegen eine Freilassung Thälmanns aus dem KZ aussprach. 1933 emi-

grierte P. nach Frankreich, 1934 in die SU, wo die internen Auseinandersetzungen der KPD-Emigranten ihren Fortgang nahmen. Die Richtung Pieck/Ül bricht behielt die Oberhand. 1945 kam P. mit der Roten Armee nach Berlin und wurde Vors. der -> KPD. P. war von April 1946 bis April 1954 mit -> Grotewohl zusammen Vors. der -> SED. Seit Gründung der SED ununterbrochen Mitgl. des Zentralsekretariats bzw. des Politbüros. 1948 Präsident des «Deutschen Volksrats» (-> Volkskongress) seit 11.10.1949 -> Präsident der Republik. Am 7. 9. 1960 gest., sein Amt wurde nicht wieder besetzt. Es wurde als oberste Staatsbehörde ein -> Staatsrat eingesetzt, der, mit -> Ulbricht an der Spitze, weitaus mehr Vollmachten erhielt, als dem Präsidenten P. eingeräumt worden waren.

**PIONIERECKE: Von -> Jungen Pionieren** mit Losungen, Fahnen und Wandzeitungsartikeln ausgestaltete Ecke oder Wand in Klassenzimmern, die auf die Bedeutung und Ziele der Jugendorganisation hinweisen und zur Werbung neuer Mitglieder beitragen sollen. Entspricht der -> **Roten Ecke**. (-> **Rote Treffs**)

**PIONIERLEITER:** Auch „Freundschaftspionierleiter“, hauptamtlich tätige Angehörige der FDJ an den Grundschulen. Der P. ist gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die «Pionierarbeit» (-> **Junge Pioniere**) in der Grundschule. Er ist gleichberechtigtes Mitglied des -> **Pädagogischen Rates**, ist verpflichtet, zu hospitieren, «um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu erhalten» (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren). Die P. (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in besonderen Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine dreijährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die P. sollen nach einigen Dienstjahren durch zusätzliche Prüfungen die «Qualifikation als Lehrer erlangen. [603, 604, 606]

**PIONIERPALAST:** Mit grossem Kostenaufwand eingerichtete und unterhaltene Häuser, in denen Kinder mit allen Mitteln möglicher Verlockung im kommunistischen Sinne beeinflusst werden. P. enthalten z. B. Kindertheater, Räume für Arbeitsgemeinschaften (Elektrotechnik, Modellbau, Photographie usw.), Büchereien, Lesezimmer, Film-, Spiel-, Bastelräume u. dgl. mehr. Im zentralen P. «Haus der Kinder» in Berlin-Lichtenberg arbeitet der Lenkungsstab für alle anderen Häuser (Abteilungen):

Methodik der Pionierarbeit, massenpolitische Arbeit, Pädagogik, Organisation). Weitere P. befinden sich u. a. in Leipzig, Halle und Dresden. (-> **Erziehungswesen**) PISNIK, ALOIS: \*8.9.1911 in Leoben/Osterreich als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Mittelschule, Elektrotechniker. 1930 bis 1933 Fernstudium am Lehrinstitut Rustin, Potsdam, Elektro-Ing. 1928 SPO, 1933 KPO, Bezirks-Pol.-Leiter in der Obersteiermark, 1934 Pol.-Leiter der obersteierischen Landesleitung der KPO. 1935 wegen Hochverrats zu sieben Jahren Kerker verurteilt, 1936 amnestiert. 1936 bis 1937 erneut in Untersuchungshaft. 1937 bis 1940 Instrukteur der illegalen KPO in der Obersteiermark. 1940 10 Jahre Zuchthaus, Zuchthaus Halle. 1945 bis 1946 Org.-Sekretär der Bez.-Leitung Halle/Merseburg der -> KPD, 1946 bis 1949 Org.-Sekretär der Landesleitung Sachsen-Anhalt der -> SED, 1949 bis 1952 2. Sekretär der SED-Landesleitung Halle. Seit 1952 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg. Seit 1950 Mitgl. des -> ZK der SED, seit dem V. Parteitag der SED im Juli 1959 Kandidat des -> **Politbüros**. 1950 bis 1954 und wieder seit 1958 Abg. der -> Volkskammer

**PLANAUFSLAGE:** -> **Planung**, -> **Kennziffern**.

**PLAN DER NEUERER:** Nach einer Mitte 1960 in Vorbereitung befindlichen «Neuererordnung» (-> **Erfindungs- und Vorschlagswesen**) ein neuer Teil des **Betriebsplans**. Danach sollen künftig in jedem Betriebe «in engem Zusammenwirken mit den Werkstätten» Pläne aufgestellt werden, die «die mit der Tätigkeit der Neuerer entscheidenden Aufgaben enthalten, die sich aus dem Perspektivplan, dem Plan der **sozialistischen** -> **Rekonstruktion** und im Prozess der Planerfüllung ergeben; der PdN. ist daher laufend zu ergänzen». Verantwortlich für die Aufstellung und Kontrolle der Durchführung des PdN. ist der Betriebsleiter. (-> **Produktionspropaganda**, -> **Neuereraktiv**)

**PLANKOMMISSION, STAATLICHE:** Oberste Planungsinstanz der SBZ. Ihre Verordnungen, Anordnungen und Weisungen haben Gesetzeskraft und sind verbindlich für alle Instanzen einschl. der Betriebe. Vorläufer der jetzigen StP. war die Hauptverwaltung. Wirtschaftsplanung der -> **DWK**. Mit der Proklamierung der DWK zur «Provisorischen Regierung der DDR» wurde die Planungsabteilung der DWK in ein selbständiges Ministerium für Planung umgewandelt. Im Zusammenhang mit der Umbildung der Sowjetzonenregierung



nach den Volkskammerwahlen vom 15. 10. 1950 wurde das Ministerium aufgelöst und in die StP. umgebildet. Gleichzeitig mit der Reorganisation der «volkseigenen» Wirtschaft im Jahre 1958 (-> **Volkseigene Industrie**) wurde auch die StP. umgebildet und zur alleinigen Planungsinstanz mit erweiterten Vollmachten erklärt. (Vorher hatten die inzwischen aufgelösten -> **Produktionsministerien** gewisse Planungsfunktionen; -\* **Planung**.) Die StP. trifft ihre Entscheidungen unbeflügelt von nachgeordneten Regierungs- oder Verwaltungsstellen. Sie steht ausserhalb jeder Kritik durch sowjetzonale Stellen. Arbeitsweise und Arbeitsunterlagen werden durch ein Geheimhaltungssystem geschützt.

Die Pläne der StP. werden vor der Veröffentlichung mit der SU abgestimmt. Damit sichert sich die SU den entscheidenden Einfluss auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der SBZ (-> **Gosplan**.) Leiter der StP. ist seit 1952 -> **Leuschner**.

Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre 1958 wurden unter der Bezeichnung «Plankommissionen bei den Räten der Kreise» Verwaltungsstellen eingerichtet, die «einerseits den Räten der Bezirke, andererseits der StP.» unterstehen. Diese **Kreisplankommissionen** haben keine echten Planungsfunktionen, sondern sind ausführende Organe und für die Realisierung der Pläne im Kreis verantwortlich. (-> **Staatliche Kontore**) [781]

**PLANÖKONOMIE, HOCHSCHULE FÜR: Hochschule für -» Ökonomie, -> Hochschulen.**

**PLANPREISE, UNVERÄNDERLICHES** Hilfsmittel der sowjetzonalen Planung und Planabrechnung. UP. sind nicht identisch mit den + **Industrieabgabepreisen**, sondern wurden 1956 - im allgemeinen nach dem Preisstand vom 1.1.1955 für die Periode des 2. -\* **Fünfjahresplans** eingeführt. Die UP. gelten auch für die Periode des -> **Siebenjahresplans**. (-> **Messwerte**, -> **Bruttoproduktion**)

**PLANUNG:** Die in der SBZ im Laufe der Jahre seit 1949 entwickelten Methoden der totalen Planung umfassen sämtliche Wirtschaftsbereiche; sie beziehen auch die genossenschaftlichen und die restlichen privaten Bereiche ein. Man unterscheidet -> **Perspektivpläne** (-> **Fünfjahrplan**, -> **Siebenjahrplan**) und Jahrespläne (-> **Volkswirtschaftsplan**). Die Perspektivpläne werden über den -\* **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** mit den Sowjetblockstaaten abgestimmt; sie bilden die Grundlage für die Jahrespläne der beteiligten Länder.

In der SBZ werden die Wirtschaftspläne mit ihren wichtigsten -> **Kontrollziffern** nach den Weisungen der Wirtschaftskommission beim Politbüro der SED in der **Staatlichen -> Plankommission** entworfen. Nach Bestätigung durch den -> Ministerrat werden die Entwürfe einerseits nach Wirtschaftszweigen, andererseits nach den Bezirken regional aufgegliedert. Die Entwürfe werden zur Stellungnahme an die -> **WB** und die Räte der -> **Bezirke** und -> **Kreise**, die Mittelinstanzen, weitergeleitet. Diese Mittelinstanzen gliedern die Entwürfe weiter auf die ihnen unterstellten Betriebe usw. auf und legen jedem Betrieb die für ihn vorgesehenen Produktionsauflagen in Form von Kontrollziffern für die wichtigsten Planpositionen vor. Diese Kontrollziffern sind für die Betriebsleitungen der Rahmen für die von ihnen aufzustellenden Betriebspläne. Die Planvorschläge der Betriebe laufen dann an die Mittelinstanzen (WB, Räte der Kreise und Bezirke) zurück, wo sie zusammengefasst und als deren eigene Planvorschläge an die Staatliche Plankommission zurückgegeben werden. Dort werden die Vorschläge zu Gruppen zusammengefasst und aufeinander abgestimmt. Hierbei entsteht der Entwurf für das Gesetz über den Wirtschaftsplan und in Verbindung damit das Gesetz über den -> **Staatshaushalt**. Beide Gesetze bilden nach ihrer formalen «Beschlussfassung» durch die Volkskammer die Grundlage für die nach Mengen oder Produktionswerten bezifferten Produktionsauflagen, die unter der Bezeichnung y\* **Kennziffern** über die Mittelinstanzen an die Produktionsbetriebe gegeben werden. Diese Betriebe haben danach detaillierte Betriebspläne aufzustellen (z. B. für Material, Arbeitskräfte, Kosten, Maschinenausnutzung, Produktion, Umlaufmittel, Absatz, Finanzergebnis usw.) und den Mittelinstanzen zur Bestätigung vorzulegen. Dieser Planungsvorgang wird als «Feinplanung» bezeichnet. Bestätigte Betriebspläne haben Gesetzescharakter. Sowohl die Planungsmethodik als auch der Inhalt der Planung - also die wert- oder mengenmässigen Planziele - haben sich in der SBZ im Laufe der Jahre aus der Praxis entwickelt; sie entbehren jeder wissenschaftlichen Fundierung. Vergeblich haben sich bisher kommun. Wirtschaftswissenschaftler in der SBZ darum bemüht, die Wirtschaftsplanung und -Leitung aus der absoluten Unterstellung unter die politischen Absichten der SED-Führung herauszulösen und in der Wirtschaft -

was eigentlich selbstverständlich wäre – mehr ökonomische Prinzipien\* zur Geltung zu bringen (-\* **Wirtschaftswissenschaft**). Nach gewissen, seit Anfang 1960 zu beobachtenden Anzeichen kann angenommen werden, dass das SED-Regime aus Furcht vor dem Misslingen des von ihm proklamierten -> **Siebenjahrplans** künftig eher bereit ist, ökonomische Vorschläge der Wirtschaftswissenschaftler zu beachten. [781]

**PLAUEN:** Stadtkreis im sächsischen Bezirk -> **Chemnitz**, Kreisstadt, Hauptort des Vogtlandes, an der Weissen Elster, mit 79 743 Einwohnern (1959); Johanniskirche (12/16. Jh.), Gottesacker-(Luther-)Kirche (17. und 18. Jh.), Altes Rathaus (15. und 16. Jh.), Schloss; bedeutende Textilindustrie (Gardinen, Spitzen, Stickereien, Weisswaren, Zellwolle), daneben Lkw.-Produktion (-> **Kraftwagenerzeugung**), Textil- und Druckmaschinenbau, Draht- und Kabelwerke. Im 2. Weltkrieg erlitt insbesondere die Innenstadt schwere Zerstörungen.

**PLENIKOWSKI, ANTON:** \*19.11.1899 in Zoppot als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Lehrerseminar, Lehrer 1919 -> **KJVD**, 1926 Sozialdemokratische Partei Danzig. 1927 -> **KPD**/Unterbezirk Danzig. 1928 bis 1937 Mitgl. des Danziger Volkstages, 1937 Emigration nach Schweden, 1946 Rückkehr nach Berlin, -> **SED**. 1946 bis 1954 Leiter der Abt. Staatl. Verwaltung im ZK der SED. 1954 Stellv. des Leiters, seit 1956 Leiter des Büros des Präsidiums des -\* **Ministerrates** im Range eines Staatssekretärs. Seit 1954 Kandidat des -> ZK der SED, seit 1950 Abg. der -\* Volkskammer.

**POLAK, KARL:** Prof. Dr. jur., \*12.12.1905 in Westerstede, Gymnasium, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg /Br., 1932 Promotion. 1933 Emigration in die SU, dort Fortsetzung des Studiums und wissenschaftliche Tätigkeit. 1946 Rückkehr in die SBZ, **SED**. Massgeblich an der Ausarbeitung der -> **Verfassung** der SBZ beteiligt, seit 1949 Prof. für Staatsrecht an der Universität Leipzig. Ausserdem wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Staatliche Organe im ZK der SED. Seit dem 12. 9. 1960 Mitgl. des -> **Staatsrates**. Seit 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer, stellv. Vors. des Rechtsausschusses und Mitgl. des Ausschusses für die örtlichen Volksvertretungen.

**POLIKLINIK:** Errichtung durch -> **SMAD**-Befehl Nr. 272/1947 den Kommunalbehörden aufgegeben, im jetzigen System des -> **Gesundheitswesens** nach sowj. Muster die leitende Einrichtung je eines regional abgegrenzten ärztlichen

«Versorgungsbereichs\*. Jede P. soll mindestens fünf fachärztliche Behandlungsabteilungen, zahnärztliche Abteilung, physikalisch-therapeutische Anlagen und -> Apotheke umfassen und organisatorisch mit einem Krankenhaus verbunden sein, dessen Leiter sie untersteht (-> **Krankenhaus-Ordnung**). Sie soll nach dem Prinzip des -> Dispensaire arbeiten. Je eine P. soll für 50'000 Einwohner zuständig sein; nachgeordnet und fachärztlich von ihr versorgt das -> **Ambulatorium** und die -> **Staatliche Praxis**. Soll Ende 1955: 374 P. Bestand Anfang 1960: 226 P. (beides ohne Universitäts-P.). Erhebliche Vermehrung im -> **Siebenjahrplan** vorgesehen. Die Ausstattung ist z. T. auch nach westlichen Massstäben befriedigend, z. T. sehr primitiv. Noch 1958 entfielen auf P. und Ambulatorien weniger als 40 v. H. aller ärztlichen Behandlungsfälle. (\* **Ärzte**, -> **Betriebsgesundheitswesen**) [440]

**POLITARBEITER:** a) Pj. Bezeichnung für alle aktiven -> **Funktionäre** der -> **SED**; b) Titel der offiziellen Halbmonatsschrift der Politverwaltung für die Streitkräfte der SBZ.

**POLITBURO:** Das auf den Parteitagen der -> **SED** gewählte -> **ZK** «wählt zur politischen Leitung . . . zwischen den Plenartagen das Politbüro . . .» (Statut der SED in: «Protokoll des IV. Parteitages der SED», Dietz-Verlag Berlin 1954, S. 1129).

Mitgl. des auf dem V. Parteitag im Juli 1958 neugewählten P. sind: -> **Pieck**, -> **Ulbricht**, -> **Grotewohl**, -> **Ebert**, -> **Honecker**, **Leuschner**, -> **Matern**, -> **Mückenberger**, -> **Neumann**, -> **Norden**, **Rau**, -> **Stoph**, **Herbert** -> **Warnke**; Kandidaten des P.: -> **Baummann**, -> **Ermisch**, -> **Fröhlich**, -> **Hager**, -> **Kurella**, -> **Mewis**, **Pisnik**, **Paul Verner**. Seit **Dezember 1959** ausserdem -> **Grüneberg**.

Seit 1949 wurden aus dem P. ausgeschlossen: -> **Merker**, -\* **Ackermann**, -> **Dahlem**, -\* **Zaisser**, -> **Herrnstadt**, **Elli** -> **Schmidt**, -> **Jendretzky**, -> **Oelssner**, -> **Schirdewan** (-> **Säuberungen**).

Den Weisungen des SED-P., das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der -> **KPD** erhält, sind faktisch sowohl die Partei- -> Apparate der SED und der illegalen -\* **KPD** als auch sämtliche -> Massenorganisationen und der -> Staatsapparat der SBZ unterworfen. Sitzungen des P. finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der Sowjet. Botschafter in Ost-Berlin teil.

Das P. wurde im Jan. 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der

KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats.

Beim P. bestehen eine Reihe von Kommissionen, u. a. die Kultur-, Sicherheits-, Schul-, Landwirtschafts- und -> **Wirtschaftskommission** sowie die Kommission für medizinische Wissenschaften und Gesundheitswesen und die ideologische Kommission mit kleinen, eigenen hauptamtlichen -> **Apparaten**. Diese Gremien werden, bis auf eine Ausnahme, von Mitgl. des P. und Mitgl. des -> Sekretariats des ZK der SED geleitet. Ihnen gehören führende Partei- und Staatsfunktionäre, leitende Mitarbeiter der Massenorganisationen, Wissenschaftler und jeweils einige erfahrene Praktiker an. Durch die Kommissionen soll unter Leitung des Parteiapparates eine für die SED befriedigende Koordinierung zwischen politischen Notwendigkeiten und fachlichen Gegebenheiten erreicht werden.

**POLIT-KULTUR-OFFIZIER:** **Politoffizier.**

**POLITOFFIZIER:** Oft geänderte Bezeichnung für den in allen Zweigen der -> **Streitkräfte** eingesetzten Politikommissar, der - neben den Kommandeur und Truppenoffizier gestellt - für die politische Ausrichtung aller Einheiten und für die Durchführung und Überwachung des politischen Schulungsprogramms verantwortlich ist. In der Armee der SBZ steht jedem Kommandeur bis zum Kompaniechef abwärts ein P. zur Seite. Früher verwendete Bezeichnung: **Polit-Kultur-Offizier (PK)**;

ab Mitte 1955 zeitweise: **Kultur-offizier. (-> Militärpolitik)**

**POLITÖKONOMIE:** Abk. für „Politische Ökonomie“, d. i. die von -> **Marx** abgeleitete Lehre der komm. Parteien und damit der -> SED «von den Gesetzen der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der materiellen Güter“. Die P. beschäftigt sich mit Untersuchungen und Aussagen über den Charakter der Produktionsmittel, der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, des Kapitals, des Geldes, der Ware, der Preise, des Lohnes, der Konsumtion usw. Die P. gehört - neben der Lehre vom -> **Dialektischen** und -> **Historischen Materialismus** - zu den Hauptgrundlagen komm. Propaganda und Politik. (-> **Wirtschaftswissenschaften**)

**POLITSCHULUNG:** Wichtigster Unterrichtszweig innerhalb der Ausbildung der bewaffneten Kräfte. Die P. der -> **Bewaffneten Organe** und der -> **Nationalen Volksarmee** erfolgt nach einheitlichen Richtlinien der Politverwaltung bzw.

der Politabt. Nach ihnen sollen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte «erfüllt sein vom Geist des proletarischen Internationalismus und vorn Hass gegen die anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten“. Die Existenz der vielen militärischen und polizeilichen Verbände in der SBZ wird mit der Behauptung begründet, die Kriegsgefahr wachse täglich. Die NVA, so heisst es, sei nicht militaristisch, «weil sie sich zu 80 v.H. aus Arbeitern und Bauern zusammensetzt“. Die bewaffneten Kräfte bekämpfen den «abstrakten Pazifismus\* und bejahen «gerechte Kriege im Sinne Lenins“. Gerechte Kriege dienen «der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus“. Gerechte -> **Kriege** können, so lehrt es die Politverwaltung, auch auf fremdem Territorium geführt werden. Die P. wird wesentlich mitgetragen von den Gliederungen, die -> **SED** und -> **FDJ** in der NVA wie in allen bewaffneten Kräften unterhalten. (-> **Militärpolitik**) [305]

**POLITSTATUT:** Grundlegende, im Mai 1952 von Generalmajor **Rudolf -> Dolling** ausgearbeitete politische Richtlinien für die SBZ-Armee. Das P. enthält u. a. die Verpflichtung, «der SED und der Regierung der DDR» treu ergeben zu sein und überall dort Dienst zu tun, «wo es die Interessen der DDR erfordern“.

**POLITVERWALTUNG G:** Oberste politische Dienststelle der -> **Nationalen Volksarmee** der SBZ, vorgeordnete Dienststelle aller -> **Politoffiziere**. Verantwortlich für die Ausarbeitung der politischen Schulungsprogramme nach Anweisung des -> **Politbüros** der SED. Chef der PV.: bis 25.8.1959 Generalmajor **Rudolf -> Dolling**, nun Vizeadmiral **Waldemar Verner**.

Unterbau der P. sind alle Mitglieder, die die -> SED in der NVA wie in allen bewaffneten Kräften hat. Die P. ist formell und tatsächlich zugleich eine Bezirksorganisation der SED (s. § 74 des Statuts der SED von 1954). Auch die P. in den übrigen bewaffneten Kräften sind zugleich Gliederungen der SED. Ähnlich bedient sich die P. überall der «FDJ-Organisationen in den bewaffneten Kräften\* (s. § 66 des Statuts der -> **FDJ** vom Mai 1959).

**POLIZEIHELPER:** -> **Volkspolizei-helfer, -> Grenzpolizei-helfer.**

**POLIZEISTUNDE:** In der SBZ geregelt durch VO vom 8. 12. 1955 (GBl. I, S. 929). Die P. dauert grundsätzlich von 24 Uhr bis 6 Uhr. An Sonnabenden und Tagen vor gesetzlichen Feiertagen sowie an Sonn- und Feiertagen beginnt die P. um 1 Uhr des darauffol-

genden Tages. Die Volkspolizei kann die P. verkürzen, aufheben und zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einen früheren Beginn der P. festsetzen. Für die P. im -> **Sperrgebiet** bestehen Sonderregelungen.

**POLIZEITRUPPEN:** Kasernierte militärähnliche (paramilitärische) Bereitschaftspolizei, die zunächst als staatspolitische oder grenzpolizeiliche Verfügungstruppe organisiert ist, zugleich aber effektiv den Kampfwert militärischer Streitkräfte hat und eine mot. Infanterie darstellt. - Als P. kann in diesem Sinne in der Bundesrepublik nur sehr bedingt der Bundesgrenzschutz bezeichnet werden, der in viel stärkerer Masse polizeiliche Aufgaben erfüllt als die Grenzpolizei der SBZ. Keinesfalls aber haben die Bereitschaftspolizeien der Länder der Bundesrepublik die Zielsetzung und den Wert einer motorisierten Infanterie. **P. in der SBZ sind die -> Grenzpolizei, -> Bereitschaftspolizei, -> Transportpolizei, die mot. Bereitschaften der -> Volkspolizei** in Berlin und das Wachregiment des -> MfS, zus.: rd. 84 200 Mann. (Dagegen umfasst der Bundesgrenzschutz nur rd. 14 200 Mann und die Bereitschaftspolizeien der Länder zählen, einschl. West-Berlins, nur etwa 14 800.) [306, 317]

**POLYTECHNISCHE ERZIEHUNG:** Die Forderung der PE. geht auf Ausseerungen von -> **Marx** und -> **Engels** zurück. Die SU war im Anschluss an die Oktoberrevolution bemüht, die Anregungen beider Klassiker zu verwirklichen. In der Stalin-Ära sind die entsprechenden Versuche praktisch aufgegeben worden, wurden aber seit 1953 erneut aufgenommen. Die Reformversuche führten in der SU (1958) zu einer Reorganisation des gesamten Schulwesens unter dem Aspekt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft. Die SBZ hat sich dieser Zielsetzung angepasst, wenn sie auch die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit weniger intensiv gestaltet hat als die SU. Wenn auch diese Verbindung alle Arten der Bildung und Erziehung zu durchdringen hat, wirkt sie sich doch am stärksten in der PE. aus. Die PE. umfasst 1. die Einführung in die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen der Produktion; 2. die Vermittlung eines Systems technologischer Grundkenntnisse, d. h. allgemeiner technischer Kenntnisse (vor allem vom Aufbau und der Wirkungsweise einiger wichtiger Maschinen und von der Elektrotechnik) sowie Ver-

trautheit mit den Grundzügen der Technologie der Hauptproduktionszweige (metallurgische, chemische Produktion, Maschinenbau, Energetik, Landwirtschaft); 3. Die Aneignung entsprechender Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang mit Werkzeugen, Messinstrumenten und Maschinen; 4. Einen Überblick über die ökonomische Struktur des Produktionsprozesses und Verständnis für die Rolle des Menschen in diesem Prozess. Nach dem neuen Schulgesetz ist die PE. und Bildung «Grundzug» und «Bestandteil» des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Die PE. zielt auf eine Umgestaltung des Gehaltes der Allgemeinbildung und - soweit es sich um die Oberschule handelt - auf eine noch vorbereitende Grundausbildung in Hinsicht auf die Arbeit in der Produktion. Sie erhält den Charakter einer besonderen Form der beruflichen Ausbildung, wo sie zur Facharbeiterprüfung führt. Die Funktion der PE. ist es, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik besser zu fundieren und die frühzeitige Verinnerlichung der Forderungen an die berufliche Arbeit in einem kommun. Staat zu bewirken. Gleichzeitig ist die PE. auch ein Mittel einer permanenten Auslese, zumal sie die Jugendlichen besonderen Belastungsproben unterwirft.

Im Mittelpunkt des polytechnischen Unterrichts steht in den Klassen 1 bis 6 der Werkunterricht, dann folgt der «Unterricht in der sozialistischen Produktion». Er umfasst neben der produktiven Arbeit am -> **Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion** auch die «Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und in der Landwirtschaft». Im Werkunterricht werden Lehrgänge in Papier- und Papparbeit durchgeführt, werden Holz, Platten, Drähte und Bleche bearbeitet. Dann folgen ab Klasse 7 die Grundlehrgänge des Unterrichtstages: Metallbearbeitung, Elektrotechnik, landwirtschaftliche Produktion und Maschinenkunde. Gegenstand jener «Einführung» ist der Wirtschaftsprozess, wobei u. a. ein Überblick über die landwirtschaftliche Produktion, die Hauptindustriezweige, die Organisation der Arbeit und die angebliche Mitwirkung der Werktätigen in der Leitung der Wirtschaft vermittelt wird. [611]

**POSTSPARKASSE:** Zur Teilnahme am P.-Dienst sind alle natürlichen Personen berechtigt, die einen Personalausweis der «DDR» besitzen oder in einem solchen eingetragen sind. Die Postsparkonten

werden beim Postsparkassenamt Berlin geführt.

**POST- UND FERNMELDEWESEN:** Der örtliche Postbetrieb wurde im Mai 1945 aufgenommen und bald zu 6 Oberpostdirektionen (Dresden, Erfurt, Halle/Saale, Leipzig, Potsdam, Schwerin) zusammengefasst, die den Landes- bzw. Provinzialregierungen unterstellt wurden. Nach der Gründung der «DDR» im Jahre 1949 erhielt das PuF. mit dem «Ministerium für das PuF.» die endgültige organisatorische Spitze. Das Gesetz über den Haushaltsplan 1950 vom 9. 2. 1950 verpflichtete auch die Post, Finanzpläne aufzustellen. Dadurch wurden Oberpostdirektionen, Post-, Fernmelde- und Funkämter der «volkseigenen» Wirtschaft gleichgestellt. Jeweils mehrere Ämter wurden zu selbständigen Betrieben zusammengefasst, ein Betriebsplan aufgestellt und das Prinzip der **→ wirtschaftlichen Rechnungsführung** eingeführt. Ende 1952 wurden im Zusammenhang mit der Verwaltungsneugliederung die 6 Oberpostdirektionen für PuF. aufgelöst und 14 Bezirksdirektionen errichtet. Eine staatspolitisch äusserst wichtige Aufgabe erhielt die Post durch Übernahme des gesamten Zeitungs- und Zeitschriftenvertriebes ab 1.4. 1949. Beförderung und Zustellung sämtlicher Presseerzeugnisse geschehen durch die Post.

Das Postscheckwesen zeigt einen ständigen Rückgang, da zwischen den VE-Betrieben im **→ Rechnungs-einzungsverfahren** abgerechnet wird. Die Zahl der Konten ist von 346 600 im Jahre 1950 auf 169'000 im Jahre 1959 zurückgegangen, die Zahl der Gutschriften von 15,5 Mrd. DM auf 8,5 Mrd. DM. Es gibt 2 Arten von Konten, «freie» und «gebundene», die ersteren können nicht von Betrieben, Gewerbetreibenden usw. eingerichtet werden. Letztere dienen nur Überweisungszwecken. Trotz der in der Verfassung garantierten Wahrung des Postgeheimnisses wird vom **→ SSD** eine **→ Postzensur** ausgeübt. Insbesondere die Auslands- und Interzonenpost (Briefe und Pakete) werden in besonderen Kontrollämtern genau geprüft. Auch der Fernsprechverkehr unterliegt der Überwachung durch den SSD.

**POSTZENSUR:** Das im Art. 8 der **→ Verfassung** garantierte Postgeheimnis wird ständig gebrochen. Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des **→ SSD** koordiniert. Insgesamt bestehen 47 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher «Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr (AFAS)» genannt, die vor allem die aus dem Westen kommende und auch nach dort gerichtete Post kontrol-

lieren. Der Telefon- und Telegrafverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht. Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.

Die Paketkontrolle wird durch das **Amt für **→ Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW)**** durchgeführt. Es gibt Paketkontrollämter in **Berlin O 17, **→ Dresden, **→ Leipzig, **→ Erfurt, **→ Magdeburg****** und **→ Schwerin.** (**→ Post- und Fernmeldewesen**)****

**POTSDAM:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **Verwaltungsneugliederung aus dem Westteil von Brandenburg** unter Austausch sachsen-anhaltischer Gebietsteile; 12 413 qkm, 1 174 085 Einwohner (1959). 2 Stadtkreise:

**→ Brandenburg, Potsdam;** 15 Landkreise: Jäitzig, Brandenburg, Gransee, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Kyritz, Luckenwalde, Nauen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Pritzwalk, Rathenow, Wittstock, Zossen. Vorsitzender des Rates des Bezirkes: Franz Pepsinski (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: Kurt **→ Seibt**. 2. Stadtkreis im brandenburgischen Bezirk P., Bezirksstadt, Kreisstadt, zwischen Havelseen am Zusammenfluss von Havel und Nuthe, mit 115 163 Einwohnern (1959) grösste Stadt Brandenburgs; ehem. neben Berlin Residenz der Hohenzollern (Brandenburg), bis 1952 Landeshauptstadt, mit zahlreichen geschichtlichen Bauten im klassisch gemässigten Barock (im 2. Weltkrieg stark zerstört): Stadtschloss (1745-1751 umgebaut, nach Kriegsschäden 1960 völlig aberissen), Garnisonkirche (1731-1735, mit Gruft Friedrich Wilhelms I. und Friedrich d. Gr.), Neues Palais (1763-1769), Park und Schloss Sanssouci; mit den **→ DEFA-Studios** in P.-Babelsberg Mittelpunkt der sowjetzonalen Filmproduktion, chemisch-pharmazeutische Industrie und Lokomotivwerke «Karl Marx»; **Deutsche **→ Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften «Walter Ulbricht»**** (seit 1952/53), Pädagogische Hochschule, Hochschule für Filmkunst (seit 1954), Institut für Agrarökonomie, Institut für Archiwissenschaft, Brandenburgische Landes- und Hochschulbibliothek, Theater («Hans - Otto - Theater»), Forschungsstelle für Ur- und Frühgeschichte - Im Schloss Cecilienhof bei P. tagte vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 die Potsdamer Konferenz, die zum **→ Potsdamer Abkommen** führte.

**POTSDAMER ABKOMMEN;** **→ Besatzungspolitik, **→ Oder-Neisse-Linie.****

**PRAKTIKANTENZEIT:** a) die Studierenden an Technischen Hochschu-

len in der SBZ mussten bis einschliesslich 1959 vor Beginn des Studiums ein Praktikantensemester in einem Produktionsbetrieb ableisten. Vom Studienjahr 1960 ab sind sie im ersten Studienjahr verpflichtet, ein Betriebspraktikum dergestalt durchzuführen, dass sie im Wechsel je eine Woche an der Hochschule studieren und anschliessend jeweils eine Woche in einem dem Studienfach entsprechenden Produktionsbetrieb praktisch an der Werkbank arbeiten. Die Lehrpläne der Hochschulen sind entsprechend geändert worden: der Lehrstoff des ersten Semesters verteilt sich auf das ganze Jahr; der nicht aufgearbeitete Lehrstoff ist in den nachfolgenden Semestern nachzuholen. Der Studierende arbeitet in der P. nur an zwei Arbeitsplätzen, so dass er bereits nach kürzerer Zeit zu produktiven Arbeitsleistungen herangezogen werden kann. Studierende erhalten während solcher P. zu ihrem Stipendium einen monatlichen Zuschuss zwischen 50 und 120 DM Ost, womit die produktive Arbeitsleistung abgegolten wird.

b) Die Ausbildung landwirtschaftlicher Fachkräfte erfolgt in -> **Lehrkombinaten** auf -\* VEG, und zwar 1-2 Jahre allgemein und im letzten Jahr speziell, je nach Fachrichtung (Feldwirtschaft, Saatgutwesen, Viehwirtschaft, Geflügelzucht usw.). Das Mindestalter zum Antritt der Lehre beträgt 14 Jahre für Grundschüler (3 Jahre Lehrzeit) und 16-18 Jahre für Mittel- und Oberschüler (2 Jahre Lehrzeit). Die P. schliesst mit der Gehilfenprüfung ab, welche Voraussetzung für jede weiterführende Ausbildung ist. Man rechnet in der SBZ mit rd. 18'000 landw. Lehrlingen je Lehrjahr. Die Viehwirtschaft gilt als Ausbildungsschwerpunkt, in den hinein die -> **Berufslenkung** erfolgt.

c) Vorbereitungszeit für das Amt eines Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts oder Justitiars in der volkseigenen Wirtschaft. Durch eine von Just. Min. **Hilde -> Benjamin** und Generalstaatsanwalt -> **Melsheimer** gemeinsam erlassene AO vom 22. 7. 1959 wurde eine P. von eineinhalb Jahren eingeführt, um eine ständige «marxistisch-leninistische Erziehung» der jungen Juristen zu gewährleisten. Diese soll sicherstellen, dass die künftigen Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte «gegenüber allen Gefahren formaljuristischen Verhaltens gefestigt und zur konsequenten Parteilichkeit für die Sache der Arbeiter-und-Bauern-Macht erzogen werden». Der Praktikant wird 7 Monate beim Kreisgericht bzw. Kreisstaatsan-

walt beschäftigt. 3 Monate körperlicher Arbeit in der Produktion, 2 Monate Tätigkeit beim Kreis-ausschuss der «Nationalen Front», 2 Monate beim Kreisvorstand des FDGB, 3 Monate bei den örtlichen Räten und 1 Monat beim Kreisstaatsanwalt (für künftige Richter) bzw. beim -> **Untersuchungsorgan** (für künftige Staatsanwälte) sind weitere Ausbildungsstationen. Mit der körperlichen Arbeit soll der angehende Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt den Produktionsprozess kennenlernen. In der gesellschaftspolitischen wie fachlichen Arbeit soll er Vorbild im Betrieb und bei jeder sich bietenden Gelegenheit «politischer Agitator» sein. In seiner Arbeit in den Kreisausschüssen der «Nationalen Front» soll der Praktikant als «Funktionär des Arbeiter-und-Bauern-Staates in beherrlicher Kleinarbeit die Friedenspolitik unserer Regierung den Bürgern erläutern». Er muss lernen, seine Praxis aus der politisch-ökonomischen Situation abzuleiten und auf die Schwerpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung zu orientieren. Nach erfolgreichem Abschluss der P. während der der Praktikant 70 v. H. des Grundgehalts eines Kreisrichters erhält und die er von sich aus durch eine Kündigung nicht vorzeitig beenden darf, wird er vom Justizminister zur Richterauswahl vorgeschlagen, vom Generalstaatsanwalt zum Staatsanwalt ernannt oder, sofern er für eine solche Tätigkeit vorgesehen ist, als Rechtsanwalt in ein Anwaltskollegium aufgenommen. Aus «Arbeiterkadern» besonders ausgesuchte Teilnehmer an den Lehrgängen der «Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften» brauchen keine P. zu absolvieren, sondern können sofort nach Beendigung des Lehrgangs eingesetzt werden.

Entsprechend dieser Praktikantenordnung wurde durch den Vors. **der Staatlichen -> Plankommission** eine «AO über die Justitiar-Assistentenzeit in der sozialistischen Wirtschaft» erlassen, die am 1.4. 1960 in Kraft getreten ist. Ziel der Assistentenzeit ist es, den Assistenten planmässig in die Praxis einzuführen, ihn zur konsequenten Parteilichkeit für die Sache der Arbeiter-und-Bauern-Macht und zum Kampf gegen formaljuristisches Verhalten zu erziehen<sup>1</sup> (§ 2 der AO).

**PRAKTISCHER ARZT: praktischer -> Arzt, -\* Gesundheitswesen.**

**PRAKTISCHES JAHR:** Einjährige Arbeit der Abiturienten als Arbeiter, seit 1958 unter bestimmten Bedingungen eine Voraussetzung für Zulassung zum Studium an -> **Hochschulen**.

**PRAKTIZISMUS;** Im Pj. als -> **Abweichung** allen Personen vorgeworfen, die sich an den tatsächlichen Verhältnissen und nicht an der bolschewistischen Theorie (-> **Marxismus-Leninismus**) und den davon angeblich abgeleiteten Richtlinien der bolschewistischen Partei orientieren. Vor allem werden Wirtschaftler des P. beschuldigt, wenn sie unter Ausserachtlassung der administrativen Weisungen in ihrem Bereich Massnahmen verwirklichen, die zwar den praktischen Möglichkeiten entsprechen, jedoch der bolschewistischen Theorie und der -> **Perspektive** der Partei zuwiderlaufen. Gewerkschaftsfunktionären wird P. vorgeworfen, wenn sie soziale Forderungen aus der Arbeiterschaft unterstützen oder vertreten. Der P. gilt als Form der «Prinzipienlosigkeit».

**PRÄMIENFONDS:** -> **Betriebsprämienfonds.**

**PRÄMIENSPAREN;** Das P. wurde 1953 als eine besondere Form des Vertragssparens eingeführt und sollte mit dem 31. 12. 1955 enden. Die im P. angesparten Beträge sind ab 1.1. 1956 frei verfügbar, sie können jedoch auf dem Konto bei 5 v. H. Verzinsung belassen werden. Ab 1.1.1956 wird lt. Anordnung vom 1.9.1955 mit Wirkung vom 1.1.1956 ein neues P.-System eingeführt.

Als Sparinstitute sind zugelassen: -> **Sparkassen** einschl. Reichsbahnsparkassen, die **Deutsche -> Bauernbank, -> VdgB (BHG)** und die **Banken für -> Handwerk und Gewerbe.** «In dem Prämienparvertrag verpflichtet sich der Sparer, den von ihm festgelegten Betrag, der durch 5 DM teilbar sein muss, regelmässig monatlich der Sparkasse oder Bank durch Lohnabzugsverfahren, durch Überweisung oder durch eigene Einzahlung zuzuführen. Für je 5 DM des monatlichen Sparbetrages erhält der Sparer eine Losnummer, mit der er an allen folgenden Auslosungen des Jahres teilnimmt. .. Die im Laufe des Jahres eingezahlten Sparbeträge werden am 31. Dezember des nächsten Jahres frei verfügbar und von diesem Zeitpunkt an mit 4 v. H. verzinst» (GBI. 1955, Nr. 76, S. 628).

**PRÄMIENSTÜCKLOHN:** Besondere Form des -> **Leistungslohnes.** Er besteht aus dem -\* **Stücklohn** und besonderen Prämien für die Qualität der Arbeit (-> **Qualität der Erzeugnisse**). Er soll die Nachteile des reinen Stücklohnes vermeiden, der nur die Quantität der Produktion fördert und daher oft zu Schluderarbeit führt. (-> **Ausschuss in der Produktion**)

**PRÄMIENZEITLOHN:** Besondere Form des -> **Leistungslohnes.** Der P. besteht aus dem -> **Zeitlohn** und als Zuschlag gezahlten Prämien, die damit Bestandteil des Lohnes sind, anders als andere Prämien (-> **Prämienwesen**). Da meist ein objektiver Massstab für die Leistungen fehlt, führt der P. oft zu Willkür.

**PRÄMIENWESEN:** Durch die Gewährung von Prämien für besondere Leistungen soll ein Anreiz zur Leistungssteigerung gegeben werden, der noch über den bereits durch die Lohngestaltung gegebenen hinausgeht (-> **Lohnsystem, -> Leistungslohn, -> Prämienstücklohn, -> Prämienzeitlohn, -> Stücklohn**). Prämien werden vor allen Dingen gegeben an Sieger in Wettbewerben (**Sozialistischer -> Wettbewerb**) sowie an -> **Aktivsten** und -> **Neuerer.** Die -> **Auszeichnungen** für Erfolge in der Produktion sind in der Regel mit einer Prämie verbunden. Aus dem -> **Betriebsprämienfonds** erfolgt ferner individuelle und kollektive Prämiiierung von Arbeitnehmern, die «wesentlich zur Erhöhung der -> **Arbeitsproduktivität, Senkung der -> Selbstkosten, Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse sowie zur termingerechten Herstellung von Exportgütern** beigetragen haben. Materialeinsparung wird entsprechend der Führung der -> **Persönlichen Konten** prämiert. An das ingenieurtechnische und leitende kaufmännische Personal und an -> **Meister** sind Prämien zu zahlen, «wenn die Planaufgaben erfüllt und übererfüllt wurden». Prämien sind ferner für Verbesserungsvorschläge und Erfindungen zu zahlen. Die Verteilung der Prämien erfolgt gemäss der -> **Betriebsprämienordnung.**

[703, 724]

**PRÄSIDENT DER REPUBLIK:** Bis 12. 9. 1960 Staatsoberhaupt der «DDR», im wesentlichen mit repräsentativen Befugnissen ausgestattet (verfassungsrechtliche Stellung schwächer als die des Bundespräsidenten, Art. 101-108 der -> **Verfassung**). Der PdR. verkündete die Gesetze (ohne Einspruchsmöglichkeit), nahm die eidliche Verpflichtung der Regierungsmitglieder vor, vertrat die «DDR» im völkerrechtlichen Verkehr und übte unter Beratung durch den Gnadenausschuss der Volkskammer das Begnadigungsrecht aus (-> **Gnadenrecht**). Der PdR. wurde von der -> **Volkskammer** mit einfacher Mehrheit auf vier Jahre «gewählt» (Mindestalter: 35 Jahre). - PdR. war seit Errichtung der «DDR» (im Oktober 1949) bis zu seinem Tode am 7. 9. 1960 Wilhelm -> **Pieck.** Das Amt des PdR. wurde am 12. 9. 1960 einem -> **Staatsrat** übertragen.

**PRASIDIUM DES MINISTERRATES:** Organ des -> **Ministerrates**, besitzt jedoch als faktische Machtkonzentration des Regierungsapparates erheblich mehr Vollmachten als dieser, über die Hälfte seiner Angehörigen sind Mitgl. des -> **Politbüros** der -> **SED**. Das PdM. verkörpert also besonders sinnfällig die in der SBZ bestehende Einheit von Partei und Staat.

**PREISPOLITIK:** Die freie markt-mässige Preisbildung wurde in der SBZ ersetzt durch die autoritäre Preisfestsetzung. Auf Grund des Beschlusses des Ministerrates vom 26. 2. 1953 wurden allgemeine Grundsätze für die P. offiziell festgelegt. Bis dahin hatte man P. und Preisüberwachung der Kriegszeit im wesentlichen fortgeführt, im allgemeinen auf der Preisebene des Jahres 1944 basierend. Für die weiterverarbeitende Industrie und das Handwerk genehmigte man im Einzelfalle höhere Preise. Zahlreiche Konsumgüterpreise wurden durch Verbrauchsteuern sehr wesentlich erhöht. Da ein markt-mässiger Ausgleich der betriebsindividuellen Preiskalkulationen nicht möglich ist, sind erhebliche Subventionen zum Ausgleich der Differenzen, die sich zwischen den zugelassenen Inlandspreisen und den höheren Produktionskosten ergeben, zu leisten. Besondere Subventionen hat der -> **Staatshaushalt** zur Herstellung von Exportqualitäten zur Verfügung zu stellen. Weitere Subventionen sind erforderlich bei Import und Export zur Überbrückung der Differenzen gegenüber den Weltmarktpreisen bzw. den festgesetzten Wechselkursen.

Die staatliche P., die den markt-mässigen Preismechanismus ersetzen soll, erstreckt sich auf folgende Funktionen: Abstimmung des Lohnfonds mit dem Warenfonds, Lenkung des Konsums in die von der obersten Planungsbehörde gewünschte Richtung, Förderung des technischen Fortschritts, Selbstkostensenkung, Beschleunigung der Warenzirkulation, Anreiz zu besserer und vermehrter Produktion. Mittel dazu ist die sog. -> **wirtschaftliche Rechnungsführung** im Rahmen des Plankontrollsystems. Eine besondere Rolle spielen dabei die -> **Produktions- und Dienstleistungsabgabe und die sonstigen Verbrauchsteuern**. Es wird angestrebt, im Bereich der Produktion «je Produkt und Qualität einheitliche Festpreise» zu bilden. Ab 1955 wurden generelle Preisheuregelungen in grösserem Umfang in Kraft gesetzt. Diese Festpreise dürfen von «volkseigenen» und ihnen gleichgestellten Betrieben weder unter- noch überschritten werden, während die gleichen

Preise für Privatbetriebe lediglich Höchstpreise sind. Um bei der Neufestsetzung von Preisen eine allgemeine Preisbewegung zu verhindern, darf eine Überwälzung von Preiserhöhungen auf die nachfolgenden Wirtschaftsstufen nicht vorgenommen werden. (-> **Industrieabgabepreis**, -> **Betriebspreis**, **Herstellerabgabepreis**, -> **Endverbraucherpreis**, -> Messwerte)

[742, 743]

**PRESSE:** Die P. ist im kommun. Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung (-> **Propaganda** und -> **Partei-presse**) und zur Verbreitung der kommun. Ideologie. Die gesamte P. ist Lizenzpresse, Lizenzerteilung: in den ersten Besatzungsjahren durch die -> **SMAD**, später durch das **Amt für -> Information**, seit Jan. 1953 durch das -> **Presseamt beim Ministerpräsidenten der «DDR»**. Zeitungslizenzen erhalten ausschliesslich die -> **SED**, die -> **Massenorganisationen** und die durch die -> **Blockpolitik** gleichgeschalteten -> **Parteien**. Einzige Ausnahmen: «Berliner Zeitung» und «BZ am Abend» - Herausgeber: Hermann Leupold, SED. Der «Berliner Verlag», in dem beide Zeitungen erscheinen, befindet sich im Besitz der Holdinggesellschaft der SED **Zentrag**. Sprachregelung erfolgt mit Hilfe langfristiger «Perspektivpläne», aus denen Quartals-, Monats- und Wochenpläne abgeleitet werden, und täglicher «Argumentationsanweisungen». Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abt. Agitation und Propaganda des -> **ZK** der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilungen der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der -> **Nachrichtenpolitik** wird durch den -> **ADN** gewährleistet. **Von der in der -> Verfassung der «DDR»** (Art. 9) proklamierten freien öffentlichen Meinungsäusserung kann keine Rede sein. In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor -> **Berlins**. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. Etwa 60 v. H. entfallen auf die -> **Partei-presse der SED**, 20 v. H. auf die Zeitungen der -> **DBD**, -> **CDU**, -> **LDPD** und -> **NDPD**, die restlichen 20 v. H. auf die Zeitungen des -> **FDGB** und der **FDJ** sowie die «Berliner Zeitung» und die «BZ am Abend». Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, dass ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und dass



der Abonnenkreis der «bürgerlichen» Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird.

So beläuft sich in der SBZ (ohne Berlin) bei 15 SED-Bezirkszeitungen die Zahl der Kreisausgaben auf 216, während 4 CDU-Bezirkszeitungen nur 18 Nebenausgaben, 4 LDP-Bezirkszeitungen 24 Nebenausgaben und 5 NDPD-Bezirkszeitungen 21 Nebenausgaben verzeichnen.

Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäusserungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. Neben den uniform-tendenziosen Nachrichten nehmen umfangreiche Leitartikel, mehrseitige Wiedergaben von Reden der Funktionäre und von Parteibeschlüssen, **-> Kritik und Selbstkritik** im Rahmen des kommun. Überwachungssystems, Anprangerungen nicht erfüllter **-> Normen**, Aufrufe zu **-> Wettbewerben** und **-> Selbstverpflichtungen** und gelenkte Leserschriften den Haupttraum der Zeitungen ein. Auch der kulturelle Teil wird von den Maximen der Partei her bestimmt.

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik. Bezug und Besitz westlicher P. werden als **-> Boykotttheze** und **-> Hetze** gegen die sozialistische Ordnung» aufgefasst und mit Zuchthausstrafen bedroht. Der journalistische Nachwuchs – soweit er nicht in die Kategorie der **-> Volkskorrespondenten** fällt – wird an der Fakultät für Journalistik der Universität **-> Leipzig** (Dekan: Prof. Dr. Hermann Budzislowski, SED) ausgebildet. Volontäre dürfen nicht mehr eingestellt werden. «Politisch bewährte» Kräfte, die von Redaktionen eingestellt werden, müssen ihre Qualifikation in Prüfungen, die der **-> Verband der deutschen Journalisten** durchführt, nachweisen. [323]

**PRESSE, VERBAND DER DEUTSCHEN:** Seit **1959 -> Verband der deutschen Journalisten.**

**PRESSEAMT BEIM MINISTERPRÄSIDENTEN:** Organ des **-> Ministerpres.** Ende **1952** aus dem Amt für **-> Information** hervorgegangen; Leiter: Kurt **-> Blecha** (SED). (-> Presse)

**PRIVATEIGENTUM: Eigentum, Grundeigentum.**

**PRIVATWIRTSCHAFT:** Die Lage der P. hat sich mit Beginn des zweiten **-> Fünfjahresplanes** besonders stark verschlechtert.

Zwangszusammenschlüsse zu **-> Genossenschaften** in **-> Landwirtschaft** und **-> Handwerk**, Bildung **-> Halbstaatlicher Betriebe** in der Industrie und Abschluss von **-> Kommissionsverträgen** im **-> Einzelhandel** sind die wichtigsten Mittel zur Vernichtung der P.

Der Anteil der privaten Betriebe an der Industrieproduktion ist von **11 v. H.** im Jahre **1957** bis Ende **1958** auf ungefähr **8 v. H.** zurückgegangen und betrug Ende **1959** weniger als **5 v. H.** (-> **Steuern, -> Wirtschaftssystem**)

**PRODUKTIONSABGABE: -> Produktion- und Dienstleistungsabgabe.**

**PRODUKTIONSBERATUNG:** Beratung einer Gruppe von Arbeitern zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und des Arbeitsprozesses, um vor allem die **-> Arbeitsproduktivität** zu steigern. Durch die P. sollen das Interesse der Arbeiter an der Produktion und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge geweckt und gesteigert werden. Nach Einstellung des Experimentes mit den **Arbeitskomitees** wurden Ausschüsse für P. und die P. als gewerkschaftliche Organe gebildet. Ihre Tätigkeit wird als Verwirklichung des **-> Mitbestimmungsrechtes der Werk-tätigen** in der Produktion bezeichnet. Durch Beschluss des **-> Ministerrats** vom 9. 4. **1959** (GBl. S. 329) wurde der Beschluss des Bundesvorstands des **-> FDGB** über Ständige P. für verbindlich erklärt. Seitdem müssen in sämtlichen Betrieben bis zu 100 Belegschaftsmitgliedern von diesen P. abgehalten werden. In den grösseren Betrieben werden Ständige P. in Stärke von 50 bis 100 Teilnehmern auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Ihre praktische Bedeutung ist nicht gross. Der Gewerkschaftsfunktionär Otto Lehmann kritisierte auf der 4. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB am 25. 5. **1960**, in einer Reihe von Betrieben hätten die P. nur noch Seltenheitswert. (-> **Arbeitspolitik**)

**PRODUKTIONSBRIGADEN, STÄNDIGE: -> Brigaden der -> LPG. PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN, LANDWIRTSCHAFTLICHE (LPG):**

Eine in Deutschland neuartige Organisationsform genossenschaftlich-sowjetischer Prägung für den Zusammenschluss bis dahin individuell wirtschaftender Bauern, Landarbeiter und auch sonstiger Berufszugehöriger zu einem kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb

## 321 PRODUKTIONSGEHOSSENSCHAFTEN, LANDWIRTSCH.

zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung und Nutzung der eingebrachten und der vom Staat bereitgestellten Bodenflächen und Produktionsmittel («sozialistischer landwirtschaftlicher Grossbetrieb»).

Die organisatorischen und rechtlichen Verhältnisse in den LPG sind durch Ende 1952 und in neuer Fassung vom 9. 4. 1959 vom -> **Ministerrat** bestätigte Musterstatuten geregelt, die durch ein «Gesetz über die LPG» vom 3. 6. 1959 wesentlich ergänzt und verbindlich gemacht worden sind. Sie reglementieren die Verwaltung und das gesamte Wirtschaftsgeschehen der LPG, so dass das Mitspracherecht der Mitglieder entscheidend unterbunden ist. Dadurch unterscheiden sich die LPG grundlegend von den -> **Genossenschaften** westlicher Art, die auf den drei Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbsthilfe beruhen. Um wie -> **Ulbricht** sagt - «den Bauern, die noch schwanken, den Weg in die LPG leicht zu machen», wird in der SBZ das «Prinzip des stufenweisen Übergangs zur sozialistischen genossenschaftlichen Grossproduktion» praktiziert.

Es gibt drei verschiedene Typen von LPG, denen gemeinsam ist, dass sie nach «sozialistischen Grundsätzen organisiert und geleitet» werden. Unterschiede bestehen nur im Grad der Vergesellschaftung der Bodenflächen und Produktionsmittel und in der Verteilung der Einkünfte. Die Vergesellschaftung bezieht sich entweder nur auf die gemeinsame Bewirtschaftung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes und teilweise auch des Grünlandes (Typ I) oder zuzüglich auf die zur Feldwirtschaft erforderlichen Zugkräfte, Maschinen und Geräte (Typ II) oder auch auf alle übrigen land- und forstwirtschaftlichen Flächen sowie auf das Zucht- und Nutzvieh (Typ III). Im Typ III sind damit wie im -> **Kolchos** alle Zweige der landwirtschaftlichen Produktion vergesellschaftet. Die -> **Genossenschaftsbauern** behalten zur persönlichen Nutzung eine «individuelle Wirtschaft», die in den drei Typen verschieden gross ist. Beim Typ I handelt es sich um 0,5 ha Ackerland und um die gesamte übrige Wirtschaft, bei Typ II können neben 0,5 ha Ackerfläche, Gärten, Wiesen, Weiden und Wälder, das gesamte Zucht- und Nutzvieh, vom Zugvieh 1 Pferd, 1 Ochse sowie das zur Bearbeitung des verbleibenden Landes nötige Inventar in individueller Nutzung bleiben. Im Typ III umfasst die individuelle Wirtschaft nur noch die persönliche -> **Hauswirtschaft**. Über die Arbeitsorganisation -> **Brigaden der LPG**. Nach Erfüllung der -> **Ablieferungs-**

**pfl**icht, **Durchführung der vorge-**sehenen Verkäufe -> **freier Spitzen**, Abgeltung aller sonstigen Verpflichtungen und der Bildung der Natural- und Geldfonds verbleibende Natural- und Geldeinkünfte werden nach den von jedem Mitglied erzielten -> **Arbeitseinheiten** und zum geringeren Teil nach der eingebrachten Bodenfläche in den einzelnen Typen wie folgt verteilt:

Typ	Für AE	Für eingebrachten Boden
I	mindestens 60 v. H.	bis 40 v. H.
II	mindestens 70 v. H.	bis 30 v. H.
III	mindestens 80 v. H.	bis 20 v. H.

Die Bildung von LPG wurde eingeleitet durch die Verlautbarung Ulbrichts über den -> **Aufbau des Sozialismus** anlässlich der II. Parteikonferenz der -> SED vom 9. bis 12. 7. 1952. Der Werbung für den «freiwilligen» Zusammenschluss in LPG lag das simple Prinzip zugrunde: Benachteiligung der Einzelbauern -> Begünstigung der LPG. Durch mehrere Ministerratsbeschlüsse wurden als Begünstigungen für die LPG u. a. festgelegt: Bevorzugte Bedienung durch die -> MTS beim billigsten Tarif, bevorzugte Kreditgewährung, Steuerermässigungen, Senkung des Ablieferungssolls, vorrangige Versorgung mit **mineralischen -> Düngemitteln**, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh und Geräten sowie Befreiung von Schulden, die aus der Übernahme von Land im Zuge der -> Bodenreform herrührten. Alle Agrarinstitutionen in der SBZ wurden aufgerufen, an der Forcierung der LPG mitzuwirken.

Durch die offizielle politische und staatsbürokratische Förderung der LPG wurden alle ausserhalb stehenden Privatbetriebe so benachteiligt, dass auf sie ein zunächst indirekter, aber nachhaltiger Druck zur Aufgabe der Individualbewirtschaftung ausgeübt wurde. Die **Zwangskollektivierung ist nicht** kontinuierlich verlaufen. Stagnationen zeigten sich im Jahre 1953 und dann besonders 1956 und 1957: Die Auswirkungen des -> **Juni-Aufstandes**, der Unruhen in Polen und des Aufstandes in Ungarn treten deutlich hervor. Der Anstieg in den Jahren 1954 und 1955 ist fast ausschliesslich eine Folge der Umwandlung von -> **örtlichen Landwirtschaftsbetrieben**. Ende 1959 bestanden 10 465 LPG mit 448 239 Mitgliedern, die eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rd. 2,9 Mill. ha bewirtschafteten (45,1 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ). Anfang 1960 setzte eine systematische Kampagne der SED ein, dazu be-

## PRODUKTIONSGEHOSSENSCH., WERTTÄT. FISCHER 322

stimmt, den Widerstand der letzten Bauern zu brechen. SED- und FDGB-Funktionäre, Aktivisten, Organe der Polizei, der Staatsanwaltschaften, des SSD über schwemmen die Dörfer, Verhaftungen, Selbstmorde, Nervenzusammenbrüche, Fluchtversuche häuften sich, und mit dem Beitritt zur LPG wurde oft auch noch die Erklärung erpresst, dass er 'freiwillig' erfolgt sei. In den ersten 3V3 Monaten des Jahres 1960 ist ein annähernd gleich grosser Nutzflächenanteil kollektiviert worden wie in den Jahren von 1952 bis 1959. Am 14. April 1960 meldete der letzte Bezirk die «Vollsozialisierung». Die tatsächlichen Ergebnisse dieser Terroraktion und ihrer Folgen werden vermutlich erst nach Jahren zu übersehen sein.

Wenn bei der Argumentation für die Zwangskollektivierung die Forderung nach Steigerung der -\*

**Marktproduktion** mit dem Ziel, die BRD auf agrarischem Gebiet bis 1965 einzuholen und zu überholen, im Vordergrund steht, so stellt sich zugleich die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert der LPG. Alle Erfahrungen aus den vergangenen Jahren sprechen dafür, dass die LPG aus ihrer Konstruktion heraus trotz der vielfältigen wirtschaftlichen Begünstigungen gegenüber den selbständigen Bauernbetrieben in der Erfolgsrechnung unterliegen. Es ist festzustellen, dass auf dem historisch übernommenen hohen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand in Mitteldeutschland die Unterdrückung der bäuerlichen Selbständigkeit und der freien Unternehmerinitiative ein Gedeihen der Landwirtschaft verhindern muss. Den Beweis dafür erbringt das Ertragsniveau der bis zum Frühjahr 1960 teilsozialisierten -> **Landwirtschaft.** -

Auf die LPG-Hochschule Meissen können Mitglieder oder Funktionäre der LPG durch die Mitgliederversammlung zu 'jährigem, gebührenfreiem Studium delegiert werden. Es endet mit dem Staatsexamen als «Diplom-Agronom». (-> **Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer**) [725, 747, 755]

### PRODUKTIONSGEHOSSENSCHAFTEN WERTTÄTIGER FISCHER

**(PwF):** Sozialistischer Zusammenschluss privater Fischer und Fischerarbeiter der Binnenfischerei zu einem «genossenschaftlichen» Fangunternehmen. Die Organisation ist nach einem Musterstatut (GBL. 17/1954) geregelt und entspricht grundsätzlich derjenigen in den -\* LPG und -> HPG, ohne dass für die PwF verschiedene Typen (des Sozialisierungsgrades) vorgeesehen sind. Der Fang unterliegt

der Ablieferungspflicht. Die Absatzregelung übernimmt das Zentrale Absatzkontor der Fischwirtschaft, die Beratung das Institut für -> Fischerei der -> DAL. [725]

**PRODUKTIONSHILFE:** Im Zuge der -> **Zwangskollektivierung** wurde im Febr. 1960 die staatliche Wirtschaftsbeihilfe (verlorene Zuschüsse) zur Stützung von 7 DM Ost je -> AE in den -> LPG Typ III aufgehoben. «Dadurch soll allen Mitgliedern bewusst werden, dass die Entwicklung ihrer LPG, die Höhe ihrer Einkünfte und das Wachstum ihres Wohlstandes vor allem von ihrer eigenen Arbeit, nicht aber von ständiger finanzieller Unterstützung durch den Staat abhängen» (**Paul -> Scholz** in «Der freie Bauer» v. 14. 2. 1960). An Stelle der Wirtschaftsbeihilfe wird jetzt eine P. nur noch an -> wirtschaftsschwache LPG gegeben mit dem Zweck, ihre Produktionsgrundlagen zu verbessern. Damit zeichnet sich bereits ab, dass im -> vollgenossenschaftlichen Stadium die zahlreichen Vergünstigungen, die als Anreiz zu LPG-Eintritten bzw. Gründungen dienen, abgebaut werden.

**PRODUKTIONSKOSTEN:** - **Selbstkosten,** -> **Industrieabgabepreis.**

**PRODUKTIONSMASSENARBEIT:** Pj. Das Bemühen des -> FDGB, die Arbeiterschaft für die Ziele der sowjetzonalen -> **Arbeitspolitik** (Senkung der -> Selbstkosten, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Hebung der -> Qualität der Erzeugnisse) einzuspannen. Darunter fallen nicht nur die -> **Aktivisten-** und -> **Wettbewerbsbewegungen** sondern auch die gesamte -> **Produktionspropaganda.**

**PRODUKTIONSMINISTERIEN** (auch Industrieministerien genannt): Nach dem Vorbild der SU in der SBZ seit Mitte 1948 gebildete Ministerien zur Leitung und -\* **Kontrolle** bestimmter Industriezweige. Nach der Errichtung der -> DWK gab es zunächst nur ein solches Ministerium, das sich «Industrieministerium» nannte. Eine Zeitlang gab es auch für einige Produktionsbereiche -> **Staatssekretariate mit eigenem Geschäftsbereich.** Vor der durch das Gesetz vom 11. Febr. 1958 eingeleiteten umfassenden Reorganisation der sowjetzonalen Wirtschaft (-> **Volkseigene Industrie**) war der Stand folgender: Es gab acht P., je eines für Kohle und Energie, Berg- und Hüttenwesen, Chemische Industrie, Schwermaschinenbau, Allgem. Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie und Aufbau. Sieben dieser Ministerien sind im Laufe des Jahres 1958 aufgelöst, das Ministerium für Aufbau unter Einbeziehung der Baustoffindustrie

### 323 PRODUKTIONS- UND DIENSTLEISTUNGSABGABE

in ein «Ministerium für das Bauwesen» umbenannt worden. Die Aufgaben der aufgelösten P. sind z. T. durch die **Staatliche -> Plankommission** übernommen, z. T. auf neu gebildete Vereinigungen Volkseigener Betriebe (-> **WB**) und Organe der -> **örtlichen Wirtschaft** übertragen worden. Die Auflösung der P. erfolgte mit dem Ziele der Zentralisierung der wirtschaftlichen Befehlsgewalt ausschliesslich bei der Staatl. Plankommission. Die mit der Reorganisation verbundene Dezentralisation der Ausführungsorgane soll den Wirtschaftsablauf verbessern. Dieses neue Organisationssystem führte indes zu neuen Schwierigkeiten: das Nebeneinander zentral und örtlich geleiteter Betriebe verursacht häufig Kompetenzstreitigkeiten zwischen den WB und den Leitungsorganen der örtlichen Wirtschaft.

**PRODUKTIONSMITTEL:** Sachen oder Rechte, die der Schaffung materieller Werte direkt oder indirekt dienen (Naturkräfte, Rohmaterial, Betriebsanlagen, Maschinen, Werkzeuge, Patente, Verkehrsmittel usw.) Der Verfügungsberechtigte kann sie, wie der Marxismus-Leninismus besonders hervorhebt, dazu verwenden, um fremde Arbeitskräfte in einem Verhältnis wirtschaftlicher Abhängigkeit zu beschäftigen.

**PRODUKTIONSMITTELPRIMAT:** Begriff der marxistischen Wirtschaftsliteratur und der sowjetzonalen -> **Produktionspropaganda**, mit dem die Vorrangigkeit der Produktionsmittelherstellung (Grundstoffe, Rohstoffe, Investitionsgüter) vor der Konsumgüterherstellung gekennzeichnet werden soll. (-> **Politökonomie**) In der SU betrug z. B. der Anteil der industriellen Produktionsmittel an der industriellen Gesamtproduktion im Jahre **1957** annähernd 71 v. H. Die SBZ hat bisher keine entsprechenden Zahlen veröffentlicht. Rückschlüsse auf den Produktionsmittelanteil ermöglichen einige Angaben in den Statist. Jahrbüchern der SBZ. Der Anteil der Produktionsmittelherzeugung betrug danach im Jahre **1959** etwa 59 v. H. der Industrieherzeugung. Auch die prozentuale Steigerung der Industrieherzeugung in den vorgenannten Bereichen beweist das P. Setzt man - nach sowjetzonalen statistischen Angaben - die Industrieherzeugung des Jahres **1950** gleich 100, so entwickelte sich der Produktionsgüterbereich auf 258 Punkte, der Konsumgüterbereich nur auf 204 Punkte. - Die Produktionssteigerungen in der Industrie sind sehr wesentlich durch den vom Regime der Bevölkerung aufgezungenen Konsumverzicht erreicht worden. (-> **Lebensstandard**)

**PRODUKTIONSNACHWEIS:** Der auf Grund des Produktionsplanes (-> **Marktproduktion**) in jeder -> **LPG** buchmässig zu führende detaillierte Nachweis über Erzeugungsmengen und ihre Verwendung.

**PRODUKTIONSPROPAGANDA:** Pj. Zusammenfassung aller Massnahmen, die geeignet sind, «die Erkenntnisse der Wissenschaft, die fortschrittliche Technik und die besten Erfahrungen der Praxis mit besonderen, für die populäre Propaganda geeigneten Mitteln zu verbreiten und zum festen Bestandteil des Produktions- und Arbeitsprozesses zu machen» (Arbeit und Sozialfürsorge» S. 482/1955). Dazu gehören die gesamte -> **Aktivisten- und -> Wettbewerbsbewegung, -> Produktionsberatungen, -> Aktivistenschulen, -> Sichtwerbung.**

**PRODUKTIONS- UND DIENSTLEISTUNGSABGABE (PDA): Als** Nachahmung der «differenzierten Umsatzsteuer» der SU im Rahmen des «Zwei-Kanäle-Systems» in der SBZ erstmalig in einigen Zweigen der «volkseigenen» Genussmittelindustrie mit Wirkung vom 1.1.1954 zunächst versuchsweise und durch «VO über die Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe der volkseigenen Dienstleistungsbetriebe (PDAVO)\* vom 6.1.1955 (GBL. 1955 S. 37 ff.) in der gesamten «volkseigenen» Wirtschaft eingeführt.

In der Präambel zu dieser Verordnung wird zum Ausdruck gebracht, dass das bisherige Abgabesystem nicht die «einfache, schnelle und konstante Abführung der staatlichen Einnahmen an den -> **Staatshaushalt**» gewährleistete und nicht zur Festigung des «Prinzips der -> **wirtschaftlichen Rechnungsführung**» beigetragen hatte. Die Produktionsabgabe als Bestandteil des Industrieabgabepreises eines Produktes wird in der «volkseigenen» Industrie grundsätzlich für ein Produkt nur einmal erhoben. Ist durch Bearbeitung oder Verarbeitung eines erworbenen Produktes ein neues Produkt mit anderen Eigenschaften entstanden, dann wird diese erneut berechnet.

Zahlungspflichtige der Produktionsabgabe sind die Betriebe der «volkseigenen» Industrie. Die Zahlungspflicht ist an den Umsatz von Produkten gebunden; die Zahlungspflicht entsteht im Zeitpunkt des Umsatzes des Produktes. Die Produktionsabgabe wird erhoben

- a) in einem Vomhundertsatz des Industrieabgabepreises oder des sonstigen gesetzlich festgelegten Abgabepreises oder
- b) in einem festen Betrag vom Industrieabgabepreis je Mengeneinheit des Produktes oder
- c) in Form des Unterschiedsbetrages zwischen den Selbstkosten zu-

züglich Gewinnanteil und dem Industrieabgabepreis. Die Form der Erhebung der Produktionsabgabe wird vom Ministerium der Finanzen bestimmt. Die Sätze der Produktionsabgabe können differenziert werden

a) nach einzelnen Produkten oder Produktengruppen.

b) nach der Zweckbestimmung der Produkte,

c) nach betrieblichen Merkmalen. Wenn vom Ministerium der Finanzen die Zuständigkeit nicht anderweitig geregelt wurde, ist für die Ermittlung, Festsetzung, Erhebung, Kontrolle und Vollstreckung der Produktionsabgabe der Rat der Stadt oder des Kreises – Abt. Finanzen – zuständig, in dessen Bereich sich der Sitz der Leitung des zur Zahlung der Produktionsabgabe verpflichteten Betriebes befindet. Für die Kontrolle der Produktionsabgabe wird weiterhin der Rat des Bezirkes – Abt. Finanzen – eingeschaltet.

Zur Zahlung der **Dienstleistungsabgabe** sind die „volkseigenen Dienstleistungsbetriebe“ und die Betriebe der „volkseigenen“ Industrie, soweit sie Dienstleistungen ausführen, verpflichtet.

Mit der Einführung der PDA entfällt die Erhebung der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und **der -> Verbrauchsabgaben.**

Das „Zwei-Kanäle-System“ besagt, dass die sogenannte „Geldakkumulation“ der „volkseigenen“ Wirtschaft künftig durch die PDA und durch die Nettogewinnabführung dem Staatshaushalt zugeleitet wird. Durch diese „Zweigeisigkeit“ hat der Staat die Möglichkeit einer besseren Kontrolle erhalten. Er kann

1. durch die Erfüllung des Produktionsabgabeplanes gleichzeitig die Erfüllung der Produktions- und Absatzpläne (nach Umfang und Sortiment der Ware) und

2. durch die Gewinnabführung die Qualität der Arbeit der Betriebe und deren Auswirkung auf die Erfüllung der Selbstkostensenkungsaufgabe und des Gewinnplanes kontrollieren. (Kontrollfunktion und Erziehungsfunktion der PDA.) Neben der reinen Kontrollfunktion hat die Produktionsabgabe die Aufgaben, produktionslenkend und konsumtionsregulierend zu wirken. (Regulativfunktion der PDA.)

Durch die Kurzfristigkeit und Steitigkeit der Abführungen soll die Haushaltsstabilität gesichert werden, d. h., der Staat soll eine gleichmässig und schnell fließende Quelle an Geldmitteln laufend zur Verfügung haben. (-> **Steuern**) Die Entwicklung vom Mehrsteuersystem zum Zwei-Kanäle-System, die mit der Einführung der -> **Handelsabgabe** als abgeschlossen be-

trachtet werden kann, hat die rein operative „Abgabenkontrolle“ (Kontroll- und Prüfungsmethode zur Sicherung des Aufkommens der Abgaben) schlagkräftiger gestaltet, wobei eine Koordinierung der wertmit der mengenmässigen Kontrolle erreicht werden soll. [723, 742, 743]

**PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE:**

Nach der marxistischen Theorie sind die P. die Beziehungen, die die Menschen im Wirtschaftsablauf zueinander eingehen. -> **Stalin** definierte den Begriff dahingehend, dass die Menschen die Produktion nicht einzeln, sondern gemeinsam durchführen und sie deshalb stets gesellschaftliche Produktion sei. Die P. können Verhältnisse der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe von Menschen sein, die von Ausbeutung frei sind, sie können Verhältnisse der Herrschaft und Unterordnung sein, sie können endlich Übergangsverhältnisse von einer Form der P. zu einer anderen Form sein» (Stalin: Fragen des Leninismus, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947). Veränderungen in den P. entstehen durch die Entwicklung der -> **Produktivkräfte (-> Periodisierung).** In dieser Entwicklung erblickt der -> **Marxismus-Leninismus** die Triebkraft für die gesellschaftliche Dynamik.

**PRODUKTIVITÄT:** Die gesamtwirtschaftliche Produktion der SBZ im Verhältnis zu den dafür erforderlichen Aufwendungen liegt nach den Berechnungen westlicher Wissenschaftler um etwa ein Fünftel niedriger als in der Bundesrepublik. Ursachen dafür sind vor allem die Reibungsverluste des staatlichen Planungsapparates, unzureichender Stand der Produktionsanlagen und die Unterversorgung mit wichtigen Produktionsmaterialien. (-> **Planung, Materialversorgung**)

**PRODUKTIVKRÄFTE:** Im marxistisch-leninistischen Sprachgebrauch all das, was zur Schaffung materieller Werte unmittelbar oder mittelbar benötigt wird, also einmal die -> **Produktionsmittel** und ausserdem die menschliche Arbeitskraft in ihren verschiedenen Funktionen.

**PROGRESS-FILM: -> Sovexportfilm. PROGRESS-FILM-VERTRIEB:** Sitz Berlin. Am 1. 8. 1950 aus dem \* **DEFA-Film-Vertrieb** für den Verleih sowjetischer, deutscher und anderer Filme in der SBZ entstanden, zunächst GmbH, seit dem 1. Juli 1955 VEB. Beliefert als staatlicher Monopolbetrieb alle Filmtheater und Landfilmstellen der SBZ. (-> **Filmwesen**) [515]

**PROJEKTIONSBUROS:** Selbständige -> **VEB** mit eigener Rechtsfähigkeit. In der staatlichen Industrie werden

Projektierungen, z. T. auch die endgültigen Konstruktionen, nicht in den Produktionsbetrieben ausgearbeitet. Für jeden Industriezweig gibt es zentrale P., die in der Regel eine grössere Anzahl von Zweigstellen im SBZ-Gebiet unterhalten. Das zentrale Projektions- und Konstruktionsbüro für die Kohlenindustrie (VEB «PKB Kohle») z. B. hat in Berlin einen Grossbetrieb mit mehr als 800 technischen Anstellungen. In den Aussenstellen sind weitere 900 Ingenieure, Techniker, Zeichner usw. tätig. Die P. sind jeweils den Fachabt. der Staatlichen -> Plankommission direkt unterstellt.

**PRO-KOPF-VERBRAUCH:** Auf dem 5. Parteitag der -\* SED forderte -\* Ulbricht in seiner programmatischen Rede, bis 1961 die Versorgung pro Kopf der Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern über den Verbrauch in der BRD zu steigern. Schon jetzt versucht die -\* Agrarstatistik der SBZ zu beweisen, dass die mitteldeutsche Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln besser versorgt sei als die westdeutsche. Ihre Angaben sind allerdings sehr lückenhaft, undurchsichtig und so angelegt, dass sie eine exakte Überprüfungsmöglichkeit ausschliessen und sich mit den westdeutschen Zahlen nicht vergleichen lassen. Folgte man der mitteldeutschen Statistik, dann würde die SBZ im P. 1959 nicht nur bei den pflanzlichen Grundnahrungsmitteln Brotgetreidemehl, Kartoffeln und Zucker, sondern vor allem bei Butter und selbst bei Nahrungsfetten insgesamt und bei Fleisch über den Verbrauchssätzen in der BRD liegen. Lediglich bei Eiern wäre sie um 16 v. H. und bei Trinkvollmilch um 3 v. H. unterlegen. Diese Daten stehen in krassem Widerspruch zu den pflanzlichen und tierischen Minderleistungen der - Landwirtschaft und zu den realisierten Nahrungsmittelfuhren, obwohl, vom verfügbaren Nahrungsraum her gesehen, die SBZ mit 269 Einwohnern je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wesentlich günstigere Bedingungen hat als die BRD mit 380. Die zunehmende

Republikflucht begünstigt zwar die Steigerung des P., dieser ist aber auch bezüglich Qualität und zeitlicher Belieferung der angebotenen Erzeugnisse dem westdeutschen keineswegs gleichwertig. So enthält auch Ulbrichts Forderung, den P. der BRD zu erreichen, das verhüllte Eingeständnis, dass entgegen allen bisherigen ideologischen Zweckmeldungen - der westdeutsche Stand in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht erreicht werden konnte.

**PROLETARIAT:** (Lat. proles = Nachkommenschaft) Diejenigen, die nichts besitzen als ihre Nachkommenschaft. -> Marx entwickelte daraus den Klassenbegriff P. Im Gegensatz zur Bourgeoisie besitzt das P. kein Eigentum an den -> Produktionsmitteln. Die Proletarier verkaufen auf dem kapitalistischen Markt ihre Arbeitskraft als Ware, begeben sich damit in Abhängigkeit und sind schutzlos der -\* Ausbeutung durch den -> Kapitalismus unterworfen, der sie aus Profitgründen in materieller Not vegetieren lässt. Diese in der Zeit der ersten industriellen Revolution und des Frühkapitalismus aufgestellten Thesen werden von der Propaganda des -> Ostblocks auch heute noch ständig gebraucht. Obwohl in den westlichen Demokratien durch den Kampf der freien Gewerkschaften und durch staatliche Massnahmen längst eine fortschrittliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung in Kraft ist, der materielle Wohlstand der Arbeiterschaft weit über dem des Ostblocks liegt und ein P. im menschlichen Sinne kaum noch existiert, spricht die komm. Propaganda heute noch von der Not, dem Elend und der Unterdrückung des P. in den kapitalistischen Ländern. Diese These steht im Widerspruch zu den Erklärungen, die SU und die -\* Volkdemokratien hätten sich das Ziel gesetzt, den «Pro-Kopf-Verbrauch» der westlichen Länder zu erreichen und zu überholen.

Mit der Erklärung, das P. könne von sich aus nur ein gewerkschaftliches, aber kein revolutionäres Klassenbewusstsein entwickeln, dieses müsste von aussen in die Arbeiterschaft hereingetragen werden, wird der Führungsanspruch der bolschewistischen Parteien, ihr Anspruch als «Vorhut des P.\* zu agieren, begründet.

(\* Diktatur des Proletariats, -> Werktätiger)

**PROPAGANDA:** Der Kommunismus versteht unter P. abweichend vom allgemeinen Sprachgebrauch eine auf die «Aneignung und Verbreitung der Grundsätze und Lehren des Marxismus-Leninismus» gerichtete Tätigkeit, die sich «zum Unterschied von der -> Agitation in erster Linie an die Mitglieder der Partei und die Mitglieder der Massenorganisationen wendet» («Einheit», Ost-Berlin, 1951, S. 670). Nach herkömmlicher Auffassung hingegen wird unter politischer P. eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und viel-

fach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient. Die Wirkung der P. ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, dass missbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, dass er durch allzu plumpe Methoden das Misstrauen der Angesprochenen erregt, sei es, dass er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der SU und ihren Satellitenstaaten einschliesslich der «DDR») fehlt es der politischen P. an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, dass schliesslich die Bevölkerung jede amtliche Äusserung als P. und damit als Schwindel ansieht. Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Staatsbürger die Formen der staatsbürgerlichen Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die P.-Methoden der SBZ eher noch eine Vergröberung des nationalsozialistischen P.-Stils dar. Unter dem Einfluss und nach dem Muster der SU steuern Partei und Staat eine P.-Maschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente (im Pj. -> **Sichtwerbung**) bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Staatsrundfunk, den Film, das Theater, das -> **Kabarett** mit Beschlag belegt (^\- auch **Agitprop-Gruppen**), vor allem aber die Staatsbürger zu persönlicher Mitwirkung in den -> **Aufklärungslokalen** und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der P. nicht glaubwürdig macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert; dagegen hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung der SBZ allzu kühnen ideologischen Schwenkungen der P. (wie z. B. im Sommer 1952 von der Friedenspropaganda zur nationalistischen Verherrlichung des «Verteidigungs»-Krieges, im Frühjahr 1953 vom -> **Aufbau des So-**

**zialismus zum -> Neuen Kurs** im Mai 1960 von der ideologischen Vorbereitung der Gipfelkonferenz zu ihrer Sprengung durch Chruschtschow) Widerstand entgegengesetzt und damit die Grenzen der P. überhaupt sichtbar zu machen vermag. Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen P. in die Bundesrepublik sind nur insoweit ernst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet; sie können aber mit Aussicht auf Erfolg nicht durch ähnliche Mittel, sondern nur durch eine möglichst breite, durch Tatsachen belegte und gemeinverständliche Aufklärung über die wahren Tendenzen der bolschewistischen Machtpolitik und die Verhältnisse in ihrem Herrschaftsbereich unschädlich gemacht werden. (-> **Parteipresse, -> Pressewesen**) **[137,323]**

**PROTEST:** Bezeichnung für das der Berufung des Angeklagten entsprechende Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft; zulässig gegen Urteile der Kreisgerichte und erstinstanzliche Urteile der Bezirksgerichte (-> Strafverfahren); eingeführt nach sowjetischem Vorbild zur Hervorhebung der besonderen Stellung der -> Staatsanwaltschaft durch §g 274 ff. des am 15. 10. 1952 in Kraft getretenen «Gesetzes über das Verfahren in Strafsachen in der DDR (Strafprozessordnung)\* vom 2. 10 1952 (GBl. S. 996). Während das vom Angeklagten eingelegte Rechtsmittel (Berufung) gemäss § 284 StPO vom Berufungsgericht ohne mündliche Verhandlung als «offensichtlich unbegründet» durch Beschluss verworfen werden kann, muss über den form- und fristgerecht eingelegten Protest der Staatsanwaltschaft immer verhandelt werden. Auch in dieser gesetzlichen Regelung kommt die stärkere Stellung des Staatsanwalts gegenüber dem Angeklagten zum Ausdruck. Eine nach der 3. Parteikonferenz der SED vereinzelt an dieser unterschiedlichen Stellung geübte Kritik wurde Anfang 1957 als un gerechtfertigte «Tendenz zur Liberalisierung» zurückgewiesen.

**PV-VERFAHREN:** Einzug von Forderungen aus gleichmässigen, fortlaufenden Warenlieferungen und Leistungen erfolgt auf Grund eines festgelegten Vertrages zu festen Bedingungen regelmässig durch die Bank. (-> **Verrechnungsverfahren**)

**PWF:** -> **Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer.** (-> **Fischerei**)

## Q

**QUADRATNESTPFLANZVERFAH-**

**REN:** Aus der SU übernommene **Neuerermethode in der Landwirtschaft**, nach der vor allem die Kartoffeln im Quadratverband (Entfernung je nach Maschinentyp 62,5 bzw. 70 cm) zu 2-3 Knollen je Loch gepflanzt werden sollen, wobei auch eine «nestweise» Düngergabe vorgesehen ist, weshalb das Q. im Volksmund Quadratmastpflanzverfahren genannt wird. Das Q. wird auch für den Mais- und Feldgemüsebau propagiert und dient vor allem als Voraussetzung der Kreuz- und Querbearbeitung mit Hilfe der für diesen Zweck aus der SU eingeführten Grossmaschinen durch die -> **MTS**. Neben einer gewissen Düngereinsparung sind die Erfolge des Q. sehr umstritten.

**QUALIFIZIERUNG:** Im Pj. ist die Q. die Weiterbildung und Vervollkommnung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten nach Abschluss der eigentlichen Berufsausbildung. Die Q. ist eines der Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität (-> Arbeitspolitik). Daher berücksichtigen die -> Betriebskollektivverträge insbesondere «die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und die systematische Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter, Techniker und Ingenieure». (-> **Betriebsberufsschulen**, -> **Betriebsakademien**, **technische** -> **Betriebsschulen**) [418]

**QUALITÄT DER ERZEUGNISSE:**

Die QdE. in der SBZ entspricht sehr häufig nicht dem Weltmarktstand. Ursache sind vorwiegend die Verwendung ungeeigneten oder minderwertigen Materials und die technische Rückständigkeit der Fertigungseinrichtungen. Das Fehlen einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz führt auch dazu, dass viele Erzeugnisse in veralteter Ausführung und nicht dem modischen Geschmack entsprechend die Herstellungsbetriebe verlassen. Das ist dem Regime sehr wohl bekannt. Selbst in amtlichen Verlautbarungen spricht man von einer «Vernachlässigung der eigenen wissenschaftlich-technischen Arbeit in den vergangenen Jahren und ungenügenden Berücksichtigung des internationalen Standes». Zur Steigerung der Exportfähigkeit sowjetzonaler Erzeugnisse versucht daher das Regime,

durch gesetzliche Massnahmen die Qualitäten zu verbessern. Zum Beispiel darf hochwertiges Mangelmateriale nur für Exportzwecke verwendet werden. Die Betriebsbelegschaften werden zu Qualitätswettbewerben untereinander angehalten; die Arbeitsbrigaden sollen um den Titel «Brigade der besten Qualität» wetteifern. - in den Betrieben gibt es weitgehend ausgebaute «Technische Kontrollorgane»; für alle Erzeugnisse besteht eine gesetzliche Vorlagepflicht bei dem «Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung» (-> **DAMW**), das die Erzeugnisse durch Gütezeichen in drei Güteklassen einteilt. Gütezeichen sind graphisch gestaltete Symbole, z. B. bedeutet ein kreisrundes «Q\* mit einer herausragenden «1»: «Spitzenzeugnis des Weltmarkts». Nach amtlichen Angaben sollen 1959 im Maschinenbau nur 9 v. H. der Erzeugnisse das genannte Gütezeichen für Spitzenzeugnisse mit Weltmarktniveau erhalten haben. Etwa 75 v. H. der Maschinenbauerzeugnisse trugen das Gütezeichen 1, entsprachen also auch nach sowjetzonaler amtlicher Einschätzung nicht dem Weltniveau. Gütezeichen werden nur erteilt, wenn bei dem Erzeugnis die -> **Technischen Normen** und Schutz- und Sicherheitsvorschriften eingehalten sind. Die Gütezeichen sollen einerseits die Herstellbetriebe zur Steigerung der Qualität anregen, andererseits den Käufern einen verlässlichen Hinweis auf die QdE. geben. Durch die Kopplung der neuen Lohnbemessungsgrundlagen (-> **Arbeitsnormen**, -> **Lohnpolitik**) mit Qualitätsmerkmalen versucht neuerdings das Regime, die QdE. zu verbessern, obwohl bekannt ist, dass nicht die Leistung der Produktionsarbeiter die Minderqualitäten verursacht, sondern dass vor allem der Einsatz ungenügenden Materials und die Rückständigkeit der Fertigungseinrichtungen in den Betrieben die Ursachen sind. (\* **Materialversorgung**)

**QUANDT, BERNHARD:** \* 14. 4. 1903 in Rostock als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Eisendreher. 1920 - **SAJ**, SPD, 1923 -> **KPD**. 1932 bis 1933 Mitgl. des Landtages Mecklenburg. 1933 bis 1936 Gefängnis, danach Notstandsarbeiter, 1939 bis 1945 KZ Sachsenhausen und Dach-



## QUARTALSPLAN

328

au. 1945 bis 1948 Kreissekretär der KPD, bzw. -> SED in Güstrow.  
2. Sekretär der Landesleitung Mecklenburg der KPD, bzw. SED, Landrat in Güstrow. 1948 bis 1951 Minister für Landwirtschaft, 1951 bis 1952 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg. Seit 1952 1. Sekretär der Bezirksleitung Schwerin der SED. Seit 1958 Mitgl. des -> ZK der SED, seit 1958 Abg. der -> Volkskammer.

**QUARTALSPLAN:** -> Planung, -> Volkswirtschaftsplan.

**QUEDLINBURG:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> Halle, Kreisstadt, im nördlichen Unterharzvorland, an der Bode, mit 31 282 Einwohnern (1959); überragt von Schloss (9.-17. Jh.) und Dom (11.-14. Jh., mit Gräbern Heinrichs I. und seiner Gemahlin Mathilde), mittelalterlicher Stadtkern: frühromanische Wipertikirche (9. Jh., ältester niedersächsischer Steinbau), Rathaus (14. Jh.); bedeutende Blumen- und Samenzucht, vielseitige chemische und Metallindustrie (-\* **Chemische Industrie**), Gablonzer Schmuck.

## R

**RAHMENKOLLEKTIVVERTRAG:** Der R. wurde abgeschlossen zwischen den -> **Produktionsministerien** und -> **Staatssekretariaten mit eigenem Geschäftsbereich** und den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften (-> FDGB) mit Zustimmung des FDGB-Bundesvorstandes, des Finanzministeriums unter Bestätigung des Arbeitsministeriums. Von **1953** bis **1956** waren die R. durch die -> **Musterbetriebskollektivverträge** abgelöst, die als Richtlinie für die jeweiligen -> **Betriebskollektivverträge** galten. Seit **1958** werden lohnpolitische Massnahmen durch den -> **Ministerrat** nur noch im Grundsatz beschlossen. Einzelheiten werden Rahmenverträgen überlassen, die zwischen den Industriegewerkschaften (-> FDGB) und der **Staatlichen -> Plankommission** abzuschliessen sind. (-\* Arbeitsrecht) [418, 424]

**RASNOEXPORT;** -> **Sowjetische Handelsgesellschaften.**

**RAT DER GEMEINDE:** -> **Gemeinde.**

**RAT DER STADT:** -> **Kreis, -> Gemeinde.**

**RAT DES BEZIRKES:** **Bezirk.**

**RAT DES KREISES:** -> **Kreis.**

**RAT DES STADTBEZIRKES:** -> **Kreis.**

**RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE:** COMECON =

Council for Mutual Economic Aid (russ. Abk. SEW), gegründet am 25.1.1949 auf einer Konferenz von Vertretern Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der SU und der Tschechoslowakei. Im gleichen

Jahr trat Albanien dem Rat bei, und **1950** wurde die SBZ Mitglied. China, Korea, Vietnam und die Mongolische Volksrepublik sind ständige Beobachter der Ratstagungen. Verschiedentlich nahm auch Jugoslawien daran teil. Organe des Rates sind:

Die Ratstagung, die Stellvertretertagung, das Sekretariat des Rates, die ständigen Fachkommissionen und die ständigen oder zeitweiligen selbständigen Arbeitsgruppen. Hauptaufgaben des Rates:

1. Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, der langfristigen Pläne für ein Planjahrünft und der Perspektivpläne für 15 Jahre;

2. Förderung des gegenseitigen Warenumsatzes zwischen den Teilnehmerländern, Zusammenarbeit der Aussenministerien der Teilnehmerländer;

3. Durchführung von Massnahmen zur Entwicklung des Transportwesens und des Transitverkehrs;

4. Ausarbeitung von Fragen, die sich auf die Währung und die finanziellen Verrechnungen zwischen den Teilnehmerländern beziehen, einschliesslich der Fragen des gegenseitigen Clearings;

5. Verwirklichung von Massnahmen zur Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet der Standardisierung der Produktion, des Austausches von technischen Erfahrungen und des gemeinsamen Baues von industriellen Anlagen. (Vgl. «Der Aussenhandel» 1/1958.)

Auf Innerblocklieferungen des SEW entfielen **1957** lt. Mitteilung von A. Kosygin anlässlich des zehnjährigen Bestehens des SEW: 78 v. H. der Gesamtimporte der Mitglieder an Maschinen und Ausrüstungen; 72 bis 95 v. H. der Gesamtimporte an festen und flüssigen Heizstoffen, Eisenerz, Roh-eisen, künstlichen Düngemitteln, Getreide, Nadelholz; 60 v. H. der Gesamtimporte an Eisenwalzgut; 52 v. H. der Gesamtimporte an Baumwolle. Bis **1965** soll der Innerblockhandel um 60 v. H. zunehmen. Steigende Bedeutung gewinnen die Lieferungen kompletter Ausrüstungen für Industrierwerke. Die Tschechoslowakei liefert in erster Linie Ausrüstungen für Kraftwerke, chemische Werke und Zementfabriken; die SBZ für Kraftwerke, Walzwerke, chemische Fabriken, Zementfabriken und für Werke der Leicht- und Lebensmittelindustrie; Polen Schwefelsäurefabriken, Zementwerke und Zuckerrfabriken.

Als eine neue Phase in der Entwicklung des SEW wird die tiefe und allseitige Koordination der Planung in den einzelnen Ländern mit dem Ziel der Arbeitsteilung und -Zusammenfassung bezeichnet. Dadurch wird die wirtschaftliche Abhängigkeit der einzelnen Mitgliedsländer immer grösser. Im Rahmen der Koordination der Planung soll sich z. B. Polen auf Maschinenbau, Schiffsbau, Kohlenindustrie und chemische Industrie, die Tschechoslowakei vorwiegend auf schweren chemischen und energetischen Maschinenbau, die SBZ auf Apparatebau, energetischen, chemischen und metallurgi-

sehen Maschinenbau sowie auf die chemische Industrie spezialisieren. Geplant ist der Bau einer Erdölleitung von der SU nach Ungarn, Polen, in die Tschechoslowakei und die SBZ.

#### RAT FÜR SOZIALVERSICHERUNG:

In den -> VEB und Verwaltungen tätiges Organ innerhalb des -.\* Sozialversicherungs- und Versorgungswesens.

**RATIONALISATOREN:** Gleichbedeutend mit -> Neuerer. (-> Neuererbewegung, -> Rationalisatorenbewegung)

#### RATIONALISATORENBEWEGUNG:

Nach dem Vorbild der sowjetrussischen und polnischen «Rationalisatoren» riefen die beiden mehrfach ausgezeichneten Aktivisten Rudi Rubbel und Siegfried Naumann am 19. 4. 1952 die deutsche R. ins Leben, die am 5. 6. 1952 in Ost-Berlin in Zusammenarbeit mit «Wissenschaftlern» ihre erste Konferenz abhielt. Die **Rationalisatoren** «sind Menschen, die durch meist einfache technische Hilfsmittel die Leistung der Anlagen erhöhen und dadurch die Dauer der einzelnen Produktionsvorgänge verkürzen» («Berliner Zeitung» vom 11.5.1952). Die Erfolge der R. sind gering. Im April 1959 beklagten Gewerkschaftsfunktionäre, dass die Ergebnisse der Tätigkeit der Rationalisatoren im Jahre 1958, gemessen an den hohen Aufgaben, die der Volkswirtschaftsplan stellte, in keiner Weise befriedigend seien. Nur etwa jeder zehnte Werk tätige habe Verbesserungsvorschläge eingereicht. Die R. soll deshalb verbreitert und gesteigert werden.

**RATIONALISIERUNG:** Seit vielen Jahren wird in der SBZ von der Durchführung umfassender technischer Erneuerung und Verbesserung der Produktionseinrichtungen in Industrie und Landwirtschaft gesprochen. Die zentralen Leitungsinstanzen waren jedoch nicht in der Lage, in ausreichendem Masse die dazu erforderlichen Finanzmittel und das benötigte Material bereitzustellen (-> **Materialversorgung**). Nach offiziellen Verlautbarungen ist die technische Ausstattung der Industriebetriebe, insbesondere des Maschinenbaus, völlig veraltet. Zwar werden in grossem Umfange auch wieder Maschinen aller Art produziert (-> **Maschinenbau**), aber der grösste Teil - besonders Werkzeugmaschinen - wird exportiert, da das Regime anders nicht in der Lage ist, Engpassmaterial und Rohstoffe zu importieren. Die SED versucht, durch immerwährenden Druck auf die Betriebsleitungen und auf die Arbeiter (-> **Arbeitspolitik**, -> **Wettbewerbe**) die feh-

lenden R. -> **Investitionen für die Betriebe zu ersetzen, (sozialistische -> Rekonstruktion)** [781]

**RAU, HEINRICH:** \* 2. 4. 1899 in Feuerbach b. Stuttgart als Sohn eines Landwirts, Volks- und Fortbildungsschule, Metallarbeiter. 1913

**SAJ, 1917 -> USPD,** Mitbegründer der -> KPD, 1920 Leiter der Abt. Landwirtschaft des ZK der KPD, Redakteur komm. Bauernzeitungen, 1928 bis 1933 Mitgl. des preuss. Landtags, 1933 zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1935 in die CSR, 1936 in die SU emigriert, bis 1937 Leiter des Intern. Agrar-Instituts in Moskau, 1937 bis 1938 nacheinander Kommissar, Stabschef und Kommandeur der -> XI. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg. Flucht nach Frankreich, 1939 dort interniert und 1942 ausgeliefert. Bis 1945 im KZ Mauthausen, 1945 wieder zur KPD, wurde Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg, verantwortlich für die Landwirtschaft. 1946 brandenburgischer Wirtschaftsminister, 1948 bis 1949 Vors. der -> DWK. In dieser Eigenschaft wurde R. im Juli 1949 in den Parteivorstand (1950 ZK) und in das -> **Politbüro** der -> SED kooptiert und ist seitdem ununterbrochen dessen Mitgl., Vors. der Aussenpolitischen Kommission des -.\* ZK. Im Okt. 1949 Minister für Wirtschaftsplanung, im Nov. 1950 stellv. Ministerpräsident und Vors. der **Staatlichen -> Plankommission**, 23.5. 1952 Leiter der Koordinierungsstelle für Industrie und Verkehr, Nov. 1953 Minister für Maschinenbau. Seit 15. 4. 1955 Minister für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel. R. ist Mitgl. des Präsidiums des Ministerrats. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**REALISMUS:** Soviel wie Wirklichkeitsnähe in der Kunst. Die kommun. Terminologie unterscheidet zwischen dem kritischen R., den man in den Werken bürgerlicher Künstler und Schriftsteller mit gesellschaftskritischem Inhalt (besonders bei den Russen des 19. Jahrhunderts, wie dem Maler Repin und den Dichtern Puschkin, Gogol und Leo Tolstoi) zu finden glaubt, und dem sozialistischen R., der die Aufgabe hat, «die Menschen im Geiste des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland, für die Erfüllung des Fünfjahresplanes, zum Kampf für den Frieden zu erziehen» (SED-Resolution vom 15.-17. 3. 1951). Der sozialistische R. übernimmt mit dieser Aufgabe eine propagandistische Funktion, ist also weder gesellschaftskritisch noch, wie es seinem Namen nach anzunehmen wäre, realistisch. Das

-> **ZK** der SED forderte am 27.10.1955 von den Künstlern, sie sollten «helfen, das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe zu heben. Sie müssen unter Führung der Partei Erzieher der Massen sein und sie durch ihre auf der Grundlage des sozialistischen Realismus geschaffenen Werke zu höheren Leistungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens begeistern». Das ZK der SED erklärte auf seiner 20. Tagung am 29.7.1956, man dürfe die Künstler nicht schematisch behandeln. Vielmehr müsse man ihnen beweglich und «überzeugend nachweisen, dass der sozialistische Realismus die beste schöpferische Methode ist, um in unserer Zeit die Wahrheit des Lebens ... zu gestalten». (-> **Bildende Kunst**, -> **Literatur**) [501-503]

**RECHENSCHAFTSLEGUNG:** Nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, meist eines Vierteljahres, ist über die Erfüllung des -> **Betriebskollektivvertrages** durch Werkleitung und -> **BGL** in einer Betriebsversammlung zu berichten. Die R. wird meist dazu benutzt, die Arbeiter zu höheren Leistungen anzuspornen. Sie gehört zu -> **Produktionspropaganda**.

**RECHNUNGSEINZUGSVERFAHREN:** (RE-Verfahren). Durch Ministerratsbeschluss vom 17. 7. 1952 angeordnetes -> **Verrechnungsverfahren**, wonach zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs Geldforderungen aus Warenlieferungen und sonstigen Leistungen «volkseigener» Betriebe und einer Anzahl gleichgestellter Unternehmen und Organisationen durch die Kreditinstitute eingezogen und verrechnet werden. Sonstige Genossenschaften, gewerbliche Unternehmen und selbständige Handwerker nehmen daran teil, wenn sie Gläubiger oder Schuldner «volkseigener» Betriebe usw. sind. Der «volkseigene» Lieferbetrieb erhält die Forderung voll kreditiert (RE-Kredit).

**RECHNUNGSWESEN:** Während in einer Marktwirtschaft das R. hauptsächlich der Erfolgsrechnung dient, ist es in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs dagegen ein Mittel zur Kontrolle der Planerfüllung. Die systemtypischen Merkmale des sowjetischen R. sind:

1. Die Buchführungsvorschriften sind vor allem ein Mittel der Plankontrolle. Ziel der Rechnungslegung ist die Plan-Ist-Abrechnung in wechselseitiger Verflechtung von -> **Betriebsplan**, **Volkswirtschaftsplan** und Staatshaushaltsplan (-> **Staatshaushalt**).

2. Die Kostenrechnung wird nicht durch die tatsächlich entstehenden Kosten, sondern durch -> **Normen** bestimmt (Materialverbrauchsnormen, Arbeitsnormen, Abschreibungsnormen). Sie ist ähnlich wie die Buchführung hauptsächlich auf einen Soll-Ist-Vergleich abgestellt. (Feststellung der Abweichungen innerhalb einer Geschäftsperiode.) Eine untergeordnete Rolle spielen preiskalkulatorische Gesichtspunkte. Bestimmte Kostenelemente (wie Unternehmerlohn, kalkulatorische Zinsen, Wagniszuschläge) haben den Kostencharakter generell verloren, oder es wird nach «sozialökonomischen Formationen» differenziert (so werden in der Privatwirtschaft bestimmte Lohnkostenbestandteile dem Gewinn zugeschlagen, während sie in der -> **VEW** als abzugsfähig anerkannt sind).

3. Es gibt kein Nebeneinander von Handels- und Steuerbilanz. Für Bilanzaufstellung gibt es ein vielgliedriges Bilanzschema und eine Vielzahl ergänzender Formulare (Kontrollblätter des Kontrollberichtes). Bewertung der Anlagegüter erschöpft sich in auf den Anschaffungswert bezogenen Abschreibungssätzen. Warenvorräte werden zu -> **Selbstkosten**, Forderungen zum Nennwert ausgewiesen. Betriebsindividuelle Verhältnisse finden keine Berücksichtigung.

4. Kriterium der -> **Rentabilität** der **VEB** ist der Grad der Planerfüllung. (-> **PDA**)

**RECHTSANWALTSCHAFT:** «Der V. Parteitag der SED hat der Rechtsanwaltschaft die Aufgabe gestellt, sich zu einem sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR zu entwickeln.» (Aus der «Konzeption für die Aufgaben der Rechtsanwaltschaft bei der Durchführung des Siebenjahresplanes»). Die R. hat die Aufgabe, «die Organe des Staatsmacht zur Verwirklichung der Aufgaben des Siebenjahresplanes bewusst und planmäßig zu unterstützen. Damit dient die R. in der DDR dem Siege des Sozialismus, der Erhaltung des Friedens und ist Vorbild für eine gesamtdeutsche Anwaltschaft» (ebenda). «Die R. braucht daher einen klaren parteiichen Standpunkt wie jeder, der in unserem Staat eine gesellschaftliche Funktion auszuüben hat» («Neue Justiz» 1960, S. 397).

Mit diesen Erklärungen ist die heutige Stellung der sowjetzonalen R. klar umrissen. Es bedurfte aber zahlloser Massnahmen der SED-Machthaber, um zum gewünschten Ziel zu gelangen, nachdem noch 1951 in der R. «die langsamste Vorwärtsentwicklung und die unentwickelten Formen

einer neuen Gestaltung\* festgestllt wurden (**Hilde -\*** Benjamin in «Neue Justiz» 1951, S. 51). Mit Entziehungen der Zulassung, Auftrittsverböten, Strafverfolgungen und Verhaftungen ging man gegen die Anwälte vor, die als «Verfechter bürgerlich-kapitalistischer Rechtsansichten\* angesehen wurden. Der Versuch, Anwaltskollektivs nach sowj. Muster auf freiwilliger Basis entstehen zu lassen, schlug fehl. So musste der Verordnungsweg beschritten werden. Am 15.5. 1953 erging die «VO über die Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte» (GBl. S. 725) mit einem «Musterstatut für die Kollegien der Rechtsanwlte\* als Anlage. «Als Offizialverteidiger und als beigeordneter Rechtsanwalt in Zivilprozessen kann nur ein Rechtsanwalt bestellt werden, der Mitglied eines Kollegiums der Rechtsanwälte ist» (§ 3 der VO). Die staatlichen Dienststellen und Institutionen sind angewiesen, «in allen Rechtsangelegenheiten, die die Mitwirkung eines Rechtsanwalts erfordern, nur Mitglieder der Kollegien der Rechtsanwälte zu beauftragen» (§ 4 Abs. 1 der VO). Freiberuflich tätige Rechtsanwälte werden nicht mehr neu zugelassen. Weil der Widerstand gegen die Kollegien innerhalb der R. zu stark war, wurden vielerorts -> **Volksrichter** aus dem Justizdienst entlassen und mit der Bildung und Leitung der Kollegien beauftragt. Auch ein Teil des akademisch ausgebildeten Nachwuchses (\* Rechtsstudium) wurde in die Anwaltskollegien gelenkt. Am 1.7. 1957 wurde im Justizministerium der SBZ ein «Beirat für Fragen der R.» gebildet. Kurz vorher war das Statut der «Zentralen Revisionskommission\* für die Rechtsanwaltskollegien vom Ministerium bestätigt worden und damit in Kraft getreten. Die Leitung der Revisionskommissionen hat die Aufgabe, «die Verbindung mit dem Ministerium der Justiz aufrechtzuerhalten, seine Anregungen entgegenzunehmen und ihm über die Arbeit der Zentralen Revisionskommission zu berichten». § 14 des Statuts gibt der Revisionskommission das Recht, «von den Vorsitzenden der Rechtsanwaltskollegien Berichte anzufordern. Die Vorstände und Zweigstellenleiter der Rechtsanwaltskollegien sind verpflichtet, den Revisionsgruppen über alle Fragen Auskunft zu geben, ihnen alle Unterlagen vorzulegen und sie in jeder Weise bei ihrer Arbeit zu unterstützen.\* Damit ist für die Kollegien das Anwaltsgeheimnis praktisch beseitigt. Die Zentrale Revisionskommission erstellte im Mai 1960 eine «Kon-

zeption für die Aufgaben der Rechtsanwaltschaft bei der Durchführung des Seibenjahrplanes» (s.o.), die die allgemeinen Grundsätze und die Methoden der Arbeit der sozialistischen R. darlegt. Danach hat der Rechtsanwalt u.a.»bei der Anwendung des Rechts auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens einen aktiven Beitrag zur Vollendung der sozialistischen Umwälzung» zu leisten, er muss «die Klassenkampfsituation, die Schwerpunkte des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in seinem Arbeitsbereich kennen, die -> **gesellschaftliche Erziehung** von Bürgern, die ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben, unterstützen» und «sich politisch sowie fachlich ständig weiter qualifizieren und sich auf der Grundlage der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus mit den bürgerlichen Staats- und Rechtsanschauungen auseinandersetzen». Diese Konzeption entspricht den Beschlüssen des V. Parteitagess der SED und dem §14 des am 1.10.1959 neu gefassten Gesetzes über die -> **Gerichtsverfassung**: «Die Rechtsanwälte in der DDR haben durch ihre gesamte Tätigkeit zur Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewusstseins der Bevölkerung und zur Festigung der sozialistischen Gesetzhtigkeit beizutragen. Sie haben die Rechtsuchenden sachgemäss zu beraten und vor Gericht zu vertreten.» Angesichts dieser grundsätzlichen Auffassungen und Bestimmungen wird klar, dass insbesondere dem -> **Verteidiger** im **Strafverfahren** jede echte anwaltliche Tätigkeit unmöglich gemacht wird. Viele Rechtsanwälte sind gerade deswegen aus der SBZ geflüchtet. In der SBZ und in Ost-Berlin gibt es zur Zeit 741 Rechtsanwälte, von denen schon mehr als zwei Drittel dem Kollegium angehören, während der Rest seinen Beruf noch frei ausübt. Den nicht freiberuflich tätigen Anwälten soll in planmässiger Aufklärungs- und Erziehungsarbeit klargemacht werden, dass «die Perspektiven ihrer Entwicklung im Anwaltskollegium liegen» («Neue Justiz» 1958, S. 665). (-> **Rechtswesen**) [430]

**RECHTSAUSKUNFTSSTELLE:** -> **Gerichtsverfassung.**

**RECHTSGUTACHTEN:** **Gerichtsverfassung.**

**RECHTSHILFEABKOMMEN:** Die SBZ hat mit verschiedenen Staaten des Ostblocks R. geschlossen. Das erste war der «Vertrag zwischen der DDR und der tschechoslowakischen Republik vom 11. 9. 1956 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen», der durch Ge-

setz vom 2.11.1956 (GBl. S. 1187 und GBl. 1957, S. 365) in Kraft gesetzt wurde. Ihm folgten der gleichlautende Vertrag mit der Volksrepublik Polen vom 1. 2. 1957 (GBl. S. 413, 545), der Sowjet-Union vom 28. 11. 1957 (Gesetz vom 12.3.1958, GBl. S. 241, 509), der Volksrepublik Ungarn vom 30. 10. 1957 (Gesetz vom 12. 3. 1958, GBl. S. 277, 509), der Volksrepublik Bulgarien vom 27. 1. 1958 (GBl. S. 713, 889), der Volksrepublik Rumänien vom 15. 7. 1958 (GBl.S.741 und GBl. 1959, S. 169) und der Volksrepublik Albanien vom 11. 1. 1959 (GBl. S. 295). Nach diesen Verträgen gewähren die Gerichte, -> **Staatsanwaltschaften** und Staatlichen -> **Notariate** der vertragsschliessenden Parteien einander Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen. Sie bedienen sich dabei der eigenen oder der russischen Sprache. Öffentlich beglaubigte Urkunden des einen Staates bedürfen keiner Legitimation im anderen Staat. Die Vertragspartner gewährleisten den jeweiligen fremden Staatsangehörigen den gleichen Rechtsschutz wie den eigenen Staatsangehörigen. Rechtskräftige Entscheidungen in nicht-vermögensrechtlichen Angelegenheiten sind im Gebiet des Vertragspartners ohne Anerkennungsverfahren wirksam. In den Vertragsbestimmungen über die Rechtshilfe in Strafsachen wird die Auslieferung geregelt. Eigene Staatsangehörige werden nicht ausgeliefert. Auskünfte aus dem -> **Strafregister** sind den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Vertragspartners zu erteilen. Eine Sonderstellung nimmt das Abkommen zwischen der «DDR» und der SU über «gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR Zusammenhängen» vom 26. 9. 1957 (GBl. S. 533 und S. 615) ein. Dieses regelt nur Rechtshilfefragen in bezug auf Truppenstationierung.

**RECHTSSTUDIUM:** Das R. an den juristischen Fakultäten der Universitäten -\* **Berlin**, -> **Leipzig**, -> **Halle** und -> **Jena** wurde durch die Anweisung Nr. 11 des Staatssekretariats für Hochschulwesen mit Wirkung vom 1. 9. 1951 völlig umgestaltet. Nach dem jetzt geltenden Studienplan dauert das R. vier Studienjahre mit acht Semestern und enthält drei Zwischenprüfungen und drei Berufspraktika von je sechs Wochen. Die Abschlussprüfung (Staatsexamen) verleiht die volle Qualifikation zum Richteramt. Dieser Studienplan und die Prüfungsordnung gelten auch für das R. an der

**Deutschen -> Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht».** Er ist in Auswertung einer rechtswissenschaftlichen Konferenz im April 1958 vom Staatssekretariat für Hochschulwesen gemeinsam mit dem ZK der SED im Jahre 1959 erarbeitet worden. Die Studenten sollen befähigt werden, «die wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus in ihrem Tätigkeitsbereich schöpferisch anzuwenden, die Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie zu wahren, unüdsam gegen bürgerliche Ideologien zu kämpfen, Erscheinungen des Revisionismus zu entlarven, bürgerliche und kleinbürgerliche Auffassungen zu überwinden». Sämtliche Vorlesungen wurden durch Fachkommissionen beim Staatssekretariat für Hochschulwesen im Wortlaut genau ausgearbeitet und werden in dieser Form an allen Universitäten gehalten.

Nach dem Staatsexamen muss der junge Jurist eine -> **Praktikantenzeit** absolvieren. Ein zweites Staatsexamen (Richterexamen) gibt es nicht.

In den ersten drei Semestern liegt das Schwergewicht des R. auf den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern - auf dem Studium des Marxismus-Leninismus. Das eigentliche Fachstudium beginnt im 3. Semester, jedoch bilden die gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen auch dann noch einen grossen Bestandteil des Studiums. Bis zum Ende des 7. Semesters muss jeder Student eine Abschlussprüfung in Russisch ablegen. Russisch ist während der ersten 5 Semester Pflichtfach. «Das Ziel muss sein, die Studenten zu befähigen, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei und Regierung zu überzeugen.» (Polak in: «Staat und Recht» 1955, S. 541 ff.).

«Die juristischen Fakultäten haben Staatsfunktionäre auszubilden, die der Arbeiterklasse treu ergeben und fähig sind, die Ziele und Aufgaben der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf höchstem wissenschaftlichen Niveau zu verwirklichen. Deshalb ist es erforderlich, alle Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaft mit dem dialektischen und historischen Materialismus zu durchdringen und den Studenten die Gesetzmässigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in allen Ländern als den Hauptinhalt unserer Epoche zu vermitteln.» (Aus dem Vorwort zum Studienplan) (-\* **Hochschulwesen**) [430]

**RECHTSWESEN:** siehe Seite 334.

## RECHTSWESEN

Die Hauptaufgabe der Justiz besteht nach den Ausführungen ihrer massgebenden Funktionäre (-> **Fechner**, -> **Benjamin**, -> **Melsheimer**) darin, «die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu sichern, die Wirtschaftspläne vor Angriffen feindlicher Agenten und Saboteure zu schützen und damit das Vertrauen der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der Welt zum deutschen Volke zu stärken». «Unser Recht dient der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, dem Aufbau des Sozialismus und der Sicherung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes. Die Fragen des Rechts sind von grosser Bedeutung im ideologisch-politischen Kampf gegen die reaktionären bürgerlichen Ideologien und für den Sieg des Sozialismus. Das Recht ist ein wichtiger Hebel zur Durchsetzung und Festigung des ökonomischen Fortschritts und zur Sicherung der Lebensgrundlage und Rechte der Bürger» («Staat und Recht», 1956, S. 2). Diese der Rechtsprechung gestellte politische Aufgabe kommt auch im Gesetz über die-> **Gerichtsverfassung** zum Ausdruck: «Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden . . . Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewussten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze» (§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, Satz 2 GVG). Besonders herausgestellt wird weiter bei allen Gelegenheiten die Forderung nach -> **sozialistischer**, -> **demokratischer Gesetzmässigkeit**, d. h. nach strenger Einhaltung der in der SBZ geltenden Gesetze mit dem Ziel, die errungene Machtstellung mit Hilfe der Justiz unter allen Umständen zu festigen und weiter auszubauen. Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten -\* **Parteilichkeit der Rechtsprechung**: «Einhaltung der Gesetzmässigkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit» (Artzt in: «Neue Justiz» 1956, S. 581).

Als höchste Gerichtsinstanz besteht seit Dezember 1949 das -\* **Oberste Gericht** der «DDR». Es entscheidet über die vom Generalstaatsanwalt eingelegten Kassationsanträge (-> **Kassation**) oder als Rechtsmittelgericht bei erstinstanzlichen Entscheidungen der Bezirksgerichte sowie in solchen Strafsachen, in denen der Generalstaatsanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Anklage unmittelbar vor dem Obersten Gericht erhebt. Oft werden die erstinstanzlichen Verhandlungen dann als -> **Schauprozesse** durchgeführt. Ein Rechtsmittel steht dem Angeklagten in diesen Fällen nicht zu. Der Angeklagte ist also der Willkür des Generalstaatsanwalts unterworfen, wenn dieser das Verfahren vor das Oberste Gericht in erster und gleichzeitig letzter Instanz bringen will.

Im übrigen entsprach die Gerichtsorganisation bis August 1952 noch dem alten deutschen Gerichtsverfassungsgesetz. Sie ist dann zunächst durch die «VO über die Neugliederung der Gerichte» vom 28. 8. 1952 der neuen Verwaltungsstruktur der Sowjetzone angepasst und durch das Gerichtsverfassungsgesetz vom 22. 10. 1952 endgültig geregelt worden. Am 1. 10. 1959 wurde das GVG mit Erlass des Gesetzes über die Wahl der -> **Richter** neu gefasst und in einigen Bestimmungen entscheidend in sozialistischem Sinne geändert. Mit grossem Nachdruck wird von den massgebenden Justizfunktionären auf den «demokratischen» Charakter der neuen Gerichtsverfassung hingewiesen, der insbesondere dadurch zum Ausdruck komme, dass an der Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen in grösstem Umfange die Bevölkerung beteiligt sei (-\* Schöffen). Das zweite Gesetz im Rahmen der -> **Justizreform** ist die neue Strafprozessordnung (-> **Strafverfahren**), die zusammen mit dem GVG am 15. 10. 1952 in Kraft getreten ist.

Die -> **Staatsanwaltschaft** ist aus dem Justizapparat herausgelöst und in eine selbständige und unmittelbar dem Ministerrat unterstehende Behörde umgewandelt worden. Mit dem 1. 6. **1952**, dem Tage des Inkrafttretens des «Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR» war die Sowjetisierung des Strafrechts auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzuges vollendet. Die -> **Justizverwaltung** hat ihre Aufsichtsbefugnisse über die Staatsanwaltschaft eingebüsst und beschränkt sich auf die Kontrolle der Rechtsprechung und die Personalpolitik. Letztere vollzieht sich seit **1945** unter dem Gesichtspunkt der **Demokratisierung** der Justiz und hatte zur Folge, dass die akademischen Juristen mehr und mehr aus den Richter- und Staatsanwaltschaften verdrängt und durch -> **Volksrichter** ersetzt wurden. 97 v. H. aller Richter sind Volksrichter, während in der Staatsanwaltschaft nur noch zwei Volljuristen beschäftigt sind. Sämtliche wichtigen Positionen sind mit Angehörigen der SED besetzt. Es gibt keinen Leiter einer Bezirksstaatsanwaltschaft, der nicht der SED angehört; bei dem Generalstaatsanwalt der Zone sind ausschliesslich SED-Mitglieder als Staatsanwälte tätig. Da den Richtern und Staatsanwälten, die der SED angehören, von Beginn ihrer Ausbildung an eingehämmert wird, dass sie auch als Richter und Staatsanwälte Funktionäre ihrer Partei bleiben und die Richtlinien der Partei zu befolgen haben, ist es der SED und der von ihr gesteuerten Justizverwaltung möglich, unmittelbar in die Rechtsprechung einzugreifen. Der «Richter neuen Typus» darf nicht dem -> **Objektivismus** erliegen, sondern muss in seiner Rechtsprechung die Parteilichkeit wahren und beweisen, dass er die alte -> **Klassenjustiz** überwunden hat. Der Richter muss stets von dem Gedanken ausgehen, dass seine Urteile in erster Linie der «Gesellschaft», also dem Staat, nützen müssen. Es kommt dabei nicht auf eine nur «formelle» Anwendung des Gesetzes an, sondern auf dessen Auslegung im Sinne der SED. Der Verfassungsgrundsatz von der **Unabhängigkeit der -> Richter** ist in besonderem Masse seit Einführung des -> **Instrukteurwesens** faktisch beseitigt.

Mit der Justizreform des Jahres **1952** wurden grosse Gebiete der -> **Freiwilligen Gerichtsbarkeit** auf Verwaltungsstellen übertragen und das Staatliche -> **Notariat** eingerichtet. Auch in der -> **Rechtsanwaltschaft** wurde durch die Bildung der Anwaltskollegien eine grundsätzliche Neuordnung in Angriff genommen. Damit soll dem Entstehen eines Vertrauensverhältnisses zwischen Anwalt und Mandant vorgebeugt werden. Ein «neuer Arbeitsstil» soll vor allem durch den-> **Verteidiger** im sozialistischen Strafprozess entwickelt werden. Der Schwerpunkt der gesamten Rechtsprechung liegt auf dem Gebiet des Strafrechts. Hier können drei Gruppen unterschieden werden: die politischen Strafsachen, die Wirtschaftsstrafsachen und alle übrigen Delikte. Die politischen Strafsachen werden bei der Staatsanwaltschaft von der Abt. I bearbeitet und von den I. Senaten des OG und der Bezirksgerichte entschieden, Wirtschaftsdelikte und alle anderen Strafsachen von der Abt. II und den II. Senaten der Bezirksgerichte oder den Strafkammern der Kreisgerichte. Das OG wird in erster Instanz in Wirtschaftsstrafsachen in aller Regel nicht tätig. Auf dem Gebiet des politischen Strafrechts wurde, nachdem durch Beschluss der Sowjetregierung vom 20. 9. **1955** alle «Gesetze, Direktiven und Befehle des Alliierten Kontrollrats als überflüssig erachtet werden und auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit verlieren», bis zum 1.2.**1958** fast ausschliesslich Art. 6 der -> **Verfassung** angewandt, der die sog. -> **Boykott-, Kriegs- und Mordhetze** für strafbar erklärt. Der Art. III A 111 der Kontrollratsdirektive 38, der bis zum 20. 9. **1955** zur Verurteilung wegen «Erfindung oder Verbreitung tendenziöser, friedensgefährdender Gerüchte» (-> **Friedensgefährdung, -> Sühnemassnahmen**) herangezogen



wurde, konnte nicht mehr Grundlage politischer Strafverfahren sein. Das Friedensschutzgesetz vom 16. 12. 1950 wurde vom OG erst einmal angewandt. Seit Inkrafttreten des -> Strafrechtsergänzungsgesetzes (StEG) am 1. 2. 1958 bildet dieses nunmehr die Grundlage für die Bestrafung der Staatsverbrechen. Art. 6 der Verfassung behält aber seinen Charakter als unmittelbar anzuwendendes Strafgesetz, bleibt also als Generalklausel hinter den neu geschaffenen, sehr allgemein formulierten Tatbeständen bestehen. Hohe Zuchthausstrafen werden in politischen Prozessen auch gegen Jugendliche verhängt (-> Jugendstrafrecht).

Auf wirtschaftsstrafrechtlichem Gebiet gelangten bis 1955 vor allem vier Gesetze zur Anwendung, und zwar der Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 (-> Sabotage), die -> Wirtschaftsstrafverordnung vom 23.9.1948, das Gesetz zum Schutze des -> Innerdeutschen Handels vom 21. 4. 1950 und das Gesetz zum Schutze des -> Volkseigentums vom 2. 10. 1952. Mit der Ausserkraftsetzung des Besatzungsrechts war auch der Befehl Nr. 160 aufgehoben worden. Sabotage wurde, sofern nicht eine der anderen wirtschaftsrechtlichen Normen zur Anwendung gelangte, seitdem als eine der unter Boykottetze fallenden Erscheinungsformen im Klassenkampf angesehen und nach Art. 6 der Verfassung bestraft. Das StEG hat mit Wirkung vom 1.2. 1958 zwei selbständige Tatbestände für -> Diversion und Sabotage eingeführt. Die Anwendung dieser Gesetze hat im Regelfall neben einer erheblichen Zuchthausstrafe die Einziehung des gesamten Vermögens des Angeklagten zur Folge. Sie erfolgt auch in den Strafverfahren gegen Landwirte wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls. Allerdings sind gerade diese Strafverfahren seit dem Jahre 1953 angesichts der zunehmenden -> Republikflucht der bauerlichen Bevölkerung erheblich zurückgegangen. Das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums wurde durch das StEG aufgehoben; die Bestrafung der «Verbrechen gegen gesellschaftliches Eigentum» fand mit den Bestimmungen des StEG eine neue gesetzliche Grundlage. Wirtschaftsstrafprozesse werden oft als Schauprozesse und auch gegen solche Angeklagten durchgeführt, die entweder gerade noch rechtzeitig aus der SBZ flüchten konnten oder die ihren Wohnsitz niemals in der SBZ hatten, wohl aber irgendwelche Vermögenswerte oder Betriebe. Diese sog. Abwesenheitsverfahren waren nach der bis zum 15. 10. 1952 geltenden Strafprozessordnung nur zulässig, wenn sich der Angeschuldigte im Ausland aufhielt oder im Inland verbarg. Da in vielen Fällen die Angeschuldigten den sowjetzonalen Behörden eine ladungsfähige Anschrift in der Bundesrepublik mitteilten, entfielen beide Voraussetzungen. Dennoch wandten die sowjetzonalen Gerichte die §§ 276 ff. StPO analog an, um das Vermögen oder den Betrieb des Angeklagten enteignen zu können. Nach der neuen Strafprozessordnung sind Verfahren in Abwesenheit des Angeklagten zulässig, wenn sich dieser «ausserhalb des Gebietes der DDR aufhält oder sich verbirgt» (§ 236 StPO der SBZ).

Für die übrigen Strafverfahren dient als materielle Grundlage noch das deutsche -> Strafgesetzbuch von 1871, das aber bis zum Jahre 1961 durch ein neues, sozialistisches Strafgesetzbuch ersetzt werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt ist das alte «sanktionierte» StGB entsprechend den «Erfordernissen der gesellschaftlichen Interessen» und unter «Überwindung der überholten Klassenjustiz anzuwenden. Entscheidendes Element für die Strafwürdigkeit einer Handlung oder Unterlassung ist die -> Gesellschaftsgefährlichkeit. Damit ist eine unmittelbare Anlehnung an das sowjetische Strafrecht gegeben. «Aufgabe der demokratischen Rechtsprechung ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR mit den uns zur Verfügung gestellten Gesetzen, seien sie sanktioniert oder neu geschaffen, zu schützen. Dabei ist der Hinweis not-

wendig, dass mit der Sanktionierung gewisser alter Gesetze keineswegs die Übernahme der von den bürgerlichen Gerichten angewandten Auslegungsregeln verbunden ist» («Neue Justiz» 1956, Beilage S. 10).

Das Strafrechtsergänzungsgesetz führte neben dem aus dem sowjetischen Recht übernommenen «materiellen Verbrechensbegriff» die neuen Strafen -> **Bedingte Verurteilung** und -> **Öffentlicher Tadel** ein; ferner wurden durch dieses Gesetz sechs Tatbestände des -> **Militärstrafrechts** geschaffen. -> **Strafvollstreckung** und -> **Strafvollzug** sind der **Deutschen -> Volkspolizei** übertragen worden; die Staatsanwaltschaft hat lediglich theoretische Aufsichtsbefugnisse. Das -> **Gnadenrecht** liegt in der Hand des -> **Staatsrats**. Das Gnadungsverfahren richtet sich nach einer Gnadenordnung vom Januar 1954, die jedoch geheimgehalten und nicht veröffentlicht wird. Das Strafregisterwesen (-> **Strafregister**) ist durch Gesetz vom 11. 12. 1957 - in Kraft getreten am 1. 2. 1958 - neu geregelt worden; die Straftilgungsfristen wurden erheblich verkürzt.

Auf zivilrechtlichem Gebiet gelten noch das Bürgerliche Gesetzbuch und die Zivilprozessordnung (-> **Zivilprozess**), beide allerdings mit Ausnahmen und Einschränkungen. Im sowjetzonalen Justizministerium wird an der Erstellung eines neuen -> **Zivilgesetzbuchs** (Termin zur Fertigstellung: August 1961) und einer neuen Zivilprozessordnung (Termin: August 1962) gearbeitet. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung wurden der neuen Gerichtsverfassung durch die «VO zur Angleichung von Verfahrensvorschriften auf dem Gebiet des Zivilrechts an das Gerichtsverfassungsgesetz (-> **Angleichungsverordnung**)» vom 4. 10. 1952 angepasst. In familienrechtlichen Streitigkeiten (-> **Eherecht**) sind seit 1948 die untersten Gerichtsinstanzen, die Kreisgerichte, zuständig. Das gesamte -> **Familienrecht** soll durch das im Entwurf seit 1954 fertiggestellte Familiengesetzbuch neu gestaltet werden. Vorerst ist jedoch lediglich das Kontrollratsgesetz Nr. 16 (Ehegesetz v. 20. 2. 1946) durch die «VO über Eheschliessung und Eheauflösung» vom 24.11.1955 ersetzt worden. Eine Neuregelung hat schliesslich das -> **Patentrecht** erfahren. Auch hier ist in erster Linie das «Interesse der Gesellschaft» massgebend. Rechtsstreitigkeiten der -> **sozialistischen Betriebe** im Rahmen des Vertragssystems wurden aus der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte herausgenommen und unterliegen nach den materiellen Bestimmungen des -> **Vertragsgesetzes** der Entscheidung der staatlichen -> **Vertragsgerichte**. Auch in Zivilsachen werden die gerichtlichen Erkenntnisse von politischen Erwägungen bestimmt. Dies gilt besonders für das Gebiet des Familienrechts und vor allem bei Klagen, an denen -> VEB, Verwaltungen, Parteien oder gesellschaftliche Organisationen beteiligt sind. Die -> **Zwangsvollstreckung** aus einem obsiegenden Urteil gegen einen VEB bedarf einer besonderen Genehmigung. Alle Anträge auf Einleitung von Vollstreckungsmassnahmen müssen zunächst dem übergeordneten Organ des VEB vorgelegt werden. Die gleiche Regelung gilt bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten (-> **Arbeitsrecht**).

Ihr besonderes Augenmerk haben die Gerichte darauf zu richten, dass einmal im Straf- oder Zivilprozess die entstandenen Widersprüche in der Gesellschaft und zur gesellschaftlichen Entwicklung aufgedeckt werden, und dass in allen geeigneten Fällen im Anschluss an ein gerichtliches Verfahren eine -> **gesellschaftliche Erziehung** einsetzt, die gegebenenfalls vom Gericht organisiert werden muss. Aus den Erfahrungen in dieser Tätigkeit konnte dann der weitere Schritt zu -> **gesellschaftlichen Gerichten** vollzogen werden, der mit der Übertragung neuer Befugnisse auf die -> **Konfliktkommissionen** getan worden ist. Die Zusammenarbeit auf rechtllichem Gebiet mit den anderen Ostblockstaaten ist durch einzelne -> **Rechtshilfeabkommen** geregelt.

Neben der Rechtsprechung haben die Gerichte der SBZ noch eine andere, besonders wichtige Aufgabe: die massenpolitische Arbeit der Justiz. «In Justizausssprachen und Berichterstattungen muss der fortschrittliche Charakter unserer Gesetze und ihre Anwendung in der Praxis der Justizorgane erläutert und dem Gerichtssystem der Bonner Justiz gegenübergestellt werden\* (Görner in: «Staat und Recht», 1957, S. 662). «In der Tätigkeit der Gerichte der Arbeiter-und-Bauern-Macht bilden die Rechtsprechung und die politische Arbeit unter den Werktätigen eine feste Einheit. Die Richter sind verpflichtet, durch regelmässige Aufklärung über den sozialistischen Staat und sein Recht, insbesondere durch Erläuterung der Gesetze und durch Auswertung geeigneter Verfahren, die Bevölkerung zur Einhaltung der sozialistischen Gesetze und zur aktiven Mitwirkung bei ihrer Durchsetzung zu erziehen» (§4 GVG i. d. F. v. 1.10. 1959).

Vorbild in allem ist die SU, über deren «sozialistische Gesetzlichkeit» der Leiter des Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. P. E. Orlovski, sagt: «Die sozialistische Gesetzlichkeit ist ein Mittel zur Festigung des sozialistischen Staates, zur Verwirklichung seiner Funktionen und Aufgaben, und sie gewährleistet zur gleichen Zeit die Verwirklichung der Rechte der Sowjetbürger . . . . Dank der weisen Führung durch die kommunistische Partei dient die sowjetische sozialistische Gesetzlichkeit der grossen Sache des Aufbaus des Kommunismus in unserem Lande» («Neue Justiz» 1954, S. 613 ff).

[131, 310, 409, 414, 419, 420, 428, 436-438, 812]

**RECKNAGEL, HELMUT:** \* 20. 3. 37 in Steinbach-Hallenberg/Thüringen als Sohn eines Zangenmachers. Lehre als Werkzeugmacher und Messtechniker. Nach ersten Erfolgen als Skispringer systematisches Training. Nach mehreren nationalen und internationalen Erfolgen Goldmedaille bei den Olympischen Spielen von Squaw Valley 1960. Von der SBZ-Regierung mehrfach dekoriert, a. a. mit dem Vaterl. Verdienstorden. Mai 1957 -> SED. R. gab wiederholt öffentliche Stellungnahmen zugunsten der «DDR» und SED ab.

**REGIERUNG UND VERWALTUNG:** siehe Seite 339.

**REGIONALPLANUNG:** Planung.  
**REGISTRIERABTEILUNG:** Von Oktober 1952 bis Frühjahr 1956 Tarnbezeichnung der Kreis-Wehrersatzbehörden der + **Kasernierten Volkspolizei**, der Armee. Damals schon wurden Wehrpflicht - Stammrollen und die Erfassung der vor und nach 1946 ausgebildeten Offiziere und Mannschaften (-> Reservisten) vorbereitet. Die R., die mit Offizieren aller Waffengattungen der KVP besetzt waren, arbeiteten auf Kreisebene, die **Registrierverwaltungen** auf Bezirksebene. 1956 wurden die R. in **Kreiskommandos** und die Registrierverw. in -> **Bezirkskommandos** der -> **Nationalen Volksarmee** umbenannt.  
**REGISTRIERVERWALTUNG:** -> **Registrierverwaltung**.

**REHABILITATION:** Der Begriff, in der Medizin der westlichen Länder seit langem allgemein verbreitet, wird in der SBZ erst seit 1958 verwendet: Ziel ist, «Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu lassen», indem «die Wiedereingliederung in den gesellschaftlichen Produktionsprozess gesichert» wird («Perspektivplan»). Hierfür im -> Siebenjahrplan: R.-Zentren für Folgezustände bestimmter Krankheiten (z. B. Polio) und für behinderte Kinder und Jugendliche, Umwandlung des Krankenhauses Erlabrunn (-> **Wismut AG**) in eine «zentrale R.-Stätte für die Hauptgebiete der Medizin», schliesslich für die R. psychiatrisch Kranker die Einrichtung von Spezialabteilungen für ambulante Arbeitstherapie bei -> **Polikliniken**. Die praktische Arbeit der R. steht in den Anfängen. (-> **Gesundheitswesen**)

**REICHEL, HANS:** \*30.3.1925 in Proskau, Kr. Oppeln, Volksschule, Oberschule, Wehrmacht. 20. 4. 1943 Mitgl. der NSDAP. 1944 sowj. Gefangenschaft, Antifa-Lehrgänge. 1949 -> **DBD**, Leiter der Abt. Organisation und Schulung im Parteivorst. der DBD, Juli 1951 Mitgl. des Parteivorstandes, seit Sept. 1953 auch des Sekretariats, seit 2. 9. 1955 des Präsidiums des Parteivorst. der DBD. Am 15.5. 1953

Fortsetzung Seite 344

#### REGIERUNG UND VERWALTUNG

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht alle Verwaltungsaufgaben in der SBZ. Sie errichtete im Juni 1945 die «Sowjetische Militär-Administration für Deutschland» (→ **SMAD**), die zu ihrer Unterstützung lokale und regionale deutsche Verwaltungen einsetzte. Im Gegensatz zur Entwicklung in der heutigen Bundesrepublik Deutschland wurden in der SBZ jedoch bald die Befugnisse der Kommunal- und Länderbehörden eingeschränkt. Bereits im Juli 1945 befahl die SMAD die Errichtung von «Deutschen Zentralverwaltungen». Ihre Zahl betrug zunächst 11, stieg aber bis Mitte 1947 auf 16. De facto stellte dieser Apparat bereits eine zentrale sowjetische deutsche Regierung dar.

Zumindest gilt dies aber vom Sekretariat der durch SMAD-Befehl vom 27.6. 1947 gebildeten «Deutschen Wirtschafts-Kommission (→ **DWK**), dessen Zuständigkeiten im Frühjahr 1948 eindeutig denen einer Zentralregierung entsprachen. Ausserhalb der DWK blieben zunächst bestehen: Die Zentralverwaltungen für Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung sowie die Zentralverwaltung des Innern, die u. a. für die Remilitarisierung in der SBZ zuständig war. In der DWK entstanden schliesslich der «Ausschuss zum Schutz des Volkseigentums» unter **Erich** → **Mielke** (als Vorläufer eines Staatssicherheitsdienstes), eine Zentrale Kontrollkommission, ein Informationsamt. Im März 1948 wurden die Zentralverwaltungen zum Teil aufgelöst und als Hauptverwaltungen (HV) umstrukturiert.

Bereits vorher – am 12. 2. 1948 – wurde der DWK von der SMAD das Recht eingeräumt, «gemäss der von der SMAD festgelegten Ordnung Verfügungen und Instruktionen zu beschliessen und zu erlassen, die für alle deutschen Organe auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone obligatorisch sind, und ihre Erfüllung zu überprüfen». Damit wurden auch de jure die Länder- und Kommunalverwaltungen in der SBZ zu blossen Ausführungsorganen des Zentralapparates degradiert. Nach der Gründung der «DDR» wurden die Aufgaben der DWK durch das «Gesetz zur Überleitung der Verwaltung» vom 12. 10. 1949 (GBl. S. 17), unter gleichzeitiger Umbenennung und Umstrukturierung der Hauptverwaltungen in Ministerien, der «Provisorischen Regierung der DDR» übertragen. An die Stelle der SMAD trat die «sowjetische Kontrollkommission» (→ **SKK**). Die 1950 von der Volkskammer «gewählte» «Regierung der DDR» übernahm später nach sowjetischem Muster die Bezeichnung «Ministerrat». Die wichtigste gesetzliche Grundlage für Struktur und Tätigkeit der Regierung war neben der auch insoweit weitgehend aufgehöhlten und faktisch aufgehobenen → **Verfassung** das «Gesetz über den Ministerrat der DDR» vom 16. 11. 1954 (GBl. S. 915), dessen § 3 dem → **Ministerrat** aufgab: «a) die Tätigkeit der Ministerien und Staatssekretariate mit eigenem Geschäftsbereich und anderer zentraler staatlicher Organe zu leiten, ihre Statuten und Ordnungen zu bestimmen, Berichte über die Erfüllung ihrer Aufgaben entgegenzunehmen, die Struktur der Regierung den Erfordernissen der Durchführung der staatlichen Aufgaben, insbesondere der Volkswirtschaftspläne, anzupassen, und entsprechend seiner Nomenklatur die Mitarbeiter für leitende Staats- und Wirtschaftsfunktionen zu bestätigen; b) die Entwürfe der Volkswirtschaftspläne und der Staatshaushaltspläne zu beschliessen, sie der Volkskammer vorzulegen, sowie Massnahmen zu ihrer Durchführung und zur Festigung des Kredit- und Währungssystems zu treffen; c) die Durchführung der Gesetze, den Schutz der gesellschaftlichen und staatlichen

Ordnung, den Schutz des Volkseigentums und die Rechte der Bürger zu sichern; d) die Grundsätze für die Tätigkeit der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organe zu bestimmen, die die Beziehungen auf diesen Gebieten mit anderen Staaten regeln und pflegen; e) die Arbeit der Räte der örtlichen Organe der Staatsgewalt zu leiten und ihre Struktur den Erfordernissen der Durchführung der staatlichen Aufgaben, insbesondere der Volkswirtschaftspläne, anzupassen.»

Mit diesen Bestimmungen, die in der Regierungspraxis noch willkürlich ausgedehnt wurden, war das in demokratischen Staaten verpflichtende und ordnende Prinzip der Gewaltenteilung für die SBZ vorbehaltlos verworfen worden. In der Verfassungswirklichkeit unterlag und unterliegt die Tätigkeit der Regierung und ihrer Glieder weder einer parlamentarischen noch juristischen Kontrolle. Auch die Gesetzesinitiative wird einseitig von der Regierung ausgeübt. Seit der Bildung **der -> Volkskammer** hat das Scheinparlament der SBZ nur in wenigen, belanglosen Fällen die Gesetzesinitiative ergriffen.

Von entscheidender Bedeutung für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit in der SBZ ist besonders das im «Gesetz über den Ministerrat» verankerte Prinzip des -> **Demokratischen Zentralismus**, nach dem «alle nachgeordneten Organe den übergeordneten Organen rechenschaftspflichtig und an deren Weisungen gebunden» sind. Dieses Prinzip wird seit der -> **Verwaltungsneugliederung** radikal angewandt. Im Zuge dieser Umstrukturierung des -> **Staatsapparates** wurden im Sommer **1952** die Landesregierungen aufgehoben und deren Aufgaben auf die Räte der vierzehn auf dem Gebiet der Länder gebildeten -> **Bezirke** übertragen. Die in der Verfassung angedeutete Generalklausel wurde damit zugunsten einer uneingeschränkten Organisationshoheit der Republik in verfassungswidriger Weise ausgedehnt. Die Bezirke sind nicht etwa mit eigenen Verwaltungsfunktionen ausgestattete Bezirkskörperschaften, sondern lediglich unmittelbare staatliche Verwaltungseinheiten. Die Verwaltung der -> **Kreise** ist der der Bezirke nachgebildet. Die Räte der Bezirke bzw. Kreise sind mithin regionale «Organe der Staatsgewalt», deren Arbeit vom Ministerrat geleitet wird und deren Struktur den Erfordernissen zur Durchsetzung der zentralstaatlichen Aufgaben entspricht. Diese Tendenz der Schaffung und Wahrung eines zentralstaatlichen Verwaltungsmonopols kommt auch im «Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht» vom 17. 1. **1957** zum Ausdruck, dessen § 28 ausdrücklich festlegt, dass die Räte der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden dem Ministerrat bzw. den jeweils höheren Räten «unterstellt und rechenschaftspflichtig» sind.

In besonderem Masse treten die zentralistischen Tendenzen im Rahmen der Wirtschaftsverwaltung hervor. Oberste Instanz ist die **Staatliche -> Plankommission**, deren Hauptverwaltungen nach Auflösung der Industrieministerien **1958** die gesamte wirtschaftliche, aber auch die soziale und kulturelle Entwicklung in der SBZ bestimmen. Die Staatliche Plankommission hat u. a. folgende Funktionen: Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahrespläne, Kontrolle der Durchführung der Pläne, Anleitung und Kontrolle der «Vereinigungen (zentralgeleiteter) volkseigener Betriebe», Lenkung und Überwachung der «Wirtschaftsräte der Bezirke», denen wiederum «Vereinigungen (bezirklicher) volkseigener Betriebe» unterstellt sind. Auf allen Ebenen der Wirtschaftsverwaltung wird seitens übergeordneter Organe eine doppelte Kontrolle ausgeübt. So werden die Plankommissionen der Kreise sowohl durch die Wirtschaftsräte der Bezirke als auch durch gesonderte Abteilungen der (zentralen) Staatlichen Plankommission überwacht und angeleitet.

Alle staatliche Verwaltungsarbeit in der SBZ unterliegt der Lenkung und Kontrolle durch die -\* SED. Nach dem vom IV. Parteitag der SED 1954 beschlossenen Statut der Staatspartei ist die SED «die führende Kraft aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen . . .» Der führende Staatsrechtler der SBZ, Prof. Dr. Herbert Kröger, hatte den Primat der SED im staatlichen Leben der SBZ in einem Gutachten («Zum Staatsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik», Ost-Berlin, 1954) zunächst wie folgt fixiert: «Die... Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die führende Kraft aller staatlichen Organisationen . . . Mit ihrer Hilfe leitet die Arbeiterklasse den Staat . . . Deshalb gibt es keine grundlegenden, wichtigen staatlichen Massnahmen ohne vorhergehende richtungweisende Beschlüsse der SED. In den Beschlüssen der SED kommt unmittelbar der Wille der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Durch ihre Umsetzung in staatliche Entscheidungen und Anordnungen (Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse usw.) wird dieser Wille in staatlichen Willen verwandelt und mit staatlicher Autorität versehen.» In der Praxis ergab sich schon bald nach der Bildung erster zentraler Verwaltungs- und Regierungsorgane eine ständige Beeinflussung und Lenkung ihrer Entscheidungen und Massnahmen durch die Führungsorgane der SED. Selbst Detailfragen wurden mehr und mehr vom Apparat des ZK der SED, den Bezirks- und Kreisleitungen der SED behandelt, bevor sie den Staatsorganen zur Beratung und Realisierung übergeben wurden.

Diese führende Rolle der SED und die Degradierung der Regierung und ihrer nachgeordneten Organe zu reinen Exekutivorganen der Einheitspartei wurden schliesslich durch einen Beschluss des Politbüros der SED vom 12. Juli 1960 und eine verbindliche Interpretation der Zeitschrift «Die Einheit» (Heft 8/1960) theoretisch fixiert und vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1960 akzeptiert. Dadurch werden, wie es in der «Einheit» (8/1960) heisst, Praktiken abgestellt, die eine Verdrehung der «Parteilinie» durch eigene Anweisungen des Staatsapparates begünstigten. Das «Kernproblem» liege «in der richtigen Organisation der Durchführung der Parteibeschlüsse durch den Staatsapparat. Es muss gesichert werden, dass die Beschlüsse der Partei zur unmittelbaren (!) Grundlage für die gesamte Arbeit des Staatsapparates gemacht werden.» Zugleich wurde die bisher gültige These, der Staatsapparat sei das «Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus» erweitert: «Unsere sozialistische Staatsmacht ist das Hauptinstrument der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zur Organisation des sozialistischen Aufbaus.» Dabei müsse davon ausgegangen werden, «dass die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Erkenntnis ihrer Gesetzmässigkeiten von der Partei der Arbeiterklasse gelenkt wird und der Staatsapparat ein Instrument ist, um die Durchsetzung der Beschlüsse der Partei zur planmässigen und bewussten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren» («Einheit», 8/1960). Weiter heisst es: «Im Prozess des vollentfalteten sozialistischen Aufbaus wächst mit Notwendigkeit die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei . . . Auf der Grundlage der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Untersuchung der konkreten Bedingungen arbeitet die Partei die politische Linie für alle Gebiete des sozialistischen Aufbaus aus . . . und leitet die Verwirklichung dieser Linie in der Praxis.»

Zur weiteren Zentralisierung und Straffung der staatlichen Leitung und Kontrolle wurden gleichzeitig mit dieser Fixierung der Vormachtstellung der Partei gegenüber dem Staatsapparat die Weisungsbefugnisse der einzelnen Ministerien eingengt. Nur der Vorsitzende des Ministerrates

und der Inhaber des neugeschaffenen Amtes eines «Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates für Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse von Partei und Regierung» (**Willi -> Stoph**) sind noch berechtigt, Weisungen an die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken und Kreisen zu geben. Der Stellvertreter für Koordinierung und Kontrolle wurde gleichzeitig ermächtigt, die Arbeitsweise, die Methoden und Fristen zur Erledigung der einzelnen Aufgaben der Ministerien und nachgeordneten staatlichen Dienststellen zu bestimmen. Da mit der Schaffung eines «Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik» (-> **Staatsrat**) am 12. 9. 1960 weitere Exekutivbefugnisse in einer ausserhalb des herkömmlichen Regierungsapparates errichteten Stelle akkumuliert wurden, können Regierung und Verwaltung der SBZ nunmehr lediglich als Ausführungsorgane des zentralen Machträgers – des Parteiapparates und der von diesem beherrschten wie durch Personalunion (-> **Ulbricht**) gleichgeschalteten Organe – betrachtet werden, überdies wird die zentrale staatliche Verwaltung der SBZ in starkem Masse von der sowjetischen Partei- und Staatsführung beeinflusst. So nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin an Sitzungen des Präsidiums des Ministerrates der SBZ teil. Zum anderen unterliegt die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsverwaltung der SBZ den Weisungen des von der sowjetischen Gosplan-Kommission geleiteten -> **Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe** (Comecon).

Die wichtigsten Regierungsgämter der SBZ sind wie folgt besetzt:

Ministerpräsident und Vors. des

Ministerrates:

Stellv. des Vors. des Ministerrates für Koordination und Kontrolle:

Stellv. des Vors. des Ministerrates:

**Dr. Lothar -> Bolz** (NDPD)

**Bruno -> Leuschner** (SED)

**Max Suhrbier** (LDPD)

Vors. der Staatlichen Plankommission:

1. Stellv. des Vors.:

Stellv. des Vors.:

<b>Otto -&gt; Grofewohl</b> (SED)
<b>Willi -&gt; Stoph</b> (SED)

<b>Heinrich -&gt; Rau</b> (SED)
<b>Paul -&gt; Scholz</b> (DBD)
<b>Max -&gt; Sefrin</b> (CDU)
<b>Bruno -&gt; Leuschner</b> (SED)
Kurt Gregor (SED)
August Duschek (SED)
<b>Fritz -&gt; Selbmann</b> (SED)
Walter Hieke (SED)
Dr. Marg. Wittkowski (SED)
Georg Henke (SED)

Mitglieder der Staatlichen Plankommission (teilweise im Ministerrang):

Rudolf Steinwand (SED) Hermann Grosse (SED)

Prof. Dr. Werner Winkler (SED) Friedrich Macher (SED)

Helmut Wunderlich (SED) Willi Georgino (SED)

Joachim Wolf (SED) **Anton -> Ackermann** (SED)

Dr. Wilhelm Feldmann (NDPD) Erwin Freyer (SED)

Hermann Streit (SED)

Vors. der Zentralen Kommission für

Staatliche Kontrolle: **Ernst -> Wabra** (SED)

Minister für Nationale Verteidigung: **Karl-Heinz-> Hoffmann**

Minister des Innern:	<b>Karl Maron (SED)</b>
Minister für Ausw. Angelegenheiten:	<b>Lothar -&gt; Bolz (NDPD)</b>
Minister der Finanzen:	<b>Willi -&gt; Rumpf (SED)</b>
Minister für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel:	<b>Heinrich -&gt; Rau (SED)</b>
Minister für Handel und Versorgung:	<b>Curt-Heinz -&gt; Merkel (SED)</b>
Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft:	<b>Hans -&gt; Reichert (DBD)</b>
Minister für Gesundheitswesen:	<b>Max -&gt; Sefrin (CDU)</b>
Minister für Verkehrswesen:	<b>Erwin -&gt; Kramer (SED)</b>
Minister für Post- und Fernmeldewesen:	<b>Friedrich -&gt; Burmeister (CDU)</b>
Minister für Bauwesen:	<b>Ernst -&gt; Scholz (SED)</b>
Minister für Volksbildung:	Prof. Dr. <b>Alfred-&gt;Lemmnitz!</b> (SED)
Minister für Kultur:	<b>Alexander -&gt; Abusch (SED)</b>
Minister für Justiz:	<b>Dr. h. c. Hilde -&gt; Benjamin (SED)</b>
Leiter des Komitees für Arbeit und Löhne:	<b>Walter -&gt; Heinicke (SED)</b>
Präsident der Deutschen Notenbank:	Prof. <b>Martin -&gt; Schmidt (SED)</b>
Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen:	<b>Dr. Wilhelm -&gt; Girnus (SED)</b>
Staatssekretär für Kirchenfragen:	<b>Werner -&gt; Eggerath (SED)</b>
Leiter des Staatl. Rundfunkkomitees:	Prof. Dr. <b>Hermann -&gt; Ley (SED)</b>
Leiter des Presseamtes beim Minister- präsidenten:	<b>Kurt -&gt; Blecha (SED)</b>
Vors. des Staatl. Komitees für Touristik und Wandern:	<b>Gerhard -&gt; Wenzel (SED)</b>
Vors. des Staatl. Komitees für Körperkultur und Sport:	<b>Manfred -&gt; Ewald (SED)</b>
Vors. des Ausschusses für Deutsche Einheit:	<b>Max-&gt; Suhrbier (LDPD)</b>
Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik:	Karl Rambusch (SED)
Leiter der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik:	Heinz Rauch (SED)
Vors. des Forschungsrates:	Prof. Dr. Peter-Adolf Thiessen (parteilos)
Leiter der Regierungskommission für Preise:	Rudolf Lorenz (SED)
Leiter des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs:	Anton Ruh (SED)
Präsident d. Kammer f. Aussenhandel:	Fritz Koch (SED)
Präsident des Obersten Gerichts:	<b>Heinrich -&gt; Toeplitz (NDPD)</b>
«Amtierender Generalstaatsanwalt*»:	Werner Funk (SED)
Vors. des Staatl. Vertragsgerichts:	Dr. Osmar Spitzer (SED)



zum Minister für Land- und Forstwirtschaft ernannt, ab 25. 11. 1953 nur noch Staatssekretär im gleichen Ministerium, März 1954 bis Sept. 1954 Lehrgang auf der Zentralschule für Landwirtschaft des -> ZK der -> SED in Schwerin, am 17.3. 1955 als Nachfolger von Paul -> Scholz erneut zum Minister für Land- und Forstwirtschaft ernannt. Seit Okt. 1950 Abgeordneter der Volkskammer und seit 16. 6. 1956 stellv. Vors. des Beirats für -> LPG beim Ministerrat.

**REICHERT, RUDI:** \* 17.11.1922 in Güstin/Rügen als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Metallarbeiterlehre, Wehrmacht. 1945 -> KPD, 1946 -> SED, -> FDJ. 1946 bis 1948 Vors. des FDJ-Kreisvorstandes Neustrelitz, Referent der Landesleitung Mecklenburg der FDJ, seit 1948 Funktionär in der sowjetzonalen Sportbewegung. 1948 bis 1950 Vors. des Landessportausschusses Mecklenburg, 1950 bis 1952 Sekretär im Deutschen Sportausschuss. 1952 bis 1957 Leiter des Deutschen Sportausschusses. Seit 1952 Mitgl. des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport. 1955 bis 1958 Fernstudent an der SED -> Parteihochschule. Seit 1957 Mitgl. des Präsidiums des Nationalrates der -> Nationalen Front und Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes, Mitgl. des Nationalen Olympischen Komitees der SBZ. Seit 1958 Mitgl. des -> ZK der SED. Seit 1958 Abg. der -> Volkskammer (Fraktion FDJ).

**REICHSBAHN, PEUTSCHE:** -> Eisenbahn.

**REIHENUNTERSUCHUNGEN:** Die der Früherfassung häufiger Krankheiten geltenden Massnahmen der «Prophylaxe», zu der die Ärzte des -> Betriebsgesundheitswesens, hilfsweise die anderer Staatlicher Einrichtungen, in den Betrieben verpflichtet sind, und zwar bei Jugendlichen (bis zu 18 J.), Beschäftigten in gesundheitsgefährdenden oder körperlich schweren Arbeiten und bei Schwangeren. R. sollen zur Einstellung und hernach periodisch vorgenommen werden. Kreis der Betroffenen, Häufigkeit und Umfang sind im einzelnen genau vorgeschrieben. - Entsprechendes gilt für die Jugendgesundheitspflege in Kinder-Särten und Schulen (-> Jugendarzt), ie Durchführung ist infolge des Mangels an -> Ärzten meist oberflächlich. (-> Gesundheitswesen) [440]

**REIMANN, MAX:** \* 31.10.1898 in Elbing, Bergarbeiter, 1919 Beitritt zur KPD, Parteisekretär bis 1933; 1939 verhaftet, Gefängnis und KZ bis 1945. Nach Kriegsschluss beim Aufbau der -> KPD in der Provinz Brandenburg beteiligt. 1946 Vors. der KPD im Bezirk Ruhrgebiet

West. 1947 Landesvors. der KPD für die britische Zone; seit 1948 Parteivors. der KPD für die Bundesrepublik; Mitgl. des Bundestages bis 1953. 30.12.1954 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, 30.9.1956 1. Sekretär des ZK der KPD. 17.8.1956 Verbot und Auflösung der KPD (Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Lebt seit 1954 in der SBZ.

**REISEVERKEHR:** Der Inlandsverkehr in der SBZ unterliegt keinen Beschränkungen. Der -> Feriendienst des FDGB hat die weitaus überwiegende Zahl der im Inland verfügbaren Urlaubsplätze mit Beschlag belegt, womit der Grossteil des Reiseverkehrs der Kontrolle des Regimes unterliegt. Auch die -> Touristik wird aus politischen Gründen durch Leitstellen «gesteuert». Zu Auslandsreisen jedoch sind nur bestimmte Personenkreise zugelassen, d. h., nur diese Kreise erhalten Fahrkarten usw. Für Angehörige der -> Intelligenz reserviert der «Förderungsausschuss für Angehörige der Intelligenz beim Ministerrat» den grössten Teil der verfügbaren Plätze. Die danach verbleibenden Plätze werden durch die zentrale Leitung des Deutschen Reisebüros an dessen Zweigstellen in der Zone abgegeben und den -> Massenorganisationen angeboten. Da das Angebot sehr knapp ist, bleibt für die «normale» Bevölkerung kaum etwas übrig. Plätze zu Reisen nach der SU und den Sowjetblockländern sind verhältnismässig leicht und auch preiswert zu erhalten. In das «kapitalistische Ausland» gibt es nur Reismöglichkeiten nach Nicht-NATO-Staaten, also z. B. Österreich, Ägypten, Schweden, Finnland, Jugoslawien usw. Valutamässig müssen sich Auslandsreisen im Ein- und Ausgang decken, d. h., es werden nur insoweit Reiseplätze zur Verfügung gestellt, als Ausländer die SBZ besuchen. Das sowjetzonale Reisebüro erhebt einen Aufschlag von oft 100 Prozent. Für eine 14-Tage-Reise nach Österreich zahlt das Büro z. B. 600 DM Ost. Von dem sowjetzonalen Reiselustigen werden dafür jedoch 1200 DM Ost verlangt.

**REKONSTRUKTION, SOZIALISTISCHE:** Nachdem in der SBZ - in Nachahmung sowjetischer Gepflogenheiten - bereits seit der Zeit des ersten -> Fünfjahrplans ständig von der Notwendigkeit gesprochen wurde, durch R. die Produktivität in der Industrie zu steigern, steht die SR. (Pj.) seit Anfang 1959 im Vordergrund der -> Produktionspropaganda. Im grossen Umfang sollen eine «Erneuerung, Umstellung und Ergänzung vorhandener Produktionsanlagen in Betrieben oder Industriezweigen, sowie tech-

nische und organisatorische Massnahmen zur Verbesserung des Produktionsablaufs und zur Steigerung der Produktion» durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sollen auch die Typisierung, die Standardisierung, die Spezialisierung und die Konzentrierung gewisser Produktionsrichtungen in der Industrie eingeführt werden. Die SR. gilt als das wichtigste Vorhaben im neuen **-> Siebenjahrplan**. Offiziell wurde jedoch erklärt, dass für die SR. keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Sollten Betriebe, die von den oberen Planungsstellen bezeichnet werden, zusätzliche Mittel benötigen, dann werden sie aus anderen Betrieben abgezogen. Wörtlich heisst es amtlich: «Das Ziel der SR. ist die maximale Steigerung der Produktion auf der Basis der zur Verfügung stehenden Maschinen und Ausrüstungen.» Damit wird deutlich, dass die SR. ein Schlagwort der Produktionspropaganda ist mit dem Ziel, die Produktivität in erster Linie durch Verschärfung der Arbeitsintensität zu erzielen. Das gleichzeitig propagierte Programm zur Erfüllung der **-> ökonomischen Hauptaufgabe** soll dabei als Anreiz wirken. (**Sozialist. -> Gemeinschaften, -> -> Zweiter Weg, -> Lohnpolitik**)

**REKONVALESZENTEN - SANATORIEN:** Die wenigen wirklichen Heilbäder der SBZ (**-> Kurorte**) reichen bei weitem nicht aus. Zur Vergrößerung der Kapazität für Kuren medizinischen Charakters wird daher die Errichtung von R. vorbereitet. (**-> Gesundheitswesen, -> Rehabilitation**)

**RELIGIONSUNTERRICHT:** Nach Art. 44 der **-> Verfassung** ist der Kirche das Recht auf Erteilung von R. in Schulräumen gewährleistet. Art. 40 betont ausdrücklich diese Gewährleistung. Die stete Behinderung des R. ist jedoch durch eine Anordnung des Volksbildungsministers vom 12. 2. 1958 indirekt sanktioniert worden. (**-> Kirchenpolitik**)

**RENN, LUDWIG:** Pseudonym für Arnold Vieth von Golssenau. \* 22.4. 1889 als Sohn eines kgl. sächs. Prinzenzerziehers in Dresden; Gymnasium, Fahnenjunkerschule, Offizier der kgl.-sächs. Armee, 1920 als Hauptmann aus der Reichswehr ausgeschieden. Danach Studium, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit. 1928 **->** KPD, von 1933 bis 1935 Haft, anschliessend Emigration in die Schweiz. Im Spanischen Bürgerkrieg Bataillonskommandeur der Internationalen Brigaden. 1939 Emigration über England und USA nach Mexiko, dort von 1941 bis 1945 Präsident der Emigrantenorganisation Freies Deutschland, Dozent an Universitäten. 1947 in die SBZ, Professor

an der TH Dresden, Schriftsteller in Berlin und Dresden. Mitgl. der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin, Sekretär der Sektion Sprache und Dichtung, Vors. der Berliner Sektion des **Deutschen -> Schriftstellerverbandes**.

Werke: «Krieg» (1928), «Nachkrieg» (1930), «Russlandfahrten» (1932), «Adel im Untergang» (1947) u. a.

**RENTABILITÄT:** Der Begriff «rentabel» wird in dreifacher Weise gedeutet. Ein Betrieb ist dann rentabel, wenn er: 1. den Plan in allen seinen Teilen einhält, auch wenn ein Planverlust vorgesehen ist; 2. den Plan in allen seinen Teilen einhält und den Plangewinn erreicht; 3. unabhängig von den anderen Planteilen einen Gewinn erwirtschaftet. Die allgemein vorherrschende Meinung richtet sich nach der 3. Deutung.

Der Begriff R. umschliesst die Einhaltung der finanziellen Plananteile des Betriebsplanes unter Beachtung der materiellen Plananteile, die für die finanzmässige Seite des Betriebes Auswirkung haben. Unter R. versteht man die planmässige R. (also Erreichung des Plangewinnes durch Einhaltung der planmässigen Brutto- und Warenproduktion, des planmässigen Sortiments u. a.). [743]

**RENTEN:** Jeder Sozialversicherte hat Anspruch auf R. bei Invalidität, im Alter, für die Folgen von Arbeitsunfällen oder von anerkannten Berufskrankheiten. Anspruch auf R. haben ausserdem die Hinterbliebenen eines Sozialversicherten.

Invaliden-R. wird gezahlt, wenn der Versicherte zu 66% v. H. erwerbsgemindert ist, nach einer Versicherungszeit von mindestens 60 Monaten.

**Alters-R.** wird gezahlt für Männer nach Vollendung des 65. Lebensjahres, für Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres nach einer Versicherungszeit von mindestens 180 Monaten. Für Erhaltung der Anwartschaft ist Zweidritteldeckung erforderlich. Invaliden- und Alters-R. setzen sich aus einer Grundrente von jährlich 360 DM Ost, aus dem Steigerungsbetrag und aus einem besonderen Zuschlag von 10 DM Ost zusammen. Der Steigerungsbetrag macht 1 v. H. des gesamten Lebensverdienstes des Versicherten aus, für den Beiträge an einen früheren Träger der Sozialversicherung oder an die jetzige Sozialversicherung gezahlt wurden. Der Monatsverdienst wird jedoch nur bis zu 600 DM Ost berücksichtigt. Ab 1. Dez. 1956 wurden die R. um 30 DM Ost erhöht. Ab 1. Juni 1958 wird an nicht arbeitende Rentner und solche ohne

Einnahmen aus Miete oder Pacht unter 60 DM Ost ein Zuschlag von 9 DM Ost (in Ost-Berlin 12 DM Ost) als Teuerungszuschlag nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung gezahlt. Vom 1. Mai 1959 an wurden die Alters-R. und die Invaliden-R. um weitere 10 DM Ost erhöht. Der Kinderzuschlag beträgt 40 DM Ost, der für die arbeitsunfähige Ehefrau 15 DM Ost.

(-> **Altersversorgung**)  
**Hinterbliebenen-R.** erhalten arbeitsunfähige Familienangehörige eines verstorbenen Versicherten, wenn dieser Anspruch auf R. hatte. Dabei gelten als arbeitsunfähige Familienangehörige nur Witwen, die selbst Invaliden sind oder das 60. Lebensjahr vollendet haben oder ein Kind bis zu 3 Jahren oder 2 Kinder bis zu 8 Jahren erziehen. Waisen galten bis 31. 10. 1959 als arbeitsunfähige Familienangehörige grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres, bis zum 18. Lebensjahr, solange sie infolge Schulbesuchs kein eigenes Einkommen haben. Seit 1.11.1959 werden die Waisenrenten und die Kinderzuschläge während des Besuchs einer allgemeinbildenden, polytechnischen oder einer erweiterten Oberschule sowie für die Dauer einer Lehrausbildung gezahlt. Die Voraussetzungen für die Rentenzahlung sind somit viel enger als in der Bundesrepublik. Man will so in der SBZ einen möglichst grossen Teil der Versicherten zur Arbeit zwingen, um die Produktion auch auf diese Weise zu steigern.

Die Höhe der Hinterbliebenen-R. beträgt für eine Witwe 50 v. H. für eine Vollwaise 35 v. H., für eine Halbwaise 25 v. H. der für den Versicherten errechneten Rente zuzüglich der Teuerungszuschläge und Erhöhungsbeträge.

Die Mindestalters- und Mindestinvalidenrente betragen 115 DM Ost, die Mindestrente für Witwen 105 DM Ost, für Vollwaisen 70 DM Ost und für Halbwaisen 45 DM Ost. Bei einem Vergleich der nominellen Höhen der R. in der SBZ mit denen der Bundesrepublik ist zu berücksichtigen, dass die Kaufkraft der Ostmark unter der der Westmark liegt.

**Unfall-R.** wird gezahlt, wenn ein Arbeitsunfall oder eine anerkannte Berufskrankheit ein Erwerbsminderung von wenigstens 20 v. H. zur Folge hatte, wobei der Nachweis nicht erforderlich ist.

Unfall-R. werden nach dem letzten beitragspflichtigen Jahresarbeitsverdienst vor dem Unfall berechnet. Sie betragen bei völliger Erwerbsminderung % dieses Verdienstes (Unfall-Vollr.); Unfall-Teilr. werden in Höhe des Teiles der Unfall-Vollr. gezahlt, der dem Grad des Körperschadens ent-

spricht. Bei Unfall-R. mit einer Erwerbsminderung über 50 v. H. werden Kinderzuschläge in Höhe von 10 v. H. der R. gezahlt.

Eine Sonderregelung gilt für die R. der Bergleute. (-> **Bergmannsrenten**, -> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) [425]

**RENTENSPAREN: Sparrentenversicherung.**

**RENTENVERSICHERUNG, FREIWILLIGE:** Versicherungsweig der Deutschen -> **Versicherungsanstalt (-> Lebensversicherung).** Nur ehemalige Sozialversicherte können die FR. bei der Sozialversicherung fortsetzen. (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) [425]

**REPARATIONEN:** Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden R. praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den vier Alliierten festgelegt wurde, führte die SU bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche **Demontagen** durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwert dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen ist bis heute noch nicht veröffentlicht worden. Sie wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetischen Amt für R. und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d. h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die SU, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne irgendwelche Registrierung wurden riesige Sach- und Kunstwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Mrd.-Beträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen «bezahlten». Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa fünf Mrd. Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muss mit ebenfalls mindestens fünf Mrd. Mark angenommen werden.

b) **Demontagen.** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demonstrieren und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrlich industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle vier Alliierten räumten die Sowjets hier alle in dieser kurzen Zeit nur irgend demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 v. H. der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Grossbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionskapazitäten von Friedensindustrien abgebaut: Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken, Zuckerfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden weit mehr als 200 grosse Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z. B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1100 km Eisenbahnstrecken.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser vorläufig letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau. (→ **Sowjetische Aktiengesellschaften**)

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren. Der «Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung» gibt in seiner 1951 veröffentlichten Schrift «Am Abend der Demontagen» u. a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 v.H.,

eisenschaffende Industrie 80 v. H., Hohlziegelerzeugung 75 v. H., Zementindustrie 45 v. H., Papiererzeugung 45 v. H., Energieerzeugung 35 v. H., Schuhindustrie 30 v. H., Textilindustrie 25 v. H., Zuckererzeugung 25 v. H., Braunkohlenbergbau 20 v. H., Brikettfabriken 19 v. H.

Als gewogenen Durchschnitt für alle Industriezweige gibt die Quelle etwa 50 v. H. Verluste an, wobei Kriegsschäden einbezogen sind. Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Mrd. Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld.** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 12 Mrd. Mark geschätzt. Nur ein Teil davon wurde für eigentlichen Besatzungsunterhalt verwendet. Der weitaus grösste Teil des Geldes wurde für den «Kauf» solcher Güter verwendet, die die Sowjets ausser den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende → **Uranbergbau** für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Mrd. Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe.** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der SU beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt, über den Wert dieser Betriebe liegen keine amtlichen Unterlagen vor. Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Mrd. Mark geschätzt. Sie dürfte tatsächlich jedoch wesentlich höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 3,5 Mrd. Mark.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion.** Seit Wiederingangsetzung der Betriebe musste die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der SU, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee (→ **GSOW**) Lieferungen an → **Sowjetische Handelsgesellschaften** in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen. Nur die direkten R.-Lieferungen nach der SU wurden von den Sowjets als R. anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als R. anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden Stopp-Preise des Jahres 1944 bezahlten, mussten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Sub-

ventionen aus Steuermitteln geleistet werden. Nach Unterlagen aus dem Amt für R. haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Mrd. Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen.** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preissubventionen für direkte und indirekte R.-Lieferungen und für Reparationsnebenkosten, d. h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der SU und für Versicherungen werden mit 2,5 Mrd. Mark geschätzt.

g) **Aus den SAG-Betrieben entnahmen** die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Mrd. Mark.

Diese Aufzählung enthält nicht eine Reihe sonstiger R.-Leistungen der SBZ, die zahlenmäßig überhaupt nicht zu erfassen sind, z. B. den Nutzen der Sowjets aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften, aus der Beschlagnahme deutscher Patente und der Nutznutzung neuer deutscher Patente usw. (-> **Patentrecht**)

Eine Gesamtrechnung der R. seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Summen:

	<b>in Mrd. Mark</b>
Aus Beuteaktionen .....	5,00
Aus Demontagen .....	5,00
Subventionen u. Nebenkosten .....	3,60
Entnahmen aus der laufenden Produktion .	34,70
Kosten d. Uranbergbaus .	7,75
Gewinne d. SAG-Betriebe	3,55
<b>Zusammen Entnahmen . .</b>	<b>59,60</b>
Abzügl. Besatzungskosten .....	rd. 16,00

**Reparationen gesamt 43,60**

Hierin ist nicht enthalten der Rückkaufpreis der SAG-Betriebe mit mindestens 3,5 Mrd. Mark. Eine andere bekanntgewordene Berechnung eines westlichen Experten lässt die 10 Mrd. für Beute und Demontagen aus und berechnet den Nutzen aus den SAG-Betrieben etwas anders. Diese Berechnung kommt auf rd. 32 Mrd. Reparationen ohne Besatzungskosten, was sich etwa mit der obigen Berechnung deckt. Die Beute- und Demontageentnahmen der Sowjets sind jedoch tatsächliche Verluste der SBZ, und andererseits hat die SU damit Kompensation für die eigenen Kriegsschäden in Besitz genommen. Es besteht demnach kein Anlass, diese Posten bei der Berechnung der Reparationen nicht mit einzubeziehen.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtentnahme von rd. 43,60 Mrd. Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 17,60 Mrd. Dollar, also 7,60 Mrd. Dollar mehr, als die SU von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Propagande-Behauptungen, wonach die SU auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr. [766, 767, 776]

**REPUBLIKFLUCHT:** Bezeichnung für das fluchtartige Verlassen der «DDR», zunächst nur Ausdruck des Pj., seit 11.6.1953 amtlicher Ausdruck in Gesetzen und VO.

Nach der «VO über die Rückgabe deutscher Personalausweise bei Übersiedlung nach Westdeutschland oder West-Berlin» vom 25. 1. 1951 (GBl. S. 53) musste jeder Bewohner der SBZ, der nach Westdeutschland oder West-Berlin übersiedelt, seinen Personalausweis an die Volkspolizei zurückgeben. Nichtbeachtung dieser Vorschrift war mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht. Nach der «VO über die Ausgabe von Personalausweisen der Deutschen Demokratischen Republik» v. 29. 10. 1953 (GBl. S. 1090) haben Personen, die die «DDR» vorübergehend oder für ständig verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abzugeben. Nichtabgabe zieht gem. § 10 der VO Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe nach sich.

Neben dieser weiter geltenden Bestimmung hat die -> **Volkskammer** am 11.12.1957 mit dem «Gesetz zur Änderung des Passgesetzes (GBl. S. 650) einen selbständigen Tatbestand zur Bestrafung der R. geschaffen: «Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verlässt . . . wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar.» Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bisherigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der R. mit Gefängnis bis zu drei Jahren geahndet werden (-> **Passwesen**). Der «Republikflüchtige» verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen (-> **Flüchtlingsvermögen**). Personen, die Bürger der «DDR» zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen -> **Abwerbung** zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. (-> **Rückkehrer**)

**RESERVEN, DORFLICHE:** Im Pi. nicht genutzte Produktionskapazitäten in der Landwirtschaft; vornehme Umschreibung der zahlreichen -> **Verluste**, die eine zwangsläufige Folge des kommun. Systems sind. Konkrete Erscheinungsformen der R.: Mangelnde Leistungen in der Feld-, Futter- und Viehwirtschaft infolge Mängel in der Saatgut-, Futter- und Düngerversorgung sowie durch Fehldispositionen verschiedenster Art.

**RESERVEN, INNERE:** Bezeichnung für nicht oder nicht voll genutzte Maschinen- und Materialreserven in den Betrieben einschl. der Abfälle, des Schrotts usw. Die «Erschließung der IR.\* gehört zu den -> Propaganda-Parolen der -> **SED**. Die «über den Staatsplan hinaus\* zu erzeugenden Gebrauchsgüter für die Bevölkerung sollen nur aus IR. produziert werden. Die Betriebe erhalten dafür weder Material noch Investitionsmittel für Fabrikationseinrichtungen (-> **Investitionen**). Der «Erfassung der IR.\* dienen laufend Altstoff-Sammelaktionen, die in Schulen, durch die -> **FDJ** und die -> **Nationale Front** durchgeführt werden müssen. Die «Aufdeckung IR.\* ist auch einer der Programmpunkte der **sozialistischen -> Rekonstruktion**. (-> **Materialversorgung, Staatliches -> Vermittlungskontor**)

**RESERVISTENKOLLEKTIVE:** Seit Ende 1956 sind die -> **Kreiskommandos** der -> **Nationalen Volksarmee** und die Kreisleitungen der SED bemüht, die Reservisten der NVA und der Polizeitruppen zu organisieren. Die Reservisten werden immer lückenloser in Organisationen erfasst, die R. heissen. Diese tragen in manchen Kreisen auch die Bezeichnung «Reservistenaktivs\*, unter der man meist aber die aktiven Kerne der R. versteht. Diese R. sollen alle Reservisten politisch überwachern und militärtheoretisch weiterbilden, sie aber auch als Arbeitsaktivisten, als Ausbilder der -> **GST** und als Werber für die -> **bewaffneten Kräfte** einsetzen. Sie sollen auch für die Reservistenlehrgänge und -Übungen der NVA werben. In örtlichen Sitzungen, Schulungen und Kreis- und Bezirkskonferenzen werden die R. regelmäßig angeleitet und aktiviert. Sie stützen sich auf die vom Kreiskommando herausgegebenen Arbeitsrichtlinien. Die Leitungen der R. sollen eng mit der Parteileitung der SED, der -> **BGL**, dem Vorstand der GST und der -> **FDJ** zusammenwirken. Ferner werden in Betrieben, um dort zu höheren Arbeitsleistungen anzutreiben, «Reservistenbrigaden\* organisiert, die ganz oder überwiegend aus ge-

dienten Betriebsangehörigen bestehen. Sie sollen (lt. «Volksarmee\* v. 26.11. 1959) zeigen, «wie die Genossen Reservisten nach der ehrenvollen Dienstleistung in der Nationalen Volksarmee bzw. in den anderen bewaffneten Kräften ihre ganze Persönlichkeit für unsere sozialistische Sache einsetzen.\*

**RESERVEOFFIZIERE:** -> **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, -> Nationale Volksarmee, -> Gesellschaft für -> Sport und Technik**.

**RESSOURCEN:** Ausdruck des Pj., aus der SU übernommen. R. bedeutet: «Zusammenfassung aller für die Produktion eingesetzten und noch einsetzbaren Hilfsquellen, wie Arbeitskräfte, Kapazitäten, Rohstoffe und anderes Material, Finanzmittel, Einsparungsmöglichkeiten usw.» Die Förderung nach der «vollen Ausnutzung aller R.\* ist eine in der -> **Propaganda** beliebte Redewendung.

**RETTUNGSMEDAILLE:** Staatliche Auszeichnung, die für unter Einsatz des Lebens durchgeführte Rettung aus Lebensgefahr, ohne Rücksicht auf Alter und Staatsangehörigkeit, verliehen wird. Sachschaden, der dem Lebensretter bei der Rettungstat entsteht, wird von der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** ersetzt. (-> **Auszeichnungen**)

**REUTER, FRITZI** \* 4.7.1911 in Berlin, Arbeiterkind, Volksschule, Maurer. 1927 -> **KJVD** hauptamtl. Funktionär des KJVD in Berlin und Leipzig. 1930 KPD. Nach 1933 illegale Arbeit, verseh, verhaftet, Zuchthaus und KZ. 1945 -> **KPD**, Vors. des Landesverbandes Berlin der IG Bau, Steine, Erden, vom 29. 5. 1952 bis 20.2.1953 Sekretär der SED-Landes- bzw. Bezirksleitung Berlin, anschl. bis 8. 8.1953 Vors. des Rates des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain, danach erneut Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, ab 7. 3. 1954 2. Sekretär, ab 1957 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Am 20. 5. 1960 als 1. Sekretär abgesetzt. Nachfolger wurde **Werner -> Krolkowski**. Seit 1954 Abg. der -> **Volkskammer**, seit 1958 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**.

**REVANCHEPOLITIK:** Als R., häufig auch als Revanchismus verurteilt die SED und ihre Agenten alle Bemühungen, die im **Potsdamer Abkommen** offengebliebenen Gebietsfragen öffentlich sachlich zu erörtern, um sie auf dem Verhandlungswege zu lösen. Jede Erörterung dieser Fragen, d. h. vor allem der deutschen Ostgebiete jenseits der «Oder-Neisse-Linie», lehnt das Regime der SBZ schärfstens ab, weil sie angeblich zur Vorbereitung eines Krieges gegen Staaten des Sowjetblockes und die SU führe. R. wird vielen füh-

renden Politikern der Bundesrepublik ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit vorgeworfen. Als R. stellt die SED auch die völlig rechtmässigen Bemühungen weiterer demokratischer Kreise und der Reichskabinette zwischen 1919 und 1932 hin, gewisse einschneidende Bestimmungen der Versailler Regelung von 1919 durch friedliche Verhandlungen zu revidieren. Ober R. behauptete Staatssekretär -> **Winzer** am 6. 5. 1959, «dass die Bonner Regierung die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges ebenso rückgängig machen will, wie die Hitler-Regierung mit dem zweiten Weltkrieg die Ergebnisse des ersten Weltkrieges rückgängig machen wollte. Das aber ist es, was wir R. der deutschen Militaristen nennen» (Neues Deutschland 7.5. 1959). Mit ihren Behauptungen über «R. in Westdeutschland» versucht das Regime der SBZ, die Bundesrepublik als einen Kriegstreiber hinzustellen, der alle Nachbarn, ja die ganze Welt bedrohe.

**REVANCHISTEN:** So bezeichnet der Pj, wie auch die amtliche Propaganda der SBZ all jene Politiker der Bundesrepublik, denen -> **Revanchepolitik** unterstellt wird.

**REVISIONISMUS:** Geschichtlich die an Ed. Bernstein anknüpfende Theorie deutscher Sozialdemokraten seit 1900, dass der orthodoxe Marxismus überholt und durch eine zeitgemässere Theorie zu revidieren sei. Im -> **Bolschewismus** wird jede Auffassung, die die Parteidogmen für nicht absolut verbindlich erachtet und demgegenüber abgewandelte Zeit- oder Sozialumstände geltend macht, als R. bekämpft. Der R. spalte die «Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei» und vermindere die geballte Kraft der massierten Bewegung. Insofern arbeite er dem «Klassenfeind» in die Hand. Der R. gilt, im Gegensatz zu dem -> **Sektierertum**, einer «linken» Abweichung, als gefährlichste «rechte» Abweichung. Besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU mit der Verdammung eines Teils der Lehren -> **Stalins** hat der R. innerhalb des -> **Ostblocks** erheblichen Auftrieb bekommen, da hiermit zum erstenmal die Partei selber «revisionistisch» vorgegangen ist. Seitdem hat der R. auch in der SBZ, besonders unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956, der Führung verstärkte Schwierigkeiten bereitet, zumal -> **Ulbricht** als einer der Hauptexponenten des «harten» Kurses - etwa im Gegensatz zu der Polnischen Arbeiterpartei Gomulkas oder gar zu Tito - die Kritik am -> **Stalinismus** möglichst zu dämpfen bestrebt

war. Besonders unter den partei-ergebenen Philosophen, Historikern und Ökonomen haben sich in den Jahren 1956 bis 1957 revisionistische Tendenzen breit gemacht, so unter dem Einfluss von **Georg -> Lukacs** bei **Ernst -> Bloch**, bei **Wolfgang -> Harich**, bei den Historikern **Jürgen -> Kuczynski** und **Streisand**, den Ökonomen **Fritz -> Behrens**, **Arne -> Benary**, -> **Oelssner**, **Kohlmei** und -> **Vieweg**. Hauptgesichtspunkte der revisionistischen Kritik sind dabei die Thesen gewesen: man müsse den Sozialismus «vermenschlichen» - Blochschule -, man müsse auch von der bürgerlichen Wissenschaft lernen - Kuczynski -, man müsse ökonomische Probleme ökonomisch statt ideologisch und administrativ lösen - Oelssner, -> **Selbmann**, **Behrens**, **Benary** u. a.

Starke revisionistische Tendenzen gab es auch in den Staats- und Rechtswissenschaften und im -> **FDGB**. So erklärte die SED-Führung im November 1957: «Der R. ist als Ausdruck einer bürgerlichen Ideologie unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr . . .» (-> **Dritter Weg**, -> **Nationalkommunismus**, **Säuberungen**, -> **Schirdewan**)

**REVOLUTION:** -> **Marxismus-Leninismus**.

**RFB:** Abk. für Roter Frontkämpferbund, der als überparteilich und defensiv aufgemachte Wehrgeneration der **KPD** im Juni 1924 an die Öffentlichkeit trat. Er führte die Proletarischen Hundertschaften fort die im Herbst 1923 als revolutionär verboten worden waren. Der RFB baute langfristig und getarnt eine Bürgerkriegsarmee gegen die Weimarer Republik auf. Er sammelte mit seinen Unterorganisationen Rote Marine und Rote Jungfront mindestens 120'000 Mann. Würde, da er immer verfassungsfeindlicher auftrat, im Mai 1929 verboten. Bestand geheim bis Anfang 1933 fort. In der Geschichte des RFB, die H. Dünov 1958 im Verlag des -> **Ministeriums für nat. Verteidigung** veröffentlichte, heisst es: «Die -> **Kampfgruppen setzen** die Tradition des RFB fort.»

**RICHTER:** «Ein R. muss nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bieten, dass er sein Amt gemäss den Grundsätzen der Verfassung ausübt, sich vorbehaltlos für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einsetzt und der Arbeiter - und - Bauern - Macht treu ergeben ist» (§ 15 des sowjetzonalen GVG in der Fassung vom 1.10.1959). Voraussetzung für die Tätigkeit als R. ist der Erwerb einer juristischen Ausbildung auf einer dazu bestimmten Ausbildungs-

statte (-> **Rechtsstudium**) und die Bewährung während der vorgeschriebenen Vorbereitungszeit (-> **Praktikantenzeit**).

Ein R. soll mindestens 25 Jahre alt sein. Zu den Grundpflichten des R. gehört u. a., «nach den Grundsätzen der **sozialistischen -> Moral** zu leben sowie aktiv und vorbildlich beim sozialistischen Aufbau mitzuwirken und sich aktiv an der politischen Arbeit unter den Werktätigen zu beteiligen\* (§ 18 GVG i. a. F. vom 1.10.1959).

Die R. des -> **Obersten Gerichts** werden auf Vorschlag des Ministerrates durch die -> **Volkskammer** auf 5 Jahre, die R. der Kreis- und Bezirksgerichte auf Vorschlag des Justizministers durch die örtlichen -> **Volksvertretungen** auf 3 Jahre gewählt (§§ 19, 28 GVG i. d. F. vom 1.10.1959). Die ersten Wahlen der R. bei den Kreis- und Bezirksgerichten finden vom 15. Okt. bis 30. Nov. 1960 statt; die Amtsperiode dauert vom 1. Dez. 1960 bis zum 30. Nov. 1963 (1. DB zum Richterwahlgesetz - GBl. 1960 I, S. 248).

Ein R. kann vorzeitig abberufen werden, wenn er «gegen die Verfassung oder andere Gesetze verstossen oder sonst seine Pflichten als R. gröblich verletzt hat\* (§§ 25, 30 des sowjetzonalen GVG). Obwohl Art. 127 der -> **Verfassung** und § 7 des sowjetzonalen GVG lauten: «Die R. sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen», werden laufend und planmässig Weisungen an die R. erlassen. Haftentlassungen von sog. Wirtschaftsverbrechern wurden für unzulässig erklärt und bedurften der Genehmigung des Ministeriums (Rundverfügung Nr. 98/50 des sächsischen Justizministeriums). R., die sich diesen Rundverfügungen nicht fügten, sind entlassen oder inhaftiert worden.

Die-> **Kontrollkommission** hatte bis zum Jahre 1953 weitgehende Befugnisse gegenüber den Gerichten. Mit der Rundverfügung Nr. 105/50 des Ministeriums der Justiz vom 10.8.1950 wurde verlangt, dass die R. mehr als bisher in ihren Entscheidungen den Anträgen der -> **Staatsanwaltschaft** entsprechen. In wichtigen Strafprozessen wird den R. seitens der SED, der -> **Justizverwaltung**, der Polizei oder des -> **SSD** vor der Verhandlung mitgeteilt, welche Strafe verhängt werden muss.

Einen selbständigen Apparat zur «Anleitung der R.» schuf **Hilde -> Benjamin** nach dem 17. 6. 1953. Instrukteure eines sog. Operativstabes reisten durch die SBZ und erteilten in den Verfahren gegen Demonstranten des 17. Juni (-> **Juni-Aufstand**) Weisungen über das

Strafmass, die sie vorher telefonisch beim Operativstab in Ost-Berlin, zum Teil unmittelbar bei Hilde Benjamin, einholten. Dieses -> **Instrukteurwesen** wurde im Jahre 1954 in das Justizministerium über-

nommen. R., die die ihnen gegebenen «Anleitungen» nicht beachten, setzen sich der Gefahr sofortiger Abberufung oder strafrechtlicher Verfolgung aus. Das Prinzip von «Anleitung und Kontrolle» hat in der Neufassung des Gesetzes über die -> **Gerichtsverfassung** vom 1.10.1959 eine gesetzliche Verankerung erhalten: «Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert» (§ 13 GVG). Aus dem Grundsatz der «richterlichen Verantwortlichkeit» wurde eine weitere Möglichkeit zu Eingriffen in die richterliche Unabhängigkeit entwickelt. Das «Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht» vom 18. 1. 1957 (GBl. S. 65) gibt der jeweiligen örtlichen Volksvertretung das Recht, Kritik an der Arbeit des Gerichts zu üben, wenn durch Mängel in dessen Tätigkeit «die Lösung der Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen, der Aufbau des Sozialismus und die Entfaltung des demokratischen Lebens gehemmt werden». Das Gericht ist «verpflichtet, innerhalb von vier Wochen zu dieser Kritik Stellung zu nehmen», hat sich also praktisch gegenüber der örtlichen Volksvertretung für seine Entscheidungen zu verantworten und zu rechtfertigen. Nach § 5 GVG sind die R. «verpflichtet, vor den Volksvertretungen, durch die sie gewählt wurden, über ihre Tätigkeit Rechenschaft zu legen» (-> **Rechtswesen**) [430]

**RICHTLINIEN DES PLENUMS DES OBERSTEN GERICHTS:** -> **Gerichtsverfassung.**

**RICHTSATZTAGE:** Die Gewährung von Produktionskrediten an Betriebe ist auf R. abgestellt. Für jeden Artikel und jede Produktion wird eine bestimmte R.-Zahl festgelegt. Überschreitung der R. führt zu überzogenen Krediten, die auf einem Sonderkonto verbucht und vordringlich abgedeckt werden müssen. Auch für die «Planbestände» gelten R., die für die einzelnen Industriezweige sehr unterschiedlich sind. Kredite werden z. B. gegeben für Rohstoffankauf auf die Dauer von 15 Tagen, für die unvollendete Produktion für 30 Tage und für den Absatz des Fertigerzeugnisses weitere 15 Tage. Die Betriebe stehen von der Kreditseite her ständig unter Zeitdruck, da die Kreditinstitute, nämlich die Filialen der **Deutschen -> Notenbank**, weitgehende Kontrollbefugnisse haben. Von den Planungs-



stellen werden den Betrieben nur niedrige Umlaufsätze bewilligt. Auftretender Sonderbedarf muss durch Kredite, die 5 v. H. Zinsen und 1 v. H. Bearbeitungsgebühr kosten, abgedeckt werden. (-> **Vorratsnormen**, -> **Überplanbestände**)  
**RIENÄCKER, GUNTHER:** Prof. Dr., \* 13. 5. 04 in Bremen, Gymnasium, Studium der Chemie, 1926 Promotion, 1937 Habilitation. Nach 1946 -> **SED**, zeitweilig Mitgl. des Landtages Mecklenburg, bis 1948 Direktor des Instituts für Chemie an der Universität Rostock, 1948 Rektor der Universität Rostock, 1953 Mitgl. des wissenschaftlichen Senats beim Min. f. Volksbildung, 1954 Vors. der Gewerkschaft Wissenschaft des -> **FDGB**, wegen «objektivistischer Tendenzen» von -> **Wandel** angegriffen, 1955 jedoch wiedergewählt. 1955 Mitgl. des **FDGB-Bundesvorstandes**, 1955 Direktor des Instituts für Katalysenforschung, Ordinarius für anorganische Chemie und Direktor des Chemischen Instituts der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Seit 1957 Generalsekretär der **Deutschen -> Akademie der Wissenschaften**, 1958 Präsidiummitgl. des **Deutschen -> Kulturbundes**. Seit 1958 Mitgl. des **ZK** der **SED**.

**RING UM BERLIN:** Nichtamtliche (bis etwa 1958 auch amtlich gebrauchte) Bezeichnung für jenen Abschnitt der -> **Grenzpolizei**, der die Trennlinie sowohl zwischen der SBZ und dem Sowjetsektor Berlins, wie auch zwischen der SBZ und West-Berlin bewacht. Dieser Abschnitt, der seit 1958 V. Brigade heisst, hat drei Grenzpolizeibereitschaften mit einer Stärke von etwa 5'000 Mann. Auch an dieser Linie liegt seit November 1957 die Personen- und Warenkontrolle an den Passierpunkten bei dem **Amt für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs**. Der **RuB**. ist zu unterscheiden von dem **Berliner Aussenring** der «Reichsbahn» der SBZ.

**ROSCHER, PAUL:** \* 1913, Volksschule, Maschinenschlosser. 1932 -> **KPD**. Nach 1933 zu 2V<sub>2</sub> Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 wieder **KPD**, 1946 -> **SED**. Seit 1947 hauptamtlicher Funktionär der **SED**, u. a. Mitarbeiter der **SED-Bezirksleitung** Leipzig, 1955-1958 Sekretär für Landwirtschaft, 1958-1959 2. Sekretär der **SED-Bezirksleitung** Erfurt. Seit 21. 8. 1959 1. Sekretär der **SED-Bezirksleitung** Gera.

**ROSTOCK:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** aus den an der Ostsee gelegenen Kreisen -> **Mecklenburgs**: 7068 qkm, 829 952 Einwohner (1959). 3 Stadtkreise: Rostock, -> **Stralsund**, -> **Wismar**;

10 Landkreise: Bad Doberan, **Greifswald**, Grevesmühlen, Grimmen, Ribnitz-Damgarten, Rostock, Rügen, Stralsund, Wismar, Wolgast. Vorsitzender des Rates des Bezirks: Harry Tisch (**SED**). 1. Sekretär der **SED** - Bezirksleitung: **Karl -> Mewis**.

2. Stadtkreis im mecklenburgischen Bezirk R., Bezirksstadt, Kreisstadt, an der Warnow-Mündung, mit 155 351 Einwohnern (1959) grösste Stadt Mecklenburgs; alte Hansestadt mit bedeutenden Bauten norddeutscher Backsteingotik/im 2. Weltkrieg stark zerstört; Rathaus (13. Jh.), Marienkirche (13./15. Jh.), alte Befestigungen, Stadttore; mit Seebad R-Warnemünde grösster Seehafen der SBZ (Eisenbahn-Fähre nach Dänemark); bedeutende Industrie: Werften («Neptun»), Fischverarbeitung, Dieselmotoren- und Maschinenbau, Chemikalien und Lebensmittel; seit 1419 Universitätsstadt (älteste norddeutsche Universität), Universitätsbibliothek, Theater («Volksoper Rostock»). Veranstaltungsort der -> **Ostseewochen**. R. soll als Konkurrenz zum Hamburger Hafen ein bedeutender Überseehafen werden. Als Endpunkt eines Kanalsystems soll er auch Hauptumschlagsplatz für den Transitverkehr nach der **CSR** und den Donauländern werden. Die Verwirklichung dieses Planes ist jedoch vorerst zurückgestellt worden.

**ROTE ECKE:** Pj., auch «Friedensecke». Altarähnliche Aufbauten in den Räumen der -> **Parteien** und -> **Massenorganisationen**, mit Friedens- und Aufbauparolen sowie mit roten Tüchern drapiert. Die Bevölkerung wird angehalten, auch in den Betrieben und Treppenhäusern der Wohnbauten **RE**. anzulegen. Sie sollen an bestimmten Tagen, z. B. dem Geburts- und Todestag -> **Lenins** oder an -> **Staatsfeiertagen mit Blumen** und Bildern geschmückt werden.

**ROTER TREFF:** Von der **SED** (-> **BPO**) hauptsächlich in den Betrieben und -> **LPG** organisierte tägliche Kurzversammlungen für die Belegschaft, häufig vor Arbeitsbeginn oder in den Pausen. Auf den **RT**. erläutern Parteifunktionäre die neuesten Massnahmen der -> **SED** sowie der Regierung und «klären ideologisch-politische Fragen» im Sinne der Staatspartei, d. h., sie setzen, sich kritisch mit von der Parteilinie abweichenden Meinungen auseinander. Ausserdem soll über den Stand der Planerfüllung, des «sozialistischen Wettbewerbs» und ähnliche Fragen diskutiert werden, d.h., die Arbeiter und Genossenschaftsbauern sind zu noch höheren Arbeitsleistungen und zu Selbstverpflichtungen anzuspornen. In einigen Betrieben erhält diejenige

Brigade, die in der Tagesplanerfüllung an der Spitze liegt, auf dem RT. eine Urkunde. «Der RT. ist unter der Leitung der Parteiorganisation neben den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft und Produktionsberatungen ein wichtiges und wirksames Mittel, um mit allen rückständigen Auffassungen und Methoden, die den Fortschritt und das Tempo des sozialistischen Aufbaus hemmen, aufzuräumen\* (Junge Generation, Nr. 8/1960, S. 41).

**RTS:** Abk. für Reparatur- und Technische Station. (-> **Maschinen-Traktoren-Station**)

**RÜCKKEHRER:** Der grossen Zahl von -> **Flüchtlingen**, die nach der Bundesrepublik einwandern, steht eine gewisse Anzahl von R. nach der SBZ gegenüber. Meistens handelt es sich dabei um Personen, die aus irgendwelchen Gründen im Bundesgebiet wirtschaftlich nicht Fuss fassen konnten, oder um solche, die aus familiären Anlässen in die SBZ zurückkehren. Auch abenteuerlustige, z. T. asoziale Jugendliche befinden sich darunter. Nachdem die SBZ-Verwaltung in den Jahren 1953/54 angekündigt hatte, dass R. wegen der Abwanderung aus der SBZ bei der Rückkehr keine Nachteile haben würden, stieg die Zahl der R. etwas an. Nach dem Inkrafttreten des Passänderungsgesetzes vom 11.12.1957 (-> **Passwesen**)

wurden gegen Flüchtlinge wegen Verstosses gegen dieses Gesetz Strafverfahren und Fahndungsmassnahmen eingeleitet. Den R. erwartete also in der SBZ ein Strafverfahren wegen -> **Republikflucht**. Dadurch wurden jdie Bemühungen der «DDR», die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen, gestört. Im Oktober 1958 wurden deshalb auf Anweisung des Justizministeriums diese Fahndungsmassnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt (während die Strafverfahren wegen versuchter Republikflucht mit unverminderter Schärfe fortgesetzt wurden). Durch Rundfunk und Presse wurden die Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert mit dem Versprechen, dass niemand wegen Republikflucht bestraft werde, der durch seine Rückkehr aus der «Nato-Basis in den Staat der Arbeiter und Bauern eine grundlegende Wandlung seines Verhaltens zeige, die erwarten lasse, dass er künftig die sozialistischen Gesetze achten werde». Gegen R. wird seitdem nur noch in besonderen Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. Soweit hier nicht schon eine vor der Flucht angeblich begangene Straftat den Vorwand bietet, wird diesen R. vorgeworfen, durch die Meldung im westlichen Notaufnahmelaager

-\* **Spionage** öder staatsgefährdende -> Hetze begangen zu haben. Alle R. aber werden eingehend politisch durchleuchtet. In diese Überprüfung ist auch der -> **Staats sicherheitsdienst** eingeschaltet, der die Gelegenheit wahrnimmt, die unter einem gewissen Druck stehenden R. zu Spitzeldiensten (-> **Spitzelwesen**) zu nötigen. Viele der R. übersiedeln ein zweites Mal nach der Bundesrepublik, weil ihre Hoffnungen bezüglich Arbeitsstelle, Lohn, Wohnung usw. nicht erfüllt werden. - Die Zahl der R. kann nicht genau ermittelt werden, da viele von ihnen ohne behördliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen. Sicher ist aber, dass die von Zeit zu Zeit in der SBZ-Presse veröffentlichten Angaben viel zu hoch gegriffen sind. Amtliche Stellen in der Bundesrepublik schätzen, dass auf 10 Flüchtlinge höchstens ein R. entfällt.

**RÜCKVERSICHERUNG:** a) Die R. war seit dem 1.1.1951 durch ein Ausgleichsabkommen zwischen den 5 Versicherungsanstalten ersetzt. Nach Gründung der **Deutschen -> Versicherungsanstalt** werden R.-Abkommen mit den Versicherungsanstalten der Volksdemokratien angestrebt.

b) Als R. wird ferner die Einstellung von Personen bezeichnet, die aus opportunistischen Gründen geschäftlich eine andere politische Richtung unterstützen als die, der sie nach aussen angehören.

**RUGENFESTSPIELE:** Im August 1959 wurde bei Ralswiek am Jasmunder Bodden auf Rügen unter Mitwirkung von 3'000 Berufss- und Laienkünstlern die dramatische Ballade «Klaus Störtebeker» von **Kuba** zum ersten Male aufgeführt, ein monströses Machwerk, das einen Abschnitt Sozialgeschichte im Sinne des -> **Historischen Materialismus** für den Parteigebrauch zu rechtstutzt. Die Aufführungen sollen alljährlich wiederholt werden. (-> **Arbeiterfestspiele, -> Kulturelle Massenarbeit, -> Laienkunst**)

**RUMPF, WILLY:** \* 4. 4. 1903 in Berlin als Sohn eines Angestellten, betätigte sich im Finanz- und Versicherungsfach. 1920 -> **KJVD**, Bezirksleiter Berlin Ost und Sekretär des KJVD für Sachsen Ost, 1925 KPD, verschiedene Parteifunktionen in Berlin, 1929 Bezirksverordneter in Berlin. In der NS-Zeit wegen illegaler Arbeit mehrmals verhaftet und im KZ. 1945 **KPD**, bis 1948 im Magistrat Berlin, zuletzt als Leiter der Treuhandverwaltung. 1949 Leiter der Hauptverwaltung Finanzen der -> **DWK**, ab Okt. 1949 Staatssekretär im Ministerium für Finanzen, verantwortlich für die Koordinierung

der gesamten Finanzwirtschaft der SBZ, und seit 24. 11. 1955 als Nachfolger von -> **Loch** Minister der Finanzen, Mitgl. des Präsidiums des -> **Ministerrats**. Seit 19. 2. 1958 ausserdem Mitgl. der **Staatl. -> Plankommission**. Seit Juli 1950 -> **Kandidat** des -> **ZK** der -> **SED**, seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. R. nahm 1954 bis 1955 an einem 12-Monate-Lehrgang in der SU teil.

**RUNDFUNK**: Seit 14. 8. 1952 untersteht der R. in der SBZ einem **Staatlichen R.-Komitee** mit Sitz im Funkhaus Berlin-Köpenick. Vors. bis 1. 8. 1956 **Kurt -> Heiss** (SED), seitdem Prof. **Hermann -> Ley**. Das R.-Komitee sendet drei Programme (Deutschlandsender, Berliner R. und «Radio DDR») und unterhält in jeder Bezirksstadt ein R.-Studio. Der Deutschlandsender wendet sich auf Lang-, Mittel- und Kurzwelle «an alle Deutschen, um sie für Frieden und Einheit zu gewinnen. Besonders wird sich dieser Sender der Patrioten in Westdeutschland annehmen und sie in ihrem Kampf anleiten». Dieselbe Aufgabe hat der -> **Freiheitssender 904 (-> Gesamtdeutsche Arbeit)**. Berlin und «Radio DDR», strahlen unter ebenfalls starker politischer Akzentuierung allgemeine Programme aus. Die Programmgestaltung des gesamten R. der SBZ ist der -> **Propaganda** und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepasst; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abt. -> **Agitation** und Propaganda des -> **ZK** der -> **SED**. Der Empfang westlicher R.-Stationen in der SBZ soll durch eine Anzahl von **Störsendern** weitgehend verhindert werden. - Die Zahl der zugelassenen Empfangsapparate wird für Ende 1957 mit 5,3 Mill. angegeben.

**RUNDFUNK-KOMITEE, STAATLICHES: Rundfunk.**

**RUSSIFIZIERUNG**: In der SBZ die von der Besatzungsmacht und der -> **SED** systematisch betriebene Förderung des Vordringens russischer Kulturgüter, am eindrucksvollsten dokumentiert in den Lehrplänen und -büchern aller Schulgattungen (-> **Schulen, -> Erziehungswesen**), aber auch im Kunst- und Musikleben, auf dem Büchermarkt (Übersetzungen; -> **Verlagswesen**), in der -> **Architektur**, ja selbst in der Technik überall nachweisbar. R. darf nicht mit -> **Sowjetisierung** verwechselt werden, geht aber mit dieser Hand in Hand, indem nur solche russischen Kulturleistungen herausgestellt werden, die als «fortschrittlich» im bolschewistischen Sinne gelten oder entsprechend zurechtgemacht sind. Da das derart verbreitete Bild vom Russentum mit der geschichtlichen Wahrheit nicht übereinstimmt, kann auch nur mit Einschränkung von echter R. gesprochen werden. Wichtige Instrumente der R. sind die **Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft** und die -> **Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse**.

**RÜSTUNGSPRODUKTION**: Die seit 1949/50 in der SBZ beobachtete R. betrifft auffälligerweise - von einer grösseren Zahl Handfeuerwaffen abgesehen - kaum Kriegsmaterial, das unmittelbar für einen Kampfeinsatz geeignet wäre. Dagegen werden Einzelteile insbesondere für sowjetische Panzer hergestellt und solches Gerät, das ohne schwere Waffen keine erhebliche Bedeutung hat. Schwere Waffen sind jedoch bisher nicht produziert worden. Panzer und Geschütze wurden aus den Sowjetblockländern importiert. Zur Versorgung der militärischen Verbände in der SBZ gab es bis 1958 beim «Ministerium für Verteidigung» ein **Ami für -> Technik**. [768]

## S

**SAATZUCHT- UND HANDELSBETRIEBE, VEREINIGUNG VOLKSEIGENER (WB SAATGUT):**

Mono-  
polinstitution für die Saatgutbewirtschaftung (auch Im- und Export). **1946** gegründet als DSG (Deutsche Saatucht-Gesellsch.). In ihr war die Zuchtarbeit auf 65 enteigneten Saatuchtbetrieben und in 4 Forschungs- und Züchtungsinstituten organisiert; sie vergab die Vermehrungsverträge, besorgte die Erfassung und Aufbereitung des anfallenden Saat- und Pflanzgutes und führte die Verteilung an die Verbraucher durch. **1951** wurde dieser Aufbau zerschlagen: Die Güter wurden wirtschaftlich der -> VVG eingegliedert, die dortige Züchtung und die Arbeit der Forschungsinstitute der -> **Akademie der Landwirtschaftswissenschaften** übertragen, übrig blieb für die bereits Ende **1950** gegründete DSG-Handelszentrale nur die Saatgutbewirtschaftung. Entgegen allen Gepflogenheiten wurde sie selbst als Handels- und Verteilungsorgan mit der Durchführung des Saatenanerkennungswesens beauftragt.

Im Juli **1956** erfolgte eine erneute Umorganisation. An Stelle der 14 wurden 13 Bezirksverwaltungen der DSG-Handelsbetriebe gebildet und der Abt. Saaten beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstellt. Im Zuge der Vereinfachung des Verwaltungsapparates (VO im GBl. 15/**1958**) wurde die DSG (HZ) Anfang **1958** in die VvSuH. umgewandelt. Sie ist juristische Person, dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstellt und das leitende Wirtschaftsorgan der ihr unterstehenden «volkseigenen» Saatuchtgüter (-> **Volkseigene Güter**) und DSG-Handelsbetriebe. [755]

**SABOTAGE:** Tatbestand des Wirtschaftsstrafrechts, der erstmalig durch den Befehl Nr. 160 der -> **SM AD** vom 3.12.**1945** aufgestellt wurde. Dieser Befehl war so unklar und verschwommen, dass es den -> **Volksrichtern** leicht fiel, im Bedarfsfall jeden Tatbestand unter dieses Strafgesetz fallen zu lassen. Es wurden nicht nur Gefängnisstrafen verhängt, vielmehr überwogen die auf Zuchthaus lautenden Urteile; verschiedentlich ergingen sogar Todesurteile. Blosser Ungehorsam gegen eine Verwal-

tungsanordnung konnte als S. oder als -> Diversion schwer bestraft werden. Mit Ausserkraftsetzung des Besatzungsrechts im September **1955** wurde S. als eine unter -> **Boykotthetze** nach Art. 6 der -> **Verfassung** fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen und damit in die Kategorie der -> **Staatsverbrechen** eingegliedert. «Mit seiner (Befehl 160) Aufhebung im Zuge der Beseitigung des Besatzungsrechts entstand keine Lücke im Gesetz. Die Funktion des Befehls 160 erfüllt nunmehr der Art. 6 in vollem Umfange\* (Ziegler, Vizepräsident des ÖG, in: «Neue Justiz\* **1955**, S. 585).

Durch das -> **Strafrechtsergänzungsgesetz** wurde die S. wieder in einen selbständigen Tatbestand formuliert: «Wer mit dem Ziel, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der DDR zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft, auf Vermögensentziehung kann erkannt werden.\* In schweren Fällen kann auf -> Todesstrafe oder lebenslange Zuchthausstrafe erkannt werden. (-> **Rechtswesen**)

**SACHSEN;** Land in der SBZ; umfasst seit **1945** auch die westlich der Görlitzer Neiße gelegenen Kreise der preussischen Provinz Niederschlesien; 16 910 qkm, 5,7 Mill. Einwohner (**1950**); Verfassung vom 28.2.**1947**; Hauptstadt: **Dresden**, Landesfarben: Weiss-Grün; Wirtschaft: Stein- und Braunkohlenbergbau, Uranerz-, Kupfer- und Eisengewinnung, bedeutende Textil-, Maschinen-, Zigaretten-, Papier- und chemische Industrie, graphisches Gewerbe, Porzellan-, Musikinstrumenten-, Spielwaren- und Uhrenfabrikation. S. besitzt die vielseitigste Industrie von allen deutschen Ländern. - Landtag und Landesregierung im Sommer **1952** im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** unter gleichzeitiger Bildung der Bezirke **Chemnitz**, -> **Dresden** und -> **Leipzig** aufgehoben; staatsrechtliche Stellung des Landes seither unklar. S. ist hervorgegangen aus der im 10. Jh. entstandenen sächsischen

Mark Meissen. Eine wechselvolle Geschichte, die im Stile der Zeit stark dynastisch bestimmt war, vergrößerte und teilte das Land mehrfach. Europäische Bedeutung erlangte S., als der zum Katholizismus zurückgekehrte Kurfürst Friedrich August I. (August der Starke, 1694-1733) zugleich König von Polen wurde (die Personalunion bestand bis 1763).

Als Rheinbundmitglied nahm Kurfürst Friedrich August III. 1806 die Königswürde an, verlor jedoch - auch in den Befreiungskriegen auf der Seite Napoleons - 1814 den grösseren nördlichen Teil seines Landes an Preussen (die Niederlausitz und die östliche Oberlausitz kamen zu den Provinzen Brandenburg und Schlesien, die übrigen Gebiete zur Provinz Sachsen). Nach der Niederlage auf der Seite Österreichs im preussisch-österreichischen Krieg von 1866 trat S. dem Norddeutschen Bund bei; seit 1871 gehört S. zum Deutschen Reich. S. wurde 1918 Freistaat. Nach 1933 verlor das Land im Zuge der sog. Reichsreform weitgehend seine Eigenstaatlichkeit. In den letzten Wochen des 2. Weltkrieges wurde S. von amerikanischen und sowjetischen Truppen besetzt; am 1.7.1945 fiel auf Grund der alliierten Abkommen über die Zoneneinteilung auch der westlich der vorläufigen Demarkationslinie gelegene Landesteil an die Sowjets. Wenige Tage später befahl die SMAD die Einbeziehung der westlich der Görlitzer Neisse gelegenen Kreise der preussischen Provinz Niederschlesien (**-> Oder-Neisse-Linie**) in das Land und die Errichtung der «Landesverwaltung S.» unter Präsident Rudolf Friedrichs (SPD), der sie im Okt. 1945 ein beschränktes Gesetzgebungsrecht einräumte. Am 20.10.1946 fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen trotz massivster sowjetischer Wahlbeeinflussung die SED nur 49,1 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Der Landtag bestätigte im Dezember 1946 die auf der Grundlage der **Blockpolitik** gebildete Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. h. c. Rudolf Friedrichs (SED) und beschloss am 28. 2. 1947 die «Verfassung des Landes S.», die am 15.3. 1947 in Kraft trat. An Stelle des verstorbenen Dr. Friedrichs wurde 1947 Max Seydewitz (SED) Ministerpräsident. Seit Bildung der Sowjetzonen-Republik im Oktober 1949 ist S. Land der «DDR». Das dem Landtag am 25. 7. 1952 aufgezogene «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im LandeS.» beraubte das Land seiner staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit.

**SACHSEN-ANHALT:** Land in der SBZ; gebildet 1945-47 aus den preussischen Provinzen Halle-Merseburg und Magdeburg, dem Land **-> Anhalt** und kleineren braunschweigischen und thüringischen Gebietsteilen; 24 657 qkm, 4,1 Mill. Einwohner (1950); Verfassung vom 10. 1. 1947, Hauptstadt: **-> Halle**; Landesfarben: Schwarz-Gelb; Wirtschaft: Braunkohlenbergbau und -industrie, Kali-, Salz-, Kupfer- und Eisengewinnung, Metall-, Stickstoff- und chemische Industrie, hochintensive Landwirtschaft. - Landtag und Landesregierung im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **-> Verwaltungsneugliederung** unter gleichzeitiger Bildung der Bezirke **-> Halle** und **-> Magdeburg** aufgehoben; staatsrechtliche Stellung des Landes seither unklar.

S.-A. ist hervorgegangen aus der 1815 gebildeten preussischen Provinz Sachsen (**-> Brandenburg, -> Sachsen**), die 1944 im Zuge der sog. Reichsreform bei Unterstellung des Reg.-Bez. Erfurt unter den Reichsstatthalter in Thüringen in die Provinzen Halle-Merseburg und Magdeburg geteilt wurde. In den letzten Wochen des 2. Weltkrieges wurden die Provinzen von amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen besetzt; am 1. 7. 1945 fiel auf Grund der alliierten Abkommen über die Zoneneinteilung auch das westlich der vorläufigen Demarkationslinie gelegene Gebiet an die Sowjets. Wenige Tage später befahl die SMAD die Einbeziehung des Landes Anhalt in die wiedervereinigte Provinz und die Errichtung der «Provinzialverwaltung für die Provinz Sachsen» unter Präsident Dr. Erhard Hübener (LDP), der sie im Oktober 1945 ein beschränktes Gesetzgebungsrecht einräumte. Am 20. 10. 1946 fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen trotz massivster sowjetischer Wahlbeeinflussung die SED nur 45,8 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Der Landtag bestätigte im Dezember 1946 die auf der Grundlage der **-> Blockpolitik** gebildete Provinzialregierung unter Ministerpräsident Dr. Erhard Hübener (LDP) und beschloss am 10.1.1947 die «Verfassung der Provinz S.-A.», die am folgenden Tage in Kraft trat. Nach der Auflösung Preussens durch den Alliierten Kontrollrat wurde die Provinz im Juli 1947 auch staatsrechtlich Land. An Stelle des im August 1949 zurückgetretenen Dr. Hübener wurde Werner Bruschke (SED) Ministerpräsident. Seit Bildung der Sowjetzonen-Republik im Oktober 1949 ist S.-A. Land der «DDR». Das dem Landtag am 25. 7. 1952 aufgezogene «Gesetz über die

weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Lande S.-A.» beraubte das Land seiner staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit.

**SACHVERSICHERUNG:** Alleiniger Versicherer ist die **Deutsche -\*■ Versicherungsanstalt**. Nur Transporte der Ex- und Importgüter und des Transitverkehrs werden auch bei der -> **Deutschen Auslands- und Rückversicherungs-AG** versichert. In der freiwilligen S. werden folgende Zweige betrieben: Automaten, Feuer, Einbruch, Diebstahl, Leitungswasserschäden, Hausrat, Glas, Sturmschaden, Transport, Musikinstrumente, Maschinen, Bauwesen, Reisegepäck, allgemeine Haftpflicht, Vermögensschadenhaftpflicht, Kraftfahrzeugkasko, Kraftfahrzeuggepäck, Fahrrad, Kredit, Betriebsunterbrechung, Hagel, Waldbrand, Tierleben, Schlachtier. [426]

**SAG:** Abk. für **-\* Sowjetische Aktiengesellschaften**.

**SAJ:** Abk. für «Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend», die Parteijugend der SPD zwischen 1922 und dem Parteiverbot (1933). Seit 1903 schon wirkten ihre Vorläufer, die seit 1.1. 1909 unter dem Namen «Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands», seit 25.8.1919 dann als «Verband der Arbeiterjugendvereine» auftraten. Den Namen SAJ trug der Verband erst seit Okt. 1922, nach dem Wiederausammenschluss mit der «Sozialistischen Proletarieryugend», die sich als Jugendverband der -\* USPD abgesondert hatte.

**SAP:** Abk. für Sozialistische Arbeiter-Partei, gegründet am 4. 10. 1931 als linke radikale Abspaltung von der -> SPD. Die SAP verwarf die gemässigte Linie der SPD, die das Präsidialkabinett Brüning als «kleineres Übel» duldete. Bei den Wahlen 1932 erhielt die SAP nur wenige Stimmen.

**SÄUBERUNGEN:** Seit -> Lenin 1921 erstmals für die KPdSU eine generelle Überprüfung der Mitgl. auf soziale und politische Herkunft, parteimässiges Verhalten und Qualifikation anordnete, sind die S. bzw. die sog. Parteüberprüfungen in allen komm. Parteien und den von diesen abhängigen gesellschaftlichen wie staatlichen Organisationen Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Parteilinie gegen alle oppositionellen Mitgl. und Gruppen, zur hektischen Aktivierung der gesamten Mitgliedschaft und, durch die Bestrafung von «Sündenböcken», Mittel, um den Unfehlbarkeitsanspruch der bolschewistischen Par-

tei krampfhaft aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig benutzen die Parteiführer S., um sich persönlicher Widersacher oder politischer Opponenten in der Führung zu entledigen. Eine besonders terroristische Variante erfuhren die S. in der SU nach der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirov am 1. 12. 1934. Von diesem Ereignis führt eine direkte Linie zu den -> **Schauprozessen** gegen ehemalige Partei-, Staats- und Armeeführer in der SU (-> KPdSU). Demgegenüber sind die S. in der SBZ - von wenigen Ausnahmen abgesehen - unblutig verlaufen. Kriterien der S. in der -> **SED** waren vor allem die Einstellung der Parteimitgl. und Funktionäre zur SU und zum -> **Titoismus**, die Einstellung zu **Walter -> Ulbricht** und seinem Kurs sowie zu den Normen der «Partei neuen Typus». Dies schliesst die Ablehnung aller demokratischen Gedanken, des sogenannten -> **Sozialdemokratismus**, des -> **Revisionismus**, des -> **Nationalkommunismus** wie auch aller nichtkommun. Wiedervereinigungskonzeptionen ein. (-> **Wiedervereinigung**)

Die erste S. in der SED wurde in den Jahren 1948/49 mit dem Ziel veranstaltet, «klassenfremde Elemente» und antibolschewistische Gruppierungen aus der Partei zu entfernen. Die erste grosse S. in der Parteiführung erfolgte im August 1950 mit dem Ausschluss der Funktionäre -> **Merkel**, Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Ende und weiterer («Noel-H.-Field-Affäre»). Zwei Monate später beschloss das ZK eine Überprüfung aller Mitgl. in der Zeit vom 15. 1. bis 30.6.1951. Nach offiziellen Angaben sind im Verlauf dieser S. 150 696 Personen aus der SED ausgeschlossen worden. Im Laufe der nächsten zwei Jahre wurden u. a. folgende Funktionäre in speziellen und kollektiven S. abgesetzt, gerügt, bzw. ausgeschlossen:

-> **Dahlem**, Lohagen, Uschner, Lauter, Lena Fischer. **Karl -> Meewis**, **Wilhelm -> Koenen**. Nach dem -> **Juni-Aufstand** wurden, zum Teil unter der Beschuldigung der «Fraktionsmacherei», Opfer von S.: -\* **Zaisser**, -> **Herrnstadt**, -> **Fechner**, -> **Jendretzky**, **Elli -> Schmidt**, Weinberger u. a.

Eine neue Säuberungswelle richtete sich nach dem Ungarn-Aufstand gegen Anhänger des -\* **Revisionismus** (-> **Harrieh**, **Bloch**); im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde im Oktober 1957 **Paul -\* Wandel** seiner Funktionen enthoben. Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine S. gegen die «partei-feindliche Gruppe -\* **Schirdewan**, -> **Wollweber** und andere» (-> **Ziller**).

(-\* **Dritter Weg**). Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde **Oelssner** aus dem **-> Politbüro** ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch **-> Selbmann** wurde scharf angegriffen. – Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: **-> Ackermann**, Beling, **-> Buchwitz**, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helm. Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von S. im Staatsapparat sind: **-> Dertinger**, **-> Hamann**. S. haben auch in den übrigen SBZ-**-> Parteien** und in den **-> Massenorganisationen** wiederholt stattgefunden. [355]

SBZ: Abk. für sowjetische Besatzungszone. Teil Deutschlands, der auf Grund der Vereinbarungen unter den Alliierten nach der Kapitulation von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Das Gebiet der SBZ ist nicht identisch mit dem durch die Sowjets militärisch eroberten Gebiet. Ein grosser Teil des von Engländern und Amerikanern eroberten Raumes wurde im Sommer **1945** im Austausch gegen die Viermächte-Besetzung **-> Berlins** der SU abgetreten, obwohl die Viermächte-Besetzung von Berlin schon im November **1944** vereinbart worden war. Die SBZ wird begrenzt im Norden von der Ostsee, im Osten von der **-> Oder-Neisse-Linie**, im Südosten von der tschechoslowakischen Grenze nach dem Verlauf von **1937**. Die westliche Zonengrenze (**-> Demarkationslinie**), die die SBZ von der Bundesrepublik trennt, verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schliesst Mecklenburg, die ehemalige preussische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze. Der sowjetische Sektor von Berlin gehört weder rechtlich noch verwaltungsmässig zur SBZ, wird aber als Hauptstadt der «DDR\*» beansprucht (vergleiche hierzu die Karten). Die viel gebrauchte Bezeichnung «Ostzone» für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als «Mittelzone» zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den zur Zeit von Polen und der SU verwalteten deutschen Ostgebieten liegt.

(**-> Verfassung**, **-> Regierung und Verwaltung, Bevölkerung**)

**SCHALLPLATTEN**: Die Sch.-Produktion der SBZ war bis zum Jahre **1957** wenig bemerkenswert. Erst nach der im gleichen Jahre abgehaltenen Bitterfelder Konferenz wurde auf diesem Gebiet Initiative entwickelt. VEB «Deutsche Schallplatten\*» in Ost-Berlin hat

2 Marken: ETERNA und AMIGA. Letztere ist ausschliesslich der Tanz- und Unterhaltungsmusik vorbehalten, während erstere klassische Musik, das zeitgenössische Schaffen, politische Lieder, Volksmusik und Wortaufnahmen veröffentlicht. Ein Teil der Produktion muss aus technischen Gründen in der CSR hergestellt werden. Die Produktion der ETERNA soll vorwiegend der Propaganda zeitgenössischer **-> Musik** der SBZ dienen. **1959** wurden etwa 5 Mill. x Sch. hergestellt (in der Bundesrepublik über 50 Mill.). Beim Kauf einer Sch. müssen in der SBZ 10 Pfennig als sogenannte Kulturgabe entrichtet werden, die dazu dienen soll, ein «sozialistisches Kulturleben zu entfalten und zu fördern».

**SCHAUPROZESSE**: Sch., früher offiziell «Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit» genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben (Generalprävention). «Die Verhandlungen der Gerichte vor breiter Öffentlichkeit. . . können als Mittel zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewusstseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden» (Max Fechner in: «Neue Justiz», **1949**, S. 203). Aus der grossen Zahl der mit dieser Zielsetzung in den Jahren **1949** bis **1953** durchgeführten Sch. seien als Beispiele erwähnt: Der «Conti-Prozess» gegen Herwegen, Brundert u. a. in Dessau im April **1950**, der Prozess gegen **Hermann-Josef -> Flade** in Olbernhau am 10. 1. **1951**, der Prozess gegen den Staatsanwalt Formann in Bautzen am 1. 9. **1951**.

Später wurde die Taktik in der Organisation der Sch. verändert. An Stelle einer möglichst grossen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozess besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Sch. ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich (**-> Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen**). Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Sch. ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, dass sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten. Von für die «Bewusstseinsbildung» und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und

Wochenschau-Bericht© hergestellt. In der letzten Zeit wurden die vier Prozess© gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem BG Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstrafen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozess gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem BG Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37V2 Jahre Zuchthaus) und der Prozess gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oblt. Smolka vor dem BG Erfurt (Todesstrafe) besonders bekannt. (-> Rechtswesen) [436-438]

**SCHICHTFAHRER:** Hilfstraktoristen oder «Freundschaftsfahrer» an den -> **MTS**, die in Zeiten besonderer Arbeitsanhäufung und zur besseren Ausnutzung der immer noch nicht ausreichenden einsatzfähigen Traktoren die Arbeit im Zwei- oder Dreischichtensystem ermöglichen sollen. Sie verlieren mit zunehmender Eingliederung der Traktoristen in die -> **LPG** an Bedeutung. (-> **Komplexe Mechanisierung**)

**SCHIFFFAHRT:** a) **Binnenschifffahrt.** Nachdem die Sowjets 1945 etwa 2500 moderne Lastkähne als Reparationsentnahmen (-> **Reparationen**) beschlagnahmt hatten, blieb der sowjetzonalen Binnen-Sch. nur eine geringe Anzahl überalterter Schiffe mit einem Durchschnittsalter von etwa 45 Jahren. Etwa 40 v. H. der rd. 635'000 Tonnen Schiffsraum umfassenden Binnenflotte befinden sich noch in privaten Händen von etwa 550 bis 600 Schiffseignern. Der Einsatz des gesamten Schiffsparks wird staatlich gelenkt. Der VEB Deutsche Binnenreederei, Sitz Berlin, ist der Hauptfrachtführer für Wassertransporte innerhalb der SBZ. Die privaten Betriebe können selbständig keine Frachtverträge abschliessen, sondern nur Unterverträge mit der Deutschen Binnenreederei. Die Verstaatlichung ist im Jahre 1959 durch die zwangsweise Einführung langfristiger «Charterverträge» zugunsten des VEB Deutsche Binnenreederei in Angriff genommen worden. Die Schiffseigner blieben zunächst Schiffsführer. Seit März 1960 ist eine neue Aktion im Gange mit dem Ziele, den privaten Schiffseignern die staatliche Beteiligung aufzuzwingen. Komplementär soll in jedem Falle der VEB Deutsche Binnenreederei werden. Die Schiffseigner sollen regelrechte Arbeitsverträge unterschreiben, wobei ein monatlicher Tariflohn von 225 DM Ost vorgesehen ist. Die Ehefrauen der Schiffseigner sollen als Hilfskräfte zum Stundenlohn von 1,14 DM Ost weiter mit tätig sein. Spätestens Ende 1960 soll diese Aktion abgeschlossen sein. Die Leistungen im Binnenschiffsverkehr sind gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gesunken. Die Binnen-Sch. soll

stärker zur Entlastung der überbeanspruchten Eisenbahn, insbesondere zum Transport von Massengütern, eingesetzt werden. Die bedeutendsten Binnenhäfen sind neben -> **Berlin** -> **Magdeburg**, **Riesa**, -> **Dresden**, -> **Frankfurt** und **Fürstenberg/Oder**. Infolge grösserer Demontagen der Umschlagrichtungen ist ihre Kapazität erheblich beeinträchtigt.

In der See-Sch. spielen die unter eigener Flagge fahrenden Schiffe eine untergeordnete Rolle. Vor dem Kriege waren in den Seehäfen des heutigen Gebiets der SBZ etwa 55 Dampfer, 20 Motorschiffe und 80 Segelschiffe beheimatet mit einer Gesamttonnage von rd. 60'000 BRT. Ab Kriegsende bis 1952 wurden ausser einer Anzahl von Fischereifahrzeugen auf den Werften nur Schiffe für die SU gebaut oder repariert. Erst ab 1953 durften die Werften überwiegend für den Bedarf der SBZ arbeiten. Bis Mitte 1959 erhöhte sich der Bestand der Hochseeflotte auf 32 Schiffe mit einer Gesamttonnage von rd. 100'000 BRT. (Die BRD hatte Anfang 1959 einen Schiffsbestand von 4,3 Mill. BRT.) Die Zunahme in der SBZ ist auch auf den Ankauf von Altschiffen mit einer Tonnage von zusammen etwa 20'000 BRT zurückzuführen (-> **Schiffbau**). - Seit Anfang 1959 ist ein in Schweden gekauftes 12 400-t-Motorschiff, das auf den Namen «Völkerfreundschaft» getauft wurde, nach dem Vorbild der KdF-Schiffsreisen für -> **Feriedienst des FDGB** in den Dienst der Personen-Sch. eingestellt worden. (\* **Steckenpferd-Bewegung**) Die See-Sch. ist vollständig verstaatlicht. Ausführender Betrieb ist der VEB Deutsche Seereederei, Sitz -> **Rostock**. Regelmässiger Linienvkehr wird mit den Häfen des Nord- und Ostseeraums unterhalten. Einige Schiffe verkehren auf der Levantelinie nach Ägypten, Albanien, Griechenland und dem Schwarzen Meer. Die bisher in Dienst gestellten zehn neuen Motorfrachter mit je 6500 BRT verkehren im Liniendienst mit China. Nach den vorliegenden Plänen soll die Hochseeflotte der SBZ bis 1965 auf 345'000 BRT gesteigert werden. (-> **Häfen**) [775]

**SCHIFFBAU:** Die SBZ hat seit 1948 an der Ostseeküste eine nicht-unbeachtliche Sch.-industri© für Seeschiffe entwickelt. Vor der Spaltung Deutschlands gab es im Gebiet der SBZ nur die Neptunwerft in Rostock, die bis zu 3500 Beschäftigte hatte und Schiffe bis zu 8'000 t herstellte. Sie erlitt erhebliche Kriegs- und Demontageschäden. Nach dem Wiederaufbau beschäftigt sie jetzt 7500 Personen. Inzwischen sind vier weitere grosse



Werften errichtet worden: in Warnemünde (etwa 9'000 Beschäftigte, für Schiffe bis 10'000 BRT), in Wismar (etwa 3500 Beschäftigte, bis 8500 BRT)<sub>2</sub> in Stralsund (etwa 8'000 Beschäftigte, bis 700 BRT) und in Wolgast (etwa 3500 Beschäftigte, bis 700 BRT). – Ausserdem gibt es in der SBZ eine grosse Anzahl kleinerer Binnenwerften. In den Jahren 1948 bis 1952 arbeiteten die Werften der SBZ fast ausschliesslich für die SU (-> **Reparat**tionen), überwiegend wurden beschädigte sowjetische oder von den Sowjets erbeutete deutsche Schiffe repariert. Für deutschen Bedarf wurde in dieser Zeit eine Anzahl kleinerer Fischereifahrzeuge gebaut. Erst ab 1954 bis 1955 begann die Umstellung der Werften auf den Neubau grosserer Schiffe. Zum Beispiel wurden bis Mitte 1959 zehn Motor-Frachtschiffe mit je 6500 BRT gebaut, ferner einige See-Fahrgastschiffe für 300 Personen. Schliesslich wurden Küsten- und Binnenfahrgastschiffe, Schlepper und verstärkt Fischereifahrzeuge in das Produktionsprogramm aufgenommen. Ein sehr grosser Teil der Produktion wird in die Länder des Sowjetblocks exportiert. Für die SBZ verblieb jedoch noch so viel Tonnage, dass die Hochseeflotte, ergänzt durch den Zukauf einiger Altschiffe (zus. 20'000 BRT), bis Mitte 1959 einen Stand von rd. 100'000 BRT erreichte. (In der BRD betrug der Hochseeschiffsbestand Anfang 1959 rd. 4,3 Mill. BRT.) Die sowjetzonalen Pläne sehen einen Ausbau der Hochseeflotte auf 345'000 BRT bis 1965 vor. [633] Diese Pläne entsprechen dem gestiegenen und noch weiter ansteigenden Bedarf an Übersee-Verkehrsraum. Der VEB -> Deutsche Seereederei, das Monopolunternehmen für die Seeschifffahrt, konnte z. B. 1958 nur ein Fünftel der Seetransporte mit zuzugehörigen Schiffen ausführen lassen. (-> **Schifffahrt**) Im Seeschiffbau waren 1959 rund 25'000 Arbeiter und Angestellte tätig, in den Binnenschiff-Werften und den Werften für Fischereifahrzeuge weitere 12'000. [770]

**SCHIRDEWAN, KARL:** \*14.5.1907 in Königsberg/Ostpr. als Sohn eines Arbeiters. 1923 -> **KJVD**, 1925 **KPD**, 1927/28 Sekretär des **KJVD** in Ostpreussen, seit 1931 Mitgl. des **ZK** des **KJVD**, ab 1934 wegen illegaler Arbeit Gefängnis und **KZ**. 1945 **KPD**, 1946 im **SED**-Parteivorstand mit der Überprüfung der Tätigkeit der **SED**-Mitgl. in der **NS**-Zeit beauftragt, im Febr. 1947 Leiter der -> **Westkommission** beim **SED**-Parteivorstand, im März 1952 als Nachfolger Lohagens 1. Sekretär der **SED**-Landesleitung Sach-

**SED**-Bezirksleitung Leipzig, im Dez. 1952 in das -> **ZK** der -> **SED** zurückberufen und als Sekretär mit dem Aufbau und der Kontrolle der Abt. «Leitende Organe der Partei und der -> **Massenorganisationen**» beauftragt.

Seit Juli 1953 ausserdem Mitgl. des -> **Politbüros**. Am 6. 2. 1958 zusammen mit -> **Wollweber** wegen «Fraktionstätigkeit» und Opposition gegen -> **Ulbricht** sämtlicher Parteifunktionen enthoben und mit einer «strengen Rüge» bestraft. Vom 23.7.1952 bis 12.3.1958 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Im März 1958 zum Leiter der Staatl. Archivverwaltung der SBZ in Potsdam ernannt. S. hat am 15. 4. 1959 -> **Selbstkritik** geübt und seine -> **Abweichungen** widerrufen. (-> **Säuberungen**, -> **Revisionismus**, -> **Nationalkommunismus**, **Dritter Weg**)

**SCHIRMER, WOLFGANG: \*3.3.**

1920 in Berlin, Volksschule, Gymnasium, Studium der Chemie, Promotion. Ausserordentl. Prof. Nach vorübergehender Leitung des Stickstoffwerkes Piesteritz seit 1953 Direktor der Leuna-Werke «Walter Ulbricht». Seit 1954 Kandidat des -> **ZK** der -> **SED**.

**SCHMIDT, MARTIN: \* 13.6.1905.** Vor 1933 **KPD**, danach wiederholt verhaftet, mehrere Jahre im Zuchthaus Brandenburg. Nach 1945 finanzwissenschaftliche Tätigkeit, Prof. für Finanzwesen der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaften, Stadtkämmerer der Ost-Berliner Verwaltung, Stellv. des Ministers der Finanzen, seit 24.4. 1958 als Nachfolger von **Greta** -> **Kuckhoff** Präsident der **Deutschen** -> **Notenbank**.

**SCHNELLKOMMANDOS:** Funkwagenbesatzungen und Überfallkommandos der allgemeinen **Deutschen** -> **Volkspolizei**, vor allem im Sowjetsektor Berlins und in den Gross- und Mittelstädten; seit Mitte 1957 vermehrt aufgestellt, jedoch keine besondere -> **Polizeitruppe**.

**SCHNITZLER, KARL-EDUARD VON:** \* 1919 in Köln. Stammt aus einer Bankierfamilie. Abitur, 1 Semester Medizinstudium, Inhaber einer Speiditionsfirma. Im 2. Weltkrieg Zahlmeister, britische Kriegsgefangenschaft, 1944 Mitarbeiter der Deutschlandabteilung des **BBC**, 1945 bevorzugt entlassen, Leiter der politischen Abteilung des **NWDR** Köln, 1947 in die **SBZ** übersiedelt, 1948 Mitarbeiter des Berliner -> **Rundfunks**, -> **SED**, 1951 Besuch der -> Parteihochschule, 1952 Leiter der Kommentargruppe des Staatlichen Rundfunkkomitees, jetzt nur noch Kommentator des **Deutschlandsenders**.

**SCHOFFEN:** Ehrenamtliche Laienrichter, deren Stellung durch §§ 37 bis 49 des sowjetzonalen GVG geregelt ist. Die Straf- und Zivilkammern der Kreisgerichte und die für die erstinstanzlichen Sachen zuständigen Straf- und Zivilsenate der Bezirksgerichte sind mit 1 Richter als Vorsitzendem und 2 Sch. besetzt. Den Berufungssenaten der Bezirksgerichte und den Senaten des Obersten Gerichts gehören keine Sch. an. Zu politisch oder wirtschaftspolitisch besonders wichtigen Verfahren können die Sch. ohne Beachtung der ausgelosten Reihenfolge ausgesucht werden. Sch. sind auch in den Rechtsauskunftsstellen der Kreisgerichte tätig. Ferner wirken die Sch. noch § 41

**StEG** seit dem 1. 2. 1958 an der Strafrechtsprechung auch ausserhalb der Hauptverhandlung mit, und zwar am Beschluss über die Eröffnung oder die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens, an Beschlüssen über **-> Bedingte Straf-aussetzung** und deren evtl. Widerruf, an Beschlüssen über Umwandlung von Geldstrafen in Freiheitsstrafen und an Beschlüssen darüber, dass eine **-> Bedingte Verurteilung** nach Ablauf der Bewährungszeit als nicht erfolgt zu gelten hat.

Die Sch. werden für drei Jahre gewählt, letztmalig auf Grund der «Anordnung über die Durchführung der Schöffenvahlen im Jahre 1958\* vom 21.9.1957 (GBl. S. 509) in der Zeit vom 17.2. bis 10.5. 1958. Sie sollen an zwölf aufeinanderfolgenden Tagen im Jahre an der Rechtsprechung des Gerichts teilnehmen. Erweist ein Sch. sich als «ungeeignet», so kann er auf Antrag des Direktors des Gerichts von der zuständigen Volksvertretung abberufen werden. Die Sch. sollen «Propagandisten der demokratischen Gesetzlichkeit» werden. Eine Sch.-Kartei soll Aufschluss über ihre Beteiligung an der Rechtsprechung, der Schulung und der politischen Massenarbeit geben. «Die Vermittlung von Rechtskenntnissen in der Schöffenschulung muss immer im Zusammenhang der politischen Ereignisse gesehenen. Formale Paragraphenkenntnis – etwa im BGB – passt nicht zu unseren Schöff» (Görner in: «Der Schöffe», 1955, S. 261). «Mit Hilfe der Schöff wird unsere demokratische Justiz zu einem noch schärferen Instrument im Kampf gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris, im Kampf gegen Spionage, Agenten, Saboteure und alle übrigen Feinde des deutschen Volkes, im Kampf für die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und die Sicherung des Friedens werden» (Grass in «Neue Justiz», 1955, S.

144). (**-> Gerichtsverfassung, -> Rechtswesen**) [430]

**SCHOLZ, ERNST:** \* um 1914, über Herkunft und früheste Entwicklung bis jetzt nichts bekannt. Vermutlich vor 1933 schon in **-> KJVD** und **-> KPD**. Soll ab 1936 in einer der «Internat. Brigaden» auf rotspanischer Seite gekämpft haben. Soll, nach Rückkehr aus Emigration, als Funktionär der **-> SED** und als Leiter der Abt. Wirtschaft des **-> ZK** der SED tätig gewesen sein. Wurde Mitgl. des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz des **-> FDGB**. Wirkte dann, Dipl.-Ing. geworden, beruflich als Architekt. Mitte 1954 Betriebsdirektor der «volkseigenen» Bau-Union Rostock. Bekam Mai 1955 den «Vaterländ. Verdienstorden» in Bronze. Wirkte seit Febr. 1956 als Leiter bautechn. Abordnungen in Ägypten, dann als Sonderbeauftragter des Ministeriums für Aussen- und Innerdeutschen Handel (MAI) für die Arabischen Staaten. Wurde am 1.8.1958 Minister für Bauwesen. Bei Gründung der «Deutsch-Arabischen Gesellschaft» der SBZ am 13.10.1958 wurde er ihr Präsident. Seit 1959 wurde ihm wiederholt heftig vorgeworfen, es gelinge ihm nicht, die Mechanisierung der Baustoff-Herstellung und des Bauwesens genügend rasch voranzutreiben, auch vernachlässige sein Ministerium die Serienherstellung landwirtschaftlicher Nutzbauten.

**SCHOLZ, PAUL:** \* 2.10.1902 in Braunau/Schles. als Sohn eines Bauern, Landarbeiter, später Fabrikarbeiter, 1923 KPD, in der NS-Zeit mehrfach in Haft. 1945 **-> KPD**, stellv. Chefredakteur der Wochenzeitung «Der freie Bauer», im Auftrag der SED 1948 Mitbegründer der **-> DBD**, Hauptgeschäftsführer der Partei, seit Juli 1949 stellv. Parteivors., vom 15.11.1950 bis 23. 5. 1952 Minister für Land- und Forstwirtschaft, danach mit der Leitung der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft beauftragt, stellv. Ministerpräsident, vom 25. 11. 1953 bis 17. 3. 1955 erneut Minister für Land- und Forstwirtschaft, weiterhin Stellv. des Vors. des Ministerrats und Mitgl. des Präsidiums des **-> Ministerrats**. Seit 24.11. 1955 ist Sch. Vors. der Kommission für Fragen der Landwirtschaft beim Präsidium des Ministerrats und seit 16.6.1958 Vors. des Beirates für **-> LPG** beim Ministerrat. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der **-> Volkskammer**.

**SCHÖN, OTTO:** \* 9.8.1905 in Königsberg/Opr. als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Realschule. Bankangestellter. 1925 **-> KPD**, 1928 bis 1933 Funktionär der KPD und

der Roten Hilfe. **1933** bis **1936** Gefängnis, danach Tätigkeit als Elektroschweisser. **1946** -> SED, Mitgl. des Sekretariats der SED-Landesleitung Sachsen. **1949** bis **1950** 2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen. **1950** bis **1953** Mitgl. des Sekretariats des ZK der SED, seither Leiter des Büros des **Politbüros**, Abteilungsleiter im Sekretariat des ZK. Seit **1950** Mitgl. des ZK der SED. Seit **1958** Abg. der -> Volkskammer.

**SCHÖNEBECK:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Magdeburg**, Kreisstadt an der Elbe, mit 44 598 Einwohnern (**1959**). Moor- und Solbad in Sch.-Bad Salzellen; bedeutende Industrie: Metallwaren, Fahrzeug- und Gerätebau, chemische Erzeugnisse (-> **Chemische Industrie**), Zement, Salzbergbau, Saline.

**SCHÖNEBECKER METHODE:** Eine zum «sozialistischen Prinzip» erhabene, organisatorische Verbesserung der -> MTS-Arbeit in enger planischer Verbindung mit den -> **LPG**. Der MTS-LPG-Janresarbeitsvertrag soll für jeden Traktoristen und Schichtfahrer nach Terminen, Zeitaufwand, Lohn und Betriebsstoffen je Arbeitsfläche aufgeschlüsselt werden. Zu diesem Zweck sollen für grössere Ackerstücke Schlagkarten angelegt, in diese sämtliche Daten eingetragen und von den verantwortlichen Traktoristen bzw. Feldbaubrigadiers gegengezeichnet werden. Ein wichtiger Bestandteil der SM, ist die als «Fließmethode» bezeichnete Geräte- und Maschinenkoppelung, um Leerläufe zu vermeiden und durch Leistungssteigerung die -> **agrotechnischen Termine** auszunutzen.

Die SM. wurde durch -> **Ulbricht** auf dem «Kongress junger Neuerer der Landwirtschaft» in Schwerin Anfang **1955** zu einem Schlagwort erhoben: «Die Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch“ der MTS Schönebeck Nord hat zum Republik-Wettbewerb aufgerufen. Ihre Vorschläge sind von einer so grossen Bedeutung, dass, wenn dieser Wettbewerb richtig unterstützt, wird, ein Umschwung in der Arbeit der MTS erreicht werden kann.» (-> **Komplexe Mechanisierung**, -> **Neuerer Methoden in der Landwirtschaft**, -> **Landwirtschaft**) [747, 755]

**SCHÖNFÄRBEREI:** Pj., ungerechtfertigt optimistische Darstellung aktueller Sachverhalte, z. B. in Arbeitsberichten von Funktionären. Sch. liegt gleichfalls im -> **Pressewesen** vor, wenn Missstände gelehnet werden, statt zur **Kritik** und **Selbstkritik** aufzufordern.

**SCHRIFTSTELLERVERBAND, DEUTSCHER:** Berufsverband, wie alle

Verbände der «Kulturschaffenden» von der-> SED kontrolliert; konzentriert sich seit der -> **Bitterfelder Konferenz** des Mitteldeutschen Verlages im Frühjahr **1959**, auf der seine Arbeit von Ulbricht kritisiert wurde, nach den dort beschlossenen Empfehlungen darauf, «die Bewegung des lesenden Arbeiters durch die des schreibenden Arbeiters zu ergänzen» und «Schriftsteller, die sich die Gestaltung von Problemen der sozialistischen Umwälzung in der DDR zum Thema nehmen, bevorzugt zu fördern». Erster Sekretär: **Erwin Strittmatter**, Zeitschrift: «Neue Deutsche Literatur». (-> **Literatur**, -> **Realismus**)

**SCHULE:** Das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» (**1946**) bildete bis **1959** die gesetzliche Grundlage der Organisation des Schulwesens (-> **Einheitsschule**). An seine Stelle ist das «Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens...» (**1959**) getreten.

Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist nach diesem Gesetz nicht mehr die achtstufige -> **Grundschule**, sondern die «zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule». Sie muss allerdings erst schrittweise bis zum Herbst des Jahres **1964** in allen Kreisen geschaffen werden. Soweit sie schon vorhanden ist, gilt die zehnjährige Vollschulpflicht. Die Oberschule, die eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (5 bis 10) umfasst, hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, die Grundlage für die berufliche Ausbildung und alle weiterführenden Bildungseinrichtungen zu schaffen. «Der Weg von der Oberschule über die Berufsbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses.» Für die weiterführende Schulbildung gibt es folgende Wege:

1. Nach Abschluss der Oberschule der Besuch der -> **Berufsschule** - im Zusammenhang mit der praktischen Berufsausbildung. Eine mindestens zweijährige Berufsausbildung befähigt zur Aufnahme des Fachschulstudiums (-> **Fachschule**). An einer wachsenden Zahl von Berufsschulen bestehen zudem Möglichkeiten zur Verbindung der Berufsausbildung mit der Vorbereitung auf das Abitur.

2. Das Abitur kann auch durch den Besuch einer Betriebsoberschule (nach Abschluss der Zehnklassenschule) oder einer Abendoberschule, die mit einer Volkshochschule verbunden ist, oder durch die Teilnahme an einem Lehrgang zur Vorbereitung auf eine Sonderreifeprüfung erworben werden.

3. Besuch der Arbeiter- und Bauern-Fakultät.

4. Ausserdem gibt es weiterhin die 12klassige allgemeinbildende (nunmehr auch) polytechnische Oberschule, die kurz als erweiterte Oberschule bezeichnet wird (vierstufig, im Anschluss an die achte Klasse der Oberschule). Falls die Absolventen der erweiterten Oberschule nicht während ihrer Schulzeit einen praktischen Beruf erlernt haben, haben sie vor der Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr (**-> praktisches Jahr**) unter Anleitung der **-> Hochschule** oder Universität zu absolvieren.

Die Verlängerung der Vollschulpflicht und angebliche Erhöhung des Niveaus der Bildung wird vor allem durch den Hinweis auf die Fortschritte der Technik, die für den Sozialismus notwendige hohe Arbeitsproduktivität und die Anforderungen der werdenden sozialistischen Gesellschaft begründet. «Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohl des Volkes und der Nation» (§ 3 des Schulgesetzes). Die «Liebe zu den arbeitenden Menschen» umfasst nach den offiziellen Verlautbarungen auch die Liebe zu der Partei der Arbeiterklasse, d. h. zur **-> SED**. Es fehlen auch nicht die propagandistischen Hinweise auf «Frieden», «Völkerfreundschaft» - «insbesondere» auf die Freundschaft zur SU.

Das neue Schulgesetz distanziert sich von der Lernschule der Stalinzeit, insofern sie die Lehrer auf «eine fortschrittliche Unterrichtsmethodik», «die auf der Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler beruht», verpflichtet, die polytechnische Bildung und Erziehung als den Grundzug des Unterrichts herausstellt und überhaupt die enge Verbindung der Bildung und Erziehung mit der produktiven Arbeit und der Praxis des «sozialistischen Aufbaus» fordert.

Gleichwohl hält die SBZ ausdrücklich - wie bisher - an der «Systematik» des Unterrichts, d. h. an der Reglementierung des systematischen Aufbaus der einzelnen Lehrgänge durch «staatliche Lehrpläne» und an dem Postulat der «Wissenschaftlichkeit», d. h. an der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus fest. Sie versucht

auch nach wie vor, das Schulleben in Übereinstimmung mit dem für den Kommunismus charakteristischen Mechanismus zentralgesteuerter (planrationaler) gesellschaftlicher Änderungen zu gestalten (Steuerung der Arbeit durch ein System von Plänen. **-> Erziehungswesen**).

Die Oberschüler werden auf der Unterstufe in der Form des Anfangs- und fachvorbereitenden Unterrichts, auf der Oberstufe in der Form des Fachunterrichts unterrichtet. Mit der 5. Klasse beginnt der Unterricht in den Fächern Russisch, Geschichte, Erdkunde, Biologie. In den nächsten Klassen folgen Physik (ab Klasse 6) und Chemie (ab 7), die 2. (fakultative) Fremdsprache (Englisch oder Französisch), Technisches Zeichnen (ab 7), **-> Staatsbürgerkunde** (ab 9), Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft und der **-> Unterrichtstag in der Produktion** (ab Klasse 7), dem das Werken (ab Klasse 1- bis 6 mit 1 oder 2 Stunden) vorausgeht. In der 7. Klasse entfallen 12 von 33 Wochenstunden auf die vier mathematisch - naturwissenschaftlichen Fächer, in der 10. sind es 15 von 34 Wochenstunden. Das Gewicht dieser Fächer wird durch die für die polytechnische Bildung besonders vorgesehenen Fächer noch verstärkt. Das für die Vermittlung der kommun. Ideologie wichtigste Fach ist die Geschichte, wenn auch jedes Schulfach verpflichtet ist, einen Beitrag zur weltanschaulich-politischen Erziehung zu leisten. Im Literaturunterricht wird neben dem sog. «nationalen Kulturerbe» (klassische Dichtung) vor allem die russische und die kommun. Literatur (insbesondere die Sowjetliteratur und die «sozialistische» **-> Literatur** der Zone) behandelt.

Die erweiterten Oberschulen haben naturwissenschaftliche, neu- und altsprachliche Zweige. Die grösste Zahl der Schüler besucht den naturwissenschaftlichen Zweig (nur zwei Fremdsprachen). Die altsprachlichen Zweige beginnen mit Latein in der 9., Griechisch folgt in der 10. Klasse. Neben Russisch wird an den sonstigen Zweigen vornehmlich Englisch und Latein, weniger Französisch, betrieben. Eine grössere Zahl von erweiterten Oberschulen hat im Rahmen eines Versuchs die polytechnische Bildung so ausgebaut, dass die Schüler gleichzeitig zum Abitur und zur Facharbeiterprüfung geführt werden. Seit 1.9.1960 haben alle erweiterten Oberschulen nur eine berufliche Grundausbildung zu vermitteln.

Das Regime war bis vor einigen Jahren bemüht, den Unterschied

zwischen Land- und Stadtschulen mit Hilfe eines einheitlichen Lehrplanes zu überwinden. Dem entsprach auch der Versuch, die weniggliederten Landschulen durch achtklassige **Zentralschulen** in günstig gelegenen Orten zu ersetzen. 1945 gab es rund 4'000 ein-klassige Schulen, 1957 nur noch 23 mit 427 Schülern. Die Zentralschulen werden allmählich in zehnklassige Oberschulen verwandelt. Seit 1956 ist das Regime bemüht, der Landschule einen besonderen Inhalt zu geben. Sie hat sich nach den geltenden Lehrplänen weniger mit produktiver Arbeit in der Industrie als in der Landwirtschaft zu beschäftigen, was sich auch auf die anderen Fächer auswirkt. Damit soll offenbar der Landflucht vorgebeugt werden.

Das neue Schulgesetz hat die vorhandenen Schulhorte und Internate «als feste Bestandteile der Schule» definiert. Damit hat es eine organisatorische Basis für die Verwandlung von Schulen in **Tagesheim- bzw. Ganztagschulen** geschaffen. Die pädagogischen Voraussetzungen dafür hat die SBZ durch Versuche mit Tagesheim-schulen zu schaffen versucht. Der Schulhort hat «den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen». Ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Motiv der Schaffung von Tagesheim-schulen ist in der verstärkten Rekrutierung von Frauen für die berufliche Tätigkeit gegeben.

Das Regime ist bestrebt, die Eltern (**-> Elternbeiräte**), Massenorganisationen, Volksvertretungen, staatlichen Behörden und SED-Organen für die Arbeit der Schule zu mobilisieren. Die «staatlichen Organe» werden ebenso auf die Unterstützung der Schule verpflichtet wie die volkseigenen Betriebe und **-> LPG**. Letztere werden sogar für die Durchführung des Unterrichts in der Produktion «verantwortlich» gemacht (**-> Patenschaftsverträge**).

Neben den angegebenen Schultypen gibt es noch Schulen mit erweitertem Russischunterricht (von der 3. Klasse an mit 5 oder 6 Wochenstunden); Kinder- und Jugendsportschulen (von der 5. Klasse an 6 bis 7 Wochenstunden Turnen) und **Sonderschulen** für blinde, gehörlose, taubstumme blinde, seh-schwache, schwerhörige, sprach-gestörte, körperbehinderte und bildungsfähige schwachsin-nige Kinder und Jugendliche (Hilfsschulen), Mitglieder des Kreuz- und Thomanerchors werden schulisch besonders betreut. Die Kadettenschule der Armee ist eine erwei-

terte Oberschule, die ein «militärisches Minimum» vermittelt und ihren Internatsbetrieb mit bestimmten Formen militärischer Ordnung ausgestattet hat. Im sog. zweisprachigen Gebiet der Bezirke Cottbus und Dresden gibt es Oberschulen und erweiterte Oberschulen mit sorbischem Sprachunterricht und sorbische Oberschulen (**-> Wenden**).

Zahlenangaben für 1959: Grund-schulen: 9100 mit 1 806 418 Schülern; zehnklassige Oberschulen: 1809 (1955 nur 406) mit 1'000 727 Schülern; zwölfklassige Oberschulen: 372 mit 89 403 Schülern; Sonderschulen (im Jahre 1957): 616 mit 51 497 Schülern.

Die Zahl der Lehrkräfte betrug 1959 an Grund- und zehnklassigen Oberschulen 77 293, an zwölfklassigen Oberschulen 5726. An Sonderschulen betrug sie im Jahre 1958 3855. Dazu kamen im Jahre 1957 3516 hauptamtliche Pionier-leiter an Grundschulen und 136 FDJ-Sekretäre an Oberschulen.

Die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse ist niedriger als in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik: an Grundschulen 25,2, an zehnklassigen Oberschulen 27,8, an erweiterten Oberschulen 24,3.

1960 sind Titel für Lehrer eingeführt worden, deren Leistung durch die Behörden anerkannt wird (Oberlehrer, Studienrat, Oberstudienrat). [610]

**SCHULHORT:** Nach dem «Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens» (1959) ein fester Bestandteil der **-> Schule**.

**SCHULUNG:** Die Sch. untergliedert sich in Internats- und Externats-Sch. Die wichtigsten Internatsschulen: **-> Parteihochschule** «Karl Marx» beim **-> ZK** der SED, **-> Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED** und über 100 weitere SED-Schulen; **Deutsche -> Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft** «Walter Ulbricht» und 6 Verwaltungsschulen, Jugendhochschule der **-> FDJ** «Wilhelm Pieck» und etwa **20 FDJ- und -> Pionierleiter-Schulen**, **-> FDGB-Hochschule** «Fritz Heckert» und die Zentralschulen der Industriegewerkschaften, ferner die Zentralschulen der übrigen **-> Parteien** und **-> Massenorganisationen**. Auf den Hochschulen beträgt die Lehrgangsdauer in der Regel 1 bis 3 Jahre, bei den übrigen Schulen 3 bis 12 Monate. Die wichtigsten Formen der Externats-Sch. sind das **-> Parteilahrjahr der SED** und die Staatspolitische **-> Schulung**. In Internatsschulen vor allem Vermittlung des **-> Marxismus-Leninismus** und der **Geschichte der -> KPdSU**, der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung in kommun. Interpretation sowie Behandlung von

aktuellen Problemen und der sich aus der SED-Politik für die einzelnen Organisationen ergebenden speziellen Aufgaben. Die Externats-Sch. erfolgt überwiegend in \* **Zirkeln**. In den Lehrplänen überwiegen Themen der aktuellen SED-Politik. Vermittlung des Stoffes an den Internatsschulen durch Lektoren Selbststudium, -> **Konsultationen**, Seminare, Übungen. Sehr wenig Freizeit, sehr wenig -> **Urlaub**, Verbindung zur Aussenwelt weitgehend unterbrochen. Wichtigstes Erziehungsmittel: -> **Kritik und Selbstkritik**. Die Internats-Sch. dient vor allem der -> **Qualifizierung** der -> **Kader**. Zur politischen Sch. muss auch das Gesellschaftswissenschaftliche -> **Grundstudium** an den regulären \* **Hochschulen** gerechnet werden. [331]

**SCHULUNG, INNERBETRIEBLICHE: Staatspolitische \* Schulung.**

**SCHULUNG, STAATSPOLITISCHE:** Externatsschulung für staatliche Angestellte. Eine Regierungsverordnung verpflichtete ab 1950 alle berufstätigen Personen in den staatlichen Dienststellen und -> VEB, wöchentlich einmal zwei Stunden während der Dienstzeit an einer **Innerbetrieblichen Schulung** über aktuelle politische Probleme teilzunehmen. Die erste Reorganisation dieser Schulungseinrichtung erfolgte durch eine Direktive vom Dez. 1952. An die Stelle der «Innerbetrieblichen Schulung» trat ab März 1953 die StSch. Hauptaufgabe der StSch. war zunächst die Vermittlung der Grundbegriffe des -> **Marxismus-Leninismus** und des -> **Stalinismus**. Schulung vierzehntägig nur für Angestellte des -> **Staatsapparates**, der Universitäten und anderer staatlicher Institutionen. Ein Beschluss des Ministerrats vom Januar 1956 führte zu einer erneuten Reorganisation. Die StSch. findet seitdem nur noch monatlich einmal in -> **Zirkeln** statt. «Die StSch. soll sich . . . mit den Grundproblemen des sozialistischen Aufbaus beschäftigen, der sozialistischen Erziehung der Mitarbeiter des Staatsapparates dienen und sie auf die gegenwärtigen Hauptaufgaben orientieren.» (-> **Schulung**)

**SCHULUNGSKOMMISSION:** Eineder von der -> BGL in den -> VEB gebildeten Kommissionen. Ihre Aufgabe ist es, die Ideologie des Kommunismus und dessen Vorstellung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen zu propagieren. Dazu hat sie vor allem gewerkschaftliche Bildungsabende und Zirkel zu veranstalten.

**SCHUMANN, HORST:** \* 6.2.1924 in Berlin als Sohn des im Januar 1945 hingerichteten KPD-Reichstagsabg. Georg Sch.; Volksschule, Kia-

vierbauer. Von 1940 bis 1944 illegale antifaschistische Tätigkeit. Nach 1945 Mitgl. von Antifa-Jugendauschüssen, 1946 -> **FDJ**, -> **SED**, Kreisvorsitzender der FDJ in Leipzig, danach Vors. der -> **Jungen Pioniere** in Sachsen, Besuch der SED -> **Parteihochschule**, danach bis 1952 1. Sekretär des FDJ-Landesvorstandes Sachsen, 1952 bis 1955 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Leipzig. Seit 1952 Mitgl. des Zentralrates der FDJ, seit 1955 Mitgl. des Büros des Zentralrates. 1957 bis 1959 Leiter des Sektors Jugend und Sport im ZK der SED. Seit dem 15. 5.1959 als Nachfolger von **Karl** -> **Namokel** 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ. Seit Juli 1958 Kandidat, seit Mai 1959 Mitgl. des -> **ZK** der SED.

**SCHUMANN, KURT:** \* 29. 8. 1908 in Eisenach als Sohn eines Postbeamten, Gymnasium, Studium der Rechtswiss., danach im thür. Justizdienst. 1.5.1931 Mitgl. d. NSDAP. Während des Krieges Kriegsgerichtsrat, geriet 1942 in Sowjet Gefangenschaft, Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**. 1948 Landgerichtsrat und nach kurzer Zeit Landgerichtsdirektor in Altenburg, 1949 Vors. der Gr. Strafkammer am Landgericht Erfurt, Dez. 1949 Präsident des Obersten Gerichts der «DDR». Ersuchte den Ministerrat am 26. 4. 60 um Entbindung von seinem Amt. Nachf.: **Heinrich Toeplitz**. Seit 1948 war Sch. Mitgl. der -> **NDPD** und des Hauptauschusses der NDPD. Jan. 1955 Dr. jur. h. c.

**SCHUND- UND SCHMUTZLITERATUR:** Die Lenkung der gesamten literarischen Produktion (-> **Verlagswesen**) gibt dem SBZ-Regime die Handhaben, das Erscheinen von Schmutzliteratur im engeren Sinne zu verhindern; zur SuSl. werden aber nicht nur minderwertige Kriminal- und Sexualschmöker, sondern auch Schriften gerechnet, die «den moralischen und politischen Anschauungen der Werktätigen widersprechen»; Erwachsene, die in diesem überaus dehnbaren Sinne die «sozialistische Bewusstseinsbildung» der Jugend gefährden, sollen zur Verantwortung gezogen werden. (VO zum Schutze der Jugend vom 15.9.1955.)

**SCHUR, GUSTAV ADOLF;** \* 1931 zu Heyrothsberge bei Magdeburg als Sohn eines Arbeiters. Populärster Sportler der SBZ. Abgeordneter der Volkskammer seit 1958. Zweimaliger Weltmeister der Amateur- und Strassenradfahrer. Meister des Sports 1958 und Verdienter Meister des Sports 1959. Mitgl. der -> **SED**.

**SCHWAB, SEPP:** \*16.1.97 in München, Volksschule, 1913 -> SAJ, 1918 Arbeiter- und Soldatenrat in München, Mitgl. der KPD unmittelbar nach ihrer Gründung. Mitwirkung

beim Rate-Putsch in Bayern, Verhaftung, Festungshaft, 1935 erneut zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Ab 1927 Leiter des Pressedienstes des ZK der -\* KPD, Redakteur und Chefredakteur verseh. KP-Organe. 1930 bis 1936 Deutschland-Referent im Exekutiv-Komitee (Ekki) der Komintern. 1938-1945 Redakteur in der Deutschland-Abt. des Moskauer Rundfunks. 1945 SBZ, 1946 -\* SED. Bis 1954 in leitenden Funktionen, so Mitgl. d. Redaktionskollegiums des SED-Zentralorgans «Neues Deutschland», Direktor der-\* DEFA, Leiter der Staatl. Kontrollstelle f. Filmwesen. 1954-1956 Botschafter in Ungarn. Seit 27. 6. 1956 Stellv. Min. für Auswärtige Angelegenheiten.

**SCHWANGERENBERATUNG:** Im Rahmen des Ausbaus der gesundheitlichen Vorbeugung (-\* **Gesundheitswesen**) seit 1950 in allen Kreisen errichtete -\* Dispensaires unter fachärztliche Leitung, mit Hebamme und Fürsorgerin besetzt. 1960 242 Hauptstellen, 630 Nebenstellen, 790 Aussenstellen. Bis zum Ende der Lebensmittellrationierung mussten die Schwangeren zur Erlangung von Zulagen sich hier regelmässig untersuchen lassen (tatsächlich meist nur melden). Seitdem hat der Besuch stark nachgelassen. Die S. soll Schwangerschaftsschädigungen und vorzeitigen Beendigungen (-> **Schwangerschaftsunterbrechung**) entgegenwirken, die bei starker Arbeitsbelastung der Frauen und Verkürzung der Schutzfristen (-> **Arbeitschutz**) besonders häufig sind. (-\* **Schwangerschafts- und Wochenhilfe**)

**SCHWANGERSCHAFTS- UND WOCHENHILFE:** Sämtliche Sozialversicherte (-> Sozialversicherungs-Versorgungswesen) erhalten bei Schwangerschaft und Geburt Pflege in einem Krankenhaus oder Entbindungsheim, Hebammenhilfe, ärztliche Betreuung sowie Arznei- und Heilmittel. Arbeiterinnen und Angestellte erhalten ferner für die Dauer von 5 Wochen vor der Geburt und für 6 Wochen nach der Geburt ein Schwangerschafts- bzw. Wochengeld in Höhe des durchschnittlichen Nettoverdienstes des letzten Vierteljahres. Selbständig Erwerbstätige, Studentinnen, Hoch- und Fachschülerinnen sowie ständig mitarbeitende Töchter erhalten Schwangeren- und Wochengeld für 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt und ausserdem noch Kindergeld für 12 Wochen in Höhe des halben Wochengeldes. Wegen der staatlichen Geldbeihilfe -\* **Mutterschutz**. Stillende Mütter erhalten bis zu 6 Monaten eine staatliche Unterstützung von 10 DM Ost monatlich. (-\* **Schwangerenberatung**, -\* **Gesundheitswesen**) [425]

**SCHWANGERSCHAFTS-UNTERBRECHUNG:** Auf Betreiben der SED wurde 1947/48 die S. aus «sozialer Indikation» durch «Ländergesetze eingeführt (nicht in-\* **Sachsen-Anhalt I**), 1950 jedoch nach sowjetischem Muster jede S., die nicht durch Krankheit (auch Erbleiden) geboten ist, «im Interesse des Gesundheitsschutzes der Frau und der Förderung der Geburtenzunahme» strikt verboten (§ 11 Ges. v. 27.9. 50, GBl. S. 1037). Die S. wie in der SU (1954) freizugeben, wird vom Regime der SBZ abgelehnt, unter ausdrücklichem Hinweis auf die unbefriedigende Entwicklung der -\* **Bevölkerung**. (-\* **Gesundheitswesen**, -\* **Schwangerenberatung**) [440]

**SCHWARZE PUMPE:** Name eines in der Nähe von Hoyerswerda (Lausitz) seit Herbst 1955 im Aufbau befindlichen Braunkohlen-Grosskombinats. (Der Name ist von einem früher auf dem Gelände befindlichen Gasthaus übernommen worden.) Nach der ursprünglichen Planung sollte das Werk nach dem Vorbild der vor einigen Jahren in Lauchhammer (Lausitz) neu errichteten Grosskokerie einen neuartigen, für die Erzverhüttung geeigneten Hochtemperatur-Hartkoks erzeugen, um die Einfuhrabhängigkeit der Zone bei Hüttenkoks zu mindern. Als Nebenprodukte sollten in grossen Mengen Gas, Teer, Öle und Elektroenergie anfallen. Dieses Vorhaben wurde als «das Kernstück des Entwicklungsprogramms der Braunkohlenindustrie» der SBZ im zweiten -\* Fünfjahrplan (1956 bis 1960) bezeichnet. Seit Ende 1958 wird deutlich, dass SchP. nur als riesige Brikett- und Gasfabrik in Betrieb genommen werden soll. Durch die neuen Pläne für den Aufbau eines grossen Mineralölverarbeitungswerkes in Schwedt (Oder) nach dem Anschluss der SBZ an eine Erdölleitung aus der Sowjetunion (-\* **Kraftstofferzeugung**) rückt man von dem kostspieligen Verfahren zur Herstellung von Hochtemperatur-Hartkoks aus Braunkohle ab. Durch die Erdöleinfuhren sollen Einsparungen möglich werden, die den erhöhten Import von Steinkohlenkoks rechtfertigen. (-\* **Energieerzeugung**) Beim Aufbau von SchP. sind von Anfang an etwa 1500 Straflagene eingesetzt, die in einem Lager in der Nähe der Baustelle untergebracht sind (-> **Haftarbeitslager**). Ein Kraftwerk und eine Brikettfabrik mit 9'000 t Leistung – je 2 Kraftwerke und 2 Brikettfabriken befinden sich noch im Aufbau – wurden im Laufe des Jahres 1959 in Betrieb genommen.

**SCHWARZMEER UND OSTSEE ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AG**  
Die SuO. ist ein sowjetisches Ver-

Sicherungsunternehmen, dessen Aktien sich ausnahmslos im Besitz sowjetischer staatlicher Organisationen, Banken, Transport- und Versicherungsunternehmen, insbesondere der GOSSI RACH, befinden. Sie hatte in der SBZ früher die Aufgabe, den ->SAG den erforderlichen Versicherungsschutz zu gewähren. Nach Übertragung der SAG auf deutsche Stellen beschränkte sie sich auf die Transportversicherung von Importen und Exporten, vor allem fremden Valuten, und entzog so der Deutschen -> **Versicherungsanstalt** wertvolle Transportversicherungen mit hohem Beitragsaufkommen. Die SuO. war ferner an der Versicherung der -> **VEB** beteiligt. Nach Gründung der -> **Deutschen Auslands- und Rückversicherungs-AG** wurden die Geschäfte der SuO. in der SBZ auf diese übertragen.

**SCHWERIN:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> **Verwaltungsneugliederung** aus dem Südwestteil von Mecklenburg sowie brandenburgischen Gebietsteilen; 8642 qkm, 628'601 Einwohner (1959). 1. Stadtkreis: Schwerin; 10 Landkreise: Bütztorf, Gadebusch, Güstrow, Hagenow, Ludwigslust, Lütz., Parchim, Perleberg, Schwerin, Sternberg. Vorsitzender des Rates des Bezirkes: Michael Grieb (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: **Bernhard -> Quandt.**

2. Stadtkreis im mecklenburgischen Bezirk Sch., Bezirksstadt, Kreisstadt, am Schweriner See, mit 92 1 95 Einwohnern (1959) zweitgrößte Stadt Mecklenburgs; ehem. Residenz der Grossherzöge von -> **Mecklenburg-Sch. w.,** bis 1952 Landeshauptstadt: Schloss (19. Jh.) mit Schlosskirche des alten Schlosses (16. Jh.), hochgotischer Dom (12./15. Jh.); Maschinenbau («ABUS Stahlbau»), Bekleidungs-, Holz- u. Nahrungsmittelindustrie; Reichsbahndirektion; Mecklenburgische Landesbibliothek, Sender («Radio DDR»), Mecklenburgisches Staatstheater, Staatl. Sinfonieorchester, Museum für Ur- und Frühgeschichte; Sitz des Landesbischofs der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs.

**SCHWERINDUSTRIE:** Nach sowjetzonaler Industriezweig-Gliederung ?gehören zur Sch. die Bereiche Kohle mit Braun- und Steinkohle), Energie (mit Elektroenergie und Gas,) Metallurgie (mit Eisenindustrie, Nichteisen-Metallindustrie, Hilfsbetrieben für die Metallurgie), der Bereich Chemie (Schwer-Chemie, Allgemeine Chemie, Flüssige Brennstoffe, Kunststoffe, Kali und sonstiger Nichterzbergbau) und der Bereich Baustoffe.

**SED:** Abk. für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungs-

macht am 21.4.1946 gegründet durch Zusammenschluss von -> **KPD** und -> **SPD** in der SBZ. Auf dem Vereinigungsparteitag waren offiziellen Angaben zufolge 47 v. H. der Mitgl. Kommunisten, 53 v. H. Sozialdemokraten. Die zunächst paritätische Bezeichnung aller Parteileitungen wurde Anfang 1949 auch formell aufgehoben, alle nicht gleichgeschalteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden nach und nach verdrängt. Mitgliederstand nach offiziellen Angaben: April 1946: 1'298'000, April 1950: 1'750'000, April 1954: 1'413'000, Juli 1958: 1'472'930. Theoretische Grundlagen: Lehren von -> **Lenin** u. -> **Stalin** sowie von -> **Marx** und -> **Engels** in Lenin-Stalinscher Interpretation (-> **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus**). Seit 1948 schnelle Bolschewisierung der Partei unter der Parole: Entwicklung der SED zu einer «Partei neuen Typus» nach dem Vorbild der -> **KPdSU**. Anerkennung der führenden Rolle der SU und der KPdSU werden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU für die Mitgliedschaft vorausgesetzt. Ziel der SED ist die Vollendung des

**Aufbau des Sozialismus** in der «DDR» nach sowjetischem Vorbild und die Übertragung des «DDR»-Modells auf ganz Deutschland. (-> **Wiedervereinigung**). Parteiführung und Funktionäre der SED beherrschen sämtliche -> **Massenorganisationen** und den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat der SBZ mit der Begründung, die Partei sei der Vortrupp der Arbeiterklasse und vertrete die Interessen aller Werktätigen. Die SED-Parteiführung leitet und kontrolliert die westdeutsche KPD, auch nach deren Verbot. Organisatorischer Aufbau: Parteitagsdelegierte wählen das Zentralkomitee (-> ZK), von dem das **Politbüro** und das -> **Sekretariat** gewählt werden. Nachgeordnet sind Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsleitungen; Grundorganisationen: Betriebs- und Wohngruppen. In der -> **NVA** besteht eine eigene Parteiorganisation im Range einer SED-Bezirksleitung. Zwischen den Parteitag finden bei politisch gegebenem Anlass Parteikonferenzen statt, deren Einberufung das ZK beschliesst. Bisher fanden fünf Parteitage statt: I. vom 19. bis 22.4.1946 («Vereinigungsparteitag»); II. vom 20. bis 24.9.1947; III. vom 20. bis 24.7.1950; IV. vom 30. 3. bis 6. 4. 1954; V. vom 10. bis 16.7.1958. Parteikonferenzen wurden durchgeführt: 1. vom 25. bis 28. 1. 1949; 2. vom 9. bis 12. 7. 1952; 3. vom 24. bis 29. 3. 1956. Eintritt in die SED seit 1. 3. 1949 nur als -> **Kandidat** möglich. 1. Sekretär des ZK der SED **Walter -> Ulbricht**. Auf Grund eines Beschlusses der •alliierten Kommandantur ist die SED auch in West-Berlin zugelassen. Bei den Wahlen zum West-Berliner Ab-



geordnetenhaus im Dezember 1958, unmittelbar nach Beginn der – Berlin-Krise erhielt sie trotz umfangreicher Propaganda für die Umwandlung West-Berlins in eine sog. Freie Stadt nur 2,8 v. H. der abgegebenen Stimmen. [333, 335]

**SEEBÄDER: – Kurorte.**

**SEEPOLIZEI:** Bis1955Tarnbezeichnung der Seestreitkräfte der – **Kasernierten Volkspolizei.**

**SEESCHIFFAHRT: -> Schifffahrt.**

**SEFRIN, MAX:** \* 21.11.1913 in Stambach/Pfalz, Oberrealschule, Kaufmann.Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Juni 1946->CDU. 1949 kaufmännischer Direktor des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Jüterbog, 1950 hauptamtl. beim Rat des Kreises Luckenwalde, 1951 Schüler der Deutschen Verwaltungsakademie «Walter Ulbricht» in Forst-Zinna, anschl. Referent, später Leiter der Hauptabteilung Politik beim Hauptvorstand der CDU und deren stellv. Generalsekretär. Am 10. 2. 1958 als Nachfolger Otto – Nuschkes zum Stellv. des Vors. des -> Ministerates gewählt, im Dez. 1958 auch zum Minister für Gesundheitswesen ernannt. Seit dem 17.12.1952 Abg. der – **Volkskammer.**

**SEGHERS, ANNA:** (Richtiger Name: Netty Radvanyi.) \* 19.11.1900 in Mainz. Schriftstellerin. 1928 Kleist-Preis. 1933 nach Frankreich und später nach Mexiko emigriert. 1947 Rückkehr nach Deutschland. – SED-Mitglied. Arbeitet im komm. Weltfriedensrat, im – **Kulturbund** und im Schriftstellerverband der SBZ mit. 1951 Stalin-„Friedens-Preis“. Romane: «Aufstand der Fischer von St. Barbara», «Das siebte Kreuz», «Die Toten bleiben jung», «Die Entscheidung» u. a. [501,502]

**SEIBT, KURT:** ♦ 13. 2.1908 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Metalldrücker. 1922 – SAJ, 1924 – **KJVD**, 1931 – **KPD**. 1939 verhaftet, zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. 1945 1. Sekretär der KPD-Kreisleitung Brandenburg, 1946 bis 1952 Sekretär in der SED-Landesleitung Brandenburg, 28.9.1952 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, 1956/57 Schulung in der SU, danach wieder in gleicher Funktion. Seit 24.7.1950 -> **Kandidat**, seit 6.4. 1954 Mitgl. des – **ZK** der – **SED**. Seit 24. 11. 1953 Abgeordneter der – **Volkskammer.**

**SEIFERT-METHODE:** Durch den «Verdienten Eisenbahner» vom Reichsbahn-Ausbesserungswerk in Berlin-Tempelhof, Seifert, Anfang 1958 eingeführte Neuerermethode, wonach aus den – **Arbeitsnormen** die sog. Reserven ausgemerzt werden sollen. Nach Meinung der SED-Funktionäre enthalten die Arbeitsnormen Zeitzuschläge, die, nachdem die organisa-

torischen und technischen Arbeitsbedingungen sich in den letzten Jahren verbessert hätten, gegenwärtig nicht mehr gerechtfertigt seien. Die «Aufdeckung der versteckten Reserven» soll dadurch geschehen, dass die Arbeiter selbst an ihrem Arbeitsplatz in eine Liste eintragen, welche von ihnen nicht verschuldeten Warte- und Stillstandszeiten in der Produktion eingezeichnet sind und was die Ursache dafür war. Im Endergebnis läuft also die SM. darauf hinaus, die Arbeitsnormen zu erhöhen. Nach einer alle Betriebe der Zone erfassenden Werbung für die Einführung der SM. im Jahre 1958 bis Anfang 1959 ist der Propagandaaufwand dafür seitdem erheblich zurückgegangen. Offensichtlich ist es nicht möglich, die Hauptursachen für die Arbeitsausfälle – die ungenügende technische Ausstattung der Betriebe, die stockende Materialzuführung und die Mängel in der Betriebsorganisation schnell und überall zu beseitigen. Die Teilnahme der Betriebsarbeiter an der SM. besteht vielfach nur darin, dass sie die Zeitverluste aufschreiben. In den allermeisten Fällen geschieht weiter nichts. Die Arbeitsnormen können entsprechend einer gesetzlichen Vorschrift aus dem Jahre 1952 erst dann verändert werden, wenn der technische Arbeitsablauf geändert wurde. Insofern ist der Versuch, mit Hilfe der SM. eine allgemeine Normenbereinigung – d. h. praktisch eine Erhöhung der Arbeitsnormen – durchzusetzen, für die SED ein Fehlschlag gewesen. An Stelle der Propaganda für die SM. sind seit Mitte 1959 Versuche des Regimes angelaufen, die Arbeitsnormen als Lohnbemessungsgrundlage weitgehend durch sog. «neue Lohnformen» (= **Lohnpolitik**) beiseitezuschieben (= **Objektlohn**). Unter neuer Firmierung wird dabei das gleiche Ziel wie bisher verfolgt, nämlich die Arbeitsproduktivität zu steigern, obwohl nicht ausreichend Investitionsmittel für die techn. und organisatorische Verbesserung der Produktionseinrichtungen zur Verfügung stehen.

**SEIGEWASSER, HANS:** \* 12.8.1905 in Berlin als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Realschule, Bankangestellter, 1921 – **USPD**, 1922 – **SPD**, 1928 Mitgl., 1930 Vors. der Reichsleitung der – **SAJ**. 1932-**KPD**. 1934 bis 1945 Zuchthaus und KZ. 1945 Mitarbeiter des ZK der KPD, bis 1950 Mitarbeiter im Parteivorstand der-SED. 1950 bis 1953 Stellv. des Vors., seit 1953 Vors. des Büros des Nationalrates, seit dem 8.4. 1959 Vizepräsident und 1. Sekretär des Nationalrates der – **Nationalen Front**. Seit 1955 Mitgl. des Zentralvorstandes der **Gesellschaft für – Deutsch-sowjetische Freundschaft**. Seit 1950 Abg. der -> **Volkskammer.**

**SEKRETARE DER GERICHTE:** Die S. sind durch das neue GVG (-> **Gerichtsverfassung**) an Stelle der früheren Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (soweit es sich nicht um die Tätigkeit des Schriftführers handelt) und des früheren Rechtspflegers eingesetzt worden. Sie leiten die Geschäftsstellen der Gerichte und üben ausserdem einige richterliche Funktionen besonders in der -> **Zwangsvollstreckung aus.**

**SEKRETARIAT DES ZK DER SED:** «Das Zentralkomitee wählt... zur Leitung der laufenden Arbeit, hauptsächlich zur Organisierung der Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse und zur Auslese der Kader, das Sekretariat» (Statut der SED im Protokoll des IV. Parteitag der SED, Dietz-Verlag, Berlin 1954, S. 1129). Im Anschluss an den V. Parteitag der SED im Juli 1958 wurden zu Mitgl. des S. berufen: -> **Ulbricht** (1. Sekretär), **Neumann** (verantwortlich für Organisations- und Kaderfragen), -> **Norden** (Agitation und Propaganda), -> **Honecker** (Sicherheitsfragen), -> **Mückenberger** (Landwirtschaft), -> **Hager** (Wissenschaft, Hochschulen und Volksbildung), -> **Grüneberg** (Staatsapparat), -> **Verner**. Verner wurde am 1. März 1959 zum 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin ernannt. 1959 schied Mückenberger aus dem S. aus, Sekretär für Landwirtschaft wurde Grüneberg.

Nach dem Modell des S. der **KPdSU** hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des S. weit über die statutenmässig festgelegten Aufgaben erweitert. Den Mitgl. des S. unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des -> ZK, über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das S. den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Darüber hinaus gibt es keinen staatlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom S. beaufsichtigt und angeleitet wird. Im Gegensatz zur **KPdSU** ist jedoch die oberste Entscheidungsinanz der **SBZ** das -> **Politbüro**, dem sämtliche Mitgl. des S. als Mitgl. oder Kandidaten angehören.

Seit 1949 (Gründung des S.) wurden aus dem S. wegen «partei-feindlicher Tätigkeit» oder nicht partei-gemässen Verhaltens ausgeschlossen: -> **Dahlem**, **Oelssner**, -> **Vieweg**, -> **Schirdewan**, -> **Ziller**, -> **Wandel**. (-> **Säuberungen**) [333, 335]

**SEKTIERER:** Pj., Bezeichnung für «linke» -> **Abweichungen** von der Parteilinie, insbesondere für solche Gruppen und Personen, die den -> **demokratischen Zentralismus** nicht anerkennen, sich zugunsten einer ausschliesslich proletarischen Bewegung gegen die -> **Bündnispolitik** der bolschewistischen Partei wenden, z. T. auch den Führungsan-

spruch Moskaus nicht akzeptieren wollen. Häufig unter «Altkommunisten» (KP-Mitgl. der Jahre vor 1933) in Mittel- und Westeuropa vertreten.

**SELBMANN, FRITZ:** \* 29.9.1899 in Lauterbach (Hessen), Volksschule, Ruhrbergarbeiter, 1920 -> **USPD**, 1922 -> **KPD**, 1923 im Gefängnis, 1925 Leiter des «Roten Frontkämpferbundes» im Ruhrgebiet, Bezirksleiter der KPD in Oberschlesien und Sachsen, 1929 Mitgl. des Rheinischen Provinziallandtags, 1930 Mitgl. des preuss. Landtags, 1932 M. d. R., 1933 bis 1945 Zuchthaus und KZ, 1945 Präs. des Landesarbeitsamtes, dann Vizepräs. der Landesverwaltung Sachsen, 1946 Wirtschaftsminister von Sachsen, 1948-49 stellv. Vors. der -> **DWK**. Okt. 1949 Industrieminister der «DDR». Okt. 1950 Minister für Schwerindustrie, seit Ende 1951 Minister für Hüttenwesen und Erzebergbau und seit 5. 11. 1953 wieder Minister für Schwerindustrie. 24. 11. 1956 Stellv. des Vors. des Ministerrats und Vors. der Kommission f. Industrie u. Verkehr beim Präsidium des Ministerrats. Seit 19. 2. 1958 Stellv. des Vors. der **Staatl. -> Plankommission** und Leiter der Abteilung Materialversorgung, am 24. 9. 1958 seiner Funktion als Stellv. des Vors. des Ministerrates enthoben. Von April 1954 bis Juli 1958 Mitgl. des -> **ZK** der -> **SED**, auf dem V. Parteitag nicht wieder in das ZK gewählt, zuvor auf der 25. Tagung des ZK im Febr. 1958 wegen «Managertums» und indirekter Unterstützung der Fraktion -> **Schirdewan** -> **Wollweber** scharf kritisiert. Seit 17. 10. 1954 Abg. der **Volkskammer**. S. hat am 9. 3. 1959 -> **Selbstkritik** geübt und seine -> **Abweichungen** widerrufen. (-> **Säuberungen**)

**SELBSTÄNDIGE ABTEILUNG:** Verwaltung, d. h. Untergliederung des ->

**Ministeriums für Nationale Verteidigung**, die mit allen Arten der Zersetzung und Verleumdung die Verteidigungskräfte der Bundesrepublik unterwühlen soll. Dazu gehört die Versendung fingierter Schriftstücke, Brieffälschungen und Tarnzeitschriften, die meist erst durch Kuriere aus der **SBZ** eingeschmuggelt werden. (-> **Infiltration**)

**SELBSTBESTIMMUNG:** Das Recht auf S. wird von der komm. Lehre anerkannt, aber im marxistisch-leninistischen Sinne interpretiert und propagiert. Es wird partiell aufgefasst (**bolschewistische -> Parteilichkeit**). Nach komm. Auffassung bedeutet S. das Bekenntnis zum Fortschritt im Sinne der gesetzmässigen Entwicklung zum Kommunismus (-> **Marxismus-Leninismus**) und die Ablehnung jedes Herrschaftssystems, das diesen Fortschritt hemmt. Wenn der Kommunismus für die afroasiatischen Völker S. fordert, so

befindet er sich in Übereinstimmung mit dem wirklichen Willen dieser Völker, weil deren Forderung auf S. sich gegen den Kolonialismus richtet. In Europa dürfe sich das Recht auf S. nur gegen den «Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus» richten. Mit dem so verstandenen Recht auf S. wird der kommun. Herrschaftsanspruch begründet. Auf den wirklichen Willen der Völker kommt es nach kommun. Auffassung nicht an. Das deutsche Volk hat von der kommun. Welt, insbesondere von der SU nicht nur die S. zu fordern, sondern sich auch gegen die Verfälschung des Begriffs S. durch den Kommunismus zu wehren.

**SELBSTKOSTEN:** Die S. sind die bei der Produktion entstehenden Kosten. Sie bestehen im wesentlichen aus den Ausgaben für Löhne, für Roh- und Hilfsstoffe, für Maschinen und Anlagen und den Gemeinkosten (Kosten für Verwaltung, Transport, Forschungsarbeiten, Instandhaltung der Produktionsanlagen, Verschleiss kurzlebiger Werkzeuge, Brennstoffe, Strom, Gas usw.). Ein wichtiges Ziel der kommunist. Wirtschaftspolitik ist die Senkung der S., da bei im wesentlichen feststehenden Preisen nur so die **-> Rentabilität** der «volkseigenen» Wirtschaft gesichert werden kann. Da die Kosten für Roh- und Hilfsstoffe und für Maschinen und Anlagen im allgemeinen feststehen, wird die Senkung der S. meist durch Eingriffe in das Lohngefüge, durch Lohnsenkung und Erhöhung der **-> Arbeitsnormen** erreicht. (-> **Arbeitsproduktivität**, **-> Industrieabgabepreis**, **-> Rechnungswesen**)

**SELBSTKRITIK:** -> **Kritik und Selbstkritik.**

**SELBSTLAUF:** Im Pj. **Abweichung** im politischen und wirtschaftlichen Verhalten von den angeblich wissenschaftlich begründeten Forderungen und Plänen, die die politische Führung für die Weiterentwicklung aufstellt. Was dem S. überlassen wird, entzieht sich damit dem Fortschritt, und wer dem S. das Wort redet, macht sich konterrevolutionärer Gesinnung verdächtig. Tatsächlich trifft der Vorwurf des S. meist Praktiker, die die industrie- und agrar-ökonomischen Gegebenheiten realistisch einschätzen und die der Überzeugung sind, dass bestimmte von der Partei aufgestellte Forderungen, da übertrieben, mehr Schaden als Nutzen stiften, z. B. in der Frage des Tempos der Kollektivierung der Landwirtschaft.

**SELBSTSTUDIUM:** Eingeplante, kontrollierte und damit manipulierte selbständige Beschäftigung von Studenten, Parteimitgliedern und Funktionären aller Art mit Fragen der Ideologie und Wissenschaft.

**SELBSTVERPFLICHTUNG:** Im Pi. die unterschriftlich bestätigte Zusage, ein bestimmtes Arbeitspensum innerhalb einer bestimmten Frist zu erfüllen. S. sind ein Bestandteil der **-> Aktivistenpläne**, werden auch zusätzlich abgeschlossen bei besonderen politischen Gelegenheiten, z. B. zu **-> Piecks** Geburtstag, zur Maifeier, als Kundgebungen des Protestes, der Zustimmung oder Begeisterung und sind dann Mittel nicht nur der **-> Produktions-**, sondern auch der staatspolitischen **-> Propaganda**. Durch häufige öffentliche Rügen ist jedoch bekanntgeworden, dass die S. in sehr vielen Fällen nicht erfüllt werden. Sie geraten meist nach der Unterschrift bald in Vergessenheit. S. spielen auch im **-> Nationalen Aufbauwerk** eine nicht unbeträchtliche Rolle. [703]

**SELBSTVERWALTUNG, KOMMUNALE:** Grundlage des gemeindlichen Verfassungsrechts blieb auch nach dem Zusammenbruch die Deutsche Gemeindeordnung. In einem Erlass des Präsidenten der Provinz Sachsen vom 9. Aug. 1945 z. B. wird sie als geltendes Recht bezeichnet. Vom 1. bis 15.9.1946 fanden in den Ländern der SBZ zunächst Gemeindevahlen statt. Am 20. 6. 1946 folgten die Landtags- und Kreistagswahlen. Ende 1946 und Anfang 1947 traten sodann in den einzelnen Ländern Verfassungen, Kreisordnungen und Gemeindeordnungen mit übereinstimmendem Inhalt in Kraft. In allem ist die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden ausdrücklich festgelegt. An dieser Rechtslage wurde in der **-> Verfassung** der «DDR» nichts geändert (Art. 139, 142). Inzwischen waren aber ohne eine ausdrückliche Änderung der gesetzlichen Grundlagen bereits Massnahmen zur Einschränkung des Rechtes der Selbstverwaltung getroffen worden. Die **-> KWG-Verordnung** vom 24. 11. 1948 und die **Energiewirtschaftsverordnung** vom 22.6.1949 (ZVOBl. S. 472) entzogen den Gemeinden bereits weitgehend die wirtschaftlichen Grundlagen. Immerhin konnte bis zum Gesetz über die «Reform des öffentlichen Haushaltswesens» vom 15. 12. 1950 (-> **Staatshaushalt**) noch von einer formalen S. gesprochen werden. Mit diesem Gesetz wurde der einheitliche Staatshaushalt der «DDR» eingeführt. Nachdem auch die für die gemeindliche Finanzwirtschaft ausschlaggebende **Gewerbesteuer** und **Lohnsummensteuer** durch § 13 des Gesetzes über den Staatshaushaltsplan 1951 vom 13.4.1951 (GBl. S. 283) auf die Republik übertragen worden waren, stand fest, dass die Gemeinden nicht mehr in der Lage waren, die ihnen als Selbstver-

waltungsaufgaben übertragenen Angelegenheiten zu erfüllen. Diese Entwicklung wurde durch die -> **Verwaltungsneugliederung** im Sommer 1952 weiter getrieben. Durch die «Ordnungen für den Aufbau und die Arbeitsweise der staatlichen Organe der -> **Bezirke** und -> **Kreise**» vom 24.7.1952 (GBl. S. 621 und 623) sowie durch die «Ordnung über den Aufbau und die Aufgaben der Stadtverordnetenversammlungen und ihrer Organe in den Stadtkreisen\* vom 8.1.1953 (GBl. S. 53) wurden die Landesverfassungen und die Kreisordnungen praktisch ausser Kraft gesetzt. Nach diesen Ordnungen waren die bisherigen Organe der Gebietskörperschaften nur noch Organe der Staatsgewalt in den betreffenden Gebieten. Träger von Rechten war nicht mehr die Verbandseinheit, sondern das jeweilige staatliche Verwaltungsorgan in diesem Gebiet, der örtliche Rat, dem als Haushaltsorgan die Eigenschaft einer juristischen Person zugesprochen wurde. «Unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern entfällt jede Berechtigung zur Aufrechterhaltung dieser Formen (Anm.: Selbstverwaltungskörperschaften). Die örtlichen Räte sind Vertreter der einheitlichen demokratischen Staatsgewalt für ein bestimmtes Gebiet; ihnen übergeordnet sind die örtlichen Volksvertretungen einerseits als die höchsten örtlichen Organe der Staatsgewalt sowie die Verwaltungsorgane, die ihnen gegenüber weisungsberechtigt sind, andererseits. Es gibt keine Gebietskörperschaften als juristische Personen, die Räte sind staatliche juristische Person und als solche notwendig Verwalter des einheitlichen staatlichen Eigentums\* («Das Zivilrecht der -> DDR, Allgemeiner Teil»). Ihren rechtlichen Abschluss hat diese Entwicklung mit dem Gesetz «über die örtlichen Organe der Staatsmacht\* vom 17. 1.1957 (GBl. I, S. 65) gefunden, das die bis dahin noch gültige Gemeindeordnung aufhob und die erwähnten Ordnungen neu zusammenfasste. Nach § 5 dieses Gesetzes beruht der Aufbau der Organe der Staatsmacht auf dem Prinzip des -> **demokratischen Zentralismus**. Die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der -> **Volkskammer** sowie die Beschlüsse des -> **Ministerrates** und der höheren Volksvertretungen sind für die unteren Volksvertretungen und ihre Organe absolut verbindlich. Beschlüsse unterer Volksvertretungen können durch die jeweils höheren Räte ausgesetzt und von den übergeordneten Volksvertretungen aufgehoben werden. Die örtlichen Räte sind doppelt unterstellt. Den örtlichen

Organen der Staatsmacht werden zwar im § 6 des Gesetzes zahlreiche Aufgaben überwiesen, jedoch nicht zur selbständigen Erledigung im Rahmen der Rechtsordnung, sondern lediglich zur Vollziehung der von der Zentrale kommenden Weisungen.

Um hierbei eine völlig einheitliche Ausrichtung zu erreichen, wurde nach dem «Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen» v. 17. 1.1957 (GBl. I, S. 72) ein «Ständiger Ausschuss für die örtlichen Volksvertretungen» geschaffen. Gegenüber den örtlichen Verwaltungsdienststellen wird diese einheitliche Ausrichtung durch das «Staatssekretariat für die Anleitung der örtlichen Räte» gewährleistet (-> Ministerium des Innern). Der Kontrollapparat dieses Staatssekretariats ist im Juli 1960 mit dem neuen «Sekretariat des Ministerates» verbunden worden.

**SENFENBERG:** Kreisstadt im Bezirk -> **Cottbus**, in der Niederlausitz, mit 20 436 Einwohnern (1959). Mittelpunkt des Niederlausitzer Braunkohlengebietes. Grosskraftwerk.

**SEQUESTERBEFEHL:** Befehl Nr. 124 der -> SMAD vom 30. 10. 1945, wonach in der SBZ zahlreiche gewerbliche Unternehmen beschlagnahmt wurden. Unter der Bezeichnung «über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien\* ordnete der Befehl an, «das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet und Personen gehört, die von dem sowjetischen Militärkommando durch besondere Listen oder auf andere Weise bezeichnet werden, als beschlagnahmt zu erklären\*. Unter den «Personen\* waren nach Sowjet. Formulierung «Naziaktivisten und Rüstungsfabrikanten» zu verstehen. Dieser Befehl gab den Vorwand für die Beschlagnahme wichtiger Industriebetriebe. Ein Teil davon wurde nach dem Befehl 167 vom 5.6. 1946 in das «Eigentum der UdSSR auf Grund der Reparationsansprüche der UdSSR» übergeführt (-> SAG-Betriebe). Der grösste Teil jedoch wurde durch den Befehl 64 vom 17.4.1948 in «Volkeigentum\* übernommen. (-> VEB)

**SEW:** Russ. Abk. für -> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe**.

**SEYDEWITZ, MAX:** \* 19. 12. 1892 in Forst als Sohn eines Arbeiters. Volksschule, Buchdrucker. 1910 **SPD**, 1919 Chefredakteur der «Volksstimme» in Halle, 1931 des «Sächsischen Volksblattes» in Zwickau, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschriften «Der

Klassenkampf\* und «Marxistische Buchgemeinschaft», 1931 aus der SPD ausgeschlossen, Oktober 1931 Gründer der ->SAP, Später Übertritt zur -> KPD. In der Weimarer Republik MdR. 1934 Emigration in die Tschechoslowakei, später nach Norwegen und Schweden, in Schweden Internierung und Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe. 1945 in die SBZ, KPD, 1945-1946 Intendant des Berliner Rundfunks, ab August 1946 Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der -> SED «Einheit». Von 1947 bis 1952 Ministerpräsident des Landes Sachsen und Mitglied des Sekretariats der SED-Landesleitung Sachsen. Seit der Verwaltungsreform 1952 Schriftsteller und seit 5. 11. 1950 Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. Seit 1949 Abgeordneter der -> Volkskammer, Vors. des Haushalts- u. Finanzausschusses.

**SfS:** Abk. für Staatssekretariat für Staatssicherheit. Spitzenbehörde des SSD von Juli 1953 bis Nov. 1955, jetzt wieder -> **MfS.** (->Staats-sicherheitsdienst)

**SICHERHEITSAKTIVS:** Seit Okt. 1959 beginnen SED und örtliche Staatsorgane, ausgehend von den Bezirken Halle und Erfurt, S. zu organisieren. Zu dieser angeblich freiwilligen Hilfs- und Überwachungsorganisation der SED werden auch parteilose «fortschrittliche» Einwohner herangezogen. Die S. sollen Ruhestörungen, Propaganda gegen die «Arbeiter-und-Bauernmacht.» Wirtschaftsverbrechen, Betriebs Sabotage u. ä. verhüten und notfalls anzeigen, vor allem auch in den ->LPG. Sie stellen, ohne der -> Volkspolizei amtlich zu unterstehen oder mit den -> Kampfgruppen verbunden zu sein, eine hilfspolizeiliche Organisation dar.

**SICHTWERBUNG:** Pj. für die -> Agitation durch Plakate, Bilder, Transparente, Spruchbänder, Wandzeitungen usw., die an auffallenden Stellen im Strassenverkehr und in vielbesuchten Räumen (Fabrikhallen, Wartezimmern, Bahnhöfen, -> Aufklärungslokalen usw.) angebracht werden. Die Losungen und Parolen hierzu werden zentral von der -> SED ausgegeben. Wettbewerbe und ständige Aufforderungen zu vermehrter S. führten dazu, dass das Strassen- und Landschaftsbild von den Darstellungen der S. beherrscht war? in den letzten Jahren wurde sie wesentlich eingeschränkt und bei Kongressen mit ausländischen und westdeutschen Gästen oder während der Leipziger -> Messe vorübergehend ganz unterdrückt. Zur allgemeinen S. tritt die individuelle, in der persönlich-politische

Bekanntnisse, ergänzt durch -> Selbstverpflichtungen, zum Ausgang gebracht werden.

**SIEBENJAHRPLAN:** Nachdem die SU im Januar 1959 für die Jahre 1959 bis 1965 einen S. veröffentlicht hatte, dessen Planziele erhöhte Anforderungen an die Sowjet. Satellitenstaaten stellten, ahmte unmittelbar darauf das SED-Regime die neue Periodisierung der Wirtschaftsplanung nach und begann mit der Vorbereitung eines S., der die restlichen zwei Jahre des laufenden zweiten Fünfjahrplans (1959 bis 1960) und den dritten Fünfjahrplan (1961 bis 1965) zusammenfasst. Der S. soll nicht nur die Synchronisierung mit dem Sowjet. S. gewährleisten, sondern enthält entsprechend den erhöhten Sowjet. Lieferanforderungen auch erweiterte Planziele.

Die wichtigsten Planziele sind: Steigerung der industriellen Bruttoproduktion gegenüber 1958 auf 188 v. H.; durchschnittliche jährliche Steigerungsraten der Industrieproduktion um 9,5 v. H.; Steigerung der Arbeitsproduktivität (ohne zusätzliche Arbeitskräfte) jährlich ebenfalls um mindestens 9 v. H., was einerseits durch Rationalisierung der Produktion, andererseits durch Intensivierung der Arbeitsleistung aller in der Volkswirtschaft Beschäftigten erreicht werden soll. Es bleibt auch im S. beim -> Produktionsmittelprimat:

Produktionsmittel sollen (gegenüber 1958) auf 195 v. H., Konsumgüter nur auf 177 v. H. gesteigert werden. Den höchsten Steigerungssatz soll die metallverarbeitende Industrie mit 218 v. H. erreichen (darunter überdurchschnittlich die Elektroindustrie 266 v. H., der Maschinenbau 248 v. H.). Dagegen werden die Grundstoffindustrien geringer entwickelt (190 v. H.). Industrielle Grundstoffe sollen verstärkt durch Importe beschafft werden. In der -> Chem. Industrie ist eine umfangreiche Investitionstätigkeit vorgesehen, die sich z. T. erst nach 1965 in erhöhten Produktionssteigerungen auswirken wird. - Die Bauwirtschaft soll, besonders in den ersten Jahren des S., forciert werden; sie wird zu fast zwei Dritteln ihrer Leistungsfähigkeit für den Industrie- und den Tiefbau eingesetzt. -

Die im S. vorgesehenen Steigerungsraten für die konsumnahen Industriezweige liegen sämtlich unter dem allgemeinen Durchschnitt. Entgegen der anderslautenden Propaganda der SED lässt sich aus verschiedenen Angaben im S. errechnen, dass die Konsumquote der Bevölkerung am gesellschaftlichen Nettoproduct (Volkseinkommen) bis 1965 sogar absinken wird: 1958 betrug sie 37 v. H., sie wird

nach dem S. 1965 nur noch 34 v. H. betragen. Immerhin ist eine absolute Steigerung der Produktion industrieller Konsumgüter um 77 v. H. vorgesehen, was darauf hindeutet, dass das Regime nunmehr den angestauten Nachholbedarf der Bevölkerung wenigstens zum Teil befriedigen will. **Lebensstandard, -> Ökonomische Hauptaufgabe).** - Die Ziele des S. sind -wenn man von einer Anzahl aus Propagandagründen zu hoch angesetzter Positionen absieht - im allgemeinen nicht als gänzlich unreal einzuschätzen. Reibungsloses Funktionieren des Außenhandels und die Durchführung der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie vorausgesetzt **Rationalisierung, sozialistische Rekonstruktion),** könnten die wichtigsten Planpositionen erfüllt werden. Da aber mit Sicherheit systembedingte Hemmnisse und Schwierigkeiten eintreten werden (**-> Planung, -> Wirtschaftswissenschaft),** muss bei zahlreichen Planzielen mindestens mit zeitlichen Verzögerungen gerechnet werden.

**SIEBENJAHRPLANFONDS:** Im S., der ab 1. August 1959 in allen VEB zu bilden ist, sind alle tatsächlichen Kosteneinsparungen, die «auf Grund der Initiative der Werktätigen in der sozialistischen Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung» erwirtschaftet werden, zu erfassen. Diese Einsparungen umfassen die eingesparten Lohnkosten unter Berücksichtigung der Zeitvorgabe bzw. Arbeitsnormen, die eingesparten Materialkosten unter Berücksichtigung der Materialverbrauchsnormen bzw. anderer technisch-wirtschaftlicher Kennziffern, den finanziellen Nutzen von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen (in der Höhe der tatsächlich realisierten Lohn- bzw. Materialeinsparungen). Die Einsparungen der Jugendlichen werden gesondert auf dem «Konto Junger Sozialisten» ausgewiesen. Ein Teil der nachgewiesenen Einsparungen bleibt im Betrieb, vorausgesetzt, dass die geplante Selbstkostensenkung erfüllt ist und ein Überplangewinn im Rechnungswesen ausgewiesen wird. Die Höhe der dem Betrieb verbleibenden Mittel hängt ab von der Höhe des Überplangewinns und von den auf dem S. erfassten Einsparungen. Die maximale Höhe der vom Überplangewinn im Betrieb verbleibenden Mittel beträgt 20 v. H. des Überplangewinns. Die im S. angesammelten Mittel sind im Betrieb zur Verbesserung der Technik, Technologie und Arbeitsorganisation im Rahmen der **sozialistischen -> Rekonstruktion** und der für den Betrieb im **-> Siebenjahrplan** vorgesehenen Auf-

gaben zu verwenden. Baumassnahmen dürfen daraus nur finanziert werden, sofern solche Arbeiten von Angehörigen des Betriebes durchgeführt werden und die geplante Baukapazität nicht belastet wird.

**SIEGERBETRIEB IM BEZIRKSWETTBEWERB DER ÖRTLICH GELEITETEN INDUSTRIE:** Betrieb, der im sozialistischen **-> Wettbewerb** zwischen den örtlich geleiteten Betrieben als Sieger hervorgegangen ist. Wird mit einer **-> Wanderfahne** ausgezeichnet. (-> Auszeichnungen)

**SKK:** Abk. für Sowjetische Kontrollkommission. (-> **Besatzungspolitik**)  
**SK-VERFAHREN:** **-> Verrechnungsverfahren,** wonach Verbindlichkeiten über Sonderkonten verrechnet werden.

**SMAD:** Abk. für Sowjetische Militäradministration in Deutschland. (-> **Besatzungspolitik**)

**SMT:** Abk. für **-> Sowjetisches Militärtribunal.**

**SOJUSPUSCHTSCHINA:** **-> Sowjetische Handelsgesellschaften.**

**SONDERWEGE ZUM SOZIALISMUS:** 1945/46 auf Anordnung des Moskauer Politbüros entwickelte Lehre, wonach der Weg der «sozialistischen Revolution» je nach der politischen Lage der Staaten verschieden verlaufen könne und die Revolution gegebenenfalls auch auf parlamentarisch - demokratischem Wege durchsetzbar sei. Für die SBZ von **-> Ackermann** im Parteauftrag entwickelt. Im Zusammenhang mit dem Abfall Titos 1948 generell verworfen, aber seit 1955 zugleich mit der Wiederannäherung Moskaus an Tito wieder beschränkt zugestanden. Im Okt.

1956 von Gomułka mit Erfolg für Polen in Anspruch genommen - Agrarpolitik, Politik gegenüber der Kirche -. Doch wird auch jetzt darauf bestanden, dass 1. die Zielsetzung: Durchsetzung der proletarischen Revolution bei führender Rolle der «Arbeiterpartei», und 2. die Einheitlichkeit der Politik des «sozialistischen Lagers», des **-> Ostblocks,** gewahrt bleibt.

**SORBEN:** **-> Wenden.**

**SORGERECHT:** Die elterliche Sorge umfasst neben der persönlichen Sorge die **-> Unterhaltungspflicht,** die Vertretung des Kindes und die Vermögensverwaltung. Die Nutznießung am Kindesvermögen entfällt. Inhalt der elterlichen Sorge ist insbesondere die Pflicht, das Kind zu einem «selbständigen und verantwortungsbewussten Bürger des demokratischen Staates, der seine Heimat liebt und für den Frieden kämpft», zu erziehen. Verletzen die Eltern diese Pflicht, so kann die Unterbringung des Kindes in einer geeigneten Fami-

lie oder in einem Heim angeordnet oder den Eltern das S. entzogen werden. Zuständig hierfür ist der Rat des Kreises, Abt. Volksbildung, Referat Jugendhilfe und Heimerziehung, dem durch die VO über die Übertragung der Angelegenheiten der -> **freiwilligen Gerichtsbarkeit** vom 15. 10. 1952 (GBl. S. 1057) sämtliche Vormundschaftsachen übertragen worden sind. Diese Verwaltungsbehörde kann Eltern, die sich «gesellschaftspolitisch nicht einwandfrei» führen, die Fähigkeit zur Erziehung ihrer Kinder absprechen und die Kinder in Heime unterbringen.

über das S. nach der Scheidung der Ehe der Eltern entscheidet das Gericht im Ehescheidungsverfahren. (-> **Eherecht**)

Derjenige Elternteil, dem das S. übertragen wird, ist allein gesetzlicher Vertreter des Kindes. (-> **Familienrecht**)

Dem Elternteil, der aus der SBZ geflüchtet ist, darf das S. nicht übertragen werden. Den in der SBZ verbliebenen minderjährigen Kindern wird die Ausreise zu den geflüchteten Eltern verweigert. Sie werden in Heimen untergebracht. (-> Heimerziehung) [419, 430]

**SOVERÄNITÄT:** Den Anspruch auf S. erhebt die SBZ seit dem 25. 3. 1954, seitdem ihr die SU die S. zusprach. In dem regierungsamtlichen Handbuch «DDR – 300 Fragen, 300 Antworten», das der -> **«Ausschuss für Deutsche Einheit»** (im Mai 1959 in 4. veränd. Aufl.) herausgab, wird (auf S. 11) das Verlangen der SBZ nach S. allgemein ausgesprochen: «Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine inneren und äusseren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflussnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht.» – Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemassten S. durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen.

Stark belebt wurde der Anspruch der SBZ auf S. durch die Genfer Aussenminister-Tagung vom Sommer 1959. In seinem Leitartikel schrieb «Neues Deutschland» am 1.6.1959 dazu u. a.: «Gewiss, zwischen der DDR und den Westmächten bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Doch ist dies für die Tatsache der völkerrecht-

lichen Existenz der DDR ohne jede Bedeutung ... Die Völkerrechtssubjektivität eines Staatesgebildes ist gegeben, wenn dieser Staat tatsächlich als bestimmtes Territorium, zu dem eine Bevölkerung gehört, existiert und eine oberste Gewalt vorhanden ist, die den Staat auf internationaler Ebene vertritt und fähig ist, übernommene Verpflichtungen zu erfüllen und zu erreichen, dass die Rechtsnormen durch die Bürger eingehalten werden.» Weiter behauptete das Blatt: «Das Verhältnis der Westmächte zur DDR, wie es sich jetzt in Genf herausgebildet hat, kommt einer de facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte gleich ... sie mögen in den Delegierten der beiden deutschen Staaten nur >Berater< oder sonst etwas sehen: Auf ihr Verhältnis zur DDR bezogen, haben sie die DDR de facto anerkannt.» -Auch hier wird deutlich, welchen Wert die SBZ auf die Anerkennung ihrer S. durch die nicht-kommun. Staaten legt.

**SOVEXPORTFILM:** Sowjet. Filmverleihgesellschaft in der SBZ, die in den ersten Jahren nach 1945 das Filmgeschäft der SBZ (Verleih, Import, Theater) beherrschte. Die S. sorgte bis etwa 1949 dafür, dass mindestens 50 v. H. aller laufenden Filme Sowjetfilme waren. Solche Filme liefen jedoch meistens vor fast leeren Häusern, und die Sowjets haben hierbei keine Gewinne erzielen können.

1950 wurde als Nachfolgeorganisation der S. und mit deren Beteiligung die **Progress-Film-Vertriebs-GmbH** gegründet, die den -> **VEB** gleichgestellt ist und das Monopol für den Filmvertrieb in der SBZ innehat. (-> **Filmwesen**) [515]

**SOWCHOS:** Abk. für sowjetskoje chosjajstwo. Sowjet. Staatsgut, dem in der SBZ das -> **VEG** entspricht. Früher hiess der S. auch «Sowjetwirtschaft» oder «Rätegut», entstanden aus der «schwarzen Aufteilung» während der Oktober-Revolution und dem dabei bewirtschaftet liegengeliebenen Land. Die S. entwickelten sich als staatliche Lohnarbeiterbetriebe unter der Vollmechanisierung zu gigantischen Spezialbetrieben («Getreidefabriken»), deren Grösse 1933 jedoch auf maximal 25'000 ha begrenzt wurde. Ihre Zahl beträgt rund 5'000. Die S. gehören zusammen mit den -> **Kolchosen** zu den «sozialistischen landw. Grossbetrieben» in der UdSSR.

**SOWJETBLOCK:** In der Wirtschaftspolitik häufig gebrauchter Begriff für den relativ geschlossenen östlichen Wirtschaftsraum, der weitgehender einheitlicher Planung,

einem dichten Netz bilateraler Wirtschaftsverträge und der einheitlichen Grundlage der Abrechnung auf der Grundlage des Rubels unterworfen ist. (-> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, -> Ostblock**)

**SOWJETISCHE AKTIENGESELLSCHAFTEN (SAG):** Im Jahre 1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem -> SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es in der SBZ etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. Durch die Konzentration nach Produktionsgruppen wurden bis Ende 1951 etwa die Hälfte der SAG als selbständige Organisationen aufgelöst, die SAG-Betriebe den noch verbleibenden SAG angeschlossen. Nach dem Stande von Ende April 1952 gab es folgende SAG in der Sowjetzone:

	Beschäftigte etwa
SAG Wismut (-> Uran- bergbau) .....	225 000
SAG Brikket (Braunkohlen- werke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitäts- werke) .....	40 000
SAG Kali (Kalibergwerke) .	12 500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18 000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahl- giessereien) .....	19 000
SAG Arno (Werke des Schwermaschinenbaus) . .	44 000
SAG Transmasch (Waggon- fabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken) . .	31 000
SAG Mineraldünger (Chemie- werk Leuna, Stickstoff- und Kalkwerk) .....	29 000
SAG Zement (Zement- und Baustoffwerke) . . . . .	5 500
SAG Awtowelo (Automobil- werk, Werke der Motor- rad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromas- chinenindustrie) . . . . .	32 000
SAG Kautschuk (Synth.-Kau- tschukwerk, Gummiverar- beitung) .....	20 000
SAG Kaustik (Chemiewerke, synth. Farben, Filmmaterial, Zelluloid) .....	34 000
SAG Kabel (Grossbetriebe der Elektroindustrie, Ka- belwerke, Akkufabriken) .	41 000
-----	
	etwa 550'000

Die SAG hatten mit ihren Betrieben in den Jahren 1946-1953 in der Wirtschaft der SBZ den beherrschenden Einfluss. In einer Anzahl von Industriezweigen hatten die SAG sogpr Monopolstellungen. In den Jahren seit der Übernahme der deutschen Werke als SAG-Betriebe waren die Produk-

tionswerte der Betriebe stetig ge-  
wachsen. Sie betragen:

1947	etwa 1,5 Mrd. Mark
1948	« 2,0 «
1949	« 2,5 «
1950	« 4,7 «
1951	, 7,2 «

Nach den Planzahlen des Jahres 1951 betrug der Produktionswert aller SAG-B. 32 v. H. der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

Für 1952 bis Ende 1953, dem Zeitpunkt der «Rückgabe» der SAG-Betriebe in deutsche Verwaltung, liegen keine genauen Zahlen vor. Es darf als sicher angenommen werden, dass die Produktionswerte dieser 2 Jahre trotz der vorher bereits durchgeführten teilweisen Betriebsrückgaben nur wenig unter den Zahlen von 1951 lagen.

Die Nettogewinne der SAG-Betriebe (ausser Uranbergbau) in den Jahren 1946-1953 werden auf etwa 3½ Mrd. Mark geschätzt. Die «Rückgabe» in deutsche Verwaltung am 31.12.1953 war praktisch ein Rückkauf durch die Sowjetzonenregierung; der Kaufpreis hat mindestens 3,5 Mrd. Mark betragen. - über alle diese Entnahmen der SU aus den SAG-Betrieben liegen weder von sowjetischer noch von sowjetzonaler Seite irgendwelche Abrechnungen vor. Die Beschlagnahme und Nutzung der deutschen Betriebe durch die Sowjets ist eines der trübsten Kapitel der Sowjet. -> **Besatzungspolitik. (-> Reparationen)** [776]

**SOWJETISCHE HANDELSGESELLSCHAFTEN:** Seit 1946 in der SBZ bestehende Sowjet. Gesellschaften, die mehrere Jahre lang in den Aussen- und Binnenhandel der SBZ eingeschaltet waren. Ihre Hauptaufgabe war der Ankauf von Erzeugnissen sowjetzonaler und -> SAG-Betriebe und der Export dieser Güter in Länder des Sowjetblocks oder des westlichen Auslandes. Bei den SH. handelte es sich teils um Filialen Moskauer Handelsgesellschaften in der Zone, wie z. B. Rasnoexport, Technoexport, Maschinoimport, **Sojuspuschtschina -> Sovexportfilm u. a.**, teils um sog. deutsch-russische Gesellschaften, wie -> **Derutra** und -> **Derunapht**, teils um direkte Organe der Sowjet. Besatzungsmacht, wie die Wirtschaftsverwaltung der Sowjet. Besatzungsgruppen (-> **GSOW**). Inzwischen wurden einige SH. aufgelöst. Ihre Aufgaben übertrug man sowjetzonalen Stellen. Bis Ende 1953 spielten die SH. infolge ihrer privilegierten Stellung eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben der Zone. Die sowjetzonalen Produktionsbetriebe mussten Aufträge der SH. mit Vorrang



vor deutschem Bedarf ausführen. Die SH. waren bis Ende 1953 auch im Veredelungsverkehr eingeschaltet; sie führten aus dem Ausland oder aus der Bundesrepublik Rohstoffe ein, die nach der Verarbeitung die SBZ wieder verliessen. Als Veredelungsentgelt verblieben den Betrieben gewisse Prozentsätze des eingeführten Rohstoffes, die jedoch meistens ebenfalls nach Anweisungen der SH. zur Fertigung von Waren für Sowjet. Rechnung verwendet werden mussten. Die Lieferwerke in der SBZ erfuhren in keinem Falle, welche Erlöse mit ihren Gütern erzielt wurden. Sie erhielten lediglich Gutschriften nach den 1944er Stoppreisen in DM Ost. Der Export von Erzeugnissen der SBZ stellte für die Sowjets eine der ergiebigsten Quellen der Bereicherung dar. (->Aussenhandel). Seit Anfang 1954 wickeln die SH. ihre Geschäfte nicht mehr direkt mit den Herstellbetrieben, sondern über die sowjetzonalen Aussenhandelsorgane ab. (-> DIA) [776]

#### SOWJETISCHE KONTROLLKOMMISSION: -> Besatzungspolitik.

**SOWJETISCHES MILITÄRTRIBUNAL (SMT):** Vor den SMT wurden bis zum 27.4.1957 nicht nur Sowjet. Soldaten, sondern auch deutsche Staatsbürger angeklagt und nach Sowjet. Recht verurteilt (Politische -> Häftlinge). Das Verfahren war dem Einfluss und jeglicher Kenntnisnahme der SBZ-Justiz entzogen. Mit allen Mitteln versuchten die Kommissare, ein Geständnis zu erlisten oder zu erpressen. Die Protokolle wurden in russischer Sprache abgefasst. Die Akten der Voruntersuchung hatten in der Gerichtsverhandlung absolute Beweiskraft. Dem Angeklagten konnte das Recht auf mündliche Selbstverteidigung genommen werden. Das Gericht durfte auch Beweistücke verwenden, die dem Angeklagten unbekannt blieben, konnte also Spitzmeldungen heranziehen, ohne dass der Angeklagte etwas dagegen vorbringen konnte. Die Verfahren wurden oft in fünf bis zehn Minuten abgewickelt. Die Anklage stützte sich fast ausschliesslich auf eines der «gegenrevolutionären Verbrechen» (§58 StGB der RSFSR, gelegentlich auch §59). Die Strafe lautete im Regelfälle auf 25 Jahre Zwangsarbeit. Anfechtung des Urteils war bei den wichtigsten «gegenrevolutionären Verbrechen» ausgeschlossen, in den übrigen Fällen war sie praktisch aussichtslos, weil sie nur Formfehler und «offensichtliche Unge rechtigkeit» angreifen durfte. Die Verurteilten wurden zum Strafvollzug meist den Zuchthäusern in der SBZ zugewiesen; «gefährliche poli-

tische Verbrecher» wurden in Sowjet. «Besserungsarbeitslager» (ITL) in der SU übergeführt. Dort blieben sie für ihre Angehörigen verschollen, während den Insassen der Zuchthäuser ein beschränkter Briefverkehr gestattet war.

Im Oktober 1954 teilte der Sowjet. Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, dass alle seit 1945 von SMT verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüssen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden. Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden. (-> Gnadenrecht, -> Rechtswesen)

Mitte 1955 setzte Wilhelm \* Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Freiheitsstrafen herab. Diese Strafherabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge. Auch nach dem «Gnadenerlass» blieben in der Regel noch Reststrafen von zwei bis fünf Jahren Zuchthaus zu verbüssen. Weihnachten 1955 erfolgten die ersten vorzeitigen Haftentlassungen von 2616 Verurteilten. Weitere Begnadigungen und vorzeitige Haftentlassungen erfolgten 1956 und 1957, so dass sich heute nur noch wenige SMT-Verurteilte in den Strafanstalten der SBZ befinden. Seit dem Inkrafttreten des «Abkommens über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung Sowjet. Streitkräfte auf dem Territorium der DDR Zusammenhängen» am 27.4.1957 (GBl. 1957 S. 237 und S. 285), sind die SMT nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der Sowjet. Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die gegen die Sowjetunion, gegen Armeeangehörige oder deren Familienangehörige gerichtet oder bei Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begangen worden sind. (-> Rechtshilfeabkommen)

**SOWJETISIERUNG:** Im Unterschied zur -> Russifizierung bedeutet S. Ausbreitung der Sowjet. Ordnungsprinzipien in Staat und Wirtschaft, Integrierung der SBZ in den sowjetisch gerührten -> Ostblock, Unterstützung der Hegemonialansprüche der SU.

**SOWJETNIK:** Offizier der Sowjet. Armee, der zu der SBZ-Armee abkommandiert ist. Offizielle Bezeichnung -> Berater. Die S. tragen für die Dauer ihrer Abkommandierung Uniform und Dienstgrade der SBZ-Armee. Sie sind bei den Armeekorps und Divisionen und bei den selbständigen Einheiten und Schulen der -> Nationalen Volksarmee vertreten, bis

zu den Regimentern und selbständigen Bataillonen. Im Divisionsstab haben z. B. je einen S. mit einem Hilfsoffizier: Der Div.-Kommandeur, sein Politstellv., der Chef des Stabes, der Nachrichtenleiter, der Leiter des Pionierwesens usw., dazu kommt ein Offizier des KGB (der Staatsicherheit der SU). Die S. sollen die bei der Volksarmee verwendeten Dienstvorschriften der Sowjetarmee interpretieren und ihre sachgemäße Anwendung überwachen. Die S. sind praktisch die wirklichen Kommandeure der SBZ-Armee. – Chefsowjetnik für die NVA: Generalleutnant Makarow. Seit Mitte 1958 wurde ein beträchtlicher Teil der S. feierlich verabschiedet und ging angeblich in die SU zurück. Bald nach dieser nur scheinbaren Zurückziehung wurden den Einheiten der NVA zivile Berater zugeteilt. Diese zivilen Berater sind ehern, sowj. Offiziere (sogar teilweise S.), die vorher amtlich zu Bürgern der → DDR gemacht wurden. Sie führen, als deutsche Zivilisten getarnt, die bisherige Arbeit eines Teiles der S. fort, während die nicht unterrichtete Öffentlichkeit glaubt, die sowj. Überwachung der NVA habe fast ganz aufgehört. (→ Militärpolitik) [305, 306, 317]

**SOZIALDEMOKRATISMUS:** Eine der → Abweichungen, betrifft solche Parteifunktionäre, -mitglieder und sonstige Gruppen, vor allem innerhalb der Arbeiterschaft und jüngeren → Intelligenz, die entgegen dem → Marxismus-Leninismus das Prinzip des → Demokratischen Zentralismus ablehnen, eine Willensbildung von den Mitglieder Massen her anstreben, oft der Ideologie des → Dritten Weges zugeeignet sind und häufig mit der westlichen Sozialdemokratie sympathisieren.

**SOZIALFÜRSORGE:** Rechtsgrundlage der S. war bis 31.3. 1956 die VO vom 22.4. 1947, erlassen auf Grund des Befehls 92 der → SMAD. Seit 1.4.1956 gilt die VO über die Allgemeine S. vom 23. 2.1956 (GBl. S. 233). Danach wird S. für alle hilfsbedürftigen Personen, einschliesslich der Personen, die keine Zahlungen aus der Sozialversicherung erhalten, gewährt. Als hilfsbedürftig im Sinne der S. wird angesehen, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine arbeitsunfähigen Familienangehörigen nicht verdienen kann und wer keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhält oder erhalten kann. Als hilfsbedürftig gilt nicht, wer arbeitsfähig ist und eine zumutbare Arbeit ablehnt. Hilfeleistung aus den Mitteln der S. wird nicht gewährt in den Fällen, in denen der Hilfsbedürftige

Einnahmen aus seinem Vermögen hat oder ihm eine Hilfeleistung in Höhe des für den betreffenden Ort festgesetzten Existenzminimums durch Dritte gewährt wird, die zum Unterhalt des Hilfsbedürftigen gesetzlich verpflichtet sind. Die S. wird durch die Räte der Gemeinden (Referate Sozialfürsorge, in der Abt. Gesundheits- und Sozialwesen) gewährt. Die S. untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabt. Sozialwesen. Die Referate S. entscheiden über die Hilfsbedürftigkeit. Sie werden dabei von ständigen Kommissionen für Gesundheitswesen und S. unterstützt. Gegen die Ablehnung eines Antrages auf S. ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben, das innerhalb von 2 Wochen beim Hauptreferat S. in der Abt. Arbeit und Berufsausbildung des Bezirkes eingelegt werden muss. Dieses hat über die Beschwerde innerhalb zweier Wochen zu entscheiden.

Die S. gliedert sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik ein, das heisst: auch sie wird in die Wirtschaftsplanung einbezogen: «Fünfjahrplan und S. stehen in engster Wechselbeziehung. Die erforderlichen Massnahmen der S. werden bestimmt und weitestgehend beeinflusst vom Stand unserer demokratischen Wirtschaft. Wir können nicht einen Plan aufstellen, der die Zahl der Hilfsbedürftigen in der S. für die Plandauer um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, aber wir müssen den Personenkreis der Hilfsbedürftigen in seiner Zusammensetzung dauernd nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen überprüfen und kontrollieren, um sie den Organen für Arbeitskraftreserven in der Staatlichen Planung zur Kenntnis zu bringen» («Arbeit und Sozialfürsorge», S. 328/1951). Die S. ist daher nicht karitativ, sondern «produktiv»: «Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem Begriff der bisherigen Wohlfahrtspflege, indem sie sich zu einer produktiven Fürsorge entwickelt hat, deren erste Massnahmen im Arbeitsamt beginnen. So stehen Berufsausbildung, Umschulung und der Arbeitsplatznachweis an vorderster Stelle fürsorgerischer Massnahmen, die durch die Organe der Kreisverwaltungen angestrebt und durchgeführt wurden» («Arbeit und Sozialfürsorge», Ost-Berlin, S. 327). Die Barunterstützungen sind deshalb gering und betragen für Hauptunterstützungsempfänger 85,- DM Ost, für ihre erwachsenen Angehörigen 30,- DM Ost, für ein Kind 35,- DM Ost monatlich. Eine Mietbeihilfe kann je nach Ortsklasse und Zahl der Familienangehörigen im Be-

trag von 25-40 DM Ost gewährt werden. Ab 1. Juni 1958 wird ein Zuschlag von 9 DM Ost (in Ost-Berlin 12 DM Ost) gewährt.

In einer Geheimanweisung vom 20. 12. 1952 wurde verboten, dass S.-Unterstützung an Personen gezahlt wird, die nicht invalide im Sinne der Sozialversicherung, also nicht mindestens zu 66 <sup>2</sup>A v. H. erwerbsbeschränkt sind. Selbst Frauen und Kindern sollte die Unterstützung entzogen werden. Auch nach Verkündung des **Neuen Kurses** wurde die Anweisung nicht aufgehoben. In der Praxis wurde sie indessen nicht so rigoros durchgeführt. Nach der 1. Durchführungsbestimmung vom 24.2.1956 gilt als hilfsbedürftig, sofern er die sonstigen Voraussetzungen erfüllt: a) wer als Frau 60 Jahre, als Mann 65 Jahre alt ist, b) Invalide im Sinne der Sozialversicherung ist, (-> Renten), c) wer arbeitsfähig oder teilarbeitsfähig ist, aber nachweisbar keine Arbeitsmöglichkeit hat, d) Frauen mit mindestens einem Kind bis zu drei Jahren oder mindestens zwei Kindern unter acht Jahren, wenn sie diese nicht durch Familienangehörige, in einem Kindergarten oder einer ähnlichen Einrichtung oder durch dritte Personen beaufsichtigen lassen können, e) Personen, die in ihrem Haushalt eine ständig pflegebedürftige Person versorgen müssen, sofern die Pflege nicht von einem Dritten übernommen werden kann. Auch hier wird, wie in der Sozialversicherung (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) die Tendenz deutlich, möglichst viele Menschen zur Arbeit zu zwingen. (-> **Arbeitspolitik**)

Das Referat S. betreut ausser den Unterstützungsempfängern die In-sassen von Alters-, Pflege- und Siechen- sowie Blindenheimen, für die ganz oder teilweise die Kosten der Heimaufnahme von den Angehörigen nicht getragen werden können. Die Bewohner der Heime erhalten neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ein geringes monatliches Taschengeld. Auch die Betreuung der Haftentlassenen gehört zum Aufgabengebiet des Referats. Praktisch geschieht in dieser Beziehung sehr wenig. Die S. zahlt ferner an Arbeitslose Differenzbeträge bis zur Höhe der Fürsorgesätze. (-> **Arbeitslosenversicherung**) [418, 425]

**SOZIALISMUS:** -> **Marxismus-Leninismus**, -> **Stalinismus**.

**SOZIALISTISCHE BETRIEBE:** Im Sinne des -> Vertragsgesetzes «volkseigene Betriebe» und sozialistische **Genossenschaften**. Zu den sozialistischen Genossenschaften gehören -> **Konsumgenossenschaften**, die Vereinigung der gegenseitigen

Bauernhilfe **VdgB**), **landwirtschaftliche -> Produktionsgenossenschaften**, -> **Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer**, Produktionsgenossenschaften des -> Handwerks, Wohnungsbaugenossenschaften, Verbände sozialistischer Genossenschaften. Ausserdem gibt es den «volkseigenen Betrieben» und den sozialistischen Genossenschaften gleichgestellte Betriebe. Hierzu gehören neben der Sowjetisch-Deutschen -> **Wismut-AG**. 10 Export-Handelsgenossenschaften sowie die rechtlich selbständigen Betriebe der -> **Parteien** und -> **Massenorganisationen**.

**SOZIALISTISCHE GEMEINSCHAFTEN: sozialistische -> Gemeinschaften.**

**SOZIALISTISCHE GESETZLICHKEIT:**

Im Gegensatz zum Begriff des Rechts in der freien Welt, nach dessen Normen sich auch der Staat zu richten hat, ist die SG. «ein wichtiges Mittel der Durchführung der Politik unseres demokratischen und souveränen Staates. Ihr Inhalt und ihre Aufgaben sind daher bestimmt durch die politischen Ziele dieses Staates: Die Erhaltung und Festigung des Friedens, der Kampf um die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage, der Schutz und die Festigung unseres demokratischen Staates, der Schutz der Rechte und Interessen der Bürger, die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus . . . Sie zielt zur Entwicklung eines neuen Rechtsbewusstseins und zu einer neuen, einer sozialistischen Moral» (Ranke in: «Staat und Recht» 1954, S. 734). -> **Melheimer** bezeichnet die «DDR» als «das Sinnbild friedlicher Aufwärtsentwicklung und einen Hort demokratischer Gesetzlichkeit» («Neue Justiz» 1952, S. 207). Mit diesem Schlagwort will man über die wahren Zustände im -> **Rechtswesen** der SBZ hinwegtäuschen. Die Gerichtsverfahren und die Methoden des SSD beweisen, dass rechtsstaatliche Grundsätze nicht beachtet werden. In Wirklichkeit ist unter SG. nur das zu verstehen, was der Festigung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft dient. «Die sozialistische Gesetzlichkeit wird dann von einem Gericht gewahrt, wenn die Gesetze unseres Staates politisch durchdacht und in Übereinstimmung mit den Zielen der Deutschen Demokratischen Republik angewandt werden . . . Das Prinzip der sozialistischen Gesetzlichkeit stellt den Gerichten die Aufgabe, im Verfahren und in jeder Entscheidung einen Beitrag zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu geben . . .» (So in «Gericht und Rechtsprechung in der DDR», herausgegeben vom Justizministerium

der SBZ). **SG. und -> Parteilichkeit der Rechtsprechung** bilden eine «dialektische Einheit».

**SOZIALISTISCHE GROSSGEMEINDEN:** Nach Abschluss der «sozialistischen Umgestaltung» der -> **Landwirtschaft** wurde ab April 1960 unter Mitwirkung der «Abteilung Örtliche Räte» des Innenministeriums ein neues «Gesetz über die Zusammenlegung bisher selbständiger Gemeinden zu SG.» vorbereitet. Dabei soll davon ausgegangen werden, dass im Zuge der weiteren Umgestaltung der Landwirtschaft die örtlichen -> **LPG** zu Gross-LPG, evtl. auch unter Zusammenfassung mehrerer Gross-LPG, als kulturelles und verwaltungsmässiges Zentrum auf dem Lande zusammengeschlossen werden. Obwohl die Veröffentlichung des «Gesetzes\*» noch aussteht, wurden bereits im Mai 1960 einige SG. in den nördlichen Bezirken der SBZ gegründet. Mit Wirkung vom 1. Mai wurden die Gemeinden Boltenhagen und Tarnewitz im Kreis Grevesmühlen sowie die Gemeinden Karow und Bergen auf Rügen zu den SG. Boltenhagen und Stadt Bergen zusammengeschlossen. Der Zusammenschluss weiterer Gemeinden steht bevor. Nach einem Plan des Rates des Kreises Wismar soll die Zahl der dortigen politischen Gemeinden bis zum Herbst 1960 von bisher 58 auf 29 verringert werden.

Nach der bisher gültigen, »VO vom 6. 1. 1955 über die Bearbeitung und Entscheidung von Anträgen auf Änderung von Bezirks-, Kreis- und Gemeindegrenzen\*» wird schon seit längerer Zeit die Zusammenlegung von Gemeinden betrieben, jedoch wird diese VO als nicht mehr ausreichend angesehen. Bisher war eine Zusammenlegung nur am Ende eines Kalenderjahres möglich, während die neue Regelung einen jederzeitigen Zusammenschluss möglich machen soll. Wie festgestellt wurde, ist zwischen dem 1.1.1956 und dem 1.1.1960 die Zahl der selbständigen -> **Gemeinden** in der SBZ um 322, von 9759 auf 9437 zurückgegangen. Zwischen dem 1.1. 1959 und dem 1.1. 1960 ist ein Rückgang um 65, von 9502 auf 9437 festzustellen. [755, 785]

**SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE:** -> **Internationale. SOZIALISTISCHES DORF;** -> **vollgenossenschaftlich.**

**SOZIALISTISCHE STADT:** Städte, die, in der volksdemokratischen Phase der SBZ geschaffen, kein Privateigentum an Produktionsmitteln und an Hausbesitz kennen. Die erste SS. der SBZ war -> **Stalinstadt**, die zum Eisenhüttenkombinat Ost gehörige Wohnstadt bei Fürstenberg. Inzwischen ist eine

zweite SS. in der Siedlung -> **Hoyerswerda-Neustadt** im Aufbau begriffen, die als Wohnstadt für die Arbeitskräfte des Braunkohlenkombinats -> **Schwarze Pumpe** dient.

**SOZIALISTISCHE UMGESTALTUNG:** im Pj. Verwandlung des Privat- eigentums (an Produktionsmitteln) in -> **Volkseigentum**, also Überführung privater, auf eigene Rechnung geführter in «volkseigene» oder «genossenschaftlich» verwaltete Betriebe unter staatlicher Kontrolle. Die SU. wird als notwendige Periode auf dem Wege zum Kommunismus oder zur -> **Vollendung des Sozialismus** angesehen, und die Umgestaltung des -> **Bewusstseins** ist dabei zugegebenermassen der schwierigste Teil. (\* **Kollektivierung**)

**SOZIALPRODUKT:** -> **Nationaleinkommen, Gesellschaftliches -> Gesamtprodukt.**

**SOZIALVERSICHERUNGS-AUSWEIS:** Jeder Sozialversicherte (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) muss im Besitz des S. sein. Er dient zum Nachweis der Berechtigung, Leistungen aus der Sozialversicherung zu empfangen. In den S. wird eingetragen: Name und Sitz des Arbeitgebers, Beginn und Ende jeder Tätigkeit, der Gesamtverdienst bzw. das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sowie jede Heilbehandlung (deren Dauer, die Dauer der Arbeitsunfähigkeit sowie die Diagnose) und die gewährten genehmigungspflichtigen Heil- und Hilfsmittel. Der S. dient Flüchtlingen aus der SBZ in der Bundesrepublik als Unterlage für die Berechnung der Renten nach dem Fremdrentengesetz.

**SOZIALVERSICHERUNGS- U. VERSORGUNGSWESEN:** siehe Seite 380.

**SPALTUNG DEUTSCHLANDS:**

Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und den von ihnen abhängigen K-sehen Kreisen Westdeutsch gespalten worden. Schon bei seiner Wahl zum -> **Präsidenten der Republik** betonte **Wilhelm -> Pieck** am 11. 10. 1949 vor der ->

**Volkammer:** «Von den westlichen Besatzungsmächten . . . wurde Deutschland gespalten», doch «niemals wird die Spaltung Deutschlands . . . von der DDR anerkannt werden». (Dok. z. Aussenpol. d. DDR, Bd. I, Ost-Berlin 1954, S. 15f). Das **ZK** der SED behauptete zum «10. Jahrestag der Gründung der DDR» (7. 10. 1959), es hätten «die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands» bewerkstelligt.

Fortsetzung Seite 383

## SOZIALVERSICHERUNGS- U. VERSORGENGSWESEN 380

### SOZIALVERSICHERUNGS- UND VERSORGENGSWESEN

Der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfällen des Lebens sowie der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung und dem Schutze der Mutterschaft soll nach Art. 16, 3 der -> **Verfassung** ein einheitliches, umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten dienen. Obwohl stets die Sorge um den Menschen betont wird, bestimmt nicht sie die Gestaltung und die Grenzen dieser Vorsorge, vielmehr tun dies die Aufgaben, die die Sozialversicherung innerhalb der Planwirtschaft hat. Denn: «Die Sozialversicherung muss in den -\* **Fünfjahrplan** eingeordnet werden und seiner Verwirklichung dienen. Zu seiner Durchführung ist die Pflege der Arbeitskraft und die Gesunderhaltung unserer Werktätigen notwendig» (Grete Groh-Kummerlöw, «Die Übernahme der vollen Verantwortung für den weiteren Ausbau der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften», Berlin 1951, S. 19). Organisation und Leistungen der Sozialversicherung sind darauf gerichtet, die Bevölkerung möglichst ausnahmslos zur Arbeit zu zwingen, damit die Produktion ein Höchstmass erreicht. Mittel dazu sind: Möglichst kleine Alters- und Invalidenrenten, strengster Masstab bei ärztlichen Untersuchungen auf Erwerbsminderung oder wegen zeitweiliger Arbeitsbefreiung infolge Krankheit, keine Versorgung für arbeitsfähige Witwen bis zu 60 Jahren. Ausserdem soll durch eine geplante Staffelung der Leistungen nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Betriebes, in dem der Versicherte arbeitet, die Fluktuation der Arbeitskräfte eingeschränkt werden. «Die Erfüllung des Fünfjahrplans muss seitens der Sozialversicherung unterstützt werden durch Zahlung höherer Renten in diesen Industriezweigen, um den Zustrom von Arbeitern dahin zu verstärken» (Paul Peschke, «Sozialversicherung - Sache des FDGB und seiner Industriegewerkschaften», in: «Die Arbeit», S. 218/51).

Die Sozialversicherung wurde 1945/46 in eine zentralgelenkte Einheitsversicherung umgewandelt, in der alle früheren Versicherungsträger aufgegangen sind (Unfall-, Invaliden-, Alters-, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung sowie die Orts-, Innungs-, Betriebs- und Ersatzkrankenkassen). Durch die Verordnung über die Sozialpflichtversicherung vom 28.1. 1947, erlassen auf Grund des Befehls Nr. 28 der SMAD («Arbeit und Sozialfürsorge», S. 92/47), wurde das Sozialversicherungswesen auf eine einheitliche Grundlage gestellt, nachdem bereits ab Herbst 1945 in jedem Lande der SBZ durch Gründung einer Sozialversicherungsanstalt die Voraussetzung hierfür geschaffen worden war. Durch die Verordnung über die Sozialversicherung vom 26. 4. 1951 (GBl. S. 325) wurde die Verantwortung für die Leitung und die Kontrolle der Sozialversicherung dem -> **FDGB** übergeben. Die 5 Sozialversicherungsanstalten der Länder wurden zu einer einheitlichen «Sozialversicherung, Anstalt des öffentlichen Rechtes» mit dem Sitz in Berlin vereinigt, die vom Zentralrat der Sozialversicherung geleitet und verwaltet wurde. Dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung oblag seitdem nur noch die Aufsicht über die Sozialversicherung. Der Zentralrat der Sozialversicherung wurde gesetzlicher Vertreter der Sozialversicherung und ihr oberstes Organ.

Auf einer Tagung des FDGB-Bundesvorstandes am 15. und 16. Februar 1956 wurde in Ausführung der bereits im Juni 1954 entworfenen «Politischen Grundsätze der Sozialversicherung für den zweiten Fünfjahrplan» beschlossen, die Sozialversicherung, zu der in Zukunft nur noch die Ar-

## 381 SOZIALVERSICHERUNGS- U. VERSORGUNGSWESEN

beiter und Angestellten gehören sollten, vollständig dem FDGB zu übergeben. Zunächst ohne Änderung der gesetzlichen Bestimmungen wurde aus der Zentralverwaltung der Sozialversicherung und der Abteilung Sozialversicherung des FDGB-Bundesvorstandes eine «Verwaltung der Sozialversicherung des Bundesvorstandes des FDGB» gebildet und der Zentralrat sowie die Räte für Sozialversicherung in den Bezirken und Kreisen, die bis dahin als «Selbstverwaltungsorgane» galten, obwohl sie nicht von den Versicherten gewählt, sondern von den FDGB-Vorständen bestellt worden waren, aufgelöst. Durch VO vom 2. 3. 1956 (GBl. S. 257) wurden rückwirkend vom 1. Januar an die Selbständigen (Bauern, Handwerker, Kleinunternehmer usw.) aus der Sozialversicherung, Anstalt öffentlichen Rechts, ausgegliedert. Träger der Sozialversicherung wurde für diese Berufsgruppen die **Deutsche -> Versicherungs-Anstalt**. Der Deutschen Versicherungs-Anstalt wurde später auch die Sozialversicherung der Mitglieder der sozialistischen Produktionsgenossenschaften übertragen. Die völlige Übernahme der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten durch den FDGB wurde durch VO vom 23.8. 1956 legalisiert (GBl. S. 687). Träger der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten ist seitdem die Verwaltung der Sozialversicherung des FDGB, die zur «juristischen Person» erklärt wurde. Sie gliedert sich in die Verwaltung beim Bundesvorstand, bei den Bezirksvorständen und bei den Kreisvorständen des FDGB (-> SVK). Der FDGB hat gleichzeitig das Recht erhalten, den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften die volle Verantwortung für die Sozialversicherung für ihren Bereich zu übertragen. Von dieser Befugnis ist weitgehend Gebrauch gemacht worden. Die Staatsaufsicht entfiel.

In den «volkseigenen» Betrieben (-> VEB) und Verwaltungen bestehen Räte, in den Privatbetrieben Kommissionen der Sozialversicherung. Die Räte in den VEB und in den Verwaltungen haben die -> **Bevollmächtigten für Sozialversicherung** anzuleiten und zu kontrollieren. Die Bevollmächtigten für Sozialversicherung in den VEB und Verwaltungen sowie auch in den Privatbetrieben müssen nach ihren Richtlinien («Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb», 2. verbesserte Auflage 1955, hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, S. 528 ff.) u. a. Kranke innerhalb von drei Tagen in der Wohnung besuchen. «Wird die unberechtigte Inanspruchnahme von Mitteln der Sozialversicherung festgestellt, so soll der Bevollmächtigte veranlassen, dass sich die Kollegen auf der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung auseinandersetzen und auf die Verantwortlichkeit einer solchen Handlungsweise hinweisen. Die Gewerkschaftsgruppe beschliesst erzieherische Massnahmen, die dem Rat für Sozialversicherung zur Bestätigung vorgelegt werden. Solche Massnahmen sind: Missbilligung der Gewerkschaftsgruppen, öffentliche Kritik in der Wandzeitung, Entzug des Krankengeldes und des Lohnausgleichs für die Dauer des unberechtigten Bezuges, Ausschluss aus der Brigade, Entlassung aus dem Betrieb.»

In den VEB und den Verwaltungen wählen die Bevollmächtigten für Sozialversicherungen die Räte, in den Privatbetrieben bestehen die Kommissionen aus den Bevollmächtigten. Die Bevollmächtigten werden auf Vorschlag der jeweiligen -> **BGL** von den Betriebsangehörigen gewählt.

Die Übertragung der Sozialversicherung auf den FDGB und das System der Räte und der Bevollmächtigten sollen angeblich die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten verwirklichen, in Wahrheit bedeutet es jedoch, dass die Versicherten keinerlei Einfluss haben. Die FDGB-Vorstände sind nicht die Vertreter aller Versicherten, sondern

## SOZIALVERSICHERUNGS- U. VERSORGUNGSWESEN 382

bestenfalls der FDGB-Mitgl., wobei schon dies bei der Fragwürdigkeit der Wahlen zu den Vorständen bezweifelt werden muss. Da die Räte in den VEB und Verwaltungen sowie die Kommissionen in den Privatbetrieben von den BGL angeleitet werden oder ihnen sogar, wie in den Privatbetrieben, unterstehen, ist auch hier der Einfluss der Versicherten praktisch ausgeschaltet.

Die kurzfristigen Barleistungen (Krankengeld, Hausgeld, Schwangerschafts- und Wochenhilfe, Sterbegeld) werden meist in den Betrieben ausgezahlt (Anordnungen vom 2. 8. 1951, GBl. S. 113). Die Räte in den VEB und Verwaltungen sind befugt, über Leistungen zu entscheiden. Das gleiche gilt für die Kommissionen, wenn der Privatbetrieb die Leistungen auszahlen darf. Der Haushaltsplan der Sozialversicherung ist Bestandteil des Haushaltsplans der «DDR» (§ 8 der Verordnung vom 26. 4. 1951). Die Pflichtbeiträge werden von den Abt. Finanzen bei den Kreisverwaltungen (Finanzämtern) eingezogen (VO vom 14. 2. 1950, GBl. S. 1195).

Gesetzliche Grundlage der Sozialpflichtversicherung und ihrer Leistungen sind noch die Verordnung über Sozialpflichtversicherung vom 28. 1. 1947 und zahlreiche Einzelverordnungen, obwohl schon bis zum 1. 10. 1951 eine neue Sozialversicherungsordnung erlassen werden sollte.

Der Sozialversicherungspflicht unterliegen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens alle Arbeiter und Angestellten (auch die Angestellten der Verwaltung, die in der SBZ an die Stelle der Beamten getreten sind); Bauern, die bis zu 5 Arbeitern beschäftigen; Handwerker, die zur Handwerkskammer gehören; die Angehörigen der freischaffenden Intelligenz, also z. B. Ärzte, Anwälte und Künstler); alle anderen selbständigen Erwerbstätigen, die bis zu 5 Arbeiter und Angestellte beschäftigen; die ständig mitarbeitenden Ehefrauen und Kinder sowie Studenten, Hoch- und Fachschüler.

Die Leistungen der Sozialversicherung bestehen a) im Krankheitsfalle aus **freier -> Heilbehandlung, -> Krankengeld** und **-> Hausgeld** für die Zeit der Behandlung in einem Krankenhaus oder Sanatorium; b) aus **-^Schwangerschafts- und Wochenhilfe**; c) aus **-> Sterbegeld**; d) aus **-> Renten** bei Invalidität, im Alter, für die Folgen von Arbeitsunfällen und anerkannten Berufskrankheiten und für Hinterbliebene; e) aus **-> Kuren** für Rekonvaleszenten und angeblich erholungsbedürftige **-> Aktivisten**. Die ehemaligen Beamten und Berufssoldaten sowie deren Witwen und Hinterbliebene werden von der Sozialversicherung und nach deren Grundsätzen versorgt (**-> Beamtenversorgung**). Das gleiche gilt für Kriegsinvalide und Kriegshinterbliebene (**-> Kriegsopferversorgung**). Bergleute erhalten auf Grund verschiedener Verordnungen erhöhte Leistungen (**-> Bergmannsrenten**), desgleichen neuerdings Eisenbahner und Angehörige der Post, soweit sie sich bei Inkrafttreten der entsprechenden Bestimmungen (1. 1. 1956 und 1. 7. 1956) im Dienst befanden. Ausgeschiedene können sich die bessere Versorgung verdienen, wenn sie die Arbeit für ein Jahr wieder aufnehmen. Für die technische **-> Intelligenz** in den «volkseigenen» und ihnen gleichgestellten Betrieben ist eine zusätzliche Altersversorgung geschaffen worden. Eine entsprechende Regelung gilt für die Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen. (**-> Altersversorgung**)

Die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten versorgt auch die Verfolgten des Naziregimes, selbst wenn diese keine Versicherungszeiten nachweisen können. (**-> Wiedergutmachung**)

Die Pflichtversicherungsbeiträge betragen für Arbeiter und Angestellte 20 v. H. – im Bergbau 30 v. H. – des lohnsteuerpflichtigen Arbeitsverdien-

stes bis zu 600 DM Ost monatlich. Die Beiträge sind je zur Hälfte von den Versicherten und den Betrieben zu tragen, im Bergbau tragen die Betriebe zwei Drittel. Selbständig Erwerbstätige zahlen 17 v. H. des steuerpflichtigen Einkommens bis zu 600 DM Ost monatlich. Der Mindestbeitrag beträgt für diese 8 DM Ost. Handwerker und Bauern zahlen gestaffelte Beiträge nach besonderen Tabellen. Ausserdem wird eine besondere Unfallumlage erhoben, deren Höhe sich nach den Unfallgefahren des jeweiligen Betriebes richtet. Gegen Entscheidungen über Leistungen ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben, über sie entscheidet in den Betrieben, in denen eine -> **Konfliktkommission** besteht, diese, im übrigen die -> **Kreisbeschwerdekommision** beim Kreisvorstand des FDGB, die auch über Einsprüche gegen Entscheidungen der Konfliktkommissionen in Sozialversicherungssachen entscheidet. Gegen die Entscheidung einer Beschwerdekommision kann entweder das Bezirksarbeitsgericht durch Anfechtungsklage oder die Beschwerdekommision des Bezirks durch weitere Beschwerde angerufen werden. Der Beschluss der Bezirksbeschwerdekommision oder das Urteil des Bezirksarbeitsgerichts sind endgültig. Die Sozialversicherung ist Träger der -> **Arbeitslosenversicherung**.

Eine freiwillige oder eine zusätzliche Versicherung kann bei der Sozialversicherung seit Erlass der VO über Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung vom 19. 3. 1953 (GBl. S. 463) nicht mehr abgeschlossen werden. Neue derartige Versicherungen können nur bei der Deutschen Versicherungsanstalt abgeschlossen werden. Ehemalige Pflichtversicherte, die sich bei der Sozialversicherung freiwillig rentenversichert hatten, bleiben dort auch in Zukunft versichert.

Trotz der grossen Zahl der Anspruchsberechtigten kann die -> **Sozialfürsorge** aus öffentlichen Mitteln nicht entbehrt werden.

[406, 408, 418, 425, 426, 520]

Wie aber geschah Deutschlands Sp.? Bereits am 25. 7. 1945 errichtete die -\* **SMAD** elf Deutsche Zentralverwaltungen (-> **Besatzungspolitik**), die von Anfang an gewisse Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen hatten und sich bald - natürlich als Instrumente der SMAD - zu zentralen Regierungsstellen über die gesamte SBZ erhoben. Der im Aug. 1946 eingesetzten «Deutschen Verwaltung des Innern» wurden die Polizeien der 5 Länder untergeordnet. So begründete die SMAD die verwaltungsmässige Sp. Deutschlands schon vor dem Herbst 1946, denn in den westlichen Besatzungszonen wurden bis zu dieser Zeit oberhalb der zahlreichen Länder keine starken zentralen deutschen Verwaltungen geschaffen, vor allem wurde die Polizei (ausser Frankreichs Zone) nicht einmal landesweise zentralisiert. Der «Länderrat» der amerikanischen Zone wie auch der «Zonenbeirat» und der «Wirtschaftsbeirat» der brit. Zone erhielten nicht die politischen Rechte einer deutschen zentralen Verwaltung. (Einzelne techn. deutsche Verwaltungen auf Zonenebene, die es seit Dez. 1945 in der brit. und seit Jan. 1946 in

der amerikan. Zone gab, wurden eben - anders als in der SBZ - nicht durch Zentrale Polizei-Verwaltungen ergänzt.)

Noch schwerer wiegt die wirtschaftliche, soziale und allgemein politische Sp., die die Sowjets schon früh vollzogen: Sie zwangen der SBZ schon 1945/46 einen bolschewistischen Gesellschaftszustand auf, der jenem der Westzonen entgegengesetzt war (-> **Bodenreform**, -> **Enteignung**). Zögernd und spät, gegen den V/i/jen Frankreichs, vereinigten die USA und England erst am 1. 1. 1947 ihre Zonen, und auch nur wirtschaftlich. Politisch hingegen unterstellten sie die Länder keiner Zentralverwaltung, obwohl die verwaltungsmässige und auch wirtschaftlich-soziale Abspaltung der SBZ vom Kern Deutschlands weiter fortschritt.

Dieser Politik der Sp. entsprach es, dass die SMAD am 14. 6. 1947 der Zentralverwaltung der SBZ die Bezeichnung -> **DWK** und die Vollmachten einer wirklichen Zentralregierung verlieh. Dieser «DWK» gehörten in Wirklichkeit auch die zentralen Deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an,



obwohl sie amtlich selbständig waren. Die USA und England zogen am 25. 6. 1947, wieder gegen Frankreichs Widerstand, die Forderung aus dem (durch die SU verschuldeten) Fehlschlagen der Moskauer Viererkonferenz (10.3. bis 24. 4. 1947): Sie errichteten einen «Exekutivrat», d. h. eine Wirtschaftsverwaltung für die Zweierzone. Im Gegensatz zur DWK hatte er nur wirtschaftliche Vollmachten. Daran änderte seine Umbenennung in «Verwaltungsrat» (9. 2. 1948) nichts. Die nächste Massnahme, mit der die SU die Sp. vorantrieb, war die Straffung und Stärkung der DWK, am 9. 3. 1948. Diese Politik der Sp. Deutschlands und der zwangsweisen Bolschewisierung der SBZ beantworteten die Westmächte mit Besprechungen über die Vorbereitung eines Dreizonen-Notstaates (23. 2. - 3. 6. 1948). Diese Abwehrhandlung nahm die SU als Vorwand, um den -> **Kontrollrat** zu verlassen (20. 3. 1948). Weiter weiterte sie sich, die schon allzu lange verzögerte -> **Währungsreform** mitzumachen (24. 7.), richtete die Blockade gegen West-Berlin und organisierte die Sp.. -> **Berlins** (30. 11. 1948). Die Errichtung der Bundesrepublik am 8.5. 1949 war eine Notwehrmassnahme, die am 14. 8. 1949 von 48 Mill. (d. h. von fast % des deutschen Volkes) gebilligt wurde. Doch die auf Scheinwahlen beruhende Einsetzung eines Parlamentes der SBZ (des am 15. bis 16.5. 1949 «gewählten» 3. Volkskongresses) war ein Schritt der SU und der SED, der zur weiteren Sp. Deutschlands beitrug. Die Ausrufung der «DDR» am 7. 10. 1949 war nur die formelle Bestätigung einer Sp.-Politik, die die SU und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten. [211, 225, 243, 311]

**SPARKASSEN:** Die Sp. der SBZ leugnen, Rechtsnachfolger der alten Sp. zu sein; sie sind aber im Besitz der Sachwerte und befinden sich in den alten Geschäftsräumen. Sie lehnen es grundsätzlich ab, über alte Wertpapiere, die früher bei der betreffenden Sp. in Verwahrung (Depot) gegeben waren, Auskunft zu geben. Die Forderungen der Sp. dagegen sind 1:1 umgewertet und werden mit Zinsen eingetrieben. Hauptaufgabe der Sp. ist es, Sammelbecken für Spareinlagen zu sein. Bei der Ausgabe von kurzfristigen Krediten aus Giroeinlagen sind die Weisungen der Deutschen -> **Notenbank** bindend. Überschüsse an Giroeinlagen sind auf Girokonten und als Termingeld bei der Deutschen Notenbank anzulegen. Beim Überweisungsverkehr über Kreisgrenzen hinaus haben

sich die Sp. des Gironetzes der Deutschen Notenbank zu bedienen. Die Entwicklung des Spareinlagenbestandes von 1948 bis 1959 ergibt nach sowjetzonalen Angaben bei Sp. und übrigen Kreditinstituten einschl. -> **Postsparkassen** folgendes Bild:

	Spareinlagen	
	insgesamt in Mill DM Ost	je Einwohner in DM Ost
1948	1 060	55,64
1949	1 167	61,23
1950	1 270	69,07
1951	1 446	78,80
1952	2 024	110,60
1953	2 536	140,02
1954	3 701	205,59
1955	4 927	276,30
1956	6 062	344,36
1957	8 970	515,20
1958	11 244	649,73
1959	14 010	810,49

Spareinlagen können, wenn für sie keine Kündigungsfrist vereinbart wurde, in unbegrenzter Höhe vom Sparbuch abgehoben werden, d. h. also, dass die bei 1'000 DM Ost pro Monat liegende Auszahlungsbeschränkung aufgehoben ist. Abhebungen und Einzahlungen von Sparbeträgen können im Gebiet der SBZ bei allen Sparkassen und ihren Zweigstellen, bei sämtlichen Postanstalten und bei jeder Kreisstelle der **Deutschen -> lauernbank** erfolgen, gleichgültig, von welchem dieser 3 Institute das Sparbuch ausgestellt wurde. Die Spargelder werden von der Besteuerung ausgeschlossen. Bei bestimmten Sparverträgen wurde die Möglichkeit geschaffen, mit dem . eingezahlten Betrage eine Prämie zu gewinnen. (-> **Prämien-sparen**.) Alle diese Massnahmen sollen einen Anreiz zu erhöhter Spartätigkeit schaffen. (-> **Inhabersparen**, -> **Betriebssparkassen**, -> **Bausparen**, -> **Bankwesen**, -> **Währungspolitik**, -> **Währungsreform**, **Geldumtausch** (1957), **Spar-kaufbrief**, -> **Wertpapiersparen**)

**SPARKAUFBRIEF:** «Zur Erleichterung des Sparens und zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs\* durch VO vom 31.3.1955 eingeführtes Spar- und Kaufsystem. S. werden an natürliche Personen, die ein normales Sparkonto unterhalten, gegen Abbuchung von einem Lohn- oder Gehaltskonto oder gegen Bareinzahlung des Gegenwertes ausgegeben. Ein S. verliert ein Jahr nach Ausstellung seine Gültigkeit. Nichtverbrauchte Beträge werden dem ursprünglichen Konto wieder gutgeschrieben. Alle Geschäfte des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels sind verpflichtet, S. als Zahlungsmittel anzunehmen. (-> **Sparkassen**)

**SPARENVERSICHERUNG:** Als Beitrag zum Abbau des Kaufkraftüberhangs am 1. Januar 1956 in der SBZ eingeführt. Zum Abschluss einer Sp. ist jeder SBZ-Bewohner, der noch nicht das Rentenalter erreicht hat, berechtigt. Höhe und Zeitpunkt der Beitragszahlungen werden von demjenigen bestimmt, der die Sp. abschließt. Die Beiträge können zu beliebigen Zeiten und in einem oder mehreren Beiträgen eingezahlt werden. Sie müssen jedoch mindestens 10 DM betragen und immer durch zehn teilbar sein. Höhe der Sparsumme und Alter des Versicherten bei der Zahlung sind Grundlage für Berechnung der monatlichen Rentenzahlung. Diese zusätzliche Altersrente wird mit Beginn des allgemeinen Rentenalters (bei Frauen mit dem 60. und bei Männern mit dem 65. Lebensjahr) monatlich bis an das Lebensende gezahlt. Darüber hinaus können auf Vereinbarung 95 v. H. des insgesamt eingezahlten Betrages beim Tode des Versicherten an eine von ihm bestimmte Person oder an seine Hinterbliebenen ausgezahlt werden. Bei Unfall verdoppelt sich die Rückzahlungssumme (Rückgewähr), 190 v. H. des eingezahlten Betrages werden dann zurückgezahlt. Sp. können abgeschlossen werden im Auftrag der **Deutschen Sparkassen, Banken für Handwerk und Gewerbe, Bauernbanken** und den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften. Ausserdem wurden auch die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks, die **Industrie- und Handelskammern** und die **Handwerkskammern** eingeschaltet. Einzahlungen für Sp. sind steuerfrei und im Rahmen der Höchstbeträge abzugsfähige Sonderausgaben.

**SPD:** Abk. für Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wurde nach dem Zusammenbruch 1945 durch den Sowjet. Befehl Nr. 2 über die Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien wieder gegründet und trat mit dem Aufruf vom 15.6. 1945 an die Öffentlichkeit. In ihrem Programm entsprach die SPD der SBZ im wesentlichen der Westzonen. Am 14. 7. 1945 bildete sie zusammen mit den anderen in der SBZ zugelassenen Parteien den Antifaschistischen Block (-> **Blockpolitik**). Unter dem Druck der Sowjet. Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4. 1946 mit der KP zur **SED** zwangsvereinigt. Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandsämtern einer komm. Diktatur, und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet. In **Berlin** wehrte sich die SPD unter Füh-

rung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt. Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiss, **SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen**. In der Wahl vom 20.10.1946 erhielt die SPD gegenüber der SED eine überwältigende Mehrheit. In der SBZ ist die SPD nicht wieder zugelassen worden. -> **Sozialdemokratismus** gilt heute als eine schwere Form der -> **Abweichungen**. (-> **Parteien**)

**SPEDITION:** Für die bahnamtliche Rollabfuhr, die Abwicklung von Sammelladungs-, Möbel- und Schwertransporten in der SBZ sind die **-\* Bezirksdirektionen für den Kraftverkehr**, die den Räten der Bezirke unterstehen, zuständig, denen etwa 150 «volkseigene» Kraftverkehrsbetriebe (VEB Kraftverkehr) angeschlossen sind. Auch die privaten Speditionsbetriebe unterstehen der Aufsicht der Bezirksdirektionen. Zum alleinigen Spediteur für den internationalen Güterverkehr zu Lande und auf dem Wasser sowie im «Innerdeutschen Handel» (-> **Interzonenhandel**) wurde Ende 1958 bei gleichzeitiger Auflösung des **-\* Kontors für Seefrachten** (Deutfracht) der «VEB Deutrans, Internationale Spedition und Befrachtung», Sitz Berlin, bestimmt. Das «volkseigene» Unternehmen unterhält Filialen in der SBZ und im Ausland; es ist dem **-\* Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel** unterstellt.

**SPERRGEBIET:** Im Sommer 1952 entlang der Zonengrenze auf dem Gebiet der SBZ errichtet, umfasst den 10-m-Kontrollstreifen, den 500-m-Schutzstreifen und die 5-km **Sperrzone**. - Das Leben in dem Sp. unterliegt zahlreichen Beschränkungen (neuregelt durch AO vom 18.6.1954, ZBl. S. 266). Der Aufenthalt in der Sperrzone bedarf einer besonderen polizeilichen Genehmigung; der Aufenthalt im Schutzstreifen erfordert zusätzlich die Genehmigung des zuständigen Grenzpolizei-Kommandos. Der abgeholzte und umpflügte Kontrollstreifen darf nicht betreten werden; es wird ohne Warnung geschossen. - Aus dem Sp. erfolgten im Sommer 1952 umfangreiche Zwangsevakuierungen, die eine Fluchtwelle auslösten. Der politische Vorwand für die Schaffung des Sp. auf Grund der sog. **-\* Ermächtigungsverordnung** war die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages am 26.5. 1952. [334]

**SPERRKONTEN: 1. Sp. werden von westdeutschen natürlichen oder juristischen Personen in der SBZ unterhalten.** Die Verfügung darüber ist auf bestimmte Zwecke beschränkt, wie für Steuern, Ausgaben für die Instandsetzung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Unterstützungszahlungen an bedürftige Familienangehörige des Kontoinhabers. Bei vorübergehendem Aufenthalt in der SBZ können fest umgrenzte Teilbeträge der Sp. freigegeben werden (Dienst- oder Geschäftsreisen sind ausgenommen!).

**2. Sp. sind einzurichten von den zur Zahlung der -> Produktions- und Dienstleistungsabgabe verpflichteten Betrieben bei den örtlich zuständigen Niederlassungen der Deutschen -> Notenbank (GBI. II, S. 207), über diese Sp. erfolgt die Abführung der -> PDA an den -> Staatshaushalt.**

**SPERRZONE: -> Sperrgebiet.**

**SPIONAGE:** Eine Strafbestimmung, durch die Sp. für strafbar erklärt wird, gab es in der SBZ bis zum 1. 2.1958 nicht. Dennoch erfolgten viele Verurteilungen sog. «Spione und Agenten» auf der Grundlage des Art. 6 der -> Verfassung wegen -> Boykottetze. Unter Sp. verstand das OG die Übermittlung jeder wahren oder falschen Nachricht aus «allen Gebieten des öffentlichen Lebens, allen Einrichtungen nicht nur des Staates, sondern auch der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen und der in ihnen tätigen Menschen», auch über «die persönlichen Verhältnisse der Staatsbürger, die Produktion, den Transport und das Kulturleben» («Neue Justiz» 1952, S. 276).

Mit § 14 -> StEG wurde ein selbständiger Sp.-Tatbestand geschaffen: «Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der DDR geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter oder Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögensentziehung kann erkannt werden.» In schweren Fällen kann auf -> Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus erkannt werden. Weitere Tatbestände des StEG stellen das «Sammeln von Nachrichten» und die «Verbindung zu verbrecherischen Organisationen oder Dienststellen» unter Gefängnis- und Zuchthausstrafe. Nach

Meinung des OG wird durch Angaben eines Flüchtlings «über die Stimmung der Belegschaft, das Verhältnis zwischen Arbeitern und leitenden Funktionären, den Besuch von Versammlungen usw.» der Straftatbestand der «Sammlung von Nachrichten» im Sinne von § 15 StEG erfüllt (Urteil in: «Neue Justiz» 1958, S. 176). (-> **Rechtswesen**)

über die Spionagetätigkeit des SBZ-Regimes, insbesondere des -> **Staatssicherheitsdienstes**, in Richtung Westen -> **Aufklärung**, -> **Koordinierung**. Der West-Berliner Senat hat über das «Spionagezentrum Ost-Berlin» ein umfangreiches Weissbuch herausgegeben.

**SPITZELWESEN:** Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Sp., das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist. Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des -> **SSD** erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die -> **SED** und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Sp.: «Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse.» Das neue FDJ-Statut z. B. verpflichtet jedes FDJ-Mitgl. zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gebrachten Informationen landen in den «Organen der Staatssicherheit». Diese nennen ihre Spitzel **Geheime Informanten (GI)**. Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z. B. in einem -> **VEB**, im Sekretariat einer Partei usw., d. h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem **SSD** notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden. über ihre Beobachtungen haben sie ihrem Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des **SSD** sollen **SED-Mitgl.** nach Möglichkeit nicht als GI verwendet werden, weil ihnen die Bevölkerung ohnehin mit Misstrauen entgegentritt. Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befin-

det sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein «freiwilliger Mitarbeiter», dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen «Kandidaten» angewendet, indem z. B. Kenntnis von «kriminellen Verfehlungen» oder «negativen politischen Äußerungen» behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämien!) gearbeitet.

Im August 1955 wurden auch die -> **Abschnittsbevollmächtigten (ABV)** beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - «System von Vertrauenspersonen» aufzubauen. «Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen» (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der **Deutschen Volkspolizei** vom 3. 8. 1955). Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschliesslich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der Deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlass für den Fall in Aussicht gestellt wird, dass sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfange erfüllen. Die Gl der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, dass, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird. Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, dass die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden.

Eine besondere Gruppe bilden die -> **Heifer der staatlichen Kontrolle**, deren Informationen zwar nicht unmittelbar als Spitzelberichte für den SSD bestimmt sind, die aber durch ihre Tätigkeit praktisch doch in das weite Feld des sowjetzonalen Sp. eingebaut sind und dem SSD wesentliche Erkenntnisse vermitteln.

**SPONTANEITAT:** Nach -> **Lenin** die verderbliche, da wenig wirksame Neigung der Massen, impulsiv u. ohne systematische Vorbereitung und straffe Organisation ihre Augenblicksinteressen wahrnehmen zu wollen. U. a. in der Auseinandersetzung mit den Auffassungen Rosa Luxemburgs, für die die S. der Massen eine wichtige Voraussetzung der Revolution war, vertrat Lenin den Standpunkt, das -> **Proletariat** sei nur in der Lage, trade-unionistisches Bewusstsein zu entwickeln, und müsste durch eine straff organisierte, disziplinierte «Vorhut» von Berufsrevolutionären, der bolschewistischen Partei, vom spontanen Handeln zu bewusster revolutionärer Aktion geführt werden. (-> **Marxismus-Leninismus**)

Die Zweiseitigkeit der S. hat in der bolschewistischen Diskussion immer wieder eine Rolle gespielt, da die Bolschewisten auf der einen Seite auf den Führungsanspruch der Partei nicht verzichten wollen und eine Nachgiebigkeit gegenüber den «spontanen» Wünschen der Massen als «Nachtrabpolitik» verwerfen, aber auf der anderen Seite bei der Verwirklichung ihrer Politik auf die «schöpferische Kraft der Massen» angewiesen sind. Die Vertreter des -> **Revisionismus** haben seit 1956 mehrfach eine stärkere Berücksichtigung der spontanen Kräfte der Massen gefordert, in der SBZ vor allem -> **Benary**, der sich um eine neue Bestimmung des Begriffes S. bemühte und in der Ausnutzung der spontanen Impulse der Arbeiterschaft einen Weg zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah. Die SED-Führung hat jedoch alle diese Bestrebungen schärfstens kritisiert.

**SPORT:** Nach dem Zusammenbruch war jede sportliche Betätigung verboten. Die S.-Vereine wurden aufgelöst, das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und durch die S.-Dezernenten bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Gemeinden verwaltet (-> **Beschlagnahme**). Am 1.10.1948 wurde durch den -> **FDGB** und die -> **FDJ** der Deutsche Sportausschuss (DSA) gebildet. Die sportliche Betätigung wurde immer mehr auf die neu gegründeten Betriebssportgemeinschaften (BSG) verlagert. Das «Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei S. und Erholung» vom 8. 2.1950 (GBl. S. 95) brachte einen weiteren Schritt zur Verstaatlichung des S. In Leipzig wurde die Hochschule für Körperkultur zur Ausbildung von Dozenten, S.-Lehrern und Trainern und

zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit des S. errichtet. Durch VO vom 24.7.1952 (GBl. S. 635) wurde das **Staatliche Komitee für Körperkultur und S.** in Berlin gegründet. Es ist das zentrale Organ des -> **Ministerrates** zur Förderung und Unterstützung der staatlichen Belange auf dem Gebiet der Körperkultur und des S. (VO über das Statut des Staatlichen Komitees für Körperkultur und S. vom 12.11.1959, GBl. I, 1960, S. 17). Der Vors. (Alfred Neumann) ist Staatssekretär. Er wird vom Ministerrat berufen, dem er für seine gesamte Tätigkeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist.

Der Leistungs- und Wettkampfsport wurde von den im DSA vereinigten Sektionen der einzelnen Fachgebiete betreut. Am 14.4. 1957 wurde der «Deutsche Turn- und Sportbund» (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. Die Sektionen des DSA wurden im Fachverbände des DTSB umgewandelt. Präsident des DTSB ist **Manfred -> Ewald.**

Die Industrie-S.-Vereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des S. Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10v. H. des gesamten Beitragsaufkommens für den S. verwenden müssen. Sie heissen für alle Sportarten:

Aktivist (IG Bergbau)  
Aufbau (IG Bau Holz)  
Empor (IG Handel)  
Einheit (IG VBV)  
Fortschritt (IG Textil)  
Chemie (IG Chemie)  
Lokomotive (IG Eisenbahn/Verkehr)  
Medizin (IG Gesundheitswesen)  
Motor (IG Metall)  
Post (IG Post)  
Rotation (IG Druck u. Papier)  
Stahl (IG Metallurgie)  
Traktor (IG Land u. Forst)  
Turbine (IG Energie)  
Wismut (IG Wismut)

Wissenschaft (IG Erziehung, Lehrer)  
Ausserdem gibt es die S.-Vereinigungen «Vorwärts\*» und «Dynamo\*» der -> **Nationalen Volksarmee** und der -> VP.

Die Grundeinheiten der S.-Vereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der «sozialistischen Gesellschaftsordnung» nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten. Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und S. sind in vielen S.-Arten «Schwerpunkte\*» gebildet worden. In diesen S.-Clubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengesogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und geniessen als

«Repräsentanten der DDR» eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung. Dafür müssen sie sportliche Rekorde leisten - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der «DDR» sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen.

Zur «Hebung des Leistungsniiveaus\*» ist 1952 eine einheitliche S.-Klassifizierung der «Demokratischen S.-Bewegung» beschlossen worden als ein «Hebel, mit dem die demokratische S.-Bewegung die Erfüllung ihrer Aufgaben im Kampf des deutschen Volkes um den Frieden, die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beschleunigt». Diese Klassifizierung, die durch «breite Popularisierung unter allen Sportlern zu einer Massenbewegung zur Erfüllung der Klassennormen» entwickelt wurde, sieht folgende Titel und Leistungsklassen vor:

**Verdienter -> Meister des S., -> Meister des S.,** Sportler 1., 2. und

3. Klasse. In die Leistungsklassen werden Sportler aufgenommen, die die für die entsprechende Klasse aufgestellte Norm erfüllen und das S.-Leistungsabzeichen besitzen. (-\* **Auszeichnungen**)

Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete S.-Leistungsabzeichen «Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens». Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschiesen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. Die eigentliche Wehrtüchtigung ist Aufgabe der am 7. 8. 1952 gegründeten **Gesellschaft für -> Sport und Technik (GST)**. Gemäss Ministerratsbeschluss vom 26. 3. 1959 (GBl. I, S. 2/9) soll in jedem Jahr die 4. Woche des Juni als «Woche der Jugend und der Sportler» begangen werden. Durch S.-Veranstaltungen sollen Jugendliche über den aktiven S, zur Partiarbeit herangezogen werden. Auch über den S. sucht die SBZ internationale Anerkennung zu finden (-> Aussenpolitik, -> Diplomatische Beziehungen), in Übereinstimmung mit der auf staatsrechtliche Anerkennung gerichteten Politik werden in allen Publikationen der SBZ gesamtdeutsche Mannschaften und gesamtdeutsche Meisterschaften abgelehnt. Mehrere Fachverbände des DTSB sind inzwischen in die internationalen S.-Verbände aufgenommen worden. Auch das **Nationale Olympische Komitee** (Präsident Heinz Schöbel) wurde 1955 provisorisch mit der Auflage anerkannt, dass unter Einigung mit dem NOK der Bundesrepublik nur eine deutsche

Mannschaft an den Olympischen Spielen teilnehmen darf. Gegen ihren Widerstand musste sich deshalb die SBZ bereitefinden, wie 1956 auch für die Olympischen Spiele in Squaw Valley und Rom eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden. Auf Anordnung des Internationalen Olympischen Komitees musste diese deutsche Vertretung unter einer gemeinsamen Flagge antreten. Die S.-Führung der «DDR\* ist nach dem Scheitern ihrer Absicht, eine eigene Mannschaft nach Squaw Valley und Rom zu schicken, (ebenfalls vergeblich) bestrebt gewesen, in der gesamtdeutschen Mannschaft zahlenmässig ein Übergewicht zu erlangen, um dadurch die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch auf dem Gebiet des S. zu beweisen. Der S.-Verkehr mit der Bundesrepublik wird von der SED für die komm. Propaganda ausgenutzt. Bei Begegnungen mit Sportlern der Bundesrepublik soll über bestimmte jeweils aktuelle politische Fragen diskutiert werden. Wettkämpfe mit westdeutschen Vereinen sollen nur dann vereinbart werden, wenn ein Sieg der sowjetzonalen Sportler zu erwarten ist. Niederlagen des Sowjetzonen-S. gegen westdeutsche oder Sportler des «kapitalistischen» Auslandes führen zu heftiger Kritik und häufig zur Massregelung der verantwortlichen S.-Funktionäre und Trainer. So sind z. B. den Ruderern wegen ihrer Misserfolge bei internationalen Wettkämpfen «ernste Versäumnisse im Training und in der gesellschaftlichen Erziehung der Athleten» vorgeworfen worden. [609]

**SPORTARZT:** -> Jugendarzt.

**SPORTTOTO:** -> Toto.

**SPORT UND TECHNIK, GESELLSCHAFT FÜR (GST):** Organisation zur vormilitärischen Ausbildung von Jugendlichen und Erwachsenen beiderlei Geschlechts. Gegründet durch Regierungsverordnung vom 7.8. 1952 als «Körperschaft des öffentlichen Rechts». Beitritt vom 14. Lebensjahr an wird angestrebt. Die GST unterstand bis 1.3.1956 dem Innen-, nun dem Verteidigungsministerium, das auch die hauptamtlichen Funktionäre besoldet. 1. Sekretär: **Richard -> Staimer.**

Die GST soll ihren Mitgl. «militärische Grundkenntnisse auf den Gebieten des Segel- und Motorsport, des Flugmodell- und Fallschirmsportes sowie des Motor- und Seesportes, des Schiess- und Geländesportes und des Amateurfunkens als Massensport vermitteln. Sie soll «die Regierung der DDR bei der Organisierung der bewaffneten Verteidigung der

Heimat und des sozialistischen Aufbaus unterstützen\*. So hiess es im 1. Statut der GST vom August 1952. Da die motorsportlichen und technischen Möglichkeiten lockten und auf eine offene Bindung an die SED verzichtet wurde, hatte die GST bis Ende 1952 einen sehr starken Zulauf. Die Einführung einer Pflichtausbildung in Schiessen und Geländedienst und einer Art Politerschulung drosselte den Zulauf und brachte Austritte, Dennoch veranlasste die SED das 2. Statut vom November 1954, das den militärähnlichen Charakter der GST verstärkte und sie «der Führung der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps, der SED» unterstellte. Das 3. Statut vom Sept. 1956, das seit 21.2. 1957 in Kraft war, brachte nichts grundlegend Neues. Doch ordnete es, aus taktischer Zurückhaltung, die GST nicht mehr ausdrücklich der SED, sondern dem «Arbeiter-und-Bauernstaat - der DDR» unter. Zugleich wurden die «Erziehung . . . zum guten Patrioten» und «enge Zusammenarbeit mit der Nationalen Volksarmee» statt mit der KVP verlangt.

Das neue 4. Statut, das der II. Kongress der GST am 25. 6. 1960 beschloss und der Ministerrat am 28. 7. bestätigte, verzichtete auf taktische Mässigung. Es heisst in §3: «Die GST erfüllt ihre Aufgabe unter Führung der SED und lässt sich in ihrer Tätigkeit von . . . dem Marxismus-Leninismus leiten» (GBI. 1960, Nr. 45, S. 445). Das 4. Statut führt im wesentlichen die Linie des vorigen fort. Doch weit entschiedener als das 3. Statut bestimmt es in § 4d, die GST habe «die Jugend in militärischen und anderen in der GST betriebenen Sportarten körperlich zu ertüchtigen\* und habe (lt. § 4e) «allen Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich auf den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee und anderen bewaffneten Organen vorzubereiten\*».

Seit Sommer 1955 wird die GST auch an Normkaliberwaffen ausgebildet, im Interesse der Luftwaffe werden Segelfliegen, und Fallschirmspringen stark betrieben, die Nachrichtentechnik soll allen Waffengattungen zugute kommen. Die Geländekunde und der Felddienst werden oft als -> **Touristik** umschrieben. Die Erziehung zum -> **Patriotismus** und zum Kommunismus wird in der GST je offener gefordert, je mehr sie ein Werbeplatz der -> KVP, seit 1956 der -> **Nationalen Volksarmee** geworden ist. Die vormilitärische Ausbildung erfolgt oft durch Angehörige der allgemeinen -> **Volkspolizei** und zunehmend durch Funktionäre der GST, die schon gediente Reservisten der Volksarmee, der -> Grenzpolizei oder der -> Bereit-

**Schaftspolizei** sind. Seit 1955 darf die GST, obwohl ihre Funktionäre meist älter sind, nur 14- bis 24-jährige ausbilden. Die Waffenausbildung der über 24 Jahre alten Männer ist den **Kampfgruppen** vorbehalten. Einheiten der GST wirken meist an den grossen Kampfübungen der Kampfgruppen mit. An der vormilitärischen Ausbildung der Hoch- und Fachschüler liegt der GST besonders. Jede Hoch- und Fachschule hat eine Grundeinheit, wenn auch die Nationale Volksarmee (bis 1955: KVP) die abschliessende fortgeschrittene Ausbildung vornimmt (militärische Studienausbildung). Die GST zählte im Herbst 1960 etwa 625'000 nominelle Mitgl., davon dürften etwa 180'000 aktiv sein. – Sie ist nicht nur eine vormilitärische Erziehungsorganisation, sondern hat mit ihrem aktiven Kern den Charakter einer militärähnlichen Miliz. (-> **Militärpolitik**) [317]

**SPRACHE:** Unter dem Einfluss des **-\* Partiejargons** verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. Entwicklungstendenzen der S., die allgemein mit der Technisierung des Lebens und den Fortschritten auf dem Gebiet der Kommunikationsmittel (zumal der mechanischen Vervielfältigung und Verbreitung von Wort und Ton) Hand in Hand gehen, werden im totalitären Herrschaftsbereich durch den hemmungslosen Sprachverschleiss in der politischen **-> Agitation** und **-> Propaganda** verstärkt und beschleunigt. Das Weltanschauungs-Monopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungs-wirtschaft (Produktionssteigerung, Plandisziplin, Erreichung des «Welt-niveaus»), der militante Stil des Klassen- und «Friedens\*-Kampfes, die bewusste Anlehnung an die SU – all das durchsetzt auf dem Wege über Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und Kulturelle Massarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der (pseudo-) philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache. Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin («der überbau hilft der Basis», **-> Marxismus-Leninismus**) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (typisches, immer wiederkeh-

rendes Beispiel: «breit entfalten\* für «aufziehen», organisieren); der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie **-> Demokratie**, **-> Freiheit**, **-> Frieden**, **-> Gesetzlichkeit (-> Rechtswesen)**, **-> Mitbestimmung**, Sozialismus, **-> Wahlen** usw.; der Kampf gegen den «Klassenfeind», vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhler u. a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter dem Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der S. der jeweils massgebenden Parteigrössen an, und Nichtkommunisten folgen ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das «Partei-Chinesisch», nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen. Die Verlüderung der S. ist auch in der SBZ beobachtet und von einigen Einsichtigen (Becker, Klemperer, Weiskopr, Zweig) kritisch und warnend behandelt worden, doch wurden die spezifisch «gesellschaftlichen» Ursachen von ihnen begreiflicherweise übersehen. Der Spracherziehung dient, unter Wahrung der Tabus und mit klassenkämpferischen Einschlägen, die unter Mitwirkung der Redaktion des sowjetzonalen **-> Duden** vom Verlag Enzyklopädie herausgegebene Monatsschrift «Sprachpflege».

**SPREMBERG:** Kreisstadt im Bezirk **-> Cottbus**, in der Lausitz, mit 23 066 Einwohnern (1959), Braunkohlenindustrie, Tuchindustrie, Textilfachschule. Südlich von Sp. das Grosskraftwerk Trattendorf.

**SSD:** Volkstümliche Abk. für **-> Staatssicherheitsdienst**.

**STAATLICHE KONTORE:** Im Zuge der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre 1958 aus den **-> Absatzabteilungen** der aufgelösten **-\* Produktionsministerien** und den ebenfalls aufgelösten zentralen Leitungen der **Deutschen -> Handelszentralen** gebildete zentrale Lenkungsorgane für den Grossehandel mit Produktionsmitteln. StK. gibt es für folgende Fachbereiche: Kohle, Metall, Guss- und Schmiedeteile, Chemie, Maschinen, Textil, Leder, Zellstoff-Papier und Holz. Die StK. unterhalten in den Bezirken und Kreisen Niederlassungen (**-\* Versorgungskontore**), die die eigentliche Warenbewegung

durchführen. Die StK. sind in ihrem Fachbereich bei der Aufstellung zentraler Materialbilanzen für die Staatliche -> Plankommission beteiligt. Sie sind dieser direkt unterstellt.

Aufgaben der StK. sind: Absatz der Erzeugnisse und Versorgung der Bedarfsträger; Aufstellung von Lieferplänen; Veranlassung von notwendigen Importen; Einrichtung von Vorratslägern und Überwachung der Bestände. - Befugnisse: Anfordern von Bedarfsnachweisen von den Verbrauchern; Überwachung der Materialbestände in den Betrieben; operatives Eingreifen bei auftretenden Schwierigkeiten. Leiter eines StK. ist ein Hauptdirektor. Jedem StK. ist ein ^Beirat^ aus bis zu 15 Mitgl. beigegeben, bestehend aus Vertretern der Staatlichen Plankommission, wichtiger Liefer- und Verbraucherbetriebe, der Aussenhandelsorgane und der betreffenden Industriegewerkschaft. - Die StK. sollen durch Verkürzung der Instanzenwege die -> Materialversorgung der Industrie verbessern. (-> **Großhandel**)

**STAATLICHE PRAXIS:** Neue Form der Tätigkeit einzeln praktizierender -> **Ärzte**, -> **Zahnärzte**, -> **Tierärzte**, für die medizinische Versorgung vor allem in ländlichen Gebieten. **1956** probeweise in einzelnen Kreisen «freiwillig», **1958** allgemein eingeführt. Auf diesem Wege ist die Ablösung der freiberuflichen Tätigkeit beabsichtigt: in fest abgegrenztem «Versorgungsbereich» sollen 1 Arzt für je 2500 bis 3500, 1 Zahnarzt für 2300 Einwohner tätig sein, und zwar in fester Anstellung, möglichst beide im gleichen Hause, zusammen mit der Gemeindegewerkschaft. Sie unterliegen der Aufsicht und Weisung des zuständigen -> **Ambulatoriums** und sollen wie dieses auch vorbeugend und beratend sich betätigen. (-> **Gesundheitswesen**) [440]

**STAATSANGEHÖRIGKEIT:** Nach Art. 1 Abs. 4 der -**Verfassung** gibt es nur eine deutsche S. Entsprechend dieser Bestimmung unterscheidet man in der SBZ bisher noch nicht eine besondere «DDR»-S. von der S. der in der Bundesrepublik lebenden Deutschen. Dies wird auch durch die Bestimmungen des Passgesetzes bestätigt, in denen die Bürger der Bundesrepublik als «Deutsche Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz in Westdeutschland» bezeichnet werden (1. D.-Best. zum PassGes. vom 14. 3. **1955**, GBl. I, S. 252). -> **Umsiedler** aus der Bundesrepublik bedürfen deshalb nur der Zuzugsgenehmigung und nicht einer Einbürgerung oder Verleihung der Staatsangehörigkeit. Eine Deutsche, die einen Ausländer oder Staatenlosen hei-

ratet, verliert dadurch die deutsche S. nicht. Eine Ausländerin oder Staatenlose erwirbt durch die Ehe mit einem Deutschen nicht die deutsche S. (Anordnung über die Gleichberechtigung der Frau im Staatsangehörigkeitsrecht vom 30.8. **1954** - ZBl. S. 431). über die Verleihung der deutschen S. und die Entlassung daraus entscheidet der Minister des Innern (VO über das Verfahren in S.-Fragen vom 28.11. **1957**, GBl. I, S. 616).

**STAATSANWALTSCHAFT:** Die St. war in den Ländern der SBZ nach dem Zusammenbruch **1945** hinsichtlich Organisation und Zuständigkeit zunächst in der herkömmlichen Weise wiederaufgebaut worden; der Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht (**1951-1952** Landesstaatsanwalt) als höchstes Strafverfolgungsorgan des Landes unterstand dem jeweiligen Justizminister. Nach Errichtung der «DDR» wurde durch Gesetz vom 8.12. **1949** (GBl. S. 111) ausser dem Obersten Gericht auch eine Oberste St. geschaffen, deren durch die Volkshammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. Durch die «VO über Massnahmen zur Vereinfachung der Justiz» vom 27.9. **1951** (GBl. S. 877) wurde die St. unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der «DDR» ein in seiner «Organisation und Tätigkeit selbständiges Organ der Justiz» (§ 1). Ihren Abschluss fand die Herauslösung der St. aus der Justiz mit dem «Gesetz über die St. der DDR» (StAG) vom 23.5. **1952** (GBl. S. 408), «das für die St. der DDR die Krönung ihrer Entwicklung bedeutete» (Benjamin/Melsheimer in: «Neue Justiz» **1955**, S. 264). Seither entsprechen Organisation und Aufgaben der St. im wesentlichen dem sowjetischen Vorbild.

Die St. ist jetzt ein unmittelbar dem Ministerrat unterstelltes Staatsorgan mit besonderen, über den eigentlichen Justizbereich hinausgreifenden Aufgaben und Vollmachten. Nach dem StAG ist es Aufgabe der St., «die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze und Verordnungen der DDR zu führen» (§1, Abs. 2, StAG). «Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Ministerien, Ämter und ihnen unterstellte Dienststellen und Einrichtungen, auf Betriebe und ebenso auf alle Funktionäre des Staatsapparates und Bürger» (§ 10, Abs. 2, StAG); diese Bestimmung deckt sich bezeichnenderweise fast wörtlich mit dem Art. 113 der Sowjetverfassung. Entsprechend dem § 10 StAG wurde die Abt. **Allgemeine Aufsicht**



in der St. geschaffen. In dieser neuen Funktion wird der Staatsanwalt als «Hüter der-> Demokratischen Gesetzlichkeit» bezeichnet («Neue Justiz» 1955, S. 11). «Die Allgemeine Aufsicht entspricht dem Wesen unseres Staates und hilft mit bei der Verwirklichung der Politik der Regierung. Sie ist eine wichtige politische Einrichtung. Die Lösung der sich für die Allgemeine Aufsicht ergebenden Aufgaben kann nur in unmittelbarer Auswertung des erklärten politischen Willens der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse, erfolgen» («Neue Justiz» 1954, S. 489). Ferner führt die St. das Ermittlungsverfahren in Strafsachen; ihr «obliegt die Aufsicht über alle Untersuchungen, die von den einzelnen Untersuchungsorganen durchgeführt werden» (§ 17 StAG). Die St. erhebt die Anklage und vertritt sie vor Gericht. Sie ist berechtigt, in jedem Zivil- und Arbeitsrechtsstreit durch Einreichung von Schriftsätzen und durch Teilnahme in Gerichtsverhandlungen mitzuwirken (§ 20), wenn sie «dies wegen der Bedeutung des Gegenstandes des Rechtsstreits für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus für erforderlich erachtet» (Haber in: «Neue Justiz» 1955, S. 116). Sie hat auch in Zivil- und Arbeitsrechtssachen das Recht, die \* Kassation zu beantragen. Die St. überwacht die -> **Strafvollstreckung** und übt die Aufsicht über alle Haft- und Strafanstalten (-> **Strafvollzug**) aus. Sie wirkt im Begnadigungsverfahren (-> **Gnadenrecht**) mit und führt das -> **Strafregister**. - Die St. wird von dem Generalstaatsanwalt der «DDR» geleitet, dem in den Bezirken der Staatsanwalt des Bezirkes (**Bezirksstaatsanwalt**) und in den Kreisen der Staatsanwalt des Kreises (**Kreisstaatsanwalt**) unterstehen. Sämtliche Staatsanwälte sind den Weisungen des Generalstaatsanwaltes unterworfen; er ernennt und entlässt alle Staatsanwälte. Fast alle Staatsanwaltstellen sind mit der SED angehörenden Absolventen von -> **Volksrichter-Lehrgängen** besetzt. Genera Istaatsan wall der» DDR» war seit Schaffung dieses Amtes bis zu seinem Tode (25.3. 1960) -> **Mdsheimer** (SED). Eine Neuwahl hat noch nicht stattgefunden, «amtierender Generalstaatsanwalt» ist Werner Funk. Die St. im Sowjetsektor -> **Berlins** ist selbständig und untersteht formal nicht dem Generalstaatsanwalt der SBZ, erhält aber doch Weisungen von diesem. Ihr Leiter ist der GenStA von Ost-Berlin, dem die Staatsanwälte der acht Stadtbezirke unterstellt sind. Der GenStA von Ost-Berlin vereinigt also in seiner Funktion die Tätigkeit

des GenStA der SBZ mit der eines Bezirksstaatsanwalts. (-> **Rechtswesen**) [420. 430]

**STAATSAPPARAT:** Zum S. gehören nach komm. Lesart die Regierung, der Verwaltungsapparat, die Streitkräfte, die Polizei, der Sicherheitsdienst, die Gerichte und Staatsanwaltschaften. Der S. wird als das «Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus» mit «politisch-erzieherischen und wirtschaftlich-organisatorischen Funktionen» bezeichnet. Grundlegendes Organisationsprinzip des S. ist der -> **demokratische Zentralismus**, wonach alle unteren Glieder den höheren untergeordnet und verantwortlich sind. Verpflichtendes Arbeitsprinzip ist die -> **Parteilichkeit** im Sinne der -> SED, die über die regionalen und zentralen Organe den S. kontrolliert und anleitet. (-> **Apparat**, -> **Regierung und Verwaltung**)

**STAATSARCHIVE:** Das Archivwesen ist nach Sowjet. Vorbild durch VO vom 13. 7. 1950 dem -> **Ministerium des Innern** (Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten) unterstellt. Aufsicht und Anleitung der St. obliegen der dort gebildeten Staatlichen Archivverwaltung (Sitz Potsdam). Das Deutsche Zentralarchiv (DZA) in Potsdam verwahrt Aktenbestände des Norddeutschen Bundes und der Reichsregierung von 1867-1945 (ehem. Reichsarchiv), sowie der von 1945-1958 aufgelösten zentralen Dienststellen der SBZ. Ausserdem werden dort Urkunden und Akten der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, deren Übergabe an die betr. Städte vom Innenministerium der SBZ verweigert wird, zurückgehalten. In der Abt. Merseburg des DZA sind die von Berlin-Dahlem im Kriege ausgelagerten Bestände des Preussischen Geheimen St. und des Hohenzollernschen Hausarchivs untergebracht. Die territoriale Zuständigkeit der 5 Landeshauptarchive (LHA) entspricht noch im wesentlichen der vor der -> **Verwaltungsneugliederung** des Jahres 1952 bestandenen Einteilung der SBZ in 5 Länder. Jedem LHA unterstehen Landesarchive, die als Bezirks-Archive ausgestaltet werden. Die Bestände der mitteldeutschen St. sind durch Kriegsverluste und vor allem durch Beschlagnahmen der Sowjet. Besatzungsmacht dezimiert, die trotz der Aktenrückgaben der Jahre 1955, 1957 und 1959 wichtige Aktenbestände deutscher Behörden in der SU zurückhält. Wiederaufbau und Neuordnung der St. sind durch Mangel an geeigneten Fachkräften und fehlende Investitionen für dringende Neubauten behindert. Die Ausbildung für den höheren Archivdienst

(Diplomarchivare) geschieht in einjährigen Kurzlehrgängen durch das im Jahre 1950 gegründete Institut für Archivwissenschaft (Sitz Potsdam), das 1958 der Ost-Berliner Humboldt-Universität angeschlossen wurde. Den Mangel an Fachkräften versucht man ausserdem zu beseitigen durch Ausbildung von staatlich geprüften Archivaren an der Fachschule für Archivwesen (Sitz Potsdam), durch Kurzlehrgänge und Sonderkurse und durch die Einrichtung eines -> **Fernstudiums**, wobei stets die politische Bewusstseinsbildung durch SED-Dozenten vor der fachlichen Schulung steht.

Die Aktenbenutzung in den St. ist durch verschiedene Bestimmungen beschränkt. Im allgemeinen wird Forschern aus der Bundesrepublik und den westlichen Ländern seit 1958 der Zutritt zu den St. weitgehend verwehrt. Von Staatssekretär -> **Grünstein** wurde auch eine allgemeine Auskunftsperre für alle Anfragen aus der Bundesrepublik und West-Berlin über in mittel-deutschen St. befindliche Pensions-, Renten- und Versorgungsunterlagen verfügt. Durch den Leiter der Staatlichen Archivverwaltung, -> **Schirdewan**, wird die Politisierung des Archivwesens noch beträchtlich verschärft. Abgesehen von der stärkeren Durchsetzung des Archivpersonals mit SED-Mitgliedern und SSD-Spitzen, der verstärkten marxistisch-leninistischen Schulung und der strafferen Organisation und Kontrolle des ohnehin überzentralisierten Archivwesens sollen vor allem die in den St. vorhandenen Unterlagen zu gegen die Bundesrepublik gerichteten propagandistischen Aktionen (-> **Ausschuss für deutsche Einheit**) nutzbar gemacht werden. Jede objektive Geschichtsforschung soll bereits durch die St. weitgehend verhindert werden. Als bedeutendster «Erfolg» in der jüngsten Entwicklung des «sozialistischen Archivwesens» werden die kürzlich gebildeten «sozialistischen

-> **Brigaden** und Arbeitsgemeinschaften der Archivare» herausgestellt. Die Kreis-, Stadt- und Gemeindearchive unterstehen besonderen Referenten für Archivwesen bei den Räten der -> **Bezirke**. Die Archive (Registraturen) der staatlichen Verwaltungsorgane befinden sich grösstenteils in desolatem Zustand, ebenso werden die Betriebsarchive der -> **VEB**, die zwar gegenüber der staatlichen Aufsicht - eine gewisse Selbständigkeit besitzen, als «Stiefkinder» behandelt und sind - wie die laufenden Registraturen der Verwaltungen - dem Zugriff (Aktenvernichtung) durch die Sowjet. Besatzungsmacht ausgesetzt.

**STAATSBETEILIGUNG:** Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe (Betriebe halbsozialistischen Charakters) zu schaffen, die «auf einem friedlichen Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten» sind (DFW 13/56, S. 584). Auf Grund des Beschlusses des 25. Plenums des ZK der SED, in dem es heisst: «Um die Produktionserfahrungen solcher privater Unternehmer auszuwerten, die über ein zu geringes Kapital verfügen, um volkswirtschaftlich notwendige Produktionen für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Steigerung des Exports durchzuführen und erweitern zu können, kann solchen Betrieben das fehlende Kapital durch staatliche Beteiligungen zugeführt werden», wurde im Januar 1956 die **Deutsche -> Investitionsbank (DIB)** vom Präsidium des Ministerrates bevollmächtigt, sich mit staatlichen Mitteln an Privatbetrieben zu beteiligen.

Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet. Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär und Geschäftsführer wird. Für seine Geschäftsführung erhält er ein lohnsteuerpflichtiges Gehalt, das auch bei Verlusten zu zahlen ist. Die Gewinnbeteiligung erfolgt nach seinem Kapitalanteil. Das Verhältnis zwischen Komplementär und Kommanditist wird vertraglich geregelt. Der Kommanditist (DIB) hat bestimmte Kontrollrechte und haftet nur bis zum Betrage seiner Vermögenseinlage. Durch die Aufdeckung der stillen Reserven des ehemaligen Betriebes bei der Umwandlung entstehen keine steuerlichen Lasten, über den anteiligen Betriebsgewinn kann sowohl der bisherige Betriebsinhaber als auch die DIB frei verfügen. Nach dem Mustervertrag führt das Stehenlassen der Gewinne nicht zu einer Veränderung der Gewinnverteilungsquoten.

In Einzelfällen ist auch die Form der Offenen Handelsgesellschaft zulässig. Neben der -> **DIB** können auch -> **VEB**, -> **WB** und die Deutsche Reichsbahn staatlicher Gesellschafter sein.

Wenn auch diese neuen Gesellschaften neben steuerlichen Vergünstigungen, besserer Material-

Versorgung und bevorzugter Auftragserteilung gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile geniessen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle.

Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betr. Verwaltungsorganen.

Der -> **FDGB** ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. Er hat den Wettbewerb, Neuerermethoden und das Rationalisierungs- und Erfindungswesen unter den Arbeitern zu organisieren, über den bisher in Privatbetrieben zugelassenen Sozialfonds von 2 v. H. der Lohn- und Gehalts-summe hinaus wird für die Prämierung der Arbeiter ein Fonds gebildet, der dem -> **Direktorfonds** (jetzt -> **Betriebsprämienfonds**, -> **Kultur- und Sozialfonds**) der VEB ähnelt und steuerlich als Betriebsausgabe zu behandeln ist. Weiterhin sind Betriebsverträge nach dem Muster des Kollektivvertrages der VEB mit der Belegschaft abzuschliessen. Die in dieser Vereinbarung festgelegten tariflichen Entgelte gelten steuerlich als Betriebsausgaben.

Diese neuen Betriebe mit St. unterliegen der Kontrolle der **Deutschen -> Notenbank** und sind verpflichtet, ihre Bankkonten ausschliesslich bei der Deutschen Notenbank zu unterhalten.

Alle Betriebe mit St. werden in das -> **Rechnungseinzugsverfahren** einbezogen.

Nach sowjetzonalen Angaben entwickelte sich die Zahl der halbstaatlichen Industriebetriebe wie folgt:

31. 12. 1956	= 144	
30. 6. 1957	= 334	
31. 12. 1957	-	440
31. 3. 1958	= 522	
30. 6. 1958	= 671	
30. 9. 1958	= 1051	
31. 12. 1958	= 1541	
31. 12. 1959	= 3534	

Im Jahre 1956 waren in diesen Betrieben 14 331, 1957 = 44 976, 1958 = 126 472 Arbeiter und Angestellte und 1959 = 240 498 (ohne Lehrlinge) beschäftigt. (-> **Wirtschaftssystem**, -> **Industrie- u. Handelskammer**)

**STAATSBÜRGERKUNDE:** Früher Gegenwartskunde, war lt. Verfügung vom 24. 10. 1958 für die 8. bis 12. Klassen vorgesehen (durchschnittlich je eine Wochenstunde). Die St. soll die Schüler mit den wichtigsten Fragen der «wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse», also mit dem -> **Dialektischen** und -> **Historischen Materialismus** und der politischen Ökonomie sowie dem «wissen-

schaftlichen Sozialismus» vertraut machen. «Dieses Fach soll besonders dazu beitragen, dass die Schüler wichtige Gesetzmässigkeiten der Entwicklung in Natur und Gesellschaft erkennen, tiefer in die Zusammenhänge des sozialistischen Aufbaus eindringen, um bewusst an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu können.» Nach dem Lehrplanwerk 1959 werden ab Klasse 9 vor allem die Entstehung der «DDR» und das Wesen der sog. sozialistischen Demokratie behandelt. Den Schülern soll die angebliche Überlegenheit der SBZ gegenüber der Bundesrepublik und ihre Bedeutung für «die nationale Wiedergeburt» Deutschlands vor Augen geführt werden. (-> **Schule**, -> **Erziehungswesen**)

**STAATSFERIERTAGE:** Zu den herkömmlichen -> **Feiertagen**, unter denen der 1. Mai («Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen») als St. begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4. 1950 noch der «Tag der Befreiung» (8. Mai) und der «Tag der Republik» (7. Okt.) zu St. erklärt. Ausserdem wurden 1960 offiziell begangen am 1.3. der «Tag der -> **Nationalen Volksarmee**», am 21.4. der «Vereinigungsparteitag» (Gründungstag der -> **SED**), am 24.4. der «Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz», am 10. 5. der «Tag des freien Buches», am 12.6. der «Tag des Lehrers» und der «Tag des Eisenbahners», am 3.7. der «Tag des Bergmanns», am 11.9. der «Gedenktag für Opfer des Faschismus» und am 10. 11. der «Weltjugendtag».

**STAATSLAGGE:** -> **Flagge**.

**STAATSGRENZE WEST:** Die **Demarkationslinie** zwischen der SBZ und der Bundesrepublik wird von der Regierung der SBZ amtlich, wie dies seit Mai 1956 geschehen war, nicht nur als «Grenze», sondern seit 16. 11.1957 sogar als St. bezeichnet: seit der Übertragung der Zoll- und Warenkontrolle von der Deutschen -> Grenzpolizei an das **Amt für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs**. Halbamtlich wird die Bezeichnung St. bereits seit 10. 12. 1955 gebraucht, seitdem die Grenzbewachung statt von den Sowjettruppen von der Grenzpolizei wahrgenommen wird.

**STAATSHAUSHALT:** Durch das Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens vom 15. 12. 1950 und das Gesetz über die Staatshaushaltsordnung vom 17.2. 1954 wurde das Haushaltswesen grundlegend umgestaltet. Der neue einheitliche Staatshaushaltsplan umfasst die Haushalte

sämtlicher Finanzträger von der Zone über die Bezirke und Kreise bis herab zu den kleinsten Gemeinden; ferner die Haushalte von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, den Haushalt der Sozialversicherung und seit 1953 auch den Haushalt des sowjetischen Sektors, von -> Berlin. Nach mehrfachen Änderungen von Beginn und Dauer des Haushaltsjahres sind seit 1950 Haushaltsjahr und Kalenderjahr wieder identisch. Der Plan wird auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes aufgestellt. Der St. hat die im -\* **Volkswirtschaftsplan** vorgeesehenen Aufgaben zu finanzieren; er hat alle in der SBZ vorhandenen Reserven auszuschöpfen und das «Prinzip der strengen Sparsamkeit» anzuwenden. Die jährlichen St.-Pläne sollen mit höheren Einnahmen als Ausgaben schliessen.

In seiner Gliederung ist der Haushaltsplan entsprechend seinem Charakter – auf den Volkswirtschaftsplan abgestimmt; die Volkskammer hat ihn nicht zu kontrollieren, sondern durch Akklamation anzunehmen. Die Gesetze über den St. enthalten nur noch nichtssagende Angaben, aus denen kein genaues Bild über Art und Verwendung der Einnahmen gewonnen werden kann. Weder der Volkskammer noch der Öffentlichkeit erstattet die Regierung der SBZ Rechenschaft über ihr Finanzgebaren.

Im Kassenwesen sind dahingehend Änderungen eingetreten, dass die bisher dezentralisierten Haushalts- und Steuerkassen aufgelöst und ihre Aufgaben den öffentlichen Banken unter Führung der **Deutschen -> Notenbank** übertragen wurden. Sie hat die Aufgabe, die Haushaltseinnahmen anzunehmen und die Haushaltsausgaben auf Grund von Anweisungen der Konteninhaber im Rahmen des Kassenplanes und der Erfüllung der Einnahmen zu leisten. An Orten ohne Niederlassungen der Deutschen Notenbank werden die Konten bei den -> **Sparkassen** geführt, die für die Führung der Haushaltskonten den Anordnungen der Notenbank unterworfen sind. Der **Finanzausgleich (-> Haushaltsausgleich)** hat in der SBZ eine grosse praktische Bedeutung erlangt. Die Bezirke, Kreise und Gemeinden wären ohne Zuweisungen aus allgemeinen Haushaltsmitteln nicht lebensfähig. Die Verteilung wird jährlich im Gesetz über den St.-Plan neu geregelt; einen feststehenden Verteilungsschlüssel gibt es nicht. Die Zuweisungen in absoluten Beträgen sind relativ unbedeutend. Eine wichtigere Rolle spielen die prozentmässigen Be-

teiligungen der Bezirke, Kreise und Gemeinden an bestimmten in ihren Bereichen anfallenden «republikeneigenen» Steuern und sonstigen Abgaben. Hierin kommt das «Prinzip der -> **materiellen Interessiertheit» zum Ausdruck**, denn eine Nichterfüllung des Plansolls würde sich auch negativ auf den eigenen Haushalt auswirken. -Alle den Bezirken, Kreisen und Gemeinden zugewiesenen Mittel sind grundsätzlich plangebunden.

[742, 743]

**STAATSMACHT:** Pj. für Staatsgewalt.

**STAATSPLANVORHABEN:** St. sind volkswirtschaftlich wichtige Investitionsvorhaben, die der Beurteilung, Entscheidung, Lenkung und Kontrolle durch die **Staatliche -> Plankommission** oder den -> **Ministerrat** direkt unterliegen. St. werden in den Volkswirtschaftsplänen einzeln genannt, wobei Wertumfang, Zeitraum der Durchführung und zu erreichende Kapazität festgelegt werden. Solche Investitionsvorhaben gelten erst als St., nachdem sie – entweder im Rahmen des Gesetzes über den -> **Volkswirtschaftsplan** oder als Sondervorfügung – im Gesetzblatt veröffentlicht wurden. St. werden oft auch Staatsplanpositionen genannt.

**STAATSPRÄSIDENT:** -> **Präsident der Republik.**

**STAATSRAT;** Der Tod des Präsidenten der SBZ, -> **Pieck**, gab der -> SED die Gelegenheit, die -> Verfassung zu revidieren und sie in den Artikeln 101 bis 108 den Verfassungsbestimmungen der SU und anderer «Volksdemokratien» anzupassen. Nach sowjetischem Vorbild wurde am 12. 9. 1960 das Amt des -> **Präsidenten der Republik** durch einen «St. der Deutschen Demokratischen Republik» ersetzt. Zugleich wurden die Befugnisse des St. gegenüber dem Präsidentenamt stark ausgedehnt. Der St. wird von der -> **Volkskammer** auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Er besteht aus dem Vorsitzenden **Ulbricht**, sechs Stellv. d. Vorsitzenden (-> **Grotewohl**, -> **Dieckmann**, -> **Gotting**, **Homann**, -> **Gerlach**, **Rietz**) und 16 Mitgliedern (-> **Leu** sehn er, -> **Ebert**, -> **Correns**, **Thiessen**, -> **Polak**, -> **Ermisch**, **Rodenberg**, -> **Mewis**, **Grützner**, **Benhard** -> **Koenen**, **Rieke**, **Christoph**, **Kind**, **Irmgard Neumann**, **Krauss**, **Horst** -> **Schumann**). Als Sekretär des St. fungiert **Otto Gotsche** (SED).

Der St. ist der Volkskammer formal rechenschaftspflichtig. Er verkündet die Gesetze, verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt, schreibt Wahlen zur Volkskammer aus, ratifiziert und kündigt internationale Verträge,

ernennt Botschafter und beruft sie ab, nimmt Beglaubigungs- und Aberufungsschreiben der bei ihm akkreditierten ausländischen diplomatischen Vertreter entgegen. Neben diese meist repräsentativen Aufgaben treten Funktionen, die von den klassischen verfassungsrechtlichen Befugnissen eines Staatsoberhauptes bzw. oberster Staatsrepräsentation stark abweichen. So gibt der St. «allgemein verbindliche Auslegungen der Gesetze», kann er selbständig «Beschlüsse mit Gesetzeskraft» erlassen, grundsätzliche Beschlüsse zu «Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes» fassen, «grundsätzliche Anordnungen des Nationalen -> Verteidigungsrates» bestätigen und die Mitglieder des Verteidigungsrates berufen. In der Verfassungspraxis tritt der St. damit in eine Funktionskonkurrenz mit den legislativen und exekutiven Organen der SBZ. (-> **Regierung und Verwaltung**)

**STAATRESERVEN:** Staatliche Reserven an Roh- und Hilfsstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten und Lebensmitteln, die seit 1952 für den Ausbau der -> **Kasernierten Volkspolizei** zur -> **Nationalen Volksarmee** und als Reserven für unvorhergesehene Notstände angelegt wurden und laufend ergänzt werden.

Verwaltende Stelle ist seit September 1952 das «Staatssekretariat für Verwaltung der St.», direkt dem «Ministerrat\* der SBZ unterstellt.

**STAATSEKRETARIATE MIT EIGENEM GESCHÄFTSBEREICH:** Zahlreiche St. wurden im Zuge der Reorganisation der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1952 errichtet. Sie entsprachen den -> **Produktionsministerien** und lenkten die Produktion bestimmter Wirtschaftszweige. Die zahlreichen Veränderungen in der Struktur des -> **Ministrierrates** führten dazu, dass seit 1958 die St. f. Kohle, Energie, Chemie, Kraftverkehr und Strassenwesen, Schifffahrt, Berufsausbildung, die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft, Örtliche Organe und für Erfassung und Aufkauf landw. Erzeugnisse inzwischen entweder in anderen Ressorts aufgegangen oder zu Ministerien erhoben worden sind. Gegenwärtig besteht nur noch das St. für Hoch- und Fachschulwesen.

**STAATSSICHERHEITSDIENST (SSD, STASI):** Politische Geheimpolizei der SBZ. Bereits Ende 1946 wurde mit dem Aufbau eines geheim arbeitenden Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes begonnen. Organi-

satorisch wurde dieser Apparat in die Kommissariate «K 5» der Kriminalpolizei eingebaut, die für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Naziverbrechen zuständig waren. Bald nach Gründung der «DDR» durch Gesetz vom 8.2.1950 (GBl. 1950, S. 95) amtlich als Organ des -> **Ministeriums für Staatssicherheit** (MfS) bezeichnet. Erster Minister für Staatssicherheit: **Wilhelm -> Zeiser. Nach dem -> Juni-Aufstand** in das «Staatssekretariat für Staatssicherheit» umgewandelt und dem -> **Ministerium des Innern** (Mdl) unterstellt. Seit Nov. 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: **Erich -> Mielke** als Nachfolger des in Ungnade gefallenen **Ernst -> Wollweber**. Im Febr. 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei und Trapo an das Mdl abgegeben. Dem MfS untersteht nur noch ein verstärktes Wachregiment.

Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im Sowjetsektor Berlins; Kreisverwaltungen in den Kreisen. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instruktoren des sowjetischen -> **MGB** zugeeilt. Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- und Vernehmungsmethoden nach dem Vorbild der -> **KGB**. Der SSD stützt sich in erster Linie auf die Berichte seiner Geheimen Informanten (-> Spitzelwesen).

Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nicht-sowjetischen Regungen und anti-kommunistischen Gedanken geheimpolizeilich zu «sichern». Daneben betreibt er eine getarnte Nachrichtentätigkeit (d. h. Spionage) in West-Berlin, in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland (-> **Aufklärung**). Dabei stützt sich die «Hauptverwaltung Aufklärung» (HVA) des MfS, die diese «Nachrichtenarbeit» leitet, auf teils legale, teils illegale «Residenturen» (= Spionageköpfe). Diese «Residenturen» des MfS arbeiten konspirativ (d. h. streng verdeckt) 1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen; 2. in allen Organisationen und Einrichtungen, die durch -> **Kontakte** auf dem Wege der -> **Infiltration** in die Bundesrepublik hinein wirken; 3. in vielen Stellen und Einrichtungen der Wirtschaft und der technisch - militärischen Forschung ausserhalb der SBZ.

Er unterliegt keiner Kontrolle durch die -> **Volkskammer** oder die Regierung der «DDR», «er ist eine Behörde eigener Verantwortung» (Otto Nuschke auf einem Presseempfang in Bonn am 20.9.

1952). Er ist offiziell an die -> Demokratische Gesetzlichkeit gebunden, jedoch sind Verletzungen dieser Gesetzlichkeit an der Tagesordnung, wenn auch die bis zum Jahre 1954 zu beobachtenden Vernehmungs- und Behandlungsmethoden gegenüber politischen Untersuchungsgefangenen (Licht, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Misshandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen und Geständnisse erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre. Die Hauptabt. V des MfS ist mit Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen beschäftigt (-> Menschenraub). SSD-Angehörige führen, militärische Dienstgrade und sind neben SSD-Ausweis mit Kripo-Ausweis und getarnten Papieren ausgestattet. Stärke: etwa 13'000 Zivil tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschliesslich der 1450 Angehörigen des MfS, ohne das rund 2500 Mann zählende verstärkte Wachregiment des MfS.

**STAATSVERBRECHEN:** Sammelbegriff für die politischen Straftaten, die bis zum Erlass des -> **Strafrechtsergänzungsgesetzes als Erscheinungsformen** im Klassenkampf nach Art. 6 der -> Verfassung (-> **Boykotthetze**), bis zum September 1955 auch nach Art. III A III der Direktive 38 (-> **Friedensgefährdung**) oder nach Befehl 160 der SMAD (-> **Diversion, Sabotage**) bestraft wurden. Das StEG formuliert die St. mit Wirkung vom 1. 2. 1958 im einzelnen als -> **Staatsverrat**, -> **Spionage**, -> **Agententätigkeit**, -> **Terrorismus**, -> **Hetze**, **Verleitung zum Verlassen der «DDR»** (-> **Abwerbung**), **Diversion und Sabotage**.

**STAATSVERLEUMDUNG:** Nach § 20 -> StEG wird wegen St. mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wer «1. die Massnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt, 2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht». Das OG hat «Öffentlichkeit» auch dann für gegeben erklärt, «wenn die verleumderische Äusserung auch nur einer Person gegenüber gemacht wird» und «wenn in einer an sich nicht als öffentliche Örtlichkeit zu bezeichnenden Umgebung, wie privatem Wohnraum, Werkstätten und dergleichen, die persönliche Atmosphäre durch den

Charakter der betreffenden Äusserungen und der völlig unpersönlichen Beziehungen, in denen sich der Kundgebende und der Empfänger der Mitteilung gegenüberstehen, beseitigt ist» (Urteil in: «Neue Justiz» 1958, S. 68/69).

**STAATSVERRAT:** Schwerstes -> **Staatsverbrechen**, strafbar nach § 13 StEG. Mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und Vermögens-einziehung, in schweren Fällen mit -> Todesstrafe oder lebenslanglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt, «1. die verfassungsmässige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmässige Untergrabung zu beseitigen, 2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmässige Tätigkeit des Präsidenten der Republik, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu verhindern, 3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen».

Nach dieser Strafbestimmung wurden z. B. Ende 1958 24 Studenten der Universität Jena zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmässige Staatsordnung beseitigen zu wollen. Den Tatbestand des «Verfassungsverrats» im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.

**STAATSWAPPEN:** -> **Wappen**.

**STACHANOW, ALEXEJ:** \* 1905 im Donezgebiet, Bergarbeiter, förderte in der Nacht zum 31.8.1935 während einer Schicht 102 t Kohle und übertraf damit die Leistungsnorm um das HVrfache. Die ganze Sowjetpresse feierte diese Leistung als «höhere Stufe des sozialistischen Wettbewerbs». Nunmehr erfolgte die Organisation der St.-Bewegung zur Erhöhung der Arbeitsnormen in allen Zweigen der sowjet. Wirtschaft. (-> **Aktivistenbewegung**, -> **Hennecke**)

**STADTAMBULATORIUM:** -> **Ambulatorium**, -> **Gesundheitswesen**.

**STADTBZIRK:** -> **Kreis**.

**STADTBZIRKSGERICHT:** Unterste Gerichtsinstanz in Ost-Berlin, **Gerichtsverfassung**.

**STADTBZIRKSVERSAMMLUNG:** **Kreis**.

**STÄDTE- UND GEMEINDETAG, DEUTSCHER:** 1955 ins Leben gerufene, staatlich gelenkte Zusammenfassung der sowjetzonalen Städte und -> Gemeinden zur propagandistischen Beeinflussung westdeutscher Kommunalpolitiker und zur Kontaktaufnahme mit den kommunalen Einrichtungen und Verbänden im Bundesgebiet. Präsident: Friedrich -> Ebert, Oberbürgermeister von Ost-Berlin.

**STADTGERICHT:** Mittlere Gerichtsinstanz in Ost-Berlin, -> **Gerichtsverfassung.**

**STADTKONTOR, BERLINER:** Neben den anderen Kreditinstituten insbes. für die Bedürfnisse Ost-Berlins geschaffen. Das St. unterhält 20 Zweigstellen und ist praktisch einer Filiale der Deutschen -> **Notenbank** gleichgestellt. Die Berliner -> Sparkassen mit 44 Zweigstellen und die Berliner Volksbank eGmbH mit 11 Zweigstellen sind dem St. kontenmäßig angeschlossen.

**STADTKREIS:** -> **Kreis.**

**STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG:** -> **Kreis, -> Gemeinde.**

**STAIMER, RICHARD:** \* 25.1.1907 in München, Fliesenleger. 1924 -\* KPD-Mitgl., 1930 Vors. des Deutschen Bauarbeiterverbandes, 1931 Teilnahme am Lehrgang der Internat. Militärschule in Moskau, nach seiner Rückkehr Leiter des Rolfrenkämpferbundes in Nordbayern. 1933 Emigration in die SU, 1936 als «General Hoffmann» Kommandeur der XI. Internat. Brigade in Spanien. 1939 über Frankreich in die Schweiz geflohen, dort wegen illegaler Arbeit zu Zuchthaus verurteilt, 1945 Leiter der Polizeiinspektidn Berlin-Prenzlauer Berg, Mai 1946 Chef der Polizei im Land Brandenburg. Ab Sept. 1949 Teilnahme am Lehrgang für -> KVP-Offiziere in der SU. Im Okt. 1950 Volkspolizeikommandeur in Leipzig. 1.1. 1952 stellv. Generaldirektor der Reichsbahn. Von Mai 1953 bis Dez. 1954 stellv. Minister für -> **Verkehrswesen** in der SBZ, danach 1. Sekretär der **Gesellschaft für -> Sport und Technik.** 1960 in dieser Funktion bestätigt. Bis 1955 verheiratet mit Lore St., einer Tochter **Wilhelm -> Piecks**, die seit Febr. 1958 Gesandte in Jugoslawien ist.

**STALIN, JOSEF WISSARIONOWITSCH DSCHUGASCHWILI:** gen.

St., «der Stählerne». \*21.12.1879 in Gori bei Tiflis in Georgien als Sohn eines Schusters, besuchte das Priesterseminar in Tiflis, trat aber bereits 1897 der revolutionären sozialistischen Bewegung bei, wurde wiederholt verhaftet und deportiert, seit 1903 Mitgl. der Sozialdemokrat. Arbeiterpartei Russlands. 1917 Mitgl. des Politbüros, 1922 Generalsekr. der -> **KPD(SU)(B).**

Zu Lebzeiten -> **Lenins** trat er nur selten hervor und bemühte sich in dieser Zeit, die entscheidenden Parteistellen mit ihm hörigen Funktionären zu besetzen, so dass er nach Lenins Tod 1924 über von ihm abhängige Parteikader verfügte, mit deren Hilfe er die ihm unbequemen Funktionäre, zumeist alte Bolschewiki, ausschalten konnte. Lenin hat in seinem politischen Testament, das auf dem XIII. Parteitag der KPdSU verlesen, jedoch danach nicht mehr veröffentlicht wurde, nachdrücklich davor gewarnt, St. die ungeheure Macht des Generalsekretärs in die Hand zu geben. In einer Nachschrift zu diesem Dokument beichtigte Lenin St. der Rücksichtslosigkeit und forderte die Partei auf, ihn seines Postens zu entheben. Acht Wochen später brach er in einem Schreiben an St. alle «persönlichen und kameradschaftlichen Beziehungen\* zu ihm ab. Dennoch bezeichnete sich St. nach Lenins Tod als sein getreuester Schüler und liess einen grossen Teil der alten Leningarder liquidieren. Seine persönlichen Gegner, Trotzki, Sinowjew, Kamenew und Rykow wurden in der SU hingerichtet oder, wie Trotzki, im Ausland von Beauftragten St. ermordet. Von 1927 bis 1932 führte St. den ersten Fünfjahrplan durch, 1930 begann die Kollektivierung der Landwirtschaft. Am 23. 8. 1939 schloss St. mit Hitler den Nichtangriffspakt. Zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges übernahm er als «Generalissimus» das Oberkommando über die Rote Armee und das Amt des Ministerpräsidenten. Am 5. 3. 1953 starb er an den Folgen eines am 1.3.1953 erlittenen Gehirnschlages. Sein Nachfolger wurde zunächst Malenkow, der die Führung der KPdSU im September 1953 an -> **Chruschtschow** abgeben musste.

Auf dem XX. Parteitag 1956 wurde St. nachträglich des -> **Personenkults** bezichtigt, als Klassiker des Marxismus - Leninismus entthront und für viele Misserfolge verantwortlich gemacht. Inzwischen wurde seine Rolle jedoch in dem Masse wieder aufgewertet, als dies mit der Rückkehr zu stalinistischen Methoden in der Politik der SU zweckmässig erschien. (-> **Marxismus-Leninismus, -> Stalinismus, -> Bolschewismus**) [30, 39, 49, 109, 115, 136, 147, 150]

**STALINALLEE:** Die Frankfurter Allee im Berliner Stadtteil Friedrichshain wurde zur Prachtstrasse des sowjetischen Sektors aussersehen, weil auf ihr «der Friede und die Freiheit» (d. h. die Rote Armee) «zu uns kamen». Am 7. 1. 1953 wurden die ersten 70 Wohnungen bezogen. Die Wohnblocks, als repräsentatives Beispiel einer Kollektiv-Wohnweise gedacht, sind acht- bis neun-

stockig und umfassen bis zu 327 **ischen** -> **Volksdemokratien ins** Wohnungen an 15 Treppenhäusern. Leben zu rufen vermochte, kam es Die Architekten Henselmann, Hoff, zu einer diesen neuen Verhältnis-Paulick, Hartmann, Souradny und sen angepassten Modifizierung des Leucht, von der Partei und den **S.** (-> **Linguistikbriefe**). Doch blieb «Werkstätigen» vielfach «angelei-der Kerngedanke des S., nämlich tet», errichteten ein monströses das Prinzip der mit allen Terror-Modell des Prunkfassadenstils nach mitteln ausgestatteten, straff zen-sowjetischen Mustern, das woh-tralen Parteigewalt, die sich gleinungsbaupolitisch allgemein als chermassen der Methoden der Un-verfehlt gilt. Die Wohnungen wur-terdrückung der «Klassenfeinde» den Funktionären und anderen und des Appells an nationalistisch-bevorzugten Mietern zugeteilt, patriotische Ressentiments in den Unter den Bauarbeitern der S. kritiklosen Massen bedient, über brach am 16. Juni 1953 der Streik Stalins Tod 1953 hinaus erhalten. aus, der zum -> **Juni - Aufstand** Der seit 1956 proklamierte Abbau führte. der Auswüchse des S. hat hier nur In einem neuen, 1959 beschlos-teilweise Wandel geschaffen und senen Bauabschnitt, der einen insbesondere die gesellschaftliche ganzen «Wohnkomplex» zwischen Eigeninitiative in allen bolsche-Strausberger Platz und Alexander-wistischen Ländern unter der Kon-platz umfassen soll, sind auf-trolle der Partei gehalten. (-> **Re-gelockerte Bebauung** und, teil-**visionismus, -> Personenkult**) weise mit Rücksicht auf industrielle Der Begriff St. wurde zuerst von Baumethoden, neue architektonische Trotz-kisten, später von allen Geg-Formen geplant. (-> **Architektur**, nern der stalinischen Politik ge-**-> Wohnungswesen**) gebraucht. In den bolschewistischen Parteien darf er nicht verwendet

**STALINISMUS:** Die Weiterbildung werden.  
der Theorie und vor allem Praxis [30, 39, 49, 109, 115, 136, 147, 150]

**des y\* Marxismus - Leninismus in** der Ara Stalin - zwischen 1924 und **STALINSTADT:** Stadtkreis im bran-1953. Der Situation der UdSSR denburgischen Bezirk -> **Frankfurt** als des einzigen bolschewistischen (**Oder**), am Oder-Spree-Kanal, mit Staats in einer kapitalistischen 22 275 Einwohnern (1959). Umwelt Rechnung tragend, baute Bei St. handelt es sich um die seit **J. W. -> Stalin** nach der Macht-1951 3 km westlich Fürstenberg im übernahme die revolutionäre Lehre Aufbau befindliche «Wohnstadt des -> **Lenins**, die auf der Idee der Eisenhüttenkombinats Ost» (Abk.: relativ gleichzeitig in vielen EKO, seit 1953 Eisenhüttenkombinat Ländern erfolgenden Weltrevolution «J. W. Stalin»). Sie wurde 1953 fusste (-> **Trotzkismus**), in eine zum Stadtkreis erklärt.

Theorie vom Aufbau des «Sozialis-mus in einem Land» um. Dieser **STANDARDS, STAATLICHE (TGL): In** Umbau bedeutete innenpolitisch der SBZ rechtsverbindliche techni-Ein-Mann-Diktatur, schärfsten Kampf-sche Vorschriften (Normen) zur Ver-gegen alle von Stalin abweichen-einheitlichung von Erzeugnissen den Konzeptionen (-> **Abweichun-** und zur Sicherung ihrer Qualität. gen); äussersten Terror gegen Par-Das Kurzzeichen TGL bedeutet teitmitglieder und Funktionäre (-> Technische Normen, Gütevorschrif-KPdSU-Tschistka von 1936 bis 1938) ten und Lieferbedingungen.

und die «Klassenfeinde» innerhalb Die TGL sind in der Regel weiter-der UdSSR (Aktion gegen die Ku-entwickelte -> **DIN-Normen** oder laken u. a.); zugleich Mobilisierung sind völlig neu entwickelt, soweit der loyalen und indifferenten es, z. B. bei neuen Erzeugnissen, Volksmassen für nationalrussische keine DIN-Normen dafür gibt. Die «patriotische» Belange im Sinn des TGL stehen stets im Einklang mit alten zaristischen Imperialismus. den Empfehlungen des Deutschen Aussenpolitisch entsprach dem die Normenausschusses (Sitz: Berlin Preisgabe der revolutionären Ideale West), der als eine gesamtdeutsche der kommunistischen Minderheiten Körperschaft funktionsfähig gelie-bie im Ausland, die strikte Unterwer-ben ist. DIN-Normen sind auch fung aller ausländischen kommun. weiterhin in der SBZ gültig, können Parteien und der **Komintern** jedoch durch Eintragung in ein unter Befehl, Wünsche und Inter-Zentralregister zu TGL erklärt wer-essen Moskaus, Absage an den den. Die Standardisierung der In-proletarischen -> **Internationalis-** dustrierezeugnisse kann in einer **mus** und das Bemühen um einen Zentra lverwaltungswirtschaft weiter Modus vivendi mit dem westlichen vorangetrieben werden als in einer Ausland, da die Kräfte der UdSSR Marktwirtschaft. Darin liegt aber zunächst nicht für eine internatio-auch die Gefahr einer Uniformie-nale Auseinandersetzung aus-rung der Erzeugnisse ohne Rück-reichten. sich auf den Käufergeschmack. Nachdem die UdSSR im Zuge des (-> **Technische Normen, GOST-** 2. Weltkrieges mit Hilfe ihrer, **Normen, -> Qualität der Erzeug-nisse**) der europä-^



**STÄNDIGE KOMMISSIONEN INNERE ANGELEGENHEITEN, VOLKSPOLIZEI UND JUSTIZ:** Bei den örtlichen -> **Volkvertretungen** sind gemäss § 17 des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17.1.1957 (GBl. I, S. 65) bis zu 12 **Ständige -> Kommissionen** zu bilden, von denen die StK. die wichtigsten sind. Die StK. bestehen bei den Bezirkstagen (-> **Bezirk**), den Kreistagen (\* **Kreis**) und bei den Stadtverordnetenversammlungen der Stadtkreise und der Städte und Gemeinden mit über 10'000 Einwohnern. (Die Volkvertretungen der Stadtbezirke und die Volkvertretungen der -\* **Gemeinden** mit weniger als 10'000 Einwohnern bilden eine Ständige Kommission für Innere Angelegenheiten und Finanzen, die hier auch für einen Teil der Aufgaben der StK. zuständig sind.) Die StK. bestehen aus 5 Mitgliedern, die Abgeordnete sein müssen. Der Vorsitzende gehört stets der -> SED an.

Die StK. haben sich nach einer Richtlinie der -> **Volkskammer** vom 28. 8. 1958 mit Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat, dem Schutz des sozialistischen Eigentums, der Bevölkerungsbewegung, der Einhaltung der Verkehrsdisziplin, dem Brandschutz, der Bekämpfung der Kriminalität, der Unterstützung der Tätigkeit der Gerichte und der Volkspolizei durch die örtlichen Volkvertretungen zu befassen. Sie können die Volkvertretung auffordern, an der Tätigkeit der Gerichtsorgane oder der Volkspolizei in ihrem Zuständigkeitsbereich Kritik zu üben. Ihre Hauptaufgabe ist es, Verbindung zwischen den Volkvertretungen und der Justiz und der Volkspolizei zu halten und diese Organe bei bestimmten Aufgaben, z. B. bei den Schöffenwahlen, zu unterstützen. Sie haben ferner der Bevölkerung besondere parteipolitische Entscheidungen der Justiz und der Volkspolizei zu erläutern und damit zur ideologischen Erziehung beizutragen. In enger Zusammenarbeit mit der -> **Nationalen Front**, den Gewerkschaften und den sozialistischen Brigaden müssen die StK. die «breiteste Einbeziehung der Werktätigen in den Kampf um Sicherheit und Ordnung organisieren» (Neue Justiz 1960, S. 330).

**STANISLAWSKI-METHODE:** Der russische Schauspieler Stanislawski [gest. 1938] entwickelte, vor allem in seinem bisher nicht ins Deutsche übersetzten Buche «Die Arbeit des Schauspielers an sich selbst», Gedanken, die das Theater auch ausserhalb der sowjetischen Sphäre befruchteten. Obschon sein Wort

«Tendenz und Kunst sind unvereinbar, eins schliesst das andere aus» ihn in krassen Gegensatz zur kunstpolitischen Doktrin des Stalinismus stellt, boten manche seiner Anregungen (so die im Sinne des «sozialistischen -> **Realismus**» missdeutete Forderung nach «Wahrhaftigkeit der Darstellung» oder der ins Kollektivistische verfälschte «Ensemble-Gedanke») Handhaben, seine «Methode» in den Dienst der Sowjetisierung des Theaters zu stellen. In diesem Sinne wurde die St.-M. auch in der SBZ zum Programm erhoben; Mittelpunkt dieser Bemühungen waren das «Deutsche Stanislawski - Buch» von Gaillard und das von diesem und anderen Moskauer Emigranten geleitete Stanislawski - Institut in Weimar.

In der «Tauwetterperiode» nach -> Stalins Tod (-> **Tauwetter**) wagte sich die Opposition gegen die von Stanislawski entwickelte Methode der Rollenerarbeitung gelegentlich unter Berufung auf **Bert -> Brechts** Theorie vom epischen Theater hervor. Auf der Parteiaktivtagung der Theaterschaffenden (28. bis 29. Mai 1959) wurde entsprechend der Rückkehr zu stalinistischen Theaterpraktiken der Meinungsstreit mit der Erklärung erledigt, das «sowjetische Theater, von dem gelernt werden müsse, halte an der Stanislawski-Methode fest». [535]

**STASI:** Volkstümliche Abk. für -> **Staatssicherheitsdienst**.

**STATISTIK, a)** Staatliche Zentralverwaltung für St.: Nach Ausführungen des Leiters der StZfSt., Heinz Rauch, ist die St. ein Teil des Staatsapparates und damit ein Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus. In ihr haben sich alle ökonomischen, kulturellen und wirtschaftlichen Prozesse widerzuspiegeln. Der «Statistische Dienst» der SBZ ist straff organisiert, die Kreis- und Bezirksstellen arbeiten nur auf Anweisung der StZfSt. Die ursprünglich lockere Dreigliederung (Stat. Zentralamt - Stat. Landesamt - Stat. Kreisamt) wurde mit dem Gesetz vom 16. 2. 1950 aus den örtlichen Verwaltungen herausgelöst und die StZfSt. **der Staatlichen -> Plankommission** unterstellt. Mit der «VO über die Aufgaben und Organisation der Statistik und über das Berichtswesen in der SBZ» vom 20. 7. 1956 wurde die StZfSt. dem **Ministerrat** unterstellt.

Alle statistischen Erhebungen dürfen nur von Organen der StZfSt. angestellt werden. Jede private Erhebung bedarf einer Genehmigung, Verstösse gegen die Genehmigungspflicht werden streng bestraft. Wer auf Berichtsbogen fahrlässig falsche Angaben macht oder ver-

spätet die Bogen abgibt, macht sich strafbar. Die Auswertung der Fragebogen erfolgt verschlüsselt bei der zentralen Hollerithstation der StZfSt. Da der Maschinenpark jedoch stark veraltet ist und nicht die erforderliche Kapazität besitzt, will man bis 1965 in der SBZ 32 sogenannte «Rechenzentren» des «VEB Maschinelles Rechnen» einrichten.

Als amtliches Publikationsorgan wird seit Oktober 1946 die Zeitschrift «Statistische Praxis» herausgegeben. Die erstmals 1957 erschienenen «Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR» stellten mit Ablauf des Jahres 1959 wieder ihr Erscheinen ein. Erst im Jahre 1956 wurde mit Abschlusszahlen des Jahres 1955 ein «Statistisches Jahrbuch der DDR» herausgegeben. Es unterscheidet sich hinsichtlich seiner Gliederung wesentlich von «Jahrbüchern» anderer Länder und von dem «Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik». Im Vordergrund steht die Aufteilung der Produktion nach «Eigentumsformen» und eine Gliederung der Wirtschaftszweige nach sozialistischem und privatem (kapitalistischem) Sektor. Ausführliche Angaben über die Privatwirtschaft werden nur in wenigen Fällen gemacht. Im Gegensatz zur neutral und unabhängig arbeitenden Statistik in der Bundesrepublik sind der statistische Dienst und das statistische Berichtswesen in der SBZ nicht nur parteigebunden und parteiabhängig organisiert, sondern auch in den Klassenkampf eingeschaltet worden.

b) Statistik / Methodik: Die statistische Methodik der SBZ ist weitestgehend – ebenso wie in den Ländern des Sowjetblocks – den in der SU üblichen Methoden angepasst worden. Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Ostblockländer soll ab 1960 eine Koordinierung in der Berichterstattung der Länder des ► **COMECON**, verbunden mit einer Gleichschaltung der statistischen Praxis, wirksam werden. Nach aussen obliegt der StZfSt. die Aufgabe der Überwachung der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne. Dazu gehört aber auch die Beschaffung von «Vergleichsmaterial» aller Art. Auch die in der Bundesrepublik veröffentlichten Statistiken werden analysiert, nach materiellen und propagandistischen Gesichtspunkten ausgewertet und publiziert. Auf Grund unterschiedlicher «Gruppenbildungen» werden vielfach Zahlenangaben der StZfSt. den Angaben aus der Bundesrepublik gegenübergestellt, die in der Regel, rein optisch, zugunsten der SBZ ausfallen. Solche Angaben müssen vor ihrer Verwendung

sorgfältig bezüglich ihrer Basis überprüft werden.

Hinsichtlich der sogenannten «Bruttoproduktionswerte» der Industrie gelten ganz andere Bewertungsfaktoren als in der Bundesrepublik. Während z. B. bis 1955 nach ► **Messwerten** bilanziert wurde, wird nach Abschluss des ersten Fünfjahresplanes in **unveränderlichen** ► **Planpreisen** gerechnet. Ein weiterer Mangel bei der Produktionsbewertung sind die Doppelzählungen. Die von einer Spezialschraubenfabrik hergestellte Schraube wird z. B. im Herstellerbetrieb selbst sowie bei der Montage in einem Halbfabrikat und auch beim Enderzeugnis mit bewertet. Die Erfüllungsziffern der sowjetzonalen St. über die Bruttoproduktion in allen Wirtschaftsbereichen besagen noch lange nicht, dass in der Planwirtschaft alles normal gelaufen ist. Entscheidend ist, dass die sogenannten «Staatsplanpositionen» erfüllt wurden. Von der Planerfüllung dieser Produkte hängt es nämlich ab, ob für die geplanten Erzeugnisse resp. Produktionsziele eine proportionale Entwicklung im Rahmen der Gesamtwirtschaft erreicht wird. Mit der Festlegung der «Staatsplanpositionen» bekommt der Volkswirtschaftsplan sozusagen ein festes Gerippe. Bekanntlich sind aber 1959 z. B. nur etwa 50 v. H. der Staatsplanpositionen erfüllt worden. Wenn es auch meistens sehr schwierig sein wird, erlauben am ehesten noch mengenmäßige Gegenüberstellungen einzelner Erzeugnisse einen sinnvollen Vergleich. Vor einem Vergleich von Wertangaben, die auf dem System der Planwirtschaft beruhen, muss aber auf jeden Fall gewarnt werden.

**STECKENPFERDBEWEGUNG:** Im Jahre 1958 eingeführte «Massenbewegung im Aussenhandel» durch die Belegschaft des VEB Steckenpferd in Dresden (Herstellung von Kosmetika mit der Marke «Steckenpferd»). Diese Betriebsbelegschaft verpflichtete sich, im Jahre 1958 für 100'000 Dollar Waren zusätzlich nach westlichen Märkten zu exportieren. Der Erlös sollte zum Ankauf eines 10'000-Tonnen-Frachters verwendet werden. Etwa 1500 Betriebe schlossen sich der St. an. Insgesamt sollen für 200 Millionen DM Ost zusätzliche Exportwaren angeboten worden sein. Der Devisenerlös habe u. a. ausgereicht zum Ankauf von vier Frachtschiffen zu je 10'000 t. Im Jahre 1959 soll die St. einen Devisenerlös von 280 Mill. DM Ost erbracht haben. Von den Erlösen wurde ausserdem der Kauf eines 12 400 t grossen Motorschiffes aus schwedischem Besitz finanziert. Dieses Schiff ist unter

dem Namen «Völkerfreundschaft» seit 1959 für den -> Feriendienst des FDGB auf Mittelmeerfahrten unterwegs. Ob es sich bei den Ergebnissen tatsächlich um Zusatzerlöse im Export handelt, wird in den sowjetzonalen Verlautbarungen, die im Stile der -\* **Produktionspropaganda** abgefasst sind, nicht nachgewiesen.

**STEFFEN, MAX:** \* 24. 11. 1909 in Bernau bei Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Maurer. 1925 KJV, 1927 -> KPD, hauptamtl. KPD-Funktionär. Nach 1933 illegale Arbeit, wiederholt in Haft, während des 2. Weltkrieges Soldat, sowjet. Kriegsgefangenschaft, Leiter der Antifa-Gebietschule in Baku. 1948 Rückkehr nach Deutschland, -\* SED, Referent in der Abt. Parteischulung der SED - Landesleitung Brandenburg, Besuch der SED-> **Parteihochschule**, seit dem 11. 8. 1952 bis Okt. 1960 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung -> **Neu-Brandenburg**. Seit 17. 10. 1954 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, seit Juli 1958 Mitgl. des -> ZK der SED.

**StEG:** Abk. für -> **Strafrechtsergänzungsgesetz**.

**STEIDLE, LUITPOLD:** \* 12. 3. 1898 in Ulm als Sohn eines Oberkriegsgerichtsrats, Gymnasium, Offizier, Studium der Landwirtschaft in München, selbständiger Landwirt, später Gutsverwalter, ab 1934 wieder Offizier, während des Krieges Oberst und Ritterkreuzträger, bei Stalingrad in Sowjet. Gefangenschaft, Mitgl. des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland**, Vizepräsident des Bundes Deutscher Offiziere. 1945 -> CDU, nach dem erzwungenen Ausscheiden Jacob Kaisers im Vorstand der Ott-CDU und seit 25. 9. 1954 Mitgl. des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes. Im Dez. 1945 Leiter der Hauptverwaltung Tierzucht und Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, im März 1948 stellv. Vors. der -> DWK, im Okt. 1949 Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, von Nov. 1950 bis Dez. 1958 Minister für Gesundheitswesen. Bis März 1960 im Ministerium des Inneren, zuständig für den Luftschutz in der SBZ. Seit März 1960 Oberbürgermeister von Weimar. Seit 1958 1. Stellv. des **Vors. der -> Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere**. Seit 1949 Abg. der -> **Volkskammer**

**STENDAL:** Stadt im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Magdeburg**, Kreisstadt, Hauptort der Altmark, an der Uchte, mit 37 432 Einwohnern (1959); mittelalterliche Altstadt in norddeutscher Backsteingotik; romanisch-gotischer Dom (12./16. Jh.), Rathaus (15./16. Jh.), spätgotische Marienkirche (15. Jh.),

zwei Tore (13./15. Jh.), Rolandssäule (1525); vielseitige Industrie: chemische Erzeugnisse (-> **Chemische Industrie**), Metallwaren, Zucker, Konserven.

**STERBEGELD:** St. wird beim Tode eines Sozialversicherten (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) in Höhe des Zwanzigfachen des Grundbetrages, der dem beitragspflichtigen Verdienst des letzten Vierteljahres entspricht, mindestens jedoch 100 DM Ost, gezahlt. Im Bergbau gibt es das Dreissigfache des Grundbetrages. Beim Tode eines Familienangehörigen beträgt das St. das Zehnfache des Grundbetrages, mindestens jedoch 50 DM Ost, im Bergbau das Zwanzigfache des Grundbetrages. [425]

**STERN DER**

**VÖLKERFREUNDSCHAFT:**

Der StDv. wird in 3 Klassen (Grosser St. in Gold, St. in Gold, St. in Silber) für «ausserordentliche Verdienste um die DDR, um die Verständigung und die Freundschaft der Völker und um die Erhaltung des Friedens» verliehen. (-> **Auszeichnungen**)

**STETTIN:** Hauptstadt der früheren preussischen Provinz Pommern und des gleichnamigen Regierungsbezirkes an den Mündungsarmen der Oder mit (1939) 383'000 Einwohnern. St. war Deutschlands grösster Ostseehafen und viertgrösster Hafen überhaupt. St. hatte umfangreiche und vielseitige Industrie. In der stark zerstörten Altstadt bedeutende gotische und Renaissance-Bauten.

St. war nicht nur das pommersche Handels-, sondern auch das kulturelle Zentrum. St. gehörte nach Kriegsende zunächst zur SBZ, wurde am 19. 11. 1945 mit einem 850 qkm grossen Gebiet westlich der Oder auf Grund von Sonderverhandlungen mit der SU dem polnisch verwalteten Teil Pommerns angegliedert und wird seitdem auf polnisch als Szczecin bezeichnet. Der Wiederaufbau von Stadt und Hafen geht nur langsam vorwärts. Der Hafen wurde jedoch erweitert, eine Universität gegründet. St. hatte am 1.1.1958 244'000 Einwohner. Die ehemals ausschliesslich deutsche Bevölkerung wurde zum grössten Teil nach Kriegsende vertrieben. (-> **Potsdamer Abkommen**)

**STEUERN:** Steuerpolitik, Steuerrecht und Steuerverwaltung haben in der SBZ neben der Beschaffung von Haushaltsmitteln für den Staat u. a. noch eine weitere Aufgabe zu erfüllen; sie sollen das volumemässige Verhältnis zwischen dem «privatkapitalistischen» und dem «sozialistischen» Sektor der Volkswirtschaft «neu abstimmen»; mit anderen Worten: zum Zwecke der allmählichen, aber systematischen

Beseitigung des Privatunternehmer-tums und seiner Ersetzung durch Staatsbetriebe und die kommunistische Plan- und Zwangswirtschaft wurde das Steuerwesen unter Missachtung der Grundsätze der Gleichmässigkeit und der Gerechtigkeit der Besteuerung zu einem Instrument des Klassenkampfes.

**Der -> Aufbau des Sozialismus** hätte, zumal auch die Finanzpläne der «volkseigenen» Wirtschaft in den Staatshaushalt der SBZ ginbezogen sind, eigentlich längst die Einführung eines vorzugsweise auf Erwerbseinnahmen beruhenden Systems öffentlicher Einnahmen verlangt. Der Staatshaushalt stützt sich jedoch nach wie vor hauptsächlich auf Steuereinnahmen, über die Steuereinnahmen lassen sich im einzelnen keine zuverlässigen Angaben machen, da in der SBZ die Einzelheiten des -> **Staatshaushalts** nicht bekanntgegeben werden. Sicher ist jedoch, dass die **Verbrauchsabgaben** ständig gestiegen sind. Eine bedeutende Rolle spielt für die Einnahmeseite die -> PDA, die verbrauchssteuer-ähnlichen Charakter trägt.

Der Klassenkampfcharakter des so-wjetzonalen Steuerrechts tritt am deutlichsten bei der Einkommenbesteuerung in Erscheinung. Die früher im wesentlichen gleichmässige Belastung von Lohn-einkünften und anderen Einkünften ist einer «Differenzierung nach sozial-ökonomischen Formationen» gewichen. Lohnempfänger und Angehörige der freischaffenden -> **Intelligenz** (mit Ausnahme der Rechtsanwälte, Steuerberater und dergleichen) werden steuerlich begünstigt. Für die übrigen ein-kommensteuerpflichtigen Personen (also insbesondere für die Inhaber landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe) gilt ein «Kapitalisten»-Tarif, dessen Progression in hohen Tarifstufen mehr als 90 v. H. beträgt. Ähnlich werden bei der Körperschaftsteuer – soweit sie durch die Einführung der PDA überhaupt noch erhoben wird – staatliche und «volkseigene» Betriebe, gewerbliche Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Genossenschaften steuerlich privilegiert; bei ihnen beträgt der Steuersatz äusserst-falls 65 v. H. des Einkommens. Die übrigen Körperschaften haben ihr Einkommen nach dem «Kapitalisten»-Tarif, also unter Umständen mit über 90 v.H. zu versteuern. Viele Betriebsausgaben sind steuerlich entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch teilweise ab-zugsfähig. Zur Begünstigung der Umwandlung von Kapitalgesell-schaften hat der -> **Neue Kurs** Sonderbestimmungen geschaffen, die dazu beitragen, dass es in ab-

sehbarer Zeit in der SBZ keine Aktiengesellschaften usw. mehr gibt. Für Handwerker gilt seit **1950** eine die tatsächliche Ertragslage nicht berücksichtigende, sondern an objektive Merkmale anknüpfende «normative Einheitssteuer» (-> Handwerkssteuer). Die rückwirkend ab 1. 1. **1953** geplante Normativ-Besteuerung der Landwirtschaft ist dagegen anscheinend aufgegeben worden. Ab 1. Januar **1954** wurde in der «volkseigenen» Wirtschaft die PDA nach dem Vorbild der sowjetischen «differenzierten Umsatzsteuer» eingeführt. Sie tritt an Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Be-förderungsteuer und der Ver-brauchsabgaben.

Die mit Wirkung vom 1.1.**1957** eingeführte -> **Handelsabgabe** schliesst in gewisser Hinsicht den Umwandlungsprozess des so-wjetzonalen Steuersystems ab. (-> **Finanzämter**, -> **Abgabenverwaltung**, -> **Wirtschaftssystem**, -> **Finanzsystem**) [**723, 742, 743**]

**StFB:** .Abk. für Staatliche Forst-wirtschaftsbetriebe. (-> **Forstwirtschaft**)

**STIEF, ALBERT:** \* 19.3.**1920** in Bay-ern, Volksschule, Maschinenbauer. Im 2. Weltkrieg Soldat, Sowjet. Kriegsgefangenschaft. **1945** -> **KPD**, Leiter der Heimkehrerlager Elster-horst und Neuweise, danach Mit-arbeiter der SED-Kreisleitung Hoyerswerda, **1951** Kreisrat für In-dustrie, Verkehr und Aufbau in Hoyerswerda. Seit dem 7. 8. **1953** Sekretär für Wirtschaft, seit dem 22. 8. **1953** 1. Sekretär der -> **SED**-Bezirksleitung Cottbus. Seit Juli **1960** Kandidat des -> **ZK** der SED.

**STIPENDIEN:** St. werden benutzt a) als Mittel zur Auslese der Schüler der Ober- und Fachschulen und der Studierenden an den -> Hochschulen, b) als Anreiz zur Er-zielung der Anpassung an die kom-munistische Herrschaft (Prämierung guter Lernleistungen politisch zu-verlässiger Schüler und Studenten). Als Voraussetzung der Zahlung von Unterhaltsbeihilfen (St.) an Oberschüler gelten: Zugehörigkeit zu den entsprechenden Gruppen, deren Bevorzugung durch Verord-nungen festgelegt ist (-> **Arbeiter**- und -> **Bauernkinder**), gute fach-liche Leistungen und «gesellschaftliche Aktivität im Sinne unserer Arbeiter- und Bauernmacht». Das gilt auch in entsprechender Ab-wandlung für die Studierenden der Hochschulen. Die Bestimmungen über die St. sind wiederholt ge-ändert worden. Mit weiteren Ände-rungen im Zuge der politischen Lageveränderungen ist zu rechnen. Nach Verfügung vom 24. 1. **1957** er-halten Arbeiter- und Bauernkinder, die ihnen gleichgestellten Katego-rien und ehemalige Angehörige

bewaffneter Kräfte ein Grund-St. von 180 DM, Kinder von anderen «Werkstätigen», z. B. von Angestellten, der «schaffenden Intelligenz» und Personen, denen eine besondere Förderung zugesichert worden ist, 130 DM. Hinzu kommen besondere Zuschläge bei sehr guten und guten Studienleistungen, Zusatz-St. für ehemalige Arbeiter und Soldaten und Ortszuschläge. Ausserdem gibt es eine Anzahl höher dotierter Sonder-St. (Karl-Marx- und Wilhelm-Pieck-Stipendium), Studenten, die keiner der angeführten Gruppen angehören, können eine monatliche Studienbeihilfe von 80 DM erhalten. Rund 90 v. H. aller Studierenden erhalten St. [505, 519, 522]

**STOPH, WILLI:** \*9.7.1914 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Maurer. 1928 **KJVD**, 1931 **KPD**, von 1933 bis 1945 in Berlin Bauhandwerker und illegale Arbeit. 1945 -> **KPD**, 1945 bis 1947 Leiter der Hauptabt. Grundstoffindustrie der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie in der **SBZ**. 1947 als Nachfolger -> **Leuschners** Leiter der Abt. Wirtschaft im Parteivorstand bzw. ZK der **SED**, von März 1951 bis Mai 1952 Leiter des Büros für Wirtschaftsfragen beim Ministerpräsidenten, im Mai 1952 als Nachfolger Steinhoffs Minister des Innern, ab Nov. 1954 ausserdem stell. Vors. des Ministerrates und Mitgl. des Präsidiums des -> **Minister** rates, Am 21. 6. 1955 von -> **Maron** als Minister abgelöst. Am 19. 1. 1956 wurde St. zum Generalobersten der -> **Nationalen Volksarmee** und Minister für Nationale Verteidigung ernannt. Ab 29.1. 1956 war er auch Stellv. des Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten (-> **Warschauer Beistandspakt**). Am 1. 10. 1959 vom Ministerrat zum Armeegeneral befördert. Am 14. 7. 1960 als Verteidigungsminister abberufen und als Stellv. des Vors. des Ministerrates für Koordinierung und Kontrolle verantwortlich für die Verwirklichung der **SED**- und Regierungsbeschlüsse im Staatsapparat. Seit 1950 Mitgl. des -> **ZK** der **SED**, von 1950 bis 1953 Mitgl. des -> **Sekretariats des ZK**, seit Juli 1953 Mitgl. des -> **Politbüros**. Seit 7. 10. 1950 Abgeordneter der -> **Volkskammer**.

**STÖRSENDER: Rundfunk.**

**STRAFAUSSETZUNG: -> Bedingte Strafaussetzung.**

**STRAFGESETZBUCH:** In der **SBZ** gilt zur Zeit noch das deutsche St. von 1871. In Realisierung der Beschlüsse des V. Parteitag der -> **SED** vom Juli 1958 soll die sozialistische -> **Justizreform** auch auf materiell-strafrechtlichem Gebiet

vollendet und ein neues St. erstellt und der -> **Volkskammer** zur Verabschiedung vorgelegt werden. Der für das Inkrafttreten dieses St. gesetzte Termin (1.1. 1961) kann, wie aus amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht, nicht eingehalten werden. Das neue St. wird alle zur Zeit geltenden Einzelgesetze zu einem «Strafgesetzbuch der **DDR**» zusammenfassen. Im sowjetzonalen Justizministerium ist eine Grundkommission mit der Ausarbeitung der Grundsätze und der Festlegung der Einzelatbestände befasst. Vorerst hat das -> **Strafrechtsergänzungsgesetz** erhebliche Änderungen und Ergänzungen auf dem Gebiet des materiellen Strafrechts gebracht. Mit dem **StEG** wurde «ein entscheidender Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden und erschöpfenden Kodifikation des Strafrechts der **DDR** getan . . . Der vom Gesetzgeber gewählte methodische Weg, über eine Teilkodifikation zu einem umfassenden Strafgesetzbuch zu gelangen, schafft günstige Voraussetzungen für eine Gesamtkodifikation, weil es auf diese Weise möglich ist, unmittelbare praktische Erfahrungen zu sammeln» (Hartmann in: «Staat und Recht» 1958, S. 130/131).

**Rechtswesen)**

[430]

**STRAFRECHTSERGÄNZUNGSGESETZ:** Das Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches - **Strafrechtsergänzungsgesetz** -> (**StEG**) vom 11. 12. 1957 (GBl. S. 643) führt mit Wirkung vom 1.2. 1958 zwei neue Straftaten (-> **Bedingte Verurteilung und öffentlichen Tadel**) und den «materiellen Verbrechenbegriff» (-> **Gesellschaftsgefährlichkeit**) in das Strafrecht der **SBZ** ein. Es stellt elf Tatbestände des politischen Strafrechts (-> **Staatsverbrechen**, -> **Staatsverleumdung**) auf, schafft das materielle -> **Militärstrafrecht**, ändert **das Gesetz zum Schutze des -> Innerdeutschen Handels**, hebt **das Gesetz zum Schutze des -> Volkseigentums** auf und führte eine erweiterte Mitwirkung der -> **Schöffen** im Strafverfahren ausserhalb der Hauptverhandlung ein. Das St. ist «als ein unmittelbarer Ausdruck der von der Partei der Arbeiterklasse aufgestellten Forderung zu werten, die Verbrechenbekämpfung durch neue gesetzliche Massnahmen zu verstärken. Es ist damit zugleich ein unmittelbarer und wesentlicher Bestandteil des grossen Aktionsprogramms der 33. Tagung des -> **ZK** der **SED** für die friedliche, ungestörte ökonomische, politische und kulturelle Aufwärtsentwicklung in der **DDR**» (Hartmann in: «Staat und Recht» 1958, S. 129). (-> **Rechtswesen**)

**STRAFREGISTER:** Bis Ende Mai 1953 wurde in der **SBZ** das St. gemäss der St.-VO vom 8. 3. 1926 bei

der für den Geburtsort eines Bestraften zuständigen Staatsanwaltschaft geführt. Auf Grund des 8 26 des Gesetzes über die -> **Staatsanwaltschaft** vom 23. 5. 1952 erliess der Generalstaatsanwalt der SBZ am 3. 6. 1953 eine «Anordnung über die Einrichtung eines zentralen St.' (ZBl. S. 270): «Ab 1. Juni 1953 werden alle in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden St. zu einem einzigen St. vereinigt, das unmittelbar dem Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik unterstellt wird. Das St. befindet sich in Berlin. Die Anschrift lautet: Der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik - Strafregister - Berlin C 2, Litten-Strasse 16/17.'

Am 1.2. 1958 ist das neue «Gesetz über Eintragung und Tilgung im St. - Strafregistergesetz (StRG)» vom 11. 12. 1957 (GBl. S. 647) in Kraft getreten. Danach ist das zentrale St. zuständig für alle Personen, die in der SBZ geboren oder wohnhaft sind oder die in der SBZ verurteilt werden. Damit greift das Gesetz stark in die Zuständigkeit des westlichen St. ein. Die «beschränkte Auskunft» aus dem St. ist weggefallen. Die Fristen, nach deren Ablauf ein Strafvermerk getilgt wird, sind ganz erheblich verkürzt worden. Die längste Straftilgungsfrist - bei Freiheitsstrafen von über fünf Jahren - beträgt zehn Jahre. Auskunft aus dem St. erhalten die -> **Untersuchungsorgane**, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte, die Dienststellen der **Deutschen Volkspolizei**, die Dienststellen des Ministeriums für Nationale Verteidigung sowie die Abt. Finanzen der -> **örtlichen Räte** und das **Amt für -> Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs** im Rahmen eines laufenden -> **Strafverfahrens**. Der -> **Staatssicherheitsdienst** hat inzwischen durchgesetzt, dass die nach den neuen Fristen zu tilgenden Strafvermerke nicht vernichtet, sondern ihm zur Kenntnis zueleitet werden. Damit hat der SSD die Möglichkeit, im Bedarfsfälle immer wieder einmal auf alte und im St. bereits getilgte Strafvermerke zurückzukommen und ein lückenloses Bild über das Vorleben aller Bürger zu besitzen, wodurch die verkürzten Straftilgungsfristen ihre Bedeutung praktisch wieder **verloren haben. (-> Rechtswesen)**

**STRAFVERFAHREN:** Das St. ist durch die sowjetzonalen StPO vom 2. 10. 1952 (GBl. S. 996) neu geregelt worden. Neue Begriffe und Institutionen wurden eingeführt, z. B. die -> **Gerichtskritik**. In die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte wurde die nationalsozialistische Vorschrift wieder-

aufgenommen, dass zur Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen auch das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist (8 14 Abs. 3). Hierdurch wird es dem SSD möglich, jeden Verhafteten an beliebigem Ort aburteilen zu lassen.

Ehegatten und nächste Angehörige der Angeklagten dürfen die Aussage nicht mehr verweigern, wenn sie eine Pflicht zur Anzeige hatten, z. B. bei -> **Staatsverbrechen**. Dasselbe gilt für Geistliche, Rechtsanwälte und Ärzte. Sachverständige können vom Angeklagten nicht abgelehnt werden. Private Sachverständige sollen nicht mehr hinzugezogen werden. Das in der -> **Verfassung** und im § 74 StPO garantierte Recht auf Verteidigung wird dadurch illusorisch gemacht, dass der -> **Verteidiger** in die Gerichtsakten erst nach Zustellung der Anklageschrift Einsicht nehmen und auch dann erst mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten sprechen darf. Eine Haftbeschwerde ist nur einmal, und zwar binnen einer Woche nach Erlass des Haftbefehls, möglich. Am Eröffnungsbeschluss und an anderen ausserhalb der Hauptverhandlung zu fällenden Beschlüssen wirken nach § 41 -> StEG seit dem 1. 2. 1958 auch die -> **Schöffen** mit. Die Anklageschrift braucht «bei Vorliegen wichtiger Gründe» dem Beschuldigten nicht zugestellt, sondern nur zur Kenntnis gebracht zu werden (§ 180 Abs. 2). Damit soll verhindert werden, dass Angeklagte oder Verteidiger in den Besitz politischer Anklageschriften kommen. Das gleiche gilt für die Zustellung von Strafurteilen. Die Beweisaufnahme soll an sich unmittelbar sein. Es dürfen aber Protokolle der -> Volkspolizei, des -> **SSD**, der -> **Staatsanwaltschaft** oder eines Richters über frühere Vernehmungen eines Zeugen oder Mitbeschuldigten schon dann als vollgültige Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden, «werin das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung wegen des damit verbundenen Zeitverlustes unzweckmässig ist» (§ 207). «Erklärungen des Angeklagten, insbesondere ein Geständnis, die in einem Protokoll über eine frühere Vernehmung enthalten sind, können zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist» (§ 209). Auf diese Weise erhalten von SSD erpresste Geständnisprotokolle volle Beweiskraft.

Das Urteil ist während der Beratung schriftlich zu begründen und von allen Richtern zu unterschreiben. Der Angeklagte hat gegen ein

Urteil nur noch ein Rechtsmittel, die Berufung. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft heisst **Protest**. Die Berufung des Angeklagten kann durch das Berufungsgericht im Beschlußwege als offensichtlich unbegründet verworfen werden, während das bei dem Protest der Staatsanwaltschaft nicht möglich ist. Ein Wiederaufnahmeverfahren, auch zugunsten des Angeklagten, kann nur durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet werden.

Gegen rechtskräftige Urteile kann der Generalstaatsanwalt oder der Präsident des Obersten Gerichts mit der Kassation vorgehen, der Verurteilte kann dagegen ein Kassationsverfahren nicht einleiten. Die -> Strafvollstreckung ist Angelegenheit der Volkspolizei. -> Rechtswesen) [430]

**STRAFVOLLSTRECKUNG:** Nachdem der -> **Strafvollzug** schon seit langem auf die -> Volkspolizei übergegangen war, wurde **1952** auch die St. der Volkspolizei übertragen. Die -\*■ **Staatsanwaltschaft** ist nicht mehr Vollstreckungsbehörde. Sie überwacht lediglich die St. Tatsächlich wird die Staatsanwaltschaft in dieser «Überwachungsfunktion» überhaupt nicht tätig, sondern überlässt alle Massnahmen und Entscheidungen der Volkspolizei. Am 1. 2. **1960** ist die neue Strafvollstreckungsordnung vom 26. 1. **1960** (GBl. I, 121) in Kraft getreten. Organe der St. sind die oberste Vollstreckungsbehörde (-> **Ministerium des Innern** und **Hauptverwaltung Deutsche -> Volkspolizei**) und die Vollstreckungsbehörden in den Bezirken (Bezirksbehörden DVP). Die oberste Vollstreckungsbehörde vollstreckt die erstinstanzlichen Urteile des -> OG und leitet den Vollzug von -> **Todesstrafen** ein. Die Urteile der KrG und -> **BG** werden durch die Vollstreckungsbehörden der Bezirke vollstreckt. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Gerichts erster Instanz. Zur Einleitung der St. hat die -> **Staatsanwaltschaft** spätestens am 10. Tage nach Rechtskraft des Urteils den Vollstreckungsauftrag mit den dazu gehörenden Unterlagen den Vollstreckungsorganen zu übergeben. Die St. ist innerhalb von 4 Tagen nach Eingang des Auftrages der StA einzuleiten. Eine Fristverlängerung bedarf der Zustimmung der StA. Der Verurteilte ist in die seinem Wohnsitz nächstgelegene Strafvollzugsanstalt zum Strafantritt zu laden, wenn er sich in Freiheit befindet. Ohne vorherige Ladung kann ein Einlieferungsersuchen gestellt werden, wenn Fluchtverdacht besteht. Die U-Haft wird vom Tage der vorläufigen Festnahme an berechnet. Bei Haftunfähigkeit oder dringend erforderlicher Operation, die nicht

in einer Strafvollzugsanstalt durchgeführt werden kann, kann die oberste Vollstreckungsbehörde auf Antrag des Leiters der Strafvollzugsanstalt den Vollzug der Freiheitsstrafe unterbrechen.

**STRAFVOLLZUG:** Auf Grund einer VO vom 16.11. **1950** (GBl. S. 1165) ist der St. auf das -+ **Ministerium des Innern**, also auf die Polizei, übergegangen. Bis zum 1. 1. **1956** wurden die Angelegenheiten des St. und der -> **Strafvollstreckung** unter Aufsicht des Präsidiums der

Volkspolizei von den Bezirksbehörden der VP bearbeitet. Seitdem ist die Hauptverwaltung St. mit den Bezirksverwaltungen unmittelbar dem **Ministerium des Innern** unterstellt. Leiter des gesamten St. ist der Gen.-Major Mayer. Durch die 1. DB. vom 23. 12. **1950** (MinBl. S. 215) zur VO vom 16.11. **1950** wurden die grösseren Strafanstalten, durch die 2. DB. vom 5. 5. **1952** (MinBl. S. 47) alle restlichen Justizhaftanstalten, Justizjugendhäuser und Haftkrankenhäuser dem **Ministerium des Innern** unterstellt. Damit trat der bisher im St. vertretene Erziehungsgedanke völlig in den Hintergrund. Durch die Übertragung des St. auf die Polizei wurde angestrebt, die Arbeitskraft der Gefangenen in möglichst grossem Umfange auszubenten, sp vor allem in -> **Haftarbeitslagern**.

Diesem Ziel diente auch die «VO über die Beschäftigung von Strafgefangenen» vom 3. 4. **1952** (GBl. S. 275), mit der Strafgefangene während des St. «in bestimmte Zweige der Industrie» zur Arbeit gelockt werden sollten. Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlass in Aussicht gestellt. «wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten» (§ 2 Abs. 3). Durch die «VO über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen» vom 10. 6. **1954** (GBl. S. 576) wurde die vorbezeichnete VO aufgehoben und ganz allgemein «das **Ministerium des Innern** ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem **Ministerium der Justiz**, dem **Ministerium für Arbeit** und dem **Ministerium der Finanzen** den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln». Damit hat die Volkspolizei - das Referat «Produktion» in den Bezirksverwaltungen St. - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.

Seit Sommer **1955** wurde nach und nach in den grossen Strafanstalten die Regelung eingeführt, dass die Gefangenen keine Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen

mehr erhalten durften. Es durfte den Gefangenen zunächst aber noch Geld geschickt werden, für das sie sich in den -> HO-Verkaufsstellen in den Strafanstalten die dort vorhandenen Lebens- und Genussmittel kaufen konnten. Seit Frühjahr 1956 ist auch diese zusätzliche Hilfe nicht mehr erlaubt. Bei guter Führung und Erfüllung der -> **Arbeitsnorm** kann dem Gefangenen gestattet werden, zu Weihnachten und zum Geburtstag ein Lebensmittelpaket von seinen Angehörigen zu empfangen.

Obwohl die «VO über Kosten im Strafverfahren\* vom 15. 3. 1956 (GBl. S. 273) ausdrücklich vorschreibt, dass Kosten, die beim Vollzug einer Freiheitsstrafe entstehen (Haftkosten), nicht mehr erhoben werden, werden den arbeitenden Gefangenen sehr erhebliche Abzüge vom Arbeitslohn für «Unterkunft, Verpflegung und Bewachung» gemacht, die bis zu 75 v. H. des Arbeitslohnes erreichen. (-> **Rechtswesen**) [430]

**STRALSUND:** Stadtkreis im mecklenburgischen Bezirk **Rostock**, Kreisstadt, am Strelasund gegenüber Rügen (seit 1936 Rügendamm), mit 65 283 Einwohnern (1959) drittgrösste Stadt -> **Mecklenburgs**; Altstadt auf einer Insel, durch Dämme mit den festländischen Vorstädten verbunden, besitzt mittelalterliches Gepräge: Marienkirche (13. Jh.), Nikolai- und Jakobikirche (13./14. Jh.), Rathaus (14. Jh.) und viele alte Backsteinbauten; Seehafen (Ausbau geplant); vielseitige Industrie: Werften, fischverarbeitende Betriebe, Metallwaren, Maschinenbau, Nahrungsmittel, bis 1945 Spielkartenfabrikation. 1945 kam St. mit den vorpommerschen Kreisen der preussischen Provinz Pommern an Mecklenburg.

**STRASSEN:** Das klassifizierte St.-Netz der SBZ ist 46'000 km lang (BRD = 130'000 km). Davon sind rd. 12 300 km Staats-St. des Fernverkehrs und rd. 33 700 km St. I. u. II. Ordnung. Durch Vernachlässigung während der Kriegszeit und als Folge von Kriegseinwirkungen war das St.-Netz bei Kriegsende in einem ausserordentlich schlechten Zustand. Seit Kriegsende sind praktisch nur solche St. notdürftig repariert worden, die den zunehmenden -> **Kraftverkehr** aufzunehmen hatten. Die staatlichen St.-Bau- und Unterhaltungsbetriebe waren bisher, wie auch offiziell zugegeben wird, stets nur «im Feuerwehreinsatz» tätig, d. h. wenn Verkehrsstörungen unmittelbar drohten oder bereits eingetreten waren. Ursache für diese Vernachlässigung sind der Mangel an Baumaschinen, an St.-Baumaterial und an Arbeitskräften. - Durch die im -> **Siebenjahrplan** vorgesehene Verstärkung

## STREITKRÄFTE, NATIONALE

des Güterkraftverkehrs ist die beschleunigte Instandsetzung der St. nunmehr unaufschiebbar geworden. Bis 1965 sollen 2700 km Staatsstrassen und 5700 km Bezirksstrassen (also St. I. und II. Ordnung) eine verstärkte St.-Decke erhalten, wobei auch die Fahrbahn verbreitert werden soll. 700 km neue St., u. a. zum Anschluss der neuen Industriegebiete östlich der Elbe, sollen ebenfalls bis 1965 fertiggestellt werden. Schliesslich ist auch die Wiederherstellung zerstörter Brücken im Zuge der Staats-St. geplant. Im Jahre 1962 soll mit dem Bau einer 270 km langen Autobahn begonnen werden, die den neuen Seehafen -> Rostock mit Berlin verbinden soll. Die Durchführung dieser Pläne hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, dafür ausreichend neue, moderne St.-Baumaschinen bereitzustellen.

**STRASSENVERKEHR: Der St. ist geregelt** durch die St.-Ordnung - StVO - vom 4. 10. 1956 und die St.-Zulassungsordnung - StVZO - vom gleichen Tage. Die Bestimmungen entsprechen im wesentlichen den in der BRD geltenden. Die Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften ist auf 50 km, auf Autobahnen für Pkw und Kräder auf 100 km, für die übrigen Kraftfahrzeuge auf 80 km festgesetzt. (-> **Kraftverkehr**, -> **Strassen**)

**STREIK: Die -> Verfassung der «DDR»** garantiert in Artikel 14 Abs. 2 das St.-recht der Gewerkschaften. Indes lehnt der FDGB jeden St. in der «volkseigenen Wirtschaft\* ab, da er die Auffassung vertritt, dass der St. dort ein St. gegen die Arbeiter selbst sei, weil das «Volk\* sich dort im Besitz der Produktionsmittel befinde. In «privatkapitalistischen» Betrieben darf - wenigstens der Theorie nach - gestreikt werden. Da aber auch diese Betriebe in den -> **Volkswirtschaftsplan** eingespannt sind, ist vor der endgültigen Beschlussfassung über einen St. die Zustimmung des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft bzw. Gewerkschaft (-> **FDGB**) einzuholen. Im Zusammenhang mit der Einführung der -> **Betriebskollektivverträge** ist es mehrfach zu St. gekommen. Der -> **Juni-Aufstand** nahm seinen Ausgang von einem St. wegen Erhöhung der -> **Arbeitsnormen**. [418]

**STREITKRÄFTE, NATIONALE:** Seit Frühjahr 1952 gebrauchten -> **SED** und Regierung das Wort NST., um die -> **KVP**, d. h. die Armee der SBZ zu umschreiben. Seit Jan. 1956 wird das Wort NST. dann auf die Nationale Volksarmee, die umbenannte KVP, angewandt. Amtlich und im Pj. gehören die **Deutsche -> Grenzpolizei**, -> **Bereitschaftspolizei** und -> **Transportpolizei**



nicht zu den NSt., obwohl sie zusammen mit der Volksarmee (ebenso wie die -> **Volkspolizei**) als -> **Bewaffnete Organe der «DDR»** bezeichnet werden. (Die Schwierigkeiten, mit denen alle Angaben über die vom Regime geheimgehaltenen Zahlen der bewaffneten Kräfte der SBZ zu rechnen haben, werden gegen Ende des Beitrages über die -> **Nationale Volksarmee** umrissen.)

Stärke der Streitkräfte und der bewaffneten Kräfte:

NVA	90 000
davon Heer	65 000
Luftstreitkräfte	13 000
Seestreitkräfte	12 000
Grenzpolizei	48000
Grenzpolizeihelfer	8000
Bereitschaftspolizei	22000
Transportpolizei	8000
Berliner Bereitschaftskommandos der DVP	3700
Wachregiment des MfS	2 500
Kampfgruppen der SED	320 000
Gesellschaft für Sport und Technik	625000

(+ **Militärpolitik**) [305, 306, 317]

**STRITTMATTER, ERWIN:** • 14. 8.1912 in Spremberg als Sohn eines Bäckers. Volksschule, Bäcker, Landarbeiter, Tierwärter, Kellner, Hilfsarbeiter. Im 2. Weltkrieg Soldat. Nach 1945 Bäcker und Landarbeiter. Seit 1947 -> SED. Besuch einer Kreisparteienschule der SED, danach Standesbeamter, anschließend Volkskorrespondent, mehrere Jahre Lokalredakteur der «Märkischen Volksstimme». Seit 1953 freier Schriftsteller. Seine Werke u. a. «Katzgraben», «Tinko», werden neuerdings in der SBZ als Musterbeispiele des «Sozialistischen Realismus» gewertet. Seit dem 14.3.1959 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes der SBZ, seit dem 24. 3. 1959 o. Mitgl. der -> Akademie der Künste in Ost-Berlin. [502]

**STUBBE, HANS:** \* 2.3.1902 in Berlin. 1929 Dr. phil., danach wiss. Tätigkeit am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) f. Züchtungsforschg. i. Münchenberg, 1936-43 i. KWI für Biologie in Berlin-Dahlem; 1943-45 Dir. d. KWI für Kulturpflanzenforschung in Wien; seit 1945 Dir. des von ihm aufgebauten Instituts f. Kulturpflanzenforschung i. Gatersleben, Kr. Aschersleben. O. ö. Prof. f. Genetik a. d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1949 Ord. Mitglied d. Dt. -> Akademie der Wissenschaften; - Nationalpreis III. Kl.; 1954 Vaterländ. Verdienstorden i. Silber; Mitglied d. Sächs. Akademie d. Wiss. i. Leipzig und der Dt. Akademie der Naturforscher in Halle. - Seit Okt. 1951 Ord. Mitglied und erster Präsident der Dt. -> Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu

Berlin. St. gehört zu den öffentlich repräsentativsten und höchst dotierten Agrarwissenschaftlern der SBZ, deren Haltung im Zweifelt steht.

**STÜCKLOHN:** Beim St. wird im Gegensatz zum Zeitlohn die Arbeit nicht nach der Zeit, sondern nach dem Arbeitsergebnis bezahlt. Er wird durch Multiplikation des Leistungsgrundlohns mit dem Prozentsatz der jeweiligen Normerfüllung (-> **TAN**) errechnet. Der Leistungsgrundlohn wird nach der -> Lohngruppe bestimmt, in die jeder Arbeiter eingestuft werden soll. Der Leistungsgrundlohn ist in der Regel 15 v. H. höher als der -> Zeitlohn. Jedoch wird in der jüngsten Zeit bei Lohnerhöhungen der Zeitlohn dem Leistungsgrundlohn angeglichen. Durch den St. soll ein Anreiz zur Leistungssteigerung gegeben werden, da der Lohn bei besserer Leistung steigt. Er ist deshalb auch der Grund für eine vorzeitige Erschöpfung des Arbeiters. St. darf nur in der «volkseigenen Wirtschaft» gezahlt werden. Diese als besonders fortschrittlich propagierte Entlohnungsart entspricht somit dem von den Kommunisten seit langem bekämpften Akkordlohn, ohne allerdings einen Schutz gegen die Normerhöhungen aufzuweisen. (-> **Arbeitspolitik, Objektlohn**) [418]

**STUDENTEN:** Es wird unterschieden zwischen Direktstudenten, Fernstudenten und Arbeiter- und Bauernstudenten. (-> **Hochschulen, Fernstudium, -> Arbeiter- und Bauern-Fakultät**)

**STUDENTEN-AUSBILDUNG, MILITÄRISCHE:** Nach Vorbereitung durch die 3. Hochschulkonferenz der SED (2. 3. 1958) erliess am 4. 7. 1958 das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen eine Anweisung (Nr. 113) über die MStA., in der es heisst, sie bilde mit dem Studium eine Einheit. An je einem vorlesungsfreien Nachmittag jeder Woche ist die MStA. verbindlich. Diejenigen Studenten, die auf der Schule oder im Betrieb noch keine vormilitärische Ausbildung in der -> GST erhalten haben, müssen dies zunächst in den Einheiten der GST an der Hochschule nachholen. Ferner sind im Pflichtsport die erforderlichen «militärischen Übungen» durchzuführen. Nach §§ 3 und 4 der Anordnung müssen die waffenuntauglichen und weiblichen Hochschulener sich bei -> **Luftschutz, -> Deutschem Roten Kreuz** und Feuerwehr ausbilden lassen; dieser Dienst wird als «Heimatschutz» bezeichnet. Laut §7 wirken bei der gesamt. Ausbildung SED, FDGB, FDJ, GST und Luftschutz mit der Hochschule zusammen. Die Hochschulen weisen (obwohl die

betr. §§ der Anw. 113 nicht veröffentlicht sind) die älteren Studienjahrgänge, die die GST hinter sich haben, geschlossen monatsweise benachbarten Einheiten der -> **Nationalen Volksarmee** zur eigentlichen Ausbildung zum Reserveoffizier zu. Ab 1.9.1959 ist die gleiche MStA. - mit «Heimatschutz»-Ausbildung und anschliessenden geschlossenen Monatslehrgängen ei der Armee - für alle Fachschüler verbindlich.

**STUDIENLENKUNG:** Die mit der Verwaltung der einzelnen Sektoren des Staats- und Gesellschaftslebens betrauten Stellen (Ministerien und Organisationen) haben auf der Plangrundlage ihren zukünftigen detaillierten - Bedarf an wissenschaftlich vorgebildeten Fachkräften zu errechnen und anzumelden. Daraus werden nach entsprechender Kontrolle und unter Berücksichtigung der vorhandenen Studienplätze die Grundzahlen für die Zulassung neuer Studenten zu den einzelnen Fachrichtungen errechnet und festgelegt. Gegebenenfalls versucht das Staatssekretariat für Hochschulwesen die Bewerber auf planwichtige Studienrichtungen umzulenken. Der St. entspricht die Berufslenkung nach Absolvierung der -> **Hochschule**.

**StVA:** Abk.: für Strafvollzugsanstalt. (-> **Strafvollzug**)

**SU:** Abk. für Sowjetunion.

**SUBMISSIONS:** Verkaufsveranstaltungen der staatlichen Industrie, als regelmässige Einrichtungen für Nahrung und Genussmittel, Konfektion und Schuhwaren, unregelmässig auch für die Materialversorgung der Maschinenbau-Industrie. Als Käufer treten die staatlichen Grosshandelsorgane oder die VEB auf. Die S. im Konsumgüterbereich litten bisher daran, dass häufig nur Muster von Waren gezeigt wurden. Die Liefertermine waren bisher im allgemeinen sehr ungewiss, da die Materialbereitstellung nicht gesichert ist. Die S. für die Investitionsgüter-Industrie werden vom Staatlichen -> **Vermittlungskontor für Maschinen- und Material - Reserven** durchgeführt. Zweck ist hier vor allem der **Abatz von -> Überplanbeständen**. Infolge der Unterschiedlichkeit des angebotenen Materials und der Aufsplitterung in zahlreiche Einzelposten waren die Umsatzerfolge auch in diesem Bereich gering. Zu den S. sind ausserdem die seit Ende 1957 verschiedentlich veranstalteten Materialmuster messen zu zählen. Auf ihnen bieten Stahlwerke, Maschinenbau- u. a. Betriebe Restmaterialien, Halbfabrikate und Überplanbestände an, die von der Konsumgüterindustrie ge-

kauft und zur zusätzlichen Gebrauchsgüterproduktion verwendet werden sollen.

**SUBJEKTIVISMUS:** Eine erst in jüngster Zeit verstärkt kritisierte -> **Abweichung**. S. wird all denen vorgeworfen, die das unverbrüchlicheWalten objektiver naturgesetz-ähnlicher Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung anzweifeln und-wie z. B. **Ernst -> Bloch und Georg -> Lukacs** ebenso wie die gesamte westliche Geisteswissenschaft und Geschichtswissenschaft - die Zukunft als noch nicht vorentschieden ansehen, also im Menschen das volle Subjekt der Geschichte erblicken.

**SUHL:** 1. Bezirk in der SBZ; gebildet im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen -> Verwaltungsneugliederung aus dem Südwestteil von-»-Thüringen; 3853 qkm, 545 403 Einwohner (1959). 8 Landkreise: Bad Salzungen, Hildburghausen, Ilmenau, Meiningen, Neuhaus, Schmalkalden, Sonneberg, Suhl. Vorsitzender des Rates des Bezirkes: Willi Behnke (SED). 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung: Otto -> Funke.

2. Stadt im thüringischen Bezirk S., Bezirksstadt, Kreisstadt, am Südrand des Thüringer Waldes, am Zusammenfluss von Hasel und Lauter, mit 25 350 Einwohnern (1959); alte Bergstadt: Hauptkirche (15./18. Jh.), barocke Kreuzkirche (1731-1739); bedeutende, jahrhundertealte Waffenfabrikation, daneben feinmechanische Industrie, Maschinen-, Fahrzeug- und Gerätebau sowie Spielwarenherstellung; Solbad (Chlorkalziumsolquellen).

**SÜHNEMASSNAHMEN:** Strafrechtlicher Begriff der durch die Direktive Nr. 38 des Alliierten -> **Kontrollrats** . an Stelle des Wortes «Strafe» in das Strafrecht der SBZ eingeführt wurde. Die schwerste gegen «Hauptschuldige» zu verhängende S. war die Todesstrafe. Weiter waren zeitliche und lebenslängliche Zuchthausstrafen und Gefängnisstrafen in Art. 8 der Dir. 38 aufgeführt.

In der strafrechtlichen Praxis der SBZ-Justiz bildete sich bald die Übung heraus, bei Todes- und Freiheitsstrafen weiterhin von «Strafen» zu sprechen, während eine Reihe von Nebenstrafen und Nebenfolgen aus der Dir. 38 als S. bezeichnet wurden. Darunter fiel die Vermögensentziehung, das Berufsverbot, Verlust von Ansprüchen auf Pensions- oder Rentenzahlung, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts sowie des Rechts, sich politisch zu betätigen und Mitglied einer politischen Partei oder der Gewerkschaft sein zu können, Auf-erlegung von Wohnraum- und Aufenthaltbeschränkungen u. a. m. Die S. waren von unterschiedlicher

Schwere, je nachdem, ob ein Angeklagter mit dem Urteil in die Gruppe der «Hauptschuldigen», «Belasteten», «Minaerbelasteten» oder «Mitläufer» eingestuft wurde. Seit Aufhebung der Dir. 38 am 19. 9. 1955 entfällt die Verhängung dieser S.; auf aus anderen Gesetzen zulässige Nebenstrafen und Nebenfolgen kann selbstverständlich weiterhin erkannt werden. [430]

**SUHRBIER, MAX:** \* 12.10.1902 als Sohn eines Schlossers in Rostock, Dr. der Rechtswissenschaften, Staatsdienst. Mitgl. der -> **LDPD** seit 1946. 1948-1952 Finanzminister in Mecklenburg. 1950 Mitgl. der -> **Volkskammer** und des Fraktionsvorstandes der LDPD. Stellv. Vors. des Rates des Bezirkes Schwerin. Sept. 1959 stellv. Finanzminister. 1960 Vors. des -> Ausschusses für **deutsche Einheit** als Nachfolger von Dr. **Hans -\* Loch**. Seit dessen Tod ist S. auch mit der Führung der Geschäfte des Parteivorsitzenden der LDPD beauftragt. Auszeichnungen: 1955 Vaterländischer Verdienstorden in Bronze, 1957 Ernst-Moritz-Arndt-Medaille.

**SVK:** Abk. für die frühere Kreisgeschäftsstelle der Sozialversicherung (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**). Bis zum Erlass des Statuts der Sozialversicherung vom

10.12.1951 (GBl. S. 1154) Abk. für Sozialversicherungskasse. Nach Übernahme der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten durch den -> FDGB wurden die SVK zuerst in Aussenstellen der Verwaltung der Sozialversicherung, sodann in Kreisvorstand des FDGB, Verwaltung der Sozialversicherung umbenannt.

**SYNDIKALISMUS:** Eine **Abweichung**, die die «führende Rolle der Partei» und die Notwendigkeit einer Zentralgewalt zur Durchsetzung der revolutionären Forderungen der Arbeiterschaft ablehnt und sich demgegenüber auf die spontane Kraft der Massen und ihre gewerkschaftlichen Kampfmittel beschränken zu können glaubt. Historisch vor allem Ende des 19. Jahrhunderts in den französischen Gewerkschaften (Syndikaten) von Bedeutung gewesen. Neuerdings glaubt die ZK-Führung in der SBZ, vor allem bei einem Teil der -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit**, Ansätze zu S. zu entdecken. Tatsächlich dürften diese Erscheinungen keine grosse Bedeutung haben, da die Brigaden – im Unterschied zu den polnischen und ungarischen Arbeiterräten von 1956 – über geringe Massenresonanz verfügen, also die Grundvoraussetzung des S. nicht erfüllen.

**TAG DER AKTIVISTEN:** Der TdA wird am 13. 10. eines jeden Jahres begangen, ist jedoch nicht gesetzlicher Feiertag. An ihm werden die -> **Auszeichnungen für -> Aktivistinnen und Neuerer verliehen.**

**TAG DER BEFREIUNG:** So bezeichnen die -> SED und die Regierung der sog. «DDR» erst seit Frühjahr 1950 den 8. Mai, die Wiederkehr des Tages, an dem 1945 die deutsche Wehrmacht kapituliert. Am 21.4.1950 erhob die provis. -> **Volkskammer** den 8. Mai als TdB, zum gesetzlichen Feiertag. Angelehnt an die Einleitung zu diesem Volkskammerbeschluss forderte die Regierung der SBZ am 5.5. 1950 die feierliche Begehung dieses Tages u. a. mit den Worten: «Am 8. Mai 1945 öffnete die Sowjetarmee dem deutschen Volk das Tor zu einer Zukunft in Frieden und Fortschritt . . . , Demokratie und Humanismus.» Damit wird die parteikommun. Propaganda vorgezogen, zu der SED und Regierung diesen Erinnerungstag mit Aufmärschen und Ansprachen alljährlich missbrauchen. (-> **Feiertage**)

**TAG DER BEREITSCHAFT:** Pj. für den Auftakt zu einer grösseren Arbeitsperiode in der Landwirtschaft, vor allem zu Beginn der Frühjahrsbestellung. An ihm nehmen die Funktionäre der -> **örtlichen Organe** eine Hof- und Feldbegehung vor, wobei die -> **LPG**, -> **MTS** und -> **VEG** auf ihre «Bereitschaft» hin kontrolliert werden. Ein «Tag der Aufnahmebereitschaft» vor Beginn der neuen Ernte verpflichtet die -> **VEAB** zur Ordnung in ihren Lagerräumen.

**TALMUDISMUS:** Pj. im Sinne von Buchstabengläubigkeit gebraucht. T. wird Funktionären und Mitgliedern der SED vorgeworfen, die AAax und Engels wörtlich auslegen, ohne die «Weiterentwicklung» des Marxismus durch Lenin und Stalin zu berücksichtigen.

**TAN:** Pj. für «technisch begründete -> **Arbeitsnormen**». Die TAN sollen etwa in der Mitte liegen zwischen der Leistung eines -> **Aktivistinnen** und der Durchschnittsleistung. Grundlage für die Ermittlung der TAN sollen -> **Arbeitsstudien** sein (-> **Zeitnormative**, -\* **Leistungslohn**). Die TAN sollen laufend überprüft

und erhöht werden. Ihre allgemeine Erhöhung durch Regierungsbeschluss führte zum -> **Juni-Aufstand**. Danach wurde ein Normenstopp verfügt, der jedoch seit Ende 1954 in steigendem Masse durchbrochen wurde, um die Rentabilität der «volkseigenen» Wirtschaft sicherzustellen. Durch einen Geheimbeschluss des Präsidiums des Ministerrats vom 18. 5. 1955 wurde der Normenstopp wieder aufgehoben, jedoch sollen administrative Massnahmen zur Erhöhung vermieden werden. Diese soll vielmehr das Ergebnis einer allmählichen «Bewusstseinsbildung» der Arbeiterklasse sein. Der Zwang zu -> **Selbstverpflichtungen** und zur Teilnahme am **sozialistischen -> Wettbewerb** führt meist zur Erhöhung der TAN. Die Gestaltung der TAN kann auf die Dauer zur schweren Schädigung der Arbeitskraft führen, da sie eine gesteigerte Arbeitsintensität zur Folge hat, die durch bessere Löhne und Prämien nicht aufgewogen wird. (-> **Arbeitspolitik**, -> **Arbeitseinheiten**) [418, 703]

**TARNFIRMEN, STAATLICHE:** Seit 1949 in der SBZ errichtete Handelsfirmen, die äusserlich als Privatunternehmen in Erscheinung treten, tatsächlich aber für den staatlich gelenkten legalen und illegalen -> **Aussenhandel** tätig sind. Teils verfolgt man damit die Absicht, ausländische Interessenten zu täuschen, teils will man damit illegale Geschäfte auf die private Ebene abschieben. Die gegenwärtig bekanntesten dieser T. sind die **Deutsche -> Warenvertriebsgesellschaft** mbH. und die **Debotrans GmbH.**, beide Berlin. Andere T., wie die **Meietex GmbH.** und die **Chemiepha GmbH.** wurden bereits 1955 bzw. 1956 wieder liquidiert. Derartige Firmen werden mit Vorliebe für die Umwegsbezüge westdeutscher Waren über westeuropäische Länder und für den illegalen Bezug von Waren aus der Bundesrepublik eingesetzt (-> **Interzonenhandel**). Die T. sind mit politisch zuverlässigem Personal besetzt, ihre Leiter sind vom -> **ZK** der -> **SED** ausgesuchte Vertrauensmänner, die als bürgerlich-seriose Kaufleute auftreten und gute Beziehungen zum Ausland und zur Bundesrepublik unterhalten. Zum Zwecke der Tarnung wurden rd. 50 v. H. der -\* **DIA-Fachanstalten** in GmbH. umgewandelt.

**TARNORGANISATIONEN:** Organisationen unter kommun. Regie, die ausserhalb des kommun. Machtbereiches nichtkommun. und politisch indifferente Kreise ansprechen und gewinnen sollen. Sie sollen kommun. Gedankengut verbreiten und zentralgesteuerte Aktionen vorbereiten, deren Ziel die Störung unseres gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ist. Ausserdem dienen die T. als scheinbar harmlose «Firmenschilder\* für «gesamtdeutsche Gespräche\* und «Friedensaktionen\* sowie als Zentren der Druckschriften- → **Propaganda** und als Sprungbrett für die politische Tätigkeit eingeschleuster Agenten. Sie sind damit ein wesentlicher Faktor der kommun. Taktik der → **Infiltration**. Häufig dienen die T. auch der Einschleusung und Unterstützung von Agenten der Nachrichtendienste (Spionen) der SBZ.

Es gibt T. im internationalen Rahmen mit Mitgliederzahlen, diez. T. in die Millionen gehen (Weltgewerkschaftsbund (→ **WGB**), Weltbund der Demokratischen Jugend, (→ **WBDJ**), Internationaler Studentenbund, nicht zuletzt → **Weltfriedensrat** und → **Weltfriedensbewegung** mit ihren zahllosen Filialorganisationen u. a. m.) und andere mit wenigen Mitgliedern und rein lokaler Bedeutung. Die Gefahr dieser kleinen, unbekanntenen Organisationen liegt darin, dass sie sich den örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen können und in der Lage sind, Missstimmungen und Unzufriedenheiten auch kleinerer Personengruppen auszunutzen. In der Bundesrepublik ist eine besondere Aktivität der T. nach der Gründung der «DDR\* und den kommun. Wahlniederlagen in Westdeutschland zu beobachten. Gesteuert werden sie von der Abteilung gesamtdeutsche Fragen des → ZK der

**SED** und von der entsprechenden Infiltrations-Abteilung des Bundesvorstandes des → **FDGB**.

Die Zahl der Namen von T. in der Bundesrepublik ging in die Hunderte. Ein grosser Teil existiert heute nicht mehr. Es gehört zu ihrer Taktik, dass sie meist, sobald sie als kommun. unterwandert entlarvt worden sind, ihre Tätigkeit einstellen, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wählerarbeit später wiederaufzunehmen. Nach vorsichtigen Schätzungen belief sich die Zahl der T. im Jahre 1953 auf etwa 90, während sie 1955 mit etwa 130 angegeben wurde. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen Auskunft bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzuholen. [234]

**TAUSENDERBEWEGUNG:** Selbstverpflichtungsprogramm für Traktaristen, 1'000 Betriebsstunden ohne

Generalreparatur abzuleisten (-\* **MTS**, → **Aktivistenbewegung**, → **Neuererbewegung**). **Analog dazu** gibt es in der Viehwirtschaft eine Tausendliter-Bewegung, um die immer noch relativ niedrigen Milchleistungen pro Kuh und Jahr hochzutreiben.

**TAUSEND KLEINE DINGE DES TÄGLICHEN BEDARFS:** → **Konsumgüterversorgung**, → **Lebensstandard**.

**TAUWETTER:** Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin. Als «T.» nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe → **Chruschtschows** und Mikojans auf entscheidende Elemente des → **Stalinismus** auf dem XX. Parteitag der → **KPdSU**. Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Okt. 1956 in Polen und im Nov. 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR. Während in Polen ein Kompromiss zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen. Von da an wurde die Liberalisierungswelle des T., die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führung entschlossen bekämpft, da diese – sicher zu Recht – für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regimes bangen musste. Lediglich in Polen und z. T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.

In der SBZ war das T. im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. Philosophen (**Ernst** → **Bloch**), Ökonomen (**Fritz** → **Behrens**, **Kurt** → **Vieweg**), Historiker (**Jürgen** → **Kuczynski**), Journalisten hatten die stark von dem ungarischen Parteiphilosophen **Georg** → **Lukacs** angeregte Bewegung getragen, darunter zahlreiche prominente jüngere Parteideologen. Aber auch innerhalb der Partei- und Staatsführung (Fred → **Oelssner**, **Fritz** → **Selbmann**, **Gerhart** → **Ziller**, **Ernst** → **Wollweber**, **Karl** → **Schirdewan**) war es zu Auseinandersetzungen um den vor allem von **Walter** → **Ulbricht** repräsentierten Doktrinarismus gekommen.

Die Probleme einer rationelleren und bevölkerungsorientierten Gestaltung der Volkswirtschaft und einer grösseren Kompromissbereitschaft in der gesamtdeutschen Frage hatten dabei wesentliche Rollen gespielt. Nach dem Zusammenbruch des ungarischen Aufstandes hat sich auch in der SBZ die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief an. (-> **Wirtschaftssystem**, -> **Widerstand**, **Opposition**)

**TECHNIK, AMT FÜR:** Tarnbezeichnung für das Rüstungsamt der Sowjetzone, in den Jahren. **1955** bis **1958** einer dem «Minister für Nationale Verteidigung» unterstellten Dienststelle im Range eines Staatssekretariats. Das Amt war gegliedert in je eine Abt. für Sicherheit und -> Kader, ferner in zehn Zentrale Abt. für -> **Planung**, **Investitionen**, -> **Materialversorgung**, Finanzen usw. und in eine Anzahl «Verwaltungen», z. B. für Waffen und Geräte, Munition und Sprengstoffe, Bekleidung und Ausrüstung, Funk- und Fernmeldewesen, Feinmechanik und Optik, Schiffbau, Fahrzeugbau, Luftfahrtindustrie.

Das Amt wurde - wahrscheinlich ab Juli **1958** - aufgelöst. Seine Aufgaben wurden teils von den Industriefachabteilungen der neu organisierten Staatlichen **Planungskommission**, teils vom Ministerium für Nationale Verteidigung unmittelbar übernommen.

**TECHNIKER DES VOLKES, VERDIENETER:** Ehrentitel, der mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 8'000 DM Ost an Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Technik verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**TECHNIK, KAMMER DER (KdT):** **1946** durch den -> FDGB gegründete, durch Beauftragte der -> **SED** angeleitete Organisation, deren Aufgabe es ist, die Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler der Zone zusammenzufassen, um ihr Wissen und Können für die Zwecke der SED einzuspannen und auszunutzen. Die Tätigkeit der KdT liegt überwiegend auf dem Gebiet der -> **Produktionspropaganda**. Als Aufgaben werden im einzelnen genannt: Gründung und Anleitung der **Sozialistischen** \* Gemeinschaften. Förderung des **sozialistischen -> Wettbewerbs** in seinen verschiedenen Formen; Popularisierung, Verbreitung und Weiterentwicklung der Erfahrungen der -> **Neuerer**; «Unterstützung der Organisation der nationalen Verteidigung», insbesondere bei

der «Ausrüstung der nationalen Streitkräfte mit der neuesten Technik»; «Heranbildung einer neuen technischen -> Intelligenz aus den Reihen der Jugend und der Aktivist\*»; Durchführung der Nachwuchsplanung; Förderung der Qualifizierung; Weckung des Interesses bei Frauen für technische Berufe; Mitwirkung bei der Auswertung und Verbreitung technischer Literatur, insbesondere aus der SU; Aufklärung der technischen Intelligenz über die Anwendung der Methoden der Planwirtschaft; Mitarbeit an der Entwicklung der Normung, Typisierung und der Gütevorschriften für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Erzeugnisse; «Aufklärung der technischen Intelligenz Westdeutschlands». Der Gedankenaustausch zwischen Ost und West ist als Propaganda und Spionage zugleich gedacht.

Die organisatorischen Grundeinheiten der KdT sind sogen. «Betriebssektionen», deren es Ende **1959** etwa 1900 gab. Die 16 Bezirksorganisationen sind in 12 zentralen Fachverbänden zusammengefasst, denen mehrere hundert Fachausschüsse, Fachunterausschüsse und regionale Arbeitsgemeinschaften angeschlossen sind. Die KdT ist der Herausgeber von etwa 20 technischen Fachzeitschriften.

**TECHNIK, ÜBERGABE DER: + Maschinen-Traktoren-Station.**

**TECHNISCHE INTELLIGENZ: -> Intelligenz.**

**TECHNISCHE KABINETTE:** Unter der Leitung der Betriebssektionen der **Kammer der -> Technik** in vielen Industriebetrieben eingerichtete «Zentren der produktionstechnischen Propaganda» (-> **Produktionspropaganda**). In **Vortragsveranstaltungen** und kleineren Zirkeln der TK, sollen die Betriebsangehörigen über die jeweiligen Absichten des Regimes «aufgeklärt» werden.

**TECHNISCHE NORMEN:** Normen, die die technische Zusammensetzung oder Ausführung eines Erzeugnisses bestimmen. (Unterschied **dazu: -> Arbeitsnormen** und **-> Vorratsnormen**.) **Zu den TN** gehören **Werksnormen**, **Staatliche -> Standards**, **-> DIN-Normen**, **VDE-Vorschriften** (d. s. Vorschriften der Elektrotechnik) und **-> GOST-Normen**. In der SBZ wird die allgemeine Einführung der Staatlichen Standards angestrebt, jedoch sind noch weitgehend die DIN-Normen gültig. Die Einführung der TN dient vor allem der Austauschbarkeit und damit der Arbeits- und Materialersparnis, der Gütesicherung und der Verminderung von Konstruktionsarbeiten.

Die SU hat über den **-> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** erreicht, dass ab **1960** in den metallverarbeitenden Industrien der angeschlossenen Länder GOST-Normen eingeführt werden. Sie erzwingt das dadurch, dass sie an die Länder des Sowjetblocks nur noch nach GOST-Normen hergestelltes Walzmaterial liefert.

**TECHNISCHE RÄTE:** Beratende Organe in technischen Fragen, die in oberen und mittleren Wirtschaftsverwaltungsstellen und in Betrieben der SBZ gebildet werden, z. B. Wissenschaftl.-techn. Räte bei den «Vereinigungen Volkseigener Betriebe» (-> VVB), «Technisch-ökonomische Räte» bei den Räten der -> Bezirke und TR. in den Betrieben. Während die TR. in den Verwaltungsstellen der Wirtschaft aus Wissenschaftlern und hervorragenden Praktikern gebildet werden, setzen sich die TR. in den Betrieben in der Regel aus ehrenamtlich tätigen Betriebsfachleuten (z. B. Mitgliedern der **Kammer der Technik**) und **-> Aktivisten** zusammen. (**Deutscher -> Forschungsrat**)

**TECHNISCHES MINIMUM:** Pj. für das M<sup>ss</sup> der Kenntnisse und Fertigkeiten, das ein Arbeiter erwerben muss, um sich für eine höhere Lohnstufe zu qualifizieren. (**Technische -> Betriebsschulen, -> Betriebsakademien**)

**TERRITORIALE VERWALTUNG (TVW):** Tarnbezeichnung der **-> KVP** für Armeekorps. (Seit **1956 -> Militärbezirk.**)

**TERRORISMUS:** Pj. als «staatsgefährdende Gewaltakte» in § 17 **-> StEG** und als «Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht» in § 18 StEG zwei Tatbestände der **-> Staatsverbrechen**. Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten wird bestraft, «wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern», und «wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die gesetzmässige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern».

**TEXTILINDUSTRIE:** Die T. im Gebiet der SBZ war bereits vor dem Kriege der Industriezweig mit der höchsten Beschäftigtenzahl. Auch gegenwärtig steht die T. der SBZ mit rd. 360'000 Beschäftigten – das sind 13 v. H. aller Arbeiter und Angestellten der SBZ – an der Spitze aller Industrien. Die Spaltung Deutschlands hat innerhalb

der Textilindustrie eine besonders enge wirtschaftliche Zusammenarbeit auseinandergewirren. Das hatte fühlbare Folgen für die beiderseitigen Absatzmöglichkeiten. Inzwischen haben sich die T. in der SBZ und der Bundesrepublik weiter auseinanderentwickelt. Die frühere arbeitsteilige Struktur in den einzelnen Zweigen der deutschen T. ist zerstört. – In der SBZ führte die Vernachlässigung der Verbrauchsgüterindustrien zu erheblichen Hemmungen beim Wiederaufbau einer leistungsstarken T. Die Produktionsmittel sind seit Kriegsende kaum erneuert worden. Der Maschinenpark ist ganz allgemein heruntergewirtschaftet. Minderwertige Texti Rohstoffe wurden zur Verfügung gestellt. Die T. der SBZ ist daher auf vielen Gebieten qualitativ nicht mehr wettbewerbsfähig. Sie musste ihren Export vornehmlich nach östlichen und unterentwickelten Ländern ausrichten, wo hohe Qualitätsansprüche nicht gestellt werden. (-> **Qualität der Erzeugnisse**)

Besonderes Augenmerk richten die Planer auf die Entwicklung einer dem Weltstand entsprechenden Industrie für die Herstellung vollsynthetischer Fasern, ohne indes auch hier sowohl qualitäts- als auch mengenmässig den Anschluss an den Westen erreichen zu können. Im **-> Siebenjahrplan** ist in dieser Hinsicht eine Steigerung vorgesehen, die den westdeutschen Stand weit übertreffen würde.

**TGL: Staatliche -> Standards.**

**THÄLMANN, ERNST:** \* 16. 4.1886 in Hamburg. Trgnsportarbeiter, seit **1903** Mitgl. der SPD, im 1. Weltkrieg **-> USPD**, dann **-> KPD. 1924** M.d.R. Nach dem Sturz Ruth Fischers **1925** Vors. der KPD, **1925** und **1932** Kandidat der KPD für die Reichspräsidentenwahlen. Am 3. 3. **1933** in Berlin verhaftet, während der NS-Zeit Zuchthaus und KZ, im August **1944** in Buchenwald umgebracht. Nicht unpopulär, aber ohne eigene politische Konzeption, geriet Th. immer stärker in Abhängigkeit zu der Führung der **-> KPdSU** unter **-> Stalin** und zeigte sich bereit, den Anweisungen Moskaus an die KPD diszipliniert Folge zu leisten. Wird als Vorkämpfer für die Umwandlung der KPD in eine bolschewistische «Partei neuen Typus» von der **-> SED** herausgestellt und für die Verfälschung und Mythologisierung der Geschichte der KPD benutzt. (Thälmann-Film, Teil I und II der **-> DEFA**)

**THÄLMANN-PIONIERE:** **-> Junge Pioniere.**

**THEATER:** Das T. der SBZ ist «gesellschaftliche», d. h. politische Anstalt; seine Spielpläne «müssen . . . im Sinne unserer sozialistischen

Kulturpolitik gestaltet werden\* (**Alexander** -> **Abusch** auf der Kulturkonferenz der SED im Okt. **1957**). Gleich allen kulturellen Institutionen, die der «Bewusstseinsbildung» dienen können, genießt das T. intensive Aufmerksamkeit, materielle Förderung, ideologische Anleitung und Kontrolle von Partei und Staat. Privatbühnen gibt es seit **1953** nicht mehr.

In der Spielzeit **1959/60** gab es 76 T. mit 63 selbständigen Ensembles. Das gesamte T. untersteht der Abt. «Theater, Musik, Veranstaltungswesen» des -> Ministeriums für Kultur, die die Subventionen austeilt und die Intendanten einsetzt. Diese sind in der Spielplangestaltung an sich frei, müssen sich aber nicht nur von den Besucherräten, sondern vielfach auch von unteren Parteiorganisationen hineinreden lassen, und ein «statistisch auswertbares Höchstmass an Ideologie\*» («Neues Deutschland», 1. 1. **1956**) wie auch an finanzieller Planerfüllung wird erwartet. Damit gerät die Spielplanpolitik in die Schere zwischen Agitationsdramatik vor leeren Sälen einerseits, relativ risikolosen Rückgriffen auf das klassische Erbe (-> kulturelles Erbe) oder kassenfüllende Unterhaltung andererseits. Die Qualität des T. leidet notwendigerweise unter seiner ideologischen Gängelung und der «gesellschaftlichen» Beanspruchung der Schauspieler. Einige grössere Bühnen weisen jedoch Leistungen auf, die auch in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland mit Erfolg gezeigt werden konnten.

Die seit der -> **Bitterfelder Konferenz** (Mai **1959**) angestrebte «künstlerische Selbstbetätigung der Werktätigen\*» hat inzwischen in einigen Grossbetrieben (Warnow-Werft Rostock und Mansfeld-Kombinat Eisen) zur Entwicklung von Arbeiter-T. geführt, die innerhalb der nächsten 3-4 Jahre abgeschlossen werden soll. Eine Definition der Arbeiter-T. besagt u.a.: «Die Mitglieder des Arbeiter-T. betrachten ihre künstlerische Tätigkeit als gesellschaftlichen Auftrag und wollen damit ihrer Klasse . . . beim Aufbau eines sozialistischen Kulturlebens helfen . . . mit dem Ziel, aktiv und planmässig an der Durchführung der kulturellen Betreuung der Bevölkerung mitzuwirken\*» («Sonntag», 6. 12. **1959**). Die künstlerische Anleitung der Arbeiter-T. erfolgt durch Künstler der Berufs-T. «Die unmittelbare Leitung der Arbeiter-T. soll in den Händen klassenbewusster Arbeiter liegen\*» («Kulturelles Leben», Heft 11, **1959**). Ständige Betreuung und Hilfe soll von den BTA und BGL kommen.

Für die Nachwuchsbildung bestehen eine T.-Hochschule in -> Leipzig

und eine Schauspielschule in -> **Berlin**; Dramaturgen soll das **Institut für Literatur** in Leipzig ausbilden.

Die alte «Volksbühne\*» musste einer neuen Anrechts-Organisation Platz machen. Anrechte und Einzelkarten werden vorwiegend durch die Betriebe und -> **Massenorganisationen** abgesetzt; die dadurch bewirkte Umschichtung des T.-Publikums erfüllte jedoch nicht ganz ihren Zweck; da unpolitisches T. bevorzugt wird, gibt es in der SBZ das Phänomen des zwar ausverkauften, aber nicht voll besetzten T. Besucherräte (als Vertretungen der «Anrechler\*»), T.-Zirkel und Zuschauerkonferenzen sollen sowohl das Publikum wie auch die Bühnenschaffenden politisch erziehen und die T. füllen helfen. Der -> **Staatshaushalt** wies für **1956** Ausgaben von rd. 169 Mill. DM Ost für die T. aus. - Zeitschriften: «Theater der Zeit», Informationsblatt «Theaterdienst». (-> **Kulturpolitik**, -> **Literatur**, -> **Kulturelle Massenarbeit**, -> **Volkskunst**, -> **Kabarett**, -> **Agitpropgruppen**, -> **Laienkunst**)

[526, 532]

#### THEODOR-NEUBAUER-

**MEDAILLE:** Die Dr. TNM. wird in drei Stufen für besondere (in Bronze), für ausserordentliche (in Silber) und für beispielhafte (in Gold) Verdienste «bei der Arbeit für die sozialistische Erziehung und Bildung der Jugend und beim Aufbau und der Entwicklung des sozialistischen Schulwesens\*» an Lehrer, Erzieher und Lehrmeister, an Elternbeiratsmitglieder, Wissenschaftler, Werktätige und Betriebsleiter der sozialistischen Produktion und sonstige Personen verliehen. Zur TNM. gehört eine Urkunde. Die Verleihung soll in der Regel zum Tage des Lehrers, dem 12. 6., erfolgen. (-> **Auszeichnungen**)

**THIELE, ILSE, geb. NEUKRANTZ:** \* 4.11. **1920** in Berlin als Tochter eines Arbeiters, Mittelschule, Büroangestellte. **1930** Arbeitersportverein «Fichte», **1945** -> KPD, zunächst Stenotypistin beim Antifa-Ausschuss Berlin-Lichtenberg; **1947** Besuch der Landesparteihschule, dann 2. Bezirksvorsitzende des DFD in Berlin-Lichtenberg, Anfang **1948** Bezirksstadträtin für Sozialwesen, **1949** Mitgl. des Sekretariats des DFD - Landesvorstandes Berlin, **1950/51** SED-Parteihschule, Anfang **1953** stellv. Vors. des DFD, am 11. 9. **1953** als Nachfolgerin Elli Schmidts Vorsitzende des -> **DFD** in der SBZ. Seit April **1954** Mitgl. des -> ZK der -> SED, seit Febr. **1954** Abgeordnete der -> **Volkskammer**.

**THIESEN, PETER - ADOLF:** \* 6. 4. 1899 in Schweidnitz/Schles. Studium der Chemie in Freiburg/Br.,



Greifswald und Göttingen, Dr. Ghil. habil., Lehrtätigkeit an den Universitäten Göttingen, Frankfurt/Main und Münster, 1935 bis 1945 Direktor des Instituts für physikalische Chemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin. Kerntechnische Arbeit. Nach seiner Rückkehr Mitgl. der Deutschen -> Akademie der Wissenschaften und Direktor des Instituts für physikalische Chemie der Akademie in Ost-Berlin. Seit dem 24. 8. 1957 ausserdem Vors. des Beirates für naturwiss.-technische Forschung beim Ministerrat (Deutscher -> Forschungsrat). Seit 12. 9. 1960 Mitglied des -> Staatsrates. 1951 Stalinpreis. Von 1925 bis 1928 und von 1933 bis 1945 Mitgl. der NSDAP.

**THÜRINGEN:** Land in der SBZ, wegen seines Waldreichtums und seiner Lage inmitten des Deutschen Reiches «das grüne Herz Deutschlands» genannt, umfasst seit 1944 auch den Reg.-Bez. Erfurt der preussischen Provinz Sachsen und den Kreis Schmalkalden der preussischen Provinz Hessen-Nassau; 15 598 qkm, 2,8 Mill. Einwohner (1950); Verfassung vom 20. 12. 1946, Hauptstadt -> Erfurt (bis 1948 -> Weimar); Landesfarben: Weiss-Rot; Wirtschaft: Kali-, Erdöl- und Braunkohlengewinnung, Metall-, Textil-, Papier-, Glas-, optische und Spielzeugindustrie, Gemüse- und Gartenbau, Forstwirtschaft. - Landtag und Landesregierung im Sommer 1952 im Zuge der verfassungswidrigen **Verwaltungsneugliederung** unter gleichzeitiger Bildung der Bezirke -> Erfurt, -> Gera und -> Suhl aufgehoben;

• staatsrechtliche Stellung des Landes seither unklar. Die thüringische Geschichte ist in besonderem Masse typisch für die deutsche Kleinstaaterei. Mehrfach mit Sachsen und sächsischen Teilstaatentümern verbunden und wieder aufgeteilt, wurde Th. erst 1920 zum Land Th. zusammengeschlossen, wobei das Gebiet mit und um Coburg an Bayern fiel. Nach 1933 verlor das Land im Zuge der sog. Reichsreform weitgehend seine Eigenstaatlichkeit; 1944 wurde der Reg.-Bez. Erfurt der preussischen Provinz Sachsen (unter Einbeziehung des Kreises Schmalkalden der preussischen Provinz Hessen-Nassau) dem Reichsstatthalter in Th. unterstellt. In den letzten Wochen des 2. Weltkrieges wurde das Land von amerikanischen Truppen besetzt; die US-Militärregierung errichtete die «Provinzialverwaltung für das Land Th.» unter Regierungspräsident Dr. Hermann Brill (SPD), die sich auch auf die westlich der vorläufigen Demarkationslinie gelegenen sächsischen Gebietsteile erstreckte. Am 1. 7. 1945 fiel Th. auf

Grund der alliierten Abkommen über die Zoneneinteilung an die Sowjets. Wenige Tage später befahl die SMAD die Errichtung der «Landesverwaltung Th.» unter Präsident Dr. Rudolf Paul (LDP), der sie im Oktober 1945 ein beschränktes Gesetzgebungsrecht einräumte. Am 20. 10. 1946 fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen trotz massivster sowjetischer Wahlbeeinflussung die SED nur 49,3 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Der Landtag bestätigte im Dezember 1946 die auf der Grundlage der -> Blockpolitik gebildete Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Rudolf Paul (SED) und beschloss die «Verfassung des Landes Th. vom 20. 12. 1946», die am 23. 1. 1947 in Kraft trat. An Stelle des in die Westzonen geflüchteten Dr. Paul wurde im Oktober 1947 -> Eggerath (SED) Ministerpräsident. Seit Bildung der Sowjetzonen-Republik im Oktober 1949 ist Th. Land der «DDR». Das dem Landtag am 25. 7. 1952 aufgezwungene «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Th.» beraubte das Land seiner staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit.

**TIERARZT, VERDIENER:** Ehrentitel, der mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 8'000 DM Ost an Tierärzte «für hervorragende Leistungen beim Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiete des Veterinärwesens» verliehen wird. (-> Auszeichnungen)

**TIERÄRZTE:** Während die Ausbildung nach sowjet. Muster umgestaltet worden ist (-> Hochschulen), sind die Bedingungen der Berufsausübung formal nicht wesentlich verändert worden. Mit der Einrichtung «Staatlicher Tierarztpraxen» (1955 bei den MTS) mit angestellten T., denen die veterinärmedizinische Betreuung der -> LPG obliegt, die aber auch ausserhalb dieser tätig werden (und in den Genuss der -> Altersversorgung der Intelligenz kommen), ist jedoch den frei praktizierend tätigen T. die Existenzgrundlage entzogen worden; seit Anfang 1958 ist die Zulassung zur freiberuflichen Tätigkeit gesperrt. (-> Staatliche Praxis)

**TITOISMUS:** Jugoslawien hatte sich während des zweiten Weltkrieges unter der Führung der komm. Partei, mit Tito an der Spitze, mit einer durchorganisierten Partisanenarmee, im Gegensatz zu den übrigen Staaten des Ostblocks, von der Besetzung durch die deutsche Armee weitgehend selbst befreit. Daraus leitete die Staats- und Parteiführung Jugoslawiens, die sich zunächst wie alle anderen Satelli-

tenstaaten dem Führungsanspruch der -> **KPD** unterworfen halte, den Anspruch ab, den von Moskau genehmigten -\* **Sonderweg zum Sozialismus** weiter zu beschreiten, als es -> Stalin genehm war. Es kam darüber zu Auseinandersetzungen mit Moskau und **1948** zur -> **Kominform-Resolution**, durch die Jugoslawien aus dem Verband der moskauhörigen Staaten ausgeschlossen wurde.

Tito bemühte sich danach, innenpolitisch den Beweis zu erbringen, dass das jugoslawische kommunistische System der marxistischen Theorie mehr entspreche als das sowjetische. Die Selbstverwaltung der Arbeiter sollte durch die Schaffung von Arbeiterräten verwirklicht werden, die einen unmittelbaren Einfluss auf die Produktion ausüben sollen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde nach **1948** weitgehend rückgängig gemacht, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. An Stelle der Kolchosen sind neue Formen genossenschaftlicher Arbeit auf dem Lande getreten. Im Gegensatz zu den Ostblockstaaten ist in Jugoslawien die westliche Presse zugelassen, Literatur und Filme aus dem westlichen Ausland werden in grösserem Umfange als in der SU und in den Satellitenstaaten vertrieben. Aussenpolitisch propagiert der T. eine «blockfreie Politik», fordert zu einer aktiven Koexistenz auf und bemüht sich um die Schaffung einer «dritten Kraft», die in der Auseinandersetzung zwischen den Grossmächten eine vermittelnde Rolle spielen soll. In diesem Zusammenhang stützt sich Jugoslawien besonders auf freundschaftliche Beziehungen zu Indien, Ägypten und anderen von der Kolonialherrschaft befreiten Ländern.

Unter Stalin wurden die jugoslawischen Kommunisten und ihre Anhänger in den kommunistischen Parteien als «faschistische Agenten des Monopolkapitals» bezeichnet, des Verrats am Sozialismus beschuldigt, verfolgt und in einigen Ostblockstaaten verurteilt und hingerichtet. Auch in der SBZ wurden SED-Funktionäre als angebliche Mitglieder einer titostisch-faschistischen Verschwörung verhaftet und verurteilt. Nachdem die Annäherung der sowjetischen Partei an die KPJ, die nach Stalins Tod mit dem Besuch -> **Chruschtschows** und **Bulgansins 1955** in Jugoslawien eingeleitet worden war, sich nicht als dauerhaft erwies, verschärften sich die Spannungen zwischen beiden Ländern wieder. In letzter Zeit wird der T. besonders scharf angegriffen von den chinesischen Kommunisten. (-> **Nationalkommunismus**, -> **Revisionismus**)

**TODESSTRAFE:** Die T. ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger -> **Staatsverbrechen: des -> Staatsverrats, der -> Spionage, der -> Diversion** und der -> **Sabotage**. «Die T. im -> **StEG** ist im Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muss, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen» (-> **Melsheimer** in: «Neue Justiz» **1958**, S. 48). Jedes Todesurteil muss nach Eintritt der Rechtskraft dem Staatspräsidenten - seit **12. 9. 1960** dem Staatsrat - zur Entscheidung vorgelegt werden, ob er von seinem -> **Gnadenrecht** Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des -> **Politbüros** der SED herbeigeführt. In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung; die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden durch die Gerichte der SBZ von **1949** bis **1960** **160** Todesurteile verhängt, davon **102** in politischen Strafverfahren.

**TOM:** Abk. für «technisch-organisatorische Massnahmen», einen Begriff des Pj. aus dem Bereich der -> **Produktionspropaganda**. Zu jedem -> **Betriebskollektivvertrag** wird ein TOM-Plan ausgearbeitet, der in der Regel nur solche Massnahmen enthält, die ohne zusätzliche Finanzmittel durchführbar sind. Die TOM-Propaganda tritt seit Anfang **1959** in den Hintergrund; seitdem wird für etwa die gleiche Sache die Bezeichnung **sozialistische -> Rekonstruktion** verwendet. (-> **Neuererzentrum**)

**TONNENIDEOLOGIE:** Bezeichnung des Pj. für das Bestreben und die vielgeübte Praxis der Produktionsbetriebe, das Plansoll möglichst schnell auf der Linie des geringsten Aufwandes zu erfüllen, ohne auf Sortiment, Qualität und Ausstattung der Erzeugnisse zu achten. Zum Beispiel erfüllen bis **1959** die Walzwerke die Planerfüllung nach Tonnen, ohne den tatsächlichen Bedarf der Besteller hinsichtlich Abmessungen und Qualitäten ausreichend zu berücksichtigen. Die Walzwerke gingen zur Praxis der T. über, weil sie formell ihre Planauflagen erfüllen wollten, während die Anforderungen nach bestimmten Abmessungen und Sorten ihre Leistungsfähigkeit überschreiten. Auch in der -> **Braunkohlenindustrie**, insbesondere aber in der Bekleidungs- und Schuhindustrie

ist die T. noch immer verbreitet. Sie ist eine Folgeerscheinung von Planungsmängeln (-> Materialversorgung, Eisen- und Stahlindustrie); oft ist sie auch auf das System der sozialistischen -> Wettbewerbe zurückzuführen.

**TOEPLITZ, HEINRICH:** \* 5. 6. 1914 in Berlin als Sohn eines Juristen, Gymnasium, Jurastudium. 1937 Promotion zum Dr. jur. in Breslau, danach Tätigkeit in der Wirtschaft. Zwei Jahre im Ausland, aus rassischen Gründen verfolgt. 1944 bis 1945 Zwangsarbeitslager. 1945 bis 1947 Mitarbeiter im Berliner Justizwesen, Hilfsrichter. 1947 2. juristische Staatsprüfung. 1947 bis 1950 juristischer Hauptreferent beim Ost-Berliner Magistrat. 1949 -> CDU. 1950 Leiter der Hauptabt. Politik im Parteivorstand der CDU. Seit Herbst 1950 Staatssekretär im Ministerium der Justiz. Seit 25. 4. 1960. Präsident des -> **Obersten Gerichts** als Nachfolger von Kurt Schumann. Seit 1951 Abg. der -> **Volkskammer**, Mitgl. des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU.

**TORGAU:** Kreisstadt im sächsischen Bezirk -> **Leipzig**, an der Elbe, mit 19 323 Einwohnern (1959). Glas-, keramische und Maschinenindustrie. Bei T. trafen am 25. April 1945 die Spitzen der amerikanischen und der sowjetischen Truppen zusammen und beendeten damit jeden zusammenhängenden deutschen Widerstand.

**TOTO:** In der SBZ eingeführt durch VO vom 12. 12. 1953 (GBl. S. 1271), nachdem die sowjetzonale Propaganda das Fussball-Toto in der Bundesrepublik jahrelang heftig angegriffen hatte.

Träger des T. ist der «VEB Sporttoto» mit dem Sitz in Ost-Berlin, der unmittelbar der Aufsicht des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat unterstellt ist. Den Bezirksstellen unterstehen Hauptannahme- und Annahmestellen. Die Aufteilung der Wetteinlagen des T. wurde wie folgt vorgesehen: 55 v. H. an Toto-Wetter, 25 v. H. für den -> Sport, 10 v. H. für Steuern, 7,5 v. H. Provision für die Annahmestellen, 1,5 v. H. Verwaltungskosten u. Werbung, 1 v. H. für den Sicherheitsfonds.

**TOURISTIK:** Am 22. 11. 1956 konstituierte sich ein Komitee für T. und Wandern, das aus Vertretern der -> Massenorganisationen und «erfahrenen Fachleuten der Touristen- und Wanderbewegung» besteht und dessen Hauptaufgabe die «Erhöhung des politisch-erzieherischen, des fachlichen und kulturellen Niveaus der Touristen- und Wanderbewegung» sein soll («Jahrbuch der DDR», 1957). Auf «gut ge-

plante Kollektivfahrten» soll dabei mehr Wert gelegt werden als auf «Einzelgänger», «um auch dabei den organisierten Massensport zu entwickeln» («Presse - Informationen», 5. 2. 1958). Die politische Ausrichtung der Tätigkeit des Komitees ist nicht nur durch seine Zusammensetzung, sondern auch dadurch gesichert, dass sein Vorsitzender (z. Z. **Gerhard -> Wenzel**) zugleich Leiter des Büros für T. im **Amt für -> Jugendfragen** ist, eines Amtes, das seit 1. 7. 1958 dem Ministerium für Volksbildung untersteht. Die gleiche Personalunion besteht auch bei den entsprechenden Institutionen in den Bezirken. Unter der Kontrolle der Ämter organisieren die Komitees die Touristen- und Wanderbewegung besonders unter der Jugend, erschliessen und markieren Wanderrouten (z. Z. 16 «zentrale»), planen und überwachen die Wanderliteratur, sorgen für die Errichtung von Wanderunterkünften und Zeltplätzen, leiten die Arbeit dort und in den -> Jugendherbergen an, sollen schliesslich das Wandersparen betreiben und die internationalen touristischen Beziehungen pflegen. Das Komitee für Touristik und Wandern organisiert auch Wanderertreffen mit mehr oder weniger verhüllter SED-Propaganda. Reisen in die SU werden besonders verbilligt und gefördert.

1958 sollen für T. und Wandern aus staatlichen Mitteln 18,5 Mill. DM Ost sowie 5,4 Mill. Rubel in Devisen aufgewandt worden sein. Es gibt ein Herbergs- und ein Zeltlagerverzeichnis und Touristenabzeichen in Bronze, Silber und Gold. (Westdeutsche Wanderer müssen die Bestimmungen über den «innerdeutschen Reiseverkehr» beachten, die das Wandern oder Reisen von Ort zu Ort im allgemeinen ausschliessen.) Zeitschrift: Touristen - Magazin «Unterwegs». (-> **Interzonenverkehr**)

**TRANSPORTPOLIZEI:** **Zweig der Deutschen -> Volkspolizei**, der mit der Sicherung von Bahnhöfen und Gleisanlagen sowie Schienenwegen der sowjetzonalen Eisenbahn betraut ist. Die Trupo unterstand von Januar 1953 bis Februar 1957 dem Ministerium (zeitweise Staatssekretariat) für Staatssicherheit (-> **Staatssicherheitsdienst**). Auch nach ihrer Unterstellung unter die Volkspolizei hat sie nicht ihren Charakter als kaser-nierte militärische -> **Polizei-truppe** verloren. Im amtlichen Blatt «Fahrt frei» vom 30. 4. 1957 wurde die «militärische» Ausbildung offen betont. Die T. stellt eine vollwertige Infanterietruppe dar. Ihre 8 Abschnitte entsprechen den 8 Eisenbahndirektionen der SBZ. Uniform: dunkelblau. Chef: Oberst d. VP

Hans Beiermann. Stärke etwa 8'000 Mann. (-> **Militärpolitik**)

**TRAPO:** Abk. für -> **Transportpolizei.**

**TRAWOPOLN AJASYSTEM:** System zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, in der SU von W. R. Williams entwickelt. Es bedeutet im wesentlichen die Einschaltung von mehrjährigen Futterpflanzen (Gräsern) in die Ackerfruchtfolge (Feldgraswirtschaft). Das System soll, im ganzen gesehen, eine Humusanreicherung des Bodens erzielen (hierzu gehören die Anlage von Windschutzstreifen u. a. Massnahmen der Landeskultur) und wird unter Verknennung der gänzlich anders gearteten und höher entwickelten deutschen Bodenkultur im Rahmen der Mitschurinbewegung (-> **Mitschurin**) auch für die SBZ propagiert.

**TREUE DIENSTE, MEDAILLE FÜR:**

1. bei der Deutschen Reichsbahn, die in drei Stufen (Bronze, Silber, Gold) für 25-, 40- und 50jährige ununterbrochene Dienstzeit verliehen wird,

2. in der -> **Nationalen Volksarmee**, die in drei Stufen (Bronze, Silber, Gold) nach 5-, 10- und 15jähriger Dienstzeit verliehen wird,

3. in den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern (früher: in der Deutschen -> **Volkspolizei**), die in drei Stufen (Bronze, Silber, Gold) nach 5-, 10- und 15jähriger Dienstzeit verliehen wird,

4. in der Freiwilligen Feuerwehr, die an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in drei Stufen (Bronze, Silber, Gold) nach 10-, 25- und 40jähriger ununterbrochener Zugehörigkeit verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**TREUHANDBETRIEBE:** Betriebe, bei denen am 9. 5. 1945 ausländischer Besitz oder ausländische Beteiligung vorlag und die gleichwohl nach -> SMAD-Befehl 124 (-> **Sequesterbefehl**) beschlagnahmt wurden. Gemäss VO vom 6.9. 1951 (GBl. Nr. 111 v. 15. 9. 1951) wurden die T. in die Verwaltung der ehemaligen Produktionsministerien oder der -> **örtlichen Industrie** übergeben. Seit 1958 sind die -> WB f ür die Verwaltung der T. zuständig. Die T. werden planungstechnisch völlig wie «volkseigene» Betriebe behandelt. Gewinne werden einem Sammelkonto zugeführt, Überweisungen an die Eigentümer erfolgen nicht. Aus dem Sammelkonto werden die Verwaltungskosten gedeckt. Zu den T. zählen

auch Grossbetriebe der Industrie, z. B. die Chemiewerke des Solvay-Konzerns in Osternienburg und Westeregeln, die Finsterwalder Maschinenfabrik, die IHAGEE-Kamerawerke in Dresden usw.

Die endgültige Eigentumsregelung für die T. ist bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zurückgestellt.

**TROTZKISMUS:** Eine der -> **Abweichungen**, zugleich als «ultralinkes Sektierertum» bezeichnet. Politische Lehre von Leo Trotzki (eigentlich Leo Bronstein), der 1879 als Sohn eines ukrainischen Bauern geboren wurde und 1940 im Exil in Mexiko von einem Beauftragten -> **Stalins** mit einem Eispickel erschlagen worden ist. Trotzki schloss sich bereits Anfang des 20. Jahrhunderts -> **Lenin** an seiner politischen Richtung an. Nach vielfältigen Meinungsverschiedenheiten mit den Bolschewisten, auch mit Lenin, stiess er endgültig wieder 1917 zur bolschewistischen Partei Russlands und wurde einer der massgeblichen Führer der Oktoberrevolution und der Schöpfer der Roten Armee. In Lenins Testament als «der fähigste Kopf im gegenwärtigen Zentralkomitee» bezeichnet. Trotzki, einer der bedeutendsten Theoretiker des Kommunismus, wurde nach Lenins Tod von Stalin durch eine geschickte Kaderpolitik aus allen seinen Ämtern entfernt und 1929 aus der SU verbannt. Er versuchte im Exil bis zu seinem Tode, durch theoretische und polemische Schriften Einfluss auf den internationalen Sozialismus zu gewinnen und gründete die IV. Internationale. Seine Anhänger, die Trotzkiisten, wurden in der SU verfolgt, viele kamen während der grossen Säuberungen um. Trotzki hat in Fortführung der Leninschen Grundsätze die These von der internationalen «permanenten Revolution» aufgestellt und glaubte, der Sozialismus könne in der SU und im Weltmassstab nur siegen, wenn die Oktoberrevolution eine Kette von revolutionären Ereignissen in allen Ländern folge. Die Entfaltung der Weltrevolution müsse daher der wichtigste Grundsatz der bolschewistischen Politik sein. Im Gegensatz dazu verkündete Stalin nach Lenins Tod die Theorie vom «Aufbau des Sozialismus in einem Land» (-> **Stalinismus**). Nach der Kritik an Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde Trotzki zwar wieder als einer der Führer der Revolution erwähnt, seine Rolle jedoch abwertend dargestellt und der T. weiterhin als Irrlehre verurteilt.

**ÜBERBAU:** -> **Marxismus-Leninismus,**  
-> **Stalinismus,** -> **Linguistik-Briefe.**

**ÜBERPLANBESTÄNDE:** Materialvorräte und Vorräte nicht abgesetzter Erzeugnisse in Produktions- und Handelsbetrieben. Das Entstehen von ü. an Produktionsmaterial ist durch das System der Materialbewirtschaftung zwangsläufig bedingt. Die stockenden Anlieferungen zwingen die weiterverarbeitenden Betriebe ständig zu Aushilfen (Verwendung von ungeeignetem, aber verfügbarem Material usw.); wenn dann nach einiger Zeit das ursprünglich bestellte Material vom Lieferwerk eintrifft, wird es nicht mehr benötigt. Auch die häufigen Änderungen der Produktionspläne führen zu erheblichen ü. In Handelsbetrieben stauen sich ü. als Folge nicht bedarfsgerechter oder minderwertiger Produktion (-> Qualität der Erzeugnisse). Allein bei Textilien und Trikotagen wurden im April 1959 durch eine amtliche Stelle die ü. mit etwa 78 Millionen DM Ost beziffert.

**ÜBERSTUNDEN:** -> **Arbeitszeit,** «**arbeitsrechtliche Mantelbestimmungen.**

**ULBRICHT, WALTER:** \* 30. 6.1893 in Leipzig als Sohn eines Schneiders, Volksschule, Tischler. 1908 Mitgl. der Arbeiterjugend, 1912 SPD, 1919 KPD und bald darauf Bezirkssekretär der KPD in Sachsen. 1920 Mitgl. der KP-Bezirksleitung Halle/Merseburg und KP-Redakteur in Halle, später Leipzig. 1921 Sekretär der KP-Bezirksleitung Gross-Thüringen und ab 1923 Mitgl. des ZK der KPD und Mitgl. des Militärrates der KPD. Bis 1926 Vertreter des ZK der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau. Nach dem Besuch der Leninschule in Moskau ab 1926 Mitgl. des sächs. Landtages, 1928 M. d. R. und ab Mai 1929 Leiter der KP-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. Im Okt. 1933 über Prag und Paris nach Moskau emigriert. Trat während der Dauer des deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes 1939/40 in Zeitungsartikeln mit besonderem Nachdruck für das Bündnis der SU mit Hitler ein. Nach Ausbruch des Krieges organisierte U. die Schulungsarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen und war Mitbegründer des -> **Nationalkomitees Freies Deutschland.** Am 29. 4. 1945 kehrte U. nach Ber-

lin zurück. Massgeblich beteiligt am Aufbau der -> **KPD** und des

-> **FDGB,** organisierte die erste Stadtverwaltung in -> **Berlin.** Im April 1946 zum stellv. Vors. und zum Mitgl. des Zentralsekretariats der -> **SED** gewählt. Seit dieser Zeit Mitgl. des Zentralsekretariats bzw. des -> **Politbüros** der SED. Seit Juli 1950 Generalsekretär der SED, ab Juli 1953 1. Sekr. des ZK der SED. Seit Okt. 1949 ausserdem stellv. Ministerpräsident bzw.

1. Stellv. des Vors. des Ministerrates der «**DDR**». Seit 12.9.1960 Vors. des -> **Staatsrates** und von seinem Amt als stellv. Ministerpräsident auf eigenen Wunsch entbunden. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer.** U. führte die Umwandlung der SED in eine bolschewistische «Partei neuen Typus» durch und hat entscheidenden Anteil an der Umgestaltung der SBZ in eine «Volksdemokratie» nach Sowjet. Muster. Die Absetzung U. war die erste Forderung der Teilnehmer am -> **Juni-Aufstand** und aller Oppositionsgruppen innerhalb und ausserhalb der SED. (-> **Aufbau des Sozialismus,** -> **Neuer Kurs,** -> **Revisionismus,** -> **Säuberungen**)

**UMGEHUNGSBAHN:** -> **Berliner Aussenring** der Reichsbahn.

**UMSIEDLER:** Ursprünglich Bezeichnung der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. U. werden heute Personen genannt, die aus Westdeutschland in die SBZ übersiedeln. Während jede Verleitung zur -> **Republikflucht** in der **SBZ** als -> **Staatsverbrechen** bestraft wird (-> **Abwerbung**), bemüht sich die -> **SED,** Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ zu veranlassen. Mit grossem propagandistischem Aufwand soll ungeachtet des geringen Erfolges dieser Bemühungen der negative Eindruck der Massenflucht aus der SBZ verwischt und der Anschein einer Fluchtbewegung aus dem Westen in die Zone erweckt werden. Soweit nicht familiäre Gründe vorliegen, handelt es sich bei der Mehrzahl der U. um gescheiterte Existenzen, die sich häufig gerichtlichen Verfahren entziehen wollen. Mitglieder der ehemaligen KPD, die ohne dringenden Grund in die SBZ übersiedeln wollen, wird grundsätzlich die Einreise in die «**DDR**» verweigert. Sie soi-

len in der Bundesrepublik bleiben und dort die politischen Ziele der SED unterstützen.

Personen, die erstmalig ihren Wohnsitz aus der Bundesrepublik oder West-Berlin in die SBZ verlegen, können als U. vom Rat der Gemeinde gewisse finanzielle Hilfen erhalten, und zwar ein Überbrückungsgeld von 50 DM Ost, Erstattung der Unterkunftskosten für zwei Wochen und ein Darlehen von 1'000 DM Ost (bei Übersiedlung mit Angehörigen bis zu 2'000 DM Ost) zur Anschaffung von Hausrat. Im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen wird -> **Rückkehrern** diese Unterstützung nicht mehr gewährt. Nach einer Anweisung des Justizministeriums dürfen U. für Schulden aus Teilzahlungsgeschäften, die sie vor ihrer Übersiedlung im Westen abgeschlossen haben, grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden.

**UNFALLVERSICHERUNG, INDIVIDUELLE:** Die U. wird von der Deutschen -> Versicherungsanstalt betrieben. Die soziale U. ist in die einheitliche Sozialversicherung eingeschlossen. (-> Sozialversicherungs- und Versorgungswesen, -> Renten) [426]

**UNIVERSITÄTEN:** -> Hochschulen.

**UNTERHALTSPFLICHT:** Die Erfüllung der U. und Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen stösst auf Schwierigkeiten, wenn der Unterhaltsberechtigten und der -verpflichteten in verschiedenen Teilen Deutschlands wohnen. Der Berechtigte kann nur Zahlung auf ein -> **Sperrkonto** verlangen. Während der in der SBZ lebende Berechtigte nach den westlichen Devisenbestimmungen über das Westmark-Sperrkonto weitgehend verfügen kann, ist das Ostmark-Sperrkonto der Verfügungsmacht des im Westen lebenden Unterhaltsberechtigten entzogen. Minderjährige Kinder im Westen können nur über den Verrechnungsverkehr von Unterhaltsgeldern zwischen der SBZ und der Bundesrepublik, der durch die örtlich zuständigen Jugendämter durchgeführt wird, in den Genuss der Unterhaltszahlungen kommen. Unterhaltszahlungen geschiedener Eheleute sind in diesen Verrechnungsverkehr nicht einzubeziehen. Die U. geschiedener Ehegatten ist durch die VO über Eheschliessung und -auflösung vom 24.11.1955 stark eingeschränkt worden. (-> **Eherecht**)

Flüchtet ein Unterhaltsberechtigter aus der SBZ, so erlischt die U. des in der SBZ lebenden Unterhaltsverpflichteten (Oberstes Gericht, Urt. v. 1., 21. und 25.8.1958 - «Neue Justiz» 1958, S. 683 ff.).

## UNTERSUCHUNGSHAFT

**UNTERRICHTSTAG IN DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTION:** Seit Beginn des Schuljahres 1958/59 sind alle 7. bis 12. Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehalten, an einem Tage in der Woche in industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben „zu lernen und produktiv tätig zu sein“. Die Lehrpläne verlangen, dass die produktive Arbeit nicht als Gelegenheitsbeschäftigung, sondern planvoll und in systematisch aufgebauten Grundlehrgängen zu erfolgen hat. Auf den Grundlehrgang Metallbearbeitung (33 Tage) folgen die in Maschinenkunde I (20 Tage), Elektrotechnik (13), landwirtschaftlicher Produktion (33) und Maschinenkunde II (30 Tage). Die Schüler der 10. Klasse der Oberschule haben ausserdem ein zweiwöchiges Praktikum zu absolvieren. Die Fachlehrer sind gehalten, nach Möglichkeit eine Verbindung zwischen ihrem Lehrstoff und der produktiven Arbeit herzustellen. In den Betrieben sind polytechnische Beiräte zu bilden, die die Leiter der Betriebe und Schulen bei der Planung, Durchführung und Kontrolle der Grundlehrgänge zu beraten haben und bei der Auswahl der „Betreuer“ der Schüler ebenso mitwirken wie bei ihrer „Qualifizierung“ und der polytechnischen Qualifizierung der Lehrer.

**UNTERSUCHUNGSHAFT:** U. kann gemäss § 141 der sowjetzonalen StPO angeordnet werden, wenn dringende Verdachtsgründe gegen den Beschuldigten vorhanden sind, und wenn entweder Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr besteht. Fluchtverdacht braucht nicht weiter begründet zu werden, wenn die den Gegenstand des Verfahrens bildende Tat mit mehr als 2 Jahren Freiheitsstrafe bedroht ist. Praktisch kann also jeder Beschuldigte ohne weitere Begründung wegen angeblichen Fluchtverdachts in U. genommen werden. Polizei, -> **SSD** und -> **Staatsanwaltschaft** machen von dieser Möglichkeit insbesondere in politischen Strafsachen in reichem Masse Gebrauch. Die Zunahme der Anzahl der Untersuchungshäftlinge bezeichnet man im sowjetzonalen Justizministerium als den «Beitrag der Justiz zum Abwehrkampf gegen die Angriffe der Imperialisten auf die antifaschistisch - demokratische Ordnung». Das Recht des Untersuchungsgefangenen, zusätzlich Lebensmittel zu erhalten, Bücher und Zeitungen zu lesen, zu schreiben und - soweit der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet wird - Besuche zu empfangen, ist ausser Kraft gesetzt. „Staatsfeinde“, „Agenten“, „Diversanten“ und „Wirtschaftsverbrecher“ dürfen auch bei ärztlich festgestellter Haft-

Unfähigkeit nicht aus der Haft entlassen werden. Ärztliche Betreuung in den U.-Anstalten ist kaum vorhanden. (-> Rechtswesen, -> Strafvollzug)

**UNTERSUCHUNGSORGANE:** U. sind die Kriminalpolizei und der -> **Staatssicherheitsdienst.** Diese U. führen die Untersuchungen in Strafsachen durch (§ 96 StPO). Sie unterliegen in dieser Tätigkeit den Weisungen der -> **Staatsanwaltschaft,** die von dieser Befugnis dem SSD gegenüber aber keinen Gebrauch macht. Der Leiter eines U. hat die Befugnis, durch schriftliche, begründete Verfügung die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens anzuordnen (§ 106 StPO). Er ist auch befugt, selbständig das Verfahren einzustellen oder vorläufig einzustellen (§§ 158, 159 StPO). Erfolgt das nicht, so hat das U. die Akte dem Staatsanwalt mit einem ausführlichen Schlussbericht, der das Ergebnis der Untersuchung zusammenfasst, zu übergeben (§ 162 StPO).

**URALTGUTHABEN:** U. sind Sparguthaben, die vor dem 9. Mai 1945 entstanden sind und «a) bei geschlossenen Kreditinstituten im heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, b) bei in Berlin tätig gewesenen Kreditinstituten, c) bei früheren Kreditinstituten jenseits der Oder-Neisse-Friedensgrenze innerhalb der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches nach dem Stände vom 31. Dezember 1937, d) bei den Postsparkassen geführt wurden» und nachträglich zur Umwertung angemeldet werden können (GBl. I 1957, S. 341). (-> **Altguthaben,** -> **Altguthaben-Ablösungsanleihe**)

**URANBERGBAU?** Der U. in der SBZ wird von der sowjetischen **Wismut-AG.,** seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben. Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiete die Bodenschätze als Reparationsleistungen ausbeutet. Die Wismut-AG. nahm innerhalb der -> **SAG** insofern eine Sonderstellung ein, als sie nicht zur Verwaltung der sowjetischen Vermögen in Deutschland gehörte. Die Hauptverwaltung Wismut-AG. in Siegmarschönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Die Gründer, die alle Aktien übernommen hatten, waren die Hauptverwaltung des Sowjetischen Vermögens im Ausland des Ministerates der SU und die Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetall-

industrie «Medj» in der SU. Die Wismut-AG. hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgend Uranvorkommen vermuten liess, durch sog. «Geologenbrigaden» nach Uranvorkommen untersucht. Selbst ganz unsichere Vermutungen veranlassten Probebohrungen und Schürfungen. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, welche 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der U. gegenwärtig auf folgende Gebiete:

1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren in und um Aue, Johannegeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;
2. Thüringen mit Hauptzentren um Ronneburg.

Die Zahl der im U. beschäftigten Deutschen wird von der Wismut-AG. streng geheimgehalten. Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsstand bei der Wismut-AG. im Herbst 1951 etwa 225'000. Diese Zahl entsprach rund 10 v. H. aller Beschäftigten, in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 160'000 Arbeitnehmer für die Sowjets in der Wismut-AG. tätig sein. Auch die Ausbeuteergebnisse des U. werden streng geheimgehalten. Die Werbeaktionen für Arbeitskräfte sind jetzt unmittelbar in die Betriebe und Verwaltungen gelegt. -> **SED** und -> **FDGB** unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen U. Trotz der Lohnkürzungen seit Mitte 1950 werden im U. noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen.

Die ausserordentlich hohen Kosten des U. wurden bis 1951 wahrscheinlich überwiegend aus dem Finanzaufkommen der SBZ aufgebracht. Von 1946 bis Anfang 1949 hatte die Regierung des Landes Sachsen den Hauptanteil zu tragen. Die damalige -> **DWK** und die übrigen Länder gaben nach Weisung der Sowjets Zuschüsse. Seitdem wird der U. von den Zentralstellen der SBZ finanziert. Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem -> **Staatshaushalt** noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für die Jahre von 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von etwa 7,75 Mrd. Mark. Diese Summe ist in den unter -> **Reparationen** angegebenen Zahlen mit enthalten.

Die Ausbeute ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem — so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorkommen

in der SBZ abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen. Von westlichen Politikern ist das Interesse der SU an diesen Uranvorkommen als ein wesentlicher Faktor der sowjetischen Deutschlandpolitik bezeichnet worden. [779]

**URHEBERRECHT:** Die bisher noch gültigen Reichsgesetze auf dem Gebiete des U., das Literaturheberrechtsgesetz und das Kunsturheberrechtsgesetz, das Gesetz über das Verlagsrecht und das Gesetz über die Filmberichterstattung, sollen durch ein neues sozialistisches U. ersetzt werden. Der Entwurf des neuen U.-Gesetzes ist Anfang 1960 fertiggestellt worden. Es bringt eine «Abkehr von der naturrechtlichen Vorstellung der „ewigen Rechte des Urhebers“ und geht von der «Gesellschaftsbezogenheit» aller Rechte des Urhebers an seinem Werk als «gesellschaftlich wichtiger Leistung» aus. Neben den Personlichkeits- und Vermögens- oder Werknutzungsrechten des Urhebers stehen die Rechte der Gesellschaft auf freie Werknutzung. An die Stelle der freien Vereinbarungen zwischen Autor und Verlag sollen Musterverträge treten, die der Minister für Kultur für allgemein verbindlich erklären kann. Die Honorare werden in bestimmten Honorarordnungen festgelegt. Werke von Bürgern der Bundesrepublik sollen nicht mehr den unmittelbaren gesetzlichen Schutz genießen, sondern als Werke von Angehörigen eines anderen Staates nur über die internationalen Vereinbarungen oder wenn die Gegenseitigkeit gegeben ist. Diese internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiet des U., insbesondere die Berner Übereinkunft vom 2. 6. 1928 wendet die SBZ mit Wirkung vom 29. 8.

1955 wieder an (Bekanntmachung vom 16. 4. 1959, GBl. I, S. 505; -> **Patentrecht**). Durch AO vom 23. 10.

1956 (GBl. II, S. 365) ist mit Sitz in Berlin das «Büro für Urheberrechte» gegründet worden. Es untersteht der Aufsicht des Ministeriums für Kultur. Es hat u. a. die Aufgabe, an deutschen und internationalen Einrichtungen auf dem Gebiet des U. mitzuarbeiten, die Arbeiten zur Entwicklung des U. und den Abschluss von Verträgen zu unterstützen und die Rechte der in der SBZ ansässigen Urheber wahrzunehmen.

**URLAUB:** Die Regelung des U. ist im Gegensatz zur Bundesrepublik der autonomen Gestaltung durch die Sozialpartner in Tarifverträgen entzogen und zwingend durch die VO über Erholungs-U. vom 7. 6. 1951 (GBl. S. 547) bestimmt. Die Dauer des U. beträgt für Arbeiter und Angestellte grundsätzlich nur 12 Arbeitstage im Jahr. Bis 24 Arbeitstage können Beschäftigte in schweren oder gesundheitsschädigenden Arbeiten und solche mit verantwortlicher Tätigkeit erhalten. Leitende Angestellte haben Anspruch auf einen U. von 24 Arbeitstagen, Jugendliche vom 16. bis zum 18. Lebensjahr von 18 Arbeitstagen, bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres von 21 Arbeitstagen. Zusätzlichen U. von 3 Arbeitstagen erhalten Schwerbeschädigte und Verfolgte des Naziregimes. Inhaber von -> Einzelverträgen haben Anspruch auf höheren Urlaub. Die U.-Regelung bedeutet im ganzen eine bedeutende Verschlechterung gegenüber der vor Inkrafttreten der VO vom 7. 6. 1951 gültigen. (-> **Kuren**, -> **Kurorte**, -> **Feriedienst des FDGB**) [418]

**USPD;** Abk. für Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gegr. am 8. 4. 1917 als radikale Abspaltung von der -> **SPD**. Als eine linke marxistische Partei forderte sie die politische und soziale Revolution und Abbruch des Verteidigungskrieges; doch war sie im Gegensatz zur -> **KPdSU** wie zur späteren -> **KPD** bewussten pazifistisch und lehnte diktatorische Methoden ab. Im Okt. 1920 traten nach dem Parteitag in Halle drei Achtel ihrer Mitglieder zur KPD über, die damals Vereinigte KPD hieß. Der Rest verschmolz am 24. 9. 1922 fast ganz mit der SPD zur Vereinigten SPD.

**UTOPIE, SOZIALISTISCHE:** Die im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert verkündeten sozialen Theorien, die aus teils christlichen, teils aufklärerischen Motiven eine allgemeine Umgestaltung der Gesellschaft erstrebten, wurden von -> **Marx** als weltfremde U. oder als «utopisch» bezeichnet, weil sie den Kern des Problems weder «materialistisch» noch ökonomisch (Privateigentum an den Produktionsmitteln) sahen. Engels behauptete, der Sozialismus habe durch Marx den Schritt «von der Utopie zur Wissenschaft» vollzogen. (-> **Marxismus-Leninismus**)



## V

**VATERLÄNDISCHER VERDIENST-**

**ORDEN:** Der VV wird an Einzelpersonen, Kollektive, Betriebe, Institutionen und gesellschaftliche Organisationen in drei Stufen unter Gewährung eines jährlichen Ehrengeldes an Einzelpersonen (1'000 DM Ost für die Stufe Gold, 500 DM Ost für die Stufe Silber, 250 DM Ost für die Stufe Bronze) für politische Verdienste und für solche auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Kultur und Volkswirtschaft verliehen. (-> **Auszeichnungen**)

**VdgB (BHG):** Abk. f. -> **Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft)**.

**VDJ:** Abk. für -> **Verband der deutschen Journalisten**, seit 1959 Nachfolge-Organisation des -> **VDP**.

**VDK:** Abk. für **Verband Deutscher -> Konsumgenossenschaften**.

**VDP:** Abk. für **Verband der deutschen -> Presse**.

**VEAB:** Abk. für -> **Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe**.

**VE:** Abk. f. -> **Verrechnungseinheiten**.

**VEB:** Abk. für -> **Volkseigener Betrieb**. (-> **Volkseigene Wirtschaft**, -> **VVB**, -> **Volkseigene Industrie**, -> **örtliche Industrie**, -\* **Handel**, -> **Schifffahrt**, -> **Verkehr**)

**VEB-PLAN:** Jahresplan eines «volkseigenen» Betriebes. (-\* **Volkseigene Industrie**, -> **Planung**)

**VEG:** Abk. für **Volkseigene Güter**.

**VEH:** Abk. für **Volkseigener -> Handel**.

**VERANSTALTUNGSDIENST, DEUTSCHER (DVD):** Deutsche -> **Konzert- und Gastspieldirektion**.

**VERBAND DER DEUTSCHEN JOURNALISTEN:** Der VDJ (bis 1959 Verband der deutschen Presse) wurde 1946 als Gewerkschaft gegründet und 1953 aus dem FDGB herausgelöst. Er wird von der Abt. Agitation und Propaganda des -\* **ZK** der -> **SED** kontrolliert; Vors. ist Georg Kraus (SED). Der VDJ dient vor allem der **Kaderpolitik** in der -> **Presse**. Nach Richtlinien, die im Frühjahr 1955 zwischen dem VDJ und den Zeitungsverlagen bzw. dem **Staatlichen -> Rundfunkkomitee** vertraglich vereinbart wurden (veröffentlicht in «Neue Deutsche Presse», Nr. 3/1955), müssen Journalisten, die nicht entweder das Staatsexamen an der

Fakultät für Journalistik der Universität Leipzig abgelegt oder die Rundfunkschule besucht haben, ihre Qualifikation in Prüfungen vor dem VDJ nachweisen. Diese Prüfungen erstrecken sich vor allem auf politische Ökonomie, die Staatslehre des -> **Marxismus-Leninismus** und andere ideologische Gebiete. - Der VDJ erstrebt Begegnungen mit westdeutschen Journalisten und gibt Informationen und Materialsammlungen über die «Methoden der Pressekebelung» in der Bundesrepublik heraus. - Zeitschrift: «Neue Deutsche Presse».

**VERBANDSAUFTRAG:** Für den Bereich der -> **FDJ** geltende Form des -> **Parteiauftrags**.

**VERBESSERUNGSVORSCHLAG:** -> **Erfindungs- und Vorschlagswesen**, -> **Neuererbewegung**.

**VERBRAUCHSABGABEN:** Durch VO v. 14. 10. 1955 (GBl. 1955, S. 769) neu geregelt. V. sind danach die bisher als V., Verbrauchsteuern,

-> **Haushaltsaufschläge**, Textilwarenabgabe,, Tabakwarenabgabe sowie -> **Akzise** bezeichneten Abgaben. In einer Reihe von DB wurden im einzelnen geregelt: Die V. auf Bier, Tabak, Kaffee, Branntwein, Wein und Schaumwein, Leuchtmittel, Zündwaren. V. sind untrennbare Bestandteile der Preise. Abgabeschuldner sind die Inhaber der Betriebe, die verbrauchsabgabepflichtige Güter herstellen, bei Lohnaufträgen die Auftraggeber. V. werden von Erzeugnissen erhoben, die in der SBZ hergestellt, gewonnen oder gehandelt werden und in deren Preisen nach dem geltenden Recht V. enthalten sind. Die Sätze der V. werden von den für die Preisbildung zuständigen Organen bestimmt. Die fälligen V. sind vom Abgabeschuldner selbst zu errechnen. V. sind wie die -> **PDA** ein wichtiges Mittel der Kaufkraftregulierung in der SBZ.

**VERDIENSTMEDAILLE:** 1. der **Deutschen -> Reichsbahn** wird an Eisenbahner für «aktiven und selbstlosen Einsatz, beispielhafte Arbeitserfolge, mutiges und umsichtiges Verhalten und andere hohe Leistungen» verliehen.

2. der -> **Nationalen Volksarmee** wird an Angehörige der NVA aller Dienstgrade oder an Kollektive von Angehörigen der NVA für «hervorragende Verdienste und persönliche Einsatzbereitschaft beim

Aufbau und bei der Festigung der NVA sowie hervorragende Leistungen bei der Führung sowie bei der politischen und militärischen Ausbildung» und ähnlichem verliehen.

3. der Deutschen Demokratischen Republik wird «für besondere Leistungen und treue Pflichterfüllung beim Aufbau des Sozialismus und bei der Stärkung und Festigung der DDR» verliehen. Zur M. gehört eine Urkunde, jedoch keine Prämie. (-> Auszeichnungen)

**VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER JURISTEN DEUTSCHLANDS:** Als Sektion der «Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen» 1949 gegründet. Nach dem Statut hat diese kommun. -> **Tarnorganisation**, der auch einige westdeutsche Juristen angehören, als Aufgabe «die Gewinnung aller deutschen demokratischen Juristen und ihre Mobilisierung im Kampf um einen dauerhaften Frieden, für ein einheitliches Deutschland und ein fortschrittliches (gleichzusetzten mit kommunistisches) Recht sowie die Förderung und Entwicklung fortschrittlicher Rechtsgedanken». Präsident ist Prof. Arthur Baumgarten (SED).

**VEREINIGUNG DER GEGENSEITIGEN BAUERNHILFE (BÄUERLICHE HANDELSGENOSSENSCHAFT)**

(VdgB [BHG]): Im Zuge der -> **Bodenreform 1945** bildeten sich örtliche Komitees und Ausschüsse der «gegenseitigen Hilfe», aus denen im Frühjahr 1946 die durchgegliederte Organisation der VdgB entstand. Die örtlichen VdgB wurden zu Kreisvereinigungen, diese wieder zu Landesvereinigungen zusammengeschlossen und als Körperschaften des öffentlichen Rechts von den Länderregierungen anerkannt. Auf dem ersten «Deutschen Bauerntag» im November 1947 (**Deutscher -> Bauernkongress**) wurde die Zusammenfassung aller Vereinigungen in der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (ZVdgB) beschlossen. Durch -> **SMAD-Befehl Nr. 61** bekam sie ebenfalls die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das leitende Organ ist der Hauptausschuss, dessen Mitglieder auf dem «Deutschen Bauerntag» gewählt werden; die Führung der laufenden Geschäfte ist einem Hauptvorstand übertragen. Die VdgB stellt einen in Deutschland neuartigen, theoretisch auf gegenseitiger Hilfe der Bauernschaft basierenden Organisationstypus dar, grundverschieden von Bauernverbänden, Landwirtschaftskammern und Genossenschaften westdeutscher Prägung. Ursprünglich durch die Übertragung enteigneter Betriebseinrichtungen zum Aufbau von -> **MAS** und Deckstationen mit weitgehenden betriebswirtschaftlichen Auf-

gaben betraut, wurde die VdgB im Laufe der Zeit als «Massenorganisation der werktätigen Bauern» zum politischen Machtinstrument der SED auf dem Lande. Sie wurde an allen Staats- und Verwaltungsgeschäften mitbestimmend beteiligt; u. a. wurde der VdgB die gesamte Wirtschaftsberatung übertragen. Die bis 1950 selbständigen landw. -> **Genossenschaften** (Raiffeisen) wurden als «Bäuerliche Handelsgenossenschaften» eingegliedert und gleichgeschaltet. Daher seit 20. 11. 1950 die Bezeichnung VdgB (BHG). In ihre Zuständigkeit fielen Bezug und Abgabe von mineralischen -> **Düngemitteln** und sonstigen Bedarfsartikeln an den privaten Sektor der -> **Landwirtschaft**, während die **LPG, -\* VEG und -> OLB** von den staatlichen -> **Kreiskontoren für landw. Bedarf** versorgt werden. Der Eintritt in die VdgB ist statutenmässig freiwillig. In Wirklichkeit war der privatwirtschaftliche Einzelbauer durch die Monopolstellung der VdgB gezwungen, seine Betriebsmittel bei ihr zu beziehen sowie seine Geld- und Kreditgeschäfte mit ihr abzuwickeln. Von Nichtmitgliedern wurden besondere Verwaltungskostenzuschläge erhoben, was sie im Betriebsmitteleinkauf finanziell benachteiligte. 1959 hatte die VdgB 618 027 Mitglieder. Davon waren 287 339 Einzelbauern, 161 655 -> **Genossenschaftsbauern**, 9517 Gärtner und 159 516 sonstige Mitglieder. Im Laufe der Jahre wurde der VdgB (BHG) eine Reihe ihrer Aufgaben wieder abgenommen, wie z. B. die MAS und die Wirtschaftsberatung. Im Stadium der vollendeten -> **Zwangskollektivierung** sind ihr nunmehr als Schwerkunktaufgaben die -> **Produktionshilfe** für die LPG, die aktive Mit-

hilfe zur Steigerung der -> **Marktproduktion** sowie die Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen für die künftigen Gemeinschaftseinrichtungen der LPG auferlegt. [747,755]

**VEREINIGUNGEN VOLKSEIGENER BETRIEBE: -> WB.**

**VEREINTEN NATIONEN, DEUTSCHE LIGA FÜR DIE:** Am 29.7.1954 für die SBZ gegründet, um mit überparteilichen und friedensbejahenden Lösungen für die Politik der SU und der -> SED zu wirken. **Gerald -> Gotting**, eines der nicht-kommunistischen Aushängeschilder des von dem Staatsrechtler Prof. Dr. Alfons Steiniger (SED) geleiteten Präsidiums der Liga, pries am 20. 6. 1955 die SU dafür, dass sie «den demokratischen, fortschrittlichen und humanistischen Charakter der Charta der V. N. wahre.»

**VERFASSUNG: siehe Seite 426.**

## VERFASSUNG

Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit unterscheiden sich in der SBZ erheblich voneinander. Die Problematik beginnt bereits bei der Frage der Legitimität der V. Sie ist nicht aus einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle musste sich vielmehr ein aus dem «Zweiten Volkskongress» (17. u. 18. 3. 1948) hervorgegangener «Deutscher Volksrat» an, dessen Mitgl. aus Delegierten der- **Parteien** und **-> Massenorganisationen** bestanden. Er liess durch einen Verfassungsausschuss den «Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik» ausarbeiten, der am 22. 10. 1948 veröffentlicht wurde. Am 19. 3. 1949 wurde dieser Verfassungsentwurf von dem «Volksrat» nach unbedeutenden Änderungen angenommen.

Am 15. und 16. 5. 1949 fand in der SBZ eine Abstimmung statt über eine willkürlich zusammengesetzte «Einheitsliste» des «Blocks der antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen» (-> **Blockpolitik**), bei der nur mit «Ja» oder «Nein» gestimmt oder ein ungültiger Stimmzettel abgegeben werden konnte. Trotz der sehr intensiven, z. T. auf national gefärbte Parolen gestützten Propaganda wurden insgesamt nur 61,8 v. H. «Ja»-Stimmen, in Ost-Berlin sogar nur 51,7 v. H. «Ja»-Stimmen gezählt. Dieses Abstimmungsergebnis reichte aber aus, um die «Einheitsliste» als «gewählt» zu erklären. So entstand der «Dritte Deutsche Volkskongress» (mit 1523 Delegierten), der am 30. 5. 1949 die V. bestätigte und die Ernennung der 330 Abgeordneten des neuen «Deutschen Volksrates» vornahm.

Wieder ohne -> **Wahlen** konstituierte sich dieser «Volksrat» schliesslich am 7. 10. 1949 auf Grund des der LDP und CDU aufgezwungenen verfassungssändernden Gesetzes vom 7. 10. 1949 (GBl. S. 1) als «Provisorische -> **Volkskammer** der DDR». Zugleich wurden eine «Provisorische Regierung der DDR» eingesetzt, eine «Provisorische -> **Länderkammer** der DDR» gebildet und durch Gesetz vom 7. 10. 1949 die «Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik» (GBl. S. 5) in Kraft gesetzt. Diese V. ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: «Die Staatsgewalt geht vom Volke aus» in der Fassung: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus» (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundsatz freier Wahlen ist in der V. der «DDR» in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: «Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl . . . gewählt.» (Art. 51 Abs. 2)

Insbesondere haben den Vorschriften über die Grundrechte die Grundrechtsartikel der Weimarer Reichsverfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z. T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der V. rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Massnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. Wesentlich ausgeprägter ist dagegen der Schutz der Grundrechte vor Missbrauch durch den einzelnen. Diese Tendenz wird besonders in Art. 6 Abs. 2 deutlich, der **Boykottetze** gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda so-

wie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten\* zu «Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches» und damit zu unmittelbar geltendem Strafrecht erklärt. (-\* **Strafgesetzbuch**)

Der Grundrechtskatalog zählt weitgehend die gleichen Grundrechte auf wie das Grundgesetz. Als wichtigstes politisches Recht nennt Art. 3 Abs. 2 das Recht jedes Bürgers «zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreis, seinem Lande und in der DDR». Die V. kennt ihrem Wortlaut nach aber auch die herkömmlichen Freiheitsrechte: persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und Freizügigkeitsrecht werden in Art. 8, freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit in Art. 9, Freiheit der Kunst, Wissenschaft und ihrer Lehre in Art. 34 garantiert. Art. 10 enthält Auslieferungsverbot, Asylrecht und Auswanderungsrecht. Vereinigungs- und Koalitionsrecht räumen Art. 12, 13, 53 bzw. 14 ein. Eigentum, Erbrecht und Urheberrechte werden in Art. 22-24 Abs. 1 gewährleistet. Die Freiheit der Religionsausübung garantiert Art. 41. Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der V. ständig und bewusst verletzt und sogar durch die -> **Gesetzgebung** in verfassungsmässig unzulässiger Weise eingeschränkt.

Den Grundrechten stellt die V. Grundpflichten gegenüber. Die zentrale Vorschrift ist Art. 4 Abs. 2, in dem es heisst: «Jeder Bürger ist verpflichtet, im Sinne der Verfassung zu handeln und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.» Diese nach sowjetischem Staatsdenken weit auszulegende Norm wird durch den mit Gesetz vom 26.9.1955 (GBl. I S. 653) geänderten Art. 5 dahin ergänzt, dass «der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen», mithin des bolschewistischen Systems, eine «ehrentolle nationale Pflicht ist».

Scheint die V. auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der-\* Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche «dritte Gewalt», die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der -\* **Richter** nach dem Wortlaut der V. kein Verfassungsgericht.

Durch verfassungsänderndes Gesetz vom 12. 9. 1960 änderte die Volkskammer das Amt des -\* **Präsidenten der Republik**, das durch den Tod von -\* Pieck neu zu besetzen gewesen wäre. Der -\* Staatsrat wurde geschaffen, dem unter dem Vorsitz von -> **Ulbricht** 24 Funktionäre angehören. Mit dieser Massnahme wurde die ohnehin ihres Inhalts längst entleerte V. den Verhältnissen in der SU und den übrigen Volksdemokratien auch formal noch mehr angeglichen. [252, 310, 343]

**VERKAUFSNORMEN:** Leistungsnormen für Verkaufskräfte im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel. Die V. sollen «die Erfüllung «der Umsatzpläne bei gleichzeitiger Verbesserung der Verkaufskultur sicherstellen». Die Verkaufskräfte erhalten auf ihren Grundlohn 5 v. H. Zuschlag, ferner einen weiteren Zuschlag entsprechend der Normübererfüllung. Da jedoch im Einzelhandel Stockungen

im Warennachschub an der Tagesordnung sind und damit Umsatzsteigerungen nicht vom Leistungswillen der Verkaufskräfte abhängig sind, kann diese Einrichtung nur als eines der üblichen Mittel der Propaganda angesehen werden. (-\* Handel)

**VERKEHR:** Der V. wurde durch Kriegseinwirkungen und Demonstrationen stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein völliger Wiederaufbau

ist noch nicht gelungen. Den steigenden Anforderungen kann der V. nur durch rücksichtslose Ausnutzung der Menschen (Wettbewerbe) und durch Überbeanspruchung des Materials nachkommen. Die -> **Eisenbahn** ist immer noch der wichtigste Verkehrsträger.

**Verkehrsanteile 1959**

a)	Gütermenge		
	Reichsbahn	....	45,8 v. H.
	Kraftverkehr	....	51,3 v. H.
	Binnenschifffahrt	. 2,9 v. H.	
b)	Personenbeförderung		
	Reichsbahn	....	60,7 v. H.
	Kraftverkehr	....	38,7 v. H.
	Binnenschifffahrt	. 0,6 v. H.	

Der Anteil der Eisenbahn hat beim Gütertransport in den letzten Jahren zugunsten des steigenden Güterkraftverkehrs (\* Kraftverkehr) abgenommen. Bis zum Abschluss der Siebenjahrplanperiode (**1965**) soll der Güterkraft-V. auf 53,6 v. H. ansteigen, der Eisenbahnanteil auf 43 v. H. absinken. Die Eisenbahn soll vornehmlich den Transport über lange Strecken behalten. Die Leistung des Güterkraft-V. soll vor allem durch eine noch straffere Organisation (-> **Bezirksdirektionen für den Kraftverkehr**) erhöht werden. Voraussetzung für das Gelingen dieses Plans ist neben der Steigerung der -> **Kraftfahrzeug-erzeugung** die Verbesserung der Strassenverhältnisse. (\* **Strassenverkehr, Interzonenverkehr**) (**775**)

**VERLAGSWESEN:** Wie jeder andere Wirtschaftszweig unterliegt auch das V. der zentralen Wirtschaftsplanung (-> Wirtschaftssystem). Der -> **Siebenjahrplan** sieht vor, «dass wir 70 Prozent mehr und natürlich gute Bücher herausbringen müssen» (Staatssekretär **Erich -> Wendt** auf der Konferenz des V. im Febr. **1960**). «Unsere Verlage müssen zu sozialistischen Verlagen werden, das heisst voll verantwortlich dafür sein, dass in ihrem Bereich vor allem die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Qualifizierung unserer Werktätigen, für die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus unentbehrliche Literatur erscheint» (ebenda). Angeleitet und kontrolliert wird das V. von der Abt. «Literatur und Buchwesen» im -> **Ministerium für Kultur**, die für die Buchproduktion im allgemeinen und für die «sozialistische Gestaltung» der Verlagsprogramme im besonderen verantwortlich ist. Die graphische Industrie untersteht seit **1958** dagegen der **Staatlichen -> Plankommission**; -> **Zensur** und Papierzuteilung sind also der Kompetenz nach getrennt. Die Abt. Literatur und Buchwesen leitet die Verlage an, indem sie ihre allgemeine Planung, ihre Jahresthemen- und «thematischen Perspektivpläne» prüft. Um «breite

Kreise der Bevölkerung zu beteiligen, wurden insgesamt 21 ständige Arbeitsgemeinschaften gebildet, die nicht nur «passiv» begutachten, sondern «wichtige Helfer» «bei der Aufstellung und Erfüllung komplexer Literatur - Entwicklungsprogramme» werden sollen. Die Editionspläne sind ausserdem auf Verlegerkonferenzen Gegenstand von -> Kritik und Selbstkritik. Die «Begutachtung» der Verlagsprogramme zielt u. a. auf deren klare Abgrenzung durch Zuweisung thematischer Zuständigkeiten ab; auch werden «Schwerpunkttitel» festgelegt, deren Produktion unter Hintanstellung aller sonstiger Vorhaben besonders zu fördern ist. Die Abt. Literatur und Buchwesen prüft jedoch auch einzelne Manuskripte; um das System der Steuerung zu vervollständigen, werden Autorenverpflichtungen im Sinne des -> **Vertragsgesetzes** angestrebt. Die schönsten Verlage werden angehal- tie «Bewegung der schreibenden Arbeiter» (-> Bitterfelder Konferenz) zu unterstützen.

**1959** waren an der Buchproduktion in der SBZ 89 Verlage beteiligt, viele davon, vor allem private, jedoch nur mit wenigen Titeln; in -> Leipzig ging die Zahl der Verlage von 401 im Jahre **1927** auf 31 zurück. Obschon nachprüf- bare Angaben über die Eigentumsverhältnisse im V. nicht veröffentlicht werden, lassen sich 59 Verlage, darunter alle grösseren, einwandfrei als entweder «volkseigen» (d. h. Staatsverlage) oder «organisations-eigen» (d. h. im Besitz von Parteien, Massenorganisationen usw.) identifizieren. Nur 16 Verlage waren (von den drei kirchlichen abgesehen) wahrscheinlich noch Privateigentum; ihr Anteil an der Produktion dürfte (nach Titeln) unter 5 v. H. gelegen haben. Alle staats-eigenen Verlage wurden **1959** in einer WB Verlage zusammengeschlossen, die dem Ministerium für Kultur untersteht.

Zu den «volkseigenen» Verlagen (-> **Volkseigentum**) gehören u. a. das Bibliographische Institut, die Verlage Brockhaus, Reclam, Teubner, Breitkopf & Härtel, die widerrechtlich enteignet wurden und trotzdem meist noch unter dem gleichen Namen produzieren wie in der Bundesrepublik. Die «organisationseigenen Verlage» unterstehen dem **Druckerei und Verlags-kontor** in Ost-Berlin, einer Aussenstelle des ZK der SED. Der sowjet-zonale Dietz-Verlag gehört der -\* **SED**, der Aufbau-Verlag dem **Deut-schen -> Kulturbund**, der Verlag Neues Leben der -> **FDJ**, der Verlag Kultur und Fortschritt der **Gesellschaft für -> deutsch-sowjetische Freundschaft**, der Urania-Verlag der -> **Gesellschaft zur Verbreitung**

**wissenschaftlicher Kenntnisse und** der Verlag Tribüne dem -> **FDGB**. Die Buchproduktion der Verlage in der SBZ wuchs von Jahr zu Jahr an (**1951**: 2142, **1954**: 5410, **1958**: 6205 Titel) und holte auch in der technischen Qualität auf, befriedigt aber auch heute noch weder die Leserwünsche noch die dirigierenden Stellen von Partei und Staat. Westliche Literatur in Lizenzausgaben und Übersetzungen wird nur in engen Grenzen zugelassen; Unterhaltungsliteratur jeden Niveaus ohne politischen Einschlag ist daher meist schnell vergriffen. Titel, die dem sozialistischen Aufbau und der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen, geniessen in der Produktion ohne Rücksicht auf Leserwünsche den Vorzug. Die Auflagenbemessung ist daher auch unabhängig von der Nachfrage, abgesehen von **der der -> Bibliotheken, die ihren** Plansoll-Bedarf sogar gesetzlich gesichert sehen möchten. Da der Plan den Umschlag eines bestimmten Prozentsatzes der Lagerbestände innerhalb Jahresfrist vorschreibt, werden «Überplanbestände» bei den Verlagen wie beim Sortiment nach relativ kurzen Fristen veramscht oder makuliert. Die durchschnittlichen Bücherpreise liegen bei der schönen Literatur geringfügig, bei der Fachliteratur teilweise beträchtlich unter den westdeutschen. Der Buchexport ist monopolisiert (**Deutscher -> Buch-Export und -Import**); im Verkehr mit der Bundesrepublik vollzieht er sich im Rahmen des -> **Interzonenhandels. (-> Kulturpolitik, Buchhandel, -> Zeitschriften)** [530]

**VERLÖBNIS**: Das V. ist nach sozialistischer Anschauung ein rein tatsächliches, auf Brauch und Sitte beruhendes Verhältnis unter den Verlobten. Rechtliche Beziehungen werden dadurch nicht begründet (Oberstes Gericht, Urteil vom 28. 5. **1959**, Neue Justiz, **1959**, S. 575).

**VERLUSTE**: In üblicher Weise verwendeter Begriff zur Kennzeichnung der Minus-Ergebnisse einer verschwenderisch geführten Wirtschaft, die zu den Wesensmerkmalen der Auswirkung kommen. Plansysteme gehören. Der Hauptgrund für die riesigen V. an Material und menschlicher Arbeitskraft - in der Regel positiv als -> Reserven umschrieben - liegt in der Priorität politisch-ideologischer Rücksichten bei der Aufstellung und Abänderung von Wirtschaftsplänen sowie nicht zuletzt in der endlosen Hierarchie von zuständigen Instanzen, unter der die verantwortliche Initiative des Einzelnen begraben wird.

**VERMITTLUNGSKONTOR FÜR MASCHINEN- UND MATERIALRESERVEN, STAATLICHES**: Im Jahre **1957** eingerichtetes, seit **1958** der Staat-

**liehen -> Plankommission** unterstelltes Lenkungsorgan zur Erfassung und zweckmässigen Verteilung wertgeminderter Maschinen, Produktionsmaterialien, Konsumgüter und nichtmetallischer Altstoffe. Sitz des V. ist Berlin, in einigen Bezirkshauptstädten gibt es Aussenstellen mit Handelslagern. Der Handel mit gebrauchten Kraftfahrzeugen gehört zur Zuständigkeit des V., das auch Reparaturwerkstätten zur Überholung der erfassten Materialien unterhält. Alle Betriebe der SBZ sind verpflichtet, ihre Überplanbestände an Maschinen und Material dem V. zu melden. Einschliesslich der Aussenstellen hat das V. rund 1'000 Beschäftigte. Die Einkaufspreise der wertgeminderten Waren setzt das V. selbst fest. Der Verkaufspreis darf höchstens 90 v. H. des Grosshandelsabgabepreises vergleichbarer neuer Erzeugnisse betragen. NE-Metalle kann die private Wirtschaft vom V. nur gegen Kontingentscheine kaufen. Alle sonstigen Materialien sind kontingentfrei erhältlich. (-> **Materialversorgung, -> Einkaufsquellen**)

**VERNER, PAUL**: \*26.4.1911 in Chemnitz als Sohn eines Arbeiters, Bruder von **Waldemar -> Verner**. Volksschule, Metallarbeiter. **1925 -> KJVD, 1929 -> KPD, 1936 bis 1939** Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, **1939 bis 1943** Internierung in Schweden, **1943 bis 1945** SU. **1946** in die SBZ, -> **SED**. Mitbegründer der -> FDJ. Leiter des Jugendsekretariats beim ZK der KPD bzw. beim Parteivorstand der SED bis **1949**. Bis **1949** gleichzeitig Mitgl. des Sekretariats des Zentralrats der FDJ. Ab **1949** Leiter der Org.-Instrukteurabteilung beim ZK der SED, von **1950 bis 1953** Mitgl. des -> **Sekretariats des ZK der SED, dann** Leiter der Abt. für -> **Gesamtdeutsche Arbeit im ZK der SED**. Seit 6. 2. **1958** wiederum Mitgl. des Sekretariats des ZK der SED, seit 1.3.1959 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Seit **1950** Mitgl. des -> ZK der SED, seit dem V. Parteitag im Juli **1958** Kandidat des -> Politbüros. Seit **1958** Abg. der -> **Volkskammer**.

**VERNER, WALDEMAR**: \*1907, Schaulenfensterdekorateur. **1940** nach Skandinavien emigriert, Mitarbeiter der dänischen Widerstandsbewegung. Nach seiner Rückkehr bis **1949** 1. SED-Kreissekretär in Stralsund, danach Mitarbeiter des **Amtes für -> Information, seit** Mitte **1950** Chef der Seepolizei (KVP-See), Vizeadmiral, **1952 bis 1953** gleichzeitig Stellv. des Ministers des Innern. Seit Gründung der -> **Nationalen Volksarmee** (18.1.1956) Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte. Seit August **1959** als Nachfolger -> **Doellings** Leiter der Polit. Verwaltung der NVA.

Seit April 1954 Kandidat des -> ZK der -> SED.

**VERRECHNUNGSEINHEITEN:**

-> Interzonenhandel.

**VERRECHNUNGSVERFAHREN:** Nach der 5. DB zum Gesetz über die Deutsche -> Notenbank vom 28. 4. 1955 (GBl. S. 327) werden folgende V. angewandt:

- a) Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug (-> **Rechnungseinzugsverfahren**),
- b) gegenseitige Verrechnung von Geldforderungen (-> **VF - Verfahren**),
- c) Verrechnung von Geldforderungen nach Plan (-> **PV-Verfahren**),
- d) Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung (-> **AK-Verfahren**),
- e) Verrechnung von Geldverbindlichkeiten über Sonderkonten (-> **SK-Verfahren**),
- f) Verrechnung von Geldforderungen bzw. -Verbindlichkeiten im überweisungs- oder Scheckverkehr.

**VERSANDHANDEL:** Durch Ministerratsbeschluss vom 5. 8. 1954 eingeführte Form des staatlichen und genossenschaftlichen -> **Handels** zur Versorgung der Landbevölkerung mit Industriewaren. Die grossen Warenhäuser sollten den V. auf alle Bezirke ausdehnen, erzielten jedoch wegen Warenmangels bis Ende 1955 keine Erfolge. Auf Grund eines Ministerratsbeschlusses vom 28. 10. 1955 und nachträglicher AO vom 12. 3. 1956 wurde zum 1.1.1956 ein volkseigenes Versandhaus mit dem Sitz in Leipzig gegründet, das nunmehr als einziges Unternehmen den V. mit Industriewaren in der ganzen SBZ betreibt. Das -> HO-Versandhaus erhält bevorzugt Waren zugeteilt. Endel959 wurden 600'000 Stammkunden registriert.

**VERSICHERUNG DER VOLKSEIGENEN BETRIEBE:** Für die -> **VEB** besteht bei der Deutschen -> **Versicherungs-Anstalt** eine gesetzliche Versicherung gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag und Explosion, Einbruchdiebstahl und Beraubung, Transportgefahren und Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen (Gesetz vom 9. 8. 1950, GBl. S. 830). Ferner besteht ein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz über die Sozialversicherung hinaus (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) für sämtliche Arbeiter und Angestellte der VEB (§ 8 Dritte DB vom 23.2.1952, GBl. S. 199). per einheitliche Beitrag wird für jeden Betrieb durch die Anwendung der vom Finanzminister festgesetzten Beitragssätze auf die Bemessungsgrundlage (Summe der Bruttobilanzwerte) und nach Gefahrenklassen berechnet.

**VERSICHERUNGS-ANSTALT, DEUTSCHE:** Träger der Sach-, -> **Lebens-, Kranken- und -> Un-**

**fallversicherung waren bis zum 31.10.1952** die staatlichen („volkseigenen“) V., die 1945 in jedem Lande der SBZ gegründet wurden, nachdem durch den Befehl Nr. 01 der SMAD vom 23./25. 7. 1945 sämtlichen in der SBZ bestehenden privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen die Weiterarbeit verboten worden war. Die fünf V. wurden Monopolunternehmen unter Staatsgarantie. Ihre Gewinne flossen dem Staatshaushalt zu. Die Aktivvermögen der nicht zugelassenen Versicherungsunternehmen im Werte von etwa 450 Mill. RM wurden durch den Befehl 247 der SMAD vom 14. 8. 1946 den V. ohne Entschädigung übertragen. Deren Verpflichtungen wurden nicht übernommen. Die Versicherungsverträge galten durch Beitragszahlung an die neuen Anstalten als mit diesen fortgesetzt. Für die Lebensversicherung galt eine Sonderregelung.

Durch die «VO über die Errichtung der Deutschen Versicherungs-Anstalt» vom 6. 11. 1952 (GBl. S. 1185) wurden die Landesversicherungsanstalten zur DV. mit Sitz in Berlin vereinigt.

Gleichzeitig wurde das Deutsche Aufsichtsamt für das Versicherungswesen zur Hauptverwaltung der DV. umgebildet. Als Untergliederungen bestehen Bezirks- und Kreisdirektionen. Die Verwaltung ist weitgehend dezentralisiert. Die Kreisdirektionen haben bis zu gewissen Grenzen Vollmacht, Versicherungsfälle selbständig zu regulieren. Die DV. ist ein Instrument der Finanzpolitik der SBZ, da die Versicherungsbeiträge der Finanzierung des -> **Fünfjahresplanes** dienen: «Die von den volkseigenen V. für die Durchführung und die Erfüllung ihrer Arbeiten nicht jeweils sofort restlos benötigten Geldmittel werden unserer Wirtschaft für die Akkumulation zur Verfügung gestellt» («Deutsche Finanzwirtschaft», S. 44/52). Am 1.1.1956 wurde die DV. Träger der Sozialversicherung für die Bauern, Handwerker und die anderen Selbständigen, später auch für die Angehörigen der sozialistischen Produktionsgenossenschaften. (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**) [426]

**VERSOHNLEERTUM:** Eine der -> **Abweichungen.**

**VERSORGUNGSKONTORE:** Ausführende Organe für den Grosshandel mit Produktionsmitteln, unterstellt den -> **Staatlichen Kontoren.**

**VERTEIDIGER:** Während in der Bundesrepublik und in West-Berlin in Strafsachen jeder deutsche Rechtsanwalt auftreten kann, sind westdeutsche Rechtsanwälte an der Übernahme von Verteidigungen in der SBZ durch § 75 StPO gehindert:

«Zu Verteidigern können alle in der Deutschen Demokratischen Republik zugelassenen Rechtsanwälte gewählt werden.» Nur drei West-Berliner Anwälte haben gleichzeitig die Zulassung für Ost-Berlin, nicht aber für die SBZ. Alle anderen West-Berliner Rechtsanwälte können auch in Ost-Berlin nicht auftreten.

Obwohl § 74 StPO ausdrücklich anordnet, «der Beschuldigte kann in jeder Lage des Verfahrens die Hilfe eines Verteidigers in Anspruch nehmen», ist das Recht auf Verteidigung tatsächlich nicht gewährt. Das beruht einmal auf verschiedenen prozessualen Bestimmungen (-> **Strafverfahren**), zum anderen auf der völlig veränderten Auffassung vom Wesen der Verteidigung und den Aufgaben der -> **Rechtsanwaltschaft**. Entscheidend für den V. in seiner praktischen Tätigkeit dürfen nicht etwa nur die Rechte des Angeklagten sein, sondern vor allem die «Interessen der Gesellschaft». Der V. «hat den Angeklagten davon zu überzeugen, dem Gericht nur der Wahrheit entsprechende Erklärungen abzugeben» (aus der «Konzeption für die Aufgaben der Rechtsanwaltschaft bei der Durchführung des Siebenjahresplanes»). Zwar soll der V. alles unterlassen, was die prozessuale Lage des Beschuldigten verschlechtert. «Dabei muss aber die Tätigkeit des V. von seinem und nicht vom Standpunkt des Beschuldigten her gesehen werden. Nicht selten wird der V. über das, was dem Beschuldigten nützt, gänzlich anderer Ansicht sein als der Beschuldigte. Hier muss die Überzeugung und Erziehungsarbeit des V. einsetzen, um dem Beschuldigten dieses gegen sein eigenes Interesse verstossende Verhalten klarzumachen» («Neue Justiz» 1960, S. 396).

**VERTEIDIGUNGSRAT, NATIONALER Verteidigungsrat.**

**VERTRAGSGERICHT, STAATLICHES:** Das V. ist durch VO vom 6. 12. 1951 (GBl. S. 1143) eingerichtet worden. Aufbau, Tätigkeit und Verfahren sind endgültig erst durch die Vertragsgerichtsordnung und die Vertragsgerichtsverfahrensordnung vom 22. 1. 1959 (GBl. I S. 83 und S. 86) geregelt worden.

Das V. ist kein Gericht, sondern ein zentrales Organ der staatlichen Verwaltung mit gewissen gerichtlichen Funktionen, das dem -> **Ministerrat** unmittelbar unterstellt ist. Die Dienstaufsicht übt der Ministerpräsident aus, der die Nachprüfung jeder Entscheidung des V. verlangen kann. Es gliedert sich in das Zentrale V., die V. in den Bezirken und in Gross-Berlin sowie die Vertragsschiedsstellen. Der Vors. des Zentralen V. und sein

Stellv. werden vom Ministerrat ernannt und abberufen.

Das V. entscheidet über Streitigkeiten zwischen -> **Sozialistischen Betrieben** aus wechselseitigen Beziehungen im Rahmen des allgemeinen Vertragssystems (-> **Vertragsgesetz**). Das V. kann auch ohne Antrag eines Vertragspartners ein Verfahren einleiten, wenn es dies zur «Herbeiführung eines den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden vertragsmässigen Zustandes» für notwendig hält. Stellt das V. wiederholte oder grobe Verstösse gegen die Vertragsdisziplin fest, kann es Geldbussen bis zu 50'000 DM verhängen. Ausserdem sind die zuständigen zentralen Organe der staatlichen Verwaltung zu unterrichten.

Das Zentrale V. entscheidet über Beschwerden gegen Entscheidungen der Bezirksvertragsgerichte. Es kann jedes Verfahren, für das ein Bezirksvertragsgericht oder eine Vertragsschiedsstelle zuständig ist, an sich ziehen oder an ein anderes Bezirksvertragsgericht oder eine andere Schiedsstelle übertragen. In allen Verfahren ist der Vors. des Zentralen V. zur Entscheidung berechtigt. Er kann innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Entscheidung der V. abändern, bestätigen oder die Zustimmung zu einer Einigung der Parteien widerrufen.

**VERTRAGSGESETZ:** Das Gesetz, über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft vom 11. 12. 1957 (GBl. S. 627) gilt für -> **sozialistische Betriebe**, sozialistische -> **Genossenschaften** und gleichgestellte Betriebe sowie für andere Betriebe, die Planaufgaben erhalten und deshalb an dem Vertragssystem beteiligt sind. Andere Betriebe in diesem Sinne sind Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Betriebe, die als ausländisches -> **Eigentum** in staatliche Verwaltung genommen worden sind, sowie Treuhandbetriebe, soweit sie Produktions- und Finanzpläne erhalten. Diese Betriebe sind verpflichtet, «über ihre wechselseitigen Beziehungen, die die Lieferung und Abnahme von Erzeugnissen oder die Herstellung und Abnahme von Werken oder sonstige Leistungen auf der Grundlage und in Übereinstimmung mit den Zielen des -> **Volkswirtschaftsplanes** zum Gegenstand haben, Verträge abzuschliessen». Grundlage dieser Verträge sind das V. und die allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen. Diese sind von den Leitern der Zentralorgane der staatlichen Verwaltung zu erlassen, denen die Hauptgruppen der Leistenden unterstehen. Sie bedürfen der Zustimmung des Ministers der Justiz und des Vors. des Zentralen **Staatlichen** -> **Ver-**



## VERTRAGSSYSTEM

432

**tragsgerichts.** Mit Veröffentlichung im GBl. werden sie allgemeinverbindlich. Das V. enthält neues materielles Zivilrecht, das den Bestimmungen des BGB und anderer Zivilgesetze vorgeht und vor allem an die Stelle des allgemeinen Teils des Schuldrechts und der Vorschriften über Kauf- und Werkverträge des BGB tritt. Es weicht auch im Sprachgebrauch vom BGB ab und verwendet neue Begriffe. Dem Staatlichen Vertragsgericht gewährt das V. einen weiten Spielraum, in wichtigen Fragen nach freiem Ermessen zu entscheiden.

**VERTRAGSSYSTEM:** Das seit 1951 für Lieferbeziehungen zwischen allen «volkseigenen» und allen genossenschaftlichen Betrieben eingeführte V. ist ein Mittel der totalen Wirtschaftsplanung zur Konkretisierung der Pläne und zur Kontrolle ihrer Durchführung. Die Volkswirtschaftspläne werden nach umfassenden -> **Kennziffern** aufgestellt (-> **Planung**). Zur Präzisierung der Pläne in den Betrieben ist für jede Bedarfsposition und jedes Fertigerzeugnis der Abschluss von Lieferverträgen von Betrieb zu Betrieb erforderlich. Bei Vertragsverletzungen muss der geschädigte Betrieb eine Schadenersatzklage beim -> **Vertragsgericht** einreichen. Die Art und Zahl der dort anhängigen Streitigkeiten zeigt den obersten Wirtschaftsinstanzen an, in welchen Bereichen der Wirtschaft die durch Kennziffern vorgegebenen Produktionspläne nicht oder nicht rechtzeitig erfüllbar sind, so dass ggf. entsprechende Massnahmen eingeleitet werden können. In den Jahren nach 1951 erwies sich die damals gültige Vertragsordnung als in vieler Hinsicht mangelhaft. Da die Betriebe verpflichtet waren, in fast jedem Falle der Vertragsverletzung eine Schadenersatzklage beim Vertragsgericht einzureichen, war die Zahl der anhängigen Klagen kaum zu bewältigen. Im Mai 1957 wurde daher eine neue Vertragsordnung in Kraft gesetzt - sie wurde später in das neue -> **Vertragsgesetz übernommen** -, die eine grössere Elastizität bei Nichterfüllung von Verträgen oder Vertragsteilen bot. Nach der neuen Vertragsordnung ist es nicht mehr in jedem Falle der Vertragsverletzung erforderlich, das Vertragsgericht anzurufen. Es ist weitgehend in das Ermessen der berechtigten Betriebe gestellt. Die meisten Streitigkeiten im V. haben in der Nichtübereinstimmung von Bedarf und Produktionsmöglichkeiten ihre Ursache. (-> **Disproportionen**, -> **Materialversorgung**)

### VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT:

Der Art. 138 der -> Verfassung sieht die V. vor. In der SBZ

waren auch nach dem Erlass des Kontrollratsgesetzes Nr. 36 vom 10. 10. 1946 und in Durchführung einer daraufhin ergangenen Weisung der **SMAD** von den Ländern Verwaltungsgerichtsgesetze erlassen worden. Die Verwaltungsgerichte wurden jedoch nur in Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg gebildet, Sachsen ernannte lediglich einen Präsidenten des Landesverwaltungsgerichts, Sachsen-Anhalt belieess es bei der Veröffentlichung des Verwaltungsgerichtsgesetzes. Mit der -> Verwaltungsneugliederung im Sommer 1952 wurden die bestehenden Verwaltungsgerichte durch interne Anweisungen des -> Ministeriums des Innern aufgehoben, ohne aber die Vorschriften der Verfassung oder die ergangenen Verwaltungsgerichtsgesetze ausser Kraft zu setzen. Seitdem ist eine richterliche Überprüfung von Entscheidungen der Verwaltung nicht mehr möglich, da auch der ordentliche Rechtsweg gegen alle Massnahmen der öffentlichen Gewalt ausgeschlossen ist.

### VERWALTUNGSGERICHTSNEUGLIEDERUNG:

Bezeichnung für die Umwandlung der Verwaltung in der SBZ von einem gegliederten in einen zentralistischen Aufbau. Die entscheidende Phase der V. wurde eingeleitet durch das auf den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED (9.-12. 7. 1952) beruhende «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR\* vom 23. 7. 1952 (GBl. S. 613), das die Länder anwies, eine Neugliederung ihrer Gebiete vorzunehmen, und die Überleitung der bisher von den Landesregierungen wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe der zu bildenden Bezirke anordnete. Auf Grund dieser Weisung beschlossen die Landtage bereits am 25. 7. 1952 gleichlaufende Gesetze «über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe» in den Ländern (\* Brandenburg, -> Mecklenburg, -> Sachsen, -> Sachsen-Anhalt, -> Thüringen) und beraubten damit die Länder ihrer staatsrechtlichen Handlungsfähigkeit. Anfang August 1952 war die Errichtung der 14 -> Bezirke mit der Konstituierung der Bezirkstage und der «Wahl» der Räte der Bezirke abgeschlossen und die Neugliederung des Gebietes der SBZ in 216 -> Kreise (194 Land- und 22 Stadtkreise) durchgeführt. Durch diese V. im Zuge des -> Aufbaus des Sozialismus ist das Zentralstaatliche Verwaltungsmonopol durchgesetzt worden. Die «DDR\* stellt sich seither als zentralisierter Einheitsstaat dar. (-> Verfassung,

-> **Regierung und Verwaltung, -> Demokratisierung)**

**VERWALTUNGSREFORM:** Sachlich unzutreffende Bezeichnung für die in der SBZ vollzogene und noch weiter zu vollziehende Umgestaltung der Verwaltung. Sie wird auch offiziell nur selten gebraucht, man spricht vielmehr von-> **Verwaltungsneugliederung** oder ganz allgemein von -> **«Demokratisierung der Verwaltung»** und meint damit die Umgestaltung der Verwaltung zu einem Instrument der volksdemokratischen Herrschaft.

**VIEW:** Abk. für -> **Volkseigene Wirtschaft. (-> Wirtschaftssystem)**

**VF-VERFAHREN:** -> **Verrechnungsverfahren** nach dem sowjetischen Vorbild der «Büros für gegenseitige Verrechnungen». Zu diesem Zwecke hat die **Deutsche -> Notenbank** bei den Bezirksfilialen «Verrechnungsstellen für Forderungen» (VF-Stellen) eingerichtet. Hier können gegenseitige Forderungen der -> **VEB** ab 100,- DM Ost verrechnet und die Spitzen von den Bankkonten abgebucht werden.

**VIEHAUFZUCHT- UND MASTVERTRÄGE:** Verträge der -> **VEAB** mit den landwirtschaftlichen Betrieben über die Aufzucht von Ferkeln (Ferkelaufzuchtvertrag), tuberkulosefreien Kälbern (Kälberaufzuchtvertrag) und über die Mast von Kälbern und Jungrindern (Mastverträge). Schweinemastverträge werden mit Industriebetrieben, Handelsbetrieben und gewerblichen Schweinemästereien abgeschlossen. Diese auf der Vertragsgrundlage organisierte tierische Erzeugung stellt eine zusätzliche Auflage zur -> **Ablieferungspflicht** dar und kennzeichnet die Anstrengungen, die für eine Steigerung der landw. -> **Marktproduktion** notwendig sind. Der Anreiz zu Vertragsabschlüssen wird durch die Zuteilung von Futtermitteln **gegeben (Staatlicher -> Futtermittelfonds)**. Es charakterisiert das System, das auf diese Weise aus der Not eine Tugend macht, um über Futtermittelzuteilungen möglichst viel aus der -> **Landwirtschaft** herauszuholen. Propagandawerbungen, z. B. nach dem Motto: «Zum 10. Geburtstag unserer Republik mästet jeder Bauer ein Kalb», werden in den Dienst der V. gestellt. [747, 755]

**VIEHALTEPLANUNG:** Die V. erfolgte bis 1956 durch einen besonderen Viehalteplan bzw. Viehyermehrungsplan. Zusammen mit der -> **Anbauplanung** und der -> **Ablieferungspflicht** diente er der Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion und schrieb die Erhöhung der Viehbestände u. a. durch das Verbot der Schlachtung von Zuchtieren, speziell von träch-

tigen Muttertieren, und die Förderung der betrieblichen Futtererzeugung vor. Nach 1956 besteht über die Ablieferungspflicht und -> **Viehaufzuchtverträge der Zwang zur Haltung** eines ihre Erfüllung Gewährleistenden Viehstapels jedoch weiter. (-> **Landwirtschaft)**

**VIEWEG, KURT:** \*29.10.1911 als Sohn eines Angestellten, Volksschule, landwirtsch. Fachschule, 1932 KPD, 1933 Emigration nach Skandinavien. 1945 -> **KPD**, hauptamtlicher Funktionär der -> **VdgB** in Sachsen-Anhalt, 1949 bis 1953 Generalsekretär der VdgB, 1950 bis 1953 Sekretär für Landwirtschaft des -> **ZK der-> SED**, anschließend bis 1957 Direktor, des Instituts für **Agrarökonomik der -> Akademie der Landwirtschaftswissenschaft.** 1956 Promotion. Von Juli 1950 bis April 1954 Mitgl. des ZK der SED. Anfang 1957 wegen revisionistischer Auffassungen (-> **Revisionismus**) seiner Funktion enthoben, Flucht in die Bundesrepublik, im Herbst 1957 freiwillige Rückkehr in die SBZ, am 19. Mai 1958 zu 4 Jahren und 8 Monaten Zuchthaus verurteilt.

**VOB:** Abk. für Vereinigung organisationseigener Betriebe: wirtschaftliche Unternehmen der -> **Parteien**, meist Zeitungsverlage. Es gibt je eine VOB Zentrag (SED), VOB Aufwärts (LDP), VOB Union (CDU) und VOB National (NDP). Diese Wirtschaftsbetriebe stellen die Hauptquellen für die Finanzierung der Parteien dar. VOB Zentrag besteht aus 90 grossen Druckereien und Verlagen, die etwa 85 v. H. des Leistungsvermögens aller Druckereien und Verlage in der Zone ausmachen. Die Zentrag führte 1959 an die SED 120 Mill. DM Ost ab. Die Gewinneinnahmen der kleineren Parteien aus ihren Wirtschaftsbetrieben sind demgegenüber gering; sie betragen 1958 für jede Partei etwa 2 bis 2,5 Mill. DM Ost.

**VOLK:** In der Sprache des Alltags drüben wie hüten meist im Sinne von **Nation** gebraucht. Auch die autorisierte Begriffsbestimmung des V. als einer «durch gemeinsame Sprache und Kulturentwicklung verbundenen, geschichtlich gewordenen Gesellschaft» (im «Lexikon A bis Z» des sowjetzonalen Bibliogr. Instituts) stimmt weitgehend mit -> **Stalins Nationsbegriff** («eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart»; in «Marxismus und nationale Frage», geschrieben 1913), überein, wobei «psychische Wesensart» sogar etwas eher dem V. als der Nation

Zugehöriges zu bezeichnen scheint. Der Begriff V. wird jedoch soziologisch im klassenkämpferischen Sinne modifiziert; zwar soll er nicht auf eine Klasse (die der Werktätigen, der «Ausgebeuteten») reduziert werden, aber doch nur «den Teil, die Schichten und Klassen der Bevölkerung» umfassen, «die ihrer objektiven Lage nach imstande sind, an der fortschrittlichen, revolutionären Entwicklung eines Landes in der gegebenen Etappe gemeinsam mitzuwirken» (A. P. Butenko, «Das Volk als soziologische Kategorie», deutsch in «Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge», Jahrg. 1957, Heft 9). (-\* **Nationalismus**)

**VOLKSARMEE, NATIONALE:** -> **Nationale Volksarmee.**

**VOLKSAUFSRAND:** -> **Juni-Aufstand.**

**VOLKSBEGEHREN:** Plebiszit zur Vorbereitung einer Volksabstimmung (-> **Volksentscheid**); in der SBZ verfassungsmässig in formaler Anlehnung an die Weimarer Verfassung vorgesehen (-> Verfassung), bisher jedoch noch nie durchgeführt.

**VOLKSDEMOKRATIE:** Nach Dimitroff eine neue, nach 1945 in den ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten der SU (zunächst auch in Jugoslawien, später auch in China) eingeführte Form der -> **Diktatur des Proletariats** und damit, nach bolschewistischer Sprachregelung, des «sozialistischen Aufbaus», der sich in zwei Phasen «Aufbau der Grundlagen des Sozialismus» und -> **Vollendung des Sozialismus** gliedert (-> **Periodisierung**). Voraussetzung für die Errichtung der V. in Europa war in allen Fällen die Anwesenheit sowjet. Besatzungstruppen und die moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der komm. Parteien durch Moskau. Unter Bruch der Jaltaer «Deklaration über das befreite Europa», nach der sich die SU 1945 zur Errichtung selbständiger, nationaler Staaten mit vom Volk demokratisch gewählten Regierungen verpflichtet hatte, erzwang Moskau über die -> **Blockpolitik** der «Nationalen\* oder «Vaterländischen Fronten\* - einer spezifischen Erscheinungsform der V. - die Vorherrschaft der komm. Parteien. -> Säuberungen und die systematische Ausschaltung aller nichtkomm. Kräfte aus den Schlüsselstellungen vereitelten jede erfolgreiche -> **Opposition**. Die V. sind untereinander unter Führung der SU sowohl allgemeinpolitisch als auch wirtschaftspolitisch und militärisch durch den -> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** und den -> **Warschauer Beistandspakt** straff koordiniert. Jeder Versuch, die Zusammenarbeit der V. mit der SU abzuschwächen oder aus dem

-> **Ostblock** auszuscheren, gilt, wie die Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956 bewiesen haben, als «Attentat auf die Existenzgrundlage der V.» und wird von der SU mit wirtschaftlichen und politischen Zwangsmassnahmen, wie z. B. 1948/49 gegenüber Jugoslawien (-> Kominform), oder mit offener militärischer Invasion, wie in Ungarn 1956 beantwortet. (-> **Antifaschistisch-demokratische Ordnung, -> Demokratie**) [311,319]

**VOLKSEIGENE BETRIEBE (VEB):**

Nach 1945 enteignete und verstaatlichte Betriebe; desgleichen die seitdem neu errichteten Staatsbetriebe. Durch den -> **SMAD-Befehl 124** vom 30.10.1945 «Ober die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentums-kategorien in Deutschland\* waren mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmungen sequestriert (-> **Sequesterbefehl**) worden, die in der Folge durch die SMAD nach drei Gruppen gegliedert wurden. Einer «Liste A\* wurden solche Betriebe zugeteilt, die einem Volksentscheid über eine Enteignung unterworfen werden sollten. Ein solcher Volksentscheid fand jedoch nur im Lande Sachsen (Juli 1957) statt. - In eine «Liste B\* waren solche Betriebe aufgenommen worden, die für die Enteignung kein grosses Interesse boten (vornehmlich gewerbliche Unternehmen). Sie wurden unter grossem propagandistischem Aufwand den Inhabern zurückgegeben. - Die «Liste C\* enthielt schliesslich diejenigen Betriebe, die für den Übergang in sowjetisches Eigentum als -> **SAG-Betriebe** vorgesehen waren und durch den Befehl 167 vom 5. Juni 1946 «auf Grund der Reparationsansprüche der SU in sowjetisches Eigentum\* übergingen (-> **Eigentum**). Als Rechtsträger der VE - Betriebe waren «Vereinigungen Volkseigener Betriebe\* (-> **VB**), Kreis- und Kommunalbehörden, Genossenschaften und die -> **VdgB** vorgesehen. Inzwischen sind organisatorische Veränderungen vorgenommen worden (-> **Örtliche Industrie, -> Direktbetriebe**). **Nach Aussage** des damaligen stellvertretenden Vors. der -> **DWK, -> Selbmann**, in einer Rede vom 4. 7. 1948, wurden insgesamt 9281 gewerbliche Unternehmungen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet.

Bis 1951 waren die VEB unabhängige Filialbetriebe der ihnen vorgeordneten VB.

Zum 1.1. 1952 wurden die «volkseigenen» Betriebe, die bis dahin den «Vereinigungen Volkseigener Betriebe\* auch finanziell unterstellt waren, in selbständig wirt-

schaffende Einheiten umgewandelt. Sie erhielten eigene finanzielle Grundausstattung und einen eigenen Umlaufmittelfonds; sie entrichten seitdem auch selbständig die Abgaben für den Staatshaushalt. (-> Volkseigene Wirtschaft, -> Volkseigene Industrie, -> Versicherung der volkseigenen Betriebe) [423, 431]

**VOLKSEIGENE ERFASSUNGS- UND AUFKAUFBETRIEBE (VEAB):** In der Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (**VVEAB**) zusammengeschlossene, als Körperschaft des öffentlichen Rechts bestehende staatliche Organisation zur Erfassung (-> Ablieferungs-pflicht) und zum Ankauf (-> Freie Spitzen) praktisch der gesamten landw. **Marktproduktion** mit Kreis- und Bezirkskontoren in der gesamten SBZ. Auch der Handel mit Zucht- und Nutzvieh ist von den eigens hierfür am 1.1. 1952 gegründeten volkseigenen Handelskontoren für Zucht- und Nutzvieh (VHZN) nach deren Auflösung am 30.6. 1958 auf die VEAB übergegangen. Durch die VEAB wurde die freie Betätigung des Privathandels ausgeschaltet. (-> Landwirtschaft)

**VOLKSEIGENE GÜTER (VEG):** 1949 wurden die bei der -> Bodenreform verstaatlichten landwirtschaftlichen Betriebe, die sich bis dahin in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter (VVG), Körperschaft des öff. Rechts, zusammengeschlossen. Die zentrale Stelle in Berlin (ZWG) bediente sich zur unmittelbaren Lenkung der einzelnen Betriebe 16 im Zonengebiet verteilter Gebietsvereinigungen (GVVG). 1950 ging die ZVVG als Hauptabteilung in das Landwirtschaftsministerium über, und 1954 wurden die Aussenstellen in die Räte der Bezirke eingegliedert. Die VEG sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderaufgaben des Grossbetriebes: Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung betraut und sollen gleichzeitig auch «kulturelle Stützpunkte auf dem Lande» sein. Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. Seit 1955 soll die Sonderstellung der VEG im -> Agrarpreissystem die Verluste verringern. 688 VEG umfassen 1959 mit 388 753 Hektar 6,1 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ. [747, 755]

**VOLKSEIGENE INDUSTRIE:** Nach dem Stande von Ende 1959 gehör-

ten rd. 4750 Betriebe zur VEI; davon waren rd. 1720 zentralgeleitete Betriebe (-> WB), während rd. 3030 zur -> örtlichen Industrie zählten. Auf die VEI entfielen 1959 87 v. H. der gesamten industriellen Bruttoproduktion. Von den in Industriebetrieben insgesamt 2,7 Mill. Beschäftigten waren 2,2 Mill. in der VEI tätig. Der Beschäftigtenzahl nach steht die metallverarbeitende Industrie mit 897'000 Arbeitern und Angestellten an der Spitze, gefolgt von der Textilindustrie mit 233'000, der chemischen Industrie mit 238'000 und dem Bergbau mit 205'000 Beschäftigten. (-> Industrie) [423, 431]

**VOLKSEIGENE WIRTSCHAFT:** Zur VEW zählen die -> Volkseigene Industrie, die staatlichen Verkehrseinrichtungen (**Deutsche -> Reichsbahn, -> Post- und Fernmeldewesen, -> Schifffahrt, -> Kraftverkehr**), der staatliche -> Aussenhandel, der staatliche Grosshandel mit Industriebedarf (-> Staatliche Kontore), der staatliche Grosshandel mit Konsumgütern und Lebensmitteln (-> **Grosshandelskontore**, ^ **VVEAB**) und der staatliche Einzelhandel (-> **HO**). Von den insgesamt rd. 7 Mill. Beschäftigten in der Wirtschaft der SBZ waren Ende 1958 rd. 4,4 Mill. in der VEW tätig.

**VOLKSEIGENTUM:** Staatliches «sozialistisches» -> **Eigentum**, nach bolschewistischer Auffassung die Hauptform des «gesellschaftlichen» (sozialistischen) Eigentums, neben der es noch die Nebenform des genossenschaftlichen Eigentums - in Landwirtschaft, Handwerk und Handel - gibt. Das V. spielt vor allem in der Industrie eine Rolle, wo es rund 90 v. H. des Eigentums bildet. Ober das V. bestimmen ausschliesslich Partei und Staat, die über seine Erträge auf Grund der Wirtschafts- und Staatshaushaltspläne verfügen. Nach bolschewistischer Ideologie gilt das V. gegenüber dem Privateigentum an Produktionsmitteln als «höhere» und «sozialere» Eigentumsform, weil durch es angeblich die Ausbeutung der Arbeitskraft abgeschafft sei. Tatsächlich findet diese weiterhin, und zwar zugunsten der Machtinhaber statt. Das Volk, die Gesellschaft hat auf die entscheidenden Fragen Investitionen, Verteilung des Sozialprodukts keinen unmittelbaren Einfluss. (-> **Wirtschaftssystem, -> Volkseigene Betriebe, Gesetz zum Schutze des -> Volkseigentums, Amt zum Schutze des -> Volkseigentums**) [423, 431]

**VOLKSEIGENTUMS, AMT ZUM SCHUTZE DES:** Durch VO der -> **DWK** vom 12. 5. 1948 errichtetes Organ «zwecks administrativer Kontrolle des gesamten -> Volks-

**eigentums».** Vollzugsorgane waren entsprechende Ausschüsse bei den damaligen Länderregierungen. Die Aufgaben waren: Mitwirkung bei Handelsgerichtseinträgen der enteigneten Betriebe, Nacherfassung von «Volkseigentum» auch nach dem offiziell verkündeten Abschluss der Sequestrierungen, Abgrenzung von Auslandsanteilen, Bearbeitung von Einsprüchen bei Enteignungen usw. Grundsatz war, die vorgenommenen Enteignungen unter allen Umständen zu sichern. Später übernahm die Abt. Staatl. Eigentum beim -> Ministerium des Innern die verbliebenen Aufgaben. Dazu gehört die noch offenstehende Frage der Klärung der Auslandsanteile bei enteigneten Betrieben. (\* **Treuhandbetriebe**)

**VOLKSEIGENTUMS, GESETZ ZUM SCHUTZE DES:** Mit dem «Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums» (VESchG) vom 2. 10. 1952 (GBl. S. 982) folgte die Gesetzgebung der SBZ dem sowjetischen Vorbild, wonach Angriffe gegen «Volkseigentum, genossenschaftliches Eigentum und Eigentum gesellschaftlicher Organisationen» härter zu bestrafen waren als Angriffe gegen das Privateigentum (-> **Eigentum**). Die Androhung sehr hoher Mindeststrafen führte in der Folgezeit zu einer Fülle erschreckend harter Urteile auch bei unbedeutenden Verstößen. Mit der nach Verkündung des -> Neuen **Kurses** erlassenen Richtlinie Nr. 3 (ZBl. 1953, S. 543) kritisierte das OG die «zu formale» Anwendung des Gesetzes und gab den Anstoss zu einer Milderung der Rechtsprechung. Durch das am 1.2.1958 in Kraft getretene -> **Strafrechtsergänzungsgesetz** wurde das VESchG aufgehoben. An seine Stelle sind die §§ 28-30 StEG getreten. Nach § 29 werden Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Untreue an gesellschaftlichem Eigentum mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder -> **öffentlichem Tadel** bestraft. Die entsprechenden Vorschriften des -> Strafgesetzbuches sind nicht mehr anzuwenden. In schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren und daneben auf Geldstrafe erkannt werden. (-> **Rechtswesen**)

**VOLKSEINKOMMEN:** -> **Nationaleinkommen.**

**VOLKSENTSCHEID:** Volksabstimmung, in der der wahlberechtigte Teil der Bevölkerung zu einer bestimmten Frage in einem wahlartigen Vorgang Stellung nimmt; in der SBZ garantiert in Art. 83 und 87 der -> Verfassung. Da die SBZ jedoch keine freien -> **Wahlen** kennt, sind bisher auch keine echten V. möglich gewesen. [343]

**VOLKSHOCHSCHULEN:** -> **Erwachsenenbildung.**

**VOLKSKAMMER:** «Volksvertretung» der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der -> **Verfassung** ausserordentlich stark ausgestaltet ist («höchstes Organ der Republik», Art. 50 der Verfassung). Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die V. jedoch als Scheinparlament dar.

Die verfassungsmässigen Rechte der V. sind (Art. 63 der Verfassung): die Bestimmung der Grundsätze der Regierungspolitik und ihre Durchführung; die Bestätigung, Überwachung und Abberufung der Regierung; die Bestimmung der Grundsätze der Verwaltung und die Überwachung der gesamten Tätigkeit des Staates; das Recht zur -> Gesetzgebung, soweit nicht ein -> **Volksentscheid** stattfindet; die Beschlussfassung über den -> **Staatshaushalt**, die **Wirtschaftspläne** (-> **Fünfjahrplan**), Anleihen und Staatskredite und die Zustimmung zu Staatsverträgen; der Erlass von Amnestien; die «Wahl» des -> Staatsrates; die «Wahl» der Mitglieder des Obersten Gerichts (-> **Gerichtsverfassung**) und des obersten Staatsanwaltes (-> **Staatsanwaltschaft**). Das Verfahrensrecht der V. hat die Verfassung in herkömmlich parlamentarisch - demokratischer Weise geregelt und im einzelnen in die Geschäftsordnung verwiesen. Organe der V. sind das Präsidium (Präsident, Vizepräsidenten, Beisitzer) und 16 Ausschüsse, in denen jedoch keine parlamentarische Arbeit geleistet wird und von denen mehrere bisher noch zu keiner Arbeitssitzung zusammengetreten sind.

Die V. besteht aus 400 Abgeordneten, die nach Art. 51 Abs. 2 der Verfassung «in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren gewählt» werden sollten; hinzu kommen 66 Ost-Berliner Vertreter. Die zur Bildung der V. vorgeschriebenen Wahlen haben jedoch nicht stattgefunden. Die am 7.10. 1949 auf Grund des LDP und CDU aufgezungenen verfassungsändernden Gesetzes vom 7. 10. 1949 (GBl. S. 1) gebildete Provisorische V. hat sich vielmehr «in der Zusammensetzung des vom Dritten Deutschen -> **Volkskongress** am 30. Mai 1949 gewählten Deutschen Volksrates» (Art. 1 des Gesetzes) konstituiert, nachdem der Volksrat zuvor die Verschiebung der Wahlen um ein

Jahr angeordnet hatte. Aber auch die für Oktober 1950 versprochenen Wahlen fanden nicht statt. Die V. konstituierte sich vielmehr nach der am 15. 10. 1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8. 1950 (GBl. S. 743) durchgeführten Abstimmung über die tinnerstufe der -> **Nationalen Front (-> Wahlen)** endgültig. Angeblich sollen 99,7 v. H. der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. Von den 400 Abgeordneten stellten auf Grund einer bereits im Juli 1950 auf der Basis der -> **Blockpolitik** getroffenen Vereinbarung 280 die SED und die von ihr gelenkten Organisationen (U v. H.) und nur je 60 die LDP und die CDU (je 15 v. H.). Nach Ablauf der ersten Legislaturperiode wiederholte sich am 17. 10. 1954 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 4.8. 1954 (GBl. S. 667) die Abstimmung über die von der Nationalen Front aufgestellte Einheitsliste, die diesmal in noch stärkerer Masse als 1950 von der SED beherrscht war. Die Wahl vom 16. 11. 1958 ergab mit 99,87 v. H. Ja-Stimmen wiederum das erwartete Bild und die entsprechende Zusammensetzung der V. Das Verhältnis für die wenigstens noch dem Namen nach nicht kommun. geführten Parteien ist noch ungünstiger geworden. Nach dem amtlichen «hanaouch der V. der DDR» von 1959 bestehen die Fraktionen der -> **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ, DFD, VdGB und Kulturbund) fast ganz aus Mitgliedern der SED. Von 120 Abgeordneten dieser Massenorganisationen gehören 107 zur SED, einer zur LDP und 12 sind parteilos. Die Fraktionen der gegenwärtigen V. haben folgende Stärken (Sitzanteil in v. H.):

SED	100	(25 v. H.)
LDP	45	(11,25 v. H.)
CDU	45	(11,25 v. H.)
NDP	45	(11,25 v. H.)
DBD	45	(11,25 v. H.)
FDGB	45	(11,25 v. H.)
FDJ	25	(6,2 v. H.)
DFD	25	(6,2 v. H.)
VdGB	10	(2,5 v. H.)
KB	15	(3,75 v. H.)

400 100 v. H.

Zählt man die Sitze der SED mit denen der Massenorganisationen zusammen, so ergibt sich mit 207 Abgeordneten auch formell die absolute Mehrheit. (-> **Wählerauftrag**, -> **Wählerversammlung**)  
Präsident der V. ist seit deren Konstituierung 1949 **Johannes \*- Dieckmann (LDP)**. (-> **Regierung und Verwaltung**)

[339]

**VOLKSKONGRESS:** «Deutscher Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden», eine Art Vorparlament, das im Auftrage der SED erstmalig während der Londoner Aussenministerkonferenz für den 6./7. 12. 1947 nach Berlin einberufen wurde. Masste sich das Recht an, im Namen Gesamtdeutschlands Forderungen vor die Aussenministerkonferenz zu bringen, ohne jedoch hierzu Gelegenheit zu erhalten. Aus der sog. «Volkskongressbewegung» gingen hervor 1. die -> **Nationale Front** und 2. der am 30.5. 1949 vom dritten V. gewählte **Volksrat**, der in gleicher Zusammensetzung als «Provisorische Volkskammer der DDR» die Verfassung annahm und vom V. bestätigen liess. Somit diente der V., dem auch mit den Kommunisten sympathisierende Westdeutsche angehörten, zur scheindemokratischen Legitimierung des Sowjetzonenregimes. (-> **Verfassung**, -> **Regierung und Verwaltung**)

**VOLKSKORRESPONDENT:** Pj. für nebenberufliche Berichtersterter, die über Ereignisse aus ihrem Betrieb und Wohngebiet für die -> **Parteipresse der SED** schreiben. Die nach dem Vorbild der SU aufgebaute «V.-Bewegung» soll vornehmlich von Arbeitern und «werktätigen» Bauern getragen werden. Sie überzieht mit einem engmaschigen Netz die gesamte SBZ. In der Arbeit der V. soll angeblich der Einfluss des Volkes auf die Presse zum Ausdruck kommen, tatsächlich werden die V. jedoch ebensosehr als Spitzel wie zur reinen Nachrichtenübermittlung eingesetzt. Ihre veröffentlichten Berichte dienen entweder der -> Kritik und Selbstkritik oder suchen durch «Beispiele» die Bevölkerung im Sinne der SED-Politik zu aktivieren. V. erhalten keine Honorare, sondern Prämien für gute Berichte und Informationen. 1959 gab es 9591 registrierte V., von denen allerdings nur 39 v. H. tatsächlich in der Presse mitarbeiteten. (-> **Presse**, **Nachrichtenspolitik**)

**VOLKSKUNST:** Während unter V. herkömmlicherweise vor allem handwerkliche Erzeugnisse verstanden werden, die Alltags- oder Kultzwecken dienen, in ihrem Formenschatz von Brauch und Glauben geprägt, von Stilwandel und Mode dagegen kaum beeinflusst sind, erfasst der Begriff im -> **Parteijargon** der SBZ alle Gebiete laienkünstlerischer Betätigung, die sich in den Dienst der Bewusstseinsbildung stellen und als \*- **kulturelle Massenarbeit** betreiben lassen. (-> **Laienkunst**) [501,504]

**VOLKSKUNSTSCHULEN:** In der Entschliessung der Kulturkonferenz 1960

des -> **ZK** der -> **SED** vom April 1960 wird die Erweiterung der -> **Volksmusikschulen** zu **V.** gefordert, um die «allseitige künstlerisch-schöpferische Betätigung des werktätigen Volkes» zu fördern. (-> **Kulturpolitik**, -> **Kulturelle Massenarbeit**, -> **Laienkunst**)

**VOLKSMUSIKSCHULEN:** Bildungsstätten für Laien mit der Aufgabe, musikalische Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. **V.** sollen auf Grund einer VO vom 25.2.1955 in allen Kreisstädten (teilweise mit Nebenstellen) und mit Abt. für Kinder und für Erwachsene eingerichtet werden. Der private Musikunterricht geht in den **V.**, die vom Staat unterhalten werden und sehr niedrige Jahreshonorare berechnen, häufig auf. Die allgemeinbildenden Schulen wirken bei der Begabtenauslese mit. Eine wesentliche Aufgabe der **V.** ist die Förderung der Volkskunstgruppen (-> **Laienkunst**, -> **Kulturelle Massenarbeit**, -> **Agitprop-Gruppen**) auf musikalischem Gebiet. (-> **Musik**)

**VOLKSPOLIZEI, DEUTSCHE:** Von 1949 bis Jan. 1956 auch als Deckname für die Armee (-> **KVP**) der SBZ gebraucht, dies seit Umbenennung der **KVP** in -> **Nationale Volksarmee** unnötig. Die **VP** besteht seit dem 1. 6. 1945 und wurde bald, obwohl bis 1949 nominell Sache der Länder, zonal zentralisiert. Das für die **VP** zuständige -> **Ministerium des Innern** war von 1949 bis Juni 1955 vorwiegend ein Wehrministerium, das überwiegend für die **KVP**, d. h. für die Armee arbeitete. Ihm war und ist die **VP** (die zum Unterschied von der **KVP** auch «Territoriale Volkspolizei» genannt wurde) als eine Hauptverwaltung (**HV**) eingegliedert.

Die **VP** umfasst Schutz-, Kriminal-, Verwaltungs-, Verkehrs- und Wasserschutzpolizei und erfüllt einerseits normale Polizeiaufgaben. Dennoch ist sie andererseits zugleich ein besonders scharf gesiebtetes, politisch durchgeschultes und überwachtes Werkzeug der -> **SED** und Hilfsorgan des -> **SSD**. Dies prägt sich schon bei der Schutzpolizei aus, die in ihren untersten Gliederungen, den Abschnittsbevollmächtigten (-> **ABV**), mindestens ebenso sehr politische wie o. d. nungspolizeiliche Aufgaben hat. Im Dienste der diktatorischen Ziele der **SED** stehen sehr stark auch das Pass- und Meldewesen; das Erlaubniswesen (Zulassung aller, auch religiöser Veranstaltungen) und «Volkeigentum» (Untersuchung von «Wirtschaftsvergehen», die meist den politischen Zweck des **SED**-Regimes fördern soll).

Unter der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (**HVDVP**) stehen

die Bezirksbehörden Deutsche Volkspolizei (**BDVP**), unter diesen die **VP**-Kreisämter (**VPKA**). Diese haben (seit Ende 1957) in den Mittelstädten und auf dem Lande **VP**-Abschnitte (eine neue Art von Kleinrevieren) unter sich. Nur in Grossstädten und im Sowjetsektor Berlins bestehen die weit grösseren **VP**-Reviere fort, die aber mindestens etwa 8 **ABV** unter sich haben. - Im Sowjetsektor Berlins heisst die Bezirksbehörde: **VP**-Präsidium (**VPP**) Berlin, die Kreisbehörde: **VP**-Inspektion (**VP-I**). - Von der **HVDVP** bis hinunter zur Kreisebene bestehen Abteilungen für den -> **Betriebsschutz**.

Die an sich nicht militärische **VP** verfügte von 1953 bis 1957 über kasernierte militärähnliche mot. Bereitschaften, die zuletzt rund 13 500 Mann stark waren. Bis auf 3 000 Mann in Berlin wurden Mitte 1957 diese -> **Polizeitruppen-Bereitschaften** der **VP** in die unabhängig von der **VP** aufgebaute «Deutsche -> **Bereitschaftspolizei**» übergeführt.

- Die Deutsche Bereitschaftspolizei und die Deutsche -> **Grenzpolizei** unterstehen zwar seit Febr. 1957 dem Ministerium des Innern, haben aber als **Polizeitruppen** eigene Kommandos und hängen nicht von der **VP** ab. - Die **Transportpolizei** ist seit Februar 1957 der **VP** als Hauptabteilung (**HA**) eingefügt, behält aber eine Sonderstellung und hat sich ihren Charakter als militärähnliche **Polizeitruppe** erhalten. - Die militärische Ausbildung der -> **Kampfgruppen** und z. T. auch der -> **GST** liegt bei der **VP**. (-> **Militärpolitik**)

Die Stärke der **VP** (mit der **Transportpolizei**): rund 78 000 Mann, einschliesslich der zusammen rd. 3700 Mann starken 5 kasernierten militärähnlichen mot. **Bereitschaftskommandos** des **VPP** Berlin. Chef der **HVDVP** seit April 1959: Generalmajor Richard Dombrowsky (**SED**); seit August 1959 Generalmajor Hans-Hugo Winkelmann (**SED**). [305, 317, 340]

**VOLKSPOLIZEIHELFER:** Freiwilliger Helfer der Deutschen -> **Volkspolizei**, meist den -> **Abschnittsbevollmächtigten** zugeteilt; Zivilperson mit Hilfspolizeivollmachten.

**VOLKSPOLIZEIKREISAMT:** Deutsche -> **Volkspolizei**.

**VOJ.KSRAT:** -> **Volkskongress**. **VOLKSRICHTER:** Begriff des **Pf.** Die Forderung nach einer umfassenden -> **«Demokratisierung der Justiz»** führte 1945 zu den ersten **V.-Lehrgängen**. Der Mangel der fehlenden akademisch-wissenschaftlichen Ausbildung sollte durch «grosse Lebenserfahrung» dieser neuen Richter ausgeglichen werden. Das Mindestalter betrug 23 Jahre. Das notwendige juristische Grundwissen sollte den Schülern

während des Lehrganges beigebracht werden. Der erste Lehrgang dauerte 6 Monate, der zweite 8 Monate, die nächsten drei dann jeweils ein Jahr. Lehrgänge zunächst in allen Ländern der Zone; seit Juni 1950 Zentrale Richterschule in Potsdam-Babelsberg. Diese wurde durch VO vom 2. 5. 1952 (GBl. S. 361) in die «Deutsche Hochschule der Justiz» umgewandelt. Durch Beschluss des Ministerrats wurden die «Deutsche Hochschule der Justiz» und die «Verwaltungsakademie» Walter Ulbricht\* am 11. 12. 1952 als **Deutsche -> Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht»** zusammengefasst. Lehrgangsdauer zunächst 2, dann 3 Jahre. Mit Beginn des Studienjahres 1955/56 ist das Studium auf 4 Jahre verlängert worden und unterscheidet sich seitdem nicht mehr vom akademisch-juristischen Studium an den Universitäten (-> **Rechtstudium**). Internatsbetrieb. Seit dem Jahre 1956 wird auch auf eine gute fachliche Qualifizierung der Studenten an der Akademie und der früheren Absolventen der V.-Lehrgänge geachtet. Bis zum Jahre 1960 sollen alle V. das Staatsexamen nachholen. Der Vorbereitung auf dieses Examen dient das **Fernstudium**. (-> **Rechtswesen**)

**VOLKSSOLIDARITÄT:** Organisation der nicht unmittelbar staatlichen Wohlfahrtspflege, wurde im Okt. 1945 von den Parteien und dem -> **FDGB** gegründet. Soll Hilfsbedürftige in der SBZ unterstützen. Charakteristisch für ihre Arbeitsweise ist, dass sie bis April 1951 den Besitz politischer Flüchtlinge ohne Rechtsgrundlage und ohne ordnungsgemäße Buchführung übernahm und nach Gutdünken weitergab. Nach Ausbau der -> **Sozialfürsorge** ist ihre Bedeutung stark zurückgegangen. Nach ihrer Satzung vom 26. 4. 1953 ist sie Körperschaft des öffentlichen Rechts. Als Aufgabe werden darin an erster Stelle genannt «die Aufklärungsarbeit der Volkshelfer im Rahmen der -> **Nationalen Front**» und die Einziehung der Beiträge. Ferner werden Solidaritätsaktionen «zur Verstärkung des Kampfes um den Frieden und die Einheit Deutschlands» aufgeführt. Dann erst folgt die soziale Betreuung.

**VOLKSVERTRETUNGEN:** In der SBZ -> **Volkskammer**, Bezirkstag, Kreistag, Stadtverordnetenversammlung, Stadtbezirksversammlung und Gemeindevertretung (-> **Bezirk**, -> **Kreis**, -> **Gemeinde**) genannte Versammlungen, die ausgesprochene Scheinparlamente sind, da ihre Mitglieder weder frei gewählt sind noch echte parlamentarische Hoheitsrechte ausüben. (-> **Regierung und Verwaltung**, -> **Verfassung**)

**VOLKSWALD:** -> **Forstwirtschaft**. **VOLKSWIRTSCHAFTSPLAN:** Jahresplan im -> **Fünfjahrplan**. **Kontrollziffer)**

**VOLLENDUNG DES SOZIALISMUS:** Diejenige Periode (-> **Periodisierung**), in der die komm. Parteien der -> **Volkdemokratien** bereits den überwiegenden Teil des Bürgertums durch Enteignung, sog. staatliche Kapitalbeteiligung, -> **Kollektivierung** und Vergenossenschaftung politisch und wirtschaftlich entmacht haben und die «Sozialisierung» bzw. Kollektivierung der letzten Reste des Privatbesitzes an den -> **Produktionsmitteln** erfolgt. Damit stellt die Phase der VdS. zugleich den Übergang zur Periode des beginnenden Kommunismus dar. Laut 5. Parteitag der SED befindet sich die SBZ seit 1958 in der Phase der VdS., die ausserdem von europäischen Volkdemokratien noch die CSR und Bulgarien erreicht haben.

**VOLLGENOSSENSCHAFTLICH:** Aktiv zur Kennzeichnung solcher Räume (Dörfer, Kreise, Bezirke), in denen sich sämtliche -> **Bauern** unter dem Einfluss der -> **Zwangskollektivierung** einer -> **LPG** angeschlossen oder eine solche gebildet haben. In der propagandistischen Verwendung war mehr vom vollgenossenschaftlichen als vom -> **sozialistischen Dorf** die Rede. [785]

**VOLLJÄHRIGKEIT:** Tritt in der SBZ mit Vollendung des 18. Lebensjahres ein; herabgesetzt nach sowjetischem Vorbild angeblich im Hinblick auf den «hervorragenden Anteil der Jugend am Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung» durch Gesetz vom 17. 5. 1950 (GBl. S. 437).

Eine V.-Erklärung vor Vollendung des 18. Lebensjahres ist nicht mehr zulässig und wegen § 1 der VO über Eheschliessung und Eheauflösung vom 24.11.1955 (GBl. S. 849) gegenstandslos (-> **Eherecht**). Nach dieser Bestimmung ist die Eheschliessung nur dann zulässig, wenn Mann und Frau das 18. Lebensjahr vollendet haben. Ein Jugendlicher, der in der SBZ durch Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig geworden ist, behält diese Rechtsstellung, wenn er vor Vollendung des 21. Lebensjahres in die Bundesrepublik übersiedelt.

**VOLMER, MAX:** \* 3. 5. 1885 in Hilden/Rhld., Gymnasium, Studium der Physik und Chemie, Promotion zum Dr. phil., Habilitation. Vor 1945 o. Professor für physikalische Chemie und Elektrochemie, Direktor des gleichnamigen Instituts an der TH Berlin. 1945-1955 in die SU zwangsverpflichtet, 1955 in die SBZ entlassen. Seit 1956 wieder wissenschaftliche Tätigkeit; von 1956 bis 1958 Präsident der **Deutschen** -\*



**Akademie der Wissenschaften** in Ost-Berlin.

**VOPO:** Abk. für -> **Volkspolizei** im Sprachgebrauch der Bevölkerung.

**VORMILITÄRISCHE AUSBILDUNG:** Gesellschaft für -> **Sport und Technik.**

**VORMUNDSCHAFT:** -> **Sorgerecht.**

**VORRATSNORMEN:** Nach sowjetzonaler Definition: «Festlegung der technisch und ökonomisch begründeten Materialvorräte». Die V. werden unter Zugrundelegung der amtlichen Planaufgaben ermittelt. V. sollen einerseits den kontinuierlichen Produktionsprozess sichern, andererseits die Bildung von. -> **Überplanbeständen** verhindern. Voraussetzung für die Festlegung exakter V. wäre die Ermittlung einwandfreier **Materialverbrauchsnormen.** Da es solche z. Z. nur in unzulänglichem Umfange gibt, sind die als V. festgelegten und bestätigten Materialvorräte nicht recht fundiert. Der Umlaufmittelfonds wird durch die bestätigten V. entscheidend bestimmt. Die **Deutsche -> Notenbank** ist angewiesen, Kredite nur zu erhöhtem Zinssatz zu geben, sofern der Materialbestand die V. übersteigt. - V. sind auch wesentliche Voraussetzungen für den Richtsatzplan und die -> **Richtsatztage.**

**VORSCHLAGSWESEN:** -> **Erfindungs- und Vorschlagswesen,** -> **Neuerer.**

**VORSCHULERZIEHUNG:** Als Einrichtungen der V. gelten -> **Kindergärten** und Kinderwohnheime. Sie haben die offizielle Aufgabe, die Vorschulkinder ihrem Alter gemäss auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten.

**VP:** Abk. für -> **Volkspolizei.** Offizielle Abk. DVP (Deutsche VP).

**VPH:** Abk. für -> **Volkspolizeihelfer.**

**VPKA:** Abk. für Volkspolizeikreisamt. (**Deutsche -> Volkspolizei**)

**VPP:** Abk. für Volkspolizeipräsidium, oberste Polizeibehörde in grösseren Städten. Im Sowjetsektor von Berlin: PdVP, Präsidium der **Deutschen -> Volkspolizei** Berlin.

VP-See: Bis **1955** Tarnbezeichnung für die Seestreitkräfte der SBZ. (-> KVP)  
**WB:** In der SBZ nach **1945** in verschiedenen Zeitabschnitten für unterschiedliche Institutionen angewendete Abk.

1. WB war in den Jahren **1948** bis **1951** die Abk. für «Vereinigungen Volkseigener Betriebe», d. n. der Institutionen zur Leitung und Kontrolle der verstaatlichten Betriebe. Es gab etwa 75 WB der verschiedenen Fachrichtungen, denen jeweils eine grössere Anzahl Betriebe angehörten. Diese Betriebe waren juristisch nicht selbständig, ihre

Bilanzen waren Teilbilanzen der WB, die auch befugt war, Gewinne und Verluste der Betriebe gegeneinander auszugleichen. Mit der ab Januar **1952** durchgeführten ersten grossen Reorganisation der «volkseigenen Wirtschaft» (-> **Wirtschaftliche Rechnungsführung**) wurden diese WB aufgelöst. Die Betriebe wurden zu selbständig wirtschaftenden Einheiten.

2. WB war in den Jahren **1952** bis Anfang **1958** die Bezeichnung für «Verwaltungen Volkseigener Betriebe». Es handelt sich dabei praktisch um die aufgelösten bzw. in ihren Zuständigkeiten wesentlich eingeschränkten bisherigen «Vereinigungen». Die neuen WB waren nur noch Anleitungs- und Aufsichtsorgan für jeweils eine Anzahl ihnen zugeordneter Betriebe gleicher Fachrichtung; sie führten die Weisungen der damaligen fachlichen Hauptverwaltungen der **Produktionsministerien** aus. Zahlreiche dieser WB wurden im Laufe der Jahre aufgelöst oder neu gegliedert. Sie verschwanden Anfang **1958** bei der zweiten grossen Reorganisation der «volkseigenen» Wirtschaft gänzlich.

3. WB ist seitdem die Bezeichnung für neuartige «Vereinigungen Volkseigener Betriebe», die keinerlei Ähnlichkeit mit den unter 1. gekennzeichneten «Vereinigungen» haben. Nach Auflösung der Produktionsministerien seit Februar **1958** wurden deren bisherige fachliche Hauptverwaltungen (jene Stellen also, die direkt oder über «Verwaltungen Volkseigener Betriebe» die Produktionsbetriebe anleiteten) unter der Bezeichnung «Vereinigungen Volkseigener Betriebe» in Industrieorten der SBZ mit der Aufgabe der «operativen und produktionsnahen Anleitung» der «volkseigenen» Industriebetriebe etabliert. Die neuen WB unterstehen den Fachabteilungen der **Staatlichen -> Plankommission**; sie leiten also die «zentralgeleitete» VE-Industrie an (Unterschied dazu: -> **Örtliche Industrie**). Nach dem Stand von Mitte **1960** gibt es 80 WB, in deren Betrieben im Jahre **1959** wertmässig zwei Drittel der sowjetzonalen Industrieerzeugnisse hergestellt wurden.

**VVB-SAATGUT:** **Vereinigung volkseigener -> Saatzucht- und Handelsbetriebe.**

**VVEAB.:** Abk. für **Vereinigung -> Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe.**

**VVG:** Abk. f. **Vereinigung -> Volkseigener Güter.**

**VVN:** Abk. für **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. (-> Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer)**

**VW:** Abk. für «Vereinigung Volkseigener Verlage». (-> **Verlagswesen**)

**WABRA, ERNST:** \* in Berlin, Volksschule, Eisendreher. Nach 1945 -> **SED**, Volksstaatsanwalt, bis 1952 stellv. Leiter der Staatl. Kontrollkommission für das Land Sachsen, 1952 bis 1955 stellv. Vors. der Bezirkskontrollkommission Rostock, seit 1955 kommissarischer Vors. der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (\* Kontrollkommission). Seit 1958 Mitgl. des -> Ministerrates der SBZ.

**WACHSAMKEIT, REVOLUTIONÄRE:** Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem komm. Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von «Agenten», «Saboteuren» und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeit und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Pj. als RW. bezeichnet. Mitgl. komm. Parteien in allen Ländern haben überdies RW. zu entfalten, um das Eindringen «partei-feindlicher Elemente» und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. Die RW. soll im komm. Staat die Rolle der demokratischen Kontrolle durch das Volk ersetzen, wird jedoch einseitig in parteitaktischem Sinne ausgeübt.

**WAHLEN:** W. haben in der SBZ wie in der SU lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen W., die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur eine Einheitsliste der «Kandidaten der -> **Nationalen Front**», so dass die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. So bei den W. zum

**III. -> Volkskongress (15.-16. 5. 1949)**, aus denen letzten Endes die Provisorische **Volkskammer** hervorging, so auch bei den W. zur 1. (15. 10. 1950) wie zur 2. Volkskammer (17. 10. 1954) und zur 3. Volkskammer (16. 11. 1958), den sog. «Volkswahlen». W. sollen nach Art. 51 und 109 der -> **Verfassung** im allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der «DDR», der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

W.-Vorschläge dürfen nicht nur die Parteien, sondern all jene «Vereinigungen aufstellen, die nach ihrer Satzung die demokratische Gestal-

tung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfasst» (§ 17 des W.-Gesetzes von 1954). Diese Parteien und Vereinigungen haben laut § 18 «das Recht, gemeinsame Wahlvorschläge einzubringen», d. h. also, dass die von der SED beherrschten -> Massenorganisationen mit dieser gemeinsam die Kandidatenlisten und damit die Volkskammer beherrschen, wogegen die restlichen Parteien, sofern bei ihnen überhaupt noch Wille und Möglichkeit zur Opposition vorhanden sind, auf Grund der Bestimmungen der Blockpolitik sich nicht zu Koalitionen zusammenschließen dürfen. Die letzte in der SBZ durchgeführte W. vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschl. der

W. in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener W.-Betrug. W.-Kabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. In den neuen Bestimmungen für die W.-Handlung (§§ 37-39 des W.-Gesetzes von 1954) fehlt der Hinweis auf die Geheimhaltung. Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch W.-Terror aus. Es wurde lange vorher eine «spontane Volksbewegung» für die offene Stimmabgabe inszeniert. Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mussten durch -> Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer W.-Betrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt. W. in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsverbruch gleich; jedes W.-Ergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht massgebend. Was für die allgemeinen W. zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die W. zu den Vorständen der zahlreichen Organisationen zu. (-> **Regierung und Verwaltung**) [343, 344]

**WÄHLERAUFTRAG:** Auftrag, der den Kandidaten seinen «Wählern» verantwortlich erscheinen lassen

soll, ihn in Wirklichkeit jedoch an die Parteilinie bindet und ihm jede Möglichkeit nimmt, nach seiner «Wahl» irgendeine eigene Auffassung zu vertreten. (-> **Wahlen**, -> **Wählerversammlung**, -> **Volkskammer**)

**WÄHLERVERSAMMLUNG** Versammlung, in der sich die Kandidaten und Nachfolgekandidaten in ihren Wahlkreisen vorstellen. Die Kandidaten haben in der W. Auskunft über ihre bisherige politische Tätigkeit, ihre künftige Parteiarbeit und die Erfüllung ihrer Pflichten zu geben. Das Recht der W., die Absetzung eines Kandidaten von den Wahlvorschlägen vorzuschlagen, ist angesichts der politischen Machtverhältnisse in der SBZ praktisch völlig bedeutungslos. - Da in der SBZ keine freien -> **Wahlen** zugelassen werden, hat auch die W. keinerlei echte demokratische Funktion. Die W. kann dem Wahlkandidaten einen -> **Wählerauftrag** erteilen und erhält so eine Bedeutung, die ihren angeblich demokratischen Charakter in das Gegenteil verkehrt.

Nach den im November 1959 erlassenen «Richtlinien für die Ordnung der Tätigkeit der Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen» kann die W. in der Gestalt einer Einwohnerversammlung der -> **Nationalen Front** auch einen bereits gewählten Abgeordneten wieder abberufen. Ein Antrag auf Abberufung muss allerdings vorher dem Ausschuss der NF zugeleitet werden, der darüber entscheidet, ob über ihn in der W. abgestimmt werden darf. Dieser für ein demokratisches Verfahren sinnlose Umweg soll verhindern, dass etwa auf einer W. tatsächlich ein Abgeordneter abberufen wird, der im Sinne der -> **SED** gearbeitet hat. Andererseits sieht die SED in der Möglichkeit einer Abberufung überhaupt eine Möglichkeit zur Korrektur der Zusammensetzung der -> **Volkskammer**, falls dies trotz sorgfältiger vorheriger Kandidatenauslese notwendig erscheinen sollte. Das ganze Verfahren der Abberufung eines Abgeordneten widerspricht allen Regeln demokratischer Mandatsübertragung, da ein Abgeordneter nach seiner Wahl von niemandem in seinen Aufgaben behindert werden darf und überdies nie nur seinen Wählern, sondern dem ganzen Volke zu dienen hat.

**WÄHRUNGSPOLITIK:** Reparationsentnahmen der SU, Zwangsexporte, Materialmangel und das dadurch verursachte Minderangebot an Gebrauchsgütern sind die Ursachen eines hohen Kaufkraftüberhanges, der die Währung ständig gefährdet. Eine Reihe von Massnahmen

der Sowjetzonenregierung soll den Geldumlauf so niedrig wie möglich halten. Hierher gehören die verschiedenen Verordnungen zur Regelung des Zahlungsmittelumlaufes, die Anordnungen zur bargeldlosen Zahlung und Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die intensive Werbung der -> **Sparkassen** zur Spartätigkeit, die Einrichtung neuer Sparmöglichkeiten und Gewährung von Vergünstigungen für Sparer, die Zentralisierung der Kassenbestände öffentlicher Kassen bei der **Deutschen -> Notenbank**, die allgemeine Kreditpolitik mit dem Ziel möglichst geringer Kreditvolumen und - nicht zuletzt - die hohe Besteuerung des Verbrauchs.

Laut Beschluss der SBZ-Regierung vom 29. 10. 1953 wurde die Ostmark auf «Goldbasis» gestellt und der Goldgehalt auf 0,399902 g je DM Ost festgesetzt. Das Verhältnis der Ostmark zum US-Dollar wurde auf 2,22 DM Ost, zum Rubel auf 1,80 Rubel für eine DM Ost festgelegt. Die Deutsche Notenbank wurde ermächtigt, auf Grund dieser «Goldbasis» die Wechselkurse für andere ausländische Währungen festzulegen. Die Umstellung verändert den bis dahin gültigen Rubelkurs von 0,833 DM Ost auf 0,555 DM Ost. Die offiziell angeordneten Devisen-Umrechnungssätze stehen in krassem Gegensatz zur tatsächlichen Bewertung der Ostmark ausserhalb des Sowjetblocks. (-> **Steuern**, -> **Geldumtausch [1957]**, -> **Devisen**)

**WÄHRUNGSREFORM:** Nach SMAD-Befehl in der SBZ und in Ost-Berlin vom 24. 6. bis 28. 6. 1948 durchgeführt. Umwertung durch Aufkleben von Spezialkupons auf Reichsmark- und Rentenmark-scheine, 25. 7. 1948 wurden neue Geldscheine eingeführt. Scheidemünzen behielten ihren Nominalwert. Einzelheiten: Vorzugs-umtausch von Beträgen bis zu 70,- DM Ost im Verhältnis 1:1, bis 1'000,- DM Ost im Verhältnis 5:1, bei Versicherungspolice im Verhältnis 3:1, Vorzugsbewertung von laufenden Konten von staatlichen, kreisbehördlichen, gemeindlichen und anderen «volkseigenen» Betrieben im Verhältnis 1:1; Vorzugsbewertung laufender Konten anderer Industriebetriebe in Höhe eines wöchentlichen Umsatzes und des Lohnrückstandes im Verhältnis 1:1, bei Handels- und anderen Wirtschaftsunternehmen in Höhe einer wöchentlichen Lohnsumme; Umwertung der im Zuge der Bodenreform gewährten Kredite im Verhältnis 5:1; Umwertung der vor dem 9. Mai 1945 entstandenen laufenden Konten und Spareinlagen im Verhältnis 10:1, bei Salden über 3'000,- DM Ost zunächst Überprüfung des rechtmässigen Erwerbs;

Festlegung besonderer Vergünstigungen für Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht bezüglich des Umtauschverhältnisses. - Kurz vor der Währungsreform betrug der Bargeldumlauf rd. 28 Mrd. Davon befanden sich etwa 15-16 Mrd. in den Kassen der Kreditinstitute: die Emissions- und Girobanken hatten etwa 1,1 Mrd. Kundschaftseinlagen, die Landeskreditbanken etwa 7 und die Sparkassen 4,6 Mrd., Genossenschaftsbanken einige 100 Mill.; dazu hohe Kontenstände bei den Post-scheckkämtern. Neu verausgabt wurden 3615 Mill. «Mark der Deutschen Notenbank». Am 30. Sept. 1957 betrug laut Ausweis der Umlauf 5721 Mill. Mark, am 31. 12. 1957, also nach dem **Geldumtausch (1957)**, 3672 Mill. Mark und am 10. Mai 1958 bereits wieder 4331 Mill. Mark. Am 31. 3. 1960 betrug der Umlauf 4729 Mill. Mark. (-> **Währungspolitik**) [701,742]

**WALDGEMEINSCHAFT:** Forstwirtschaft.

**WALDHEIM:** Stadt im sächsischen Bezirk -> **Leipzig**, Kreis Döbeln, mit 11 545 Einwohnern (1959). Im ehemaligen Schloss jetzt ein Zucht-haus. - W. wurde berüchtigt durch die Waldheimer Prozesse. (-> **Kriegsverbrecherprozesse**)

**WALDHEIMER PROZESSE:** Kriegsverbrecherprozesse.

**WANDEL, PAUL:** \* 16. 2. 1905 in Mannheim als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Maschinentechniker, 1919 SAJ, 1923 -> KPD. Im Febr. 1933 nach der SU emigriert, Mitgl. der KPD, studierte am Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau, war 1941 bis 1943 Leiter der Deutschen Sektion und Lehrer an der Kominternschule, anschließend politischer Sekretär von -> Pieck. 1945 Chefredakteur der «Deutschen Volkszeitung» in Berlin, von Juli 1945 bis 1949 Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, von 1949 bis Sommer 1952 Minister für Volksbildung, anschließend Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, seit 26. 7. 1953 Sekretär für Kultur und Erziehung im ZK der SED. Am 19. 10. 1957 von der Funktion als Sekretär des -> ZK wegen ungenügender Härte bei der Durchsetzung der kulturpolitischen Linie der SED-Führung entbunden. Seit 1. 4. 1958 Botschafter der «DDR» in China. Von 1946 bis 1958 Mitgl. des Parteivorstandes, bzw. des ZK der SED, auf dem V. Parteitag im Juli 1958 nicht wieder in das ZK gewählt. Von 1949 bis 1958 Abg. der **Volkskammer**.

**WANDERBEWEGUNG:** -> **Touristik**.

## WANDERUNGEN

**WANDERFAHNE:** An Siegerbetriebe in sozialistischen Wettbewerben werden W. verliehen, und zwar die W. des Ministerates an «Republik-sieger», die W. des Ministeriums bzw. Staatssekretariats an «Gruppensieger», die W. des Rates des Bezirkes an «Siegerbetriebe im Bezirkswettbewerb der örtlich geleiteten Wirtschaft». Mit der Verleihung sind Prämien verbunden. (**Sozialistischer -> Wettbewerb, -> Auszeichnungen**)

**WANDERFAHNE DES MINISTER-RATS FÜR DIE SIEGER IM MASSENWETTBEWERB DER LPG, GEMEINDEN, KREISE UND BEZIRKE:** Die W. wird vom Minister für Land- und Forstwirtschaft «für die besten Leistungen bei der Durchführung der Frühjahrsbestellung, der Ernte, der Hackfrüchtere und Herbstbestellung sowie für vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der Pläne» verliehen. (-> **Auszeichnungen**)

**WANDERFAHNEN AN SIEGERBETRIEBE:** + Wanderfahne.

**WANDERFAHNEN REPUBLIKSIEGER IM WETTBEWERB:** -> **Wanderfahne**.

**WANDER-MEDAILLE:** 1954 durch den Minister für Volksbildung in Gold, Silber und Bronze «für hervorragende Verdienste um den Aufbau der demokratischen Schule» verliehen, benannt nach Karl Friedrich Wilhelm Wander. (-> **Auszeichnungen**)

**WANDERUNGEN:** Unter W. der -> **Bevölkerung** wird in der Sozialwissenschaft die Wohnsitveränderung ohne Berücksichtigung von Umzügen am gleichen Ort, meist mit der Absicht, in günstig beurteilte Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten einzutreten, verstanden. Neben der «Binnen-W. « spielt in der SBZ die illegale Abwanderung, der Bevölkerung, hier -> **Flüchtlinge** genannt, eine nicht unbeachtliche Rolle.

Die Sowjetzonenstatistik weist in der Binnen-W. über die Kreisgrenzen für die Jahre 1953 bis 1959 insgesamt 5,159 Mill. Zuzüge und 5,237 Mill. Fortzüge aus. Bezogen auf je 1'000 der Bevölkerung gleichen Geschlechts am 1. 1. 1953 ergeben sich hieraus 281,9 Zu- und 286,1 Fortzüge. Nach Bezirken aufgeschlüsselt liegen bei den Zuzügen die Bezirke Rostock, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus und Gera über dem Zonendurchschnitt, während bei den Fortzügen die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Gera und Chemnitz über dem Zonenmittel liegen. Die regionalen und strukturellen Schwerpunktverlagerungen der mitteldeutschen Wirtschaft während der Jahre

1953 bis 1959 bestätigen den Trend der ausgewiesenen «Binnenwanderungen». Hinsichtlich der «Aussen-W.\* bzw. der illegalen Ab-W. der Bevölkerung nach der Bundesrepublik und West-Berlin veröffentlicht die SBZ keine amtlichen Angaben. Nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes wurde für die Jahre 1950 bis 1959 für die W. zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin einerseits und der SBZ und Ost-Berlin andererseits folgende W.-Bewegung ermittelt:

Jahr	Zuzüge Fortzüge Wande- in die nach der BRD SBZ gewinn und und West- Ost- Berlin* Berlin* u. West- Berlins		
	1950	337 340	
1951	287 792	45 285	242 507
1952	232109	30 904	201 205
1953	408119	28 065	380 054
1954	295 398	49 030	246 368
1955	381 813	48 709	333104
1956	396 334	46 692	349 642
1957	384 669	52 637	332 032
1958	226 309	38 694	187 615
1959	173847	38 676	135171
1950-59	3123 730	435375	2688355

\* Ohne Saarland

Bezogen auf die letzten zehn Jahre errechnet sich hieraus auf jeden Fortzug aus der BRD und West-Berlin ein Zuzug von 7,2 Personen aus Mitteldeutschland und Ost-Berlin. Zur sachlichen Beurteilung der Wanderungsbewegung zwischen den beiden Teilen Deutschlands muss man bei einer Analyse der Quoten noch berücksichtigen, dass die Bevölkerungszahl der BRD und West-Berlins um mehr als das Dreifache höher liegt als im sowjetisch besetzten Bereich. Ausserdem so wurde immer wieder von massgebenden Stellen der Bundesregierung hervor-gehoben, herrscht im freien Teil Deutschlands «völlige» Freizügigkeit, d. h., dass auch jeder Bewohner der BRD und West-Berlins aus eigenem Ermessen in die SBZ oder nach Ost-Berlin ziehen kann, ohne dass ihm behördlicherseits Schwierigkeiten gemacht werden. Umgekehrt verweigern die SBZ-Behörden jeden Wegzug nach der BRD bzw. nach West-Berlin. Ausserdem werden das illegale Verlassen der SBZ und sogar die Beihilfe mit empfindlichen Freiheitsstrafen geahndet. Ohne Beweise für ihre Behauptungen erbringen zu können, berichten die SBZ-Zeitungen während der letzten Jahre von einer Zunahme der Zuzüge aus der BRD und West-Berlin. Man versucht also, die wahren

Verhältnisse auf den Kopf zu stellen. Tatsächlich bestehen in der SBZ, neben dem «Durchgangslager Neue Königstrasse» in Ost-Berlin zwölf sogenannte «Aufnahmeheime» für «westdeutsche» Flüchtlinge. Nur in äusserst seltenen Fällen wurde bisher westlichen Journalisten der Zutritt in ein solches Lager gewährt. Zeitungskorrespondenten der BRD und West-Berlins haben seit Jahren ohne Erfolg versucht, die Genehmigung zum Besuch eines solchen Lagers zu erhalten. Im März 1960 erhielten je ein amerikanischer und französischer Korrespondent die Erlaubnis zum Besuch des «Musterlagers» Blankenfelde bei Berlin. Die sowjetzonalen Darstellungen konnten jedoch nicht bestätigt werden. Ein Berichterstatter der «New York Times» fand im April 1960 im gleichen Lager nur 15 «Westflüchtlinge» vor, obwohl Platz für 300 Personen vorhanden war. In einem anderen Falle wurde erklärt, da das Lager nicht einmal zu zehn Prozent belegt war, die Insassen wären zu einer Röntgenreihenuntersuchung. Bisher konnte die SBZ für das Vorhandensein der von ihr angegebenen Zahl von «Westflüchtlingen» noch keinerlei augenscheinliche Beweise erbringen. -> Ulbricht selbst hat dagegen im November 1959 in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen die hohe Abwanderungsquote nach dem freien Teil Deutschlands zugegeben. [402, 403, 422]

**WAPPEN: Das Staatswappen der SBZ** besteht aus Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz, der im unteren Teil von einem schwarzrotgoldenen Band umschlungen ist (Gesetz vom 26. 9. 1955 - GBl. I, S. 705). (-> Flagge)

#### WARENABNAHME GMBH,

**DEUTSCHE:** Die DWA soll garantieren, dass nur Waren erstklassiger Qualität zum Export gelangen und die SBZ vom Ausland nur Waren erstklassiger Qualität erhält. Zu diesem Zweck hat sie u. a. die Aufgabe, «die Qualität einer Ware zu begutachten und zu kontrollieren, Proben zu entnehmen und zu analysieren, die Siegelung, Menge, das Gewicht, die Versandfähigkeit und die Beförderungsmittel bestimmter Waren zu überprüfen» («Der Aussenhandel», H. 17/18, 1955, S. 577). Ihre Gründung erfolgte auf Initiative der **Kammer für -> Aussenhandel.** Die DWA stellt auf Grund von Qualitätsuntersuchungen Zertifikate aus.

**WARENKONTORE, ZENTRALE:** Mit Anordnung vom 23.3. 1960 als zentrale Lenkungsorgane für die Warenversorgung des Binnenhandels mit Inaustnewaren gebildet. Sie sind nachgeordnete zentrale Organe des Ministeriums für Han-

del und Versorgung zur Sicherung der Warenfonds in Menge, Sortiment und Qualität und nehmen in Zusammenarbeit mit den -> **Grosshandels**gesellschaften und den Handelsorganen planmässig Einfluss auf die Produktion und Einfuhr von Konsumgütern zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Den ZW. stehen Beiräte zur Seite.

ZW. bestehen für Textil- und Kurzwaren in Chemnitz, Schuhe und Lederwaren in Leipzig, Technik und Fahrzeuge in Berlin, Haushaltswaren in Berlin und Möbel und Kulturwaren in Berlin.

**WARENVERTRIEBSGESELLSCHAFT MBH., DEUTSCHE (DWV):** Eine der staatlichen -> **Tarnfirmen** zur Täuschung ausländischer Handelsinteressen und zur Durchführung illegaler Geschäfte. Die DWV hat seit ihrer Gründung 1948 bereits mehrmals den Namen gewechselt: zuerst «Deutsche Handelsgesellschaft (DHG) mbH.», Berlin, Niederwallstrasse, seit 1949 «Deutsche Ein- und Ausfuhrgesellschaft», Berlin, Friedrichstrasse. Seit August 1951 erst nennt sie sich DWV, Sitz ebenfalls Berlin, Friedrichstrasse. Die Umfirmierungen erfolgten stets im Gefolge der Aufdeckung unsauberer und illegaler Geschäfte: die Firma erlosch - eine neue, unbelastete Firma tauchte auf. - Die DWV erhält Weisungen vom -> **Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel** und ist den «volkseigenen Handelsunternehmen» Deutscher Innen- und Aussenhandel (-> **DIA**) gleichgestellt. Das Personal - Ende 1955 490 Beschäftigte - ist durch Vereidigung zu strengster Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorgänge verpflichtet und darf die Westsektoren Berlins nicht betreten. Die DWV besitzt das Alleinexportrecht für Kali, Braunkohle, Stickstoffdüngemittel und Zucker.

**WARENZEICHEN:** Das W.-Recht ist durch Gesetz vom 17. 2. 1954 (GBl. S. 216) in Anlehnung an die Bestimmungen des W.-Gesetzes vom 5. 5. 1936 neu geregelt. Alt-W., die am 8. 5. 1945 noch bestanden haben, konnten innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten des W.-Gesetzes durch einen Antrag beim -\* **Amt für Erfindungs- und Patentwesen** aufrecht erhalten werden. Nicht erledigte Alt-W.-Anmeldungen wurden auf Antrag mit dem Zeitrang des Eingangs beim ehemaligen Reichspatentamt weiter behandelt. Seit 1956 ist das Gebiet der SBZ wieder dem Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Fabrik- und Handelsmarken vom 14. 4. 1891 angeschlossen (VO vom 15. 3. 1956,

GBl. S. 271). Seitdem werden sowjetzonal W. durch Vermittlung des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen in die internationalen Register in Bern eingetragen. In der Bundesrepublik geniessen diese internationalen Marken aber keinen Schutz, weil die Bundesrepublik Deutschland die sogenannte «DDR\* als Staat und somit als ein für den Beitritt zu internationalen Abkommen geeignetes Völkerrechtssubjekt nicht anerkennt, so dass der «Beitritt» der «DDR\* zu derartigen Abkommen im Verhältnis zur Bundesrepublik keinerlei Rechtswirkungen erzeugt (BGH, Ur. vom 18. 12. 1959 ROW 201/60).

**WARNKE, HERBERT:** \* 24.2.1902 in Hamburg als Sohn eines Maurers, Volksschule, Bankbote, später Nie-ter bei Blohm & Voss. 1929 aus dem Deutschen Metallarbeiterverband wegen oppositioneller Tätigkeit ausgeschlossen, danach «Revolutionäre Gewerkschaftsopposition \* (-> **RGO**), 1929 bis 1930 Betriebsratsvors. bei Blohm & Voss. 1923 KPD, 1931 bis 1933 Bezirkssekretär der RGO, 1932/33 M. d. R., bis 1936 illegale Arbeit, danach Emigration nach Dänemark, 1938 nach Schweden, dort 1939 wegen Spionage und Sabotage bis 1943 interniert. Im Dez. 1945 Rückkehr nach Deutschland, -> KPD, 1946 Vors. des FDGB-Landesvorstandes Mecklenburg, danach Leiter der Hauptabt. Betriebsräte im FDGB-Bundesvorstand, im April 1948 Leiter der Organisationsabt. Am 25. 10. 1948 als Nachfolger -> Jendretzkys Vors. des -> FDGB. Seit 1950 Mitgl. des ZK, von Juli 1950 bis Juli 1953 Mitgl. des -> **Sekretariats des ZK der SED**, seitdem Kandidat des -> **Politbüros** der SED. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**. Unter W. vollzog sich die Umwandlung des FDGB zur Staatsgewerkschaft nach Sowjet. Vorbild.

**WARNKE, JOHANNES (HANS):** \* 15. 8. 1896 in Hamburg als Sohn eines Arbeiters. Bruder von **Herbert** -> **Warnke**. Volksschule, Dach-decker. Kriegsdienst im 1. Weltkrieg. 1914 -> SPD, 1918 - USPD, 1920 -> KPD. 1920 bis 1931 Stadtverordn. in Güstrow, 1924 bis 1933 Mitgl. des Landtages Mecklenburg-Schwerin. 1924 bis 1926 Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Nach 1933 Haft und KZ. Seit 1945 Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des -> **ZK der KPD** -> **SED**. 1946 bis 1949 Mitgl. des Landtages Mecklenburg. Von 1952 bis 1959 Vors. des Rates des Bezirkes Rostock, am 20. 5. 1959 aus Gesundheitsgründen abgelöst. Seit 1949 **Abg. der -> Volkskammer**.

**WARSCHAUER BEISTANDSPAKT:** Zwischen der UdSSR, Albanien,

Bulgarien, Ungarn, der «DDR», Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei am 14.5.1955 abgeschlossener Vertrag, der 20 Jahre in Kraft bleiben soll, zur gegenseitigen militärischen Hilfeleistung im Falle eines Angriffs in Europa auf einen oder mehrere Unterzeichnerstaaten des Beistandspaktes. Der Pakt sieht gegenseitige «Konsultation\* für den Fall drohender Gefahr eines bewaffneten Angriffs vor. Dafür besteht der «Politische Konsultativausschuss». Der in Warschau getätigte WB. ist mit Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden am 6. 7. 1955 in Kraft getreten. Erst am 28.1.1956 wurde die «DDR» als Militärverbündeter des WB. voll anerkannt.

Der WB. hat ein eigenes Zentrales Oberkommando für die Streitkräfte der SU, Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns, Albaniens und der «DDR». Sitz: Moskau, Oberkommandierender: Marschall der SU Gretschkow ab 22. 7. 1960.

WARTBURG: Die W. über -> Eisenach, nach der Sage Ort des Sängerkrieges von 1206 oder 1207, Martin Luthers Zuflucht 1521 und Stätte des W.-Festes der Burschenschaften 1817, wurde in den Jahren 1952-54 nach den Vorschlägen der W.-Stiftung und ihres wissenschaftlichen Beirates gründlich instand gesetzt, wobei der durch Umbauten des 19. Jahrh. veränderte alte Zustand nach Möglichkeit wiederhergestellt wurde. Die W. wird gern als symbolträchtiger Tagungsort für kommun. gesteuerte «gesamtdeutsche Begegnungen» (von Pädagogen, Gesangsvereinen usw.) gewählt. Erhalten und gepflegt wird die W. von einer Stiftung, die der Aufsicht des -\* Ministeriums für Kultur untersteht.

WARTEZEITEN: Zeiten der Stockungen im Produktionsfluss sowjetzonaler Industriebetriebe wegen Materialmangels. Arbeiter im -> Leistungslohn erhalten für diese von ihnen nicht verschuldeten W. nur 90 v. H. ihres Durchschnittslohnes. Da die W. oft sehr ausgedehnt sind, sind die von ihnen verursachten Verluste gross. Anfang 1958 wurde zur Bekämpfung der W. eine neue -> Aktivistenbewegung ins Leben gerufen, die Seifertbewegung (Seifert ist Angehöriger des Reichsbahnausbesserungswerkes Chemnitz). (-> Ausfallzeiten, -> Seifert-Methode)

WASSERSTRASSEN: Das W.-Netz der SBZ ist etwa 2700 km lang und hat erhebliche binnenwirtschaftliche Bedeutung; es wird von einer Binnenflotte mit etwa 635'000 Tonnen Schiffsraum befahren. Der Güterumschlag der Binnenhäfen betrug 1959 12,5 Mill. t. Die wich-

tigsten W. sind die Elbe, die untere Havel sowie die Verbindungswege zur Oder. Für den Schiffsverkehr nach Westen spielt der Mittellandkanal eine grosse Rolle. Für die Benutzung der W. in der SBZ müssen seit Mai 1958 Schiffe aus der Bundesrepublik eine W.-Gebühr von 3 DM West für jede vermessene Tonne Schiffsraum bezahlen. Aus Bundesmitteln mussten allein in den sieben Monaten des Jahres 1958 an die westdeutschen Schiffseigner 5 Mill. DM West gezahlt werden. Die sowjetzonalen Seehäfen -> Wismar, -> Rostock, -> Stralsund besitzen keinen Anschluss an das W.-Netz. Der Schifffahrtsweg über Oder, Haff, Peene und Greifswalder Bodden ist lang und für Binnenschiffe nur bei günstiger Witterung befahrbar. Der alte Plan, den Häfen Wismar und Rostock durch Ausbau der bestehenden Gewässer eine Verbindung zum Hinterland zu verschaffen, war Ende 1957 neu aufgegriffen worden. Das Projekt eines Nord-Südkanals sah vor, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Seehafens Rostock im Jahre 1960 mit dem Bau eines Kanals zu beginnender überBernin, Sternberg-Crivitz zum Elbe-Müritzk-Kanal geführt und ab Neustadt-Glewe in südöstlicher Richtung verlaufen und später «in das Elbe-Wasserstrassennetz» einmünden soll. Die Bauzeit würde etwa 15 Jahre betragen. Die Verwirklichung des Nord-Südkanal-Vorhabens würde die Interessen des Hafens Hamburg berühren, da geplant ist, den Überseefrachtverkehr der SBZ und der CSR unter Umgehung Hamburgs über Rostock und den neuen Kanal zu leiten. Indessen ist die Propaganda für den Kanalbau seit Mitte 1959 verstummt, und auch im -> Siebenjahrplan sind keine Hinweise über den Baubeginn enthalten. Von anderen Projekten ist nach 1945 nur der aus politischen Gründen zur Umgehung von West-Berlin gebaute Kanal Paretz-Niederneuendorf mit einer Länge von 35 km ausgeführt worden. Der schon seit langem bestehende Plan, Leipzig durch Bau des Elster-Saale-Kanals an das W.-Netz anzuschliessen, wurde noch nicht durchgeführt. (-> Schifffahrt/Verkehr, -> Häfen)

WASSERWIRTSCHAFT: Als Folge des überhöhten Holzzeinschlages nach Kriegsende (-> Reparationen) und des dadurch verursachten Absinkens des Grundwasserspiegels, aber auch durch die erhebliche Zunahme des Wasserbedarfs der Industrie und des Bergbaus traten in den Nachkriegsjahren in der SBZ sehr fühlbare Wasserversorgungsschwierigkeiten auf. Etwa 80 v. H. des Wasseraufkommens in der SBZ werden als Brauchwasser von der Industrie benötigt. Man

stellte 1951 fest, dass zur Erfüllung der hochgesteckten Planziele in Industrie und Landwirtschaft eine 75proz. Steigerung der Wasservorratshaltung erforderlich ist. Nach Auflösung der etwa 3500 regionalen Wasser- und Bodenverbände wurde 1952 eine streng zentralistische Neugliederung der Organisation der W. verfügt. Man legte 15 Grosseinzugsgebiete fest, in denen je ein «VEB W.» für Wasserversorgung, Kanalisation, Vorflut- und Abwasserregelung sowie für Wasserhygiene zuständig ist. Die Verwaltungsspitze ist das Zentrale Amt für W., Sitz Berlin. – Das erste grössere wasserwirtschaftliche Bauvorhaben war die Errichtung der „Sosa-Talsperre“ im Erzgebirge, die uahre 1953 nach einer Bauzeit von rund zwei Jahren fertiggestellt wurde. Sie dient mit ihrem Fassungsvermögen von maximal 6 Mill. cbm vor allem der Sicherstellung des Wasserbedarfs für den sowjet. -> Uranbergbau im Erzgebirge. Das zweite und bisher grösste Projekt ist der 1952 in Angriff genommene und im Okt. 1959 fertiggestellte Bau der «Rapp-Bode-Talsperre» bei Blankenburg im Harz. Hier hatte man bereits vor 25 Jahren mit Abrumarbeiten begonnen, die aber wieder eingestellt worden waren. Diese Talsperre kann 110 Mill. cbm Wasser speichern und ist damit der viertgrösste Wasserspeicher in Gesamtdeutschland. Durch sie wird die Wasserversorgung für die Industrie, die Landwirtschaft und für eine Bevölkerung von 2 Millionen Menschen im Raum Halle – Magdeburg sichergestellt. Das dritte grosse wasserbauliche Vorhaben ist noch Projekt: Der Bau eines grossen mitteldeutschen Verbundnetzes für die Wasserversorgung mit dem Namen «Elbaue-Projekt» ist geplant. Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von 480 km sollen das Industriegebiet im Raume Dessau – Halle – Leipzig -Torgau -Wittenberg-Bitterfeld umschliessen und den Industriebetrieben täglich zusätzlich 200'000 cbm Wasser zuführen. Weitere wasserwirtschaftliche «Perspektivpläne» sehen u. a. vor: Bau von drei Talsperren im Thüringer Wald, einer Talsperre im Südharz und 15 Rückhaltebecken im Unstrutgebiet. Nach Meinung von Fachleuten der SBZ sollen jedoch alle diese Pläne nicht ausreichen, um den zu erwartenden gesteigerten Bedarf der Industrie sicherzustellen. – Erhebliche Schwierigkeiten macht auch das Problem der Regenerierung und Wiederverwendung der in immer grösseren Mengen anfallenden Abwässer der Chemischen Industrie, wofür nur unzureichend Investitionsmittel bereitgestellt werden.

Als Energieträger, d. h. zu Erzeugung von Elektroenergie, dient die Wasserkraft in der SBZ nur in geringem Umfange: nur 1,5 v. H. der Elektroenergie (-\* Energieerzeugung) wird in Wasserkraftwerken erzeugt. Zum Ausgleich der Belastungsspitzen an einigen Stunden des Tages sind die Wasserkraftwerke jedoch von Bedeutung.

**WATTFRASS:** Figur der sowjetzonalen -> **Propaganda** zur Einsparung von elektrischem Strom in Anlehnung an den «Kohlenklau» der Hitlerzeit. Träger dieser im Januar 1958 angelaufenen Propagandaaktion war die -> FDJ. Ziel der Aktion war, in der Zone täglich 50'000 kWh Strom in den Spitzenbelastungszeiten einzusparen. Ober die Ergebnisse der W.-Propaganda ist nie berichtet worden. (-> **Energieerzeugung**)

**WBDJ:** Abk. für Weltbund der Demokratischen Jugend. Entstand am 10. 11. 1945 in London auf einer Weltkonferenz von Jugendverbänden. Der W. behauptet, als überparteiliche antifaschistische Organisation für Frieden, Meinungsfreiheit, für die Rechte und die Wohlfahrt der Jugend zu kämpfen. Dadurch liessen sich in den ersten Jahren mehrere nichtkommun. Jugendverbände blenden. Doch bis 1950 verliessen sie fast sämtlich den W., als sie erkannt hatten, dass er nur ein getarnter Kampf- und Propagandaneifer des Weltbolschewismus ist. Im «Kongress» (dem etwa alle 3 Jahre tagenden Parlament des W.) und im «Rat» (dem grossen Ausschuss des Kongresses) sind offen auftretende Kommunisten noch in der Minderheit, doch im 60köpfigen Büro (Exekutivkomitee) des Rates und im Sekretariat des W. (Sitz Budapest) haben sie die Mehrheit. Präsident ist Piero Pieralli (wie sein Vorgänger Bruno Bernini ein italienischer Kommunist) Generalsekretär ist Christian Echarde (wie sein Vorgänger Jacques Denis Mitglied des Zentralsekretariates der kommunistischen Jugend Frankreichs). Der W. soll Mitte 1959 die Zahl von 87 Mill. Einzelmitgliedern erreicht haben. – Die FDJ der SBZ gehört ihm seit 21. 8. 1948 als Verband an.

Der W. erleichtert sich seine getarnte Zersetzungsarbeit für die Zwecke des sowjet. Imperialismus dadurch, dass er verschiedene Formen der Mitgliedschaft zulässt. Er ist (so betont «Junge Welt» am 3. 3. 1960) «für alle Jugendorganisationen offen, die seine Grundsätze und das Programm anerkennen oder auch nur einem Punkt desselben zustimmen. Es gibt folglich Mitglieder im WBDJ, die das Programm voll anerkennen und verwirklichen, weitere Mitglieder, die nur einem Punkt des Programms zu-



stimmen (Sport- oder Kulturorganisationen), und andere, die das Programm anerkennen und sich beteiligen, gleichzeitig aber noch Mitglied einer anderen Weltorganisation sind: Doppelmitgliedschaft zur «WAY» – (d. h. zur World Assembly of Youth, der Weltjugendvereiniguna.) –

er W. zieht die angeblich überparteilichen Weltjugendfestspiele (-> **Festival**) auf. – Er arbeitet mit Aktionseinheits-Formeln aller Abtönungen und setzt Pazifistenverbände aller Spielarten für die Machtpolitik der SU ein. Auch sucht er durch anticolonialistische Agitations-Feldzüge von dem neuen Kolonial-Imperialismus der SU abzulenken. – Die missbräuchliche Einspannung des W. für die Zwecke der Sowjet. Machtpolitik wurde bei einigen Gelegenheiten besonders deutlich: Im Januar 1950 wurde die Jugend Jugoslawiens als angeblicher «Verräter» an der Sache des Friedens und der Demokratie» aus geschlossen. Im Spätherbst 1956 unterdrückte die bolschewistische Funktions-Bürokratie des W. jede Kritik an dem mörderischen Vorgehen der Sowjettruppen gegen den Befreiungskampf des ungarischen Volkes. Mitte August 1959 übernahm der V. Kongress des W. in Prag die Forderungen der -> **SED** zur Deutschland- und West-Berlin-Frage.

**WEHNER-METHODE** (auch Christoph-Wehner-Methode genannt): Die Kopplung der -> **Mammi-Methode** mit dem Vorschlag des Baggerführers Wehner im VEB Braunkohlenwerk Thraña, «zwecks Sicherstellung der täglichen Planerfüllung Wettbewerbe zwischen den einzelnen Arbeitern» abzuschließen. Die W. ist seit 1958 Gegenstand der -> **Produktionspropaganda**.

Die Kombination der W.-Methode mit der -> **Christoph-Methode** ist die seit etwa Ende 1959 besonders heftig propagierte «Christoph-Wehner-Methode».

**WEHRPFLICHT:** Formell gibt es in der SBZ noch keine allgemeine W. Grundsätzlich wurde sie aber vorbereitet in der am 26. 9. 1955 beschlossenen Ergänzung der -> **Verfassung**. In Art. 5 der Verfassung heisst es nun: «Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der DDR»; der § 3 dieses Ergänzungsgesetzes lautet: «Die Organisierung des Dienstes zum militärischen Schutz der Heimat und zum Schutz der Zivilbevölkerung wird durch Beschluss des Ministerrates geregelt.» Auch -> **Stoph** hielt der Sache nach an der W. fest, als die -> **Kasernierte Volkspolizei** in -> **Nationale Volksarmee** umbenannt wurde. Er sagte am 18.1.1956; «Gegenwärtig be-

steht keine Notwendigkeit, die allgemeine W. einzuführen.»

Aus mehreren Gründen verzichtet wahrscheinlich die Regierung der SBZ darauf, die grundsätzlich festgelegte W. zu einem wirklichen Wehrzwang auszuweiten: 1. Sie braucht ein gewisses scheinbar bestechendes Argument für ihre Propaganda gegen die allgemeine W. der Bundesrepublik. 2. Sie scheut sich, der antibolschewistischen, ihr widerstrebenden Bevölkerung der SBZ Waffen in die Hand zu geben.

3. Der durch die -> **Republikflucht** sehr verschärfte Menschenmangel und die Produktionsschwächen der SBZ verhindern die Aufstellung einer W.-Armee; diese müsste 180'000 bis 200'000 Mann umfassen, und neben ihr würden die politisch besonders gesiebten Polizeitruppen (**Deutsche -> Grenzpolizei** und -> **Bereitschaftspolizei**) nicht aufrechtzuerhalten sein.

Da die W. auch nach dem 18.1. 1956 notgedrungen ruht, ergänzen die Nationale Volksarmee und die Polizeitruppen sich durch Werbungen, die dem Buchstaben nach freiwillig sind. Diese Werbung liegt bei der -> **SED** und den -> **Massenorganisationen**. Durch «Aufträge» der SED bzw. der Organisationen an ihre Mitglieder (die in den Statuten vorgesehen sind) wird in sehr vielen Fällen ein Zwang ausgeübt, der die «freiwillige» Meldung in ihr Gegenteil verkehrt. In anderen Fällen wird eine scheinbar freiwillige Meldung durch die Drohung erzwungen, dem widerstrebenden Republikbürger oder Jugendlichen den Arbeitsplatz zu nehmen oder ihm Berufsausbildung, Studienstipendien oder andere Ausbildungsmöglichkeiten zu sperren. Dieser als «freiwillig» getarnte Zwang ist eine mittelbare W., die der SED zunächst genügt. (-> **Militärpolitik**) (305,317)

**WEIGEL, HELENE:** \* 12.5.1900 in Wien als Tochter eines Prokuristen, Lyzeum, mit 16 Jahren zum Theater. Nach kurzem Engagement an kleineren Bühnen 1918 Frankfurt, dann Deutsches Theater Berlin. Daneben künstlerische Betätigung in Arbeiterversammlungen. Volksbühne Berlin, Dramaturgie bei Max Reinhardt. 1923 Begegnung mit **Bert -> Brecht**, den sie später heiratet. Nach 1933 Emigration über Prag, Wien, Paris, Schweiz, Skandinavien in die USA. 1948 nach Ost-Berlin, Gründung des «Berliner Ensembles», das sie seit 1949 leitet. 1954 parteilose Kandidatin der SED für die Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus. Akademie der Künste. Rollendarstellungen: «Die Mutter» (Gorki/Brecht), «Mutter Courage und ihre Kinder» (Brecht) u. a. Am 12. 5.60 mit dem Titel «Professor» ausgezeichnet.

**WEIHNACHTS GRATIFIKATION:** Die Zahlung der W. ist insofern systemwidrig, als hier nicht eine bestimmte Leistung (-> **Leistungsprinzip**) bezahlt wird. Die Zahlung von W. sollte deshalb im Jahre 1951 abgeschafft werden, indes leistete die Arbeiterschaft so hartnäckigen Widerstand, dass seitdem alljährlich in den -> VEB doch W. gezahlt werden. Die W. beträgt allerdings für Verheiratete nur 35 DM Ost, für Ledige 25 und für Lehrlinge 10 DM Ost. Nur Arbeiter, die im Monat weniger als 500 DM Ost verdienen, erhalten W.

**WEIMAR:** Stadtkreis im thüringischen Bezirk -> **Erfurt**, Kreisstadt, an der Ilm, mit 63 996 Einwohnern (1959), reich an Erinnerungen an eine glanzvolle Vergangenheit: Goethe-Haus (mit Goethe-Nationalmuseum), Goethe-Gartenhaus, Schiller-Haus (mit Schillermuseum), Fürstengruft (mit Goethe-Schiller-Gruft), Schloss, Wittumspalais, Franz-Liszt-Haus, Jagdschloss Belvedere, Deutsches Nationaltheater; vielseitige Industrie: Eisengießereien, Fahrzeug- und Apparatebau, elektrische, feinmechanische und optische Geräte, Bekleidung, Porzellan, Nelkenkulturen; Hochschulen für Musik und für Architektur. Im 18. und 19. Jh. war W. (insbesondere unter Grossherzog Karl August) Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens (Goethe, Schiller, Wieland, Herder, Jean Paul); durch Liszt und Nietzsche erlebte W. sein «Silbernes Zeitalter». 1919 tagte in W. die Nationalversammlung, die die Unterzeichnung des Versailler Vertrages billigte und die Reichsverfassung (Weimarer Verfassung) beschloss. Nach dem Zusammenschluss der thüringischen Staaten 1920 war W. bis 1948 Landeshauptstadt.

**WEIHS, ROLF:** \* 1920 in Goldlauter, Kreis Suhl als Sohn eines Arbeiters, Metallformer. Nach 1945 -> **SED**, Funktionen in Kreis- und Bezirksleitungen der Partei, 1955 2. Sekretär der SED-Gebietsleitung -> **Wismut**, ab 22. 6. 1958 1. Sekretär der Gebietsleitung. Seit 24. 3. 1960 als Nachfolger von **Walter Buchheim** 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Chemnitz (Karl-Marx-Stadt). Seit 1958 Kandidat, seit 1960 Mitgl. des -> ZK der SED.

**WELTFESTSPIELE DER JUGEND; Festival.**

**WELTFRIEDENSBEWEGUNG:** Hervorgegangen aus dem Weltkongress der Kämpfer für den Frieden in Paris (April 1949), der durch das bolschewistische -> **Kominform** veranlasst worden war. Eine überparteilich aufgemachte -> **Tarnorganisation** des Weltkommunismus, die für jene Bedeutung des Begriffes **Frieden** kämpft, wie sie

der Bolschewismus vor allem seit 1945 fordert. Mit allen Mitteln der -> **Agitation** und Vorspiegelung sucht die W. Anhänger für die Politik der SU zu gewinnen. Durch Kongresse und Tagungen aller Art und Unterschriften-Sammlungen sucht sie vor allem die herkömmliche und atomare Verteidigungsrüstung der nichtkommunistischen Staaten zu verdächtigen und zu unterwühlen. Die W. vertritt unermüdet gewisse Hauptsätze der sowjetischen Politik: Koexistenz als Mittel zur Aufweichung der NATO, der WEU und ähnlicher Verteidigungsbündnisse der freien Welt, Abrüstung (aber ohne lückenlose internationale Kontrollen auch auf Sowjetgebiet), Auflösung der NATO. Die W. wird geleitet durch den -> **Weltfriedensrat. (Deutscher Friedensrat)**

**WELTFRIEDENS RAT:** ständiger Ausschuss der -> **Weltfriedensbewegung**, hiess zunächst Weltfriedenskomitee, wurde erst auf dem 2. Weltfriedenskongress im November 1950 in W. umbenannt. Sitz des W. und seines ständigen Exekutivbüros ist Prag. Die scheinbar überparteiliche Zusammensetzung und die teils allgemein humanitäre, teils christliche Tonart des W. kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er sowjetisch gesteuert wird und wie die Weltfriedensbewegung dem Sowjetimperialismus dient. Präsident des W. war der kommunistische französische Atomphysiker Frédéric Joliot bis zu seinem Tode (14. 8. 1958). Seit 14. 5. 1959 ist es der englische Physiker Prof. John Bernal. - Generalsekretär ist Jean Lafitte (französischer Kommunist).

Die Zweifel und die Kritik am Büro des W., die vor allem während des Sowjetangriffes auf das ungarische Volk sich bei vielen Anhängern der Weltfriedensbewegung regten, nötigten den W. zu taktischen Zugeständnissen: Er liess durch das Mitglied des Büros des W., Frau Isabella Blum, am 27. 11. 1956 (s. «Neue Zeit» v. 28. 11. 1956) auf der 12. Tagung des **Deutschen -> Friedensrates** mitteilen: «Wenn bisher der Eindruck entstanden sei, als folge der Weltfriedensrat der Politik der Sowjetunion, so sollten in Zukunft deutlich die Probleme der eigenen Länder im Mittelpunkt der nationalen Friedensbewegungen stehen. Eine der vordringlichsten Aufgaben in Europa sei die Bekämpfung der westdeutschen Wiederaufrüstung.» Diese taktische Weisung ist deutlich genug.

Seit 1957, seitdem die NATO sich um ein atomares Gegengewicht gegen die sowjetische Rüstung und Atombewaffnung bemühen muss, sucht der W. die Diskussion über diese Fragen für die sowjetischen

Zwecke zu verfälschen und zu missbrauchen. Der W. unterhielt für Agitationszwecke in Wien ein Zweigsekretariat, zu dessen Auflösung sich die österreichische Regierung am 2. 2. 1957 veranlasst sah. Die amtliche Begründung weist darauf hin, dass die Veröffentlichungen des kommunistisch gelenkten W. in letzter Zeit eine einseitige Stellungnahme zu weltpolitischen Vorgängen erkennen lassen und dass er durch Verbreitung derartiger einseitiger Resolutionen von Österreich aus in die innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder einzuwirken versuchte. Damit werde die Neutralität Österreichs gefährdet. Die undemokratische und antiparlamentarische Agitation des W. macht ihn tatsächlich – was auch vom WGB gilt – zu einer geeigneten Ersatzorganisation für die -> **Komintern** bzw. das -> **Kominform**.

**WELTGEWERKSCHAFTSBUND:**-> **WGB**.**WELTNIVEAU;** Qualität der Erzeugnisse.**WELTREVOLUTION:** -> **Historischer Materialismus**.

**WENDEN:** Die kleine wendische Volksgruppe in den Gebieten um Bautzen und -> Hoyerswerda und im Spreewaldgebiet hat ihre kulturelle Eigenart bis in die Gegenwart bewahrt. Obschon sich kaum 5 v. H. der Bevölkerung zum wendischen Volkstum bekennen, die Volksgruppe (1925; 62'000, heute wahrscheinlich nur noch 38'000) ständig abnimmt und der von der benachbarten Tschechoslowakei her genährte wendische Nationalismus niemals ernsthafte Bedeutung gewann, drängt das Regime der SBZ den vorwiegend kirchlich-protestantisch und antikommun. eingestellten W., offiziell als Sorben bezeichnet, die Autonomie geradezu auf; Ausdruck dieser mit schwankender Entschiedenheit betriebenen Politik war das am 23. 3. 1948 vom sächsischen Landtag beschlossene Sorben-Gesetz. Gewisses Interesse an den W. bekundet und betätigt man neuerdings in Jugoslawien auf Grund der These, dass Sorben und Serben miteinander verwandt seien. Gegenwärtig fühlt die Volksgruppe sich durch deutsche «Unterwanderung» im Gefolge der Errichtung des Industriekombinats -> **Schwarze Pumpe** bedroht. Die W. haben eine kommunistisch gesteuerte Heimatbewegung, die **Domowina**, und eine Tageszeitung «Nowa Doba» («Neue Zeit»). Ein Institut für «sorbische» Volksforschung wird von der Deutschen -> **Akademie der Wissenschaften** betreut; neben einigen weiteren In-

stituten gibt es in Bautzen und Cottbus «sorbische» Oberschulen., und die Zweisprachigkeit in amtlichen Veröffentlichungen und Beschilderungen wird systematisch gefördert. (-> **Nationalitätenpolitik**)

**WENDT, ERICH:** \* 29. 8. 1902 in Leipzig als Sohn eines Fleischers, Volksschule, Schriftsetzer. 1919 -> **KJVD**, 1922 -> **KPD**. 1955 Redakteur der KP-Zeitschrift «Junge Garde» in Berlin. 1931 wegen drohender Anklage «literarischen Hochverrats» in die SU emigriert. Mitarbeiter in der «Verlagsgenossenschaft für ausländische Arbeiter» in Moskau. 1947 in die SBZ, Leiter des Aufbau-Verlags. 1951-1953 Bundessekretär **des Deutschen -> Kulturbundes**. 1953 Abteilungsleiter im Marx-Engels-Lenin-Institut des ZK der SED. 1957 Stellv. des Ministers für Kultur. 1958 Vizepräsident des Deutschen Kulturbundes. Seit 1950 Mitglied der -> **Volkskammer**. Auszeichnungen: 1952 «Held der Arbeit», 1956 Vaterländischer Verdienstorden in Silber.

**WENZEL, GERHARD:** \*1913, nach 1945 -> FDGB, -> SED. 1953 Leiter der Abteilung Sport und Spiel im Bereich I des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport, 1956 zum Vors. des Staatl. Komitees für -> **Touristik** und Wandern ernannt.

**WERKSABGABEPREIS:** Herstellerabgabepreis.

**WERKTÄTIGER: Von Lenin** eingeführter Begriff für diejenigen mittleren Gesellschaftsschichten - Kleinbürger, Kleingewerbetreibende, Handwerker, Kleinbauern, Angestellte -, die weder Proletariat (-> **Proletariat**) sind noch zu den Ausbeutern (-> **Ausbeutung**) gehören. Lenin sah diese Mittelschicht als potentiellen Verbündeten des Proletariats in der bolschewistischen Revolution an, ohne sie jedoch als «Klasse» zu definieren. Unter -> **Stalin** wandelte sich dann der Begriff des W., der nunmehr alle Mitglieder der Bevölkerung, mit Ausnahme der «Ausbeuter», also auch die Arbeiterschaft, umfasst. Diese Begriffsfassung ist offensichtlich propagandistisch-taktisch motiviert. Sie hat auch mit der fortschreitenden Liquidierung der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Betriebe ihre volle Aktualität behalten, zumal der Partei sehr daran liegt, den Kontrast zwischen Arbeitern und Angestellten - zu letzteren gehört ja auch die Funktionärshierarchie für die meisten Zwecke zu verwischen. Die Klassenproblematik, der Angestellten ist im -> **Marxismus-Leninismus** ohnehin nie erörtert worden. Ausserdem kommt dem Begriff W. eine erhöhte Bedeutung in der bolschewistischen Polemik gegen die «kapitalistischen» Staaten zu. Die W.

- bzw. damit synonym: die «Völker» – werden völlig wahrheitswidrig mit der «bourgeoisien Führung» dieser Staaten konfrontiert, und es wird der Anschein erweckt, als ob die westlichen Regimes nur von Minderheiten getragen würden und die kommun. Funktionäre in diesen Ländern demgegenüber die legitimierte Sprecher der W. wären.

**WERTPAPIERSPAREN:** Bei allen Kreditinstituten der SBZ können Hypothekendarlehen (festverzinsliche Wertpapiere) der **Deutschen -> Investitionsbank** erworben werden. Die Verzinsung beträgt 4 v. H., Zinszahlung erfolgt halbjährlich. Rückkauf durch **-\* Spartassen** und Banken zum Kurs von 99 v. H. möglich. Verwahrung und Verwaltung der Wertpapiere (sie sind Inhaberpapiere) kann den verkaufenden Banken übertragen werden. In der steuerlichen Behandlung genießen die Hypothekendarlehen die gleichen Vorteile wie ein Sparkonto.

**WESTKOMMISSION:** – **Gesamtdeutsche Arbeit.**

**WESTZONE:** Seit **1958** im Pj. zunehmend gebräuchlicher Terminus für die Bundesrepublik Deutschland.

**WETTBEWERB, MEDAILLE FÜR AUSGEZEICHNETE LEISTUNGEN IM:** Die M. wird an «Initiatoren neuer Formen **des sozialistischen Wettbewerbs**, neuer Formen der Verbesserung der **-> Arbeitsnormen** und der Produktion sowie an Funktionäre, die den Wettbewerb ausgezeichnet organisiert

**WETTBEWERB, SOZIALISTISCHER:** Der SW. ist sowjetischen Ursprungs. «Der sozialistische Wettbewerb entstand in Form der kommunistischen Subbotniks. Der erste kommunistische Subbotnik fand am 10. 5. **1919** an der Eisenbahnlinie Moskau-Kasan statt» (N. S. Maslowa, «Die Arbeitsproduktivität in der UdSSR», Übersetzung aus dem Russischen, **1953**, «Tribüne» Verlag und Druckerei des FDGB Ost-Berlin, S. 218). Mit dem Aufruf der KPdSU vom 29. 4. **1929** zum ersten Fünfjahresplan gewann er seine heutige Bedeutung. In der SBZ wurden **1950** nach Erlass des Gesetzes der **-\* Arbeit** die ersten SW. durchgeführt.

«Ziele des SW. sind die Beschleunigung des Tempos der sozialistischen Produktion, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne. Er organisiert die Werktätigen zum Kampf um die Einführung fortgeschrittener Arbeitsnormen in der Produktion und für

die Erfüllung neuer fortgeschrittener Arbeitsnormen» (A. Ljapin, «Die Arbeit im Sozialismus», Übersetzung aus dem Russischen, «Tribüne» Verlag und Druckerei des FDGB, **1952**, Ost-Berlin, S. 47).

Der SW. wird durchgeführt, von Mann zu Mann, von **-> Brigade** zu Brigade, von Abt. zu Abt. (Voraussetzung hierfür ist die Aufschlüsselung des **-> Betriebsplanes**). Wettbewerbe von Betrieben gleicher Produktion und von Verwaltungen werden zu Leistungsvergleichen ausgestaltet, bei denen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe insgesamt oder von Dienststellen verglichen wird. Die Träger des Wettbewerbs sind die **-> Aktivisten** und **-\* Neuerer**. Hieraus ergibt sich ein enger Zusammenhang mit der **-\* Aktivistenbewegung**.

Am SW. sollen sich alle Betriebsangehörigen beteiligen. Er wird vom **-\* FDGB** organisiert. Im Jahre **1957** nahmen angeblich 2,3 Millionen Arbeitnehmer am SW. teil = 63 v. H. der in den **-\* VEB** Beschäftigten.

Die Verpflichtung zum SW. wird meist in Gestalt der **-> Selbstverpflichtung** eingegangen.

Die Bedingungen im SW. werden durch die Fachministerien und Staatssekretariate gemeinsam mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften festgelegt.

Den Siegern im SW. winken materielle Vorteile (**-> Prämienwesen**) und **-\* Auszeichnungen**. Die Folge von SW. ist sehr oft die Erhöhung der **-\* TAN**. Die SW. führen zu einer ständigen Oberbeanspruchung der Arbeiterschaft. Wettbewerbe werden auch in der Verwaltung und der Justiz durchgeführt. (**-\* Arbeitspolitik**) (**T46, 703, 719**)

**WETTBEWERBSBEWEGUNG:** Bewegung zur Veranstaltung von **sozialistischen -\* Wettbewerben**. (**-\* Aktivistenbewegung, -\* Produktionspropaganda**)

WGB: Abk. für Weltgewerkschaftsbund. Auf dem Edinburgher Kongress der englischen Gewerkschaften **1941** entstand der Plan, den «Internationalen Gewerkschaftsbund» von **1901** durch einen neuen Verband unter Einbeziehung der sowjetischen Gewerkschaften zu ersetzen. Im Okt. **1941** wurde in Moskau ein vorbereitendes Komitee eebildet, im Febr. **1945** tagte in London die erste, im Okt. **1945** in Paris die zweite Weltgewerkschaftskonferenz, die in Anwesenheit von 56 Ländern den WGB konstituierte, wobei sich nur die amerikanische CIO (Congress of Industrial Organisation) anschloss. Auf dem zweiten Kongress in Mailand (9. 7. **1949**) wurden die «Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen» als Repräsentationen

der 12 Berufsabteilungen beschlossen. Der französische Kommunist Louis Saillant wurde Generalsekretär des WGB.

Nach dem Besuch einiger Delegationen in Deutschland und Abhaltung von vier «Interzonen-Konferenzen» nahmen deutsche Gewerkschaftler im Juni 1947 zum ersten Male an der Prager Generalrats-tagung teil, wo die Aufnahme der Deutschen von der Bildung einer «gesamtdeutschen Gewerkschaftsvertretung» abhängig gemacht wurde. Wegen der sowjetisch-kommun. Herrschaft im WGB sprengten die damaligen DGB-Vorsitzenden Tarnow und Boecker die 9. Interzonen-Konferenz (Aug. 1948), während der FDGB am 1.1. 1949 aufgenommen wurde. Im gleichen Monat verließen Amerikaner, Engländer und Holländer die Sitzung des WGB-Exekutivbüros und gründeten den «Internationalen Bund freier Gewerkschaften» (IBFG), der alle Gewerkschaften der freien Welt, also auch den DGB, in sich schließt. Nov. 1951 fand die Tagung des Generalrats des WGB in Ost-Berlin statt.

Gegenwärtig setzt sich der WGB aus Gewerkschaftsorganisationen von 64 Ländern zusammen. Oberstes Organ ist der WGB-Kongress, der alle zwei Jahre Zusammentritt und den in der Zwischenzeit fungierenden, einmal jährlich zusammentretenden Generalrat wählt; diesen vertritt das Exekutivkomitee, dem u. a. **Herbert -> Warnke** vom FDGB angehört. Der WGB ist tatsächlich, wie der -> **Weltfriedensrat**, eine getarnte Ersatzorganisation der offiziell aufgelösten -> **Komintern**. Präsident des WGB ist der italienische Kommunist Agostino Novella; Generalsekretär ist noch Saillant.

Am 4. 2. 1956 wies die österreichische Regierung die Zentrale des WGB aus Wien aus, da er einseitig prosovietisch arbeitete. - Die XIX. Exekutivtagung des WGB (April 1959) nahm z. B. gegen den «deutschen Militarismus» der Bundesrepublik und gegen die NATO Stellung, ohne sich kritisch mit der Angriffsrüstung der SU zu befassen.

**WIDERSPRUCH:** Zentrale Kategorie des -> **Dialektischen Materialismus**. Der W. gilt als «Quelle» der Entwicklung, die in Dingen und Prozessen selbst liegt. Angesichts dieser allgemeinen Feststellung ergab sich für den -> **Marxismus-Leninismus** der Zwang, auch die Entwicklung im «Sozialismus» als von W. bedingt zu charakterisieren. Das führte schon in der Stalin-Ära zur Unterscheidung zwischen antagonistischen und nichtantagonistischen W. Erstere sind die in der Sozialstruktur angelegten und durch ge-

gensätzliche Klasseninteressen vermittelten W. bzw. Konflikte; sie sind (prinzipiell) im Rahmen der dazugehörigen Gesellschaftsformation nicht zu lösen, bedingen den Klassenkampf, der auf die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung zielt. Letztere sind nur Spannungen, Differenzen, Konflikte, die an der Oberfläche gesellschaftlichen Lebens, etwa durch ein Zurückbleiben hinter dem Stand der Entwicklung, auftreten und mit Hilfe von Aufklärung, Einsicht u. dgl. überwunden werden können. Die W. der voll entwickelten «sozialistischen Gesellschaftsformation» gelten als nichtantagonistisch, zumal sie angeblich keine Klassengegensätze kennt.

Diese Lehre vom W. ist erst in letzter Zeit konsequent bei der Analyse der gegenwärtigen Situation der «DDR» angewandt worden, insbesondere durch W. -> **Ulbricht** in seiner Rede auf dem V. Parteitag. Als **Grundwiderspruch** (antagonistischer Struktur) gilt jedoch nicht der W. zwischen dem Restkapitalismus in der «DDR» und dem vordringenden «Sozialismus», sondern, nach aussen gewendet, der ideologisch im Sinne des «Kampfes um den Frieden» interpretierte Gegensatz zwischen Bonn und Pankow, wobei die SED die Rolle als Führer der gesamtdeutschen Arbeiterschaft und der «Friedenskräfte» zu usurpieren versucht. Die aus dem Nebeneinander von Restbeständen des «Alten» und den Ansätzen der «neuen» Ordnung resultierenden strukturellen W. in der «DDR» werden in diesem Zusammenhang abgeschwächt; selbst der zwischen dem Restkapitalismus und dem «Sozialismus», «repräsentiert durch die Arbeiterklasse», wird als ein prinzipiell durch Propaganda zu lösender, also praktisch als ein nicht-antagonistischer W. hingestellt. Die Anwendung der Lehre vom W. hat eine doppelte Funktion: Sie versucht einmal, alle inneren Kräfte in der «DDR» für den gemeinsamen Kampf gegen den aussenstehenden «Imperialismus» zu mobilisieren, um gleichzeitig jedes Nachlassen bei der Überwindung des «Alten» zu diskriminieren und die Notwendigkeit der kämpferischen Überwindung der aus dem angeblichen Nachhinken hinter der Entwicklung resultierenden W. zu betonen.

**WIDERSTAND:** Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive -> **Opposition** belässt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Mög-

lichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten, mit Ausnahme der SBZ, gering sind, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen, Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als «feindlich» verfolgt werden (-> **Strafrechtsergänzungsgesetz**).

In Mitteldeutschland, einem bis in die Arbeiterschaft hinein von bürgerlich-abendländischer Gesittung geprägten Gebiet, muss das Missverhältnis zwischen der von der Führung geforderten Weltanschauung und den wirklichen Anschauungen der Massen besonders krass hervortreten.

Vor allem vier Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten: Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten; überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (-> **Junge Gemeinde**); Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin; schliesslich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschliesslich des «parteilich» erzogenen Hochschulnachwuchses.

Der W. dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarisierung der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, dass das Regime trotz häufiger terroristischer Massnahmen diesen W. bis heute nicht hat brechen können. Lediglich der -> **Juni-Aufstand 1953** stellte eine gegnerische Grosseaktionen von politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volksdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150'000 bis 200'000 Personen wahrgenommen worden ist, im Lauf der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven W. geführt hat (-> **Flüchtlinge**). Dennoch befinden sich in den Strafanstalten der SBZ 8'000 bis 10'000 **politische -> Häftlinge**. In den Jahren **1950 bis 1953** waren es etwa 25'000. (-> **Bojkotthetze**, -> **Friedensgefährdung**, -> **Rechtswesen**, **Staatsverbrechen**)

**WIEDERGUTMACHUNG:** Eine individuelle W. nationalsozialistischen Unrechts erfolgt in der SBZ nicht. Auch mit anderen Staaten sind keine W.-Abkommen abgeschlossen. Nur die anerkannten, das heisst, noch heute für das kommunistische System in der SBZ eintretenden Verfolgten des Naziregimes geniessen einige Vorteile, darunter bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können. (-> **Sozialversicherungs-Versorgungswesen**)

**WIEDERVEREINIGUNG:** Verwaltungsmässig, allgemein **politisch** und wirtschaftlich-sozial hatte die SU schon seit dem Sommer **1945** die -> **Spaltung Deutschlands** begonnen, hatte eine Regierungs- und Machtzentrale in der SBZ geschaffen, um von ihr aus die kalte Bolschewisierung ganz Deutschlands zu betreiben. Als dieser Versuch scheiterte, schritt die SU dazu, Berlin und danach Deutschland offen zu spalten, um sich ein Aufmarschgebiet für eine spätere kommunistische Durchdringung des westlichen Deutschland zu sichern. Der äussere Anlass zu den Vorgängen, die zur Spaltung -> **Berlins** führten und danach auch die Teilung Deutschlands einleiteten, waren Meinungsverschiedenheiten unter den Besatzungsmächten über Fragen ihrer Deutschlandpolitik. Sie betrafen vor allem die sowjetischen Ansprüche auf -> **Reparationen** und den Status des Ruhrgebiets. Tiefere Ursache war jedoch die von Jahr zu Jahr klarer hervortretende Absicht der SU, Deutschland (unter dem Vorwande der Entmachtung der Kriegsverbrecher, Nazis, Junker, Monopole usw.) auf den Weg der Umwandlung seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im bolschewistischen Sinne zu führen.

In den Auseinandersetzungen mit den Westmächten spielte die unterschiedliche Auslegung des Potsdamer Abkommens (-> **Besatzungspolitik**) eine wesentliche Rolle. Diese Auseinandersetzungen waren von vornherein durch eine von östlicher Seite systematisch gepflegte abweichende Terminologie belastet und vernebelt. Sie weiteten sich (insbesondere während der Blockade Berlins und später nach dem kommunistischen Einmarsch in Südkorea, Juli **1950**) zur weltpolitischen Krise aus, in der zeitweise die Frage der W. Deutschlands zwischen den beiden Weltmächten zu schweren Spannungen führte.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. 5. **1949** war eine notgedrungene Verteidigungsmassnahme. Sie war eine Antwort auf

die politische und soziale Spaltung Deutschlands, die die SU und die SED mit der Errichtung einer Zentralregierung der SBZ (der -> **DWK**) vollzogen hatten. Die Ausrufung der sog. «Deutschen Demokratischen Republik» am

7. 10. 1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war die Proklamierung der «DDR» nur die formelle Bestätigung jener Spaltung, die die SU und die SED schon verwirklicht hatten.

Seit dem kommunistischen Schritt vom 7. 10. 1949 ist die Frage der W. der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung. Die Bundesregierung als einzige aus freien Wahlen hervorgegangene und nach Freiheit und Recht konstituierte Regierung beansprucht das Recht, für ganz Deutschland zu sprechen, und sieht freie gesamtdeutsche Wahlen als unabdingbare Voraussetzung der W. an. Sie wünscht jedoch die SU und die Westmächte, die ehemaligen Alliierten des 2. Weltkrieges und des Potsdamer Abkommens, von der Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Spaltung Deutschlands nicht zu entlasten. Der Deutsche Bundestag ermächtigte sie am 14. 9. 1950, Schritte zur Durchführung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament bei den Besatzungsmächten zu tun.

Die SBZ-Regierung dagegen wollte bereits in ihrer programmatischen Ausserung zur W. vom 25. 10. 1950 an den Anfang aller Schritte zur W. ein paritätisches Gremium, einen «Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat», gesetzt sehen. Sie übernahm ausserdem von der SU den Begriff des «einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Staates», der in den ferneren Erörterungen nicht etwa nur als Propaganda-Lösung auftrat, sondern mit von Jahr zu Jahr zunehmender Deutlichkeit das politische Leitbild eines Gesamtdeutschlands im kommun. Sinn der -> **Arbeiter-und-Bauern-Macht** bezeichnete.

Das paritätische Gremium (ob es nun «Gesamtdeutscher Konstituierender Rat» oder - in späteren Programmen - «Gesamtdeutscher Rat», «Gesamtdeutsche Beratungen», «Gesamtdeutsche souveräne demokratische und friedliebende Regierung», schliesslich -> **Konföderation** der beiden deutschen Staaten) genannt wurde) sollte zunächst die Anerkennung des sowjetzonalen Staatswesens und seiner Regierung einbringen. Falls es zu gesamtdeutschen Wahlen kommen sollte (die -> **Volkskammer**

hatte sich am 30. 1. 1951 bereit erklärt, über die «Bedingungen» solcher Wahlen zu verhandeln), sollte dieses Gremium die «Bedingungen vorbereiten» (Brief -> **Grotewohls** vom 30.11.1950). Als solche Bedingungen wurden u. a. der Abzug aller Besatzungstruppen, die Beteiligung der -> **Massenorganisationen** an den Wahlen, die Ausschaltung des Einflusses der «Monopole» genannt; gelegentlich wurde sogar das Verfahren der sowjetzonalen **Wahlen** als vorbildlich bezeichnet. Wann immer in der Folgezeit die SU oder die SED-Regierung freie Wahlen als Schritt zur W. zu akzeptieren scheinen (z. B. Note der SU vom 9. 4. 1952, Genfer Direktiven vom 23. 7. 1955), müssen diese «Bedingungen» in Betracht gezogen werden.

Die W.-Politik der SU und der SBZ wurde seit 1952 aber auch dadurch immer unglaubwürdiger, dass jeder Schritt der Bundesrepublik auf dem Wege zur Integration Europas, späterhin zur Leistung ihres Verteidigungsbeitrages im Rahmen der NATO, als ein Hindernis für die W. hingestellt wurde, obschon z. B. der sogenannte «Generalvertrag» vom 23. 10. 1954 festlegte, dass im Fall der W. das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart werden sollte.

Die sowjetische Seite sprach nun immer entschiedener aus, dass sie einer «mechanischen Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands» (d. h. der W. aus dem freien Entschluss der Deutschen selbst) nicht zustimmen werde (so Bulganin am 23. 7. 1955, Chruschtschow am 26. 7. 1955), und stellte der W. Deutschlands die Schaffung eines «Systems der kollektiven Sicherheit in Euro-Ba» voran. Die Folgen der Spaltung Deutschlands wurden von der SU nun als innerdeutsche Fragen bezeichnet, die die «beiden deutschen Staaten» unter sich zu regeln hätten; dementsprechend forderte auch das ZK der SED am 27. 10. 1955 «Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung», und -> **Ulbricht** ergänzte diese Forderung am 30. 12. 1956 im «Neuen Deutschland» durch den Vorschlag, «zunächst eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, später eine Zwischenlösung in Form der Konföderation oder Föderation zu finden, bis es möglich ist, die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen». Und im Beschluss des V. Parteitages der SED vom 16. 7. 1958 heisst es mit unverkennbarem Bezug auf die W.: «Die DDR und ihre sozialistischen -> **Errungenschaften** werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der SU und dem ganzen sozialisti-

sehen -> **Lager** sind die Arbeiter- und-Bauern-Macht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Erregenschaften für immer unantastbar.»

Die W.-Politik der SED folgt somit dem Konzept der -> **Blockpolitik**, nach dem die Kommunisten die Macht in der SBZ an sich gerissen hatten. [203, 219, 243, 327, 329, 330, 332]

**WIESSNER, RUDI:** \* 19. 5. 1927. Nach 1945 Mitbegr. der -> **FDJ** in Dresden, hauptamtl. Funktionär der FDJ, zeitweilig des Zentralrates der FDJ. Bis Juni 1955 Mitgl. des Bundesvorstandes des -> **FDGB**. Danach Staatssekretär und Leiter des Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich für Arbeit und Berufsausbildung, führend bei der Politisierung der Berufsausbildung in der SBZ tätig. Juni 1956 ein Jahr in der SED -> **Parteihochschule**, danach Staatssekretär und Stellv. des Ministers für Arbeit und Berufsausbildung. 1958 zum Stellv. des Ministers für Volksbildung ernannt. W. ist Mitgl. der -> **SED**.

**WINKLER, WERNER:** \*27.12.1913 in Waldheim als Sohn eines Arbeiters, Chemiker, Dr. 1950 Hauptdirektor WB Kunstfaser und Direktor Kunstseidenwerk «Friedrich Engels» in Schwarza/Thür., 23. 4. 1953 Staatssekretär für Chemie, Ende 1953 bis 24. 11. 1955 stellv. Minister für Schwerindustrie, anschließend bis 14. 6. 1956 Staatssekretär und 1. Stellv. des Ministers für -> **Chemische Industrie**, anschl. Minister für chemische Industrie, seit 19.2. 1958 Mitgl. der **Staatlichen -> Plankommission** und Leiter der Abt. Chemie. Seit dem 24. 8. 1957 Mitgl. des **Deutschen -> Forschungsrates** beim Ministerrat. 1931 NSDAP, jetzt -> **SED**. Seit 1956 Professor.

**WINZER, OTTO:** \* 3. 4. 1902 in Berlin als Sohn eines Arbeiters, Volksschule, Schriftsetzer. 1919 Mitgl. der Freien Sozialistischen Jugend, des späteren -> **KJVD**. Hauptamtl. Funktionär. 1922-1925 Mitarbeiter, Leiter des Verlags der Jugend-Internationale. 1925 KPD, bis 1933 hauptamtlich im KPD-Apparat. 1935 Emigration über Frankreich und Holland in die SU, dort unter dem Decknamen «Lorenz» Agitator unter deutschen Kriegsgefangenen. 29. 4. 1945 Rückkehr in der «Gruppe Ulbricht» nach Deutschland, Mitgl. des ZK der KPD. 1945-1946 Leiter der Abt. Volksbildung beim Berliner Magistrat. Seit 1947 ununterbrochen Mitgl. des Parteivorstandes bzw. des ZK der -> **SED**. Hauptamtl. Mitarbeiter des Zentralsekretariats der SED, 1949 zeitweilig stellv. Chefredakteur des «Neuen Deutschland». 1949 Staatssekretär und Chef der Privatkanzlei des Präsidenten der SBZ. Seit 1956 Botschafter und 1. Stellv. des Ministers

## WIRTSCHAFTSKOMMISSION

für Auswärtige Angelegenheiten. Seit 1950 Abg. der-> **Volkskammer**.

**WIRATEX:** Abk. für Exportgesellschaft für Wirkwaren und Raumtextilien m. b. H. (**Deutscher -> Innen- und Aussenhandel**)

**WIRTSCHAFTLICHE RECHNUNGSFÜHRUNG:** Seit 1. 1. 1952 nach dem

Vorbild des Chostratschot-Prinzips der SU eingeführte Methode in der Bilanzierung der -> **VEB**. Die Bilanzen sind seitdem nicht mehr Teile der Bilanz der -> **VEB**. Die Bilanzierung bei den Vereinigungen und der Ausgleich von Betriebsverlusten durch die WB aus den Gewinnen anderer Betriebe der gleichen VV3 führten zu Nachlässigkeiten bei den einzelnen Betriebsleitungen. In der VO über die Reorganisation der -> **Volkseigenen Industrie** ist das Prinzip der individuellen Leitung der Betriebe und der persönlichen Verantwortung jedes leitenden Mitarbeiters der VEB verpflichtend festgestellt worden. Jeder Betriebsleiter ist für die -> **Rentabilität** des von ihm geleiteten Betriebes voll verantwortlich. Die Neuregelung führte zu einer gewissen Selbständigkeit der Betriebe bei der Verwendung der ihnen zugeteilten Mittel, was zu einer Stärkung der Initiative und der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleitung beitragen soll. Gewinn und Amortisationen verbleiben z. T. im Betrieb und sollen im Rahmen des Betriebsplanes zur Auffüllung der Umlaufmittel und für -> **Investitionen** und Generalreparaturen verwendet werden. [431]

**WIRTSCHAFTSGESETZE:** Vom Zivilrecht wird in der SBZ das «Recht der sozialistischen Wirtschaft» unterschieden. Um das BGB - wie vorgesehen - 1962 ausser Kraft setzen zu können (-> **Justizreform**), sind deshalb neben dem neuen -> **Zivilgesetzbuch** eine Reihe von W. geplant: Gesetze über das Volkseigentum und das sozialistischemossenschaftliche -> **Eigentum**, ein Bodengesetz, ein Gesetz über Transportwesen, ein Gesetz über Banken, Kredit- und Verrechnungswesen, ein Versicherungsgesetz und ein Gesetz über -> **Urheberrecht**. Zu den W. gehört auch das -> **Vertragsgesetz vom 11.12.1957**.

**WIRTSCHAFTSKOMMISSION:** Kommission beim -> **Politbüro** der -> **SED**, in der alle von der **Staatlichen -> Plankommission** und anderen Institutionen nach den Weisungen des Politbüros ausgearbeiteten Wirtschaftspläne und wirtschaftspolitischen Direktiven vom Standpunkt und von den Interessen der Staatspartei aus beraten und u. U. modifiziert und verändert werden, bevor sie dem Politbüro zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden. Erst danach erfolgt ihre Veröffentlichung.



lichung durch den -> **Ministerrat** und die Staatliche Plankommission in Form von Gesetzen, Verordnungen usw.

Mitglieder der W. sind die führenden Wirtschaftsfunktionäre des Partei- und Staatsapparates. Die W. erteilt u. a. von sich aus Forschungsaufträge an Hochschulen und Institute und hält Konferenzen mit Wissenschaftlern und Wirtschaftlern ab. Leiter ist der frühere Minister für Schwermaschinenbau, **Erich -> Apel**.

Auch beim Bundesvorstand des -> **FDGB** gibt es eine W., deren Tätigkeit jedoch ausschliesslich das Gebiet der **Produktionspropaganda** betrifft.

**WIRTSCHAFTSNORMUNG:** -> **Wirtschaftssystem.**

**WIRTSCHAFTSRAT:** 1. Bezeichnung einer Anfang **1957** als oberstes Organ der Wirtschaftsleitung beim -> **Ministerrat** errichteten Institution. Der W. hatte Weisungsrecht gegenüber der **Staatlichen -> Plankommission**. Seine Mitgl. waren die profiliertesten Wirtschaftsfunktionäre der Zone: -> **Leuschner**, -> **Selbmann**, -> **Rau**, -> **Oelssner**, **Rumpf** und -> **Scholz**. Offensichtlich als Folge von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern einerseits, andererseits zwischen dem W. und dem Politbüro beim ZK der SED wurde der W. im Zusammenhang mit der durch das Gesetz vom **11.2.1958** eingeleiteten umfassenden Reorganisation der Wirtschaft aufgelöst. Die wirtschaftliche Befehlsgewalt liegt seitdem ausschliesslich bei der Staatlichen Plankommission.

2. Bezeichnung der seit der Reorganisation der Wirtschaft im Jahre **1958** für die Anleitung und Kontrolle der -> **Örtlichen Wirtschaft** zuständigen Instanzen bei den Räten der -> Bezirke. Der W. des Bezirkes erhält seine Weisungen von der Staatlichen Plankommission; ihm unterstehen die Plankommissionen bei den Räten der -> Kreise. Der W. eines Bezirkes ist zuständig für die Errichtung von bezirklichen Vereinigungen Volkseigener Betriebe (-> **WB**) und von -> **Leitbetrieben**.

**WIRTSCHAFTSORDNUNG:** -> **Wirtschaftssystem.**

**WIRTSCHAFTSSYSTEM:** s. Seite **457**.

**WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT:** In der SBZ hat die W. die Aufgabe, die Politik der Ulbricht-Gruppe in der SED «wissenschaftlich» abzustützen. Erkenntnisse und Vorschläge von Wirtschaftswissenschaftlern - auch wenn sie SED-Genossen sind und im Grundsatz die marxistische Lehre von der Politischen Ökonomie (-> **Politökonomie**) anerkennen -, die nicht mit der von Ulbricht und seinen Anhängern

vertretenen Politik übereinstimmen, werden als «unwissenschaftlich» und «klassenfeindlich» unterdrückt. Methoden und Inhalt der sowjetzonalen W. sind in keiner Weise mit denen in der Bundesrepublik vergleichbar. Die von westlichen Gepflogenheiten völlig abweichenden Begriffsbildungen erschweren sogar die blosse Gegenüberstellung wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien in Ost und West. - Ideologisch weisungsbendend ist das Gesellschaftswissenschaftliche Institut beim ZK der SED, Lehrstuhl für Politikökonomie; Schwerpunkt der wirtschaftswissenschaftlichen Tätigkeit ist das Institut für W. bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin. Auch an Universitäten, Hochschulen und Akademien gibt es Lehrstühle für W. bzw. Politikökonomie.

In der Bundesrepublik und im gesamten Ausland finden seit **1957/58** Auseinandersetzungen zwischen den bedeutendsten Mitgliedern des Instituts für W. der Akademie der Wissenschaften einerseits und den Anhängern des Ulbricht-Kurses in der SED besondere Aufmerksamkeit. Auf der 30. Tagung des ZK der SED (Jan. **1957**) mussten die Wirtschaftswissenschaftler Prof. **Fritz -> Behrens**, damals Leiter der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik, Abteilungsleiter im Institut für W. und Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomie an der Universität Leipzig, und sein Mitarbeiter Dr. **Arne -> Benary** heftige Kritik hinnehmen. Ein von Prof. Behrens veröffentlichter Artikel mit einem Vergleich des Reallohns in der Bundesrepublik und der SBZ - bei dem die Bundesrepublik günstig abschnitt -, ferner andere Äusserungen von Prof. Behrens, in denen er die Meinung vertrat, dass in der SBZ nunmehr die Zeit vorüber sein müsse, in der die Wirtschaft unmittelbar durch den Staatsapparat angeleitet wird, zogen ihm den Zorn der SED-Führung zu.

In ähnlicher Richtung lagen Äusserungen von Prof. Kohlmeier, damals Direktor des Instituts für W. der Akademie und Professor mit Lehrauftrag an der Ost-Berliner Universität, der das System der Planwirtschaft kritisiert hatte, und sogar der damals führende Prof. **Fred -> Oelssner**, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, hatte sich wiederholt kritisch zum System der sowjetzonalen Wirtschaftsplanung geäußert, indem er offen die Meinung vertrat, dass ökonomische Fragen ökonomisch, nicht ideologisch gelöst werden müssten. Die genannten Wirtschaftswissenschaftler wurden **1958** gemassregelt

Fortsetzung Seite 4<51

**WIRTSCHAFTSSYSTEM**

Das W. der SBZ bildet keine in sich geschlossene Einheit, sondern stellt vielmehr einen Teil des gesamten Wirtschaftsgefüges des Ostblocks dar. Nominell der die UdSSR und sämtliche Satelliten umfassende -> **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe**, tatsächlich weitgehend die sowjetische Planungszentrale, legt in den aufeinander abgestimmten-**\* Fünf Jahrplänen** bzw. -> **Siebenjahrplänen** aller -> **Volksdemokratien** die Schwerpunkte der einzelnen Länderwirtschaften und das Ausmass der Produktion in den wesentlichen Sektoren der Volkswirtschaften fest (-> **GOS-PLAN**). Ein ständiger Verbindungsmann zwischen der Moskauer Planungszentrale und der **Staatlichen -> Plankommission** der SBZ, der obersten Behörde in allen Angelegenheiten der wirtschaftlichen Produktion, fungiert als Obermittler der Befehlen gleichkommenden Wünsche der Sowjetregierung an die Wirtschaftsbehörden der Zone. Die obersten Wirtschaftsfunktionäre der Zone, die leitenden Funktionäre der Plankommission ebenso wie die Wirtschaftsfunktionäre des ZK der SED, werden regelmässig zu Beratungen und zur Berichterstattung nach Moskau beordert. Im Gesamtgefüge der Ostblockwirtschaft kommen der SBZ ganz bestimmte Funktionen zu. Schwerpunkte der Produktion sind insbesondere die chemische Industrie (einschl. der Kunststoffproduktion), Werkzeugmaschinenbau, Feinmechanik und Optik sowie der Bau elektrischer Geräte, da hier auf die Traditionen mitteleuropäischer Qualitätsarbeit zurückgegriffen werden kann, denen die übrigen Ostblockstaaten, z. T. mit Ausnahme der Tschechoslowakei und der Sowjetunion selbst, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermögen. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass, grösstenteils politisch motiviert (Stärkung des Elements der «Produktionsarbeiter» als vermeintliche Voraussetzung für die Festigung der kommunistischen Staatsparteien), auch die übrigen Satellitenstaaten in den Jahren seit **1945** eigene Industrien entwickeln mussten. Eine umfassende, mit grössten Vollmachten ausgestattete Zentralbehörde, die Staatliche Plankommission, mit Abteilungen für alle Produktionszweige und nachgeordneten -> **Wirtschaftsräten** und Kreisplankommissionen, leitet (in dieser Form ab Anfang **1958**) als zentrale Befehlsgewalt in Zusammenarbeit mit den erwähnten Ostblock-Instanzen und dem -> **ZK** die Volkswirtschaft der SBZ, erteilt alle wesentlichen Produktionsaufträge und kontrolliert Investitionen, Produktion und Finanzgebahren der Wirtschaft bis ins einzelne. Grundsätzlich ist dabei die Volkswirtschaft nicht auf den Konsumenten hin geplant; für die Planung und Schwerpunktgestaltung sind vielmehr drei miteinander gekoppelte, machtpolitische Gesichtspunkte bestimmend:

1. die für alle bolschewistischen Staaten geltende Vorrangstellung der Grundstoff- und Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie zur «Festigung der Staatsmacht» sowie des – nicht zuletzt rüstungswirtschaftlichen – Gesamtpotentials des Ostblocks (Hauptgesichtspunkt: der Produktionsvorsprung der «kapitalistischen\* Länder, vor allem der USA, muss aufgeholt werden). Dabei wird seit **1957** in verstärktem Mass eine Arbeitsteilung unter den Ostblockländern angestrebt, derzufolge sich die einzelnen Nationalindustrien auf die Produktion standortgünstiger Maschinen usw. beschränken, gegenseitig ergänzen und so noch enger miteinander verbinden. Die SBZ hat dabei insbesondere die Aufgabe erhalten, das führende Land im Gebiet der Chemie einschliesslich der Kunststoffchemie zu werden.

2. die stetige Ausweitung des sog. «sozialistischen Sektors» der Wirtschaften dieser Länder, d. h. des Ausbaues der unmittelbaren Staatswirtschaft («volkseigene» Industrien, die in der SBZ **1959** bereits 90 v. H.

der gesamten industriellen Produktion gegenüber 77 v. H. 1951 umfassten und in den wesentlichsten Branchen der Schwerindustrie und des Schermaschinenbaues die einzige noch vorhandene Produktionsform darstellen), ferner gehören hierhin die 4 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfassenden -> VEG und der «volkseigene\* Handel (-> HO). Daneben steht als zweite bevorzugte Form des Wirtschaftens die «genossenschaftliche», die ausser dem Handel (-> **Konsumgenossenschaften**) vor allem in der-> **Landwirtschaft** (-> **LPG** sowie gewisse Obergangsformen) forciert wird und bereits rund 90 v. H. des bearbeiteten Bodens umfasst. Ausserdem werden auch im -> Handwerk seit einigen Jahren genossenschaftliche Produktionsweisen favorisiert (steuerliche Begünstigungen; bessere Aufstiegschancen für die Kinder; bevorzugte Belieferung mit Materialien). Politisch oder wirtschaftlich wichtige industrielle Privatbetriebe haben seit 1956 staatliche «Beteiligung» einräumen müssen. Ziel der Entwicklung ist die völlige Liquidation der Privatwirtschaft, die auf dem Gebiet der Banken (-> Bankwesen) und Versicherungen bereits in den ersten Jahren des Bestehens der Zone, im Gross- und Zwischenhandel sowie im -> **Handel** mit dem Ausland (-> **DIA**) um 1950 fast restlos verwirklicht wurde (**Deutsche** -> **Handelszentralen**), während der privatwirtschaftliche Sektor in einigen Industriezweigen (Textilindustrie, Feinmechanik, Optik, holzbearbeitende Industrie, Bauwesen u. a.), im Handwerk und im Einzelhandel (über 20 v. H. des Umsatzes) nach wie vor eine gewisse Rolle spielt. Mit Mitteln mehr oder weniger starken Druckes, am stärksten gegenüber den industriellen und handwerklichen Privatbetrieben, am schwächsten einstweilen gegenüber dem dringend benötigten privaten Einzelhandel, sucht die Führung die Vollsozialisierung durchzusetzen, die im wesentlichen bis 1965 abgeschlossen sein soll.

3. der mit erheblichen politischen Implikationen behaftete Vorrang des -> **Aussenhandels**. Hier kommt insbesondere aus den oben erwähnten Gründen der SBZ-Wirtschaft eine gewichtige Rolle in der Entwicklung von Handelsbeziehungen zu den «kapitalistischen» und den dem Kolonialstatus entwachsenen orientalischen Ländern zu. Schwerpunkte sind dabei die sog. «neutralen» Länder, insbesondere die jungen afrikanischen Republiken, die arabische Welt, ferner Indien und Indonesien, aber auch die skandinavischen Länder einschliesslich Finnlands und die Staaten Südamerikas einschliesslich Kuba. Der Export in diese Länder wird grundsätzlich ohne Rücksicht auf finanzielle Verluste durchgeführt (Dumping mittels staatlicher Subventionen); angestrebt wird die Errichtung ständiger Handelsvertretungen (in Indien, der VAR, im Irak u. a. schon vorhanden) als Vorform für diplomatische Vertretungen (Entwicklung am weitesten in Finnland gediehen). Der unverkennbare politische Zweck dieser Massnahmen, die grossenteils nicht durch die offiziellen Organe der «DDR» (Ministerium für Aussen- und innerdeutschen Handel, DIA), sondern durch scheinbar halb private Institutionen, wie die tatsächlich dem Ministerialapparat angeschlossene **Kemmer fürAussenhandel**, betrieben werden, besteht in dem Bestreben, auf diese Weise die «DDR» in den Rang eines «durch konkludente Handlung\* anzuerkennenden selbständigen Staatsgebildes zu erheben; die Exportorientierung der Zonenwirtschaft bedeutet damit einen der wesentlichsten Hebel des Ostblocks in seinem gegen die NATO geführten Kampf um die Form der künftigen Gestaltung Deutschlands zugunsten der vom -> **Ostblock** angestrebten «Zweistaatlichkeit».

Die somit von vornherein auf die drei Grundgesichtspunkte des Primats der Schwerindustrie, der Orientierung auf den «volkseigenen\* («sozia-

listischen») Sektor und des Primats der Exportgesichtspunkte – nicht zuletzt gegenüber dem «kapitalistischen» Ausland – festgelegte Zonenwirtschaft hat auf Grund dieser Aufgabenstellungen mit zwei ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; einmal reicht die Ausgangsbasis insbesondere hinsichtlich zahlreicher Rohstoffe für ein solches Programm nicht aus; und zum andern gefährdet der Primat der politischen Gesichtspunkte (Verstaatlichung und damit Verbürokratisierung von Industrie und Landwirtschaft; Subventionierungszwang zur Kompensation der durch die politischen Implikationen bedingten Verlustwirtschaft) die wirtschaftliche Rentabilität.

Die SBZ hat einen erheblichen Mangel an Steinkohle und Erzen und für die Stahlhärtung nötigen Edelmetallen (-> **Eisen- und Stahlerzeugung**); ebenso fehlt es an wesentlichen Ausgangsstoffen (Phosphor, Bauxit u. a.) für die an sich sehr leistungsfähige Schwerchemie (-> **Chemische Industrie**), an Holz, an Baumaterialien u. a. Die Forcierung der gesamten Ostblockwirtschaft hat im Laufe der Jahre die anfangs bestehenden Möglichkeiten, diese Materialien aus der UdSSR, aus Polen und anderen Ostblockstaaten zu erhalten, wesentlich reduziert. Eine weitere Schwächung widerfuhr der SBZ-Industrie in den ersten zehn Nachkriegsjahren durch die von der Sowjetunion auferlegten -> **Demontagen**, -> **Reparationen** und sonstigen erzwungenen Lieferungen. Der Ausbau eigener Produktions- und Aufbereitungsstätten (wie die Eisenhüttenkombinate Ost/Stalinstadt bei Fürstenberg und West/Calbe und jetzt das Petrochemische Kombinat Schwedt) bedeutet ebenso wie die forcierte Erschliessung neuer, vor allem für die Erweiterung der Energiewirtschaft (-> **Energieerzeugung**) benötigter Braunkohlevorkommen (-> **Schwarze Pumpe/Hoyerswerda**), nationalökonomisch gesehen, eine «Organisierung des Mangels»; all diese Produktionsstätten sind unrentabel, aber nach Ansicht der wirtschaftspolitischen Führung unumgänglich, um den Import aus dem Westen nicht so sehr mit rüstungs- und machtpolitisch wichtigen Materialien zu belasten, und um jene Einfuhr von Lebensmitteln sicherzustellen, deren die Zone dringend bedarf, soll das Programm der «Sozialisierung» der Landwirtschaft nicht zusammenbrechen, das volkspolitisch vorerst eine ganz erhebliche Restriktion der Ernährungsgrundlage bedeutet.

Rund die Hälfte des -> **Staatshaushalts** geht unter diesen Gesichtspunkten des Vorrangs der politischen Motive für unrentable Ausgaben weg; für die Sicherung der Herrschaft der bolschewistischen Minderheitenparteien (-> **NVA**, Staatssicherheit u. ä.), zur Subventionierung des Aussenhandels, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, zur Stützung an sich unrentabler Produktionen der -> **Volkseigenen Industrie** und nicht zuletzt zur Stützung des «volkseigenen» Sektors der Landwirtschaft (LPG, VEG, RTS). Die Folge ist auf der einen Seite, dass immer noch nur ein Fünftel des Haushalts für Sozialausgaben einschliesslich kultureller und gesundheitlicher Mittel und zu wenig für Neuinvestitionen zur Verfügung steht; auf der anderen Seite muss ein manipuliertes Lohn- und vor allem Preissystem (Prinzip der -> **Produktionsabgaben** und -> **Haushaltsaufschläge**) dafür aufkommen, dass die Bevölkerung in der Lage ist, die Lasten dieser Fehl wirtschaft zu tragen. Die seit Jahren angestrebte völlige Neuordnung der Löhne, Tarife und Arbeitsnormen konnte in Anbetracht der enormen Kompliziertheit einer solchen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher nicht durchgeführt werden. Die mit der Abschaffung der Reste der kriegswirtschaftlichen Rationierung (Mai 1958) gekoppelten Sozialmassnahmen sind unzulänglich; unsystematisch vorgenommene beträchtliche Lohn- und Rentenerhöhungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen bringen die Gefahr eines Kaufkraftüberhangs mit sich.

Die -> **ökonomische Hauptaufgabe**, die das ZK gestellt hat, nämlich bis Ende **1961** den westdeutschen -> **Pro-Kopf-Verbrauch** zu erreichen, erscheint angesichts der politisch - statt ökonomisch - motivierten Agrarpolitik, der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie und der trotz aller Korrekturen mit zahlreichen Mängeln behafteten Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsexekutive völlig illusorisch.

Das Hauptproblem für die politische Führung besteht unter diesen Umständen seit Jahren im Ausprobieren von Massnahmen aller Art zur Hebung der wirtschaftlichen Rentabilität. Hierhin gehören insbesondere Massnahmen wie die Errichtung eines höchstspezialisierten Netzes von -> **Hoch-** und -> **Fachschulen** zur Heranbildung einer qualifizierten technischen -> **Intelligenz** und zur Kompensation des bedenklichen Arbeitskräftemangels (bis **1965**: 800'000 Kräfte Mindestdefizit), ferner ein dem westlichen REFA-System ähnliches, trotz jahrelanger Bemühungen immer noch in den Anfängen befindliches System sog. „technisch begründeter Arbeitsnormen“ (-> **TAN**) und ein dem analoges System exakt zu berechnender -> **Materialverbrauchsnormen**. Um der Bürokratisierung und dem mangelnden Interesse der Arbeitskräfte an ihrer Tätigkeit entgegenzuwirken und eine Art Äquivalent für den natürlichen Konkurrenzkampf der Betriebe in Ländern mit Privatwirtschaft zu schaffen, ist eine künstliche Atmosphäre von **sozialistischen -\* Wettbewerben**, ein System von Anreizen (-> **Prämien-**, -> **Leistungsprinzip**, -> **Auszeichnungen**), die Einführung kollektiver Arbeitsformen (-> **Brigade**, -> **Brigaden der sozialistischen Arbeit**, **sozialistische -> Arbeitsgemeinschaften**), der Versuch der Bildung staatswirtschaftspositiver Beispiele (-\* Aktivistenbewegung), aber auch ein rigoroses System von Androhungen und Abschreckungen (-> **Wirtschaftsstrafrecht**) entwickelt worden. -> **Betriebsparteiorganisation** der SED (BPO) und Betriebsgewerkschaftsleitung (-> **BGL**) fungieren als zur «Wachsamkeit» verpflichtete verlängerte Arme der Staatsmacht, um alle Mittel zu maximaler Produktionsanstrengung auszunutzen. Doch ist seit **1955** ein pragmatischerer Zug in der Wirtschaftspolitik zu verzeichnen. Während die Kräftegruppe um -> **Ulbricht** lange die Wirtschaft in erster Linie als ein Instrument des politischen Machtkampfes betrachtete und unrentable Produktionen dann in Kauf zu nehmen gewillt war, wenn dadurch - wie etwa im Fall der Kolchosierung - echte oder vermeintliche politische Gewinne erzielt wurden, vertrat vor allem seit Herbst **1956** eine andere einflussreiche Gruppe von Wirtschaftspolitikern, Wirtschaftspraktikern und Politökonomern, zu der u. a. **Fritz Selbmann**, **Fred -> Oelssner**, **Gerhart -> Ziller** und die Theoretiker **Fritz Behrens**, **Kohlmeiy** und **Kurt -> Vieweg** gehörten, die Gegenthese, dass man die Wirtschaftspolitik nur mit ökonomischen, nicht mit ideologischen Massstäben messen dürfe. Ulbricht hat sich zwar dem Buchstaben nach durchgesetzt, doch musste er wesentliche Zugeständnisse machen: Der 2. Fünfjahrplan mit seinem hochgespannten Programm der Mechanisierung, der Automatisierung und der Produktionssteigerung war nicht erfüllbar, wurde aber ab **1959** durch einen Siebenjahrplan ersetzt, der mit erheblichen sowjetischen Krediten eine Produktionsausweitung gegenüber **1958** auf 188 v. H. vorsieht (-\* **Rekonstruktion**). Die «Überplanung» ist grösstenteils abgebaut worden, ohne dass aber die Macht der Staatlichen Plankommission, die den Charakter eines Wirtschaftskabinetts erhalten hat und in der das «ökonomistische» Denken vorwiegt, gemindert worden wäre. Dieser Kampf zwischen ökonomischer Vernunft und parteilicher Doktrin ist noch nicht abgeschlossen. Sein Ausgang hängt weitgehend von der Entwicklung der analogen Auseinandersetzungen in der UdSSR ab. [242, 311,319, 423, 431, 716, 727, 728, 742-744, 747, 749, 755, 771,778, 781]

und aus allen Funktionen entfernt, von denen aus sie in die Öffentlichkeit wirken konnten; sie wurden als «Revisionisten» bezeichnet, deren Anschauungen «der kapitalistischen Ideologie weit die Tore öffnet» (-> **Revisionismus**). Nur in der Sektion W. der Akademie durften sie unter Kontrolle der SED-Führung verbleiben. Ausser einigen, von ihnen offensichtlich unter Druck seitens der SED verfassten «selbstkritischen» Äusserungen hörte die Öffentlichkeit zwei Jahre lang kaum etwas von ihnen. Es war daher eine Überraschung, als im Frühjahr 1960 die Namen der Gemassregelten wieder öffentlich genannt wurden. Offenbar kann die SED-Führung nicht auf die Mitarbeit dieser Wirtschaftswissenschaftler bei der dringend notwendigen Reorganisation der Wirtschaftsplanung (-> **Planung**) verzichten. Im Febr. 1960 wurden ihnen und anderen Mitgliedern der Sektion W. der Akademie, bzw. von ihnen gebildeten «Forschungsgemeinschaften», mehr als 30 wirtschaftswissenschaftliche «Vertragsforschungsaufträge» übergeben mit der Aufgabenstellung, dadurch «das sozialistische Planungssystem als Ganzes weiterzuentwickeln und zu vervollkommen». Einzelthemen solcher Forschungsaufträge sind u. a.: «Erarbeitung von Methoden und Kennziffern für die Messung der Arbeitsproduktivität» (-> **Produktivität**); «Untersuchung der Ursachen für die Entstehung von -\* **Überplanbeständen**»; «Formen und Methoden der Planung und Leitung der Produktion und Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen»; «Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Funktion und Wirkungsweise der Preise» usw. Aus der Art dieser Forschungsaufträge ist ersichtlich, dass die Planwirtschaft der SBZ bisher keine wissenschaftliche Fundierung hatte, vielmehr – wie an zahlreichen Beispielen nachweisbar ist – ausschliesslich entsprechend den politischen Zweckmässigkeitserwägungen der SED-Führung praktiziert wurde. Man darf vermuten, dass die Beauftragung der früher gemassregelten Wirtschaftswissenschaftler – die im Grunde ihre «ökonomische Einstellung» nicht geändert haben – damit im Zusammenhang steht, dass die SED-Führung im Hinblick auf die hoch angesetzten Ziele des -> **Siebenjahrplans** künftig möglicherweise eher als früher bereit ist, in der Wirtschaft «ökonomische Prinzipien» zur Geltung kommen zu lassen. Die Aufsicht über die neue wirtschaftswissenschaftliche Forschungstätigkeit übt das Mitte 1960 für diesen Zweck neu errichtete «ökono-

mische Forschungsinstitut bei der ' **Staatlichen Plankommission**» aus.

**WIRTSCHAFTSZWEIGLOHN-GRUPPENKATALOG:** Die W. sind die Grundlage für die Eingruppierung der Arbeiter in die -> **Lohngruppen**. Sie erfolgt nach deren Tätigkeit und Qualifikation entsprechend den Tätigkeitsmerkmalen der W. Die W. wurden zuerst sehr zögernd eingeführt, jetzt werden sie methodisch eingeführt. Bis zur völligen Einführung der W. sind die Tätigkeitsmerkmale meist in Anlagen zu den -> **Betriebskollektivverträgen** enthalten. (-> **Arbeitspolitik**) [4121]

**WISMAR:** Stadtkreis im mecklenburgischen Bezirk -\* **Rostock**, Kreisstadt an der Wismarer Bucht, mit 54 856 Einwohnern (1959); Seehafen (Ausbau zum Überseehafen geplant); mittelalterliche Altstadt mit zahlreichen Backsteinbauten aus dem 14. Jh.; vielseitige Industrie: Werften, fischverarbeitende Betriebe, Nahrungsmittel, Metallwaren. Im 2. Weltkrieg erlitt insbesondere die Innenstadt erhebliche Zerstörungen.

**WISMUT AG:** -> **Uranbergbau**.

**WISSENSCHAFT:** Der Bolschewismus behauptet, dass der -+ **Marxismus-Leninismus** die höchste Stufe wissenschaftlicher Erkenntnis sei. An diesem philosophischen Gerüst haben sich daher alle Fachdisziplinen zu orientieren. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft ist ein wichtiges Herrschaftsmittel des kommun.-totalitären Staates. Kontrolliert von den politischen Machthabern, dient die W. der Rechtfertigung der totalitären Ordnung, der Mobilisierung und «Anleitung» der Machtunterworfenen und der Bekämpfung des «Klassenfeindes». Die theoretische Grundlage der kommun.-W. ist der-\* **Dialektische** und -\* **Historische Materialismus** (-\* **Stalinismus**). Die dialektische Methode gilt als die Universalmethode für alle Fach-W. Verpflichtet auf das Prinzip der Parteilichkeit des Denkens, sind die Wissenschaftler gezwungen, die kommun. Machtordnung und ihre Ideologie bedingungslos zu bejahen. Jede Abweichung von diesem Prinzip unter Berufung auf die Objektivität der W. wird als bürgerlicher -\* **Objektivismus** bekämpft. Das ebenfalls verbindliche Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis zielt auf den bewussten Einsatz der W. für die Erhaltung des kommun.-totalitären Staates und für die Stärkung seiner wirtschaftlichen Produktionskraft (-\* **Koexistenz**, -\* **Wirtschaftssystem**). Die marxistisch – leninistische W. unterscheidet zwischen Natur- und Gesellschafts-W. Während die

## WISSENSCHAFTLER DES VOLKES, HERVORRAGENDER 462

bolschewistischen Natur-W. den Zusammenhang mit der internationalen Forschung zu wahren versuchen, haben sich die bolschewistischen -> **Gesellschaftswissenschaften** weitgehend von ihr getrennt.

Die Institutionen des kommun.-totalitären W.-Betriebes sollen die Verwandlung der W. in ein Werkzeug der kommun. Herrschaft sicherstellen. Träger der Kontrolle der W. sind in der SBZ in erster Linie die Organisationen der-> SED vom -> Politbüro bis zu den SED-Betriebsgruppen an Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten. Die Kompetenz, grundlegende Leitsätze und Theorien zu ändern, besitzen in letzter Instanz nicht die Gelehrten, sondern die führenden politischen Gremien der SED.

Um der Macht- und Wirtschaftspolitik dienstbar zu sein, wird die W., besonders die Forschung, genauso wie die ökonomische Produktion, einer umfassenden -> Planung unterworfen. Besonders seit Anfang 1958 - SED-Hochschulkonferenz - sucht man die Bolschewisierung von W. und Hochschule zu beschleunigen. Die wesentlichen Träger der Planung sind in der SBZ das -> ZK, die Staatliche Plankommission, das Staatssekretariat für Hochschulwesen, der Zentralrat für Forschung und Technik bei der **Staatlichen -> Plankommission, die Deutsche -> Akademie der Wissenschaften und der Deutsche -> Forschungsrat.** [519]

**WISSENSCHAFTLER DES VOLKES, HERVORRAGENDER:** Ehrentitel, der mit Medaille, Urkunde und einer Prämie bis zu 40'000 DM Ost für «hervorragende Gesamtleistungen um die Weiterentwicklung der Wissenschaft im Dienste des Friedens durch Forschung und Lehre auf den Gebieten der Natur- und Gesellschaftswissenschaft\* verliehen wird. (-> **Auszeichnungen**)

**WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS:** -> **Bolschewismus, -> Utopie.**

**WITTENBERG:** Stadt Im sachsen-anhaltischen Bezirk -> **Halle**, Kreisstadt, an der Elbe, mit 46 362 Einwohnern (1959); reich an Erinnerungen an die Reformation: Schlosskirche (an deren Portal Luther 1517 seine Thesen anschlug) mit den Gräbern Luthers und Melancthons, Stadtkirche (Luthers Predigtkirche), Augusteum (Predigerseminar) mit Wohnung Luthers, Lutherhalle mit reformationsgeschichtlichem Museum, Rathaus; Elbhafen; vielseitige Industrie: Zellstoff-, Eisen-, Gummi- und Stickstoffwerke, Maschinen, Seife, Nahrungsmittel. Die 1502 gegründete Universität wurde zum Mittelpunkt der Refor-

mation. Sie ging im Jahre 1817 in der Universität Halle-W. auf.

**WITTKOWSKI, MARGARETE:** \*18. 8. 1910 in Posen als Tochter eines Kaufmanns. Gymnasium, Studium der Nationalökonomie in der Schweiz und in England, Dr. rer. pol. 1932 KPD, 1933 Emigration nach England. 1945 Rückkehr nach Deutschland, -> **KPD**, Wirtschaftsjournalistin, von März 1948 bis Okt. 1949 stellv. Leiter der Hauptverwaltung Planung- in der -> **DWK**, anschl. bis Ende 1950 Lehrgang auf der SED-Parteihochschule und in der SU, von Jan. 1951 Vizepräsident, von Febr. 1952 bis Juni 1954 Präsident des Verbandes Deutscher -> **Konsumgenossenschaften**, 1. 7. 1954 1. Stellv., seit 19. 2. 1958 Stellv. des Vors. der **Staatl. -> Plankommission** und Leiter der Abt. Koordinierung der Jahres - Volkswirtschaftspläne. Von 1954 bis 1958 Mitgl. des -> ZK der -> **SED**, bei der Neuwahl des ZK durch den V. Parteitag der SED im Juli 1958 in den Kandidatenstand zurückversetzt. W. war im Zusammenhang mit der Kampagne gegen das Management und den Vorwürfen gegen die «Fraktion -> **Schirdewan** - -> **Wollweber\*** wiederholt kritisiert worden. 1953 bis 1958 Abg. der -> **Volkammer.**

**WMW-EXPORT:** Abk. für Aussenhandelsunternehmen für Werkzeugmaschinen, Metallwaren und Werkzeuge. (**Deutscher -> Innen- und Aussenhandel**)

**WOHNUNGSBAU:** Der **W.** ist in der SBZ seit Kriegsende zugunsten der Errichtung von Industrie-, Verwaltungs- und militärischen Bauten vernachlässigt worden, obwohl erhebliche Kriegsschäden an Wohnungen entstanden waren. Während in der Bundesrepublik der **W.** in den vergangenen Jahren mehr als 40 v. H. der gesamten wertmässigen Bauproduktion ausmachte, wurden in der SBZ vom SED-Regime nur zwischen 20 und 25 v. H. der verfügbaren Baukapazitäten für den **W.** freigegeben. Zwischen Kriegsende und 1956 wurden in der SBZ durch Instandsetzung teilzerstörter Wohngebäude etwa 300'000 Wohnungen wieder wohnbar gemacht, höchstens 70'000 Wohnungen sind neu gebaut worden. In diesem Zeitraum hatte die Bundesrepublik einen Reinzugang von rund 3,5 Mill. Wohnungen, d. h., auf die unterschiedliche Bevölkerungszahl umgerechnet, eine fast vierfach grössere Wohnungsbautätigkeit als die SBZ. Erst ab 1957 stieg die Wohnungsbautätigkeit in der SBZ etwas stärker an, erreichte jedoch niemals den vergleichweisen Stand in der Bundesrepublik.

Der W. in der SBZ und der Bundesrepublik ab 1955

Jahr	Bundesrepublik		Sowjetzone	
	Wohnungs- Rohzugang	Je 10'000 d. Bevölk.	Wohnungs- Rphzugang	Je 10'000 d. Bevölk.
1955	538 100	- 107	32 800	18
1956	560 500	111	32 800	18
1957	527 700	102	61 100	35
1958	488 400	94	63 400	36
1959	592 000	114	77 300	47

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, dass die Wohnfläche je neu erstellter Wohneinheit in der Bundesrepublik in allen Jahren grösser war als in der SBZ, z. B. 1959 BRD = 68 qm, SBZ = 58 qm. Auch hinsichtlich der Qualität, des Komforts usw. befindet sich der W. in der SBZ im Rückstand.

Im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1959 wurden in der Bundesrepublik jährlich rund 106, in der SBZ nur knapp 31 Wohnungen je 10'000 Einwohner erstellt.

Das SED-Regime verkündet neuerdings, es wolle sich nunmehr intensiv dem W. zuwenden, obwohl die unverminderte Mangelsituation bei Baustoffen, Baumaschinen und Baufacharbeitern allgemein bekannt ist. Nach den vorliegenden Planzahlen des -> **Siebenjahrplanes** wird jedoch der Anteil des W. an der gesamten Bauproduktion auch bis 1965 nur rund 20 v. H. betragen, also noch weniger als in den vergangenen Jahren. Selbst wenn die Planziele erreicht werden, würde damit der vorhandene Wohnungsbedarf nach den Berechnungen westlicher Experten nur etwa zur Hälfte abgedeckt.

Seit Anfang 1958 sind die «örtlichen Staatsorgane» für den W. allein zuständig. Aus dem -> **Staatshaushalt** werden für den W. weniger Mittel bereitgestellt. Die Finanzierung soll überwiegend durch «Obligationen» erfolgen, die von der Bevölkerung zu erwerben sind. Rückzahlung ist frühestens nach 20 Jahren möglich, der Zinssatz beträgt 4 v. H. Der Erwerb von Obligationen durch die Bevölkerung ist trotz intensiver Propaganda in den Betrieben recht gering. Im Jahre 1958 übernahm die Bevölkerung nur 8 v. H. der aufgelegten Obligationen, überwiegend werden diese durch die -> **Spar-kassen, die Deutsche -> Versiche-rungsanstalt** und z. T. durch die - **VdgB** übernommen. Weitere Finanzquellen für den W. sind, die Lottoeinnahmen (-> **Lotto**), Leistungen der Bevölkerung im -> **Natio-nalen Aufbauwerk** und «Einsparungen der örtlichen Volksvertretungen», wobei gänzlich unklar ist,

was unter letzterem zu verstehen ist. [762]

**WOHNUNGSWIRTSCHAFT:** Für das Jahr 1958 wurde der Wohnungs-fehlbestand in der SBZ durch die SBZ-Behörden mit 570'000 angegeben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin errechnete jedoch unter Einbeziehung des Ausfalls an Altbauten mehr als die Hälfte der Wohnungen sind über 50 Jahre alt, davon sind wiederum fast die Hälfte mehr als 100 Jahre alt! - für 1958 einen Bedarf von 730'000 Wohnungen. Bei den staatlichen Organen (Räte der -> Kreise, der -> Bezirke und Gemeinden) bestehen Wohnungskommissionen, die über die Wohnraumverwendung entscheiden und auch auf den angelaufenen -> **Wohnungsbau** Einfluss nehmen. Ausschlaggebend für die «gerechte» Verteilung von Wohnraum ist die «Leistung» des Wohnungsuchenden oder Wohnungsinhabers «für, den Aufbau der DDR». -> **Aktivisten**, Angehörige der -> **Intelligenz**, -> **Heiden der Arbeit** und andere ausgezeichnete erhalten höchste Dringlichkeitsstufen. Seit Anfang 1956 gilt als Regel, dass bei neu zu beginnenden Wohnungsbauvorhaben die -> **Volkseigenen Betriebe** als Rechtsträger eingesetzt werden. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den Betrieben nehmen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung fertiggestellter neuer Wohnungen, aber auch auf die Verteilung des Altwohnraums (-> **Arbeiterwohnungsbau**, -> **Nationales Aufbauwerk**). Seit März 1958 bestehen in den meisten Städten der Zone «Volkseigene Kommunale Wohnungsverwaltungen», deren Aufgabe es ist, die in den Nachkriegsjahren auf Grund der Sowjet. Befehle enteigneten Grundstücke (-> **Eigentum**, -> **Enteignung**) zu verwalten, ebenso Grundstücke mit ausländischen oder westdeutschen Eigentümern, ferner Grundbesitz von Personen, die nach dem 17. Juni 1953 die SBZ «illegal» verlassen haben. Die «VEB Kommunale Wohnungsverwaltung» haben auch die Herausgabe und Unterbringung von Obligationen für den



Wohnungsbau zu besorgen und gelten als «Träger des Volkseigentums» der dadurch neu gebauten Wohnungen. Erträge aus Grundstücken bzw. Wohnungen, deren Eigentümer bereits vor 1945 im Ausland oder in der Bundesrepublik lebten, werden nach Abzug der Instandhaltungs- und Verwaltungskosten einem Sperrkonto bei der Deutschen Notenbank überwiesen. Grundstücke bzw. Wohnungen von nach dem 17. 6. 1953 nach der Bundesrepublik abgewanderten Eigentümern werden von den «Kommunalen Wohnungsverwaltungen» in Treuhänderschaft übernommen. Die Eigentümer haben kein Recht auf die Erteilung von Auskünften oder auf Zahlung von Erträgen aus der Vermietung. Insoweit findet auch keine Überweisung auf ein Sperrkonto statt. - Alle Arbeiten zur Werterhaltung der Wohnungen sind in der SBZ bisher sehr vernachlässigt worden. Das Material dafür ist knapp, und die Bauunternehmen – auch die in den -> PGH zusammengeschlossenen handwerklichen Baubetriebe - sind vorwiegend für staatliche Investbauten und sonstige öffentliche Bauarbeiten eingesetzt. [719, 762]

**WOLF, HANNA:** Bürgerliche Herkunft, Lehrerin, vor 1933 -> KPD. Nach 1933 Emigration in die SU, sowjetische Staatsbürgerschaft. Im 2. Weltkrieg Lehrerin an der Antifazentralschule Krasnogorsk. Nach Rückkehr aus der SU 1945 KPD, persönliche Referentin des Leiters der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul -> Wandel. Seit 1947 im Parteiapparat der -> SED, seit 1950 Direktor der -> Parteihochschule der SED, Professorin. Seit 1954 Mitgl. des wissenschaftlichen Rates beim -> Museum für Deutsche Geschichte und des Redaktionskollegiums der theoretischen Zeitschrift

des ZK der SED, «Einheit». 1954 Kandidat, seit 1958 Mitglied des -> ZK der SED.

**WOLLWEBER, ERNST:** \* 28.10.1898 in Hannoversch-Münden, Volksschule, Hafenarbeiter. 1918 an der Matrosenmeuterei in Kiel beteiligt, Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter, -> KPD-Mitgl., M. d. R. und des preuss. Landtages. Ab 1928 im deutschen Geheimapparat, der 1933 von der Vierten Abteilung des Stabes der Roten Armee übernommen wurde, Spezialist für Schiffssabotage und Waffenschmuggel, 1940 in Schweden verhaftet und zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, auf Ersuchen der Sowjetregierung ausgeliefert. 1946 stellv. Chef, ab Februar 1947 Leiter der Generaldirektion Schifffahrt in der SBZ, 1949 Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, ab 1.5. 1953 Staatssekretär für Schifffahrt, daneben mit der Anleitung von Sabotagegruppen in den westlichen Ländern beschäftigt. Seit Juli 1953 als Nachfolger -> Zaisers Staatssekretär für Staatssicherheit und Stellv. des Ministers des Innern. Mit Neubildung des Ministeriums für Staatssicherheit (24. 11. 1955) zum Minister für Staatssicherheit berufen. Am 1. 11. 1957 aus «Gesundheitsgründen» von seiner Funktion entbunden. Am 6. 2. 1958 zusammen mit -> Schirdewan wegen «Fraktionstätigkeit» und Opposition gegen -> Ulbricht aus dem -> ZK der -> SED ausgeschlossen, dem er seit 6. 4. 1954 angehörte. Ausserdem mit einer «strengen Rüge» bestraft. Vom 17. 10. 1954, bis 12. 3. 1958 Abgeordneter der -> Volkskammer.

**WStVO:** Abk. für -> Wirtschaftsstrafverordnung.

## Z

**ZAHLENLOTTO: – Lotto.**

**ZAHLUNGSVERKEHR:** Der innerdeutsche Z. hat durch Gesetz vom 15. 12. 1950 (GBl. S. 1202) eine besondere Regelung erfahren, richtet sich also nicht nach dem Devisengesetz vom 8. 2. 1956 (-> Devisen), als «Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs\* greift in die wirtschaftlichen Beziehungen der Bewohner der Sowjetzone zu Bewohnern West-Berlins oder der Bundesrepublik ein. Zahlungen aus der SBZ an Berechtigte im Westen dürfen nur auf ein auf den Namen des Zahlungsempfängers lautendes Ost-Sperrkonto geleistet werden. Ausgenommen hiervon sind Zahlungen aus einem Arbeitsverhältnis in der SBZ an Personen, die ihren Wohnsitz im Westen haben. Geldforderungen von Bewohnern der SBZ gegen Bewohner des Westens müssen unverzüglich bei der **Deutschen -> Notenbank** angemeldet werden. Die Notenbank kann nach der im Gesetz gewährten Befugnis verlangen, ihr diese angemeldeten Geldforderungen zu übertragen. Davon wurde bisher kaum Gebrauch gemacht, da eine derartige Zwangsabtretung ausserhalb der SBZ praktisch nicht durchzusetzen ist. Bewohner der SBZ, die in West-Berlin arbeiten, sind hinsichtlich der ihnen aus diesem Arbeitsverhältnis zustehenden Forderungen von der Anmeldepflicht befreit. Im übrigen muss die Anmeldepflicht bei Vermeidung von Bestrafung nach § 9 der **Wirtschaftsstrafverordnung** beachtet werden. (-> Sperrkonten, -> **Erbrecht**) [701]

**ZAHNÄRZTE:** Die Ausbildung der Z. ist nach Sowjet. Muster neu geordnet (-> **Hochschulen**); Dauer 5 Studienjahre, danach 1 Pflichtjahr an einer -> **Poliklinik** oder Klinik. Allen Dentisten wurde 1949 die Erlangung der Approbation als Z. ermöglicht; die Ausbildung von Dentisten ist ausgelaufen. Im Rahmen der -> **Facharzt-Ordnung** wurde neben dem Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten (mit doppelter Approbation) der Fach-Z. für Kieferorthopädie geschaffen. Die Niederlassung in freier Praxis ist seit 1949 praktisch unmöglich, der weitaus grösste Teil der Z. allmählich in haupt- oder nebenamtliche Anstellung in -> **Ambulatorien**, Polikliniken und im **Be-**

**triebsgesundheitswesen** gezogen worden, schliesslich seit 1958 in die **Staatliche Praxis**. Frei niedergelassen arbeiteten Anfang 1960 nur noch 3900 Z. (-> **Gesundheitswesen**, -> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**, freie -> **Heilbehandlung**)

**ZAISER, WILHELM:** \* 19.1.1893 in Rotthausen-Gelsenkirchen, gest. 3.3. 1958 in Berlin, Lehrer, Reserveoffizier. 1918– **USPD**, 1920 -> **KPD**, Leiter der «Roten Armee\* an der Ruhr. 1924 Lehrgang an der 1. Militärschule in Moskau, seit Mitte 1924 im Dienst der Vierten Abteilung des Stabes der Roten Armee, als Agent in China tätig, Rückkehr in die SU 1930, Kriegsakademie, militärische Auslandskommandos, 1936 Kommandeur der XIII. Internationalen Brigade, später unter dem Namen «General Gomez» Stabschef aller Internationalen Brigaden in Spanien. 1938 nach seiner Rückkehr aus Spanien im Kominternverlag als Übersetzer. Während des Krieges Leiter der Antifa-Schule in Krasnij-Gorsk. 1945 Polizeichef von Sachsen-Anhalt, sächsischer Innenminister, Chefinstrukteur der -> **Volkspolizei**, im Febr. 1950 zum Minister für Staatssicherheit (-> **SSD**) ernannt. Seit Juli 1950 Mitgl. des ZK und des -> **Politbüros der -> SED**. Im Juli 1953 zusammen mit -> **Herrstadt** seiner sämtlichen Funktionen enthoben, da er «mit einer defätistischen, gegen die Einheit der Partei gerichteten Linie aufgetreten» war und eine «partei feindliche Fraktion» gebildet hatte. Im Jan. 1954 aus der SED ausgeschlossen.

**ZEHN GEBOTE DER SOZIALISTISCHEN MORAL: Sozialistische -> Moral.**

**ZEHNJAHRESSCHULE:** Nach sowjetischem Vorbild bis 1955 gebräuchliche Bezeichnung für zehnstufige Schulen. (-> **Schule**)

**ZEISS:** Die Firma Carl Z. ist 1846 gegründet worden. Seit 1891 im Besitze der Carl-Z.-Stiftung, wurde sie das grösste optisch-feinmechanische und zugleich eines der sozialpolitisch führenden Unternehmen in der Welt. Mit ihrer Schwesterfirma Jenaer Glaswerk Schott & Gen. wurde Z. am 1. Juni 1948 ohne Verfahren und Entschädigung enteignet und in einen sogenannten «Volkseigenen Betrieb» (VEB) umgewandelt. (-> **Volkseigene Indu-**

strie, Eigentum). Der Bundesgerichtshof hat am 24. Juli 1957 dem VEB untersagt, Namen und Markenzeichen zu benutzen. Die Benutzungsrechte hat ausschliesslich die nach Heidenheim-Oberkochen verlegte Originalfirma Carl Z.

**ZEITGESCHICHTE, DEUTSCHES INSTITUT FÜR: Deutsches -> Institut für Zeitgeschichte.**

**ZEITLOHN:** Bei Bezahlung im Z. wird die Arbeit nach der Zeit, in der gearbeitet wird, bezahlt. Der Z. ist durch den -> **Leistungslohn** zurückgedrängt, da er keinen Anreiz zur Leistungssteigerung bietet. Es wird versucht, durch Zahlung von Prämien an Zeilöhner das Leistungsprinzip auch in die Bezahlung im Z. hineinzutragen. (-> **Prämienzeitlohn, -> Prämienwesen, Arbeitspolitik, -> Lohnsystem**)

**ZEITNORMATIV:** Das Z. dient zur Ermittlung der -> **TAN**. Ein Arbeitsvorgang wird zeitlich und organisatorisch analysiert (-> **Arbeitsstudie**). Dabei wird er in kleinste Teile zerlegt, deren Zeitdauer mit der Stoppuhr gemessen wird. Die Zeit wird nicht bei Durchschnittsarbeitern, sondern bei -> **Aktivisten** gemessen. Das Ergebnis sind dann Z. Sind die Z. für einen Arbeitsgang ermittelt, so kann die Zeitdauer anderer Arbeitsgänge, nachdem sie in gleicher Weise zerlegt sind, durch Addition entsprechender Z. festgelegt werden. (-> **Normative**)

**ZEITSCHRIFTEN:** Die Z.-Produktion der SBZ ist wie die -> **Presse** und das -> **Verlagswesen** von Partei und Staat gelenkt und kontrolliert. Da fast alle Z. «amtlichen» Charakter und Fachmonopol haben, gab es 1956 nur noch 409 (Bundesrepublik 1955: 5630). Die Uniformierung ist in folgenden vergleichbaren Sachgruppen besonders bemerkenswert:

SBZ 1956 BRD 1955

Religion, Theologie, Kirche ...	2	646
Kunst und Kultur	15	217
Erziehung, Unterricht, Jugend . .	35	262
Sport.....	32	284

**ZENSUR:** Dem Wortlaut der -> **Verfassung** nach «findet» in der SBZ «Pressezensur nicht statt», sind «die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre frei». Doch wird, wie auch im Dritten Reich und in vielen anderen «modernen» totalitären Herrschaftsformen, eine sehr wirksame Z. in der Form der Zulassung, Anleitung und Kontrolle der Verlage, Lektoren, Redakteure, Kulturschaffenden ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt.

Die Vor- und Nach-Z. durch die **SMAD (-> Besatzungspolitik)** wurde von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben; im gleichen Mass gingen die Kontrollfunktionen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über. Ihre Beteiligung an der Besetzung von Schlüsselstellungen, an den Planungen (z. B.) der Verlage geht jedoch im allgemeinen und im einzelnen so weit, dass sie einer Vor-Z. im Effekt nicht nachsteht. Auch sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mussten. Die Nach-Z. geschieht häufig in der Gestalt einer öffentlichen -> **Kritik und Selbstkritik**, die auch durch gelenkte «spontane» Missfallensäusserungen der «Werk tätigen» erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt. Unter dem Druck dieser Z. «neuen Stils», an deren Ausübung auch die Fachverbände, so für den Bereich der -> **Literatur der Deutsche -> Schriftsteller-Verband**, teilhaben, hat ein Autor wie -> Brecht z. B. sein «Verhör des Lukullus» ändern müssen, so dass davon eine unzensierte und eine «zensierte» Fassung existieren.

**ZENTRAG:** Abk. für «Zentrale Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft m.b.H.», den Presse- und Verlagstrust der -> **SED**, mit dem diese fast vollständig die -> **Presse**, das -> **Verlagswesen** und den -> **Buchhandel** der SBZ beherrscht. Die hohen Gewinne vereinnahmt die SED (- **VOB**).

**ZENTRALHAUS FÜR VOLKSKUNST:** -> **Laienkunst**.

**ZENTRALINSTITUT FÜR BIBLIOTHEKSWESEN:** -> **Bibliotheken**.

**ZENTRALSCHULEN:** **Schule**.

**ZENTRALSTELLE FÜR TIERZUCHT:** Am 1. 1. 1953 mit Sitz in Berlin errichtete staatl. Lenkungs- und Kontrollstelle für das gesamte Herdbuch-, Leistungsprüfungs- und Körwesen in der Tierzucht. Organe der Z., die zunächst juristische Person und Rechtsträger von «Volkseigentum» war, sollten bei den Räten der Bezirke zu schaffende «Aussenstellen für Tierzucht» werden, mit jeweils 3-6 Kreise umfassende «Bezirksaussenstellen». Seit 1.4.1954 ist die Z. dem Min. f. Land- und Forstwirtsch. eingegli. Diesem unterstellt wurden gleichzeitig die in den 5 Landeshauptstädten bestehenden «Aussenstellen für Tierzucht» als «Tierzuchtinspektionen». Letztere erhielten die Aufgabe, bei den Räten der Kreise Nebenstellen einzurichten.

Dieser staatlich autoritäre Apparat bedeutet das Ende der zwar nach 1945 mit Genehmigung der -> SMAD wieder ins Leben gerufenen, aber bereits ab 1948 der «VdgB gleichgeschalteten privaten Züchterverbände in der SBZ.

**ZENTRALSTELLE FÜR WISSENSCHAFTLICHE LITERATUR:** Vermittelte und kontrollierte früher alle Bestellungen wissenschaftlicher Literatur aus der Bundesrepublik und dem «kapitalistischen» Ausland («**Bibliotheken**) und gab Bibliographien, Referate und Übersetzungsnachweise aus den Literaturen des Ostblocks heraus; heute vornehmlich Dokumentationsdienst auf technischem, natur- und gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet. Zeitschrift: «Dokumentation».

**ZENTRALVERWALTUNG:** «**DWK. ZEUGEN JEHOVAS:** «**Jehovas Zeugen.**

**ZILLER, GERHART:** \*19.4.1912 in Dresden als Sohn eines Arbeiters, gest. 14. 12. 1957 in Berlin. Volksschule, Elektromonteur und technischer Zeichner. 1927 «**KJVD, 1930**» KPD, bis 1933 Redakteur an komm. Zeitungen. In der NS-Zeit Zuchthaus und KZ, später Arbeiter in einer Maschinenfabrik. 1945 Stadtrat in Meissen, Aug. 1945 Hauptabteilungsleiter für Industrie in der sächsischen Landesverwaltung, April 1949 sächs. Minister für Industrie und Verkehr, Nov. 1950 Minister für Maschinenbau der «DDR», von Febr. 1953 bis Jan. 1954 Minister für Schwermaschinenbau. Juli 1953 bis zu seinem Tode Mitgl. und Sekretär für Wirtschaftspolitik des «**ZK** der «**SED.** Ab Aug. 1953 Abgeordneter der «**Volkskammer.** Z. verübte am 14. 12. 1957 Selbstmord und wurde im Febr. 1958 beschuldigt, zur «partei-feindlichen Gruppe «**Schirdewan, «Wollweber** u. a.» gehört zu haben.

**ZIRKEL:** Die Bildung von Z. ist in der politischen Externatsschulung der «**Parteien** und «**Massenorganisationen**, insbes. der «**SED** («**Parteilehrjahr**) üblich. Ein Z. umfasst etwa 10 bis 20 Personen aus dem gleichen Betrieb bzw. Wohnbezirk von ungefähr gleicher politisch-ideologischer Vorbildung. An den Z.-Abenden wird der vorgeschriebene Lehrstoff mit einem Z.-Leiter seminaristisch durchgearbeitet. In der «**FDJ** und bei den «**Jungen Pionieren** bestehen **Spezial-Z.**, so z. B. die Z. junger Sozialisten, Z. junger Techniker, Agronomen usw. («**Schulung**)

**ZIRKUS:** Auf Anordnung des Ministers für Kultur vom 22. 12. 1959 [GBl. II, Nr. 4/1960] wurde mit Wirkung vom 1. 1. 1960 aus den bisherigen «**VEB Z. Barlay und Busch**

der **VEB Zentral-Z.** gegründet und dem Ministerium für Kultur unterstellt. Struktur- und Stellenpläne sind nach den «staatlichen Auf-Saben des Zentral-Z.» aufzustellen, er Z. hat die Aufgabe, «entsprechend den Weisungen des «**Ministeriums für Kultur** das sozialistische Veranstaltungswesen der Z.-Kunst und ähnlichen Genres nach den Bedürfnissen der Werk-tätigen vielfältig zu entwickeln». Die Programme müssen übereinstimmen «mit den politischen und ökonomischen Schwerpunktaufgaben und den Volkswirtschaftsplänen». Der Zentral-Z. übt «die Funktion der kulturpolitischen Anleitung und Koordinierung der Programmgestaltung und Tourneepplanung einschliesslich der Auslandstätigkeit der ihm nicht unterstellten volkseigenen und der privaten Z. aus». Der Direktor des Zentral-Z. wird vom Ministerium für Kultur ernannt und abberufen. In enger Zusammenarbeit mit der «**BGL** ist er verantwortlich für die «Erfüllung und Übererfüllung des Planes». Jährlich ist ein «**Betriebskollektivvertrag** abzuschliessen. Alle Mitarbeiter sollen an **sozialistischen** «**Wettbewerb** teilnehmen, «**Neuerermethoden** anwenden und ökonomische Konferenzen veranstalten. Alle noch bestehenden privaten Z.-Unternehmen in der SBZ benötigen auf Grund einer Verordnung vom 7. 2. 1958 eine staatliche Lizenz.

**ZITTAU:** Stadt im sächsischen Bezirk «**Dresden**, Kreisstadt, am Nordrand des Lausitzer Gebirges, am Zusammenfluss von Görlitzer Neisse und Mandau, am südlichen Ende der «**Oder-Neisse-Linie** mit 43 743 Einwohnern (1959), vier alte Kirchen (13./15.Jh.); Mittelpunkt des südostsächsischen Textilindustriegebietes, ausserdem Textilmaschinen- und Fahrzeugbau, Metallwaren- und «**chemische Industrie**, im Becken um Z. Braunkohlenbergbau.

**ZIVILGESETZBUCH:** In dem vom Justizministerium aufgestellten Perspektivplan zur Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages («**Justizreform**) ist auch ein neues Z. vorgesehen, das am 1.1. 1962 in Kraft treten soll. Es ist jedoch bei dem derzeitigen Stand der Arbeiten an dem neuen Z. sehr unwahrscheinlich, dass dieser Termin eingehalten wird, da noch nicht einmal Einigkeit über die wichtigsten Grundsätze erzielt werden konnte. Das Z. soll das bisher noch gültige BGB, das als ein «Hemmnis der Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewusstseins und des sozialistischen Rechts und damit des weiteren Aufbaus des Sozialismus» bezeichnet wird, ausser Kraft setzen. Ziel des neuen Z. ist, ein «echtes

sozialistisches Gemeinschaftsleben herauszubilden». Das Z. soll deshalb die persönlichen Lebensverhältnisse der Bürger «aufbauend auf der Moral der Arbeiterklasse nach den Grundsätzen des kameradschaftlichen Zusammenlebens und der gegenseitigen Hilfe regeln». Es soll den Schutz der Interessen der Bürger gewährleisten und ihnen helfen, «den engen und beschränkten bürgerlichen Rechts-horizont zu überschreiten, aus ihrem Bewusstsein und ihren Lebensgewohnheiten die Überreste des kapitalistischen Bewusstseins auszurotten und sie auf die Höhe der bewussten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu heben» (Ulbricht laut «Staat und Recht», 1959, S. 615).

Nicht Gegenstand des Z. werden die Beziehungen der sozialistischen Wirtschaftsorgane untereinander sein, die einen besonderen Zweig des Rechtssystems der SBZ bilden. (-> **Vertragsgesetz**, -> **Wirtschaftsgesetze**)

**ZIVILPROZESS:** Die im Perspektivplan des Justizministeriums (-> **Justizreform**) vorgesehene neue Z.-Ordnung soll am 1. 1. 1963 in Kraft treten. Bis dahin bleibt die deutsche ZPO vom 30. 7. 1877 noch formell geltendes Recht. Das bisherige Z.-Recht ist aber schon in den vergangenen Jahren durch neue gesetzliche Bestimmungen und durch die gerichtliche Praxis grundlegend verändert worden.

Die wichtigsten Neuerungen brachten das Gerichtsverfassungsgesetz vom 2. 10. 1952 (-> **Gerichtsverfassung**) und die im Anschluss hieran ergangene -> **Angleichungs-VO.** Entsprechend dem dreistufigen Gerichtsaufbau gibt es nur noch zwei Instanzen. Die erste Instanz für fast alle Zivilsachen ist das Kreisgericht. Nur die Verfahren, in denen eine Partei Träger gesellschaftlichen Eigentums ist und der Streitwert 3'000 DM Ost übersteigt, gehören zur Zuständigkeit des Bezirksgerichts. Das Bezirksgericht ist ausserdem Berufungsinstanz für die Entscheidungen des Kreisgerichts. Gegen die erstinstanzlichen Urteile des Bezirksgerichts ist die Berufung an das Oberste Gericht möglich. Wie in Strafsachen ist das -> **Oberste Gericht** ausserdem Kassationsgericht (-> **Kassation**).

Der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte entzogen sind die Streitigkeiten zwischen -> **sozialistischen Betrieben** aus Lieferungs- und Leistungsverträgen. Diese Verfahren gehören vor das **Staatliche -> Vertragsgericht**. Mit der fortschreitenden Sozialisierung der Wirtschaft (**Landwirtschaftliche -> Produktionsgenossenschaften, Handwerk**) und dem ständigen Rückgang des Anteils der privaten Betriebe an der

Produktion (-> **Privatwirtschaft**) und des Privathandels an den Gesamt-handelsumsätzen (-> **Handel**) hat daher die Zahl der Z. in den letzten Jahren ständig abgenommen. Die Zivilkammern des Kreisgerichts und die erstinstanzlichen Zivilsenate des Bezirksgerichts sind mit einem Berufsrichter als Vorsitzendem und zwei mit vollen richterlichen Befugnissen versehenen -> **Schöffen** besetzt.

Die Aufgaben des früheren Rechtspflegers insbesondere im Mahnverfahren und in der -> **Zwangsvollstreckung** sind dem Sekretär (-> **Sekretäre der Gerichte**) übertragen worden (§§ 28 ff. der Angleichungs-

Für alle Verfahren in erster Instanz gelten gemäss § 38 der Angleichungs-VO die Bestimmungen der §§ 495 ff. der ZPO. Vor dem Bezirksgericht findet jedoch keine Güteverhandlung statt. Ein Verfahren vor dem Einzelrichter gibt es in erster Instanz nicht.

Neu geregelt ist das Verfahren in Ehesachen durch die Eheverfahrensordnung vom 7.2. 1956 (-> **Eherecht**).

Anwaltsvertretung ist in allen Berufungsverfahren notwendig. Das Gericht kann jedoch von der Vorschrift des Anwaltszwanges befreien. VEB können sich im Anwaltsprozess durch eigene Angestellte vertreten lassen.

Neben dem Recht, die Kassation rechtskräftiger Entscheidungen zu beantragen, kann der Staatsanwalt gemäss § 20 des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft vom 23. 5. 1952 (GBl. S. 408) «zum Zwecke der Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit» in jedem Zivilrechtsstreit durch Einreichung von Schriftsätzen und Teilnahme an den Verhandlungen mitwirken. Diese Mitwirkung ist in allen Rechtsstreitigkeiten erforderlich, die gesellschaftliches Eigentum und das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen» betreffen. (-> **Staatsanwaltschaft**). Im künftigen Z. soll die Stellung des Staatsanwaltes noch stärker sein. Er soll ein eigenes Klage-, Antrags- und Rechtsmittel recht erhalten.

über die gesetzgeberischen Massnahmen hinaus sind die formell weiter geltenden Vorschriften der Z.-Ordnung mit einem «neuen Inhalt» erfüllt worden. Ausgehend von den im § 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes niedergelegten Aufgaben der Rechtsprechung (-> **Rechtswesen**), sind der Verhandlungs- und der Verfügungsgrundsatz, auf denen der deutsche Z. beruht, beseitigt worden. («Die noch geltenden alten Normen sind kein Hindernis dafür, die Zivilverfahren in sozialistischer Weise durchzuführen», Nathan, Neue Justiz

1959, S. 592.) Die Gerichte haben von sich aus die objektive Wahrheit zu ermitteln. Sie sind dabei nicht an die Beweisanträge der Parteien gebunden. Durch den neuen «sozialistischen Arbeitsstil» wird das Gericht aus der weitgehend passiven Rolle des Schiedsrichters herausgeführt. Es wird auch im Z. zu einem «aktiv handelnden Staatsorgan, das mit seiner rechtssprechenden Tätigkeit staatliche Leistungsfunktionen verwirklicht, indem es in enger Zusammenarbeit mit den -> **örtlichen Organen** aktiv zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hauptaufgabe beiträgt». Das Gericht bestimmt selbst den Umfang der Untersuchungen und deckt dadurch «die gesellschaftlichen Hintergründe der auftretenden Konflikte auf und beseitigt die hemmenden Ursachen selbst oder mit Hilfe der örtlichen Organe und des Staatsanwaltes». Es darf keine Anerkennnisse und Versäumnisurteile oder Vergleiche geben, die nicht im Einklang mit der Rechts- und Gesellschaftsordnung der «DDR» stehen. Schon vor dem eigentlichen Z. ist eine «gesellschaftliche Tätigkeit zur Beseitigung des Konfliktes und seiner Ursachen» zu entfalten. Hierbei sind neue Formen zu entwickeln, durch die «die gesellschaftlichen Kräfte in noch grösserem Umfange in die Lösung ziviler Rechtsstreitigkeiten einbezogen und so die Werktätigen befähigt werden, ihre Angelegenheiten selbst im Prozess der gegenseitigen -> **gesellschaftlichen Erziehung** zu lösen». Z. mit einem geringen Streitwert und einem einfachen Sachverhalt sollen so ausserhalb des Gerichtsverfahrens erledigt werden. Flüchtlingen darf das -\*\* **Armenrecht** nicht bewilligt werden. Sie sind nicht mehr legitimiert, über ihr in der SBZ gelegenes Vermögen Prozesse zu führen. [430]

**ZK:** Abk. für Zentralkomitee der -> **SED**. Das ZK «... ist zwischen den Parteitag das höchste Organ der Partei . . .» (Statut der SED im: «Protokoll des IV. Parteitages», Dietz-Verlag, Berlin 1954, S. 1129). Das von den Delegierten des V. Parteitages im Juli 1958 gewählte ZK hat 111 Mitgl. und 44 Kandidaten. Es wählt das Politbüro, das -> **Sekretariat des ZK der SED** und die Zentrale -> **Parteikontrollkommission**. Das ZK soll mindestens alle vier Monate tagen. Gemäss Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitag «Parteikonferenzen» einzuberufen. Die eigentliche Parteiführung und politische

Macht liegt jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende **Beschlüsse** annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des -> **Politbüros**, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. Im ZK- -**Apparat** sind insgesamt rd. 2'000 Personen beschäftigt. Die Umbenennung des früheren Parteivorstandes der SED in ZK im Juli 1950 erfolgte im Zuge der Angleichung der Struktur der SED an die der - **KPdSU**. Während der Parteivorstand in den ersten Jahren noch acht- bis zehnmals jährlich zusammentrat, wurde das ZK bis zu -> **Stalins Tod** nur noch selten einberufen.

Seit Sommer 1953 finden vierteljährlich Plenartagungen statt, an denen ausser den Mitgl. und -**Kandidaten** des ZK auch hohe Funktionäre der -> **Massenorganisationen** sowie der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, die der SED angehören, neuerdings auch Aktivisten, LPG-Bauern und Wissenschaftler teilnehmen. Die Sitzungen des ZK haben den Charakter von Arbeitstagungen, in deren Rahmen das Politbüro die von ihm ausgearbeitete jeweilige «Parteilinie» zum Beschluss erheben lässt und ein Erfahrungsaustausch der Funktionäre über Erfolge und Schwierigkeiten stattfindet.

Seit einigen Jahren bestehen beim ZK ständige Kommissionen, z. B. für Aussenpolitik, Staats- und Rechtsfragen, Agitation und Propaganda. Zu bestimmten Zwecken werden ausserdem zeitweilige Kommissionen gegründet. Diesen Kommissionen gehören sowohl die jeweils zuständigen Mitgl. und Kandidaten des ZK als auch die entsprechenden Mitarbeiter des ZK-Apparates und Fachleute aus dem -> **Staatsapparat**, den Massenorganisationen und anderen Institutionen an. [331,333,335]

**ZKK:** Abk. für Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. (-> **Kontrollkommission**)

**ZOLLE:** Da in der SBZ die gesamten Ein- und Ausfuhren über die staatlichen bzw. sowjetischen Handelsorgane gehen, ist die Zollkontrolle im bisherigen Sinne überflüssig geworden. Im Unterschied zur Bundesrepublik gilt noch der alte Mengenzolltarif.

Mit dem 1. 1. 1951 wurden bei den Hauptzoll- und Zollämtern die Abt. für indirekte Steuern ausgelgliedert und den zuständigen Landesfinanzdirektionen und -> **Finanzämtern** unterstellt.

Die Abt. für Grenzkontrollen (Zollämter) wurden durch Verordnung vom 28.8. 1952 als selbständige Organe aufgelöst und dem neuen **Amt für -> Zoll- und Kontrolle des Warenverkehrs** unterstellt.

**ZOLL UND KONTROLLE DES WARENVERKEHRS, AMT FÜR (AZKW):** Mit VO vom 28. 8. 1952 (GBl. 1952 Nr. 121) errichtete einheitliche Institution beim **-> Ministerium für Aussehenhandel und Innerdeutschen Handel** sowohl für die Durchführung der Aufgaben der Zollämter – soweit solche noch zu erfüllen sind – wie der Kontrolle des Waren- und Zahlungsverkehrs im Zusammenhang mit dem Aussen- und Innerdeutschen (Interzonen-)Handel. Dieses Amt umfasst

1. den ehem. Dienstzweig «Zoll\* des Ministeriums der Finanzen – Abgabenverwaltung – als Hauptverwaltung Zoll (Überwachung und Sicherung des planmässigen Zollverkehrs zwischen der SBZ und dem Auslnd);

2. das ehem. «Amt für Kontrolle des Warenverkehrs» als Hauptverwaltung Warenkontrolle (Durchführung ähnlicher Aufgaben wie die Hauptverwaltung Zoll an der Zonengrenze und den Sektoren-

Benzen in Berlin). Dem AZKW wurden eine Reihe Hauptzollämter und Zollämter angegliedert. Den Hauptzollämtern wiederum unterstanden die Binnen- und Grenzzollämter (bei den Grenzzollämtern unterscheidet man Eisenbahn-, Wasser- und Luftzollämter). Die Hauptzollämter wurden im Sommer 1953 neben mehreren unbedeutenden Zollämtern aufgelöst und ihre Funktionen den neuerrichteten Bezirkszollämtern übertragen. Die Zollämter sind organisatorisch den Bezirkszollämtern unterstellt. Sowohl Zollämter als auch Bezirkszollämter erhalten ihre dienstlichen Weisungen unmittelbar vom AZKW in Berlin. Durch diese Zentralisierung soll eine bessere Kontrollmöglichkeit erreicht werden.

Weiterhin gehören zu den Aufgaben des AZKW die Kontrolle der tin- und Ausfuhr von **-> Devisen. (-+ Zölle)**

**ZONENGRENZE: -> Demarkationslinie, Staatsgrenze West, -> Grenzübergänge.**

**ZOOTECHNIKER:** Dienstbezeichnung eines «Spezialisten» im Bereich der tierischen Produktion der Landw. (analog dem **-> Agronom** im Bereich der pflanzl. Produktion). Steht mit planender, beratender oder organisatorischer Funktion im Dienst des «sozialistischen Sektors» der Landw. (**-> LPG, -> MTS, -> VEG**). Hier wird die Arbeit des Z. wegen Kompetenzstreitigkeiten zunehmend von Agronomen übernommen, so dass die Tätigkeit des Z. sich mehr auf die Aufgaben innerhalb der Behörden und Institute erstreckt. Obwohl die Dienstbezeichnung an keine besondere Ausbildung geknüpft ist, werden unterschieden: Z. als Absolventen von Fachschulen für Land-

wirtschaft (staatl. gepr. Landwirte), von Spezialschulen und von Hochschulen (Diplom-Landwirte).

**ZPKK:** Abk. für Zentrale **-> Parteikontrollkommission.**

**ZR:** Abk. für Zentralrat der **-> FDJ.**

**ZSGL:** Abk. für Zentrale Schulgruppenleitungen, **-> FDJ.**

**ZÜCHTER, VERDIENTER:** Ehrentitel, der mit Medaille, Urkunde und Prämie bis zu 10'000 DM Ost für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Tier- und Pflanzenzucht verliehen wird. **Auszeichnungen)**

**ZUWACHSRATE, INDUSTRIELLE:** Seit 1958 stellt die Propaganda der SED immer erneut heraus, dass die jährliche IZ. in der SBZ schneller wachse als in der Bundesrepublik. Damit sei die «Überlegenheit» der SED-Planwirtschaft bewiesen. Eine formale Gegenüberstellung der jährlichen Steigerungsraten scheint diese Behauptung zu stützen:

Jährl. Zuwachsraten der Industrie

Jahr	(in v. H. jeweils gegenüber dem Vorjahr)	
	BDR	SBZ
1955	+ 14	+ 8
1956	+ 8	+ 6
1957	+ 6	+ 7
1958	+ 3	4- 11
1959	+ 7	+ 12

(Quellen: Statist. Jahrbücher der Bundesrepublik und der SBZ)

Die Erklärung für diese Entwicklung liegt darin, dass die SBZ als Folge der Sowjet. Besatzungs- und Reparationspolitik (**-> Reparationen**) bis 1953/54 einen im Vergleich zur Bundesrepublik sehr niedrigen Produktionsstand hatte. Der Rückstand betrug damals mehr als ein Drittel. Erst nach Wegfall der Reparationsleistungen setzte in der Zone eine stärkere Investitionstätigkeit ein, die sich ab 1958 in einer sehr beachtlichen Steigerung der Produktion und der jährlichen Zuwachsraten auswirkten. In der Bundesrepublik war zu dieser Zeit die Produktion bereits voll entfaltet, so dass die Steigerungsraten verständlicherweise nicht so hoch waren. Aus den Steigerungsraten in der SBZ geht lediglich hervor, dass die Zone jetzt beginnt, gegenüber dem noch immer bestehenden Vorsprung der Bundesrepublik (**-> Produktivität**) etwas aufzuholen. Die sowjetzonalen Zahlen enthalten ausserdem in gewissem Umfang Doppelzählungen, da die **-> Statistik** der SBZ nach «Bruttoproduktionswerten», die Statistik der Bundesrepublik jedoch nach Nettowerten rechnet.

**ZWANGSARBEIT:** -> **Arbeitsverpflichtung.** (-> **Haftarbeitslager**)

**ZWANGSKOLLEKTIVIERUNG:** Im Westen verwendeter Begriff, der den Druck auf die Bauern zum Eintritt in die -> LPG allgemein, besonders aber die SED- -> **Kampagne** «sozialistischer Fröhling» bezeichnet, in der März/April 1960 rd. 250'000 Einzelbauern in LPG zusammengeschlossen wurden, womit nach -> **Ulbricht** «in der DDR die Befreiung der Bauern beendet» worden ist. Das Prinzip der -> **Freiwilligkeit** des Eintrittes in die LPG wurde durch zahlreiche Erpressungsmethoden im Rahmen einer planmäßigen -> **Agitation** gröblich missbraucht, wogegen die westliche Welt scharfe Proteste eingelegt hat. Als Motive für die parteiämtlich gelenkte Durchführung der Z. sind anzusehen: Schaffung vollendeter Tatsachen mit aussenpolitischer Zielsetzung; Beseitigung von Widersprüchen im System der kommun. Agrarpolitik; Gewinnung von tüchtigen Landwirten und Betriebsmitteln (vor allem Vieh) für die LPG. Propagandistisch wurden während der grössten Z. durch die These **vom Bauernlegen** in Westdeutschland Ablenkungsversuche unternommen. (-> **Kollektivierung**) [785]

**ZWANGSVOLLSTRECKUNG.**-Zuständig für fast alle Massnahmen und Entscheidungen in Z.-Sachen einschliesslich der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung ist gemäss den §§ 29 und 31 der «VO zur Angleichung von Verfahrensvorschriften auf dem Gebiet des Zivilrechts an das Gerichtsverfassungsgesetz» vom 4. 10. 1952 (GBl. S. 988) der Sekretär beim Kreisgericht (-> **Gerichtsverfassung, -> Angleichungsverordnung, -> Sekretäre der Gerichte**). Vollstreckungshandlungen gegen Rechtsträger von «Volkseigentum» bedürfen einer besonderen Genehmigung des übergeordneten Organs des schuldenden VEB oder der schuldenden Dienststelle.

Alle Schuldtitel, die in West-Berlin oder der Bundesrepublik erlassen sind, müssen vor Einleitung der Z. vom -> **Gerichtsvollzieher der Justizverwaltungsstelle** des Bezirks zur Genehmigung vorgelegt werden. Ein Geldanspruch in DM West wird im Verhältnis 1: 1 in DM Ost vollstreckt. Das eingezogene Ostgeld ist für den West-Gläubiger auf ein -> **Sperrkonto** bei der -> **Notenbank** einzuzahlen. Ein Transfer dieses Geldes nach dem Westen ist nicht zulässig.

Die Z. gegen -> **Umsiedler** aus westdeutschen Schuldtiteln ist grundsätzlich unzulässig, wenn es sich um Forderungen westdeutscher oder West-Berliner Firmen aus Teilzahlungsgeschäften handelt. Unzu-

lässig ist auch die Z., die ein Flüchtling gegen einen in der SBZ wohnenden Schuldner betreiben will. Eine umfassende Neuordnung des Lohnpfändungsrechts hat die VO über die Pfändung von Arbeitseinkommen vom 9. 6. 1955 (GBl. S. 429) gebracht.

Das Offenbarungseidverfahren gibt es noch, es hat jedoch praktisch an Bedeutung dadurch verloren, dass Haftbefehle gegen Schuldner, die die Vermögenserklärung nicht abgeben wollen, nicht mehr vollstreckt werden. Das Gerichtsvollzieherwesen ist durch die Verordnung vom 4. 10. 1952 (GBl. S. 993) neu geregelt worden.

**ZWEIG, ARNOLD:** \* 10.11.1887 in Glogau als Sohn eines Sattlermeisters, Gymnasium, Studium der Rechtswiss., Philosophie und Literaturgeschichte u. a. in Breslau, Berlin, freier Schriftsteller, Dichter, Dramatiker, lebte in Starnberg und in Berlin. 1933 Emigration in die Schweiz, nach Frankreich und dann nach Palästina.kehrte auf Veranlassung -> **Bechers** 1949 nach Deutschland zurück, ist seit Nov. 1949 Vizepräsident des -> **Kulturbundes**, von 1950-1952 Präsident, später Vizepräsident, seit 1957 Ehrenpräsident der **Deutschen -> Akademie der Künste** in Ost-Berlin. Seit 7. 10. 1949 Abgeordneter der -> **Volkskammer**, Dr. phil. h. c. Veröffentlichungen: «Der Streit um den Sergeanten Grischa», «Erziehung vor Verdun», «Einsetzung eines Königs», «Das Beil von Wandsbek». «Die Zeit ist reif» u. a. [501]

**ZWEIJAHRPLAN:** Erster Wirtschaftsplan der SBZ, unterteilt in zwei «Volkswirtschaftspläne» 1949 und 1950. Wurde durch die Planabteilung der -> DWK aufgestellt und durch die **Staatliche -> Plankommission** korrigiert und ergänzt. Die Planziele waren niedrig angesetzt und wurden den amtlichen Berichten zufolge im allgemeinen erfüllt. Der Z. wurde ohne genaue Kenntnis der Produktionskapazitäten aufgestellt und ist als ein erster Planungsversuch zur Vorbereitung des ersten -> **Fünfjahresplanes** (1951 bis 1955) zu betrachten. (-> **Planung**)

**ZWEITER WEG:** Ausdruck des Pi. im Zusammenhang mit der Propaganda für die **Sozialistische -> Rekonstruktion**. Während anfangs, d. h. seit Frühjahr 1959, die Produktivitätssteigerung durch die Verbesserung der Produktionseinrichtungen unter Einsatz von Investitionsmitteln als «der erste Weg der Sozialist. Rekonstruktion» und die Zusammenfassung der sonstigen Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (-> **Arbeitspolitik, -> Produktionspropaganda, -> Arbeitsnormen, -> Lolinsystem**,



**Sozialistischer -> Wettbewerb, Sozialist. -> Gemeinschaften) als** «zweiter Weg der Sozialist. Rekonstruktion» bezeichnet wurde, erklärt die SED seit Mitte 1960, die «sozialistische Rekonstruktion» mit Hilfe von Investitionsmitteln sei nunmehr der «Zweite Weg»; wörtlich heisst es:»Inzwischen wurde die Einbeziehung aller Werktätigen und die Aufdeckung betrieblicher Reserven als der Hauptweg der sozialistischen Rekonstruktion erkannt.» Das bedeutet, dass die sog. Rekonstruktion in erster Linie durch die Invensivierung der Arbeitsleistung erreicht werden soll.

**ZWICKAU:** Stadtkreis im sächsischen Bezirk -> **Chemnitz**, Kreisstadt an der Zwickauer Mulde, mit 129 394 Einwohnern (**1959**) viergrößte Stadt Sachsens und jüngste Grossstadt der SBZ; alte Bergstadt; spätgotische Marienkirche (12./16. Jh., seit **1935** Dom), Katharinenkirche (13./15. Jh.), Schloss Oberstein (13./16. Jh., seit 1775 Zuchthaus); Mittelpunkt des Zwickauer Steinkohlenreviers mit umfangreichem Steinkohlenbergbau und bedeutender Industrie: Maschinen, Kraftfahrzeuge (vorm. Auto Union), Textilien, Grubenlampen, Keramik; Ratsschulbibliothek, Theater, Stadt. Museum, Geburtshaus Robert Schumanns.

## ZEITAFEL

### SBZ von 1945-1960

#### 1945

8. Mai Kapitulation der Wehrmacht. Vorläufige -> **Demarkationslinie** zwischen den anglo-amerikanischen und den sowjetischen Truppen.
17. Mai Sowjetischer Stadtkommandant setzt Magistrat für Gross-Berlin ein. (-> Berlin)
5. Juni Die vier alliierten Oberbefehlshaber treffen eine «Feststellung für das Kontrollverfahren in Deutschland\*. Der -> **Kontrollrat** und die Kommandantur für Berlin werden gebildet. (-> **Besatzungspolitik**)
9. Juni Die -\* **SMAD** wird gebildet.
11. Juni Erster Aufruf der -> **KPD**.
13. Juni Der->- FDGB wird für die SBZ und Gross-Berlin gegründet.
15. Juni Gründungsaufruf der ->- **SPD**.
26. Juni Gründungsaufruf der -\* **CDU**.
1. Juli Sowjettruppen besetzen die von den USA und Grossbritannien eroberten Gebiete -> **Mecklenburgs**, -> **Thüringens**, ->- **Sachsen-Anhalts** und -> **Sachsens**.
3. Juli Amerikaner und Engländer besetzen die Westsektoren ->-**Berlins**. Die SMAD befiehlt die Errichtung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen. (-\* **Regierung und Verwaltung**)
4. Juli Der «Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands\* wird gegründet. (**Deutscher -> Kulturbund**)
5. Juli Die -> LDPD wird gegründet.
11. Juli Interalliierte Militärkommandantur übernimmt Aufsicht über Berliner Verwaltung. (-> Berlin)
14. Juli KPD, CDU und LDPD bilden die «Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien\*. (-> **Blockpolitik**)
23. Juli Beschlagnahme aller Bankguthaben in Berlin und der SBZ und Schliessung aller Banken durch die Sowjets werden bestätigt. (-> Bankwesen)
25. Juli Die SMAD errichtet «Deutsche Zentralverwaltungen\*. (-> **Regierung und Verwaltung**)
- Die Potsdamer Konferenz wird beendet. (->- **Besatzungspolitik**)
2. Aug. Frankreich tritt dem -\* **Potsdamer Abkommen** bei.
4. Aug. Die SMAD erlässt einen Befehl über Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Damit ist eine Verhaftungswelle verbunden.
27. Aug. Der -> **Kontrollrat** übernimmt die gesamte Regierungsgewalt in Deutschland.
30. Aug. Für Sachsen wird die sog. ->- **Bodenreform** beschlossen. Die übrigen Länder folgen.
31. Aug. Private Versicherungsunternehmen werden verboten und durch Anstalten öffentlichen Rechts ersetzt. (-> **Sozialversicherungs- und Versorgungswesen**)
15. Sept.

17. Sept. Durch Aufhebung bestehender Gesetze wird das Berufsbeamten-tum abgeschafft. (-> Beamte)
3. Okt. Durch «Entnazifizierung\* der Justizbediensteten wird die Vor-aussetzung für die Bolschewisierung des Richterstandes ge-schaffen. (-> Rechtswesen)
8. Okt. Durch VO werden in Sachsen die ersten Volkslehrer berufen.  
(-> Erziehungswesen)
9. Okt. Erst in Berlin, später in den Ländern und Kreisen der SBZ wer-den «Arbeitsgemeinschaften\* zwischen -> KPD und ->- SPD ge-gründet. (-> SED)
18. Okt. Die VdGB wird gegründet. (-> VdGB [BHG])
21. Okt. Neuregelung der Lebensmittelrationierung in sechs Gruppen, ausserdem Neuregelung der bäuerlichen -> Ablieferungspflicht.  
(-> Lebensmittelkarten)
22. Okt. Die SMAD räumt den Ländern ein begrenztes Gesetzgebungs-recht ein. (-> Gesetzgebung)
30. Okt. Die SMAD befiehlt umfangreiche Enteignungsmassnahmen, die Errichtung von SAG-Betrieben und die Bildung von Sequester-kommissionen. (-> Enteignung)
18. Dez. Die -> Konsumgenossenschaften werden wiedergegründet.

## 1946

20. Jan. Eine Berliner -> SPD-Konferenz spricht sich gegen die Vereini-gung mit der -> KPD aus. (-> SED)
31. Jan. Die Kranken- und Sozialversicherungskassen werden verstaat-licht und zentralisiert. (-> Sozialversicherungs- und Versorgungs-wesen)
26. Febr. Die -> **FDJ** wird gegründet.
  1. AÄärz Die Berliner-> SPD spricht sich erneut gegen die Fusion mit der -> KPD aus. (-> SED)
15. April Zwangsvereinigung von -> KPD und -> SPD zur -> SED.
17. Mai Die -> **DEFA** wird von der SMAD lizenziert.
22. Mai Sämtliche Vereine, einschliesslich der Sportvereine, werden auf-gehört, ihr Vermögen wird beschlagnahmt. (-> Sport)
31. Mai Die Kommandantur von Gross-Berlin lässt SPD und SED für ganz ->- Berlin zu.
  4. Juni Erlass eines Schulgesetzes mit dem Ziel einer «Demokratisierung der Schule\*. (-> Schule)
17. Juni In Sachsen wird eine «beratende Versammlung\* gebildet. Die anderen Länder folgen. (-> Landesregierungen)
30. Juni Sperrung der Zonnengrenze tritt in Kraft. Später wieder be-dingte Öffnung (-> Grenzübergänge). Sachsen veranstaltet einen Volksentscheid über die -> >▶ Enteignung von «Kriegsverbrechern und Naziaktivisten\*. Im Juli und August erlassen alle Landes-verwaltungen entsprechende Gesetze zur entschädigungslosen Enteignung.
20. Juli Ein Vorschlag der USA zur -> Wiedervereinigung der Besat-zungszonen wird im Kontrollrat von Frankreich und der SU ab-gelehnt. (-> Besatzungspolitik)
  1. Aug. Die «Deutsche Verwaltung des Innern\*, mit Polizeiaufgaben betraut, beginnt zu arbeiten. (->- Regierung und Verwaltung)
- 1.-15. Sept. Gemeindewahlen in der ganzen SBZ. (->-Gemeinde, ->-Wahlen)
  5. Okt. Eine Gemeindeverfassung mit demokratischer Grundordnung wird in Sachsen erlassen und von der SMAD für die ganze SBZ vorgeschrieben. (-> Gemeinde)

11. Okt. Die SMAD genehmigt die Gründung des -> ADN.
20. Okt. In der gesamten SBZ werden -> Kreis- und Landtage gewählt. In -> Berlin finden Wahlen für ein neues Stadtparlament statt.
29. Okt. Der Kontrollrat erleichtert den -> Interzonenverkehr und führt den Interzonenpass ein.
24. Nov. Der Aufbau der -> MAS beginnt.
- Anfang Dez. Die -> Landesregierungen beginnen zu arbeiten.
  
- Jan. u. Febr. Verfassungen in den Ländern werden von den Landtagen angenommen. (-> Verfassung, -> Landesregierungen)
28. Jan. Verordnungen über die Neuordnung der Sozialversicherung werden erlassen. (-> Sozialversicherungs- und Versorgungswesen)
25. Febr. Durch Gesetz des Kontrollrates wird der preussische Staat aufgelöst. (-> Regierung und Verwaltung)
13. März Wie mehrfach vordem andere Kommunisten, spricht sich -> Pieck in München gegen die -> Oder-Neisse-Linie aus.
18. April Die am 10. Februar getroffene Vereinbarung zwischen den Länderregierungen und den Deutschen Zentralverwaltungen über die einheitliche Lenkung der Wirtschaft tritt in Kraft. (-> Wirtschaftssystem)
8. Mai Wie kurz vorher oder nachher in den anderen Ländern, werden in Sachsen die Bergwerke und Bodenschätze enteignet. (-> Bergbau, -> Enteignung)
6. Juni Die Ministerpräsidenten der SBZ verlassen die in München tagende Konferenz der\*deutschen Ministerpräsidenten. (-> Spaltung Deutschlands)
14. Juni Die SMAD befiehlt die Errichtung der -> DWK.
24. Juni In Berlin wird Ernst Reuter zum Oberbürgermeister gewählt, durch sowjetischen Einspruch aber an der Ausübung seines Amtes gehindert.
30. Juni Die «Gesellschaft zum Studium der Kultur der SU\*» wird gegründet. (Später umbenannt in Gesellschaft für -> deutsch-sowjetische Freundschaft.)
21. Juli Auch die Provinzen -> Sachsen und -> Brandenburg erhalten die Bezeichnung «Land\*». (-> Landesregierungen)
23. Juli Die SED lehnt die Teilnahme am Marshall-Plan ab. (-> Wirtschaftssystem)
7. Sept. Jakob Kaiser fordert im Namen der -> CDU einen deutschen Konsultativrat und die Teilnahme der SBZ am Marshall-Plan. Kaiser hatte schon früher ähnliche Forderungen gestellt und sich gegen die SED-Herrschaft in der sog. -> Blockpolitik ausgesprochen. Er und seine Anhängerschaft in der CDU werden von der SMAD und SED zunehmend bekämpft.
1. Nov. Der Kulturbund wird im amerikanischen Sektor vor Berlin verboten. (Deutscher Kulturbund)
13. Nov. Verbot des KB im britischen und französischen Sektor von Berlin. (Deutscher -> Kulturbund)
7. Dez. Der -> Volkskongress tagt seit dem 6. Dezember in Berlin. Kaiser und Lemmer lehnen ihn für die -> CDU ab.
15. Dez. Das Vorstandsmitglied der -> CDU, -> Nuschke, spricht sich für den -> Volkskongress aus.

20. Dez. Die SMAD erklärt die Wahl Kaisers und Lemmers zu Vorsitzen- den der -> CDU für ungültig. Führungskrise der CDU, die in Zukunft gegen den Willen der Mitglieder immer mehr gleich- geschaltet wird. In der -> LDPD-Führung gab es unter Külz nicht einen entsprechenden Widerstand. (-> Blockpolitik)

### 1948

11. Febr. Ein britischer Dienstzug wird an der Zonengrenze daran gehin- dert, nach Berlin weiterzufahren. Beginn der Verkehrsschikanen auf dem Wege nach Berlin. (-> Interzonenverkehr)
14. Febr. Der Landesverband Berlin der -> LDP soll auf Wunsch der SMAD neugebildet werden, da er sich gegen den sowjetfreund- lichen Kurs des Gesamtvorstandes ausgesprochen hatte. Der Landesverband Berlin der -> CDU löst sich von der Zonen-CDU, die unter -> Nuschke und -> Dertinger ihre Selbständigkeit auf- gegeben hat.
18. März Der 2. -\* Volkskongress wird beendet. Grotewohl spricht sich für die -> Oder-Neisse-Linie aus.
30. März Die SMAD verschärft die Kontrollen des -\* Interzonenverkehrs.
1. April Weitere Verschärfungen der Bestimmungen für den Verkehr durch die SBZ. (-> Interzonenverkehr)
16. April Westliche Zeitungen dürfen in Ost-Berlin und in der SBZ nicht mehr verkauft werden. (-> Presse)
21. April Gründung der -> NDPD.
10. Mai Die evangelischen Bischöfe der SBZ verwarfen sich dagegen, dass die SMAD kirchliche Stellen zum Eintreten für politische Massnahmen veranlasst. (-> Kirchenpolitik)
3. Juni Auf Weisung der SMAD werden Ausbildungseinheiten für die spätere -> Kasernierte Volkspolizei aufgestellt.
16. Juni Ausser der NDPD genehmigt die SMAD auch die -> DBD.
18. Juni Nach weiteren Verschärfungen der Bestimmungen für den -> Interzonenverkehr wird der Personenverkehr von und nach den Westzonen völlig gesperrt.
23. Juni In West-Berlin wird die DM West eingeführt. Ost-Berlin erhält gemeinsam mit der SBZ eine getrennte -> Währungsreform.
24. Juni Sperrung aller Verbindungswege von und nach Berlin. Beginn der Berliner -> Blockade.
1. Juli Die Sowjets stellen ihre Mitarbeit in der Berliner Kommandan- tur ein. (-\* Berlin)
3. Juli Die SMAD befiehlt die Aufstellung der Kasernierten Volks- polizei.
22. Sept. Gründung der Freien Universität Berlin. (-> Hochschulen)
13. Okt. -> Hennecke begründet die -> Aktivisten-Bewegung.
22. Okt. Der «Deutsche Volksrat» billigt einen Verfassungsentwurf für eine «Deutsche Demokratische Republik». (-> Verfassung, ->-Re- gierung und Verwaltung)
3. Nov. Die -> HO eröffnet ihre ersten Läden.
11. Nov. Mit der Verhaftung von Natonek beginnt eine Verfolgungswelle gegen die -> LDP.
26. Nov. Bitterfelder Beschlüsse des -> FDGB.
30. Nov. Spaltung Berlins durch die SED.
5. Dez. Stadtverordnetenwahlen in West-Berlin. Reuter wird zum Ober- bürgermeister gewählt. (-> Berlin)
12. Dez. Der Verband der -> Jungen Pioniere wird gegründet.
21. Dez. Die drei westlichen Besatzungsmächte bilden eine eigene West- berliner Kommandantur. (-> Berlin)

**1949**

1. Jan. Beginn des -\* Zweijahrplanes, des ersten zentralen Wirtschaftsplanes.
25. Jan. Der -> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem später auch die SBZ beitrifft, wird in Warschau gegründet.
28. Febr. Auf dem 3. Parteitag der -> LDP unterwirft sich der Vorstand der SED und gibt damit die seit dem Tode von Külz spürbar gewordenen Selbstständigkeitsbestrebungen auf.
19. März Der «Deutsche Volksrat\* schlägt die Neuwahl eines 3. -> Volkskongresses vor und nimmt die von ihm bereits gebilligte Verfassung an.
29. März Die DWK ordnet die Einführung von -> TAN an.
31. März Die -> Arbeiter\* und Bauernfakultäten werden offiziell eingeführt.
12. Mai Ende der Berliner -\* Blockade.
16. Mai Der «3. Deutsche -> Volkskongress\* wird durch allgemeine Parlamentswahl, aber nach einer Einheitsliste, gewählt. Er bestätigt einen neuen Volksrat, der die Verfassung für die «DDR\* annimmt und damit als Vorparlament fungiert.
1. Sept. Das DPZI wird gegründet. (Deutsches -\* Pädagogisches Zentralinstitut)
6. Sept. Die DWK erlässt eine Bestimmung über die Apothekenreform. (-> Apotheken)
7. Sept. Die DWK errichtet eine «Hauptverwaltung für Information\*».
7. Okt. Der Volksrat beschliesst ein Manifest zur Gründung der --> Nationalen Front. Er erklärt sich selbst zur «Provisorischen Volkskammer der DDR\*. Diese beschliesst die Wahl einer «Provisorischen Regierung». Auch eine «Provisorische Länderkammer» wird gebildet. Damit ist die -> DDR gegründet. (\* Volkskammer, -> Regierung und Verwaltung)
11. Okt. -> Pieck wird -\*• Präsident der Republik.
2. Nov. Pieck und Grotewohl bezeichnen die -> Oder-Neisse-Linie als Friedensgrenze.
11. Nov. Die SMAD wird durch die -> Sowjetische Kontrollkommission (SKK) ersetzt.
8. Dez. Oberster Gerichtshof und Generalstaatsanwaltschaft der SBZ werden gebildet. (-▶ Rechtswesen)
15. Dez. Die Provisorische Regierung klärt das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten, als «volkseigen\* bezeichneten Betriebe (VEB). (-> Volkseigene Betriebe)

**1950**

- 27.u.28Jan. Die Mitglieder von -> LDP und -> CDU werden zu Loyalitätserklärungen gegenüber der «DDR» aufgefordert.
3. Febr. Für die militärischen Verbände der Volkspolizei wird K.-H. -\* Hoffmann als Generalinspekteur ernannt. (Deutsche -> Volkspolizei)
8. Febr. Durch Gesetz wird das -> Ministerium für Staatssicherheit gegründet.
17. Febr. Kardinal Graf Preysing spricht sich gegen die Mitwirkung von katholischen Geistlichen in der Nationalen Front aus. (-▶ Kirchenpolitik)
7. April Unter Druck der SED und gegen den Willen ihrer Mitglieder und verschiedener Landesvorstände beschliessen alle Parteien die Aufstellung einer -> Einheitsliste.

19. April Das Gesetz der -> Arbeit wird verkündet.
24. -30. Mai Pfingsttreffen der -> FDJ in Ost-Berlin.
6. Juni In Warschau wird eine Erklärung zur -> Oder-Neisse-Linie zwischen der SBZ-Regierung und Polen unterzeichnet.
18. Juni Die «Seepolizei» wird gebildet. (-> Polizeitruppen)
23. Juni Die SBZ und die Tschechoslowakei verzichten gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklären die Vertreibung der Sudeten-deutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig. (-> Aussenpolitik)
6. Juli Die SBZ und Polen schliessen einen Grenzvertrag. Die Oder-Neisse-Linie wird «Friedens- und Freundschaftsgrenze». Der Deutsche -> Schriftstellerverband wird gegründet.
21. Juli Grotewohl erklärt, er weigere sich in Zukunft, mit Bischof Dibelius zu verhandeln. (-> Kirchenpolitik)
24. Juli Auf dem III. Parteitag beschliesst die -> SED ein neues Statut.
4. Aug. Die West-Berliner Stadtverordnetenversammlung beschliesst eine Verfassung. (-> Berlin)
17. Aug. Die Regierung billigt den Gesetzentwurf über den -> Fünfjahrplan **1951-1955**.
6. Sept. Das Gesetz über die -> Handwerksteuer wird mit Rückwirkung zum 1.1. **1950** erlassen.
29. Sept. Die SBZ wird in den -> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgenommen.
15. Okt. -> Wahlen zur -> Volkskammer.
20. u.21.Okt. Aussenministerkonferenz der Ostblockstaaten in Prag unter Teilnahme der SBZ. (-> Aussenpolitik)
27. Okt. Das -> ZK der -> SED beschliesst eine Überprüfung der Parteimitglieder und den «Umtausch der Parteidokumente». (-> Säuberungen)
15. Nov. Grotewohl bestreitet erneut Absichten zur Kollektivierung der -> Landwirtschaft.
20. Nov. Grotewohl schlägt «Gesamtdeutschen Rat» vor. (-> Wiedervereinigung)
15. Dez. Die Volkskammer beschliesst das -> Friedenschutzgesetz.

### 11951 I

1. Jan. Beginn des 1.-> Fünfjahrplanes **1951-1955**. Der «einheitliche -> Staatshaushalt» wird eingeführt.
26. April Die Regierung überträgt Leitung und Kontrolle über die Sozialversicherung dem -> FDGB. Die fünf Versicherungsanstalten der Länder werden zu einer einzigen zusammengeschlossen. (-> Sozialversicherungs- und Versorgungswesen)
11. Juli Beginn des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Berlin. (-> Kirchenpolitik)
12. Juli Die «Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten» wird gebildet. (-> Kulturpolitik)
5. Aug. Beginn der «III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten» in Ost-Berlin. (-> Festival)
16. Aug. Der Ministerrat errichtet das «Amt für Literatur und Verlagswesen». (-> Literatur, -> Verlagswesen)
1. Sept. An den ->-Hochschulen werden das 10-Monate-Studienjahr und das von SED und FDJ gelenkte Studium eingeführt. (-> Studienlenkung)  
Eine Autobahn-Benutzungsgebühr für westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer wird eingeführt. (-> Strassenverkehr)

20. Sept. Eine Stipendienordnung für -> Hochschulen wird erlassen. (-> Stipendien)
18. Okt. Volkspolizei besetzt die zum US-Sektor von -> Berlin gehörende Enklave Steinücken.
23. Okt. Steinücken wird auf Weisung der SKK wieder geräumt. (-> Berlin)
27. Nov. Das Politbüro der SED ruft erneut alle Mitglieder und Leitungen auf, sich für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität einzusetzen. (-> Arbeitspolitik)

1952
------

1. Jan. Die -> wirtschaftliche Rechnungsführung wird eingeführt.
2. Jan. Die KVP wird auf sowjetische Waffen umgerüstet. (-> Kasernierte Volkspolizei)  
Das ^Nationale Aufbauprogramm\* beginnt. (-> Nationales Aufbauwerk)
15. Jan. Die SED tritt wegen deren augenblicklicher Unentbehrlichkeit für die Autorität auch der «bürgerlichen\* Wissenschaftler gegenüber ihren Studenten ein. (-> Hochschulen)
18. Jan. Das -> Museum für Deutsche Geschichte wird gegründet.
26. Jan. Verschleppte -> Zeiss-Spezialisten kehren aus der SU heim.
- ILFebr. Eine Anweisung über Zulassung zum Hochschulstudium wird erlassen, die politisch geeignete Bewerber bevorzugt. (-> Hochschulen)
25. Febr. Eine Anweisung über Zahlung von Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten wird erlassen. (-> Schule)
27. März Die Regierung ordnet ein Berufspraktikum aller -> Studenten an.
24. April Die Regierung ordnet eine Einschränkung der Energieversorgung an. (-> Energiewirtschaft)
28. April Die SU gibt der SBZ 66 von 213 SAG-Betrieben zurück, die in VEB umgewandelt werden. (-> Sowjetische Aktiengesellschaften)
8. Mai Dertinger kündigt die Aufstellung «nationaler Streitkräfte\* an. (-> Militärpolitik)
23. Mai Die Volkskammer beschliesst Gesetze über die Regierung der «DDR\* und über die -> Staatsanwaltschaft. (-> Regierung und Verwaltung)
26. Mai Die Regierung erlässt die Sperrzonen-Verordnung. (-> Sperrgebiet)
6. Juli Dr. Waite -> Linse wird entführt. (-> Menschenraub)
12. Juli Auf der II. Parteikonferenz der -> SED beginnt die Propagierung der LPG (Landwirtschaftl. -> Produktionsgenossenschaften). Der -> Aufbau des Sozialismus wird verkündet.
23. Juli Die Volkskammer beseitigt durch Gesetz die Länder und führt einen zentralistischen Verwaltungsaufbau ein. (-> Landesregierungen, -> Verwaltungsneugliederung)
24. Juli Die -> Bezirke werden eingerichtet und die -> Kreise unter Ausschaltung der kommunalen -> Selbstverwaltung neu organisiert. Der Ministerrat gibt Vergünstigungen der LPG gegenüber den Einzelbauern bekannt. (Landwirtschaftl. -> Produktionsgenossenschaften)
7. Aug. Der Ministerrat erlässt eine Verordnung über die Bildung der Gesellschaft für -> Sport und Technik. Er beschliesst ferner die Bildung eines «Staatlichen Komitees für Filmwesen\*. (-> Filmwesen)
8. Aug. Die evangelischen Kirchenleitungen stellen sich vor die -> Junge Gemeinde.



14. Aug. Der Ministerrat ordnet die Bildung eines **Staatlichen -> Rundfunk\*** komitees an.
19. -24. Aug. Deutscher Katholikentag in allen Sektoren Berlins. (-> **Kirchenpolitik**)
18. Sept. Bei den ->MAS werden politische Abteilungen gebildet.
2. Okt. Das Gerichtsverfassungsgesetz wird erlassen. Gleichzeitig tritt eine neue Strafprozessordnung in Kraft. (-> **Gerichtsverfassung, -> Strafgesetzbuch**)
15. Okt. Die Regierung ordnet Verstaatlichung der -> **Notariate** an.
23. Okt. Das ->«**Deutsche Rote Kreuz** wird neugegründet.
6. Nov. Die Landesversicherungsanstalten werden in der «volkseigenen\* **Deutschen -> Versicherungsanstalt** zusammengeschlossen.
27. Nov. Wegen der angespannten Versorgungslage wird der bisher sogar propagierte Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten.
19. Dez. Die Regierung veröffentlicht Musterstatuten für die LPG. (**Landwirtschaftl. -> Produktionsgenossenschaften**)
29. Dez. Das **Amt für -> Information** wird in ein «Presseamt beim Ministerpräsidenten\* umgewandelt.

## 1953

4. Jan. Das **ZK** der -> **SED** kündigt eine neue Überprüfung aller Mitglieder an, die nach westlichen Ländern emigriert waren. (-> Säuberungen)
15. Jan. Aussenminister -> **Dertinger** wird verhaftet.
22. Jan. Die Pflichtablieferung der Landwirtschaft wird erhöht und zum Nachteil der mittleren und grösseren Bauern neu gestaffelt. (-> **Ablieferungspflicht**)  
Werk und Wohnstadt des Eisenhüttenkombinates Ost werden selbständiger Stadtkreis (später **Stalinstadt**).
25. Febr. Für Interzonenreisende aus der SBZ werden bei Aushändigung des Interzonenpasses Interimsausweise ausgestellt. Der Personalausweis muss abgegeben werden. (-> **Interzonenverkehr**)
6. März -> **Stalin** gestorben.
2. April -> ADN wird als GmbH aufgelöst und auch formell Staatseigentum.
21. April Die Lutherischen Bischöfe protestieren gegen den von der SED-Regierung verschärften Kirchenkampf. (-> **Kirchenpolitik**)
5. Mai -> Chemnitz wird in «Karl-Marx-Stadt\* umbenannt.
11. Mai Bischof Dibelius verwehrt sich in einer Erklärung an alle Gemeinden erneut gegen Zwangsmassnahmen gegenüber der Kirche. (-> **Kirchenpolitik**)
14. **Mai -> Säuberung in der -> SED.**
15. Mai Die Rechtsanwälte werden in Kollegien zusammengefasst. (-> **Rechtsanwaltschaft**)
28. Mai Die -> **SKK** wird aufgelöst, statt ihrer wird ein sowjetischer Hoher Kommissar ernannt. (-> **Besatzungspolitik**)  
Die Regierung ordnet eine Erhöhung der -> **Arbeitsnormen** um durchschnittlich mindestens 10 Prozent an. Sie beruft sich dabei auf den Beschluss der 13. Tagung des ZK der SED vom 13. und 14. Mai.
3. Juni Das Politbüro der KPdSU mahnt wie schon am 15. April die SED, den starren und scharfen Kurs beim -> **Aufbau des Sozialismus** zu mildern.
9. Juni Das ZK der SED leitet den -> **Neuen Kurs** ein.

- 16. Juni Mit einem Streik der Bauarbeiter in Ost-Berlin beginnt der Volksaufstand. (-> Juni-Aufstand)
- 17. Juni Höhepunkt des Volksaufstandes in Ost-Berlin und in der SBZ.  
In der Folgezeit: Terrorurteile gegen Teilnehmer, Erleichterungen im Zuge des -> Neuen Kurses, auch für die Kirchen und Interzonenreisen. (-> Juni-Aufstand, -> Kirchenpolitik, -> Interzonenverkehr)
- 16. Juli Hilde -> Benjamin wird an Stelle -> Fechners Justizminister.
- 23. Juli Die Regierung erlässt die Verordnung über -> Einzelverträge mit der -> Intelligenz.
- 26. Juli Ausschluss -> Zaissers, -> Herrnstadts und -> Fechners aus dem -> ZK der -\* SED. (-> Säuberungen)  
Das -> Ministerium für Staatssicherheit wird als Staatssekretariat ins -> Ministerium des Innern eingegliedert.
- 23. Aug. Die SU erklärt sich zum Verzicht auf weitere -> Reparationen und zur Rückgabe der restlichen SAG-Betriebe ab 1. Januar 1954 bereit.
- 14. Sept. Der Ministerrat beschliesst eine Erhöhung der Verbrauchsgütererzeugung. (-> Lebensstandard)
- 21. Nov. Die Regierung der SBZ ist mit der Abschaffung der Interzonenpässe einverstanden, kontrolliert jedoch die Reisenden durch Ausstellung von Interimsausweisen (Personalbescheinigungen). (-> Interzonenverkehr, Passwesen)

### [1954

- 7. Jan. Der Ministerrat beschliesst die Bildung eines -> Ausschusses für deutsche Einheit.  
Das -> Ministerium für Kultur wird gebildet.
- 25. Jan. bis
- 18. Febr. Konferenz der Aussenminister der vier Grossmächte in Berlin.
- 25. März Souveränitätserklärung für die «DDR» durch die SU. (-> Souveränität)
- 27. März Souveränitätserklärung seitens der Regierung der «DDR». (-> Souveränität)
- 5. April Der IV. SED-Parteitag nimmt das neue -\* SED-Statut an.
- 7. April Die Bundesregierung bestreitet den Souveränitätsanspruch der «DDR». (-> Souveränität)
- 6. Mai Die Regierung beginnt die -> Ferienaktion für westdeutsche Kinder.
- 14. Mai Das Internationale Olympische Komitee lehnt die Aufnahme des Olympischen Komitees der SBZ ab. (-\* Sport)
- 5.-7. Juni II. Deutschlandtreffen der -\* FDJ in Ost-Berlin.
- 15. Juni Die Fertigstellung eines Entwurfes zu einem neuen Familiengesetz wird bekanntgegeben. (-> Familienrecht)
- 17. Juni Die atheistische -> Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse wird gegründet.
- 7. Juli Der VI. Deutsche Evangelische Kirchentag wird in Leipzig eröffnet. (-\* Kirchenpolitik)
- 7. Sept. Die Kandidaten für die -> Einheitsliste zur Volkskammerwahl werden benannt. (-\* Wahlen)
- 27. Okt. Die -\* Wahlen zur -> Volkskammer finden statt.
- 13. Nov. «Neues Deutschland» veröffentlicht einen Aufruf zur Vorbereitung der -\* Jugendweihe 1955.
- 19. Nov. Grotewohl stellt der Volkskammer die neue Regierung vor.  
(-> Regierung und Verwaltung)

30. Nov. Die evangelische Kirche wendet sich gegen die -> **Jugendweihe**.  
 26. Dez. Die katholische Kirche wendet sich gegen die -> **Jugendweihe**.

### 1955

6. Jan. Die Verordnung über die -> **Produktions- und Dienstleistungs-**abgabe wird erlassen. Sie ist Abbild der differenzierten Umsatzsteuer der SU.
7. Jan. Dibelius erklärt kompromisslos die Unvereinbarkeit von -> **Jugendweihe** und Konfirmation.
25. Jan. Die SU erklärt den Kriegszustand mit Deutschland für beendet, beharrt aber auf ihren Rechten und Pflichten, die sich aus der Kapitulation ergeben.
1. Febr. Das katholische bischöfliche Ordinariat Berlin erklärt, katholischer Glaube und -> **Jugendweihe** stünden einander unversöhnlich gegenüber.
14. Febr. Eine Delegation der SBZ nimmt in Genf an einer Aussenhandelstagung der UN teil. In den nächsten Monaten folgen eine Reihe von Aussenhandelsabkommen auch mit westlichen Ländern. (-> **Aussenhandel**)
31. März Die SU beschliesst die Rückgabe der Gemälde aus der Dresdner Galerie.
1. April Karl Wilhelm Fricke aus West-Berlin wird entführt. (-> Menschenraub)
30. April Das Bestehen einer eigenen «Lufthansa» (seit 1. Juni 1954) wird bekanntgegeben. (-> Luftverkehr)
- I.Mai -> Kampfgruppen der SED und GST stehen bei den Mai-Veranstaltungen erstmalig im Vordergrund.
6. Mai Ein. neues Statut der -> FDJ verstärkt die Bindung an SED und KVP.
14. Mai Der -> Warschauer Beistandspakt wird geschlossen.
15. Mai Das ZK der SED gibt den Beschluss zur Aufstellung bewaffneter Streitkräfte bekannt. (-> **Militärpolitik**)
18. Mai Das **Amt für -> Jugendfragen** wird eingerichtet.
26. Juii Auf der Rückreise von der Genfer Gipfelkonferenz halten sich Bulganin und Chruschtschow in Berlin auf. Die in Genf vereinbarten freien Wahlen lehnt Chruschtschow bereits wieder ab. (-> Wiedervereinigung)
18. Aug. Der Ministerrat erlässt eine Verordnung über die Bildung von handwerklichen Produktionsgenossenschaften. (-> **Handwerk**)
31. Aug. Die Bauarbeiten am Braunkohlenkombinat -> **Schwarze Pumpe** beginnen.
1. Sept. Die Zehnjahresschulen nehmen ihre Arbeit auf. (-> **Schule**)
20. Sept. In einem Vertrag zwischen der SU und der SBZ werden die formalen Souveränitätsrechte der «DDR» erweitert. Das Amt des Hohen Kommissars wird aufgehoben, die Kontrollratsbeschlüsse werden seitens der SU für das Gebiet der SBZ ausser Kraft gesetzt. (-> **Souveränität**)
27. Okt. Auf der 25. Tagung des ZK der SED wird die -\* Staatsbeteiligung an privaten Unternehmen angekündigt.

### 1956

1. Jan. Beginn des 2. -> **Fünfjahrplanes**.
18. Jan. Das Gesetz über den Aufbau einer -> **Nationalen Volksarmee** wird von der Volkskammer angenommen, Damit beginnt gleichzeitig die offene Propagierung der Aufrüstung.

28. Jan. Die Streitkräfte der SBZ werden in die Streitkräfte der Staaten des -> Warschauer Beistandspaktes einbezogen.
25. Febr. Chruschtschow hält seine Geheimrede zur Verurteilung -> Stalins auf dem XX. Parteitag der -+ KPdSU.
6. März Die Tätigkeit der Bahnhofsmissionen wird verboten. (-> Kirchenpolitik)
24. März Ulbricht kündigt -> Staatsbeteiligung an Privatbetrieben und -> Kommissionsverträge zwischen privatem Einzel- und Staatlichem Grosshandel an.
19. April Der Beschluss über die Auflösung des -> Kominform wird bekanntgegeben.
1. Mai Die Mai-Demonstration im Sowjetsektor Berlins wird mit einer Parade der -> Nationalen Volksarmee eingeleitet.
6. Mai Das ZK der SED verkündet, dass bei einer -\* Wiedervereinigung die politischen und sozialen -> Errungenschaften der «DDR\* erhalten bleiben müssten. Die Zwei-Staaten-Theorie wird in Zukunft verstärkt propagiert.
18. Mai Auf dem V. Pädagogischen Kongress wird die Umwandlung der achtklassigen Grundschule in eine zehnklassige polytechnische Mittelschule als obligatorische -> Schule für alle Kinder verkündet.
11. Juni Die Regierung erlässt einen Aufruf, in dem Wehrpflichtige in der Bundesrepublik, auch jugendliche Flüchtlinge aus der SBZ, zum Übertritt bzw. zur Rückkehr in die SBZ aufgefordert werden.
28. Juni Das Amt für -> Literatur und -> Verlagswesen wird aufgelöst, seine Aufgaben werden im wesentlichen dem -> Ministerium für Kultur übertragen.
- Der erste -> Kommissionsvertrag wird abgeschlossen.
29. Juli Das ZK der SED hebt Parteistrafen gegen -> Dahlem, -> Ackermann, -> Jendretzky u. a. auf und rehabilitiert sie. (-> Säuberungen)
30. Aug. Die Volkskammer nimmt zwei Gesetze zur «weiteren -> Demokratisierung» an. (-> Regierung und Verwaltung)
1. Sept. In Naumburg wird die erste Kadettenanstalt eröffnet. (-> Militärpolitik)
16. Sept. Auf dem I. Kongress der -\* GST wird ein neues Statut beschlossen.
- Die -> HO beginnt mit Teilzahlungsverkäufen.
- 1.Okt. «Neues Deutschland\* bezeichnet den Volksaufstand in Ungarn als «Putsch konterrevolutionärer Elemente».
25. Old. -> Harich u. a. werden verhaftet. (-\* Säuberungen)
29. Nov. Das Präsidium des Ministerrats fasst den Plan, ab 1.9. 1966 die zehnjährige Schulpflicht einzuführen. Ab 1.1.1957 soll an allen Mittel- und Oberschulen völlige Schulgeldfreiheit herrschen. (-> Schule)

## 1957

18. Jan. Die Volkskammer verabschiedet das Gesetz über die 45-Stunden-Woche. (-> Arbeitszeit)
30. Jan. Ulbricht fordert auf dem 30. Plenum des ZK der SED eine Konföderation «der beiden deutschen Staaten» als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung.
15. März In Ost-Berlin beginnt die konstituierende Versammlung des Deutschen Städte- und Gemeindetages.

14. April Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages beschliesst, den in Thüringen geplanten Kirchentag wegen unannehmbarer politischer Forderungen der Regierung der SBZ ausfallen zu lassen. (-> Kirchenpolitik)
27. April In Ost-Berlin beginnt die Gründungskonferenz des «Deutschen Turn- und Sportbundes». (-> Sport)
1. Mai In Ost-Berlin findet neben der üblichen Mai-Demonstration eine grosse Parade der -> Nationalen Volksarmee und der -> Kampfgruppen statt.
4. Mai Der Staatssekretär für das Hochschulwesen wendet sich im Zuge der schon lange währenden Auseinandersetzungen um den Geist an den Universitäten gegen eine «Verbürgerlichung» der Studenten und verkündet die Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht für Studienbewerber. (-> Hochschulen, -> Studenten, -> Praktisches Jahr)
29. Mai Das Staatssekretariat für Hochschulwesen gibt eine Anweisung über Reisen von Studenten in NATO-Staaten bekannt, nach der solche Reisen scharf begrenzt werden. (-> Reiseverkehr)
23. Juni Gemeindewahlen nach der -> Einheitsliste. (-> Wahlen)
27. Juli Grotewohl übergibt den Chefs und Geschäftsträgern der in der SBZ vertretenen diplomatischen Missionen eine Erklärung über den Weg zur -> Wiedervereinigung, der über einen Staatenbund führen müsse. (-> Konföderation)
22. Aug. Prof. Kantorowicz flüchtet nach West-Berlin.
13. Okt. Überraschende Geldumtauschaktion. (-> Geldumtausch 1957)
15. Okt. Jugoslawien erkennt die «DDR» an und nimmt diplomatische Beziehungen zu ihr auf. (-> Aussenpolitik)
4. Nov. Der Zentrale Ausschuss für die Jugendweihe beschliesst, durch Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die -> Jugendweihe zu gewinnen.
11. Dez. Die Volkskammer berät und beschliesst u. a. das -> Strafrechts-ergänzungsgesetz, die Änderung des Passgesetzes (-\* Passwesen) und das Gesetz über das Vertragssystem.
27. Dez. Otto -\* Nuschke gestorben.

## 1958

22. Jan. Chruschtschow besteht in Minsk auf dem Status quo in Deutschland und Osteuropa und bestreitet die Genfer Absprache über eine Wiedervereinigung durch freie, gesamtdeutsche Wahlen.
3. Febr. -> Schirdewan, -> Wollweber, -> Oelssner u. a. werden ihrer Funktionen im -> Politbüro enthoben. (-> Säuberungen)
5. Febr. Die erste Gruppe der in der SU zurückgehaltenen deutschen Wissenschaftler trifft in Frankfurt/Oder ein.
26. April Die Gesamtdeutsche Synode der EKD tagt im Ostsektor von Berlin unter dem Druck der SED. (-> Kirchenpolitik)
28. Mai Die Volkskammer beschliesst die völlige Abschaffung der Lebensmittelkarten.
14. Juni Der Ministerrat beschliesst Massnahmen zur «Förderung der sozialistischen Umgestaltung der -> Landwirtschaft», die in einer starken Begünstigung der -> LPG vor den freien Bauern bestehen.
10. Juli Auf dem V. Parteitag der -> SED wird verkündet, dass die SBZ bis 1961 die Produktion und den Verbrauch an Lebensmitteln und Konsumgütern in der Bundesrepublik erreichen und übertreffen soll. (-> Lebensstandard)

- Ulbricht verkündet die «Zehn Gebote der sozialistischen -> Moral und Ethik».
21. Aug. Der Rektor der Universität Jena, Prof. Hämel, flüchtet nach West-Berlin.
1. Sept. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird der «polytechnische Unterrichtstag» eingeführt. (-> Polytechnische Erziehung)
2. Sept. Die Feierlichkeiten zum vierhundertjährigen Jubiläum der Universität Jena erreichen ihren Höhepunkt.
27. Okt. Ulbricht erklärt auf einer Versammlung, ganz -> Berlin liege auf dem Territorium der «DDR».
10. Nov. Chruschtschow erklärt, es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in -> Berlin aufzuheben.
16. Nov. -> Wahlen zur -> Volkskammer und zu den Bezirkstagen, in Ost-Berlin zur Stadtverordnetenversammlung.
27. Nov. Die SU kündigt das Besatzungsstatut von -> Berlin mit einer Frist von 6 Monaten und fordert Verhandlungen über eine entmilitarisierte «Freie Stadt West-Berlin».
8. Dez. Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz über die Auflösung

## 1959

1. Jan. Beginn des -> Siebenjahrplanes.
10. Jan. Die SU überreicht Noten mit dem Entwurf eines Friedensvertrages mit den «beiden deutschen Staaten». (-> Wiedervereinigung)
21. Jan. Ulbricht bekennt sich vor der Volkskammer zu dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf und fordert die Bildung einer -> Konföderation der Bundesrepublik mit der «DDR».
2. März Die SU erklärt sich mit einer Aussenministerkonferenz in Genf einverstanden, an der ausser den vier Grossmächten die «beiden deutschen Staaten» sowie Polen und die CSR teilnehmen sollen.
4. März Chruschtschow erklärt in Leipzig, dass die SU auch dann einen Friedensvertrag abschliessen werde, wenn die Bundesregierung ihn nicht unterzeichne.
5. März Chruschtschow bestreitet, dass der Termin in der Berlin-Note vom 27. November 1958 als ultimative Frist zu verstehen sei. (-> Berlin)
9. März Ollenhauer verhandelt in Ost-Berlin mit Chruschtschow. Brandt hatte eine Einladung abgelehnt.
9. April In den neuen Musterstatuten für LPG ist vorgesehen, dass -> MTS unter bestimmten Umständen an -> LPG übergeben werden.
1. Mai Die -> Schwarze Pumpe produziert die ersten Briketts.
11. Mai Beginn der Aussenministerkonferenz in Genf.
10. Juni Die SU legt in Genf einen neuen ultimativen Berlin-Vorschlag vor. (-> Berlin)
19. Juni Chruschtschow droht in Moskau, die SU werde die «DDR\* mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen, falls versucht werde, das Berliner Besatzungsstatut aufrechtzuerhalten. (-> Berlin)
20. Juni Die Genfer Aussenministerkonferenz vertagt sich bis zum 13. Juli.
13. Juli Die Aussenministerkonferenz in Genf nimmt ihre Arbeit wieder auf.
24. Juli «Neues Deutschland» versichert, es werde niemals einen Zwangseintritt in die -> LPG geben. (-> Zwangskollektivierung)
5. Aug. Die Genfer Aussenministerkonferenz wird ohne wesentliche Ergebnisse abgeschlossen.

4. Sept. Auf der Wartburg beginnen Verhandlungen zwischen den NOK der Bundesrepublik und der SBZ über die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft. (-► **Sport**)
1. Okt. Die Volkskammer beschliesst das Gesetz über den -> **Siebenjahrplan** (der bereits seit Beginn des Jahres **1959** läuft), das Gesetz zur Änderung der «Staatsflagge» sowie u. a. zur Änderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes. (-> **Flagge**, -> **Gerichtsverfassung**)
5. Okt. Das Internationale Olympische Komitee besteht auf einem einheitlichen Wappen der deutschen Olympiamannschaft. (-> **Sport**)
6. Okt. Auf den West-Berliner S'-Bahn-Anlagen kommt es zu schweren Zusammenstößen wegen der neuen Spalterflagge. (-> **Flagge**) Innerhalb von 10 Jahren sind seit Bestehen der «DDR» 2,3 Millionen Menschen aus Mitteleuropa geflohen. (-> **Flüchtlinge**)
28. Okt. Die Bundesrepublik beschliesst, ein Hiszen der ► **Flagge** der «DDR» im Bundesgebiet durch Polizeimassnahmen zu verhindern, sofern es als politische Demonstration bestimmt ist.
1. Nov. Bischof Dibelius predigt trotz vorhergehender Drohungen in Ost-Berlin. (-> **Kirchenpolitik**)
10. Nov. Die Evangelische Ostkonferenz bezeichnet die sogenannten sozialistischen Feiern als gottlos. (-> **Kindesweihe**, -> **Jugendweihe**, -> **Eheweihe**, -> **Grabweihe**)
2. Dez. Die Volkskammer beschliesst das neue Schulgesetz, nach dem bis **1964** die zehnklassige Oberschule für alle Kinder eingeführt und die polytechnische Bildung Bestandteil des Unterrichts werden soll. (-> **Schule**, -> **Polytechnische Erziehung**)
- 10.-13. Dez. Während des 7. Plenums des ZK wird das Politbüro beauftragt, bis zur 8. ZK-Tagung Pläne zur Bewältigung der -> **Siebenjahrplan-Aufgaben** in der -> **Landwirtschaft** auszuarbeiten. Im Dezember werden 333 neue LPG gegründet. Der bisherige Jahresdurchschnitt betrug 69. Das Endstadium der -> **Kollektivierung** der Landwirtschaft beginnt.
18. Dez. Die SU, Polen und die SBZ unterzeichnen ein Abkommen über den Bau einer Erdölleitung von Weissrussland nach Mitteleuropa. (\* **Energiewirtschaft**)

## 1960

22. Jan. Der Nationalrat der «Nationalen Front» berät über eine forcierte -► **Kollektivierung** der -> **Landwirtschaft**.
24. Jan. Nach langen Verhandlungen wird eine Einigung über die gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele erzielt. (\* **Sport**)
30. März Das 8. Plenum des ZK befasst sich mit dem Abschluss der Kol- bis 2. April lektivierung der -> Landwirtschaft.
15. April Als letzter Bezirk der SBZ meldet Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) den Abschluss der -> Kollektivierung.
18. April Die evangelische und die katholische Kirche protestieren gegen die Methoden bei der -> Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft.
30. April Der erste Bauabschnitt des Rostocker Hochseehafens wird in Betrieb genommen. (-> **Häfen**, -> **Rostock**)
17. Mai Chruschtschow lässt die Pariser Gipfelkonferenz scheitern.
20. Mai Chruschtschow erklärt in Ost-Berlin, er hoffe, dass in 6-8 Monaten (nach der amerikanischen Präsidentenwahl) eine neue Gipfelkonferenz stattfinden werde.

21. Juli Ein aus West-Berlin kommender, mit Baumaterialien beladener Lastzug wird von der Volkspolizei beschlagnahmt, weil er angeblich Rüstungsmaterial für die Bundesrepublik transportiert habe. Damit beginnen neue Schikanen zur Behinderung des Berlin-Verkehrs. (-► Berlin)
29. Aug. Das Innenministerium der SBZ verbietet Bürgern der Bundesrepublik für die Zeit vom 31.8. bis 4.9. das Betreten des sowjetischen Sektors von -► Berlin ohne Aufenthaltsgenehmigung. Die Sperrmassnahmen, die von der SU unterstützt werden, stützen sich auf die völkerrechtlich unwahre Behauptung, ganz Berlin liege auf dem Boden der «DDR\* und alle Zugänge seien daher von deren Behörden zu kontrollieren. (-> Interzonenverkehr)
3. Sept. Die SU erneuert ihre Drohung, mit der SBZ einen separaten Friedensvertrag abzuschliessen zu wollen.
7. Sept. -> Pieck stirbt.
8. Sept. Nach einer Verordnung der Regierung der SBZ müssen in Zukunft Bürger der Bundesrepublik beim Überschreiten der Sektorengrenze in -> Berlin eine Bescheinigung der Volkspolizei vorlegen.
12. Sept. Die Volkskammer verabschiedet das Gesetz über die Bildung eines -\* Staatsrates, der unter Vorsitz von Ulbricht künftig die Funktionen des ->Präsidenten der Republik wahrnehmen wird.
30. Sept. Die Bundesregierung gibt die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens zum 31.12.1960 bekannt. (-> Interzonenhandel)



## LITERATUR-HINWEISE

Die folgende Übersicht verzeichnet nur solche Veröffentlichungen, die zur Einführung in Gesamtzusammenhänge und wichtige Einzelfragen geeignet erscheinen. Spezialuntersuchungen über solche Einzelfragen, die für die grossen Zusammenhänge der Spaltung Deutschlands und der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus nicht wesentlich erscheinen, sind nicht aufgenommen worden; ebensowenig solche Schriften, die sich überwiegend tagespolitische Aufgaben setzen. Die Auswahl stellt daher, vor allem bei der Fülle der Literatur über den Bolschewismus, keine Wertung dar.

Einzeldarstellungen zu den verschiedenen Gebieten des geistigen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bringen u. a. Schriftenreihen, die das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Bonn und Berlin) herausgibt:

«**Bonner Berichte** aus Mittel- und Ostdeutschland\*, seit 1950. Sie erscheinen hier mit der Abkürzung: (BB).

«**Materialien** zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone\*, seit 1951; abgekürzt: (Mat.).

«Aus der Arbeit des Forschungsbeirates ....», seit 1957; abgekürzt: (FB). Veröffentlichungen, die das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Bonn und Berlin) unmittelbar herausgegeben hat, erscheinen hier mit der Abkürzung: (BMG).

Die Literaturhinweise sind in folgende Sachgruppen gegliedert:

- I. Ideologie \*) Kirchenkampf
- II. Vorgeschichte und Politik der Sowjetmacht
- III. Deutschlands Spaltung und Wiedervereinigung
- IV. Allgemeine Entwicklung und Politik der SBZ
- V. Recht – Sozialpolitik
- VI. Kultur – Wissenschaft
- VII. Erziehung – Jugend
- VIII. Wirtschaft – Landwirtschaft
- IX. Zeitschriften

Schriften, deren Verfasser nicht bekannt ist, sind mit \* gekennzeichnet.

## I. IDEOLOGIE / KIRCHENKAMPF

1. **Adolph**, Walter: Atheismus am Steuer. Berlin 1956, Morus-Verlag, 103 S.
2. **Andreas**, Theodor: Zur Widerlegung des dialektischen und historischen Materialismus. Pfaffenhofen/Ilm 1954, Ilmgau-Verlag, 114 S.
3. **Argumente** und Zitate aus sowjetischen und sowjetzonalen Quellen (zusammengestellt von Hans Schütze). 3. veränd., erw. Aufl. (BMG) 1959, 204 S.
4. **Banning**, Wilhelm: Der Kommunismus als politisch-soziale Weltreligion (a. d. Niederl. übers. v. **P. Bamm**). Berlin 1953, Lettner-Verlag, 298 S.
5. **Bauer**, Raymond A.: Der neue Mensch in der sowjetischen Psychologie, übers. v. **Rainer Kähne**. Nauheim 1955, Christian, 180 S.
6. **Berdiajew**, Nikolai: Wahrheit und Lüge des Kommunismus. Darmstadt 1953, Holle, 128 S.
7. **Berlin**, Isaiah: Karl Marx-sein Leben und sein Werk. (Obers. a. d. Engi.) München 1959, Piper, 310 S.
8. **Bochenski**, I. M.: Der sowjetrussische dialektische Materialismus (Diamat). Bern 1950, Francke, 213 S.
9. **Ders.**; Die kommunistische Ideologie . . . Bonn 1956, Bundeszentrale für Heimatdienst, 75 S.
10. **Buchholz**, Arnold: Ideologie und Forschung in der sowjetischen Naturwissenschaft (= Schriftenreihe Osteuropa Nr. 1). Stuttgart 1953, Deutsche Verlagsanstalt.
11. **Christiansen**, Werner C.: Kleiner kommunistischer Zitatenschatz. Godesberg 1960, ESTO-Verlag, 240 S.
12. \*: Die **Evangelische Kirche** in Berlin und Mitteldeutschland. 1959, Eckert Verlag, 55 S. m. zahlr. Abb.
13. **Falk**, Heinrich: Die Weltanschauung des Bolschewismus. Der dialektische Materialismus gemeinverständlich dargelegt. 10. umgearb. Aufl. Würzburg 1959, Echter-Verlag, 112 S.
14. **Fetscher**, Iring: Von Marx zur Sowjetideologie. 3. erw. Aufl.

- Frankfurt a. M. 1959, Diesterweg, 202 S.
15. Ders.s Die Freiheit im Lichte des Marxismus-Leninismus. Bonn 1959, Bundeszentrale für Heimatdienst. 78 S.
  16. **Friedrich**, Gerd: Der Freie und der Sowjetmensch – Idee und Wirklichkeit. Pfaffenhofen / Ilm 1956, Ilmgauverlag. 253 S.
  17. **Froese**, Leonhard: Die ideengeschichtlichen Triebkräfte in der russischen und sowjetischen Pädagogik. Heidelberg 1956, Quelle & Meyer. 198 S.
  18. **Gatter**, Alberto: Das Rotbuch der verfolgten Kirche. Recklinghausen 1957, Paulus – Verlag. 500 S.
  19. **Gollwitzer**, Helmut: . . . und führen, wohin Du nicht willst - Bericht einer Gefangenschaft. München 1951, Christian Kaiser. 346 S.
  20. **Gurian**, Waldemar: Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre. Freiburg. 1931, Herder. 337 S.
  21. Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der Evangelischen Kirche 1945 bis 1954 (hrsg. v. G. Heidtmann). Berlin 1954, Lettner – Verlag. 144 S.
  22. Heiss, Robert: Wesen und Formen der Dialektik. Köln 1959, Kiepenheuer u. Witsch. 192 S.
  23. **Hippel**, Ernst von: Die Überwindung des Bolschewismus. Köln 1953, Deutsch-Europäische Verlagsgesellschaft. 48 S.
  24. **Karisch**, Rudolf: Christ und Diamat – Der Christ und der Dialektische Materialismus. 3. erw. Aufl. Berlin 1958, Morus-Verlag. 206 S.
  25. **Kersten**, Heinz: Aufstand der Intellektuellen, Wandlungen in der kommunistischen Welt. Stuttgart 1957, Seewald. 189 S.
  26. **Köhler**, Hans: Zur geistigen und seelischen Situation der Menschen in der Sowjetzone. 2. erg. Aufl. (BB) 1954. 46 S.
  27. Ders.: Sowjetideologie und Sowjetpraxis – eine Diskussionsfibel. Stuttgart 1957, Metzler. 110 S.
  28. **Koestler**, Arthur: Sonnenfinsternis. Stuttgart 1948, Behrendt. 235 S.
  29. Ein Gott, der keiner war (Koestler, Gide u. a. . . Weg zum Kommunismus und Abkehr (= Rote Weissbücher 6). Köln 1952, Kiepenheuer u. Witsch. 264 S.
  30. **Lange**, Max Gustav: Marxismus – Leninismus – Stalinismus. Stuttgart 1955, Ernst Kleit. 210 S.
  31. **Lehmbruch**, Gerhard: Kleiner Wegweiser zum Studium der Sowjetideologie. (BMG) 1959. 90 S.
  32. **Levain**, Richard S.: Antisemitismus im Ostblock (hrsg. v. Intern. Komitee f. Information u. soz. Aktion – CIAS) Luxemburg 1960. 36 S.
  33. **Lieber**, Hans-Joachim: Die Philosophie des Bolschewismus in den Grundzügen ihrer Entwicklung (= Staat u. Gesellschaft, Bd. 3) Frankfurt a. M. 1957, Moritz Diesterweg. 107 S.
  34. **Löwenthal**, Fritz: Das kommunistische Experiment – Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Köln 1957, Markus-Verlag. 280 S.
  35. **MacEoin**, G.: Der Kampf des Kommunismus gegen die Religion. Aschaffenburg 1952, P. Pattloch. 300 S.
  36. **Marxismusstudien**, Sammelband, hrsg. v. E. Metzke (=Schr. d. ev. Stuaiengemeinschaft. Nr. 3) Tübingen 1954, Mohr. 243 S.
  37. **Desgl.** 2. F., Sammelband, hrsg. v. I. Fetscher, (= Sehr. d. ev. Studiengemeinschaft. Nr. 5) Tübingen 1957, Mohr. 265 S.
  38. **Desgl.**, Sammelband, hrsg. v. 1. Fetscher (= Sehr. d. ev. Studiengemeinschaft Nr. 6) Tübingen 1960, Mohr. 221 S.
  39. **Mehner**, Klaus: Weltrevolution durch Weltgeschichte. Die Geschichtslehre des Stalinismus. 2. Aufl. (= Schriftenreihe Ost-europa Nr. 2) Stuttgart 1953, Deutsche Verlagsanstalt. 92 S.
  40. Ders.: Der Sowjetmensch. Stuttgart 1958, Deutsche Verlagsanstalt. 479 S.
  41. **Milosz**, Czeslaw: Verführtes Denken (m. Vorw. von Karl Jaspers). Köln 1955, Kiepenheuer u. Witsch. 239 S.
  42. **Möbus**, Gerhard: Das Menschenbild des Ostens und die Menschen im Westen. (BMG) 1955. 90 S.
  43. Ders.: Gerhard: Psychologie und Pädagogik des Kommunismus. Köln 1959, Westdeutscher Verlag. 184 S.
  44. **Monnerot**, Jules: Soziologie des Kommunismus. Köln 1952, Kiepenheuer u. Witsch. 429 S.
  45. **Reding**, Marcel: Der politische Atheismus. Graz 195/, Styria. 361 S.

46. Rosenberg, Arthur: Geschichte des Bolschewismus. Berlin **1932**, Rowohlt. 239 S.
47. **Salvadori**, Massimo: Fibel des Weltkommunismus (= Isar-Bücherei 8) übers. a. d. Amerik. München **1957**, 142 S.
48. **Shuster**, George N.: Religion hinter dem Eisernen Vorhang (übers. q. d. Amerik.). Würzburg **1954**, Marienburg Verlag. 288 S.
49. **Stalin**: Ober dialektischen und historischen Materialismus (vollst. Text, m. krit. Kommentar von King Fetscher). Frankfurt a. M. **1956**. Moritz Diesterweg. 126 S.
50. Steger, Karl: Im Banne des Kommunismus . . . Idee und Gefahr des Kommunismus. Luzern **1952**, Rex-Verlag. 360 S.
51. Stepun, Fedor: Das Antlitz Russlands und das Gesicht der Revolution. Bern **1933**, Gotthelf-Verlag. 104 S.
52. **Ders.**: Der Bolschewismus und die christliche Existenz. München **1959**, Kösel. 298 S.
53. Theimer, Walter: Der Marxismus. Lehre – Wirkung – Kritik. (= Sammlung Dalp, Bd. 73.). Bern **1950**, A. Francke. 253 S.
54. **Thier**, Erich: Historischer und Dialektischer Materialismus – ein Quellenheft. Göttingen **1960**, Vandenhoeck u. Ruprecht. 92 S.
55. Wetter, Gustav A.: Der dialektische Materialismus. Seine Geschichte und sein System in der Sowjetunion. 2. Aufl., Freiburg **1953**, Herder. 659 S.
56. **Ders.**: Philosophie und Naturwissenschaft in der Sowjetunion (in Rowohlt's deutscher Enzyklopädie). Hamburg **1958**, Rowohlt.

## II. VORGESCHICHTE UND POLITIK DER SOWJETMACHT

101. **Achminow**, Herman: Die Macht im Hintergrund, Totengräber des Kommunismus. Ulm **1950**, Spaten-Verlag. 307 S.
102. **Ackermann**, Klaus: Das Land der stummen Millionen. Tübingen **1950**, Katzmann. 173 S.
103. **Andreas**, Theodor: Die Herausforderung der 'friedlichen' Koexistenz (= «Die Orientierung' **1960**, Beih. 1) Pfaffenhofen, Iimgau-Verlag. 32 S.
104. Bergh, Hendrik van: Die rote Springflut – Sowjetrusslands Weg ins Herz Europas. München **1958**, Isar-Verlag. 528 S.
105. Birke, Ernst, und Rudolf **Neumann**: Die Sowjetisierung Ost-Mittel-Europas. Frankfurt a. M. **1959**, Alfred Metzner. 398 S.
106. Bochenski, I. M. und Gerhart Niemeyer: Handbuch des Weltkommunismus. Freiburg/Br. **1957**, Karl Alber. 754 S.
107. **Borkenau**, Franz: The Communist International. London **1938**, Faber & Faber. 442 S.
108. **Ders.**: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von **1917** bis zur Gegenwart. München **1952**, Lehnen. 540 S.
109. **Bretscher**, Willy: Sowjetrussland nach Stalins Tod und Verdammung. Zürich **1956**, Neue Zürcher Zeitung. 57 S.
110. Brill, Hermann L.: Das sowjetische Herrschaftssystem (= Rote Weissbücher 2). Köln **1951**, Kiepenheuer u. Witsch. 182 S.
111. **Calvez**, Jean-Yves: Droit International et Souveraineté en U. R. S. S. – L'évolution de l'idéologie juridique soviétique depuis la Révolution d'Octobre. Paris **1953**, Armand Colin. 299 S.
112. Cookridge, E. H.: Zentrale Moskau – die Macht des sowjetischen Geheimdienstes. Hannover **1956**, Sponholtz. 416 S.
113. **Chamberlin**, William Henry: Die russische Revolution **1917** bis **1921**. Bd. I, II. Frankfurt a. M. **1958**, Europäische Verlagsanstalt. 474 u. 504 S., 10 Karten, Taf. u. Dok.
114. Dallin, David J.: Die Sowjet-spionage – Prinzipien und Praktiken (a. d. Engl., übers. v. Franz **Wördemann**). Köln **1956**, Kiepenheuer u. Witsch. 560 S.
115. Deutscher, Isaak, Stalin – die Geschichte des modernen Russland. Stuttgart **1953**, Kohlhammer. 606 S.
116. Djilas, Milovan: Die neue Klasse – eine Analyse des kommunistischen Systems. München **1958**, Kindler. 284 S.
117. Fejtó, François: Histoire des Démocraties Populaires. Paris **1952**, Du Seuil. 447 S.
118. Fiedler, Heinz: Der sowjetische Neutralitätsbegriff in Theorie und Praxis. Ein Beitrag zum Problem des Disengagement. Köln **1959**, Verlag für Politik und Wirtschaft. 302 S.

119. **Fischer**, Ruth: Von Lenin zu Mao – Kommunismus in der Bandung-Ara. Düsseldorf 1956, Eugen Diederichs. 241 S.
120. Dies.: Die Umformung der Sowjetgesellschaft... 1953-1958. Düsseldorf 1958, Diederichs. 99 S.
121. **Flechtheim**, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. 1948, Bollwerk-Verlag. 295 S.
122. Friedrich, Carl Joachim (unt. Mitarb. v. Z. K. Brzezinski): Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957, Kohlhammer. 315 S.
123. **Garthoff**, Raymond L.: Die Sowjetarmee – Wesen und Lehre (m. Einführung v. General a.D. Günther Blumentritt, übers. v. Helmut Bohn). Köln 1955, Markus-Verlag. 592 S. m. 12 Karten.
124. Ders.: Sowjetstrategie im Atomzeitalter. Düsseldorf 1959, Droste-Verlag. 318 S.
125. Gitermann, Valentin: Geschichte Russlands. Hamburg 1949, Europäische Verlagsanstalt. Bd. 1: 516 S., Bd.2: 540 S., Bd.3: 679 S.
126. Ders.: Die historische Tragik der sozialistischen Idee. Zürich 1939, Oprecht. 375 S. (Ergänzungsband zu dem vorhergehenden Titel.)
127. Groftian, Walter: Das Sowjetische Regierungssystem (= Die Wissenschaft von der Politik, Bd.2). Köln 1956, Westdeutscher Verlag. Text 188 S., Quellenteil 168 S.
128. Ders.: Theorie und Praxis der Sowjetischen Aussenpolitik unter Lenin, Stalin, Chruschtschow (= Schr.-Reihe des Verb. d. Heimkehrer... Nr. 1). Godesberg 1959. 63 S.
129. **Halperin**, Ernst: Der siegreiche Ketzler. – Titos Kampf gegen Stalin. Köln 1957, Verlag für Politik und Wirtschaft. 422 S.
130. Hahisch, Erdmann: Geschichte Sowjetrusslands 1917-1941. Freiburg 1951, Herder. 306 S.
131. **Hildebrandt**, Walter: Die Sowjetunion – Macht und Krise. Darmstadt 1955, Leske. 272 S.
132. Hifger, Gustav: Stalin – Aufstieg der UdSSR. Göttingen 1959, Musterschmidt. 98 S.
133. **Hoffmann**, Walter: Marxismus oder Titoismus – Titos Versuch zur Neuordnung gesellschaftlicher Beziehungen im Staate. 2. Aufl. München 1956, Isar Verlag. 115 S.
134. Höpker, Wolfgang». Europäisches Niemandsland – Moskaus Zwischeneuropa vom Nordkap bis Kreta. Düsseldorf 1956, Diederichs. 167 S.
135. Ders.: Die Ostsee – ein rotes Binnenmeer? (= Beih. 8 der Wehrwiss. Rundschau). Berlin-Frankfurt/M. 1958, E. S. Mittler u. S. 94 S. m. 7 Karten.
136. Just, Artur W.: Stalin und seine Epoche. München 1953, Wilhelm Heyne. 76 S.
137. **Kalninsk**, Bruno: Der Sowjetische Propagandastaat – das System und die Mittel der Massenbeeinflussung in der Sowjetunion. Stockholm 1956, Tiden. 278 S.
138. **Kliutschewski**, V.: Geschichte Russlands. Stuttgart 1925/26, Deutsche Verlagsanstalt. Bd. 1: 382 S., Bd. 2: 421 S., Bd. 3: 400 S., Bd. 4: 423 S.
139. Koch, Hans: Theorie, Taktik, Technik des Weltkommunismus – eine Zitatensammlung von Marx bis Chruschtschow (Bearb. v. Eugen Wieber). Pfaffenhofen/Ilm 1959, Ilmgau-Verlag. 504 S.
140. **Kohout-Dolnobrafsky, W. de**: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – aus den Archiven des Weltbolschewismus (hrsg. v. Intern. Komitee f. Information u. soz. Aktion – CIAS). Luxemburg 1960. 17 S. u. 24 S. Faks.
141. Lemberg, Eugen: Osteuropa und die Sowjetunion. 2. erw. Aufl. Salzburg 1956, Otto Müller. 304 S., 10 Karten.
142. **Leonhard**, Wolfgang: Schein und Wirklichkeit in der Sowjetunion. Berlin 1952, Verlag Freies Wort. 148 S.
143. Ders.: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955, Kiepenheuer u. Witsch. 558 S.
144. Ders.: Kreml ohne Stalin. Köln 1959, Verlag für Politik und Wirtschaft. 648 S. u. 25 Abb.
145. **Maurach**, Reinhart: Handbuch der Sowjetverfassung. München 1955, Isar Verlag. 429 S.
146. Meissner, Boris: Russland im Umbruch – Der Wandel in der Herrschaftsordnung und sozialen Struktur der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1951, Verlag für Geschichte und Politik.
147. Ders.: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor und nach dem Tode Stalins (= Dok. u. Berichte des Europa-Archivs, Bd. 12). Frankfurt/M. 1954, Institut für Europ. Politik und Wirtschaft. 104 S.

148. **Ders.**: Das Ostpaktsystem (= Dokumente, hrsg. v. d. Forschungsstelle für Völkerrecht . . . der Universität Hamburg, H.18). Frankfurt/M. 1955, Alfred Metzner. 208 S.
149. **Ders.**: Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration. Köln 1956, Verlag für Politik und Wirtschaft. 232 S.
150. **Ders.**: Das Ende des Stalin-Mythos – die Ergebnisse des XX. Parteikongresses der KPdSU (= Dok. u. Berichte des Europa-Archivs, Bd. 13). Frankfurt/M. 1956. 214 S.
151. **Ders.**: Rußland unter Chruschtschow (= Dok. u. Ber. d. Forschungsinst. d. Dt. Gesellsch. f. ausw. Pol., Bd. 15). München 1960, Oldenbourg. 714 S.
152. **Nollau**, Günther: Die Internationale – Wurzeln und Erscheinungsformen des prolet. Internationalismus. Köln 1959, Verlag für Politik und Wirtschaft. 344 S.
153. **Possony**, Stefan T.: Jahrhundert des Aufbruchs – Taktik und Strategie der kommunistischen Weltrevolution, (übers. a. d. Amerikanischen.) München 1956, Isar Verlag. 472 S.
154. **Rauch**, Georg von: Geschichte des bolschewistischen Rußland. Wiesbaden 1955, Rheinische Verlagsanstalt, 570 S. m. 5 Karten.
155. **Ders.**: W. I. Lenin – Grundlegung des Sowjetsystems. Göttingen 1957, Musterschmidt. 101 S.
156. **Roeder**, Bernhard: Der Katorgan – Traktat über die moderne Sklaverei. Köln 1956, Kiepenheuer u. Witsch. 251 S.
157. **Sager**, Peter: Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Bern 1953, Paul Haupt. 100 S.
158. **Saitschick**, Robert: Aufstieg und Niedergang des Bolschewismus. Zürich und Darmstadt 1952, Montana-Verlag. 256 S. (Enthält ein umfangreiches Literaturverzeichnis.)
159. **Salter**, Ernest J.: Von Lenin bis Chruschtschow – der moderne Kommunismus. (= Ullstein Taschen-Buch 106.) Frankfurt/M. 1958, Ullstein. 143 S.
160. **Salter**, Ernest J., und Maximilian Stein: Taschenbuch des Kommunismus in These und Gegentese. Godesberg 1959, Hohwacht. 251 S.
161. **Sethe**, Paul: Kleine Geschichte Russlands. Frankfurt a. M. 1953, Scheffler. 160 S.
162. **Seton-Watson**, Hugh: Der Verfall des Zarenreiches 1855-1914. München 1954, Isar Verlag. 391 S.
163. **Ders.**: Von Lenin bis Malenkow. München 1955, Isar Verlag. 372 S.
164. **Ders.**: Die osteuropäische Revolution. München 1956, Isar Verlag. 400 S.
165. **Shub**, David: Lenin. Eine Biographie. Wiesbaden 1952, Limes-Verlag. 452 S.
166. **Sowietbuch** (hrsg. v. Hans Koch u. a.). 2. Aufl. Köln 1959, Deutsche Industrieverlags-GmbH. 684 S. m. 6 Karten.
167. Das Sowjetsystem in der heutigen Welt (= Sehr. d. Auslandsinst. d. Univ. Mainz, Bd. II; Sammelbd. m. Beitr. v. Hans v. Rimscha, Erik Boettcher, Roman Rössler, F. W. Neumann, Georg v. Rauch, Walter Meder, Paul Mikat, Karl Thieme). München 1956, Isar Verlag. 279 S.
168. Fragen des **Staatsrechts** im Ostblock (= Stud. des Inst. f. Ostrecht/München, Bd. I), Beitr. v. Peter **Schneider**, Reinhart **Maurach**, Kurt **Rabi**, Martin **Drath**, Siegfried **Mampel**. Berlin 1956, Verl. f. intern. Kulturaustausch. 95 S.
169. **Sfählin**, Karl: Geschichte Russlands. Stuttgart u. Königsberg. Bd. 1 (1923); 438 S., Bd. 2 (1930); 752 S., Bd. 3 (1935); 550 S., Bd. 4, 1 und 4, 2 (1939); 1136 S.
170. **Starlinger**, Wilhelm: Grenzen der Sowjetmacht (= Beih. IX z. Jahrb. der Albertus-Universität Königsberg/Pr.). Würzburg 1955, Holzner. 131 S.
171. **Thimm**, Gerhard: Das Rätsel Rußland. Stuttgart 1952, Scherz und Goverts. 502 S.
172. **Tobien**, Hubertus von: Die Methoden des sowjetischen Imperialismus. 3. v. Hans Kluth erg. erw. Aufl. Bonn 1959, Köllen, 160 S.
173. **Wagner**, Wolfgang: Die Teilung Europas. – Geschichte der sowjetischen Expansion . . . 1918 bis 1945. Stuttgart 1959, Deutsche Verlagsanstalt. 234 S.
174. **Wannenmacher**, Walther: Das Land der Schreibtischpyramiden – ein Nationalökonom erlebt den Osten als Schwerarbeiter (Tschechoslowakei 1945 bis 1955). 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1956, Wolf-Rodé. 280 S., 1 Taf.

## III. DEUTSCHLANDS SPALTUNG UND WIEDERVEREINIGUNG

201. **Balfour**, Michael: Viermächtekontrolle in Deutschland 1945 bis 1946 (a. d. Engl.). Düsseldorf 1959, Droste. 408 S., 1 Kt.
202. Bericht über die **Behinderung** der menschlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone (Denkschrift). (BMG) 1958. 36 S.
203. Die **Bemühungen** der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, I. Teil (4. erw. Aufl.) Bonn 1958. 153 S.; II. Teil (erw. Neuaufl.) 1958. 290 S.; III. Teil: Systemat. Regist. (BMG) 1958. 58 S.  
Je eine englische und eine französische Ausgabe in einem Bande enthält die in den beiden deutschen Sammlungen zusammengestellten Dokumente und Akten bis Januar 1954.
204. **Berlin** – Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945 bis 1946 435 S. (hrsg. vom Senat Berlin). Berlin 1957, Kulturbuch-Verlag. 244 S.
205. **Berlin** – Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946 bis 1948 (hrsg. vom Senat Berlin). Berlin 1959, Heinz Spitzing. 760 S.
206. Dokumente zur **Berlin-Frage 1944 bis 1959** (hrsg. v. Forschungsinst. d. Dt. Gesellsch. f. Ausw. Pol. in Zusarb. m. d. Senat von Berlin) München 1959, Oldenbourg.
207. **Böhmer**, Karl Hermann: Deutschland jenseits der Oder-Neisse-Linie. Essen 1956, Tellus-Verlag. 64 S. m. zahlr. Abb.
208. **Bohn**, Helmut: Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschland-Politik. (Aus: «Ostprobleme» 1955, H. 38, 40, 42). Godesberg. 32 S.
209. **Brunn**, Walter: Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Lage des Berliner Sowjetsektors. Berlin 1954, Kulturbuch-Verlag. 156 S.
210. Davison, W. Phillips: Die Blockade von Berlin. – Modellfall des Kalten Krieges. Frankfurt a. M. 1959, Metzner. 485 S.
211. **Deuerlein**, Ernst: Die Einheit Deutschlands ... auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941 bis 1949; m. 60 Dok. Frankfurt a. M. 1957, Metzner. 350 S.
212. Dokumente zur **Deutschlandpolitik** III. Reihe, Bd. 1 (5. Mai bis 31. Dez. 1955), bearb. v. Ernst **Deuerlein** u. Hansjürgen **Schierbaum**. (BMG) Frankfurt a. M. 1960, Metzner. 808 S.
213. Erfurt, Werner: Die sowjetrus-sische Deutschlandpolitik. 4. erw. Aufl. Esslingen 1959. Bechtle. 203 S.
214. **Faust**, Fritz: Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung. Frankfurt a. M. 1959, Metzner. 201 S.
215. **Friedensburg**, Ferdinand: Berlin - Schicksal und Aufgabe. Berlin 1953, Berthold Schulz. 99 S.
216. **Heimpel**, Hermann: Gedanken zu einer Selbstbesinnung der Deutschen. Göttingen 1954, Vandenhoeck u. Ruprecht. 14 S.
217. **Hermann**, Hans-Georg: Verraten und verkauft. Fulda 1958, Fuldaer Verlagsanst. 271 S. (Behandelt den Versuch, den DGB durch Infiltration zu zersetzen.)
218. **Hoffmann**, Friedrich: Die Oder-Neisse-Linie, Politische Entwicklung und völkerrechtliche Lage. Kitzingen 1949, Holzner. 55 S.
219. Die deutsche Frage 1952-1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, hrsg. v. Eberhard Jäckel (= Bd. XXIII der Dokumente, hrsg. v. d. Forschungsstelle f. Völkerrecht... d. Univ. Hamburg) Frankfurt a. M. 1957, Metzner. 169 S.
220. \* Die dritte Norm der Generale Korfes, Lattmann . . . und Genossen . . . Köln 1960, Markus-Verlag. 36 S. (Beleuchtet die «Arb.-Gemeinsch. ehern. Offiziere».)
- 220a) **Kraus**, Herbert: Die Oder-Neisse-Linie – eine völkerrechtliche Studie. Köln 1954, Rudolf Müller. 47 S.
221. **Lerch**, Karl: Deutschland jenseits von Oder und Neisse – Bilder und Berichte . . . Tübingen 1958, Schlichtenmayer. 104 S., 90 Abb., 1 Karte.
222. **Literatur** zur deutschen Frage - Bibliographische Hinweise auf neuere Veröffentlichungen aus dem In- und Ausland (nach Vorarb. von Alexander **Schmidt**, bearb. von Günter **Fischbach**). 2. erw. Aufl. (BMG) 1959. 230 S.
223. **Maertens**, A.: Aufmarsch gegen die Freiheit. Godesberg 1960, Hohwacht. 97 S. m. Abb. (Zeigt Infiltration gegen die Bundeswehr.)
224. **Marzian**, Herbert: Zeittafel und Dokumentenzur Oder-Neisse-Linie. Kitzingen 1953, Holzner. 64 S.
225. **Meissner**, Boris: Russland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953. Hamburg 1953, Nölke. 375 S.
226. Die Deutsche **Ministerpräsidenten-Konferenz** in München vom 6. bis 8. Juni 1947 (hrsg. v. d. Bayer. Staatskanzlei). München 1947. 123 S.

227. Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie – ges. u. hrsg. von Gotthold Rhode und Wolfgang Wagner (= Die Deutschen Ostgebiete, ein Handbuch Bd.III). Stuttgart **1956**, Brentano-Verlag. 292 S. m. 1 Karte.
228. **Ostgebiete**. Ein Hand- und Nachschlagebuch über alle Gebiete ostwärts von Oder und Neisse. 3. Aufl., Kitzingen **1953**, Holzner. 198 S.
229. Die **Ostgebiete** des Deutschen Reiches. (Ein Taschenbuch, hrsg. von Gotthold Rhode.) 2. Aufl., Würzburg **1955**, Holzner. 288 S. m. 19 Karten
230. Das **östliche Deutschland – ein Handbuch** (hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis). Würzburg **1959**, Holzner. 1013 S. m. 9 Karten.
231. **Rabl, Kurt**: Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete. München **1958**, Isar Verlag. 151 S.
232. **Raupach, Hans**, u. Peter **Quanfe**: Die Bilanz des deutschen Ostens. Zur Frage der Ostodergebiete als Wirtschaftsstandorte und Bevölkerungsraum. Kitzingen **1954**, Holzner. 134 S.
233. **Reece, Carroll**: Das Recht auf Deutschlands Osten (Rede vor dem Repräsentantenhaus der USA). Leer **1957**. 76 S.
234. **Richter, Karl**: Die trojanische Herde – Ein dokumentarischer Bericht. Köln **1959**, Verlag für Politik und Wirtschaft. 313 S. (Beleuchtet die Infiltrationsarbeit in der Bundesrepublik.)
235. **Rosen, Klaus**: Die kommunistische Wühlarbeit in den Betrieben (= Freiheit und Ordnung H. 2). Augsburg **1958**, Verl. Winfried-Werk. 30 S.
236. **Rottmann, Joachim**: Der Viermächte-Status Berlins. 2. verb. Aufl. (BMG) **1959**. 83 S.
237. **Scheuner, Ulrich**: Voraussetzungen und Verfahren der Wiedervereinigung Deutschlands aus: Europa-Archiv **1955**, H. 16). Frankfurt a. M. 10 S.
238. **Scheurig, Bodo**: Freies Deutschland, das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion **1943-1945**. München **1960**, Nymphenburger Verlagshandlung. 272 S.
239. **Schlüter, Hilmar W.**: Die Wiedervereinigung Deutschlands – ein zeitgeschichtlicher Leitfaden. 2. erg. Aufl. Godesberg **1960** Hohwacht. 192 S.
240. **Seraphim, P. H. – R. Maurach – G. Wolfram**: Ostwärts der Oder und Neisse . . . Geschichte, Wirtschaft, Recht. Hannover **1949**, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. 136 S.
241. **Seraphim, Peter Heinz**: Das Vertriebenenproblem in der Sowjetzone. Berlin **1953**, Duncker u. Humblot. 202 S.
242. **Ders.:** Die Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1955**. 40 S. m. 2 mehrfarb. Karten.
243. **Siegler, Heinrich** von: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands. 3. erw. Aufl. Bonn **1958**, Verlag für Zeitarhive. 305 S. m. 4 Karten.
244. **Silesius alter**: Jenseits von Oder und Neisse. Eine Bilanz von sechs Jahren. 2. Aufl. (BB) **1953**. 63 S. m. Anhang.
245. **Sfoedtner, Gerhard**: Frieden, Wiedervereinigung, Sicherheit. – Eine Zeittafel zur Deutschlandpolitik **1945** bis **1959**. 2. erw. Aufl. (BB) Faltafeln.
246. **Wagner, Wolfgang**: Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges (== Die Deutschen Ostgebiete, ein Handbuch... Bd.2). Stuttgart **1953**, Brentano-Verlag. 168 S.
247. Dokumentation der **Vertreibung** der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa (hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene). 199 S.; Bd. III (**1957**) 408 S.; Bd. 1,2: 896 S.; Beih. 1 (Pommern) **1955**. 127 S.; Bd. II (**1956**) 199 S.; Bef. III (**1957**) 408 S.; Bd. IV,1 (**1957**) 357 S.; Bd. IV,2 CL\_957) 818 S.; Beih. 1 (Prag) **1957**.
248. Zeittafel der Vorgeschichte und des Ablaufs **der Vertreibung** sowie der . . . Eingliederung . . . u. Bibliogr. z. Vertriebenenproblem (hrsg. v. Bundesmin. f. Vertriebene . . .). Bonn **1959**. 310 S.
249. Die deutschen **Vertreibungsverluste** – Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete **1939-1950** (hrsg. v. Statist. Bundesamt). Stuttgart **1958**, Kohlhammer. 540 S.
250. **Wahlen** zwischen Ost und West. Beiträge zur Problematik gesamtdeutscher Wahlen (Sonderdruck aus «Der Wähler», Okt. **1954**). Frankfurt a. M. **1954**. Bollwerk-Verlagsgesellschaft. 70 S.
251. **Wassermann, Charles**: Unter polnischer Verwaltung – Tagebuch **1957**. Hamburg **1957**, Blüchert. 320 S.
252. **Weber, Werner**: Die Frage der gesamtdeutschen Verfassung. München **1950**, C. H. Beck. 28 S.
253. **Zipfel, Friedrich**: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse-Linie (aus: Jahrb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. III). Tübingen **1955**, Max Niemeyer. 42 S.

## IV. ALLGEMEINE ENTWICKLUNG UND POLITIK DER SBZ

301. \* Die politische Armee der Sowjetzone in den Jahren 1955 bis 1958 (Denkschrift). (BMG) 1959. 45 S.
302. **Barng**, Arnulf: Der 17. Juni 1953. 3. durchges. Aufl. (BB) 1958. 84 S.
303. **Berger**, Alfred: Berlin von 1945 bis 1959 – Quellenleseheft . . . Braunschweig 1959, Gerlach u. S. 48 S.
304. **Böhmer**, Karl Hermann: Deutschland hinter dem Eisernen Vorhang – Sowjetische Besatzungszone. Essen 1954, Tellus-Verlag. 64 S. m. zahlr. Abb.
305. **Bohn**, Helmut (und andere): Die Freiheit – Dokumente und Materialien zur Ideologie und Aufrüstung in der Sowjetzone. Köln 1956, Markus Verlag. 241 S.
306. **Bohn**, Helmut (und andere): Die Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 2. veränd. Aufl. (BB) 1960. 209 S.
307. **Bouiard**, R. J.: L'Armée en Allemagne Orientale . . . Paris 1955, Nouvelles Editions Latines. 208 S.
308. **Brant**, Stefan: Der Aufstand - Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954, Steingrüben Verlag. 325 S. m. 1 Karte u. zahlr. Tafeln.
309. **Castellan**, Georges: DDR-Allemagne de l'est (avec la collaboration de M. **Barth**, J. Y. **Calvez** et d'autres auteurs – Préface d'Edmond Vermeil). Paris 1955, Du Seuil. 413 S. m. 3 Karten.
310. **Drath**, Martin: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 4. erw. Aufl. JBMG) 1956. 91 S.
311. **Duhnke**, Horst: Stalinismus in Deutschland – Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone (= Rote Weissbücher 15). Köln. 1955, Kiepenheuer u. Witsch. 378 S.
312. \*: **Ehemalige Nationalsozialisten** in Pankows Diensten. 3. erg. Aufl. (hrsg. v. Unters.-Ausschuss Freiheit. Juristen). Berlin 1960. 103 S. m. Abb.
313. **Friedrich**, Gerd, und **Heinrich von Zur Mühlen**, Die Pankower Sowjetrepublik und der deutsche Westen (= Rote Weissbücher 10). Köln 1953, Kiepenheuer u. Witsch. 153 S.
314. **Grieneisen**, W.: Die sowjetdeutsche Nationalarmee – Aufbau und Entwicklung von 1948 bis 1952 (in «Hefte der Kampfgruppe»). Berlin 1952. 88 S. m. Abb. u. Obers.
315. **Knevels**, Peter: Aufbau und Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung in der «DDR» (Jurist. Diss. Marburg 1958). Düsseldorf 1958, Tritsch. 116 S.
316. **Koenigswald**, Harald von: Verschlusenes Land – Deutschland zwischen Ostsee und Erzgebirge. Bildband. Esslingen 1959, Bechtle. 112 S., 192 Abb.
317. **Kopp**, Fritz: Chronik der Wiederbewaffnung in Deutschland, Rüstung der Sowjetzone – Abwehr des Westens (Daten über Polizei und Bewaffnung 1945 bis 1958). Köln 1958, Markus Verlag. 160 S.
318. Ders.: Die Nationale Front des demokratischen Deutschland (in Deutsche Fragen) 1960, H.7u.8).
319. **Lukas**, Richard: 10 Jahre sowjetische Besatzungszone . . . Mainz 1955, Deutscher Fachschriften-Verlag. 215 S.
320. **Mitten** in Deutschland – mitten im 20. Jahrhundert – Die Zonengrenze. 6. Auflage. (BMG.) 1960. 80 S. m. 95 Abb.
321. **Netti**, J. Peter: Die deutsche Sowjetzone bis heute – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1953, Verlag Frankfurter Hefte. 464 S.
322. **Prauss**, Herbert: Doch es war nicht die Wahrheit. Berlin 1960, Morus-Verlag. 295 S. u. 18 Abb.
323. **Richert**, Ernst (zus. m. Carola Stern u. Peter Dietrich): Agitation und Propaganda – das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone (= Sehr. d. Inst. f. pol. Wissenschaft, Berlin, Bd. 10). Berlin 1958, Franz Vahlen. 320 S.
324. **Richert**, Ernst (m. Einl. von Martin **Drath**): Macht ohne Mandat – Der Staatsapparat in der SBZ (= Sehr. d. Inst. f. polit. Wissenschaft, Berlin, Ba. 11). Köln 1958, Westdeutscher Verlag. 181 S.
325. **Riess**, Curt: Der 17. Juni. Berlin 1954, Ullstein. 260 S.
326. **Rühmland**, Ulrich: Mitteldeutschland, «Moskaus westliche Provinz» – zehn Jahre Sowjetzonenstaat. Stuttgart 1959, Vorkwerk. 357 S. m. Karten.
327. **SBZ von 1945 bis 1954 – Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1954** (gesichtet und zusammengestellt von Fritz **Kopp**). BMG) 1956. 364 S. m. 9 Anlagen u. 1 Karte.
328. **SBZ von 1945 bis 1954 – Die Sowjetische Besatzungszone**



- Deutschlands in den Jahren **1945** bis **1954**. Taschenausgabe (gesichtet und zusammengestellt von Fritz Kopp) (BMG) **1956**. 307 S.
329. **SBZ von 1955 bis 1956 – Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1955 bis 1956** (zusammengestellt und bearbeitet von Fritz Kopp und Günter **Fischbach**. (BMG) **1958**. 255 S. m. 3 Anlagen.
330. **SBZ von 1957 bis 1958 – Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1957 bis 1958** (zusammengestellt und bearbeitet von Fritz Kopp und Günter **Fischbach**). (BMG) **1960**. 370 S. m. 5 Anlagen.
331. **Schultz**, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei - Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED (Sehr. d. Inst. f. polit. Wissenschaft, Berlin, Bd. 8). Stuttgart **1956**, Ring-Verlag. 285 S.
332. **Schütze**, Hans: «Volksdemokratie\* in Mitteldeutschland (hrsg. v. d. Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung), Hannover **1960**, 204 S. u. 4 Taf.
333. Chronologische Materialien zur Geschichte der SED **1945** bis **1956**. Berlin **1956**, Informationsbüro West. 637 S.
334. Die Sperrmassnahmen der Sowjetzonenregierung an der Zonengrenze und um Westberlin. (BMG) **1953**. 147 S.
335. Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei – Entwicklung, Funktion und Situation der SED. Köln **1957**, Verlag für Politik und Wirtschaft. 372 S.
336. **Volker**, Hagen: Sibirien liegt in Deutschland. Berlin **1958**, arani-Verlag. 207 S. (Schildert Terrorlager der SMAD.)
337. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-  
Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin. (BMG) **1953**. 88 S.
338. Der **Volksaufstand** vom 17. Juni **1953** in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin. Eine kartographische Darstellung. 4. Aufl. (BMG) **1956**. Von dieser Karte erschienen eine englische und eine französische Ausgabe.
339. Handbuch der Sowjetzonen-Volkskammer. 2. Legislaturperiode. Berlin o. J., Informationsbüro West. 386 S. u. Nachträge
340. Bericht über den Aufbau der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone. (BMG) **1951**. 27 S.
341. Die **Kasernierte Volkspolizei** in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Denkschrift). (BMG) **1954**. 44 S. m. 6 Anlagen.
342. Die **vormilitärische Ausbildung** in der Sowjetzone. Materialien über die «Gesellschaft für Sport und Technik». (BMG) **1952**. 12 S.
343. Die Wahlen in der Sowjetzone, Dokumente und Materialien. 4. erw. Auf). (BMG) **1960**. 143 S.
344. **Wahlen** gegen Recht und Gesetz – die Gemeinde- und Kreistagswahlen in der Sowjetzone . . . **1957**. (BMG) **1957**. 100 S. m. 20 Bildern und Dokumenten.
345. **Wer** ist wer in der SBZ? Ein biographisches Handbuch. Berlin **1958**, Verl. f. intern. Kulturaustausch. 304 S.
346. «Freie Stadt» zwischen Stacheldraht? – Die Zonen- und Sektorengrenze von **West-Berlin** (BMG) **1960**. 48 S. m. 54 Abb.

## V. RECHT / SOZIALPOLITIK

401. **Das Arbeitsrecht** im Ostblock (= Stud. des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 7). Beitr. v. Paul Barton, Hans Niedermeier, Siegfried Mampel, Andreas Bilinsky. Frankfurt/Main **1959**, Verl. f. intern. Kulturaustausch. 112 S.
402. \*: Die **Bevölkerungsbilanz** der sowjetischen Besatzungszone **1939** bis **1949**. (Mit Nachtrag: Die Volkszählung **1950** bis **1951**.) (BB) 29 + 4 S. m. 12 Tab.
403. \*: Die **Bevölkerungsbilanz** der sowjetischen Besatzungszone **1939** bis **1954**. (BB) **1954**, 51 S. m. 22 Anlagen.
404. **Bilinsky**, Andreas: Die Organisation der sowjetischen Anwaltschaft (= Stud. des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 4). Berlin **1958**, Verl. f. intern. Kulturaustausch. 50 S.
405. Graf Blücher, Viggo: Industrie-  
arbeiterschaft in der Sowjetzone veröff. von Infratest). Stuttgart **1959**, Ferdinand Enke. 103 S. mit 24 Abb. und Tab.
406. **Bosch**, Werner: Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland. (FB) **1958**. 240 S. m. 43 Tab.
407. **Brundert**, Willi: Es begann im Theater – «Volksjustiz» hinter dem Eisernen Vorhang. Berlin **1958**, Dietz. 86 S.
408. **Caesar**, Paul: Das Sozialversicherungsrecht in der Bundesrepublik und in der sowjeti-

- sehen Besatzungszone. (FB) **1958**. 120 S. mit 2 Anlagen.
409. **Dirnecker**, Bert: Recht in West und Ost. Pfaffenhofen/Illm **1956**, Illmgau-Verlag, 176 S.
410. Das **Eigentum** im Ostblock. (= Stud, des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 5.) Beitr. v. M. Ferid, E. Pfuhl, R. Thomson, A. Blomeyer, L. Mezofy, W. Schulz, A. Bilinsky. Berlin **1958**, Verl. f. intern. Kulturaustausch, 113 S.
411. **Faber**, Dorothea, und Alfred **Leutwein**: Das Versicherungswesen in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1952**. 80 S. m. 26 Tab. u. 2 Schautafeln.
412. **Faber**, Dorothea: Einkommenstruktur und Lebenshaltung in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1953**. 96 S. m. 32 Tab.
413. **Finn**, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone **1945** bis **1959**. (= 2. Aufl.) Pfaffenhofen **1960**, Illmgau-Verlag, 243 S. m. zahlr. Abb. und Karten.
414. **Friedenau**, Theo: Rechtsstaat in zweierlei Sicht – Rechtstheorie und Rechtsausübung im demokratischen und totalitären Machtbereich . . . Berlin **1957**, Verl. f. Intern. Kulturaustausch, 206 S.
415. Fragen der Gerichtsverfassung im Ostblock. (= Stud, des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 2.) Beitr. von Reinhart Maurach, Josef Magyar, Georg Geilke, Walther Rosenthal. Berlin **1958**, Verl. f. Intern. Kulturaustausch, 92 S.
416. **Gsowski**, Vladimir and Kazimierz **Grzybowski** (editors): Government, Law and Courts in the Soviet Union and Eastern Europe. I, II. Vol. London **1959**, Stevens a. Sons, 2067 S.
417. Haas, Gerhard: Der FDGB **1954**. (BMG) **1954**. 48 S. m. 1 Plan.
418. **Haas**, Gerhard, und Alfred **Leutwein**: Die rechtliche und soziale Lage der Arbeitnehmer in der sowjetischen Besatzungszone. 5. erw. Aufl. (BB) **1959**. Teil I (Text) 264 S., Teil II (Anlagen) 162 S.
419. **Hagemeyer**, Maria: Zum Familienrecht der Sowjetzone – Der «Entwurf des Familiengesetzbuches» und die Verordnung über die Eheschließung und Eheauflösung». 3. überarb. Aufl. (BMG) **1958**. 75 S.
420. Hellbeck, Hanspeter: Die Staatsanwaltschaft in der sowjetischen Besatzungszone. 2. erw. Aufl. (BMG) **1955**. 104 S. m. 7 Anlag.
421. **Hoffmann**, Werner: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion (= Volkswirtschaftl. Sehr. 22) Berlin **1956**, Duncker u. Humblot, 542 S.
422. **Kabermann**, Heinz: Die Bevölkerung des sowjetischen Besatzungsgebietes – Bestands- und Strukturveränderungen **1950** bis **1957**. (BB) **1960**. 148 S.
423. **Krömer**, Eckart: Die Sozialisierung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands als Rechtsproblem. Göttingen **1952**, Otto Schwarz, 184 S.
424. **Leutwein**, Alfred: Der Betriebskollektivvertrag in der sowjetischen Besatzungszone. 3. erw. Aufl. (BB) **1957**. 112 S. m. 4 Anl.
425. Ders.: Die sozialen Leistungen in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin. 5. erw. Aufl. (BB) **1959**, Teil I (Text) 171 S., Teil II (Anlagen) 191 S.
426. Ders.: Die Sach- und Personenversicherung in der SBZ. 2. erg. Aufl. (BB) **1958**, Teil I (Text) 158 S., Teil II (Anlagen) 192 S.
427. **Lummert**, Günther: Marxismus-Leninismus und Völkerrecht. Köln **1959**, Markus-Verlag, 64 S.
428. **Maurach**, Reinhart: Das Rechtssystem der UdSSR. Allg. Rechtslehre, Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht. (= Forschungs- und Unters. zur Zeitgesch. Nr. 18.) Göttingen **1953**, Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, 54 S., 4 Skizzen.
429. Der **Rechtsanwalt** im Ostblock. (= Stud, des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 6.) Beitr. v. Fritz Ostler, Walther Rosenthal, Werner Schulz, Andreas Bilinsky, Vladimir Gsovski, Ivan Sipkow. Berlin **1958**, Verl. f. Intern. Kulturaustausch, 86 S.
430. **Rosenthal**, Walther, Richard **Lange** und Arwed **Blomeyer**: Die Justiz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 4. überarb. Aufl. (BB) **1959**. 206 Seiten.
431. **Samson**, Benvenuto: Planungsrecht und Recht der volkseigenen Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone. Frankfurt a. M. **1953**, Metzner, 121 S.
432. Ders.: Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts. Frankfurt a. M. **1960**, Metzner, 146 S. (voll. Neubearb. der vorhergehenden Schrift.)
433. **Schroeder**, Friedrich-Christian: Das Strafrecht der UdSSR de lege ferenda. (= Stud, des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 3.) Berlin **1958**, Verl. f. intern. Kulturaustausch, 70 S.
434. **Schwartz**, Salomon M.: Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion. Hamburg **1953**, Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik, 367 S.
435. **Stolz**, Otto: Sozialistische Erregungenschaften für den Arbeiter? 4. erw. Aufl. (BMG) **1960**. 79 S.

436. **Unrecht** als System – Dokumente über planmässige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet. (BMG) **1952**. 239 S.
437. **Unrecht** als System, Bd. II – Dokumente über planmässige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet **1952** bis **1954**. (BMG) **1955**. 293 S.  
Eine englische, eine französische und eine spanische Ausgabe bringen die in Bd. I zusammengestellten Dokumente.
438. **Unrecht** als System, Bd. III – Dokumente über planmässige Rechtsverletzungen im Sowjet. Besatzungsgebiet **1954** bis **1958**. (BMG) **1959**. 248 S.
439. Bürger und **Verwaltungsrechtsschutz** in der SBZ und im Ostblock. (= Stud. des Inst. f. Ostrecht/München Bd. 8.) Beitr. v. Martin Baring, Andreas Bilinsky, Werner Schulz. Frankfurt a. M. **1959**, Verl. f. Intern. Kulturaustausch. 75 S.
440. **Weiss**, Wilhelm: **Das** Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone. 3. erw., von Erwin **Jahn** völlig umgearb. Aufl. (BB) **1957**. Teil I (Text) 98 S., Teil II (Anlagen) 189 S.
441. **Westen**, Klaus: Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Jofes Stalins – ... zur Genealogie des Sowjetrechts. Lindau **1959**, Thorbecke. 258 S.

## VI. KULTUR / WISSENSCHAFT

501. **Balluseck**, Lothar von: Kultura, Kunst und Literatur in der sowjetischen Besatzungszone (= Rote Weissbücher 7). Köln **1952**, Kiepenheuer u. Witsch. 133 S.
502. **Ders.**: Dichter im Dienst – der sozialistische Realismus in der deutschen Literatur. Wiesbaden **1956**. Limes-Verlag. 161 S. m. 8 Tafeln.
503. **Ders.**: Zur Lage der bildenden Kunst in der sowjetischen Besatzungszone. 3. erw. Aufl. (BB) **1953**. 130 S., 15 Abb. u. 18 Anlagen.
504. **Ders.**: Volks- und Laienkunst in der sowjetischen Besatzungszone. (Einführung von Hans Köhler) (BB) **1953**. 92 S. m. 17 Anlagen.
505. **Baumgart**, Fritz: Das Hochschulsystem der sowjetischen Besatzungszone. (BMG) **1953**. 31 S.
506. \*: Bibliotheken als Opfer und Werkzeug der Sowjetisierung. Zur Lage des Büchereiwesens in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1952**. 71 S.
507. Demefz, Peter: Marx, Engels und die Dichter – Zur Grundlagenforschung des Marxismus. Stuttgart **1959**, Deutsche Verlagsanstalt. 352 S.
508. Die Situation der Entscheidung. Eine Diskussion über die Lage der «Intelligenz» in der Sowjetzone. (BMG) **1952**. 48 S.
509. **Friedrich**, Gerd: Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (= Rote Weissbücher 8). Köln **1952**, Kiepenheuer u. Witsch. 143 S.
510. Gutsche, Heinz: Die Erwachsenenbildung in der SBZ. (BB) **1958**. Teil I (Text) 147 S., Teil II (Anlagen) 109 S.
511. **Hain**, Sybille: Vom Volkstheater zur politischen Massenveranstaltung. München **1959**, Pohl u. Co. 120 S.
512. Hehn, Jürgen von: Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteleuropa (aus: Europa-Archiv **1954**, H. 19 u. 20). Frankfurt/M. 16 S.
513. Herrmann, E. M.: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (BB) **1957**. 163 S.
514. Kaltenbach, Bernd: Die Fachrichtung Philosophie an den Universitäten der Sowjetzone **1945** bis **1958**. 1. Aufl. (BB) **1959**. 117 S.
515. Kersten, Heinz: Das Filmwesen in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1954**. 139 S. m. 2 Anlagen und Nachtrag.
516. Kludas, Hertha: Zur Situation der Studenten in der Sowjetzone. (BMG) **1957**. 55 S.
517. Kopp, Fritz: Die Wendung zur «nationalen» Geschichtsbetrachtung in der Sowjetzone. München **1955**, Isar Verlag. III S.
518. \*: Die Verluste der öffentlichen Kunstsammlungen in Mittel- und Ostdeutschland **1943** bis **1946**. (BB) **1954**. 103 S. m. 106 Abb.
519. Lange, Max Gustav: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum «Stalinismus», m. Vorw. v. Otto Stammer. (= Sehr. d. Inst. f. pol. Wissenschaft, Berlin, Bd. 5) Stuttgart **1955**, Ring-Verlag. 295 S.
520. Leutwein, Alfred: Die technische Intelligenz in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1953**. 56 S. m. 6 Anlagen.
521. **Möbus**, Gerhard: Bolschewistische Parteilichkeit als Leitmotiv der sowjetischen Kulturpolitik.

- Dokumente der Diktatur. (BB) 1951. 32 S.
522. **Müller**, Marianne, und Egon Erwin Müller: «Stürmt die Festung Wissenschaft.\* Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953, Colloquium-Verlag. 415 S.
523. **Otto**, Detlev E.: Studenten im geteilten Deutschland – Bez. zw. den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1958 (= Sehr. d. Verb. Dt. Studentensch. Nr. 1). Bonn 1959. 128 S.
524. **Rauch**, Georg von: Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus. (Europa-Archiv 1950. H. 19-21)
525. Ders.: Das Geschichtsbild der Sowjetzone (aus: Jahrb. d. Ranke-Gesellschaft 1954). Frankfurt/M., Moritz Diesterweg. 19 S.
526. **Rühle**, Jürgen: Das gefesselte Theater – vom Revolutions-theater zum sozialistischen Realismus. Köln 1957, Kippenheuer u. Witsch. 457 S. m. 16 Abb.
527. Rühle, Jürgen: Literatur und Revolution – Die Schriftsteller und der Kommunismus, Köln 1960, Kippenheuer u. Witsch. 576 S., 72 Abb.
528. **Stadtmüller**, Georg: Die Umdeutung der deutschen Geschichte in der Sowjetzone (Sonderdr. aus «Sowjetstudien», München, 1957, H. 3) 1958. 36 S.
529. \*: Zur Situation der **Studenten** in der Sowjetzone. (BMG) 1958. 55 S.
530. **Taubert**, Sigfred: Buchproduktion und Verlagswesen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands im Jahre 1955. (BMG) 1956. 34 S. m. 17 Tab.
531. Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1955. 2. erw. Aufl. (BB) 1958. 128 S.
532. **Tobias**, Josef: Die neuere Entwicklung des Theaters in der SBZ .. . (1955–56). (BB) 1957. 34 S.
533. **Ullrich**, Hermann: Das Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und im Gebiet von Danzig. (BB) 1956. 91 S.
534. Volkskunst in politischem Dienst. (BMG) 1959. 64 S. m. 11 Abb. u. 5 Faks.
535. Weber, Jochen: Das Theater in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1955. 144 S. m. 20 Anlagen.

## VII. ERZIEHUNG/JUGEND

601. Diederich, M., und Fr. Blage: Das Schulbuch in der Sowjetzone, Lehrbücher im Dienst totalitärer Propaganda. 7. Aufl. (BMG) 1957, 88 S. m. mehreren Faks.
602. **Dübel**, Siegfried: Die Situation der Jugend im kommunistischen Herrschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 2. erw. Aufl. (BB) 1960. 115 S.
603. **Friedrich**, Gerd: Die Freie Deutsche Jugend, Stosstrupp des Kommunismus in Deutschland (= Rote Weissbücher 1). Köln 1951, Kippenheuer u. Witsch. 182 S.
604. Ders.: Die Freie Deutsche Jugend – Auftrag und Entwicklung (= Rote Weissbücher 11). 2. erw. u. veränd. Aufl. Köln 1953, Kippenheuer u. Witsch. 203 S.
605. **Hartung**, Hermann, und Gottfried **Paulsen**: Was liest die Jugend der Sowjetzone? (BMG) 1959. 101 S.
606. **Herz**, Hanns-Peter: Freie Deutsche Jugend. München 1956, Juventa-Verlag. 128 S.
607. Jeremias, U.: Die Jugendweihe in der Sowjetzone. 2., erg. Aufl. (BMG) 1958. 120 S.
608. **König**, Helmut: Rote Sterne glühen – Lieder im Dienste der Sowjetisierung. Godesberg 1955, Voggenreiter. 104 S.
609. **Kortenber**, Walter: Der Sport in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1954. 198 S. m. 15 Anlagen.
610. **Lange**, Max Gustav: Totalitäre Erziehung – Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands m. Einl. v. A. R. L. Gurland. (= Sehr. d. Inst. f. pol. Wissenschaft, Berlin, Bd. 3.) Frankfurt/M. 1954, Verlag Frankfurter Hefte. 432 S.
611. Mieskes, Hans: Pädagogik des Fortschritts? – Das System der sowjetzonalen Pädagogik. München 1960, Juventa-Verlag. 312 S.
612. **Möbus**, Gerhard: Klassenkampf im Kindergarten – Das Kindesalter in der Sicht der kommunistischen Pädagogik. Berlin 1956, Morus-Verlag. 110 S.
613. Ders.: Erziehung zum Hass – Schule und Unterricht im sowjetisch besetzten Deutschland. Berlin 1956, Morus-Verlag. 111 S.

614. **Möbus**: Kommunistische Jugendarbeit – zur Psychologie und Pädagogik der kommunistischen Erziehung im sowjetisch besetzten Deutschland. Berlin **1957**, Morus-Verlag. 124 S.
615. Ders.: Psychagogie und Pädagogik des Kommunismus. Köln **1959**, Westdeutscher Verlag. 184 S.
616. **Säuberlich**, Erwin: Vom Humanismus zum demokratischen Patriotismus. – Schule und Jugenderziehung in der sowjetischen Besatzungszone (= Rote Weissbücher 13). Köln **1954**, Kiepenheuer u. Witsch. 170 S.
617. **Schröter**, Gerhard: Jugendliche Flüchtlinge aus der SBZ. München **1958**, Infratest-Verlag. 70 S.
618. **Wendt**, Emil: Die Entwicklung der Lehrerbildung in der sowjetischen Besatzungszone seit **1945**. 2., erg. Aufl. (BB) **1959**. 131 S.
619. **Wiederkehr**, Emil: Jugend im Bannkreis der roten Moral - Dokumente . . . über . . . Jugenderziehung in den Oststaaten. 2. Aufl. (hrsg. v. Hilfskomitee f. d. Opfer des Kommunismus). Bern **1958**. 287 S. m. 70 Abb.

## VIII. WIRTSCHAFT LANDWIRTSCHAFT

701. Abeken, Gerhard: Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von **1945** bis **1954**. 2. erw. Aufl. (BB) **1955**. 68 S. m. 7 Anlagen.
702. \*: Bilanz der **Arbeitskräfte** und Arbeitsmarktlage in der sowjetischen Besatzungszone, insbesondere in den Jahren **1949** und **1950**. (Mat.) **1952**. 40 S. m. 12 Tab.
703. \*: Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Sowjetzone. Materielle, ideologische und disziplinarische Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihre sowjetischen Vorbilder. 2. überarb. Aufl. (BB) **1953**. 106 S. mit 6 Anlagen.
704. \*: Der Aussenhandel der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (Mat.) **1952**. 87 S. m. 16 Anlagen.
705. \*: Der **Aussenhandel** der Sowjetzone im 1. Halbjahr **1952** unter besonderer Berücksichtigung des Handels mit dem Ostblock. (Mat.) **1953**. 96 S. m. 33 Anlagen.
706. \*: Der Aussenhandel der sowjetischen Besatzungszone im Jahre **1952** und Planziffern für **1953**. (Mat.) **1953**. 36 S. m. 10 Anlagen.
707. \*: Der Aussenhandel der sowjetischen Besatzungszone in den ersten drei Quartalen **1953** und Planziffern für das Jahr **1954**. (Mat.) **1954**. 28 S.
708. \* Der Aussenhandel der sowjetischen Besatzungszone **1953**. Plan **1954** und 1. Halbjahr **1954**. (Mat.) **1955**. 24 S. m. 7 Anlagen.
709. Benda, Robert von: Die Betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Sowjetisierung auf die Landwirtschaft Nordosteuropas. Hamburg **1955**, Agricola-Verlag. 101 S.
710. Die Vernichtung des selbständigen Bauernstandes in der Sowjetzone. (BMG) **1960**. 48 S. m. Abb. u. Faks.
711. \*: Die **Chemische Industrie** in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1952**. 89 S. m. 13 Tab.
712. \*: **Die chemische Industrie** in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) **1955**. 64 S. m. 14 Anlagen.
713. \*: Der Einzelhandel in der Versorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) **1953**. 64 S. m. 15 Tab. u. 22 Anlagen
714. \*: Die eisenschaffende Industrie der sowjetischen Zone. I. Aufl. (Mat.) **1952**. 40 S. m. 9 Tab.
715. \*: Die eisenschaffende Industrie in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) **1953**. 2., erw. Fassung. 47 S. m. 9 Anlagen.
716. Die **Enteignungen** in der sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen. 2. erg. Aufl. (BMG) **1958**. 312 S. m. 62 Anlagen.
717. \*: Die **sowjetischen Entnahmen** aus dem Produktionsaufkommen der Sowjetzone im Jahre 1951. (Mat.) **1952**. 16 S. m. 3 Anlagen.
718. \*: Die **elektrotechnische Industrie** in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) **1952**. 60 S. m. zahlr. Anlagen.
719. Faber, Dorothea: Die Wohnungswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) **1953**. 56 S. m. 12 Anlagen.
720. \*: Der Fahrzeugbau in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (Mat.) **1952**. 36 S. m. 9 Anlagen.
721. \*: **Feinmechanik und Optik** in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) **1952**. 31 S. m. 11 Anlagen.

722. Förster, Wolfgang: Das Aussenhandelssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 3. verb. Aufl. (BMG) 1957. 137 S. m. 2 Anl. u. 1 Karte.
723. Frenkel, Erdmann: Steuerpolitik und Steuerrecht in der sowjetischen Besatzungszone. 3. erw. Aufl. (BB) 1953, 124 S. m. 11 Anlagen.
724. Friebe, Siegfried: Das Kreditwesen in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1958, 103 S.
725. Gade, H.: Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der SBZ. (Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1957, H. 3)
726. Gallus, Werner: Zur Kritik der sowjetischen Wirtschaftslehre (Politikonomie), 2. Aufl., Pflaferhofen 1959, Illmgau-Verlag, 83 S.
727. Gleitze, Bruno: Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen. (BMG) 1951. 27 S. m. Tab.
728. Ders.: Ostdeutsche Wirtschaft - industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland. Berlin 1956, Duncker u. Humblot. 252 S. m. 16 Karten u. 108 Tab.
729. Hermes, Theodor: Der Aussenhandel in den Ostblockstaaten - Theorie und Praxis. Hamburg 1958, Cram de Gruyter u. Co. 177 S.
730. \*: Die Entwicklung der Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im 1. Halbjahr 1951. (Mat.) 1951. 24 S. m. 13 Tab.
731. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Zone - Produktion im Jahre 1951 und Planziffern für 1952. (Mat.) 1952. 12 S. u. 10 Tab.
732. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im ersten Quartal 1952. (Mat.) 1952. 24 S. m. 9 Tab.
733. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im ersten Halbjahr 1952. (Mat.) 1952. 24 S. m. 9 Tab.
734. \*: Die Industrieproduktion in der sowjetischen Besatzungszone nach Abschluss des dritten Quartals 1952. (Mat.) 1953. 27 S. m. 9 Tab.
735. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1952 und Planziffern für 1953. (Mat.) 1953. 22 S. m. 10 Anlagen.
736. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im ersten Quartal 1953. (Mat.) 1953. 22 S. m. 10 Anlagen.
737. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im 1. Halbjahr 1953 und Plan 2. Halbjahr 1953. (Mat.) 1953. 32 S. m. 15 Anlagen.
738. \*: Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone nach Abschluss des III. Quartals 1953. (Mat.) 1954. 24 S. m. 11 Anlagen.
739. Kalus, Hellmuth: Wirtschaftszahlen aus der SBZ. 2. erw. Aufl. (BMG) 1960. 133 S. m. zahlr. Tab.
740. Karden, Erich: Der Bergbau in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1954. 44 S. m. 13 Anlagen.
741. Kinzel, Eduard: Die Elektrizitätswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1954. 44 S. m. 11 Anlagen u. 1 Schaubild.
742. Kitsche, Adalbert: Die öffentlichen Finanzen im Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (BMG) 1954. 68 S. m. 1 Anlage.
743. Ders.: Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Gelsenkirchen 1960, Buersche Druckerei Dr. Neufang. 187 S. m. zahlr. Tab.
744. \*: Der Kohlenbergbau und die Energiewirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1955 und nach der Planung 1956/60. (FB) 1957. 91 S. m. 5 Anlagen.
745. \*: Die Kohlenindustrie in der sowjetischen Zone. (BB) 1951. 39 S. m. 11 Tab. u. 1 Beilage.
746. \*: Die Kraftwirtschaft in der Sowjetzone, ihre Quellen und Reserven. (Mat.) 1953. 52 S. m. 15 Anlagen.
747. Kramer, Matthias: Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten und in der Sowjetzone (= Rote Weissbücher 3). Köln 1951, Kiepenheuer u. Witsch. 144 S.
748. Ders.: Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. 4. Aufl. (unter Mitarb. v. Gerhard Heyn und Konrad Merkel). (BB) 1957. Teil I (Text) 159 S., Teil II (Anlagen) 224 S.
749. Weissbuch über die «Demokratische Bodenreform» - Dok. u. Berichte zur Vertreibung und Vernichtung des bodenständigen Landvolkes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (bearb. v. Joachim v. Kruse). Hannover 1955, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern. 124 S.
750. Luv, Gustav: Die Pharmazeutische Industrie in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1953. 48 S.

751. \*: Der allgemeine und spezielle **Maschinenbau** in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1954. 48 S. m. 13 Anlagen.
752. \*: Die **Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS)** in der SBZ. (Mat.) 1954. 235 S. u. 16 Anlag.
753. **Meier**, Helmut: Die Entwicklung des Haushaltswesens in der SBZ (= Wirtschaftswissensch. Veröff. des Osteurop.-Inst. a. d. Freien Univ. Berlin Nr. 10). Berlin 1960, in Komm. b. Duncker u. Humblot. 191 S. m. zahlr. Tab.
754. **Meimberg**, Rudolf, und Franz **Rupp**: Die öffentlichen Finanzen in der sowjetischen Zone und im Ostsektor von Berlin. (BB) 1951. 84 S., 38 Tab.
755. **Merkel**, Konrad, und **Eduard Schuhans**: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland – «Sozialisierung» und Produktionsergebnisse. (BB) 1960. 191 S. mit 53 Tab. (Führt M. Kramers Schrift fort.)
756. **Mitrany**, David: Marxismus und Bauerntum, übers. a. d. Englischen. München 1956, Isar Verlag. 310 S.
757. **Neide**, K. v. d.: Raiffeisens Ende in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1952. 55 S. m. 8 Anlagen.
758. **Olbrich**, Paul: Die Fahrzeugwirtschaft bei der «Deutschen Reichsbahn» der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1955. 88 S. m. 14 Tab. u. 10 Anlagen.
759. **Ders.**: Betrieb und Verkehr bei der «Deutschen Reichsbahn» in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1957. 72 S. m. Anlagen.
760. **Ders.**: Die Schifffahrt in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1958. 135 S. m. 3 Karten und 2 Anlagen.
761. **Piltz**, Rosemarie: Die Konsumgenossenschaften in der Sowjetzone. (BMG) 1960. 64 S.
762. **Plönies**, Bartho: Planen und Bauen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor von Berlin. 2. erw. Aufl. (BB) 1953. 134 S. m. 16 Anlagen.
763. **Ders.**: Die Sowjetisierung des mitteldeutschen Handwerks. Ein Bericht über die Lage des Handwerks in der sowjetischen Zone. 2. erg. Aufl. (BB) 1953. 136 S. m. 19 Anlagen.
764. **Pähler**, Felix: Der Untergang des privaten Einzelhandels in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1952. 64 S. m. 11 Anlagen.
765. **Ders.**: Die Vernichtung des privaten Großhandels in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1952. 88 S. m. 15 Anlagen.
766. \*: Die **Reparaturen** der Sowjetzone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. (Fortführung der Unters. von **Rupp** über die Reparationsleistungen der SBZ.) (BB) 1953. 27 S. m. 4 Anlagen.
767. **Rupp**, Franz: Die Reparationsleistungen in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1951. 96 S.
768. Bericht über die **Rüstungsproduktion** in der sowjetischen Besatzungszone . . . bis Herbst 1952. (BMG) 1953. 32 S.
769. \*: Die Stellung der **SAG** in der Wirtschaft der Sowjetzone im Jahre 1951. (Mat.) 1952. 46 S. m. 22 Anlagen.
770. \*: Der Schiffbau in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1953. 31 S. m. 5 Anlagen.
771. **Schiller**, Otto: Die Landwirtschaft der Sowjetunion 1917 bis 1953. Agrarverfassung und Agrarproduktion. (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung . . . Hrsg. v. Werner Markert, Nr. 19.) Tübingen 1954, durch Böhlau-Verlag. 108 S. m. Tab.
772. **Schlenk**, Hans: Der Binnenhandel in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (BB) 1960. 200 S.
773. \*: Der **Schwermaschinenbau** in der sowjetischen Besatzungszone. 1. Aufl. (Mat.) 1952. 60 S. u. 13 Anlagen.
774. \*: Der **Schwermaschinenbau** in der sowjetischen Besatzungszone. 2., erw. Aufl. (Mat.) 1953. 60 S. m. 16 Anlagen.
775. **Seidel**, Wolfgang: Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1953. 235 S. m. 72 Tab. u. 9 Schaubildern.
776. \*: Die **sowjetische Hand** irt der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen. (BB) 1953. 100 S. m. 2 Anlagen.
777. \*: Die **Textil- und Lederindustrie** in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1955. 40 S. m. 8 Anlagen
778. **Thalheim**, **Carl C.**, und **Peter Propp**: Die Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone in der zweiten Fünfjahrplan-Periode. (FB) 1957. 87 S. m. 15 Tab.
779. \*: Der Uranbergbau in der sowjetischen Besatzungszone. (Mat.) 1952. 26 S.
780. **Wagenlehner**, Günther: Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx. Köln 1960. Kiepenheuer u. Witsch. 353 S.
781. **Walther**, **Otto**: Verwaltung, Lenkung und Planung der

- Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. (BB) 1953. 59 S. m. 6 Anlagen. (Wesentlich geändert und erw. Neuaufl. des Berichtes von 1952: «Grundlagen und Technik der Plan-Erstellung in der SBZ.»)
782. **Weber, Adolf:** Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft. München 1951, Pflaum. 499 S.
783. **Ders.:** Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft. Berlin 1959, Duncker u. Humblot. 293 S.
784. **Wilmot, Adolf:** Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe (= Veröff. d. Osteuropa-Inst, der Freien Univ. Berlin, Nr. 7). Berlin 1958, Duncker u. Humblot. 158 S.
785. \*: Die **Zwangskollektivierung** des selbständigen Bauernstandes in Mitteleuropa, Denkschrift. (BMG) 1960. 142 S. m. zahlr. Faks.

## IX. ZEITSCHRIFTEN

801. **«Deutsche Fragen – Informationen und Berichte aus Mitteleuropa . . .»**, hrsg. vom «Untersuchungsausschuss freier Juristen». Berlin, Verlag A. W. Hayn's Erben. Erscheint monatlich seit 1955.
802. **«Europa-Archiv»**, hrsg. von Wilhelm Cornides in Verb. m. d. «Institut für Europäische Politik und Wirtschaft», Frankfurt/M. Erscheint halbmonatlich seit 1946.
803. **«Digest des Ostens»**, hrsg. vom «Haus der Begegnung e. V.», Königstein/Taunus. Erscheint monatlich seit 1958.
804. **«Hinter dem Eisernen Vorhang – Nachrichten und Berichte aus den osteuropäischen Staaten ...»** Hrsg. vom Free Europe Committee Inc. München. Erscheint monatlich seit 1955.
- 804a. **«Hinter dem Eisernen Vorhang.»** Übersicht aus Zeitungen und Zeitschriften der Sowjetzone. Hrsg. von der Presse- und Informationsstelle Berlin des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Erscheint wöchentlich seit 1950.
805. **«Moderne Welt – Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung»**, hrsg. vom «Arbeitskreis für Ost-West-Fragen» Köln, Verlag für Politik und Wirtschaft. Erscheint monatlich seit 1959.
806. **«österreichische Ost – Hefte –** Mitteilungsorgan der Arbeitsgemeinschaft Ost», Wien, Stiasny-Verlag. Erscheint zweimonatlich seit 1959.
807. **«Osteuropa – Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens»**, hrsg. von der «Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde», Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. Erscheint zweimonatlich seit 1951. (Sie setzt in vieler Beziehung die erste Zeitschrift dieses Namens fort: «Ost-Europa – Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens», die 1925 bis 1939 erschien.)
808. **«Osteuropa-Naturwissenschaft»**, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. Erscheint halbjährlich seit Okt. 1957.
809. **«Osteuropa – Recht – Gegenwartsfragen aus dem sowjetischen Rechtskreis»**, hrsg. von der «Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde», Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. Erscheint halbjährlich seit 1955.
810. **«Osteuropa-Wirtschaft»**, hrsg. v. der «Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde», Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. Erscheint halbjährlich seit 1956.
811. **«Ost-Probleme»** (Ein Informationsblatt über Fragen des Weltkommunismus). Seit 1. 7. 1958 im Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln. Erschien wöchentlich von 1949 bis 1957, erscheint seitdem vierzehntäglich.
812. **«Recht in Ost und West – Zeitschrift für Rechtsvergleichung und interzonale Rechtsprobleme»**, hrsg. von der Vereinigung Freiheitlicher Juristen, Berlin, Verlag A. W. Hayn's Erben. Erscheint zweimonatlich seit 1957.
813. **«SBZ-Archiv – Dokumente – Berichte – Kommentare zu Gesamtdeutschen Fragen»**. Köln, Verlag für Politik und Wirtschaft. Erscheint (nachdem es bis 1952 unter dem Namen «PZ-Archiv» herausgekommen war) halbmonatlich seit 1950. Monatl. Beilage: «Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.»
814. **«West – östliche Begegnung – Deutschland und seine Nachbarn im Osten»**, hrsg. von der «Gesellschaft zur Förderung der westöstlichen Begegnung in Europa e. V.», Köln, Kiepenheuer u. Witsch. Erscheint monatlich seit 1959.















## **SBZ VON 1945 BIS 1954**

DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE  
DEUTSCHLANDS  
IN DEN JAHREN 1945 BIS 1954

*364 Seiten, 17x24 cm, mit 9 mehrfarbigen  
Anlagen und einer Karte der Sowjetzone*

Die chronologische Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der Sowjetzone seit dem Zusammenbruch. Die Auswertung des Werkes wird durch ein umfangreiches Personen- und Sachregister erleichtert; die Zusammenstellung lässt die Planmässigkeit der Sozialisierungsmethoden der Machthaber auf allen Lebensgebieten der Sowjetzone erkennen.

HERAUSGEGEBEN  
VOM BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN

## **SBZ VON 1955 BIS 1956**

DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE  
DEUTSCHLANDS  
IN DEN JAHREN **1955** BIS **1956**

*255 Seiten, 17x24 cm, mit 3 mehrfarbigen  
Anlagen*

## **SBZ VON 1957 BIS 1958**

DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE  
DEUTSCHLANDS  
IN DEN JAHREN **1957** BIS **1958**

*372 Seiten, 17x24 cm, mit 5 mehrfarbigen  
Anlagen*

Die beiden Bände setzen den chronologischen  
Überblick über die Entwicklung der Sowjet-  
zone fort.

HERAUSGEGEBEN  
VOM BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN



**BONNER BERICHTE  
AUS  
MITTEL-UND OSTDEUTSCHLAND**

Die in zwangloser Folge erscheinenden Arbeiten behandeln jeweils ein Gebiet des geistigen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens der Sowjetzone und vermitteln so einen Eindruck von der fortschreitenden Sowjetisierung in den mitteldeutschen Ländern Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie im Sowjetsektor von Berlin. Die Untersuchungen stützen sich auf neuestes authentisches Material, insbesondere auch auf vielfach nachgeprüfte Berichte von Männern und Frauen, die den dargestellten Komplex aus eigener Anschauung kennen; ihre Verfasser sind in der Regel Fachleute, die in der Sowjetzone beheimatet sind.

Zweck dieser Reihe ist es, den westdeutschen Fachkreisen, den Behörden, Instituten und Verbänden, den Erziehern und allen politisch arbeitenden Menschen Material an die Hand zu geben, das ihnen auf andere Weise nicht erreichbar ist.

HERAUSGEGEBEN  
VOM BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN